Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8472

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 27. Jahresgutachten vor [2]).

2. In unserem letztjährigen Jahresgutachten konnten wir noch nicht auf die wirtschaftlichen Probleme eingehen, die sich mit dem Umbruch in der DDR verbinden. Der Sachverständigenrat hat deshalb am 20. Januar 1990 gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung ein Sondergutachten „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" erstattet. Außerdem hat er am 9. Februar 1990 nach dem Beschluß des Bundeskabinetts, der DDR ein Angebot über eine Währungs- und Wirtschaftsunion auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft zu unterbreiten, in einem Brief an den Bundeskanzler zur Problematik einer solchen Währungsunion Stellung genommen [3]).

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

[3]) Das Sondergutachten vom 20. Januar 1990 und der Brief an den Bundeskanzler vom 9. Februar 1990 sind als Anhänge IV und V abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121 (422) — 600 06 — Gu 23/90 — vom 15. November 1990 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

3. Am 3. Oktober 1990 gingen mehr als vierzig Jahre staatlicher Trennung in Deutschland zu Ende. Nun gilt es, die bestehenden Hindernisse AUF DEM WEGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN EINHEIT DEUTSCHLANDS — so der Titel unseres diesjährigen Gutachtens — wegzuräumen und kraftvoll voranzuschreiten. Die neue Aufgabe ist groß und fordert alle. Gefordert ist der Staat, der im Osten Deutschlands über den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung, die Rundum-Modernisierung der dortigen Infrastruktur, die Beseitigung der schlimmen Umweltschäden und die vorsorgende Schadensvermeidung sowie über die soziale Flankierung erst für alles die Grundlagen legt, was Leben und Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft kennzeichnet. Gefordert sind alle — Unternehmen und Arbeitnehmer, Tarifvertragsparteien, öffentliche Verwaltung und staatliche Treuhandanstalt —, daß jeder für sich und alle in ihrem Zusammenwirken machtvoll darauf hinarbeiten, den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft auch im Osten des vereinten Vaterlandes mit Leben zu erfüllen.

Die Überführung der sozialistischen Planwirtschaft der ehemaligen DDR in eine freiheitliche Marktwirtschaft wird zu den großen Ereignissen dieses Jahrhunderts gehören. Sie ist einzigartig, ohne Vorbild. An der Erreichbarkeit des Ziels kann es keinen Zweifel geben. Die Schwierigkeiten für die Menschen und die Wirtschaft liegen in der Übergangsphase. Wie schnell das Ziel, die Lebensverhältnisse denen im Westen anzunähern, erreicht werden kann, hängt primär nicht vom Geld ab, das über öffentliche Kassen zur Verfügung gestellt wird. Entscheidend ist, wie stark private Investoren sich in den Aufbau der Wirtschaft in Ostdeutschland engagieren werden — Investoren dort, Investoren aus Westdeutschland und aus aller Welt —, und das hängt davon ab, wie schnell die Attraktivität der dortigen Standorte verbessert werden wird. Zur Attraktivität der Investitionsbedingungen gehört die Bereitschaft der neuen Bundesbürger, sich den Herausforderungen zu stellen, selbst die Initiative zu ergreifen. Die Wirtschaftspolitik wird ihnen dabei helfen, das Entstehen des Neuen fördern und die sozialen Härten mildern, wo dies nottut. An der Bereitschaft der Bürger und der Wirtschaft in den westlichen Landesteilen, die großen Finanzlasten zu tragen, die sie für die Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft auf Jahre hinaus aufzubringen haben, wird es dann sicherlich nicht fehlen, wenn für alle sichtbar wird, wie die durch solidarische Hilfe verstärkte Eigenleistung das Neue entstehen läßt. Ihr Leistungswille und ihr Leistungsvermögen dürfen nicht überfordert werden.

4. Der Sachverständigenrat untersucht in seinem Jahresgutachten die vielfältigen schwierigen Probleme des wirtschaftlichen Neubeginns im Osten Deutschlands. Die Lage der westdeutschen Wirtschaft berechtigt zu Optimismus. Diese befindet sich nach acht Jahren ungebrochenen Wachstums in einer gesunden Verfassung. Die Zuversicht der Menschen ist gefestigt. Auch im Osten Deutschlands regen sich Kräfte, die den Grund für den Neuanfang legen. Man darf freilich nicht Wunder erwarten. Der Weg ist hart und entbehrungsreich.

Zwar stehen im Zentrum des Gutachtens die Diagnose und die wirtschaftspolitischen Überlegungen im Zusammenhang mit der Hinführung der Wirtschaft der ehemaligen DDR zur Sozialen Marktwirtschaft. Über diesem Thema darf nicht vergessen werden, daß die Vollendung des Gemeinsamen Marktes für die Zukunft der zusammenwachsenden deutschen Wirtschaft überragende Bedeutung hat. In der nächsten Zeit werden weitreichende Entscheidungen für die Europawirtschaft getroffen werden, zu deren Gelingen und Vollenden die Bundesrepublik sehr wichtiges beizutragen hat.

5. Professor Dr. Otmar Issing, Würzburg, schied aufgrund seiner Berufung in das Direktorium der Deutschen Bundesbank am 30. September 1990 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Issing hat dem Sachverständigenrat seit dem 1. April 1988 angehört.

Die Amtsperiode von Professor Dr. Herbert Hax, Köln, war am 28. Februar 1990 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und dem Minister für Wirtschaft in der ehemaligen DDR-Regierung sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Ausführliche Gespräche führte der Sachverständigenrat mit dem Präsidenten und mit leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit über konzeptionelle und aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes.

Wie in den früheren Jahren hat der Rat Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestellten Gewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften diskutierte der Sachverständigenrat die konjunkturelle Situation in den Ländern der Gemeinschaft sowie Themen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes 1992, der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion in Europa und der deutschen Vereinigung.

7. Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Westdeutschland hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

Forschungsinstitute in Ostdeutschland haben den Rat bei seiner Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Gebiet der ehemaligen DDR auf vielfältige Weise unterstützt.

Die tiefgreifenden Umwälzungen in Ostdeutschland und die damit zusammenhängenden wirtschaftspolitischen Fragen haben die Arbeit des Sachverständigenrates während des ganzen Jahres bestimmt. So hat der Sachverständigenrat mit folgenden Personen

wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Deutschen Einigungsprozeß diskutiert:

- Professor Dr. Gernot Gutmann, Köln, und Dr. Gernot Schneider, Köln, waren unsere Gesprächspartner zu aktuellen Fragen der wirtschaftlichen Situation in der DDR sowie zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR.
- Professor Dr. Klaus Stern, Köln, stand uns für eine Aussprache über die verfassungsrechtlichen Aspekte der Vereinigung Deutschlands gemäß Artikel 23 und Artikel 146 Grundgesetz und die Konsequenzen, die sich aus dem Grundgesetz für die Verteilung der Finanzierungslasten der Sanierung des ehemaligen Gebiets der DDR auf Bund, Länder und Gemeinden ergeben, zur Verfügung.
- Dr. Martin Dube, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft in der ehemaligen DDR-Regierung, berichtete über aktuelle Probleme in Ostdeutschland seit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
- Mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Detlef Rohwedder sowie den Vorstandsmitgliedern Wolfram Krause und Dr. Klaus-Peter Wild der Treuhandanstalt haben wir die vom Gesetz vorgegebene Aufgabenstellung der Treuhandanstalt, die früheren volkseigenen Betriebe „wettbewerblich zu strukturieren", besprochen, und die aktuellen Schwierigkeiten und Probleme dieses Auftrags erörtert.
- Diplom-Volkswirt Burkhard Müller-Kästner und Dr. Werner Fassing von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, informierten uns über die vielfältigen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen, mit denen die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, für die Wirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wettbewerbsfähige Strukturen zu ermöglichen.

Prof. Dr. Carsten Thoroe, Hamburg, hat in einer Expertise zu den agrarpolitischen Problemen der Wirtschaftsreform für das Gebiet der ehemaligen DDR und der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft Stellung genommen.

Dr. Manfred Wegner, München, stand dem Sachverständigenrat in einer Diskussion zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 und der Wirtschafts- und Währungsreform in Europa, zur Verfügung und hat darüber hinaus in einer Expertise wichtige Informationen vermittelt.

Der Sachverständigenrat dankt allen Experten für die außerordentlich wertvollen Hinweise.

8. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns auch in diesem Jahr die Ergebnisse seiner Herbstumfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans J. Barth, Basel,

Dr. Hans Hagen Härtel, Hamburg, Professor Dr. Wim Kösters, Münster, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein ganz besonderer Dank des Sachverständigenrates.

10. Die volkswirtschaftliche Abteilung und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Internationale Energieagentur und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wertvolle Unterstützung erhalten.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Monika Klebsattel, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an:

Dr. Dieter Bogai, Diplom-Volkswirt Heiner Brockmann, Diplom-Volkswirt Gerd Helmut Diestler, Dr. Ulrich Grosch, Diplom-Volkswirtin Ursula Kötter, Dr. Joachim Ragnitz und Diplom-Volkswirt Michael Schlesinger.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Mitarbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 13. November 1990

Herbert Hax **Rüdiger Pohl** **Dieter Pohmer** **Hans K. Schneider**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung ... 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage ... 24

Teil A: Der internationale Rahmen ... 24

I. Zunehmendes Konjunkturgefälle zwischen den Industrieländern ... 25

Günstige Konjunkturentwicklung in Japan und in vielen europäischen Ländern ... 25

Rezessive Tendenzen in Nordamerika, Großbritannien, Schweden und Finnland ... 29

Exkurs: Spanien — Erste Verspannungen in der dynamischen Aufwärtsentwicklung ... 30

Verschärfte Stabilitätsprobleme ... 31

Verminderung der Leistungsbilanzsalden durch differenzierte Konjunkturentwicklung ... 33

Geldpolitik auf Stabilitätskurs ... 34

Finanzpolitik: Keine weiteren Konsolidierungsfortschritte ... 34

II. Golfkrise: Kurzfristig nur geringe Auswirkungen auf die Weltwirtschaft ... 36

III. Osteuropa im Umbruch ... 39

Schwierige Umgestaltung der sozialistischen Volkswirtschaften ... 40

Osteuropas Bemühungen um weltwirtschaftliche Integration ... 43

Auswirkungen auf die internationalen Kapitalströme ... 45

IV. Das multilaterale Handelssystem am Scheideweg ... 47

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ... 57

I. Überblick ... 57

II. Die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands ... 61

Strukturschwächen belasten marktwirtschaftlichen Neubeginn ... 62

Investitionsattentismus noch nicht überwunden ... 65

Hohe offene und verdeckte Arbeitslosigkeit ... 67

Erhöhte Kaufkraft, verbesserte Güterversorgung ... 76

Hohe Deckungslücken im Staatshaushalt ... 78

Schwere Erblasten der sozialistischen Planwirtschaft: Umweltschäden ... 80

Vernachlässigte Infrastruktur ... 81

III. Wechsel der Auftriebskräfte in Westdeutschland ... 82

Starke Impulse vom Privaten Verbrauch ... 84

Staatsverbrauch mäßig ausgeweitet ... 88

Investitionen treiben den Aufschwung voran ... 88

Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft ... 91

Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsreserven werden knapper ... 94

Abgeschwächte Exportentwicklung ... 96

Öffnung der innerdeutschen Grenze forciert die Einfuhr ... 98

Beschleunigung des Preisanstiegs ... 98

Seite

IV. Arbeitsmarkt im Zeichen kräftiger Beschäftigungsexpansion und hoher Zuwanderung ... 102
Stark beschleunigter Beschäftigungsanstieg ... 102
Konjunkturelle Verspannungen kaum verstärkt ... 105
Arbeitslosigkeit geht weiter zurück ... 107
Unterschiedlich schnelle Integration von Aussiedlern und Übersiedlern ... 108
Hartnäckige Strukturprobleme ... 111
Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum? ... 113
Arbeitsförderung wieder verstärkt ... 114
Lohnpolitik: Entkoppelung von Lohntarifverträgen und Vereinbarungen über die Arbeitszeit ... 115

V. Geldpolitik: Herausforderung durch die deutsche Währungsunion .. 118
Erste Jahreshälfte: Moderate Geldmengenexpansion ... 118
Zweite Jahreshälfte: Die deutsche Währungsunion als Herausforderung für die Geldpolitik ... 126
Zur Entwicklung an den Finanzmärkten ... 130

VI. Finanzpolitik: Noch keine Konsolidierungsstrategie ... 136
Kräftiger Ausgabenschub infolge der deutschen Vereinigung ... 137
Einnahmenentwicklung im Zeichen von Steuersenkungen und guter Konjunktur ... 142
Expansive Impulse durch hohe Defizite ... 145
Sozialversicherung: Nochmals höhere Überschüsse ... 148

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung ... 153

I. Die Ausgangslage nach der deutschen Vereinigung ... 153

II. Über die Schwierigkeiten einer quantitativen Vorausschau für Gesamtdeutschland ... 153

III. Die Annahmen der Prognose ... 154

IV. Das weltwirtschaftliche Umfeld ... 155

V. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik ... 158

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1991 und danach ... 171

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten ... 171

I. Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ... 171
Die deutsche Wirtschaft nach der staatlichen Vereinigung ... 171
Wettbewerbsschwäche der neuen Bundesländer ... 173
Perspektiven ... 173

II. Ziele und Wirklichkeit ... 175
Der Befund ... 175
Das Ziel Umweltschutz ... 176
Risiken und Chancen ... 177

III. Die stabilisierungspolitische Aufgabe ... 177

IV. Die wachstumspolitische Aufgabe ... 180

V. Die Aufgabe in den neuen Bundesländern — den Aufholprozeß breit in Gang setzen ... 182

Seite

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen ... 184

I. Finanzpolitik: Den Beitrag zur Herstellung der Wirtschaftseinheit leisten ... 184

Die Finanzierungsaufgabe ... 185

Kreditfinanzierung: nur für Investitionen, begrenzt und zeitlich befristet tolerabel ... 187

Ausgabenumschichtungen und Abbau von Steuervergünstigungen: Neue Prioritäten für die Finanzpolitik ... 189

Privatisieren ... 193

Steuererhöhungen: Tariferhöhungen und neue Steuern möglichst vermeiden ... 194

Unternehmenssteuerreform — im Blick behalten ... 195

Budgetpolitik: Wege zur Konsilidierung ... 195

II. Geldpolitik: Zielbestimmung unter erschwerten Bedingungen ... 198

III. Tarifpolitik am zusammenwachsenden Arbeitsmarkt: Unterschiedliche Strategien ... 201

Ostdeutschland: Löhne und Leistungskraft in der strukturellen Erneuerung ausbalancieren ... 202

Umrisse einer lohnpolitischen Konzeption für Ostdeutschland ... 207

Westdeutschland: Zur Stabilität zurückfinden ... 208

Teil C: Finanzausgleich reformieren — Eigenverantwortung und Unabhängigkeit stärken ... 210

Maßstäbe für die Gestaltung des Finanzausgleichs ... 211

Für mehr Autonomie der Länder auf der Einnahmenseite ... 211

Fremdbestimmte Ausgaben reduzieren ... 213

Horizontale und vertikale Ausgleichszahlungen begrenzen ... 213

Ansätze zur Reform des Finanzausgleichs ... 215

Teil D: Die Europäische Gemeinschaft — Herausforderungen zu Beginn der neunziger Jahre ... 217

I. Hürden auf dem Weg zum Binnenmarkt überwinden ... 217

II. Handelspolitik — die weltwirtschaftliche Verantwortung der Gemeinschaft ... 219

III. EG-Agrarpolitik: Weitere Liberalisierungsschritte müssen folgen ... 221

IV. Europäische Währungsunion: Start in eine ungewisse Phase ... 222

Viertes Kapitel: Erneuerung der Wirtschaftsstruktur im östlichen Teil Deutschlands ... 228

I. Überblick ... 228

II. Das Kernproblem: Entwicklung leistungsfähiger Unternehmen ... 229

Privatisierung: Die Rolle der Treuhandanstalt ... 229

Stillegungen: Der Markt als Entscheidungsinstanz ... 234

Neugründungen: Unverzichtbar für die strukturelle Erneuerung ... 236

Investitionshemmnisse abbauen ... 238

Investitionsförderung: Prioritäten richtig setzen ... 240

Seite

III. Probleme einzelner Bereiche 244
Neue Organisationsformen für die Landwirtschaft 244
Neugestaltung der Energiewirtschaft 246
Wohnungswirtschaft 248

IV. Rahmenbedingungen 249
Umweltpolitik: Grundlegende Sanierung vordringlich 249
Wege zu einer leistungsfähigen Infrastruktur 251
Arbeitsmarkt und soziale Sicherung 253

Statistischer Anhang für das Beitrittsgebiet 257

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 272

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 274

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 275

IV. Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" 276

V. Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler 306

VI. Methodische Erläuterungen 309

VII. Statistischer Anhang 317

Sachregister 429

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Preisindex für die Lebenshaltung in ausgewählten Ländern	32
2	Zur Preisentwicklung am Ölmarkt	37
3	Bruttoersparnis in OECD-Ländern	47
4	Zum Investitionsengagement westdeutscher Unternehmen im östlichen Teil Deutschlands	66
5	Arbeitskräfte in Ostdeutschland	67
6	Arbeitslose und Kurzarbeiter in Ostdeutschland	67
7	Bevölkerungswanderungen im Osten Deutschlands	69
8	Warenkörbe im Vergleich	78
9	Struktur des Staatshaushaltsplanes der DDR 1989	79
10	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	83
11	Verfügbares Einkommen und Privater Verbrauch	86
12	Umsatzentwicklung im Einzelhandel	87
13	Investitionen und Finanzierung	89
14	Zur Entwicklung der Bauinvestitionen	91
15	Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	93
16	Zur Entwicklung der Investitionen	96
17	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	97
18	Weltmarktpreise für Rohstoffe	99
19	Zur Struktur der Verbraucherpreise	100
20	Preisentwicklung für Rohöl und Mineralölerzeugnisse	101
21	Zur Revision der Erwerbstätigenzahlen	104
22	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	105
23	Entwicklung am Arbeitsmarkt	107
24	Bewegungen am Arbeitsmarkt	108
25	Zur Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten	118
26	Geldpolitische Vorstellungen der Deutschen Bundesbank	119
27	Geldmenge M3 und M3 erweitert	120
28	Bereinigte Zentralbankgeldmenge	122
29	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge	123
30	Entwicklung der Zahlungsmittelbestände	124
31	Wichtige Komponenten der Zentralbankgeldentstehung in der Bundesrepublik Deutschland	125
32	Entwicklung ausgewählter Zinsen	129
33	Zinsstruktur am Rentenmarkt	131
34	Aktienkursentwicklung an internationalen Börsenplätzen	132
35	Außenwert der D-Mark gegenüber ausgewählten Währungen	134
36	Zur Entwicklung der öffentlichen Investitionen	141
37	Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte	142
38	Finanzpolitische Quoten	144
39	Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für soziale Sachleistungen	150
40	Beiträge zum Wachstum des Bruttosozialprodukts Westdeutschlands	165

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Zur Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung	24
2	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	26
3	Gesamtwirtschaftliche Eckdaten ausgewählter Länder	28
4	Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien	31
5	Langfristige und kurzfristige Zinsen	35
6	Budgetdefizite und Budgetziele in den Vereinigten Staaten	36
7	Energieintensität in ausgewählten Ländern	38
8	Indikatoren für Osteuropa	40
9	Wichtige Reformelemente in Polen	41
10	Wichtige Reformelemente in Ungarn	42
11	Zur Entwicklung des Ost-West-Handels	43
12	Zur Verschuldung osteuropäischer Länder	45
13	Bruttoersparnis in ausgewählten OECD-Ländern	46
14	Subventionen im Agrarbereich in ausgewählten Ländern	48
15	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	50
16	Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft	58
17	Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland	59
18	Zur Entwicklung der industriellen Warenproduktion in der ehemaligen DDR	63
19	Wichtige Sonderregelungen im Arbeitsförderungsgesetz für Ostdeutschland	68
20	Wichtige Tarifabschlüsse in Ostdeutschland	70
21	Preisindex für die Lebenshaltung in Ostdeutschland	77
22	Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote	85
23	Regionale Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze	86
24	Zur Entwicklung der Investitionsquoten	88
25	Zur Gewinn-Erlös-Relation	90
26	Entwicklung der Auftragseingänge und der Produktion im Bauhauptgewerbe	92
27	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Westdeutschland	102
28	Aussiedler und Übersiedler nach ausgewählten Strukturmerkmalen	103
29	Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen	105
30	Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt	106
31	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	109
32	Aussiedler und Übersiedler nach Berufsgruppen	110
33	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	111
34	Arbeitslose nach Altersgruppen und bisheriger Dauer der Arbeitslosigkeit	112
35	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	116
36	Geldpolitisch wichtige Ereignisse	135
37	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte	138
38	Leistungen des Bundes für Ostdeutschland	139
39	Aufkommen wichtiger Steuern	143
40	Verteilung des Steueraufkommens auf die Ebenen	145
41	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	146
42	Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften	148
43	Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen	149
44	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	150
45	Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern	156
46	Wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland	159

		Seite
47	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1990 und 1991	161
48	Eckdaten zur voraussichtlichen Entwicklung in Ostdeutschland	166
49	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Westdeutschland	168
50	Einnahmen und Ausgaben des Staates	170
51	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1991 bis 1995: Basismodell	187
52	Teilungsbedingte Finanzhilfen und Steuervergünstigungen im Jahre 1990	191
53	Subventionen für Produzenten im Jahre 1989	191
54	Konsumentensubventionen im Jahre 1989	192
55	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1991 bis 1995: Konsolidierungsmodell I	196
56	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1991 bis 1995: Konsolidierungsmodell II	197
57	Gewerbeanzeigen und Gewerbeabmeldungen in Ostdeutschland	236
58	Ausgewählte Förderprogramme für Ostdeutschland	237
59	Zur Reprivatisierung in der ehemaligen DDR	238
60	Förderungshilfen für das Gebiet der ehemaligen DDR	241
Statistischer Anhang für das Beitrittsgebiet		257

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	323
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	324
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	325
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	326
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	327
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	328
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	329
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	330
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	331
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	332
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	334
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	335
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	336
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	338
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	340
16*	Internationale Energiepreise	341
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	342
18*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	344
19*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	345
20*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	346
21*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	348
22*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	350
23*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	352
24*	Verteilung des Volkseinkommens	353
25*	Verwendung des Volkseinkommens	354
26*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	355
27*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	356
28*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	357
29*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	358
30*	Verwendung des Sozialprodukts	360
31*	Bruttoinvestitionen	362
32*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	364
33*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	366
34*	Subventionen des Staates	370
35*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	371
36*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	372
37*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	374
38*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	376
39*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	378
40*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	379
41*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	380
42*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	382
43*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	384

	Seite
44* Emission und Erwerb von Wertpapieren	385
45* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	386
46* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	387
47* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	390
48* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	393
49* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	394
50* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	396
51* Produktionsergebnis, je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	397
52* Baugenehmigungen	398
53* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	399
54* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	401
55* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	402
56* Einzelhandelsumsatz	403
57* Zahlungsbilanz	404
58* Kapitalverkehr mit dem Ausland	406
59* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	408
60* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	409
61* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	410
62* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	411
63* Warenausfuhr nach Ländergruppen	412
64* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	413
65* Index der Grundstoffpreise	414
66* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	415
67* Index der Ausfuhrpreise	416
68* Index der Einfuhrpreise	417
69* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	418
70* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	419
71* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (von Arbeitern und Angestellten) nach Haupt-/Untergruppen	420
72* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	421
73* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	422
74* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	423
75* Löhne und Gehälter	424
76* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	425
77* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	426
78* Energieverbrauch nach Bereichen	427
79* Entwicklung im Mineralölbereich	428

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelszone, Genf
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan)
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RGW	=	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Moskau
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll beziehungsweise Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die konjunkturellen Antriebskräfte in den Industrieländern haben 1990 weiter nachgelassen; die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt nur noch um gut 2½ vH ausgeweitet, nach 3½ vH im Vorjahr. Ursache für die geringere Dynamik waren nur zu einem kleineren Teil die ab August stark gestiegenen Ölpreise, entscheidend war die Nachfrageschwäche in einigen Ländern, die sowohl vom Privaten Verbrauch als auch von den Anlageinvestitionen ausging. Die Differenzierung in der Konjunkturentwicklung, die schon im letzten Jahr zu beobachten war, hat sich in diesem Jahr fühlbar verstärkt.

- Günstig verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Japan, wo die Produktion kräftiger als im Vorjahr ausgeweitet wurde, und in den meisten europäischen Industrieländern, wenn sich auch das hohe Expansionstempo der letzten Jahre nicht überall halten ließ. Infolge der kräftigen Ausweitung der Beschäftigung sank die Arbeitslosigkeit; in Japan verharrte sie auf dem bereits vorher erreichten niedrigen Niveau. Die Produktionskapazitäten blieben im Durchschnitt hoch ausgelastet, ohne daß es jedoch zu gravierenden Verspannungen gekommen wäre.
- In einigen Ländern haben sich in diesem Jahr rezessive Tendenzen durchgesetzt, nachdem dort bereits im Vorjahr die Expansionsdynamik nachgelassen hatte. Vor allem in den Vereinigten Staaten sind die Auftriebskräfte fast vollständig zum Erliegen gekommen, aber auch in Großbritannien, Kanada, Schweden und Finnland sind allenfalls noch geringe Zuwachsraten des Sozialprodukts zu beobachten. Die Ausweitung der Beschäftigung hat vielfach so stark nachgelassen, daß die Arbeitslosigkeit nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder anstieg.

2*. Trotz der schwächeren Nachfrageexpansion und trotz überwiegend straffer Geldpolitik hat sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe in nahezu allen Ländern beschleunigt. Belastend wirkten sich höhere Lohnstückkosten und in der zweiten Jahreshälfte drastisch gestiegene Ölpreise aus. Neben einigen kleineren europäischen Volkswirtschaften waren vor allem Großbritannien und Schweden mit gravierenden Inflationsproblemen konfrontiert. In diesen beiden Ländern verstärkte sich der Lohnkostendruck trotz der schwachen Konjunktur.

3*. Die differenzierte Konjunkturentwicklung begünstigte die Reduzierung der Leistungsbilanzsalden. Die Überschüsse Japans und der Bundesrepublik verringerten sich, wobei im Falle der Bundesrepublik die deutsche Vereinigung neben der Konjunkturabschwächung in den Partnerländern eine bedeutende Rolle gespielt hat. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien bewirkten steigende Exporte und schwache Importe einen Rückgang der allerdings immer noch hohen Leistungsbilanzdefizite.

4*. Die Abschwächung der Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern führte zu einer etwas weniger starken Ausweitung des Welthandels als in den Vorjahren. Auch von den Entwicklungsländern kamen für den Welthandel angesichts der bekannten binnenwirtschaftlichen Probleme und wegen der teilweise hohen Auslandsverschuldung keine stärkeren Impulse. Immerhin nahmen die grenzüberschreitenden Güterströme um knapp 6 vH zu, mehr als doppelt so rasch wie die Produktion. Der Handel zwischen den Industrieländern dürfte dabei noch etwas schneller gestiegen sein.

5*. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre machte das Schlagwort von der „Eurosklerose", die Runde. Es sollte die vermutete oder tatsächliche wirtschaftliche Trägheit des alten Kontinents, sein Zurückbleiben hinter den dynamisch expandierenden Volkswirtschaften Asiens und der Vereinigten Staaten, ausdrücken. Mittlerweile ist hiervon kaum mehr die Rede. Es gibt Gründe für die Annahme, daß die Binnenmarktinitiative der Europäischen Gemeinschaft den entscheidenden Anstoß zu einem neuen Aufbruch in den europäischen Ländern gegeben hat. In den letzten Jahren hat sich jedenfalls das durchschnittliche Expansionstempo unter Führung der Investitionstätigkeit merklich belebt, die Beschäftigung nimmt rascher zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt, wenngleich sie vielerorts immer noch hoch ist. Der Aufschwung hat sich bis zuletzt im ganzen bemerkenswert verspannungsarm vollzogen. Inzwischen haben sich die europäischen Länder von der früheren Konjunkturlokomotive, den Vereinigten Staaten, weitgehend abgekoppelt; der Abstand im Sozialproduktszuwachs zu Japan blieb aber unverändert groß (Tabelle A).

Tabelle A

Zur Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung

Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH

Land	Sozialprodukt		Beschäftigung	
	1983 bis 1985	1988 bis 1990 [1]	1983 bis 1985	1988 bis 1990 [1]
Vereinigte Staaten ...	+4,6	+2½	+2,5	+1½
Japan	+4,4	+5½	+1,0	+2
Europäische OECD-Länder [2] ...	+2,3	+3½	+0,3	+1½

[1] 1990 eigene Schätzung.
[2] Bundesrepublik Deutschland, Irland und Türkei Bruttosozialprodukt; übrige Länder Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD

6*. Die Golfkrise hat den Ölverbrauchern wieder einmal vor Augen geführt, daß ihre Ölversorgung hochgradig unsicher ist, da diese zu einem großen Teil von Lieferungen aus einer Region abhängt, die politisch nicht zur Ruhe kommt. Der Ölpreisanstieg ab August reflektierte in erster Linie diese Unsicherheit in der Einschätzung der Marktteilnehmer, nicht akute Versorgungsengpässe; diese sind ausgeblieben, weil andere Anbieter den Angebotsausfall des Öls aus dem Irak und Kuwait nahezu ganz ausgleichen konnten. Die leichte Verminderung der Spannungen Mitte Oktober hat zwar zeitweise zu spürbaren Preisrückgängen geführt, doch kann die Stimmung an den Märkten sich auch schnell wieder ändern. Es wäre deshalb verfehlt, die Warnzeichen der neuen Krise nicht zu beachten. Die Energiepolitik darf in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, den Ölverbrauch zu reduzieren und neue Energiequellen zu erschließen.

7*. Die Länder Osteuropas sind dabei, ihr sozialistisches Wirtschaftssystem abzuschütteln, und sie bemühen sich nach Jahrzehnten der weitgehenden Abschottung von den Weltmärkten um eine verstärkte Teilnahme am freien Welthandel. Die Hoffnungen, die die Menschen mit der Umgestaltung verbinden, liegen auf der Hand: Sie erwarten von der politischen Liberalisierung mehr Freiheit und von der Ablösung der verkrusteten planwirtschaftlichen Systeme eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Für die Weltwirtschaft als Ganzes wird die marktwirtschaftliche Neuorientierung dieser Länder und deren Integration in die internationale Arbeitsteilung letztlich einen Zugewinn an Wohlstand bringen. Noch liegen diese Hoffnungen allerdings in weiter Ferne. Bislang sind die beabsichtigten umfassenden Reformen nur in ersten Ansätzen verwirklicht, und angesichts der gewaltigen Hypotheken, die die alten Systeme hinterlassen haben, ist die Neuordnung der Volkswirtschaften nicht von heute auf morgen zu leisten.

8*. Im Dezember 1990 soll die Uruguay-Runde des GATT abgeschlossen werden. Noch ist es nicht sicher, ob die Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht werden können; in wichtigen Fragen lagen die Positionen der Teilnehmerländer im Herbst 1990 noch so weit auseinander, daß ein Scheitern nicht auszuschließen ist. Für Weltwirtschaft und Welthandel wäre in diesem Fall eine wesentlich ungünstigere Entwicklung vorgezeichnet, als sie sich bei einer inhaltlich substantiellen Vereinbarung ergeben würde. Eine Stärkung des freien Welthandels ist gerade jetzt vonnöten, wo die Osteuropäischen Staaten ihre selbstgewählte Isolation aufgeben wollen, um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen. Auch die Entwicklungsländer brauchen einen freien Zugang zum Weltmarkt, zum einen um ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen, zum anderen um die nötigen Devisen zur Bedienung und Tilgung der drückenden Auslandsschuld zu verdienen; denn die Schuldenkrise wurde auch durch die im letzten Jahr gestartete Brady-Initiative nicht wesentlich entschärft, und die gestiegenen Ölpreise und die höheren Zinsen haben die schwierige ökonomische Situation der meisten Entwicklungsländer weiter verschlechtert. Schließlich wäre ein Scheitern der Uruguay-Runde für die Industrieländer, die den überwiegenden Teil des Welthandels bestreiten, von großem Nachteil; denn Protektion und Blockdenken verursachen nicht nur gewaltige direkte Kosten in Form von Subventionen, sie machen auch die Vorteile des möglichst ungehinderten Austauschs von Gütern und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg für die Verbraucher zunichte. Deshalb ist es notwendig, daß sich die für die Verhandlungen Verantwortlichen über protektionistische Partikularinteressen hinwegsetzen und die Funktionsbedingungen des freien Welthandelssystems erhalten und — dort, wo nötig — verbessern.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

(Ziffern 71 ff.)

9*. Nach der über vierzigjährigen Teilung Deutschlands ist am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit wiederhergestellt worden. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen Westdeutschlands gilt nun in sechzehn Bundesländern, in denen insgesamt 78 Millionen Menschen leben. Im Laufe der jahrzehntelangen Trennung ist ein großes Wohlstandsgefälle zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands entstanden. Was pro Kopf der Bevölkerung in Ostdeutschland an finanziellen und sachlichen Vermögen geschaffen wurde, was je Erwerbstätigen an laufendem Einkommen erwirtschaftet wird, liegt sehr viel niedriger als in der hoch entwickelten westdeutschen Wirtschaft. Besonders schlimm ist es, daß die Umwelt in Ostdeutschland durch eine schonungslose Nutzung natürlicher Ressourcen stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

10*. Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat zwar neue Perspektiven geschaffen, zugleich aber die Wettbewerbsschwäche des alten Systems offengelegt. Schon in den wenigen Monaten seit Einführung der D-Mark haben die Betriebe der ehemaligen DDR ihre Produktion drastisch einschränken müssen. Allein seit Juni hat sich die Industrieproduktion um rund ein Drittel vermindert. Viele Betriebe werden ganz aus dem Markt scheiden, weil ihre Produkte im Wettbewerb mit den besseren und preiswerteren westlicher Anbieter nicht bestehen können. Die Entfaltung neuer Wirtschaftsaktivität durch Privatisierungen und Unternehmensgründungen hat dagegen gerade erst begonnen. Westliche Investoren haben sich noch nicht in großem Umfang in Ostdeutschland engagiert, ihre Investitionsvorhaben stehen vielfach noch im Stadium der Planung oder gar erst der Prüfung.

11*. Die wirtschaftliche Entwicklung im Westen Deutschlands bot einen krassen Gegensatz zu jener im Osten. Das hohe Expansionstempo der vergangenen beiden Jahre konnte unvermindert beibehalten werden, obwohl die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr an Schwung verlor. Die Auftriebskräfte kamen von der Binnennachfrage, sowohl von den Investitionen als auch vom Konsum. Hohe öffentliche Haushaltsdefizite trugen entscheidend zu der starken Nachfragedynamik bei, die die Auslastung der Produktionskapazitäten nochmals steigen ließ. Die wirtschaftliche Vereinigung hat die Handlungsmöglichkeiten und die Wachstumspotentiale

westlicher Unternehmen schlagartig erweitert. Nicht allein, daß ein bislang verschlossener Absatzmarkt geöffnet wurde und nun neue Standorte für Investitionen zur Wahl stehen; auch das Arbeitskräfteangebot, das die Unternehmen im Westen mehr und mehr als Engpaßfaktor angesehen hatten, wurde beträchtlich erhöht.

12*. Es ist zur Zeit noch nicht sinnvoll, eine Gesamtschau der deutschen Wirtschaft zu geben; zu stark ist das Auseinanderlaufen der Entwicklung in beiden Landesteilen, zu unsicher die Datengrundlage, die man einer solchen Diagnose zugrunde legen müßte. Doch auch eine nach Landesteilen getrennte Betrachtung weist zwangsläufig Unschärfen auf. So wird es bei zunehmender Verflechtung der Märkte immer schwieriger, die Güter- und die Kapitalströme, aber auch die Arbeitskräftewanderungen zwischen den Regionen abzuschätzen.

Aufgrund der unzureichenden Datenlage läßt sich die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nicht präzise diagnostizieren. Manche Statistiken sind aufgrund andersartiger Erhebungsverfahren und Abgrenzungen nicht mit westlichen Angaben vergleichbar. Andere wichtige Informationen sind noch gar nicht verfügbar. Das gilt insbesondere für jene Wirtschaftsbereiche, die im alten planwirtschaftlichen System kaum eine Rolle spielten, nun aber eine zunehmende Bedeutung erlangen. Dazu gehört eine Vielzahl privater Dienstleistungen, die zu einem Wachstumssektor der Wirtschaft werden können, bislang aber statistisch noch nicht erfaßt sind. Eine besondere Schwierigkeit entsteht dadurch, daß sich mit der Währungsumstellung das gesamte Preisgefüge und das Produktangebot in Ostdeutschland schlagartig geändert haben. Das macht den Zeitvergleich beinahe zu allen ökonomischen Zeitreihen fragwürdig. So ist es, um ein Beispiel zu nennen, aufgrund völlig unter-

Tabelle B

Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft[1])

Zeitraum	Industrieproduktion[2])	Einzelhandelsumsatz[3])	Löhne[4])		Preisindex für die Lebenshaltung[5])		Beschäftigte in der Industrie und Bauwirtschaft[6])		Kurzarbeiter[7])	Arbeitslose[8])
			Industrie	Bauwirtschaft						
	vH[9])				1989 = 100	vH[10])	Anzahl in 1000	vH[9])	Anzahl in 1000	
1989 3. Vj.	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,1	.	.	3 672	− 0,6	.	.
4. Vj.	− 1,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 2,5	.	.	3 607	− 2,3	.	.
1990 1. Vj.	− 4,5	+ 7,0	+ 4,0	+ 4,6	.	.	3 525	− 3,7	.	.
2. Vj.	− 9,5	− 0,6	.	.	.	.	3 332	− 9,2	.	83,3
3. Vj.	−48,1	−45,0	.	.	95,3	− 4,7	3 049	−17,0	1 295,0	308,9
1990 Januar	− 5,0	+ 8,7	+ 3,7	+ 3,2	.	.	.	.	.	7,4
Februar	− 4,4	+11,9	+ 3,7	+ 3,6	.	.	.	.	.	11,0
März	− 4,1	+ 1,5	+ 5,1	+ 7,0	.	.	.	.	.	38,3
April	− 3,9	+ 4,5	+11,1	+14,1	.	.	.	.	.	64,9
Mai	− 9,0	+ 2,9	+17,4	+24,5	98,3	− 1,7	.	.	.	94,8
Juni	−15,5	− 9,1	.	.	87,9	−12,1	.	.	.	142,1
Juli[11])	−42,1	−44,0	(1341)[a])	(1702)[a])	94,5	− 5,5	3 138	.	656,3	272,0
August	−50,8	−44,8	.	.	94,9	− 5,1	3 077	.	1 499,9	361,3
September	−51,1	−46,1	.	.	96,6	− 3,4	2 934	.	1 728,7	444,9
Oktober	...	...	...	...	...	...	...	.	1 767,0	537,8

[1]) Angaben sind mit den entsprechenden Ergebnissen für Westdeutschland nicht voll vergleichbar.
[2]) Bruttoproduktion, arbeitstäglich.
[3]) In jeweiligen Preisen.
[4]) Monatlicher Bruttolohn je Arbeiter und Angestellten (für Vollbeschaftigteneinheiten, aus der laufenden Arbeitskräfteberichterstattung in der ehemaligen DDR).
[5]) Alle privaten Haushalte.
[6]) In volkseigenen Betrieben, ohne Produktionsgenossenschaften und Handwerk.
[7]) Stand Monatsmitte; umfaßt auch Kurzarbeiter in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen; Quelle: BA.
[8]) Ende des Monats; Quelle: BA.
[9]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[10]) Veränderung gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1989.
[11]) Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
a) Angaben in D-Mark; durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten (ohne Kurzarbeiter) im Juli 1990; erste Ergebnisse aus einer gesonderten Verdiensterhebung im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung in der ehemaligen DDR; Industrie: Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie); Bauwirtschaft: Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, BA

schiedlicher Qualitäten nahezu aussagelos, die Preise für die heute verfügbaren westlichen Automobile mit denen der Pkw aus ostdeutscher Produktion vor einem Jahr zu vergleichen, auf die der Konsument in der DDR zudem jahrelang warten mußte.

13*. Die Öffnung der Grenzen und die Einführung der D-Mark in **Ostdeutschland** haben es schlagartig zur Gewißheit werden lassen: Der größte Teil des Güterangebots ostdeutscher Betriebe ist in einem nach außen offenen Markt nicht wettbewerbsfähig. Produktion und Beschäftigung sind auf breiter Front gesunken. Besonders stark waren die Einbußen in der Industrie, dem überdimensionierten Kernbereich der Wirtschaft. Aber auch im Bau, im Handel und in der Landwirtschaft waren die Unternehmen nicht imstande, drastische Umsatzeinbußen und Produktionseinbrüche zu verhindern (Tabelle B).

Die Leistungsschwäche der ostdeutschen Betriebe wurzelt in den Systemfehlern der jahrzehntelangen Planwirtschaft (SG 90 Ziffern 11 ff.). Über Produktionsprogramme und Investitionen haben nicht die Betriebe, sondern Planbehörden entschieden. Vor allem fehlte der Druck des internationalen Wettbewerbs, der die Unternehmen zur Kostensenkung und zur Marktorientierung ihrer Produktion zwingt und ihnen fortwährende Innovationsanstrengungen abverlangt. Als Folge der jahrzehntelangen Abschottung vom Wettbewerb fehlen den Betrieben aber nicht allein das erforderliche technologische Wissen, sondern auch die notwendige Marktkenntnis und Managementerfahrung, um sich rasch auf die Erfordernisse freier Märkte einzustellen. Erschwert wird ihnen die Umstellung durch ein weiteres Erbe der früheren Kommandowirtschaft: den veralteten, teilweise bereits verschlissenen und vielfach schon aufgrund immenser Umweltbelastungen nahezu wertlosen Kapitalstock.

14*. Die Entwicklung der vergangenen Monate hat immer deutlicher werden lassen, daß eine größere Anzahl von Betrieben wohl stillgelegt werden muß, und die meisten anderen nur durch Kooperation mit westlichen Unternehmen überlebensfähig sein werden. Für das Ingangkommen der wirtschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland kommt den Direktinvestitionen westlicher Unternehmen mithin eine Führungsrolle zu. Diese sind zwar nach allen vorliegenden Informationen an Kooperationen mit ostdeutschen Partnern stark interessiert. Auch sind bereits zahlreiche Kooperationsverträge abgeschlossen worden. Aber das Engagement westlicher Unternehmen richtet sich noch überwiegend auf den Aufbau von Vertriebsstrukturen oder Servicenetzen, weniger auf Investitionen in Produktionsstätten. Offenbar stehen den Vorteilen, die Ostdeutschland als Produktionsstandort grundsätzlich zu bieten hat — das Fachkräftepotential, vorhandene Gewerbeflächen und Gewerberäume — noch gravierende Nachteile gegenüber. Die Arbeitskräfte müssen vielfach neue Qualifikationen erlernen und sich mit den Anforderungen der Marktwirtschaft erst vertraut machen. Vorhandene Gewerbeflächen sind häufig mit Umweltschäden belastet, neue werden — vor allem wegen unklarer Eigentumsverhältnisse — nur zögerlich freigegeben, die Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe stockt, und allerorten sind Mängel in der produktionsnahen Infrastruktur zu beklagen. Schließlich haben kurzlaufende Tarifverträge, in denen weitreichende Rationalisierungsschutzabkommen und hohe Lohnabschlüsse vereinbart wurden, in diesem Jahr dazu beigetragen, die Attraktivität der östlichen Bundesländer als Investitionsstandort zu vermindern.

15*. Die Erkenntnis, daß sich der Abbau unrentabler Produktionen im Wettbewerb sehr schnell vollzieht, der Aufbau einer Marktwirtschaft mit rentablen Arbeitsplätzen aber Zeit braucht, hat bei den Menschen in Ostdeutschland vielfach noch nicht die erhoffte Aufbruchstimmung, sondern Besorgnis um die eigene wirtschaftliche Zukunft geweckt. Bereits im Oktober waren rund 540 000 Personen arbeitslos, und nicht nur die inzwischen 1,8 Millionen Kurzarbeiter müssen um die gewohnten alten, aber unwirtschaftlichen Arbeitsplätze bangen. Was den privaten Haushalten an Arbeitseinkommen und an Transfers zufließt, hat ihnen zwar schon jetzt einen höheren realen Konsum ermöglicht, es ist aber weit mehr, als mit dem veralteten Kapitalstock und der eigenen Arbeitsleistung erwirtschaftet werden kann. Einkommen und Konsumtion haben sich von der Produktionsentwicklung abgekoppelt. Das war vor allem dadurch möglich geworden, daß Zahlungen von knapp 50 Mrd DM aus dem Bundeshaushalt und dem Fonds Deutsche Einheit in die östlichen Bundesländer geflossen sind.

16*. Die **westdeutsche Wirtschaft,** die sich schon seit Ende 1982 in einer Aufwärtsentwicklung befindet, hat ihr Expansionstempo in den letzten drei Jahren noch einmal beträchtlich gesteigert (Tabelle C). Während das in den beiden vorangegangenen Jahren auch einer kräftig ansteigenden Auslandsnachfrage zu verdanken war, haben in diesem Jahr binnenwirtschaftliche Kräfte die Führungsrolle übernommen. Der Aufschwung hat deswegen nicht an Breite verloren. Alle großen Wirtschaftsbereiche haben ihre Produktion erhöht und zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Die Auftragslage ist allenthalben gut, teilweise sogar sehr gut, und es herrscht Zuversicht, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird. Deutliches Zeichen hierfür ist, daß die Unternehmen ihre Investitionen in Sachanlagen und Gebäude nochmals kräftig aufgestockt und — in Anbetracht der hohen Kapazitätsauslastung — stärker auf die Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten ausgerichtet haben.

Der starke Anstieg der Lohnstückkosten und der Ölpreissprung auf zeitweise über 40 Dollar je Barrel haben dieses helle Bild bislang nur wenig eingetrübt. Dabei spielte eine Rolle, daß der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus bis in das zweite Halbjahr hinein moderat blieb, weil der zusätzlichen Belastung von der Lohnkostenseite eine Entlastung durch rückläufige Importpreise gegenüberstand. Nach der Jahresmitte, als sich der Preis für Rohöl binnen acht Wochen verdoppelte, setzte allerdings ein Umschwung in der Preisentwicklung ein. Zum binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb kamen steigende Importpreise hinzu. Die Verbraucherpreise reagierten schnell und der Preisauftrieb beschleunigte sich im zweiten Halbjahr auf eine laufende Jahresrate von schätzungsweise 6 vH.

17*. Der Wechsel der Auftriebskräfte war noch viel ausgeprägter, als wir es im vergangenen Jahr erwar-

Tabelle C

Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990[1]	1982 bis 1990[2]
Bruttosozialprodukt ...	vH[3]	– 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 4	+ 2,8
Inlandsnachfrage[4] .	vH[3]	– 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 4	+ 2,8
Ausrüstungsinvestitionen ...	vH[3]	– 6,7	+ 5,6	– 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 9,7	+ 11	+ 6,5
Bauinvestitionen ..	vH[3]	– 4,3	+ 1,7	+ 1,6	– 5,6	+ 2,7	– 0,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 5½	+ 1,7
Privater Verbrauch	vH[3]	– 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 4½	+ 2,5
Staatsverbrauch ..	vH[3]	– 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,3	– 0,9	+ 2	+ 1,5
Ausfuhr[5]	vH[3]	+ 3,2	– 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,9	+ 5,7	+ 11,5	+ 8	+ 5,1
Einfuhr[5]	vH[3]	– 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,0	+ 8,8	+ 9	+ 5,2
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	+ 51,75	+ 46,92	+66,59	+ 84,63	+ 68,59	+ 51,01	+ 52,23	+ 72,62	+ 73	+63
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	+ 37,47	+ 38,01	+54,87	+ 80,20	+114,98	+113,43	+122,16	+143,45	+148	+94,7
Erwerbstätige	1000[7]	–321	–379	+42	+196	+367	+194	+214	+371	+700	+1705[a]
Arbeitslosenquote[8] ...	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	8,2
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 3	+ 1,4
Terms of Trade[11]	vH[10]	+ 1,9	+ 2,1	– 2,3	+ 1,2	+ 16,5	+ 4,7	+ 0,8	– 1,6	+ 2	+ 2,8
Verbraucherpreise[12] .	vH[10]	+ 5,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	– 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,8	+ 3	+ 1,8
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	7,3
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	– 0,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	– 0,3	– 0,3	+ 0,7
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	+ 1,7	+ 0,4	– 4,9	– 2,8	+ 6,1	+ 3,6	– 2,8	– 2,5	+ 2,8	– 0,1

[1] Eigene Schätzung.
[2] Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel.
[3] In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4] Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5] Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[6] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7] Veränderung in 1 000.
[8] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).
[9] Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11] Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13] Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14] Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang VI, Abschnitt B.
[15] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16] Auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.
a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

tet hatten. Die reale Binnennachfrage stieg mit über 4 ½ vH und damit stärker als jemals zuvor in der nunmehr achtjährigen Aufwärtsentwicklung. Diese außergewöhnlich hohe Nachfragedynamik war darauf zurückzuführen, daß die ohnehin starken konjunkturellen Auftriebskräfte durch die Folgen der Grenzöffnung und der Zusammenführung der Wirtschaftsgebiete in mehrfacher Weise noch verstärkt wurden:

— Schon in der ersten Jahreshälfte stieg die Nachfrage aus der DDR nach westlichen Produkten schubartig an. Der erleichterte offizielle Umtausch — der sogenannten Devisenfonds — sowie das Begrüßungsgeld und gehortete D-Mark-Bestände reichten zur Finanzierung dieser hohen Konsumnachfrage nicht hin, so daß ein beträchtliches Angebot an Mark der DDR auf den irregulären Devisenmarkt drängte und dort für zeitweise sehr niedrige Kurse sorgte. Welches Gütervolumen bis zur Jahresmitte in die DDR geflossen ist, läßt sich schon aufgrund des hohen Direktimports statistisch nicht genau erfassen. Aber allein nach der Statistik des innerdeutschen Handels lagen die Lieferungen in den ersten sechs Monaten bei 8 Mrd DM und damit um 116 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach der Einfüh-

rung der D-Mark hat sich der Nachfragesog aus Ostdeutschland dann nochmals verstärkt; die statistisch erfaßten Warenlieferungen beliefen sich allein im Juli und August auf einen Wert von 3,8 Mrd DM.

- Zur Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik trug auch bei, daß seit der Öffnung der Grenzen schätzungsweise eine halbe Million Menschen aus Ostdeutschland zugewandert sind. Ein großer Teil von ihnen ist im erwerbsfähigen Alter und allem Anschein nach haben sie gerade in solchen industriellen oder handwerklichen Bereichen Engpässe mildern können, in denen die Unternehmen in den letzten Jahren Arbeitskräftemangel beklagt hatten. Gleichwohl sind nicht alle Übersiedler reibungslos in das Arbeitsleben integriert worden, vor allem in den Dienstleistungsberufen schmälern noch vorhandene Qualifikationsdefizite ihre Beschäftigungschancen.
- Schließlich war die Erweiterung des Wirtschaftsgebiets einer der Faktoren, die die Unternehmen in diesem Jahr zu höheren Investitionen veranlaßten. Die Öffnung eines zusätzlichen Marktes hat die Absatzerwartungen, vor allem der Konsumgüterhersteller, weiter verbessert. Sicherlich sind die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung in Ostdeutschland zur Zeit noch durch niedrige Realeinkommen stark begrenzt, aber mit dem zu erwartenden Anstieg der verfügbaren Einkommen werden sich dann auch die Absatzchancen in den östlichen Bundesländern weiter erhöhen.

18*. Die hohe Investitionsbereitschaft westdeutscher Unternehmen — die realen Anlageinvestitionen lagen um 8 vH über dem Vorjahresniveau — spiegelt nicht allein ihre positiven Absatzerwartungen, sondern sie beruht auch auf einer schon seit Jahren guten Ertrags- und Finanzierungslage. Da die Produktionskapazitäten als Folge der wirtschaftlichen Expansionsdynamik der vergangenen drei Jahre inzwischen hoch ausgelastet sind, haben die Unternehmen ihre Investitionsausgaben mehr auf die Erweiterung des Sachkapitalbestandes gerichtet. Vielfach spielt bei den Investitionsentscheidungen eine Rolle, daß eine Modernisierung und Erweiterung des Kapitalbestandes zur Vorbereitung auf den immer näher rückenden EG-Binnenmarkt notwendig sind.

19*. Im Gefolge der kräftigen Investitionskonjunktur der letzten drei Jahre hat sich das Wachstum des Produktionspotentials von 2 vH im Jahre 1987 auf inzwischen knapp 3 vH erhöht. Damit stieg es im Jahre 1990 aber noch immer langsamer als die gesamtwirtschaftliche Produktion, die um 4 vH expandierte. Die Kapazitätsauslastung ist infolgedessen nochmals gestiegen, sie liegt deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, den wir als Normalauslastung ansehen. In der Bauwirtschaft, einem Bereich, der überwiegend für den heimischen Markt produziert und der internationalen Konkurrenz nicht in so starkem Maße ausgesetzt ist wie andere Wirtschaftsbereiche, haben die Unternehmen aufgrund der hohen Nachfragedynamik, die zu einer starken Kapazitätsanspannung führte, und aufgrund eines steigenden Lohnkostendrucks beträchtliche Preisanhebungen vorgenommen. Über das ganze Jahr gesehen dürften die Preise der Bauproduktion um 6½ vH über Vorjahresstand liegen.

Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen sind die Erzeugerpreise im Verlauf dieses Jahres nur um knapp 2 vH gestiegen, obwohl auch hier die Produktionskapazitäten stark beansprucht sind, hohe Auftragsbestände vorliegen und die Lohnstückkosten beschleunigt steigen. Stärkeren Preisanhebungen stand hier aber ein unvermindert intensiver Preiswettbewerb mit Auslandsanbietern entgegen. So lagen die Einfuhrpreise für industrielle Fertigwaren im September um 1,8 vH unter Vorjahresstand.

20*. Die außenwirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres hat einer stärkeren konjunkturellen Überhitzung aber auch auf andere Weise entgegengewirkt. Die Auslandsnachfrage ist zwar nochmals gestiegen. Die Zuwachsrate hat sich aber von 11,5 vH im Jahre 1989 auf 3 vH im Jahre 1990 drastisch verringert, wenn man die Lieferungen nach Ostdeutschland von den realen Exporten beider Jahre einmal abzieht. Die Exportabschwächung war teils Folge einer nicht mehr ganz so kräftigen Auslandskonjunktur, teils auf die seit Herbst 1989 sich vollziehende Höherbewertung der D-Mark zurückzuführen, die deutsche Ausfuhrgüter verteuerte. Die Einfuhren — wiederum ohne Lieferungen aus Ostdeutschland — sind im Gegensatz zu den Exporten mit 9 vH nochmals stärker angestiegen als im Vorjahr. Was an Waren und Diensten aus dem Ausland importiert wurde, trug entscheidend dazu bei, die Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern zu decken. Als Folge dieser Entwicklung ist der Ausfuhrüberschuß der alten Bundesländer gegenüber dem Ausland (ohne innerdeutsche Lieferungen), gerechnet in Preisen von 1980, von 71 Mrd DM im Jahre 1989 auf rund 43 Mrd DM im Jahre 1990 kräftig zurückgegangen.

21*. Anders als im Vorjahr gingen im Jahre 1990 von den öffentlichen Haushalten starke expansive Impulse aus. Als Folge der Steuerreform, deren dritte Stufe zu Beginn des Jahres in Kraft trat, lagen die Staatseinnahmen nur wenig über ihrem Vorjahresniveau. Auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben des Bundes durch unentgeltliche Übertragungen an die DDR, später an die neuen Bundesländer, gewaltig an. Diese Mehrausgaben wurden nur zu einem kleinen Teil durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle finanziert. Die bedeutendste Finanzierungsquelle war die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften belief sich, einschließlich des neugegründeten Sondervermögens Fonds Deutsche Einheit, auf 73 Mrd DM. Wenngleich eine hohe Nettokreditaufnahme im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung unvermeidbar war, weil Ausgabenkürzungen oder Steueranhebungen schon aus technischen und rechtlichen Gründen vielfach nicht kurzfristig durchzuführen sind, so hat es die Finanzpolitik doch versäumt, die Weichen für kräftige Einsparungen in den nächsten Jahren zu stellen. Die hohen Staatsdefizite bergen das Risiko gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen, vor allem dann, wenn die aufgenommenen Mittel überwiegend konsumtiv verwendet werden. Zusammen mit der Unsicherheit über die mittelfristige Entwicklung hat die

hohe Kreditnachfrage des Staates schon in diesem Jahr einen kräftigen Anstieg der Kapitalmarktzinsen nach sich gezogen. Expansiven Impulsen auf die Konsumnachfrage stehen damit tendenziell dämpfende Effekte auf die Investitionstätigkeit gegenüber. Darüber hinaus engt der absehbare Anstieg der Zinslastquote den Handlungsspielraum der Finanzpolitik in der Zukunft ein.

22*. Die Geldpolitik hat nicht versucht, sich dem Zinsanstieg am langen Ende des Marktes entgegenzustellen, sie hat vielmehr auch das Geldmarktzinsniveau leicht angehoben. Ihr Bestreben war es, möglichen Stabilitätsgefahren aufgrund der Nachfrage- und Kostenentwicklung frühzeitig entgegenzuwirken. Es gelang ihr offenbar, die in Zusammenhang mit der deutschen Währungsunion aufkommenden Inflationserwartungen in Schach zu halten. Die Expansion der Geldmenge M3 verlief in der ersten Jahreshälfte am unteren Rand des von der Bundesbank vorgegebenen Korridors, und die Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge war in den ersten sechs Monaten sogar noch geringer als die von M3. Seit der Einführung der D-Mark in der DDR kann die Geldmenge in den westlichen Bundesländern von der Bundesbank nur noch geschätzt werden. Diesen Schätzungen zufolge hat sich die Expansion der Geldmenge M3 zwar beschleunigt, sie ist aber weiterhin im Zielkorridor geblieben.

Die Erweiterung des Währungsgebiets hat die Geldmenge M3 insgesamt um immerhin 15 vH erhöht. Gemessen daran, daß das ostdeutsche Produktionspotential nur etwa ein Zehntel des westdeutschen betragen dürfte — so jedenfalls die Annahme der Bundesbank —, erscheint die zusätzliche Geldversorgung überhöht. Es ist aber zu berücksichtigen, daß den Nichtbanken in den östlichen Bundesländern erst seit der Jahresmitte die in Westdeutschland üblichen Geldvermögensformen zur Wahl stehen, so daß sie ihre Portefeuilles in der nächsten Zeit den neuen Bedingungen anpassen und dabei vermutlich den Anteil von M3 reduzieren werden. Somit ist es noch zu früh, um endgültig darüber zu urteilen, ob durch die Währungsumstellung ein Zuviel an Geld im gesamten Währungsraum entstanden ist.

23*. Den gewaltigen Beschäftigungsproblemen, denen sich die östlichen Bundesländer gegenübersahen, stand in Westdeutschland im Jahresverlauf von 1990 ein kraftvoller Beschäftigungszuwachs von knapp 750 000 Personen gegenüber. Das stärkere Wachstum schlägt nun voll auf den Arbeitsmarkt durch. Hierzu hat freilich beigetragen, daß die Knappheit an Fachkräften, die von Unternehmen in den letzten Jahren zunehmend als Engpaß genannt wurde, durch die hohe Zuwanderung aus dem Osten gemildert worden ist. Geblieben sind aber alte Schattenseiten am westdeutschen Arbeitsmarkt. Menschen, die schon längere Zeit ohne Arbeit sind, haben es nach wie vor schwer, in den Arbeitsprozeß wieder eingegliedert zu werden. Das sind vor allem Ältere, aber auch Personen mit geringer beruflicher Qualifikation oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihnen bessere Beschäftigungschancen zu bieten, bleibt eine der Herausforderungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Zur voraussichtlichen Entwicklung

(Ziffern 242 ff.)

Über die Schwierigkeiten einer quantitativen Vorausschau für Gesamtdeutschland

24*. Eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im vereinten Deutschland für das kommende Jahr stellt uns vor große Probleme. Die beiden Teile Deutschlands sind zwar seit dem 1. Juli 1990 wieder einheitlicher Wirtschaftsraum und seit dem 3. Oktober 1990 auch ein einheitliches Staatsgebiet, aber die statistischen Informationssysteme sind noch teilweise getrennt und unterschiedlich. Die bisher für die beiden Teile Deutschlands existierenden amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind wegen großer methodischer Unterschiede nicht nur nicht vergleichbar, sie sind auch nicht im nachhinein vergleichbar zu machen. Aber auch für das Gebiet der alten Bundesländer gibt es große statistische Probleme, weil bei der Erfassung wirtschaftlicher Aktivitäten Unschärfen entstehen. Seit dem Wegfall der Grenzen wird der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland teils gar nicht mehr, teils unvollständig dokumentiert.

25*. Bei dieser Sachlage sind wir in einem Dilemma:

- Eine quantitative Prognose für die deutsche Wirtschaft im ganzen halten wir derzeit nicht für machbar. Dazu reicht die Datenbasis nicht aus. Eine solche Prognose wäre nicht einmal informativ. Im Ergebnis käme nur ein Durchschnitt aus ganz unterschiedlichen Entwicklungen in Westdeutschland und in Ostdeutschland heraus.
- Eine quantitative Prognose läßt sich nur für die westdeutsche Wirtschaft ableiten, obgleich auch dafür von der Datenlage her sich die Voraussetzungen inzwischen verschlechtert haben. Für die ostdeutsche Wirtschaft erscheint uns so etwas nicht vertretbar; die Fehlermargen wären einfach zu groß.

Wir haben uns deshalb zu einem Kompromiß entschlossen. Unsere Vorausschau hat die deutsche Wirtschaft als Ganzes im Blick. Wir beschreiben die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland. Eine quantitative Prognose präsentieren wir jedoch, wie bisher, nur für das Gebiet der alten Bundesländer. Für das Gebiet der neuen Bundesländer untermauern wir unsere Argumentation dort mit Zahlen, wo uns das vertretbar erscheint, sonst beschränken wir uns auf Tendenzangaben.

Annahmen

26*. Zur Prognose gehören auch eine Reihe von Annahmen zur Wirtschaftspolitik.

- In der Finanzpolitik setzen die Regierungen der meisten Staaten ihre auf die Rückführung der Defizite gerichteten Konsolidierungsbemühungen fort. Die Erfolge werden allerdings bescheiden sein, zumal fast überall — konjunkturbedingt — die Steuereinnahmen langsamer zunehmen werden

als bisher. In der Bundesrepublik wird das Defizit in die Höhe schnellen, nicht zuletzt wegen der fiskalischen Folgen der deutschen Vereinigung. Davon geht ein kräftiger konjunktureller Impuls aus.

— Die Geldpolitik wird überall auf Restriktionskurs bleiben, um einer weiteren Beschleunigung des Preisanstiegs entgegenzuwirken. Die Notenbanken werden indes ihren Kurs mit Rücksicht auf die langsamere wirtschaftliche Expansion nicht weiter verschärfen. In den Vereinigten Staaten wird das Federal Reserve Board die geldpolitischen Zügel etwas lockern, um die Konjunktur zu stützen; das wird dort einen leichten Zinsrückgang induzieren. In der Bundesrepublik wird die Bundesbank hingegen an ihrer bisherigen Strategie einer potentialorientierten Geldpolitik festhalten. Für den Dollar setzen wir für den Durchschnitt des Jahres einen Wechselkurs von 1,55 DM an, für die Währungen der Länder im EWS bleibt es bei den jetzigen Wechselkursen; alles in allem bedeutet das von heute aus gesehen eine leichte reale Abwertung der D-Mark. Der Kapitalmarktzins wird angesichts des großen Finanzbedarfs der öffentlichen Hand hoch bleiben, aber er wird, so unsere Annahme, nicht mehr nennenswert steigen.

27*. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für den Ölpreis. Wir sehen uns außerstande, dessen Entwicklung für die nächsten Wochen und Monate vorauszusagen. Die hektischen Preisausschläge in allerletzter Zeit zeigen, daß die Märkte bislang keine Orientierung gefunden haben. Wir tragen den Tendenzen der Terminmärkte Rechnung und legen der Prognose einen Preis von 25 Dollar für das Faß Öl zugrunde.

Das weltwirtschaftliche Umfeld

28*. Das Expansionstempo in der Weltwirtschaft wird sich im nächsten Jahr weiter verlangsamen. Es scheint, als würden in vielen Ländern die Auftriebskräfte erlahmen. Auch werden die Belastungen, die von den höheren Ölpreisen herrühren, nachwirken. Besorgnisse, daß die Weltwirtschaft in eine Rezession abrutschen könnte, wie nach den beiden Ölpreiskrisen von 1973/74 und 1979/80, teilen wir allerdings nicht — immer vorausgesetzt, unsere Annahme über den Ölpreis erweist sich als zutreffend.

Die Abschwächung wird von den Industrieländern ausgehen. In denjenigen Ländern, in denen die Konjunktur in diesem Jahr schon ohne Schwung war, werden sich im kommenden Jahr noch keine neuen Auftriebskräfte regen, und in den anderen Ländern werden die Auftriebskräfte weiter nachlassen. Bei einigen großen Industrieländern, wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien, zeichnet sich eine Stagnation bei Nachfrage und Produktion ab. Dies wird Rückwirkungen auf die kontinentaleuropäischen Länder haben, es wird dort spürbar langsamer aufwärts gehen. Einige Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland müssen überdies energische Stabilisierungsanstrengungen unternehmen. Auch Japan wird die konjunkturelle Abschwächung in der Welt zu spüren bekommen. Gleichwohl erscheinen dort die Aussichten für die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung noch recht günstig.

Alles in allem erwarten wir, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts der OECD-Länder im Durchschnitt des nächsten Jahres nur noch bei 2 vH liegen wird; im Durchschnitt dieses Jahres beträgt die Rate 2½ vH bis 3 vH.

Prognose für die Bundesrepublik

29*. Das Urteil über die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland fällt sehr unterschiedlich aus:

— Für die westdeutsche Wirtschaft lautet es ähnlich wie vor einem Jahr: Es geht weiter bergauf. Der Schub wird erneut von den Investitionen kommen — insbesondere von der Modernisierung und Erweiterung der Produktionsanlagen —, nicht mehr so stark wie noch in diesem Jahr vom Privaten Verbrauch und kaum noch vom Export. Die Aufwärtsentwicklung wird somit von der Binnennachfrage bestimmt, die Nachfrage aus Ostdeutschland inbegriffen.

— Für die ostdeutsche Wirtschaft ist die Talfahrt noch nicht beendet. Für viele Unternehmen werden die kommenden Monate erst zur Nagelprobe, wenn bislang geleistete Hilfen zur Sicherung der Liquidität und zur Stützung des Exports entfallen. Nach unserer Einschätzung wird die Talsohle Mitte nächsten Jahres erreicht sein, vom Spätsommer an dürfte die Belebung der Nachfrage und der Produktion deutlich erkennbar werden. Schrittmacher wird die Bauwirtschaft sein, die andere Bereiche wie Handwerk, Handel sowie vor- und nachgelagerte Industriezweige mit sich zieht.

Im Bild einer gespaltenen Konjunktur spiegeln sich auch die Wirkungen des kräftigen fiskalischen Impulses, der vom sprunghaft steigenden Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts ausgeht. Der Staat schiebt zwar in Ostdeutschland die Nachfrage kräftig an, aber ein großer Teil der Mehrnachfrage wird nicht dort, sondern im Westen produktionswirksam.

30*. Der kräftige Anstieg bei den Investitionen, wie er sich für 1991 in den alten und in den neuen Bundesländern abzeichnet, kommt nicht von ungefähr. Die westdeutschen Unternehmen müssen, damit sie die Nachfrage befriedigen können, die Produktionsanlagen erweitern; und die ostdeutschen Unternehmen müssen, damit sie Nachfrage auf sich ziehen können, die Anlagen modernisieren und die Produktpalette umstrukturieren. Beides hängt eng miteinander zusammen. So werden ostdeutsche Betriebe mit Hilfe westdeutscher Betriebe modernisiert. Die Ausrüstungen dafür werden meistens in den alten Bundesländern produziert.

31*. Wie rasch und wie kräftig die Investitionen in den neuen Bundesländern anspringen, hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft westdeutscher Unternehmen ab, sich dort zu engagieren. In diesem Jahr haben sie sich aus vielerlei, weithin bekannten Gründen noch stark zurückgehalten. Das wird sich aber im

nächsten Jahr ändern. Die Ergebnisse von Umfragen zeigen, daß das Interesse westdeutscher Unternehmen an einem Engagement im Gebiet der früheren DDR inzwischen deutlich gestiegen ist. Für das Gebiet der alten Bundesländer veranschlagen wir die Zuwachsrate auf 8 vH im Jahresverlauf und auf 6½ vH im Jahresdurchschnitt. Für das Gebiet der neuen Länder erwarten wir eine deutlich höhere Rate, auf alle Fälle eine zweistellige (Tabelle D).

32*. Bei den Bauinvestitionen schätzen wir die Entwicklung im großen und ganzen noch günstig ein. Die Bautätigkeit läuft in den alten Bundesländern auf hohen Touren, und in den neuen Bundesländern wird sie im nächsten Jahr voll durchstarten. Die Bauwirtschaft im Westen stellt sich offensichtlich auf eine gute Auftragslage ein. Die Bauwirtschaft im Osten ist zwar noch skeptisch, aber das wird sich ändern, sobald die mannigfachen Hemmnisse, die dort das Bauen noch erschweren, beseitigt sind.

Die Kehrseite sind starke Preissteigerungen — ein Zeichen für die abnehmende Angebotselastizität. In Westdeutschland hat sich das Bauen in diesem Jahr merklich verteuert, im Schnitt um 6½ vH. Im kommenden Jahr dürfte der Preisanstieg sogar noch höher ausfallen; wir rechnen mit einer Rate von 8 vH.

Tabelle D

Wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland

Vorausschau auf das Jahr 1991

	Westdeutschland	Ostdeutschland [1]
	Veränderung gegen Vorjahr in vH	Veränderung gegen Vorjahr
Verwendung des Sozialprodukts		
In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+3	Eher rückläufig
Anlageinvestitionen	+5	Deutliche Belebung im Frühjahr
Ausrüstungen	+6½	Kräftiger Zuwachs (Modernisierung, Erweiterung)
Bauten	+3½	Kräftiger Zuwachs
— Gewerblicher Bau	+5	— Hoher Zuwachs (Erweiterungen)
— Wohnungsbau	+3½	— Überwiegend Ausbau und Modernisierung
— Öffentlicher Bau	−0	— Hoher Zuwachs (Infrastruktur)
Ausfuhr [2]	+3½	Rückgang (Veränderung der Handelsbeziehungen im RGW)
Einfuhr [2]	+7½	Allmählicher Wiederanstieg
Bruttosozialprodukt	+3	•
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	+2	Rückgang um 1,8 Millionen (Jahresdurchschnitt)
Produktivität [3]	+2½	Niveau von Ende 1989 wird im zweiten Halbjahr wieder erreicht
Bruttoinlandsprodukt	+3½	Unter Vorjahresniveau, Anstieg ab Jahresmitte
Verteilung		
Volkseinkommen	+6½	•
Nettoeinkommen		
— aus unselbständiger Arbeit [4]	+4½	−5 vH
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+5	•
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+5½	+8 vH
Privater Verbrauch, in jeweiligen Preisen	+6½	•
Preise		
Preisindex für die Lebenshaltung	+3½	Anstieg stärker als in Westdeutschland
Arbeitslose (Tausend)	1 900	1 400

[1] Eine statistisch abgesicherte Prognose der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist nicht möglich. Das vorliegende statistische Grundmaterial ist mit großen methodischen Problemen behaftet und noch lückenhaft.
[2] Ohne innerdeutsche Güterströme.
[3] DM je Stunde.
[4] Nettolohn- und -gehaltssumme.

33*. Die Aussichten für die Bauwirtschaft sind allerdings nicht überall gleich gut.

- Mit einer kräftigen Steigerung rechnen wir wieder beim gewerblichen Bau. Diese Erwartung gründet sich auf den großen Erweiterungsbedarf — Wirtschaftsbauten dienen hauptsächlich dem Kapazitätsausbau.
- Nicht ganz so hohe Erwartungen haben wir beim Wohnungsbau. Der Bedarf an Wohnraum ist zwar riesengroß, und bei kräftig steigenden Mieten erscheint das Bauen finanziell durchaus attraktiv, doch werden die Bauherren durch die hohen Zinsen stark belastet. Wir gehen davon aus, daß in den alten Bundesländern im nächsten Jahr voraussichtlich wieder 300 000 Wohnungen gebaut werden. In den neuen Bundesländern, in denen die Bautätigkeit in diesem Jahr stark absackte, dürften es indes nicht mehr als 50 000 bis 60 000 sein.
- Im öffentlichen Bau ist mit einer regional stark differenzierten Entwicklung zu rechnen: In den alten Bundesländern dürfte aufgrund der angespannten Finanzlage bei den staatlichen Stellen die Bautätigkeit überhaupt nicht ausgeweitet werden; bei knapper Kasse wird in aller Regel bei den Bauetats gekürzt. In den neuen Bundesländern zeichnet sich hingegen eine kräftige Ausweitung ab.

34*. Mit welcher Rate die Bauinvestitionen im kommenden Jahr steigen können, hängt nicht nur vom Auftragsbestand und der Geräteauslastung ab, sondern auch vom Witterungsverlauf. Da wir in der Prognose stets mit einem normalen Winter rechnen, haben wir für die realen Bauinvestitionen in Westdeutschland einen Zuwachs von 3½ vH angesetzt; in Ostdeutschland wird der Zuwachs auf alle Fälle zweistellig sein.

35*. Die Finanzierung der deutschen Vereinigung wird tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Die Haushalte der Gebietskörperschaften dürften im nächsten Jahr ein Defizit von rund 150 Mrd DM ausweisen (Tabelle E). Eine derart hohe Neuverschuldung — im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betrug das Defizit der öffentlichen Haushalte im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik reichlich 2 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt — sehen wir mit großer Besorgnis. Bereits im kommenden Jahr werden die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften infolge der verstärkten Defizitfinanzierung in diesem Jahr kräftig ansteigen und die öffentlichen Haushalte mit 8 vH der Gesamtausgaben belasten.

36*. Besorgniserregend ist vor allem, daß die Nettokreditaufnahme nicht nur zur Finanzierung von Investitionsausgaben dient. So wie es heute aussieht, dürfte das Defizit zur Hälfte aus der Finanzierung konsumtiver Ausgaben entstehen. Besonders gefordert werden die öffentlichen Haushalte im nächsten Jahr durch die zu leistenden Zahlungen an die Sozialversicherungen. Wir rechnen mit einem Zuschußbedarf in Höhe von rund 77 Mrd DM. In welcher Höhe die Gebietskörperschaften im östlichen Teil Deutschlands investieren werden, ist schwer abschätzbar, da bisher noch keine Haushaltspläne von den neuen Bundesländern und den dortigen Gemeinden vorliegen und Vorjahresangaben als mögliche Orientierungsmarken fehlen. In unserer Prognose für das nächste Jahr haben wir einen Investitionsbetrag von 10 Mrd DM angesetzt.

37*. Der Staat schiebt in den neuen Bundesländern nicht nur auf mannigfache Weise die Investitionen an, sondern stützt auch den Privaten Verbrauch. Er sorgt dafür, daß im kommenden Jahr trotz zunächst noch sinkender Produktion und Beschäftigung die Einkommen weiter kräftig expandieren, indem er hohe Transferzahlungen leistet — sei es in Form von Einkommensübertragungen, sei es in Form von Subventionen, mit denen er die Löhne und Gehälter von Arbeitnehmern unrentabler Betriebe mitfinanziert. Überschlägig geschätzt dürften die verfügbaren Einkommen in den neuen Bundesländern um etwa 8 vH zunehmen, deutlich stärker als in den alten Ländern (5½ vH). Dieser Schätzung liegen im einzelnen folgende Annahmen zugrunde:

- In den neuen Bundesländern werden — trotz kräftiger Lohnerhöhungen — die Nettolöhne und -gehälter in der Summe zwar spürbar schrumpfen (−5 vH), weil die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer und der geleisteten Arbeitsstunden weiter sinkt. Der Rückgang bei der Lohn- und Gehaltssumme wird aber ausgeglichen durch einen ähnlich starken Anstieg bei den Lohnersatzleistungen, beim Arbeitslosengeld und beim Kurzarbeitergeld. Hinzu kommt, daß die Sozialrenten steigen und einige zusätzliche soziale Leistungen eingeführt werden.
- In den alten Bundesländern zeichnet sich hingegen für die Nettolohn- und -gehaltssumme — bei kräftigen Lohnerhöhungen und weiter zunehmender Beschäftigung — ein Anstieg um 4½ vH ab,

Tabelle E

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1990 und 1991 [1]

Bundesrepublik

	1990 [2]	1991 [3]
	Mrd DM	
Gebietskörperschaften [4]		
Einnahmen	737	820
Steuern	566	626
Fonds Deutsche Einheit	22	35
Sonstige Einnahmen	149	159
Ausgaben	830	939
darunter:		
Zinsausgaben	67½	76
Finanzierungssaldo	− 93	−119
Finanzierungssaldo Fonds Deutsche Einheit	− 20	− 31
Finanzierungssaldo insgesamt [5]	−113	−150

[1] In der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[2] Einschließlich des Haushalts für die ehemalige DDR für das 2. Halbjahr 1990 (Abschnitt B des Gesamthaushalts des Bundes für 1990).
[3] Mit Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar.
[4] Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[5] Gebietskörperschaften und Fonds Deutsche Einheit.

der indes nicht einmal halb so stark ausfällt wie in diesem Jahr (11 vH). Der Hauptgrund dafür ist, daß es im nächsten Jahr keine steuerliche Entlastung der Einkommen gibt, so daß die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs wieder voll spürbar sein wird.

— Auch wenn die verfügbaren Einkommen in West- und Ostdeutschland aller Voraussicht nach mit unterschiedlichen Raten expandieren werden, dürfte sich das nicht nennenswert auf die Verbrauchsausgaben auswirken. In Ostdeutschland dürfte nämlich die Zunahme der Verbrauchsausgaben hinter der Zunahme des verfügbaren Einkommens zurückbleiben, in Westdeutschland dürfte es umgekehrt sein. Im Ergebnis könnte das dazu führen, daß die Verbrauchsausgaben in beiden Teilen Deutschlands etwa mit der gleichen Rate expandieren; die Größenordnung der Rate beziffern wir auf 6 vH bis 6½ vH.

38*. Alles in allem wird der Private Verbrauch im kommenden Jahr nicht mehr in dem Maße Konjunkturlokomotive sein wie in diesem Jahr. Das liegt auch daran, daß sich der Preisanstieg voraussichtlich nochmals verstärkt, was die Kaufkraft der Einkommen schmälert. In realer Rechnung veranschlagen wir für Westdeutschland die Zuwachsrate auf etwa 3 vH, deutlich niedriger als die Rate für dieses Jahr (4½ vH).

39*. Zur Deckung der Nachfrage wird die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr den Import abermals kräftig steigern müssen. Das Abflauen der Konjunktur im Ausland wird dies erleichtern. Für Westdeutschland rechnen wir damit, daß der Import von Waren und Diensten ungefähr mit der gleichen Rate zunehmen wird wie in diesem Jahr, nämlich um 8 vH bis 9 vH. Für Ostdeutschland nehmen wir an, daß sich der Import, der in letzter Zeit tief abgesackt war, allmählich wieder erholt.

40*. Im Gegensatz zum Import wird sich beim Export das Expansionstempo spürbar verlangsamen. Der Bestelleingang aus dem Ausland neigt sich seit Jahresbeginn erkennbar nach unten.

Alles in allem schätzen wir die Absatzchancen im Export für das nächste Jahr nicht sonderlich gut ein. Die Exporte werden zwar — im ganzen — weiter expandieren, aber nur verhalten. Für die Unternehmen in Westdeutschland veranschlagen wir die Zuwachsrate (für Waren und Dienste zusammen und ohne den innerdeutschen Handel) auf 3½ vH. Für die ostdeutschen Unternehmen zeichnet sich ein starker Rückgang ab, den wir aber nicht beziffern können.

41*. Bei dieser Konstellation — unvermindert steigende Importe und stark verlangsamt steigende Exporte — wird der hohe Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr, den die westdeutsche Wirtschaft mit dem Ausland bisher erwirtschaftete, der sogenannte Außenbeitrag, erstmals seit längerem merklich abgebaut, nämlich von 115 Mrd DM in diesem Jahr auf 87 Mrd DM im nächsten Jahr. Zwar wird in unserem Tableau ein nahezu unveränderter Außenbeitrag ausgewiesen, nämlich 148 Mrd DM für 1990 und 147 Mrd DM für 1991, aber dieser Betrag schließt den „Exportüberschuß" mit ein, den die westdeutsche Wirtschaft im innerdeutschen Handel erzielt. Der bisherige Überschuß in der Leistungsbilanz wird sich also stark zurückbilden. Die deutsche Wirtschaft wird per saldo wesentlich weniger Kapital ins Ausland exportieren können als bisher. Sie wird statt dessen hohe Summen zur Stützung der Einkommen und zur Finanzierung von Investitionen in den neuen Bundesländern bereitstellen müssen. Ein Trost mag sein: Im kommenden Jahr läßt sich der hohe Ressourcenbedarf für die neuen Bundesländer noch gut aus internen Ersparnissen finanzieren.

42*. Der Ressourcentransfer wird erleichtert, wenn die Wirtschaft kräftig wächst. Die Voraussetzungen für ein kräftiges Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr sind in den alten Bundesländern gegeben. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, also das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen, wird nach unserer Einschätzung im Durchschnitt des Jahres um 3½ vH zunehmen, nicht viel schwächer als in diesem Jahr (reichlich 4 vH). In den neuen Bundesländern wird die Produktion dagegen zunächst noch weiter sinken. Im Durchschnitt des Jahres dürfte das Niveau von diesem Jahr kräftig unterschritten werden. Wir sehen uns allerdings außerstande, den Rückgang zu quantifizieren.

Der starke Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den neuen Bundesländern — wie er sich im Vorjahresvergleich zeigt — bedarf der Interpretation. Darin spiegelt sich vor allem der tiefe Einbruch in den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Inzwischen sieht es aber so aus, als sei das Schlimmste bald überstanden.

Wir wiederholen an dieser Stelle: Die Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft ist nicht ein Zeichen von konjunktureller Schwäche, sondern Ausdruck einer tiefen Strukturkrise. Es mangelt nicht an Nachfrage, wohl aber an wettbewerbsfähiger Produktion. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage ostdeutscher Investoren und Konsumenten füllt die Auftragsbücher westdeutscher Produzenten. Das zu ändern, braucht Zeit.

43*. Bei der gegenläufigen Entwicklung der Produktion wird die Beschäftigung in Westdeutschland weiter zunehmen und in Ostdeutschland weiter abnehmen.

— Wir rechnen damit, daß sich in Westdeutschland die Anzahl der Erwerbstätigen im Verlauf des nächsten Jahres um 550 000 und im Durchschnitt um 580 000 erhöhen wird. Unter denen, die zusätzlich eine Beschäftigung aufnehmen, wird eine steigende Anzahl von Arbeitnehmern aus Ostdeutschland sein, schätzungsweise 300 000, also ungefähr jeder zweite. Davon dürfte allerdings der kleinere Teil seinen Wohnsitz in die westlichen Bundesländer verlegen, der größere Teil wird in den östlichen Bundesländern wohnhaft bleiben, wenn auch vielleicht nur noch für einige Zeit.

— Und wir rechnen damit, daß in Ostdeutschland der starke Abbau von Arbeitsplätzen anhält. Das Ausmaß ist schwer zu prognostizieren, zumal dann, wenn es von Entscheidungen der Politik maßgeblich mitbestimmt wird. Als Setzung haben wir einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,8 Mil-

lionen im Verlauf des nächsten Jahres in die Prognose eingestellt. Ende 1991 wären dann nur noch 6 Millionen Menschen in Arbeit und Brot, rund 3½ Millionen weniger als Ende 1989.

44*. Der Abbau von dreieinhalb Millionen Arbeitsplätzen bringt für die Menschen in den neuen Bundesländern große Härten. Aber es führt kein Weg daran vorbei.

Nach unserer Einschätzung dürfte die Freisetzung von Arbeitskräften bis Ende 1991 weitgehend beendet sein. Schon ab dem Frühjahr 1991 dürfte es in einer ganzen Reihe von Bereichen wie im Baugewerbe, im Handwerk, im Verkehrsgewerbe und im Dienstleistungsgewerbe verstärkt zu Neueinstellungen kommen. Spätestens ab dem Frühjahr 1992 dürfte der Saldo aus Einstellungen und Entlassungen auch insgesamt wieder positiv sein.

45*. Für die Entwicklung der Löhne haben wir in der Prognose folgende Setzung vorgenommen. In Westdeutschland steigen die Tariflöhne und -gehälter, je Stunde gerechnet, etwas stärker als in diesem Jahr. In Ostdeutschland steigen sie etwas schwächer als in diesem Jahr, der Anstieg in Ostdeutschland wird gleichwohl etwa zwei- bis dreimal so hoch ausfallen wie in Westdeutschland. Die Konsequenz wird sein: Da wie dort wird sich der Lohnkostendruck weiter verstärken.

46*. Die Kombination von zunehmender Kapazitätsauslastung und zunehmendem Kostendruck verheißt nichts Gutes für die Preisentwicklung. Auf der Produzentenstufe sind die Preise in letzter Zeit kräftig angehoben worden, und aus Konjunkturumfragen läßt sich herauslesen, daß der Höhepunkt der Preiswelle möglicherweise noch nicht erreicht ist, sondern erst noch kommt.

47*. Beim Preisindex für die Lebenshaltung wird man sich auf höhere Steigerungsraten einstellen müssen.

- In den alten Bundesländern veranschlagen wir die Steigerungsrate beim Preisindex für die Lebenshaltung im Verlauf und im Durchschnitt des Jahres auf 3½ vH.
- In den neuen Bundesländern wird die Steigerungsrate wohl deutlich höher sein, weil die Mieten, die Preise für Energie und die Verkehrstarife kräftig angehoben werden. Hinzu kommt, daß eine Reihe öffentlicher Dienstleistungen, die bisher ohne Entgelt in Anspruch genommen wurden, künftig gebührenpflichtig sind.

Wirtschaftspolitik für 1991 und danach

Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

(Ziffern 294 ff.)

48*. Was in den kommenden Jahren, eingebettet in den fortschreitenden europäischen Einigungsprozeß, in Deutschland zu einer neuen wirtschaftlichen Einheit zusammenwachsen soll, ist heute noch höchst ungleich: der eine Teil — die westdeutsche Volkswirtschaft, die nach der Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 ihre eigene marktwirtschaftliche Ordnung gestaltete, sich zum Weltmarkt hin öffnete und seit langem einen Spitzenplatz unter den hochentwickelten Volkswirtschaften einnimmt; der andere Teil — die vom Weltmarkt abgeschottete Volkswirtschaft der ehemaligen DDR mit deren sozialistischer Gesellschaftsordnung und staatlicher Wirtschaftslenkung.

Nachdem die staatliche Vereinigung vollzogen ist, stellt sich nun die Aufgabe, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern von Grund auf zu erneuern, um den Menschen dort die Aussicht auf Lebensbedingungen zu eröffnen, die gleichwertig mit denen in den alten Bundesländern sind. Der Rahmen für die Reform der Wirtschaft im Osten Deutschlands ist mit dem Einigungsvertrag fest abgesteckt: Es ist der Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft, so wie ihn die Bundesrepublik in den gut vier Jahrzehnten ihres Bestehens gestaltet hat. Nun gilt es, die neue Ordnung mit Leben zu füllen, um die Neugestaltung der Wirtschaft und damit die Verbesserung der Lebensverhältnisse voranzubringen.

49*. Unvorbereitet durch realwirtschaftliche Reformen steckt die Wirtschaft in den neuen Bundesländern Ende 1990 in großen Schwierigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten. Angesichts der beträchtlichen Diskrepanz zwischen Marktanforderungen und Leistungsvermögen kommt das nicht überraschend; daß sich nach dem 1. Juli 1990 viele Unternehmen als nicht wettbewerbsfähig erweisen würden, war zu erwarten. Es bestand jedoch die weit verbreitete Hoffnung, daß es nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu einem raschen Anstieg der Investitionen und damit zur Schaffung einer zunehmenden Zahl neuer Arbeitsplätze als Ausgleich für den Wegfall unrentabler alter Arbeitsplätze kommen werde. Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt. Wie bei allen anderen zukunftsgerichteten Aktivitäten — Umschulung, Qualifizierung, Umstellung der Produktion — ist der mitreißende Schwung einer Aufbruchstimmung ausgeblieben. Eigeninitiative entfalten, Risiken eingehen und Verantwortung übernehmen, will nach über vierzigjähriger Gewöhnung an sozialistisches Wirtschaften erst wieder gelernt sein. Eine neue Währung und neue Gesetze können über Nacht eingeführt werden, die marktwirtschaftliche Erneuerung der Betriebe und Verwaltungen hingegen braucht ebenso ihre Zeit wie das Umdenken der Menschen. Abwartend haben sich bislang auch westliche Investoren verhalten. Die Gründe dafür sind zahlreich. In vielen Fällen sind Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden nach wie vor nicht geklärt, ebenso mögliche Altrechte an Betrieben, beides Investitionshemmnisse ersten Ranges; zu wenig war vorbereitet, zu wenig hat sich geregt, um den Abbau der gravierenden Infrastrukturmängel in Gang zu bringen; zu lange haben initiativlose und teilweise auch unwillige Verwaltungen das Aufkommen des Neuen erschwert. Zu stark blieb bis heute der Einfluß der alten „Seilschaften" in Betrieben und Ämtern. Hinzu kommt, daß kräftige Lohnsteigerungen und rasch noch vor der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinbarte Kündigungsschutzregelungen den ostdeutschen Standort auch von der Kostenseite her nicht attraktiver gemacht haben.

50*. In welche Strukturen die ostdeutsche Wirtschaft als Teil der gesamtdeutschen Wirtschaft letztendlich in den nächsten fünf, zehn Jahren hineinwachsen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht verläßlich sagen. Zu wenig klare Orientierungsmarken gibt es bislang, an die man sich bei einer mittelfristigen Vorausschau halten kann. Das gilt insbesondere für die Vorteile und Nachteile, mit denen die neuen Bundesländer in den innerdeutschen wie in den internationalen Standortwettbewerb gehen.

Zu den wichtigsten Standortbedingungen gehört dabei das Leistungsvermögen der Menschen. Hier könnte für die neuen Bundesländer ein ins Gewicht fallender Standortvorteil liegen, was freilich voraussetzt, daß das vorhandene Potential erst einmal zur vollen Entfaltung gebracht und die Leistungsmotivation gestärkt werden. Dazu sind noch beträchtliche Anstrengungen nötig; Anreize muß nicht zuletzt eine Lohnstruktur setzen, bei der es sich auszahlt, mehr und Besseres zu leisten.

Heute fallen mehr die aktuellen Standortnachteile ins Auge. Das sind die fortbestehenden Unsicherheiten über die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden als Folge ungeklärter Rechtsansprüche und teilweise chaotischer Grundbücher, das ist der schlechte Zustand der Infrastruktur, das sind die gravierenden Umweltschäden, die mangelnde Qualität der Wohnungsversorgung und das triste Bild der Städte — Mängel, die selbst bei großem Ressourceneinsatz nicht von heute auf morgen behoben werden können. Niedrigere Marktpreise wiegen das nur zum Teil auf.

51*. Weil die Wettbewerbsschwäche vieler Alt-Betriebe vorerst noch fortbesteht und noch zu wenig Arbeitsplätze rentabel sind, wird nach aller Erfahrung verstärkt staatliche Hilfe begehrt werden. Nachgiebigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik ginge zu Lasten des Tempos der Erneuerung; denn Mittel, die für das Durchschleppen unrentabler Arbeitsplätze ausgegeben werden, fehlen für die Finanzierung öffentlicher Investitionen und anderer öffentlicher produktivitätsfördernder Maßnahmen, und ihre Aufbringung belastet den privaten Sektor entweder über Abgaben oder Zinsen, die damit höher sind, als sie es sonst sein könnten. Wichtiger noch: Wenn der Staat die Erhaltung unrentabler Produktion unterstützt, kann er kaum erwarten, daß sich Eigeninitiativen bald im erforderlichen Maße entfalten und Leistungsdenken an die Stelle von Versorgungsdenken tritt. Die Gefahr, daß Dauersubventionen an die ostdeutsche Wirtschaft daraus würden, wäre groß.

52*. Es muß daher alles daran gesetzt werden, daß sich die eigenen Antriebskräfte in der ostdeutschen Wirtschaft rasch und in der Breite entfalten. Unternehmensleistungen, Arbeitnehmer, Sozialpartner und die Verwaltungen in den neuen Bundesländern müssen erkennen, daß der Boden für das Neue vor allem von ihnen selbst bereitet werden muß. Je mehr aus eigener Initiative geschieht, desto wirkungsvoller können die staatlichen Hilfen aus dem Westen des vereinten Deutschlands zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Gesundung beitragen, und desto kräftiger wird dann auch privates Kapital zufließen — aus Westdeutschland, aus den europäischen Partnerländern, aus der ganzen Welt.

53*. Wenn alles gut läuft, kann sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern schon im Verlauf des Jahres 1991 zum Besseren wenden. Unsere Prognose geht von dieser Grundannahme aus. Es ist zweifellos eine optimistische Annahme, denn sie setzt darauf, daß die Modernisierung der Infrastruktur und der Produktionsanlagen zügig vorankommt, daß Qualität und Aufmachung der Produkte dem westlichen Standard zunehmend angepaßt werden und daß die Effizienz der Verwaltung, die bislang noch sehr im Argen liegt, sich in raschen Schritten bessert. Auch wenn es so kommt, wird die Wende auf dem Arbeitsmarkt erst nach der Wende bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion einsetzen.

54*. Was günstige und was ungünstige Standortbedingungen sind, in welchem Umfang sich Investitionen in dieser oder jener Branche lohnen, wieviel Kapital wie rasch zufließt und woher es kommt — das alles ist auch vor dem Hintergrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Wie die alten Bundesländer sind die neuen damit in den verschärften Standortwettbewerb zwischen den Regionen Europas einbezogen, wie diese können sie aber auch Vorteil aus der damit einhergehenden intensiveren Arbeitsteilung ziehen. Die Möglichkeit auf Kapital und Wissen nicht nur aus dem westlichen Teil Deutschlands, sondern auch aus den europäischen Partnerländern zurückgreifen zu können, wenn Behörden und Tarifparteien das ihre dazu tun, noch bestehende Investitionshemmnisse abzubauen, erlaubt es der ostdeutschen Wirtschaft, ihre Produktionsanlagen und Produkte wesentlich schneller zu modernisieren, als wenn sie auf sich allein gestellt wäre. Je mehr sie auf diese Weise aufholt, desto mehr werden sich die beiden Wirtschaftsräume in Deutschland auf mittlere und längere Sicht in ihrer Entwicklung wechselseitig fördern.

55*. Die Chancen, daß die deutsche Volkswirtschaft im ganzen in den neunziger Jahren einen vergleichsweise steilen Wachstumspfad einhalten kann, sind von den Marktgegebenheiten her günstig. Voraussetzung für die volle Nutzung dieser Chancen ist eine stabilitätsgerechte und wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, ergänzt durch eine subsidiäre Förderung des Neuaufbaus im Ostteil Deutschlands. Kommt Augenmaß der Tarifparteien hinzu, darf erwartet werden, daß sich für Investitionen in den neuen Bundesländern Renditeaussichten ergeben, die zu einem kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit führen. Die in der Aufholphase voraussichtlich hohe Produktivität des wachsenden Kapitalstocks wird ein Wachstumstempo ermöglichen, das deutlich über dem in den alten Bundesländern liegt; über die neunziger Jahre gesehen könnte es gut doppelt so hoch sein wie das in den letzten Jahren in den alten Grenzen der Bundesrepublik erzielte.

Ziele und Wirklichkeit

(Ziffern 311 ff.)

56*. Zusammengefaßt ergibt sich für den gesamten deutschen Wirtschaftsraum mit Blick auf die Ziele, an denen der Sachverständigenrat seine Urteilsfindung auszurichten hat — Stabilität des Preisniveaus,

hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

- Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland ist gekennzeichnet durch eine bislang kraftvolle Expansion in den alten und einen starken Einbruch in den neuen Bundesländern; der Aussicht auf einen anhaltenden Anstieg von Nachfrage und Produktion im Westen steht im Osten die einer möglichen Wende zum Besseren im Verlauf des kommenden Jahres gegenüber. Gemessen an der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, auf die es in mittelfristiger Sicht vor allem ankommt, ist die westdeutsche Wirtschaft dem Ziel eines stetig und angemessen zu nennenden Wachstums nahegekommen; nun gilt es, das Erreichte abzusichern, denn die ostdeutsche Wirtschaft für sich genommen wird von diesem Ziel auch Ende 1991 noch weit entfernt sein.

- Der Arbeitsmarkt ist ebenfalls durch die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Landesteilen gekennzeichnet. In den alten Bundesländern hat sich der Beschäftigungsanstieg 1990 weiter beschleunigt, und der Abbau der Arbeitslosigkeit hat sichtbare Fortschritte gemacht. Die im Vergleich zu den siebziger Jahren immer noch hohe Arbeitslosenquote von knapp 7 vH verdeckt, daß auf weiten Teilen des westdeutschen Arbeitsmarktes Mangel an geeigneten Arbeitskräften herrscht, weil zunehmend Kenntnisse und Fertigkeiten gefragt sind, die die Arbeitsuchenden in vielen Fällen nicht mitbringen. Das erschwert die Annäherung an das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. Mit Blick auf das nächste Jahr kommt hinzu, daß der Arbeitskräftebedarf nicht im selben Umfang wie dieses Jahr steigen dürfte. In den neuen Bundesländern wird auch 1991 noch der Abbau überzähliger und nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze die Schaffung neuer überwiegen. Als Fehlentwicklung wäre das nur zu sehen, wenn der Neuaufbau nicht vorankäme; denn eine temporäre Abweichung vom Beschäftigungsziel beim Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung war unvermeidlich und ist es noch.

- Die Geldentwertung hat sich in jüngster Zeit verstärkt. Für 1991 zeichnen sich über die einzelnen Wirtschaftsstufen hinweg vermehrt Preissteigerungen ab. In den neuen Bundesländern steht die Preisentwicklung noch ganz im Zeichen des Übergangs zu einer marktwirtschaftlichen Preisbildung; für die Zukunft ist mit einer Angleichung der Entwicklung an die im Westen zu rechnen. Das Gesamturteil in bezug auf das Stabilitätsziel fällt nicht mehr so günstig aus wie in den letzten Jahren, vor allem, wenn man seine zunehmende Gefährdung im kommenden Jahr durch einen steigenden Kostendruck bei weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten, jedenfalls in Westdeutschland, mit in den Blick nimmt.

- Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts muß seit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in neuem Licht gesehen werden. Was die alten Bundesländer den neuen an Ressourcen für die Sanierung und Modernisierung ihrer Wirtschaft, für die Befriedigung von Konsumwünschen und für soziale Leistungen zur Verfügung stellen, kann nicht gleichzeitig dem Ausland zur Verfügung gestellt werden. Der Rückgang des hohen Leistungsbilanzüberschusses in diesem Jahr und sein weiterer Abbau 1991 ist daher vornehmlich als Folge des Aufholbedarfs der ostdeutschen Wirtschaft zu sehen. Partnerländer, die über hohe Defizite im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der Bundesrepublik geklagt hatten, können aus der veränderten Situation eher Vorteile ziehen.

57*. Nach dem Verständnis des Sachverständigenrates ist der Schutz der natürlichen Umwelt integraler Bestandteil des Wachstumszieles. Angemessenes wirtschaftliches Wachstum ist nicht nur an der quantitativen Ausweitung der Einkommen, der Produktion und der wirtschaftlichen Leistungskraft zu messen; dazu gehört auch die qualitative Verbesserung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen. In Westdeutschland hat es sich erwiesen, daß wirtschaftliches Wachstum nicht — wie es in der Öffentlichkeit hingestellt wird — zu einer fortschreitenden Umweltschädigung führen muß, sondern im Gegenteil verstärkte Anstrengungen zum Schutz der Umwelt ermöglicht.

Die Sicherung der natürlichen Umwelt läßt sich nur durch eine aktive Politik erreichen, die Anreize dafür schafft, daß die Unternehmen und Haushalte mit dem knappen Gut Umwelt sparsam umgehen. Welche verheerenden Folgen es hat, wenn die Politik nur auf die mengenmäßige Ausweitung der Produktion gerichtet ist und dabei die Belastbarkeit der natürlichen Umwelt, des Wassers, des Bodens und der Luft, nicht achtet, zeigen die großen Schäden im Gebiet der ehemaligen DDR. Beim Wiederaufbau der Wirtschaft dort muß die Beseitigung der ärgsten Altschäden und die Vermeidung neuer Schäden höchste Priorität haben. Sie hat vom Beginn an die Entscheidungen über das Was, Wie und Wo der Investitionen mitzubestimmen.

58*. Wenn unsere Prognose für das kommende Jahr auch ein im ganzen zuversichtliches Bild zeichnet, so heißt das nicht, daß alles zum Besten stünde. Die Risiken für eine Wirtschaftsentwicklung, die im Westen Deutschlands den Wachstumskurs der letzten drei Jahre hält und zunehmende inflationäre Spannungen vermeidet, sind heute größer als vor einem Jahr; sie wiegen zudem schwerer, weil es von der Stärke der westdeutschen Wirtschaft nun mit abhängt, wieviel diese zum Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft tun kann. Zuversicht ist begründet, daß die Risiken nicht Wirklichkeit werden müssen, wenn alle sich ihrer bewußt sind und danach handeln.

59*. Die größeren Risiken dürften daher nicht in einem konjunkturellen Nachfragemangel liegen, sondern darin, daß die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Westdeutschland, selbst wenn sie sich etwas abschwächt, die Produktionsmöglichkeiten überfordert. Diese Risiken wären um so höher zu veranschlagen, je mehr Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik miteinander in Konflikt gerieten, weil dies

über kurz oder lang zu Lasten der Investitionen ginge und damit zu Lasten des Ausbaus der Kapazitäten.

60*. Unsicher bleibt, wie die weitere Ölpreisentwicklung verläuft und wie stark dies die Stabilität des Geldwerts gefährdet und den Fortgang des Aufschwungs belastet. Die Erfahrung mit den beiden Ölpreisschüben in den siebziger Jahren lehrt, daß es falsch wäre, den nachfragedämpfenden und preistreibenden Wirkungen einer nachhaltigen Verteuerung des Öls mit einer expansiven Finanzpolitik und einer Lohnpolitik begegnen zu wollen, die die Arbeitnehmer zu Lasten der Unternehmen für den Kaufkraftentzug durch die Ölförderländer schadlos zu halten versuchte. Statt mehr Wachstum und Beschäftigung wäre mehr Inflation die Folge. Den Schaden hätten alle.

Wie auch immer die derzeitigen Spannungen in der Golfregion behoben werden mögen, langfristig gesehen wird die Unsicherheit über das Ölangebot und seinen Preis dadurch nicht ausgeräumt werden. Mit der absehbaren weiteren Verlagerung der Weltölförderung in diese Region bleibt die Ölversorgung an deren politisches Schicksal gebunden. Worum es geht, ist daher, die Ölabhängigkeit der Volkswirtschaft auf mittlere und längere Sicht nach Kräften weiter zu verringern.

Die stabilisierungspolitische Aufgabe
(Ziffern 320 ff.)

61*. Noch hat sich die Erwartung einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs nicht so verfestigt, daß sich Konsumenten und Produzenten wie Investoren und Sparer in ihrem Planen und Verhalten bereits in hohem Maße davon leiten ließen; noch ist also eine Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise möglich. Als Zwischenziel auf dem Weg dahin muß zunächst die Verhinderung eines weiter zunehmenden Preisauftriebs gelten. Viel wäre schon erreicht, wenn das im nächsten Jahr gelänge; das übernächste könnte dann die Rückkehr zu einem wieder stabileren Geldwert bringen.

62*. Führung bei der Lösung der Stabilisierungsaufgabe muß die Geldpolitik geben. Sie muß unmißverständlich deutlich machen, daß sie stabilitätswidrigem Verhalten, sei es der Tarifparteien bei der Auseinandersetzung um die Einkommensverteilung, sei es des Staates bei der Mittelbeanspruchung im Zusammenhang mit der deutschen Einigung, keinen Raum gibt. Am augenfälligsten tut sie das, wenn sie vorab ein Ziel für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge ankündigt, das sich am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ausrichtet und Preissteigerungen nur insoweit Rechnung trägt, wie diese aufgrund von Vorbelastungen als unvermeidlich gelten müssen.

63*. Mit Lohnerhöhungen, die sich vom Produktivitätszuwachs deutlich gelöst haben, hat der Kostendruck in der westdeutschen Wirtschaft 1990 erstmals seit längerem wieder spürbar zugenommen. Setzt sich diese Entwicklung in der neuen Lohnrunde fort, sind verstärkte Konflikte mit der Geldpolitik unvermeidlich, zumal nicht davon ausgegangen werden kann, daß die Einfuhrpreise, wie noch in der ersten Hälfte dieses Jahres, für Entlastung sorgen. Die Erfahrung, daß solche Konflikte erst zu Einbußen bei der Kaufkraft und dann zu Einbußen bei der Beschäftigung führen, sollte helfen, zu einer Lohnpolitik mit Augenmaß zurückzufinden. Dazu gehört auch die Einsicht, daß nicht in die Lohnforderungen des kommenden Jahres aufgenommen werden darf, was die verstärkten Lohnsteigerungen dieses Jahres an zusätzlichem Preisauftrieb mit sich gebracht haben, und auch nicht, was an Verteuerung der Lebenshaltung auf höhere Ölpreise zurückgeht. Ausgleich kann allenfalls für Preissteigerungen reklamiert werden, die höhere Gewinne für die Unternehmen bedeuten, und das gilt nur für den kleineren Teil der Preissteigerungen dieses ebenso wie des nächsten Jahres.

64*. Die stabilisierungspolitische Aufgabe der Finanzpolitik im nächsten Jahr ist besonders schwierig. Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern und seine soziale Flankierung wird in den nächsten Jahren die öffentlichen Haushalte anhaltend stark belasten. Im Jahre 1991 werden Transferzahlungen aller Art, also Ausgaben mit konsumtiven Charakter, im Vordergrund stehen. In den Jahren danach werden investive Ausgaben — für die Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur ebenso wie für die Förderung privater Investitionen — zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Vorstellung, man könne die hohen Ausgaben für den Ostteil Deutschlands unbedenklich auf dem Kreditwege finanzieren, ist aus stabilisierungspolitischer Sicht gefährlich, und dies nicht nur, weil sie die damit einhergehende Überforderung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten außer acht läßt, sondern auch, weil sie negative Rückwirkungen von den Finanzmärkten und damit Beeinträchtigungen der Investitionstätigkeit befürchten läßt, von der das weitere Wachstum des Produktionspotentials entscheidend abhängt.

65*. Den monetären Spielraum nach den Produktionsmöglichkeiten bemessen, weiteren Kostendruck vermeiden und einem Ausufern der Defizite in den öffentlichen Haushalten entgegenwirken — das sind die Beiträge, die die stabilisierungspolitische Aufgabenverteilung von der Geldpolitik, der Lohnpolitik und der Finanzpolitik fordert. Je nachdrücklicher jeder Politikbereich seinen Part wahrnimmt und je besser die Bundesrepublik so im Urteil der internationalen Finanzmärkte dasteht, desto günstiger sind die Erfolgsaussichten für alle und desto geringer ist die Gefahr, daß Eindämmung und Rückführung des Geldwertschwunds über kurz oder lang mit Einbußen an Wachstum und Beschäftigung im Westen wie im Osten Deutschlands erkauft werden müssen.

Die wachstumspolitische Aufgabe
(Ziffern 328 ff.)

66*. Wachstumspolitisch stellen sich keine neuen Aufgaben; die bisherigen stellen sich jedoch in neuem Licht, und mit der deutschen Vereinigung haben sie an Bedeutung gewonnen. Im Osten Deutschlands muß die Wachstumspolitik im Zentrum aller Anstrengungen stehen. Ein hoher Rang muß ihr aber auch im Westen zukommen; denn nur eine wachstumsstarke westdeutsche Wirtschaft kann den ökonomischen Teil

der staatspolitischen Aufgabe lösen, also dafür sorgen, daß die Erneuerung der Wirtschaft und die Beseitigung der Schäden an der natürlichen Umwelt im Osten Deutschlands schnell vorankommen und beide Teile auch wirtschaftlich mehr und mehr zu einer Einheit werden.

67*. Hier wie dort ist die Investitionstätigkeit die Schlüsselgröße. Der wachstumspolitischen Aufgabe wird die Wirtschaftspolitik am besten gerecht, wenn sie darauf bedacht ist, daß sich die Investitionsbedingungen im Westen Deutschlands nicht verschlechtern und daß sie sich im Osten rasch verbessern. Mit Blick auf die privaten Investitionen in der westdeutschen Wirtschaft heißt das vor allem zu vermeiden, daß die Erträge, mit denen Unternehmen rechnen können, wenn sie ihre Kapazitäten ausbauen und in neue Verfahren, Produkte und Märkte investieren von den Kosten und den staatlichen Abgabeansprüchen her unter Druck geraten und die Zinsen nicht mehr hergeben, die an den Kapitalmärkten verlangt werden. In der ostdeutschen Wirtschaft gilt es vor allem, die Investitionshemmnisse abzubauen, die aus ungeklärten Eigentumsverhältnissen wie aus den vielfältigen Altlasten des früheren Wirtschaftssystems rühren. Wichtig und dringlich ist es auch, die staatliche Investitionsfähigkeit überall dort zu stärken, wo es darum geht, mit Verbesserungen der Infrastrukturausstattung die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Bei solchen Investitionen zu sparen, hieße daher am falschen Platz sparen, was nicht ausschließt, daß die Prioritäten in Ansehung der unterschiedlichen Dringlichkeit des Investitionsbedarfs im Osten und im Westen Deutschlands neu gesetzt werden. Zu achten ist dabei auch auf eine den jeweiligen Aufgaben angemessene Mittelverteilung zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen; verbesserungsbedürftig ist in dieser Hinsicht nicht nur der Finanzausgleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern, sondern auch die Finanzausstattung der Kommunen.

68*. Einbußen an möglichem und gewolltem Wirtschaftswachstum ergeben sich nicht nur, wenn nicht genügend Neues entsteht, sondern auch, wenn zu viel Überholtes erhalten bleibt, der wirtschaftliche Strukturwandel also zu langsam Fortschritte macht und Kapital wie Arbeitskräfte gesamtwirtschaftlich gesehen nicht so ertragreich, wie es möglich wäre, eingesetzt werden. Dem notwendigen Strukturwandel Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist in den neuen Bundesländern eine der wichtigsten Aufgaben; als gelöst kann sie auch in den alten Bundesländern immer noch nicht gelten. Mehr Zielstrebigkeit beim Abbau von Erhaltungssubventionen und von staatlichen Regulierungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, ist weiterhin anzumahnen.

69*. Ein Bereich, der besonders ins Gewicht fällt, wenn es um den effizienten Einsatz von Ressourcen geht, ist die Wohnungspolitik. Hier hat der Staat im Verlauf der achtziger Jahre zu einer vermehrt auf die Marktkräfte setzenden Grundlinie gefunden. Mit der sprunghaft gestiegenen Anspannung auf dem westdeutschen Wohnungsmarkt ist eine neue Lage entstanden. Angesichts ihrer politischen Brisanz droht jetzt die Gefahr, daß die staatliche Wohnungspolitik wieder Zuflucht bei vermehrten Eingriffen sucht und auch den Bau von Wohnungen wieder verstärkt selbst in die Hand nimmt. Vergessen scheint die Erfahrung, wie ineffizient die frühere Wohnungspolitik sowohl bezüglich der Bereitstellung als auch der Nutzung von Wohnungen war; vergessen scheint überdies die Erfahrung, daß Behinderungen einer marktgerechten Mietpreisbildung, Versorgungsengpässe nicht beseitigen, sondern verstärken, weil sie falsche Signale für Investoren setzen. Aus diesem Grunde muß gerade auch in den neuen Bundesländern die Reform des Mietrechts obenan stehen.

70*. Weit vorn auf der wachstumspolitischen Tagesordnung steht der Umweltschutz. Dabei wird es zunächst mit Vorrang darum gehen müssen, im Osten die laufenden Schadstoffemissionen zu senken und die in der Vergangenheit aufgebauten Altlasten abzutragen. Dies ist jedoch kein Grund, im Westen mit den ökologischen Anstrengungen nachzulassen. Nur in wenigen Fällen wird sich die Option stellen, Geld im Osten statt im Westen einzusetzen, weil man damit mehr Umweltschutz „kaufen" kann. Angesichts des hohen Defizits in den öffentlichen Haushalten sollte es möglich sein, die Kosten der Vermeidung von Umweltschäden noch konsequenter als bisher den Verursachern anzulasten. Da mit steigenden Standards die Kosten der Emissionsvermeidung progressiv zunehmen, wird es auch immer dringlicher, das starre und administrativ aufwendige Ordnungsrecht durch Instrumente zu ergänzen, mit denen die ökologischen Ziele ökonomisch effizient erreicht werden, weil sie Anreize zu vermehrten Eigenanstrengungen für den Umweltschutz setzen.

Die Aufgabe in den neuen Bundesländern — den Aufholprozeß breit in Gang setzen

(Ziffern 336 ff.)

71*. Damit sich die Nachteile der ostdeutschen Regionen als Wohnorte für mobile Arbeitskräfte und als Standorte für Unternehmen rasch verringern, sind alsbald die Voraussetzungen für die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau des Wohnungsbestandes zu schaffen und sind auf breiter Front Maßnahmen zur Regeneration der durch Raubbau geschädigten Umwelt einzuleiten. Ein Zurückstecken ökologischer Ziele zugunsten von umweltbelastenden Produktionsstätten vermag selbst vorübergehend nicht Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wenn dadurch ansiedlungswillige Unternehmen abgeschreckt werden.

Auch die Erneuerung der vernachlässigten Infrastruktur verbessert die Wohnortqualität und die Standortqualität. Sie ist überdies Vorbedingung für arbeitsplatzschaffende und produktivitätssteigernde private Investitionen. Im Fernstraßenbau hat der Bund, beim Aufbau eines leistungsfähigen Telefonnetzes die Bundespost und bei der Sanierung des Schienennetzes die Bundesbahn in Kooperation mit der Reichsbahn die finanziellen und materiellen Ressourcen bereitzustellen und notfalls die Prioritäten zu setzen. Für die Landstraßen und Gemeindestraßen, den öffentlichen Nahverkehr, die kommunale Versorgung und Entsorgung, Krankenhäuser und Schulen und für die Erschließung von Bauland und Gewerbeflächen sind jedoch die Länder und insbesondere die Gemeinden

zuständig. Zur Entlastung der Verwaltungen bietet sich an, die Planung, Durchführung und Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen oder den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen auf erfahrene Unternehmen im privaten oder öffentlichen Besitz zu übertragen. Die Kommunen können sich dann darauf beschränken, die Rahmenplanung vorzugeben und die beauftragten Unternehmen zu überwachen.

72*. Ein gravierender Engpaß ist derzeit das Fehlen von funktionsfähigen Verwaltungen bei den Ländern und insbesondere bei den Gemeinden. Dies ist nicht nur die Folge einer knappen Ausstattung mit Geld und geeigneten Personen. Nicht minder bedeutsam ist, daß sich die staatlichen Bediensteten in ein neues Selbstverständnis einüben müssen. Zur Beschleunigung des Verwaltungsaufbaus und zur Abkürzung der Lernphase sind nicht nur finanzielle Ressourcen aus dem Westen erforderlich, sondern auch die Unterstützung durch westdeutsches Verwaltungspersonal.

73*. Neben einer funktionierenden Verwaltung und einer hochwertigen Infrastruktur gehört zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft auch eine verläßliche Eigentumsordnung. Infrastrukturmaßnahmen des Staates und Investitionen der Privaten bleiben dort blockiert, wo das Eigentum an Grund und Boden nicht geklärt ist, der für die Bebauung, für die Errichtung von Produktionsanlagen oder für die Sicherung der Kredite benötigt wird. Vordringliche Aufgabe der Verwaltungen ist es deswegen, die Klärung der Rechtspositionen voranzutreiben. Insbesondere sind auch die Fälle zu identifizieren, in denen den früheren Eigentümern aus übergeordneten Gründen kein Anspruch auf Rückgabe, sondern nur auf Entschädigung zusteht.

74*. Die schlechten Beispiele der sektoralen Strukturpolitik in Westdeutschland mahnen zu größter Zurückhaltung in den neuen Bundesländern. Anders als die sektorale Strukturpolitik ist die regionale Strukturpolitik für die neuen Bundesländer unverzichtbar. Regionalpolitik in der Marktwirtschaft zielt darauf, die räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu korrigieren, ohne dabei in die Gütermärkte zu intervenieren.

Der eine Schwerpunkt der Regionalpolitik ist die Verbesserung der Finanzausstattung der Gebietskörperschaften, so weit dies zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus notwendig ist. Der andere Schwerpunkt ist die unmittelbare Förderung der privaten Wirtschaft. Dies darf nicht heißen, daß der Staat bestimmte Branchen oder Unternehmen gezielt fördert. Die Entscheidung, welche Produktionen und Standorte aufzugeben sind und was wo an neuen Produktionen aufgebaut werden soll, muß den in eigener Verantwortung handelnden Unternehmen übertragen werden. Regionalförderung bedeutet die vorübergehende Herstellung eines Rentabilitätsgefälles zugunsten der Problemregionen.

75*. Die Regionalpolitik muß nach der deutschen Vereinigung die Prioritäten der Regionalförderung und anderer regional wirksamer Subventionen für das Gesamtgebiet neu setzen. Die bisher beschlossenen Förderprogramme zugunsten der neuen Bundesländer sind stattlich. Es handelt sich bisher jedoch um ein additives Programm, nicht um das Ergebnis einer umfassenden Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik unter Einbeziehung der neuen Bundesländer.

Soweit Gestaltungsspielräume bestehen, sollte der Neubeginn dafür genutzt werden, auf Regulierungen zu verzichten, die inzwischen obsolet geworden sind und privates Angebot behindern oder die den Wettbewerb einschränken. Mit der Auflockerung des Monopols der Bundespost in der Telekommunikation ist ein erster Schritt getan. Dagegen wurde die Chance nicht genutzt, durch die Trennung von Stromerzeugung und Stromverteilung den Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft zu steigern; dahinter stand die Sorge, daß eine solche Lösung die Modernisierung zunächst verzögern würde.

Finanzpolitik: Den Beitrag zur Herstellung der Wirtschaftseinheit leisten

(Ziffern 347 ff.)

76*. Die öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren durch die Hilfen für die Entwicklung der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands besonders gefordert sein. Zum Wiederaufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern Deutschlands muß der Staat vorrangig die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur beisteuern. Daneben hat er insbesondere den Gesundungsprozeß sozial zu flankieren und die administrativen Voraussetzungen für beides zu schaffen. Schließlich ist auch an die Förderung privater Investitionen zu denken. Das alles erfordert den Einsatz ungewöhnlich hoher Mittel. Diese Beanspruchung darf nicht zu einer dauerhaft hohen Nettokreditaufnahme führen. Vielmehr ist es geboten, den in den Jahren 1990 und 1991 unterbrochenen Konsolidierungskurs unverzüglich wieder aufzunehmen. Nach unseren Vorstellungen sollte die Kreditfinanzierungsquote, also die Relation des Defizits im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) zum Bruttosozialprodukt, bis 1995 auf 1,5 vH bis höchstens 2 vH zurückgeführt werden. Dies erfordert Konsolidierungsbeiträge in einer Größenordnung von reichlich 100 Mrd DM bezogen auf das Jahr 1995.

77*. Konsolidierungsbeiträge in dieser Größenordnung können nur aufgebracht werden, wenn die Finanzpolitik strenge Ausgabendisziplin wahrt und keine kostspieligen neuen Verpflichtungen übernimmt. Klar ist, daß ein Betrag von reichlich 100 Mrd DM nicht annähernd durch Steuererhöhungen finanziert werden kann. Es wären so starke Erhöhungen der Steuersätze erforderlich, daß ein Einbruch des Wirtschaftswachstums unvermeidlich wäre. Das würde die Finanzierungsprobleme weiter verschärfen. Selbst eine reichlich zu nennende Erhöhung des Umsatzsteuersatzes um zwei Prozentpunkte verminderte das Haushaltsdefizit nur um schätzungsweise 32 Mrd DM für 1995, gerechnet ohne die dadurch ermöglichten Zinseinsparungen.

Auch der Versuch, den Betrag allein durch Ausgabenkürzungen aufzubringen, ist nicht ungefährlich. Es muß befürchtet werden, daß dort gespart wird, wo es

am einfachsten ist, und daß die Bereitstellung öffentlicher Güter dadurch ernsthaft beeinträchtigt wird. Auch dies kann die wirtschaftlichen Auftriebskräfte empfindlich schwächen, weil der Staat wesentliche Vorleistungen für die private Wirtschaft erbringt und wichtige Konsumgüter bereitstellt.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen deshalb mehrere Möglichkeiten der Haushaltspolitik ausgeschöpft werden:

- Unerläßlich ist es, strenge Ausgabendisziplin — auf allen Ebenen, in allen Bereichen — zu wahren. Dazu gehört der Abbau solcher Ausgaben, die — wie die meisten Finanzhilfen — das Wirtschaftswachstum eher behindern als fördern. Im übrigen heißt das aber nicht, notwendige Ausgaben zu kürzen, sondern vor allem Ausgabenzuwächse zu beschneiden. Auslaufende Subventionen dürfen nicht verlängert, kostspielige neue Verpflichtungen nicht übernommen werden.
- Die Erhöhung der Steuereinnahmen steht im zweiten Rang. Unverzichtbar ist der Abbau der Steuersubventionen und einiger weiterer Steuervergünstigungen. Dagegen sollte darauf verzichtet werden, Steuertarife zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen. Freilich: Wenn die Konsolidierungsanstrengungen auf der Ausgabenseite nicht mit aller Energie angegangen werden oder wenn die Entwicklung ungünstiger verlaufen sollte, als wir angenommen haben, sind Steuererhöhungen unvermeidlich.
- Die Chancen der Privatisierung müssen intensiv genutzt werden. Bestimmte Funktionen, die im allgemeinen der Staat bislang ausgeübt hat, können Unternehmen übertragen werden, und der Staat kann Finanzvermögen und Erwerbsvermögen veräußern. Beides entlastet die öffentlichen Haushalte.

78*. Die Begrenzung der Ausgabenzuwächse braucht die Gebietskörperschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben um so weniger einzuschränken, je mehr sie sich um neue und unkonventionelle Formen der Kooperation mit privaten Unternehmen bemühen. Es gibt vielfältige, zum Teil schon erprobte Möglichkeiten, die mit herkömmlichen öffentlichen Aufgaben verbundenen Investitionen, ebenso aber auch den Betrieb der betreffenden Einrichtungen, privaten Unternehmen zu übertragen. Diese Form der Privatisierung ermöglicht nicht nur die Finanzierung ohne Belastung der öffentlichen Haushalte; darüber hinaus bringen private Unternehmen ihre speziellen Kenntnisse und Erfahrungen ein. Vor allem für die Gebietskörperschaften im Ostteil Deutschlands sind diese beiden Vorteile von großer Bedeutung, der zweite wohl noch mehr als der erste.

79*. Wenn die politische Kraft fehlen sollte, die Haushaltsdefizite durch Aufhebung von Steuervergünstigungen, Abbau von Finanzhilfen, andere Ausgabenumschichtungen und Privatisierungsmaßnahmen im erforderlichen Umfang rasch zurückzuführen, müßten Steuertarife bei ertragreichen Abgaben erhöht werden; am ehesten käme dafür die Umsatzsteuer in Betracht. Dies schließt energiepolitisch oder umweltpolitisch motivierte Abgabenerhöhungen nicht aus. Wir betonen aber, daß Tarifanhebungen und neue Steuern nach unserer Einschätzung die schlechtere Alternative sind; aber sie bleibt nur übrig, wenn die bessere, die sparsame Haushaltsführung, nicht gewählt und energisch umgesetzt wird.

80*. Niemand kann ausschließen, daß die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren günstiger oder ungünstiger verläuft, als es von uns unterstellt worden ist. Kommt es schlimmer und sieht sich der Staat mit unabweisbaren Mehrausgaben konfrontiert, bleibt nach unserer Einschätzung nichts anderes übrig, als die Mehrbelastungen durch Steuererhöhungen zu finanzieren. Kommt es dagegen günstiger, darf dies nicht dazu führen, daß die Ausgabendisziplin gelockert wird. In diesem Fall wäre die Nettokreditaufnahme rascher zurückzuführen.

Keinesfalls dürfen die Herausforderungen zu einer dauerhaft hohen Nettokreditaufnahme führen. Die wirtschaftlichen Folgen einer Vertrauenskrise wie zu Beginn der achtziger Jahre wären ein zu hoher Preis.

Geldpolitik: Zielbestimmung unter erschwerten Bedingungen

(Ziffern 384 ff.)

81*. Die Geldpolitik steht 1991 bei ihrer Aufgabe, die Geldentwertung zunächst einzudämmen und alsdann zurückzuführen, teils in einem Konflikt mit der Finanzpolitik und mit der Lohnpolitik, teils unter widrigen äußeren Einflüssen.

- Es besteht die begründete Sorge, daß der Staat seine Nettokreditaufnahme nicht entschlossen genug zurückführt und die Überbeanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten von daher nicht zurückgenommen, sondern eher noch verstärkt werden wird.
- Die Löhne werden nach unserer Prognose im nächsten Jahr noch stärker steigen als in diesem Jahr. Daraus ergibt sich 1991 eine weitere Zunahme der Lohnstückkosten (um 3½ vH nach 3 vH in 1990).
- Sollte es 1991 zu weiteren Ölpreissteigerungen kommen und sollte die ölpreisbedingte Verteuerung der Lebenshaltung in die Löhne eingehen, würde die Geldwertstabilität auch von hierher gefährdet werden.

82*. Eine weitere Erschwerung bringen die durch die Erweiterung des Währungsgebietes geschaffenen neuen Bedingungen mit sich. Besondere Schwierigkeiten bereitete es bei der Einführung der D-Mark im Osten Deutschlands, die Erstausstattung der DDR-Wirtschaft mit Zentralbankgeld stabilitätsgerecht zu bemessen. Der geldpolitischen Konzeption der Deutschen Bundesbank — ebenso der des Sachverständigenrates — entspricht es, sich hierbei grundsätzlich an dem von der DDR in die Währungsunion eingebrachten Produktionspotential zu orientieren. Zur Unsicherheit über die Basisgröße des wettbewerbsfähigen Produktionspotentials im Osten Deutschlands kommt noch die Unsicherheit über seine weitere Entwicklung im kommenden Jahr hinzu. Es ist in der Übergangsphase schlechterdings ausgeschlossen,

diagnostizieren zu wollen, welche Kapazitäten bereits unrettbar obsolet geworden sind. Man hat sich daher darauf einzustellen, daß alle diese vorläufigen Annahmen über Stand und Entwicklung des Produktionspotentials im Osten Deutschlands korrigiert werden müssen, sobald verläßliche Daten und Berechnungen vorliegen.

83*. Wirtschaftspolitische Strategien wie die potentialorientierte Geldmengenregel mit vorab verkündetem Geldmengenziel müßten geändert oder ganz aufgegeben werden, wenn ihre Tauglichkeit in Zweifel stünde und wenn es bessere Strategien gäbe. Die mit der Erweiterung des Währungsgebiets und den damit verbundenen Unsicherheiten geschaffenen neuen Bedingungen sprechen jedoch nicht gegen die Beibehaltung eines potentialorientierten Geldmengenziels und dessen Vorankündigung. Sie legen es aber nahe, einer Verbesserung des Informationsstandes Rechnung zu tragen, nötigenfalls auch das Geldmengenziel zu korrigieren, wenn neue Informationen dies erfordern. Dies gehört zur Konzeption einer potentialorientierten Geldpolitik, wie sie der Sachverständigenrat vertritt. Eine bessere, im praktischen Test erhärtete Strategie der Geldpolitik sehen wir nicht.

84*. Das Kernproblem liegt in der Diagnose. Nur wenn zweifelsfrei erkennbar ist, daß die dem Geldmengenziel zugrunde liegenden Annahmen falsch waren, ist die Korrektur des Zielpfades geboten. Die Diagnose wird wohl auch im nächsten Jahr dadurch erschwert sein, daß noch keine fundierten Schätzungen über den Umfang des Produktionspotentials oder über die Kassenhaltungsgewohnheiten in Ostdeutschland vorliegen werden. Es gilt daher, andere Beurteilungsmaßstäbe als die bisher üblichen zu verwenden. Anhaltspunkte für strukturelle Änderungen im Geldangebotsprozeß und für Instabilitäten in der Geldnachfrage können sich in der Geldmarktentwicklung zeigen.

85*. Die Zielvorgabe für das Jahr 1991 hat sich auf die gesamte in Deutschland umlaufende Zentralbankgeldmenge zu beziehen. Für die neuen Bundesländer gehen wir von der Annahme aus, daß ihr Produktionspotential etwa 10 vH des westdeutschen beträgt. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die unseren Überlegungen zugrunde liegt, hat sich im Zuge der Erweiterung des Währungsgebietes um etwa 11 vH erhöht. Diesen Anstieg halten wir für stabilitätskonform.

Bei einer mittelfristigen Zunahme des Produktionspotentials, die wir, nominal gerechnet, auf 5 vH veranschlagen, halten wir alles in allem eine Zuwachsrate von 5 vH für die bereinigte Zentralbankgeldmenge für angemessen. Als Ausgangspunkt für den Zielpfad nehmen wir das Niveau, das sich unter Berücksichtigung des Niveausprungs aus unserem letzten Jahresgutachten und der Erweiterung des Währungsgebietes ergibt.

Tarifpolitik am zusammenwachsenden Arbeitsmarkt: Unterschiedliche Strategien

(Ziffern 402 ff.)

86*. Eine einheitliche Tarifpolitik kann es 1991 im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum nicht geben. Zu unterschiedlich sind die wirtschaftlichen Ausgangslagen, die Entwicklungsperspektiven und Arbeitsmarktbedingungen beider deutscher Teilräume.

87*. Die Lohnpolitik in Westdeutschland muß wieder stabilitätspolitische Perspektiven eröffnen. Es muß erreicht werden, daß die Distanz zwischen der aktuellen und der stabilitätsgerechten Lohnsteigerungsrate nicht größer wird, sondern kleiner. Die Nominallöhne sollen mit der Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ansteigen; der Preisanstieg sollte allenfalls mit einem Wert unterhalb der erwarteten Preissteigerungsrate berücksichtigt werden.

Wir erneuern daher unseren Vorschlag, mehrjährige Lohnabschlüsse mit einer sukzessive sinkenden Preiskomponente abzuschließen. Die Lohnpolitik muß die Alternative sehen; wenn sie nicht selbst erreicht, daß die Lohnsteigerungen mit dem Produktivitätsfortschritt in Einklang bleiben, werden früher oder später die Marktkräfte dazu zwingen. Überhöhte Lohnsteigerungen führen bei einer der Geldwertstabilität verpflichteten Geldpolitik auf die Dauer in eine Rezession. Beschäftigungseinbußen werden dann den Lohnauftrieb dämpfen.

88*. Im Osten Deutschlands steht das lohnpolitische Barometer auf Sturm. Es drohen 1991 Lohnsteigerungen, die weit über das hinausgehen könnten, was vertretbar ist, wenn man nicht nur die Höhe des Einkommens, sondern auch die Entwicklung der Beschäftigung ins Blickfeld nimmt:

- Der krasse Einkommensrückstand gegenüber Westdeutschland weckt das Verlangen nach einem raschen Aufholprozeß. Viele Arbeitnehmer werden es nicht einsehen, daß ihre Nominallöhne im vereinten Deutschland so weit hinter denen im Westen zurückstehen.
- Viele ostdeutsche Unternehmen, besonders im Berliner Raum und im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze, werden vermutlich nicht anders können, als hohe westdeutsche Löhne zu zahlen, wenn sie leistungsfähige Arbeitskräfte halten und gewinnen wollen.

Die organisierte Tarifpolitik steht in diesem Klima unter erheblichem Marktdruck. Anders als in Westdeutschland, wo die Effektivlohnsteigerungen im allgemeinen nur wenig über den tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen liegen, werden die Marktkräfte in Ostdeutschland für ein rasches Voraneilen der Effektivlöhne sorgen. Um nicht die Führungsrolle für die Lohnentwicklung zu verlieren, wird die Tarifpolitik versucht sein, auch gegen bessere ökonomische Einsicht ein rasantes Tempo bei den Lohnanhebungen vorzulegen.

89*. Dennoch: Es muß für eine ökonomisch angemessene Tarifpolitik geworben werden. Lohnanhebungen, die die realwirtschaftliche Leistungskraft ignorierten, versetzten der marktwirtschaftlichen Erneuerung in der ehemaligen DDR einen Schlag. Die Unternehmen dort müssen sich auf die Anforderungen des Weltmarktes in einem mühsamen Anpassungsprozeß umstellen; in dieser Phase ist das Risiko des Scheiterns besonders groß. Lohnsteigerungen, die über die Leistungskraft der Betriebe hinausgingen,

bürdeten den sanierungsfähigen Betrieben schwere, vielfach zu schwere Lasten auf.

Die Lohnpolitik in Ostdeutschland muß vielmehr darauf gerichtet sein, die Erneuerung der Wirtschaft voranzubringen. Sie muß sich — anders als die westdeutsche Lohnpolitik — auf einen grundlegenden strukturellen Wandel der Wirtschaft einstellen und sich in ihm bewähren. Die Konzeption einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik läßt sich vorerst in Ostdeutschland nicht sinnvoll anwenden. Die Generallinie darf nicht einfach darin bestehen, allgemeine Lohnanhebungen durchzusetzen; der Schwerpunkt muß vielmehr auf einer Tarifpolitik liegen, die sich stärker an der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Sektoren orientiert und die Spielraum für betriebsbezogene Lohnkomponenten läßt.

90*. Das Thema Kündigungsschutz wird in Ostdeutschland auf der Tagesordnung bleiben. Zu vermeiden ist, daß auch weiterhin sehr restriktive Arbeitsplatzschutzabkommen angestrebt werden.

Die Europäische Gemeinschaft — Herausforderungen zu Beginn der neunziger Jahre

(Ziffern 460 ff.)

Hürden auf dem Weg zum Binnenmarkt überwinden

91*. Die Gemeinschaft ist auf dem Weg zum Binnenmarkt vorangekommen, aber entscheidende Schritte stehen noch aus. Erste Erfolge des Projektes Binnenmarkt '92 sind darin zu erblicken, daß sich die Unternehmen bei ihren Entscheidungen über die Erschließung von Märkten, Fusionen, Investitionen, Forschung und Entwicklung, Ausbildung immer mehr auf die Anforderungen des kommenden Binnenmarktes einstellen. Die Unternehmen haben die Herausforderungen und Chancen erkannt, die sich mit der Schaffung eines großen einheitlichen Marktes in Europa verbinden, und sie stellen sich ihnen. Dies hat der wirtschaftlichen Entwicklung Europas Auftrieb gegeben.

92*. Allerdings, es steht nicht alles zum Guten. Zweifel sind aufgekommen, ob die europäischen Staaten die mit dem Binnenmarkt notwendigerweise verbundenen Verluste an wirtschaftlicher Souveränität wirklich hinnehmen werden. Die anhaltenden Verzögerungen bei der Angleichung der Umsatzsteuer und der speziellen Verbrauchsteuern nähren den Verdacht, daß in dem wichtigen Bereich der Besteuerung letztlich doch nicht auf nationale Souveränität verzichtet werden wird. Es ist festzustellen, daß die Politik nicht in allen wesentlichen Bereichen den europäischen Dimensionen gerecht wird, sondern immer noch dem nationalen Wirkungsbereich verhaftet bleibt. Ein Beispiel liefert die Verkehrspolitik. Der europäische Straßen-, Eisenbahn- und Luftverkehr droht zu einem Engpaß für den Binnenmarkt zu werden. Beunruhigend ist auch das weiterhin hohe Niveau der Beihilfen in den EG-Ländern. Subventionen verzerren den Wettbewerb oder setzen ihn sogar außer Kraft. Es ist zu befürchten, daß die Regierungen, nachdem sie im Zusammenhang mit der erforderlichen Harmonisierung wirtschaftspolitische Souveränität einbüßen, nunmehr ihren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung verstärkt mit (versteckten) Beihilfen zu erhalten versuchen. Die Zurückführung der Subventionen — der Anlässe und der Volumina — muß vor der Vollendung des Binnenmarktes erreicht werden. Dem Drängen einzelner Unternehmen und Wirtschaftszweige nach Subventionen muß ein mit Sanktionen ausgestatteter Kodex entgegenstehen, der die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zur Gewährung von Subventionen eng begrenzt.

93*. Die Verminderung des Wohlstandsgefälles innerhalb der EG muß als langfristige Aufgabe gesehen werden. Sie erfordert eine Regionalpolitik, die die Standortfaktoren in den zurückgebliebenen Gebieten entwickelt und die dortigen Standorte attraktiv macht. Die Intensität und das Tempo der Anpassung werden entscheidend von Investitionen und damit wesentlich vom Zufluß privaten Kapitals abhängen. Dieser Kapitalzufluß ist nur durch entsprechende Anreize in den Empfängerländern selbst zu erreichen, insbesondere durch eine geeignete Steuergesetzgebung, Lohnpolitik, Infrastrukturpolitik und Stabilitätspolitik. Innergemeinschaftliche Transferzahlungen sollten daher grundsätzlich konditioniert sein, also nur vergeben werden, wenn hierdurch die Bedingungen für private Investoren verbessert werden.

Handelspolitik — die weltwirtschaftliche Verantwortung der Gemeinschaft

(Ziffern 471 ff.)

94*. Es läge im Interesse der Europäischen Gemeinschaft, wenn sie die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern ebenso engagiert vorantreiben würde wie die Initiative zum Binnenmarkt. Es wäre kurzsichtig, sollte die Gemeinschaft versuchen, die Wohlfahrtsgewinne aus der Liberalisierung im Innern durch Abschottung nach außen auf die Gemeinschaft zu begrenzen. Bei ihrem großen Gewicht im Welthandel hat die Europäische Gemeinschaft für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung eine herausgehobene Verantwortung. Doch vieles liegt im argen.

Die europäische Agrarpolitik ist ein beklagenswertes Beispiel für den Aufbau und die Anwendung eines reichhaltigen Instrumentariums zur Abschottung der Märkte und zur Exporthilfe für Sektoren. Es entschuldigt dabei nicht, daß auch andere Länder ein hohes Maß an Agrarprotektion praktizieren. Das ungelöste Agrarproblem behindert den Fortgang der GATT-Verhandlungen in anderen Bereichen und droht die Uruguay-Runde ganz scheitern zu lassen.

Auch in anderen Bereichen als der Landwirtschaft kann man die Gemeinschaft nicht als einen Handelsraum mit niedrigem Protektionsniveau bezeichnen. Es sei hier auf die Textilwirtschaft und auf den Steinkohlenbergbau verwiesen. Schließlich wirkt die Gemeinschaft an der Ausbreitung nicht-tarifärer Handelshemmnisse mit. Immer wieder werden bestimmte Produkte zu „sensiblen Gütern" erklärt, für die dann mengenmäßige Beschränkungen — sei es im Wege

von Vereinbarungen mit den Lieferländern, sei es durch sogenannte freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen — festgelegt werden. Die Europäische Gemeinschaft bleibt also zur Liberalisierung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen aufgefordert.

EG-Agrarpolitik: Weitere Liberalisierungsschritte müssen folgen
(Ziffern 478 ff.)

95*. Die Agrarpolitik in Europa steht seit langem im Widerspruch zu fundamentalen Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Rückkoppelung zwischen Produktions- und Preisentwicklung, die auf den Agrarmärkten viel zu lange außer Kraft gesetzt war, muß weiter verstärkt werden. Die Stabilisatorenregelungen, die diese Rückkoppelung bewirken müssen, solange die Märkte nicht liberalisiert sind, dürfen nicht gelockert, sondern müssen enger gezogen werden. Den Bestrebungen, die festgesetzten Höchst- und Garantiemengen — entgegen der Marktsituation — auszuweiten, muß energisch entgegengewirkt werden. Zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts darf die Preissenkungspolitik auch nicht, wie bei den letzten Preisbeschlüssen, durch andere, preissteigernd wirkende Ergänzungsmaßnahmen unterlaufen werden.

Europäische Währungsunion: Start in eine ungewisse Phase
(Ziffern 484 ff.)

96*. Die Europäische Währungsunion ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Nachdem die Gemeinschaft im Juli dieses Jahres mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in die erste Phase auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion eintrat, hat der Europäische Rat in Rom Ende Oktober 1990 den Start in die zweite Phase für den 1. Januar 1994 beschlossen.

97*. Auf dem Weg zu einer Europäischen Währungsunion bleibt die vorgesehene zweite Phase ein Fremdkörper.

Das Nebeneinander von einer europäischen Zentralbank ohne geldpolitische Kompetenz und nationalen Notenbanken, die unabhängig von ihr handeln können, bringt die schon in der zweiten Phase vorgesehene europäische Zentralbank in eine eigentümliche Lage. Das, was sie einüben müßte — nämlich die Anwendung des geldpolitischen Instrumentariums auf europäischer Ebene —, kann sie nicht einüben, weil die geldpolitische Verantwortung in dieser Phase bei den nationalen Notenbanken bleibt. Das, was sie in der Übergangsphase einüben könnte und nach dem Beschluß des Europäischen Rates auch soll — eine Koordinierung der nationalen Geldpolitiken —, braucht sie später nicht mehr, weil dann mit der Übertragung der geldpolitischen Verantwortung auf die europäische Zentralbank dieser Koordinierungsbedarf entfällt.

98*. Anders als über den Zeitpunkt, den Sinn und die notwendige Dauer einer zweiten Phase ist über die anzustrebende Struktur der europäischen Zentralbank in Europa eine breite Einigkeit entstanden. Die Grundsätze des deutschen Bundesbankgesetzes könnten aus derzeitiger Sicht auch die Bausteine des Statuts der europäischen Zentralbank werden. Unbestritten ist, daß die europäische Zentralbank eine unabhängige Institution sein muß, also nicht den Weisungen anderer politischer Instanzen — nationaler oder supranationaler — in Europa unterliegt. Es gilt, die externen Einflußmöglichkeiten so weit wie möglich auszuschalten. Unbestritten ist es auch, daß die europäische Zentralbank dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein muß. Noch keine einheitliche Meinung gibt es darüber, welche Instanz das Recht zu Interventionen an den Devisenmärkten haben soll. Dabei ist — wenn man die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank und das Ziel der Geldwertstabilität wirklich ernst nimmt — kein Zweifel an der angemessenen Zuteilung der Kompetenz möglich. Sie muß der europäischen Zentralbank übertragen werden. Würde über Interventionen anderswo entschieden, liefe das praktisch auf Handlungsanweisungen an die Notenbank hinaus. Die europäische Zentralbank wäre zu Maßnahmen selbst dann gezwungen, wenn diese mit dem Auftrag, den Geldwert stabil zu halten, kollidieren würden.

99*. Wichtig ist es, daß sich die europäischen Staaten gemeinsam auf ein Statut für eine europäische Zentralbank verständigen. Dieses Statut müßte im europäischen Vertragswerk verankert werden. Flexibilität müßte aber erhalten bleiben hinsichtlich des Termins, zu dem ein einzelnes Land die geldpolitischen Rechte seiner Zentralbank auf die europäische Notenbank überträgt, die gemeinschaftliche Währung in seinem Staatsgebiet als gesetzliches Zahlungsmittel anerkennt und damit also der Europäischen Währungsunion beitritt. Auf diese Weise könnte die Europäische Währungsunion sogar früher beginnen, als wenn erst die ökonomische Konvergenz aller potentieller Mitgliedstaaten abgewartet würde.

Erneuerung der Wirtschaftsstruktur im östlichen Teil Deutschlands
(Ziffern 505 ff.)

100*. Zur strukturellen Erneuerung der ostdeutschen Unternehmen kommt es vor allem darauf an, daß sich leistungsfähige Unternehmen entwickeln, die mit wettbewerbsfähigen Produkten die Grundlage für Wachstum und gesicherte Beschäftigung schaffen. Für die Entwicklung der Region ist wesentlich, daß eine Exportbasis zustande kommt, das heißt ein Bereich, dessen Produkte sich auf den überregionalen Märkten im Wettbewerb behaupten können. Es bedarf solcher Produktionen, soll Ostdeutschland voll in die internationale Arbeitsteilung integriert werden und nicht auf die Dauer von Transfers abhängig bleiben. Es ist daher vor allem wichtig, daß industrielle Produktionsstätten entstehen, deren Absatzmärkte über die ostdeutschen Gebiete hinausreichen. Der bisher unterentwickelte Dienstleistungssektor bietet vielfältige Möglichkeiten unternehmerischer Betätigung, trägt allerdings nur in einigen seiner Zweige zur Exportbasis bei. Mit der Entstehung einer leistungsfähigen Exportbasis wird die Voraussetzung

dafür geschaffen, daß sich in deren Umkreis komplementäre Produktionen und Dienstleistungen entwikkeln können.

101*. Die ehemaligen volkseigenen Betriebe unterstehen heute als Kapitalgesellschaften der Treuhandanstalt, die sie nach ihrem gesetzlichen Auftrag der Privatisierung und Sanierung oder, falls dies nicht gelingt, der Stillegung zuzuführen hat. Die Privatisierung ist zugleich der geeignetste Weg zur Sanierung; denn private Investoren bringen dabei unternehmerische Konzeptionen und das zu ihrer Realisierung benötigte Kapital ein. Die Treuhandanstalt, der einige tausend Unternehmen unterstellt sind, kann allenfalls bei einigen wenigen von ihnen tiefgreifende Sanierungsmaßnahmen einleiten. Sie sollte ihre begrenzten Kräfte auf die Privatisierung konzentrieren. Es wäre hilfreich, wenn ihr gesetzlicher Auftrag eindeutig in diesem Sinne neuformuliert würde.

102*. Für Unternehmen, bei denen die Privatisierung nicht gelingt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Stillegung oder Verbleib im Staatsbesitz. Die letztere Lösung stößt auf erhebliche Bedenken, da sie auf das Verbleiben eines schwachen, dauernd auf Subventionen angewiesenen Unternehmensbereichs beim Staat hinausliefe. Für die Stillegung gilt es, allgemeine Regeln zu finden, die den Unternehmen genügend Zeit für den Weg zur Privatisierung und Sanierung lassen, dabei aber an dem Grundprinzip festhalten, daß der Fortbestand eines Unternehmens nur gesichert sein kann, wenn es sich aus eigener Kraft auf dem Markt zu behaupten vermag. Wenn sich für ein Unternehmen kein privater Investor finden läßt, der bereit ist, das erforderliche Sanierungsprogramm zu finanzieren, so begründet dies zumindest die Vermutung, daß es nicht sanierungsfähig ist.

103*. Unverzichtbar für die Strukturerneuerung ist es, daß neue Unternehmen und Produktionsstätten entstehen, sei es durch Initiativen aus Westdeutschland oder dem Ausland, sei es durch Gründer aus der Region selbst. Neue industrielle Produktionsstätten sind bisher nur in wenigen Fällen bereits im Aufbau; solche Investitionen bedürfen längerer Vorbereitungszeit. In der Region selbst lassen die zahlreichen Gewerbemeldungen erkennen, daß viele Bürger bereit sind, selbständige Existenzgründungen zu wagen. Der damit verbundene Auftrieb für Wachstum und Beschäftigung ist bislang kaum abzuschätzen. Die vorliegenden Befunde begründen die Hoffnung, daß ein leistungsfähiger gewerblicher und freiberuflicher Mittelstand im Entstehen ist.

104*. Investitionshemmnisse, die der Privatisierung und der Gründung neuer Unternehmen entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Schwerwiegende Belastungen ergeben sich vor allem aus der Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse und aus dem Fehlen einer den neuen Aufgaben gewachsenen Verwaltung. Hinzu kommen schwere Mängel der wirtschaftsnahen Infrastruktur und ein zu geringes Angebot an Gewerbeflächen. In der Tarifpolitik und im Arbeitsrecht ist Behutsamkeit geboten, damit nicht durch vermeintlich arbeitnehmerfreundliche Regelungen zusätzliche Investitionshemmnisse aufgebaut werden.

105*. Für die Investitionsförderung ist ein wichtiger Gesichtspunkt, daß ein Fördergefälle zugunsten der östlichen Bundesländer hergestellt wird. Dies bedingt nicht nur Förderprogramme für dieses Gebiet, sondern ein Überdenken der Prioritäten in der gesamten Regionalförderung. Angesichts knapper Mittel ist der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur als Instrument der Investitionsförderung Vorrang zu geben.

106*. Drei Wirtschaftsbereiche sind hervorzuheben, in denen die Probleme besonders groß sind.

- Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR war geprägt durch industriemäßige Agrarproduktion in großen, nach Pflanzenproduktion und Tierhaltung getrennten Produktionsgenossenschaften. Die dort durch Zwang entstandenen Organisationsformen werden sich im Wettbewerb nicht behaupten können. Die Neustrukturierung sollte sich nicht einseitig am Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs orientieren, sondern auch anderen Eigentums- und Organisationsformen gleiche Start- und Wettbewerbschancen bieten.

  Mit der Vereinigung muß sich die ostdeutsche Landwirtschaft in das komplexe System der EG-Agrarmarktordnungen eingliedern. Damit werden auch die Fehler und Schwächen dieses Systems auf die neuen Bundesländer übertragen. Eine längerfristig angelegte Liberalisierung könnte der Landwirtschaft eine Orientierung für die schwierige Anpassung geben, vor der sie steht.

- In der Energiewirtschaft hat das Autarkiestreben ein unwirtschaftliches, extrem umweltschädigendes und störungsanfälliges Versorgungssystem hinterlassen. Die Überalterung der Erzeugungsanlagen, des Verteilungsnetzes, der Wohnungen sowie hohe Subventionen haben der Energieverschwendung Vorschub geleistet. Für die Herausbildung einer neuen Struktur der Energiewirtschaft im Osten Deutschlands ist die rasche Einführung knappheitsgerechter Energiepreise von entscheidender Wichtigkeit. Künstlich verbilligte Energiepreise führen zu einem hohen Energieverbrauch und verbunden damit zu einer hohen Emission von Schadstoffen; sie schwächen die Anreize für Investitionen in die Bereitstellung wie auch in die Einsparung von Energie.

  Ordnungspolitisch kommt es vor allem darauf an, daß sich Wettbewerbsstrukturen entwickeln. Dabei entsteht allerdings ein Konflikt mit den Erfordernissen schneller Erneuerung durch Mobilisierung von privatem Kapital. Aus diesem Konflikt heraus sind bereits Entscheidungen gefallen, die eine hochgradige Monopolisierung der Stromversorgung zur Folge haben.

- Angesichts des in der Verfassung der ehemaligen DDR garantierten Rechts auf Wohnraum ist der Rückstand im Wohnungsbestand gegenüber westlichen Standards besonders auffällig. Die Hauptursache der Fehlentwicklung liegt in den extrem niedrigen Mieten. Sie reichen noch nicht einmal für die dringendsten Maßnahmen der Bestandspflege aus, geschweige denn als Anreiz für private Investitionen im Wohnungsbau. Es ist deswegen

unumgänglich, daß nach Freigabe der Neubaumieten auch die Mietbindung für den Wohnungsbestand in großen Schritten aufgehoben wird. Sozialen Härten kann dabei durch die Zahlung von Wohngeld Rechnung getragen werden.

107*. Wichtig sind geeignete Rahmenbedingungen für den Prozeß der Erneuerung:

- Die Vernachlässigung des Umweltschutzes durch die sozialistische Planwirtschaft hat katastrophale Umweltschäden hinterlassen, die einschneidende Folgen für die Lebensbedingungen der Menschen haben, zugleich aber auch die Standortqualität der ostdeutschen Regionen für Investoren beeinträchtigen. Investitionen, die den Anlagenbestand auf den neuesten Stand der Technik bringen, werden entscheidend zur Verbesserung der Lage beitragen. Darüber hinaus ist es notwendig, die im Westen eingeführten Umweltstandards auch für Altanlagen verbindlich zu machen, selbst wenn dies in erheblichem Umfang zur Stillegung von Produktionsstätten führt.

  Ungeheure Altlasten stellen die Umweltpolitik vor Aufgaben, die nur mit größten Anstrengungen und nur im Rahmen eines längeren Zeitraums zu bewältigen sein werden. Prioritätensetzungen sind hier zwingend erforderlich.
- Die Infrastruktur im Gebiet der ehemaligen DDR weist in fast allen Bereichen schwerwiegende Mängel auf. Besonders deutlich wird dies beim Verkehr und bei der Telekommunikation, vor allem aber bei den wirtschaftsnahen Infrastrukturleistungen der Gemeinden (örtliche Verkehrsnetze, Einrichtungen der Versorgung und Entsorgung im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen). Im Bereich der Gemeinden ist mehr als anderswo mit fühlbaren Engpässen sowohl hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu rechnen. Deswegen müssen neue und unkonventionelle Wege beschritten werden; durch Beteiligung privater Investoren können Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen, vor allem aber die umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen privater Unternehmen genutzt werden.
- Im Übergang zu neuen Strukturen entsteht erhebliche Arbeitslosigkeit. Härten für die betroffenen Menschen werden durch das System der sozialen Sicherung aufgefangen. Um der Dequalifikation und Demotivation bei den Arbeitslosen entgegenzuwirken, bedarf es besonderer Anstrengungen einer an Qualifikation orientierten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Gegenüber der Erhaltung von Arbeitsplätzen mit Hilfe von Subventionen ist dies nicht nur die aussichtsreichere, sondern auch die weniger kostspielige Alternative.

ERSTES KAPITEL
Die wirtschaftliche Lage

Teil A
Der internationale Rahmen

1. Die konjunkturellen Antriebskräfte in den Industrieländern haben 1990 weiter nachgelassen; die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt nur noch um gut 2½ vH ausgeweitet, nach 3½ vH im Vorjahr. Ursache für die geringere Dynamik waren nur zu einem kleineren Teil die ab August stark gestiegenen Ölpreise, entscheidend war die Nachfrageschwäche in einigen Ländern, die sowohl vom Privaten Verbrauch als auch von den Anlageinvestitionen ausging. Die Differenzierung in der Konjunkturentwicklung, die schon im letzten Jahr zu beobachten war, hat sich in diesem Jahr fühlbar verstärkt.

- Günstig verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Japan, wo die Produktion kräftiger als im Vorjahr ausgeweitet wurde, und in den meisten europäischen Industrieländern, wenn sich auch das hohe Expansionstempo der letzten Jahre nicht überall halten ließ. Infolge der kräftigen Ausweitung der Beschäftigung sank die Arbeitslosigkeit; in Japan verharrte sie auf dem bereits vorher erreichten niedrigen Niveau. Die Produktionskapazitäten blieben im Durchschnitt hoch ausgelastet, ohne daß es jedoch zu gravierenden Verspannungen gekommen wäre.
- In einigen Ländern haben sich in diesem Jahr rezessive Tendenzen durchgesetzt, nachdem dort bereits im Vorjahr die Expansionsdynamik nachgelassen hatte. Vor allem in den Vereinigten Staaten sind die Auftriebskräfte fast vollständig zum Erliegen gekommen, aber auch in Großbritannien, Kanada, Schweden und Finnland sind allenfalls noch geringe Zuwachsraten des Sozialprodukts zu beobachten. Die Ausweitung der Beschäftigung hat vielfach so stark nachgelassen, daß die Arbeitslosigkeit nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder anstieg.

Trotz der schwächeren Nachfrageexpansion und trotz überwiegend straffer Geldpolitik hat sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe in nahezu allen Ländern beschleunigt. Belastend wirkten sich höhere Lohnstückkosten und in der zweiten Jahreshälfte drastisch gestiegene Ölpreise aus. Neben einigen kleineren europäischen Volkswirtschaften waren vor allem Großbritannien und Schweden mit gravierenden Inflationsproblemen konfrontiert. In diesen beiden Ländern verstärkte sich der Lohnkostendruck trotz der schwachen Konjunktur.

Die differenzierte Konjunkturentwicklung begünstigte die Reduzierung der Leistungsbilanzsalden. Die Überschüsse Japans und der Bundesrepublik verringerten sich, wobei im Falle der Bundesrepublik die deutsche Vereinigung neben der Konjunkturabschwächung in den Partnerländern eine bedeutende Rolle gespielt hat. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien bewirkten steigende Exporte und schwache Importe einen Rückgang der allerdings immer noch hohen Leistungsbilanzdefizite.

Die Abschwächung der Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern führte zu einer etwas weniger starken Ausweitung des Welthandels als in den Vorjahren. Auch von den Entwicklungsländern kamen für den Welthandel angesichts der bekannten binnenwirtschaftlichen Probleme und wegen der teilweise hohen Auslandsverschuldung keine stärkeren Impulse. Immerhin nahmen die grenzüberschreitenden Güterströme um knapp 6 vH zu, mehr als doppelt so rasch wie die Produktion. Der Handel zwischen den Industrieländern dürfte dabei noch etwas schneller gestiegen sein.

2. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre machte das Schlagwort von der „Eurosklerose" die Runde. Es sollte die vermutete oder tatsächliche wirtschaftliche Trägheit des alten Kontinents, sein Zurückbleiben hinter den dynamisch expandierenden Volkswirtschaften Asiens und der Vereinigten Staaten, ausdrücken. Mittlerweile ist hiervon kaum mehr die Rede. Es gibt Gründe für die Annahme, daß die Binnenmarktinitiative der Europäischen Gemeinschaft den entscheidenden Anstoß zu einem neuen Aufbruch in den europäischen Ländern gegeben hat. In den letzten Jahren hat sich jedenfalls das durchschnittliche Expansionstempo unter Führung der Investitionstätigkeit merklich belebt, die Beschäftigung

Tabelle 1

Zur Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung

Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

Land	Sozialprodukt		Beschäftigung	
	1983 bis 1985	1988 bis 1990 [1]	1983 bis 1985	1988 bis 1990 [1]
Vereinigte Staaten ...	+4,6	+2½	+2,5	+1½
Japan	+4,4	+5½	+1,0	+2
Europäische OECD-Länder [2] ...	+2,3	+3½	+0,3	+1½

[1] 1990 eigene Schätzung.
[2] Bundesrepublik Deutschland, Irland und Türkei Bruttosozialprodukt; übrige Länder Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD

nimmt rascher zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt, wenngleich sie vielerorts immer noch hoch ist. Der Aufschwung hat sich bis zuletzt im Ganzen bemerkenswert verspannungsarm vollzogen. Inzwischen haben sich die europäischen Länder von der früheren Konjunkturlokomotive, den Vereinigten Staaten, weitgehend abgekoppelt; der Abstand im Sozialproduktszuwachs zu Japan blieb aber unverändert groß (Tabelle 1).

3. Die Golfkrise hat den Ölverbrauchern wieder einmal vor Augen geführt, daß ihre Ölversorgung hochgradig unsicher ist, da diese zu einem großen Teil von Lieferungen aus einer Region abhängt, die politisch nicht zur Ruhe kommt. Der Ölpreisanstieg ab August reflektierte in erster Linie diese Unsicherheit in der Einschätzung der Marktteilnehmer, nicht akute Versorgungsengpässe; diese sind ausgeblieben, weil andere Anbieter den Angebotsausfall des Öls aus dem Irak und Kuwait nahezu ganz ausgleichen konnten. Die leichte Verminderung der Spannungen Mitte Oktober hat zwar zeitweise zu spürbaren Preisrückgängen geführt, doch kann die Stimmung an den Märkten sich auch schnell wieder ändern. Es wäre deshalb verfehlt, die Warnzeichen der neuen Krise nicht zu beachten. Die Energiepolitik darf in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, den Ölverbrauch zu reduzieren und neue Energiequellen zu erschließen.

4. Die Länder Osteuropas sind dabei, ihr sozialistisches Wirtschaftssystem abzuschütteln, und sie bemühen sich nach Jahrzehnten der weitgehenden Abschottung von den Weltmärkten um eine verstärkte Teilnahme am freien Welthandel. Die Hoffnungen, die die Menschen mit der Umgestaltung verbinden, liegen auf der Hand: Sie erwarten von der politischen Liberalisierung mehr Freiheit und von der Ablösung der verkrusteten planwirtschaftlichen Systeme eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Für die Weltwirtschaft als Ganzes wird die marktwirtschaftliche Neuorientierung dieser Länder und deren Integration in die internationale Arbeitsteilung letztlich einen Zugewinn an Wohlstand bringen. Noch liegen diese Hoffnungen allerdings in weiter Ferne. Bislang sind die beabsichtigten umfassenden Reformen nur in ersten Ansätzen verwirklicht, und angesichts der gewaltigen Hypotheken, die die alten Systeme hinterlassen haben, ist die Neuordnung der Volkswirtschaften nicht von heute auf morgen zu leisten.

In der Übergangsphase werden Rückschläge nicht ausbleiben, und auch ein Scheitern des Reformprozesses ist nicht ausgeschlossen. Die Umgestaltung der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern — so sie denn gelingt — birgt nicht zuletzt auch für die Unternehmen in den westlichen Industrieländern, auf lange Sicht, durchaus Chancen auf große, noch weitgehend unerschlossene Absatzmärkte und Chancen auf rentable Produktionsstandorte. Fürs erste dürften bei Engagements in Osteuropa allerdings die Risiken überwiegen, da die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten noch keineswegs verläßlich sind.

5. Im Dezember 1990 soll die Uruguay-Runde des GATT abgeschlossen werden. Noch ist es nicht sicher, ob die Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht werden können; in wichtigen Fragen lagen die Positionen der Teilnehmerländer im Herbst 1990 noch so weit auseinander, daß ein Scheitern nicht auszuschließen ist. Für Weltwirtschaft und Welthandel wäre in diesem Fall eine wesentlich ungünstigere Entwicklung vorgezeichnet, als sie sich bei einer inhaltlich substantiellen Vereinbarung ergeben würde. Eine Stärkung des freien Welthandels ist gerade jetzt vonnöten, wo die osteuropäischen Staaten ihre selbstgewählte Isolation aufgeben wollen, um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen. Auch die Entwicklungsländer brauchen einen freien Zugang zum Weltmarkt, zum einen um ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen, zum anderen um die nötigen Devisen zur Bedienung und Tilgung der drückenden Auslandsschuld zu verdienen; denn die Schuldenkrise wurde auch durch die im letzten Jahr gestartete Brady-Initiative nicht wesentlich entschärft, und die gestiegenen Ölpreise und die höheren Zinsen haben die schwierige ökonomische Situation der meisten Entwicklungsländer weiter verschlechtert. Schließlich wäre ein Scheitern der Uruguay-Runde für die Industrieländer, die den überwiegenden Teil des Welthandels bestreiten, von großem Nachteil; denn Protektion und Blockdenken verursachen nicht nur gewaltige direkte Kosten in Form von Subventionen, sie machen auch die Vorteile des möglichst ungehinderten Austauschs von Gütern und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg für die Verbraucher zunichte. Deshalb ist es notwendig, daß sich die für die Verhandlungen Verantwortlichen über protektionistische Partikularinteressen hinwegsetzen und die Funktionsbedingungen des freien Welthandelssystems erhalten und — dort, wo nötig — verbessern.

I. Zunehmendes Konjunkturgefälle zwischen den Industrieländern

Günstige Konjunkturentwicklung in Japan und in vielen europäischen Ländern

6. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung setzte sich in Japan und in vielen europäischen Ländern (ohne Großbritannien, Schweden, Finnland) mit kaum vermindertem Tempo fort. Das Sozialprodukt expandierte um rund 4 vH; die Zuwachsrate lag damit nur geringfügig unter ihrem Vorjahreswert (Tabellen 2 und 3). Zu einem ausgesprochenen Nachfrageboom war es — vor allem im ersten Halbjahr — in Japan gekommen. Im Gesamtjahr übertraf das Sozialprodukt den Vorjahreswert in realer Rechnung um rund 6 vH. Im westlichen Teil der Bundesrepublik und den Nachbarländern Österreich, Belgien und den Niederlanden stimulierte der im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung entstandene Nachfragesog die Produktion. Etwas abgeschwächt hat sich die wirtschaftliche Aktivität unter anderem in Frankreich und in Italien, da in diesen Ländern die Impulse aus dem Ausland insgesamt schwächer wurden, trotz stark ausgeweiteter Lieferungen in die Bundesrepublik.

7. Die im Vergleich zum Vorjahr etwas geringere Nachfragedynamik ist in erster Linie einer Abschwächung der Investitionsnachfrage in diesen Ländern zuzuschreiben; hierin wirkten sich die höheren Zin-

Tabelle 2

Wirtschaftsdaten aus

Land	Bruttoinlandsprodukt [1] [2]				Inlandsnachfrage [1] [3]				Privater Verbrauch [1]			
	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,3	+ 4	+ 1,4	+ 3,7	+ 2,7	+ 4	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 4½
Frankreich	+ 2,1	+ 3,8	+ 3,6	+ 2½	+ 2,2	+ 4,0	+ 3,1	+ 3	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3
Großbritannien	+ 2,2	+ 4,6	+ 2,2	+ 1½	+ 2,9	+ 8,0	+ 3,1	+ 1	+ 3,3	+ 7,0	+ 3,8	+ 2½
Italien	+ 2,5	+ 4,2	+ 3,2	+ 2½	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,3	+ 3	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,8	+ 3
Belgien	+ 2,0	+ 4,6	+ 4,0	+ 3½	+ 1,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 4½	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 4
Niederlande	+ 1,7	+ 2,7	+ 5,0	+ 3	+ 1,2	+ 2,0	+ 4,8	+ 3½	+ 1,1	+ 1,2	+ 3,4	+ 4
Spanien	+ 2,7	+ 5,2	+ 4,9	+ 3½	+ 3,2	+ 7,7	+ 7,8	+ 5	+ 2,2	+ 4,6	+ 5,5	+ 4
Schweiz	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 2½	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 2
Österreich	+ 2,0	+ 3,9	+ 4,0	+ 4½	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,6	+ 4	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 4½
Vereinigte Staaten	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,5	+ 1	+ 2,7	+ 3,3	+ 1,9	+ ½	+ 2,9	+ 3,6	+ 1,9	+ 1
Japan	+ 4,2	+ 5,7	+ 4,9	+ 6	+ 3,8	+ 7,6	+ 5,9	+ 6	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,5	+ 4

Land	Erwerbstätige [4] [5]				Bruttostundenverdienste [5] [6]				Arbeitslosenquote [7]			
	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3	+ 2½	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 4½	6,0	6,2	5,5	5
Frankreich	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 1½	+ 9,1	+ 3,2	+ 3,9	+ 4½	9,1	10,0	9,6	9
Großbritannien	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,1	+ 1	+10,3	+ 8,3	+ 9,1	+10	10,0	8,5	6,9	6½
Italien	+ 0,4	+ 1,7	− 0,5	+ 1½	+12,2	+ 6,1	+ 6,1	+ 7½	9,5	11,0	10,9	10
Belgien	− 0,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1	+ 4,9	+ 0,8	+ 5,7	+ 4½	10,8	9,7	8,1	8
Niederlande	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,7	+ 1½	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 2½	9,7	9,2	8,3	7
Spanien	+ 0,3	+ 3,1	+ 4,0	+ 3	+12,5	+ 6,5	+ 9,1	+ 9½	17,7	19,1	16,9	16
Schweiz	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1½	+ 4,3	+ 3,7	+ 4,2	+ 5½	0,6	0,7	0,6	½
Österreich	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 2	+ 5,1	+ 3,8	+ 4,4	+ 6	4,3	5,4	5,0	5½
Vereinigte Staaten	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,0	+ ½	+ 4,8	+ 2,9	+ 2,5	+ 3	7,2	5,4	5,2	5½
Japan	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 4½	2,5	2,5	2,3	2

Land	Kurzfristige [8]				Langfristige [9]				Geldmengen [5] [10]			
	Zinssätze in Prozent p. a.											
	1980–1989 [a]	1988	1989	1990	1980–1989 [a]	1988	1989	1990	1980–1989 [a]	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	6,79	4,33	7,12	8,35	7,53	6,11	7,03	8,79	+ 6,1	+ 6,9	+ 5,5	+ 5,1 [b]
Frankreich	10,95	7,94	9,40	10,40	12,47	9,22	9,16	10,35	+ 8,8	+ 7,3	+ 7,8	+ 3,2
Großbritannien	11,27	9,92	13,31	14,42	11,18	9,36	9,58	11,16	+15,8	+17,6	+18,4	+17,0
Italien	15,54	10,82	12,61	12,39	14,66	10,54	11,61	11,92	+11,3	+ 8,9	+11,2	+ 9,1
Belgien	10,56	6,72	8,68	9,83	10,61	7,85	8,64	10,08	+ 7,5	+ 7,0	+11,4	...
Niederlande	7,17	4,76	7,34	8,55	8,16	6,29	7,21	8,86	+ 8,3	+13,3	+14,3	+11,7
Spanien	15,03	11,65	15,04	13,68	12,33	12,77	13,70	14,68	+14,2	+12,3	+10,9	+ 8,4
Schweiz	4,49	2,58	6,44	7,55	4,65	4,02	5,20	6,40	+ 6,2	+ 5,8	+ 6,2	+ 1,7
Österreich	7,89	6,03	6,97	8,23	8,18	6,67	7,14	8,62	+ 8,1	+ 4,4	+ 7,1	+ 8,0
Vereinigte Staaten	8,82	6,67	8,11	7,66	10,38	8,98	8,59	8,77	+ 8,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 2,0
Japan	6,18	3,96	4,73	6,72	6,50	4,27	5,05	7,36	+ 9,2	+10,2	+12,0	+12,6

[1] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2] Bruttosozialprodukt für Japan. — [3] Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung. — [4] Zivile Erwerbstätige (außer Schweiz, Japan, Österreich). — [5] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [6] Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [7] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. — Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [8] Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel. Für 1990 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Italien: Januar bis August; für Österreich: Januar bis Juni. — [9] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1990 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Österreich: Januar bis Juni. — [10] M2 (Geldvolumen M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich. M3 für Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Vereinigte Staaten. M2 + CD für Japan. ALP (Gesamte Zahlungsmittelbestände) für Spanien. M4 „Broad money" für Großbritannien. Für 1990 1. Halbjahr 1990 gegenüber 1. Halbjahr 1989 in vH (Endstände). — [11] Waren und Dienstleistungen. — [12] Schweiz: Verarbeitendes Gewerbe.

Tabelle 2

gewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen [1]				Ausfuhr [1] [11]				Einfuhr [1] [11]				Land
1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	
+ 3,1	+ 7,5	+ 9,7	+11	+ 4,9	+ 5,7	+11,5	+ 8	+ 3,5	+ 6,0	+ 8,8	+ 9	Bundesrepublik Deutschland
+ 3,3	+ 9,5	+ 7,0	+ 5	+ 3,8	+ 8,3	+11,0	+ 5	+ 3,9	+ 8,6	+ 8,3	+ 6	Frankreich
+ 4,1	+18,6	+ 7,1	− 1	+ 2,9	+ 0,7	+ 4,1	+ 7	+ 5,0	+12,6	+ 7,1	+ 4	Großbritannien
+ 4,9	+11,6	+ 6,3	+ 3½	+ 3,2	+ 4,8	+10,1	+ 6	+ 4,3	+ 6,9	+ 9,6	+ 6½	Italien
+ 6,9	+17,8	+16,0	+12	+ 4,7	+ 8,2	+ 8,0	+ 6	+ 3,7	+ 8,3	+ 9,0	+ 7½	Belgien
+ 3,7	+ 6,1	+ 5,9	+ 6½	+ 4,0	+ 7,9	+ 6,0	+ 5	+ 3,1	+ 7,2	+ 4,9	+ 6	Niederlande
+ 6,4	+14,7	+14,1	+ 9	+ 5,7	+ 5,7	+ 4,4	+ 3½	+ 7,3	+14,1	+17,5	+10	Spanien
+ 6,4	+ 7,9	+ 3,6	+ 7	+ 3,5	+ 5,2	+ 6,0	+ 4	+ 4,3	+ 5,4	+ 5,4	+ 4½	Schweiz
+ 2,9	+ 5,6	+ 7,1	+ 9½	+ 4,8	+ 8,8	+11,1	+10	+ 4,6	+10,0	+ 9,7	+ 9½	Österreich
+ 4,6	+11,6	+ 5,2	+ 1½	+ 5,2	+17,6	+11,2	+ 7	+ 6,2	+ 6,8	+ 6,1	+ 3	Vereinigte Staaten
+ 9,6	+15,5	+17,8	+14	+ 8,4	+ 8,6	+15,4	+14	+ 5,6	+20,7	+21,4	+14	Japan

Industrieproduktion [5] [12]				Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [5] [13]				Verbraucherpreise [5] [14]				Land
1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	
+ 1,4	+ 3,6	+ 4,9	+ 5	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,1	+ 2	+ 2,9	+ 1,2	+ 3,2	+ 2½	Bundesrepublik Deutschland
+ 1,2	+ 4,7	+ 4,2	+ 1	+ 6,6	+ 5,3	+ 5,3	− 1	+ 7,2	+ 2,7	+ 3,3	+ 3½	Frankreich
+ 1,1	+ 3,8	+ 0,5	+ 1½	+ 6,5	+ 4,5	+ 5,1	+ 6½	+ 7,0	+ 4,9	+ 5,9	+ 5 [c]	Großbritannien
+ 1,9	+ 6,9	+ 3,9	+ 1½	+ 9,0	+ 4,7	+ 6,4	+ 6	+11,2	+ 5,2	+ 6,0	+ 6½	Italien
+ 1,5	+ 5,7	+ 3,5	+ 5	+ 3,4 [d]	+ 1,3	+ 5,7	+ 1½	+ 4,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 3½	Belgien
+ 1,1	+ 0,0	+ 5,0	+ 1½	+ 2,8	+ 0,6	+ 3,4	+ 1½	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,5	+ 2½	Niederlande
+ 2,0	+ 3,1	+ 4,5	+ 2	+ 8,7	+ 3,0	+ 4,2	+ 3	+10,2	+ 5,1	+ 6,7	+ 7	Spanien
+ 2,2	+ 6,7	+ 1,8	+ 3	+ 2,0	+ 2,2	+ 4,4	+ 2	+ 3,4	+ 2,3	+ 3,6	+ 5½	Schweiz
+ 2,3	+ 4,4	+ 5,9	+ 8	+ 2,0	− 0,3	+ 1,8	+ 3	+ 3,9	+ 1,6	+ 2,7	+ 3½	Österreich
+ 2,3	+ 5,5	+ 2,5	+ 1	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,9	+ 4	+ 5,2	+ 3,9	+ 4,5	+ 5½	Vereinigte Staaten
+ 4,0	+ 9,2	+ 6,1	+ 4	+ 0,4	− 1,0	+ 2,5	+ 3	+ 2,2	− 0,1	+ 1,7	+ 2½	Japan

Leistungsbilanz [15]				Staatsquote [16]				Staatsdefizit [17]				Land
1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	1980–1989 [a]	1988	1989	1990 [18]	
+ 2,1	+ 4,2	+ 4,7	+ 3	47,7	46,6	45,1	46	− 2,1	− 2,1	+ 0,2	− 2	Bundesrepublik Deutschland
− 0,6	− 0,4	− 0,4	− ½	50,3	50,3	49,8	50	− 2,1	− 1,8	− 1,5	− 1½	Frankreich
+ 0,6	− 3,1	− 3,7	− 3	42,6	38,4	38,0	38	− 2,0	+ 1,1	+ 0,9	+ ½	Großbritannien
− 0,9	− 0,7	− 1,2	− 1	49,1	51,4	52,3	52½	−11,0	−10,9	−10,2	−10	Italien
− 0,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 1½	54,0	51,3	49,7	49½	− 9,1	− 6,4	− 6,2	− 6	Belgien
+ 2,4	+ 2,3	+ 3,4	+ 3	57,6	56,6	53,3	53½	− 5,6	− 5,1	− 3,9	− 4	Niederlande
− 0,8	− 1,1	− 2,9	− 3½	39,2	40,6	41,9	42	− 4,5	− 3,2	− 2,8	− 3	Spanien
+ 3,8	+ 4,6	+ 3,4	+ 3½	33,1	33,4	33,0	32½	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,2	...	Schweiz
− 0,3	− 0,2	+ 0,0	0	51,0	50,8	49,3	48½	− 3,0	− 3,1	− 2,7	− 1½	Österreich
− 1,8	− 2,6	− 2,1	− 2	34,7	34,2	34,3	35	− 2,5	− 2,0	− 1,7	− 2½	Vereinigte Staaten
+ 2,1	+ 2,8	+ 2,0	+ 1½	33,1	32,7	32,6	32½	− 1,4	+ 2,1	+ 2,7	+ 3	Japan

[13] Erzeugerpreise: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (intermediate goods), Spanien, Großbritannien, Vereinigte Staaten; Großhandelspreise: Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan. — [14] Deflator des Privaten Verbrauchs. — [15] Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [16] Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für Schweiz und Vereinigte Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [17] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [18] Eigene Schätzung.

a) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1980 bis 1989); für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel). — b) September 1990 gegenüber September 1989. — c) Die Ablösung der bisherigen Gemeindeabgabe durch die neue Gemeindesteuer vermindert den Deflator des Privaten Verbrauchs. — d) 1981 bis 1989.

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt [1]			Verbraucherpreise [2]			Arbeitslosenquote [3]			Leistungsbilanz [4]		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						vH					
	1988	1989	1990[a]	1988	1989	1990[a]	1988	1989	1990[a]	1988	1989	1990[a]
Dänemark	−0,2	+1,4	+1	+ 4,6	+ 4,8	+ 3	8,6	9,3	9½	−1,6	−1,3	−1
Finnland	+5,4	+5,2	+2	+ 5,1	+ 6,6	+ 6	4,6	3,5	3½	−2,6	−4,4	−5
Griechenland	+4,0	+2,9	+1½	+13,5	+13,7	+20	7,7	7,6	...	−1,8	−4,7	−5½
Irland	+1,2	+4,3	+4	+ 2,1	+ 4,0	+ 3½	16,7	15,5	14½	+2,3	+1,8	+1
Kanada	+4,4	+3,0	+1	+ 4,0	+ 5,0	+ 4½	7,8	7,5	8	−1,7	−2,6	−2½
Norwegen	+1,5	+4,8	+2½	+ 6,7	+ 4,6	+ 4	3,2	5,1	5½	−4,0	+0,2	+1½
Portugal	+4,2	+5,4	+4	+ 9,7	+12,6	+13½	5,7	5,1	4½	−2,6	−1,2	−2½
Schweden	+2,3	+2,1	+1	+ 5,8	+ 6,4	+10½	1,6	1,4	1½	−0,4	−1,7	−2½

[1] In konstanten Preisen. — Bruttosozialprodukt für Irland.
[2] Deflator des Privaten Verbrauchs.
[3] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. — Dänemark, Griechenland, Irland: nicht standardisiert.
[4] Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[a] Eigene Schätzung.

Quelle: OECD

sen und die weltweit abgeschwächte wirtschaftliche Dynamik aus. Außerdem scheinen in manchen Ländern Nachholeffekte bei den Investitionen abzuflauen. So wurden beispielsweise in Frankreich und in Italien die Unternehmensinvestitionen weniger als halb so stark ausgeweitet wie noch 1988, als sie um rund 11 vH anstiegen.

Gleichwohl war die Expansion der Unternehmensinvestitionen in der Ländergruppe mit guter Konjunktur immer noch beträchtlich; sie betrug 9 vH. Stimulierend wirkten die anhaltend günstige Ertragslage, die auch in diesem Jahr nochmals hohe Kapazitätsauslastung, die mancherorts beklagte Knappheit von Fachkräften und die Vorbereitungen auf den Europäischen Binnenmarkt.

Sollte es im Zusammenhang mit der Golfkrise zu einer Verunsicherung der Investoren gekommen sein, so war davon in den Ländern mit guter Konjunktur bisher kaum etwas spürbar. Noch gibt es auch keine Anzeichen dafür, daß die Unternehmen ihre Investitionspläne wegen dieser Ereignisse nach unten korrigiert hätten.

8. Die in diesem Jahr merklich gestiegenen Hypothekenzinsen haben bisher erst begrenzt Spuren beim Wohnungsbau hinterlassen. Entscheidend hierfür waren die unverändert guten Einkommensperspektiven. Zudem steigt in einigen europäischen Ländern die Einwohnerzahl durch Zuwanderung aus Drittländern. Sollte die Hochzinsphase anhalten, müßte sich dies allerdings schon bald negativ auf die Wohnungsbauinvestitionen auswirken. Frühindikatoren, wie die Baugenehmigungen oder die Baubeginne, liegen bereits in mehreren Ländern unter ihrem Vorjahresstand. Beispielsweise wurden in den ersten sieben Monaten in Dänemark über 40 vH weniger Wohnungsneubauten genehmigt als im gleichen Vorjahreszeitraum, in Frankreich waren es im ersten Jahresdrittel rund 7½ vH weniger. In Spanien unterschritten die Baubeginne in den ersten fünf Monaten ihren Vorjahresstand um knapp 30 vH.

9. Der Private Verbrauch expandierte in Japan und in den europäischen Ländern (ohne Großbritannien, Schweden und Finnland) mit gut 3½ vH etwas rascher als im Vorjahr. Ursache hierfür war in erster Linie die Entwicklung der verfügbaren Einkommen; ihre Zuwachsrate lag, begünstigt von einer weiterhin zügigen Ausweitung der Beschäftigung und von höheren Lohnsteigerungen, über der von 1989. Obwohl sich gleichzeitig der Preisauftrieb im Vorjahresvergleich beschleunigt hat, stiegen auch die Realeinkommen der Haushalte schneller als im Jahr zuvor. Die Sparquote der privaten Haushalte veränderte sich dagegen trotz der höheren Zinsen nur wenig. Die günstige Verbrauchskonjunktur ließ unter anderem die Käufe von Personenkraftwagen in die Höhe schnellen. Die Neuzulassungen wiesen beispielsweise in Japan und Irland im ersten Halbjahr zweistellige Zuwachsraten auf, in Frankreich und Belgien lagen die Raten nur geringfügig niedriger. Dagegen wurden in Spanien in den ersten neun Monaten rund 9 vH weniger Personenkraftwagen neu zugelassen als im Vorjahr, wozu die verbrauchsdämpfenden Maßnahmen der spanischen Wirtschaftspolitik maßgeblich beigetragen haben.

10. Die reale Ausfuhr der hier betrachteten Länder konnte das hohe Expansionstempo des Vorjahres nicht überall halten. Zwar gelang es den japanischen Exporteuren, begünstigt durch den im Jahresdurchschnitt nochmals gesunkenen Außenwert des Yen, das Ausfuhrvolumen mit rund 14 vH ungefähr ebenso kräftig zu steigern wie im Vorjahr. Die Unternehmen in den europäischen Ländern mit guter Konjunktur hatten jedoch eine Abschwächung ihrer Lieferungen ins Ausland hinzunehmen. Die langen Lieferzeiten in einigen Branchen, die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch die niedrigere Bewer-

tung von Dollar und Yen und die konjunkturelle Abschwächung in der übrigen Welt dürften Gründe hierfür gewesen sein. Diese dämpfenden Faktoren waren stärker als die stimulierenden Wirkungen auf die grenzüberschreitenden Güterströme, die vom Importsog der Bundesrepublik ausgingen.

11. Das günstige konjunkturelle Umfeld veranlaßte die Unternehmen auch in diesem Jahr, viele Arbeitsplätze zu schaffen. In einigen Ländern Europas (Bundesrepublik, Österreich, Irland) nahm die Beschäftigung schneller zu als zuvor in den achtziger Jahren. Teilweise wurde die Beschäftigungsexpansion erst durch den Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland ermöglicht. So wurde beispielsweise in Österreich und in der Schweiz die Ausländerbeschäftigung stark ausgeweitet; in Westdeutschland erhöhten vor allem Aussiedler und Übersiedler sowie Pendler aus dem Gebiet der ehemaligen DDR das Arbeitsangebot.

Die hohe Beschäftigungsdynamik ermöglichte — trotz des kräftig gestiegenen Arbeitsangebots — einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Eine Ausnahme war Österreich, wo die Arbeitslosenquote infolge eines außergewöhnlich hohen Ausländerzustroms leicht anstieg. In Japan, einem Land mit ohnehin schon niedriger Arbeitslosigkeit, zeigten sich die Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt in einer steigenden Zahl von offenen Stellen in Relation zu den gemeldeten Arbeitslosen.

12. Die günstige Konjunkturlage und das knappe Angebot auf einigen Teilarbeitsmärkten erlaubten die Durchsetzung von etwas höheren Lohnsteigerungen als in den Vorjahren. Insgesamt gesehen ist der Lohnanstieg im Unternehmenssektor mit rund 5½ vH, verglichen mit früheren Perioden der Hochkonjunktur, noch mäßig. Allerdings kamen die Unternehmen in diesem Jahr nicht nur von der Lohnseite unter Kostendruck, sondern auch durch steigende Ölpreise und höhere Kapitalkosten (Ziffern 38 ff.).

Rezessive Tendenzen in Nordamerika, Großbritannien, Schweden und Finnland

13. Die Volkswirtschaften in Nordamerika, Großbritannien, Schweden und Finnland, in denen sich schon im Vorjahr eine Konjunkturabschwächung abgezeichnet hatte, stagnierten im Verlauf dieses Jahres. Dies lag an den fühlbaren Verspannungen, zu denen es in diesen Ländern gegen Ende der achtziger Jahre nach der langanhaltenden Aufwärtsentwicklung gekommen war:

- Die Beschäftigungsreserven wurden stärker als in anderen Ländern ausgeschöpft.
- Die Lohnsteigerungen nahmen, vor allem in Großbritannien und Schweden, spürbar zu, gleichzeitig ließen sich Produktivitätszuwächse immer schwerer realisieren.
- Die Preissteigerungsraten kletterten in lange nicht mehr erreichte Höhen; hierdurch verschlechterten sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsbilanzsituation der betroffenen Länder. Dies gilt insbesondere für Großbritannien, aber auch für Kanada, Schweden und Finnland.
- Zur Eindämmung der Inflationsgefahren zogen die Notenbanken die Zügel — teilweise recht kräftig — an. In den Vereinigten Staaten war die Geldpolitik schon unmittelbar nach Überwindung des Börsenkrachs 1987 bis ins Frühjahr 1989 hinein fühlbar restriktiv ausgerichtet gewesen.

14. Stark abgeschwächt hat sich vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die darunter litt, daß die Nachfrageperspektiven und die Ertragsaussichten pessimistischer eingeschätzt wurden. Rückläufige Gewinne verminderten überdies die Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung von Unternehmensinvestitionen. Die Unternehmen in Großbritannien und in Kanada haben 1990, nicht zuletzt wegen der dort extrem hohen Zinsen, in realer Rechnung weniger investiert als im Vorjahr.

15. Die gestiegenen Zinsen, aber auch die angesichts der ungünstigeren Konjunkturlage getrübten Einkommensperspektiven der privaten Haushalte haben mancherorts zu einer Krise im Wohnungsbau geführt. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien schrumpft das Wohnungsbauvolumen bereits im zweiten Jahr hintereinander, und eine Trendumkehr ist derzeit nicht in Sicht.

In den ersten neun Monaten unterschritten die Baugenehmigungen in den Vereinigten Staaten ihren Vorjahreswert um knapp 14 vH, in Großbritannien lagen die Bauaufträge im ersten Halbjahr fast 30 vH unter Vorjahresstand. Spürbare Preisabschläge mußten Eigenheimverkäufer in verschiedenen Regionen der Vereinigten Staaten hinnehmen. Weil vorhandene Häuser im Vergleich zu Neubauten billiger werden, drücken sinkende Immobilienpreise auf den Wohnungsneubau.

16. Das ungünstigere wirtschaftliche Umfeld hat die privaten Haushalte veranlaßt, ihre Verbrauchsausgaben schwächer als im Vorjahr auszuweiten. Dabei dürften die höheren Zinsen und die Angst um den Arbeitsplatz die Ersparnisbildung stimuliert haben. Wichtiger noch war allerdings, daß die verfügbaren Realeinkommen nur noch schwach expandierten. Dies lag zum einen an dem verhaltenen Beschäftigungsanstieg, zum anderen an dem beschleunigten Preisauftrieb, der selbst in Großbritannien und in Schweden die dort überaus hohen Nominallohnsteigerungen größtenteils kompensierte.

Besonders betroffen von den Verbrauchseinschränkungen waren langlebige Konsumgüter und hier vor allem Personenkraftwagen, da sich bei Pkw-Käufen, soweit ihre Finanzierung über Konsumentenkredite geplant war, die höheren Zinsen nachhaltig bemerkbar machten. In der zweiten Jahreshälfte könnte zusätzlich die von der Ölkrise ausgehende Verunsicherung zu einer Zurückhaltung der privaten Haushalte bei größeren Neuanschaffungen beigetragen haben.

17. Steigende Exporte stützten die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Allerdings lag die Zuwachsrate in den Vereinigten Staaten mit 7 vH merklich unter dem Vorjahreswert von 11,2 vH. Dies erklärt sich aus der insgesamt schwächeren

Entwicklung der Weltkonjunktur und dem bis ins erste Quartal dieses Jahres hinein hohen Außenwert des Dollar.

Der schwache Inlandsmarkt dürfte für die britischen Unternehmen ein Anreiz gewesen sein, auf Auslandsmärkten verstärkt neue Kunden zu suchen. Dank der vergleichsweise günstigen Wirtschaftsentwicklung in den europäischen Nachbarländern und nach der Behebung der Schäden an den Ölförderanlagen in der Nordsee konnten sie ihr Ausfuhrvolumen um 7 vH steigern. Dabei wurde die Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch den starken internen Kostenauftrieb bis zum Frühjahr durch die tendenziell niedrigere Bewertung des Pfund Sterling kompensiert. In den Sommermonaten zeichnete sich allerdings eine Stagnation der Auslandsnachfrage ab, die dem nunmehr gestiegenen Außenwert der britischen Währung zuzuschreiben ist.

Nur eine geringfügige Zunahme ihrer Lieferungen ins Ausland erzielten Schweden und Finnland. In diesen Ländern hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die reale Höherbewertung ihrer Währung verschlechtert. Für Kanadas Exporteure wirkte neben dem starken kanadischen Dollar die konjunkturelle Schwäche der Vereinigten Staaten belastend auf die Geschäftstätigkeit.

18. An den Arbeitsmärkten der Länder mit stagnierender Produktion hat sich eine Wende vollzogen: Seit Mitte des Jahres steigen die Arbeitslosenzahlen in den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien wieder an. Lediglich in Schweden verharrte die Arbeitslosigkeit weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Gleichzeitig hat das Tempo der Beschäftigungsausweitung nachgelassen; außer in Großbritannien stagnierte die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf. In den Vereinigten Staaten wurde erst in den Sommermonaten deutlich, wie stark sich die Beschäftigungsdynamik abgeschwächt hat, als die vorübergehend für die Volkszählung eingestellten Arbeitskräfte wieder entlassen wurden. In den folgenden Monaten lag die Gesamtzahl der Beschäftigten nur noch um weniger als ½ vH über dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats.

Exkurs: Spanien — Erste Verspannungen in der dynamischen Aufwärtsentwicklung

19. In Spanien löste der EG-Beitritt im Jahre 1986 einen ungemein kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung aus (Tabelle 4). Getrieben von den Anlageinvestitionen, expandierte das Sozialprodukt zeitweise mit über 5 vH, deutlich rascher als in den fünfzehn Jahren davor und auch überdurchschnittlich im Vergleich zu den Partnerländern in der Europäischen Gemeinschaft. Einen wichtigen Beitrag zur Prosperität leisteten ausländische Unternehmen, die, angelockt von attraktiven Renditen, Direktinvestitionen in Spanien vornahmen. Der Aufschwung verlieh der Beschäftigungsexpansion eine starke Dynamik; die überaus hohe Arbeitslosigkeit nahm zuletzt merklich ab. Auch die spanische Wirtschaftspolitik hatte bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Im Zuge des weltweiten Disinflationsprozesses konnte die Inflationsrate auf unter 5 vH (1988) gedrückt werden; gleichzeitig wurde die Differenz der spanischen Preissteigerungsrate zum EG-Durchschnitt von 5,3 vH im Jahre 1986 auf 1,2 vH im Jahre 1988 verringert. Darüber hinaus gelang der auf Konsolidierung des Staatshaushalts ausgerichteten Finanzpolitik eine Rückführung des Budgetdefizits auf unter 3 vH in Relation zum Sozialprodukt.

20. Mittlerweile zeigen sich erste Schatten auf dem bisher so strahlenden Bild der spanischen Volkswirtschaft. Der soziale Konsens zwischen Regierung und Gewerkschaften ist zerbrochen, die sozialpolitischen Konflikte sind härter geworden. Auch sonst mehren sich Verspannungen im Aufschwung. Bei anziehenden Preissteigerungsraten hat sich der Abstand zur durchschnittlichen Inflationsrate in der Europäischen Gemeinschaft wieder etwas vergrößert. Anstöße erhielt der Inflationsprozeß nicht nur von der Lohnseite, sondern zeitweise auch von der Geldpolitik und der Finanzpolitik.

Kräftig erhöht hat sich das Leistungsbilanzdefizit. Der starke interne Kostenauftrieb, der hohe Kurs der Peseta und das überdurchschnittliche Binnenwachstum ließen die Einfuhren in realer Rechnung um bis zu viermal schneller steigen als die Ausfuhren. Hinzu kam, daß die Ölrechnung Spaniens in der zweiten Jahreshälfte 1990 besonders stark gestiegen ist, da die spanische Volkswirtschaft zu 52½ vH von Erdöl als Energieträger abhängt und dieses fast vollständig importiert werden muß. Der traditionelle Überschuß in der Dienstleistungsbilanz reicht bei weitem nicht mehr aus, um das Defizit im Warenverkehr zu kompensieren; in Relation zum Sozialprodukt beträgt das Leistungsbilanzdefizit bereits rund 3½ vH. Dem Leistungsbilanzdefizit steht aber ein anhaltender Nettokapitalzustrom gegenüber, der ein Indiz für das unverändert hohe Vertrauen der internationalen Anleger in die spanische Wirtschaft ist. Für den Aufholprozeß Spaniens innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wäre es wichtig, daß die zufließenden Mittel weiterhin in erster Linie investiv verwendet werden, und dafür sprechen derzeit noch alle Indikatoren.

21. Um die Stabilitätsprobleme in den Griff zu bekommen, versucht die spanische Notenbank seit Mitte letzten Jahres, die Binnennachfrage zu dämpfen. Erste Erfolge hierbei zeichnen sich jetzt ab. Allerdings sind dieser Politik auch enge Grenzen gesetzt, da die hohen Zinsen ausländisches Kapital anlocken, das die Notenbank zu Devisenmarktinterventionen zwingen könnte, wenn sie ein Ausbrechen des Pesetakurses aus dem Band im Europäischen Währungssystem verhindern will.

Tabelle 4

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien

	Einheit	1970 bis 1979[1]	1980 bis 1985[1]	1986	1987	1988	1989	1990[2]
Bruttoinlandsprodukt	vH[3]	+ 3,7	+ 1,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 5,2	+ 4,9	+ 3½
Privater Verbrauch	vH[3]	+ 4,1	+ 0,4	+ 3,6	+ 5,8	+ 4,6	+ 5,5	+ 4
Staatsverbrauch	vH[3]	+ 5,6	+ 3,7	+ 5,7	+ 9,0	+ 4,0	+ 5,5	+ 4
Anlageinvestitionen	vH[3]	+ 1,8	− 1,1	+ 10,0	+ 14,5	+ 14,2	+ 13,6	+ 9
Bauinvestitionen	vH[3]	+ 1,1	− 1,5	+ 7,2	+ 9,7	+ 13,8	+ 13,3	+ 9
Ausrüstungen	vH[3]	+ 3,3	− 0,2	+ 15,7	+ 24,0	+ 14,7	+ 14,1	+ 9
Ausfuhr	vH[3]	+ 8,5	+ 6,6	+ 1,3	+ 5,9	+ 5,7	+ 4,4	+ 3½
Einfuhr	vH[3]	+ 6,7	+ 1,2	+ 16,5	+ 20,8	+ 14,1	+ 17,5	+ 10
Erwerbstätige	vH[3]	− 0,4	− 1,9	+ 2,3	+ 5,3	+ 3,5	+ 4,1	+ 3
Produktivität[4]	vH[3]	+ 4,1	+ 3,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7	+ 0,8	+ ½
Lohnstückkosten[5]	vH[3]	+ 14,4	+ 11,1	+ 7,2	+ 6,7	+ 4,6	+ 5,1	+ 7½
Verbraucherpreise	vH[3]	+ 14,3	+ 12,8	+ 8,8	+ 5,2	+ 4,8	+ 6,8	+ 7
Stundenlöhne	vH[3]	+ 23,1	+ 15,3	+ 10,9	+ 7,6	+ 6,5	+ 9,1	+ 9½
Arbeitslosenquote	vH[6]	3,0	15,1	20,0	20,4	19,9	17,8	16
Leistungsbilanz	Mrd Pts	− 49,9	−143,8	+553,9	− 28,6	− 440,6	−1 294,2	−1 600
Handelsbilanz (fob)	Mrd Pts	−307,9	−879,3	−911,2	−1 600,3	−2 094,4	−2 899,4	...
Kapitalbilanz	Mrd Pts	+144,7	+334,1	−229,3	+1 753,6	+1 700,7	+2 171,0	...
Direktinvestitionen	Mrd Pts	+ 32,7	+182,0	+429,2	+ 471,5	+ 673,3	+ 823,2	...
Einfuhr von Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen[7]	vH[8]	21,5	19,5	29,7	34,9	39,0	39,0	39,3[a]
Gewogener Außenwert der Peseta[9]	Ende 1972 = 100	89,7[b]	60,1	49,0	48,7	50,1	52,4	54,8[c]
	vH[3]	− 3,9[b]	− 7,1	− 3,4	− 0,6	2,9	4,6	4,8[c]

[1]) Für mehrjährige Zeiträume: durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten und Währungseinheiten: durchschnittlich jährliche(r) Quote/Währungsbetrag (arithmetisches Mittel) für die Zeiträume 1970 bis 1979 und 1980 bis 1985. — [2]) Eigene Schätzung. — [3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — [4]) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — [5]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer im Verhältnis zur Produktivität. — [6]) Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen. — [7]) Spezialhandel, nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3). — [8]) Anteil an der Gesamteinfuhr. — [9]) Nominal; gegenüber 18 Industrieländern (geometrische Mittelung); Quelle: Deutsche Bundesbank.

[a]) Januar bis Juli. — [b]) 1973 bis 1979. — [c]) Januar bis September.

Quellen für Grundzahlen: EG, OECD

Verschärfte Stabilitätsprobleme

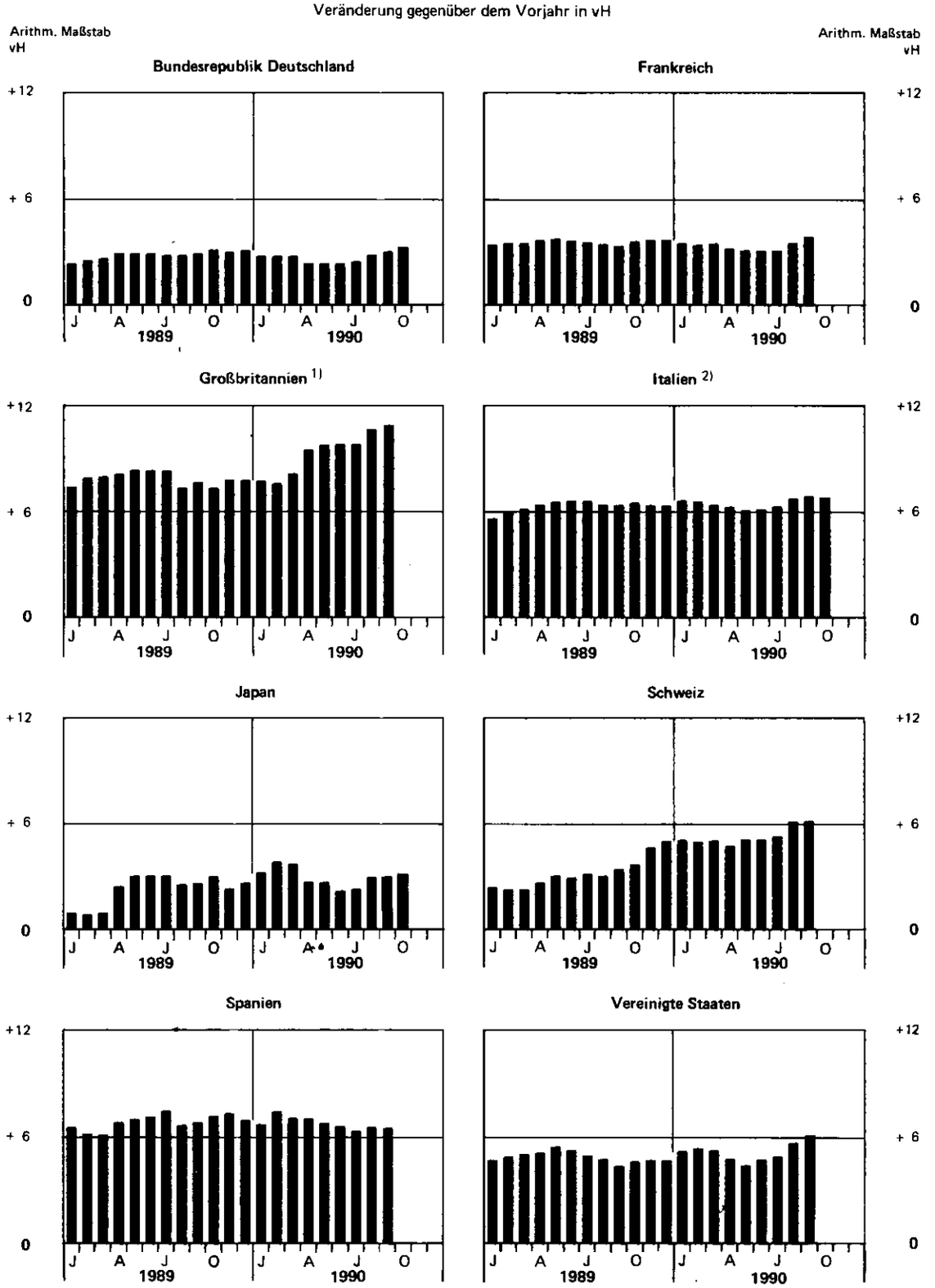
22. Der Preisauftrieb in den Industrieländern hat sich verstärkt; im Jahresdurchschnitt lagen die Verbraucherpreise um gut 5 vH über ihrem Vorjahresstand (Schaubild 1). Hierzu haben nicht nur die in manchen Ländern reichliche Liquiditätsversorgung, sondern auch mehrere Kostenkomponenten beigetragen. Stärker als in den Vorjahren steigende Löhne und anziehende Nominalzinsen belasteten die Kostenrechnung der Unternehmen ebenso wie die höheren Ölpreise. Da die Kostensteigerungen selbst in Ländern mit weiterhin guter Konjunktur angesichts geringer gewordener Produktivitätszuwächse nicht ohne weiteres aufgefangen werden konnten, wurden dort, wo dies möglich war, die Preise angehoben. Wo scharfer Wettbewerb eine vollständige Überwälzung der höheren Stückkosten verhinderte, gerieten die Unternehmen unter Ertragsdruck. Dies war vor allem in Ländern mit schwacher Konjunktur der Fall.

23. Im Jahresverlauf war die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe vielerorts von der Entwicklung der Ölpreise geprägt. Diese hatten zur Jahreswende 1989/90 nochmals angezogen, sanken dann aber bis Juni und lagen in diesem Monat auf Dollarbasis rund 12 vH unter ihrem Vorjahresstand. Da der Dollar in der ersten Jahreshälfte 1990 gegenüber den meisten Währungen niedriger bewertet wurde als im gleichen Zeitraum des Vorjahres — wichtigste Ausnahme war der Yen —, war die Entlastungswirkung für die Verbraucherpreise dieser Länder noch wesentlich größer. In der zweiten Jahreshälfte kam es im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Nahen Osten zu einem beträchtlichen Ölpreisschub. Anfang Oktober überschritten die Ölpreise ihren Vorjahreswert auf Dollarbasis um rund 100 vH, gaben dann aber wieder nach. Im Gefolge der Ölpreisentwicklung zogen auch die Preissteigerungsraten auf der Erzeugerstufe und auf der Verbraucherstufe merklich an. Im Durchschnitt der OECD-Länder, die Türkei mit einer Infla-

Schaubild 1

PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

1985 = 100
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH



1) Index der Einzelhandelspreise (retail price index). — 2) Nur Haushalte von Lohn- und Gehaltsempfängern.

Quelle: OECD

SR 90 0714

tionsrate von rund 55 vH herausgerechnet, lag der Anstieg der Verbraucherpreise im September bei 6 vH; das war gut ein Prozentpunkt mehr als noch im Juni.

24. Preisdämpfende Wirkungen gingen in den ersten zehn Monaten von den übrigen Rohstoffen aus. Nahrungs- und Genußmittel konnten in Dollar gerechnet durchweg billiger eingekauft werden, lediglich für Industrierohstoffe mußte ab Mai (in Dollar) mehr bezahlt werden als im Vorjahr.

25. Die Unterschiede in den Preissteigerungsraten zwischen den Ländern sind nicht geringer geworden. Mit Raten von etwa 2½ vH im Jahresdurchschnitt rangieren weiterhin die Niederlande, Japan und die Bundesrepublik am unteren Ende der Skala. Zu diesen Ländern ist im Verlauf des Jahres auch Dänemark gestoßen, wo eine unter großen Opfern durchgeführte Stabilitätspolitik erste Erfolge zeitigte. Etwas stärker war die Geldentwertung in Frankreich, Belgien und Österreich mit jeweils 3½ vH. Gravierend war die Verletzung des Stabilitätszieles unter anderem in Großbritannien und Schweden mit Preissteigerungsraten auf der Verbraucherstufe von rund 10 vH. Noch höhere Raten verzeichneten allerdings Portugal (13½ vH) und Griechenland (20 vH).

26. In Großbritannien und in Schweden birgt die beschleunigte Geldentwertung ein großes Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Zwar geht ein Teil der Preissteigerungen in beiden Ländern auf höhere Gebühren oder Steuern und in Großbritannien zusätzlich auf höhere Hypothekenzinsen zurück, nicht zu verkennen ist jedoch, daß der Lohnkostenauftrieb praktisch ebenso stark ist wie der Preisauftrieb; die Stundenlöhne in der Industrie stiegen zur Jahresmitte mit Raten von rund 10 vH. Aus diesem Grund ist zu befürchten, daß die auf administrative Maßnahmen zurückgehenden einmaligen Anhebungen des Preisniveaus in einer sich selbst verstärkenden Lohn-Preis-Spirale münden.

Die Wirtschaftspolitik stand der Inflationsbeschleunigung weitgehend hilflos gegenüber. So war es den Notenbanken beider Länder nicht gelungen, die Geldmengenentwicklung rechtzeitig in den Griff zu bekommen. In Schweden beschleunigte sich die Geldmengenexpansion zur Jahreswende für einige Monate; in Großbritannien nahmen vor allem die weiten Geldmengenaggregate, zwar etwas schwächer als im Vorjahr, aber immerhin noch mit Raten von rund 16 vH zu, und auch die geldpolitische Zielgröße MO (Bargeld und „bankers' operational deposits" bei der Notenbank) expandierte bis in den Sommer hinein schneller als angekündigt. Zwar versuchten die Notenbanken, über höhere Zinsen eine Dämpfung der Nachfrageexpansion zu bewirken und damit die Preisüberwälzungsspielräume einzuschränken. Mittlerweile scheint man diesem Ziel näher gekommen zu sein. Je stärker die gesamtwirtschaftliche Expansion aber verflacht, um so geringer wird zunächst die Wirkungskraft dieser Politik, da der Preisauftrieb vorübergehend über steigende Stückkosten gespeist wird. Wohl erst durch eine Stabilisierungsrezession, in deren Verlauf insbesondere der Lohnanstieg wieder in Einklang mit dem Produktivitätszuwachs gebracht wird, kann die Preisstabilität wiedergewonnen werden. Die gesamtwirtschaftlichen Verluste bei der Rückgewinnung der Preisniveaustabilität könnten wesentlich kleiner gehalten werden, wenn der offene Konflikt zwischen Geldpolitik und Lohnpolitik durch Lohnabschlüsse mit deutlich verminderter Inflationskomponente vermieden würde.

Seit Oktober 1990 gehört das Pfund Sterling dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems an. Eine auf Geldwertstabilität gerichtete Wirtschaftspolitik ist nun notwendiger denn je, da sich die britische Wirtschaftspolitik in Zukunft mit der anderer Länder im Rahmen eines Festkurssystems, mit geringen Schwankungsbreiten der Währungen, messen lassen muß.

Verminderung der Leistungsbilanzsalden durch differenzierte Konjunkturentwicklung

27. Das Konjunkturgefälle zwischen den großen Industrieländern hat den Rückgang der Leistungsbilanzsalden gefördert. Die schwache Binnennachfrage in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien dämpfte die realen Einfuhren dieser Länder; im Vergleich zu den Einfuhren konnten die Ausfuhrvolumina fühlbar stärker ausgeweitet werden. Allerdings wurden die Vereinigten Staaten durch die Verschlechterung ihrer Terms of Trade, hervorgerufen durch den im Jahresdurchschnitt niedrigeren Außenwert des Dollar und die höheren Ölpreise, belastet, während Großbritannien als Nettoexporteur von Öl durch den Ölpreisanstieg begünstigt wurde. Im Ergebnis führten Preis- und Mengeneffekte in beiden Ländern zu einem Rückgang des Handelsbilanzdefizits. Das Leistungsbilanzdefizit sank in Großbritannien nur geringfügig auf rund 17 Mrd Pfund. Der Rückgang war schwächer als beim Handelsbilanzdefizit, da die Überschüsse im Dienstleistungsverkehr und bei den Übertragungen weiter abschmolzen. Dagegen konnten die Vereinigten Staaten im Bereich der Dienstleistungen und Übertragungen insgesamt höhere Überschüsse als noch im Vorjahr verbuchen, so daß sich das Leistungsbilanzdefizit dort um schätzungsweise 10 Mrd Dollar auf rund 100 Mrd Dollar verminderte.

28. Auch die beiden großen Überschußländer verzeichneten, unter anderem dank reger Binnennachfrage und wegen höherer Ölrechnungen, eine Verminderung ihrer Leistungsbilanzsalden. Der Überschuß Japans lag 1990 nochmals um rund 15 Mrd Dollar unter seinem Vorjahreswert. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die im Jahresdurchschnitt niedrigere Bewertung des Yen den Anpassungserfolg überzeichnet, wenn man, wie international üblich, in Dollar rechnet. Der reale Außenbeitrag, der 1989 ein geringfügiges Defizit aufwies, hat sich in diesem Jahr kaum verändert. Die Leistungsbilanzsituation der Bundesrepublik war entscheidend durch die Währungsunion mit der DDR seit dem 1. Juli 1990 geprägt: Für 1990 betrug der Saldo für das gesamte Währungsgebiet schätzungsweise 75 Mrd DM; er liegt um rund 30 Mrd DM niedriger als der Überschuß der Bundesrepublik im letzten Jahr.

Geldpolitik auf Stabilitätskurs

29. An der auf Stabilität ausgerichteten Geldpolitik in den meisten Industrieländern hat sich nichts geändert. Betrachtet man das Gesamtjahr, so wurde jedoch von den Notenbanken (mit Ausnahme der Bank von Japan) keine weitere Verschärfung des geldpolitischen Kurses vorgenommen.

Zu Jahresbeginn sah sich die Geldpolitik einiger wichtiger Industrieländer mit einer merklich beschleunigten Geldentwertung, allerdings von unterschiedlichen Ausgangswerten aus, konfrontiert. Gleichzeitig kam es zu einem Anstieg der langfristigen Zinsen, was als Zeichen für steigende Inflationserwartungen interpretiert werden kann. Die Notenbanken zeigten sich entschlossen, gegen eine weitere Inflationsbeschleunigung vorzugehen. So erhöhten einige europäische Notenbanken (unter anderem in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich und Schweden) ihre Zinsen, nahmen sie aber im weiteren Jahresverlauf schrittweise wieder zurück. In den Vereinigten Staaten kam der Prozeß einer vorsichtigen Lockerung des geldpolitischen Kurses vorübergehend ins Stocken; die „federal funds rate" verharrte bis Mitte Oktober bei rund 8¼%. Erst als sich ein Kompromiß in den Haushaltsverhandlungen abzeichnete, schleuste die amerikanische Notenbank diesen Zins unter die 8%-Marke. Die Bank von Japan hob den Diskontsatz in mehreren Schritten auf nunmehr 6% an, allerdings war dort der Zinserhöhungsprozeß im Vorjahr nur sehr zögernd in Gang gekommen, und es bestand allein schon angesichts der bis ins Frühjahr hinein anhaltenden Schwäche des Yen ein zinspolitischer Handlungsbedarf.

Der Ölpreisschub in der zweiten Jahreshälfte hat die Stabilitätsaufgabe der Notenbanken deutlich erschwert. Die höheren Ölpreise haben sich rasch in höheren Preissteigerungsraten auf der Produzentenstufe und auf der Verbraucherstufe bemerkbar gemacht. Um die sich hierdurch ergebende Gefahr eines gegenseitigen Aufschaukelns von Preisen und Löhnen klein zu halten, wird die Geldpolitik, offiziellen Bekundungen zufolge, nicht von ihrem auf Stabilität des Geldwertes ausgerichteten Kurs abgehen. Die Bundesbank und die Notenbanken der Niederlande und Belgiens untermauerten Anfang November ihre Stabilitätsabsichten durch eine Anhebung von Leitzinsen.

30. Die Geldmengenentwicklung reflektierte in erster Linie die Zinsentwicklung in den einzelnen Ländern. Wegen der erhöhten Opportunitätskosten der Geldhaltung expandierten die eng abgegrenzten Geldmengenaggregate in den Ländern mit gestiegenen kurzfristigen Zinsen in der Regel weniger schnell als zuvor, in einigen Ländern (Schweiz, Kanada) sanken sie sogar. In den Vereinigten Staaten nahm M1 als Folge der etwas niedrigeren kurzfristigen Zinsen in diesem Jahr wieder leicht zu, nachdem noch im Herbst des Vorjahres negative Zuwachsraten zu verzeichnen gewesen waren.

In der Regel deutlich rascher expandierten die Geldmengen in weiter Abgrenzung (M1 plus Quasigeld). Insbesondere dort, wo die Zinsen merklich gestiegen sind, haben die Anleger Umschichtungen zugunsten der höherverzinslichen monetären Aktiva vorgenommen. Soweit außerdem Geldvermögen, das eigentlich für eine längerfristige Anlage vorgesehen war, vorübergehend „geparkt" wurde, überzeichnete der Zuwachs der weiten Geldmengenaggregate die Liquiditätsvorliebe der Wirtschaftssubjekte.

31. Die zeitweilige Schwächung der D-Mark im Rahmen des Europäischen Währungssystems eröffnete den Notenbanken einiger EWS-Länder Zinssenkungsspielräume, die diese auch nutzten. So hatte die italienische Notenbank schon an der Zinserhöhungsrunde im Herbst 1989 nicht teilgenommen, und im Mai 1990 konnte sie ohne Gefahr für den Wechselkurs der Lira den Diskontsatz um einen vollen Prozentpunkt senken. Auch andere Länder konnten den Zinsabstand zur Bundesrepublik verringern (Tabelle 5). Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der weiteren Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Europa zu sehen. Entgegen manchen Erwartungen wurden die Währungen der Länder, die Kapitalverkehrsbeschränkungen abgeschafft haben, nicht geschwächt, sondern gestärkt. Für die Kapitalanleger gewannen nämlich die Zinsdifferenzen bei nun freiem Kapitalverkehr zunehmend an Gewicht.

Finanzpolitik: Keine weiteren Konsolidierungsfortschritte

32. In diesem Jahr gelangen der Finanzpolitik, in der Gesamtheit der Industrieländer, keine weiteren Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Deutlich höhere Defizite in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik verhinderten eine nochmalige Rückführung des durchschnittlichen Staatsdefizits. Dieses war zwischen 1983 und 1989 in den OECD-Ländern (ohne Island, Luxemburg, Portugal, Schweiz und Neuseeland) von 4,3 vH auf 1,2 vH in Relation zum Sozialprodukt gesunken. Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich große Unterschiede zwischen den Ländern. Die Spannweite reichte 1990 von Überschüssen in der Größenordnung von 4 ½ vH für Schweden und 3 vH für Japan bis zu Defiziten von 10 vH (Italien) beziehungsweise 18 vH (Griechenland). Problematisch ist insbesondere, daß gerade einige der Länder mit hohen Defiziten in den öffentlichen Haushalten zuletzt keine oder nur geringe Konsolidierungsfortschritte erzielten.

33. Zukünftige Belastungen für die öffentlichen Haushalte werden sich aus den gestiegenen Zinsen ergeben. In diesem Jahr war davon nach Untersuchungen der OECD noch nicht viel sichtbar, da in der Regel einige Zeit vergeht, bis sich Zinserhöhungen in höheren Zinsbelastungen für die öffentlichen Haushalte niederschlagen. Diese Belastungen werden aber in den Ländern besonders schnell zunehmen, deren Staatsschuld vergleichsweise kurzfristig finanziert ist und deren Schuldenstand in Relation zum Sozialprodukt besonders hoch ist. Die Finanzpolitik muß auch aus diesem Grund darum bemüht sein, die Schulden-Sozialprodukt-Relation zu senken oder zumindest zu stabilisieren.

34. In den Haushaltsfehlbeträgen beziehungsweise Haushaltsüberschüssen dieses Jahres spiegeln sich

Tabelle 5

Langfristige und kurzfristige Zinsen

Monat	Frankreich	Großbritannien	Italien	Spanien	Vereinigte Staaten	Japan	Nachrichtlich: Zinsniveau der Bundesrepublik in Prozent
	Renditedifferenzen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in Prozentpunkten						
	Langfristige Zinsen[1]						
1989 Januar	2,27	2,85	4,14	6,71	2,57	−2,24	6,50
Februar	2,57	2,25	3,99	6,30	2,26	−2,26	6,90
März	2,31	2,36	4,64	6,67	2,43	−2,15	6,90
April	2,09	2,62	4,62	6,61	2,28	−2,10	6,90
Mai	1,90	2,42	4,49	6,52	1,85	−2,08	7,10
Juni	2,06	2,98	4,54	6,88	1,50	−1,74	6,90
Juli	2,00	2,73	4,83	7,00	1,39	−1,88	6,80
August	2,01	2,57	4,81	6,90	1,46	−1,83	6,80
September	2,08	2,52	4,74	6,63	1,21	−1,98	7,10
Oktober	2,04	2,51	4,73	6,51	0,85	−1,81	7,30
November	1,93	2,39	4,72	6,40	0,43	−1,95	7,60
Dezember	2,20	2,36	4,70	6,89	0,42	−1,73	7,60
1990 Januar	2,22	2,38	4,38	6,59	0,49	−1,26	7,90
Februar	2,06	2,02	3,71	5,92	−0,04	−1,78	8,70
März	1,31	2,56	3,53	5,96	−0,16	−1,54	8,90
April	1,16	2,87	3,30	5,89	0,02	−1,66	8,90
Mai	1,15	2,59	3,07	5,73	0	−2,20	8,90
Juni	1,10	2,01	2,32	5,49	−0,38	−1,94	9,00
Juli	1,34	2,33	2,56	5,75	−0,06	−1,22	8,70
August	1,71	2,41	2,79	5,67	−0,03	−0,81	9,00
September	2,01	2,22	2,50	6,04	0,01	−0,48	9,10
	Kurzfristige Zinsen[2]						
1989 Januar	3,03	6,81	5,83	6,57	2,62	−1,42	5,65
Februar	2,85	5,97	5,11	6,54	2,14	−2,18	6,39
März	2,54	5,80	6,37	6,26	2,20	−2,42	6,62
April	2,32	6,05	6,27	6,20	2,22	−2,23	6,43
Mai	1,94	5,54	5,27	6,40	1,45	−2,73	6,98
Juni	2,03	6,57	3,88	6,64	1,19	−2,50	6,96
Juli	2,14	6,25	5,44	6,62	−0,84	−2,34	7,04
August	2,08	6,29	5,93	6,56	0,88	−2,22	7,02
September	1,99	6,07	5,63	6,16	0,39	−2,48	7,36
Oktober	1,94	6,36	5,22	5,14	−0,44	−2,83	8,08
November	2,28	6,20	5,50	5,63	−0,54	−2,51	8,23
Dezember	2,84	6,45	5,32	5,57	−0,42	−2,25	8,05
1990 Januar	3,08	6,24	4,74	5,34	−0,61	−2,21	8,25
Februar	2,79	6,19	4,37	5,37	−0,52	−2,04	8,26
März	2,24	6,08	4,59	5,19	−0,53	−2,10	8,43
April	1,80	6,37	4,78	5,23	−0,45	−1,60	8,22
Mai	1,52	6,23	3,62	5,40	−0,55	−1,45	8,29
Juni	1,80	6,11	3,01	5,54	−0,54	−1,41	8,27
Juli	1,79	6,05	3,32	5,49	−0,64	−1,24	8,26 [a]
August	1,74	5,87	3,63	5,35	−1,00	−1,30	8,45 [a]
September	1,88	5,79	3,51	5,38	−1,11	−1,06	8,47 [a]

[1] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. — Für Frankreich: Obligationen des öffentlichen und halböffentlichen Sektors.
[2] Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel. — Für Italien: Sechsmonatsschatzwechsel.
[a] Frankfurt interbank offered rate (Fibor). Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz für Dreimonatsgeld.

Quellen: Deutsche Bundesbank, OECD

die aktuelle Konjunkturlage und finanzpolitische Maßnahmen. Die gute Konjunktur in Japan und in einigen europäischen Ländern erbrachte hohe Zuwächse der Steuereinnahmen. In Italien wurden zusätzliche Einnahmesteigerungen durch die Anhebung von Abgaben erzielt. Umgekehrt haben Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen im Zusammenhang mit der deutschen Einigung die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen und Minderausgaben in der Bundesrepublik überkompensiert. In Großbritannien flossen die Steuereinnahmen schwächer als erwartet. Dies war nicht nur auf die schlechtere Wirtschaftslage zurückzuführen, es hing wohl auch mit Zahlungsrückständen bei der neuen Gemeindesteuer zusammen.

35. In den Vereinigten Staaten sind die Versuche, das enorme Haushaltsdefizit mittels einer gesetzlichen Obergrenze in den Griff zu bekommen, gescheitert. Schon in den letzten beiden Fiskaljahren verharr-

ten die Fehlbeträge bei rund 150 Mrd Dollar und lagen damit jeweils über der Defizitgrenze des Gramm-Rudman-Gesetzes (JG 87 Ziffer 28). In diesem Haushaltsjahr stieg das Defizit konjunkturbedingt und wegen der höheren Aufwendungen zur Sanierung der Sparkassen auf 220 Mrd Dollar; nach dem Gesetz hätten es nur 100 Mrd Dollar sein dürfen.

Das Scheitern der Haushaltskonsolidierung erklärt sich aus den Konstruktionsmängeln des Gramm-Rudman-Gesetzes. Dieses sieht zwar automatische Ausgabenkürzungen für den Fall vor, daß die gesetzlich festgelegten Defizitziele nach Schätzungen des Office of Management and Budget vor Beginn des Haushaltsjahres voraussichtlich um mehr als 10 Mrd Dollar überschritten werden. Die für das tatsächliche Defizit maßgeblichen Einnahmen und Ausgaben während des Fiskaljahres spielen jedoch keine Rolle, und die drohende Verfehlung des vorgegebenen Ziels zwingt nicht zu neuerlichen Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen. Darüber hinaus stellt das Gesetz einen Anreiz dar, mit einer optimistischen Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung für die Einhaltung der Defizitgrenze in der Budgetprognose zu sorgen und so schmerzliche finanzpolitische Entscheidungen zu vermeiden. Da schon in den Vorjahren, bei besserer Konjunkturlage, das Limit immer überschritten wurde, verwundert es nicht, daß es bei sich abschwächender Konjunktur und höheren Belastungen durch den Militäreinsatz im Nahen Osten nunmehr erst recht verfehlt wurde (Tabelle 6).

Tabelle 6

Budgetdefizite und Budgetziele in den Vereinigten Staaten [1])

Mrd US-Dollar

	1986	1987	1988	1989	1990
Budgetdefizit	221	150	155	153	220
Budgetziel					
— ursprünglich	172	144	108	72	36
— revidiert	—	—	144	136	100

[1]) Haushaltsjahr (1. Oktober bis 30. September).

Quellen: OECD, nationale Veröffentlichungen

36. Der für das Haushaltsjahr 1990/91 (Beginn 1. Oktober) ausgehandelte Haushaltskompromiß rückt vom bisherigen Gramm-Rudman-Gesetz ab. Vorgesehen sind Mehreinnahmen und Minderausgaben, die sich, einschließlich vermiedener Zinszahlungen, auf rund 500 Mrd Dollar über fünf Jahre kumulieren. Im Haushaltsjahr 1990/91 wird das Budgetdefizit offiziellen Schätzungen zufolge 253 Mrd Dollar betragen und damit nur um rund 40 Mrd Dollar unter dem Wert liegen, der sich ohne die beschlossenen Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen ergeben hätte; im Vergleich zum abgelaufenen Haushaltsjahr bedeutet dies immer noch einen Anstieg um über 30 Mrd Dollar. Ob die Konsolidierung der Staatsfinanzen in den folgenden Jahren gelingt — für das Ende des Planungszeitraums sind sogar beträchtliche Budgetüberschüsse in Rechnung gestellt —, ist angesichts der Aufwendungen für die Sanierung der Sparkassen und der sehr optimistischen Annahmen, die dem Budgetpaket zugrunde liegen, mehr als fraglich.

37. Die Belastungen der amerikanischen Steuerzahler durch die Sparkassenkrise nimmt laufend zu. Im Fiskaljahr 1989/90 mußten dafür rund 52 Mrd Dollar aufgewandt werden, im Vorjahr waren es 19,3 Mrd Dollar gewesen. Schätzungen zufolge werden mehrere hundert Mrd Dollar zur Rettung der Sparkassen notwendig sein.

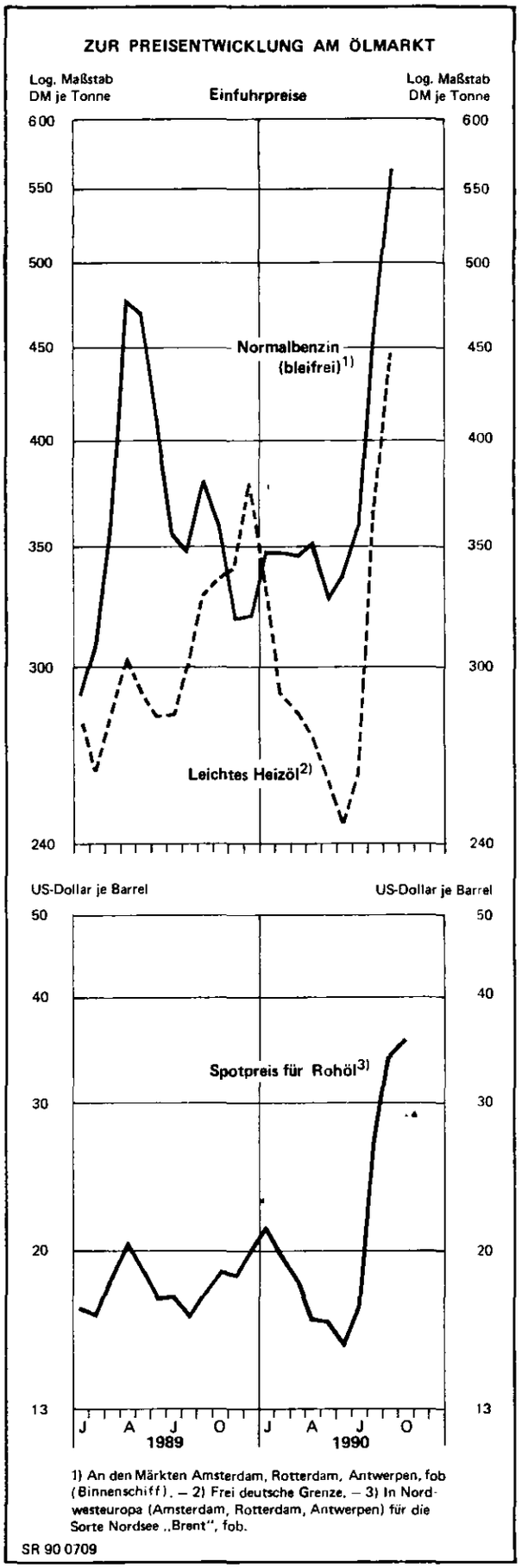
Zu der Krise im Sparkassensektor hat ein ganzes Bündel von Ursachen beigetragen:

- Zu Beginn der achtziger Jahre gerieten die Sparkassen aufgrund einer Unterschätzung des Zinsänderungsrisikos in Schwierigkeiten. Die übliche Geschäftspraxis, langfristige, festverzinsliche Hypothekarkredite zu vergeben und diese über kurzfristige Einlagen zu refinanzieren, führte bei den damals stark gestiegenen Zinsen zu einem solchen Druck auf die Zinsspanne, daß eine Reihe von Sparkassen zahlungsunfähig wurde.
- Mitte der achtziger Jahre erhöhten sich die Kreditausfallrisiken beträchtlich. Preisrückgänge bei Öl und von Agrarland gefährdeten den ohnehin schon angeschlagenen Sparkassensektor mit seinen geringen Möglichkeiten zur regionalen Diversifizierung der Kreditportefeuilles in besonderer Weise. Zu weiteren Kreditausfällen kam es durch die Schwierigkeiten auf dem Markt für hochriskante Anleihen (junk bonds).
- Entscheidend zur Krise der Sparkassen hat eine schlechte Regulierung in Verbindung mit einem unzureichenden Aufsichtssystem beigetragen. Während der achtziger Jahre wurden schrittweise die Zinsobergrenzen für Einlagen abgeschafft und den Sparkassen mehr Spielraum für die Gestaltung des Aktivgeschäfts gewährt. Gleichzeitig wurden jedoch die Einlagensicherung ausgedehnt und die Eigenkapitalanforderungen gesenkt. Die Folge war eine deutliche Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Sparkassen, auf Kosten der Qualität der Vermögensanlagen. Schließlich haben es die Aufsichtsbehörden versäumt, überschuldete Sparkassen sofort zu schließen. Hierdurch wurden die Verluste der Einlagensicherung zusätzlich erhöht, da das Management dieser Sparkassen bereit war, besonders hohe Risiken einzugehen.
- Nicht zuletzt waren offenbar Betrügereien bei einer Vielzahl von Sparkassenpleiten mit im Spiel.

II. Golfkrise: Kurzfristig nur geringe Auswirkungen auf die Weltwirtschaft

38. Der durch den irakischen Einmarsch in Kuwait ausgelöste Konflikt am Persischen Golf hat die Ölmärkte stark verunsichert. In der Folge schnellte der Ölpreis kräftig in die Höhe; Anfang Oktober mußten für ein Barrel Öl (159 Liter) über 40 Dollar bezahlt werden, mehr als doppelt soviel wie noch im Frühjahr (Schaubild 2).

Schaubild 2



1) An den Märkten Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, fob (Binnenschiff). — 2) Frei deutsche Grenze. — 3) In Nordwesteuropa (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) für die Sorte Nordsee „Brent", fob.

SR 90 0709

Der Ölpreisanstieg reflektierte weniger einen akuten Ölmangel als vielmehr das erhöhte Risiko einer unsicherer gewordenen Ölversorgung, die zu rund 30 vH vom Angebot aus der Krisenregion am Golf abhängt. Mit dem von den Vereinten Nationen gegen den Irak verhängten Wirtschaftsembargo fiel zwar ein Ölangebot von rund 4¼ Mio Barrel Öl pro Tag aus; das sind gut 16 vH der bisherigen OPEC-Produktion beziehungsweise rund 8 vH des geschätzten Weltrohölangebots (ohne kommunistische Länder). Zu gravierenden Engpässen in der globalen Ölversorgung kam es bislang jedoch nicht, da sich andere Anbieter, insbesondere Saudi-Arabien, zu einer höheren Ölförderung bereit erklärten. Die zusätzliche Produktion reichte, Schätzungen zufolge, allerdings nicht ganz aus, um den Angebotsausfall auszugleichen; der verbleibende Nachfrageüberhang (von etwa einer Mio Barrel pro Tag im 3. Quartal 1990) mußte durch Lagerabbau gedeckt werden. Außerdem entsprach das zusätzlich angebotene Rohöl in qualitativer Hinsicht nicht vollständig dem ausgefallenen, so daß Anpassungsprobleme in der Mineralölverarbeitung entstanden.

Das nunmehr wieder erhöhte Ölangebot, die, auch durch den höheren Preis für Mineralölprodukte bedingte, schwächere Ölnachfrage und Hoffnungen auf eine Entspannung der Lage am Golf haben dazu beigetragen, die spekulativen Übersteigerungen beim Ölpreis teilweise abklingen zu lassen. Anfang November kostete das Barrel Rohöl 35 Dollar, etwa 80 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Preisentwicklung in den nächsten Monaten bleibt aber nicht nur wegen der labilen politischen Lage unsicher; sie hängt auch entscheidend davon ab, wie hart der Winter in den Ländern der nördlichen Erdhalbkugel werden wird. Da die Ölproduzenten derzeit kaum mehr freie Kapazitäten verfügbar haben, können Nachfragespitzen oder Ausfälle von Förderanlagen spürbare Preiserhöhungen nach sich ziehen.

39. Der neuerliche Ölpreisschock hat Befürchtungen geweckt, die Weltwirtschaft könnte, wie schon im Gefolge der beiden vorangegangenen Ölkrisen, in eine Rezession abgleiten. Diese Ängste wurden dadurch verstärkt, daß sich in einigen Ländern, allen voran in den Vereinigten Staaten, die Konjunktur ohnehin abgeschwächt hat. Außerdem wurde allenthalben mit einem weltweiten Anziehen der Preissteigerungsraten gerechnet, die bereits vor dem Ölpreissprung ihre Vorjahreswerte vielerorts überschritten hatten.

Unter der Voraussetzung, daß eine politische Lösung der Golfkrise gelingt, sind die Befürchtungen über eine nachhaltige Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die höheren Ölpreise nicht gerechtfertigt. Sicherlich, die Ölpreise wären selbst bei 25 Dollar je Barrel — so die Annahme unserer Prognose — im Jahresdurchschnitt 1991 um rund 45 vH höher als im Jahre 1989 und etwa 10 vH höher als in diesem Jahr. Hierdurch würde die Ölrechnung der Ölimportländer in die Höhe getrieben. Die OECD-Länder würden dann schätzungsweise 190 Mrd Dollar für ihre Öleinfuhren aus Drittländern ausgeben, gut 40 vH mehr als 1989. Dies bedeutete einen Einkommenstransfer von den Industrieländern in die Ölexportländer außerhalb der OECD von rund 55 Mrd Dollar im Jahr; das wären etwas weniger als ½ vH des Sozialprodukts der OECD-Länder.

Es wäre allerdings verfehlt, aus der Höhe des Einkommenstransfers auf einen gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückgang in den Industrieländern in gleicher Höhe zu schließen. Die begünstigten Ölexporteure verwenden erfahrungsgemäß einen beträchtlichen Teil ihrer Öleinnahmen für Käufe von Industriegütern, und mit ihren Ersparnissen erhöhen sie das internationale Kapitalangebot. Bei einer Abschätzung der Nachfragewirkungen der Golfkrise für die Industrieländer sind ferner die durch das Wirtschaftsembargo gegen den Irak bedingten Exporteinbußen — im Jahre 1989 betrug der Export der OECD-Länder in den Irak und nach Kuwait etwa 10 Mrd Dollar — sowie die durch den internationalen Militäreinsatz am Golf ausgelösten höheren Staatsausgaben zu berücksichtigen. Nimmt man alles zusammen, dann dürften die Wachstumseinbußen durch die höheren Ölpreise gering sein; Schätzungen internationaler Organisationen zufolge liegen sie unter einem halben Prozentpunkt.

40. Diese Prognosen sind allerdings kaum in der Lage, Verhaltensänderungen zu erfassen, die sich aus einer möglichen Verunsicherung ergeben könnten. Für die Unternehmen hat sich nicht nur die Kalkulationsgrundlage ihrer Investitionspläne durch die höheren Ölpreise geändert, die gestiegene Unsicherheit über die künftige Höhe des Ölpreises und über die langfristige Versorgung mit Öl hat die Planungen beträchtlich erschwert. Ob es zu einer nachhaltigen Verunsicherung von Unternehmen kommt und wie lange sie anhält, hängt in erster Linie vom politischen Geschehen im Nahen Osten ab. Bedeutsam dürfte aber auch das wirtschaftliche Umfeld des jeweiligen Landes sein. Von daher ist ein Attentismus von Investoren am ehesten in Ländern mit ohnehin schon schwacher Konjunktur zu erwarten; dort hätte er aber auch die größten negativen Auswirkungen.

41. Da Öl ein wichtiger Einsatzfaktor in vielen Produktionsprozessen ist, verschieben sich durch den Ölpreisanstieg die Faktorpreisrelationen, und es erhöht sich das Kostenniveau, wenn es nicht gleichzeitig zu einem Rückgang der Kapitalkosten oder der Lohnkosten kommt. Ist eine vollständige Überwälzung der höheren Kosten nicht möglich, wird die Produktion unrentabel werden. Aber auch bei einer vollständigen Überwälzung der durch die gestiegenen Ölpreise bedingten höheren Produktionskosten, kann ein Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, wenn der Absatz des betreffenden Produkts wegen der höheren Preise zurückgeht und bei der geringeren Produktionsmenge höhere Stückkosten anfallen.

42. Trotz aller derzeit noch bestehenden Unsicherheiten sprechen gute Gründe dafür, daß die Industrieländer den Strukturwandel, zu dem der neuerliche Ölpreisanstieg zwingt, besser verkraften werden als die beiden vorangegangenen Ölpreiskrisen. Dies liegt zum einen daran, daß das Ausmaß des diesjährigen Ölpreisanstiegs wesentlich geringer ist als damals. Hatten sich die Ölpreise zwischen 1972 und 1974 noch mehr als vervierfacht und zwischen 1978 und 1980 immerhin fast verdreifacht, so bedeutet ein Ölpreis von 25 Dollar je Barrel eine Erhöhung von 45 vH gegenüber dem Durchschnittspreis von 1989; in Relation zum Sozialprodukt fällt der Anstieg der Ölrechnung diesmal noch schwächer ins Gewicht. Zum anderen haben die Substitution von Erdöl durch andere Energieträger und Energieeinsparungen den spezifischen Ölverbrauch der westlichen Volkswirtschaften fühlbar verringert, so daß der Kosteneffekt ein und desselben Ölpreisanstiegs heute weniger stark ins Gewicht fällt als in den siebziger Jahren. Obwohl der Sparelan angesichts niedriger (realer) Ölpreise in den letzten Jahren zunehmend erlahmte, liegt der Ölverbrauch je Einheit des Sozialprodukts in den großen Industrieländern heute ungefähr ein Drittel niedriger als noch 1979 (Tabelle 7). Auch absolut haben die Industrieländer ihren Ölverbrauch in diesem Zeitraum um etwa 10 vH zurückgeführt; weltweit blieb der Ölverbrauch wegen der Mehrnachfrage der Entwicklungsländer allerdings etwa konstant.

43. Das wirtschaftspolitische Umfeld für die Bewältigung des Ölpreisanstiegs ist Anfang der neunziger Jahre günstiger als noch während der siebziger Jahre. So sind in den Industrieländern keine konjunkturellen Übersteigerungen zu konstatieren und die Preissteigerungsraten lagen mit knapp 5 vH im ersten Halbjahr 1990 deutlich unter dem Preisanstieg von über 8 vH in den Jahren 1973 und 1979. Von daher dürfte

Tabelle 7

Energieintensität in ausgewählten Ländern

Land	Primärenergieverbrauch[1] je Einheit des Bruttoinlandsprodukt[2]					Mineralölverbrauch[1] je Einheit des Bruttoinlandsprodukt[2]				
	1973	1979	1985	1988[3]	1989[3]	1973	1979	1985	1988[3]	1989[3]
Bundesrepublik Deutschland	0,53	0,50	0,43	0,41	0,38	0,30	0,25	0,18	0,17	0,15
Frankreich	0,45	0,41	0,38	0,36	0,36	0,31	0,25	0,17	0,15	0,15
Italien	0,42	0,39	0,33	0,32	0,33	0,31	0,27	0,17	0,19	0,20
Japan	0,39	0,35	0,28	0,27	0,27	0,29	0,25	0,15	0,15	0,15
Großbritannien	0,57	0,52	0,45	0,41	0,40	0,29	0,22	0,17	0,16	0,16
Vereinigte Staaten	0,59	0,55	0,45	0,44	0,43	0,27	0,25	0,18	0,18	0,17
Kanada	0,77	0,74	0,67	0,64	0,62	0,35	0,31	0,20	0,20	0,20

[1] Tonnen Öleinheiten (ÖE) (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[2] 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Internationale Energieagentur

es den Notenbanken leichter fallen, den Geldwertschwund trotz höherer Ölpreise gering zu halten. Die Priorität der Geldwertstabilität als Ziel der Wirtschaftspolitik wurde jedenfalls erneut bekräftigt.

44. Sehr viel schwerer als die Industrieländer hat der Ölpreisanstieg die meisten Entwicklungsländer und die Staaten Osteuropas, mit Ausnahme der Sowjetunion, getroffen. Viele Entwicklungsländer sind wegen ihrer angespannten Zahlungsbilanzsituation nur durch Verzicht auf andere Einfuhren in der Lage, die höhere Ölrechnung zu bezahlen. Soweit hierdurch Kapitalgüterimporte betroffen sind, belastet dies ebenso wie die gestiegenen Zinsen den Entwicklungsprozeß in diesen Ländern, und die weniger günstigen Konjunkturaussichten in den Industrieländern schmälern ihre Exportchancen.

Die Länder Osteuropas stehen vor besonders schwierigen Anpassungsproblemen. Die beabsichtigte Abrechnung der Öllieferungen aus der Sowjetunion in konvertibler Währung und zu Weltmarktpreisen stellt einen Schock für diese Volkswirtschaften dar. Bislang konnten die Ölimporte durch den Export von Gütern in die Sowjetunion bezahlt werden, die in qualitativer Hinsicht nicht durchweg dem Weltmarktstandard entsprachen. Um die Ölrechnung in Zukunft begleichen zu können, müssen die osteuropäischen Staaten in verstärktem Umfang Devisen durch den Export konkurrenzfähiger Produkte in den Westen erwirtschaften (Ziffern 51 ff.). Diese Aufgabe wird nicht nur durch das erhöhte Niveau der Ölpreise zusätzlich erschwert, sondern auch durch den im internationalen Vergleich hohen Ölverbrauch in Relation zum Produktionsergebnis. Bislang hatten Unternehmen und Haushalte wegen der niedrig gehaltenen Ölpreise kaum Anreize zu einem sparsamen Umgang mit dieser Energie. Viele Produkte und Produktionsverfahren, die im Westen längst neuen gewichen sind, werden in Zukunft aufgegeben werden müssen.

III. Osteuropa im Umbruch

45. In Osteuropa sind die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Bewegung geraten. Die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der sich vergrößernde Leistungsrückstand gegenüber den westlichen Volkswirtschaften erzwingen eine grundlegende Neuorientierung. Man versucht nun nicht mehr länger, den unübersehbaren Problemen durch Reformen innerhalb des Systems sozialistischer Planwirtschaft Herr zu werden; vielmehr wird in Verbindung mit einer politischen Liberalisierung die Transformation der Volkswirtschaften in marktwirtschaftliche Ordnungen angestrebt. In einigen Ländern sind bereits weitreichende marktorientierte Reformen in Angriff genommen worden. Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll den effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren ermöglichen und so die Voraussetzung dafür schaffen, daß nach jahrzehntelanger sozialistischer Mangelwirtschaft ein höherer Wohlstand erreicht werden kann. Zu den Reformen gehören die Öffnung der Volkswirtschaften gegenüber dem Westen und die Liberalisierung des Handels im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Ordnung sind gewaltige Hindernisse zu überwinden. Eine rasch einsetzende Verbesserung der Lebensbedingungen wäre nur zu erreichen, wenn die alte sozialistische Ordnung schnell und konsequent durch die marktwirtschaftliche Ordnung ersetzt werden könnte. Dies stößt selbst in den Ländern auf Schwierigkeiten, die sich grundsätzlich für eine marktwirtschaftliche Ordnung entschieden haben. Allenthalben sind alte Denkweisen zu überwinden; es gilt die Widerstände von Gruppen zu brechen, die um den Verlust ihrer Privilegien bangen. Deshalb kommen die Reformbemühungen nur schleppend voran. Halbherzigkeit im Reformkurs trifft zusammen mit den Anpassungsproblemen, die sich nahezu unvermeidlich daraus ergeben, daß die alten wirtschaftlichen Strukturen obsolet geworden, die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen aber noch nicht ausgebildet und gefestigt sind. Dies alles zu schaffen kostet viel Zeit. Unter diesen Bedingungen ist mit den ersten Schritten zur Reform zunächst eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unausweichlich. Bei vielen Menschen ruft das Enttäuschungen hervor, und es kann — wenn die Fehlentwicklungen der neuen Wirtschaftsordnung angelastet werden — die Akzeptanz und den Fortgang der Wirtschaftsreformen beeinträchtigen.

46. Keine der zentralverwalteten Wirtschaften Osteuropas hat es vermocht, auch nur annähernd einen Lebensstandard wie den in westlichen Industrieländern zu erreichen. Der Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen, aber auch der Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern, zeigt einen großen Rückstand der Länder Osteuropas gegenüber den OECD-Ländern (Tabelle 8). Innerhalb der osteuropäischen Länder bestehen dabei erhebliche Differenzen; so weist die Tschechoslowakei ein in etwa doppelt so hohes Pro-Kopf-Einkommen aus wie Rumänien.

Beim Wohlstandsvergleich zwischen Ost und West, aber auch zwischen den osteuropäischen Ländern, treten gravierende Interpretationsschwierigkeiten auf. Probleme ergeben sich unter anderem aus der mit westlichen Ansätzen nicht vergleichbaren methodischen Vorgehensweise der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erschwerend für einen Vergleich wirkt sich die staatliche Preisfestsetzung in den osteuropäischen Ländern aus; sie spiegelt nicht die relativen Knappheiten der Güter und Produktionsfaktoren auf seiten der Produzenten und Konsumenten wider. Aufgrund der verzerrten offiziellen Wechselkurse ist die Umrechnung inländischer Wertgrößen auf Dollarbasis mit hohen Ungenauigkeiten verbunden. Darüber hinaus werden Unterschiede in der Verfügbarkeit von Produkten, in deren Qualität und in der Vielfalt des Angebots nicht in den Zahlen erfaßt. Im Zuge des deutschen Einigungsprozesses sind derartige statistische Verzerrungen deutlich zutage getreten. Nach diesen Erfahrungen kann man wohl generell davon ausgehen, daß die Unterschiede in den Lebensstandards zwischen Ost und West eher noch größer zu veranschlagen sind, als die Zahlen dies anzeigen.

47. Die geringe Leistungsfähigkeit der osteuropäischen Volkswirtschaften hat vielfältige Ursachen; letztlich sind sie durch grundlegende Mängel des Systems der zentral verwalteten Wirtschaft mit verstaatlichten Produktionsmitteln bedingt. Die zentrale Planung muß angesichts der Vielfalt der Produkte und Produktionsverfahren an der Aufgabe scheitern, die Aktivitäten der Unternehmen effizient zu koordinieren und die Produktion mit den Wünschen der Konsu-

Tabelle 8

Indikatoren für Osteuropa

	Einheit	Bulgarien	Polen	Rumänien	Sowjetunion	Tschechoslowakei	Ungarn	Nachrichtlich	
								DDR	OECD
Bevölkerung (1988)	Millionen	9,0	38,0	23,0	286,4	15,6	10,6	16,6	824,8
Bruttoinlandsprodukt (1988)	Mrd US-Dollar	50,7	207,2	94,7	1 590,0	118,6	68,8	155,4	12 073,0
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (1988)	US-Dollar	5 633	5 453	4 117	5 552	7 603	6 491	9 361	14 637
Ausstattung mit ausgewählten Konsumgütern									
Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (1987)	Stück	127	74	11	50	182	153	206	385
Telefone je 1 000 Einwohner (1987)	Stück	248	122	111	124	246	152	233	542
Fernsehempfangsgeräte je 1 000 Einwohner (1985)	Stück	190	261[a])	171	296	282	274	365	.

a) 1987.

Quellen: IWF, OECD

menten abzustimmen. Zudem ließ das System staatlicher Anordnungen für die Eigeninitiative der Menschen wenig Raum, und infolge der Regelung der Eigentumsfrage sowie der egalitären Verteilungsziele der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlten materielle Anreize, um die Menschen zu höheren Leistungen zu motivieren.

Die Wirtschaftspläne wurden in Verhandlungen zwischen Betrieben und Planungsbürokratie ausgearbeitet. Die Betriebe waren bestrebt, ihre Verpflichtungen aus den Planvorgaben möglichst gering zu halten, zugleich aber eine möglichst hohe Zuweisung von Inputfaktoren zu erreichen. Eine geringe Produktivität der eingesetzten Produktionsfaktoren war damit angelegt. Darüber hinaus gingen die Betriebe vielfach dazu über, Vor- und Zwischenprodukte selbst zu erstellen, um Produktionsunterbrechungen infolge von Koordinationsmängeln bei der Zulieferung zu vermeiden. Infolgedessen haben sich zunehmend unübersichtliche Konglomerate mit einer hohen Fertigungstiefe herausgebildet; entsprechend nahm das Maß der Arbeitsteilung zwischen den Betrieben ab, und die damit verbundenen Spezialisierungsvorteile gingen verloren. Eine wirksame Sanktionierung ineffizienten Wirtschaftens fand nicht statt, da die Betriebe untereinander nicht im Wettbewerb standen und das Außenhandelsmonopol die inländischen Märkte nahezu ganz vor internationaler Konkurrenz abschottete.

Die Mängel des Wirtschaftssystems werden in vielen Mißständen offenkundig.

- Der volkswirtschaftliche Kapitalstock und die verwendeten Produktionstechnologien sind zum großen Teil veraltet. Zwar lag die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote auch in den letzten Jahren deutlich über der westlicher Industrieländer, doch konnten trotzdem nur geringere Wachstumsraten erzielt werden.
- Der geringe Entwicklungsstand der meisten Volkswirtschaften zeigt sich auch in dem vergleichsweise hohen Anteil der Beschäftigung im Agrarsektor. Dagegen ist der tertiäre Sektor insbesondere mit seinen für die Wirtschaftsentwicklung wichtigen hochwertigen Tätigkeitsfeldern unterentwickelt.
- Auch im Umweltbereich treten die schwerwiegenden Nachteile zutage, die entstehen, wenn sich die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht an der Knappheit der Güter orientieren. Die Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat teilweise ein erschreckendes Ausmaß erreicht.

Schwierige Umgestaltung der sozialistischen Volkswirtschaften

48. Die Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den osteuropäischen Ländern ist die marktorientierte Umgestaltung der Volkswirtschaften.

- Die Entscheidungsfindung im Wirtschaftsprozeß ist zu dezentralisieren. Die Unternehmen müssen selbst entscheiden können, welche Güter sie auf welche Art und Weise produzieren, und zu welchem Preis sie diese anbieten. Die Voraussetzungen für Wettbewerb müssen geschaffen werden; nur Wettbewerb zwingt die Unternehmen, zu möglichst geringen Kosten zu produzieren und ständig nach Verbesserungen am Produkt und an den Produktionsverfahren zu suchen; der Wettbewerb als Sanktionsverfahren sorgt auch dafür, daß ineffiziente Unternehmen ihre Produktion einstellen müssen.
- Der Staat muß seine dominierende Rolle im Wirtschaftsprozeß aufgeben. Die direkte Lenkung der Produktion muß abgeschafft werden; damit verbunden ist die Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols. Die Staatsbetriebe müssen privatisiert werden.

— Die Reform setzt Veränderungen der Institutionen, einschließlich des Wirtschaftsrechts, voraus. Mit der Errichtung eines zweistufigen Bankensystems kann die Rolle der Notenbank darauf beschränkt werden, für eine stabile Währung zu sorgen. Neu zu schaffen ist ein Steuersystem zur Finanzierung des Staatshaushalts.

49. Insbesondere in Polen (zu Beginn der achtziger Jahre) und Ungarn (seit Ende der sechziger Jahre) war versucht worden, durch die Dezentralisierung von wirtschaftlichen Entscheidungen und ein größeres Maß an Eigeninitiative im Wirtschaftsprozeß die Effizienz der Produktion zu erhöhen. Eine grundlegende Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit konnte jedoch nicht erreicht werden. Der Staat blieb im Wirtschaftsprozeß weiterhin dominant; zwar wurde in manchen Bereichen die direkte Steuerung der Faktorallokation abgeschafft, wichtige unternehmerische Daten (wie Gewinnabführung, Inputpreise) blieben jedoch unter zentraler Regie.

Mit den politischen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit sind nun in allen Ländern erste Voraussetzungen für eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnungen geschaffen worden. In Polen und in Ungarn ist die Verwirklichung der Reformen am weitesten fortgeschritten; die Tschechoslowakei hat die ersten Maßnahmen eines umfassenden Reformprogramms durchgeführt. In der Sowjetunion, wie auch in Bulgarien und in Rumänien, ist jedoch nicht abzusehen, ob sich die Reformkräfte in naher Zukunft werden durchsetzen können. Auch das im Oktober vom Obersten Sowjet gebilligte Reformprogramm nimmt die längst überfälligen Weichenstellungen nicht vor; es verlagert vielmehr wesentliche Entscheidungen auf die Unionsrepubliken. Währenddessen entgleitet der Wirtschaftsprozeß in zunehmendem Maße der zentralen Leitung, und die inländische Wirtschaftskrise verschärft sich.

In *Polen* beschloß die neu gewählte Regierung zu Beginn dieses Jahres ein Programm zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Transformation des Systems zentraler Planung in eine Marktwirtschaft (Tabelle 9). Mit wenigen Ausnahmen vollzieht sich die Preisbildung nunmehr ohne staatliche Eingriffe; die noch staatlich administrierten Preise — darunter für Strom, Kohle und öffentliche Verkehrsmittel sowie die Mieten — sind drastisch angehoben worden. Auch die Außenwirtschaft ist weitgehend von staatlicher Lenkung befreit. Das Außenhandelsmonopol wurde abgeschafft, die beschränkte In-

Tabelle 9

Wichtige Reformelemente in Polen

Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Betätigung	Preisbildung	Geld- und Kreditwesen	Finanzverfassung
Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für private und staatliche Unternehmen (1988/89)	Verminderung des staatlichen Einflusses in der Preisbildung auf ein geringes Maß (Januar 1990)	Einführung eines 2-stufigen Bankensystems (Januar 1988)	Drastische Kürzung von Subventionen im Zuge der Preisreform (Januar 1990)
Beseitigung der Begrenzungen für den Anteilserwerb durch ausländische Investoren, durch neue gesetzliche Bestimmungen über Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung (Dezember 1988)		Gewährung der vollständigen Unabhängigkeit für die Notenbank hinsichtlich der Kreditpolitik (Dezember 1989) Abschaffung der unverzinslichen Kreditgewährung an den Staat (1990)	Begrenzung der Haushaltsfinanzierung durch Notenbankkredite auf 2 vH der Gesamtausgaben (Januar 1990) Vereinheitlichte Besteuerung für die unterschiedlichen Unternehmensformen (Januar 1990)
Abschaffung der zentral geplanten Verteilung der materiellen Inputfaktoren und des zentralen Jahresplans (Januar 1990) Weitgehender Abbau von Importschranken und Einführung eines einheitlichen Zollsatzes für Importe (Januar 1990)		Devisenkonten für Private bei Geschäftsbanken möglich; Einführung der beschränkten Inländerkonvertibilität. Für Unternehmen: Abtretung sämtlicher Deviseneinnahmen; dafür begrenzter Erwerb von Devisen möglich (Januar 1990)	
Schaffung der rechtlichen und institutionellen Grundlagen für die Privatisierung der Staatsbetriebe (Juli 1990)			

Quellen: IWF, UN

länderkonvertibilität des Złoty und ein einheitlicher Wechselkurs wurden eingeführt. Mengenmäßige Beschränkungen für Importe aus dem Westen bestehen nur noch in Ausnahmebereichen. Im Juli verabschiedete das Parlament ein Gesetz über die Privatisierung der Staatsbetriebe, die unter der Aufsicht eines neu zu schaffenden Ministeriums vollzogen werden soll; die Privatisierung soll durch die Umwandlung der Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften und die Veräußerung der Anteile erfolgen. Außerdem sollen das Steuersystem grundlegend umgestaltet und die Funktionsweise des 1988 eingeführten zweistufigen Bankensystems verbessert werden. Maßnahmen wie der Abbau von Subventionen, die restriktivere Vergabe von Krediten und steuerpolitische Maßnahmen gegen überhöhte Lohnzuwächse haben maßgeblich zur Beseitigung des hohen Haushaltsdefizits und der galoppierenden Inflation beigetragen.

In *Ungarn* sind seit Mitte 1987 verschiedene marktorientierte Strukturreformen durchgeführt worden (Tabelle 10). In mehreren Schritten wurde der Anteil der sich frei bildenden Preise im Konsumgüterbereich erheblich erhöht. Das alte Abgabensystem wurde durch Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuern ersetzt und ein zweistufiges Bankensystem errichtet. Neueste Anpassungen der rechtlichen Rahmenbestimmungen gewährleisten gleiche Wettbewerbsbedingungen für die unterschiedlichen Unternehmensformen. Der Außenhandel ist in den letzten Jahren zunehmend liberalisiert worden, zur Einführung der Konvertibilität hat man sich jedoch noch nicht entschließen können. Eine staatliche Vermögensagentur ist mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen betraut; Unternehmensanteile können auch über die Anfang des Jahres eröffnete Budapester Börse veräußert werden.

Tabelle 10

Wichtige Reformelemente in Ungarn

Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Betätigung	Preisbildung	Geld- und Kreditwesen	Finanzverfassung
Beseitigung bevorzugter Wettbewerbsbedingungen für staatliche Unternehmen	Weitgehender Abbau der staatlichen Preissetzung	Einführung eines 2-stufigen Bankensystems (Anfang 1987)	Steuerreform (1988/1989): Abschaffung kostenverzerrender Steuern; Umstellung des Steuersystems: Einführung einer Umsatzsteuer (Sätze: 1990: 0, 15, 25 vH), einer Ertragsteuer (1990: 45 vH) sowie einer persönlichen Einkommensteuer (Spitzensatz 1990: 50 vH)
Verschärfung des Konkursgesetzes (1986)	Einführung leistungsabhängiger Lohnformen (1987/88)	Devisenerwerb für ausländische Investoren zum Zwecke des Gewinntransfers möglich (Januar 1989)	
Erwerb inländischer Unternehmensanteile für Privatpersonen möglich. Keine staatliche Genehmigungspflicht für Minderheitsbeteiligungen ausländischer Investoren. Recht auf Entschädigung im Falle einer Enteignung (Januar 1989)	Einführung kollektiver Lohnverhandlungen mit Zwangsbesteuerung exzessiver Lohnzuwächse (Anfang 1989)	Bei Geschäftsbanken: Devisenkredite an Unternehmen, Devisenkonten für Privatpersonen (1989); Abwicklung des Zahlungsverkehrs von Außenhandelsgesellschaften (Anfang 1990)	
Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Gründung und Umwandlung von Betrieben nach westlichen Organisationsformen (GmbH, AG), sowie zur Umwandlung und Privatisierung von staatlichen Betrieben (1989/90)		Gründung der Budapester Wertpapierbörse (Juni 1990)	
Reduzierung der Lizenzpflicht für Importe aus dem Westen auf einen Anteil von etwa 35 vH der Westimporte 1988 (Januar 1990)			
Bildung eines „Rates zur Abstimmung der Interessen" aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber (August 1990)			

Quellen: IWF, nationale Veröffentlichungen

50. Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in den östlichen Reformländern decken grundsätzliche Schwierigkeiten bei der Umgestaltung der sozialistischen Volkswirtschaften auf. Wenn sich der Staat aus der Lenkung der Produktion zurückzieht und sich Mengen und Preise fortan nach den Marktkräften ausrichten, treten zunächst die wirtschaftlichen Mißstände des alten Systems offen zu Tage. Viele Betriebe können nach dem Fortfall der staatlichen Subventionen ihre Produkte nicht mehr absetzen, insbesondere dann nicht, wenn sie durch die Öffnung der Grenzen schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Die Folge sind Produktionsrückgänge und steigende Arbeitslosigkeit. Dies und der Preisanstieg vieler nun nicht mehr subventionierter Güter des Grundbedarfs verursachen bei Teilen der Bevölkerung Realeinkommensverluste; Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung breitet sich aus.

Die positiven Wirkungen der Reformen auf Produktion, Einkommen und Beschäftigung können sich dagegen erst nach geraumer Zeit einstellen, wenn die Betriebe wettbewerbsfähige Produkte bis zur Marktreife entwickelt haben und neue Unternehmen auf die Märkte drängen. Die dazu erforderliche Dezentralisierung und Privatisierung des Unternehmenssektors gestalten sich jedoch schwieriger und langwieriger als der Subventionsabbau und die Liberalisierung der Preise.

Die Anpassungskosten der Übergangsphase stellen einen erheblichen Risikofaktor für den Reformprozeß dar. Wenn sich die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung drastisch verschlechtert und die Perspektive auf eine Verbesserung unsicher bleibt, ist die Gefahr groß, daß nicht mehr die alte sozialistische Ordnung, sondern die marktwirtschaftlichen Reformen für die schlechte Lage verantwortlich gemacht werden. Dies kann zum Nachlassen der Reformbemühungen und im schlimmsten Fall zur Umkehr auf halbem Weg führen. Wird die Transformation der sozialistischen Volkswirtschaften blockiert, werden sie letztlich weiter zurückfallen. Es ist heute noch keineswegs ausgeschlossen, daß es so kommen wird.

Osteuropas Bemühungen um weltwirtschaftliche Integration

51. Der Ost-West-Handel verharrte jahrzehntelang auf niedrigem Niveau. Gerade 2,5 vH ihrer Außenhandelsumsätze erzielten die Länder der OECD im Jahre 1988 im Handel mit den osteuropäischen Ländern. Verantwortlich war hierfür die Abschottung, die die östlichen Volkswirtschaften aufgrund ihrer schwachen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer daraus resultierenden Devisenknappheit für notwendig erachteten. Bei dieser geringen Einbindung in den Welthandel muß es nicht bleiben.

Die Handelsbeziehungen zwischen Westeuropa und den osteuropäischen Ländern haben sich seit Beginn letzten Jahres deutlich intensiviert (Tabelle 11), wenn auch bei den einzelnen Ländern unterschiedlich. Am kräftigsten ist die Zunahme bei Polen, das mit der Liberalisierung der Außenwirtschaft die Grundvoraussetzung für die Orientierung des Handels in Richtung Westen geschaffen hat. Begünstigend für den Handel werden nicht zuletzt politische Bemühungen der Länder wirken, die unter anderem zum Abschluß von Handels- und Kooperationsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften geführt haben.

52. Der jüngste Aufschwung im Ost-West-Handel sollte indes nicht überschätzt werden. Vorerst wird der Ost-Handel für die westlichen Industrieländer von untergeordneter Bedeutung bleiben. Noch sind die Reformbemühungen in den osteuropäischen Ländern im Frühstadium; da zudem die wirtschaftliche Entwicklung durch die Agonie der sozialistischen Endphase geschwächt bleibt, fehlt es fürs erste an Impulsen, die zu einer nachhaltig kräftigen Nachfrage nach westlichen Gütern führen könnten. Auch das Exportangebot dieser Staaten entspricht noch nicht den Anforderungen der westlichen Märkte. In manchen Bereichen sind die Produkte osteuropäischer Anbieter selbst bei erheblichen Preiszugeständnissen nicht auf westlichen Märkten absetzbar. Die angespannte Verschuldungssituation einiger Länder steht Steigerungen der Importe entgegen. Die Sowjetunion profitierte

Tabelle 11

Zur Entwicklung des Ost-West-Handels

Zeitraum	Warenaustausch[1]) ausgewählter westeuropäischer Länder[2]) mit						
	Bulgarien	Polen	Rumänien	Sowjetunion	Tschechoslowakei	Ungarn	Zusammen
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH						
1988 1. Hj.	+10,7	+14,7	− 3,1	+ 1,4	+ 6,1	− 1,1	+ 3,4
2. Hj.	− 9,6	+18,1	−12,9	+ 5,0	+ 5,4	+ 8,0	+ 5,0
1989 1. Hj.	+ 7,5	+35,3	+17,2	+22,5	+13,4	+27,0	+22,9
2. Hj.	+ 2,6	+22,5	+ 8,5	+16,0	+10,8	+19,3	+15,8
1990 1. Hj.	−21,7	+11,0	− 7,1	+ 3,1	+ 9,9	+ 7,2	+ 3,8

[1]) Ausfuhr plus Einfuhr.
[2]) Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien und Niederlande.

Quelle für Grundzahlen: EG

zwar von den gestiegenen Ölpreisen; bedingt durch die interne Wirtschaftskrise häuften sich im Laufe des Jahres jedoch Zahlungsschwierigkeiten auf seiten der sowjetischen Importeure, und die rückläufige Erdöl- und Kohleförderung hat die Liefermöglichkeiten in den Westen begrenzt.

Erst auf lange Sicht können mit den Reformen Voraussetzungen für eine kräftige Expansion des Ost-West-Handels geschaffen werden. Die geographische Nähe und die schon bestehenden Geschäftsbeziehungen werden dabei die westeuropäischen Länder begünstigen; mit der Bundesrepublik, Frankreich und Italien — den wichtigsten westlichen Handelspartnern — wickelten die osteuropäischen Länder in den letzten Jahren durchschnittlich über 40 vH ihres OECD-Handels ab.

53. Die Neugestaltung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen umfaßt auch den Handel zwischen den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Insbesondere Polen und Ungarn sind nicht länger gewillt, die Modalitäten des RGW-Systems zu akzeptieren. Von Beginn des nächsten Jahres an sollen die Handelsbeziehungen innerhalb des RGW auf der Grundlage von aktuellen Weltmarktpreisen und in konvertiblen Währungen abgewickelt werden. Dies wird den Anpassungsbedarf der Volkswirtschaften verstärken; denn unter dem alten RGW-System haben sich Produktionsstrukturen herausgebildet, die nach der Umstellung nicht werden bestehen können. Der notwendige Strukturwandel dürfte für Länder mit einer vergleichsweise starken Einbindung in den RGW-Handel, wie etwa Bulgarien und die Tschechoslowakei, schwerer zu bewerkstelligen sein als für Polen und Ungarn, die bereits vergleichsweise intensive Handelsbeziehungen mit westlichen Industrieländern haben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen der RGW-Länder untereinander beschränkten sich weitgehend auf den bilateralen Tausch von Gütern, der durch staatliche Instanzen in Fünf-Jahresplänen festgelegt wurde. Wegen der Inkonvertibilität der Währungen wurden die Handelsströme in einer künstlichen Währungseinheit, dem Transferrubel, verrechnet. Entstehende Salden wurden durch Güterströme in den folgenden Perioden ausgeglichen. Die Güterpreise wurden in der Regel auf der Grundlage eines gleitenden Fünf-Jahres-Durchschnitts der Weltmarktpreise bestimmt. Die Exporteure von Investitionsgütern — insbesondere die DDR und die Tschechoslowakei — haben aufgrund der Qualitätsunterschiede zwischen ihren Exportprodukten und den entsprechenden westlichen Gütern von dieser Art der Preisbildung profitiert. Die Sowjetunion hat dagegen ihr wichtigstes Exportgut — Erdöl — jahrelang unter Weltmarktpreis in die RGW-Partnerländer exportiert.

Das Volumen des RGW-Handels ist in diesem Jahr deutlich zurückgegangen. Die Sowjetunion hat — hauptsächlich wegen Schwierigkeiten bei Förderung und Transport — ihre Öllieferungen an die RGW-Handelspartner teilweise drastisch eingeschränkt. Dies hat einen verstärkten Rückgang des RGW-Handels ausgelöst, da die betroffenen Länder mit Kürzungen ihrer Exporte in die Sowjetunion reagiert haben. Die Verknappung der sowjetischen Öllieferungen trifft die Länder doppelt. Zum einen erhöht sich ihre Ölrechnung sprunghaft, weil sie nun Öl am Weltmarkt einkaufen müssen. Einige Länder sahen sich sogar mit drastischen Versorgungsmängeln konfrontiert. Zum anderen verschlechtern sich die Absatzmöglichkeiten in der UdSSR. Die Krise am Golf verschärft die Leistungsbilanzprobleme; denn Öl auf den Weltmärkten ist (vorerst) teurer geworden. Die Lage wird sich für die Käufer sowjetischen Öls weiter verschlechtern, wenn von Beginn nächsten Jahres an Öllieferungen aus der UdSSR zu Weltmarktpreisen abgerechnet werden.

Zum Rückgang des RGW-Handelsvolumens hat beigetragen, daß Betriebe in der ehemaligen DDR — nach der Sowjetunion der zweitgrößte RGW-Handelspartner der meisten Länder — ihre Bestellungen storniert haben (Ziffer 92). Die Exporte der Staatshandelsländer in die DDR, die bereits im ersten Halbjahr schrumpften, sanken nach Schaffung der deutschen Währungsunion auf etwa ein Viertel des Vorjahresniveaus.

54. Die Reformanstrengungen der osteuropäischen Staaten werden durch die westlichen Industrienationen und internationale Organisationen unterstützt. Neben verschiedenen bilateralen Hilfeleistungen wird die Unterstützung hauptsächlich im Rahmen des Programms „PHARE" (Pologne Hongrie Assistance Restructuration Economique) durchgeführt, das die G-24-Länder Mitte 1989 in Paris für Polen und Ungarn beschlossen haben. Bis zum April dieses Jahres sind bereits Mittel in Höhe von über 15 Mrd Dollar bilateral und multilateral bereitgestellt worden. In diesem Betrag summieren sich unterschiedliche Komponenten, wie Kredite, Bürgschaften, aber auch Nahrungsmittellieferungen. Der Kreis der Empfängerländer wurde inzwischen um Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei erweitert; geprüft werden Leistungen für die Sowjetunion.

Weiterhin sollen bestehende Handelsschranken abgebaut werden, um die Exportmöglichkeiten der osteuropäischen Länder zu verbessern. Außerdem erweitert die Lockerung der COCOM-Bestimmungen die Bezugsmöglichkeiten an technologieintensiven Gütern aus dem Westen, die für den Modernisierungsprozeß ihrer Volkswirtschaften wichtig sind.

Ein weiteres, wichtiges Element der westlichen Hilfe ist die Beratung der politischen Entscheidungsträger, etwa beim Aufbau neuer Institutionen oder der Konzipierung einzelner Reformen. Sie wird vor allem vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchgeführt; inzwischen sind alle Länder bis auf die Sowjetunion Mitglied dieser Institutionen.

55. Die Unterstützung der Reformen durch die westlichen Industrienationen kann wesentlich dazu beitragen, daß der Transformationsprozeß in Osteuropa beschleunigt wird. Der Beitrag kann jedoch nicht darin liegen, mit öffentlichen Mitteln den immensen Kapitalbedarf zur Modernisierung der osteuropäischen Volkswirtschaften zu befriedigen — es ist vor allem die Mobilisierung der eigenen Ersparnisse, aber auch der Zustrom privaten Kapitals aus dem Westen notwendig. Noch sind die Voraussetzungen dafür schlecht. Die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in den osteuropäischen Staaten begrenzen das Engagement privater Investoren vorerst.

Westliches Kapital, sei es aus privaten oder öffentlichen Quellen, kann zum Erfolg der Reformen der öst-

lichen Staaten nur beitragen, wenn es investiv verwendet wird, etwa zur Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Schiene, Telekommunikation, Umweltschutz), zur Ausbildung der Menschen oder zur Modernisierung der Produktionstechnik. Eine weitgehend konsumtive Verwendung zufließender Mittel würde nur zu einer letztlich sich krisenhaft zuspitzenden Verschuldung der östlichen Volkswirtschaften führen.

Westliche Kapitalzuflüsse sind auch kein Substitut für energische Reformanstrengungen der osteuropäischen Länder. Die Vergabe von Krediten sollte deswegen von Art und Umfang der Reformen in den einzelnen Ländern abhängig bleiben. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß der Anpassungsdruck für die Länder gemildert würde, die Reformbestrebungen nachließen und die Länder von Kapitalzuflüssen dauerhaft abhängig blieben. Ohne daß die effiziente Kapitalverwendung in den osteuropäischen Ländern gesichert ist, flösse das westliche Kapital in ein Faß ohne Boden.

56. Von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung in Osteuropa ist der Abbau von Handelsschranken, die auf einigen westlichen Märkten bestehen. Derzeit beeinträchtigt die Abschottung von Märkten — wie etwa im Agrar- und Textilbereich — die Entwicklungsmöglichkeiten von potentiellen Anbietern auch in Osteuropa. Zu den wichtigen Weichenstellungen in diesem Bereich gehört insbesondere der erfolgreiche Abschluß der laufenden GATT-Runde (Ziffer 70).

Auswirkungen auf die internationalen Kapitalströme

57. Die Länder Osteuropas benötigen beträchtliche finanzielle Mittel, um ihre Volkswirtschaften umzugestalten und zu modernisieren. Kurzfristig ist mit einer spürbaren zusätzlichen Inanspruchnahme der internationalen Kapitalmärkte durch die Länder Osteuropas allerdings nicht zu rechnen. Zum einen wird die Kreditwürdigkeit der Reformländer durch die unsicheren Erfolgsaussichten des gesellschaftlichen Wandels beeinträchtigt. Die instabile politische Lage und die teilweise drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation haben Zweifel daran verstärkt, daß die Länder ihren Schuldendienstverpflichtungen fristgerecht nachkommen werden. Zum anderen sind einige der Länder bereits hochverschuldet. Dies gilt insbesondere für Polen, Bulgarien und Ungarn, die in den letzten Jahren einen erheblichen Teil ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aufwenden mußten (Tabelle 12). Verbindlichkeiten bestehen — mit Ausnahme von Polen und Rumänien — großteils gegenüber westlichen Geschäftsbanken. Die internationalen Anleihemärkte wurden bislang lediglich von Ungarn (Schuldenstand Ende 1989: 3,4 Mrd Dollar) und der Sowjetunion (1,6 Mrd Dollar) in nennenswertem Umfang beansprucht.

58. Richtige Weichenstellungen in der Reformpolitik unterstellt, werden die osteuropäischen Länder auf längere Sicht einen beträchtlichen Kapitalsog entfalten. Dies wird sich auf die internationalen Kapitalströme auswirken. Der internationale Wettbewerb um das zur Verfügung stehende Kapital wird intensiver, tendenziell treibt dies den Zins nach oben. Dies wäre insgesamt gesehen dann nicht wachstumshemmend, wenn zugleich mit den Zinssteigerungen höhere Investitionsrenditen entstünden. Tatsächlich ist dies nicht ausgeschlossen. Mit der Integration der östlichen Volkswirtschaften würde sich die internationale Arbeitsteilung verstärken. Zudem entstünde ein riesiger Nachholbedarf im Osten, der nicht zuletzt durch Lieferungen aus den westlichen Ländern, aber auch aus den Entwicklungsländern zu befriedigen wäre. Dies sind gute Aussichten für Investoren. Auf jeden Fall

Tabelle 12

Zur Verschuldung osteuropäischer Länder

Land	Bruttoverschuldung		Nettoverschuldung[1]		Verhältnis von Zinszahlungen zu Exporten		Anteil der Bankverbindlichkeiten[2] an den Gesamtverbindlichkeiten
	1988	1989	1988	1989	1988	1989	1988
	Mrd US-Dollar				vH		
Bulgarien	7,7	9,0	5,9	7,7	*13,1*	*24,2*	*71*
Polen[3]	39,2	39,9	35,6	36,5	*36,8*	*41,7*	*19*
Rumänien	3,1	1,4	2,3	– 0,1	*2,8*	*0,6*	*19*
Sowjetunion	41,7[4]	50,6[4]	26,5[4]	36,4[4]	*4,0*	*4,9*	*62*
Tschechoslowakei	5,2	5,1	3,5	3,1	*4,3*	*5,1*	*59*
Ungarn[3]	19,6	20,6	18,2	19,5	*18,8*	*24,6*	*57*
Nachrichtlich: Deutsche Demokratische Republik[3]	20,2	20,6	10,7	11,0	9,5	*11,2*	*67*

[1] Bruttoverschuldung abzüglich der Guthaben bei Banken, die der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichten.
[2] Ohne staatliche Bürgschaft.
[3] 1989: vorläufige Schätzungen.
[4] Einschließlich RGW-Banken.

Quelle: UN

würde dadurch die Investitionsneigung weltweit gestärkt.

Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung durch den Kapitalbedarf Osteuropas entstehen allerdings, wenn Kapitalströme in diese Länder fließen, ohne daß dort die effiziente Kapitalverwendung gesichert ist. Insbesondere Kapital aus öffentlichen Quellen, sofern es nach politischen Kriterien und nicht nach Rentabilitätsüberlegungen gewährt wird, ist von solchen Fehlverwendungen bedroht. Das versickerte Kapital stünde für produktivere Verwendungen anderenorts nicht zur Verfügung. Dies unterstreicht einmal mehr, daß nicht so sehr der Umfang der Kapitalnachfrage des Ostens, sondern vielmehr die Modalitäten der Kapitalverwendung entscheidend sind, ob es zu einer nachhaltigen Belastung der internationalen Kapitalmärkte kommen wird.

59. Zunehmend erkennen die osteuropäischen Regierungen die Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen. In früheren Jahren blieben der Anteilserwerb durch ausländische Investoren sowie die Rückführung von Gewinnen beschränkt, und Interessenten wurden oftmals durch vielfältige bürokratische Hemmnisse abgeschreckt. Aus ideologischen Gründen wurde das Engagement ausländischer Investoren auf die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen (Joint ventures) beschränkt. In der jüngsten Vergangenheit sind die Rahmenbedingungen teilweise wesentlich verbessert worden. So sind inzwischen in allen Ländern die rechtlichen Möglichkeiten für den vollständigen Besitz von Unternehmen durch ausländische Investoren geschaffen und in den meisten Ländern künstliche Wettbewerbsvorteile für staatliche Betriebe verringert worden. Beschränkungen für den Gewinntransfer wurden weiter abgebaut und steuerliche Anreize für ausländische Direktinvestitionen geschaffen. Die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte ist insbesondere in der Sowjetunion, Ungarn und Polen seit Beginn letzten Jahres emporgeschnellt.

Westliche Direktinvestitionen dürften besonders geeignet sein, den Umstrukturierungsprozeß voranzubringen; denn mit dem finanziellen Engagement ist zumeist auch ein Transfer technischen und kaufmännischen Wissens und ein Zugang zu Absatzmärkten verbunden. Noch verbliebene Hemmnisse — wie zeitintensive Genehmigungsverfahren, Einschränkungen beim Erwerb von Grundstücken und beim Gewinntransfer — sollten daher zügig beseitigt werden.

60. Viele Entwicklungsländer befürchten, daß sie angesichts der Öffnung Osteuropas im Wettbewerb um internationales Anlagekapital und Direktinvestitionen in Zukunft schlechter abschneiden werden. Der in diesem Fall zu erwartende Zinsanstieg würde nachteilige Folgen insbesondere für die hochverschuldeten Länder der dritten Welt mit sich bringen; denn für sie steigen die Schuldendienstverpflichtungen weiter an. Besonders spürbar wären die zusätzlichen Belastungen für die Länder, die schon jetzt Schwierigkeiten bei der Bedienung ihrer Schulden haben, wie viele Länder in Lateinamerika und in Afrika.

Unter dem Druck osteuropäischer Reformen werden sich die Entwicklungsländer um so mehr bemühen müssen, die Rahmenbedingungen für inländische und ausländische Investoren besser zu gestalten. Dazu gehören insbesondere eine Geldpolitik und Finanzpolitik, die auf die Stabilisierung der makroökonomischen Entwicklung gerichtet sind. Nicht zuletzt besteht in vielen dieser Länder Bedarf an Strukturreformen, beispielsweise müßte der oftmals große staatliche Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß zurückgedrängt werden. Wo eine solche Politik betrieben wird, kann ein Land beim Wettbewerb um das internationale Anlagekapital durchaus Punkte gewinnen. Nicht zuletzt stellen die Märkte in Osteuropa auch ein Nachfragepotential für die Entwicklungsländer dar, insbesondere für die Schwellenländer.

61. Der mit der marktwirtschaftlichen Umgestaltung Osteuropas verbundene hohe Kapitalbedarf hat die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Ersparnisse in den Industrieländern gelenkt. In den OECD-Ländern unterschreitet die Sparquote das Niveau der beiden vorigen Dekaden deutlich (Tabelle 13). Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Sparquote kam in erster Linie durch das Verhalten des Staates zustande, die staatli-

Tabelle 13

Bruttoersparnis[1] in ausgewählten OECD-Ländern

Anteil am Bruttosozialprodukt in vH

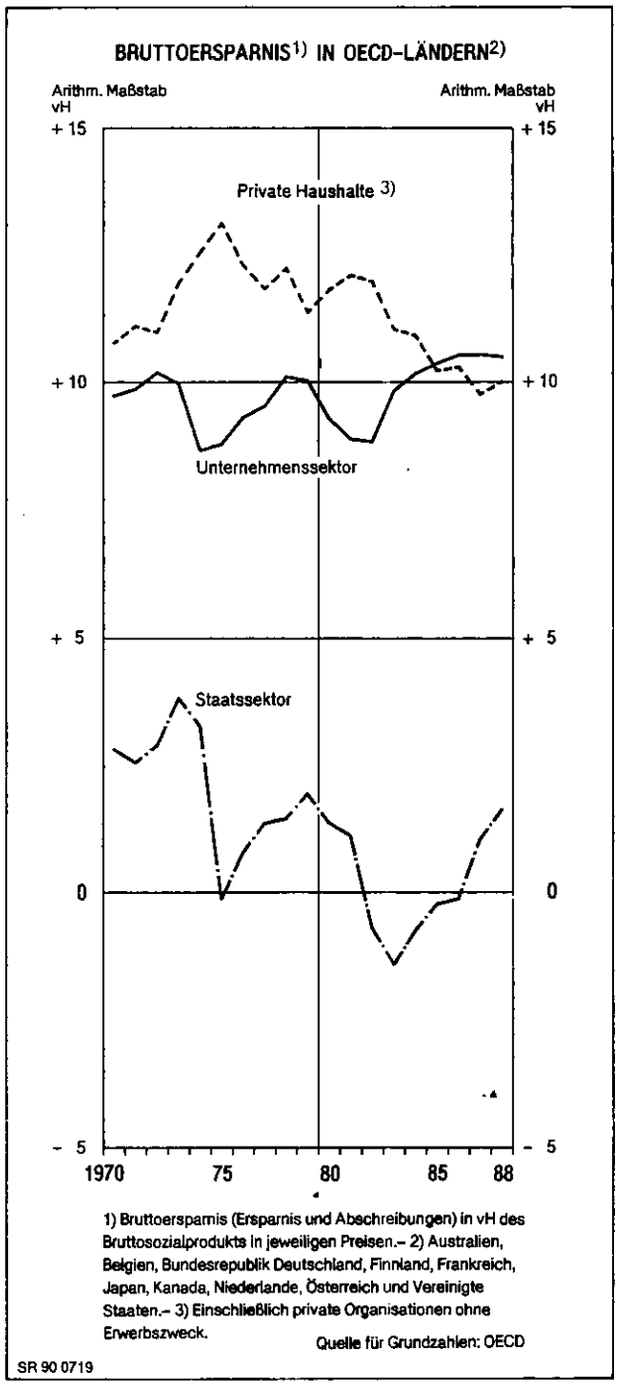
Land	1961 bis 1970[2]	1971 bis 1980[2]	1981 bis 1988[2]	1986	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	27,2	23,3	22,3	23,9	23,6	24,5
Frankreich	26,5	25,0	19,8	20,0	19,6	20,5
Großbritannien	18,9	17,7	16,8	16,3	16,3	16,4
Italien	27,8	25,6	21,6	21,3	20,7	20,9
Japan	36,2	33,5	31,5	31,9	32,3	33,3
Kanada	22,3	23,1	20,3	18,5	19,6	21,1
Vereinigte Staaten	19,5	19,5	15,9	14,7	14,5	15,1
OECD-Länder zusammen[3]	23,0	23,1	20,8	20,6	21,1	21,8

[1] Ersparnis und Abschreibungen. — Berichtsstand: Sommer 1990.
[2] Durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).
[3] Ohne Jugoslawien.

Quelle für Grundzahlen: OECD

chen Ersparnisse gingen im Zusammenhang mit den Beschäftigungseinbrüchen nach den beiden Ölpreiskrisen in fast allen Ländern zurück. Den zuletzt erzielten Konsolidierungserfolgen ist es zu verdanken, daß die Sparquote des Staates im Durchschnitt aller Länder wieder anstieg (Schaubild 3).

Schaubild 3



Im Gegensatz zu der stark schwankenden Sparquote des Staates blieben die Ersparnisse des privaten Sektors insgesamt weitgehend stabil. Dies gilt allerdings nicht für die Teilaggregate. Die Sparquote des Unternehmenssektors sank parallel zu den sinkenden Gewinnen Mitte der siebziger Jahre in den meisten Ländern merklich. Danach setzte im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwungs eine Erholung ein. Die Sparquote der privaten Haushalte entwickelte sich vielerorts spiegelbildlich, indem sie Mitte oder Ende der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte und danach tendenziell absank. Vielfach wird dies damit in Zusammenhang gebracht, daß den Haushalten zunehmend bessere Möglichkeiten geschaffen wurden, Konsum durch Kredite zu finanzieren. Möglicherweise haben aber auch die zusätzlichen Ersparnisse der Unternehmen zu der Entwicklung beigetragen; denn diese haben das Vermögen der Eigentümer der Unternehmen erhöht und somit den Bedarf für eine eigene Ersparnisbildung vermindert.

62. Eine Fortsetzung des tendenziellen Anstiegs der Sparquote, wie er sich seit einigen Jahren vollzieht, würde die Finanzierungsbedingungen für Investitionen und darüber die Wachstumsbedingungen weltweit verbessern. Aus Sicht der Entwicklungsländer und der osteuropäischen Reformländer wäre eine solche Entwicklung in doppelter Hinsicht vorteilhaft. Infolge eines höheren Wirtschaftswachstums in den Industrieländern stiege auch die Nachfrage nach Produkten aus diesen Ländern. Darüber hinaus würde ein steigendes Kapitalangebot dem nachfrageinduzierten Zinsanstieg durch die Öffnung Osteuropas entgegenwirken und die Finanzierungskosten für Kapitalimporte, aber auch die Zahlungsverpflichtungen für die bestehenden Schulden im Anstieg begrenzen.

Inwieweit eine erhöhte Sparquote letztlich ein höheres Wirtschaftswachstum begünstigen kann, hängt allerdings davon ab, in welche Verwendungen die internationalen Ersparnisse fließen. Große Bedeutung kommt dabei den Prioritäten der Finanzpolitik in den einzelnen Ländern zu. Eine Überprüfung des finanzpolitischen Kurses ist insbesondere in solchen Ländern zu fordern, in denen in hohem Maße konsumtive Ausgaben durch staatliches Entsparen finanziert werden.

IV. Das multilaterale Handelssystem am Scheideweg

63. Ungeachtet aller Bekenntnisse zu einer freien, multilateralen Handelsordnung behindert weiterhin eine Vielzahl protektionistischer Hemmnisse den internationalen Güteraustausch. Zwar konnte der Grad der Protektion durch Zölle in den letzten Jahrzehnten deutlich gesenkt werden. Jedoch wurden dafür inländische Sektoren in zunehmendem Maße mit anderen Mitteln — wie „freiwilligen" Selbstbeschränkungsabkommen, der extensiven Anwendung von Anti-Dumping-Maßnahmen und Subventionen — vom internationalen Wettbewerbsdruck abgeschottet. Diese sogenannten nicht-tarifären Handelsbeschränkungen verzerren in erheblichem Maße die Wettbewerbsbedingungen und mindern die Transparenz im internationalen Handel. Bedenklich stimmt auch, daß Verhandlungen über Handelsbeziehungen zunehmend auf bilateraler Ebene geführt worden sind. Der auf bestimmte Länder begrenzte Abbau von Handelsschranken läßt befürchten, daß sich Handelsblöcke herausbilden — in Westeuropa, Nordamerika und Südostasien — und die Grundprinzipien der bestehenden Handelsordnung, Multilateralität und Nichtdiskriminierung, an Geltung verlieren.

64. Protektionistische Eingriffe werden in der Regel auf Druck solcher Sektoren vorgenommen, die Schwierigkeiten haben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Weniger offensichtlich als die Vorteile für die geschützten Bereiche sind die hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten des Protektionismus: Die Konsumenten zahlen überhöhte Preise, wenn der Import billigerer Güter durch Außenschutz beschränkt ist. Kosten für die Steuerzahler entstehen, wenn Sektoren durch Subventionen direkt unterstützt werden oder infolge staatlich garantierter Abnahmepreise Überschüsse aufgekauft und gelagert werden müssen. Die so entstehenden Kosten für Konsumenten und Steuerzahler in den OECD-Ländern schätzt die OECD allein im Agrarsektor für das Jahr 1989 auf etwa 140 Mrd US-Dollar (Tabelle 14).

Tabelle 14

Subventionen im Agrarbereich in ausgewählten Ländern

Land		Subventions-Äquivalente[1]		
		1979 bis 1985[2]	1988[3]	1989[4]
Australien	Mio A $	1 103	1 677	1 650
	vH[5]	*11*	*10*	*10*
Kanada	Mio Kan $	4 936	7 476	6 224
	vH[5]	*30*	*43*	*35*
Japan	Mrd Yen	4 631	4 750	4 649
	vH[5]	*64*	*75*	*72*
Vereinigte Staaten	Mio US $	28 472	39 308	32 260
	vH[5]	*26*	*35*	*27*
Europäische Gemeinschaft[6] ..	Mio ECU	35 425	52 847	48 091
	vH[5]	*35*	*43*	*38*
OECD-Länder ...	Mio US $	98 790	162 998	141 176
	vH[5]	*34*	*45*	*39*

[1] Äquivalente für Subventionen, die Produzenten gewährt wurden. In diesen Beträgen spiegeln sich die Einnahmen der Landwirte wider, die über Marktstützungspreise direkte Leistungen und andere Unterstützungen erhalten, die durch Konsumenten und Steuerzahler aufgebracht werden. Kosten für den Eigenverbrauch an Tierfutter sind in den Beträgen nicht enthalten.
[2] Jahresdurchschnitte.
[3] Schätzung.
[4] Vorläufig.
[5] In vH des Produktionswertes.
[6] Für 1979 bis 1985 EG der Zehn, für 1988 und 1989 EG der Zwölf.

Quelle: OECD

Kosten können darüber hinaus für die Exportwirtschaft entstehen; denn in dem Maße, wie der Wechselkurs durch den Außenschutz überbewertet ist, verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen. Die damit verbundenen negativen Auswirkungen steigen, wenn Handelspartner mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren und infolgedessen Absatzmöglichkeiten in diesen Ländern beschränkt werden. Nicht zuletzt entstehen gesamtwirtschaftliche Kosten dadurch, daß die Entscheidung über Art, Ort und Umfang der Produktion von der nationalen Schutz- und Förderungspolitik beeinflußt wird und nicht allein anhand wettbewerblicher Kriterien — wie etwa der Ressourcenausstattung und relativer Kostenvorteile eines Landes — erfolgt. Damit wird die Signalfunktion des Marktes beeinträchtigt, und so werden Produktionsfaktoren in vergleichsweise unproduktive Bereiche gelenkt. Je stärker Bereiche abgeschottet sind, desto geringer ist zudem der Druck auf die geschützten Unternehmen, nach Verbesserungen ihrer Produkte und Produktionsverfahren zu streben und mögliche Kostensenkungen an die Verbraucher weiterzugeben, desto besser sind dagegen die Bedingungen für die Konzentration wirtschaftlicher Macht im Inland.

65. Vor dem Hintergrund nach wie vor starker protektionistischer Tendenzen und des um sich greifenden Bilateralismus in der Handelspolitik kommt der 8. Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die im Dezember dieses Jahres in Brüssel abgeschlossen werden soll, besondere Bedeutung zu (Tabelle 15, Seiten 50 ff.). Im Rahmen dieser sogenannten Uruguay-Runde wird seit Anfang 1987 ein umfangreicher Themenkatalog verhandelt, der weit über die vorherigen Verhandlungsrunden hinausgeht. Insgesamt 15 Verhandlungsgruppen sind damit befaßt, Zölle sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen und die Geltung der GATT-Regeln auf Bereiche auszudehnen, die bislang gar nicht oder in anderen Abkommen geregelt waren (Landwirtschaft, Textilien, Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums). Darüber hinaus wurde über Möglichkeiten verhandelt, die Funktionsweise des Regelwerks zu verbessern und die GATT-Institution durch eine neue Handelsorganisation zu ersetzen.

Kurz vor dem geplanten Ende der Runde im Dezember ist jedoch eine Einigung noch nicht abzusehen. In vielen Verhandlungsgruppen bestehen die Interessengegensätze wenig verändert fort. Von besonderer Bedeutung für den Gesamterfolg der Runde sind Einigungen in den Bereichen Landwirtschaft, Textilien, Dienstleistungen und Schutz geistigen Eigentums.

66. Im Rahmen der Uruguay-Runde sollen die GATT-Prinzipien auch im Agrarsektor — bislang ein Ausnahmebereich — zur Geltung gebracht werden. Der Welthandel mit Agrarprodukten ist durch ein hohes Maß an Interventionismus in praktisch allen Industrieländern gekennzeichnet. In der Europäischen Gemeinschaft entstehen infolge staatlich garantierter Abnahmepreise und der Abschottung des Binnenmarktes in manchen Bereichen hohe Überschüsse, die hochsubventioniert auf den Weltmärkten abgesetzt werden.

Nach langen internen Auseinandersetzungen haben die Mitgliedsländer Anfang November den Vorschlag der EG-Kommission für die GATT-Verhandlungen im wesentlichen akzeptiert. Danach soll das globale Subventionsniveau bis 1996 um 30 vH verringert werden. Zugrunde gelegt wird dabei das Jahr 1986, in dem die Unterstützungszahlungen außergewöhnlich hoch waren. Darüber hinaus sollen seitdem vorgenommene Verringerungen von Subventionen — wie sie sich vor allem infolge der Einführung von Marktstabilisatoren ergeben haben — angerechnet werden. Konkrete Schritte zum Abbau des Außenschutzes werden auf Drängen insbesondere der französischen und deutschen Landwirtschaftsminister nicht genannt. Vielmehr sollen die Zollschranken nicht schneller abgebaut werden als die inländischen Stützungszahlungen. Selbst wenn der Abbau parallel vollzogen würde, wie dies in dem ursprünglichen Vorschlag der Kom-

mission vorgesehen war, käme eine Verringerung um 30 vH nicht zustande; denn im Gegensatz zu den internen Subventionen sind die Zollschranken seit 1986 im wesentlichen unverändert aufrechterhalten worden. Auch für die Verringerung der Exportsubventionen enthält der Vorschlag kein quantifiziertes Angebot. Ein Abbau würde sich nur im Zusammenhang mit sinkenden inländischen Preisen ergeben. Dies ist allerdings an die Voraussetzung geknüpft, daß die Weltmarktpreise unverändert bleiben. Es ist außerdem vorgesehen, vor dem globalen Subventionsabbau in einigen Bereichen (so etwa bei Futtermitteln und Ölsaaten) zunächst Zölle aufzubauen (rebalancing). Nicht zuletzt sollen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um die entstehenden Einkommensverluste der Landwirte auszugleichen. Mit diesem Vorschlag, der seit Mitte Oktober überfällig war, bleibt die Europäische Gemeinschaft weit hinter den Forderungen der großen Agrarexportländer zurück, die insbesondere auf einen substantiellen Abbau der Exportsubventionen drängen. Die Verhandlungen im Agrarbereich sind von elementarer Bedeutung, denn der Abschluß in einigen wichtigen anderen Verhandlungsgruppen ist davon abhängig gemacht worden, ob eine Einigung im Agrarsektor gelingt.

67. Nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens soll der Handel mit Textilien Ende 1991 vollständig nach GATT-Grundsätzen geregelt werden. Durch das geltende Abkommen werden insbesondere Lieferungen der Entwicklungsländer in die Industrieländer durch Importquoten begrenzt. Über die Ausgestaltung der Übergangsperiode konnte bislang keine Einigung erzielt werden. Die Vereinigten Staaten sind noch nicht von ihrem Globalquoten-Vorschlag abgerückt, nach dem sich sämtliche Exportnationen eine Quote auf den jeweiligen Märkten teilen sollen.

68. Die Übertragung der GATT-Prinzipien auf den Handel mit Dienstleistungen, der im Welthandel eine zunehmend wichtige Rolle spielt, ist ein Anliegen vieler Industrieländer. Unklar ist, welche Bereiche in das neu zu schaffende Regelwerk einbezogen werden sollen und ob Länder Ausnahmebereiche benennen können. Zudem besteht auf seiten vieler Entwicklungsländer die Befürchtung, daß eine schnelle Liberalisierung in manchen Bereichen negative Auswirkungen für heimische Anbieter hätte (Finanzdienstleistungen) oder einen Einstieg in neue Märkte verhindern könnte (Telekom). Um Nachteile für die Entwicklungsländer zu vermeiden, wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, darunter ein zeitlich versetzter Abbau der Handelsschranken, beginnend in den Industrieländern, und besondere Schutzmaßnahmen für Anbieter in Entwicklungsländern.

69. Die nationalen Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums weichen bislang stark voneinander ab. Die Industrieländer wollen deswegen eine weltweit einheitliche Rechtslage schaffen. Dagegen sollte nach Auffassung vieler Entwicklungsländer die Entscheidung über Ausmaß und Art des Schutzes — insbesondere in Bereichen von öffentlicher Bedeutung wie dem Gesundheitswesen, der Landwirtschaft und der Verteidigung — weiterhin den nationalen Regierungen überlassen bleiben. Sie fürchten darüber hinaus, in Verhandlungen mit den — monopolistischen — Anbietern eine schlechte Position zu haben und möglicherweise vom Wissenstransfer zunehmend abgekoppelt zu werden.

70. Ein Scheitern der Uruguay-Runde wäre ein Rückschlag für die Weltwirtschaft. Die Erosion des multilateralen Handelssystems, die auch während der laufenden Verhandlungen nicht gestoppt werden konnte, würde sich rapide beschleunigen. In den dann zunehmend bilateral vereinbarten Handelsbeziehungen kämen verstärkt politische Interessen zum Ausdruck, und protektionistische Forderungen wettbewerbsschwacher Sektoren gewännen an Einfluß. Das weitere Voranschreiten der internationalen Verflechtung der Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten würde verlangsamt. Eine solche Entwicklung wäre zum Nachteil aller am Handel beteiligten Nationen. Für die stark exportorientierte Bundesrepublik gilt dies in besonderem Maße.

Noch ist die Chance nicht vertan, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Dabei geht es in erster Linie um konkrete Schritte zur Beseitigung von Handelsschranken, die auch durch Vorhaben über institutionelle Veränderungen des GATT nicht aufgeschoben werden dürfen. Insbesondere die führenden Handelsnationen — die Länder der Europäischen Gemeinschaften, die Vereinigten Staaten und Japan — sind gefordert, ihre Bekenntnisse zu einem multilateralen Handelssystem jetzt umzusetzen. Der umfassende Abbau von Handelsschranken ist angesichts der gewachsenen internationalen Herausforderungen noch dringlicher geworden. Eine Öffnung der Märkte in den Industrieländern würde die Bedingungen erheblich verbessern, daß ein Wachstumsprozeß in den Entwicklungsländern wieder eingeleitet, die schwelende Verschuldungskrise entschärft und die Transformation der Volkswirtschaften Osteuropas erleichtert werden können.

Tabelle 15

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1990	
20. März	Die Regierung Venezuelas einigt sich mit Vertretern der ausländischen Geschäftsbanken über ein Abkommen zur Reduzierung der Auslandsverbindlichkeiten im Rahmen des Brady-Plans. Danach können die einzelnen Banken unter vier Optionen auswählen, die im wesentlichen die Umwandlung alter Kredite in verbriefte Forderungen zu unterschiedlichen Konditionen und die Gewährung neuer Kredite umfassen.
10. April	Die Regierung Marokkos und die ausländischen Gläubigerbanken erzielen grundsätzliche Übereinkunft über die Umschuldung von Bankverbindlichkeiten in Höhe von 3,2 Mrd US-Dollar auf die nächsten 20 Jahre.
8. Mai	Die japanische Regierung sichert zu, das Wachstum der Exporte von Kraftfahrzeugen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr auf 2 vH bis 3 vH zu begrenzen und das Selbstbeschränkungsabkommen mit den Vereinigten Staaten für Werkzeugmaschinen bis zum März 1992 zu verlängern.
6. Mai	Die Regierung Costa Ricas und die ausländischen Gläubigerbanken unterzeichnen ein abschließendes Abkommen, das sich an den Elementen des Brady-Plans orientiert. Danach wird Costa Rica 1,15 Mrd US-Dollar der insgesamt 1,8 Mrd US-Dollar betragenden Bankverbindlichkeiten für 253 Mio US-Dollar zurückkaufen; die verbleibenden 0,65 Mrd US-Dollar werden in langfristige Anleihen mit einem niedrigeren Zins umgewandelt. Damit werden die Gesamtverbindlichkeiten Costa Ricas gegenüber dem Ausland auf 2,8 Mrd US-Dollar gesenkt.
7. Juni	Die 17 Mitgliedstaaten des COCOM (Coordinating Commitee for Multilateral Export Controls) einigen sich darauf, Beschränkungen für westliche Exporte von hochtechnologieintensiven Gütern in die RGW-Länder teilweise abzubauen.
11. Juli	Die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen und der Präsident der Europäischen Gemeinschaften treffen sich in Houston, Texas, zum 16. Weltwirtschaftsgipfel. In ihrer Abschlußerklärung sprechen sie sich unter anderem für den Abbau von Subventionen und von Handelsbeschränkungen in der Landwirtschaft aus, bestätigen die konditionierte Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als Grundlage der Verschuldungsstrategie und begrüßen die Reformen in der Sowjetunion und Osteuropa.
29. August	Mit Ausnahme der Länder Iran, Irak und Libyen heben die OPEC-Länder ihre Förderbegrenzungen bis zur Beendigung der Golfkrise auf, um somit zur Stabilisierung der Weltrohölmärkte beizutragen.
22. September	Die Gruppe der sieben großen Industrieländer (G-7) hat vor der Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institute in einem Communiqué bekundet, daß den durch die Golfkrise ausgelösten wirtschaftlichen Problemen am besten mit einem stabilitätsorientierten Kurs der Wirtschaftspolitik zu begegnen sei. Gleichwohl soll den besonders betroffenen Ländern finanzielle Unterstützung zuteil werden.
9. Oktober	Der Preis am Spotmarkt für Erdöl (Nordsee-Brent) ist nach der Okkupation Kuwaits durch irakische Truppen am 2. August bis auf 41,06 US-Dollar je Barrel gestiegen. Am 31. Juli hatte er noch 19,25 US-Dollar je Barrel betragen.
	Auf einem informellen Treffen des obersten Leitungsorgans der Uruguay-Runde (TNC) haben die Unterhändler der Länder ihre Absicht bekundet, den Fortgang in den insgesamt 15 Verhandlungsgruppen zu beschleunigen. Somit sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die 8. Welthandelsrunde auf der Ministerkonferenz, die zwischen dem 3. bis 7. Dezember in Brüssel stattfinden soll, erfolgreich abgeschlossen werden kann.
	Europäische Gemeinschaft
1989	
9. Dezember	Auf ihrem Treffen in Straßburg einigen sich die Regierungschefs der Mitgliedsländer auf eine umfassende Abschlußerklärung. Darin wird der Eintritt in die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 bekräftigt und eine Regierungskonferenz beauftragt, bis Ende 1990 die weiteren beiden Phasen auszugestalten. In einer Charta werden grundlegende Rechte der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten festgelegt. Eine Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung soll geschaffen werden, um in Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Reformen in Osteuropa zu fördern. Die Europäische Gemeinschaft übernimmt zur Hälfte die Finanzierung eines multilateralen Stabilisierungsfonds über 1 Mrd US-Dollar zur Unterstützung eines Reformprogrammes in Polen.
15. Dezember	Der Ministerrat verabschiedet die Zweite Bankrechts-Koordinierungsrichtlinie. Sie gewährleistet unter anderem den Kreditinstituten in den Ländern der Gemeinschaft ab 1993 das uneingeschränkte Niederlassungsrecht. Die Filialen in anderen Mitgliedsländern unterliegen dann der bankaufsichtlichen Überwachung des jeweiligen Herkunftslandes. Hierfür legt die Richtlinie gültige Mindestanforderungen fest. Ebenfalls im Dezember wurde die Solvenzrichtlinie verabschiedet, die — aufbauend auf der Richtlinie über die Eigenmittel von Kreditinstituten vom April des Jahres — Mindeststandards für die Eigenkapitalausstattung der Banken ab 1993 vorschreibt.

noch Tabelle 15

Datum	
noch 1989	noch Europäische Gemeinschaft
21. Dezember	Der Ministerrat beschließt die Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen. Ab 21. Dezember 1990 werden damit Kompetenzen der nationalen Wettbewerbsbehörden und Gerichte auf die EG-Kommission und den Europäischen Gerichtshof übertragen. Unter die europäische Fusionskontrolle fallen danach im wesentlichen solche Unternehmenszusammenschlüsse, die ein Umsatzvolumen von über 5 Mrd ECU umfassen, von dem jedes Unternehmen mindestens 250 Mio ECU in der Gemeinschaft erzielt.
1990	
5. Januar	Die Schwankungsbreite der Italienischen Lira um ihren Leitkurs im Europäischen Währungssystem (EWS) wurde von +/− 6 vH auf +/− 2,25 vH verringert und eine Abwertung der Italienischen Lira gegenüber ihrem vorherigen Leitkurs um 3,677 vH vorgenommen.
12. Februar	Die Finanzminister der Länder der Europäischen Gemeinschaft bewilligen einen 5-Jahres-Kredit in Höhe von umgerechnet 1 Mrd US-Dollar für Ungarn. Eine erste Tranche über 400 Mio US-Dollar soll unmittelbar nach der Einigung Ungarns mit dem Internationalen Währungsfonds über ein ökonomisches Reformprogramm bereitgestellt werden.
12. März	Der Ministerrat erläßt die neue „Entscheidung zur schrittweisen Konvergenz der Politiken und der wirtschaftlichen Ergebnisse während der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion", die am 1. Juli 1990 beginnt. Der multilaterale Überwachungsprozeß soll zu einer politischen Koordinierung führen, um die Konvergenz zu verbessern. Die „Entscheidung" besteht im wesentlichen aus drei Elementen: dem Jahreswirtschaftsbericht, den der Überwachung dienenden Ratstagungen und den Länderstudien.
27. April	Die Agrarminister einigen sich für das Wirtschaftsjahr 1990/91, die Agrarpreise in ECU einzufrieren. Dies führt zu zusätzlichen Ausgaben im Haushalt der Gemeinschaft in Höhe von 334 Mio ECU in 1990 und 1,094 Mrd ECU in 1991.
29. Mai	Das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wird von 42 Ländern und Institutionen unterzeichnet. Die Bank soll den wirtschaftlichen Fortschritt der Staaten Osteuropas fördern, die ihre Volkswirtschaften nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen reformieren wollen. Der Übergang zur Marktwirtschaft soll vornehmlich durch Kreditvergabe und Gewährung technischer Hilfe im privatwirtschaftlichen Sektor unterstützt werden.
1. Juli	Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion beginnt. Bislang wurden dazu unter anderem der Kapitalverkehr innerhalb der Mitgliedsländer weitgehend liberalisiert — mit den Ausnahmen Griechenland, Irland, Portugal und Spanien —, die Schwankungsbreite der Lira und des Belgischen Franken verringert und ein System zur Überwachung der Finanzpolitik in den einzelnen Ländern eingeführt.
8. Oktober	Großbritannien tritt als zehntes Land dem Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems bei. Das Pfund Sterling wurde zunächst mit einem zentralen Kurs von 2,95 D-Mark notiert. Für eine Übergangszeit wurde die Schwankungsbreite des Pfund Sterling gegenüber den anderen am Europäischen Währungssystem beteiligten Währungen auf +/− 6 vH festgelegt.
28. Oktober	Auf einem Sondergipfel in Rom haben sich die Staats- und Regierungschefs — gegen die Stimme Großbritanniens — für den Eintritt in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1994 ausgesprochen, wenn bis dahin verschiedene Voraussetzungen erfüllt sind. Die erforderlichen Änderungen der Römischen Verträge sollen auf einer Regierungskonferenz im Dezember vorgenommen werden.
	Belgien
1989	
30. November	Das Parlament bewilligt den Haushaltsentwurf der Regierung für 1990. Danach soll das Haushaltsdefizit weiterhin auf 405,4 Mrd Franken begrenzt bleiben; dies entspricht einer Relation zum Bruttosozialprodukt von 6,5 vH. Dabei wird eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 2,9 vH unterstellt.
1990	
2. März	Belgien und Luxemburg beschließen, den gespaltenen Devisenmarkt abzuschaffen.
27. April	Die Nationalbank hat den Zins für 3-Monats-Schatzwechsel in drei Stufen auf nunmehr 10,05 % gesenkt.
13. Juni	Die Zentralbank gibt Pläne über Veränderungen des Geldmarktes zum Januar 1991 bekannt. Danach soll die Fixierung der Sätze für Schatzwechsel durch ein Auktionsverfahren ersetzt werden, an denen sich auch andere Unternehmen als Finanzinstitute sowie ausländische Investoren beteiligen können. Zudem wird die Bank zukünftig davon absehen, Kredite zur Finanzierung des staatlichen Haushalts zu vergeben.

noch Tabelle 15

Datum	
noch 1990	noch Belgien
10. Juli	Die Zentralbank senkt den Zins für 3-Monats-Schatzwechsel auf 9,3 %.
23. Juli	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1991 vor. Die Höhe der Neuverschuldung ist — wie im Vorjahr — auf 405,4 Mrd Franken festgelegt; gemessen in Relation zum Bruttosozialprodukt sinkt sie auf 5,8 vH (1990 voraussichtlich: 6,2 vH).
6. Oktober	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz um einen Prozentpunkt auf 10,25% (letzte Erhöhung 30. 6. 1989).
	Dänemark
1989	
14. Dezember	Das Parlament bewilligt einen überarbeiteten Haushaltsentwurf der Regierung für 1990. Danach wird das Defizit nicht wie vorgesehen 2,8 Mrd Kronen betragen, sondern 7 Mrd Kronen. Der Entwurf sieht Steuererleichterungen in Höhe von 8 Mrd Kronen vor, unter anderem soll die Körperschaftsteuer von 50 vH auf 40 vH gesenkt werden. Der Entlastungseffekt wird jedoch durch die Abschaffung steuerfreier Investitionsreserven, ein höheres Aufkommen bei der Fahrzeugbesteuerung und andere Maßnahmen gemindert.
1990	
23. März	Die Notenbank senkt den Satz für Notenbankkredite von 12 % auf 11,5 % und den Satz für Bankeinlagen von 11 % auf 10,5 %. Der offizielle Diskontsatz, der 7 % seit 1983 betrug, wird auf 8 % angehoben, um somit die Differenz zum Niveau der kurzfristigen Marktzinsen zu verringern.
27. April	Vor dem Hintergrund ständiger Devisenzuflüsse und der relativ starken Stellung der Krone im Europäischen Währungssystem senkt die Notenbank den Satz für Notenbankkredite von 11,5 % auf 11 % und den Zinssatz für Bankeinlagen auf 10 %.
22. Juni	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz von 8 % auf 8,5 %, senkt dagegen den Satz für Notenbankkredite von 11 % auf 10,5 %.
	Frankreich
1989	
9. Dezember	Präsident Mitterrand gibt bekannt, daß noch bestehende Wechselkursbeschränkungen zum 1. Januar 1990 abgeschafft werden. Ab diesem Datum können französische Staatsbürger in Frankreich und im Ausland Konten in ausländischen Währungen unterhalten; Konten und Transferzahlungen, die 50 000 Franken übersteigen, sind weiterhin meldepflichtig.
18. Dezember	Die Notenbank erhöht den Geldmarktinterventionssatz von 9,5 % auf 10 % und den Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte von 10,25 % auf 10,75 %. Diese Sätze erreichen damit das höchste Niveau seit Juli 1985.
19. Dezember	Angesichts des beschleunigten Wachstums der weiten Geldmengenaggregate in diesem Jahr und in Erwartung eines schwächeren Wirtschaftswachstums in 1990, strebt die Notenbank eine Zunahme der Geldmenge M2 gegenüber dem Vorjahr zwischen 3,5 vH und 5,5 vH an.
1990	
26. April	Zum zweiten Mal in diesem Monat senkt die Banque de France ihren Interventionssatz auf nunmehr 9,5 % und den Satz für Pensionsgeschäfte auf 10,25 %.
5. September	Der Regierungsentwurf für den Haushalt 1991 sieht den Abbau des Haushaltsdefizits auf 1,17 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vor. Die Staatsausgaben sollen um 4,8 vH erhöht werden; die Einnahmen steigen trotz einiger Steuersenkungen um 6 vH. Die der Budgetplanung zugrunde liegenden volkswirtschaftlichen Annahmen wurden seit den Ereignissen am Golf gegenüber den ursprünglichen Werten korrigiert. Es wird davon ausgegangen, daß das Bruttoinlandsprodukt real um 2,7 vH und die Verbraucherpreise um 2,8 vH ansteigen werden. Unter anderem aufgrund eines höheren Preises für Rohöl, der auf durchschnittlich 25 US-Dollar je Barrel geschätzt wird, steigt das Außenhandelsdefizit in 1991 voraussichtlich um 7 Mrd auf 50 Mrd Franken.
17. Oktober	Die Regierung beschließt, den Mindestreservesatz für Einlagenzertifikate, Termineinlagen und Wertpapierpensionen von 3 % auf 0,5 % zu senken, für Spareinlagen wird der Satz von 3 % auf 2 % zurückgenommen. Damit soll eine Anpassung der bislang im Vergleich zu anderen Ländern strikten Reserveanforderungen erreicht werden.
5. November	Die Zentralbank senkt ihren Interventionssatz auf 9,25 % und den Satz für Pensionsgeschäfte auf 10 %.

noch Tabelle 15

Datum	
	Griechenland
1989	
9. November	Mit dem Ziel, die Kreditvergabe an den privaten Sektor in 1989 um höchstens 20 vH auszuweiten, ordnet die Notenbank an, daß Geschäftsbanken und staatliche Hypothekenbanken, die zwischen Ende September und Ende Dezember 5 vH über dieser Vorgabe liegen, ein Viertel davon für ein halbes Jahr unverzinslich bei der Notenbank zu hinterlegen haben.
1990	
31. Mai	Der Finanzminister legt einen Übergangshaushalt für 1989/90 vor. Die Ausgaben nehmen danach geringer (29,8 vH) zu als die Einnahmen (39,9 vH). Zu dem kräftigen Anstieg der Einnahmen trugen die Erhöhung der „mittleren" Umsatzsteuersätze und die Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung bei. Das Defizit soll damit — gemessen am Bruttoinlandsprodukt — auf 16 vH begrenzt werden (1989: 18 vH). Die Nettoverschuldung der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger beträgt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 17,6 vH (20 vH). Weitere Maßnahmen, darunter die Veräußerung staatlicher Unternehmen, sind vorgesehen, um das staatliche Defizit auf 10 vH in 1992 zu senken. Für 1990 wird von einem Wirtschaftswachstum von 1,8 vH (1989: 2,3 vH) und einer Inflationsrate von 23 vH (14,8 vH) ausgegangen.
6. Juli	Die Zentralbank erhöht die Mindestzinssätze um zwei Prozentpunkte, dadurch steigt der Mindestzins für Spareinlagen auf 18 % und für mittel- und langfristige Kredite auf 19 %. Der für den Negativsaldo der laufenden Konten der Geschäftsbanken bei der Notenbank zu zahlende Zins wird je nach dem Verhältnis des Saldos zum jeweiligen Eigenkapital (zwischen 15 vH und 30 vH) um 1 bis 2 Prozentpunkte erhöht.
20. August	Gebietsfremde dürfen zukünftig Schuldverschreibungen inländischer Gesellschaften erwerben und darauf erzielte Zinserträge repatriieren. Darüber hinaus wird die Frist von drei Jahren für die Repatriierung von ausländischen Direktinvestitionen abgeschafft.
	Großbritannien
1990	
30. Januar	In ihrem Weißbuch veröffentlicht die Regierung ihre Ausgabenpläne für die nächsten drei Haushaltsjahre. Demnach betragen die öffentlichen Gesamtausgaben 179 Mrd Pfund Sterling für das im April beginnende Finanzjahr 1990/91 beziehungsweise 192,3 Mrd Pfund Sterling und 203,4 Mrd Pfund Sterling für die nächsten beiden Finanzjahre. In diesem Jahr hat die Regierung ihre Zielvorgabe in Höhe von 169,8 Mrd Pfund Sterling nach oben um 1,4 Mrd Pfund Sterling verfehlt.
20. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1990/91 (April bis März) sowie die Projektionen für die folgenden Jahre vor und gibt die Geldmengenziele bekannt. Danach werden infolge eines höheren Steueraufkommens die Einnahmen das erste Mal seit 1981 die Ausgaben übersteigen, und zwar um 430 Mio Pfund Sterling. Die Verschuldung des öffentlichen Sektors führt 1990/91 zu Zahlungen für Tilgung und Zinsen in Höhe von 7 Mrd Pfund Sterling; dies entspricht in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 1,25 vH. Die Zielmarge für das Wachstum der Geldmenge M0 wird auf 1 vH bis 5 vH beziffert. Dabei wird ein Wirtschaftswachstum von 1 vH (1989/90: 1,75 vH), eine Inflationsrate von 4,5 vH (6,25 vH) und ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 15 Mrd Pfund Sterling (21 Mrd Pfund Sterling) unterstellt.
8. Oktober	Der Beitritt des Pfund Sterling zum Wechselkursverbund des Europäischen Währungssystems wird von der Senkung des Interventionssatzes von 14,875 % auf 13,875 % begleitet.
	Italien
1990	
11. Januar	Der Finanzminister gibt bekannt, daß inländische Unternehmen nicht länger der Pflicht unterliegen, im Außenhandel erwirtschaftete Devisen abzutreten.
27. April	Die Regierung erläßt verschiedene Bestimmungen zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland, mit denen nationales Recht an EG-Richtlinien angepaßt wird. So können italienische Bürger zukünftig Devisenkonten sowie andere internationale Vermögenstitel in OECD-Ländern oder im Inland halten; Beschränkungen der Tätigkeit von Geschäftsbanken auf Spotmärkten und Terminmärkten für Devisen werden aufgehoben; Investmentfonds aus Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft haben ohne behördliche Genehmigung Zugang zu den inländischen Märkten.
21. Mai	Auf Empfehlung der Zentralbank senkt das Finanzministerium den Diskontsatz von 13,5 % auf 12,5 %.
21. Juni	Die Zentralbank gibt bekannt, daß in Übereinstimmung mit EG-Richtlinien verschiedene restriktive Regelungen — insbesondere hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung — für Tochtergesellschaften von Finanzinstituten aus anderen Mitgliedstaaten abgebaut werden.

noch Tabelle 15

Datum	
noch 1990	noch Italien
7. Juli	Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände kommen überein, das geltende System der Indexbindung der Löhne in der Industrie („scala mobile") bis Ende 1991 beizubehalten und erst im Juni 1991 mit Neuverhandlungen über den Lohnmechanismus zu beginnen.
28. September	Die Regierung verabschiedet den Haushaltsentwurf 1991. Darin ist vorgesehen, durch Mehreinnahmen und Einsparungen das Defizit auf 132 Bio Lira zu reduzieren; das entspricht in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 9,5 vH. Unterstellt wird dabei ein Wirtschaftswachstum von 2,7 vH und eine Inflationsrate in Höhe von 5 vH im Jahre 1991.
	Japan
1989	
25. Dezember	Die Notenbank gibt die Anhebung des Diskontsatzes von 3,75% auf 4,25% bekannt. Die Regierung beschließt ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Importe mit einem Volumen von umgerechnet 2,3 Mrd US-Dollar, um zu verhindern, daß der ursprünglich für das Fiskaljahr 1990 erwartete Handelsbilanzüberschuß entsteht. Neben verschiedenen finanziellen Vergünstigungen für Importeure ist auch die Reduzierung von Einfuhrzöllen vorgesehen.
1990	
3. Januar	Das Kabinett in Tokio hat den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1990/91 verabschiedet. Danach steigt das Haushaltsvolumen im Vergleich zum laufenden Finanzjahr um 9,7 vH auf 66,27 Bio Yen. Zu dem kräftigen Wachstum tragen insbesondere steigende vertikale Finanzzuweisungen an die Gebietskörperschaften (14,3 vH) und der höhere Schuldendienst (22,5 vH) bei. Dem Entwurf liegt die Annahme zugrunde, daß das Wirtschaftswachstum 4 vH beträgt. Bis zum Ende des Haushaltsjahres soll die Verschuldung des Zentralstaates in Relation zum Bruttosozialprodukt erstmals seit 7 Jahren unter 40 vH fallen.
20. März	Die Zentralbank erhöht den offiziellen Diskontsatz von 4,25 % auf 5,25 %.
30. August	Zum zweiten Mal in diesem Jahr erhöht die Notenbank den Diskontsatz auf nunmehr 6%.
1. Oktober	Der Nikkei-Index der 225 führenden Aktien an der Tokioter Börse erreicht den bislang tiefsten Jahresstand. Nach Einbrüchen im Februar (Stand am 19. 2.: 37 222,6) und im April (2.4.: 28 002,07) schließt die Börse am 1. Oktober mit einem Indexstand von 20 221,86. Dies stellt einen Rückgang gegenüber dem Jahresendwert 1989 (29. 12.: 38 915,87) um 48 vH dar.
	Kanada
1990	
20. Februar	Die Regierung stellt ihren Haushalt für das Finanzjahr 1990/91 vor. Der Anstieg der Einnahmen wird auf 6,1 vH, der Anstieg der Ausgaben auf 3,4 vH beziffert. Das Haushaltsdefizit soll sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 4,7 vH in 1989/90 auf 4,2 vH in 1990/91 verringern. Dabei geht die Regierung von einem Wirtschaftswachstum von 1,3 vH für 1990 und 3 vH für 1991, einer Inflationsrate von 4,7 vH bzw. 5,1 vH sowie einer Arbeitslosenquote von 8,5 vH bzw. 8,2 vH aus.
27. September	Der Diskontsatz — ein flexibler Satz, der 0,25 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen wöchentlichen Schatzwechsel-Emissionssatz liegt — ist seit Ende Mai um 1,27 Prozentpunkte auf 12,65% gesunken.
	Niederlande
1990	
18. Juli	Die Regierung beschließt verschiedene Sparmaßnahmen, um das Haushaltsdefizit in 1991 — gemessen am Nettovolkseinkommen — auf 4,7 vH zu begrenzen. Zu diesem Zweck werden unter anderem sämtliche Zuschüsse des Staates um 1 vH reduziert, Personal im öffentlichen Sektor abgebaut und Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen durchgeführt.
	Portugal
1989	
23. November	Das Parlament stimmt dem Haushaltsentwurf der Regierung für 1990 zu. Es ist vorgesehen, daß das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt unverändert 7,5 vH betragen wird. Dem Haushaltsentwurf liegt die Annahme zugrunde, daß das Wirtschaftswachstum mit 4 vH leicht über dem Vorjahreswert liegt, die Inflationsrate zwischen 9,5 vH und 10,5 vH beträgt (1989: 12 vH bis 13 vH) und das Defizit der Leistungsbilanz in 1990 leicht ansteigt (1989: 1 Mrd US-Dollar).

noch Tabelle 15

Datum	
	noch Portugal
1990	
2. Mai	Das Finanzministerium gibt die Einführung eines neuen geldpolitischen Steuerungssystems bekannt, das im wesentlichen auf der Beeinflussung der Zinssätze durch Offenmarktgeschäfte und durch die Mindestreservepolitik der Zentralbank beruht. Zur Vorbereitung dieser Umstellung wurden im Frühjahr staatliche Begrenzungen für die Kreditvergabe der Geschäftsbanken aufgehoben und die Mindestreservepflicht über den Bankensektor hinaus ausgedehnt. Alle Finanzinstitute müssen zukünftig 17 vH ihrer Einlagen bei der Notenbank hinterlegen.
22. Juni	Die Regierung ändert die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Notenbank. Die Notenbank erhält die alleinige Verantwortung für die Geldpolitik und wird der Aufgabe enthoben, staatliche Ausgaben zu finanzieren.
	Schweden
1989	
7. Dezember	Die Zentralbank erhöht den Diskontsatz von 9,5 % auf 10,5 %.
1990	
10. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsplan für das Finanzjahr 1990/91 vor. Danach sollen die Ausgaben um 3,7 vH zunehmen, die Einnahmen aber um 1 vH zurückgehen. Nachdem im Vorjahr erstmalig seit 1962 ein Haushaltsüberschuß in Höhe von 18,5 Mrd Kronen, 1,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, erzielt worden war, wird nach dem Haushaltsentwurf der Regierung im Finanzjahr 1990/91 ein Defizit in Höhe von 0,4 Mrd Kronen zu verzeichnen sein. Dabei wird von einem Wirtschaftswachstum von 1,3 vH, einer Inflationsrate von 7,9 vH, einer Arbeitslosenrate von 1,5 vH und einem Leistungsbilanzdefizit von 37,5 Mrd Kronen ausgegangen.
15. März	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz von 10,5 % auf 12 %.
23. April	Die Regierung beschließt verschiedene Maßnahmen gegen die Überproduktion in der Landwirtschaft. Einkommenshilfen und Exportsubventionen sollen abgebaut und die Preisbildung auf den inländischen Märkten dereguliert werden. Der Plan sieht 13,6 Mrd Kronen vor, um die Einkommensverluste der Bauern zu begrenzen und den Übergang in neue Beschäftigungen zu erleichtern.
17. Mai	Die Zentralbank senkt den Diskontsatz um 1 Prozentpunkt auf 11 %.
13. Juni	Das Parlament verabschiedet die Steuerreform für 1991. Danach wird der Großteil (85 vH) der Einkommen der schwedischen Steuerzahler nur noch mit einem Steuersatz von maximal 30 vH belastet; der Höchststeuersatz beträgt 50 vH. Insgesamt ist vorgesehen, die Steuerzahler durch Senkung der direkten Steuern um etwa 75 Mrd Kronen zu entlasten. Gleichzeitig sollen allerdings die Basis der Einkommensteuer erweitert und verschiedene indirekte Steuern erhöht werden. Der Belastungseffekt dieser Maßnahmen wird nach den Berechnungen der Regierung etwa 61 Mrd Kronen betragen.
	Spanien
1990	
25. Januar	Die Regierung und die Gewerkschaften erreichen in den Verhandlungen über Löhne und Transfereinkommen im öffentlichen Sektor grundsätzliche Übereinstimmung. Neben der Anhebung von Löhnen und Gehältern wird vereinbart, daß Löhne und Renten — wie im privaten Sektor — automatisch angepaßt werden, wenn die Inflationsrate höher ausfallen sollte, als dies in den Tarifverhandlungen angenommen wurde.
1. März	Die Regierung legt den Entwurf für den zentralen Haushalt für 1990 vor. Darin geht sie davon aus, daß die Einnahmen um 10,7 vH und die Ausgaben um 8,9 vH über dem Vorjahr liegen. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttosozialprodukt soll dementsprechend etwa 1,6 vH betragen (1989: 1,7 vH). Dabei wird unterstellt, daß 1990 das Wirtschaftswachstum 4 vH, die Inflationsrate 5,7 vH und das Leistungsbilanzdefizit gemessen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 3,4 vH betragen.
15. Juni	Die Regierung beschließt verschiedene steuerliche Änderungen zum Januar des nächsten Jahres. So soll die Kapitalertragsteuer wie die Körperschaftsteuer zukünftig 35 vH betragen. Der marginale Steuersatz für Einkommen soll nun bis zu 5 Prozentpunkte verringert und etwa 2 Millionen Personen mit geringen Einkommen ganz von der Steuerpflicht befreit werden.
29. September	Die Regierung legt den Entwurf für den zentralen Haushalt für das Jahr 1991 vor. Der Entwurf sieht eine Zunahme der Einnahmen um 10,4 vH vor, der Ausgaben um 6,5 vH. Das Haushaltsdefizit soll gesenkt werden und im nächsten Jahr — gemessen am Bruttosozialprodukt — 1 vH betragen. Dabei wird von einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 2,9 vH, einer Inflationsrate von etwa 6 vH und einem Beschäftigungszuwachs von knapp 2 vH ausgegangen.

noch Tabelle 15

Datum	
	Vereinigte Staaten
1990	
29. Januar	Der Präsident legt den Haushaltsentwurf für 1990/91 vor. Danach sollen die Einnahmen um 9 vH steigen und die Ausgaben um 3 vH, das Defizit von 123,8 Mrd Dollar auf 63,1 Mrd Dollar verringert werden (1,1 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt). Dem Entwurf liegen Schätzungen für das Wachstum des Bruttosozialprodukts für 1991 von 3,3 vH (4. Quartal 1991 gegen 4. Quartal 1990), eine Inflationsrate (BSP-Deflator) von 4,1 vH und eine Arbeitslosenquote von 5,2 vH zugrunde.
27. Juni	Der Präsident stellt einen Plan zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftspolitischer Reformen in Lateinamerika vor, der im wesentlichen drei Elemente enthält: die Verringerung der Verschuldung der Länder gegenüber der US-amerikanischen Regierung (derzeit etwa 12 Mrd Dollar), die Schaffung eines Investmentfonds mit einem Kreditvolumen in Höhe von 300 Mio Dollar pro Jahr und dem Abbau von Handelsschranken mit dem langfristigen Ziel einer Freihandelszone in der westlichen Hemisphäre.
27. Oktober	Der Kongreß verabschiedet ein Paket zur Reduzierung des Haushaltsdefizits in den nächsten fünf Jahren mit einem Umfang von 496 Mrd Dollar. Der Einigung war ein anhaltender Streit im Kongreß sowie zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten vorangegangen, der die provisorische Finanzierung der laufenden Ausgaben durch Ausgabenermächtigungsgesetze erforderlich gemacht hatte. Entsprechend dem nun vorliegenden Haushalt soll durch die Erhöhung verschiedener Steuersätze, darunter des Einkommensteuersatzes (neuer Höchstsatz: 31 vH), ein um 137 Mrd Dollar höheres Steueraufkommen erzielt werden. Außerdem sind Einsparungen in Höhe von über 237 Mrd Dollar vorgesehen, davon entfallen allein 170 Mrd Dollar auf den Verteidigungshaushalt und weitere 65 Mrd Dollar auf geringere Zinszahlungen. Das Haushaltsdefizit soll in dem am 1. Oktober begonnenen Fiskaljahr um 40 Mrd Dollar verringert werden.
29. Oktober	Die Liquidität schaffenden Offenmarktoperationen der Notenbank werden an den amerikanischen Finanzmärkten dahingehend interpretiert, daß die Notenbank anstrebt, den Tagesgeldsatz (federal funds rate) von 8% auf 7,75% zu drücken.

Teil B
Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

I. Überblick

71. Nach der über vierzigjährigen Teilung Deutschlands ist am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit wiederhergestellt worden. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen Westdeutschlands gilt nun in sechzehn Bundesländern, in denen insgesamt 78 Millionen Menschen leben. Im Laufe der jahrzehntelangen Trennung ist ein großes Wohlstandsgefälle zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands entstanden. Was pro Kopf der Bevölkerung in Ostdeutschland an finanziellen und sachlichen Vermögen geschaffen wurde, was je Erwerbstätigen an laufendem Einkommen erwirtschaftet wird, liegt sehr viel niedriger als in der hoch entwickelten westdeutschen Wirtschaft. Besonders schlimm ist es, daß die Umwelt in Ostdeutschland durch eine schonungslose Nutzung natürlicher Ressourcen stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

72. Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat zwar neue Perspektiven geschaffen, zugleich aber die Wettbewerbsschwäche des alten Systems offengelegt. Schon in den wenigen Monaten seit Einführung der D-Mark haben die Betriebe der ehemaligen DDR ihre Produktion drastisch einschränken müssen. Allein seit Juni hat sich die Industrieproduktion um rund ein Drittel vermindert. Viele Betriebe werden ganz aus dem Markt scheiden, weil sie im Wettbewerb mit den besseren und preiswerteren Produkten westlicher Anbieter nicht bestehen können. Die Entfaltung neuer Wirtschaftsaktivität durch Privatisierungen und Unternehmensgründungen hat dagegen gerade erst begonnen. Westliche Investoren haben sich noch nicht in großem Umfang in Ostdeutschland engagiert, ihre Investitionsvorhaben stehen vielfach noch im Stadium der Planung oder gar erst der Prüfung.

73. Die wirtschaftliche Entwicklung im Westen Deutschlands bot einen krassen Gegensatz zu jener im Osten. Das hohe Expansionstempo der vergangenen beiden Jahre konnte unvermindert beibehalten werden, obwohl die weltwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr an Schwung verlor. Die Auftriebskräfte kamen von der Binnennachfrage, sowohl von den Investitionen als auch vom Konsum. Hohe öffentliche Haushaltsdefizite trugen entscheidend zu der starken Nachfragedynamik bei, die die Auslastung der Produktionskapazitäten nochmals steigen ließ. Die wirtschaftliche Vereinigung hat die Handlungsmöglichkeiten und die Wachstumspotentiale westlicher Unternehmen schlagartig erweitert. Nicht allein, daß ein bislang verschlossener Absatzmarkt geöffnet wurde und nun neue Standorte für Investitionen zur Wahl stehen; auch das Arbeitskräfteangebot, das die Unternehmen im Westen mehr und mehr als Engpaßfaktor angesehen hatten, wurde beträchtlich erhöht.

74. Es ist zur Zeit noch nicht sinnvoll, eine Gesamtschau der deutschen Wirtschaft zu geben; zu stark ist das Auseinanderlaufen der Entwicklung in beiden Landesteilen, zu unsicher die Datengrundlage, die man einer solchen Diagnose zugrunde legen müßte. Doch auch eine nach Landesteilen getrennte Betrachtung weist zwangsläufig Unschärfen auf. So wird es bei zunehmender Verflechtung der Märkte immer schwieriger, die Güter- und die Kapitalströme, aber auch die Arbeitskräftewanderungen zwischen den Regionen abzuschätzen.

Aufgrund der unzureichenden Datenlage läßt sich die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nicht präzise diagnostizieren. Manche Statistiken sind aufgrund andersartiger Erhebungsverfahren und Abgrenzungen nicht mit westlichen Angaben vergleichbar. Andere wichtige Informationen sind noch gar nicht verfügbar. Das gilt insbesondere für jene Wirtschaftsbereiche, die im alten planwirtschaftlichen System kaum eine Rolle spielten, nun aber eine zunehmende Bedeutung erlangen. Dazu gehört eine Vielzahl privater Dienstleistungen, die zu einem Wachstumssektor der Wirtschaft werden können, bislang aber statistisch noch nicht erfaßt sind. Eine besondere Schwierigkeit entsteht dadurch, daß sich mit der Währungsumstellung das gesamte Preisgefüge und das Produktangebot in Ostdeutschland schlagartig geändert haben. Das macht den Zeitvergleich bei nahezu allen ökonomischen Zeitreihen fragwürdig. So ist es, um ein Beispiel zu nennen, aufgrund völlig unterschiedlicher Qualitäten nahezu aussagelos, die Preise für die heute verfügbaren westlichen Automobile mit denen der Pkw aus ostdeutscher Produktion vor einem Jahr zu vergleichen, auf die der Konsument in der DDR zudem jahrelang warten mußte.

75. Die Öffnung der Grenzen und die Einführung der D-Mark in **Ostdeutschland** haben es schlagartig zur Gewißheit werden lassen: Der größte Teil des Güterangebots ostdeutscher Betriebe ist in einem nach außen offenen Markt nicht wettbewerbsfähig. Produktion und Beschäftigung sind auf breiter Front gesunken. Besonders stark waren die Einbußen in der Industrie, dem überdimensionierten Kernbereich der Wirtschaft. Aber auch im Bau, im Handel und in der Landwirtschaft waren die Unternehmen nicht imstande, drastische Umsatzeinbußen und Produktionseinbrüche zu verhindern (Tabelle 16).

Die Leistungsschwäche der ostdeutschen Betriebe wurzelt in den Systemfehlern der jahrzehntelangen Planwirtschaft (SG 90 Ziffern 11 ff.). Über Produktionsprogramme und Investitionen haben nicht die Betriebe, sondern Planbehörden entschieden. Vor allem fehlte der Druck des internationalen Wettbewerbs, der die Unternehmen zur Kostensenkung und zur Marktorientierung ihrer Produktion zwingt und ihnen fortwährende Innovationsanstrengungen abverlangt.

Tabelle 16

Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft [1]

Zeitraum	Industrieproduktion [2]	Einzelhandelsumsatz [3]	Löhne [4]		Preisindex für die Lebenshaltung [5]		Beschäftigte in der Industrie und Bauwirtschaft [6]		Kurzarbeiter [7]	Arbeitslose [8]
			Industrie	Bauwirtschaft						
	vH [9]				1989 = 100	vH [10]	Anzahl in 1000	vH [9]	Anzahl in 1000	
1989 3. Vj.	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,1	.	.	3 672	− 0,6	.	.
4. Vj.	− 1,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 2,5	.	.	3 607	− 2,3	.	.
1990 1. Vj.	− 4,5	+ 7,0	+ 4,0	+ 4,6	.	.	3 525	− 3,7	.	.
2. Vj.	− 9,5	− 0,6	.	.	.	.	3 332	− 9,2	.	83,3
3. Vj.	−48,1	−45,0	.	.	95,3	− 4,7	3 049	−17,0	1 295,0	308,9
1990 Januar	− 5,0	+ 8,7	+ 3,7	+ 3,2	.	.	.	.	.	7,4
Februar	− 4,4	+11,9	+ 3,7	+ 3,6	.	.	.	.	.	11,0
März	− 4,1	+ 1,5	+ 5,1	+ 7,0	.	.	.	.	.	38,3
April	− 3,9	+ 4,5	+11,1	+14,1	.	.	.	.	.	64,9
Mai	− 9,0	+ 2,9	+17,4	+24,5	98,3	− 1,7	.	.	.	94,8
Juni	−15,5	− 9,1	.	.	87,9	−12,1	.	.	.	142,1
Juli [11]	−42,1	−44,0	(1 341) [a]	(1 702) [a]	94,5	− 5,5	3 138	.	656,3	272,0
August	−50,8	−44,8	.	.	94,9	− 5,1	3 077	.	1 499,9	361,3
September	−51,1	−46,1	.	.	96,6	− 3,4	2 934	.	1 728,7	444,9
Oktober	...	...	...	...	...	...	...	.	1 767,0	537,8

[1] Angaben sind mit den entsprechenden Ergebnissen für Westdeutschland nicht voll vergleichbar.
[2] Bruttoproduktion, arbeitstäglich.
[3] In jeweiligen Preisen.
[4] Monatlicher Bruttolohn je Arbeiter und Angestellten (für Vollbeschäftigteneinheiten, aus der laufenden Arbeitskräfteberichterstattung in der ehemaligen DDR).
[5] Alle privaten Haushalte.
[6] In volkseigenen Betrieben, ohne Produktionsgenossenschaften und Handwerk.
[7] Stand Monatsmitte; umfaßt auch Kurzarbeiter in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen; Quelle: BA.
[8] Ende des Monats; Quelle: BA.
[9] Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
[10] Veränderung gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1989.
[11] Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
[a] Angaben in D-Mark; durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Vollzeitbeschäftigten (ohne Kurzarbeiter) im Juli 1990; erste Ergebnisse aus einer gesonderten Verdiensterhebung im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung in der ehemaligen DDR; Industrie: Verarbeitende Industrie; Bauwirtschaft: Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quellen: Statistisches Amt der DDR, BA

Als Folge der jahrzehntelangen Abschottung vom Wettbewerb fehlen den Betrieben aber nicht allein das erforderliche technologische Wissen, sondern auch die notwendige Marktkenntnis und Managementerfahrung, um sich rasch auf die Erfordernisse freier Märkte einzustellen. Erschwert wird ihnen die Umstellung durch ein weiteres Erbe der früheren Kommandowirtschaft: den veralteten, teilweise bereits verschlissenen und vielfach schon aufgrund immenser Umweltbelastungen nahezu wertlosen Kapitalstock.

76. Die Entwicklung der vergangenen Monate hat immer deutlicher werden lassen, daß eine größere Anzahl von Betrieben wohl stillgelegt werden muß, und die meisten anderen nur durch Kooperation mit westlichen Unternehmen überlebensfähig sein werden. Für das Ingangkommen der wirtschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland kommt den Direktinvestitionen westlicher Unternehmen mithin eine Führungsrolle zu. Diese sind zwar nach allen vorliegenden Informationen an Kooperationen mit ostdeutschen Partnern stark interessiert. Auch sind bereits zahlreiche Kooperationsverträge abgeschlossen worden. Aber das Engagement westlicher Unternehmen richtet sich noch überwiegend auf den Aufbau von Vertriebsstrukturen oder Servicenetzen, weniger auf Investitionen in Produktionsstätten. Offenbar stehen den Vorteilen, die Ostdeutschland als Produktionsstandort grundsätzlich zu bieten hat — das Fachkräftepotential, vorhandene Gewerbeflächen und Gewerberäume — noch gravierende Nachteile gegenüber. Die Arbeitskräfte müssen vielfach neue Qualifikationen erlernen und sich mit den Anforderungen der Marktwirtschaft erst vertraut machen. Vorhandene Gewerbeflächen sind häufig mit Umweltschäden belastet, neue werden — vor allem wegen unklarer Eigentumsverhältnisse — nur zögerlich freigegeben, die Privatisierung ehemaliger volkseigener Betriebe stockt, und allerorten sind Mängel in der produktionsnahen Infrastruktur zu beklagen. Schließlich haben kurzlaufende Tarifverträge, in denen weitreichende Rationalisierungsschutzabkommen und hohe Lohnabschlüsse vereinbart wurden, in diesem Jahr dazu beigetragen, die Attraktivität der östlichen Bundesländer als Investitionsstandort zu vermindern.

77. Die Erkenntnis, daß sich der Abbau unrentabler Produktionen im Wettbewerb sehr schnell vollzieht, der Aufbau einer Marktwirtschaft mit rentablen Ar-

beitsplätzen aber Zeit braucht, hat bei den Menschen in Ostdeutschland vielfach noch nicht die erhoffte Aufbruchstimmung, sondern Besorgnis um die eigene wirtschaftliche Zukunft geweckt. Bereits im Oktober waren rund 540 000 Personen arbeitslos, und nicht nur die inzwischen 1,8 Millionen Kurzarbeiter müssen um die gewohnten alten, aber unwirtschaftlichen Arbeitsplätze bangen. Was den privaten Haushalten an Arbeitseinkommen und an Transfers zufließt, hat ihnen zwar schon jetzt einen höheren realen Konsum ermöglicht, es ist aber weit mehr, als mit dem veralteten Kapitalstock und der eigenen Arbeitsleistung erwirtschaftet werden kann. Einkommen und Konsumtion haben sich von der Produktionsentwicklung abgekoppelt. Das war vor allem dadurch möglich geworden, daß Zahlungen von knapp 50 Mrd DM vom Bundeshaushalt und vom Fonds Deutsche Einheit in die östlichen Bundesländer geflossen sind.

78. Die **westdeutsche Wirtschaft,** die sich schon seit Ende 1982 in einer Aufwärtsentwicklung befindet, hat ihr Expansionstempo in den letzten drei Jahren noch einmal beträchtlich gesteigert (Tabelle 17). Während das in den beiden vorangegangenen Jahren auch einer kräftig ansteigenden Auslandsnachfrage zu verdanken war, haben in diesem Jahr binnenwirtschaftliche Kräfte die Führungsrolle übernommen. Der Aufschwung hat deswegen nicht an Breite verloren. Alle großen Wirtschaftsbereiche haben ihre Produktion erhöht und zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Die Auftragslage ist allenthalben gut, teilweise sogar sehr gut, und es herrscht Zuversicht, daß sich die Aufwärts-

Tabelle 17

Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990[1]	1982 bis 1990[2]
Bruttosozialprodukt ...	vH[3]	– 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 4	+ 2,8
Inlandsnachfrage[4] .	vH[3]	– 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 4	+ 2,8
Ausrüstungsinvestitionen ...	vH[3]	– 6,7	+ 5,6	– 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 9,7	+ 11	+ 6,5
Bauinvestitionen ..	vH[3]	– 4,3	+ 1,7	+ 1,6	– 5,6	+ 2,7	– 0,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 5½	+ 1,7
Privater Verbrauch	vH[3]	– 1,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 4½	+ 2,5
Staatsverbrauch ..	vH[3]	– 0,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,3	– 0,9	+ 2	+ 1,5
Ausfuhr[5]	vH[3]	+ 3,2	– 0,5	+ 9,0	+ 6,8	+ 0,0	+ 0,9	+ 5,7	+ 11,5	+ 8	+ 5,1
Einfuhr[5]	vH[3]	– 0,1	+ 0,6	+ 5,3	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,0	+ 8,8	+ 9	+ 5,2
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	+ 51,75	+ 46,92	+66,59	+ 84,63	+ 68,59	+ 51,01	+ 52,23	+ 72,62	+ 73	+63
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	+ 37,47	+ 38,01	+54,87	+ 80,20	+114,98	+113,43	+122,16	+143,45	+148	+94,7
Erwerbstätige	1000[7]	–321	–379	+42	+196	+367	+194	+214	+371	+700	+1705[a]
Arbeitslosenquote[8] ...	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	8,2
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 3	+ 1,4
Terms of Trade[11]	vH[10]	+ 1,9	+ 2,1	– 2,3	+ 1,2	+ 16,5	+ 4,7	+ 0,8	– 1,6	+ 2	+ 2,8
Verbraucherpreise[12] .	vH[10]	+ 5,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	– 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,8	+ 3	+ 1,8
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	7,3
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	– 0,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	– 0,3	– 0,3	+ 0,7
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	+ 1,7	+ 0,4	– 4,9	– 2,8	+ 6,1	+ 3,6	– 2,8	– 2,5	+ 2,8	– 0,1

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel.
[3]) In Preisen von 1980; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5]) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[6]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7]) Veränderung in 1 000.
[8]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).
[9]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang VI, Abschnitt B.
[15]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16]) Auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[a]) Veränderung im gesamten Zeitraum.

entwicklung fortsetzen wird. Deutliches Zeichen hierfür ist, daß die Unternehmen ihre Investitionen in Sachanlagen und Gebäude nochmals kräftig aufgestockt und — in Anbetracht der hohen Kapazitätsauslastung — stärker auf die Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten ausgerichtet haben.

Der starke Anstieg der Lohnstückkosten und der Ölpreissprung auf zeitweise über 40 Dollar je Barrel haben dieses helle Bild bislang nur wenig eingetrübt. Dabei spielte eine Rolle, daß der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus bis in das zweite Halbjahr hinein moderat blieb, weil der zusätzlichen Belastung von der Lohnkostenseite eine Entlastung durch rückläufige Importpreise gegenüberstand. Nach der Jahresmitte, als sich der Preis für Rohöl binnen acht Wochen verdoppelte, setzte allerdings ein Umschwung in der Preisentwicklung ein. Zum binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb kamen steigende Importpreise hinzu. Die Verbraucherpreise reagierten schnell und beschleunigten im zweiten Halbjahr auf eine laufende Jahresrate von schätzungsweise 6 vH.

79. Der Wechsel der Auftriebskräfte war noch viel ausgeprägter, als wir es im vergangenen Jahr erwartet hatten. Die reale Binnennachfrage stieg mit über 4½ vH und damit stärker als jemals zuvor in der nunmehr achtjährigen Aufwärtsentwicklung. Diese außergewöhnlich hohe Nachfragedynamik war darauf zurückzuführen, daß die ohnehin starken konjunkturellen Auftriebskräfte durch die Folgen der Grenzöffnung und der Zusammenführung der Wirtschaftsgebiete in mehrfacher Weise noch verstärkt wurden:

- Schon in der ersten Jahreshälfte stieg die Nachfrage aus der DDR nach westlichen Produkten schubartig an. Der erleichterte offizielle Umtausch — der sogenannten Devisenfonds — sowie das Begrüßungsgeld und gehortete D-Mark-Bestände reichten zur Finanzierung dieser hohen Konsumnachfrage nicht hin, so daß ein beträchtliches Angebot an Mark der DDR auf den irregulären Devisenmarkt drängte und dort für zeitweise sehr niedrige Kurse sorgte. Welches Gütervolumen bis zur Jahresmitte in die DDR geflossen ist, läßt sich schon aufgrund des hohen Direktimports statistisch nicht genau erfassen. Aber allein nach der Statistik des innerdeutschen Handels lagen die Lieferungen in den ersten sechs Monaten bei 8 Mrd DM und damit um 116 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach der Einführung der D-Mark hat sich der Nachfragesog aus Ostdeutschland dann nochmals verstärkt; die statistisch erfaßten Warenlieferungen beliefen sich allein im Juli und August auf einen Wert von 3,8 Mrd DM.
- Zur Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik trug auch bei, daß seit der Öffnung der Grenzen schätzungsweise eine halbe Million Menschen aus Ostdeutschland zugewandert sind. Ein großer Teil von ihnen ist im erwerbsfähigen Alter und allem Anschein nach haben sie gerade in solchen industriellen oder handwerklichen Bereichen Engpässe mildern können, in denen die Unternehmen in den letzten Jahren Arbeitskräftemangel beklagt hatten. Gleichwohl sind nicht alle Übersiedler reibungslos in das Arbeitsleben integriert worden, vor allem in den Dienstleistungsberufen schmälern noch vorhandene Qualifikationsdefizite ihre Beschäftigungschancen.
- Schließlich war die Erweiterung des Wirtschaftsgebiets einer der Faktoren, die die Unternehmen in diesem Jahr zu höheren Investitionen veranlaßten. Die Öffnung eines zusätzlichen Marktes hat die Absatzerwartungen, vor allem der Konsumgüterhersteller, weiter verbessert. Sicherlich sind die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung in Ostdeutschland zur Zeit noch durch niedrige Realeinkommen stark begrenzt, aber mit dem zu erwartenden Anstieg der verfügbaren Einkommen werden sich dann auch die Absatzchancen in den östlichen Bundesländern weiter erhöhen.

80. Die hohe Investitionsbereitschaft westdeutscher Unternehmen — die realen Anlageinvestitionen lagen um 8 vH über dem Vorjahresniveau — spiegelt nicht allein ihre positiven Absatzerwartungen, sondern sie beruht auch auf einer schon seit Jahren guten Ertrags- und Finanzierungslage. Da die Produktionskapazitäten als Folge der wirtschaftlichen Expansionsdynamik der vergangenen drei Jahre inzwischen hoch ausgelastet sind, haben die Unternehmen ihre Investitionsausgaben mehr auf die Erweiterung des Sachkapitalbestandes gerichtet. Vielfach spielt bei den Investitionsentscheidungen eine Rolle, daß eine Modernisierung und Erweiterung des Kapitalbestandes zur Vorbereitung auf den immer näher rückenden EG-Binnenmarkt notwendig sind.

81. Im Gefolge der kräftigen Investitionskonjunktur der letzten drei Jahre hat sich das Wachstum des Produktionspotentials von 2 vH im Jahre 1987 auf inzwischen knapp 3 vH erhöht. Damit stieg es im Jahre 1990 aber noch immer langsamer als die gesamtwirtschaftliche Produktion, die um 4 vH expandierte. Die Kapazitätsauslastung ist infolgedessen nochmals gestiegen, sie liegt deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, den wir als Normalauslastung ansehen.

In der Bauwirtschaft, einem Bereich, der überwiegend für den heimischen Markt produziert und der internationalen Konkurrenz nicht in so starkem Maße ausgesetzt ist wie andere Wirtschaftsbereiche, haben die Unternehmen aufgrund der hohen Nachfragedynamik, die zu einer starken Kapazitätsanspannung führte, und aufgrund eines steigenden Lohnkostendrucks beträchtliche Preisanhebungen vorgenommen. Über das ganze Jahr gesehen dürften die Preise der Bauproduktion um 6½ vH über Vorjahresstand liegen.

Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen sind die Erzeugerpreise im Verlauf dieses Jahres nur um knapp 2 vH gestiegen, obwohl auch hier die Produktionskapazitäten stark beansprucht sind, hohe Auftragsbestände vorliegen und die Lohnstückkosten beschleunigt steigen. Stärkeren Preisanhebungen stand hier aber ein unvermindert intensiver Preiswettbewerb mit Auslandsanbietern entgegen. So lagen die Einfuhrpreise für industrielle Fertigwaren im September um 1,8 vH unter Vorjahresstand.

82. Die außenwirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres hat einer stärkeren konjunkturellen Überhit-

zung aber auch auf andere Weise entgegengewirkt. Die Auslandsnachfrage ist zwar nochmals gestiegen. Die Zuwachsrate hat sich aber von 11,5 vH im Jahre 1989 auf 3 vH im Jahre 1990 drastisch verringert, wenn man die Lieferungen nach Ostdeutschland von den realen Exporten beider Jahre einmal abzieht. Die Exportabschwächung war teils Folge einer nicht mehr ganz so kräftigen Auslandskonjunktur, teils auf die seit Herbst 1989 sich vollziehende Höherbewertung der D-Mark zurückzuführen, die deutsche Ausfuhrgüter verteuerte. Die Einfuhren — wiederum ohne Lieferungen aus Ostdeutschland — sind im Gegensatz zu den Exporten mit 9 vH nochmals stärker angestiegen als im Vorjahr. Was an Waren und Diensten aus dem Ausland importiert wurde, trug entscheidend dazu bei, die Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern zu decken. Als Folge dieser Entwicklung ist der Ausfuhrüberschuß der alten Bundesländer gegenüber dem Ausland (ohne innerdeutsche Lieferungen), gerechnet in Preisen von 1980, von 71 Mrd DM im Jahre 1989 auf rund 43 Mrd DM im Jahre 1990 kräftig zurückgegangen.

83. Anders als im Vorjahr gingen im Jahre 1990 von den öffentlichen Haushalten starke expansive Impulse aus. Als Folge der Steuerreform, deren dritte Stufe zu Beginn des Jahres in Kraft trat, lagen die Staatseinnahmen nur wenig über ihrem Vorjahresniveau. Auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben des Bundes durch unentgeltliche Übertragungen an die DDR, später an die neuen Bundesländer, gewaltig an. Diese Mehrausgaben wurden nur zu einem kleinen Teil durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle finanziert. Die bedeutendste Finanzierungsquelle war die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften belief sich, einschließlich des neugegründeten Sondervermögens Fonds Deutsche Einheit, auf 73 Mrd DM. Wenngleich eine hohe Nettokreditaufnahme im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung unvermeidbar war, weil Ausgabenkürzungen oder Steueranhebungen schon aus technischen und rechtlichen Gründen vielfach nicht kurzfristig durchzuführen sind, so hat es die Finanzpolitik doch versäumt, die Weichen für kräftige Einsparungen in den nächsten Jahren zu stellen. Die hohen Staatsdefizite bergen das Risiko gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen, vor allem dann, wenn die aufgenommenen Mittel überwiegend konsumtiv verwendet werden. Zusammen mit der Unsicherheit über die mittelfristige Entwicklung hat die hohe Kreditnachfrage des Staates schon in diesem Jahr einen kräftigen Anstieg der Kapitalmarktzinsen nach sich gezogen. Expansiven Impulsen auf die Konsumnachfrage stehen damit tendenziell dämpfende Effekte auf die Investitionstätigkeit gegenüber. Darüber hinaus engt der absehbare Anstieg der Zinslastquote den Handlungsspielraum der Finanzpolitik in der Zukunft ein.

84. Die Geldpolitik hat nicht versucht, sich dem Zinsanstieg am langen Ende des Marktes entgegenzustellen, sie hat vielmehr auch das Geldmarktzinsniveau leicht angehoben. Ihr Bestreben war es, möglichen Stabilitätsgefahren aufgrund der Nachfrage- und Kostenentwicklung frühzeitig entgegenzuwirken. Es gelang ihr offenbar, die in Zusammenhang mit der deutschen Währungsunion aufkommenden Inflationserwartungen in Schach zu halten. Die Expansion der Geldmenge M3 verlief in der ersten Jahreshälfte am unteren Rand des von der Bundesbank vorgegebenen Korridors, und die Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge war in den ersten sechs Monaten sogar noch geringer als die von M3. Seit der Einführung der D-Mark in der DDR kann die Geldmenge in den westlichen Bundesländern von der Bundesbank nur noch geschätzt werden. Diesen Schätzungen zufolge hat sich die Expansion der Geldmenge M3 zwar beschleunigt, sie ist aber weiterhin im Zielkorridor geblieben.

Die Erweiterung des Währungsgebiets hat die Geldmenge M3 insgesamt um immerhin 15 vH erhöht. Gemessen daran, daß das ostdeutsche Produktionspotential nur etwa ein Zehntel des westdeutschen betragen dürfte — so jedenfalls die Annahme der Bundesbank —, erscheint die zusätzliche Geldversorgung überhöht. Es ist aber zu berücksichtigen, daß den Nichtbanken in den östlichen Bundesländern erst seit der Jahresmitte die in Westdeutschland üblichen Geldvermögensformen zur Wahl stehen, so daß sie ihre Portefeuilles in der nächsten Zeit den neuen Bedingungen anpassen und dabei vermutlich den Anteil von M3 reduzieren werden. Somit ist es noch zu früh, um endgültig darüber zu urteilen, ob durch die Währungsumstellung ein Zuviel an Geld im gesamten Währungsraum entstanden ist.

85. Den gewaltigen Beschäftigungsproblemen, denen sich die östlichen Bundesländer gegenübersahen, stand in Westdeutschland im Jahresverlauf von 1990 ein kraftvoller Beschäftigungszuwachs von knapp 750 000 Personen gegenüber. Das stärkere Wachstum schlägt nun voll auf den Arbeitsmarkt durch. Hierzu hat freilich beigetragen, daß die Knappheit an Fachkräften, die von Unternehmen in den letzten Jahren zunehmend als Engpaß genannt wurde, durch die hohe Zuwanderung aus dem Osten gemildert worden ist. Geblieben sind aber alte Schattenseiten am westdeutschen Arbeitsmarkt. Menschen, die schon längere Zeit ohne Arbeit sind, haben es nach wie vor schwer, in den Arbeitsprozeß wieder eingegliedert zu werden. Das sind vor allem Ältere, aber auch Personen mit geringer beruflicher Qualifikation oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihnen bessere Beschäftigungschancen zu bieten, bleibt eine der Herausforderungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik.

II. Die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands

86. Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist die Wirtschaft der DDR übergangslos in eine marktwirtschaftliche Ordnung gestellt worden. Da den ostdeutschen Unternehmen keine Zeit für die Vorbereitung auf den wirtschaftlichen Systemwechsel geblieben war, gerieten sie nach dem 1. Juli bei den nun offenen Grenzen unter einen massiven Wettbewerbsdruck. Produktion und Beschäftigung sind drastisch gesunken, das Überleben der Betriebe mußte kurzfristig durch Liquiditätskredite der Treuhandanstalt gesichert werden.

Der wirtschaftliche Abschwung in Ostdeutschland wird sich vorerst weiter fortsetzen, denn noch sind viele unrentable Betriebe nicht geschlossen worden. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft rechtfertigen dennoch keineswegs Pessimismus. Die Rückführung unwirtschaftlicher Produktion ist der erste Schritt zu einer marktwirtschaftlichen Erneuerung Ostdeutschlands — ein notwendiger Schritt, damit langfristig eine leistungsfähige und international wettbewerbsfähige Wirtschaft entstehen kann. Der Erfolg wird sich nicht von allein einstellen. Die Wirtschaftspolitik muß die richtigen Rahmenbedingungen setzen, die Menschen müssen sich auf die Anforderungen der Marktwirtschaft einstellen. Gelingt ihnen dies, so ist trotz aller Übergangsschwierigkeiten Zuversicht berechtigt, daß der Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft bald in Gang kommen wird.

Strukturschwächen belasten marktwirtschaftlichen Neubeginn

87. Die durch den Systemwechsel bedingten Übergangsprobleme dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß das Kernproblem der ostdeutschen Wirtschaft die von der Planwirtschaft hinterlassenen Strukturprobleme sind:

- Der Mangel an Wettbewerb, das faktische Verbot von Entlassungen und die durch Lieferengpässe verursachten Fehlzeiten hatten in den Betrieben dazu geführt, daß mit überhöhtem Personaleinsatz produziert wurde.
- Da die volkswirtschaftlichen Ressourcen nach staatlichen Vorgaben gelenkt wurden, ist eine Produktionsstruktur entstanden, die nicht den Konsumentenwünschen entspricht, die sich nun am Markt artikulieren.
- Aufgrund der Abschottung vom Weltmarkt ist die Produktion zu wenig spezialisiert. Ein großer Teil der benötigten Investitionsgüter und Vorleistungen kam aus heimischer Produktion. Auch untereinander haben die Betriebe die Vorteile der Arbeitsteilung bei weitem nicht ausgeschöpft, sondern sie haben mit einer hohen Fertigungstiefe produziert, um sich angesichts der ständigen Lieferengpässe von Zulieferungen unabhängig zu machen.

Wie sich die Struktur der ostdeutschen Wirtschaft im Zuge der marktwirtschaftlichen Erneuerung verändern wird, ist im einzelnen nicht voraussehbar, wohl aber läßt sich die allgemeine Richtung des Strukturwandels absehen. Die Industrie, die in der Vergangenheit einen höheren Beschäftigungsanteil hatte als in vergleichbaren westlichen Industrieländern, wird an Bedeutung verlieren und sich stärker spezialisieren müssen. Auch der Agrarsektor beanspruchte bislang viel mehr Arbeitskräfte als die Landwirtschaften der hochentwickelten westlichen Industrieländer.

Gute Beschäftigungsaussichten haben dagegen die Bauwirtschaft und insbesondere die private Dienstleistungsproduktion, die in der DDR stark vernachlässigt worden war. Wie in den marktwirtschaftlichen Industrieländern wird sich ein Angebot an einfacheren, aber auch an hochwertigen Dienstleistungen, an Dienstleistungen für den lokalen Markt, aber auch für den nationalen oder internationalen Markt entwikkeln. Zum Teil entstehen Dienstleistungsaktivitäten neu, die in der Planwirtschaft nicht gefragt waren; hierzu gehören insbesondere produktionsnahe Dienstleistungen, technische Beratung und Planung, wie Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, Finanzierung, Werbung, Immobilienvermittlung und -verwaltung. Zum Teil werden tertiäre Tätigkeiten aus den Kombinaten und aus dem Staat in private Unternehmen oder Organisationen ausgelagert. Demgegenüber fallen in den Betrieben und insbesondere im aufgeblähten Staatsapparat viele Arbeitsplätze fort, die der zentralen Planung und der Überwachung von Wirtschaft und Bevölkerung dienten.

88. Wenngleich den ostdeutschen Industriebetrieben bereits im ersten Halbjahr ein stetiger Absatzrückgang signalisierte, daß der Übergang zur Marktwirtschaft mit erheblichen Produktionseinbußen verbunden sein würde, bedeutete für sie die Entwicklung nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion dennoch einen schweren Schock. Schlagartig machte ihnen die Dominanz westlicher Waren in den Einzelhandelsgeschäften ihre eigene Wettbewerbsschwäche deutlich. Ihr Absatz geriet ins Stokken, und der Index der industriellen Warenproduktion erreichte im September nur noch die Hälfte des Vorjahresstands (Tabelle 18). Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der Industrie für den subventionierten Export in die RGW-Länder produziert. Auch wenn bei der Interpretation dieser Statistik Unschärfen zu berücksichtigten sind, so zeigt sie doch, daß sich die Abwärtsbewegung über die ganze Breite der Industrie vollzog und auch humankapitalintensive und wissensintensive Produktionen erfaßte, deren Wettbewerbsfähigkeit früher als verhältnismäßig gut eingeschätzt wurde.

Nur wenige Wirtschaftszweige haben ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr halten oder sogar steigern können. Zu den erfolgreichen Branchen gehörten vornehmlich jene, die — wie etwa der Druckmaschinenbau — schon früher mit Erfolg auf den Weltmärkten vertreten waren. Auch in einzelnen Versorgungsbereichen — wie etwa der Wasserwirtschaft —, in denen die Nachfrage starr ist und es einen internationalen Konkurrenzdruck nicht gibt, blieb die Produktion im ganzen stabil.

Die Absatzverluste der Industriebetriebe haben vielfältige Gründe, die in den einzelnen Produktionszweigen unterschiedlich zu gewichten sind. In der Grundstoffchemie, der Metallurgie und der Energieerzeugung mußten Produktionen allein schon wegen enormer Umweltbelastungen stillgelegt werden. Bei standardisierten Massenproduktionen, die einem intensiven internationalen Preiswettbewerb ausgesetzt sind, führten hohe Kosten zur Unwirtschaftlichkeit. Beispiele hierfür sind die Textilindustrie und weite Teile der Grundstoffproduktion. Schließlich fehlen in den meisten Branchen schlichtweg marktfähige Produkte. Teils entsprechen sie nicht den Präferenzen der Nachfrager; dies wird durch die Verlagerung der Nachfrage auf westliche Güter — so vor allem bei Automobilen, bei der Unterhaltungselektronik, aber auch bei

Tabelle 18

Zur Entwicklung der industriellen Warenproduktion in der ehemaligen DDR[1])

Arbeitstäglicher Index 1985 = 100

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Industrie insgesamt	Energie/ Brennstoffindustrie	Chemische Industrie	Metallurgie	Baumaterialienindustrie	Wasserwirtschaft	Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik/Gerätebau	Leicht-	Textil-	Lebensmittel-
									industrie		
1989 1. Vj.	+ 3,1	+ 0,2	+ 2,6	− 0,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 6,4	+ 9,3	+ 4,0	+ 4,4	+ 0,7
2. Vj.	+ 3,9	+ 0,2	+ 4,2	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 6,4	+ 9,7	+ 4,3	+ 3,8	+ 2,0
3. Vj.	+ 3,8	+ 0,6	+ 2,8	− 1,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 5,8	+ 9,0	+ 3,1	+ 4,0	+ 1,8
4. Vj.	− 1,0	− 1,5	− 0,5	− 0,6	− 3,0	+ 3,4	− 4,2	+ 3,0	− 3,9	− 1,3	+ 1,1
1990 1. Vj.	− 4,5	− 5,3	− 8,3	− 6,2	− 5,4	+ 3,7	− 7,1	− 3,6	− 3,4	− 3,5	− 3,1
2. Vj.	− 9,5	−11,6	−13,6	−12,9	− 3,9	+ 6,3	+ 0,1	− 2,8	−15,1	−16,8	−16,4
3. Vj.	−48,1	−42,0	−47,2	−64,2	−54,4	− 3,3	−34,0	−42,1	−53,4	−53,5	−60,4
1990 Juli	−42,1	−40,1	−40,2	−60,3	−37,0	−10,4	−28,8	−32,7	−51,1	−51,3	−57,7
August	−50,8	−47,7	−51,5	−66,9	−59,4	+ 0,8	−35,8	−46,7	−55,4	−55,1	−61,4
September	−51,1	−38,4	−50,2	−65,5	−65,7	+ 0,3	−37,4	−46,7	−53,8	−54,3	−62,1

[1]) Nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR, Ausgabe 1985.

Quelle: Statistisches Amt der DDR

Nahrungsmitteln — deutlich belegt. Teils sind sie technologisch veraltet, und zu alledem kommt hinzu, daß bislang nach technischen Normen des RGW produziert wurde. Viele Produktionsanlagen und Produkte sind mit den allmählich vordringenden westlichen Technologien nicht kompatibel. Dies vermindert insbesondere die Absatzchancen von Investitionsgütern aus ostdeutscher Herstellung, zumal auch der Export in die RGW-Länder rückläufig ist (Ziffer 92).

Die ostdeutschen Industriebetriebe stehen nun vor der gewaltigen Aufgabe, wettbewerbsfähig zu werden. Umweltbelastende und technologisch rückständige Produktionsanlagen müssen ersetzt, die Kosten der Betriebe durch moderne Fertigungsmethoden, durch die Reorganisation der Unternehmen und durch Personalabbau gesenkt werden. Produktionsprogramme müssen auf neue oder geänderte, jedenfalls den Abnehmerpräferenzen entsprechende Produkte umgestellt werden. Dies alles erfordert nicht allein einen hohen technischen Kenntnisstand, sondern auch ein marktkundiges und effizientes Management. Gerade daran mangelt es in den alten, der Zentralverwaltung unterstellten Betrieben Ostdeutschlands; ein Grund, warum das Engagement westlicher Unternehmen beim marktwirtschaftlichen Neuaufbau Ostdeutschlands so dringlich erscheint (Ziffern 538 ff.).

89. Nicht minder schockartig verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft. Nach der Öffnung der Grenzen und mehr noch nach der Einführung der D-Mark wandten sich die Verbraucher zunehmend westlichen Agrarprodukten zu. Ursache für diese Nachfrageverschiebung waren nicht nur die größere Vielfalt und die bessere Qualität des westlichen Angebots, sondern auch die Präferenzen der Konsumenten für Agrarerzeugnisse westlicher Herkunft, selbst bei vergleichsweise homogenen Produkten wie Eiern, Gemüse oder Milcherzeugnissen. Die ostdeutsche Landwirtschaft ist erstmals bei vielen Produkten mit dem Problem unverkäuflicher Angebotsüberschüsse konfrontiert, so zum Beispiel bei Kartoffeln, Getreide, Mastschweinen, Eiern.

Neben den Absatzeinbußen mußte die Landwirtschaft als Folge des Zusammenbruchs des bisherigen Systems staatlich garantierter Erzeugerpreise erhebliche Preissenkungen verkraften. Die nunmehr relevanten Marktordnungspreise der EG liegen teilweise um zwei Drittel (bei Kartoffeln und Schweinefleisch) oder gar drei Viertel (bei Rindfleisch und Geflügelfleisch) unter den bislang gültigen Preisen.

Um die Einkommensverluste zu begrenzen, wurden verschiedene Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet. So wurden Nahrungsmittellieferungen in die Sowjetunion im Wert von 2,5 Mrd DM (auf Basis von Inlandspreisen) vereinbart; die Differenz zu den Weltmarktpreisen wurde durch Subventionen überbrückt (rund 1,5 Mrd DM). Eine gewisse Hilfestellung leisteten auch Interventionskäufe der Marktordnungsbehörden. Vom 1. Januar 1991 an wird die Landwirtschaft in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einbezogen. Dies ändert jedoch nichts daran, daß eine drastische Verringerung der Agrarproduktion — Schätzungen zufolge bei einzelnen Produkten um 20 vH und mehr — in den fünf neuen Bundesländern unausweichlich erscheint (Ziffern 557 ff.).

Die Marktordnungen der EG und die Agrarsubventionen bilden für die ostdeutschen Landwirte auf kurze Sicht sicherlich ein Auffangnetz. Gleichwohl erscheinen die längerfristigen Anpassungsprobleme hier noch gravierender als in der Industrie. Nach der Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an das EG-Preisniveau wurde deutlich, daß die großen Genossenschaften viel zu teuer produzieren. Eine Ursache hierfür ist die niedrige Arbeitsproduktivität im Agrarsektor der ehemaligen DDR. Mittelfristig ist mit

einer erheblichen Abnahme der Beschäftigung in der ostdeutschen Landwirtschaft (Stand im Herbst 1989: 834 000 ständig Berufstätige) zu rechnen. Bis September 1990 verloren bereits 36 000 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe ihren Arbeitsplatz, für 220 000 Arbeitnehmer aus der Land- und Forstwirtschaft wurde Kurzarbeit angemeldet.

90. Die ostdeutsche Wirtschaft ist indessen nicht nur aus Mangel an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westlichen Anbietern in die Krise geraten. Auch die Bauwirtschaft, obwohl sie viel weniger als die Industrie der Importkonkurrenz ausgesetzt ist, klagt über Auftragsmangel. Obwohl sie sich angesichts eines über Jahrzehnte angestauten Baubedarfs einem zukünftig stark wachsenden Markt gegenübersehen, mußten die Unternehmen der Bauwirtschaft zunächst nach der Jahresmitte ihre Produktion um ein Sechstel gegenüber dem Vorjahresniveau einschränken. Ausschlaggebend hierfür dürften sowohl die noch immer weitgehend ungeklärten Eigentumsverhältnisse an den Grundstücken als auch die angespannte finanzielle Situation von Investoren und Bauunternehmen im Osten Deutschlands sein. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse verzögern Investitionsentscheidungen und damit auch die Auftragsvergabe für Bauvorhaben. Zudem erschweren sie die Kreditaufnahme, da bislang Grundstücke kaum als Sicherheiten zur Verfügung standen.

Mittlerweile hat sich, den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests für Ostdeutschland zufolge, die Einschätzung der Unternehmen der Bauwirtschaft sowohl über ihre Geschäftslage in den Berichtsmonaten August/September als auch über die Perspektiven in den nächsten sechs Monaten deutlich gegenüber ersten Umfragen im Sommer dieses Jahres gebessert, wenngleich für beide Indikatoren der Saldo der Unternehmensmeldungen immer noch im negativen Bereich verbleibt. Allerdings hat die ostdeutsche Bauwirtschaft auch weiterhin deutlich pessimistischere Erwartungen über ihre zukünftige Geschäftsentwicklung als die Industrieunternehmen.

Für die schwache Nachfrage im Wohnungsbau spielt es ebenfalls eine Rolle, daß bis zur deutschen Vereinigung die Mietpreisbindung in der DDR unverändert auf nicht kostendeckendem Niveau fortgalt und auch seitdem die Mieten nur für neu erstellten privat finanzierten Wohnraum grundsätzlich frei vereinbart werden können (Ziffern 574 ff.). Im ersten Halbjahr ging die Anzahl der neu gebauten Wohnungen, einschließlich Sanierungen, Modernisierungen, Aus- und Umbauten, um etwa ein Drittel gegenüber dem Vorjahr zurück.

Der öffentliche Bau dürfte sich ebenfalls deutlich abgeschwächt haben, und zwar nicht nur wegen der knappen Finanzausstattung der Kommunen, des wichtigsten Auftraggebers, sondern auch aufgrund der Organisations- und Personalprobleme in der Verwaltung. So konnten häufig nicht einmal die vom Bund bereitgestellten Mittel abgerufen werden.

91. Im Dienstleistungssektor — für den allerdings kaum statistische Indikatoren verfügbar sind — dürfte die Entwicklung seit der Jahresmitte günstiger verlaufen sein als in der Industrie und im Bau. Zwar sind die produktionsnahen Dienstleistungsbereiche — vor allem der Verkehr — durch den Rückgang der Industrieproduktion in Mitleidenschaft gezogen worden, aber es haben sich auch neue Dienstleistungsaktivitäten aufgetan. So haben sich westdeutsche Banken, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen schon vor der Währungsunion in Ostdeutschland engagiert, um Geschäftsstellennetze aufzubauen oder bestehende durch Beteiligungserwerb oder Gemeinschaftsunternehmen für sich nutzbar zu machen. Das Personal der ostdeutschen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen wurde dabei weiterbeschäftigt.

Gerade der Dienstleistungssektor eröffnet Selbständigen und kleineren Unternehmen zahlreiche Entfaltungsmöglichkeiten; nicht allein in Bereichen wie der Gastronomie, dem Tourismus oder dem Gesundheitswesen, sondern auch für die freien Berufe, beispielsweise für Rechtsanwälte, Steuerberater oder Unternehmensberater. Ein Indiz dafür, daß viele die Chancen der Selbständigkeit wahrnehmen, liefert die Anzahl von knapp 200 000 Gewerbeanzeigen in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf die Dienstleistungsbereiche „Handel und Gaststätten sowie Erholungswesen". Die Anzahl der Gewerbemeldungen enthält freilich nicht allein Neugründungen, sondern auch Ummeldungen. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß angezeigte Gewerbe nicht in jedem Fall auch tatsächlich aufgenommen werden (Ziffern 538 ff.).

Einen schwierigen Start in die Marktwirtschaft hatten die Betriebe des Einzelhandels. Nachdem ihre Umsätze im ersten Halbjahr noch etwas angestiegen waren, lagen sie im September um rund 50 vH unter Vorjahresstand. Dabei hat es eine geringere Rolle gespielt, daß die D-Mark-Preise im August und vermutlich auch im September etwas unter den DDR-Mark-Preisen des Vorjahres gelegen haben. Wichtiger war es, daß die Verbraucher ihre hohe Nachfrage nach westlichen Produkten in den ersten Monaten nach Einführung der D-Mark großenteils direkt beim Einzelhandel im Westen gedeckt haben. Das westliche Güterangebot war aus technischen und logistischen Gründen in Ostdeutschland nicht sofort in seiner vollen Breite verfügbar, zudem waren die Preise des ostdeutschen Einzelhandels in der Anfangsphase überhöht. Mit der allmählichen Vervollständigung des westlichen Güterangebots und einem Rückgang der regionalen Preisdifferenzen dürfte sich auch das Verbraucherverhalten wieder zugunsten des Einzelhandels in Ostdeutschland ändern.

92. Die Überlegenheit des westlichen Warenangebots beeinträchtigte nicht nur die Absatzchancen der ostdeutschen Wirtschaft, sondern auch die der Lieferanten aus den RGW-Ländern. Zwar räumte der Einigungsvertrag den laufenden Lieferverträgen zwischen der DDR und den Handelspartnern im RGW weitreichenden Vertrauensschutz ein. Als jedoch nach Freigabe des Westhandels zum 1. Juli 1990 der Absatz von Produkten aus osteuropäischer Herstellung stockte, sahen sich viele Importeure zur Stornierung von Bestellungen veranlaßt. Im August lag der Import aus RGW-Ländern bei nur noch 0,5 Mrd DM, 75 vH weniger als im 1. Halbjahr 1990 monatsdurchschnittlich importiert wurde.

Auf der anderen Seite bemühten sich die ostdeutschen Betriebe, ausstehenden Lieferverpflichtungen in RGW-Staaten möglichst rasch nachzukommen, um so zumindest für eine begrenzte Zeit die Produktion aufrechterhalten zu können. Die Lieferungen in die RGW-Staaten gingen daher weniger zurück als die Einfuhren von dort; im August wurden etwa 10 vH weniger Waren exportiert als im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres. In einzelnen Bereichen klagen die Produzenten jedoch über vermehrte Nachfrageausfälle. Ursache hierfür ist, daß einige osteuropäische Handelspartner wegen ihrer sinkenden Ausfuhrerlöse in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind.

Angesichts der differierenden Entwicklung bei Ausfuhr und Einfuhr konnte im Handel mit den RGW-Staaten ein Überschuß von 6,2 Mrd DM (Januar bis August) erzielt werden. Berücksichtigt man zusätzlich den — freilich quantitativ unbedeutenden — Handel mit den westlichen Industrieländern (außer Westdeutschland) sowie mit den Entwicklungsländern, so reduziert sich der Handelsbilanzüberschuß auf 5,5 Mrd DM.

Bis zum 31. Dezember 1990 wird der Zahlungsverkehr zwischen der DDR und den Handelspartnern im RGW weiterhin über das hergebrachte Verrechnungssystem abgewickelt. Für die Sowjetunion gilt eine Sonderregelung bis zum 30. Juni 1991. Wie mit den bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Salden im wechselseitigen Zahlungsverkehr verfahren werden soll, ist derzeit noch offen.

Danach werden die ostdeutschen Exporteure auch auf den osteuropäischen Märkten mit westlichen Anbietern konkurrieren müssen, und zwar ohne die Unterstützungszahlungen, die für sie nach Schaffung der Währungsgemeinschaft bereitgestellt wurden. Diese waren nötig geworden, weil die im RGW-Handel vereinbarten Preise fortgelten, den Unternehmen jedoch nunmehr nur noch 2,36 DM (anstelle von 4,67 M) je erlösten Transferrubel gutgeschrieben werden. Das hat die Ertragslage vieler Unternehmen deutlich verschlechtert. Die zur Stützung vorgesehenen Finanzmittel von insgesamt 3,5 Mrd DM werden nicht ausreichen.

Investitionsattentismus noch nicht überwunden

93. Schon bald nach der Öffnung der Grenze im November 1989 zeigte sich, daß ein beträchtlicher Kapitaleinsatz notwendig sein würde, um den vorhandenen Kapitalstock zu erneuern und wettbewerbsfähig zu machen und um für die freigesetzten Arbeitskräfte produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Weniger klar wurde gesehen, daß es in der Phase des Übergangs von einer planwirtschaftlichen zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung Zeit braucht, bis einzelwirtschaftliche Investitionsentscheidungen in Gang kommen. Solange Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsordnung bestand, breitete sich Attentismus aus. Es kann daher nicht verwundern, daß die Anlageinvestitionen nach Angaben des ehemaligen DDR-Wirtschaftsministeriums, die allerdings mit den Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen westlichen Zuschnitts nicht vergleichbar sind, in jeweiligen Preisen schon im ersten Halbjahr um ein Sechstel unter Vorjahresstand lagen. Nach der Einführung der Marktwirtschaft wiederum vergeht Zeit, bis die Unternehmen die Erfordernisse des Marktes erkundet, sich über die Investitionsalternativen informiert und die Kalkulationsgrundlagen erstellt haben. Die Investitionsneigung der ostdeutschen Betriebe wurde zudem durch den Absatzeinbruch nach der Jahresmitte zusätzlich gedämpft.

Vor diesem Hintergrund kommt den Direktinvestitionen westdeutscher und ausländischer Unternehmen zentrale Bedeutung für die marktwirtschaftliche Erneuerung Ostdeutschlands zu. Direktinvestoren bringen nicht allein Kapital in die Modernisierung der Wirtschaft ein, sie fördern auch den Transfer von technologischem Wissen und von Management-know-how, das in den ostdeutschen Unternehmen bislang nicht vorhanden ist. In welcher Höhe westliche Unternehmen schon in diesem Jahr in Ostdeutschland investiert haben, läßt sich allenfalls grob abschätzen. Nach den Ergebnissen einer Herbst-Umfrage des Ifo-Instituts („Ifo-100") dürften die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in diesem Jahr rund 3 Mrd DM in Ostdeutschland investieren. Ein größerer Kapitaltransfer dürfte indessen auch in den tertiären Sektor geflossen sein. Jedenfalls werden von den bis Ende Juli genehmigten 2 800 Joint Ventures insgesamt 1 200 Dienstleistungen erbringen.

Die Investitionen westdeutscher Industrieunternehmen waren vielfach darauf gerichtet, Absatz- und Vertriebsorganisationen aufzubauen. Es entspricht dem Muster, das bei den Direktinvestitionen in westliche Länder zu beobachten ist, daß die Errichtung von Produktionsstätten erst danach in Angriff genommen wird. Überdies ist zu berücksichtigen, daß Investitionen, die der Errichtung neuer Produktionsstätten dienen, einen erheblichen Planungsvorlauf haben, der in den wenigen Monaten seit Inkrafttreten des Staatsvertrages vielfach noch nicht abgeschlossen sein konnte.

94. Eine Rolle spielte es aber auch, daß die Unsicherheit über wichtige Investitionsbedingungen in Ostdeutschland erst im Laufe dieses Jahres abgebaut wurde. Zwar wurden schon mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die wichtigsten Rahmenbedingungen für eine verstärkte Investitionsaktivität im östlichen Deutschland geschaffen. Auch stehen verschiedene staatliche Hilfen für investitionsbereite Unternehmen zur Verfügung. Auf der anderen Seite blieben jedoch gravierende Investitionshemmnisse bestehen.

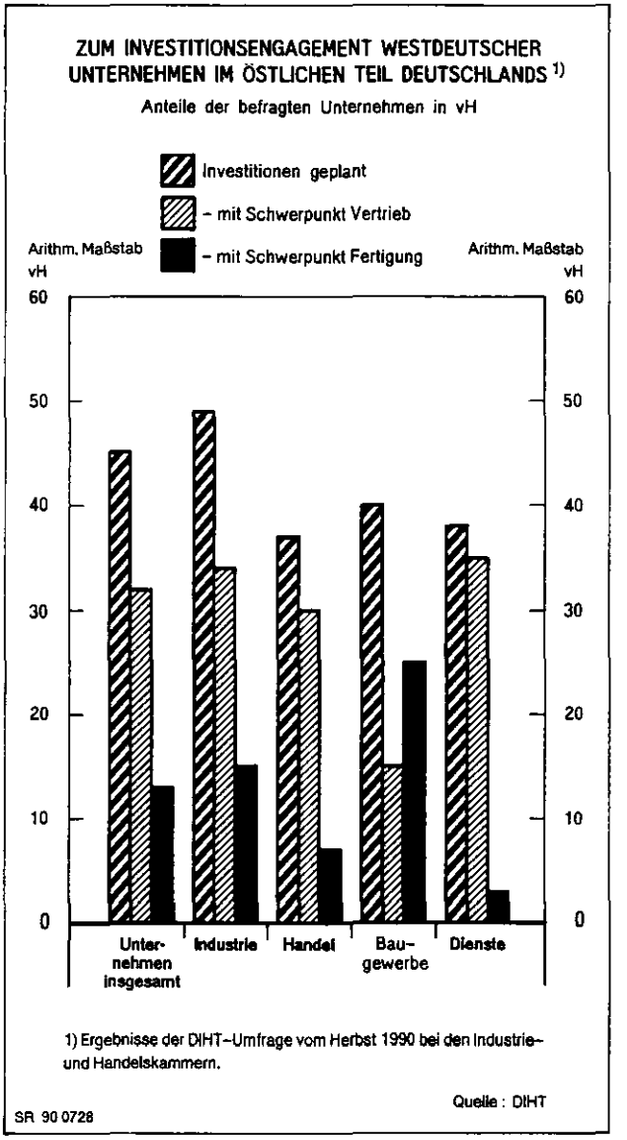
— Als das wohl bedeutsamste Hemmnis für Direktinvestitionen entpuppte sich der Mangel an geeigneten Gewerbeflächen und Gewerberäumen. Soweit sich erschlossene Gewerbeflächen im Besitz der jetzt der Treuhandanstalt unterstehenden ehemaligen volkseigenen Betriebe befinden, muß erst über deren Privatisierung oder Stillegung entschieden werden, bevor die Gewerbeflächen Direktinvestoren zur Verfügung stehen können. Soweit die Grundstücke aus ehemaligem Staatsvermögen der Treuhandanstalt übertragen wurden, sieht sich deren Verwaltung einer Flut von Anträgen der Gemeinden zur kommunalen Nutzung ge-

genüber, deren notwendige Bearbeitungszeit ebenfalls einer zügigen Veräußerung entgegensteht. Vielfach sind alte Industrieareale mit Umweltschäden belastet. Neue stehen aufgrund von Organisations- und Verwaltungsproblemen auf kommunaler Ebene nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Schließlich hielten die vielfach noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse potentielle Investoren von einem Engagement in der früheren DDR ab. Insbesondere die zunächst grundsätzlich vorgesehene Rückübertragung von enteignetem Vermögen an die früheren Besitzer oder ihre Erben stand dem Erwerb von Grund und Boden entgegen. Erst mit dem Einigungsvertrag, der in Fällen besonderer Investitionszwecke (Errichtung von Unternehmen, Schaffung von Wohnraum, Infrastrukturinvestitionen) an Stelle der Rückübertragung einen Ausgleich durch Entschädigungszahlungen zuläßt, wurde diese Rechtsunsicherheit reduziert (Ziffern 542 ff.).

- Die Attraktivität des Investitionsstandorts wird in erheblichem Maße dadurch geschmälert, daß es allenthalben um die wirtschaftsnahe Infrastruktur schlecht bestellt ist. Insbesondere mangelt es an einem leistungsfähigen Kommunikationssystem. Auch das Verkehrswegenetz genügt nicht modernen Ansprüchen (Ziffern 117 ff.).
- Die Übernahme bestehender Betriebe wird dadurch erschwert, daß derzeit noch keine DM-Eröffnungsbilanzen vorliegen, die eine genauere Beurteilung von Vermögen und Schulden bestehender Betriebe ermöglichen würden. Da die meisten Betriebe personell überbesetzt sind, wirken auch die vereinbarten restriktiven Kündigungsschutzregeln als Investitionshemmnis. Sie begrenzen die Möglichkeiten, den Personalstand bei Betriebsübernahmen rasch auf das betriebswirtschaftlich erforderliche Maß zu reduzieren. Da überdies sehr kurzlaufende Tarifverträge abgeschlossen wurden, ergibt sich für potentielle Investoren eine hohe Unsicherheit über zukünftige Lohnkostenbelastungen.
- Die abwartende Haltung vieler Investoren beruhte nicht zuletzt auch auf der Hoffnung auf weitere staatliche Investitionsanreize, denn es hatte sich gezeigt, daß die Investitionsförderprogramme mit den wachsenden Problemen immer stärker ausgeweitet wurden. Wurden Investitionen anfangs mit Zulagen von 12 vH der Investitionssumme gefördert, so sind nun Investitionszuschüsse bis zu 33 vH möglich. Die politische Diskussion um weitere Investitionsanreize dauert noch immer an.

95. Noch vorhandene Mängel in den Investitionsbedingungen im Osten Deutschlands zu konstatieren, heißt nicht, diese Region generell als Produktionsstandort in Frage zu stellen. Wenn die Beseitigung vorhandener Investitionshemmnisse konsequent angegangen wird, könnte das Volumen an westlichen Direktinvestitionen schon bald kräftig steigen. So haben zahlreiche westdeutsche Unternehmen Kooperationen mit ostdeutschen Betrieben in Aussicht gestellt, viele haben bereits Kooperationsverträge abgeschlossen und im Osten Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Im Rahmen der Herbstumfrage des DIHT, bei der 17 000 Unternehmensantworten durch die Industrie- und Handelskammern ausgewertet wurden, gaben 45 vH aller Unternehmen an, in Ostdeutschland investieren zu wollen (Schaubild 4). Bei knapp ⅓ dieser Unternehmen steht der Aufbau von Fertigungskapazitäten im Vordergrund, gut ⅔ der Unternehmen sehen den Schwerpunkt ihrer Investitionen im Aufbau eines Vertriebsnetzes. Bei den meisten Unternehmen verbindet sich das Investitionsengagement in Ostdeutschland mit einer Kooperation, einer Betriebsübernahme oder einer Betriebsbeteiligung.

Schaubild 4



Bei den Motiven steht die Notwendigkeit, rechtzeitig am Markt präsent zu sein, an erster Stelle. Nach wie vor wird auch der erleichterte Zugang zu osteuropäischen Märkten als Investitionsmotiv genannt, wenngleich in der letzten Zeit eine Ernüchterung über die Handelschancen mit dem Osten Europas zu konstatieren ist; teils weil sich die Wirtschaftslage in Osteuropa verschlechtert hat und die Sowjetunion in Zahlungsprobleme geraten ist, teils weil die Marktkenntnis der früheren DDR-Unternehmen doch unvermutet gering

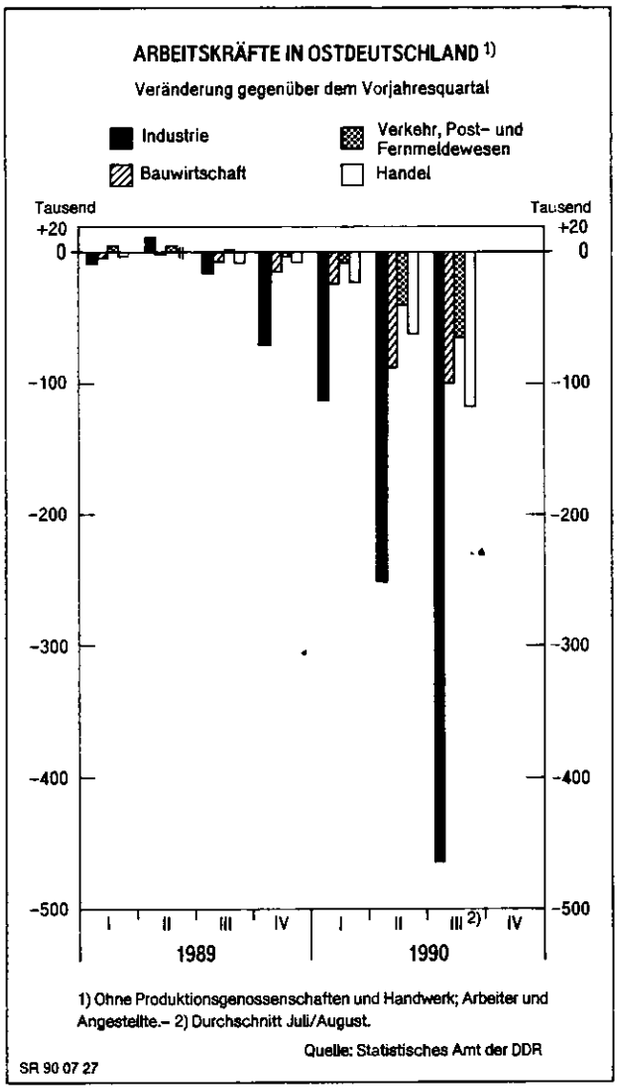
ist. Lohnkostenvorteile spielen dagegen als Begründung für Investitionen in Ostdeutschland nur eine untergeordnete Rolle. Offenbar rechnen die Unternehmen nicht damit, daß beträchtliche regionale Lohndifferenzen über lange Zeit bestehen bleiben werden.

Hohe offene und verdeckte Arbeitslosigkeit

96. Es war zu erwarten, daß nach der Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit zutage treten werde. Nicht mehr benötigte Arbeitskräfte konnten in der Regel nur freigesetzt werden, wenn für sie anderswo ein Arbeitsplatz beschafft wurde. Verluste wurden durch staatliche Zuweisungen ausgeglichen, ein wirksamer Druck zur Senkung der Arbeitskosten war nicht vorhanden, im Gegenteil, ein Teil der staatlichen Zuweisung richtete sich nach der Lohnsumme.

Seit Herbst letzten Jahres ist die Beschäftigung in Ostdeutschland rückläufig, und zwar mit einer deutlichen Beschleunigung um die Jahresmitte. Allein in der Industrie ging die Anzahl der Beschäftigten seither um mehr als 500 000 Personen zurück (Schaubild 5). Der Rückgang wäre noch viel stärker ausgefallen, wenn die Unternehmen nicht in großem Umfang von einer

Schaubild 5



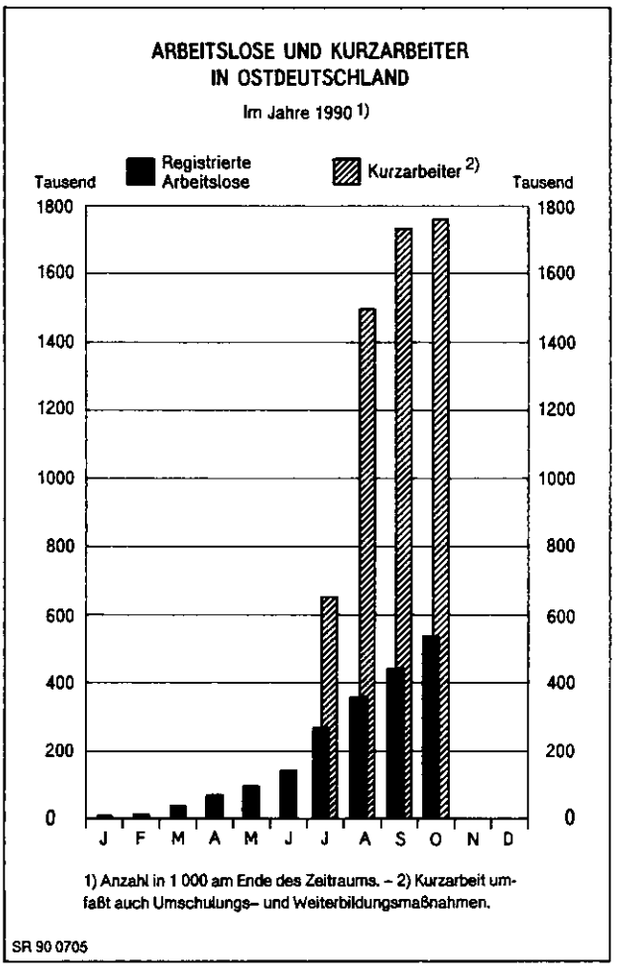
1) Ohne Produktionsgenossenschaften und Handwerk; Arbeiter und Angestellte. – 2) Durchschnitt Juli/August.

Quelle: Statistisches Amt der DDR

SR 90 07 27

erweiterten Kurzarbeiterregelung hätten Gebrauch machen können. Danach muß für den Bezug von Kurzarbeitergeld nicht nachgewiesen werden, daß der Arbeitsausfall nur vorübergehend sein wird. Mitte Oktober haben rund 1,8 Millionen Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld bezogen (Schaubild 6).

Schaubild 6



1) Anzahl in 1 000 am Ende des Zeitraums. – 2) Kurzarbeit umfaßt auch Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

SR 90 0705

Aufgrund des starken Produktionsrückgangs haben die Freisetzungen von Personal noch keine Produktivitätssteigerungen nach sich gezogen, im Gegenteil, das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde dürfte zunächst deutlich gesunken sein. Dies heißt auch, daß noch immer eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit vorliegt. Die offene und verdeckte Unterbeschäftigung wurzelt in den realwirtschaftlichen Problemen der ostdeutschen Wirtschaft. Zu ihrer Überwindung bedarf es hoher Investitionen, die nach und nach mehr rentable Arbeitsplätze schaffen werden. Zumindest im nächsten Jahr ist auch am Arbeitsmarkt kaum mit einer Besserung zu rechnen.

97. Die starken Beschäftigungseinbußen haben die registrierte Arbeitslosigkeit auf inzwischen knapp 540 000 Personen hochschnellen lassen. Dabei wurde der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland von der Angebotsseite noch beträchtlich entlastet. Bereits seit Jahresbeginn besteht die Möglichkeit des vorzeitigen Übergangs in den Altersruhestand. Von der bis zur deutschen Vereinigung gültigen Vorruhestandsregelung haben schätzungsweise über 300 000 Personen Gebrauch gemacht. Seit dem 3. Oktober 1990 gilt für

Tabelle 19

Wichtige Sonderregelungen im Arbeitsförderungsgesetz für Ostdeutschland

Anspruchsvoraussetzung	Bedingung	Befristung	Leistungshöhe
Kurzarbeiterregelung Kurzarbeitergeld kann zur Vermeidung von Entlassungen nicht nur bei vorübergehendem Arbeitsausfall gewährt werden, sondern auch dann, wenn er auf betrieblichen Strukturveränderungen oder betriebsorganisatorischen Maßnahmen beruht, die im Zusammenhang mit der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion stehen.	Der Arbeitnehmer steht der Arbeitsverwaltung zur Verfügung und der Arbeitgeber ist mit der Aufnahme einer Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber einverstanden.	Bis zum 30. Juni 1991 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen durch Rechtsverordnung die Befristung bis zum 31. Dezember 1991 verlängern. Hierzu bedarf es keiner Zustimmung des Bundesrates.	Wie in Westdeutschland. 68 vH für Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind, für die übrigen Arbeitnehmer 63 vH des um die gesetzlichen Abzüge verminderten Arbeitsentgeltes.
Unterhaltsgeld In der gesamten Bundesrepublik ist Teilnahme an der Bildungsmaßnahme notwendig; in Ostdeutschland für „allgemein von der Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer".			Bei ganztätigem Unterricht: In dem gesamten Bundesgebiet 75 vH/65 vH für Arbeitnehmer mit mindestens einem Kind/ohne Kinder des um die gesetzlichen Abzüge verminderten Arbeitsentgeltes.
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Es können auch Arbeiten gefördert werden, die im öffentlichen Interesse liegen, oder die sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden. Die vor dem 31. Dezember 1991 bewilligten Maßnahmen unterliegen nicht dem Förderungsverbot für Maßnahmen in Gebieten mit einer relativ guten Beschäftigungslage. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann zudem Ausnahmen von den Zuschußvoraussetzungen für schwer vermittelbare Arbeitslose zulassen, wenn dies nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint.		Bis zum 30. Juni 1991	Mindestens 50 vH, jedoch nicht über 90 vH der Lohnkosten für den Träger der Maßnahmen. Im Gebiet der ehemaligen DDR kann der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Höhe des Zuschusses auf bis zu 100 vH festlegen.
Altersübergangsgeld — Arbeitslosmeldung beim Arbeitsamt und Antrag auf Arbeitslosengeld — Alter: Männer nach Vollendung des 57., Frauen nach Vollendung des 55. Lebensjahres (in Westdeutschland: Ausgelaufene „86er Regelung" für 58jährige) — Eine vorhergehende Beitragspflicht begründende Tätigkeit sowie Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Gebiet der ehemaligen DDR in den letzten 90 Kalendertagen muß vorliegen.	Antrag kann abgelehnt werden, wenn feststeht, daß in der Region für die bisherige berufliche Tätigkeit des Antragstellers ein deutlicher Mangel an Arbeitskräften besteht.	3. Oktober 1990 bis 31. Dezember 1991 Verlängerungsmöglichkeit bis zum 31. Dezember 1992 durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in Absprache mit dem Bundesminister der Finanzen.	65 vH des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgelts Dauer: 2 Jahre und 8 Monate aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, weitere 4 Monate aus dem Bundeshaushalt.

das Beitrittsgebiet eine Ausnahmeregelung im Arbeitsförderungsgesetz, die es Männern über 57 Jahre und Frauen über 55 Jahre ermöglicht, Altersübergangsgeld zu beziehen und aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden. Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet, daß bis Jahresende etwa 90 000 Personen diese Regelung nutzen werden. Darüber hinaus dürften bis zu 200 000 Personen als Pendler im westlichen Bundesgebiet und in Berlin beschäftigt sein. Schließlich dürften von den seit November letzten Jahres bis zur Jahresmitte 1990 in die Bundesrepublik übergesiedelten Personen etwa 350 000 vormals in der DDR erwerbstätig gewesen sein. Seit Anfang Juli werden im Westen die Übersiedler nicht mehr erfaßt. Werden deshalb hilfsweise die Angaben des Statistischen Amtes der DDR über die Anzahl der Wegzüge aus der DDR herangezogen, die allerdings in der Vergangenheit deutlich unter den von westlicher Seite veröffentlichten Übersiedlerzahlen lagen, so haben sich direkt nach Realisierung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Abwanderungen aus der DDR wieder verstärkt und die Zuzüge weit übertroffen (Schaubild 7).

Die Abwanderung von Arbeitskräften mag zwar im ersten Halbjahr mancherorts zu Produktionsengpässen und damit auch zu Stockungen der zwischenbetrieblichen Warenströme geführt haben. Seit einigen Monaten ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit aber derart stark, daß die Abwanderung

Schaubild 7



1) Geringere Personenzahl als die von den westdeutschen Behörden (Bundesausgleichsamt) bis zum Auslaufen des Registrierverfahrens (30.Juni 1990) erfaßten Übersiedler.

Quelle: Statistisches Amt der DDR

SR 90 0707

nicht als eine Ursache, sondern als eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Lage anzusehen ist. Darauf deuten auch Unternehmensbefragungen hin, bei denen der Mangel an geeignetem Personal nicht zu den wichtigen produktionsbehindernden Faktoren gezählt wird.

98. Seit Jahresbeginn wurden rechtliche und institutionelle Neuerungen eingeführt, um in Ostdeutschland eine neue Arbeitsmarktordnung zu etablieren. Zunächst konzentrierten sich die staatlichen Aktivitäten auf die Schaffung einer Arbeitsverwaltung, damit dem zuvor in der DDR unbekannten Phänomen der offenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden konnte. Es wurden eine Arbeitslosenversicherung eingeführt und einige Leistungsgesetze erlassen, die die Folgen der offenen Arbeitslosigkeit sozial abfedern und den vorzeitigen Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollten. Neue Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften wurden gegründet; der FDGB wurde aufgelöst.

Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion übernahm die DDR wesentliche Bestandteile der Arbeitsmarktordnung der Bundesrepublik, unter anderem die Arbeitsschutzregelungen, das Kündigungsschutzgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz. Besondere Bedeutung erlangte die Übernahme des § 613a BGB als neuer § 59a in das Arbeitsgesetzbuch der DDR, demzufolge beim rechtsgeschäftlichen Übergang eines Betriebes oder eines Betriebsteils der neue Inhaber in sämtliche Rechte und Pflichten der bestehenden Arbeitsverhältnisse eintreten muß. Kündigungen aus Anlaß der Betriebsübernahme, gleichviel ob durch den neuen oder den alten Arbeitgeber, waren danach auch in Ostdeutschland unwirksam. Seit Anfang Juli 1990 ist als Folge dieser Rechtsangleichung bei sämtlichen Sanierungsvorhaben von ostdeutschen Betrieben eine den bundesdeutschen Regelungen entsprechende Verpflichtung zum Interessenausgleich und zur Aufstellung eines Sozialplanes gegeben. Offen ist aber noch, wie die Rechtsprechung die Gesetze auslegen wird.

Mit der Übernahme des westdeutschen Kündigungsschutzgesetzes wurden zwar auf der einen Seite die besonders restriktiven Regelungen des sozialistischen Regimes aufgehoben. Auf der anderen Seite wurden aber die westdeutschen Regulierungen übernommen, die über Jahre hinweg auf einem etablierten Arbeitsmarkt entstanden sind, in dem sich der Wandel in der Beschäftigungsstruktur vergleichsweise langsam und kontinuierlich vollzieht. Der östliche Arbeitsmarkt dagegen wird vorerst durch ein ungleich höheres Tempo des Strukturwandels gekennzeichnet sein. Regelungen, die die Veränderung des Personalbestandes für die Unternehmen zeitaufwendig und kostspielig machen, vermindern das Tempo des Strukturwandels und können potentielle Investoren abschrecken (Ziffern 336 ff.).

99. Um den Strukturwandel zeitlich zu strecken und ein allzu rasches Hochschnellen der registrierten Arbeitslosigkeit zu verhindern, sind im Staatsvertrag und im Einigungsvertrag einige Sonderregelungen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt vereinbart worden (Tabelle 19). Die wichtigste Sonderregelung ist die erweiterte Kurzarbeiterregelung. Diese Regelung ist

Tabelle 20

Wichtige Tarifabschlüsse

(ab Sommer

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Beschäftigten (gerundet)	Lohn- und Gehaltsvereinbarungen				Arbeitszeit
		Einkommensteigerungen	vH des westdeutschen Einkommensniveaus	Laufzeit der Vereinbarung	Jahressonderzahlungen	wöchentliche Arbeitszeit (Stunden)
Banken	40 000	30 vH mindestens 300 DM, durchschnittlich 40 vH	unter 50 vH	31. 12. 1990	Einmalzahlung eines Monatsgehaltes im August 1990	43,75
Baugewerbe		zirka 60 vH	55 bis 72 vH	1. 7. 90 bis 31. 10. 90		42 Laufzeit: (bis 31. 10. 90)
Bauindustrie		zirka 60 vH	63 vH des Bautarifs	1. 7. 90 bis 31. 10. 90		43,75
Bekleidungsindustrie	80 000	100 DM ab 1. 1. 90, 100 DM ab 1. 10. 90		31. 3. 91 2 Monate Kündigungsfrist	40 vH eines Monatsgehalts für das zweite Halbjahr	40 (ab 1. 10. 90)
Braunkohlenbergbau		bis zu 250 DM monatlich ab 1. 9. 90		31. 12. 90		43,75 (Laufzeit: bis 31. 12. 91)
Chemische Industrie	350 000	35 vH für Grundlöhne	50 vH	1. 7. 90 bis 31. 12. 90 (1 Monat Kündigungsfrist)	13. Monatseinkommen tariflich abgesichert	43,75
Deutsche Post/Ministerium für Post- und Fernmeldewesen						
Deutsche Reichsbahn	250 000	Teuerungszuschlag 300 DM; ab 1. 1. 91 50 bis 60 vH der bundesdeutschen Beträge	siehe links			43,75
Druckindustrie	24 000	mindestens 250 DM monatlich (siehe auch rechts)	in Sa, Th, Sa-Ah 1. 7. bis 30. 9. 90 43,7 vH des westlichen Tarifs, ab 1. 10. 90 auf 50 vH	31. 1. 91 (1 Monat Kündigungsfrist)		43,75 (ab 1. 1. 91) 42 beziehungsweise 40 im 2-Schicht-Betrieb
Einzelhandel	650 000	Teuerungszuschlag einmalig 300 DM im August; 150 DM/ 300 DM ab 1. 9. 90/ 1. 10. 90	zirka 50 vH bis 55 vH (Stufenerhöhungen ab 1. 11. 90 und 1. 1. 91)	31. 1. 91 (1 Monat Kündigungsfrist)		42 (ab 1. 11. 90) 40 (ab 1. 1. 91)

Tabelle 20

in Ostdeutschland

1990)

Weitere tarifliche Vereinbarungen				
Kurzarbeit	Qualifizierung	Rationalisierungsschutz	Kündigungsschutz	Sonstiges
	Verpflichtungserklärung des Arbeitgebers	Analog westdeutschem Abkommen Kündigungsfrist: 3 Monate zum Jahresende		
				Erhöhung der monatlichen Ausbildungsvergütung auf 330 DM im ersten, 510 DM im zweiten, 650 DM im dritten Ausbildungsjahr
		Rationalisierungsabkommen		
90 vH des Nettoeinkommens	Verpflichtungserklärung des Arbeitgebers: „Vorrang vor betrieblichen Kündigungen"	Analog westdeutschem Abkommen (Chemie) Laufzeit: 31. 12. 91		
	Erforderliche Qualifizierung und Umschulung durch den Arbeitgeber, Kosten und bisherigen Durchschnittslohn trägt der Arbeitgeber		Unkündbarkeit von Arbeitnehmern nach 20 Dienstjahren beziehungsweise 15 Dienstjahren, bei über 40jährigen oder Alleinerziehenden mit Kindern bis 16 Jahre; Schwerbehinderten und Rehabilitanden	Verpflichtung, die Auszubildenden zu übernehmen; bei Versetzungen Zusicherung des bisherigen Tariflohns und Dienstrangs
	Verpflichtungserklärung des Arbeitgebers: „Vorrang für Umschulung, Weiterbildung und Kurzarbeit"	Abkommen vom April 1990 gilt weiterhin	Sehr weitreichend, Kündigung erst nach Ausschöpfung aller Maßnahmen der Arbeitsförderung möglich	Der Bereich Ost-Berlin hat den Abschluß widerrufen. Ziel: 55 vH des westlichen Einkommensniveaus

noch Tabelle 20

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Beschäftigten (gerundet)	Lohn- und Gehaltsvereinbarungen				Arbeitszeit
		Einkommensteigerungen	vH des westdeutschen Einkommensniveaus	Laufzeit der Vereinbarung	Jahressonderzahlungen	wöchentliche Arbeitszeit (Stunden)
Eisen- und Stahlindustrie	80 000	300 DM pro Monat ab 1. 7. 90	zirka 50 vH	1. 7. 90 bis 31. 12. 90		40 (ab 1. 9. 90)
Energie- und Versorgungswirtschaft	110 000	Nettolohngarantie auf Basis des Junigehalts	40 bis 50 vH		Jahresprämie (100 vH); Treuegeld (25 vH bis 100 vH) des Monatsentgelts	40 (ab 1. 1. 90)
Fuhrbetriebe und Speditionen	100 000	200 DM im Monat ab 1. 10. 90				
Glasindustrie		35 vH für Grundentgelt ab 1. 8. 90		31. 12. 90 (1 Monat Kündigungsfrist)		43,75
Heizungs-, Klima- und Sanitärhandwerk (in Brandenburg)	95 000	65 vH ab 1. 7. 90				42 (ab 1. 4. 91) 40 (ab 1. 7. 91)
Hotel- und Gaststättengewerbe (Interhotel)						
Holzindustrie		70 bis 150 DM im Monat ab 1. 7. 90	zirka 40 vH	31. 12. 90 (1 Monat Kündigungsfrist)		42 (ab 1. 10. 90) 40 (ab 1. 3. 91)
Kaliindustrie	30 000	35 vH				
Keramische Industrie		35 vH ab 1. 8. 90		31. 12. 90 (6 Wochen Kündigungsfrist)		43,75
Kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	36 000	Vergütungen zwischen 1 000 DM und 4 435 DM mit drei Anpassungsstufen angestrebt: — ab 1. 9. 90: 250 DM monatlich — ab 1. 12. 90: 85 vH der neuen Vergütungen — ab 1. 2. 91: volle Vergütungen				
Konsumgenossenschaften	200 000	Einmalig für August 275 DM; ab 1. 9. 90 150 DM monatlich				42 (ab 1. 9. 90) 40 (ab 1. 1.91)

noch Tabelle 20

Weitere tarifliche Vereinbarungen				
Kurzarbeit	Qualifizierung	Rationalisierungsschutz	Kündigungsschutz	Sonstiges
Aufstockung des KuG auf bis zu 85 vH/90 vH des bisherigen Nettoeinkommens		Ähnlich westdeutschem Abkommen Laufzeit: 30. 6. 91	Gegenüber Westdeutschland erweiterter Kündigungsschutz Laufzeit: 31. 12. 92	
			Besondere Regelung für ältere Mitarbeiter	
		Analog westdeutscher Regelungen (Chemie), Laufzeit 31. 12. 91 (6 Wochen Kündigungsfrist)		
	Verpflichtung des Arbeitgebers: Fortzahlung des Einkommens	Überstundenabbau, Vorruhestand	Nach Berufsjahren gestaffelt	
Aufstockung des KuG auf bis zu 85 vH				
Aufstockung des KuG auf 90 vH		Analog westdeutscher Regelungen (Chemie), Laufzeit 31. 12. 91 (6 Wochen Kündigungsfrist)		
		Rationalisierungsschutzabkommen		
				Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 75 DM monatlich, ab 1. 9. 90

noch Tabelle 20

Wirtschaftsbereich	Anzahl der Beschäftigten (gerundet)	Lohn- und Gehaltsvereinbarungen				Arbeitszeit
		Einkommensteigerungen	vH des westdeutschen Einkommensniveaus	Laufzeit der Vereinbarung	Jahressonderzahlungen	wöchentliche Arbeitszeit (Stunden)
Kraftverkehrsbetriebe und private Fuhrunternehmen	100 000	200 DM monatlich		1. 9. 90 bis 31. 12. 90		
Landwirtschaftliche Staatsgüter	90 000	26,8 vH				
Maler- und Lackiererhandwerk	12 000	Ecklohn 8,85 DM/ Stunde. Monatseinkommen 762 DM bis 2 741 DM	50 vH ab 1. 7. 90	1. 7. 90 bis 31. 12. 90		43,75
Metall- und Elektroindustrie	1 800 000	250 DM im Monat ab 1. 7. 90 50 DM ab 1. 10. 90	zirka 50 vH	31. 12. 90 (1 Monat Kündigungsfrist)		40 (Laufzeit: ab 1. 10. 90 bis 31. 12. 91)
Öffentlicher Dienst		200 DM im Monat		1. 9. 90 bis 31. 5. 91 (1 Monat Kündigungsfrist)	50 DM/Monat Sozialzuschlag je Kind	43,75
Papierindustrie		35 vH ab 1. 8. 90		31. 12. 90 (1 Monat Kündigungsfrist)		43,75
Schuhindustrie	30 000	250 DM im Monat ab 1. 10. 90				40 (ab 1. 12. 90)
Sozialversicherung	7 000	45 vH durchschnittlich, mindestens 300 DM monatlich		1. 7. 90 bis 31. 12. 90	Urlaubs- und Weihnachtsgeld je 50 vH eines Monatseinkommens	
Sparkassen	20 000	mindestens 30 vH oder 300 DM im Monat, durchschnittlich 50 vH		31. 12. 90	Urlaubsgeld in Höhe von 50 vH eines Monatseinkommens	43,75
Textil- und Lederindustrie	240 000	250 DM im Monat ab 1. 9. 90	zirka 40 vH	31. 12. 90		40 (ab 1. 10. 90)
Verbrauchsgüterindustrie		Für Juli und August Nettolohnabsicherung des Niveaus von Mai/Juni 1990				
Versicherungen		50 vH, mindestens 300 DM im Monat	zirka 40 vH	1. 7. 90 bis 31. 12. 90	Urlaubsgeld in Höhe von 50 vH eines Monatseinkommens	43,75
Zigarettenindustrie	4 000	durchschnittlich 150 DM im Monat	Auf 50 bis 62 vH schrittweise ab 1. 1. 91		400 DM Einmalzahlung; 13. Monatsgehalt	43,75

noch Tabelle 20

Weitere tarifliche Vereinbarungen				
Kurzarbeit	Qualifizierung	Rationalisierungsschutz	Kündigungsschutz	Sonstiges
				Facharbeiterlohn: 8,30 DM/Stunde
Aufstockung des KuG auf bis zu 85 vH/90 vH des bisherigen Nettoeinkommens		Ähnlich westdeutschem Abkommen Laufzeit: 30. 6. 91	Gegenüber Westdeutschland erweiterter Kündigungsschutz Laufzeit: 31. 12. 92	
Bis 30. 6. 91 Aufstokkung des KuG auf 85 vH/90 vH, bei längerfristiger Qualifizierung Zuschuß zum Unterhaltsgeld bis zum 31. 12. 92		Analog westdeutschem Abkommen Laufzeit: 31. 12. 91 (6 Wochen Kündigungsfrist)	Erweitert gegenüber westdeutschen Regelungen, bis 30. 6. 91 ausgeschlossen (KuG-Regelung)	
Zuschuß durch den Arbeitgeber auf 78 vH bis 83 vH		Analog westdeutscher Regelungen (Chemie) Laufzeit: 31. 12. 91 (6 Wochen Kündigungsfrist)		
		Rationalisierungsschutzabkommen		Ausbildungsvergütung von 325/425/550 DM monatlich
		Analog westdeutschem Abkommen; Zusätzlich: Regelung des öffentlichen Dienstes übernommen (Juni 1990)		Neuverhandlungen im November 1990; Zielsetzung: Weihnachtsgeld in Höhe von 50 vH eines Monatsgehalts
				Schrittweise Anpassung an die westdeutsche Lohn- und Gehaltsstruktur
				Übernahme der westdeutschen tariflichen Rahmenbedingungen ab Januar 1991

bis Mitte 1991 befristet, kann aber durch Rechtsverordnung bis zum 31. Dezember 1991 verlängert werden (Ziffer 599).

Durch die großzügige Gewährung von Kurzarbeitergeld soll — zunächst bis zur Mitte des kommenden Jahres befristet — einer großen Anzahl von Arbeitnehmern die Möglichkeit geboten werden, sich noch unter Fortbestand ihres Beschäftigungsverhältnisses weiterzubilden oder umzuschulen. Die bislang verfügbaren Daten deuten allerdings nicht darauf hin, daß von dieser Möglichkeit in großem Umfang Gebrauch gemacht wurde. Von insgesamt rund 75 000 Teilnehmern an Qualifizierungsprogrammen waren im September knapp die Hälfte Bezieher von Kurzarbeitergeld. Teils ist das Angebot an Fortbildungs- und Umschulungskursen noch nicht ausreichend, teils dürften aber auch die Anreize falsch gesetzt sein. Vielfach haben Kurzarbeiter nicht allein den gesetzlichen Anspruch in Höhe von 68 vH/63 vH ihres letzten Nettoeinkommens. Aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen, zum Beispiel in der Chemischen Industrie sowie der Metallindustrie und der Elektroindustrie beziehen sie darüber hinaus weitere 22 vH von ihrem Arbeitgeber. Bei Fortbestand des Arbeitsverhältnisses mit kaum vermindertem Entgelt ist zu erwarten, daß manchem Kurzarbeiter die Dringlichkeit einer Fortbildung gering erscheint, geringer jedenfalls als einem Arbeitslosen, der lediglich 68 vH/63 vH seines letzten Nettolohnes als Arbeitslosengeld erhält. Das wiegt um so schwerer, als ein Großteil der Kurzarbeiter nicht weiter beschäftigt werden wird.

100. Maßnahmen wie die Sonderregelung für Kurzarbeiter, die Arbeitnehmer vorübergehend vor Entlassungen in Arbeitslosigkeit schützen, verzögern faktisch den Strukturwandel. Ihnen standen in diesem Jahr in der ganzen Breite der Wirtschaft kräftige Lohnsteigerungen mit gegensätzlicher Wirkung gegenüber. Bereits zu Jahresanfang waren unter der Regierung Modrow deutliche Lohnsteigerungen sowie weitreichende Kündigungs- und Rationalisierungsschutzabkommen vereinbart worden. Im Vorfeld der Währungsumstellung kamen weitere Lohnanhebungen und Sonderzahlungen hinzu. Mit der Währungsunion erfolgte dann die Umrechnung der Löhne in der Relation 1 D-Mark : 1 Mark der DDR. Dabei wurde allerdings nicht das zuletzt erreichte Lohnniveau, sondern das zum 1. Mai geltende zugrunde gelegt.

Nachdem mit dem Staatsvertrag die Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie festgeschrieben und das westdeutsche Kollektivvertragsrecht in Ostdeutschland eingeführt worden waren, schlossen die sich neu formierenden Gewerkschaften und Unternehmensverbände im Juli und August in nahezu allen Wirtschaftsbereichen neue Tarifverträge ab. Die durchweg kurzlaufenden Lohn- und Gehaltstarifvereinbarungen sahen allesamt kräftige Lohnanhebungen vor (Tabelle 20, Seiten 70 bis 75). Im Mittel lag der Anstieg der Bruttolöhne bei etwa einem Drittel, teilweise erfolgte die Tariferhöhung in der Form eines Teuerungszuschlags von monatlich 250 DM oder 300 DM. In nahezu allen Tarifverträgen wurden Sockelbeträge vergleichbarer Größenordnung ausgehandelt, was die tarifliche Lohn- und Gehaltsstruktur weiter nivelliert hat. Über die verschiedenen Branchen kam es, bedingt durch die weit überdurchschnittlich hohen Abschlüsse im Bauhandwerk und Baugewerbe sowie die niedrigen Abschlüsse im Handel, eher zu einer gewissen Differenzierung. Gleichzeitig sahen die Tarifverträge Neuverhandlungen über die Löhne und Gehälter zum Jahresende vor. Im Frühjahr 1991 sollen in den meisten Branchen die westdeutschen Tarifstrukturen übernommen werden.

Die hohen Lohnsteigerungen wurden unter anderem damit begründet, daß es höhere Belastungen für die Arbeitnehmer durch das westliche Steuer- und Abgabensystem auszugleichen gelte, um einen Rückgang der Nettoeinkommen nach der Währungsunion zu verhindern. Auch sollte einer weiteren Abwanderung von Arbeitskräften entgegengewirkt werden. Nach den ersten Verhandlungsrunden haben die östlichen Bruttolöhne 40 vH bis 55 vH des Niveaus im westlichen Teil Deutschlands erreicht, gegenüber knapp 30 vH noch zu Jahresanfang. Seit der Jahresmitte unterliegen die Arbeitseinkommen grundsätzlich dem westdeutschen Steuer- und Abgabensystem. An Sozialabgaben werden seitdem 17,9 vH des Bruttoverdienstes abgezogen. Steuerlich werden die Einwohner der ehemaligen DDR bis zum Jahresende unabhängig vom Familienstand nach Steuerklasse I besteuert. Pro Kind und erwerbstätigen Elternteil steht ihnen ein jährlicher Steuerfreibetrag von 1 512 DM zu. Aufgrund des komplizierten Steuer- und Abgabensystems in der früheren DDR, das zum Beispiel Gehaltsempfänger stark diskriminierte, fällt der Nettoeinkommensvergleich für einzelne Arbeitnehmergruppen differenziert aus. Je nach Branchenzugehörigkeit, Familienstand und vormaligem Status als Produktionsarbeiter oder Gehaltsempfänger können leichte Nettoeinkommensverschlechterungen, aber auch beträchtliche Verbesserungen eingetreten sein.

101. Neben hohen Lohnabschlüssen beinhaltet der überwiegende Teil der ersten autonomen Tarifverträge in der DDR Rationalisierungsschutzabkommen weitgehend analog den westdeutschen Regelungen. Die Chemische Industrie sowie die Metallindustrie und die Elektroindustrie haben darüber hinaus einen weitreichenden Kündigungsschutz vereinbart. Der notwendige Personalabbau in den Unternehmen dieser Wirtschaftszweige wird damit hinausgezögert. Auftretenden Zahlungsschwierigkeiten wurde teilweise mit Hilfe von Liquiditätshilfen der Treuhandanstalt begegnet.

Erhöhte Kaufkraft, verbesserte Güterversorgung

102. Die zunehmenden Absatzschwierigkeiten, in die die Produzenten nach der Öffnung der Grenze und der Einführung der D-Mark geraten sind, und die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Beschäftigungsrisiken, mit denen die Arbeitnehmer konfrontiert sind, kennzeichnen nur die eine Seite der Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung im abgelaufenen Jahr. Die andere Seite besteht darin, daß die neuen Bundesbürger als Konsumenten sehr rasch auf ein reichhaltiges und besseres Güterangebot zurückgreifen konnten. Schon vor der Einführung der D-Mark hatte sie der erleichterte Devisenumtausch in die Lage versetzt, in größerem Umfang auf westliche Produkte zurückzu-

greifen. Mit der Einführung der D-Mark hat sich die Nachfrage nach westlichen Gütern dann schlagartig verstärkt.

Das Ausmaß der Lieferungen von den westlichen in die östlichen Bundesländer läßt sich indessen nur annäherungsweise ermitteln. Nach der Statistik des innerdeutschen Handels hatten die Lieferungen schon im ersten Halbjahr ein Mehrfaches ihres Vorjahreswertes betragen. Nach der Währungsunion schnellten sie nochmals hoch und erreichten im Juli und August rund 3,8 Mrd DM, verglichen mit 1,3 Mrd DM in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Der innerdeutsche Handel erfaßt aber nur einen Teil der gesamten Lieferungen; hinzu kommen statistisch meist nicht registrierte Warenlieferungen durch das westdeutsche Kleingewerbe und Direktkäufe von Bürgern im westlichen Landesteil. Starke Umsatzsteigerungen des Einzelhandels weisen auf den hohen Umfang dieser Direktimporte hin (Ziffern 126f.).

103. Der scharfe Preis- und Qualitätswettbewerb aus dem Westen setzte die ostdeutschen Anbieter unter Anpassungszwang. Da einer raschen Umstellung des Gütersortiments Grenzen gesetzt waren, hatten sie nur die Möglichkeit, ihre Absatzchancen durch Preissenkungen zu wahren. Von Mai bis Juli haben sich die industriellen Erzeugerpreise im Durchschnitt halbiert. Spielraum für die Preissenkung war durch eine geringere Steuer- und Abgabenbelastung unter dem neuen westdeutschen System eröffnet worden. Zur Jahresmitte waren alle produktgebundenen Abgaben, die eine Kostensteuer darstellten und deren Volumen weit über den an die Industrie geleisteten Subventionen lag, gestrichen worden.

104. Um zu einem Urteil darüber zu gelangen, wie sich die Kaufkraft der Einkommen in Ostdeutschland durch die Einführung der D-Mark verändert hat, ist der Preisindex für die Lebenshaltung heranzuziehen. Die Preise für die einzelnen Warengruppen, die in diesem Index zusammengefaßt sind, haben sich ganz unterschiedlich entwickelt. Während sich vor allem die dauerhaften Gebrauchsgüter, auf denen früher hohe Abgaben lasteten, mit der Währungsunion drastisch verbilligten, zogen die Preise für Grundnahrungsmittel als Folge der Subventionskürzungen kräftig an (Tabelle 21). Nahezu unverändert blieben zunächst Mieten und die Preise für Energie und Verkehrsleistungen, da die Subventionen hier beibehalten wurden. Nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR lagen die Preise für die Lebenshaltung insgesamt im Juli um 5,5 vH unter dem Durchschnitt des Jahres 1989. Von Juli bis September ist der Preisindex der Lebenshaltung dann um 2 vH gestiegen. Gegenüber Juni war der Anstieg zwar mit 10 vH weitaus stärker. Dies liegt vor allem daran, daß in den Monaten vor der Währungsunion die Anbieter in Ostdeutschland ihre Preise kräftig herabgesetzt hatten, um ihren immer größer werdenden Absatzschwierigkeiten zu begegnen und ihre Läger möglichst weitge-

Tabelle 21

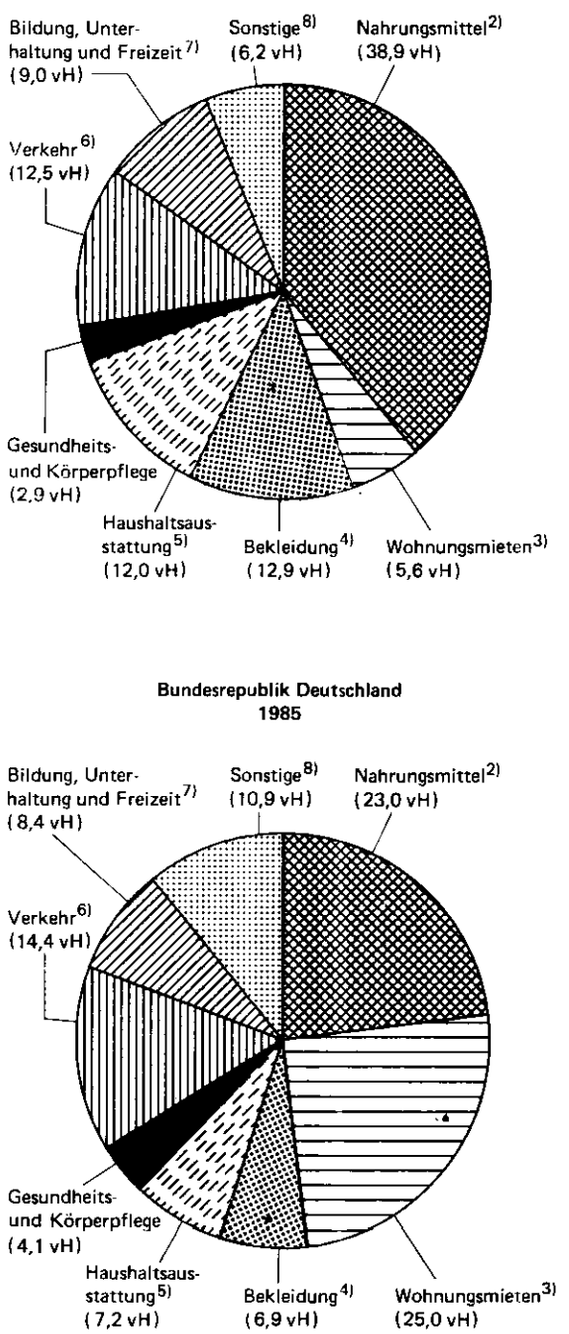
Preisindex für die Lebenshaltung in Ostdeutschland

Zeitraum	Alle privaten Haushalte	Nach Ausgabengruppen [1]							
		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie	Möbel, Haushaltsgeräte [2]	Güter für			
						Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit [3]	persönliche Ausstattung [4]
Gewicht [5]	*100*	*38,9*	*12,9*	*5,6*	*12,0*	*2,9*	*12,5*	*9,0*	*6,2*
	1989 = 100								
1990 Mai	98,3	100,9	89,0	100	96,0	92,3	100,2	106,4	90,5
Juni	87,9	97,4	51,7	100	84,8	88,5	93,4	88,3	92,6
Juli	94,5	115,4	57,5	100	74,5	119,4	85,2	88,5	99,0
August	94,9	111,9	59,9	100	74,9	121,4	89,2	90,9	102,0
September	96,6	111,4	64,4	100	76,3	122,6	89,8	95,2	105,1
	Veränderung gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1989 in vH								
1990 Mai	*– 1,7*	*+ 0,9*	*–11,0*	*0*	*– 4,0*	*– 7,7*	*+ 0,2*	*+ 6,4*	*–9,5*
Juni	*–12,1*	*– 2,6*	*–48,3*	*0*	*–15,2*	*–11,5*	*– 6,6*	*–11,7*	*–7,4*
Juli	*– 5,5*	*+15,4*	*–42,5*	*0*	*–25,5*	*+19,4*	*–14,8*	*–11,5*	*–1,0*
August	*– 5,1*	*+11,9*	*–40,1*	*0*	*–25,1*	*+21,4*	*–10,8*	*– 9,1*	*+2,0*
September	*– 3,4*	*+11,4*	*–35,6*	*0*	*–23,7*	*+22,6*	*–10,2*	*– 4,8*	*+5,1*
Juli/September	*– 4,7*	*+12,9*	*–39,4*	*0*	*–24,8*	*+21,1*	*–11,9*	*– 8,5*	*+2,0*

[1] In der Gliederung nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2] Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.
[3] Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.
[4] Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art.
[5] Typische Ausgabenstruktur (Warenkorb) der in die Berechnungen einbezogenen Haushaltsgruppen für das Jahr 1989.

Quelle: Statistisches Amt der DDR

Schaubild 8



1) Ausgabenanteile der privaten Haushalte, entsprechen den Gewichten in den Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für die ehemalige DDR des Jahres 1989, für die Bundesrepublik des Jahres 1985. Zahlen in Klammern: Anteile in vH der Gesamtausgaben. — 2) Einschließlich Getränke und Tabakwaren. — 3) Einschließlich Energie (ohne Kraftstoffe). — 4) Einschließlich Schuhe. — 5) Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung. — 6) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — 8) Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art.

Quelle für DDR: Statistisches Amt der DDR

SR 90 0706

hend von alten Produkten zu räumen. Deshalb ist der Monat Juni keine für den Kaufkraftvergleich geeignete Basis.

Ein Vergleich des heutigen D-Mark-Preisniveaus mit den früheren Mark-Preisen ist allerdings aus mindestens zwei Gründen höchst problematisch. Zum einen werden heute zahlreiche Güter angeboten, die vor der Währungsunion in Ostdeutschland überhaupt nicht verfügbar waren und somit nicht in den Preisindex eingehen konnten. Zum anderen ist die Struktur des privaten Verbrauchs in Ostdeutschland, die der Berechnung eines Preisindex zugrunde liegt, derzeit tiefgreifenden Änderungen unterworfen. Bislang hatten die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren einen wesentlich höheren, die Ausgaben für Mieten und Energie dagegen einen wesentlich geringeren Anteil am gesamten Verbrauch als im Westen Deutschlands (Schaubild 8). Als Folge höherer Realeinkommen, der Subventionskürzungen und der Anpassung der Preise an Weltmarktrelationen wird sich die Verbrauchsstruktur im Osten Deutschlands derjenigen im westlichen Landesteil annähern. Das Wägungsschema und der Aussagewert des bisherigen Preisindex für die Lebenshaltung werden dadurch überholt. Soweit die Nachfrage auf Preisänderungen reagiert — bei Wohnungen wird das allerdings in geringerem Maße der Fall sein —, bekommen billiger werdende Güter mengenmäßig tendenziell ein höheres, teurere Güter ein geringeres Gewicht. Das aber bedeutet, daß der Kaufkraftzuwachs, den die Währungsumstellung mit sich gebracht hat, durch den Preisindex mit altem Wägungsschema unterzeichnet wird.

Die größte Einschränkung für einen Preisvergleich vor und nach Einführung der D-Mark liegt aber darin, daß sich das Güterangebot grundlegend geändert hat. Weder mit Hinblick auf die Qualität des Angebots noch was die Breite und Tiefe der Produktpalette angeht, hält die frühere Währung der DDR mit der konvertiblen D-Mark stand. In dem Preisindex kommt auch nicht zum Ausdruck, daß die Waren prompt verfügbar sind, daß Warteschlangen weggefallen sind und daß sich die Stellung des Käufers gegenüber dem Verkäufer gestärkt hat.

Hohe Deckungslücken im Staatshaushalt

105. Mit der Einführung der Marktwirtschaft und dem allmählichen Übergang zu einer föderativen Staatsstruktur haben sich die Ziele und die Aufgaben finanzpolitischen Handelns grundlegend geändert. In der sozialistischen Planwirtschaft war es das Hauptziel des Staates, die Erzeugung und die Verwendung von Gütern in der Wirtschaft zu steuern und die Verteilung der Einkommen zu regeln. Nunmehr beschränkt sich seine Aufgabe darauf, öffentliche Güter bereitzustellen und die Verteilung der Markteinkommen nach sozialen Gesichtspunkten zu korrigieren. Seit der Jahresmitte gilt das westdeutsche System von Steuern und Sozialabgaben auch in Ostdeutschland. Dabei wurden einige Sonderregelungen bis zum Jahresende vorgesehen: für die Unternehmen, die anstelle von Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer pauschale Abführungen leisten, für

die Arbeitnehmer, denen pauschale Kinderfreibeträge eingeräumt wurden und die unabhängig von ihrem Familienstand nach Steuerklasse I besteuert werden.

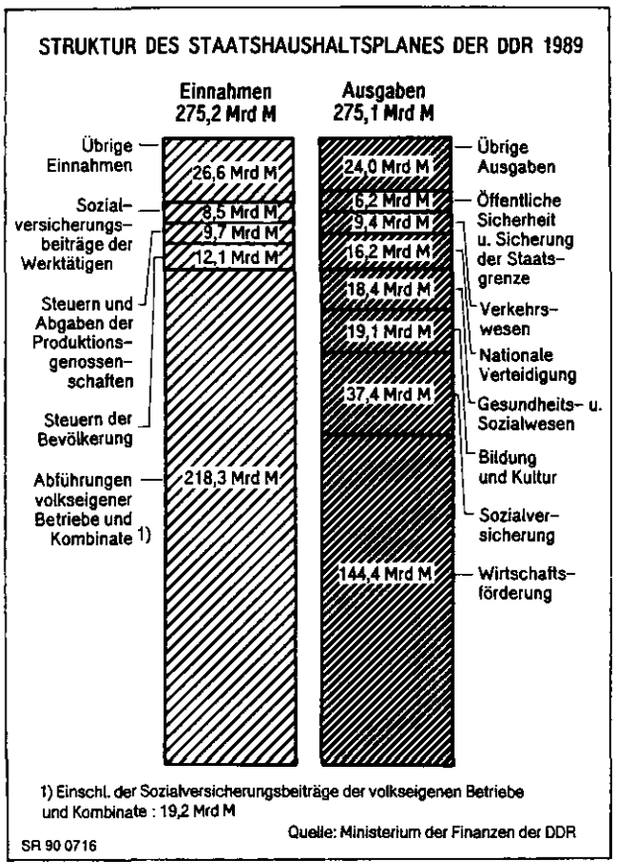
Mit dem Einigungsvertrag, der den Beitritt zur Bundesrepublik regelt, wurde in der ehemaligen DDR dann die im Grundgesetz verankerte Finanzverfassung übernommen. Auch hierbei wurden einige Übergangsregelungen vereinbart: für die Behandlung der fünf östlichen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens zwischen Bund und Ländern sowie für die Anteile der Gemeinden an den Steuereinnahmen der neuen Länder. Zur Neuordnung des staatlichen Finanzwesens gehörte es auch, daß die vormals als Einheit organisierte Sozialversicherung in ein gegliedertes System überführt wurde. Eine Arbeitslosenversicherung, die es bislang aufgrund der Arbeitsplatzgarantie nicht gegeben hatte, wurde ebenfalls mit dem 1. Juli 1990 geschaffen. Das neue System der sozialen Sicherung entspricht im wesentlichen den in der Bundesrepublik geltenden Organisationsprinzipien.

106. Obwohl seit dem Beitritt am 3. Oktober dieses Jahres kein Zentralstaat der DDR mehr existiert, wird für das zweite Halbjahr 1990 noch ein Gesamthaushalt des östlichen Wirtschaftsraumes separat ausgewiesen.

Das Haushaltsvolumen, das im Jahre 1989 noch rund 275 Mrd Mark betragen hatte, ist unter dem neuen Finanzsystem drastisch gesunken. Im zweiten Halbjahr wurden nur noch knapp 82 Mrd DM ausgegeben. Zu dem Ausgabenrückgang hat vor allem beigetragen, daß — mit Ausnahme der Stützungsmaßnahmen für die Wohnungswirtschaft, den Energiesektor sowie den Verkehrssektor — alle Preissubventionen gestrichen wurden. Dieser Ausgabenposten hatte sich noch im Haushaltsplan für 1989 auf 144 Mrd Mark und damit auf einen Ausgabenanteil von rund 50 vH belaufen (Schaubild 9). Den Einsparungen durch die Kürzung der Subventionen standen indes erhöhte Ausgaben in anderen Aufgabenfeldern gegenüber. So wurden aufgrund der rasch wachsenden Leistungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter sowie aufgrund der mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verbundenen Rentenerhöhungen allein rund 13 Mrd DM als Zuschuß für die soziale Sicherung aufgebracht. Das entsprach einem Anteil von über 15 vH an den gesamten Staatsausgaben. Ein größerer Ausgabeposten waren Zuweisungen von 22,6 Mrd DM an die Kommunen, die bisher nur wenige eigene Einnahmenquellen aufweisen.

107. Noch stärker als die Ausgaben gingen jedoch die Einnahmen zurück. Am meisten schlug zu Buche, daß die produktgebundenen Abgaben, die von Kombinaten und volkseigenen Betrieben abgeführt werden mußten, zur Jahresmitte schlagartig entfielen. Diese Abschöpfungen hatten im Haushalt der DDR zuletzt rund 80 vH der Gesamteinnahmen betragen. Die Einführung des neuen Steuer- und Abgabensystems, das für die Unternehmen eine erhebliche Kostenentlastung mit sich brachte, führte also beim Staat zu einem beträchtlichen Rückgang der Einnahmen.

Schaubild 9



Aufgrund des noch vergleichsweise niedrigen Einkommensniveaus in den östlichen Bundesländern waren die Lohnsteuereinnahmen gering, die Progression des Einkommensteuertarifs wirkte sich noch kaum aus. Zum gesamten Steueraufkommen in Höhe von rund 18 Mrd DM im zweiten Halbjahr 1990 trugen daher die Einnahmen aus der Lohnsteuer nur mit einem Anteil von rund 13,5 vH bei. In der Bundesrepublik lag ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen im vergangenen Jahr dagegen bei rund 34 vH. Die wichtigste Quelle des Steueraufkommens waren mit einem Anteil von knapp drei Viertel die Einnahmen aus den indirekten Steuern, der Umsatzsteuer und den speziellen Verbrauchsteuern. Die Steuereinnahmen blieben allerdings um rund 7 Mrd DM hinter dem erwarteten Aufkommen, das dem im Juli verabschiedeten Staatshaushalt der DDR zugrunde lag, zurück. Angesichts der völligen Neuordnung des Steuersystems und der unzureichenden Personaldecke in der Finanzverwaltung kam der Einnahmeneinzug nur schleppend in Gang. Bei der Umsatzsteuer wirkte sich einnahmenmindernd aus, daß es nach Einführung der D-Mark zu einer starken Verlagerung der Käufe in die westlichen Bundesländer kam.

108. Zum überwiegenden Teil mußten die Ausgaben durch Kredite finanziert werden. Insgesamt wiesen in der zweiten Jahreshälfte die öffentlichen Haushalte Ostdeutschlands einen Fehlbetrag von knapp 60 Mrd DM auf; dies entsprach einem Anteil an deren Gesamtausgaben von über 70 vH. Die Finanzzuweisungen aus dem Fonds Deutsche Einheit und aus der

Anschubfinanzierung beliefen sich insgesamt auf 24,75 Mrd DM. Der Staat der DDR verschuldete sich am Kapitalmarkt in Höhe von 10 Mrd DM. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ging der DDR-Staatshaushalt für das zweite Halbjahr 1990 auf den Bund über. Die Mehrausgaben und Mindereinnahmen im DDR-Budget wurden Bestandteil des dritten Nachtragshaushalts des Bundes und über eine Erhöhung seiner Nettokreditaufnahme (25,9 Mrd DM) mitfinanziert.

Für eine Beurteilung der gesamten Kapitalmarktbelastung durch die öffentliche Hand im zweiten Halbjahr 1990 sind die von der Treuhandanstalt aufgenommenen Kredite mit ins Bild zu nehmen. Die Treuhandanstalt dürfte sich in Höhe von 10 Mrd DM verschulden, so daß sich die Gesamtbelastung des Kapitalmarkts durch Mehrausgaben für die deutsche Vereinigung im zweiten Halbjahr 1990 auf rund 70 Mrd DM belief. Mit dem Einigungsvertrag wurde die Kreditobergrenze der Treuhandanstalt von 17 Mrd DM auf 25 Mrd DM erhöht, eine weitere Erhöhung ist grundsätzlich möglich.

109. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik wurde die bis dahin aufgelaufene Gesamtverschuldung des DDR-Staatshaushalts vorerst auf ein neu geschaffenes Sondervermögen des Bundes übertragen. Dieses Sondervermögen bleibt bis Ende 1993 bestehen; danach werden die bis dahin verbliebenen Altschulden der DDR auf den Bund, die Treuhandanstalt und die neuen Bundesländer verteilt. Ebenso wurden mit dem Beitritt der DDR die von dieser eingegangenen Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen vom Bund übernommen. Die neuen Länder wurden hieran allerdings gesamtschuldnerisch mit einer Rückbürgschaft in Höhe von 50 vH beteiligt.

Schwere Erblasten der sozialistischen Planwirtschaft: Umweltschäden

110. Das Versagen der sozialistischen Planwirtschaft wird nicht nur durch den wachsenden Rückstand in der quantitativen und qualitativen Güterversorgung dokumentiert, sondern auch im Mangel an öffentlichen Gütern. Es ist kennzeichnend, daß die schwersten Versäumnisse in den beiden Bereichen festzustellen sind, für die man noch am ehesten eine Überlegenheit der staatlichen gegenüber der marktlichen Steuerung hätte vermutet werden können, im Umweltschutz und in der Ausstattung mit Infrastruktur. Zugunsten der Güterversorgung wurden die Umwelt ausgebeutet und die Infrastruktur vernachlässigt.

111. Die Umweltbelastung in der ehemaligen DDR ist auch im Weltmaßstab beispiellos. Im Jahre 1988 wurde mit 5,2 Mio Tonnen die fünffache Menge Schwefeldioxid in die Luft ausgestoßen als in der Bundesrepublik. Je Einwohner gerechnet waren die Emissionen an Schwefeldioxid sogar achtzehnmal so hoch. In keinem anderen Land wurde eine so hohe Staubbelastung wie in der DDR erreicht; der jährliche Ausstoß belief sich auf 130 kg je Einwohner. Auch der Ausstoß an Kohlendioxid je Einwohner war der höchste der Welt.

112. Gravierend ist auch die Verschmutzung der Gewässer. Obwohl Ostdeutschland aufgrund des knappen Grundwasservorkommens auf das Reservoir der Oberflächengewässer angewiesen ist, ist die Hälfte der Fließgewässer für die Trinkwassergewinnung nicht mehr verwendbar, ein weiteres Drittel nur mit sehr hohen Aufbereitungskosten. Nur zwei Drittel der Schmutzfrachten aus der Industrie werden gereinigt und dies auch nur mechanisch, nicht mit biologischen Klärverfahren. Die Abwässer der Haushalte werden zu etwa 40 vH nicht geklärt, der Rest nur unzureichend. Das Grundwasser wird in hohem Maße durch die großflächige Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln, deren Verwendung in westlichen Ländern teilweise verboten ist, sowie durch intensive Verwendung von Dünger und Wachstumsregulatoren belastet.

113. Sehr hoch ist auch die Schädigung durch toxische Schadstoffe. Zur hohen Grundbelastung mit Dioxin kommt die toxische Verseuchung an den Produktionsstandorten und im Umkreis von Anlagen, in denen teilweise noch offen verbrannt wird. Besonders brisant ist die Luft- und Wasserbelastung im Raum Dresden/Oberes Elbetal sowie im Raum Leipzig/Bitterfeld/Halle, in dem noch eine enorme Landschaftszerstörung durch den Braunkohlentagebau hinzutritt. Rund die Hälfte der Schwefeldioxid-Emission und über die Hälfte der Staubemissionen konzentrieren sich auf den südlichen Industriegürtel.

114. Es mangelt an einem verbindlichen umweltpolitischen Regelwerk, und für den Umweltschutz wurden viel zu wenig Mittel eingesetzt. Ein großer Teil der Umweltbelastung entstand durch die Verwendung von Braunkohle als Energieträger. Die in der DDR geförderte Braunkohle ist schwefelreicher und wasserhaltiger als die in der Bundesrepublik. Zudem verschlechterten sich die Abbaubedingungen immer mehr, so daß zuletzt je Tonne Braunkohle fast fünf Kubikmeter Abraum anfielen.

In der ehemaligen DDR wurde viel in die Energiegewinnung, aber wenig in die Energieeinsparung investiert. So war der Wirkungsgrad in der Energieerzeugung aufgrund veralteter Techniken niedrig, und in den Gebäuden, die unzureichend gedämmt und noch zu 60 vH mit Ofenheizungen versehen waren, entstanden hohe Wärmeverluste. Zwar ist der Anteil der Fernwärme an der Niedertemperaturversorgung mit 30 vH relativ hoch, doch treten hohe Wärmeverluste beim Transport auf. Anreize zur Energieeinsparung gab es kaum. Energie gehörte zu den besonders hoch subventionierten Gütern. Schließlich ist auch der im Rahmen der Autarkiebestrebungen betriebene Aufbau der emissionsintensiven Grundstoffindustrie eine Ursache für die überdurchschnittliche Umweltbelastung.

115. Die Umweltschäden beeinträchtigen die Standortqualität Ostdeutschlands sowohl als Wohngebiet als auch als Produktionsstätte. Im Einigungsvertrag wurden deshalb die im internationalen Maßstab strengen Auflagen der Bundesrepublik auch für die neuen Bundesländer für verbindlich erklärt. Bei Neuanlagen und baulichen Veränderungen gelten bereits seit dem 1. Juli 1990 die Anforderungen des bundesdeutschen Genehmigungsrechts. Für die Sanierung von Altanla-

gen gelten seither die TA Luft und die Großfeuerungsanlagenverordnung; lediglich die Übergangsfristen wurden um ein Jahr verlängert.

Nach der TA Luft müssen Altanlagen innerhalb bestimmter Fristen durch nachträgliche Anordnungen auf den Stand der Technik für Neuanlagen gebracht werden. Altanlagen, die das Dreifache der zulässigen Werte emittieren, sind innerhalb von drei Jahren umzurüsten; beim Eineinhalbfachen der Grenzwerte beträgt die Frist fünf Jahre, bei mehr als Einfachen acht Jahre. Wenn eine Verzichtserklärung über eine Stillegung innerhalb von acht Jahren abgegeben wird, ist keine nachträgliche Anordnung erforderlich.

Nach der Großfeuerungsanlagenverordnung müssen Feuerungsanlagen ab 50 MW Feuerungswärmeleistung einen bestimmten Abgasgrenzwert nach Größe der Anlage einhalten. Für Altanlagen gelten Übergangsfristen je nach Restnutzungsdauer, die bis zu sechs Jahren dauern können.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit förderte bereits ein Investitionsvolumen in Höhe von 2,4 Mrd DM für die Nachrüstung von Produktionsanlagen und für den Neubau, die Modernisierung und Sanierung von Kläranlagen mit einem Zuschuß von 670 Mio DM.

116. Der dramatischen Umweltsituation in der ehemaligen DDR wird in vielen Fällen nur durch Stillegung von Betrieben begegnet werden können. Bisher wurden unter anderem stillgelegt:

- die Chlorproduktion in Buna
- die Viskosekordproduktion in Wolfen
- Teile der Aluminiumerzeugung in Bitterfeld
- die Kupferhütte in Ilsenburg
- die Kupfer- und Silberhütte in Hettstedt.

Ein besonderes Problem, vor allem für die Industrieansiedlung, stellen die Altlasten dar; auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind nach Schätzungen 15 000 bis 20 000 Verdachtsflächen vorhanden. Die durchschnittlichen Kosten pro Sanierungsfall von Altstandorten belaufen sich in der Bundesrepublik auf 3,7 Mio DM; bei besonders umfangreichen Sanierungen überschreiten die Kosten die 20 Mio DM-Grenze. Da die Entsorgung von Altstandorten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR als aufwendiger einzuschätzen ist, werden die Kosten noch höher anzusetzen sein. Allein für die Sanierung des Uranbergbaus der Wismut AG schätzt das Bundesumweltministerium den Aufwand auf 5 Mrd DM.

Vernachlässigte Infrastruktur

117. Wirtschaft und Bevölkerung in der früheren DDR litten auch immer stärker unter der qualitativ und quantitativ unzureichenden Infrastrukturausstattung. Die ungenügende Versorgung mit Kommunikationsmöglichkeiten und das schlecht ausgebaute Verkehrswegenetz, aber auch der Mangel an hinreichend erschlossenen Gewerbeflächen behindern zudem ein verstärktes Engagement westlicher Unternehmen.

Besonders markant sind die Mängel im Telekommunikationssektor, der bei weitem nicht den Ansprüchen einer modernen arbeitsteilig organisierten Wirtschaft entspricht. Im Jahre 1989 gab es in Ostdeutschland lediglich 1,8 Mio Fernsprechhauptanschlüsse, knapp 18 000 Telexanschlüsse und nur 2 500 Telefaxanschlüsse. Andere Telekommunikationsdienste wie BTX, Teletex oder Mobilfunknetze fehlten bislang völlig; auch Datenübertragungsnetze gab es nicht. Zudem stammen die Netzeinrichtungen und die Vermittlungsstellen zum Teil noch aus der Vorkriegszeit; sie sind technisch veraltet und den nunmehr zu bewältigenden Belastungen in keiner Weise gewachsen.

118. Auch der Verkehrsbereich der fünf neuen Bundesländer weist erhebliche Mängel auf. Das Eisenbahnnetz ist zwar — gemessen an der Länge der Betriebsstrecken — besser ausgebaut als in der Bundesrepublik, doch ist lediglich ein Viertel der vorhandenen Gleisstrecken elektrifiziert, und nur ein Drittel des Eisenbahnnetzes ist zwei- oder mehrgleisig ausgebaut. Infolge der Verwendung wenig robuster Materialien und mangelnder Wartung des Gleiskörpers ist das Schienennetz zudem streckenweise nur mit niedriger Geschwindigkeit befahrbar; gleiches gilt für einen beträchtlichen Teil der Eisenbahnbrücken. Auch die Stellanlagen sind technisch veraltet. Zusammen mit der Überlastung des Eisenbahnnetzes — in der vormaligen DDR wurden etwa drei Viertel aller Transportleistungen im Güterverkehr auf der Schiene abgewickelt — führten diese Mängel dazu, daß im Eisenbahnverkehr nur äußerst niedrige Durchschnittsgeschwindigkeiten erreicht werden konnten. Die Transportzeiten wurden nicht zuletzt dadurch verlängert, daß Gütertransporte selbst über kürzere Entfernungen auf die Schiene verlagert, die Vorteile des kombinierten Verkehrs Schiene/Straße also nicht hinreichend genutzt wurden.

Auch die vorhandenen Straßen sind nach Quantität und Qualität den künftigen Beanspruchungen kaum gewachsen. Das Straßennetz ist nur etwa halb so dicht wie in der Bundesrepublik. Das Autobahnnetz ist dünnmaschig und auf die ehemaligen Transitstrecken konzentriert. Auf Landstraßen behindert die Straßenführung den Verkehrsfluß; Ortsumgehungen sind selten. Der Straßenzustand ist aufgrund unzureichender Reparaturmaßnahmen und der Verwendung minderwertigen Materials äußerst schlecht. Auch auf den Straßen sind die Transportzeiten daher lang.

Zudem ist derzeit ein Ausweichen auf das Flugzeug kaum möglich; dies gilt vor allem auch für den Personenverkehr. Die bisherige Luftverkehrsplanung war überwiegend auf den Flughafen Berlin-Schönefeld ausgerichtet, auf den etwa 85 vH aller Starts und Landungen entfielen. Die übrigen Flughäfen (Erfurt, Leipzig, Dresden) waren in den letzten Jahren von nur untergeordneter Bedeutung. Der Norden der ehemaligen DDR ist per Flugzeug nicht zu erreichen.

119. Ein weiteres Investitionshemmnis liegt in der ungenügenden Versorgung mit Büro- und Gewerberaum. Die vorhandene Bausubstanz stammt zu einem großen Teil noch aus der Zeit vor 1930. Da notwendige Instandhaltungsmaßnahmen in der Vergangenheit oft unterblieben, sind viele Gebäude vom Verfall bedroht. Es kommt hinzu, daß oftmals die Installation moderner Maschinen und Büroeinrichtungen in den bestehenden Gebäuden aus statischen Gründen nicht möglich ist. Auch die Qualität der in den letzten Jah-

ren neu errichteten Bauten läßt infolge mangelhafter Verarbeitung und der Verwendung ungeeigneter Baustoffe häufig zu wünschen übrig; teilweise sind bereits bei 15jährigen Gebäuden umfassende Renovierungsarbeiten erforderlich.

Da es in der Vergangenheit keinen Standortwettbewerb gab, fehlt es an voll erschlossenen Gewerbeflächen, die nunmehr neu zu gründenden Unternehmen zur Verfügung gestellt werden könnten. Die bereits in der Vergangenheit industriell genutzten Flächen sind zu einem großen Teil mit Umweltschäden belastet und schon aus diesem Grund wenig attraktiv. Investitionshemmend wirken sich die veralteten Infrastruktureinrichtungen im Bereich der Versorgung mit Energie und Wasser aus. Entsorgungseinrichtungen für Abfall und Abwasser, die westlichen Umweltschutzanforderungen entsprechen, fehlen bisher weitgehend.

Nicht allein der Mangel an geeignetem Gewerberaum, sondern auch die unzureichende Versorgung mit qualitativ hochwertigem Wohnraum wirkt als Investitionshemmnis, da hierdurch die Anwerbung westlichen Personals erschwert wird, das für den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in der früheren DDR dringend benötigt wird.

120. Eine zügige Erneuerung der Infrastrukturausstattung in den fünf neuen Bundesländern ist dringend erforderlich. Im Bereich der Telekommunikation sind erste Schritte bereits eingeleitet worden. Schon im vergangenen Winter hat die Deutsche Bundespost Telekom im Wege der Soforthilfe technische Anlagen, in erster Linie mobile Vermittlungsstellen, zur Verfügung gestellt und neue Leitungen geschaltet. Im Laufe des Jahres sind stillgelegte Leitungsnetze zwischen Ost- und Westdeutschland reaktiviert worden. Neue Verbindungen — teils über Mobilfunkeinrichtungen — und ein digitales Overlay-Netz sind im Aufbau. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen indes kaum aus, und kurzfristig ist nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung zu rechnen. Nach dem bisherigen Stand der Planungen soll in der ehemaligen DDR bis 1997 das Kommunikationsnetz auf westlichen Stand gebracht werden; der hierzu erforderliche Aufwand wird auf 55 Mrd DM geschätzt. Neben 7,2 Mio Telefonanschlüssen sollen bis dahin 360 000 Telefaxanschlüsse, 50 000 Datex-P-Anschlüsse und ein flächendeckendes Mobilfunknetz eingerichtet werden.

121. Der Investitionsbedarf im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in den fünf neuen Bundesländern beträgt nach Schätzungen des Bundesverkehrsministeriums etwa 127 Mrd DM; hiervon entfallen allein 58 Mrd DM auf den Ausbau des Straßennetzes und 48 Mrd DM auf die Erneuerung der Schienenwege. Für die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs werden etwa 12 Mrd DM veranschlagt; der Ausbau der Binnenwasserstraßen dürfte weitere 8 Mrd DM erfordern. Konkrete Investitionsvorhaben stehen derzeit allerdings nicht an; ein gesamtdeutscher Verkehrswegeplan soll erst Ende 1991 vorliegen. Vorgesehen ist aber, die Industrieregionen in Thüringen und Sachsen sowie den Berliner Raum rasch an die westdeutschen Ballungszentren anzubinden. Kurzfristig ist jedoch kaum mit einer grundlegenden Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu rechnen.

122. Ein großer Teil der Infrastrukturinvestitionen wird von den Kommunen durchzuführen sein. Die Bundesregierung hat hierzu spezielle Förderungsprogramme eingerichtet. So sollen den Gemeinden Ostdeutschlands im Rahmen eines Programmes zur Förderung der wirtschaftsnahen regionalen Infrastruktur in den nächsten fünf Jahren insgesamt 5 Mrd DM zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel sollen unter anderem zur Erschließung von Gewerbeflächen, zum Ausbau von Verkehrsverbindungen und zur Errichtung von Entsorgungseinrichtungen verwendet werden. Außerdem wurde das Beitrittsgebiet in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" einbezogen. Weitere Mittel sind für die Stadtsanierung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes vorgesehen (Ziffern 551 ff., Tabelle 60).

III. Wechsel der Auftriebskräfte in Westdeutschland

123. Im Jahre 1990 hat sich die kräftige Aufwärtsentwicklung in Westdeutschland fortgesetzt. Gestiegene Kapazitätsauslastung, längere Lieferzeiten und häufiger als zu klein beurteilte Lagerbestände sind Indikatoren für den Nachfragedruck, dem sich die Unternehmen auf den Gütermärkten gegenübersahen. Die Dynamik verlagerte sich dabei im Verlauf des Jahres zunehmend auf die Binnennachfrage und hier insbesondere hin zu den konsumnahen Sektoren (Schaubild 10). Die in Teilbereichen zuvor angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde durch die anhaltende Zuwanderung und das damit einhergehende zunehmende Arbeitsangebot etwas gelockert.

Begünstigt durch billige Einfuhren verlief die Preisentwicklung in den ersten sieben Monaten des Jahres moderat. Eine Ausnahme bildete der von außenwirtschaftlichen Einflüssen weniger betroffene Bausektor, dort beschleunigte sich der Preisauftrieb bereits seit Jahresanfang. Mit den rasch anziehenden Ölpreisen im Gefolge der Golfkrise änderte sich das Bild. Die von außen kommende Entlastung kehrte sich in eine Belastung um, innerhalb von zwei Monaten stiegen die Importpreise um mehr als 4 vH.

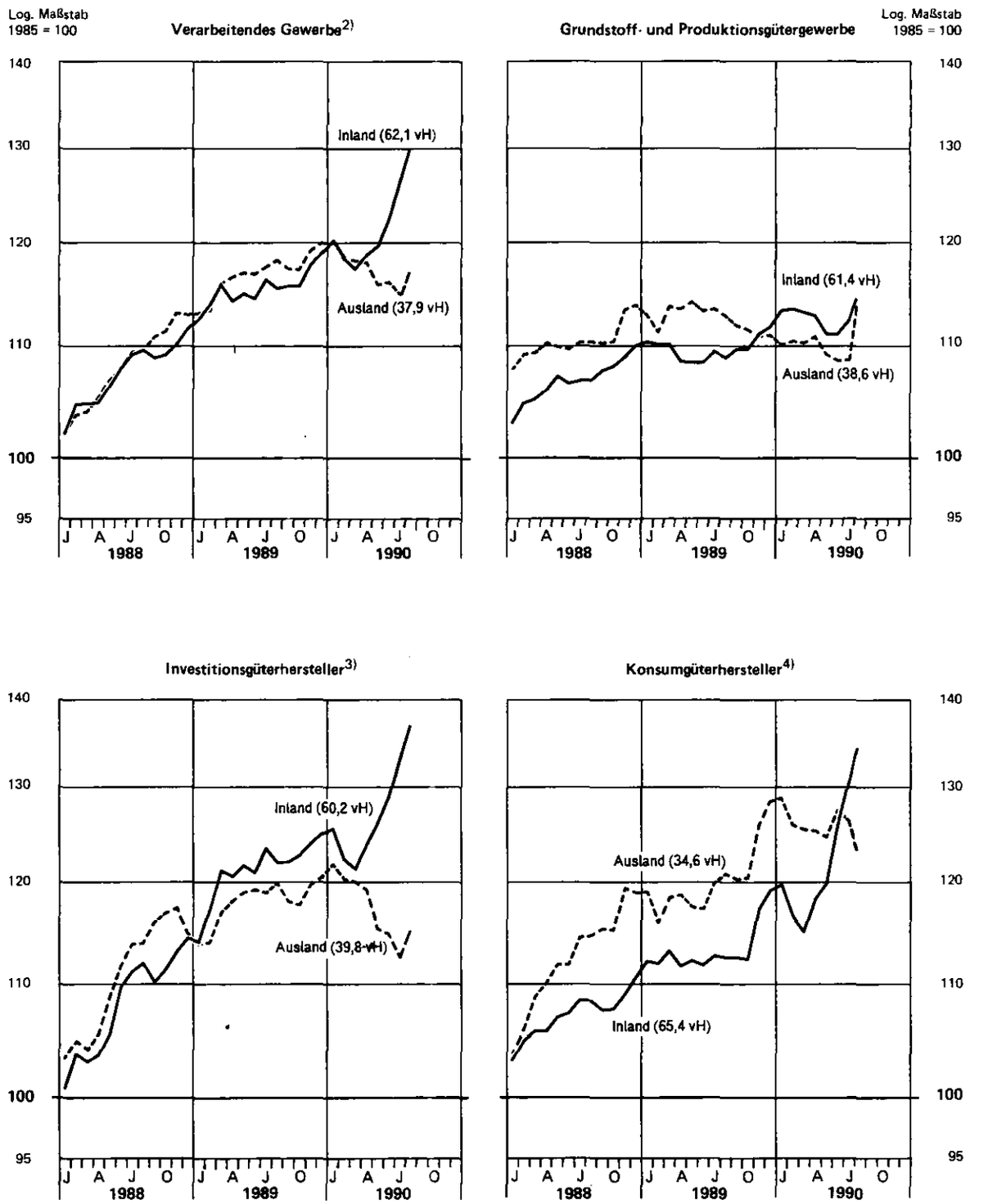
Trotz der schlechten Erfahrungen mit den beiden Ölpreiskrisen Mitte und Ende der siebziger Jahre konnten die mit dem neuerlichen Ölpreisschub verbundenen Risiken die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft zunächst nicht verdüstern. Die Integration beider deutscher Staaten hatte die Perspektiven für die Unternehmen verbessert, und sie war bereits in diesem Jahr bedeutsam für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die wirtschaftliche Dynamik stand zunehmend im Zeichen der privaten Binnennachfrage, die von einer expansiven Finanzpolitik stimuliert wurde.

Der Abbau der hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse ist 1990 ein gutes Stück vorangekommen. Ausschlaggebend dafür waren vor allem der Konjunkturvorsprung der Bundesrepublik gegenüber wichtigen Handelspartnern und eine dort nachlassende Investitionsdynamik. Die steigenden Ausgaben für importiertes Öl forcierten den Rückgang der Über-

Schaubild 10

AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Volumen
Saisonbereinigt [1]



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte aus saisonbereinigten Werten. Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Die Angaben in Klammern geben jeweils das Gewicht in vH an den Auftragseingängen insgesamt des jeweilig dargestellten Bereichs an.– 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.– 3) Investitionsgüter produzierendes Gewerbe ohne die den Konsumgüterherstellern zugeordneten Bereiche: Herstellung von Personenkraftwagen (einschließlich Motoren), Krafträdern, Kraftradmotoren, Fahrrädern, elektronischen Gebrauchsgütern (Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnische Geräte, Elektrohaushaltsgeräte, elektrische Leuchten und Lampen), Schneidwaren und Bestecken; einschließlich der Bereiche aus dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe: Herstellung von technischer Keramik, Hohlglas, technisches Glas.– 4) Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe einschließlich bzw. ohne der in Fußnote 3 genannten Bereiche.

SR 90 0723

schüsse. Im Außenbeitrag des Jahres 1990 scheinen die Ergebnisse dieser Vorgänge kaum auf, weil der Güteraustausch mit der ehemaligen DDR, bei dem die westlichen Bundesländer in diesem Jahr einen erheblichen Überschuß erzielten, noch dem Außenhandel zugerechnet wurde. Klammert man dies bei der Betrachtung aus, hat sich der außenwirtschaftliche Überschuß Westdeutschlands deutlich zurückgebildet.

Starke Impulse vom Privaten Verbrauch

124. Der Private Verbrauch war 1990 eine tragende Stütze der konjunkturellen Entwicklung. In realer Rechnung lag er um 4½ vH über seinem Vorjahreswert und ist damit noch stärker gestiegen als erwartet. Dazu haben die hohe Zuwanderung seit Mitte letzten Jahres und die Folgen der Grenzöffnung vom November 1989 beigetragen. Entscheidend für die starke Expansion des Privaten Verbrauchs war 1990 aber die außerordentlich kräftige Zunahme der Einkommen als Ergebnis des hohen Beschäftigungszuwachses und der Steuerentlastung. Zu steigenden Bruttoeinkommen führten auch wieder höhere Lohn- und Gehaltssteigerungen, zu denen es nach dem Auslaufen mehrjähriger Tarifverträge gekommen war. Anders als in den Vorjahren standen dieses Mal Einkommensverbesserungen im Mittelpunkt der Tarifabschlüsse. Die Arbeitseinkommensquote blieb 1990 nahezu unverändert (Tabelle 22). Stärker noch als die Bruttoarbeitseinkommen (7½ vH) stiegen die Nettoverdienste der Arbeitnehmer (11 vH). Zu Jahresbeginn war die dritte Stufe der Steuerreform in Kraft getreten, die zusammen mit abgesenkten Beitragssätzen der Gesetzlichen Krankenversicherungen die Abgabenlast der privaten Haushalte um mehr als 38 Mrd DM verminderte.

Von der Steuerentlastung profitierten auch die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen. Ihre Entnahmen stiegen um 6½ vH. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt, die noch die einbehaltenen Gewinne und die — in der Regel negativen — Vermögenseinkommen des Staates enthalten, nahmen um 9 vH zu. Überdurchschnittlich dürften 1990 angesichts höherer Zinsen und Dividendenzahlungen die Vermögenserträge gestiegen sein. Die Erträge aus Auslandsanlagen übertrafen in den ersten neun Monaten ihr Vorjahresniveau um rund ein Fünftel.

Die nach funktionalen Gesichtspunkten vorgenommene Trennung der Einkommensarten, Einkommen aus unselbständiger Arbeit einerseits und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits, ist nicht mit der Einkommensverteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichzusetzen. Vielmehr gibt es Überschneidungen, beispielsweise beziehen Arbeitnehmer Zinseinkommen und Dividenden. Nach den Haushaltsrechnungen des Statistischen Bundesamtes, die auf einer Auswahl von rund 400 erfaßten Haushalten beruhen, betrugen im Jahre 1989 die monatlichen Einnahmen aus Vermögen bei einem Vierpersonenhaushalt mit mittlerem Einkommen 371 DM, das entsprach rund 9 vH des Einkommens aus unselbständiger Arbeit. Läßt man den darin enthaltenen Mietwert von Eigentümerwohnungen außer acht, wie es dem Vorgehen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entspricht, verbleiben noch monatliche Einnahmen von rund 60 DM oder 1,5 vH. Bei einem Haushalt mit höherem Einkommen lagen die entsprechenden Werte bei 697 DM oder 10 vH einschließlich des Mietwerts der eigengenutzten Wohnung und bei 125 DM oder knapp 2 vH ohne dessen Berücksichtigung. Eine Vorstellung von der Bedeutung der Vermögenseinkommen in den ausgewiesenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, unabhängig vom Status des Haushalts, vermitteln die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Jahre 1988, für das die letztverfügbaren Daten vorliegen, betrugen die Vermögenseinkommen aller privaten Haushalte 111,3 Mrd DM, das waren 22,5 vH der gesamten Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Neben kräftig steigenden Arbeitseinkommen und Vermögenseinkommen erhielten die privaten Haushalte 1990 reichlich 5½ vH mehr Transfereinkommen als im Vorjahr. Zu höheren Zahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung — zum 1. Juli wurden die Bestandsrenten um 3,1 vH angehoben — kamen trotz rückläufiger Arbeitslosigkeit zunehmende Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Außerdem wurden einige von den Gebietskörperschaften getragene Sozialleistungen aufgestockt.

125. Von dem verfügbaren Einkommen, das um 8 vH zunahm, wurde 1990 ein größerer Teil als zuvor gespart. In den Privaten Verbrauch flossen in nominaler Rechnung 7½ vH mehr als im Vorjahr (Schaubild 11). Der Anstieg der Sparquote, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist vor allem das Resultat der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerreform. Typischerweise dauert es einige Zeit, bis sich die Konsumausgaben an das höhere verfügbare Einkommen infolge einer Steuerentlastung angepaßt haben. In dieser Phase ist die Konsumquote abgesenkt; 1990 verminderte sie sich auf knapp 87 vH. Zusätzlich machten die ungewöhnlich hohen Zinsen das Sparen gegenüber dem Konsumieren attraktiver. Dadurch wurden andere Effekte überkompensiert, die für sich genommen zu einem Sinken der Sparquote geführt hätten. Hierzu gehörten die allgemein verbesserten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, die ein Vorsorgesparen für Zeiten der Arbeitslosigkeit weniger dringend erscheinen ließen, und die Zuwanderung. Soweit Zugewanderte keine Arbeit finden, sind sie zunächst auf Sozialleistungen angewiesen, die in der Regel nicht so hoch sind, daß sie Sparen in nennenswertem Umfang ermöglichen. Erzielen Zuwanderer dagegen Arbeitseinkommen, dürfte dies zunächst nahezu ganz für die mit der Einrichtung eines neuen Hausstandes verbundenen Ausgaben und für die Realisierung anderer lange Zeit aufgestauter Konsumwünsche verwendet werden; für Ersparnisse bleibt auch in diesem Fall wenig übrig.

Preissteigerungen haben die Konsummöglichkeiten 1990 weniger eingeschränkt als im Vorjahr, die Teuerungsrate lag im Jahresdurchschnitt bei 2½ vH. Bis in den Sommer hinein hatten zu dieser Entwicklung insbesondere die Preise für Heizöl und Kraftstoffe beigetragen, die im Juli ihren Vorjahresstand nur um 1 vH überschritten. Dies änderte sich jedoch im weiteren Verlauf des Jahres, als es bei diesen Produkten im Gefolge des Golfkonflikts Anfang August zu starken Preiserhöhungen kam, innerhalb von zwei Monaten stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 1,1 vH an (Ziffer 157).

126. Der für 1990 ausgewiesene Private Verbrauch enthält auch Käufe von Bürgern aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Diese Käufe wären nach der Kon-

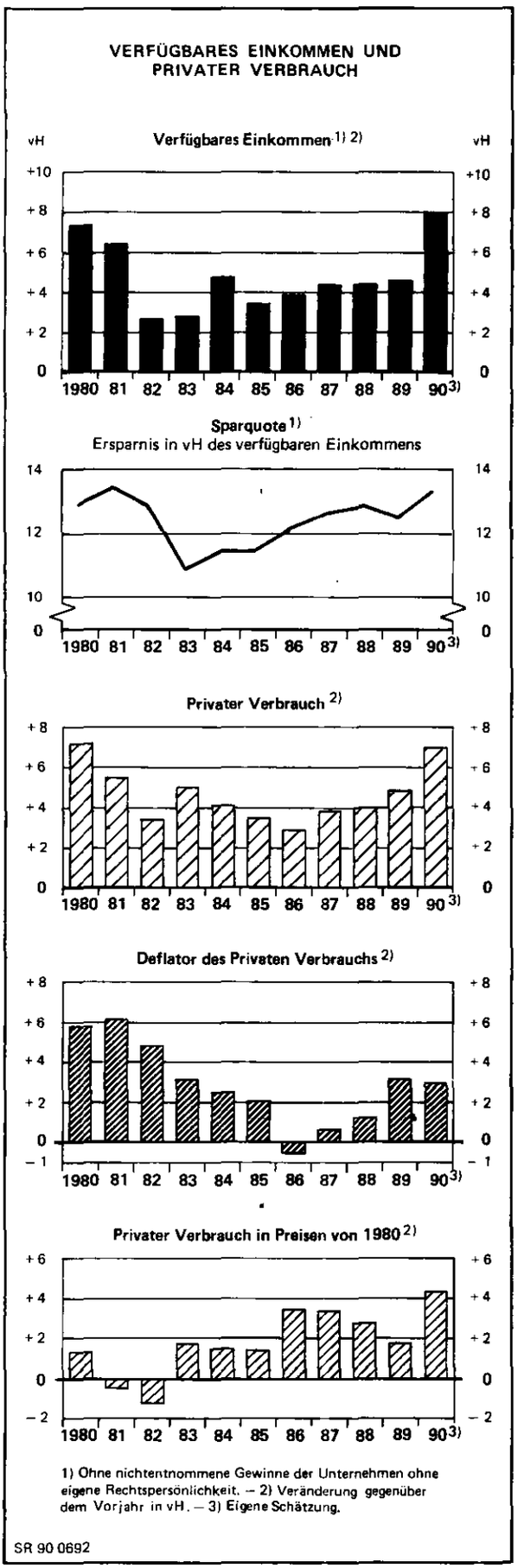
Tabelle 22

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote[1])

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2])	Effekt der Arbeitgeberbeiträge[3])	Produktivitätseffekt[4])	Terms-of-Trade-Effekt[5])	„Preiseffekt" der letzten inländischen Verwendung[6])	Abschreibungseffekt	Effekt von indirekten Steuern abzüglich Subventionen	Arbeitseinkommensquote (1) + (2) minus (3) bis (7)	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								vH[7])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1961	+10,2	− 0,0	+ 3,0	+ 0,3	+ 4,5	− 0,4	− 0,3	+ 2,8	80,1
1962	+ 9,2	− 0,1	+ 4,3	− 0,1	+ 3,9	− 0,5	− 0,0	+ 1,2	81,0
1963	+ 6,1	− 0,1	+ 2,5	− 0,2	+ 3,3	− 0,5	+ 0,1	+ 0,7	81,6
1964	+ 9,0	− 0,7	+ 6,5	+ 0,2	+ 2,9	− 0,1	+ 0,2	− 1,5	80,4
1965	+ 9,1	+ 0,3	+ 4,8	− 0,1	+ 3,8	− 0,2	+ 0,5	+ 0,5	80,7
1966	+ 7,3	+ 0,3	+ 3,3	+ 0,3	+ 3,0	− 0,4	− 0,0	+ 1,2	81,7
1967	+ 3,3	− 0,1	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,9	− 0,5	− 0,6	− 0,2	81,5
1968	+ 6,2	+ 0,5	+ 5,7	− 0,1	+ 2,3	+ 0,2	+ 1,4	− 2,8	79,3
1969	+ 9,2	+ 0,2	+ 5,9	+ 0,3	+ 3,8	+ 0,4	− 1,5	+ 0,4	79,6
1970	+15,3	+ 0,6	+ 3,8	+ 0,9	+ 6,7	− 0,4	+ 1,7	+ 2,4	81,5
1971	+11,3	+ 0,3	+ 2,6	+ 0,6	+ 7,3	− 0,3	− 0,1	+ 1,1	82,4
1972	+ 8,2	+ 0,7	+ 3,8	− 0,0	+ 5,3	− 0,0	+ 0,0	− 0,3	82,1
1973	+10,7	+ 0,8	+ 3,6	− 0,3	+ 6,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,8	82,8
1974	+10,5	+ 0,6	+ 1,4	− 1,0	+ 8,2	− 0,6	+ 0,4	+ 2,5	84,8
1975	+ 6,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,1	+ 5,9	− 0,5	+ 0,1	+ 0,1	84,9
1976	+ 6,4	+ 0,8	+ 6,1	− 0,2	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,1	− 2,8	82,6
1977	+ 6,5	− 0,2	+ 2,5	− 0,1	+ 3,8	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	82,6
1978	+ 5,2	+ 0,2	+ 2,4	+ 0,8	+ 3,4	− 0,0	− 0,0	− 1,2	81,6
1979	+ 5,2	+ 0,2	+ 2,3	− 0,6	+ 4,7	− 0,1	− 0,3	− 0,5	81,2
1980	+ 6,4	+ 0,2	− 0,1	− 1,4	+ 6,3	− 0,5	− 0,2	+ 2,5	83,2
1981	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,1	− 1,5	+ 5,6	− 0,6	− 0,1	+ 1,0	84,1
1982	+ 3,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 4,1	− 0,4	+ 0,1	− 0,8	83,4
1983	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,9	+ 0,0	− 0,1	− 2,9	81,0
1984	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,1	− 0,4	+ 2,3	+ 0,0	+ 0,2	− 1,9	79,4
1985	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	− 0,0	+ 0,4	− 0,8	78,8
1986	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	− 1,2	77,8
1987	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	77,9
1988[8])	+ 3,0	− 0,0	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	− 1,7	76,5
1989[8])	+ 3,0	− 0,1	+ 2,5	− 0,5	+ 3,0	+ 0,0	− 0,5	− 1,6	75,3
1990[9])	+ 5,0	− 0,3	+ 1,6	− 0,1	+ 3,4	− 0,1	− 0,1	− 0,1	75,2

[1]) Gesamtwirtschaft. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. –Nähere Erläuterungen siehe Anhang VI, Abschnitt B.
[2]) Inländerkonzept.
[3]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[4]) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität).
[5]) Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980.
[6]) Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[7]) Gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen in vH des Volkseinkommens.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.
[9]) Eigene Schätzung.

Schaubild 11



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — 3) Eigene Schätzung.

SR 90 0692

zeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eigentlich der Ausfuhr zuzuordnen.

Nach Öffnung der innerdeutschen Grenze und mehr noch nach Einführung der D-Mark in der ehemaligen DDR wird es zunehmend schwierig, die wirtschaftlichen Aktivitäten im Gesamtgebiet eindeutig dem westlichen Teil oder dem östlichen Teil Deutschlands zuzuordnen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik nach bisherigem Gebietsstand, die noch mindestens bis 1991 fortgeführt werden sollen, finden sich deshalb zunehmend Schätzungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem bisherigen Bundesgebiet und dem Beitrittsgebiet. Die veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind deshalb 1990 und 1991 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Hinweise auf Umfang und Struktur der Käufe von Einwohnern des Beitrittsgebiets in Westdeutschland kann die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze geben. Bereits im ersten Halbjahr 1990, in dem die Verfügbarkeit über D-Mark im Osten Deutschlands noch auf Mittel aus dem Reisedevisenfonds, auf in der damaligen DDR ausgegebene sowie auf „schwarz" getauschte D-Mark beschränkt war, zeigten die Einzelhandelsumsätze in den an der innerdeutschen Grenze gelegenen Bundesländern überdurchschnittliche Steigerungsraten. Besonders kräftig war der Zuwachs in Berlin (West). Seit der Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli kauften Menschen aus Ostdeutschland vermehrt im Westen. Der Einzelhandelsumsatz nahm im Juli und August zusammengenommen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 15½ vH zu — in den ersten sechs Monaten waren es 8 vH gewesen —, das regionale Gefälle war noch stärker ausgeprägt (Tabelle 23).

127. Die nach Gütergruppen differenzierte Struktur der Einzelhandelsumsätze war gleichfalls von der innerdeutschen Entwicklung geprägt. Bereits im ersten

Tabelle 23

Regionale Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1989	1990		
	Januar bis Dezember	Januar bis Juni	Juli	August
Schleswig-Holstein	+5,4	+ 8,4	+17,5	+18,8
Hamburg	+2,8	+ 8,1	+15,1	+17,2
Niedersachsen	+5,0	+ 8,4	+20,8	+22,4
Bremen	+3,7	+ 6,6	+12,6	+13,5
Nordrhein-Westfalen	+4,6	+ 6,7	+12,5	+11,6
Hessen	+5,0	+ 6,1	+12,6	+14,6
Rheinland-Pfalz	+5,0	+ 7,2	+ 9,7	+ 9,8
Baden-Württemberg	+5,2	+ 6,6	+15,4	+ 9,0
Bayern	+5,8	+ 9,2	+16,2	+12,3
Saarland	+4,1	+ 4,5	+10,0	+ 7,6
Berlin (West)	+5,3	+12,3	+51,6	+52,8
Bundesgebiet	+4,8	+ 8,0	+16,9	+14,4

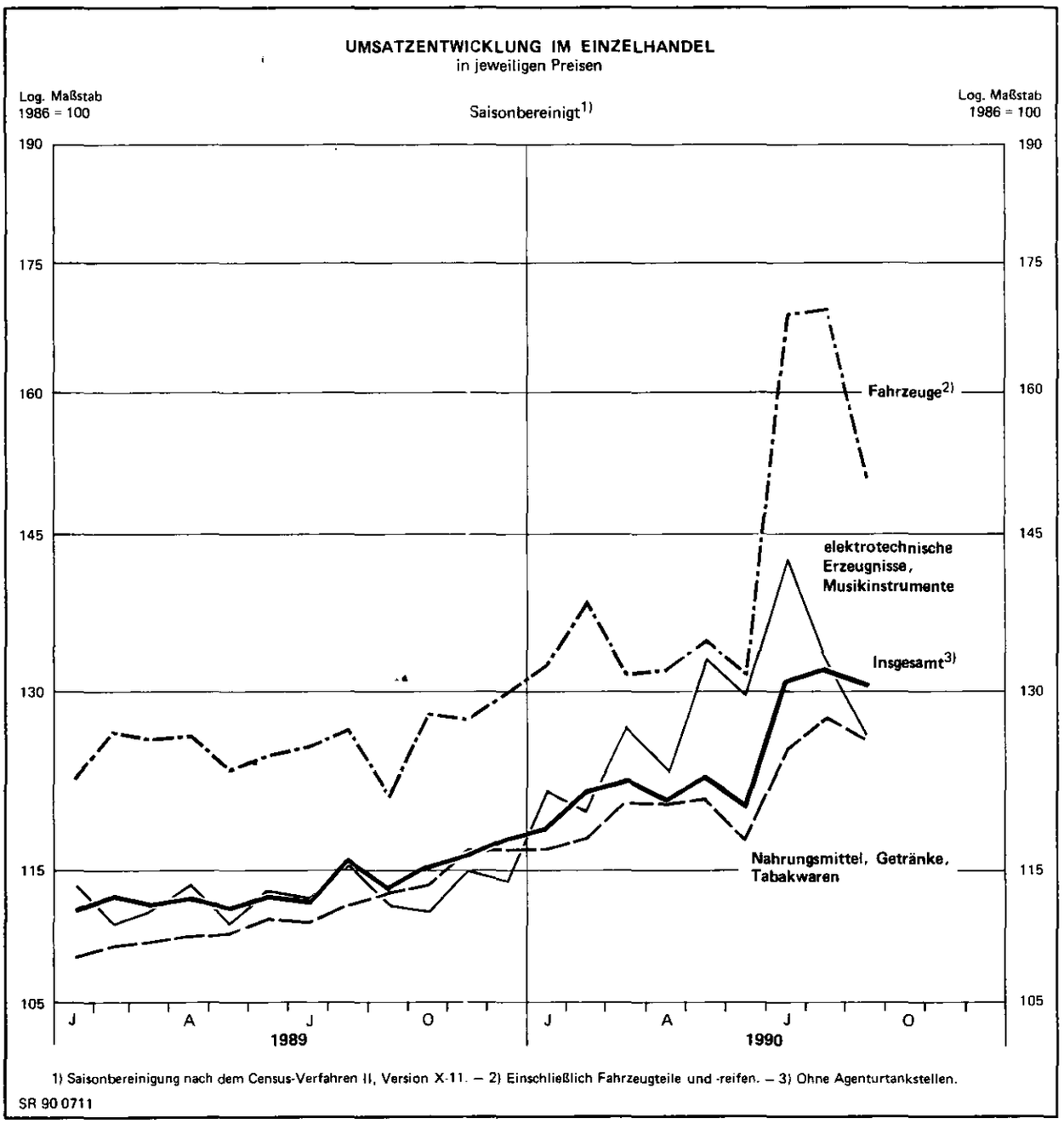
[1]) Ohne Agenturtankstellen.

Halbjahr hatten die Umsätze aus dem Verkauf elektrotechnischer Erzeugnisse überdurchschnittlich stark zugenommen, und hier insbesondere diejenigen im Handel mit Geräten der Unterhaltungselektronik (14,3 vH). Güter dieser Kategorie zählen zu den von Bürgern der früheren DDR besonders präferierten Produkten, waren sie vor der Grenzöffnung doch teilweise gar nicht oder nur zu extrem hohen Preisen erhältlich. Überproportional stieg auch der Umsatz im Handel mit westlichen Nahrungs- und Genußmitteln, die in der Gunst der Käufer aus Ostdeutschland gleichfalls hochangesiedelt sind (Schaubild 12).

Einen wahren Boom erlebte im zweiten Halbjahr der Kraftfahrzeughandel, denn die Bürger aus der ehemaligen DDR entfalteten eine lebhafte Nachfrage nach Autos, vor allem nach gebrauchten Fahrzeugen. Die daraufhin anziehenden Preise für Gebrauchtwagen waren für viele westdeutsche Fahrzeughalter der Anlaß, sich früher als ursprünglich geplant für den Kauf eines neuen Autos zu entscheiden, denn Neufahrzeuge waren in Relation zu den Gebrauchtwagen billiger geworden. In den ersten neun Monaten wurden in Westdeutschland 6 vH Personenwagen mehr zugelassen als im selben Zeitraum des Vorjahres.

128. Die Ursachen für die umfangreichen Käufe von Bürgern aus Ostdeutschland im Westen sind zum einen darin zu sehen, daß begehrte, durch Fernsehwerbung auch in der ehemaligen DDR bekannte Produkte im ostdeutschen Handel zunächst nur in begrenztem Umfang erhältlich waren. Zum anderen blieben in

Schaubild 12



1) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Einschließlich Fahrzeugteile und -reifen. — 3) Ohne Agenturtankstellen.

SR 90 0711

den fünf neuen Bundesländern zunächst monopolistische Einzelhandelsstrukturen bestehen, die oft überhöhte Preisforderungen erleichterten. Darüber hinaus mag Unerfahrenheit bei der Preisgestaltung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine Rolle dabei gespielt haben, daß viele Produkte im Osten überteuert waren. Bürger der ehemaligen DDR konnten sich deshalb billiger in grenznahen Gebieten Westdeutschlands und in Berlin (West) versorgen. Im weiteren Verlauf des Jahres ebneten sich die Preisdifferenzen ein, so daß der Anreiz für Käufe in Westdeutschland kleiner wurde.

Staatsverbrauch mäßig ausgeweitet

129. Der Staatsverbrauch expandierte 1990 im Vergleich zu den anderen Nachfrageaggregaten unterdurchschnittlich. In realer Rechnung betrug der Zuwachs lediglich knapp 2 vH. Dämpfend auf den Anstieg der staatlichen Verbrauchsausgaben wirkte sich der Rückgang der Verteidigungsausgaben um fast 2 vH aus. In nominaler Rechnung lag der Staatsverbrauch um 6 vH über seinem Vorjahresniveau. Dies war in erster Linie eine Folge höherer Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst. Aber auch der Anstieg der Preise für den laufenden Sachaufwand trug hierzu bei.

Die Personalausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung, die nahezu die Hälfte der staatlichen Verbrauchsausgaben umfassen, stiegen mit einer Rate von 6½ vH. Dem lag eine Erhöhung der Verdienste um durchschnittlich 4 vH zugrunde. Zu der im laufenden Tarifvertrag vorgesehenen Erhöhung um 1,7 vH kam die Aufstockung der monatlichen Zulagen um 60 DM, für mittlere Einkommensgruppen um 83 DM. Der Personalstand ist mit einem Zuwachs von knapp 1½ vH wieder etwas stärker ausgeweitet worden als in den beiden Vorjahren. Vor allem der verstärkte Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern hat vermehrt Personaleinstellungen notwendig gemacht.

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen für Sachleistungen stiegen mit einer Rate von über 7½ vH. Trotz der zunehmenden Einführung von Festbeträgen mußten die Krankenkassen für Medikamente deutlich mehr aufwenden als im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren Preiserhöhungen bei solchen Arzneimitteln, die nicht unter die Festbetragsregelung fallen. Gedämpft wurde der Anstieg der Gesundheitsausgaben durch nochmals rückläufige Aufwendungen für den Zahnersatz. Beschleunigt angestiegen sind dagegen die Honorare für ärztliche Leistungen und die Ausgaben für die Krankenhausfinanzierung. Kostensteigernd wirkte sich hier insbesondere die im letzten Jahr beschlossene höhere Einstufung des Pflegepersonals aus.

Investitionen treiben den Aufschwung voran

130. Die Unternehmensinvestitionen waren 1990 neben dem Privaten Verbrauch die treibende Kraft der konjunkturellen Entwicklung. Im fünften Jahr in Folge übertraf die Zuwachsrate der Anlageinvestitionen — in realer Rechnung betrug sie dieses Jahr 8 vH — die des Sozialprodukts. Die Investitionsquote erreichte mit 19½ vH ihren höchsten Wert seit 1973 (Tabelle 24). Die wichtigsten Ursachen für die lebhafte Investitionstätigkeit waren:

— Die Auslastung der Sachanlagen ist 1990 weiter angestiegen, und oft ist ein Ausbau der Produktionsanlagen die Voraussetzung für weitere Produktionssteigerungen. Wegen der starken Zuwanderung seit Herbst letzten Jahres ist es für die Unternehmen zudem leichter geworden, auf dem

Tabelle 24

Zur Entwicklung der Investitionsquoten [1])

In Preisen von 1980

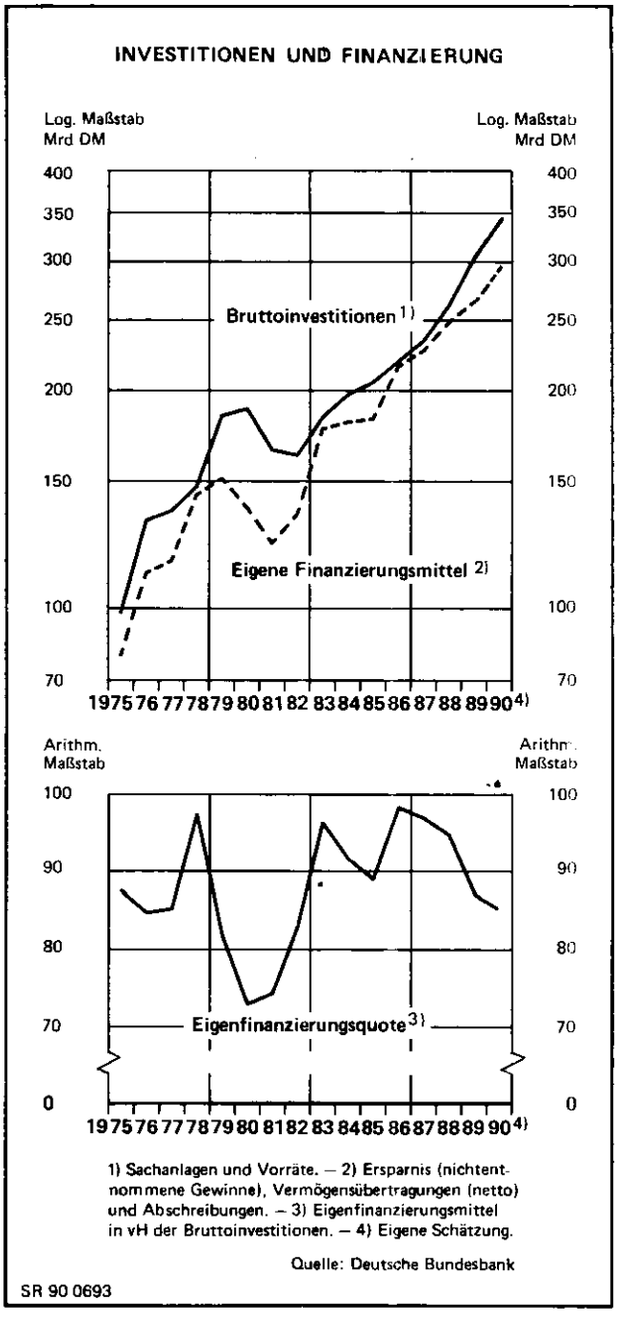
Zeitraum	Anlageinvestitionen	Davon			Nachrichtlich
		Ausrüstungsinvestitionen	gewerblicher Bau[2])	Wohnbauten	Bruttosozialprodukt
	Anteil am Bruttosozialprodukt in vH				Mrd DM
1960	22,6	7,1	5,7	9,7	731,7
1961	22,9	7,6	5,7	9,6	763,7
1962	22,4	7,8	5,4	9,2	799,8
1963	21,5	7,5	5,0	8,9	821,8
1964	22,1	7,6	5,1	9,3	875,7
1965	22,1	7,8	5,1	9,2	922,7
1966	21,8	7,4	5,0	9,3	950,1
1967	20,3	6,8	4,2	9,3	949,4
1968	19,8	6,9	4,2	8,7	1 004,2
1969	20,3	7,9	4,4	8,0	1 079,6
1970	21,0	8,7	4,8	7,5	1 134,0
1971	21,9	8,8	5,0	8,1	1 168,0
1972	21,8	8,2	4,8	8,7	1 217,0
1973	20,8	7,8	4,5	8,4	1 274,1
1974	18,1	6,9	4,1	7,2	1 276,5
1975	17,3	7,0	3,8	6,5	1 258,0
1976	17,2	7,0	3,8	6,4	1 328,2
1977	17,7	7,4	3,8	6,5	1 363,4
1978	18,0	7,7	3,8	6,5	1 407,9
1979	18,7	8,1	3,9	6,7	1 463,6
1980	19,0	8,2	4,1	6,8	1 485,2
1981	18,3	7,9	4,0	6,5	1 485,3
1982	17,6	7,4	4,0	6,2	1 471,0
1983	18,2	7,7	4,0	6,4	1 498,9
1984	17,8	7,4	4,0	6,4	1 548,1
1985	17,5	8,0	3,9	5,6	1 578,1
1986	17,5	8,1	4,0	5,4	1 614,7
1987	17,7	8,4	4,0	5,3	1 639,8
1988	18,0	8,7	4,0	5,3	1 700,5
1989	18,7	9,2	4,1	5,3	1 766,0
1990[3])	19½	10	4	5½	1 836½

[1]) Unternehmen einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck; ab 1988 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Einschließlich Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[3]) Eigene Schätzung.

Arbeitsmarkt geeignete Kräfte für den Betrieb zusätzlicher Maschinen zu finden.

- Die Aussichten auf eine insgesamt weiterhin lebhafte Nachfrage verbesserten sich nochmals. Begünstigt wurde diese Einschätzung durch die innerdeutsche Entwicklung, von der für die Unternehmen in Westdeutschland nicht unerhebliche Nachfrageimpulse ausgehen werden. Eine gewisse Rolle bei der Einschätzung der zukünftigen Nachfrageentwicklung könnte auch die Öffnung osteuropäischer Staaten zum Westen gespielt haben. Allerdings dürfte die Markterschließung dort in der Regel noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, so daß in diesen Staaten erst auf längere Sicht große Absatzpotentiale bestehen.

Schaubild 13



1) Sachanlagen und Vorräte. — 2) Ersparnis (nichtentnommene Gewinne), Vermögensübertragungen (netto) und Abschreibungen. — 3) Eigenfinanzierungsmittel in vH der Bruttoinvestitionen. — 4) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0693

- Die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt ist für die Unternehmen nach wie vor ein wichtiges Investitionsmotiv. Wenn sie auf einem erweiterten Markt mit zunehmender internationaler Konkurrenz bestehen wollen, ist die Modernisierung und Ausweitung der Produktionsanlagen oftmals unerläßlich.

- Die Finanzierungssituation der Unternehmen war auch 1990 günstig (Schaubild 13). Aufgrund der guten Ertragslage konnte ein Großteil der Investitionen ohne Rückgriff auf Kredite finanziert werden. Von Bedeutung ist das Eigenfinanzierungspotential von Unternehmen vor allem dann, wenn in besonders innovative und damit in der Regel auch besonders risikobehaftete Projekte investiert werden soll.

- Das Verhältnis von Gewinnen zu den Erlösen der Unternehmen ist weiterhin günstig (Ziffer 133).

131. Daß die Erweiterung der Produktionsanlagen für die Unternehmen ein zunehmend wichtiges Investitionsmotiv ist, zeigen die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests vom Frühjahr dieses Jahres und die Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages. An Bedeutung gewonnen hat die Kapazitätserweiterung insbesondere in den verbrauchsnahen Industrien und im Einzelhandel, was zum Teil auf die Zusatznachfrage aus Ostdeutschland zurückzuführen ist. Die kräftige Investitionstätigkeit der Bauwirtschaft spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Inlandsumsätze der Hersteller von Bau- und Baustoffmaschinen wider. Die Auftragseingänge dort zeigen, daß Investitionsbedarf und Investitionsbereitschaft in diesem Bereich weiterhin groß sind.

Volle Auftragsbücher, länger werdende Lieferzeiten und die Erwartung einer anhaltend regen Nachfrage nach Investitionsgütern begründeten die Pläne der Investitionsgüterindustrie, ihre Kapazitäten auszuweiten. Zum Teil dürften Unternehmen auch darauf setzen, mit verkürzten Lieferzeiten — im Maschinenbau betrugen sie zuletzt mehr als sieben Monate — solche Kunden zurückzugewinnen, die sich, weil sie schnell neue Anlagen in ihren Betrieben einsetzen wollten, Anbietern im Ausland zuwandten. Zudem würde für die Hersteller von Investitionsgütern der Druck abnehmen, mit Preiszugeständnissen potentiellen Bestellern längere Lieferzeiten schmackhaft zu machen.

132. Lieferschwierigkeiten heimischer Hersteller waren ein Grund, warum die Einfuhr von Investitionsgütern 1990 wiederum stark ausgeweitet wurde. Von Januar bis August wurden dem Volumen nach rund 16 vH mehr Güter dieser Art importiert als vor Jahresfrist. Dem Werte nach besonders hohe Zuwachsraten wiesen dabei die Investitionsgütereinfuhren aus Großbritannien, Italien und den Niederlanden sowie aus Österreich und der Schweiz auf. Weniger stark nahmen die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten und aus Japan zu. Dieses Bild ist überraschend, denn Anbieter aus diesen beiden Ländern haben 1990 durch Wechselkursänderungen gegenüber Konkurrenten in Europa erheblich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

Allerdings kann der Vergleich der Zuwachsraten von Importen aus den genannten europäischen Ländern mit denen der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und aus Japan in die Irre führen, wenn aus der Entwicklung der Werte auf die Entwicklung der Volumina geschlossen werden soll. Die D-Mark war 1990 gegenüber dem Dollar und dem Yen erheblich höher bewertet als ein Jahr zuvor. Dies führt bei der statistischen Erfassung von in Dollar oder in Yen fakturierten Importen aus diesen Staaten zu sinkenden Durchschnittswerten der Einfuhr. Das Volumen der Einfuhr von Investitionsgütern aus den Vereinigten Staaten und aus Japan dürfte sich deshalb 1990 deutlich kräftiger entwickelt haben, als dies in den auf Wertbasis berechneten Zuwachsraten zum Ausdruck kommt.

Von größerer Bedeutung als Lieferschwierigkeiten sind für die kräftige Zunahme des Investitionsgüterimports aber wohl die weiterhin zunehmende internationale Arbeitsteilung und das Zusammenwachsen der Märkte. Darauf deuten die seit Jahren überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei der Einfuhr und der Ausfuhr dieser Güter hin. Zudem hat sich der Anteil am Gesamtumsatz, den die Investitionsgüterhersteller im Ausland erzielen, trendmäßig erhöht; 1989 lag er bei 38 vH.

133. Die Gewinn-Erlös-Relation, die ein Indikator für die Ertragslage im Unternehmenssektor ist, hat

Tabelle 25

Zur Gewinn-Erlös-Relation [1])

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Arbeitgeberbeiträge	Kalkulatorischer Unternehmerlohn [2])	Zinskosten [3])	Abschreibungen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen [4])	Vorleistungen Ausland [5])	Gewinn-Erlös-Relation [6])	Nachrichtlich: Kapitalrendite [7]) ohne Zinskosten	Nachrichtlich: Kapitalrendite [7]) mit Zinskosten
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)		
	in vH der Erlöse [8])								vH	
1960	34,19	5,23	6,99	7,45	5,61	13,38	13,37	13,78	18,02	11,70
1961	35,55	5,43	7,01	7,53	5,94	13,67	12,54	12,34	16,41	10,19
1962	36,37	5,50	6,83	7,62	6,29	13,71	12,55	11,11	15,16	8,99
1963	36,66	5,50	6,76	7,86	6,68	13,63	12,92	9,98	13,97	7,82
1964	36,74	5,12	6,44	7,80	6,76	13,36	12,93	10,84	14,73	8,56
1965	36,67	5,26	6,29	7,95	6,82	12,84	13,91	10,26	14,41	8,12
1966	37,12	5,46	6,36	8,64	7,18	12,90	13,61	8,74	13,27	6,67
1967	36,65	5,31	6,52	9,42	7,67	13,37	12,98	8,09	12,43	5,75
1968	36,11	5,42	6,36	9,27	7,48	12,36	14,00	9,00	13,19	6,50
1969	35,82	5,45	6,00	8,98	7,10	13,30	14,83	8,52	13,15	6,40
1970	37,35	5,98	6,03	9,09	7,21	12,15	14,38	7,80	13,09	6,04
1971	37,89	6,19	5,75	9,48	7,47	12,23	14,16	6,83	12,55	5,25
1972	37,76	6,49	5,65	9,83	7,52	12,23	14,20	6,32	12,32	4,82
1973	38,03	6,90	5,62	10,21	7,48	11,88	14,65	5,23	11,99	4,06
1974	37,26	7,05	5,51	10,70	7,70	11,12	17,47	3,19	11,03	2,53
1975	36,99	7,34	5,57	11,16	8,24	11,23	17,39	2,08	10,18	1,60
1976	35,44	7,43	5,26	10,58	7,84	10,95	18,67	3,83	11,59	3,08
1977	35,84	7,39	5,14	10,24	7,85	10,88	18,29	4,37	11,58	3,47
1978	35,80	7,54	5,06	9,82	7,90	11,04	17,47	5,37	11,94	4,22
1979	34,68	7,43	4,83	9,55	7,70	10,96	19,01	5,84	12,42	4,71
1980	34,72	7,52	4,73	9,80	7,83	10,82	20,74	3,83	10,99	3,09
1981	34,53	7,59	4,73	10,79	8,14	10,72	21,24	2,26	10,23	1,78
1982	34,19	7,54	4,80	11,30	8,47	10,58	20,87	2,24	10,30	1,71
1983	32,86	7,50	4,77	11,28	8,51	10,66	20,38	4,04	11,52	3,03
1984	31,93	7,49	4,73	11,11	8,36	10,51	21,50	4,38	11,64	3,29
1985	31,57	7,45	4,72	10,84	8,35	10,22	21,82	5,03	11,77	3,73
1986	32,46	7,64	4,86	10,60	8,51	10,17	18,93	6,83	12,47	4,89
1987	32,75	7,77	4,89	10,36	8,57	10,19	17,98	7,49	12,42	5,21
1988	32,21	7,61	4,83	10,03	8,45	10,01	18,24	8,62	12,92	5,97
1989 [9])	31,52	7,37	4,73	10,13	8,36	10,32	19,27	8,31	12,73	5,74
1990 [10])	31,54	7,30	4,64	10,74	8,35	10,30	19,11	8,02	12,90	5,51

[1]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. — [2]) Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält. — [3]) Auf Anlage-, Vorrats- und Geldvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang VI, Abschnitt B. — [4]) Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt. — [5]) Einfuhr von Waren (VGR-Abgrenzung) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel). — [6]) 100 vH abzüglich Summe (1) bis (7). — [7]) Gewinne [Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen Ausland nach Abzug der Kosten (1) bis (3) + (5) bis (7) bzw. (1) bis (7)] in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen sowie Geldvermögen ohne Aktien). — [8]) Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen Ausland. — [9]) Vorläufige Ergebnisse. — [10]) Eigene Schätzung.

Quelle für Geldvermögen und Umlaufsrendite: Deutsche Bundesbank

sich 1990 verschlechtert, doch ist der Anteil der Unternehmensgewinne an den Erlösen mit 8 vH im langjährigen Vergleich noch immer hoch (Tabelle 25). Wichtigste Ursache für den Rückgang in diesem Jahr war der Anstieg des Zinsniveaus. Der Anteil der Zinskosten an den Erlösen der Unternehmen hat sich dadurch um mehr als einen halben Prozentpunkt erhöht. Erstmals seit 1987 zugenommen hat der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme an den Erlösen. Der davon ausgehende Effekt wurde leicht dadurch überkompensiert, daß die Gesetzlichen Krankenversicherungen ihre Beitragssätze gesenkt haben und infolgedessen die an die Sozialversicherungen zu leistenden Arbeitgeberbeiträge langsamer stiegen. Der Anteil der Arbeitskosten insgesamt ist im Jahre 1990 somit nahezu unverändert geblieben. Günstig auf die Gewinnsituation wirkten sich dagegen die im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderten Importpreise aus. So hat der in realer Rechnung weiterhin kräftig gestiegene Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland nicht dazu geführt, daß sich der Anteil dieses Kostenbestandteils erhöht hat.

134. Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Ostdeutschland stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß Unternehmen aus Westdeutschland dort investieren werden. Fraglich ist darüber hinaus, ob derartige Investitionen an Stelle von Projekten in den westlichen Bundesländern verwirklicht werden, ob sie solche unbeeinflußt lassen oder sogar fördern. Den bislang vorliegenden Informationen zufolge sind westdeutsche Unternehmen zunächst vor allem darum bemüht, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Absatzwege zu erschließen und Vertriebsnetze zu errichten. Der Aufbau von Produktionsstätten in Ostdeutschland ist vorerst die Ausnahme. Zu einem Anspringen der Investitionen in der Breite wird es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erst dann kommen, wenn bislang noch offene schwierige Fragen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und der Altlastensanierung geklärt und die mangelhafte Infrastrukturausstattung verbessert sind.

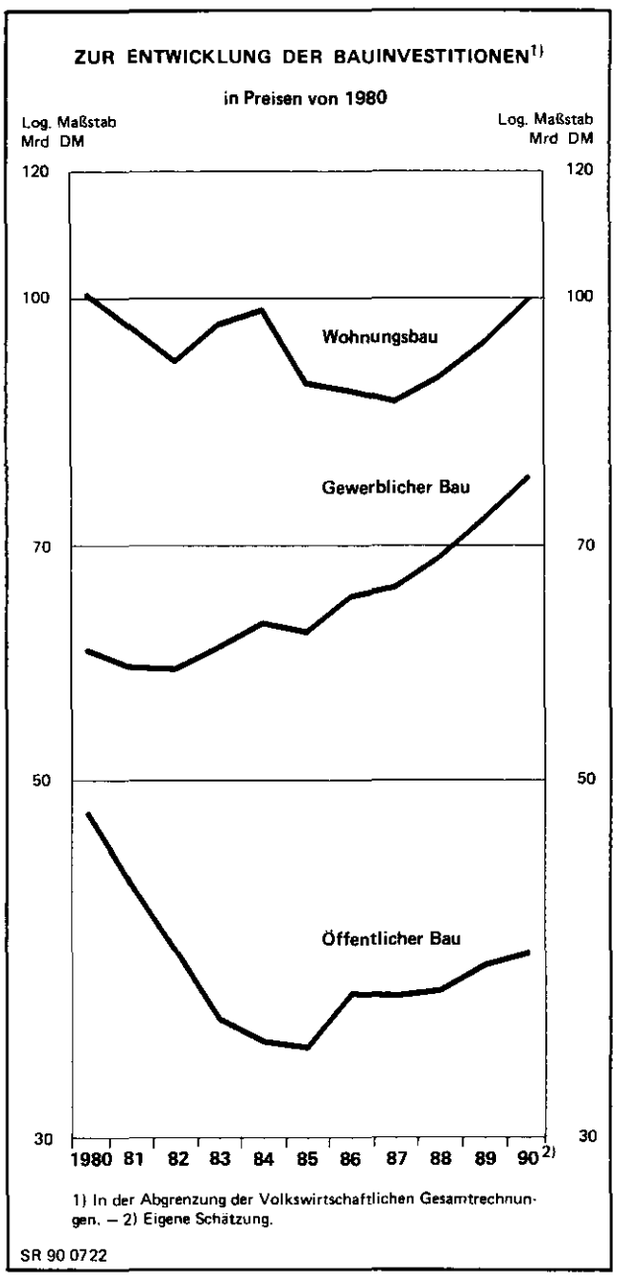
Der Aufbau von Vertriebsorganisationen in der ehemaligen DDR dürfte die Investitionen im Westen eher beleben als bremsen. Denn zum einen werden dafür benötigte Ausrüstungen zum Teil bei Unternehmen in Westdeutschland bestellt, wodurch der Investitionsbedarf dort zunimmt. Zum anderen soll für die neuen Märkte produziert werden, was angesichts ohnehin hoch ausgelasteter Kapazitäten in Westdeutschland wohl nur dann möglich ist, wenn verstärkt in die Erweiterung bestehender Anlagen investiert wird. Dieses Bild wird sich erst dann ändern, wenn es gelingt, die neuen Bundesländer auch langfristig als Produktionsstandort attraktiv zu machen.

Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft

135. Der Aufschwung der Bauwirtschaft gewann 1990 nochmals an Tempo. Die Bauinvestitionen nahmen mit 5½ vH deutlich zu. Wie sich bereits im Vorjahr abzeichnete, übernahm dabei der Wohnungsbau die Führungsrolle von dem in den letzten Jahren stets dominanten gewerblichen Bau (Schaubild 14). Die nachhaltige Belebung des Wohnungsbaus zeigt sich in der starken Zunahme von Baugenehmigungen und Auftragseingängen. Die steigende Zahl westdeutscher Haushalte, deren deutlich gestiegene verfügbare Einkommen wie auch die wohnungsbaupolitischen Maßnahmen der Bundesregierung seit Herbst letzten Jahres regten die Nachfrage im Mietwohnungsbau und Eigenheimbau kräftig an. Zudem steigerte der zusätzliche Wohnraumbedarf durch die starke Zuwanderung ins Bundesgebiet die Wohnungsnachfrage nochmals erheblich. Dies verbesserte die Perspektiven der Investoren im Wohnungsbau.

Aber auch die Investitionen im gewerblichen Bau haben dieses Jahr nochmals deutlich zugenommen. Demgegenüber blieb der öffentliche Bau in der Dynamik etwas zurück. Dies ist vor allem auf die unterdurchschnittliche Zunahme des öffentlichen Hochbaus zurückzuführen, während der Straßenbau und

Schaubild 14



1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 2) Eigene Schätzung.

SR 90 0722

der sonstige Tiefbau, beispielsweise Baumaßnahmen für die Abwasserentsorgung, auch in diesem Jahr weiterhin kräftig zunahmen. Viele dieser Bauprojekte dienen einer dringend notwendigen Verbesserung der Infrastruktur.

136. Im Laufe des Jahres mehrten sich die Anzeichen von Verspannungen in der Bauwirtschaft. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe lagen in den ersten acht Monaten um real 9,1 vH über ihrem Vorjahreswert, während die Produktion bis September dieses Jahres nur um 4,3 vH anstieg (Tabelle 26). Die Reichweite des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe nahm damit auf nunmehr 3,0 Monate zu und erreichte so ihren höchsten Wert seit 1980.

137. Angesichts der günstigen Auftragsentwicklung und allgemein verbesserter Zukunftsaussichten investierten die Unternehmen der Bauwirtschaft bereits seit Anfang 1989 kräftig. Während aber den Umfrageergebnissen des Ifo-Instituts über die Investitionsentwicklung im Baugewerbe zufolge bislang nahezu ausschließlich Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen vorgenommen wurden, dienen die Investitionen im Jahre 1990 verstärkt auch der Erweiterung von Gerätekapazitäten. Dies gilt vor allem für die Investitionen des Hochbaus, in dem die Bauunternehmen nun etwa ein Viertel ihrer Investitionsmittel zur Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten einsetzen.

138. Im Jahre 1990 stieß die Bautätigkeit an Grenzen der Gerätekapazität. Berechnungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie zufolge erreichte der Gerätepark in der gesamten Bauwirtschaft erst in diesem Jahr wieder sein Niveau von 1980. Wegen der langjährigen Schwäche der Wohnungsnachfrage hatten die Unternehmen zuvor ihre Hochbaukapazitäten stark reduziert. Nur die bereits seit geraumer Zeit günstige Entwicklung des gewerblichen Baus hatte einen weitergehenden Abbau der Gerätekapazitäten verhindert. Als Folge der nunmehr wieder anziehenden Baunachfrage lag die Geräteauslastung im gesamten Bauhauptgewerbe, den Umfragen des Ifo-Instituts zufolge, im Jahre 1990 bei 67½ vH, einer wegen der im Baubereich charakteristisch hohen Stillstandzeiten der spezialisierten Geräteschaften kaum noch zu steigernden Auslastung. Sie erreichte damit eine Größenordnung, wie sie zuletzt in den Zeiten des Baubooms Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ermittelt wurde (Schaubild 15).

Bei der Interpretation der Angaben zur Geräteauslastung ist zu beachten, daß insbesondere im Tiefbau mit dem Ersetzen abgenutzer Geräte eine oft erhebliche Kapazitätsausweitung einhergeht, ohne daß der Gerätebestand in nennenswertem Umfang erhöht werden muß. Im Hochbau sind diese Möglichkeiten enger begrenzt. Bei anhaltend expansiver Nachfrage nach neu errichtetem Wohnraum werden vorerst noch Kapazitätsengpässe das Bild beherrschen. Einer zügigen Kapazitätsausweitung steht zudem entgegen, daß zwischen Investitionsentscheidung und Geräteeinsatz geraume Zeit vergeht. Mittlerweile beläuft sich die durchschnittliche Lieferzeit für Baumaschinen auf vier bis fünf Monate. Für den Hochbaubereich werden in Deutschland derzeit noch deutlich darüber hinausgehende Lieferzeiten registriert. Angaben des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau zufolge geht zudem ein Großteil der Bestellungen für Baumaschinen auf Unternehmen zurück, die im östlichen Teil Deutschlands tätig sind.

139. Im Jahre 1990 war erstmals seit einem Jahrzehnt wieder eine merkliche Zunahme der Anzahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Ersten Ergebnissen der laufenden Bauberichterstattung zufolge, die allerdings nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einbezieht, betrug der An-

Tabelle 26

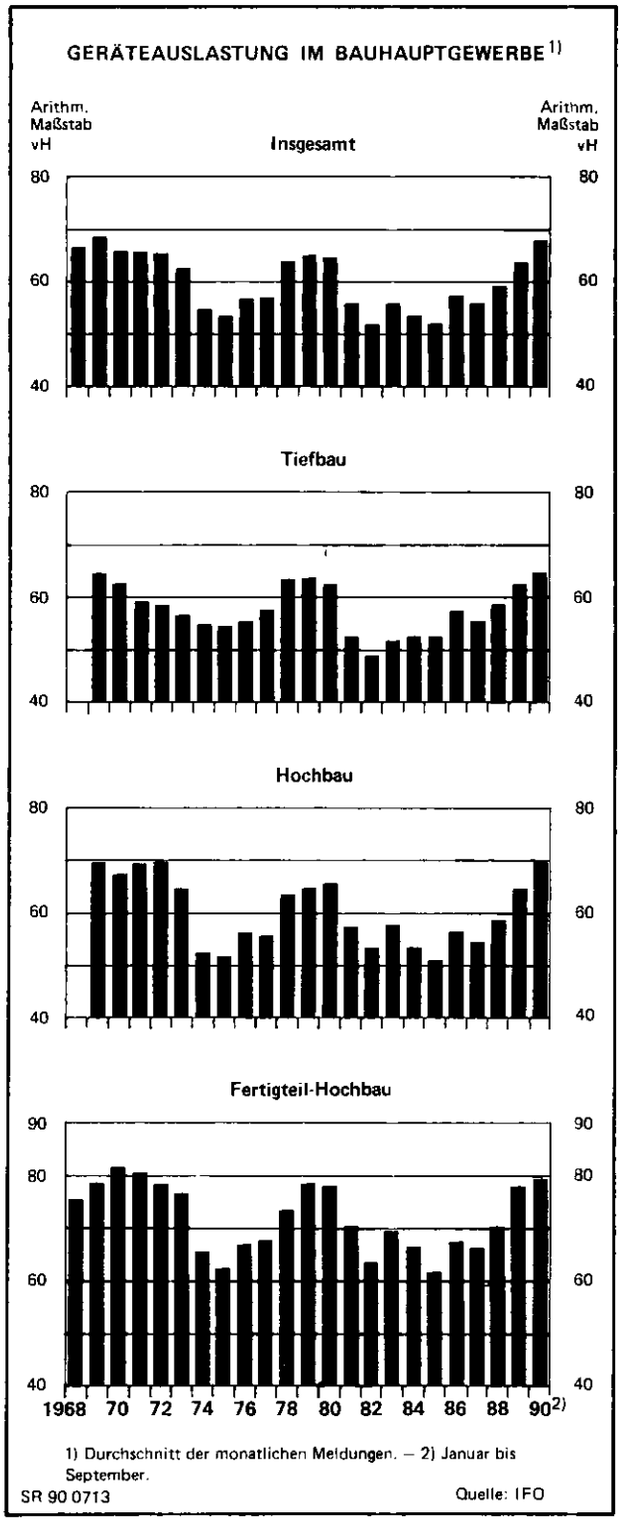
Entwicklung der Auftragseingänge und der Produktion im Bauhauptgewerbe

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Auftragseingänge (Volumen)				Nettoproduktion [1]		
	insgesamt	Hochbau		Tiefbau	insgesamt	Hochbau	Tiefbau
		zusammen	darunter Wohnungsbau				
1980	– 7,4	– 6,1	–11,3	– 9,6	– 0,2	– 0,4	+ 0,2
1981	–18,2	–14,1	–15,2	–25,1	– 8,5	– 7,2	–10,7
1982	– 0,1	– 2,3	– 1,2	+ 4,3	– 3,7	– 4,9	– 1,7
1983	+ 9,7	+11,4	+19,5	+ 6,5	+ 0,9	+ 3,7	– 3,7
1984	– 7,0	–14,8	–20,9	+ 7,9	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,3
1985	– 2,2	– 5,7	–22,3	+ 2,9	– 9,6	–15,1	+ 0,7
1986	+ 7,2	+ 5,8	– 6,2	+ 9,1	+ 6,0	+ 4,3	+ 8,6
1987	– 4,1	– 3,3	– 7,4	– 5,2	– 0,3	– 0,1	– 0,6
1988	+ 7,7	+ 9,9	+10,0	+ 4,7	+ 4,7	+ 6,5	+ 2,2
1989	+10,7	+11,2	+11,9	+ 9,9	+ 6,9	+ 7,9	+ 5,1
1990 Jan/Sept [2]	+ 9,1	+12,3	+20,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,6	+ 2,3

[1] Index der Nettoproduktion, Abgrenzung nach Unternehmen, kalendermonatlich.
[2] Für Auftragseingänge: Januar bis August.

Schaubild 15



1) Durchschnitt der monatlichen Meldungen. — 2) Januar bis September.

SR 90 0713 Quelle: IFO

stieg im Bauhauptgewerbe in diesem Jahr bislang 1,8 vH. Unter Berücksichtigung auch der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten dürfte sich die Anzahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft aber noch stärker erhöht haben.

Nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahre unterschreiten die Ergebnisse der laufenden Bauberichterstattung die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten teilweise beträchtlich. Auf Grundlage der jeweils erst gegen Jahresende vorliegenden Ergebnisse der Totalerhebung vom Juni wurde die zunächst ausgewiesene Entwicklung der Beschäftigtenzahl in der Bauwirtschaft durchweg nach oben korrigiert. Die Anpassungen lagen in den letzten 20 Jahren zwischen 0,5 und 2,4 Prozentpunkten. Obwohl mittlerweile die Erkenntnisse aus der Volks- und Arbeitsstättenzählung von 1987 die Genauigkeit der laufenden Bauberichterstattung erhöht haben dürften, ist auch in diesem Jahr wieder damit zu rechnen, daß sich die tatsächliche Beschäftigtenzahl noch dynamischer entwickelt hat, als bislang statistisch erfaßt wurde.

Korrespondierend zur guten Entwicklung der Beschäftigtenanzahl in der Bauwirtschaft sank sowohl die Anzahl der registrierten offenen Stellen für Bauberufe um 4,1 vH auf zuletzt etwa 20 000 als auch die Anzahl der in diesen Berufsgruppen registrierten Arbeitslosen. Trotzdem waren im dritten Quartal immer noch rund 62 000 Arbeitslose in den Bauberufen registriert. Allerdings handelt es sich bei ihnen überwiegend nicht um ausgebildete Baufachkräfte. So klagen, vor allem im Hochbaubereich, die Unternehmen und Fachverbände der Bauwirtschaft weiterhin über einen Fachkräftemangel. Auch die beträchtliche Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Osten Deutschlands konnte diesen Mangel bislang nicht beheben.

Dennoch lagen die Meldungen der Unternehmen über Produktionsbehinderungen aufgrund fehlender Arbeitskräfte im Jahre 1990 eher niedrig. Im September gaben lediglich 16 vH aller im Ifo-Konjunkturtest befragten Unternehmen diesen Grund an. In der Vergangenheit wurden bei guter Baukonjunktur bereits weitaus höhere Werte gemeldet (so 1979 etwa 42 vH und 1969/70 rund 26 vH). In der aktuellen Situation steht einer zügigen Ausweitung der Bautätigkeit somit weniger der beklagte Mangel an sofort verfügbaren Baufachkräften als vielmehr die derzeit nur schwer zu steigernde Auslastung der Sachkapazitäten entgegen.

140. Den Anstieg der Nachfrage nach Bauleistungen nutzten die Bauunternehmen im Berichtsjahr zunehmend für Preiserhöhungen. Bereits seit geraumer Zeit steigen die Baupreise über alle Bereiche wieder beschleunigt an. Entgegen der noch zu Jahresbeginn vorherrschenden Erwartung einer moderaten Preisentwicklung hat der Baupreisanstieg mittlerweile die 6-Prozent-Marke überschritten. Er dürfte angesichts der lebhaften Nachfrageentwicklung und der hohen Sachkapazitätsauslastung auch in der nächsten Zeit weiter ansteigen.

Allerdings sind seit 1980 die Preisindizes für Lebenshaltung und für Neubauleistungen an Wohngebäuden in nahezu gleichem Umfang gestiegen. Einer relativen Verbilligung dieser Bauleistungen während der Krise der Bauwirtschaft zu Anfang der achtziger Jahre folgten erst in den letzten Jahren der Marktlage entsprechend relative Verteuerungen. Insofern zeigt die bisherige Preisentwicklung am Baumarkt nur normale Marktreaktionen an. Preissteigerungen einzelner Güter müssen nicht ohne weiteres Anlaß zur Besorgnis geben. Ihrer Funktion in der marktwirtschaftlichen Ordnung entspricht es ja gerade, Übersteigerungen der Nachfrage zu dämpfen und gleichzeitig das Angebot zu stimulieren.

In den Tarifabschlüssen des Bauhauptgewerbes vom April wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 5,8 vH sowie eine Erhöhung des Bauzuschlags um

0,5 vH vereinbart. Die stufenweise Erhöhung der Jahressonderzahlung, der erstmals 1991 zahlbare Ausgleich für witterungsbedingte Einkommenseinbußen in Höhe von jahresdurchschnittlich 300 DM und die erst in längerer Frist voll wirksame Ausgleichsmöglichkeit von witterungsbedingtem Arbeitsausfall durch Nacharbeit führen, auf Jahresbasis hochgerechnet, zu einer Erhöhung der Bezüge um gut 10 vH. Die Lohnsumme je geleistete Arbeitsstunde stieg im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahr um 9,3 vH. Damit ist in diesem Jahr ein erheblicher Kostendruck auf die Bauleistungen vorgezeichnet, der angesichts der angespannten Marktlage für weiteren Preisschub sorgen dürfte. Mittelfristig bedeuten diese hohen Lohnabschlüsse in der Bauwirtschaft in Verbindung mit den tariflichen Bemühungen um eine Verstetigung der Beschäftigung und der Lohn- und Gehaltszahlungen im Saisonverlauf allerdings nicht nur eine Belastung für die Bauwirtschaft. Die diesjährigen Abschlüsse dienen auch dazu, die Bauberufe wieder attraktiver zu gestalten und so auf mittlere Sicht die derzeit immer noch vorhandenen Personalengpässe abzubauen.

141. Mit dem allgemeinen Zinsanstieg seit Ende letzten Jahres schnellten auch die für den Eigenheimbau und den Erwerb von Eigentumswohnungen bedeutsamen Hypothekenzinsen auf effektiv 9,9 Prozent im September hoch. Diese hohen Hypothekenzinsen konnten aber den Aufschwung im Wohnungsbau noch nicht merklich bremsen, zumal die Möglichkeit besteht, über die Bausparkassen den Eigenheimbau günstig zu finanzieren. Reaktionen auf die aktuelle Zinsentwicklung im privaten Wohnungsbau treten in der Regel erst mit einiger Zeitverzögerung zu Tage, weil bei der Entscheidung über ein Bauvorhaben die individuellen Einschätzungen über den zukünftigen Verlauf der Zinsentwicklung eine bedeutende Rolle spielen. Gerade in der derzeitigen Situation überwiegen vielfach Befürchtungen eines weiteren Zinsanstiegs, so daß momentan eher mit einer vorgezogenen denn mit einer aufgeschobenen Wohnungsbautätigkeit gerechnet werden muß. Zusätzlich drängen mit den zuletzt erzielten Einkommenssteigerungen nunmehr bislang noch zurückgestellte Wohnungs- und Eigenheimwünsche zusehend auf Erfüllung.

Die Erwartungen auch weiterhin steigender Wohnungsmieten erhöhen für sich genommen die Attraktivität von Wohneigentum; außerdem haben sich die steuerlichen Vergünstigungen bei der Schaffung von Wohneigentum weiter verbessert. Auf längere Sicht werden sich jedoch die hohen Hypothekenzinsen dämpfend auf den Eigenheimbau auswirken.

142. Im gewerblichen Mietwohnungsbau haben sich im Jahre 1990 die Ertragsaussichten weiter verbessert. Die zunehmende Anzahl der Haushalte, zu der die starke Zuwanderung in das Gebiet der Bundesrepublik sowie die weiter sinkende durchschnittliche Haushaltsgröße entscheidend beigetragen haben, steigerte seit dem Herbst letzten Jahres die ohnehin bereits rege Nachfrage nach (Miet-)Wohnungen noch weiter. In der Folge stiegen die Mieten, vorwiegend in den Ballungsräumen, nochmals verstärkt an. Im Vergleich zu den Vorjahren waren bei den Bestandsmieten große Zuwachsraten zu verzeichnen. Die größten Sprünge traten allerdings bei den Mieten auf dem relativ engen Markt für Neu- und Wiedervermietungen auf. In Ballungsräumen kam es bei neuen Vertragsabschlüssen in Einzelfällen zu Mieterhöhungen von 30 vH und mehr.

Die wohnungsbaupolitischen Förderungsmaßnahmen seit Herbst 1989, die den Mietwohnungsbau ankurbeln sollen, haben die Situation nicht entspannen können. Einerseits dürften sie angesichts der ohnehin lebhaften Nachfrageentwicklung zu starken Mitnahmeeffekten bei den Investoren geführt haben. Andererseits beansprucht der Staat, so er selbst als Nachfrager nach Hochbauleistungen auftritt, zusätzlich die bereits hoch ausgelasteten Kapazitäten der Bauwirtschaft und trägt so zum Preisanstieg mit bei.

143. Irritierend für private Investoren stellen sich allerdings die seit Frühjahr 1990 vermehrt geäußerten Forderungen aus nahezu allen politischen Richtungen nach weiteren Eingriffen in die Vertragsfreiheit und die Mietpreisbildung dar. In der Diskussion sind die Absenkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen in laufenden Verträgen von derzeit 30 vH innerhalb von drei Jahren auf nur noch 15 vH in Ballungsgebieten, die Verschärfung der Gesetze über Mietwucher, von dem derzeit bei Überschreiten der ortsüblichen Vergleichsmiete um mehr als 50 vH ausgegangen wird, und die Neueinführung von Kappungsgrenzen bei Wiedervermietungen sowie die Einführung von Obergrenzen für Maklercourtagen in Höhe von einer Monatsmiete. Auch wenn sich diese Pläne politisch nicht voll durchsetzen lassen, beeinträchtigt bereits die Diskussion über diese Instrumente die Bereitschaft, in den Mietwohnungsbau zu investieren (JG 89 Ziffern 382 ff.).

Mit den beabsichtigten Markteingriffen würde auf dem Wohnungsmarkt die Vertragsfreiheit noch weiter eingeschränkt, indem bereits abgeschlossene Mietverträge und die in ihnen vereinbarten Mieten immer weniger abzuändern sein wären. Da das Wirtschaftlichkeitskalkül neben den erzielbaren Mieten bei Erstvermietungen wesentlich durch die erwarteten Mieterhöhungen in den Folgejahren bestimmt wird, könnten von den genannten wohnungsbaupolitischen Maßnahmen dämpfende Wirkungen auf die Bauwirtschaft ausgehen. Zudem würden durch die verstärkten Wohnungsmarktregulierungen bedeutsame negative Folgewirkungen auch auf anderen Märkten ausgelöst. So würde die in der Bundesrepublik ohnehin geringe regionale Mobilität der Arbeitskräfte noch weiter reduziert, obwohl ihr doch angesichts des notwendigen Strukturwandels in den nächsten Jahren herausragende Bedeutung zukommt.

Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsreserven werden knapper

144. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde 1990 um mehr als 4 vH ausgeweitet. Die lebhafte Industriekonjunktur setzte sich fort, wozu die Hersteller von Verbrauchsgütern und von Investitionsgütern gleichermaßen beitrugen. Einen Aufschwung erfuhr das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Hier übertraf die Produktion, angeregt von einer durch die Zuwanderung und durch Käufe von Bürgern aus dem

Osten Deutschlands stürmisch belebten Nachfrage, in den ersten neun Monaten ihren Vorjahresstand um fast 12 vH. Das Verarbeitende Gewerbe insgesamt expandierte im Jahre 1990 mit einer Rate von 5 vH. Davon profitierten durch Transport und Verkauf der erhöhten Produktion die Unternehmen im Bereich von Handel und Verkehr. Auch Dienstleistungsanbietern, deren Produkte als Vorleistungen für die Warenherstellung benötigt werden, kam dies zugute. Günstig wirkte sich in diesem Jahr für die Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen aus, daß es hier eine verstärkte Nachfrage gab, nachdem es 1989 in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform zu einem Rückgang gekommen war.

Die gute Entwicklung in der Bauwirtschaft — die Produktion übertraf ihr Vorjahresniveau um 5½ vH — strahlte auf die Erzeuger von Baumaschinen ebenso aus wie auf die Anbieter baunaher Grundstoffe. Andere Bereiche des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes fielen demgegenüber zurück. Bei dem nun geringeren Zuwachs in der Chemischen Industrie und dem Produktionsrückgang in der Eisenschaffenden Industrie spielten vor allem die schwächere Auslandskonjunktur und eine wegen der starken D-Mark verschlechterte Wettbewerbsposition heimischer Anbieter auf den Weltmärkten eine Rolle.

145. Bedeutender als im Vorjahr war für die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1990 die Ausweitung von Beschäftigung und Arbeitsvolumen, der Produktivitätsfortschritt war etwas geringer. In der Gesamtwirtschaft nahm die auf die Stunde bezogene Arbeitsproduktivität um knapp 3 vH zu. Die Ursachen für dieses leichte Nachlassen sind zum einen darin zu sehen, daß es 1990 mehr Neueinstellungen gab als in den vorangegangenen Jahren und neueingestellte Arbeitskräfte im allgemeinen erst nach einer gewissen Einarbeitungszeit ihre volle Leistung entfalten. Anders als in den Vorjahren ließen sich 1990 Produktivitätsgewinne auch nicht mehr durch die bessere Auslastung vorhandener Personalreserven erzielen. Andererseits sind Produktivitätsgewinne, die sich durch organisatorische Änderungen im Betriebsablauf — beispielsweise durch die Verkürzung von Durchlaufzeiten der Produkte durch den Produktionsprozeß — erzielen lassen, kurzfristig nicht beliebig zu steigern. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß das Auffinden derartiger Reserven zunehmend schwieriger wird.

146. Das Wachstum des Produktionspotentials konnte auch 1990 nicht mit der Produktionsausdehnung schritthalten, doch hat es sich gegenüber den vergangenen Jahren beschleunigt. Dazu hat die wiederum lebhafte Investitionstätigkeit in diesem Jahr beigetragen, die den Kapitalstock der Unternehmen schneller expandieren ließ. Von den insgesamt höheren Bruttoinvestitionen war jetzt ein nur noch geringerer Teil erforderlich, um alte, aus dem Betrieb ausscheidende Anlagen zu ersetzen, ein größerer Teil als in früheren Jahren diente der Erweiterung des Produktionsapparates. Doch auch die umfangreichen Ersatzinvestitionen seit 1988 zeigten 1990 potentialerhöhende Wirkung, und zwar über die Kapitalproduktivität.

Der Sachverständigenrat schätzt das Produktionspotential auf Basis der Entwicklung von Kapitalstock und Kapitalproduktivität. Letztere wird von vielen Faktoren beeinflußt, so beispielsweise vom technischen Fortschritt, von Kapitalintensität und Organisation der Produktion, von Arbeitszeitregelungen. Die Schätzung der für die Berechnungen des Produktionspotentials verwendeten potentiellen Kapitalproduktivität weist zwei Schwierigkeiten auf. Zum einen verändert sich die (empirische) Kapitalproduktivität im Konjunkturverlauf; sie muß deshalb um zyklische Schwankungen bereinigt werden, bevor sie für die Potentialschätzung verwendet werden kann. Zum anderen weist die (empirische) Kapitalproduktivität einen trendmäßigen Rückgang auf, der sich abzuflachen scheint. Bislang ging der Sachverständigenrat so vor, daß er für den jeweils letzten abgeschlossenen Zyklus die trendmäßige Abnahmerate der Kapitalproduktivität schätzte, um so zyklischen Schwankungen und dem trendmäßigen Rückgang der Kapitalproduktivität Rechnung zu tragen. Nach Abschluß eines vollständigen Konjunkturzyklus wurde die so ermittelte Abnahmerate der Kapitalproduktivität auch für den nächsten Zyklus verwendet, bis dieser selbst abgeschlossen war; der zuletzt verwendete Schätzzeitraum umfaßte die Jahre 1975 bis 1982. Bei diesem Vorgehen treten drei Probleme auf, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben:

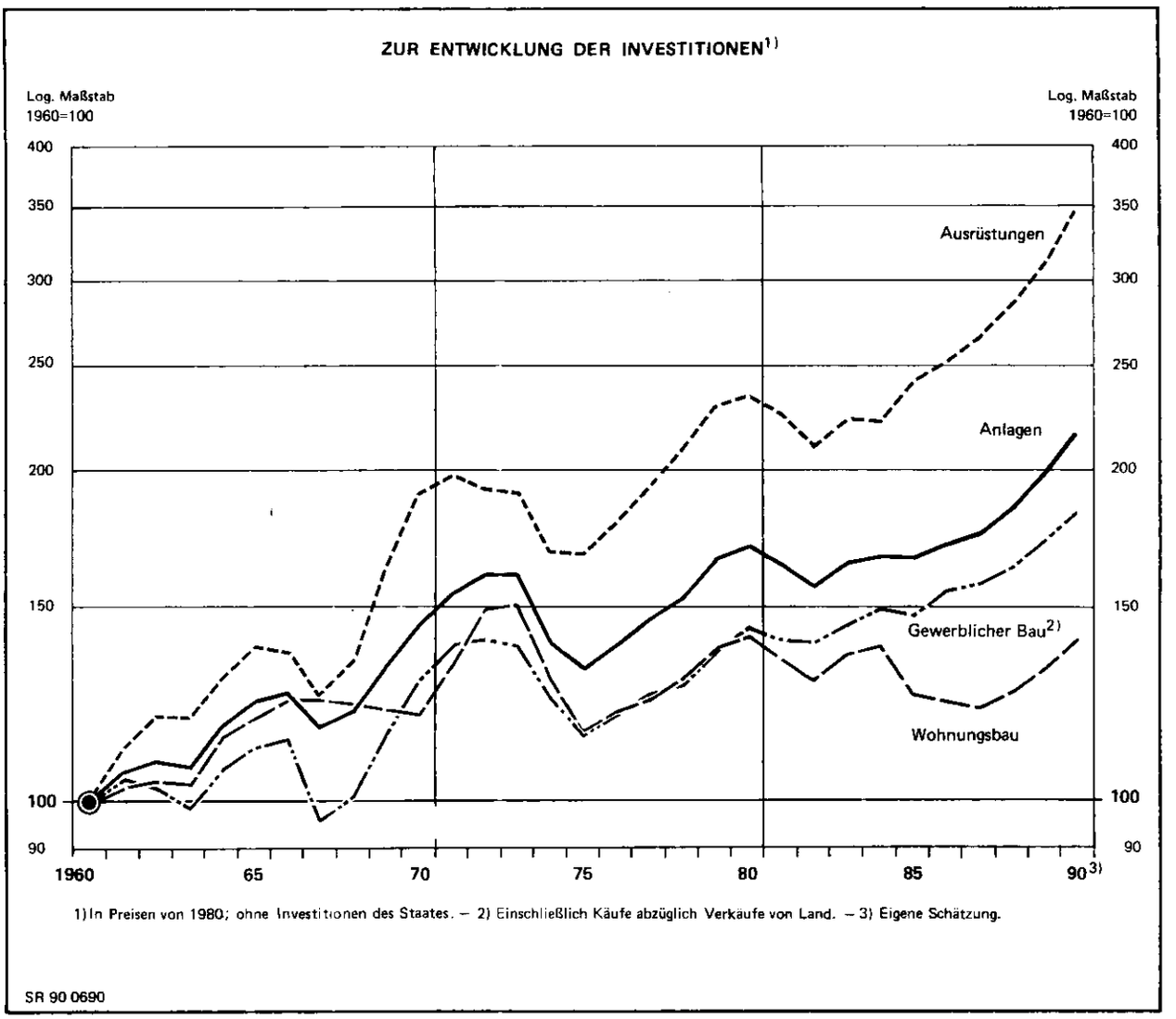
- *Die Wachstumsrate des Produktionspotentials wird unterschätzt, weil sich der trendmäßige Rückgang der Kapitalproduktivität abgeflacht hat; der Auslastungsgrad wird dementsprechend zu hoch ausgewiesen.*
- *Das Zyklenmuster hat sich verändert. Die lange Aufwärtsentwicklung in den achtziger Jahren hatte einen markant anderen Verlauf der Kapitalproduktivität zur Folge als die Zyklen der sechziger und der siebziger Jahre. Die Trennung von zyklischer und trendmäßiger Veränderung der Kapitalproduktivität wurde damit schwieriger.*
- *Je länger die Zyklen dauern, um so weniger zeitnah ist die auf einem abgeschlossenen Konjunkturzyklus basierende Schätzung der Kapitalproduktivität. Der bislang für die Schätzung verwendete Stützzeitraum 1975 bis 1982 wird angesichts vielfältiger technischer Neuerungen in den letzten Jahren den aktuellen Verhältnissen in Betrieben und Verwaltungen nicht mehr gerecht.*

Diesen Problemen hat der Sachverständigenrat Rechnung getragen (Anhang VI, Abschnitt A). Der Stützzeitraum für die Schätzung der Kapitalproduktivität umfaßt nun die Jahre 1979 bis 1990. Diese Jahre markieren zwar keinen Zyklus im herkömmlichen Sinn, doch war 1979 ein Hochpunkt der konjunkturellen Entwicklung, und das Jahr 1990 weist seither die höchste Auslastung der Kapazitäten auf. Auf dieser Basis errechnet sich eine jährliche Abnahmerate der Kapitalproduktivität um 1,1 vH, nach dem alten Verfahren wären es 1,3 vH gewesen. Angewendet wird die neue Schätzung für die Jahre ab 1983, denn im Jahre 1982 war der letzte Konjunkturzyklus abgeschlossen. Im Ergebnis führt dieses Vorgehen dazu, daß für das Produktionspotential ein höherer Wert ermittelt und der Auslastungsgrad demzufolge niedriger ausgewiesen wird als bisher.

147. Der langsamere trendmäßige Rückgang der Kapitalproduktivität in den letzten Jahren ist vor allem auf organisatorische und technische Veränderungen im Prozeß der Planung und der Produktion zurückzuführen. Großen Anteil an diesen Entwicklungen hat der zunehmende Einsatz der Mikroelektronik, der einerseits dispositive Arbeiten erleichtert und andererseits in der Produktion selbst die Effizienz steigert (JG 89 Ziffer 77).

Einen Hinweis darauf, daß diese Effekte eine Rolle spielen, gibt der Altersaufbau der Produktionsanlagen, der sich in den letzten Jahren verbessert hat. Im Jahre 1990 waren 41,5 vH der Ausrüstungen nicht älter als fünf Jahre. Dies legt den Schluß nahe, daß ein erheblicher Teil des heute genutzten Produktionsap-

Schaubild 16



parates auf technisch hohem Niveau steht und bereits mit mikroelektronischen Bauelementen ausgestattet sein dürfte. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Investitionsstruktur der letzten fünf Jahre, in denen Investitionen in Ausrüstungen besonders stark zugenommen haben (Schaubild 16).

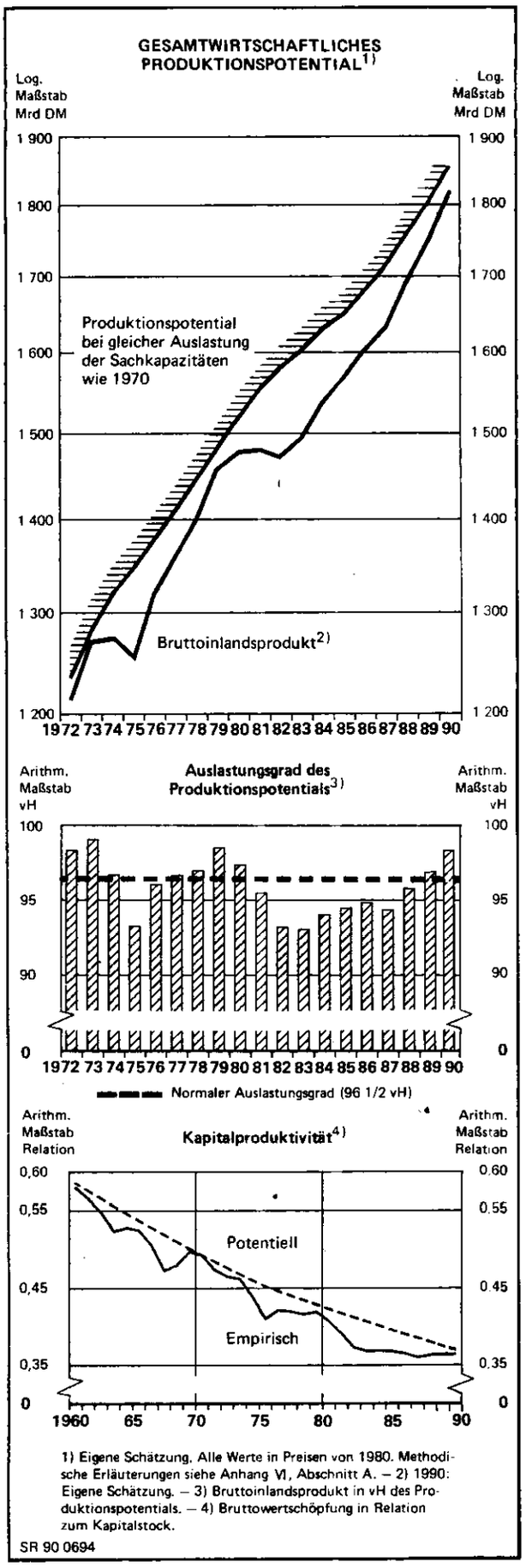
Zu einem langsameren Rückgang der Kapitalproduktivität hat in den letzten Jahren wohl auch der kräftige Beschäftigungsanstieg beigetragen. Er führte dazu, daß bestehende und neu angeschaffte Anlagen intensiver genutzt werden konnten.

148. Insgesamt lag die Auslastung der Sachkapazitäten mit 98 vH nur wenig unter dem Wert von 1979, einer Phase ausgesprochener Hochkonjunktur (Schaubild 17). Wenngleich aufgrund größerer Flexibilität im Produktionsablauf und zunehmender Internationalisierung der Produktion — dadurch können Engpässe beispielsweise beim Bezug von Vorprodukten vermieden werden — die Vorstellung einer starren Kapazitätsgrenze nicht der Wirklichkeit entspricht, so dürften leicht erschließbare Produktionsspielräume doch enger geworden sein. Dafür sprechen auch die Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, die für wichtige Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes wie auch für die Bauwirtschaft eine gegenüber dem Vorjahr höhere Inanspruchnahme der Kapazitäten ausweisen. Besonders deutlich stieg die Auslastung in der Elektrotechnischen Industrie und bei den Verbrauchsgüterherstellern.

Abgeschwächte Exportentwicklung

149. Der Export Westdeutschlands hat 1990 deutlich an Schwung verloren; ohne die Lieferungen nach Ostdeutschland nahmen die Warenausfuhren, aufs ganze Jahr gerechnet, um nur noch 2 vH und damit langsamer als der Welthandel zu. Eine verhaltenere konjunkturelle Entwicklung, insbesondere das Abflauen der Investitionskonjunktur in wichtigen Partnerländern und eine gegenüber dem Dollar und dem Yen höher bewertete D-Mark haben die Ausfuhr gedämpft. Die Öffnung Osteuropas konnte den Exporten bundesdeutscher Unternehmen kurzfristig noch keine Impulse vermitteln.

Schaubild 17



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1980. Methodische Erläuterungen siehe Anhang VI, Abschnitt A. — 2) 1990: Eigene Schätzung. — 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials. — 4) Bruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock.

SR 90 0694

Betrachtet man Lieferungen in die ehemalige DDR als Ausfuhren, wie dies in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegenwärtig noch der Fall ist, dann ändert sich das Bild einer deutlich abgeschwächten Exportdynamik. In dieser Abgrenzung wurde der Export der Bundesrepublik 1990 um 8 vH ausgeweitet.

150. Die verhaltene Exportentwicklung ist vor allem auf die rückläufige Ausfuhr von Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes zurückzuführen. Oft handelt es sich dabei um standardisierte Massengüter, die in scharfem internationalen Preiswettbewerb stehen; hier sind deutsche Anbieter als Folge der D-Mark-Aufwertung auf einem ohnehin langsamer expandierenden Markt zurückgefallen. Dagegen entwickelten sich die Ausfuhren von Investitionsgütern und Verbrauchsgütern noch vergleichsweise gut, doch lagen die Zuwachsraten auch bei diesen Produkten weit unter denen des Vorjahres, von Januar bis August wurden von ihnen dem Volumen nach 4½ vH mehr ausgeführt als im selben Zeitraum des Vorjahres. Darauf, daß die schwache Exportentwicklung auch im weiteren Verlauf des Jahres angehalten hat, deuten die seit Jahresbeginn insgesamt leicht rückläufigen Auslandsbestellungen hin.

151. Nur noch wenig wurden insbesondere die Ausfuhren in die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ausgeweitet. Die Konjunkturschwäche in Großbritannien und eine verlangsamte Expansion in den anderen größeren EG-Ländern führten dazu, daß der Export dorthin stagnierte. Nachteilig wirkte sich für heimische Exporteure die schwache Nachfrage nach Investitionsgütern aus, die traditionell einen hohen Anteil am deutschen Export haben. Rückläufig war die Ausfuhr von Personenkraftwagen. Der Export in die Staatshandelsländer ging 1990 leicht zurück. Zahlungsschwierigkeiten schränkten in diesen Ländern die Importmöglichkeiten ein.

Stärker zugenommen haben dagegen die Einnahmen aus dem Export in die Vereinigten Staaten und nach Japan, obgleich sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Anbieter als Folge der höher bewerteten D-Mark gerade gegenüber diesen Staaten deutlich verschlechtert hat. Im Falle Japans — der Export dorthin lag in den ersten acht Monaten des Jahres wertmäßig um 16,5 vH über seinem Vorjahresniveau — dürfte es eine Rolle gespielt haben, daß westdeutsche Unternehmen seit Jahren darum bemüht sind, den japanischen Markt zu erschließen. Besonders erfolgreich zeigen sich dabei Automobilhersteller. Die Zuwachsraten ihrer Lieferungen nach Japan sind seit Jahren zweistellig. Überdurchschnittlich legte der Export in die Entwicklungsländer und insbesondere in die OPEC-Staaten zu.

152. Die Lieferungen nach Ostdeutschland sind seit der Grenzöffnung im November vergangenen Jahres sprunghaft angestiegen. In den ersten sechs Monaten lagen sie bei fast 8 Mrd DM, damit übertrafen sie ihr Vorjahresniveau um 116 vH. Besonders kräftig erhöhten sich die Lieferungen verbrauchsnaher Produkte, insbesondere die von Nahrungsmitteln. In dieser Entwicklung spiegeln sich die tatsächlichen Verkäufe westdeutscher Unternehmen in Ostdeutschland nicht in vollem Umfang wider; viele Produkte wurden auf dem Weg des Direktimports im Rahmen von Besuchen von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik erworben.

Im zweiten Halbjahr, als die D-Mark alleiniges Zahlungsmittel in den fünf neuen Bundesländern geworden war, hat die Nachfrage nach Gütern aus Westdeutschland nochmals beträchtlich zugenommen. Dabei prägte sich die konsumorientierte Nachfragestruktur weiter aus.

Öffnung der innerdeutschen Grenze forciert die Einfuhr

153. Die dynamische Expansion der Binnennachfrage und der Lieferungen in die ehemalige DDR sorgten dafür, daß der kräftige Importsog Westdeutschlands 1990 anhielt; real waren die Einfuhren um 9 vH höher als im letzten Jahr. Unterstützt wurde diese Entwicklung von der stärker gewordenen D-Mark. Nahmen dabei die Einfuhren von Investitionsgütern und Konsumgütern in den ersten acht Monaten gleichermaßen kräftig zu, so ist für die Zeit bis zum Jahresende damit zu rechnen, daß der Import konsumnaher Produkte verstärkt expandiert. Denn ein nicht unerheblicher Teil der in Ostdeutschland nachgefragten Verbrauchsgüter nimmt seinen Weg über den westdeutschen Importgroßhandel.

154. Der Überschuß der elf westlichen Bundesländer im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland hat sich 1990 vermindert. Allerdings wird dies beim Betrachten des von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vermittelten Zahlenbildes für 1990 nicht ohne weiteres ersichtlich; denn dort wird die ehemalige DDR zunächst noch als Ausland behandelt.

Der außenwirtschaftliche Bereich wird in mehrfacher Weise von den innerdeutschen Entwicklungen betroffen. Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr mit Ostdeutschland können seit Jahresbeginn nur noch geschätzt werden. Ausgaben im Reiseverkehr mit anderen Ländern lassen sich nicht mehr der Bundesrepublik in der früheren Gebietsabgrenzung alleine zuordnen. Warenlieferungen in die neuen Bundesländer können nicht mehr in vollem Umfang erfaßt werden. Erfassungsprobleme für die Statistik gibt es, wenn Produkte aus Westdeutschland von ambulanten Händlern im Osten verkauft werden. Dasselbe dürfte für konzerninterne Lieferungen gelten. Bei den Wareneinfuhren Westdeutschlands ergeben sich derzeit allenfalls geringe Verzerrungen rein statistischer Art; denn nicht erfaßte Bezüge aus Ostdeutschland dürften eine quantitativ vernachlässigbare Größenordnung haben. Die Effekte, die dadurch entstehen, daß für Ostdeutschland bestimmte Güter aus dem Ausland, sofern sie über Westdeutschland eingeführt werden, nach wie vor vollständig als Import hier gebucht werden, beruhen nicht auf Erfassungsschwierigkeiten, sind aber ökonomisch interpretationsbedürftig.

Deutlich wird die Verringerung des außenwirtschaftlichen Überschusses im Jahre 1990 an der Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos, der sich um rund 30 Mrd DM verminderte. Anders als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen galt die ehemalige DDR in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik auch bisher schon nicht als Ausland, so daß der in diesem Jahr zunehmend intensivierte Warenverkehr zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Deutschlands sich hier nicht direkt auswirkte.

Als Folge der innerdeutschen Entwicklung gibt es auch Brüche in den Zeitreihen der Zahlungsbilanzstatistik. So weist die Bundesbank seit Juli 1990 nur noch Daten für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark aus. Eine Trennung von Transaktionen, die der ehemaligen DDR zuzuordnen wären, von solchen, die auch bisher schon in der Statistik erfaßt wurden, ist — mit Ausnahme des Warenverkehrs — nicht mehr möglich.

Besonders ausgeprägt war 1990 mit mehr als 20 Mrd DM die Verringerung des Handelsbilanzüberschusses. Der bei weitem überwiegende Teil des Rückgangs resultierte aus der Entwicklung des Handels mit den Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Daß sich der wertmäßige Überschuß im Handel mit Drittländern nur wenig verminderte, ist auf die verzögerte Reaktion von Exportmenge und Importmenge auf die wechselkursbedingten Preisänderungen zurückzuführen. Deshalb steigt nach einer Aufwertung der nominale Handelsbilanzüberschuß zunächst an. Erst wenn als Reaktion auf die veränderten Preisrelationen die Importnachfrage zunimmt und die Exportnachfrage sich abschwächt und schließlich die Mengeneffekte die Preiseffekte überkompensieren, geht der außenwirtschaftliche Überschuß zurück.

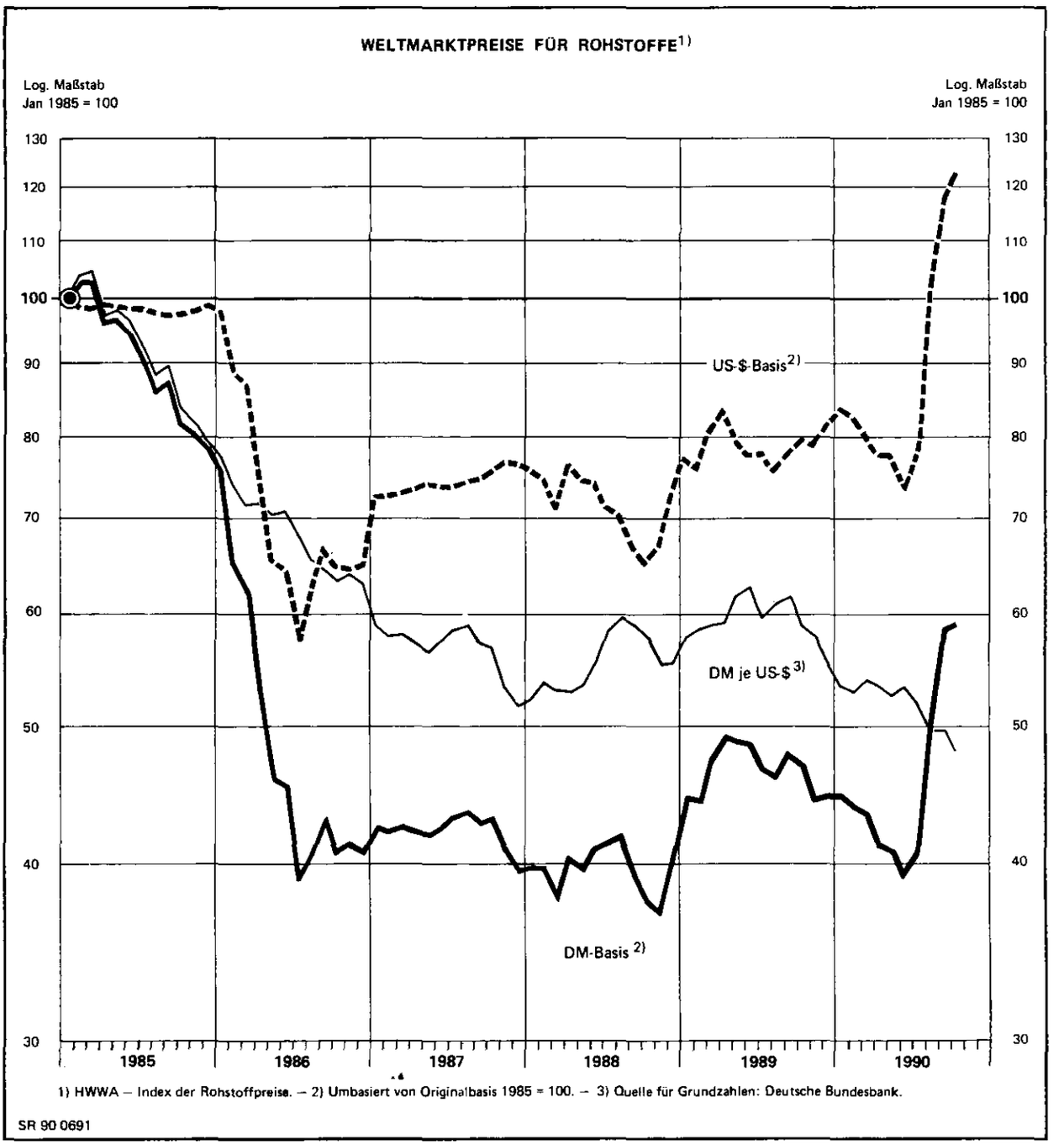
In den ersten acht Monaten hat sich der aus Volumengrößen ermittelte Überschuß Westdeutschlands im Handel mit Staaten außerhalb der EG im Vergleich zum Vorjahr auf ein Fünftel verringert. Dagegen ging im selben Zeitraum der wertmäßige Überschuß um nur 4 vH zurück.

Beschleunigung des Preisanstiegs

155. Der Ölpreisanstieg seit Anfang August unterteilte die Preisentwicklung im Jahre 1990 in zwei Phasen. In den ersten sieben Monaten des Jahres verlief sie angesichts hoch ausgelasteter Kapazitäten und prall gefüllter Auftragsbücher vergleichsweise moderat. Außenwirtschaftliche Einflüsse verdeckten zunächst, daß sich das Preisklima in der Bundesrepublik verschlechtert hatte. Bis zum Sommer war die Lage an den Rohstoffmärkten im allgemeinen entspannt, eine Folge der weltweit abgeschwächten Konjunktur. Auf Dollar-Basis gerechnet lag der Index der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Rohstoffe im zweiten Quartal 1990 um 5 vH unter seinem Vorjahresstand. Entscheidend dafür war, daß die Ölpreise, die im März 1989 kräftig angezogen hatten, seit April 1990 wieder niedriger waren als vor Jahresfrist. Eine zusätzliche Entlastung erfuhren heimische Rohstoffimporteure durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, die im Oktober vergangenen Jahres eingesetzt hatte (Schaubild 18).

Da zudem andere importierte Vorleistungen billiger waren als 1989, stiegen die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte nur verhalten, im Juli lagen sie um 1,4 vH über ihrem Vorjahresstand. Dabei wirkte sich die günstige Entwicklung der Rohölpreise naturgemäß bei Mineralölerzeugnissen preissenkend aus. Doch auch andere Zweige des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, die standardisierte Massengüter herstellen und deshalb in besonderem Maße dem internationalen Preiswettbewerb ausgesetzt sind, waren zu Preiszugeständnissen gezwungen. Günstiger war die Situation für Unternehmen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes und des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes. Hier ließen sich größere Preiserhöhungen als in den vergangenen Jahren durchsetzen, mit durchschnittlich rund

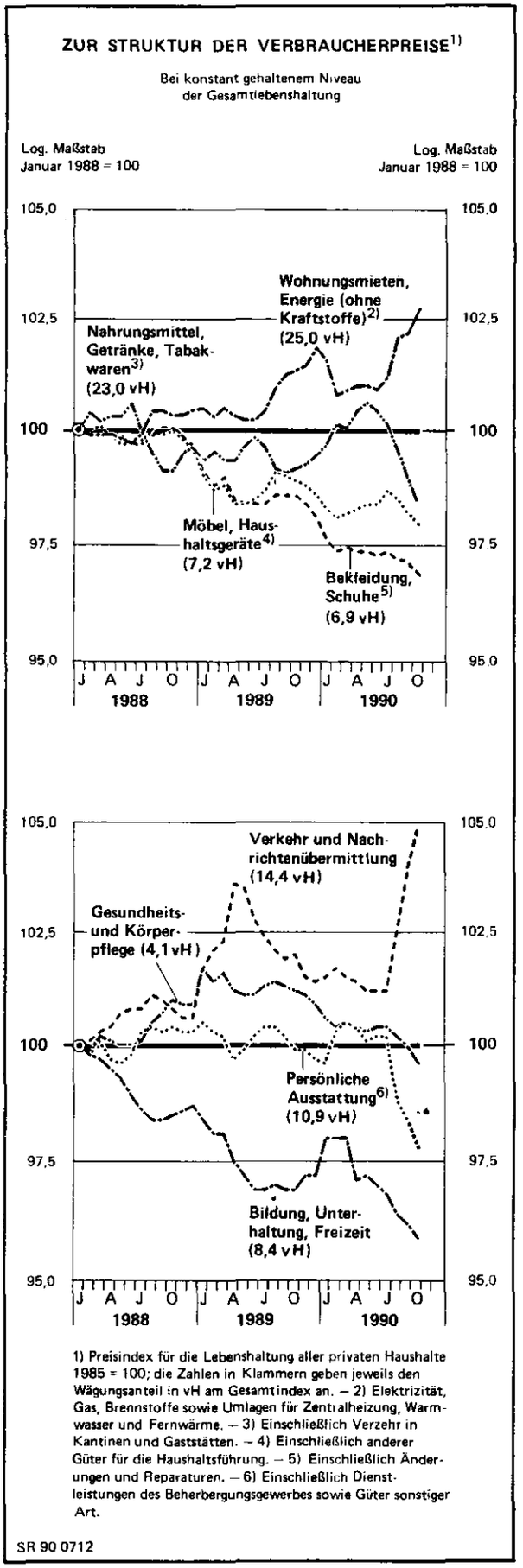
Schaubild 18



2½ vH waren sie allerdings geringer als in früheren Phasen der Hochkonjunktur. Noch stärkeren Preisanhebungen hat auch in diesen Bereichen internationale Konkurrenz einen Riegel vorgeschoben, die Importpreise für Fertigprodukte dieser Branchen waren niedriger als ein Jahr zuvor. Kräftig angehoben wurden mit etwa 18 vH im Vorjahresvergleich die Erzeugerpreise für Wasser, Fernwärme und Erdgas. Bei den letztgenannten Produkten war dies auch eine Folge des Ölpreisanstiegs im Frühjahr 1989; denn die Preise für Erdgas und Fernwärme folgen mit gewisser zeitlicher Verzögerung den Heizölpreisen. Wenig verändert haben sich die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

156. Auf der Verbraucherstufe wurden die Entlastungen, die die Unternehmen durch die günstigen Importpreise erfahren hatten, nicht voll in den Preisen weitergegeben. Im Juli überschritt der Preisindex für die Lebenshaltung sein Vorjahresniveau um 2,4 vH und damit um weniger, als angesichts der lebhaften Nachfrage zu erwarten gewesen wäre. Seit April sinkende Verbraucherpreise für Energie und Kraftstoffe hatten zunächst dazu beigetragen, daß sich die Lebenshaltung nur mäßig verteuerte. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Preise für Nahrungsmittel mit fast 4 vH. Zum Teil war das auf einen zweistelligen Preisauftrieb bei Saisonwaren zurückzuführen; möglicherweise spiegelt diese Entwicklung

Schaubild 19



die verstärkte Nachfrage von Bürgern aus Ostdeutschland wider, für die solche Produkte zuvor kaum erhältlich gewesen waren. Mehr als anderes verteuerte sich 1990 wiederum das Wohnen (Schaubild 19). Der Anstieg der Wohnungsmieten um 3½ vH zeigt die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt, zu der die hohe Zuwanderung seit Mitte 1989 beigetragen hat, nur unvollkommen an. Der Preisindex für die Lebenshaltung erfaßt nur Veränderungen von Bestandsmieten, die in der Regel weit höheren Preissteigerungen bei der Wiedervermietung oder der Neuvermietung von Wohnraum kommen darin nicht zum Ausdruck. Nach Angaben des Rings Deutscher Makler lagen die Mietsteigerungen hier bei durchschnittlich 10 vH bis 12 vH.

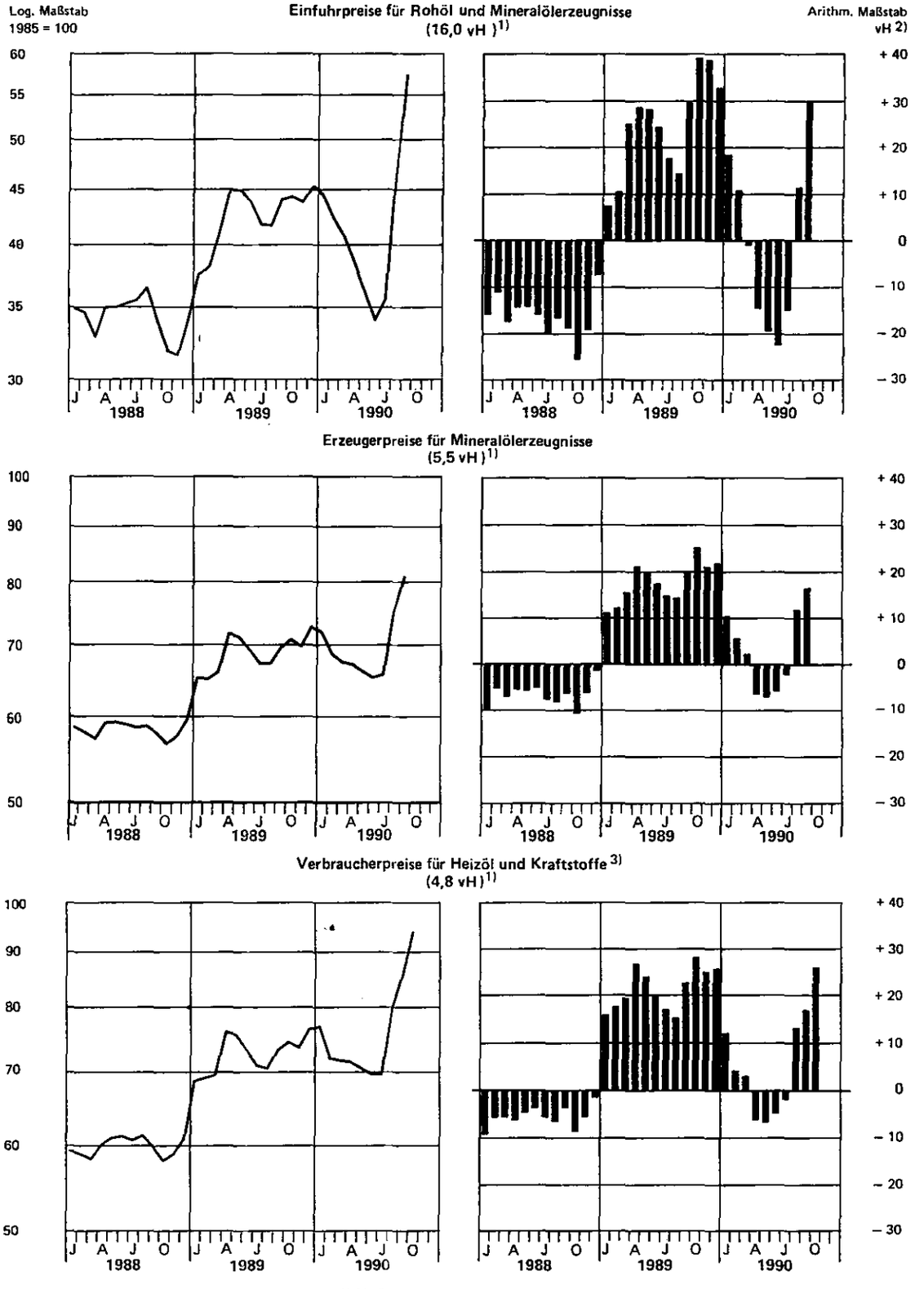
157. Das Bild eines insgesamt noch moderaten Preisanstiegs änderte sich, als es im August im Zusammenhang mit dem irakischen Überfall auf Kuwait zu drastischen Preiserhöhungen für Rohöl kam. Innerhalb von zwei Monaten zog der Ölpreis auf fast das Doppelte seines Juliwertes an. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe stiegen, in D-Mark gerechnet, von Juli auf September um 44 vH. Die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik reagierten im August und im September jeweils mit einem Anstieg um rund einen halben Prozentpunkt, der größtenteils auf die sprunghafte Verteuerung von Mineralölerzeugnissen zurückzuführen war. Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vormonat im August um 0,6 vH, im September um weitere 0,5 vH. Der bislang entlastende Faktor hatte sich in eine Belastung für die Preisentwicklung verkehrt (Schaubild 20).

158. Die binnenwirtschaftlichen Bestimmungsgründe für die Preisentwicklung hatten sich bereits zuvor verschlechtert. Die in der Gesamtwirtschaft seit dem zweiten Quartal 1987 anhaltende Phase nahezu konstanter Lohnstückkosten war im dritten Quartal 1989 zu Ende gegangen. Im Durchschnitt der ersten sechs Monate lagen die auf die Produkteinheit bezogenen Arbeitskosten um 2,7 vH höher als ein Jahr zuvor. Höhere Tarifabschlüsse und ein geringerer Produktivitätsfortschritt waren ausschlaggebend für diese Entwicklung. Im Verarbeitenden Gewerbe, für das zeitnahe Daten verfügbar sind, verlangsamte sich der Produktivitätsanstieg — gemessen als Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum — in den ersten acht Monaten des Jahres auf 2,9 vH, vor einem Jahr war er noch beinahe doppelt so hoch gewesen. Auch haben die hohen Zinsen zu einer Steigerung der Stückkosten in diesem Jahr maßgeblich beigetragen.

In den aktuellen Daten für die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe zeigen sich bislang erst die direkten Wirkungen der Ölverteuerung, wie sie in den Preisen für Heizöl und Kraftstoffe zum Ausdruck kommen. Doch dabei wird es nicht bleiben. Höhere Ölpreise führen zu steigenden Preisen bei Ölsubstituten und bei Produkten, für deren Herstellung Öl benötigt wird, so beispielsweise bei Erzeugnissen der Chemischen Industrie. Die Kostensteigerung führt nicht unmittelbar zu steigenden Lebenshaltungspreisen, vielmehr dauert es einige Zeit, bis sie auf dem Weg über nachgelagerte Verarbeitungsstufen die Verbraucher erreicht.

Schaubild 20

PREISENTWICKLUNG FÜR ROHÖL UND MINERALÖLERZEUGNISSE



1) Anteil am jeweiligen Gesamtindex in vH. — 2) Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum. — 3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

SR 90 0715

IV. Arbeitsmarkt im Zeichen kräftiger Beschäftigungsexpansion und hoher Zuwanderung

159. Eine überaus starke Dynamik prägte den Arbeitsmarkt 1990 im westlichen Teil Deutschlands. Die Anzahl der Beschäftigten wurde so kräftig erhöht wie seit den fünfziger Jahren nicht mehr. Das Arbeitsangebot nahm vor allem durch die Zuwanderung von Übersiedlern und Aussiedlern enorm zu. Da der Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften den des Angebots noch übertraf, konnte die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen. Die Bewegungen am Arbeitsmarkt deuten auf eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage hin. Im Jahre 1990 hat sich der Lohnanstieg deutlich verstärkt; in die Tarifverträge wurden Elemente der Flexibilität eingebaut.

Stark beschleunigter Beschäftigungsanstieg

160. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg in Westdeutschland — nach dem Inländerkonzept gemessen — im Vorjahresvergleich um knapp 650 000 Personen, das sind mehr als 2 vH (Tabelle 27). Zusätz-

Tabelle 27

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Westdeutschland

Jahresdurchschnitte

Jahr	Erwerbspersonen [1]	Erwerbstätige [2]				Arbeitslose [4]	Kurzarbeiter [4]	Offene Stellen [4]	Arbeitslosenquote [6]
		insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selbständige [5]				
			zusammen	darunter Ausländer [3] [4]					
	Tausend								vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	*1,3*
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	*0,9*
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	*0,7*
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	*0,9*
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	*0,8*
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	*0,7*
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	*0,7*
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	*2,1*
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	*1,5*
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	*0,8*
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	*0,7*
1971	26 957	26 772	22 605	2 128	4 167	185	86	648	*0,8*
1972	27 121	26 875	22 841	2 285	4 034	246	76	546	*1,1*
1973	27 433	27 160	23 222	2 498	3 938	273	44	572	*1,2*
1974	27 411	26 829	23 036	2 381	3 793	582	292	315	*2,5*
1975	27 184	26 110	22 467	2 061	3 643	1 074	773	236	*4,6*
1976	27 034	25 974	22 512	1 925	3 462	1 060	277	235	*4,5*
1977	27 038	26 008	22 686	1 872	3 322	1 030	231	231	*4,3*
1978	27 212	26 219	22 961	1 857	3 258	993	191	246	*4,1*
1979	27 528	26 652	23 472	1 924	3 180	876	88	304	*3,6*
1980	27 948	27 059	23 897	2 018	3 162	889	137	308	*3,6*
1981	28 305	27 033	23 907	1 912	3 126	1 272	347	208	*5,1*
1982	28 558	26 725	23 639	1 787	3 086	1 833	606	105	*7,2*
1983	28 605	26 347	23 293	1 694	3 054	2 258	675	76	*8,8*
1984	28 659	26 393	23 351	1 609	3 042	2 266	384	88	*8,8*
1985	28 897	26 593	23 559	1 568	3 034	2 304	235	110	*8,9*
1986	29 188	26 960	23 910	1 570	3 050	2 228	197	154	*8,5*
1987	29 386	27 157	24 141	1 577	3 016	2 229	278	171	*8,5*
1988	29 611	27 369	24 364	1 610	3 005	2 242	208	189	*8,4*
1989	29 779	27 741	24 757	1 678	2 984	2 038	108	251	*7,6*
1990 [7]	30 280	28 390	25 425	1 750	2 965	1 890	60	315	*6,9*

[1] Erwerbstätige und Arbeitslose.
[2] Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[3] Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[6] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[7] Eigene Schätzung.

lich waren im Jahresdurchschnitt schätzungsweise 70 000 Pendler aus dem Gebiet der ehemaligen DDR beschäftigt; am Jahresende waren es rund 200 000 Personen mehr als im Vorjahr. Insgesamt nahm die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt des Jahres 1990 im Westteil Deutschlands um 720 000 Personen zu. In dieser ungewöhnlich kräftigen Beschäftigungsexpansion spiegelt sich die unverändert gute Konjunktur wider. Die anhaltend starke Produktionsausdehnung bei hohen Auftragsbeständen hat die Arbeitsnachfrage der Unternehmen rasch anschwellen lassen, da zuvor vorhandene Personalreserven weitgehend ausgeschöpft waren. Viele Betriebe haben eine zusätzliche Schicht eingerichtet, und die seit längerer Zeit vermehrten Erweiterungsinvestitionen schufen zusätzliche Arbeitsplätze.

161. Das Angebot an Arbeitskräften stieg im Durchschnitt des Jahres 1990 um gut eine halbe Million Personen und damit kräftiger als jemals zuvor in den Jahren seit 1960. Die hohe Zuwanderung von Übersiedlern und Aussiedlern war der bei weitem wichtigste positive Impuls für die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials. Die Bevölkerung wuchs seit Herbst 1989 um eine halbe Million Übersiedler und von Anfang 1989 bis zum Oktober dieses Jahres um insgesamt knapp eine dreiviertel Million Aussiedler. Die Zuwanderung der Aussiedler erhöht das am Arbeitsmarkt verfügbare Potential zeitverzögert – im Durchschnitt etwa um acht Monate –, weil der überwiegende Teil sprachlich und beruflich geschult werden muß. Stimulierend auf das Arbeitskräfteangebot wirkte die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine gestiegene Anzahl von Ausländern in Westdeutschland. Dagegen ging die Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter der westdeutschen Bevölkerung um rund 130 000 Personen zurück. Der Anteil der Erwerbspersonen an den zugewanderten Übersiedlern war mit rund zwei Dritteln im Jahre 1988 vergleichsweise hoch; nach neueren Schätzungen hat sich dieser Anteil leicht erhöht (Tabelle 28). Dies ist vor allem auf die bisher hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR zurückzuführen. Ob die Erwerbsbeteiligung der weiblichen Übersiedler dauerhaft so hoch bleibt, erscheint fraglich. Zum einen dürfte der Druck, ein zusätzliches Einkommen zu erzielen, in

Tabelle 28

Aussiedler und Übersiedler nach ausgewählten Strukturmerkmalen

Bevölkerung	Aussiedler[1]					Übersiedler[2]				Nachrichtlich: Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet[3]	
	1988		1989		1990 bis 31. 10.	1988		1989	1990 bis 30. 6.		
	absolut	vH	absolut	vH	absolut	absolut	vH	absolut		Millionen	vH
Personen insgesamt	202 673	*100*	377 055	*100*	362747	39 832	*100*	343854	238384	61,3	*100*
nach Geschlecht[4]											
Männer	100 930	*49,8*	189 280	*50,2*	.	19 911	*50,0*	.	.	29,5	*48,1*
Frauen	101 740	*50,2*	187 770	*49,8*	.	19 921	*50,0*	.	.	31,8	*51,9*
nach Altersgruppen											
unter 20 Jahre	66 692	*32,9*	120 475	*32,0*	.	8 835	*22,2*	.	.	12,8	*20,9*
20 bis unter 25 Jahre	15 373	*7,6*	34 516	*9,2*	.	4 075	*10,2*	.	.	5,2	*8,5*
25 bis unter 45 Jahre	70 513	*34,8*	125 687	*33,3*	.	16 077	*40,4*	.	.	17,1	*27,9*
45 bis unter 60 Jahre	23 994	*11,8*	40 381	*10,7*	.	5 847	*14,7*	.	.	12,8	*20,9*
60 Jahre und mehr	14 010	*6,9*	25 787	*6,8*	.	4 998	*12,5*	.	.	13,3	*21,8*
nicht zuordenbar	12 091	*6,0*	30 209	*8,0*	.	—	—	.	.	—	—
nach Erwerbsbeteiligung											
Erwerbspersonen	98 120	*48,4*	196 288	*52,1*	181500[a]	25 646	*64,4*	240500[b]	165000[b]	29,7	*48,4*
Männer	52 433	*25,9*	105 022	*27,9*	.	13 854	*34,8*	.	.	17,9	*29,2*
Frauen	45 687	*22,5*	91 266	*24,2*	.	11 792	*29,6*	.	.	11,8	*19,2*
Nichterwerbspersonen	92 462	*45,6*	150 558	*39,9*	.	14 186	*35,6*	.	.	31,7	*51,6*
darunter:											
Hausfrauen	10 675	*5,3*	10 902	*2,9*	.	503	*1,3*	.	.	14,6	*23,8*
Rentner	15 733	*7,8*	26 470	*7,0*	.	5 644	*14,2*	.	.	11,2	*18,3*
Schüler	40 033	*19,8*	60 191	*16,0*	.	5 335	*13,4*	.	.	7,1	*11,6*
noch nicht schulpflichtige Kinder	24 279	*12,0*	49 122	*13,0*	.	2 583	6,5	.	.	4,2	6,9
ungeklärte Zuordnung	12 091	*6,0*	30 209	*8,0*	.	—	—	.	.	—	—

[1] Nach dem Registrierverfahren.
[2] Nach dem Aufnahmeverfahren, das mit dem 30. Juni 1990 endete
[3] Ergebnisse des Mikrozensus 1988.
[4] Für Aussiedler errechnet aufgrund von Angaben der Bundesländer aus dem Aufnahmeverfahren.
[a] Eigene Schätzung bei einer unterstellten Erwerbsquote von etwa 50 vH.
[b] Eigene Schätzung bei einer unterstellten Erwerbsquote von etwa 70 vH.

Quelle für Aussiedler/Übersiedler: Bundesausgleichsamt

Übersiedlerhaushalten geringer sein, als er in der DDR gewesen war, zum anderen ist die staatliche und betriebliche Kinderbetreuung in der Bundesrepublik weniger ausgeprägt als in der DDR.

Nach einer Aussiedlerwelle Ende der fünfziger Jahre kamen bis Mitte der siebziger Jahre durchschnittlich gut 20 000 Aussiedler pro Jahr ins Bundesgebiet. Danach, im Zeitraum von 1976 bis 1986, haben sich die Zuzüge von Aussiedlern im Durchschnitt verdoppelt. In den letzten beiden Jahren kam es zu einem sprunghaften Anstieg. Die Anzahl der Übersiedler aus der DDR, die von 1950 bis zum 12. 8. 1961 etwa 2,5 Millionen Personen betrug, wurde durch den Mauerbau drastisch reduziert. Zeitweilige Lockerungen der Genehmigungspraxis für Ausreiseanträge führten 1984 und 1988 zu einer Zuwanderung von jeweils rund 40 000 Personen. Nach dem 1. 7. 1990 wurden Zuzüge aus der DDR durch den Wegfall des zentralen Aufnahmeverfahrens nicht mehr erfaßt.

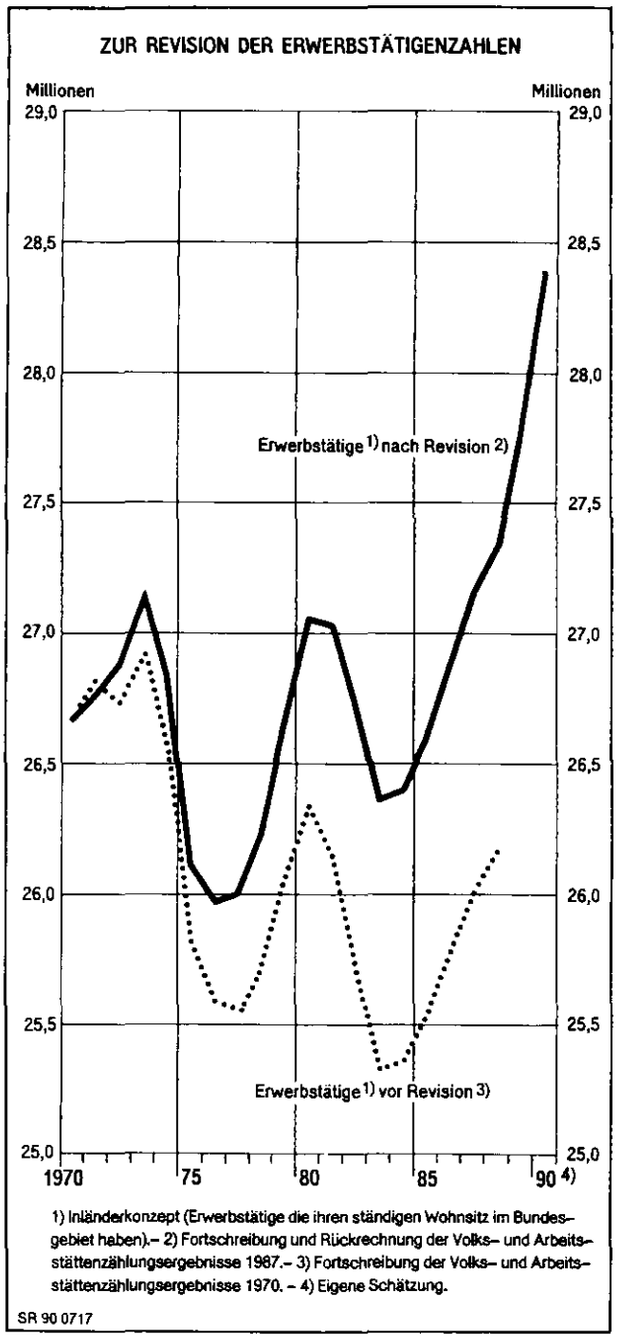
162. Betrachtet man die siebziger und achtziger Jahre im ganzen, so muß das frühere Bild der Arbeitsmarktentwicklung nach den Ergebnissen der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung von 1987 nicht unbeträchtlich revidiert werden. Die Beschäftigung verlief nicht so ungünstig, wie es die Statistik lange Zeit vermuten ließ (JG 89 Ziffern 100 und 178). Die Fehleinschätzung beruhte vor allem auf der lückenhaften Datenlage im Bereich der Dienstleistungen und mangelnden Informationen über Beschäftigte in Kleinbetrieben; hinzu kam eine Untererfassung von geringfügig Beschäftigten. Nach der korrigierten Erwerbstätigenstatistik ergeben sich gravierende Änderungen (Schaubild 21):

- Die Erwerbstätigkeit ist im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre nicht trendmäßig gesunken, sondern zunächst konstant geblieben und dann im Trend leicht angestiegen.
- Der Tiefpunkt der Beschäftigung 1983/84 lag nicht unter dem von 1976/77, sondern darüber.
- Nach der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre wurde bereits im Jahre 1987 der Beschäftigungshöchststand von 1980 wieder erreicht.

Die Anzahl der Erwerbstätigen schrumpfte von 1980 bis 1983 um rund 730 000 Personen, über eine viertel Million Personen weniger als bisher angenommen. Insgesamt ist die Beschäftigung seit dem Tiefpunkt im Jahre 1983 — vom 4. Quartal 1983 bis zum 4. Quartal 1990 — um schätzungsweise 2,2 Millionen Personen gewachsen. Sie erreichte mit 28,5 Millionen im dritten Quartal dieses Jahres den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik.

Änderungen der statistischen Ergebnisse in einem so gewaltigen Ausmaß zeigen, auf welch unsicherem Grund sich die empirische wirtschaftspolitische Analyse hier bewegte. Im nachhinein stellt sich nun heraus, daß manches pessimistische Urteil über die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortqualität der Bundesrepublik, soweit sich dieses Urteil am internationalen Vergleich der Beschäftigungsdynamik orientierte, so nicht begründet war. Allerdings dürften Revisionen derartigen Ausmaßes künftig wohl vermieden werden können, da sich die Statistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stärker an den Daten aus dem integrierten Meldeverfahren zur Sozialversicherung orientieren wird. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird durch Kontrollaufbereitungen weitere Erfassungslücken schließen. Zudem wird die Neueinführung eines Sozialversicherungsausweises ab Mitte nächsten Jahres die Probleme bei der Erfassung der geringfügig Beschäftigten erheblich verringern.

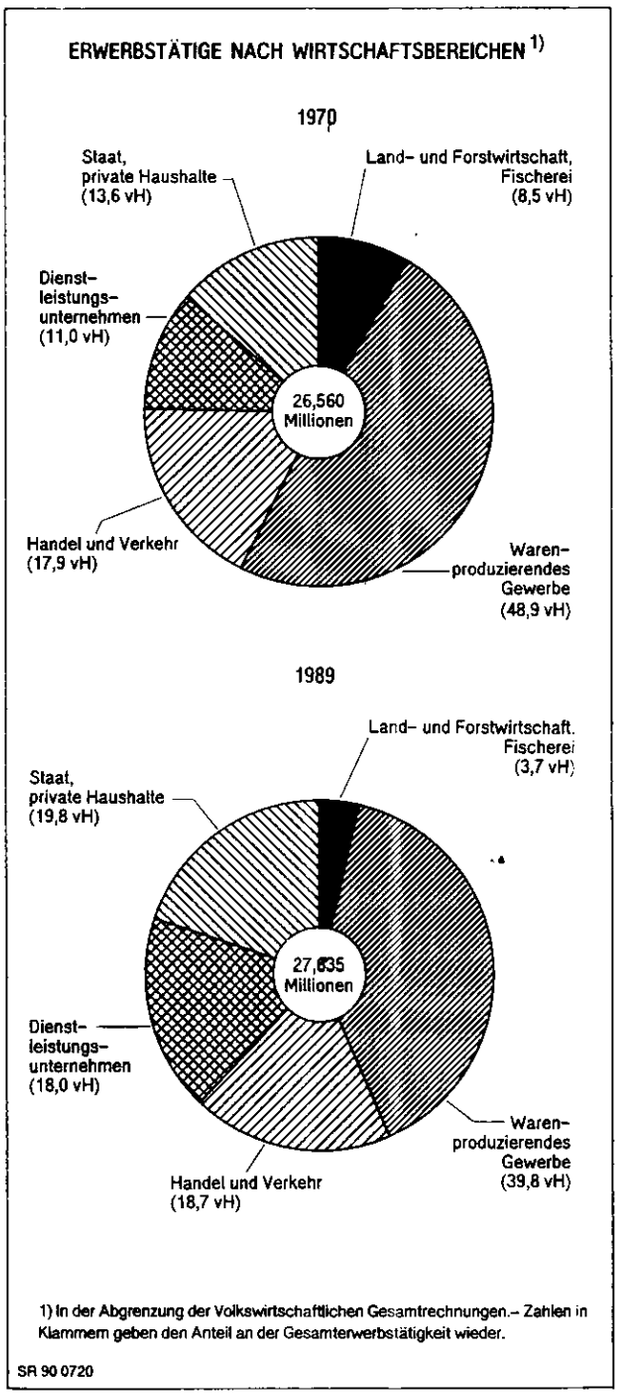
Schaubild 21



163. Die Struktur der Erwerbstätigkeit hat sich seit dem Tiefpunkt 1983 erheblich geändert (Tabelle 29). Die Stärke des Strukturwandels wird im Vergleich der Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen für die Jahre 1970 und 1989 nach der Revision noch deutlicher (Schaubild 22). Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ging vornehmlich wegen der sinkenden Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um mehr als die Hälfte zurück, ebenfalls deutlich geringer war der Anteil des warenproduzierenden Ge-

werbes an der Erwerbstätigkeit insgesamt. Dagegen nahm der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen stark zu; hierzu trugen vor allem die Dienstleistungsunternehmen bei, weniger die privaten Haushalte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Teil des Beschäftigungswachstums auf der Auslagerung unternehmensorientierter Dienstleistungen aus der Industrie beruht. Der Zuwachs im tertiären Sektor ist mit vermehrter Teilzeitbeschäftigung verbunden. Dies kam besonders den Wünschen von Frauen entgegen, deren Erwerbsbeteiligung im Trend steigt. Zwei Drittel des gesamten Beschäftigungsgewinns im Zeitraum von 1983 bis 1989 entfielen auf weibliche Beschäftigte. Knapp die Hälfte der gesamten Zunahme der Frauenbeschäftigung beruhte auf sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit.

Schaubild 22



1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– Zahlen in Klammern geben den Anteil an der Gesamterwerbstätigkeit wieder.

SR 90 0720

Tabelle 29

Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

1 000 Personen

Wirtschaftsbereich	1983 bis 1988 [2])		Aktuelle Entwicklung 1983 bis 1990 [3])
	vor der Revision [4])	nach der Revision [5])	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	−126	− 202	− 318
Warenproduzierendes Gewerbe	− 21	+ 48	+ 270
Handel und Verkehr	+146	+ 204	+ 338
Dienstleistungsunternehmen	+597	+ 655	+ 957
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	+336	+ 369	+ 496
Insgesamt	+932	+1 074	+1 743

[1]) Inlandskonzept, Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Veränderung vom 4. Vierteljahr 1983 bis zum 4. Vierteljahr 1988.
[3]) Veränderung vom 4. Vierteljahr 1983 bis zum 2. Vierteljahr 1990.
[4]) Fortschreibung der Volks- und Arbeitsstättenzählungsergebnisse 1970.
[5]) Fortschreibung und Rückrechnung der Volks- und Arbeitsstättenzählungsergebnisse 1987.

Konjunkturelle Verspannungen kaum verstärkt

164. Nach früheren Erfahrungen hatte man zu erwarten, daß eine derart kräftige Ausweitung der Beschäftigung im achten Jahr nach der Rezession zu zunehmenden Verspannungen am Arbeitsmarkt führen würde. Doch dies war nicht der Fall. Die Engpässe am Arbeitsmarkt haben sich im ganzen nicht weiter verstärkt, manche Indikatoren deuten sogar auf eine Entspannung hin:

- Meldeten noch im Herbst vergangenen Jahres im Verarbeitenden Gewerbe 11 vH der befragten Unternehmen Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel, waren es im Juli nur noch 9 vH. Lediglich im Bauhauptgewerbe blieben die Meldungen im September gegenüber dem Vorjahresmonat unverändert.
- Der Zugang an offenen Stellen, der im Herbst letzten Jahres saisonbereinigt kräftig zunahm, hat sich im Verlauf des Jahres 1990 leicht abgeschwächt. Der Bestand veränderte sich in diesem Zeitraum saisonbereinigt kaum.

Die der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten offenen Stellen erfassen den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft nur unvollständig. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat zusammen mit der GfK-Marktforschung, Nürnberg, eine Repräsentativbefragung von Betrieben und Verwaltungen durchgeführt, um die tatsächlich vorhandenen offenen Stellen zu ermitteln. Im ersten Quartal 1990 gab es

demnach 607 000 offene Stellen, die sofort zu besetzen waren, überwiegend für Facharbeiter und qualifizierte Angestellte. Davon wurden rund 40 vH den Arbeitsämtern gemeldet. Weitere 263 000 Stellen, hiervon rund 60 000 den Arbeitsämtern bereits gemeldet, waren zu einem späteren Einstellungstermin zu besetzen.

165. Die Zuwanderung führte zu einer Entlastung der regional angespannten Arbeitsmarktlage. Daß Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa und Übersiedler aus der ehemaligen DDR verstärkt in den südlichen Regionen der Bundesrepublik eine Beschäftigung fanden, zeigt sich unter anderem an der Verteilung der Arbeitsvermittlungen der Zuwanderer auf die Bundesländer. Insgesamt entfielen im Zeitraum von Januar bis Oktober fast die Hälfte der Arbeitsvermittlungen von Aussiedlern und Übersiedlern auf Bayern und Baden-Württemberg.

166. Die positive Beschäftigungsentwicklung in denjenigen Wirtschaftsbereichen, die bisher über starken Arbeitskräftemangel klagten, läßt vermuten, daß dort Lücken im Arbeitskräfteangebot auch durch zugewanderte Arbeitskräfte geschlossen wurden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes stockten vor allem die Betriebe im Investitionsgütergewerbe ihren Personalbestand überdurchschnittlich auf, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau. Im Zeitraum von Januar bis August 1990 lag die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt um 3,0 vH und im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe sogar um 3,5 vH über Vorjahresniveau. Im Bauhauptgewerbe nahm die Beschäftigung erstmals seit 1979 wieder stärker zu. Es ist mit einer ähnlich hohen Zunahme wie im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Auch hierbei dürfte die Zuwanderung eine Rolle gespielt haben.

167. Engpässe zeigen sich am Ausbildungsstellenmarkt. Auf diesem Markt ist gegenüber der ersten Hälfte der achtziger Jahre ein grundlegender Wandel hin zu einem Bewerbermarkt eingetreten. Inzwischen nimmt der Mangel sogar zu.

Die Anzahl der Bewerber um Ausbildungsstellen sank zwar weniger stark als im Vorjahr, dagegen erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen kräftig (Tabelle 30). Rein rechnerisch standen jedem Bewerber 1,2 Ausbildungsplätze zur Verfügung; im Jahre 1985 hatte diese Relation noch 0,9 betragen. Da mehr Bewerber durch Eigeninitiative bei steigendem Angebot eine Stelle suchten, sank der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter.

Die Bewerberzahl für Ausbildungen im Dienstleistungsbereich ging überproportional zurück, im Fertigungsbereich dagegen nur leicht. Gerade hier erhöhte sich der Bedarf an Fachkräften erheblich, wie sich an der um rund 30 000 gestiegenen Zahl der ge-

Tabelle 30

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in Tausend

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[1]	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September[2]			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	665
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	697	22	59	719	756
1986	685	31	46	716	731
1987	646	45	34	690	680
1988	604	62	25	666	629
1989	584	85	18	669	602
1990	585[a]	114	14	699[a]	599[a]

[1] Für 1973 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2] Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber.
[a] Eigene Schätzung.

Quellen: BMBW, BA

meldeten Ausbildungsstellen zeigt. Besonders krass ist der Bewerbermangel bei den Metallberufen und den Bauberufen. In allen Bundesländern, besonders aber in Süddeutschland, herrscht ein Überschuß der Ausbildungsstellen gegenüber den Stellengesuchen.

Für die Zukunft gilt es, das Bewerberpotential insbesondere unter ausländischen Jugendlichen auszuschöpfen. Nur 30 vH der 15- bis 18jährigen Ausländer absolvieren eine berufliche oder schulische Ausbildung; bei den deutschen Jugendlichen sind es über 90 vH. Inzwischen gibt es Hinweise darauf, daß im Westteil von Berlin und auf der westlichen Seite der ehemaligen innerdeutschen Grenze zunehmend Ausbildungsplätze durch Bewerber aus der vormaligen DDR besetzt werden.

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

168. Da die kräftige Ausweitung der Beschäftigung über den ebenfalls raschen Anstieg des Arbeitskräfteangebots noch hinausging, konnte die Anzahl der Arbeitslosen in diesem Jahr weiter zurückgehen, im Jahresdurchschnitt um knapp 150 000 Personen (Schaubild 23). Die Arbeitslosenquote, gemessen als Relation von Arbeitslosen zu allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahre 1990 auf 6,9 vH und lag erstmals wieder unter dem Wert von 1982. Die starke Arbeitskräftenachfrage kam nahezu allen Gruppen unter den Arbeitslosen zugute, selbst Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitslosigkeit in den gewerblichen Berufen hat sich aufgrund der guten Industriekonjunktur überdurchschnittlich verringert. Sie ging in den ersten zehn Monaten stärker zurück als die in den Angestelltenberufen. Dennoch lag die Arbeitslosenquote der Arbeiter immer noch deutlich über der der Angestellten.

169. Die Bewegungen am Arbeitsmarkt waren in diesem Jahr sehr stark. Sowohl die Zugänge in die Arbeitslosigkeit als auch die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit haben weiter zugenommen (Schaubild 24). Besonders stark erhöht haben sich die Arbeitslosenmeldungen von Personen, die zuvor nicht beziehungsweise nicht im Bundesgebiet erwerbstätig waren. In den ersten zehn Monaten waren dies 220 000 Personen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zuwanderung von Aussiedlern und Übersiedlern dürfte hierfür insbesondere in der ersten Jahreshälfte eine Rolle gespielt haben. Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit haben in diesem Jahr weiter zugenommen. Die gute Konjunktur erhöht die Chance, rasch einen Arbeitsplatz zu finden.

170. Die regionalen Disparitäten der Arbeitslosigkeit wurden im Jahre 1990 geringer (Tabelle 31, Seite 109). Während sich der Zugang in die Arbeitslosigkeit — in Relation zur Beschäftigung — in den letzten Jahren angenähert hat, fanden bislang in den südlichen Bundesländern relativ mehr Personen eine neue Beschäftigung als im Norden. Dieser Trend scheint jetzt gebrochen. So lag die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juli 1990 in Niedersachsen um 4,3 vH und in Bremen um 4,0 vH über Vorjahresstand, während in Baden-Württem-

Schaubild 23

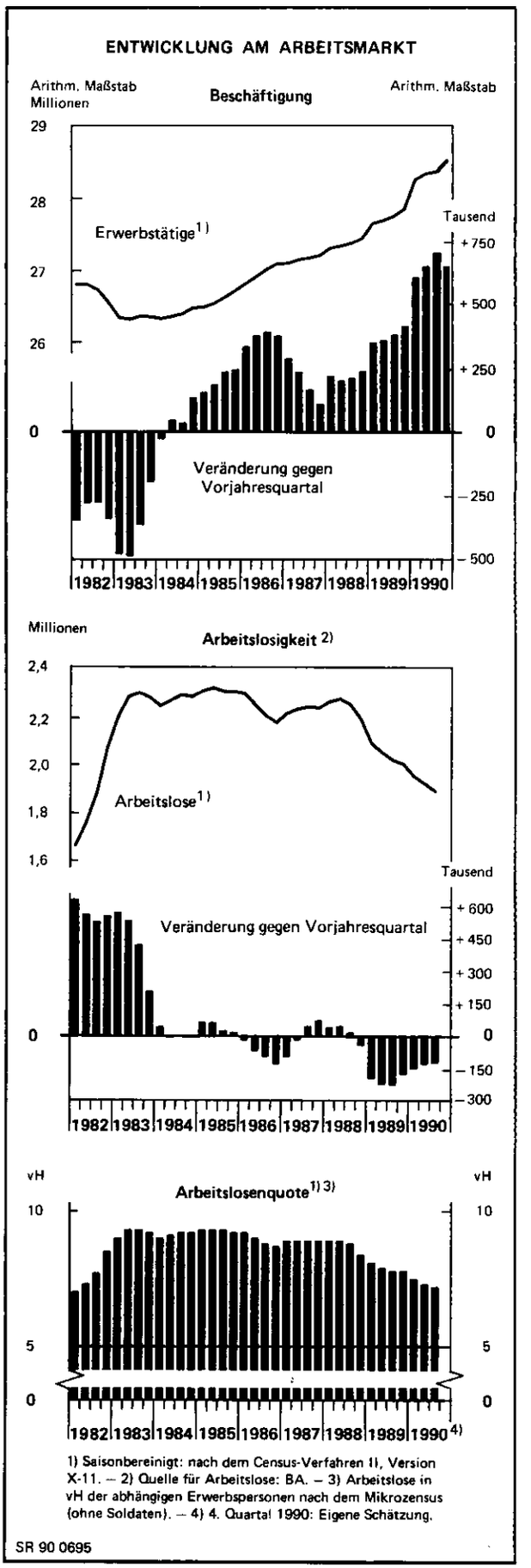
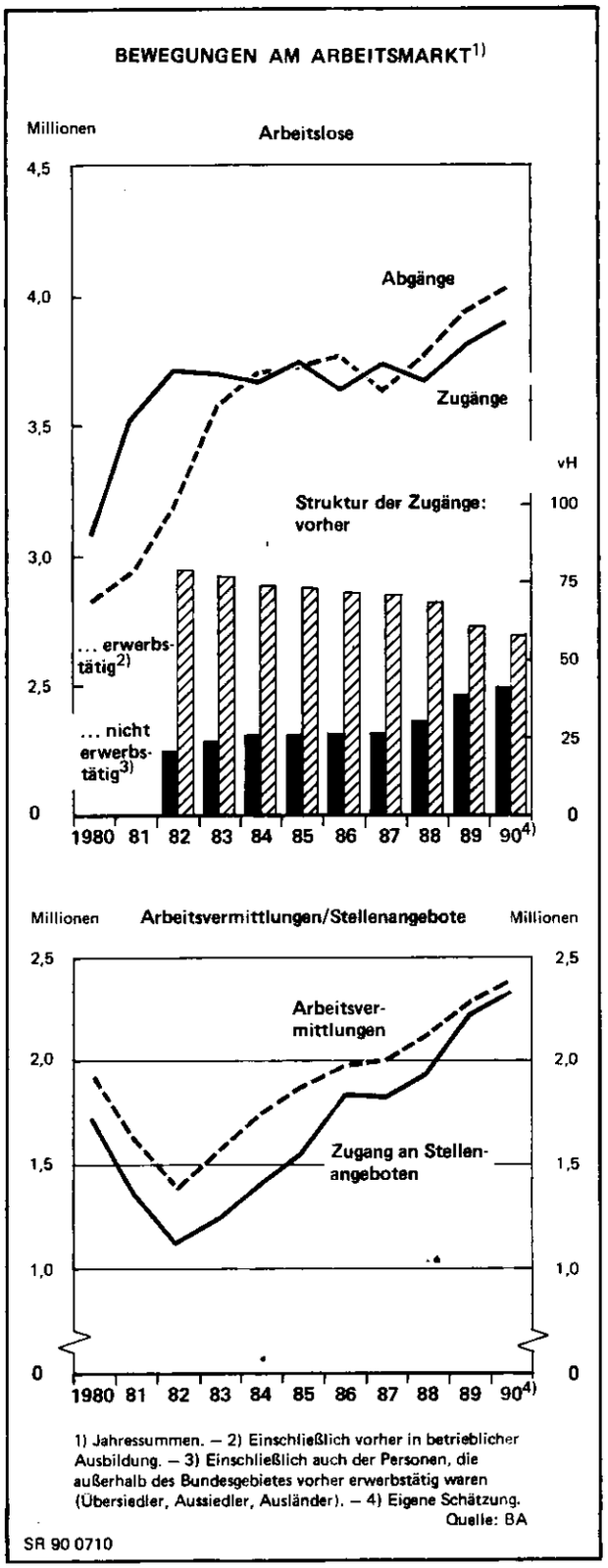


Schaubild 24



1) Jahressummen. — 2) Einschließlich vorher in betrieblicher Ausbildung. — 3) Einschließlich auch der Personen, die außerhalb des Bundesgebietes vorher erwerbstätig waren (Übersiedler, Aussiedler, Ausländer). — 4) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 90 0710

berg die Beschäftigung durchschnittlich um 3,8 vH anstieg. Lediglich in Hamburg war der Beschäftigungszuwachs mit 3,1 vH immer noch vergleichsweise schwach. Insgesamt differiert die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken allerdings im Vergleich zum Beginn der achtziger Jahre immer noch sehr stark. Hieran zeigt sich, daß ein einmal eingetretenes Gefälle in der Arbeitslosigkeit nur allmählich abgebaut werden kann.

171. Erstmals seit Beginn der achtziger Jahre ist die Dauer, die ein Arbeitsloser im Durchschnitt von der Arbeitslosmeldung bis zur Abmeldung aus der Arbeitslosigkeit verbringt, merklich kürzer geworden. Zuletzt sank sie um knapp einen auf sechs Monate. Dies lag vor allem daran, daß mehr Personen als im Vorjahr nur bis zu drei Monate arbeitslos waren. Hierzu trugen das konjunkturell verstärkte Stellenangebot und die schnellere Information der Arbeitsuchenden über Stellenangebote aufgrund zunehmenden Einsatzes elektronischer Datenverarbeitung in den Arbeitsämtern bei. Des weiteren spielte eine Rolle, daß die zugewanderten Erwerbspersonen überwiegend kurzfristig arbeitslos waren. Die zunehmenden Fälle von kurzfristiger Arbeitslosigkeit deuten auf eine hohe Fluktuation am Arbeitsmarkt hin, die zu einer besseren Abstimmung von Angebot und Nachfrage führen kann.

172. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen war auch in diesem Jahr rückläufig, inzwischen stellt die Jugendarbeitslosigkeit kein gravierendes Problem mehr dar. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 20 Jahren lag im Oktober bei 3,3 vH und war damit um ein Fünftel geringer als im Vorjahresmonat. Dieser weitere Rückgang geht vor allem auf die starke Arbeitskräftenachfrage zurück. Zusätzlich begünstigten schwächer besetzte Jahrgänge der Berufsanfänger diese Entwicklung.

Unterschiedlich schnelle Integration von Aussiedlern und Übersiedlern

173. Angesichts der hohen Anzahl von Aussiedlern und Übersiedlern war es nicht sicher, daß deren rasche Integration in den Arbeitsmarkt gelingen würde. Wenn das statistische Material derzeit auch noch kein abschließendes Urteil zuläßt, kann doch so viel gesagt werden: Bei den Aussiedlern sind Integrationsprobleme nicht zu übersehen; die Integration der Übersiedler ist hingegen im ganzen gut gelungen.

Über die Integration von Aussiedlern und Übersiedlern in den Arbeitsmarkt liegen derzeit nur Schätzungen vor. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit haben im Verlauf des Jahres 1989 etwa 56 000 Aussiedler, die vorher arbeitslos gemeldet waren, eine Beschäftigung aufgenommen. Für 1990 wird geschätzt, daß im Jahresverlauf rund 120 000 Aussiedler zusätzlich in Beschäftigung kamen, mit einer Zunahme des Beschäftigungsaufbaus zum Jahresende hin. Insgesamt hat die Anzahl der Erwerbspersonen durch die Aussiedler im Jahresdurchschnitt 1989 um rund 100 000, im Jahresdurchschnitt 1990 um gut 200 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Von Oktober 1989 bis zum Oktober 1990 haben schätzungsweise rund 280 000 Übersiedler eine Beschäftigung aufgenommen, der überwiegende Teil von ihnen in den Wintermonaten. Für den Jahresdurch-

Tabelle 31

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH[1])

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit[2])	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1989[3])	1990[3])
Schleswig-Holstein–Hamburg .	I	3,6	5,8	8,4	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8	11,1	10,4	10,3	9,5
	II	2,6	4,0	6,5	8,0	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,4	6,7	6,1
	III	5,7	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	11,7	12,6	10,7
Niedersachsen–Bremen	I	4,7	6,8	9,5	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8	11,5	10,4	10,5	9,8
	II	3,6	5,6	7,4	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	7,6	8,1	6,9
	III	7,5	12,6	17,8	20,9	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,0	14,9	13,3
Nordrhein-Westfalen	I	4,6	6,4	8,6	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0	10,0	9,1
	II	2,9	4,1	5,7	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	6,7	7,1	6,1
	III	6,6	8,5	11,9	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,4	14,9	13,8
Hessen	I	2,8	4,3	6,2	7,6	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,1	6,0	5,7
	II	2,3	3,5	4,9	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	4,8	5,0	4,3
	III	4,1	6,4	9,7	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,2	9,6	9,6
Rheinland-Pfalz–Saarland	I	4,4	6,0	7,7	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2	8,5	7,8	7,8	7,1
	II	3,0	4,8	6,5	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,4	5,8	5,1
	III	7,5	9,3	11,6	14,6	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	12,2	13,0	10,7
Baden-Württemberg	I	2,3	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5	4,5	4,2
	II	1,4	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,3	3,4	3,0
	III	3,4	4,6	6,3	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7	7,7	7,3
Nordbayern	I	4,0	6,0	8,2	9,4	8,9	8,7	7,8	7,3	7,0	6,3	6,3	5,9
	II	2,7	4,9	7,3	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0	5,9	4,3	4,5	3,9
	III	7,4	10,4	13,5	15,5	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	8,7	9,8	8,4
Südbayern	I	3,1	4,4	5,9	7,1	6,9	6,9	6,4	6,1	5,8	5,3	5,1	4,6
	II	2,4	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,4	3,8	2,9
	III	8,3	11,4	14,6	15,7	14,3	14,8	13,6	13,1	12,5	8,4	9,5	8,1
Berlin (West)	I	4,3	5,8	8,7	10,4	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8	9,8	9,4
Insgesamt	I	3,8	5,5	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,9	7,3
Mittlere Abweichung[4])		1,16	1,53	2,02	2,32	2,59	2,89	2,95	2,98	2,93	2,33	2,47	2,21

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

[3]) Januar bis einschließlich Oktober.

[4]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Zeitraum.

Quelle für Grundzahlen: BA

schnitt 1990 wird bei einer Zunahme der Erwerbspersonen von gut 300 000 Übersiedlern eine Erhöhung der Übersiedlerbeschäftigung von 260 000 Erwerbstätigen geschätzt.

174. Bei den Übersiedlern ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt vor allem für Arbeitskräfte gelungen, die in industriellen und handwerklichen Berufen ausgebildet waren. In Dienstleistungsberufen mit hohen Anforderungen ist die Integration schwieriger. Hier wirken sich die Defizite stärker aus, die wie mangelnde Eigeninitiative und fehlende Übernahme von Verantwortung in der Kommandowirtschaft der DDR vorherrschend waren.

Bei den Aussiedlern ist die Integration aufgrund von Sprachproblemen und Qualifikationsdefiziten generell langwieriger. Die relativ schlechteren Beschäftigungschancen von Arbeitskräften, die in Dienstleistungsberufen ausgebildet sind, gelten für Aussiedler noch stärker als für Übersiedler. Dies zeigt sich daran, daß gut ein Drittel der in den Jahren 1988 und 1989 zugezogenen Erwerbspersonen in einem Dienstleistungsberuf ausgebildet war, während ihr Anteil an den arbeitslosen Aussiedlern zuletzt knapp die Hälfte betrug (Tabelle 32).

Das Zusammenwachsen des deutschen Arbeitsmarktes eröffnet den Aussiedlern Chancen, birgt aber auch Risiken: Chancen, wenn auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, die Aussiedler bei hinreichender Mobilität und zurückhaltenden Lohnansprüchen besetzen können; Risiken, weil sie in der Bundesrepublik zunehmend Konkurrenz durch Wanderungen und Pendler aus den östlichen Bundesländern bekommen.

Tabelle 32

Aussiedler und Übersiedler nach Berufsgruppen

	Aussiedler					Übersiedler				Nachrichtlich
	zugezogene Erwerbspersonen [1]		Arbeitslose			zugezogene Erwerbspersonen [2]	Arbeitslose			sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 30. 9. 1989
	im Jahr		September			im Jahr	September			
	1988	1989	1988	1989	1990	1988	1988	1989	1990	
Insgesamt (1 000)	98,12	196,29	72,75	111,81	156,74	25,65	10,48	45,31	73,86	21 993
Nach Berufsgruppen (Anteile in vH):	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Pflanzenbauer	*1,7*	*2,6*	*3,3*	*3,7*	*5,2*	*1,5*	*2,0*	*1,8*	*3,5*	*1,4*
Bergleute, Mineralgewinner	*2,3*	*3,3*	*2,3*	*2,5*	*1,7*	*0,1*	*0,4*	*0,2*	*0,2*	*0,5*
Fertigungsberufe	*48,7*	*49,3*	*35,7*	*35,3*	*36,6*	*40,6*	*27,6*	*29,4*	*32,0*	*36,3*
darunter:										
Metallerzeuger, -bearbeiter	*3,1*	*4,5*	*3,1*	*3,0*	*3,2*	*2,6*	*2,0*	*1,9*	*2,3*	*3,2*
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	*14,0*	*16,2*	*9,1*	*8,6*	*8,2*	*9,8*	*5,3*	*8,1*	*5,5*	*8,4*
Elektriker	*3,9*	*5,2*	*4,1*	*4,1*	*3,7*	*1,8*	*2,4*	*3,3*	*2,0*	*3,1*
Bauberufe	*4,6*	*3,5*	*2,2*	*2,1*	*2,1*	*4,3*	*2,2*	*2,2*	*3,1*	*3,6*
Technische Berufe	*7,5*	*6,5*	*8,6*	*8,1*	*7,3*	*10,5*	*10,6*	*10,7*	*6,5*	*7,0*
Dienstleistungsberufe	*39,8*	*37,2*	*48,1*	*48,9*	*46,8*	*46,7*	*57,9*	*57,2*	*56,8*	*54,5*
darunter:										
Warenkaufleute	*3,1*	*4,4*	*5,2*	*5,3*	*4,6*	*7,0*	*6,9*	*7,1*	*7,7*	*8,0*
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	*3,2*	*3,0*	*3,1*	*3,2*	*3,3*	*2,1*	*2,8*	*2,0*	*3,9*	*3,1*
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	*10,8*	*9,3*	*15,1*	*13,9*	*12,8*	*10,8*	*16,8*	*15,2*	*15,6*	*19,1*
Reinigungsberufe	*1,8*	*1,8*	*4,0*	*4,7*	*5,1*	*0,8*	*2,2*	*1,4*	*3,0*	*3,0*

[1] Insgesamt zugezogene Aussiedler 1988: 202 673; 1989: 377 055; 1990 bis 31. Oktober: 362 747.
[2] Für 1989 und das 1. Halbjahr 1990, bis zum Ende des Registrierverfahrens, liegen noch keine Strukturdaten vor. Insgesamt zugezogene Übersiedler 1988: 39 832; 1989: 343 854; 1990 (bis 30. Juni): 238 384.

Quellen: BA, Bundesausgleichsamt

175. Die Arbeitslosigkeit der Zuwanderer entwickelte sich in den letzten beiden Jahren unterschiedlich. Die Anzahl arbeitsloser Übersiedler nahm aufgrund des starken Zustroms von Erwerbspersonen im Winter 1989/90 zunächst sprunghaft auf 140 000 Personen Ende Februar dieses Jahres zu, weil sich ein großer Teil unmittelbar nach Zuzug arbeitslos meldete. Seitdem ging sie kontinuierlich auf zuletzt 68 000 Personen zurück, auch dadurch bedingt, daß der Zustrom abebbte. Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurden Aufnahmeverfahren und Eingliederungsgeld für neu in die Bundesrepublik kommende Übersiedler abgeschafft. Außerdem wurden Übersiedler seither nicht mehr als solche erfaßt. Übersiedler waren häufig sucharbeitslos, durchschnittlich dauerte ihre Arbeitslosigkeit drei Monate.

Die Arbeitslosigkeit der Aussiedler lag 1989 im Jahresdurchschnitt bei rund 100 000 Personen und nahm im Laufe dieses Jahres bis August weiter zu. Zuletzt sank sie leicht und belief sich Ende Oktober auf 150 000 Personen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß von Jahresbeginn bis Oktober mehr Personen (rund 85 500) einen Sprachkurs oder eine berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung begonnen als beendet haben. Im Oktober befanden sich knapp 102 000 Aussiedler in Deutsch-Sprachlehrgängen und 36 000 Aussiedler in beruflicher Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung.

176. Ob die Integrationsprobleme der Aussiedler ein rasch lösbares Übergangsproblem sind, läßt sich derzeit noch nicht sagen. Manches spricht dafür, daß sich hier ein neues strukturelles Problemfeld am Arbeitsmarkt ausbreiten könnte. Dies ist insbesondere dann zu erwarten, wenn der Zustrom von Aussiedlern weiter anhalten sollte. Der Abstand zwischen den Qualifikationsanforderungen der westdeutschen Unternehmen und dem Qualifikationsprofil der Aussiedler wird nicht kleiner werden. Die Sprachprobleme werden um so schwerer wiegen, als der Kreis jener, die als Aussiedler zuwandern können, weiter gezogen wird. Optimistisch könnte stimmen, daß vor Jahren auch ein starker Gastarbeiterzustrom verkraftet werden konnte, obwohl bei den damals Zugewanderten be-

trächtliche Sprach- und Qualifikationsdefizite vorlagen. Damals jedoch war der Gastarbeiterstrom Ergebnis eines Nachfragesogs der Wirtschaft nach gering qualifizierter Arbeitskraft. Der Aussiedlerzustrom stellt dagegen eine exogene Angebotsausweitung am Arbeitsmarkt dar, und dies in einer Wirtschaft, die vermehrt auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen ist. Unterschiede ergeben sich auch dadurch, daß die Aussiedler auf Dauer in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, wogegen bei vielen Gastarbeitern befristete Beschäftigung vorgesehen war. Da die Integration der Aussiedler nicht scheitern darf, müssen Staat und Wirtschaft ihre Anstrengungen um Qualifikation, Nachschulung und sprachliche Ausbildung für diesen Personenkreis intensivieren.

Hartnäckige Strukturprobleme

177. Die gute Konjunktur und die bemerkenswerte Dynamik am Arbeitsmarkt haben nicht verhindern können, daß strukturelle Probleme weiter bestehen, ja sich zum Teil sogar noch verschärften. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmend ein Problem der Älteren. Der Anteil älterer Personen an der Gesamtarbeitslosigkeit nimmt zu, und die Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert sich immer mehr auf diese Personengruppe.

Die Arbeitslosigkeit von Personen im Alter von 59 Jahren und älter stieg seit Jahresbeginn an und lag im Jahresdurchschnitt bei 109 000 Personen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß weitere rund 64 000 An-

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit Tabelle 33

Arbeitslose	Anzahl in Tausend					Arbeitslosenquote[1]) in vH				
	September[2])				Oktober	September[2])				Oktober
	1983	1985	1987	1989	1990	1983	1985	1987	1989	1990
Insgesamt	2 134	2 151	2 107	1 881	1 687	*8,6*	*8,7*	*8,4*	*7,3*	*6,5*
nach Geschlecht										
Männer	1 145	1 132	1 082	951	851	*7,6*	*7,5*	*7,2*	*6,1*	*5,6*
Frauen	989	1 019	1 025	930	836	*10,2*	*10,4*	*10,2*	*9,1*	*7,7*
nach Nationalität										
Deutsche	1 850	1 907	1 843	1 663	1 499	*8,2[a])*	*8,3[a])*	*7,8[a])*	*7,0[a])*	.
Ausländer	284	244	264	218	188	*14,2*	*13,5*	*14,7*	*11,6*	*10,1*
nach Beruf										
Angestelltenberuf	739	788	782	740	646	*5,9*	.	*6,0*	*5,4*	.
übriger Beruf (Arbeiter)	1 395	1 363	1 325	1 141	1 041	*11,4*	.	*11,0*	*9,5*	.
nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	1 896	1 915	1 875	1 658	1 489	*8,8*	*8,9*	*8,6*	*7,4*	.
Teilzeitarbeit	238	236	232	222	198	.	.	.	.	.
nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	203	174	132	73	55	*9,7*	*8,9*	*6,7*	*4,2*	*4,2*
20 bis unter 25 Jahre	420	389	347	251	.	*13,3*	*11,5*	*9,9*	*6,8*	.
25 bis unter 30 Jahre	332	333	326	285	.	*11,3*	*11,1*	*10,2*	*8,2*	.
30 bis unter 35 Jahre	247	251	256	243	.	*8,6*	*8,9*	*8,9*	*8,1*	.
35 bis unter 40 Jahre	191	196	210	191	.	*7,2*	*7,7*	*7,9*	*6,6*	.
40 bis unter 45 Jahre	191	171	161	145	.	*5,7*	*5,4*	*5,5*	*5,5*	.
45 bis unter 50 Jahre	171	189	197	172	.	*6,1*	*6,1*	*6,2*	*5,3*	.
50 bis unter 55 Jahre	144	168	193	207	.	*6,0*	*7,3*	*8,3*	*8,1*	.
55 bis unter 60 Jahre	179	228	234	250	.	*9,6*	*11,7*	*12,2*	*12,7*	.
60 bis unter 65 Jahre	56	51	52	62	.	*9,4*	*9,2*	*9,6*	*10,9*	.
nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	399	387	362	342	.	*7,8[b])*	*7,9[b])*	*7,3[b])*	*6,8[b])*	.
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	496	496	442	436	.	.	.	.	.	.
Nichtfacharbeiter	985	967	949	793	.	*15,7[b])*	*16,0[b])*	*15,2[b])*	*12,8[b])*	.
Angestellte mit einfacher Tätigkeit	254	301	354	309	.	.	.	.	.	.

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen, ohne Soldaten: Für 1989 auf der Grundlage der Volkszählung von Mai 1987 (Quoten für „Vollzeitarbeit" und nach Altersgruppen nach dem Mikrozensus 1987); für 1983 und 1987 nach dem jeweiligen Mikrozensus; für 1985 nach der EG-Arbeitskräftestichprobe.

[2]) Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit.

[a]) Eigene Berechnungen: Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen deutschen Erwerbspersonen ohne Soldaten (Mikrozensusergebnisse für die abhängigen deutschen Erwerbstätigen, ohne Soldaten).

[b]) Für die Jahre 1983 und 1985 bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich der Beamten nach Mikrozensus); für 1987 und 1989 bezogen auf die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Erwerbspersonen (einschließlich Beamte nach Mikrozensus und Arbeitslose).

gehörige der Altersgruppe 58 Jahre und älter nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie durch Inanspruchnahme des § 105c Arbeitsförderungsgesetz Arbeitslosengeld beziehen, auch wenn sie nicht mehr verpflichtet sind, jede zumutbare Beschäftigung aufzunehmen. In der Regel haben diese Personen ein vorgezogenes Altersruhegeld beantragt.

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für ältere Arbeitnehmer gering. Dies zeigt sich an dem — in Relation zur Erwerbstätigkeit — geringen Anteil höherer Altersgruppen an den Zugängen in die Arbeitslosigkeit. Dagegen liegt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für Ältere wesentlich über der aller Arbeitslosen. Dies führt dazu, daß die spezifische Arbeitslosenquote der Altersgruppen ab 55 Jahren die der anderen Altersgruppen übertrifft (Tabelle 33).

178. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist im Jahre 1989 erheblich zurückgegangen. Nach der Strukturuntersuchung vom September 1989 waren 591 000 Personen ein Jahr oder länger arbeitslos, 93 400 Personen oder 13,6 vH weniger als ein Jahr zuvor (Tabelle 34). Es gibt erste Hinweise darauf, daß die Langzeitarbeitslosigkeit in diesem Jahr weiter abnimmt.

Durch Umstellung in der Datenerfassung ist nun auch in den Arbeitsämtern eine monatliche Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit möglich. Ende September war in den 70 bislang mit EDV ausgerüsteten Arbeitsämtern die Anzahl der Langzeitarbeitslosen um 15 vH geringer als im September 1989. Eine Hochrechnung auf die Gesamtzahl wird von der Bundesanstalt für Arbeit bisher nicht vorgenommen. Zudem ist der starke Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit im Jahre 1989 von Sonderfaktoren beeinflußt. Die seit Anfang des letzten Jahres nach § 15 (2) Arbeitsförderungsgesetz geltenden strengeren Meldevorschriften für Personen, die keine Leistungen vom Arbeitsamt empfangen, können dazu geführt haben, daß ein Teil ehemals registrierter Arbeitsloser nicht mehr gezählt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter den Langzeitarbeitslosen der Anteil der Nichtleistungsempfänger besonders hoch ist. Die zwischen die Stichtage im September 1988 und September 1989 fallende Neuregelung erhöht die Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik, bewirkt aber bei der Verlaufsanalyse einen statistischen Bruch.

Die konjunkturelle Dynamik hat dazu geführt, daß deutlich weniger Personen als im Vorjahr in die Lang-

Tabelle 34

Arbeitslose nach Altersgruppen und bisheriger Dauer der Arbeitslosigkeit

Altersgruppe	September	Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit							
		bis unter 3 Monate	3 Monate bis unter 12 Monate	1 Jahr bis unter 2 Jahre	2 Jahre und länger	bis unter 3 Monate	3 Monate bis unter 12 Monate	1 Jahr bis unter 2 Jahre	2 Jahre und länger
		Anzahl				Anteil in vH[1]			
Unter 20 Jahre	1983	119 342	65 206	17 248	1 646	*58,7*	*32,1*	*8,5*	*0,8*
	1985	112 614	49 850	10 427	1 499	*64,6*	*28,6*	*6,0*	*0,9*
	1987	84 000	36 784	9 149	1 654	*63,8*	*28,0*	*7,0*	*1,3*
	1989	53 324	17 023	2 285	355	*73,1*	*23,3*	*3,1*	*0,5*
20 bis unter 30 Jahre ...	1983	257 148	333 960	124 780	36 358	*34,2*	*44,4*	*16,6*	*4,8*
	1985	295 545	284 878	97 169	44 752	*40,9*	*39,4*	*13,5*	*6,2*
	1987	291 869	261 186	78 748	41 062	*43,4*	*38,8*	*11,7*	*6,1*
	1989	276 059	186 636	49 496	24 428	*51,4*	*34,8*	*9,2*	*4,6*
30 bis unter 45 Jahre ...	1983	151 198	276 886	137 688	63 168	*24,0*	*44,0*	*21,9*	*10,0*
	1985	175 426	237 211	112 498	93 087	*28,4*	*38,4*	*18,2*	*15,1*
	1987	183 901	239 231	104 992	98 844	*29,3*	*38,2*	*16,7*	*15,8*
	1989	209 075	205 069	84 426	80 962	*36,1*	*35,4*	*14,6*	*14,0*
45 bis unter 60 Jahre ...	1983	86 778	199 302	118 370	89 144	*17,6*	*40,4*	*24,0*	*18,1*
	1985	108 503	195 492	130 075	151 079	*18,5*	*33,4*	*22,2*	*25,8*
	1987	116 357	200 700	126 073	180 889	*18,6*	*32,2*	*20,2*	*29,0*
	1989	126 273	189 900	126 759	186 868	*20,0*	*30,2*	*20,1*	*29,7*
60 bis unter 65 Jahre ...	1983	8 222	27 204	12 234	8 018	*14,8*	*48,9*	*22,0*	*14,4*
	1985	6 542	19 043	12 941	12 266	*12,9*	*37,5*	*25,5*	*24,1*
	1987	6 702	16 050	12 912	15 847	*13,0*	*31,2*	*25,1*	*30,8*
	1989	7 906	18 073	13 843	21 884	*12,8*	*29,3*	*22,4*	*35,5*
Alle Arbeitslose	1983	622 688	902 558	410 320	198 334	*29,2*	*42,3*	*19,2*	*9,3*
	1985	698 630	786 474	363 110	302 683	*32,5*	*36,6*	*16,9*	*14,1*
	1987	682 829	753 951	331 874	338 296	*32,4*	*35,8*	*15,8*	*16,1*
	1989	672 637	616 701	276 809	314 497	*35,8*	*32,8*	*14,7*	*16,7*

[1]) Anteil an den Arbeitslosen in der jeweiligen Altersgruppe.

Quelle: BA

zeitarbeitslosigkeit hineingewachsen sind. Die Anzahl der zwischen ein und zwei Jahren Arbeitslosen hat um 60 000 Personen abgenommen. Dagegen hat sich die Anzahl der über zwei Jahre Arbeitslosen vergleichsweise wenig vermindert. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit wird die Wiederbeschäftigungschance geringer. Während 1989 knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen, die zwischen ein und zwei Jahren ohne Beschäftigung waren, ihre Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme von Arbeit beendeten, waren es bei den über vier Jahre Arbeitslosen nur rund ein Drittel.

Vor allem Ältere sind längerfristig arbeitslos. Der Anteil der Personen über 45 Jahren an den Langzeitarbeitslosen insgesamt betrug im September 1989 knapp 60 vH, zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es etwa 54 vH gewesen. Besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind Personen, die älter als 45 Jahre waren und gesundheitliche Einschränkungen aufwiesen. Der Anteil dieser Personengruppe an den Langzeitarbeitslosen nahm 1989 gegenüber dem Vorjahr von 30,8 vH auf 33,5 vH zu.

Der wachsende Anteil der Älteren an der Gesamtarbeitslosigkeit dürfte vor allem eine Folge der raschen Erneuerung des Wissens der Beschäftigten sein. Die vorhandenen Qualifikationen werden schneller entwertet, und das Erfahrungswissen tritt in seiner Bedeutung zurück. Dies gilt besonders für Ältere, die schon länger arbeitslos sind.

179. Die Bundesregierung gewährt seit dem 1. Juli 1989 mit ihrer „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose" Lohnkostenzuschüsse, die auf zwölf Monate begrenzt und deren Höhe nach der Dauer der Arbeitslosigkeit gestaffelt sind. Von Januar bis Ende Oktober dieses Jahres wurden 25 900 Personen durch die Lohnkostenzuschüsse aus Bundesmitteln gefördert, seit Beginn des Programms waren es 43 700 Langzeitarbeitslose. Gut die Hälfte der Geförderten war zuvor zwischen ein und zwei Jahren arbeitslos gewesen. Von allen geförderten Langzeitarbeitslosen waren nur 32 vH älter als 45 Jahre. Klein- und Mittelbetriebe, die insgesamt größere Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften haben als Großunternehmen, machten in größerem Umfang von der Förderung Gebrauch.

Für 1991 hat das Bundeskabinett beschlossen, das seit dem 1. Juli 1989 geltende 250-Millionen-DM-Programm „Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose" aufzustocken und zu verlängern. Zusätzlich sollen bis 1994 jährlich 60 Mio DM bereitgestellt werden. Damit werden die Sondermittel für das Programm auf 490 Mio DM fast verdoppelt. Sie werden privaten und gemeinnützigen Trägern zur Verfügung gestellt, die den Angehörigen der Zielgruppen Arbeitsplätze anbieten und sie sozial betreuen. Es werden Investitionskostenzuschüsse, Zuschüsse zum laufenden Betriebsmittelaufwand und Personalkostenzuschüsse gewährt, um die Einstellung von Anleitungs- und Betreuungspersonal zu gewährleisten. Seit Beginn des Programms wurden bis Ende September dieses Jahres 9 400 Personen durch diese Arbeitslosenprojekte gefördert.

180. Die Vermutung scheint zunächst nicht unplausibel, daß der kräftige Zustrom von Aussiedlern und Übersiedlern zur Verdrängung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes führt, weil insbesondere gut ausgebildete junge Übersiedler Arbeitskräften mit fehlendem Berufsabschluß und gesundheitlichen Einschränkungen sowie älteren Arbeitslosen, die bereits mehrere Jahre ohne Beschäftigung sind, vorgezogen werden dürften. Im Einzelfall mag so etwas geschehen. Doch gibt es keine Anzeichen dafür, daß dies eine verbreitete Erscheinung sein könnte. Und es spricht auch einiges gegen diese Vermutung. Wo zugewanderte Arbeitskräfte Lücken im Fachkräfteangebot geschlossen haben, ermöglicht dies auch zusätzliche komplementäre Beschäftigungen, die nun zum Beispiel von zuvor Langzeitarbeitslosen ausgeübt werden können. Der empirische Nachweis, welcher Effekt dominiert, läßt sich mit den vorhandenen Statistiken nicht führen. Allerdings ist zu vermuten, daß ohne die Zuwanderung nicht ein Beschäftigungsanstieg in dieser Höhe zustande gekommen wäre, der die Grundlage für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Problemgruppen, war.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum?

181. Nach nunmehr über acht Jahren anhaltendem Wirtschaftswachstum, zuletzt bei deutlich beschleunigtem Tempo, kann es enttäuschen, daß die Anzahl der registrierten Arbeitslosen immer noch bei 1,9 Millionen Menschen liegt. Bleibt Massenarbeitslosigkeit ein Schicksal, das auch durch Wirtschaftswachstum nicht aus der Welt zu schaffen ist? Diese Interpretation hält der kritischen Nachprüfung nicht stand. Mehr Indikatoren sind ins Bild zu nehmen als nur die Anzahl der registrierten Arbeitslosen.

Die wirtschaftliche Dynamik in Westdeutschland hat die Arbeitslosigkeit bereits deutlich abschmelzen lassen. In ökonomischer Betrachtung stellt auch Kurzarbeit eine Form von Unterbeschäftigung dar. Nach der tiefen Rezession von 1981/82 bewirkte der folgende Aufschwung, daß die Kurzarbeit unmittelbar und kräftig schrumpfte. Dieser Teil der Arbeitslosigkeit reagierte also unverzögert auf das Anspringen des Wachstumsmotors. Doch war der Wachstumsprozeß zunächst nicht stark genug, um sogleich auch die registrierte Arbeitslosigkeit zu verringern. Sie nahm bis 1985 weiter zu. Als sich das Wachstum in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre festigte und an Kraft gewann, schrumpfte auch die registrierte Arbeitslosigkeit, von 1985 bis heute um rund ein Fünftel. Die Anzahl der Arbeitslosen ging von 2,3 Millionen Personen 1985 auf derzeit 1,9 Millionen Personen zurück, die Arbeitslosenquote sank von 8,9 vH auf zuletzt 6,9 vH. Die Kurzarbeit schrumpfte bis auf einen unbedeutenden Rest.

182. Der Rückgang in der Arbeitslosigkeit ist um so bemerkenswerter, als sich in der gleichen Zeit das Arbeitsangebot kräftig ausgeweitet hat. Die Anzahl der Erwerbspersonen liegt heute um 1,6 Millionen Personen über dem Wert von 1983. Bei einer so raschen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, insbesondere bei dem sprunghaften Anstieg durch die an-

schwellende Anzahl von Zuwanderern in diesem und dem letzten Jahr, ist es bemerkenswert, daß die Arbeitslosigkeit überhaupt zurückgeht. Bei schlechterer wirtschaftlicher Dynamik wäre ein Anstieg der Arbeitslosigkeit wohl unvermeidlich gewesen.

183. Die Bestandszahl an registrierten Arbeitslosen läßt für sich nur ein begrenztes Urteil über die Arbeitslosigkeit zu. Es ist für das ökonomische Urteil, aber auch für die sozialen Belastungen durch Arbeitslosigkeit ein Unterschied, ob in dem Bestand an Arbeitslosen dauerhaft immer dieselben Personen enthalten sind oder ob sich der Kreis der Betroffenen ändert, jeder einzelne vielleicht nur kurzzeitig arbeitslos ist. Es wird in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig beachtet, daß sich hinter dem Bestand an Arbeitslosen erhebliche Bewegungen verbergen. In diesem Jahr sind knapp 3,9 Millionen Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu registrieren. Bei einem gegenüber dem Vorjahr (um knapp 150 000 auf 1,9 Millionen Personen) gesunkenen Arbeitslosenbestand bedeutet das, daß gut 4 Millionen Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung oder in Nichterwerbstätigkeit übergewechselt sind.

184. Bei den Zugängen zur Arbeitslosigkeit sind strukturelle Verschiebungen zu erkennen, die neben Veränderungen des Arbeitsangebots auch den Einfluß der Wachstumsdynamik widerspiegeln. So lag der Anteil derjenigen Personen, die aus einer vorherigen Erwerbstätigkeit arbeitslos wurden, im Jahre 1990 nur noch bei gut 50 vH, nach knapp 80 vH im Jahre 1983. Von den Personen, die sich nach einer Beschäftigung arbeitslos meldeten, war im Jahre 1989 nur jeder zweite entlassen worden, im Jahre 1984 betrug der Anteil der Entlassungen noch 60 vH. Für sich genommen zeigen diese Zahlen, daß die Beschäftigungsverhältnisse stabiler geworden sind und daß das Risiko, arbeitslos zu werden, eher kleiner geworden ist.

Wenn sich heute immer mehr Personen, die vorher nicht erwerbstätig und nicht in einer schulischen Ausbildung waren, als arbeitslos registrieren lassen, so kommt hierin nicht eine schlechtere Beschäftigungslage zum Ausdruck. Bei guter Konjunktur und robustem Wachstum wird es leichter, eine Beschäftigung zu finden, und dies kann bisher Nichterwerbstätige veranlassen, sich nunmehr für die Vermittlung in eine Beschäftigung bereitzuhalten. In diesem Sinne kann vor allem die steigende Erwerbsneigung der Frauen, die die Erwerbsquote mit 60 vH auf den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik gebracht hat, auch auf den stabilen Wachstumsprozeß der letzten Jahre zurückgeführt werden. Daß zwischen der Entscheidung eines bisher Nichterwerbstätigen zur Arbeitsaufnahme und der konkreten Beschäftigung in der Regel Zeit vergeht und dadurch zwischenzeitlich die registrierte Arbeitslosigkeit ansteigt, ist dann eher Zeichen von Dynamik als von wirtschaftlicher Schwäche.

185. Die hohe Zahl von Abgängen aus der Arbeitslosigkeit — die Zahl der Abgänge ist doppelt so hoch wie der Bestand an Arbeitslosen — macht deutlich, daß für die meisten Betroffenen Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand ist. Immer mehr Personen finden schon nach relativ kurzer Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung. Nach 1985 waren nur 40 vH derjenigen, die aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung überwechselten, zuvor drei Monate oder kürzer arbeitslos gewesen. Im Jahre 1989 lag der Anteil dieses Personenkreises schon bei 51 vH. Ins Bild der verstärkten Wachstumsdynamik paßt auch, daß sich die Zahl der Arbeitsvermittlungen durch die Arbeitsämter gegenüber 1983 um gut die Hälfte erhöht hat.

186. Alles in allem hat sich das kräftigere wirtschaftliche Wachstum also positiv auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist trotz eines stark zunehmenden Arbeitsangebots geschmolzen, und die Bewegungsvorgänge wirken tendenziell in Richtung auf die Entschärfung des sozialen Problems der Arbeitslosigkeit hin. Zu verkennen sind allerdings auch nicht die Grenzen. Da einmal entstandene Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen verschwindet, stellen sich Verhärtungstendenzen ein. Mehrfacharbeitslosigkeit nimmt zu; aus wenig stabilen individuellen Beschäftigungsverhältnissen wird leicht dauerhafte Arbeitslosigkeit. Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit besonders der Älteren bleibt hartnäckig. Zwar schrumpft auch die Langzeitarbeitslosigkeit seit zwei Jahren, doch ist dies zu einem Teil auf Umstellungen der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen.

Im Laufe der achtziger Jahre sind mehrere Regelungen in Kraft getreten, die Auswirkungen auf die Arbeitslosenstatistik hatten. Seit 1986 werden 58jährige und ältere Arbeitslose, die durch Inanspruchnahme des § 105c Arbeitsförderungsgesetz Arbeitslosengeld beziehen, auch wenn sie nicht mehr verpflichtet sind, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, nicht mehr in die Gesamtzahl der Arbeitslosen einbezogen. Über 65jährige Arbeitsuchende werden generell nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt. Nach § 15 (2) AFG müssen Arbeitslose, die keine Leistungen vom Arbeitsamt erhalten, alle drei Monate ihr Vermittlungsgesuch erneuern, um weiter als arbeitslos registriert zu werden. Arbeitslose, die zweimal ein zumutbares Stellenangebot ablehnen, werden nicht als arbeitslos registriert. Arbeitsuchende ausländische Arbeitskräfte, die eine Arbeitserlaubnis benötigen, werden vor einer erstmaligen Beschäftigung im Bundesgebiet nicht als arbeitslos erfaßt. Nach § 18 Bundessozialhilfegesetz brauchen sich Sozialhilfeempfänger beim Arbeitsamt nur noch als arbeitsuchend zu melden, um volle Leistungen zu erhalten. Zwar herrscht Unsicherheit über die quantitative Auswirkung dieser Neuregelungen, doch dürften die positiven Tendenzen in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit dadurch nicht in Frage gestellt werden.

Einmal entstandene Langzeitarbeitslosigkeit kann durch wirtschaftliches Wachstum allein nur sehr bedingt abgebaut werden. Andere Maßnahmen wie etwa Qualifizierungen, Umschulungen müssen hinzukommen. Doch wirkt die wirtschaftliche Dynamik insofern gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, als sie das Risiko von Arbeitslosen, in die Problembereiche Mehrfacharbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit hineinzugeraten, verringert.

Arbeitsförderung wieder verstärkt

187. Die Qualifizierung, insbesondere von Arbeitslosen bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe für die Arbeitsförderung. Der Umfang der beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert worden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im

Vorjahr aufgrund des Inkrafttretens der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz Einschränkungen der Arbeitsförderung eingetreten waren. Bei der beruflichen Weiterbildung, die im Vollzeitunterricht stattfindet, wurde in der ersten Hälfte dieses Jahres mit knapp 238 000 Teilnehmern der Stand des Jahres 1988 um rund 10 vH überschritten. Dieser erneute Anstieg ging zu einem Gutteil auf die Qualifizierung von Aussiedlern zurück. Von Januar bis Oktober begannen rund ein Viertel mehr Personen eine berufliche Fortbildung, Umschulung oder betriebliche Einarbeitung als im Vorjahr. Besonders stark ausgeweitet wurden die Hilfen für betriebliche Einarbeitung, die verstärkt von Übersiedlern zum Ausgleich von Qualifikationsdefiziten in Anspruch genommen wurden. Die Anzahl der Personen, die in einem neuen Beruf umgeschult wurden, nahm nur leicht zu, die in der Breite verbesserte Arbeitsmarktlage dürfte hierbei eine Rolle gespielt haben.

Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden stärker auf die vordringlich zu fördernden Personen gerichtet. Von den neuen Teilnehmern von Qualifizierungsangeboten waren 66 vH vorher arbeitslos, im Bestand knapp 50 vH. Daß die Arbeitsmarktpolitik verstärkt auf die Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit Bedrohten und Ungelernten konzentriert wurde, zeigt sich auch daran, daß der Anteil der diese Personengruppen umfassenden sogenannten notwendigen Förderung auf knapp 70 vH gesteigert wurde, während gut 30 vH eine Förderung zum beruflichen Aufstieg begannen. Hierin wirkt sich auch der verringerte Zuschuß für solche Ausbildungen aus.

188. Der seit dem vergangenen Jahr anhaltende Rückgang der Teilnehmerzahl an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen setzte sich fort. Durch die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz wurde der Höchstförderungssatz auf 75 vH des Arbeitsentgelts festgesetzt und wurden Zuschüsse in Höhe von 100 vH auf höchstens 15 vH aller in einem Jahr zugewiesenen Arbeitnehmer beschränkt. Insbesondere die reduzierte vollständige Förderung durch die Bundesanstalt hat zu einem verringerten Teilnehmerbestand geführt, weil ein Teil der Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen keinen Eigenanteil aufbringen konnte. In diesem Jahr waren schätzungsweise 84 000 Personen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt, rund 12 000 Personen weniger als im Vorjahr. Der durchschnittliche Zuschuß für neu geförderte Tätigkeiten sank von 86 vH im Jahre 1988 auf rund 73 vH im Jahre 1989. Dieser Anteil dürfte auch für dieses Jahr gelten.

In einer Längsschnittuntersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wurde ermittelt, inwieweit allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung Problemgruppen des Arbeitsmarktes erreichen und ob sie zur Eingliederung in nicht geförderte Beschäftigung führen. Demnach kam diese Förderung 1986 zu 84 vH schwervermittelbaren Personen zugute. Unmittelbar nach Abschluß der Förderung waren 22 vH aller Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in nicht geförderter Beschäftigung, 9 vH infolge Übernahme durch den ehemaligen Förderungsträger. Nach knapp drei Jahren waren rund 40 vH in Arbeit, bei den geförderten Langzeitarbeitslosen waren es 38 vH.

Lohnpolitik: Entkoppelung von Lohntarifverträgen und Vereinbarungen über die Arbeitszeit

189. Der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft gegenüber dem Vorjahr beschleunigte sich zu Jahresbeginn auf 5,1 vH; ein Drittel dieser Differenz geht auf die Erhöhung der allgemeinen Zulagen im öffentlichen Dienst zurück. Im zweiten Quartal kam es zu einer weiteren Zunahme auf 5,6 vH im Jahresvergleich, in der sich vor allem der Abschluß in der Metallindustrie niederschlägt. Im Produzierenden Gewerbe lag der Anstieg der Tarifverdienste auf Stundenbasis im zweiten Quartal bereits bei 5,7 vH, einschließlich Baugewerbe sogar bei 6,1 vH. Die in den Tarifabschlüssen dieses Jahres vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen bewegten sich zwischen 3,8 vH in der Ernährungsindustrie und 6,8 vH in der Druckindustrie. In der ersten Jahreshälfte lagen die Tarifabschlüsse im Durchschnitt bei 5,9 vH. Die Dauer der Lohntarifverträge erstreckte sich durchweg auf ein Jahr.

Die Auswirkungen dieser Neuabschlüsse auf den gesamtwirtschaftlichen Lohnkostendruck zeigten sich im weiteren Verlauf des Jahres. Zu Jahresanfang nahmen die Lohnstückkosten eher verhalten zu. Im zweiten Quartal beschleunigte sich der Lohnkostenzuwachs kräftig. In der Gesamtwirtschaft stiegen die Lohnkosten je Produkteinheit um 3,9 vH, im Produzierenden Gewerbe (ohne die Bauwirtschaft) sogar um 5,6 vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Differenz zwischen dem Anstieg der Tarifverdienste und dem Zuwachs der Effektivverdienste hat sich in diesem Jahr kaum verändert (Schaubild 25, Seite 118). Im Verlauf des Jahres 1989 hatte die Lohndrift abgenommen, weil die von den Unternehmen zunächst geleisteten außertariflichen Zulagen vermehrt in Tarifvereinbarungen Eingang fanden. Im Jahre 1990 dürften vor allem die Minderung des Fachkräftemangels das Ansteigen der Spreizung zwischen Tarif- und Effektivlöhnen gebremst haben.

190. Die Tarifabschlüsse 1990 erbrachten Vereinbarungen zur weiteren Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit (Tabelle 35). Am 5. Mai 1990 wurden mit dem „Göppinger Modell" die Eckwerte für die tarifliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Metall- und Elektroindustrie festgelegt. Rückwirkend zum 1. April 1990 trat ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft, nach dem die wöchentliche Arbeitszeit ab dem 1. April 1993 von 37 auf 36 und ab dem 1. Oktober 1995 auf 35 Stunden verkürzt werden soll. In einer Protokollnotiz zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung wurde vereinbart, daß die Tarifvertragsparteien, wenn eine von ihnen es wünscht, jeweils drei Monate vor Inkrafttreten dieser Regelung „über die Durchführbarkeit der Arbeitszeitverkürzung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage beraten. Dabei sind insbesondere die Beschäftigungssituation in der Metall- und Elektroindustrie, die Entwicklung im Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und die Entwicklung der Arbeitszeiten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zu berücksichtigen".

Die Tarifabschlüsse dieses Jahres enthielten Elemente der Flexibilisierung. So wurde im „Göppinger

Tabelle 35

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1988		
April	Groß- und Außenhandel Begünstigte: 767 700	In mehreren Tarifbezirken werden Nullmonate beziehungsweise Pauschalzahlungen für Verzögerungsmonate vereinbart. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen liegen im Durchschnitt bei 3,3 vH. Weitere Vereinbarungen über Verbesserung von Eingruppierungen, Tarifierung der Sonderzahlungen und Urlaubsgelderhöhung.
Mai	Metallindustrie Begünstigte: 144 600	Im Tarifgebiet Südwürttemberg-Hohenzollern haben Beschäftigte ab 1. 4. 1989 Anspruch auf betriebliche Weiterbildung während der Arbeitszeit. Außerdem sieht der Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag Möglichkeiten breiterer Qualifizierung und neue Wege der Arbeitsbewertung vor.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 171 400	Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um 3,6 vH. Ab 1. 5. 1989 Erhöhung um 1,2 vH, ab 1. 5. 1990 um weitere 2 vH. Die Arbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich ab 1. 5. 1989 auf 39 und ab 1. 5. 1990 auf 38,5 Stunden/Woche verkürzt.
Juli	Kautschukindustrie Begünstigte: 54 600	Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. 7. 1988 um 3,5 vH, weitere Stufenerhöhungen ab 1. 7. 1989 und 1. 7. 1990 um jeweils 2 vH. Durch einen Schlichtungsspruch wird die Arbeitzeit zum 1. 7. 1989 von 40 auf 39 Stunden und zum 1. 10. 1990 auf 38 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich verkürzt.
September	Papiererzeugende Industrie Begünstigte: 51 800	Die Löhne und Gehälter werden ab 1. 9. 1988 um 3,6 vH angehoben, ab 1. 9. 1989 und 1. 9. 1990 Stufenerhöhung um jeweils 2 vH. Die wöchentliche Arbeitszeit verringert sich ab 1. 1. 1990 von 40 auf 39 und ab 1. 1. 1991 auf 38 Stunden.
Oktober	Glasindustrie Begünstigte: 59 600	Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3 vH für 1988 und um jeweils 2 vH in 1989 und 1990. Arbeitszeitverkürzung ab 1. 10. 1989 von 40 auf 39 Stunden/Woche, ab 1. 10. 1990 auf 38 Stunden/Woche. Für Arbeitnehmer ab dem 56. Lebensjahr von 38 auf 37 Stunden pro Woche.
1989		
Januar	Schuhindustrie Begünstigte: 33 000	Die Löhne und Gehälter werden zum 1. 1. 1989 um 3 vH erhöht. Zum 1. 1. 1990 wird die Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden pro Woche verkürzt; Löhne und Gehälter steigen zum gleichen Zeitpunkt um 2 vH sowie zum 1. 1. 1991 um 2,4 vH.
Januar/ Februar/ April	Holzverarbeitende Industrie Begünstigte: 172 700	Erhöhung der Löhne und Gehälter für 1989 um 2,9 vH bis 3,5 vH und für 1990 um 2,9 vH bis 3,0 vH jeweils zum 1. 1./1. 2. oder 1. 4.; die Wochenarbeitszeit wird in den meisten Tarifbezirken von 38,5 auf 37 Stunden (in Teilbereichen stufenweise ab 1990/91) bei vollem Lohnausgleich verkürzt.
Februar	Papier- und Pappeverarbeitende Industrie Begünstigte: 93 300	Erhöhung der Löhne und Gehälter zum 1. 2. 1989 und 1. 2. 1990 jeweils um 3,5 vH. Arbeitszeitverkürzung vom 1. 11. 1989 von 38,5 auf 37,5 Stunden und vom 1. 11. 1990 an auf 37 Stunden pro Woche. Der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung beträgt 2,7 vH für die erste Stufe, für die zweite Stufe 1,4 vH.
April/Mai	Versicherungsgewerbe Begünstigte: 210 000	Die Gehälter steigen zum 1. 4. 1989 um 3,9 vH; Laufzeit 18 Monate. Zum 1. 7. 1990 wird die Wochenarbeitszeit von 38,75 auf 38 Stunden reduziert.
	Groß- und Außenhandel Begünstigte: 275 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,8 vH bis 3,9 vH, mindestens um 75 DM/Monat.
März/April/ Mai/August	Einzelhandel Begünstigte: 1 500 000	Zum 1. 3., 1. 4., 1. 5. oder 1. 8. 1989 werden die Löhne und Gehälter um 3,9 vH erhöht. Weitere Erhöhung zum 1. 3., 1. 4., 1. 5. oder 1. 9. 1990 um 3,4 vH. Die wöchentliche Arbeitszeit wird vom 1. 1. 1991 an von 38,5 auf 37,5 Stunden pro Woche verkürzt. In Protokollnotizen in den Manteltarifverträgen werden die Ladenschlußzeiten von montags bis freitags auf 18.30 Uhr festgelegt; für den Dienstleistungsabend sind Ausnahmen zur „Vermeidung spätöffnungsbedingter Wettbewerbsnachteile" nach Darlegung der Gründe gegenüber dem Betriebsrat möglich.
November	Privates Bankgewerbe, öffentliche Banken, Genossenschaftsbanken Begünstigte: 355 300	Die Entgelte steigen zum 1. 11. 1989 um 4,6 vH.
1990		
Januar	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 159 300	Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. 1. 1990 um 3,05 vH, für Dezember 1989 Einmalzahlung von 100 DM.

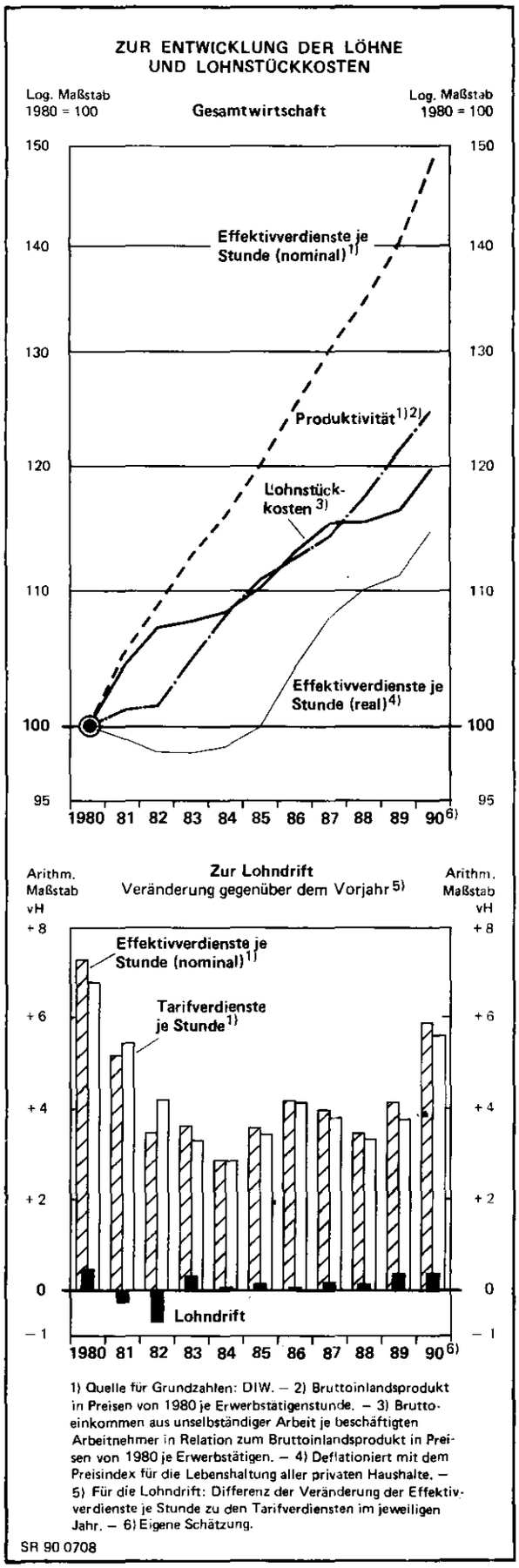
noch Tabelle 35

Monat		
noch 1990 noch Januar	Öffentlicher Dienst, Bundespost, Bundesbahn Begünstigte: 5 000 000	Anhebung der allgemeinen Zulagen von 67 DM auf 127 DM beziehungsweise 150 DM monatlich beziehungsweise von 100 DM auf 160 DM monatlich; erstmals Zulage von 60 DM für Angestellte der Vergütungsgruppe Ib, Ia und I. Dies entspricht einer Gehaltssteigerung von durchschnittlich rund 2 vH.
März/Mai/ Juni	Groß- und Außenhandel Begünstigte: 550 000	Die Löhne und Gehälter steigen zum 1. 3., 1. 5. oder 1. 6. 1990 um 4,8 vH bis 5,5 vH. Ab dem 1. 1. 1990 wird in Hessen die Jahressonderzahlung bis 1993 in Stufen von 550 DM auf 950 DM erhöht.
April	Bauhauptgewerbe Begünstigte: 1 000 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 5,8 vH sowie Erhöhung des Bauzuschlags um 0,5 vH auf 5,9 vH. Zusätzlich wurde ein Winterlohnausgleich von durchschnittlich 300 DM vereinbart. Das 13. Monatseinkommen wird bis 1992 stufenweise von bisher 60 vH auf 100 vH angehoben.
	Metallindustrie Begünstigte: 4 000 000	Für die Monate April und Mai Vereinbarung von Pauschalzahlungen von 215 DM; die Löhne und Gehälter werden vom 1. 6. 1990 bis zum 31. 3. 1991 um 6 vH angehoben. Einmalige Zuwendung von 240 DM zur Erstattung von Kontoführungsgebühren. Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab 1. 4. 1993 von 37 auf 36 Stunden und zum 1. 10. 1995 um eine weitere Stunde auf 35 Stunden.
	Druckindustrie Begünstigte: 120 000	Lohn- und Gehaltssteigerungen um 6,8 vH, die Arbeitszeit pro Woche wird ab dem 1. 4. 1995 von 37 auf 35 Stunden verkürzt.
Mai	Maler- und Lackiererhandwerk Begünstigte: 122 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 5,6 vH im Saarland beziehungsweise um 5,9 vH im übrigen Bundesgebiet.
Juli/ August/ September	Chemische Industrie Begünstigte: 700 000	Zum 1. 7., 1. 8. oder 1. 9. 1990 werden die Löhne und Gehälter um 6,5 vH, für den ersten Monat pauschal um 230 DM, jedoch mindestens 6,5 vH angehoben.

Modell" vereinbart, daß ab sofort 18 vH der Beschäftigten eines Betriebes (einschließlich der leitenden und außertariflichen Angestellten) freiwillig bis zu 40 Stunden in der Woche arbeiten und dafür Freizeitausgleich innerhalb von 24 Monaten oder entsprechend höhere Bezahlung wählen können. Über die Umsetzung dieser Regelung liegen bisher keine Informationen vor.

Die Tarifpartner des Bauhauptgewerbes einigten sich, die im Winter witterungsbedingt ausgefallenen Arbeitsstunden durch Nacharbeit in der Zeit von April bis Oktober auszugleichen. Die Anzahl der zusätzlichen Arbeitsstunden wurde auf höchstens 20 Stunden pro Monat und auf insgesamt höchstens 50 Stunden begrenzt.

Schaubild 25



1) Quelle für Grundzahlen: DIW. — 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen. — 4) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 5) Für die Lohndrift: Differenz der Veränderung der Effektivverdienste je Stunde zu den Tarifverdiensten im jeweiligen Jahr. — 6) Eigene Schätzung.

SR 90 0708

V. Geldpolitik: Herausforderung durch die deutsche Währungsunion

191. Herausragendes geldpolitisches Ereignis des Jahres 1990 war die Schaffung der deutschen Währungsunion. Durch die Einführung der D-Mark in der DDR sollte die wirtschaftliche und damit letztlich die politische Integration der beiden deutschen Staaten beschleunigt werden, wobei die mit einem solchen Schritt verbundenen Risiken in Kauf genommen wurden. Auch für die Stabilität des Geldwerts barg die Bildung der Währungsunion nicht zu unterschätzende Gefahren in sich. Soweit ein Urteil heute schon möglich ist, hat die Bundesbank die mit der Ausweitung des Währungsgebietes verbundenen Schwierigkeiten jedoch erfolgreich bewältigt. Die monetäre Expansion scheint sich bis heute in dem durch die Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten in den beiden Regionen des vereinigten Währungsgebietes gesetzten Rahmen zu halten.

Erste Jahreshälfte: Moderate Geldmengenexpansion

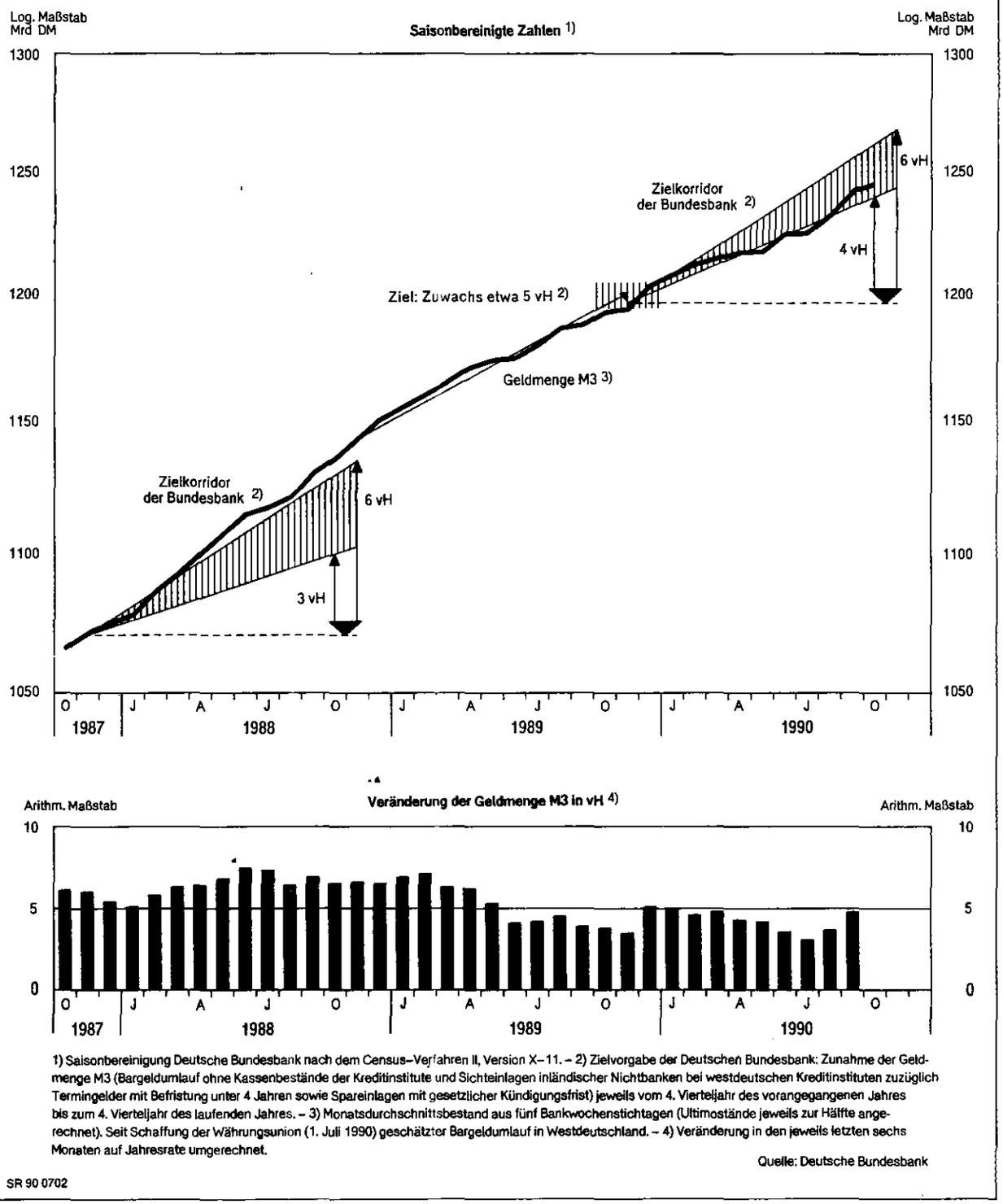
192. Angesichts der sich zur Jahreswende 1989/90 abzeichnenden Stabilitätsrisiken war die Bundesbank bemüht, die Erwartungen der Marktteilnehmer über den künftigen Kurs der Geldpolitik durch die Vorgabe eines vergleichsweise ehrgeizigen Geldmengenziels für das Jahr 1990 zu stabilisieren. Bei der Zielableitung ging die Bundesbank von einer Zunahme des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen von gut 4½ vH aus, wobei sie unterstellte, daß sich der Anstieg des Preisniveaus in diesem Jahr kaum noch auf weniger als 2 vH begrenzen lassen würde, ohne die Fortdauer der konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu gefährden. Unter Berücksichtigung eines Zuschlags für die trendmäßige Abnahme der Geldumlaufsgeschwindigkeit in Höhe eines halben Prozentpunkts ergab sich aus diesen Überlegungen eine potentialgerechte Rate der monetären Expansion von etwa 5 vH. Unter dem Eindruck der sich überstürzenden Entwicklung in der DDR und der dadurch verursachten Unsicherheiten sowie im Hinblick auf mögliche strukturelle Geldnachfrageveränderungen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Internationalisierung der Finanzmärkte legte die Bundesbank indes ihr diesjähriges Geldmengenziel — anders als im Vorjahr — wieder in Form eines Zielkorridors fest; die von der Bundesbank als Zielgröße verwendete Geldmenge M3 sollte vom 4. Quartal 1989 bis zum 4. Quartal 1990 um 4 vH bis 6 vH zunehmen.

Gemessen an der Erwartung, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Jahre 1990 mit einer Rate von etwa 6½ vH zunehmen werde (JG 89 Ziffern 202ff.), deutete sich bereits in dieser Zielvorgabe ein gewisser Restriktionsdruck an, wenn auch infolge der starken Geldmengenausweitung der Vergangenheit noch immer genügend Liquidität vorhanden war, um eine über das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten hinausgehende Steigerung der Nachfrage zu ermöglichen (JG 89 Ziffer 306). Gleichzeitig signalisierte die Bundesbank den Marktteilnehmern mit diesem Geldmengenziel, daß sie der Stabilität des Geldwerts auch weiterhin Priorität einräumen werde.

Tatsächlich konnte die Expansion der Geldmenge in der ersten Jahreshälfte weitgehend in der von der Bundesbank angestrebten Zielmarge gehalten werden (Schaubild 26). Im Juni, dem Monat vor der Einführung der D-Mark in der DDR, übertraf die Geldmenge M3 – nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet – ihren Stand vom 4. Quartal 1989 um nurmehr 4,1 vH.

Schaubild 26

GELDPOLITISCHE VORSTELLUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

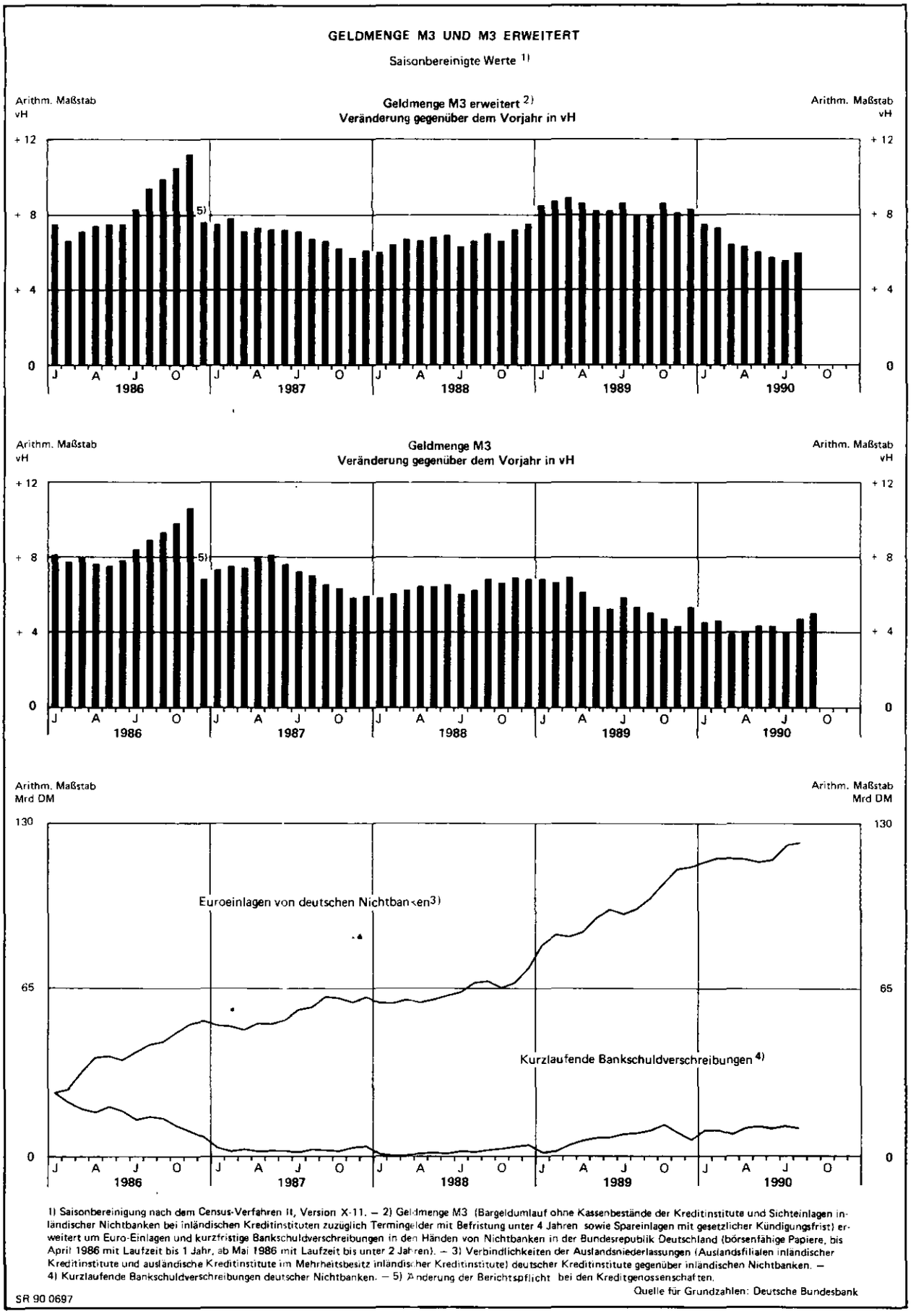


1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11. – 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 (Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei westdeutschen Kreditinstituten zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 3) Monatsdurchschnittsbestand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet). Seit Schaffung der Währungsunion (1. Juli 1990) geschätzter Bargeldumlauf in Westdeutschland. – 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0702

Schaubild 27



1) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Geldmenge M3 (Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei inländischen Kreditinstituten zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) erweitert um Euro-Einlagen und kurzfristige Bankschuldverschreibungen in den Händen von Nichtbanken in der Bundesrepublik Deutschland (börsenfähige Papiere, bis April 1986 mit Laufzeit bis 1 Jahr, ab Mai 1986 mit Laufzeit bis unter 2 Jahren). — 3) Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen (Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute) deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken. — 4) Kurzlaufende Bankschuldverschreibungen deutscher Nichtbanken. — 5) Änderung der Berichtspflicht bei den Kreditgenossenschaften.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 90 0697

193. Zwar legt die Bundesbank ihrer Beurteilung der monetären Expansion primär die Geldmenge M3 zugrunde, ein Aggregat, das die Bargeldbestände sowie die Sicht-, Termin- und Spareinlagen inländischer Nichtbanken bei heimischen Kreditinstituten umfaßt. In letzter Zeit sind erneut Zweifel aufgekommen, ob dieses Geldmengenaggregat die monetäre Expansion hinreichend genau wiedergibt. Wie schon in den Jahren 1980 und 1986 haben inländische Anleger in den vergangenen zwei Jahren ihre DM-Einlagen bei Kreditinstituten im Ausland in erheblichem Umfang aufgestockt (Schaubild 27). Allein zwischen Juni 1989 und Juni 1990 haben sich die Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen deutscher Banken gegenüber Nichtbanken in der Bundesrepublik um gut 20 vH erhöht; bezogen auf die Geldmenge M3 haben sie bereits eine Größenordnung von knapp 10 vH erreicht. Die um die DM-Einlagen von Inländern an den Euromärkten und den Bestand an kurzlaufenden Bankschuldverschreibungen in den Händen inländischer Nichtbanken erweiterte Geldmenge M3 übertraf im Juni ihren Vorjahresstand um 5,7 vH, während sich die herkömmlich definierte Geldmenge M3 in diesem Zeitraum lediglich um 4,3 vH erhöhte.

194. DM-Einlagen am Euromarkt — es handelt sich hierbei überwiegend um kurzfristige Termingelder — können als enges Substitut zu den von inländischen Banken angebotenen Termineinlagen gelten. Insbesondere wegen der fehlenden Pflicht zur Mindestreservehaltung an den externen Märkten können die am Euromarkt tätigen Geschäftsbanken allerdings ihren Geschäftspartnern bessere Konditionen bieten, als es am heimischen Markt üblich ist: Die Verzinsung von Terminguthaben am Euromarkt kann — maximal — um die Kosten der Mindestreservehaltung über dem von inländischen Banken gebotenen Termingeldzins liegen; sie entspricht damit annähernd den am heimischen Interbankenmarkt üblichen Sätzen. Die Zinsunterschiede zwischen beiden Marktsegmenten bieten somit gerade Großanlegern Anreiz genug, zeitweilig nicht benötigte Liquiditätsüberschüsse vom inländischen in den Euromarkt zu verlagern. Dies beeinträchtigt die Indikatorqualitäten der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge M3.

Unabhängig davon wird die Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen dadurch herabgesetzt, daß die Bundesbank mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten auf die Dispositionen der Marktteilnehmer an den Euromärkten nicht oder nur in abgeschwächter Form einwirken kann. Die Mindestreservefreiheit am Euromarkt ermöglicht es, daß mit dem von der Bundesbank in Umlauf gebrachten Zentralbankgeld unter sonst gleichen Bedingungen eine größere Geldmenge geschaffen werden kann als im inländischen Bankensystem; ein gegebener Bestand an Zentralbankgeld wird gleichsam intensiver genutzt. Da sich die Entscheidungen der Nichtbanken zwischen einer Geldanlage am heimischen oder am externen Markt einer Einflußnahme durch die Bundesbank weitestgehend entziehen, wird die Kontrolle der Geldmengenentwicklung im Inland erschwert. Dies gilt um so mehr, als die Ausweitung der Euroeinlagen sich nicht stetig vollzieht, somit bei der laufenden Geldmarktsteuerung nicht prophylaktisch durch entsprechende Zu- oder Abschläge beim Zentralbankgeldangebot berücksichtigt werden kann.

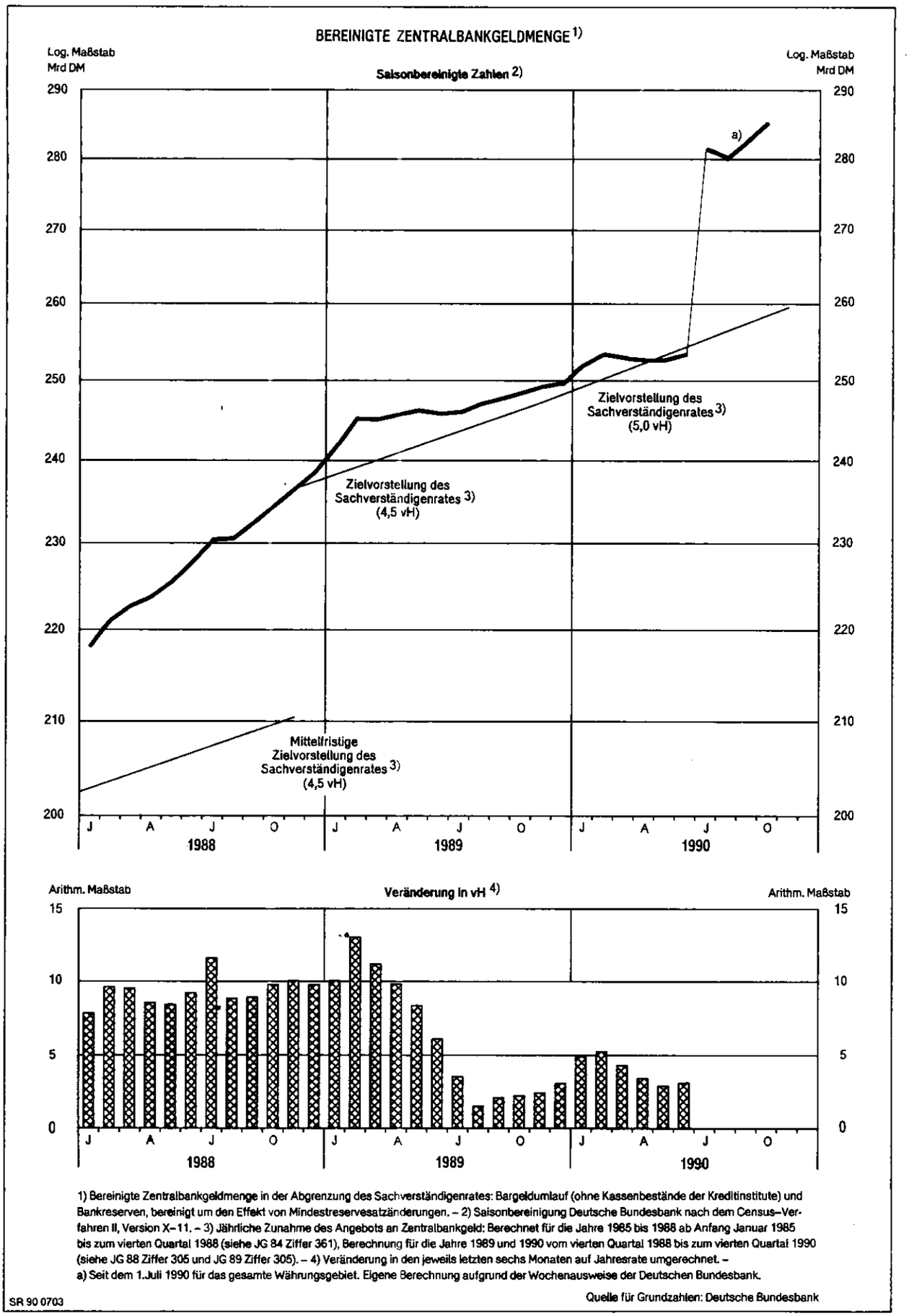
195. Die Bundesbank hat in den letzten Jahren mit der Verwendung der Geldmenge M3 ihrer Geldpolitik eine vergleichsweise weite Gelddefinition zugrundegelegt und dies unter anderem damit begründet, daß dieses Aggregat ein annähernd vollständiges Bild der Liquiditätsversorgung der Wirtschaft zeichne. Die Geldmenge M3 in der herkömmlichen Abgrenzung wird diesem Anspruch jedoch nicht länger gerecht. Vermögensumschichtungen zugunsten von DM-Einlagen am externen Markt beeinträchtigen daher die Aussagekraft der („eng" abgegrenzten) Geldmenge M3. Im Sinne der von der Bundesbank verwendeten Konzeption wäre deshalb die Verwendung der erweiterten Geldmenge M3 als Indikator und Zwischenzielgröße nur konsequent. Die Bundesbank hat dies bislang allerdings mit dem Hinweis auf die noch unzureichende Kenntnis der Indikatorqualitäten der erweiterten Geldmenge M3 abgelehnt.

196. Anders als die Bundesbank legt der Sachverständigenrat seinen geldpolitischen Überlegungen nicht die Geldmenge M3 zugrunde, sondern die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die den Bargeldumlauf und die Reserven der Kreditinstitute bei der Zentralbank umfaßt. Während die Geldmenge M3 letztlich durch das Zusammenwirken von Notenbank, Geschäftsbanken und Nichtbanken bestimmt ist, demnach also angebots- und nachfrageseitige Einflüsse widerspiegelt, bildet die bereinigte Zentralbankgeldmenge lediglich den unmittelbaren Beitrag der Bundesbank zur monetären Expansion ab. Sie erlaubt damit eine deutlichere Beurteilung des jeweiligen geldpolitischen Kurses, kann jedoch keine Aussagen über die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft liefern. Nach den Vorstellungen des Sachverständigenrates sollte die bereinigte Zentralbankgeldmenge in diesem Jahr um 5 vH ausgedehnt werden (JG 89 Ziffer 305); um allerdings die nachträgliche Alimentierung von Zielverfehlungen zu vermeiden, sollte als Ausgangsbasis der Geldmengenexpansion das durch die Zielvorstellung für das Jahr 1989 gegebene Niveau dienen. Tatsächlich lag im 4. Quartal 1989 die bereinigte Zentralbankgeldmenge um knapp 2 Mrd DM über dem durch den Zielpfad bestimmten Niveau.

197. Das Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge hat sich im Laufe der ersten Jahreshälfte abgeschwächt. Im Juni übertraf die bereinigte Zentralbankgeldmenge nach Korrektur um saisonale Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet das durch den Ausgangspunkt des Zielpfades gegebene Niveau nur um 4,3 vH (Schaubild 28), sie lag also etwas unterhalb des Zielpfades nach den Vorstellungen des Sachverständigenrates.

198. Anders als die Geldmenge M3 wird die bereinigte Zentralbankgeldmenge durch die Verlagerung von Mitteln vom einheimischen Markt an die Euromärkte nicht unmittelbar beeinflußt, da sie lediglich die von der Bundesbank zugelassene Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld anzeigt. Allerdings kann die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft — wie sie durch die erweiterte Geldmenge M3 angegeben wird — bei Verlagerung von Mitteln an die Euromärkte wegen der fehlenden Mindestreservepflicht

Schaubild 28



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census–Verfahren II, Version X–11. – 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnet für die Jahre 1985 bis 1988 ab Anfang Januar 1985 bis zum vierten Quartal 1988 (siehe JG 84 Ziffer 361), Berechnung für die Jahre 1989 und 1990 vom vierten Quartal 1988 bis zum vierten Quartal 1990 (siehe JG 88 Ziffer 305 und JG 89 Ziffer 305). – 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet. – a) Seit dem 1.Juli 1990 für das gesamte Währungsgebiet. Eigene Berechnung aufgrund der Wochenausweise der Deutschen Bundesbank.

SR 90 0703

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

schneller zunehmen als ohne diese Anlagemöglichkeit. Eine derartige Änderung der Kassenhaltungsgewohnheiten — so sie denn als dauerhaft anzusehen ist — muß auch in der geldbasisorientierten Konzeption des Sachverständigenrates berücksichtigt werden: Eine anhaltend über das Wachstum der im Inland gehaltenen Geldbestände hinausgehende Zunahme der erweiterten Geldmenge gäbe Anlaß zu einer entsprechend geringeren Ausweitung der Versorgung mit Zentralbankgeld.

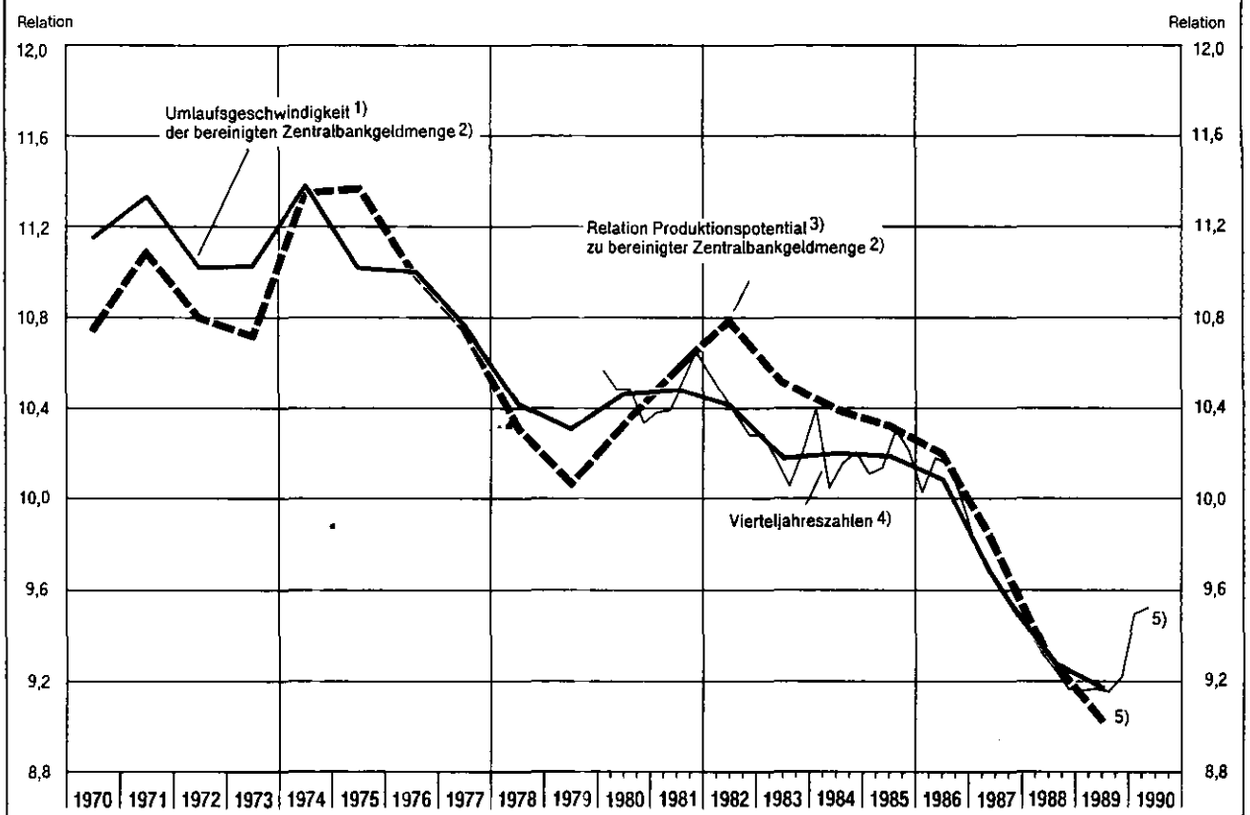
Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß es im Zuge der fortschreitenden Internationalisierung der Finanzmärkte zu einer Lockerung des Zusammenhangs zwischen dem von der Bundesbank bereitgestellten Geldangebot und der tatsächlich realisierten Geldmenge kommt. Für den Fall, daß es sich dabei lediglich um temporäre Instabilitäten handelt, sieht die Konzeption der potentialorientierten Geldmengenpolitik — die ja letztlich auf der Annahme stabiler Funktionen von Geldnachfrage und Geldangebot beruht — Ausnahmeklauseln vor (JG 87 Ziffer 317). Ein Festhalten an einem a priori festgelegten Zielpfad für die Geldmengenexpansion wäre in einem solchen Fall nicht angemessen. Sollte es sich hingegen zeigen, daß der Zusammenhang zwischen der Versorgung mit Zentralbankgeld und der tatsächlich realisierten Geldmenge dauerhaft gelockert wäre, so wäre die bereinigte Zentralbankgeldmenge nicht länger als geeigneter Indikator anzusehen.

199. Die Verlangsamung der Geldmengenexpansion in der ersten Jahreshälfte zeigt sich auch in der kräftigen Erhöhung der Geldumlaufsgeschwindigkeit, also der Relation von nominalem Bruttosozialprodukt und bereinigter Zentralbankgeldmenge (Schaubild 29). Durch intensivere Ausnutzung des von der Bundesbank bereitgestellten Zentralbankgeldes konnte so das erhöhte Transaktionsvolumen bewältigt werden, ohne daß es einer größeren Ausdehnung der Geldmenge bedurfte. Demgegenüber dürfte die Relation von Produktionspotential in jeweiligen Preisen und bereinigter Zentralbankgeldmenge, die als ein von konjunkturellen Schwankungen nicht beeinflußtes Maß für die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld gelten kann, bis zur Jahresmitte nur geringfügig zugenommen haben; der von der Bundesbank bereitgestellte Geldmantel war also durchaus nicht zu knapp geschnitten.

Das Geldnachfrageverhalten, wie es in der Entwicklung dieser beiden Größen zum Ausdruck kommt,

Schaubild 29

ZUR ENTWICKLUNG DER UMLAUFSGESCHWINDIGKEIT DER BEREINIGTEN ZENTRALBANKGELDMENGE



1) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zu bereinigter Zentralbankgeldmenge.– 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.– 3) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen. Produktionspotential: Eigene Schätzung.– 4) Umlaufsgeschwindigkeit, berechnet aus saisonbereinigten Zahlen.– 5) Wegen der Vergrößerung des Währungsraumes keine weitere Berechnung möglich.

SR 90 0726

spiegelt vor allem den Einfluß der gestiegenen Zinsen wider. Die Entwicklung dieses Jahres stützt somit die in unserem letzten Jahresgutachten ausgesprochene Vermutung eines längerfristig recht stabilen Zusammenhangs zwischen der Zinsentwicklung und Veränderungen der Geldumlaufsgeschwindigkeit (JG 89 Ziffern 130 f.).

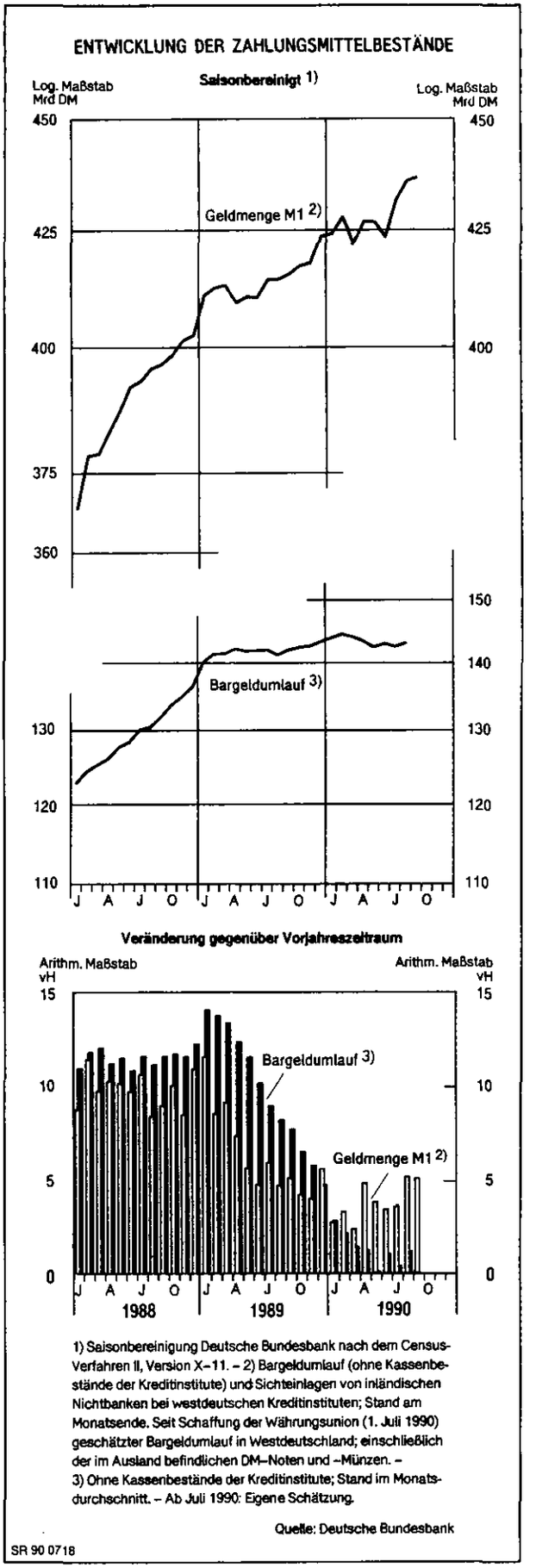
200. Auch in der Entwicklung der Zahlungsmittelbestände zeigt sich in diesem Jahr deutlich der Einfluß der gestiegenen Zinsen (Schaubild 30). Die Geldmenge M1, die mit den Bargeldbeständen und den Sichtguthaben inländischer Nichtbanken die weitgehend unverzinslichen Komponenten des Geldvolumens umfaßt, expandierte in der ersten Jahreshälfte nur mäßig; im Juni übertraf sie ihr Vorjahresniveau um 3,4 vH. Der Bargeldumlauf nahm dabei nach Ausschaltung saisonaler Schwankungen trotz der zusätzlichen Bargeldnachfrage durch Besucher aus der DDR zwischen Januar und Juni sogar leicht ab. Weitaus stärker expandierte demgegenüber die Geldmenge M2, die zusätzlich die Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber inländischen Nichtbanken mit einer Befristung von weniger als 4 Jahren umfaßt. Angesichts attraktiver Zinskonditionen legten private Anleger allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 25,2 Mrd DM zusätzlich in geldnahen Termingeldern an; in der Folge überschritt die Geldmenge M2 im Juni ihren Vorjahresstand um 12,5 vH. Demgegenüber ließ die Bereitschaft zur Geldanlage auf Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist auch in diesem Jahr weiter deutlich nach; von Januar bis Juni haben die Anleger per saldo 34 Mrd DM von ihren Sparkonten abgehoben. Die Ursache für diese Entwicklung liegt in der weiterhin äußerst niedrigen Verzinsung der Spareinlagen, denn der Spareckzins lag im Juni bei nur 2,8 % und damit um 3½ Prozentpunkte unter dem Satz für kurzfristige Festgelder. Entsprechend schwach war die Expansion der Geldmenge M3, die neben den Komponenten der Geldmenge M2 zusätzlich die Spareinlagen umfaßt.

Expansive Impulse erhielt die Ausweitung der Zahlungsmittelbestände vor allem von der weiterhin äußerst lebhaften Kreditvergabe der Banken. Trotz Kreditzinsen von 8½ % und mehr waren vor allem Unternehmen, aber auch Privatpersonen bereit, sich in erheblichem Umfang zu verschulden; von Januar bis Juni erhöhten sich ihre Bankschulden — saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet — um 8,3 vH. Zinsbedingt wurden dabei vermehrt kurzfristige Kredite aufgenommen.

Auf der anderen Seite waren die Marktteilnehmer in erheblichem Maße zur langfristigen Geldvermögensanlage bereit, so daß das Geldmengenwachstum trotz der Expansion im Aktivgeschäft der Kreditinstitute in vergleichsweise ruhigen Bahnen verlief. In den ersten sechs Monaten des Jahres erhöhte sich die Geldkapitalbildung bei Banken unter Berücksichtigung saisonaler Regelmäßigkeiten mit einer Jahresrate von 12,6 vH. Wie bereits im vergangenen Jahr galt das Interesse der Anleger dabei insbesondere den von Banken emittierten Schuldverschreibungen, die mit einer attraktiven Verzinsung aufwarten konnten.

201. In Fortführung ihrer geldpolitischen Grundlinie vom vergangenen Jahr deckte die Bundesbank den

Schaubild 30



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11. – 2) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Sichteinlagen von inländischen Nichtbanken bei westdeutschen Kreditinstituten; Stand am Monatsende. Seit Schaffung der Währungsunion (1. Juli 1990) geschätzter Bargeldumlauf in Westdeutschland; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. – 3) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; Stand im Monatsdurchschnitt. – Ab Juli 1990: Eigene Schätzung.

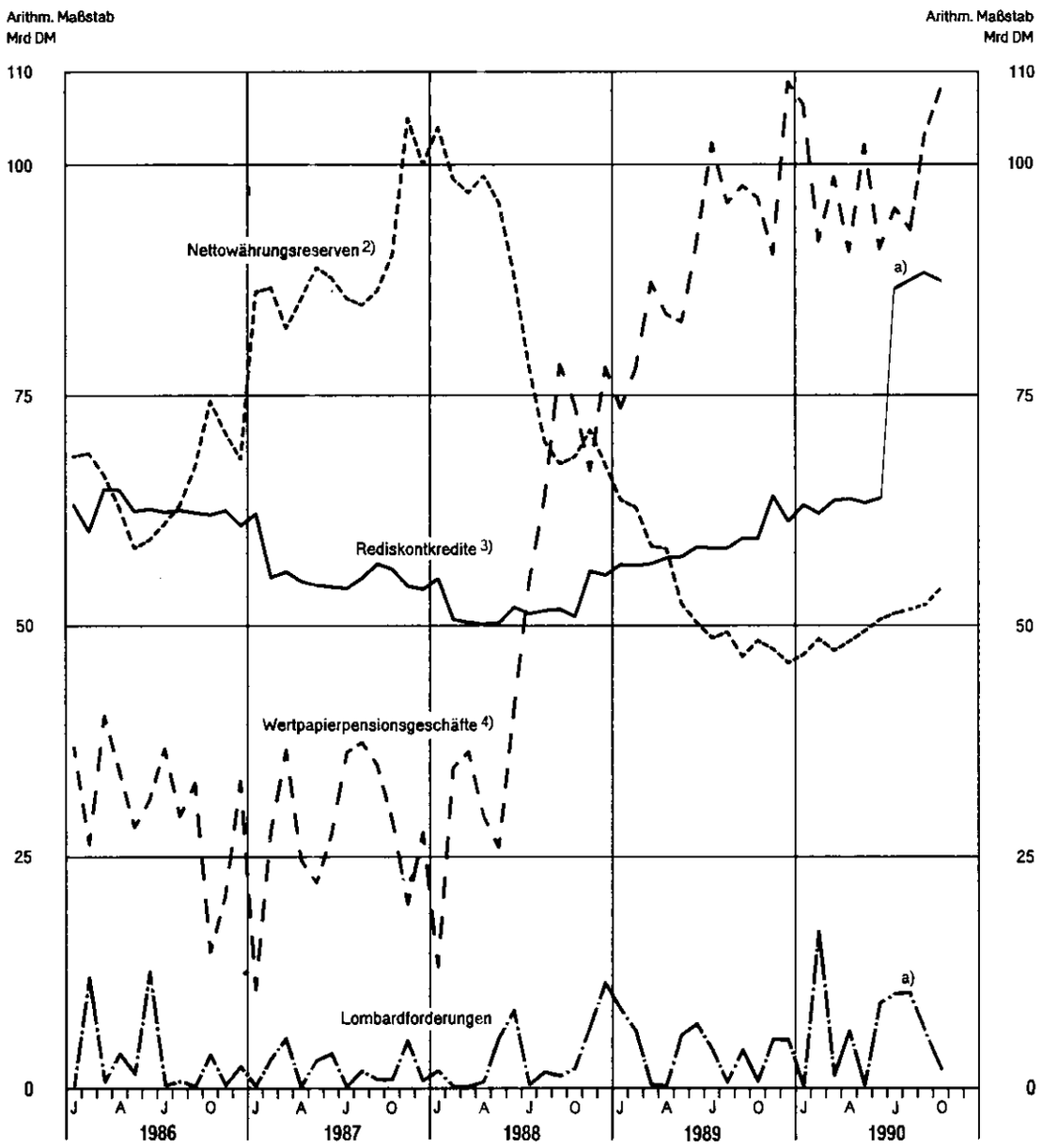
Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0718

Zentralbankgeldbedarf der Geschäftsbanken von Anfang an recht zurückhaltend und zwang damit die Kreditinstitute mehrfach zu erheblichen Rückgriffen auf den Lombardkredit (Schaubild 31). Neben der Hochkonjunktur mag auch die Erwartung einer überhöhten Liquiditätsausweitung im Zusammenhang mit der Bildung der deutschen Währungsunion die Bundesbank zu dieser Politik bewogen haben. Schützenhilfe erhielt die Bundesbank dabei durch die Entwicklung an den Finanzmärkten, nämlich dadurch, daß die

Schaubild 31

WICHTIGE KOMPONENTEN DER ZENTRALBANKGELDENTSTEHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND[1)]



1) Stand am Ende des Monats. – 2) Bruttowährungsreserven (Gold, Devisen und Sorten, Reserveposition im IWF und SZR sowie Forderungen an den "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit" im Rahmen des EWS, netto) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten (im wesentlichen Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft einschließlich der an Ausländer abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere). – 3) Inlands- und Auslandswechsel. – 4) Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere. – a) Gesamtbereich der Währungsunion.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0701

Zinssätze auch ohne geldpolitisches Zutun stiegen und von sich aus einen dämpfenden Einfluß auf die Geldnachfrage ausübten.

Die laufende Bereitstellung von Zentralbankgeld an die Geschäftsbanken erfolgte dabei auch in diesem Jahr vornehmlich über revolvierende Wertpapierpensionsgeschäfte, die sich mittlerweile zu einem Instrument mit hoher Flexibilität entwickelt haben. Die Bundesbank behielt dabei weitgehend den im vergangenen Jahr eingeführten Rhythmus bei, den Kreditinstituten in jedem Monat sechs Wertpapierpensionsgeschäfte mit einer Befristung von vier beziehungsweise acht Wochen anzubieten. Die Ausschreibung erfolgte dabei nahezu ausnahmslos in Form des Zinstenders mit variablem Zuteilungssatz, bei dem das Zentralbankgeld nach dem von jeder Bank individuell gebotenen Zins zugeteilt wird (JG 88 Ziffer 114).

Zweite Jahreshälfte: Die deutsche Währungsunion als Herausforderung für die Geldpolitik

202. Durch den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden vom 1. Juli 1990 an die geld- und währungspolitischen Befugnisse der Deutschen Bundesbank auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Der Währungspolitik wurde damit die Aufgabe eines Katalysators der wirtschaftlichen Integration zweier völlig unterschiedlicher Ordnungssysteme übertragen. Nicht allein, daß eine solche Vorgehensweise mit nicht unerheblichen Risiken verbunden war und zu Recht als Wagnis angesehen werden mußte[1]) — erschwerend kam noch hinzu, daß es in der DDR an den für die geldpolitische Steuerung notwendigen institutionellen Voraussetzungen mangelte und bis heute noch immer keine ausreichenden statistischen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft verfügbar sind. Die Aufgabe der Verwirklichung einer deutschen Währungsunion konnte somit als eine der größten Herausforderungen in der Geschichte der Bundesbank gelten.

203. Die vornehmlich unter politischen Aspekten getroffene Entscheidung, rasch eine gesamtdeutsche Währungsunion zu verwirklichen, brachte das Problem mit sich, die Ausstattung der DDR mit D-Mark ohne rechte Kenntnis des tatsächlichen Geldbedarfs vornehmen zu müssen. Gemäß der vom Sachverständigenrat wie auch von der Bundesbank vertretenen Konzeption der potentialorientierten Geldmengenpolitik war die im Zuge der Währungsumstellung zusätzlich bereitgestellte Geldmenge nach dem von der DDR in das gesamtdeutsche Wirtschaftsgebiet eingebrachten Produktionspotential zu bemessen, um nachfrageseitig bedingte Preisniveausteigerungen im vereinigten Währungsraum zu vermeiden. Allerdings war das Produktionspotential der DDR nicht bekannt, und Schätzungen gestalteten sich schwierig, da abzusehen war, daß nach Einführung der Marktwirtschaft ein großer Teil des existierenden Produktionsapparates obsolet werden würde. Bei der Bestimmung der für die DDR angemessenen Geldversorgung wurde im allgemeinen angenommen, daß das Produktionspotential der DDR bei etwa 10 vH des westdeutschen Potentials liegt.

Die Ermittlung einer angemessenen Geldausstattung der DDR wurde zusätzlich durch die fehlende Kenntnis der Geldnachfragegewohnheiten der DDR-Bevölkerung erschwert. In Ermangelung genauer Informationen wurde angenommen, daß sich die Kassenhaltung der DDR-Bürger mit dem Wandel der institutionellen Gegebenheiten den in der Bundesrepublik üblichen Verhaltensweisen annähern werde.

204. Die im Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR letztlich festgelegten Modalitäten der Währungsumstellung sahen für Forderungen und Verbindlichkeiten grundsätzlich einen Umtauschsatz von 2 Mark der DDR zu 1 D-Mark vor. Allerdings wurde aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit für Sparguthaben bis zu einem bestimmten, nach Altersklassen gestaffelten Grundbetrag ein Umstellungskurs von 1 Mark der DDR zu 1 D-Mark vereinbart. Ungünstigere Umstellungssätze galten für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden. Nach den vorliegenden Informationen errechnete sich hieraus ein durchschnittlicher Umstellungskurs von etwa 2 Mark der DDR zu 1 D-Mark für die bilanziell erfaßten Forderungen des DDR-Bankensystems; für die Verbindlichkeiten belief sich der Umstellungssatz im Durchschnitt auf 1,8 Mark der DDR zu 1 D-Mark.

205. In der sozialistischen Planwirtschaft hatte das Bankwesen vor allem die Aufgabe, die Spareinlagen der Privaten zu sammeln und nach Maßgabe des Zentralplans Kredite an die Betriebe sowie die öffentlichen Haushalte zu vergeben. Der zentralverwaltungswirtschaftlichen Organisationsstruktur entsprechend fehlte ein selbständiges, wettbewerblich organisiertes Geschäftsbankensystem; die bestehenden Banken waren faktisch von Weisungen der Staatsbank der DDR abhängig. Erst seit April diesen Jahres wurden Schritte unternommen, in der DDR ein nach marktwirtschaftlichen prinzipien organisiertes Bankensystem aufzubauen. Da jedoch angesichts des Fehlens eines voll funktionsfähigen monetären Sektors und angesichts des unzureichenden Wissens der in der DDR beheimateten Kreditinstitute um ein modernes Finanzmanagement zunächst mit Schwierigkeiten bei der laufenden Geldmengensteuerung gerechnet werden mußte, sah sich die Bundesbank veranlaßt, die geldpolitischen Instrumente für den Einsatz in der DDR in geeigneter Weise zu modifizieren.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1990 hat die Bundesbank den in der DDR ansässigen Kreditinstituten die Möglichkeit eingeräumt, sich durch die Rediskontierung von Wechseln Zentralbankgeld bei ihr zu beschaffen. Wegen des Fehlens bundesbankfähiger Handelswechsel wurde den Kreditinstituten mit Sitz in der DDR jedoch gestattet, eigene Wechsel (Solawechsel) bei der Bundesbank einzureichen. Den ostdeutschen Geschäftsbanken wurden hierfür Refinanzierungskontingente in Höhe von 25 Mrd DM eingeräumt; die individuelle Zuteilung dieser Kontingente wurde dabei — abweichend von den für bundesdeutsche Kreditinstitute

[1]) Brief des Sachverständigenrates an den Bundeskanzler vom 9. Februar 1990, abgedruckt als Anhang V.

gültigen Regelungen — pauschal anhand der Bilanzsumme der einzelnen Institute vorgenommen. Der Refinanzierungskredit wird zum Diskontsatz gewährt.

Weiterhin wurde den ostdeutschen Kreditinstituten der Zugriff auf den Lombardkredit der Bundesbank gestattet. Mangels ausreichender Bestände an lombardfähigen Wertpapieren bei den Kreditinstituten wurde den DDR-Banken die Möglichkeit eingeräumt, sich auch gegen Verpfändung von eigenen Wechseln bei der Bundesbank zu verschulden.

Die Teilnahme von ostdeutschen Banken an den von der Bundesbank ausgeschriebenen Wertpapierpensionsgeschäften ist demgegenüber zunächst noch nicht möglich. Zum Ausgleich wurden die den Kreditinstituten eingeräumten Refinanzierungskontingente von Beginn an entsprechend höher bemessen.

Seit dem 1. August 1990 unterliegen die in Ostdeutschland beheimateten Kreditinstitute außerdem den westdeutschen Mindestreservebestimmungen. Bei ostdeutschen Kreditinstituten bestehende Sparguthaben, die nach früheren Bestimmungen auch für Zahlungszwecke eingesetzt werden konnten und daher nach der in der Bundesrepublik üblichen Praxis als Sichteinlagen anzusehen waren, werden jedoch erst von Beginn nächsten Jahres an den für täglich fällige Verbindlichkeiten geltenden Bestimmungen unterworfen.

206. Da in einer Währungsunion mit freiem Güter- und Kapitalverkehr eine nach Regionen differenzierende Geldpolitik schlechterdings unmöglich ist, mußte das von der Bundesbank im Herbst vergangenen Jahres aufgestellte Geldmengenziel seine Bedeutung als Richtschnur für die Geldpolitik verlieren. Allerdings ließen die verfügbaren Daten über die wirtschaftliche Situation in der DDR die Formulierung eines Geldmengenziels für den gesamtdeutschen Währungsraum nicht zu. Da zudem auch keine gesicherten bankstatistischen Angaben über die monetäre Entwicklung in der DDR vorlagen, wäre die Formulierung einer Zielvorgabe für die Geldmengenexpansion im gesamtdeutschen Währungsraum nicht sinnvoll gewesen. Stattdessen zog die Bundesbank zur Beurteilung der laufenden monetären Entwicklung weiterhin das Geldmengenziel für den westlichen Teilbereich der Währungsunion heran.

Angesichts der Größenverhältnisse der beiden Regionen — gemessen an der um ein Vielfaches höheren Wirtschaftskraft der Bundesrepublik — war die Beibehaltung des Geldmengenziels als pragmatische Lösung zwar durchaus gerechtfertigt. Allerdings ist es nicht möglich, die im Westteil des Währungsgebiets umlaufende Geldmenge M3 exakt zu ermitteln. Zwar läßt sich die Expansion des Einlagevolumens bei westdeutschen Kreditinstituten genau bestimmen, doch können hierin auch Einlagen von ostdeutschen Nichtbanken enthalten sein, die nach den von der Bundesbank verwendeten Geldmengendefinitionen nicht zur westdeutschen Geldmenge zählen. Nur grob geschätzt werden kann zudem die Höhe des Bargeldumlaufs in den beiden Teilbereichen der Währungsunion. Die Bundesbank geht hierbei in der Weise vor, daß sie die Meldungen über Barauszahlungen von Filialen der Bundesbank im Gebiet der DDR sowie über die Mittelaufnahme von Kreditinstituten aus der DDR am heimischen Interbankenmarkt auswertet. Angaben über die von Nichtbanken veranlaßten Bargeldbewegungen zwischen den beiden Landesteilen liegen jedoch nicht vor. Angesichts der zahlreichen Besuchsreisen von DDR-Bürgern in den Westteil Deutschlands steht zu befürchten, daß sich die durch grenzüberschreitende Zahlungsströme verursachten Schätzfehler im Laufe der Zeit nicht ausgleichen, sondern vielmehr kumulieren. Die Schätzung einer Geldmenge für den Westen Deutschlands allein kann daher nur ein Provisorium sein.

Während diese Unsicherheiten bei der Schätzung der von der Bundesbank als Zielgröße verwendeten Geldmenge M3 — an der der Bargeldumlauf nur einen Anteil von knapp 12 vH hat — vergleichsweise wenig ins Gewicht fallen, ist die Ermittlung anderer Geldmengenaggregate für einen Teilbereich der Währungsunion kaum mehr möglich. Dies gilt in besonderem Maße für die bereinigte Zentralbankgeldmenge, in der der Bargeldumlauf ein Gewicht von etwa zwei Dritteln einnimmt.

207. Die Geldmengenentwicklung im westlichen Teilgebiet der Währungsunion hat sich nach dem 1. Juli 1990 deutlich beschleunigt. Nach den Schätzungen der Bundesbank übertraf die im Westen Deutschlands umlaufende Geldmenge M3 nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet ihr Niveau vom Herbst 1989 im September dieses Jahres um 4,8 vH gegenüber 3,8 vH im Juli. Entscheidend hierfür waren vor allem erhebliche Geldzuflüsse aus der DDR. Berücksichtigt man zusätzlich die Euroeinlagen inländischer Nichtbanken, so war das Geldmengenwachstum noch höher; die erweiterte Geldmenge M3 überschritt ihr Vorjahresniveau Ende August um 6,5 vH, während die entsprechende Zuwachsrate für die herkömmlich definierte Geldmenge M3 bei 4,7 vH lag.

Beschleunigt hat sich in der zweiten Jahreshälfte auch die Expansion der im westlichen Teilgebiet der Währungsunion umlaufenden Geldmenge M1, die nach den Schätzungen der Bundesbank ihr Vorjahresniveau im September um 5,3 vH übertraf. Das Wachstum der Geldmenge M2 blieb wegen der weiterhin recht attraktiven Verzinsung von Termingeldern kräftig; im September lag die Geldmenge M2 um 13,2 vH über dem im Vorjahr erreichten Stand.

208. Die Währungsumstellung in der DDR war mit einer kräftigen Ausweitung der Geldmenge verbunden. Nach der zum 1. Juli aufgestellten konsolidierten Bilanz des Bankensystems der DDR beliefen sich die zur Geldmenge M3 zählenden Verbindlichkeiten der Kreditinstitute in der DDR auf insgesamt 180,1 Mrd DM; unter Berücksichtigung der Einlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten im jeweils anderen Teil des Währungsgebietes — es handelt sich hierbei im wesentlichen um die bis zur Währungsumstellung nicht konvertiblen Einnahmen westdeutscher Unternehmen aus dem DDR-Geschäft — war der Zuwachs der Geldmenge M3 im zusammengefaßten Währungsraum sogar noch etwas größer. Insgesamt hat sich die Geldmenge M3 im Zuge der Währungsumstellung um knapp 15 vH erhöht. Angesichts der vermuteten Größenverhältnisse zwischen den beiden

Volkswirtschaften erscheint die mit der Währungsumstellung verbundene Geldmengenausweitung zwar unangemessen hoch, doch ist zu berücksichtigen, daß in der früheren DDR außer dem Kontensparen kaum andere Anlagemöglichkeiten zur Verfügung standen. Es ist damit zu rechnen, daß schon bald ein beträchtlicher Teil der Geldbestände durch höherverzinsliche Aktiva — die nicht zur Geldmenge M3 zählen — substituiert werden wird. Bislang ist dieser Umschichtungsprozeß jedoch noch nicht so recht in Gang gekommen.

Bis Ende August hat sich die im Ostteil der Währungsunion umlaufende Geldmenge M3 — ohne Berücksichtigung der Einlagen westdeutscher Nichtbanken bei Kreditinstituten mit Sitz in der ehemaligen DDR — um schätzungsweise 2,2 vH vermindert. Vor allem der Bestand an Spareinlagen ist kräftig zurückgegangen; von Juli bis August haben Unternehmen und private Haushalte per saldo 17,6 Mrd DM von ihren Sparkonten abgehoben. Es spiegelt sich hierin zum einen der Bedarf an Zahlungsmitteln nach der Währungsumstellung, denn die Umstellung von Mark der DDR auf D-Mark konnte nur über Konten vorgenommen werden. So nahmen die zur Geldmenge M1 zählenden Geldbestände seither um 13,2 Mrd DM zu. Zum anderen spiegeln sich in der Abnahme des Spareinlagenbestandes aber auch die einsetzenden Portefeuilleumschichtungen zugunsten höherverzinslicher Aktiva; bis Ende August haben Unternehmen und private Haushalte bei den Banken Geldvermögen in Höhe von knapp 4 Mrd DM gebildet, vor allem in Form von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und durch Kauf von Sparbriefen. Zu vermuten ist außerdem, daß private Nichtbanken in größerem Umfang Gelder auch bei westdeutschen Banken angelegt haben. Derartige Einlagen werden allerdings nach den von der Bundesbank verwendeten Definitionen weder im Osten noch im Westen Deutschlands zur Geldmenge gezählt, obwohl sie die letztendlich allein relevanten Geldbestände im Gesamtbereich der Währungsunion erhöhen.

Expansive Impulse auf die Geldmengenentwicklung gehen von der Kreditvergabe der Banken aus. Von Anfang Juli bis August haben die in der DDR tätigen Geschäftsbanken Kredite in Höhe von 7,1 Mrd DM an private Schuldner in der DDR vergeben; hierbei dürfte es sich zu einem großen Teil um Liquiditätskredite an Unternehmen gehandelt haben. Gleichzeitig zahlten allerdings die öffentlichen Haushalte in der DDR Schulden im Wert von 2,9 Mrd DM zurück, so daß sich das gesamte Kreditvolumen nur um 4,2 Mrd DM erhöhte.

Die Verminderung der in der DDR umlaufenden Geldmenge M3 konnte indes die Zunahme der westdeutschen Geldbestände nicht ausgleichen. Die im gesamten Währungsgebiet umlaufende Geldmenge M3 — und nur diese ist letztlich bedeutsam — erhöhte sich zwischen Anfang Juli und Ende August um etwa 1 vH, wobei der in Westdeutschland in diesen Monaten saisonübliche Rückgang des Geldmengenwachstums noch nicht berücksichtigt ist. Dies deutet ebenfalls auf eine deutliche Beschleunigung der monetären Expansion hin.

209. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat seinem Urteil über die monetäre Entwicklung zugrundelegt, hat sich im Gefolge der Währungsumstellung um schätzungsweise 11 vH erhöht. Die Ursache für die vergleichsweise geringe Zunahme dieses Aggregats ist in der eher mäßigen Ausweitung des Bargeldumlaufs in der DDR zu sehen, was zum Teil auch auf schon vor der Währungsumstellung existierende DM-Horte zurückzuführen sein könnte. Bis zum Herbst beschleunigte sich das Wachstum der bereinigten Zentralbankgeldmenge allerdings wieder; von Juli bis Oktober nahm sie — unter Berücksichtigung der im Westen Deutschlands üblichen Saisonschwankungen — mit einer Jahresrate von etwa 5,8 vH zu.

210. Da der Zentralbankgeldbedarf der Kreditinstitute in der DDR nicht prognostiziert werden konnte und die in der DDR ansässigen Geschäftsbanken auf die geldpolitischen Steuerungssignale der Bundesbank in teilweise unerwarteter Weise reagierten, gestaltete sich die laufende Geldmarktsteuerung nach Bildung der deutschen Währungsunion zunächst schwierig. Die Bundesbank behalf sich in dieser unsicheren Situation damit, daß sie sich im wesentlichen an der Entwicklung der Geldmarktzinsen orientierte, die zumindest näherungsweise als Indikator zur Beurteilung der Liquiditätsausstattung des Bankensystems herangezogen werden können.

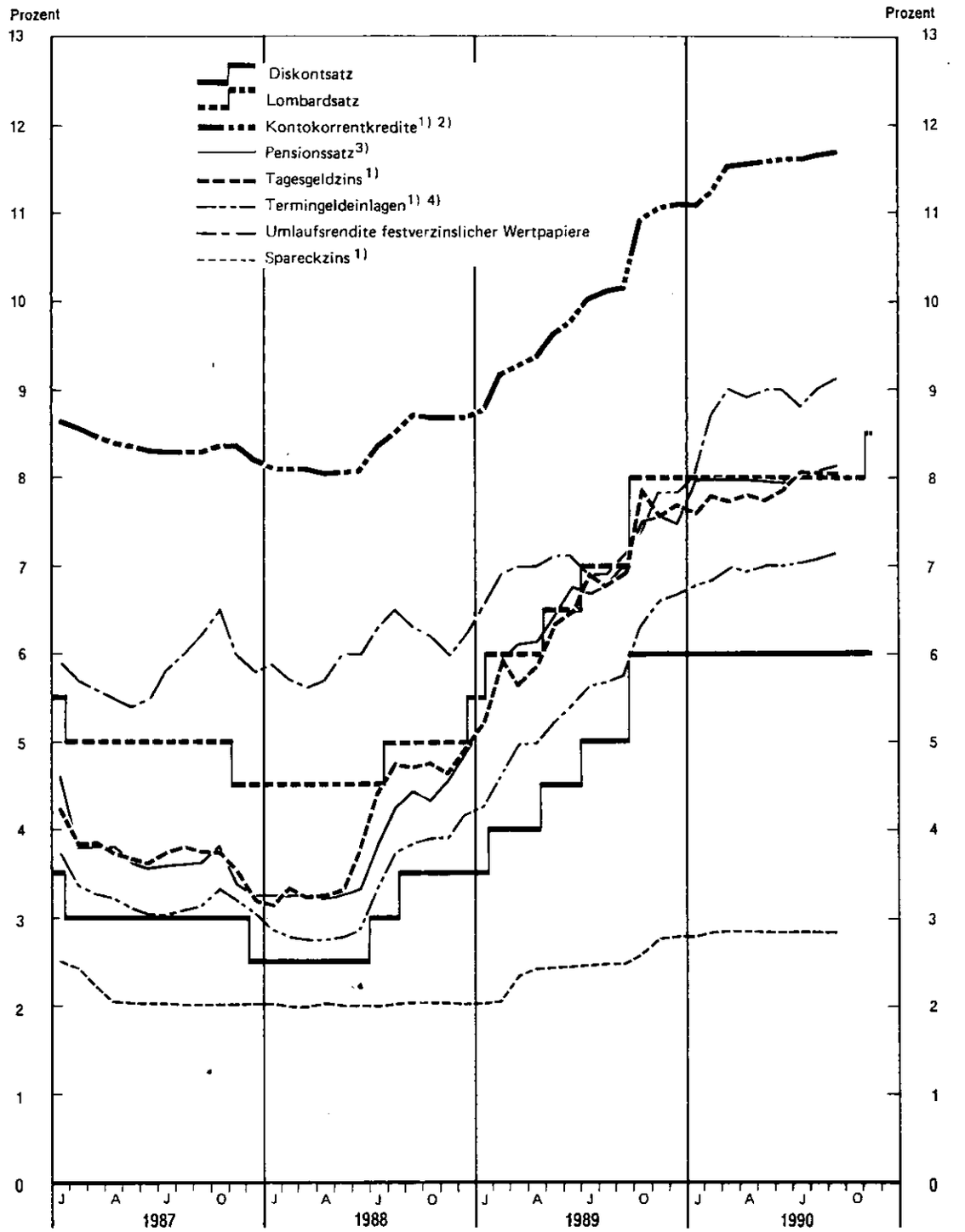
Die Geldmarktzinsen sind in der Bundesrepublik in hohem Maße von den Konditionen abhängig, zu denen die Bundesbank den Kreditinstituten Zentralbankgeld zur Verfügung stellt. So steigt der Tagesgeldsatz in Zeiten einer restriktiven Geldpolitik im allgemeinen bis zum Lombardsatz an, zu dem die Geschäftsbanken sich gegen Hinterlegung von Wertpapieren bei der Bundesbank verschulden können. Da die Bundesbank die Zentralbankgeldversorgung seit einigen Jahren vornehmlich über die flexibel einsetzbaren Wertpapierpensionsgeschäfte regelt, wird die Inanspruchnahme des vergleichsweise „teuren" Lombardkredits auf den Spitzenbedarf an Liquidität beschränkt. Eine insgesamt knappe Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute wird somit mit Tagesgeldzinsen in Höhe des Lombardsatzes verbunden sein. Eine reichliche Geldversorgung hingegen äußert sich in deutlichen Zinssenkungen, wobei der von der Bundesbank gewährte Abgabesatz für Schatzwechsel eine Untergrenze für den Tagesgeldzins darstellt.

Der Zinssatz für Tagesgeld, der in der ersten Jahreshälfte deutlich unter dem Lombardsatz von damals 8 % gelegen hatte, stieg im Juli — bei gleichzeitig verstärkter Inanspruchnahme des Lombardkredits durch die Geschäftsbanken — über diese Marke hinaus an und verharrte bis Oktober auf diesem Niveau (Schaubild 32). Dies kann als Zeichen für das Bemühen der Bundesbank gesehen werden, angesichts der Unsicherheit über die monetäre Entwicklung in der DDR die Geldnachfrage zu dämpfen und damit auch die Expansion der Geldbestände knapp zu halten. Diese Politik hatte allerdings zur Folge, daß immer wieder temporäre Liquiditätsengpässe am Geldmarkt auftraten, auf die die Bundesbank mit der Bereitstellung zusätzlicher Gelder im Wege eines Schnelltenders sowie mit der Verlagerung von Bundesmitteln in den Geldmarkt reagierte.

Zu den zeitweiligen Liquiditätsverknappungen dürfte auch beigetragen haben, daß Geschäftsbanken in der DDR anfangs einen großen Teil des ihnen zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als unverzinsliche Liquiditätsreserve hielten, anstatt nicht benötigte Mittel zinsbringend am Geldmarkt anzulegen. Die wohl

Schaubild 32

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ZINSEN



1) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. — 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. — 3) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender beziehungsweise Mengentender). — 4) Festgelder von 100000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0699

auch von der Bundesbank erwartete und von ihr bei der Bereitstellung von Zentralbankgeld vorsorglich berücksichtigte „Überliquidisierung" des Bankensystems trat daher nicht ein. Es spiegelt sich hierin sicher auch die fehlende Vertrautheit der DDR-Banken mit den Methoden eines modernen ertragsorientierten Finanzmanagements; zu einem Teil dürfte die erhöhte Reservehaltung aber auch als Schutz vor unvorhergesehenen Bargeldabhebungen gedient haben.

Nachdem die Kreditinstitute in der zweiten Jahreshälfte in erhöhtem Maße auf den Lombardkredit zurückgegriffen hatten, sah sich die Bundesbank im Herbst veranlaßt, den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8,5% anzuheben. Mit ihrer Entscheidung wollte die Bundesbank vor allem den Ausnahmecharakter dieser Refinanzierungslinie wieder stärker hervorheben; auf der anderen Seite sollte damit aber wohl auch einer weiteren Beschleunigung der Geldmengenexpansion frühzeitig entgegengewirkt werden. Jedenfalls zogen auch die Geldmarktzinsen leicht an; sie lagen zuletzt bei 8,1 %.

Zur Entwicklung an den Finanzmärkten

211. Die Zinssätze am deutschen Kapitalmarkt sind in diesem Jahr kräftig gestiegen. Die durchschnittliche Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere, die im Dezember 1989 noch bei 7,8 % lag, erhöhte sich bis zum März um mehr als einen Prozentpunkt auf 9,0 % und verharrte bis zum Sommer in etwa auf diesem Niveau. Als Folge der Zinssteigerungen am Rentenmarkt kam es auch zu einem deutlichen Anstieg der Bankzinsen.

Der kräftige Anstieg der langfristigen Zinsen zu Jahresanfang hatte mehrere Ursachen. So kam es weltweit zu einem Zinsanstieg, dem sich der deutsche Kapitalmarkt als ein eng mit den internationalen Finanzmärkten integrierter Markt kaum hätte entziehen können. Entscheidend aber dürften innerdeutsche Faktoren gewesen sein: Zum einen regten sich verstärkt Inflationsbefürchtungen im Zusammenhang mit dem Angebot der Bundesregierung zur Bildung einer Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten; zum anderen wurde schnell sichtbar, daß der Wiederaufbau der DDR-Wirtschaft einen Kapitalzufluß ungeahnten Ausmaßes erforderte, der ohne entsprechende Zinsanreize kaum zu bewerkstelligen war. Außerdem dürften die Kapitalanleger einen Ausgleich für die mit der weiteren Entwicklung in der DDR verbundenen Risiken für die Solidität der Staatsfinanzen gefordert haben.

Nach einer kurzen Entspannungsphase im Juli kam es im Zusammenhang mit den Ölpreissteigerungen und daraus erwachsenden Inflationsängsten zu einem weiteren Anstieg der Zinsen am Rentenmarkt; im Oktober lag die durchschnittliche Umlaufsrendite bei 9,1 %. Damit ist mittlerweile ein Zinsniveau wie zuletzt im Sommer 1982 erreicht, damals allerdings bei einer Inflationsrate von etwas über 5 vH.

212. Die Zinsstruktur hat sich im Laufe des Jahres wieder etwas normalisiert (Schaubild 33). Erbrachten Wertpapiere mit einjähriger Laufzeit zu Jahresbeginn noch eine um knapp 0,2 Prozentpunkte höhere Rendite als Wertpapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren, so kehrte sich diese Relation mit dem Angebot der Bundesregierung zur Bildung einer Währungsunion mit der DDR wieder um; im Oktober lagen die langfristigen Zinsen dann immerhin um gut 0,3 Prozentpunkte über den Sätzen am kurzen Ende. Anders als im Vorjahr rechnen die Anleger offensichtlich damit, daß die Zinssätze für längere Zeit auf ihrem jetzigen Niveau verharren werden, wenn auch die Zinsstrukturkurve im Vergleich zu früheren Perioden noch immer recht flach blieb.

213. Die Zinssteigerungen dieses Jahres haben ihre Wirkung auf das Mittelaufkommen am Rentenmarkt nicht verfehlt. Der Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere betrug in den ersten acht Monaten des Jahres 126,6 Mrd DM, fast 80 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vor allem private Nichtbanken waren bereit, Titel mit längerer Laufzeit zu erwerben, um so in den Genuß der vergleichsweise hohen Kapitalmarktzinsen zu kommen. Zudem hatte sich durch die höheren Nettoeinkommen die Sparfähigkeit vieler Haushalte merklich verbessert. Durch die Einführung der D-Mark im Osten Deutschlands erlangten außerdem auch Anleger aus der DDR unbeschränkten Zugang zum westdeutschen Rentenmarkt, auch wenn deren Bereitschaft zur Kapitalanlage in Wertpapieren angesichts lang aufgestauter Konsumwünsche und fehlender Erfahrungen am Kapitalmarkt zunächst noch gering gewesen sein dürfte. Ausländische Anleger verhielten sich demgegenüber angesichts der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Risiken für die künftige Entwicklung von Zinsen und Wechselkursen eher abwartend. Bis zum August verkauften sie festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 5,9 Mrd DM, wobei sich die Verkäufe allerdings auf das Frühjahr konzentrierten.

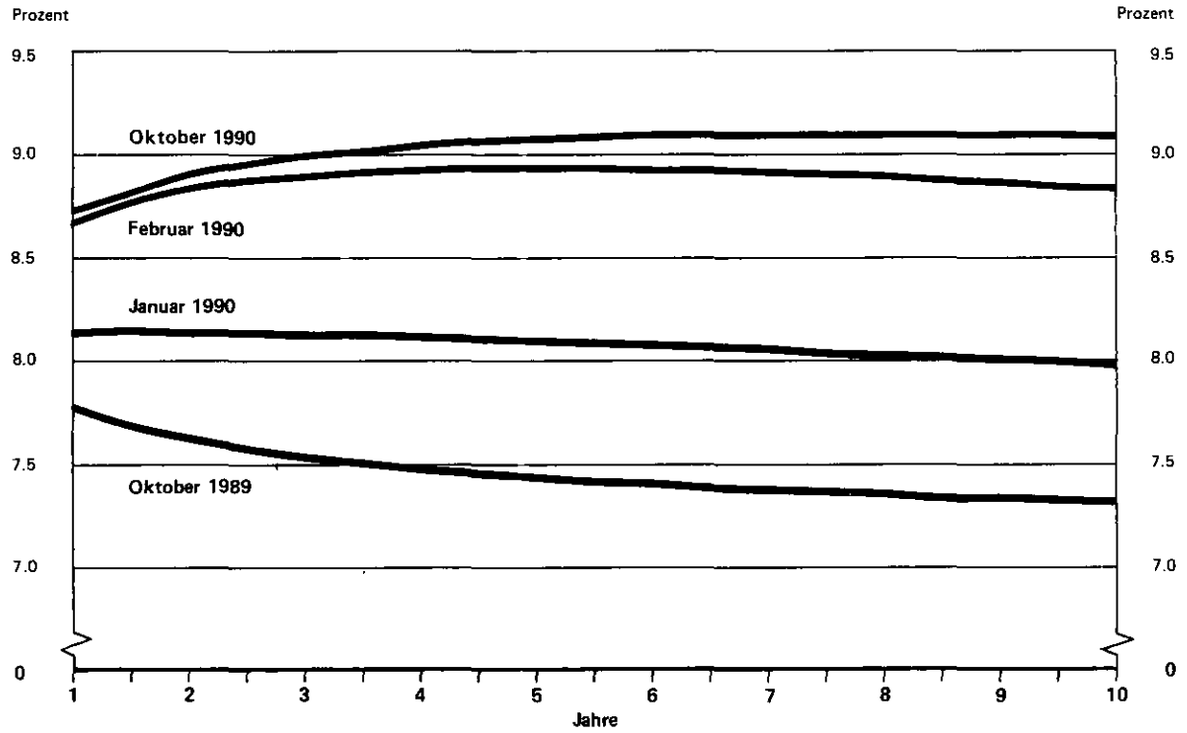
Als Kapitalnachfrager traten auch in diesem Jahr vor allem die Geschäftsbanken auf, da sich deren Refinanzierungsbedarf wegen der kaum gedämpften Kreditnachfrage von Unternehmen und Privatpersonen und der durch die vergleichsweise unattraktive Verzinsung verursachten Abnahme des Spareinlagenbestandes weiter erhöhte. Nicht zuletzt wegen der Hilfeleistungen für die DDR nahm von Mai an allerdings auch die öffentliche Hand in verstärktem Maße die Kapitalmärkte in Anspruch; allein von Mai bis August wurden öffentliche Anleihen im Wert von netto 35,0 Mrd DM abgesetzt. Von Juli an trat zusätzlich auch der öffentliche Haushalt der DDR als Kapitalnachfrager an den westdeutschen Kapitalmärkten in Erscheinung; insgesamt nahm er bis Ende August 6 Mrd DM auf.

Deutlich höher als im Vorjahr war auch die Emissionstätigkeit an den Aktienmärkten. Bis zum August wurden von in- und ausländischen Gesellschaften an deutschen Börsen Aktien im Gesamtwert von 31,7 Mrd DM begeben. Insbesondere private inländische Anleger waren vermehrt bereit, Beteiligungskapital zu erwerben. Ausländische Anleger, die im Frühjahr noch auf der Nachfragerseite zu finden waren, hielten sich demgegenüber im weiteren Jahresverlauf mit Zukäufen stark zurück.

214. Die Aktienkursentwicklung in der Bundesrepublik wurde zunächst vor allem durch innerdeutsche

Schaubild 33

ZINSSTRUKTUR AM RENTENMARKT[1)]



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn, Post und Fonds 'Deutsche Einheit' mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr, bereinigt um Kuponeffekte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0704

Faktoren bestimmt. Deutschen Unternehmen wurden beim Wiederaufbau der DDR besonders günstige Gewinnchancen vorausgesagt; insbesondere Aktien von Unternehmen des Baugewerbes und der Investitionsgüterindustrie standen auf den Kauflisten der Anleger ganz oben. Es kam daher — auch im internationalen Vergleich — zu einer Neubewertung deutscher Aktien, so daß sich das Kursniveau an den deutschen Börsen — gemessen am Aktienkursindex des Statistischen Bundesamtes — von November 1989 bis Juli 1990 um gut 25 vH erhöhte (Schaubild 34). Angesichts der mit dem deutschen Einigungsprozeß verbundenen Unsicherheiten reagierte der Markt allerdings äußerst nervös; die Erwartung steigender Zinsen, Inflationssorgen und die Diskussion um mögliche Steuererhöhungen führten dazu, daß bei hohen Umsätzen mehrfach empfindliche Kurseinbrüche hingenommen werden mußten.

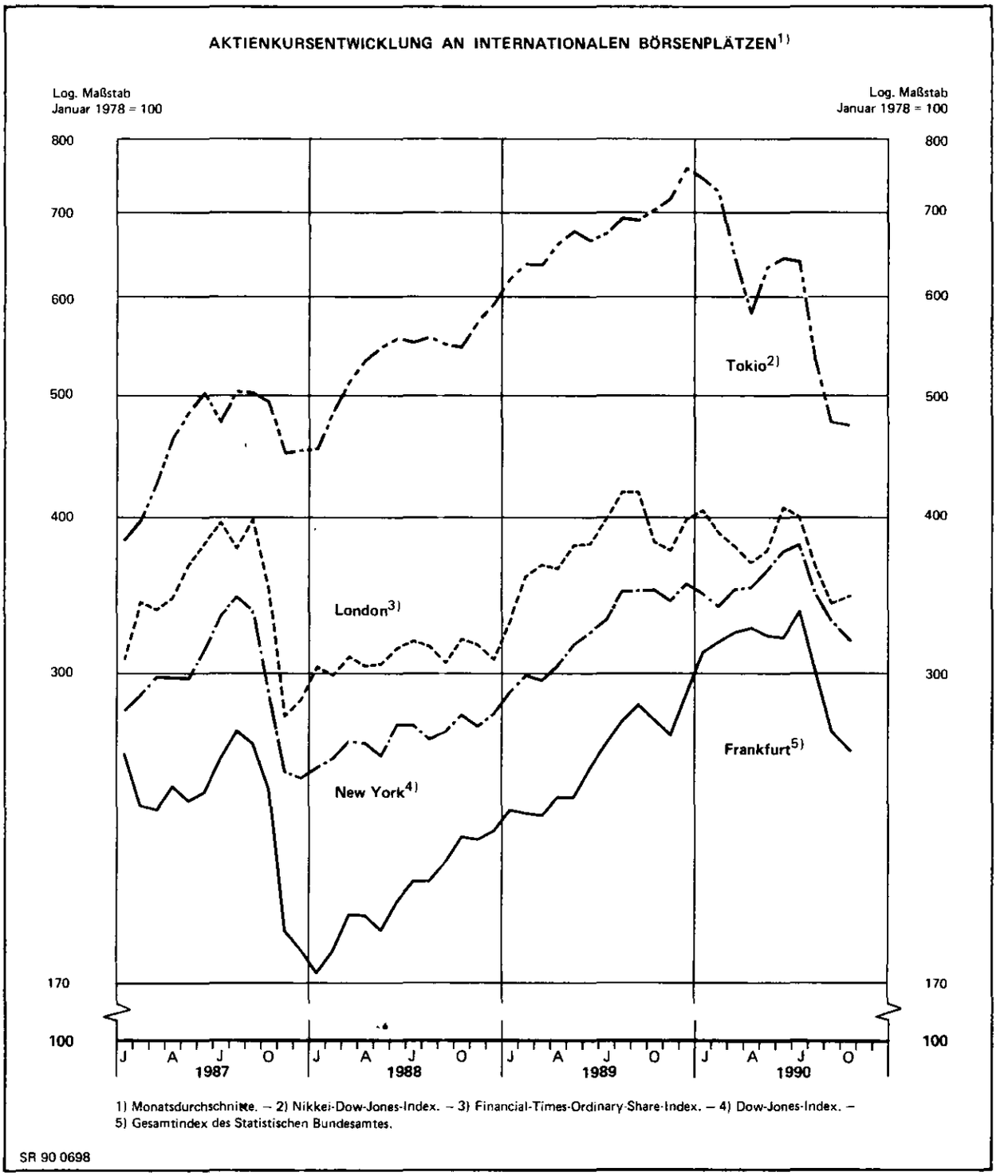
Doch auch in diesem Jahr lagen Licht und Schatten an der Börse dicht beieinander: Im Spätsommer kam es infolge der drohenden Kriegsgefahr in der Golfregion und der durch den Anstieg der Ölpreise ausgelösten Rezessionsbefürchtungen zu einem geradezu dramatischen Kursverfall an den Weltaktienmärkten, dem sich auch die deutschen Börsen nicht entziehen konnten. Mehr und mehr hielten sich die Anleger zurück; angesichts der schwindenden Kaufbereitschaft gingen die im Jahre 1990 erreichten Kursgewinne deutscher Aktien binnen kurzer Zeit vollständig verloren. Ende September lag das Kursniveau um 29,5 vH unter dem Jahreshöchststand. Erst im Oktober konnten sich die Kurse auf freilich niedrigem Niveau fangen.

Anders als im Jahre 1987 reagierten die Notenbanken mit Gelassenheit auf den Kurseinbruch an den Aktienmärkten. Hierzu dürfte auch die Erfahrung der letzten Jahre beigetragen haben, daß nämlich Kursschwankungen an den Aktienmärkten kaum Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung ausüben; zu konjunkturstützenden Maßnahmen bestand daher kein Anlaß.

215. Auf dem Wege zur Errichtung eines leistungsstarken und international wettbewerbsfähigen Finanzplatzes Deutschland sind in diesem Jahr deutliche Fortschritte erzielt worden (Tabelle 36, Seite 135 f.). Als wichtigste Neuerung kann dabei die Eröffnung der Deutschen Terminbörse (DTB) im Januar 1990 gelten. Damit wurde auch in der Bundesrepublik ein institutioneller Rahmen für den Terminhandel mit Wertpapieren geschaffen.

Börsentermingeschäfte beinhalten das Recht, zu einem im voraus festgelegten Zeitpunkt eine bestimmte Menge an Wertpa-

Schaubild 34



pieren zu einem festgesetzten Kurs zu kaufen oder zu verkaufen. An der Deutschen Terminbörse sind zwei Arten von Termingeschäften zugelassen. Optionsgeschäfte vermitteln lediglich ein Anrecht auf den Kauf oder Verkauf von Wertpapieren während der Laufzeit der Option; sie stellen für den Optionsinhaber jedoch keine Verpflichtung zur Erfüllung des eigentlichen Handelsgeschäftes dar. Demgegenüber binden die sogenannten Futures-Kontrakte beide Geschäftspartner an das zugrundeliegende Geschäft. Termingeschäfte geben dem risikobewußten Anleger damit die Möglichkeit, sich gegen eventuelle Kursverluste im Aktienhandel abzusichern; spekulationsfreudigen Anlegern bieten sie gleichzeitig die Chance, beträchtliche Gewinne zu erzielen. Die Wahlmöglichkeiten potentieller Investoren werden somit durch die Möglichkeit des Terminhandels erheblich erweitert.

Zunächst wurde an der Deutschen Terminbörse der Handel mit Optionen auf 14 umsatzstarke deutsche Aktien aufgenommen; im November sollen außerdem Terminkontrakte auf den Deutschen Aktienindex sowie auf eine idealtypische Bundesanleihe in Form von

Financial-Futures zum Handel zugelassen werden. Bedeutsam aber ist vor allem, daß die Errichtung der DTB mit wichtigen Neuerungen im Börsenwesen verbunden war. So wurde das an den deutschen Börsen bisher geltende Präsenzprinzip aufgehoben; die physische Anwesenheit der Marktteilnehmer im Börsensaal ist somit nicht mehr erforderlich. Stattdessen wurde die DTB als reine Computerbörse konzipiert, was kostensenkend wirkt und die Markttransparenz erhöht. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage obliegt sogenannten „Market-Makern", die an die Stelle der traditionellen Börsenmakler getreten sind; weil der „Market-Maker" jederzeit verbindliche Ankaufs- und Verkaufskurse nennen muß, kann der Handel insgesamt flexibler ablaufen als nach dem herkömmlichen System. Außerdem wurden die bisher eher restriktiven Regulierungen zur Wahrung des Anlegerschutzes gelockert. Konnten Privatanleger in der Vergangenheit Termingeschäfte unter Berufung auf den sogenannten Termin- und Differenzeinwand für unverbindlich erklären, so reicht es für die Termingeschäftsfähigkeit an der DTB aus, wenn dem Anleger die Risiken von Options- und Termingeschäften in einer gesetzlich vorgeschriebenen Form bekanntgemacht worden sind. Zur Vermeidung eines Zusammenbruchs des Terminhandels werden alle Geschäfte über eine „Clearing-Stelle" abgewickelt, die im Falle der Zahlungsunfähigkeit einzelner Marktteilnehmer deren Verpflichtungen gegenüber anderen Kunden übernimmt.

Zwar war die Errichtung der Deutschen Terminbörse ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des deutschen Finanzplatzes. Das Urteil über die bisherige Tätigkeit der DTB fällt gleichwohl nicht uneingeschränkt positiv aus. Neben technischen Schwierigkeiten wirkte sich vor allem nachteilig aus, daß der Handel mit Futures auf den Deutschen Aktienindex und Terminkontrakte auf Bundesanleihen hierzulande voraussichtlich erst Ende November dieses Jahres aufgenommen werden wird. Insbesondere ausländische Anleger wichen daher verstärkt an die konkurrierende Londoner Terminbörse aus, an der Futures auf Bundesanleihen bereits seit längerem gehandelt werden. Als Wettbewerbsnachteil erwies es sich auch, daß sich die Zulassung deutscher Investmentfonds zur Teilnahme am Terminhandel wegen der verspäteten Fertigstellung des Kapitalanlagegesellschaften-Gesetzes verzögerte, so daß diese besonders finanzkräftige Gruppe von Anlegern am Markt bisher kaum präsent war. Es ist gleichwohl damit zu rechnen, daß diese Anfangsschwierigkeiten im Laufe des nächsten Jahres überwunden sein werden.

216. Der seit mehreren Jahren anschwellende Kapitalstrom ins Ausland ebbte in diesem Jahr erstmals leicht ab, wozu vor allem der verringerte Zinsabstand zu wichtigen ausländischen Anlagewährungen beigetragen hat. Bis zum August flossen per saldo jedoch noch immer 69,4 Mrd DM aus der Bundesrepublik (einschließlich der ehemaligen DDR) in das Ausland ab, 15,9 Mrd DM weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Kapitalanlagen in deutschen Wertpapieren in den ersten Monaten des letzten Jahres wegen der neu eingeführten Quellensteuer auf Zinserträge gegenüber faktisch steuerfreien Auslandsanlagen benachteiligt waren.

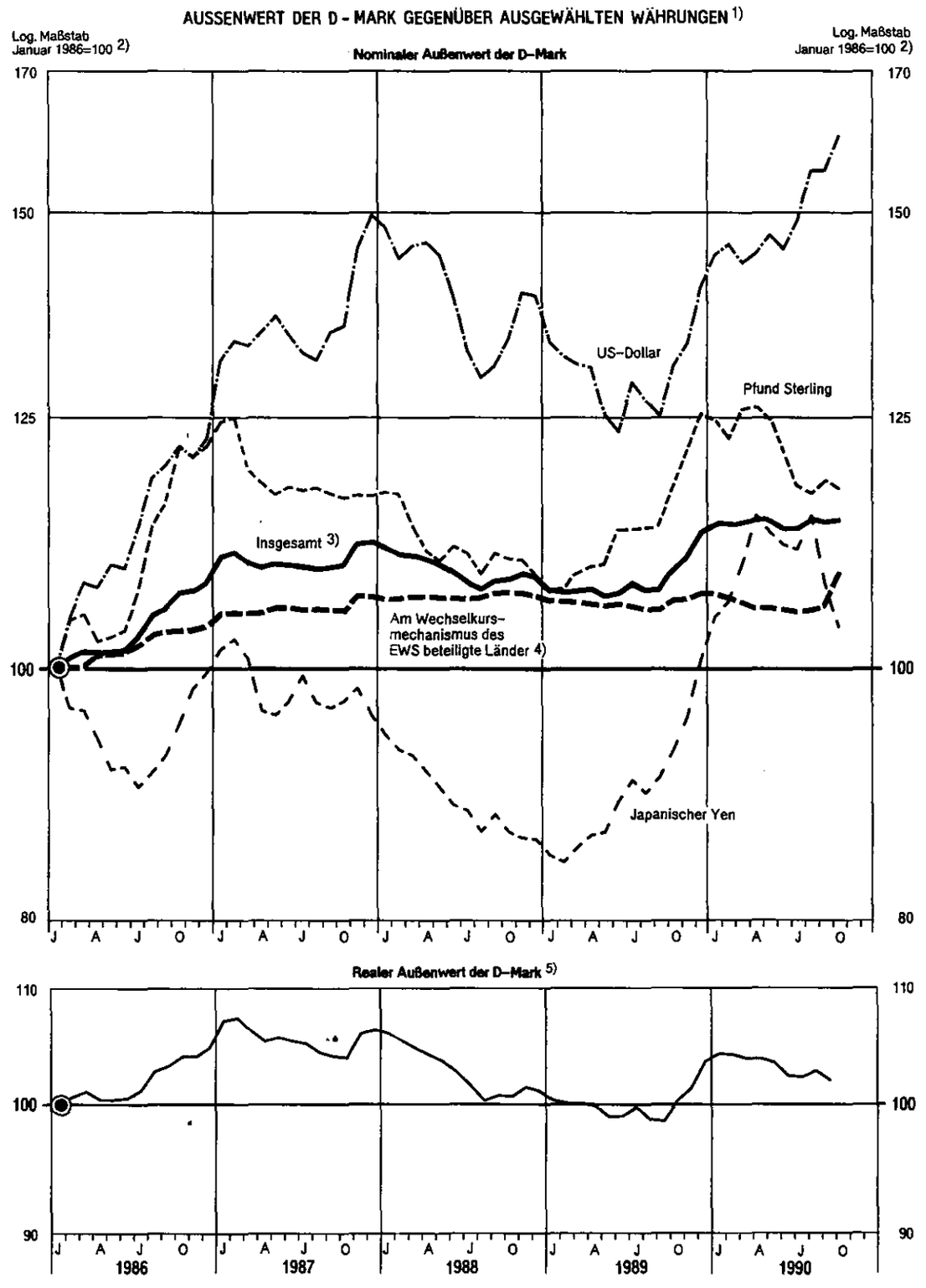
Im langfristigen Bereich nahm der Nettokapitalexport im Vergleich zum Vorjahr allerdings weiter zu. In den ersten acht Monaten des Jahres flossen langfristige Mittel in Höhe von netto 61,1 Mrd DM an die ausländischen Kapitalmärkte ab, während es bis zum August des Vorjahres nur 32,2 Mrd DM gewesen waren. Zu dem vermehrten Nettokapitalexport hat vor allem eine deutliche Zunahme des Defizits in der Bilanz der Direktinvestitionen beigetragen; daneben haben ausländische Kreditnehmer in vermehrtem Umfang langfristige Bankkredite in der Bundesrepublik aufgenommen. Im kurzfristigen Bereich verringerte sich das Defizit in der Kapitalbilanz in den ersten acht Monaten des Jahres auf 8,3 Mrd DM; im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren 53,5 Mrd DM an kurzfristigen Geldern ins Ausland abgeflossen.

217. An den internationalen Devisenbörsen wurde die D-Mark im Vergleich zum Vorjahr deutlich höher bewertet (Schaubild 35); nach Angaben der Bundesbank lag der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern im Oktober um 4½ vH höher als vor Jahresfrist. Bereinigt um unterschiedliche Preissteigerungsraten in den einzelnen Ländern betrug die Aufwertung der D-Mark in den vergangenen 12 Monaten immerhin noch gut 2½ vH. Die kräftige Aufwertung der D-Mark im Vorjahresvergleich geht vor allem auf einen deutlichen Anstieg des DM-Außenwertes im vergangenen Herbst zurück. Im Verlauf dieses Jahres blieb der gewogene Außenwert der D-Mark hingegen im großen und ganzen unverändert; unter Berücksichtigung der von Land zu Land unterschiedlichen Preisentwicklung wertete sich die D-Mark seit Jahresbeginn sogar leicht ab.

Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt, daß die D-Mark gegenüber einzelnen Währungen eine teilweise kräftige Neubewertung erfuhr. So tendierte die D-Mark im Europäischen Währungssystem zur Schwäche; zeitweise sah sich die Bundesbank sogar gezwungen, durch Interventionen den Kurs der D-Mark zu stützen. Bis zum Sommer verlor die D-Mark gegenüber den am Interventionsmechanismus des EWS teilnehmenden Währungen immerhin 1,7 vH an Wert. Da die Bundesrepublik zudem auch weiterhin niedrigere Preissteigerungsraten aufweist als die meisten anderen im EWS eingebundenen Länder, war die reale Abwertung der D-Mark noch größer. Seit der letzten Anpassung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem im Januar 1987 hat sich der preisbereinigte Außenwert der D-Mark gegenüber den am Interventionsmechanismus des EWS teilnehmenden Währungen damit um 5½ vH vermindert. Nach dem Ausbruch der Golf-Krise konnte die D-Mark leicht an Wert zulegen. Abwertungen vor allem der Peseta und der Lira waren hierfür ausschlaggebend.

Eine Ursache für die langanhaltende Schwäche der D-Mark im EWS sind die wegen der vielfach noch immer unzureichenden monetären und fiskalischen Disziplin vergleichsweise hohen Nominalzinsen an anderen europäischen Kapitalmärkten. Solange nämlich im Europäischen Währungssystem keine Bereitschaft zu erkennen ist, die ECU-Leitkurse den unterschiedlichen ökonomischen Gegebenheiten in den

Schaubild 35



1) Zur Berechnungsmethode siehe Sonderaufsatz der Deutschen Bundesbank: Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg, Nr. 4, April 1989. – Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet. – 2) Umbasiert von Originalbasis Ende 1972 = 100. – Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, stattdessen die Marktkurse von Ende 1972. – 3) EG-Länder, Finnland, Kanada, Japan, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten. – 4) EG-Länder ohne Großbritannien, Griechenland und Portugal. – 5) Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten gemessen an den Verbraucherpreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 90 0700

einzelnen Volkswirtschaften anzupassen, werden die Anleger das Risiko einer Anlage in den abwertungsgefährdeten Währungen zumindest auf mittlere Sicht als eher gering einschätzen (JG 89 Ziffern 421 ff.). Zusätzlich dürften aber auch erhöhte Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Bildung der deutschen Währungsunion zur Schwäche der D-Mark im EWS beigetragen haben.

Zu noch deutlicheren Wechselkursänderungen kam es gegenüber einigen anderen Währungen. Besonders markant war dabei die Entwicklung des DM-Dollar-Kurses. Schon im vergangenen Herbst hatte die amerikanische Währung — nicht zuletzt wegen des dahinschmelzenden Zinsvorsprungs — mehr als 12 vH an Wert gegenüber der D-Mark eingebüßt; angesichts nachlassender Nachfragedynamik bei gleichzeitiger Beschleunigung der Geldentwertung in den Vereinigten Staaten geriet der Dollar nach einer kurzen Phase der Kursberuhigung im Sommer jedoch erneut unter Druck. Im Zusammenhang mit dem Engagement der Vereinigten Staaten in der Krisenregion am Persischen Golf fiel der Dollarkurs bis Anfang November auf einen bis dahin nicht erreichten Tiefstand von weniger als 1,50 DM je Dollar. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die D-Mark im Oktober gegenüber dem Dollar um fast 25 vH höher bewertet.

Ebenso setzte sich die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem japanischen Yen in diesem Jahr zunächst weiter fort; im Herbst konnte die japanische Währung gegenüber der D-Mark allerdings erneut Boden gewinnen und die im Laufe des Jahres erlittenen Kursverluste fast vollständig wieder wettmachen. Ein deutlicher Wertverlust der D-Mark war hingegen gegenüber dem britischen Pfund zu verzeichnen, das trotz der hohen Inflationsrate von — letztlich begründeten — Spekulationen um einen baldigen Beitritt des Pfundes zum Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems profitierte.

Tabelle 36

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1989	
2. November	Die Rediskont-Kontingente werden gemäß dem Beschluß des Zentralbankrats vom 7. September 1989 um 5 Mrd DM angehoben.
14. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1990; die Geldmenge M3 soll vom 4. Quartal 1989 bis zum 4. Quartal 1990 mit einer Rate von 4 vH bis 6 vH ausgedehnt werden, um auf diese Weise die innere Kaufkraft der D-Mark zu erhalten und auf ein weiterhin stetiges Wirtschaftswachstum hinzuwirken.
1990	
5. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, die Begebung von auf fremde Währung, auf ECU oder auf SZR ausgestellte Schuldverschreibungen und Schuldscheinen durch Inländer zuzulassen. Gleichzeitig wird die bisherige Laufzeitbegrenzung von 12 Monaten für die Aufnahme von Fremdwährungskrediten aufgehoben.
25. Januar	Der Bundestag verabschiedet das Finanzplatzförderungsgesetz, in dem die Aufhebung der Börsenumsatzsteuer zum 1. 1. 1991 sowie der Gesellschaftsteuer und der Wechselsteuer zum 1. 1. 1992 festgelegt werden.
26. Januar	Die Deutsche Terminbörse nimmt den Handel auf. Damit sind auch in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für den Aufbau eines leistungsfähigen Terminmarktes gegeben.
7. Februar	Die Bundesregierung schlägt der Regierung der DDR Verhandlungen über die Gründung einer Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten vor, um auf diese Weise den Umbau der DDR nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten voranzubringen.
2. März	Die Deutsche Bundesbank bietet im Auftrag der Deutschen Bundesbahn erstmals eine Anleihe mit variabler Verzinsung an. Der Zinssatz wird vierteljährlich mit einem Abschlag von 0,2 Prozentpunkten an die Entwicklung der 3-Monatszinsen (LIBOR-Satz) angepaßt. Die Zuteilung erfolgt nach individuellem Gebot (amerikanisches Verfahren); das Bundesanleihekonsortium wird damit übergangen.
8. März	Der Ministerrat der DDR beschließt, ab 1. 4. 1990 in der DDR selbständige Geschäftsbanken zuzulassen. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vollendung der deutschen Währungsunion geschaffen.
28. März	Die Deutsche Bundesbank erteilt eine Allgemeine Genehmigung für die Führung von frei verfügbaren Geschäftskonten für Personen in der DDR bei Geschäftsbanken in der Bundesrepublik. Diese Regelung erlaubt die Abwicklung des innerdeutschen Handels außerhalb des Berliner Abkommens.
19. April	Der Zentralbankrat stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1989 fest. Der Reingewinn beläuft sich auf 10,3 Mrd DM; davon werden 10,0 Mrd DM gemäß den gesetzlichen Bestimmungen an den Bund abgeführt.

noch Tabelle 36

Datum	
noch 1990	
2. Mai	Bundesregierung und Regierung der DDR einigen sich über die Bildung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. 7. 1990. Insbesondere wird ein genereller Umstellungssatz für Schulden und Verbindlichkeiten von 1 DM zu 2 Mark der DDR festgelegt; für Sparguthaben gilt teilweise ein günstigerer Umstellungssatz von 1 DM zu 1 Mark der DDR.
17. Mai	Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ändert die Grundsätze I und Ia über das Eigenkapital der Kreditinstitute gemäß §§ 10 und 10a KWG mit Wirkung vom 1. 10. 1990. Insbesondere unterliegen in Zukunft auch Forderungen aus Finanzswaps, Termingeschäften und Optionsrechten mengenmäßigen Beschränkungen; zusätzlich werden Bestimmungen zur Begrenzung von Preisrisiken eingeführt.
11. Juni	Die Bundesbank gibt die Konditionen bekannt, zu denen sie Kreditinstituten mit Sitz in der DDR Zentralbankgeld zur Verfügung stellt. Insgesamt werden den Geschäftsbanken in der DDR Refinanzierungskontingente in Höhe von 25 Mrd DM eingeräumt; zur Refinanzierung werden auch eigene Wechsel der Banken zugelassen. Die Teilnahme an Wertpapierpensionsgeschäften der Deutschen Bundesbank ist zunächst nicht möglich.
1. Juli	Der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik tritt in Kraft. Damit entfallen auch sämtliche devisenrechtliche Beschränkungen zwischen beiden deutschen Staaten, das Währungsrecht der Bundesrepublik — insbesondere auch Genehmigungsvorbehalte der Deutschen Bundesbank — wird auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Die ehemalige Staatsbank der DDR verliert sämtliche geldpolitischen Befugnisse. Die erste Stufe zur Gründung der Europäischen Währungsunion tritt in Kraft.
2. Juli	Die bundesdeutschen Geldmarktusancen werden an internationale Gepflogenheiten angepaßt. Wichtigste Neuerung ist der Übergang zu einem neuen Referenzzins-System FIBOR, das die bisher üblichen Geldmarktnotierungen ablöst.
9. Juli	Die Bundesbank gibt ein neues Emissionsverfahren für Anleihen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost/Postbank bekannt. Danach sollen Bundesanleihen künftig grundsätzlich im Wege eines kombinierten Konsortial- und Tenderverfahrens begeben werden; gleichzeitig wird die einjährige Bonifikationssperre aufgehoben. Durch das neue Verfahren soll die Unterbringung von Anleihen am Kapitalmarkt erleichtert und der Wettbewerb zwischen den Konsortialbanken belebt werden.
1. Oktober	Die Deutsche Bundesbank führt neue, fälschungssichere Banknoten ein, die in den nächsten Jahren die derzeit gültigen Banknoten nach und nach ablösen werden. Zunächst werden eine neue 100-DM-Note und eine 200-DM-Note in den Verkehr gebracht.
1. November	Der Zentralbankrat erhöht mit Wirkung vom 2. November den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8½%. Vorrangiges Ziel der Leitzinserhöhung ist es, den Ausnahmecharakter des Lombardkredits wieder stärker hervorzuheben. Eine allgemeine Erhöhung des Zinsniveaus ist damit zunächst nicht beabsichtigt.

VI. Finanzpolitik: Noch keine Konsolidierungsstrategie

218. Die Finanzpolitik wurde mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vor neue Herausforderungen gestellt. Bereits in diesem Jahr führte die deutsche Integration zu beträchtlichen außerordentlichen Ausgaben. Der wirtschaftliche Aufbau im Gebiet der ehemaligen DDR und seine soziale Flankierung werden auch in den nächsten Jahren hohe Belastungen für die öffentlichen Haushalte mit sich bringen. Die ausschließliche Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme mag in diesem Jahr mehr oder weniger unvermeidbar gewesen sein, sie ist aber dauerhaft keine sinnvolle Strategie. Die Weichen in Richtung auf Konsolidierung zu stellen, hat die Finanzpolitik bislang allerdings versäumt.

219. Schon jetzt belasten Zinszahlungen die Haushalte der Gebietskörperschaften mit 8,4 vH der Gesamtausgaben. Gelingt es der Finanzpolitik nicht, den Anstieg des Schuldenstandes zu bremsen, so werden in den nächsten Jahren die notwendigen Zinszahlungen den Ausgabenspielraum für andere Aufgaben weiter reduzieren. Wie nachhaltig eine übermäßige Defizitfinanzierung den Handlungsspielraum der Finanzpolitik einschränkt, lehren die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts. Trotz der quantitativen Konsolidierung der Staatsausgaben, die die Finanzpolitik in den achtziger Jahren einleitete, konnte die Zinslastquote erst wenig zurückgeführt werden; die Quote von 1980 in Höhe von 5,8 vH wird immer noch deutlich übertroffen. Eine Einengung des zukünftigen Ausgabenspielraums wiegt derzeit um so schwerer, als die deutsche Vereinigung die öffentlichen Haushalte auch weiterhin stark belasten wird. Es besteht zwar große Unsicherheit über die Höhe dieser Lasten. Gewiß ist aber, daß die im Staatsvertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR vorgesehenen Mittel des Fonds Deutsche Einheit nicht ausreichen werden. So deckte

bereits das im Staatsvertrag für die zweite Jahreshälfte 1990 vorgesehene Finanzvolumen nicht die in der ehemaligen DDR angefallenen Ausgaben. Für die Finanzpolitik ist es auch von daher unabdingbar, weiterhin am Konsolidierungskurs festzuhalten. Kurzfristig waren Ausgabenkürzungen oder Steueranhebungen im erforderlichen Umfang schon aus technischen und rechtlichen Gründen nicht durchführbar. Deshalb konnte in diesem Jahr die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme nicht umgangen werden. Das Ausmaß dieser Erhöhung ist jedoch kritisch zu bewerten; denn wenigstens ein Teil der durch die Vereinigung obsolet gewordenen Ausgaben hätte eingespart werden können. Auch für das nächste Jahr fehlen bisher konkrete Konsolidierungsprogramme. Bislang ist der im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vorgesehene Abbau teilungsbedingter Kosten in Höhe von 20 Mrd DM noch nicht auf den Weg gebracht worden. Dadurch hätten sich nicht nur die Zinsbelastungen für die nächsten Jahre vermindern lassen, sondern es wäre zugleich ein Zeichen dafür gesetzt worden, daß die Finanzpolitik die Konsolidierung beibehalten wird.

Daß es die Finanzpolitik versäumt hat, ein solches Zeichen zu setzen, kann die gesamtwirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen. Erwarten die Kapitalanleger auch auf mittlere Sicht hohe staatliche Defizite, so könnten die Kapitalmarktzinsen, die bereits in diesem Jahr nach der Ankündigung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sprunghaft angestiegen sind, weiter klettern. Sachkapitalinvestitionen würden im Vergleich zu Finanzanlagen weniger rentabel mit der Folge, daß sich die Investitionstätigkeit abschwächt. Der wirtschaftliche Aufholprozeß in der ehemaligen DDR würde nicht so schnell vorankommen, wie dies wünschenswert wäre.

220. Aus konjunkturpolitischer Sicht war das hohe Staatsdefizit des Jahres 1990 gerade das Gegenteil dessen, was notwendig und erwünscht gewesen wäre. Mit dem Inkrafttreten der dritten Stufe der Steuerreform in diesem Jahr war bereits von vornherein ein hohes Defizit angelegt, das den konjunkturellen Anforderungen nicht gerecht wurde. Im Sinne einer mittelfristig ausgerichteten Steuerpolitik war dieses Defizit gleichwohl hinzunehmen (JG 89 Ziffer 316). Aus stabilitätspolitischer Sicht war es in der Folge dann aber problematisch, daß die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen nicht zur Defizitreduzierung verwendet wurden. Statt dessen verschlechterte sich die Haushaltssituation angesichts der außerordentlichen Belastungen durch die deutsche Vereinigung nochmals sprunghaft. Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften lag mit 3 vH des Produktionspotentials deutlich über der durchschnittlichen Defizitquote der letzten fünf Jahre. Der konjunkturelle Impuls in Höhe von 56 Mrd DM stand in krassem Widerspruch zu einer bereits hohen Auslastung des Produktionspotentials. Die Finanzpolitik wurde von den unerwarteten Belastungen im Zuge der deutschen Einheit zwar auf einen expansiven Kurs gedrängt, nicht zuletzt aus stabilitätspolitischen Gründen wäre aber ein kräftigeres Gegensteuern etwa durch größere Ausgabeneinsparungen angemessen gewesen.

Kräftiger Ausgabenschub infolge der deutschen Vereinigung

221. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stiegen in diesem Jahr um 11½ vH (Tabelle 37). Dahinter standen in erster Linie Mehrausgaben, die im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung anfielen. Einschließlich der Ausgaben des Fonds Deutsche Einheit beliefen sich diese Mehraufwendungen zugunsten der ehemaligen DDR auf 48 Mrd DM. Aber auch die übrigen Ausgaben der Gebietskörperschaften stiegen rascher als im letzten Jahr. Höhere Personalausgaben und ein deutlicher Zuwachs der Käufe von Sachgütern und Dienstleistungen spielten hierbei ebenso eine Rolle wie die kräftige Aufstockung der Investitionsbudgets.

222. Die Ausgabenentwicklung im Verlauf des Jahres war finanzwirtschaftliches Abbild des schnellen politischen Einigungsprozesses, der binnen eines Jahres von der Öffnung der Grenzen über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zur politischen Vereinigung führte (Tabelle 44, Seite 150). Dementsprechend enthielt der im Mai verabschiedete erste Nachtragshaushalt des Bundes zu einem großen Teil Mehrausgaben für Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem verstärkten Besucherverkehr von Bürgern der DDR in der Bundesrepublik ergriffen wurden (Tabelle 38). Hierzu gehörte der gemeinsame Devisenfonds mit der DDR, mit dessen Mitteln im ersten Halbjahr 1990 der Umtausch von Mark der DDR in D-Mark bis zu einem bestimmten Betrag ermöglicht wurde. Das zuvor gezahlte Begrüßungsgeld wurde abgeschafft. Daneben wurde die Berlinhilfe des Bundes aufgestockt. Zur Begründung wurde angeführt, daß Berlin (West) durch den Ansturm von Besuchern aus dem Ostteil der Stadt und aus der DDR besonders belastet worden sei. Da es mit der Öffnung der Grenzen in Berlin (West) zu einem Nachfrageschub kam und sich die Standortbedingungen dort nachhaltig verbessert haben, wäre dagegen eine Zurückführung der Berlinförderung des Bundes wünschenswert gewesen. Die neuen Belastungen hätten dann wenigstens teilweise durch Umschichtungen im Haushalt kompensiert werden können.

223. Der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR führte beim Bund zu einem zweiten Nachtragshaushalt, der in erster Linie die Mehrausgaben für die Anschubfinanzierung der Sozialversicherung der DDR auswies. Neben diesem Nachtragshaushalt wurde mit dem Fonds Deutsche Einheit ein Sondervermögen des Bundes geschaffen, auf das die im Staatsvertrag eingegangene Verpflichtung zur Beteiligung am Defizitausgleich des DDR-Staatshaushaltes übertragen wurde. Die Mittel des Fonds wurden für den Zeitraum vom 1. Juli 1990 bis zum 31. Dezember 1994 auf 115 Mrd DM festgelegt. Die jährlichen Zahlungen an den DDR-Haushalt wurden degressiv gestaffelt und beliefen sich im Jahre 1990 auf 22 Mrd DM.

Die Mittel für den Fonds werden durch eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt in Höhe von 95 Mrd DM aufgebracht. Der Bund leistet die verbleibenden 20 Mrd DM und will diese durch Ausgabeneinsparun-

Tabelle 37

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Art der Einnahmen und Ausgaben	1987	1988	1989[1]	1990[2]	1988	1989[1]	1990[2]
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[3]							
Einnahmen, insgesamt	578,9	597,3	655,7	670	+ 3,2	+ 9,8	+ 2
Steuern	491,6	512,7	560,0	570	+ 4,3	+ 9,2	+ 2
Sozialbeiträge	23,5	24,2	24,9	26	+ 3,1	+ 2,8	+ 4
Sonstige laufende Einnahmen	42,3	37,9	47,8	49	−10,4	+25,9	+ 2
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	21,5	22,4	23,1	25	+ 4,4	+ 2,9	+ 9
Ausgaben, insgesamt	623,5	644,1	666,6	743	+ 3,3	+ 3,5	+ 11½
Staatsverbrauch	268,1	272,8	282,6	299	+ 1,7	+ 3,6	+ 6
Einkommensübertragungen	220,3	233,9	241,4	246	+ 6,2	+ 3,2	+ 2
Private Haushalte	100,4	102,6	106,7	111	+ 2,1	+ 4,1	+ 4
Unternehmen und übrige Welt	75,7	83,7	83,5	82½	+10,6	− 0,3	− 1
Sozialversicherung	44,1	47,6	51,3	52½	+ 7,9	+ 7,6	+ 3
Zinsen	57,8	59,8	60,4	63	+ 3,6	+ 0,9	+ 4½
Vermögensübertragungen	30,4	29,8	30,8	79	− 1,9	+ 3,4	+156
darunter: an Ostdeutschland	0	0	0	47	−	−	−
Investitionen	47,0	47,8	51,4	56	+ 1,6	+ 7,6	+ 9
Finanzierungssaldo	−44,7	−46,8	−10,9	−73	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[4]	29,4	29,2	28,9	30,3	x	x	x
Steuerquote[5]	24,4	24,1	24,8	23,5	x	x	x
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Gebietskörperschaften[6]							
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)	600,2	619,3	674,0	690½	+ 3,2	+ 8,8	+ 2½
Steuern	468,7	488,1	535,5	548½	+ 4,1	+ 9,7	+ 2½
Sonstige Einnahmen	131,5	131,2	138,5	142	− 0,2	+ 5,6	+ 2½
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)	651,3	671,4	700,3	768½	+ 3,1	+ 4,3	+ 9½
Finanzierungssaldo Gebietskörperschaften	−51,1	−52,1	−26,2	−78	x	x	x
Finanzierungssaldo Fonds Deutsche Einheit	.	.	.	−20	x	x	x
Finanzierungssaldo insgesamt[7]	.	.	.	−98	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[8]	30,7	30,5	30,4	31,4	x	x	x
Steuerquote[9]	23,2	23,0	23,7	22,6	x	x	x

[1] Schätzung nach Teilergebnissen.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Gebietskörperschaften: Bund, Länder und Gemeinden einschließlich Fonds Deutsche Einheit.
[4] Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[5] Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.
[6] Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen; einschließlich Defizitfinanzierung des Haushalts der ehemaligen DDR (Abschnitt B des Bundeshaushalts).
[7] Gebietskörperschaften und Fonds Deutsche Einheit.
[8] Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9] Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

gen finanzieren. Hierfür ist ein Abbau teilungsbedingter Kosten über einen Zeitraum von sieben Jahren, beginnend im Jahre 1992, vorgesehen. Die Schuldendienstleistungen des Fonds teilen sich Bund und Länder je zur Hälfte, wobei die Gemeinden am Länderanteil mit 40 vH beteiligt werden. Für die Zins- und Tilgungszahlungen ist eine Annuität von 10 vH vorgesehen, die die finanziellen Belastungen der Gebietskörperschaften von 2 Mrd DM im Jahre 1991 auf 9,5 Mrd DM im Jahre 1995 und den folgenden 20 bis 30 Jahren ansteigen läßt.

Die Ausgliederung der Budgethilfen für die ehemalige DDR aus dem Bundeshaushalt und die Übertragung dieser finanziellen Verpflichtungen auf ein Sondervermögen sind nicht nur aus haushaltsrechtlichen Gründen bedenklich. Auch aus ökonomischer Sicht ist diese Verlagerung problematisch (Ziffern 350 ff.).

224. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober dieses Jahres wurde der bisherige Staatshaushalt der DDR für das 2. Halbjahr 1990 Teil des Bundeshaushalts. Er enthielt neben den Ausga-

Tabelle 38

Leistungen des Bundes für Ostdeutschland

Auf dem Weg und nach der Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurden umfangreiche finanzielle Leistungen des Bundes notwendig. Diese haben im wesentlichen ihren Niederschlag in den drei Nachtragshaushalten des Bundes und in einem Fonds Deutsche Einheit gefunden. Im einzelnen werden die wichtigsten Ausgabenpositionen einschließlich der Ausgaben über den Fonds Deutsche Einheit aufgezeigt:

	Mio DM	
1989		
Gesamtdeutsche Hilfsmaßnahmen (insbesondere Begrüßungsgeld)		1 559
1990		
Erster Nachtragshaushalt (vom 23. Mai 1990) (gekürzt um die Beträge gemäß 3. Nachtragshaushalt vom 26. Oktober 1990)		
Leistungen an die DDR		
— Reise-Devisenfonds	1 652	
— Aufstockung ERP-Sondervermögen zur Förderung kleiner und mittlerer Privatunternehmen	400	
— Sofortmaßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in der DDR	320	
— Zuschüsse für Verkehrsinvestitionen in der DDR	150	
— Umweltschutzprojekte in der DDR	100	
— Maßnahmen zugunsten der mittelständischen Wirtschaft in der DDR	90	
— Infrastrukturprogramm für das Grenzgebiet der DDR	50	
— Globaltitel	1 150	
insgesamt		3 912
nachrichtlich:		
Leistungen für die DDR in der Bundesrepublik		
— Investitionszuschüsse an die Länder für eine vorübergehende Unterbringung von Aus- und Übersiedlern	300	
— Aufstockung der Bundeshilfe Berlin zur Finanzierung der überproportional starken Belastung Berlins durch den Besucherandrang aus der DDR und Berlin (Ost)	400	
— Erstaufnahme von Übersiedlern	185	
— Verschiedenes (wie Straßenbaumaßnahmen, Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn, Krankenhilfe, Förderung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft)	740	
Zweiter Nachtragshaushalt (vom 22. Juni 1990)		
Leistungen an die DDR		
Anschubfinanzierung für die		
— Rentenversicherung	750	
— Arbeitslosenversicherung in der DDR	2 000	
insgesamt		2 750

Fonds Deutsche Einheit

Der Fonds hat ein Volumen von 115 Mrd DM und eine Laufzeit von viereinhalb Jahren. Der Bund verpflichtet sich, in diesen Fonds einen Gesamtbetrag von 20 Mrd DM aus Einsparungen einzubringen. Als Kredit nimmt der Fonds 95 Mrd DM auf.

Bis 1994 können folgende Beträge bereitgestellt werden:

1990	22 Mrd DM	1993	20 Mrd DM
1991	35 Mrd DM	1994	10 Mrd DM
1992	28 Mrd DM		

Der Fonds wird eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren haben. An den Zins- und Tilgungsleistungen (Annuitäten) von jährlich 10 Prozent beteiligen sich Bund und Länder je zur Hälfte.

Für den Fonds haben somit Bund und Länder in den nächsten Jahren folgende Ausgaben aus ihren Haushalten aufzubringen:

	Bund	Länder
1990	2,0 Mrd DM	—
1991	5,0 Mrd DM	1,0 Mrd DM
1992	6,6 Mrd DM	2,6 Mrd DM
1993	8,8 Mrd DM	3,8 Mrd DM
1994	9,5 Mrd DM	4,5 Mrd DM

noch Tabelle 38

		Mio DM
Dritter Nachtragshaushalt (vom 26. Oktober 1990)		
Leistungen für die ehemalige DDR		
Zusätzliche Defizitfinanzierung des Haushalts der ehemaligen DDR (Abschnitt B des Gesamthaushalts), insgesamt		+19 164
davon: Mehrausgaben	+17 657	
Mindereinnahmen	+ 1 507	
nachrichtlich:		
Wesentliche zusätzliche Mehrausgaben/Mindereinnahmen im Haushalt für die ehemalige DDR (Abschnitt B); die Zahlen in Klammern zeigen die absolute Höhe der Haushaltsansätze:		
Mehrausgaben:		
Energiesubventionen (von 2,98 Mrd DM auf 4,13 Mrd DM)	+ 1 150	
Langfristige Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion	+ 645	
Förderung der Landwirtschaft (u. a. Marktordnungsabgaben, Einkommenshilfen) (von 4,42 Mrd DM auf 6,53 Mrd DM)	+ 2 110	
Soziale Sicherung (insbesondere Zuschuß/Anschub Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung, Sozialzuschläge, staatliches Kindergeld) (von 9,48 Mrd DM auf 15,59 Mrd DM)	+ 6 112	
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen (von 300 Mio DM auf 800 Mio DM)	+ 500	
Stornierung von Verträgen im Verteidigungshaushalt (von 991 Mio DM auf 1,39 Mrd DM)	+ 400	
Wohnungsbau/Wohnungswirtschaft (insbesondere für Preisumstellungen und Strukturveränderungen) (von 1,24 Mrd DM auf 2,44 Mrd DM)	+ 1 200	
Personalverstärkungsmittel, Stationierungskosten der UdSSR-Streitkräfte (von 734 Mio DM auf 1,534 Mrd DM)	+ 800	
Zuweisungen an die Bezirke (von 19,54 Mrd DM auf 22,65 Mrd DM)	+ 3 110	
Anschub Krankenversicherung (insgesamt 3 Mrd DM)	+ 3 000	
Mindereinnahmen:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben (von 24,75 Mrd DM auf 17,70 Mrd DM)	– 7 050	

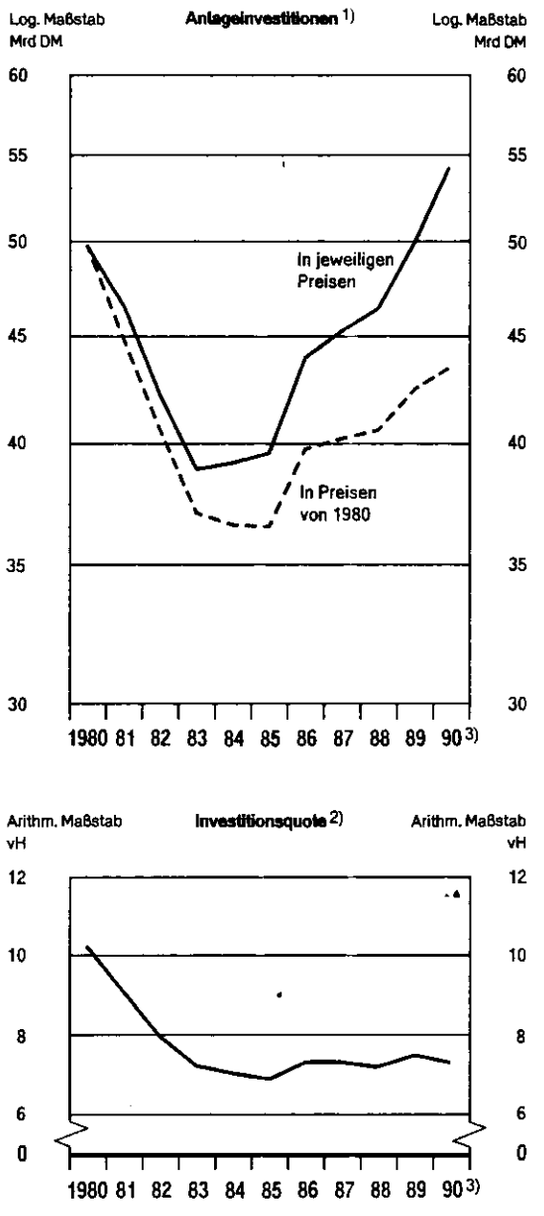
ben und Einnahmen des Zentralstaats auch die Budgets der Bezirke. Aus haushaltssystematischen Gründen werden für den Rest des Jahres beide Haushalte weiterhin getrennt ausgewiesen. Eine vollständige Integration wird es im nächsten Jahr geben. Der dritte Nachtragshaushalt des Bundes enthielt damit neben dem eigentlichen dritten Nachtragshaushalt zum Abschnitt A des Bundeshaushalts auch den Nachtrag zum ehemaligen DDR-Staatshaushalt. Die Mehrausgaben der DDR, die mit 17,7 Mrd DM den größten Teil der zusätzlichen Ausgaben von insgesamt 20,1 Mrd DM umfaßten, enthielten in erster Linie weitere Zuschüsse an die Sozialversicherung der DDR; hinzu kamen zusätzliche Hilfen für die Landwirtschaft, weitere Mittel zur Subventionierung der Mieten und der Energiepreise sowie eine Aufstockung der Zuweisungen an die Bezirke der ehemaligen DDR. Die Mehraufwendungen im Abschnitt A des Bundeshaushalts standen vor allem im Zusammenhang mit der Golfkrise. Daneben kam es zu Mehrausgaben infolge höherer Zinszahlungen und der Gewährung höherer Abschläge beim Ausgabekurs von Anleihen. Zu den Mehrausgaben kamen Steuermindereinnahmen im Gebiet der ehemaligen DDR, so daß sich die Nettokreditaufnahme des Bundes (einschließlich DDR-Staatshaushalt) um weitere 25,9 Mrd DM auf insgesamt 66,9 Mrd DM erhöhte.

225. Ohne die zusätzlichen Aufwendungen zugunsten der ehemaligen DDR wären die Ausgaben der Gebietskörperschaften mit einer Rate von reichlich 4 vH gestiegen, der so berechnete Ausgabenanstieg war höher als im Vorjahr (3,5 vH), und er lag auch deutlich über der Empfehlung des Finanzplanungsrates von durchschnittlich 3 vH. Die Beschleunigung des Ausgabenanstiegs ohne die Ausgaben zugunsten der ehemaligen DDR war zum einen auf die Entwicklung der Personalausgaben zurückzuführen. Der seit März 1988 laufende Tarifvertrag im öffentlichen Dienst, der eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit mit maßvollen Lohnerhöhungen koppelte, sah zwar lediglich eine Tariferhöhung von 1,7 vH für dieses Jahr vor. Die im Januar zwischen den Tarifvertragsparteien beschlossene Erhöhung der allgemeinen Zulagen, die auch für die Beamten übernommen wurde, ließ die Löhne und Gehälter jedoch um durchschnittlich weitere 2 vH ansteigen. Der Bund war hiervon weniger betroffen, weil bei ihm die Personalaus-

gaben nur rund 11 vH der Gesamtausgaben ausmachen. Dagegen wirkte sich die Erhöhung der Zulagen wegen eines Personalkostenanteils von rund 40 vH in den Länderhaushalten und in den Gemeindehaushalten weitaus stärker aus. Zur Beschleunigung des Ausgabenanstiegs trug zum anderen bei, daß die Gebietskörperschaften ihre Käufe von Sachgütern und Dienstleistungen deutlich ausweiteten.

Schaubild 36

ZUR ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN INVESTITIONEN



1) Anlageinvestitionen (neue Ausrüstungen und neue Bauten) der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2) Anlageinvestitionen in vH der Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen. – 3) Eigene Schätzung.

SR 90 0724

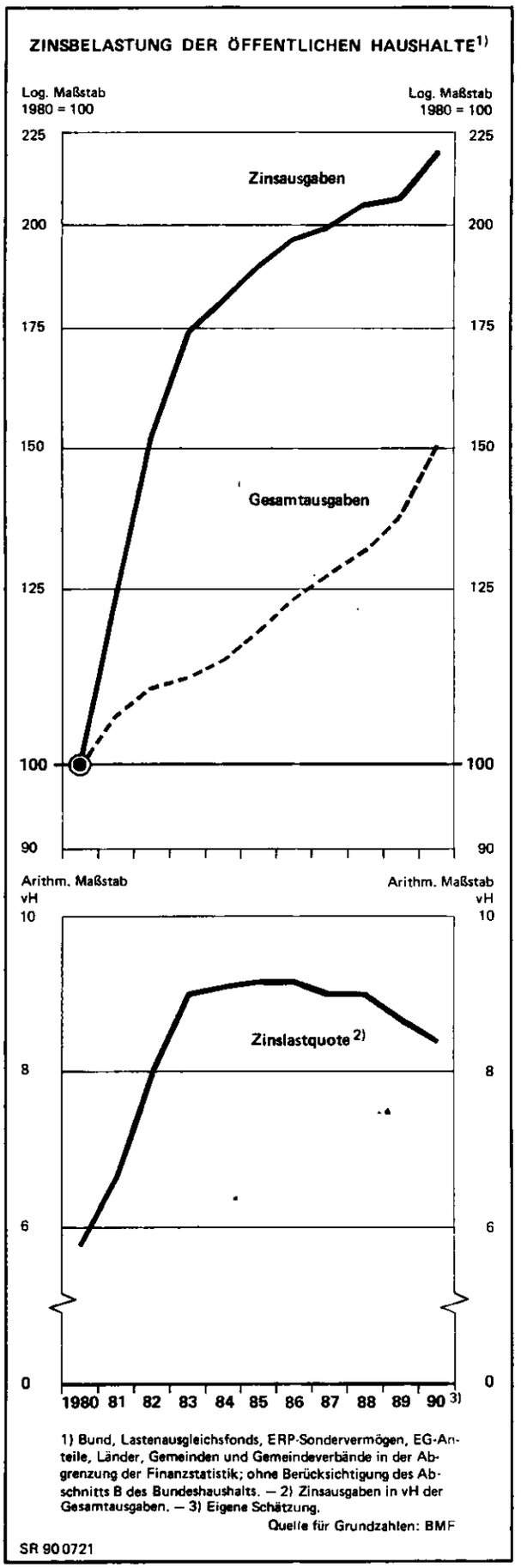
226. Die Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften stiegen um rund 9 vH. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten die Investitionsausgaben von Bund und Ländern. Dies ist zum großen Teil auf den Bau von Notunterkünften und Übergangswohnungen für Aussiedler und Übersiedler zurückzuführen. Trotz des kräftigen Zuwachses machten die Investitionsausgaben im Jahre 1990 nur 7½ vH der Gesamtausgaben aus, vor zehn Jahren hatte die Investitionsquote noch bei 10 vH gelegen. Mit rund 54 Mrd DM lagen die öffentlichen Anlageinvestitionen zwar erstmals wieder über dem Niveau von 1980; in realer Rechnung unterschritten sie aber ihr damaliges Niveau immer noch um mehr als 12 vH (Schaubild 36).

227. Der kräftigen Ausweitung der nominalen Bauinvestitionen in diesem Jahr stand in realer Rechnung lediglich ein Zuwachs von 2 vH gegenüber. Einmal mehr zeigten sich damit die negativen Folgen einer prozyklischen Investitionspolitik des Staates. Da andere öffentliche Ausgaben, beispielsweise für Personal oder für Sachaufwand, weniger leicht an eine geänderte Einnahmen- oder Ausgabensituation angepaßt werden können, sind es in erster Linie die Investitionen, die bei guter Haushaltslage kräftig ausgeweitet und bei leeren Kassen entsprechend drastisch gekürzt werden. Eine Belebung der öffentlichen Investitionstätigkeit in konjunkturellen Aufschwungphasen hat neben stabilitätspolitischen Gefahren, die unangenehme Begleiterscheinung für den Staat, daß ein großer Teil seiner zusätzlichen Investitionsausgaben von höheren Baupreisen aufgezehrt wird. Zwar richtet sich rund die Hälfte der staatlichen Baunachfrage auf Leistungen des Tiefbaus, in dem der Staat nahezu ein Nachfragemonopol besitzt und von daher die Preisentwicklung maßgeblich mit beeinflussen kann. Gerade in diesem Jahr sind aber die Preise im Tiefbau, die lange Zeit hinter der Preisentwicklung im Hochbau deutlich zurückgeblieben waren, mit einer Rate von reichlich 6 vH beschleunigt angestiegen. Tendenziell führt eine prozyklisch ausgerichtete Investitionspolitik des Staates zu einer sinkenden Investitionsquote und verschlechtert damit die Struktur der Staatsausgaben. Eine stetigere Entwicklung der öffentlichen Investitionen wäre auch von daher wünschenswert.

228. Die im Vergleich zum Vorjahr wieder kräftigere Erhöhung der Zinsausgaben war in erster Linie Folge der im Verlauf des Jahres 1989 gestiegenen Zinssätze. Diese verteuerten sowohl die Anschlußfinanzierung für auslaufende Kredite als auch die Neuverschuldung des Jahres 1989. Letztere dämpfte mit ihrer geringen Höhe allerdings den Anstieg der diesjährigen Schuldendienstverpflichtungen, so daß die Zinslastquote nochmals sank (Schaubild 37). Die kräftige Erhöhung der Nettokreditaufnahme in diesem Jahr wird sich jedoch in den Zinszahlungen der nächsten Jahre niederschlagen und erschwert zukünftige Konsolidierungserfolge.

229. Die Finanzzuweisungen des Bundes einschließlich des Fonds Deutsche Einheit an die ehemalige DDR flossen überwiegend in Verwendungen mit konsumtivem Charakter. Dies war der Fall beim Reisedevisenfonds, bei der Anschubfinanzierung für die Sozialversicherung und beim Defizitausgleich des DDR-

Schaubild 37



1) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik; ohne Berücksichtigung des Abschnitts B des Bundeshaushalts. — 2) Zinsausgaben in vH der Gesamtausgaben. — 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BMF

SR 900721

Staatshaushalts im Rahmen des dritten Nachtragshaushalts des Bundes. Denn mit diesem Defizitausgleich wurden höhere Subventionen an die Wohnungswirtschaft, den Energiesektor, den Verkehrsbereich und die Landwirtschaft sowie höhere Zuschüsse an die Sozialversicherung ermöglicht. Im DDR-Staatshaushalt waren für das zweite Halbjahr 1990 Investitionsausgaben, einschließlich der investiven Ausgaben der Bezirke, in Höhe von 8,8 Mrd DM veranschlagt worden. Dem standen Mittelzuweisungen des Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 22 Mrd DM gegenüber. Die Mittel des Fonds dürften erst die investiven Ausgaben ermöglicht haben. Gleichwohl floß ein nicht unerheblicher Teil der Fondsausgaben in konsumtive Verwendungen. Zwar unterliegt die Kreditaufnahme des Fonds nicht der Beschränkung nach Artikel 115 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz. Aus ökonomischen Gesichtspunkten sollten die Mittel, soweit sie auf dem Kreditwege finanziert werden, aber eigentlich investiven Verwendungen zugeführt werden.

Neben den Budgethilfen gibt es derzeit eine Vielzahl von Programmen, die insbesondere das Investieren im Gebiet der ehemaligen DDR fördern sollen. Hierzu gehören das ERP-Kreditprogramm und das Eigenkapitalhilfeprogramm, aus dem vor allem kleine und mittelständische Unternehmen zinsgünstige Kredite erhalten können. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau vergibt Investitionskredite mit einem reduzierten Zinssatz. Mit der Einführung einer Investitionszulage und der Einbeziehung des gesamten Gebietes der ehemaligen DDR in das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wurde das Investieren in den östlichen Bundesländern zudem unmittelbar begünstigt. Neben Investitionszuschüssen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" können die Gemeinden der ehemaligen DDR im Rahmen des Gemeindeinvestitionsprogramms zinsgünstige Kredite in Anspruch nehmen. Zur Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes gibt es darüber hinaus ein spezielles Wohnungsmodernisierungsprogramm (Ziffern 551 ff.).

Einnahmenentwicklung im Zeichen von Steuersenkungen und guter Konjunktur

230. Für die gesamtwirtschaftlichen Einflüsse, die in diesem Jahr von der Einnahmenpolitik der öffentlichen Haushalte ausgingen, spielten die Entlastungen bei der Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und der Körperschaftsteuer eine bedeutende Rolle. Unternehmen und private Haushalte wurden schätzungsweise um 38 Mrd DM entlastet. Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung führte ihrerseits über einen beschleunigten Anstieg der Einkommen und der Umsätze zu höheren Steuereinnahmen, als in den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften veranschlagt worden war. Alles in allem blieb der Zuwachs des gesamten kassenmäßigen Steueraufkommens mit einer Rate von 2½ vH aber deutlich hinter dem Anstieg des Bruttosozialprodukts zurück, so daß die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf 22,6 vH sank und damit das seit 1970 niedrigste Niveau aufwies (Tabelle 39, Schaubild 38).

Tabelle 39

Aufkommen wichtiger Steuern [1])

Steuerart	1986	1987	1988	1989	1990[2])	1986	1987	1988	1989	1990[2])
	Mrd DM					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Steueraufkommen, insgesamt ..	452,4	468,7	488,1	535,5	548½	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 9,7	+ 2½
Lohnsteuer	152,2	164,2	167,5	181,8	177½	+ 3,1	+ 7,8	+ 2,0	+ 8,6	− 2
Veranlagte Einkommensteuer	29,9	30,7	33,2	36,8	37	+ 4,6	+ 2,7	+ 8,1	+10,9	+ ½
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8,1	7,9	8,7	12,6	11	+30,8	− 3,0	+10,8	+44,9	−14½
Körperschaftsteuer	32,3	27,3	30,0	34,2	32½	+ 1,5	−15,5	+ 9,9	+13,9	− 5
Umsatzsteuer[3])	111,1	118,8	123,3	131,5	144½	+ 1,2	+ 6,9	+ 3,8	+ 6,6	+10
Mineralölsteuer	25,6	26,1	27,0	33,0	35	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,4	+21,9	+ 6½
Tabaksteuer	14,5	14,5	14,6	15,5	16½	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 6,6	+ 6
Branntweinabgaben	4,1	4,1	4,0	3,9	4	− 2,1	+ 0,2	− 1,8	− 2,0	− 3½
Vermögensteuer	4,4	5,4	5,6	5,8	6½	+ 2,5	+23,3	+ 2,4	+ 4,0	+ 8½
Kraftfahrzeugsteuer	9,4	8,4	8,2	9,2	8	+27,3	−10,6	− 2,3	+12,2	−10½
Gewerbesteuer[4])	32,0	31,4	34,5	36,7	39	+ 4,0	− 1,7	+ 9,6	+ 6,5	+ 6
Grundsteuern A und B	7,6	7,9	8,2	8,5	9	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 3½
Nachrichtlich:										
Steuerquote[5])	23,3	23,2	23,0	23,7	22,6	x	x	x	x	x

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Inlandsaufkommen und Einfuhrumsatzsteuer.
[4]) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
[5]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

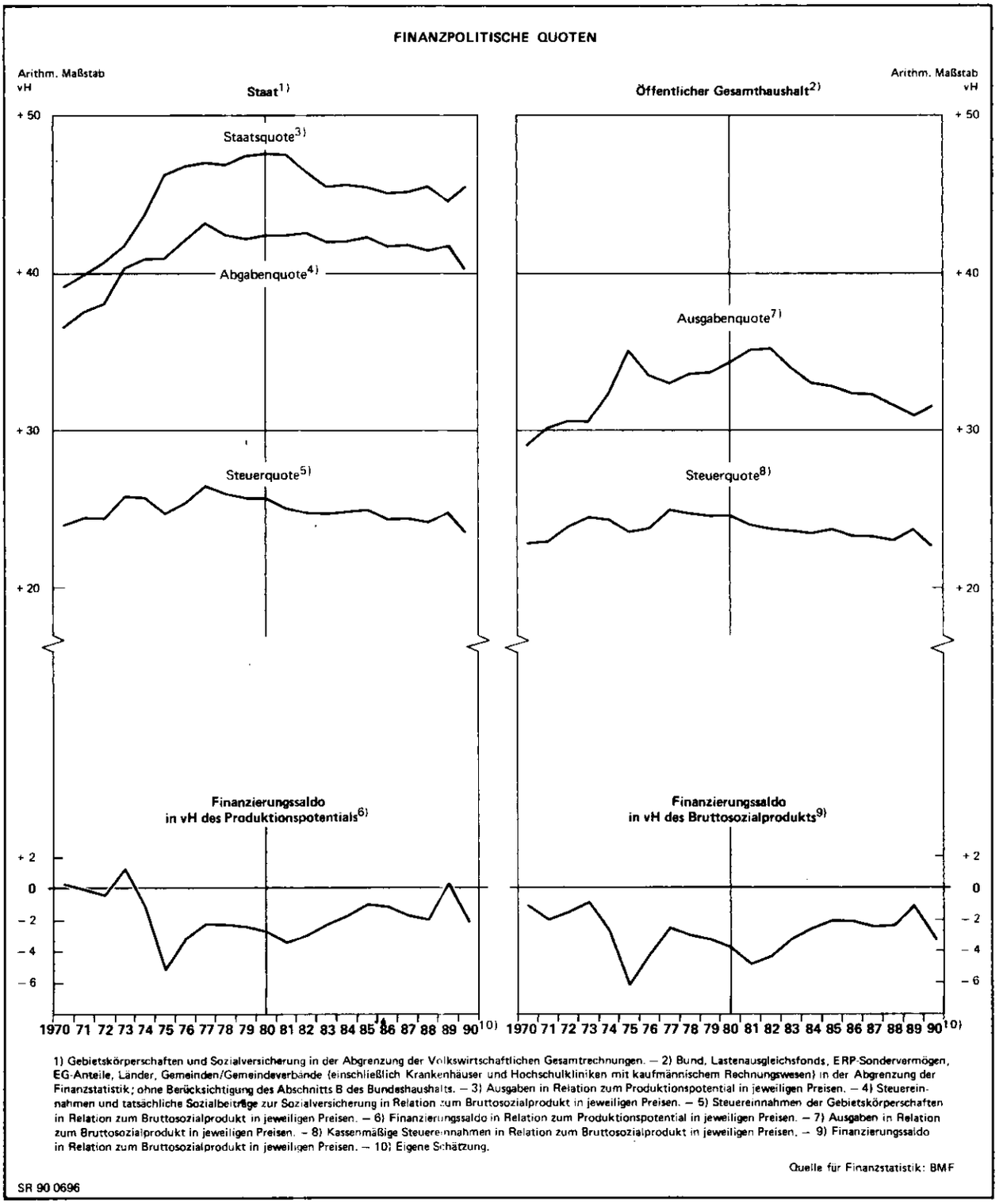
231. *Die Gebietskörperschaften konnten 1990 über ein Steueraufkommen verfügen, das um über 10 Mrd DM über dem Planansatz lag. Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen ist auch in den nächsten vier Jahren mit wesentlich höheren Steuereinnahmen zu rechnen als bisher in den Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden zugrunde lag. Dies gab bei der Frage nach der Finanzierung der zusätzlichen Lasten, die sich aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik für die öffentlichen Haushalte ergeben, häufig Anlaß zu der Behauptung, daß sich die deutsche Einheit aus diesen Steuermehreinnahmen problemlos finanzieren lasse und deshalb Steuererhöhungen nicht notwendig seien. Dabei wird unterstellt, daß Steuermehreinnahmen infolge einer höheren Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in voller Höhe den Ausgabenspielraum der Finanzpolitik erweitern. Hiervon kann allerdings nicht ausgegangen werden; denn der Sozialproduktzuwachs kann zum einen daraus resultieren, daß sich die Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft erhöht haben, zum anderen kann er auf einen Anstieg der Kapazitätsauslastung zurückzuführen sein. Auslastungsbedingt höhere Steuereinnahmen sollen — als Steuerungsinstrument einer auf Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung angelegten Finanzpolitik — dazu dienen, das Haushaltsdefizit in einer Phase der Hochkonjunktur zu reduzieren. Nur soweit Steuermehreinnahmen sich aus dem Anstieg des Produktionspotentials ergeben, erweitern sie den stabilitätspolitisch vertretbaren Handlungsraum der Finanzpolitik. Dieser zusätzliche Spielraum kann entweder für Steuersenkungen genutzt werden oder zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben, wie im Falle der ehemaligen DDR, herangezogen werden.*

232. Kernstück der diesjährigen Reform der Einkommensteuer war die Linearisierung des Grenzsteuersatzes im Bereich der sogenannten Progressionszone. Zusätzliche Erleichterungen für Unternehmen und private Haushalte ergaben sich vor allem aus der Erhöhung des Grundfreibetrags, der Senkung des Eingangssatzes und des Spitzensteuersatzes sowie dem Ausbau familienbezogener Ermäßigungen.

Das Aufkommen der Lohnsteuer dürfte nach den bisher vorliegenden Zahlen um 2 vH unter dem Aufkommen des Vorjahres liegen. Der dämpfende Einfluß der Steuerrechtsänderungen auf das Lohnsteueraufkommen wurde zum Teil dadurch kompensiert, daß die Beschäftigung stark anstieg und die Löhne und Gehälter beschleunigt zunahmen. Etwas günstiger verlief die Entwicklung der Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer; sie überschritten das Vorjahresniveau um ½ vH. Dies hing nur zum Teil mit der guten Einkommensentwicklung zusammen. Gleichzeitig spielte es eine Rolle, daß infolge der Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Veräußerungsgewinnen zum 1. Januar 1990 Unternehmensverkäufe in das Jahr 1989 vorgezogen worden waren, die 1990 zu beträchtlichen Steuermehreinnahmen führten.

233. Auch beim Aufkommen der Körperschaftsteuer kam es in diesem Jahr durch die Senkung des Steuersatzes auf einbehaltene Gewinne zu Mindereinnahmen. Die Einnahmen in den vier großen Steuermonaten, in denen die Vorauszahlungen für das laufende Jahr geleistet werden, lagen um 2½ vH unter Vorjahresniveau. Zusammen mit deutlich niedrigeren Abschlußzahlungen führte dies dazu, daß das Aufkommen der Körperschaftsteuer um 5 vH unter dem Niveau von 1989 lag.

Schaubild 38



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — 2) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen) in der Abgrenzung der Finanzstatistik; ohne Berücksichtigung des Abschnitts B des Bundeshaushalts. — 3) Ausgaben in Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen. — 4) Steuereinnahmen und tatsächliche Sozialbeiträge zur Sozialversicherung in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 5) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 6) Finanzierungssaldo in Relation zum Produktionspotential in jeweiligen Preisen. — 7) Ausgaben in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 8) Kassenmäßige Steuereinnahmen in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 9) Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen. — 10) Eigene Schätzung.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

SR 90 0696

Der kräftige Rückgang der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (−14½ vH) ist allein durch den Wegfall der Quellensteuer auf Zinserträge zu erklären. Bereinigt man das letztjährige Aufkommen dieser Steuer um die Einnahmen aus dieser sogenannten kleinen Kapitalertragsteuer, ergibt sich, bezogen auf die so berechnete Basis, ein Zuwachs von über 25 vH. Hierin spiegeln sich die gute Gewinnentwicklung und die dadurch bedingten hohen Gewinnausschüttungen der Unternehmen wider. Daß das Aufkommen der Umsatzsteuer mit 10 vH deutlich schneller gestiegen ist als die Binnennachfrage, ist auf die Käufe von Bürgern der ehemaligen DDR im alten Bundesgebiet zurückzuführen. Die kräftige Ausweitung dieser Käufe in der zweiten Jahreshälfte führte bei der Umsatzsteuer zu zweistelligen Zuwachsraten.

234. Insgesamt lagen die Einnahmen aus den Gemeinschaftsteuern von Bund und Ländern um ½ vH über Vorjahresniveau. Der Bund, der im Vergleich zu den Ländern in seinem Gesamtsteueraufkommen einen niedrigeren Anteil der direkten Steuern aufweist, war von den in diesem Jahr in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen weniger betroffen. Auf der anderen Seite wurde der Bund von dem kräftigen Zuwachs der Umsatzsteuer stärker begünstigt als die Länder. Infolge der kräftigen Expansion der Inlandsnachfrage stiegen außerdem seine Einnahmen aus den speziellen Verbrauchsteuern deutlich an. Bedingt durch Einsparungen im Haushalt der Europäischen Gemeinschaften mußte der Bund auch weniger Mittel an die EG abführen als im Vorjahr. Alles in allem stiegen die Steuereinnahmen des Bundes mit einer Rate von 4½ vH deutlich schneller als die der Länder. Dies ist im allgemeinen nicht der Fall. Normalerweise wächst progressionsbedingt das Aufkommen der Einkommensteuer schneller als das Aufkommen der Umsatzsteuer, wodurch die Länder im Vergleich zum Bund begünstigt werden. Das hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß der Bundesanteil am Steueraufkommen deutlich zurückgegangen ist (Tabelle 40).

Tabelle 40

Verteilung des Steueraufkommens auf die Ebenen

Zeitraum	Bund[1]	Länder[2]	Gemeinden[3]	EG-Eigenmittel[4]	Steuereinnahmen insgesamt
	Anteile in vH				Mrd DM
1980	*48,3*	*34,8*	*14,1*	*2,9*	365,0
1981	*48,7*	*34,5*	*13,5*	*3,3*	370,3
1982	*48,4*	*34,8*	*13,5*	*3,3*	378,7
1983	*48,0*	*35,0*	*13,6*	*3,5*	396,6
1984	*47,6*	*35,1*	*13,8*	*3,6*	414,7
1985	*47,2*	*35,3*	*14,1*	*3,5*	437,2
1986	*46,2*	*35,8*	*14,1*	*4,0*	452,4
1987	*46,3*	*35,9*	*13,9*	*3,9*	468,7
1988	*45,1*	*35,9*	*14,1*	*4,9*	488,1
1989	*46,1*	*35,8*	*13,8*	*4,3*	535,5
1990[5]	*47,1*	*35,4*	*13,8*	*3,7*	548½

[1] Ergänzungszuweisungen und BSP-Eigenmittel an die EG (ab 1988) abgesetzt. Einschließlich Einnahmen des Lastenausgleichsfonds.
[2] Um Ergänzungszuweisungen erhöht. Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.
[3] Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten.
[4] Zölle, MwSt-Eigenmittel, BSP-Eigenmittel (ab 1988).
[5] Eigene Schätzung.

Quelle: BMF

Die Länder verzeichneten einen Einnahmenzuwachs von 1½ vH. Neben dem niedrigen Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern spielte dabei eine Rolle, daß das Aufkommen der reinen Ländersteuern infolge der Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lastkraftwagen nur wenig anstieg. Die beabsichtigte gleichzeitige Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Lastkraftwagen wurde wegen einer einstweiligen Verfügung des Europäischen Gerichtshofes vorerst bis zum 1. Juli 1991 ausgesetzt. Als Entschädigung erhielten die Länder im Rahmen des dritten Nachtragshaushalts des Bundes Zuweisungen in Höhe von 498 Mio DM. Die Gemeinden profitierten von der guten Gewinnentwicklung durch hohe Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen insgesamt um 2½ vH.

Expansive Impulse durch hohe Defizite

235. Das hohe Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften paßt nicht in das Umfeld einer Hochkonjunktur. Eine kräftige Reduzierung des Defizits wäre aus stabilitätspolitischer Sicht angemessen gewesen. Die hohe Neuverschuldung gefährdet zudem die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die in den achtziger Jahren zumindest quantitativ vorangekommen war. Die Erfahrungen der siebziger und der achtziger Jahre zeigen, wie nachhaltig eine verstärkte Defizitfinanzierung die öffentlichen Haushalte belasten kann (JG 89 Ziffer 169 ff.).

236. Der Finanzierungssaldo sagt für sich genommen wenig über die konjunkturellen Anstöße aus, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen. Um sich ein Urteil hierüber zu bilden, verwendet der Sachverständigenrat das Meßkonzept des konjunkturellen Impulses. Dem liegt die Vorstellung einer Normalverschuldung des Staates zugrunde, an die sich die privaten Wirtschaftssubjekte gewöhnt haben. Dementsprechend hätte sich der Staat in diesem Jahr mit rund 32 Mrd DM verschulden dürfen. Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo, der sich durch eine Bereinigung der potentialorientierten Kreditaufnahme um die auslastungsbedingten Steuermehreinnahmen ergibt, lag mit rund 17 Mrd DM deutlich unter dem tatsächlichen Defizit. Die Differenz in Höhe von 56 Mrd DM steht für den expansiven konjunkturellen Impuls, der in diesem Jahr von den öffentlichen Haushalten ausging (Tabellen 41 und 42).

237. Bei einer konjunkturpolitischen Würdigung der Finanzpolitik reicht es nicht aus, nur die unmittelbaren Anstöße, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, zu betrachten. Für die Beurteilung der Nachfragewirkungen ist zum einen das gesamtwirtschaftliche Umfeld mit ins Bild zu nehmen; zum anderen ist es von Bedeutung, welche Maßnahmen auf der Einnahmenseite oder auf der Ausgabenseite dem konjunkturellen Impuls zugrunde liegen. In diesem Jahr standen hinter dem hohen konjunkturellen Impuls neben Steuerentlastungen die finanziellen Übertragungen in die ostdeutschen Länder. Diese Übertragungen beanspruchten die Produktionskapazitäten im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik zwar nicht unmittelbar, aber doch mittelbar. Diese mittelbaren Wirkungen sind quantitativ schwer abschätzbar, da verläßliche Daten beispielsweise über die Sparquote und das Konsumverhalten in der ehemaligen DDR nicht zur Verfügung stehen. Es erscheint allerdings plausibel, daß der durch die unentgeltlichen Übertragungen bedingte Einkommenszuwachs nicht oder nur in sehr geringem Umfang gespart wurde, sondern überwiegend in zusätzlichen Konsum floß. Die zusätzlichen Konsumausgaben dürften sowohl für Käufe von lokalen Gütern verwendet worden sein, als auch eine erhöhte Nachfrage nach westdeutschen Gütern ausgelöst haben. Da sich diese Nachfrage vor allem auf

Tabelle 41

Die Haushalte der Gebietskörperschaften

Mrd DM

	1984	1985	1986	1987	1988[2]	1989[2]	1990[3]
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4]	1 868,1	1 936,7	2 038,4	2 121,2	2 203,0	2 305,7	2 448½
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5]	1 877,9	1 936,7	2 038,4	2 121,2	2 203,0	2 305,7	2 448½
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985[6]	557,5	575,0	605,2	629,8	654,1	684,6	727
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[7]	1 812,2	1 868,9	1 967,1	2 047,0	2 125,9	2 225,0	2 363
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1985[6]	451,9	466,1	490,6	510,5	530,2	554,9	589
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[7]	449,7	466,1	478,7	499,2	513,2	551,0	555
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen[1]	439,2	459,9	473,4	491,6	512,7	560,0	570
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	− 2,2	—	− 11,9	− 11,2	− 17,0	− 3,9	− 34½
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[8]	− 0,8	—	− 0,1	− 4,2	− 1,9	− 3,7	− 5½
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	554,5	575,0	593,2	614,3	635,2	677,0	687
(10) Tatsächliche Staatsausgaben[1]	557,4	575,0	600,8	623,5	644,1	666,6	743
(11) Konjunktureller Impuls[9] (10) ⁄ (9)	+ 2,8	—	+ 7,5	+ 9,2	+ 8,9	− 10,4	+ 56
(12) Veränderungen des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	− 7,7	− 2,8	+ 7,5	+ 1,7	− 0,3	− 19,3	+ 66½

[1] Für Westdeutschland, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang VI, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2] Vorläufige Ergebnisse.
[3] Eigene Schätzung.
[4] Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5] Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr; ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts gleich der tatsächlichen im jeweiligen Jahr gesetzt.
[6] Normalauslastungsgrad (96,5 vH); zur Definition siehe Anhang VI, Abschnitt A.
[7] Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[8] Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank.
[9] Expansiv: +; kontraktiv: −.

Tabelle 41

in konjunktureller Sicht[1])

vH

	1984	1985	1986	1987	1988[2])	1989[2])	1990[3])
Zum Vorjahresvergleich							
Steigerungsrate							
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ...	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,5	+ 11½
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 5,1	+ 3
Bestimmungsfaktoren von (b)[10])							
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 3
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts [11])	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,5	+ 3½
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres	+ 0,4	+ 0,4	− 2,1	+ 0,2	− 0,8	+ 2,2	− 4½
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	− 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 0,7	+ 0,4	− 0,3	− ½
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr	− 1,8	− 1,0	− 0,0	− 1,3	− 1,5	− 1,4	+ 1½
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	24,82	24,94	24,34	24,39	24,14	24,76	23,49
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	29,53	29,69	29,10	28,96	28,83	29,36	28,05
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	29,68	29,69	29,47	29,40	29,24	28,91	30,35
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): (16) ∕ (15)	+ 0,15	—	+ 0,37	+ 0,43	+ 0,40	− 0,45	+ 2,29
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	29,84	29,69	29,47	29,40	29,24	28,91	30,35

Fußnoten 1 bis 3 siehe Seite 146.

[10]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang VI, Abschnitt D).

[11]) Ab 1985 identisch mit der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts.

Tabelle 42

Haushaltsdefizit und konjunktureller Impuls der Gebietskörperschaften[1])

Mrd DM

	1984	1985	1986	1987	1988[2])	1989[2])	1990[3])
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Haushaltsdefizits							
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme[4])	24,6	25,4	26,7	27,8	28,9	30,2	32
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen (-) / Steuermindereinnahmen (+)[5])	+ 8,2	+ 6,1	+ 5,3	+ 7,6	+ 0,5	− 9,0	−15
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen (−)[6])	+ 2,3	—	—	—	—	—	—
(d) Mehreinnahmen (−) / Mindereinnahmen (+) in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,0	—	− 8,5	—	—
I. (a) bis (d) Konjunkturneutrales Haushaltsdefizit[7])	30,6	26,0	27,0	35,4	37,9	21,2	17
II. Tatsächliches Haushaltsdefizit[8])	33,5	26,0	34,6	44,7	46,8	10,9	73
II. ./. I. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+ 2,8	−	+ 7,5	+ 9,2	+ 8,9	−10,4	+56

[1]) Haushalte der Gebietskörperschaften Westdeutschlands in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang VI, Abschnitt D.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basisjahr 1985, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.
[5]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (96,5 vH) zuzurechnen ist. Dabei ist angenommen, daß die Elastizität des Steueraufkommens bezüglich des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen gleich eins ist; die jeweilige Steuerquote und die „konjunkturneutrale" Vollbeschäftigungsquote sind dadurch identisch.
[6]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt) Ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate des Preisniveaus gleich der tatsächlichen gesetzt; inflationsbedingte Steuereinnahmen entfallen somit.
[7]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[8]) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

Güter mit einer hohen Importelastizität richtete, führte sie nicht in gleicher Höhe zu einer Beanspruchung der westdeutschen Produktionskapazitäten. Ein großer Teil der zusätzlichen Nachfrage aus der ehemaligen DDR konnte durch Importe gedeckt werden.

Sozialversicherung: Nochmals höhere Überschüsse

238. Der Finanzierungsüberschuß der Sozialversicherung lag mit 20 Mrd DM deutlich über dem Niveau des Vorjahres (Tabelle 43). Die Einnahmen der Sozialversicherung nahmen, wie im Aufschwung üblich, kräftig zu. Die Zuwachsrate betrug 7 vH, nach 5,1 vH im Vorjahr. Die markante Beschäftigungsausweitung und deutlich höhere Löhne und Gehälter ließen die Beitragseinnahmen schubartig ansteigen. Flankierend kam hinzu, daß die Vermögenserträge einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichneten, da die Rücklagen kräftig aufgestockt worden waren und hohe Zinsen gezahlt wurden.

Der günstigen Einnahmenentwicklung stand eine Beschleunigung des Ausgabenanstiegs gegenüber. Hierbei spielte allerdings eine Rolle, daß die Ausgabenentwicklung im Vorjahr durch Sondereffekte im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform gedämpft war. Gleichwohl war der Kostenauftrieb bei der Krankenversicherung auch unter Ausschaltung dieser Effekte kräftig. Darüber hinaus verursachte die hohe Zuwanderung Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit.

239. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, die im letzten Jahr noch rückläufig gewesen waren, stiegen 1990 um 4½ vH. Der Ausgabenanstieg ist im wesentlichen auf den sprunghaften Anstieg der Aufwendungen für Aussiedler zurückzuführen. Diese Aufwendungen umfaßten in erster Linie die Ausgaben für den Lebensunterhalt und die soziale Sicherung der nicht erwerbstätigen Aussiedler. Ausgabendämpfend wirkte sich die Einführung des pauschalen Eingliederungsgeldes aus. Seit Anfang des Jahres 1990 erhalten Aussiedler statt des Arbeitslosengeldes ein Eingliederungsgeld, das einheitlich bemessen ist und im Durchschnitt je Leistungsempfänger monatlich rund 1 660 DM, einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge, beträgt. Bis Mitte des Jahres galt diese Regelung auch für übergesiedelte Bürger aus Ostdeutschland. Das Eingliederungsgeld liegt unter dem durchschnittlichen Monatssatz für Arbeitslosengeld von derzeit rund 1 740 DM.

Trotz niedrigerer Arbeitslosigkeit blieben die Zahlungen von Arbeitslosengeld auf dem Vorjahresniveau. Dies lag daran, daß die Nettolöhne und -gehälter, nach denen das Arbeitslosengeld bemessen wird, be-

Tabelle 43

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen[1])

	1985	1986	1987	1988	1989	1990[2])	1985	1986	1987	1988	1989	1990[2])
	Mrd DM						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Einnahmen, insgesamt	348,13	364,18	378,74	397,79	418,08	444	+4,9	+4,6	+ 4,0	+ 5,0	+5,1	+6
darunter:												
Rentenversicherung[3])	178,36	186,72	190,77	199,13	209,78	223½	+5,9	+4,7	+ 2,2	+ 4,4	+5,3	+6½
Krankenversicherung	112,95	119,73	126,05	133,82	140,05	147½	+6,2	+6,0	+ 5,3	+ 6,2	+4,7	+5½
Arbeitslosenversicherung	31,78	31,58	34,77	36,77	39,57	41½	−4,0	−0,6	+10,1	+ 5,8	+7,6	+5
Ausgaben, insgesamt	343,04	354,95	372,09	396,24	401,76	424	+3,3	+3,5	+ 4,8	+ 6,5	+1,4	+5½
darunter:												
Rentenversicherung[3])	175,82	179,45	186,54	195,57	205,93	215	+2,2	+2,1	+ 4,0	+ 4,8	+5,3	+4½
Krankenversicherung	115,12	120,56	125,59	135,06	130,50	139	+5,1	+4,7	+ 4,2	+ 7,5	−3,4	+6½
Arbeitslosenversicherung	29,59	31,52	35,70	40,69	39,64	41½	+2,0	+6,5	+13,3	+14,0	−2,6	+4½
Finanzierungssaldo, insgesamt	+5,09	+9,23	+6,65	+1,55	+16,32	+20	x	x	x	x	x	x
darunter:												
Rentenversicherung[3])	+2,54	+7,27	+4,23	+3,56	+ 3,85	+ 8½	x	x	x	x	x	x
Krankenversicherung	−2,17	−0,83	+0,46	−1,24	+ 9,55	+ 8½	x	x	x	x	x	x
Arbeitslosenversicherung	+2,19	+0,06	−0,93	−3,92	− 0,07	0	x	x	x	x	x	x

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten sowie die knappschaftliche Rentenversicherung.

dingt durch die Steuerreform und die deutliche Anhebung der Bruttolöhne und -gehälter, kräftig anstiegen. Während die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld um über 8 vH zurückging, erhöhte sich der monatliche Durchschnittsbetrag des Arbeitslosengeldes pro Empfänger um 4 vH.

240. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind in diesem Jahr 6½ vH gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Gesundheitsreformgesetz 1989 zu Vorzieheffekten im Jahre 1988 geführt hatte, die sich bei den Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen in zeitlichen Verschiebungen zwischen den Jahren 1988 und 1989 niederschlugen (Schaubild 39). Die Ausgabenentwicklung im Jahre 1989 wurde dadurch gedämpft, so daß die diesjährige Zuwachsrate den trendmäßigen Ausgabenanstieg überzeichnet. Wegen der beträchtlichen Ausgabenverschiebungen zwischen den Jahren 1988 und 1989 bietet es sich an, die diesjährigen Ausgaben in Relation zu dem durchschnittlichen Ausgabenniveau dieser beiden Jahre zu setzen. Bei einem solchen Vergleich errechnet sich für das Jahr 1990 ein Ausgabenanstieg von 4½ vH, der in etwa dem durchschnittlichen der Jahre 1985 bis 1987 entspricht. Daß sich in diesem Jahr der Ausgabenanstieg der Krankenversicherung trotz des Gesundheitsreformgesetzes nicht deutlich verlangsamte, hatte mehrere Ursachen. Zum einen konnten nach einem einmaligen Einspareffekt durch die Kürzung des Sterbegeldes und die Leistungsbegrenzung bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Behandlungen weitere Ausgabeneinsparungen, die das Gesundheitsreformgesetz intendiert hatte, bisher nicht umgesetzt werden. Hierzu gehören Einsparungen infolge kostengünstigerer Behandlungsformen, die durch die Einführung gestaffelter Zuschußbeträge beim Zahnersatz angestrebt werden. Bei Arzneimitteln konnten Festbeträge bisher nur für Medikamente mit identischen Wirkstoffen eingeführt werden. Solche Festbeträge stehen für Arzneimittel mit vergleichbaren Wirkstoffen und solche mit vergleichbarer Wirkung noch aus. Den Ausgabeneinsparungen infolge der Einführung von Festbeträgen standen in diesem Jahr zudem höhere Ausgaben bei solchen Medikamenten gegenüber, die nicht der Festbetragsregelung unterliegen und deren Preise zum Ausgleich von Erlöseinbußen infolge der Festbeträge kräftig angehoben worden waren. Letztlich ist auch die Anordnung des Gesundheitsreformgesetzes, Richtgrößen für das Volumen verordneter Arznei- und Heilmittel aufzustellen, bisher nicht in die Praxis umgesetzt worden.

Der kräftige Ausgabenanstieg der Krankenversicherung war auch eine Folge deutlich höherer Kosten im Krankenhausbereich, in den etwa ein Drittel der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung fließen. Hierbei spielte insbesondere die im vergange-

Schaubild 39



nen Jahr getroffene Vereinbarung über eine verbesserte Eingruppierung der Pflegekräfte eine Rolle, die für sich genommen einen Ausgabenanstieg von 8 vH bedeutete. Außerordentlich hohe Zuwächse verzeichneten die Krankenkassen auch beim Krankengeld, das an die Nettolohnentwicklung gekoppelt ist und somit infolge der Steuerreform kräftig anstieg. Die Arzthonorare, die zum überwiegenden Teil der allgemeinen Lohnentwicklung der Versicherten folgen, stiegen um 6 vH an.

Im Zuge der guten Einnahmenentwicklung haben die gesetzlichen Krankenversicherungsträger ihre Beitragssätze um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte gesenkt. Diese Beitragssatzsenkung war allerdings so moderat, daß die gesetzliche Krankenversicherung nochmals einen hohen Überschuß erzielte.

241. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung lag der Ausgabenzuwachs mit 4½ vH nur leicht unter dem Anstieg des Vorjahres (5,3 vH). Die Rentenanpassung zum 1. Juli 1990 hielt sich mit 3,1 vH im gleichen Rahmen wie im Vorjahr (3 vH). Gleichzeitig wurde der Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung gesenkt, so daß sich die monatliche Rente effektiv um 3,16 vH erhöhte. Die kräftige Erhöhung der Löhne und Gehälter in diesem Jahr wird sich bei der Rentenversicherung erst 1991 in einem deutlichen Anstieg der Rentenzahlungen niederschlagen, da die Renten mit Verzögerung an die allgemeine Lohnentwicklung angepaßt werden. Infolge der guten Einnahmensituation ist die Schwankungsreserve nochmals gestiegen. Sie dürfte sich am Jahresende auf 2,50 Monatsausgaben belaufen nach 2,05 Monatsausgaben im letzten Jahr.

Tabelle 44

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1989	
21. Dezember	Der Bundesrat verabschiedet den Bundeshaushalt 1990. Die Gesamtausgaben sollen 300,1 Mrd DM betragen, der Ausgabenanstieg damit auf 3,0 vH begrenzt werden. Die Nettokreditaufnahme wird gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung vom Juli 1989 mit 26,9 Mrd DM um fast 7 Mrd DM geringer sein.
1990	
1. Januar	Mit dem Steuerreformgesetz 1990 tritt die dritte Stufe der Steuerreform 1986/88/90 in Kraft. Es wird durch zwei weitere Gesetze ergänzt: „Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeitsplätzen in Privathaushalten" und „Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus und zur Ergänzung des Steuerreformgesetzes 1990" (zu den Einzelheiten siehe JG 89 Tabelle 28 und JG 85 Tabelle 25).
17. Januar	Der vorläufige Abschluß des Bundeshaushalts 1989 weist einen Ausgabenanstieg von 5,2 vH aus. Die Steuereinnahmen betrugen 247,1 Mrd DM und waren damit 5,7 Mrd DM höher als Ende 1988 erwartet wurde. Die Nettokreditaufnahme blieb mit 19,2 Mrd DM um 8,6 Mrd DM unter dem vom Parlament genehmigten Betrag von 27,8 Mrd DM.
13. Februar	Die Bundesregierung unterbreitet der DDR ein Angebot über eine Währungs- und Wirtschaftsunion auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.
14. Februar	Die Bundesregierung beschließt einen ersten Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 6,8 Mrd DM (zu den Einzelheiten siehe 30. März).

noch Tabelle 44

Datum	
noch 1990	
1. März	Der vorläufige Abschluß der Länderhaushalte für 1989 weist ein Finanzierungsdefizit von 7,4 Mrd DM aus. Es ist damit, insbesondere wegen der überaus günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen um 10,2 Mrd DM geringer als in den Haushaltsplanungen vorgesehen. Die Ausgaben der Länder stiegen 1989 um 4,4 vH auf 269,2 Mrd DM, die Steuereinnahmen um 9,1 vH.
14. März	Das Bundeskabinett verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Errichtung der „Deutschen Stiftung Umwelt". Der Stiftung wird der Erlös aus der Privatisierung der Salzgitter AG von insgesamt rund 2,5 Mrd DM übertragen. Die Deutsche Stiftung Umwelt wird Vorhaben zum Schutz der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft fördern. Damit soll erreicht werden, daß kleine und mittlere Unternehmen noch mehr als bisher zur Lösung von Umweltproblemen beitragen.
30. März	Der Bundestag verabschiedet den ersten Nachtragshaushalt 1990. Die Ausgaben des Bundes steigen um 6,8 Mrd DM auf insgesamt 306,9 Mrd DM. Der Nachtragshaushalt enthält im wesentlichen wirtschaftliche und humanitäre Soforthilfen für die DDR. Die Hilfen belaufen sich insgesamt auf rund 5,8 Mrd DM. Davon entfallen rund 4 Mrd DM auf Leistungen unmittelbar an die DDR und rund 1,8 Mrd DM auf Leistungen zugunsten der DDR in der Bundesrepublik (zu den Einzelheiten siehe Tabelle 38). Zusätzliche Ausgaben: Hilfeleistungen an Mittel- und Osteuropa (295 Mio DM), Strukturtarifrunde im öffentlichen Dienst (838 Mio DM), Vergütung für freiwillige Aufgabe der Milcherzeugung, „Milchrente" (324 Mio DM). Einsparungen: Verteidigungsausgaben (545 Mio DM).
4. April	Das Bundeskabinett beschließt steuerliche Erleichterungen bei Investitionen in der DDR (zu den Einzelheiten siehe Tabelle 38).
16. Mai	Die Regierungschefs von Bund und Ländern verständigen sich, die bisherigen Kosten der deutschen Teilung, das heißt die teilungsbedingten Steuervergünstigungen wie zum Beispiel Berlinförderung/ Zonenrandförderung, in einem Zeitraum von sieben Jahren abzubauen. Einzelheiten des Abbaus werden noch nicht festgelegt.
17. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1990 bis 1994 vor. Bei einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von 7,0 vH werden für 1990 Steuereinnahmen von 544,9 Mrd DM (+1,8 vH) und damit gegenüber der Schätzung vom November 1989 Mehreinnahmen von 8,2 Mrd DM für alle Ebenen erwartet. Die Steuerquote wird 22,54 vH im Jahre 1990 betragen. Für die Jahre 1991 bis 1994 sollen die Steuereinnahmen durchschnittlich jährlich um 6½ vH und damit etwas stärker als das nominale Bruttosozialprodukt (gut 5½ vH) steigen.
18. Mai	Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsvertrag) wird unterzeichnet. Der Staatsvertrag schafft damit einen einheitlichen Währungsraum im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mit der Deutschen Mark als gemeinsamer Währung. Die Bundesbank ist die Währungs- und Notenbank des Währungsgebiets. Tragende Prinzipien der Wirtschaftsunion sind: Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit, Gewerbe-, Niederlassungs-, Berufsfreiheit und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen im gesamten Währungsgebiet. Die Sozialunion gewährleistet eine Arbeitsrechtsordnung und ein System der sozialen Sicherung in der DDR, das dem der Bundesrepublik weitgehend entspricht.
30. Mai	Der Finanzplanungsrat erörtert die Abschlüsse der öffentlichen Haushalte 1989 sowie die Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften 1990 vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Lage. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1991 und die Finanzplanung bis 1994 unter Berücksichtigung der Auswirkungen des deutschen Einigungsprozesses. Der Ausgabenzuwachs der öffentlichen Haushalte soll mittelfristig wieder auf eine Größenordnung von 3 vH zurückgeführt werden.
22. Juni	Der Bundesrat berät abschließend den zweiten Nachtragshaushalt 1990, vorrangig als Begleithaushalt zum Staatsvertrag, mit folgenden Eckdaten: Neues Ausgabensoll 311,8 Mrd DM, Steuereinnahmen 254,2 Mrd DM (+6,8 Mrd DM), Rückgang der Nettokreditaufnahme um 1,9 Mrd DM auf 31,0 Mrd DM. Wichtige Ausgabenpositionen neben den zusätzlichen Haushaltsbelastungen aufgrund der deutschlandpolitischen Entwicklung (zu diesen Einzelheiten siehe Tabelle 38): Für das Wohnungsbauprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen von 450 Mio DM auf 1,2 Mrd DM für Zinszuschüsse von bis zu 3 Prozentpunkten; Mittel für die Beseitigung der Sturmschäden vom Frühjahr 1990 (Bund: 300 Mio DM, Länder: 300 Mio DM).
1. Juli	Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik tritt in Kraft.
3. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Haushaltsentwurf 1991 und den Finanzplan 1990 bis 1994 für die Bundesrepublik Deutschland mit einem Volumen für 1991 von 324 Mrd DM und einer Steigerungsrate von 3,9 vH. Im Finanzplan bis 1994 ist ein jährlicher Anstieg der Bundesausgaben um durchschnittlich 3 vH vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme soll von über 31 Mrd DM im Jahre 1991 schrittweise auf 11,6 Mrd DM im Jahre 1994 zurückgeführt werden. Der Mehrbedarf für 1991 ist im wesentlichen durch den Fonds Deutsche Einheit und durch Ausgaben für weitere DDR-Maßnahmen (zu den Einzelheiten siehe Tabelle 38) sowie durch Leistungsverbesserungen (Kindererziehungszeiten, Verlängerung der Bezugszeit des Erziehungsgeldes, Erhöhung des Kindergeldes, Anpassung des Wohngeldes und des BAföG) und durch zusätzliche Zinsausgaben (+3 Mrd DM) begründet. Größere Einsparungen sind bei

noch Tabelle 44

<table>
<tr><th>Datum</th><th></th></tr>
<tr><td>noch 1990
noch 3. Juli</td><td>den Verteidigungsausgaben (2,5 Mrd DM) und bei den teilungsbedingten Ausgaben (1,8 Mrd DM) geplant.</td></tr>
<tr><td>22. Juli</td><td>Die Volkskammer der DDR verabschiedet den Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres 1990 (Haushaltsgesetz 1990) mit einem Ausgabenumfang von 64,2 Mrd DM und Einnahmen von 32,2 Mrd DM, ohne die Nettokreditaufnahme von 10 Mrd DM und die zweckgebundenen Finanzzuweisungen aus dem Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 22 Mrd DM. In dem Einnahmenbetrag sind die Zuschüsse des Bundes in Höhe von 2,75 Mrd DM für die Anschubfinanzierung zur Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung enthalten; Steuereinnahmen 24,75 Mrd DM, so unter anderem: Lohnsteuer 2,1 Mrd DM, Einkommensteuer 950 Mio DM, Umsatzsteuer 10,2 Mrd DM und Verbrauchsteuern 5,3 Mrd DM.</td></tr>
<tr><td>9. August</td><td>Das Bundeskabinett beschließt aufgrund der bevorstehenden deutschen Einheit den Entwurf des Bundeshaushalts 1991 und den Finanzplan 1990 bis 1994 dem Parlament nicht zuzuleiten. Danach wäre der Bundeshaushalt in der vorliegenden Form nur noch ein regionaler Teilhaushalt, der nicht alle Einnahmen und Ausgaben des erweiterten Staatsgebietes enthielte. Die parlamentarische Beratung eines dann unvollständigen Haushaltsentwurfs würde gegen Artikel 110 des Grundgesetzes verstoßen, der vorschreibt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes in den Haushaltsplan einzustellen sind. Die Bundesregierung äußert die Absicht, nach dem Beitritt der DDR, unverzüglich eine gesamtdeutsche Haushaltskonzeption als Eckwerte-Beschluß zu verabschieden und dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zuzuleiten.</td></tr>
<tr><td>25. Oktober</td><td>Der Bundestag verabschiedet den dritten Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1990. Neben den Änderungen des Haushaltsplans für das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Abschnitt A) enthält er auch erstmalig den gemäß Einigungsvertrag fortgeltenden Haushaltsplan der ehemaligen DDR vom 22. Juli (Abschnitt B). Der Gesamthaushalt hat nun folgende Struktur:
<table>
<tr><th rowspan="2"></th><th colspan="2">Bisheriger</th><th colspan="3">Dritter Nachtragshaushalt — Abschnitt —</th><th rowspan="2">Gesamthaushalt 1990</th></tr>
<tr><th>Bundeshaushalt[1] (Abschnitt A)</th><th>DDR-Haushalt[2] (Abschnitt B)</th><th>A</th><th>B</th><th>A + B</th></tr>
<tr><td></td><td colspan="5">Mrd DM</td><td>(Neues Soll)</td></tr>
<tr><td>Ausgaben, insgesamt</td><td>311,8</td><td>64,2</td><td>+2,4</td><td>+17,7</td><td>+20,1</td><td>396,1</td></tr>
<tr><td>Einnahmen, insgesamt</td><td>279,2</td><td>54,2</td><td>+0,6</td><td>– 6,6</td><td>– 5,7</td><td>327,6</td></tr>
<tr><td>darunter:</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>Steuereinnahmen</td><td>255,8</td><td>24,8</td><td>+0,9</td><td>– 7,1</td><td>– 6,2</td><td>274,3</td></tr>
<tr><td>Nettokreditaufnahme</td><td>31,0</td><td>10,0</td><td>.</td><td>.</td><td>+25,9</td><td>66,9</td></tr>
<tr><td>Nachrichtlich:</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>Investitionen</td><td>39,0</td><td>5,0</td><td>+1,4</td><td>+ 0,7</td><td>+ 2,1</td><td>46,0</td></tr>
</table>
[1]) Einschließlich 1. und 2. Nachtragshaushalt.
[2]) Haushaltsplan der DDR für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990.
Wesentliche zusätzliche Ausgaben im Abschnitt A, außer die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit: 860 Mio DM Maßnahmen im Zusammenhang mit der Golfkrise, 1,65 Mrd DM Zinsausgaben, 1,2 Mrd DM Gewährleistungen, 498 Mio DM Ausfälle Straßenbenutzungsgebühren.
Zusätzliche Ausgaben im Abschnitt B siehe Tabelle 38.</td></tr>
</table>

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung

I. Die Ausgangslage nach der deutschen Vereinigung

242. Der wirtschaftliche und politische Vereinigungsprozeß hat zusätzlichen Schwung in die Konjunktur gebracht — wenn auch nur in den alten Bundesländern. Bei den westdeutschen Unternehmen sind die Auftragsbücher noch dicker geworden und die Lieferfristen noch länger. Um die Aufträge zu bewältigen, werden die Kapazitäten erweitert, und es wird das Personal aufgestockt. Das alles verspricht schon jetzt eine Fortsetzung der kraftvollen Aufwärtsentwicklung bis weit ins nächste Jahr.

Ganz anders ist die Lage in den neuen Bundesländern. Bei den meisten ostdeutschen Unternehmen sind Nachfrage und Produktion eingebrochen. Darin manifestiert sich die tiefe Strukturkrise, die der abrupte Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ausgelöst hat: Veraltete, unrentable Produktionsanlagen müssen nun modernisiert oder stillgelegt, und überzähliges Personal muß abgebaut werden. Dafür müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, vorrangig durch Gründung von Unternehmen. Das braucht Zeit. Niemand sollte sich deshalb unrealistischen Erwartungen hingeben. In den neuen Bundesländern werden auch im nächsten Jahr zunächst noch die rezessiven Einflüsse überwiegen.

243. Eine gespaltene Konjunktur wird somit im kommenden Jahr das wirtschaftliche Bild im vereinten Deutschland prägen. Im Westen werden Produktion und Beschäftigung weiter kräftig steigen, im Osten werden sie hingegen zunächst noch weiter sinken, wenn auch nicht mehr so rasch wie in den letzten Monaten. Für die ostdeutsche Wirtschaft dürfte die Talsohle erst um die Jahresmitte 1991 erreicht sein. Für die Zeit danach ist mit einem allmählichen Anstieg der Produktion zu rechnen, ab dem Frühjahr 1992 auch mit einer Zunahme der Beschäftigung.

244. Man könnte versucht sein, die gute Wirtschaftslage in Westdeutschland als bloßes Gegenstück zur schlechten Lage in Ostdeutschland zu sehen. Aber das wäre falsch. Die vollen Auftragsbücher der Unternehmen in Westdeutschland rühren nicht nur daher, daß diese inzwischen die Märkte in Ostdeutschland mitbedienen. Sie haben ihren Grund auch und gerade darin, daß die Unternehmen für sich große Investitionschancen sehen, wohlgemerkt in beiden Teilen Deutschlands.

Zudem wäre es falsch, den tiefen Produktions- und Beschäftigungseinbruch im Osten nur negativ zu werten. Er hat auch seine positiven Seiten — insoweit er nämlich der raschen Strukturanpassung dient. Wichtig ist, daß jetzt neue Produktionsmöglichkeiten und Arbeitsplätze entstehen. Je rascher der Prozeß der Erneuerung vorankommt, desto besser sind die Chancen, daß es mit der ostdeutschen Wirtschaft wieder aufwärts geht.

II. Über die Schwierigkeiten einer quantitativen Vorausschau für Gesamtdeutschland

245. Eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung im vereinten Deutschland für das kommende Jahr stellt uns vor große Probleme. Die beiden Teile Deutschlands sind zwar seit dem 1. Juli 1990 wieder einheitlicher Wirtschaftsraum und seit dem 3. Oktober 1990 auch ein einheitliches Staatsgebiet, aber die statistischen Informationssysteme sind noch teilweise getrennt und unterschiedlich. Im Gebiet der fünf neuen Bundesländer ist mit dem Neuaufbau der amtlichen Statistik gerade erst begonnen worden. Viele Wirtschaftsindikatoren, die für die Diagnose und Prognose unerläßlich sind, stehen dort noch nicht zur Verfügung oder sind noch nicht sehr aussagekräftig. Aber auch für das Gebiet der alten Bundesländer gibt es große statistische Probleme, weil bei der Erfassung wirtschaftlicher Aktivitäten Unschärfen entstehen. Seit dem Wegfall der Grenzen wird der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland teils gar nicht mehr, teils unvollständig dokumentiert. So läßt sich beispielsweise nur noch schwer nachweisen, welcher Teil der Investitionen westdeutscher Unternehmen auf das bisherige Gebiet der Bundesrepublik und welcher auf das Gebiet der früheren DDR entfällt. Ähnliches gilt auch für andere wirtschaftliche Vorgänge wie die Käufe privater Haushalte für den Verbrauch oder die Einfuhr von Gütern und Diensten.

246. Ein großes Problem besteht darin, daß aussagefähige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für das erweiterte Bundesgebiet fehlen. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die statistische Grundlage für die Prognose. Sie sind unverzichtbar, um die Schätzungen dem notwendigen Konsistenztest zu unterziehen. Die bisher für die beiden Teile Deutschlands existierenden amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind wegen großer methodischer Unterschiede nicht nur nicht vergleichbar, sie sind auch nicht im nachhinein vergleichbar zu machen. Bis zum 30. Juni 1990 gab es im Gebiet der DDR ein, verglichen mit der Bundesrepublik, ganz anderes Wirtschaftssystem mit nicht marktgerechten Preisrelationen und einem an den Erfordernissen der Wirtschaftsplanung ausgerichteten Abgabensystem. Die für die DDR bislang ausgewiesenen Gesamtrechnungsdaten sind somit Ausdruck damaliger Bewertungsmaßstäbe. Es ist kaum etwas damit gewonnen, wenn man die Wirtschaftskraft der DDR-Wirtschaft vor dem 1. Juli 1990 nach westlichen Maßstäben neu

bewertet. Entscheidend ist allein, was nach der Jahresmitte geschehen ist — und darüber weiß man bislang nicht sehr viel. Zwar gibt es für einige Wirtschaftsbereiche Informationen darüber, wie tief die Produktion — der Menge nach — eingebrochen ist, aber es fehlen jegliche Anhaltspunkte dafür, wie dieser Einbruch in Mark und Pfennig zu bewerten ist.

247. Bei dieser Sachlage sind wir in einem Dilemma:

- Eine quantitative Prognose für die deutsche Wirtschaft im Ganzen halten wir derzeit nicht für machbar. Dazu reicht die Datenbasis nicht aus. Eine solche Prognose wäre nicht einmal informativ. Im Ergebnis käme nur ein Durchschnitt aus ganz unterschiedlichen Entwicklungen in Westdeutschland und in Ostdeutschland heraus.
- Eine quantitative Prognose läßt sich nur für die westdeutsche Wirtschaft ableiten, obgleich auch dafür von der Datenlage her sich die Voraussetzungen inzwischen verschlechtert haben. Für die ostdeutsche Wirtschaft erscheint uns so etwas nicht vertretbar; die Fehlermargen wären einfach zu groß.

Wir haben uns deshalb zu einem Kompromiß entschlossen. Unsere Vorausschau hat die deutsche Wirtschaft als Ganzes im Blick. Wir beschreiben die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland. Eine quantitative Prognose präsentieren wir jedoch, wie bisher, nur für das Gebiet der alten Bundesländer. Für das Gebiet der neuen Bundesländer untermauern wir unsere Argumentation dort mit Zahlen, wo uns das vertretbar erscheint, sonst beschränken wir uns auf Tendenzangaben.

248. Auch eine quantitative Vorausschau für die westdeutsche Wirtschaft bedarf spätestens seit Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR in mehrerer Hinsicht der Interpretation. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die meisten Transaktionen nach dem Inlandskonzept erfaßt. Die wirtschaftliche Entwicklung bemißt sich also danach, was jeweils im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik produziert, investiert sowie über die „Grenzen" exportiert und importiert wird. Eine Ausnahme macht lediglich der Private Verbrauch, der nach dem Inländerkonzept erfaßt wird. Diese Praxis hat eine Reihe von Konsequenzen. Auf sie muß nachdrücklich hingewiesen werden, damit es nicht zu Fehlinterpretationen kommt. Folgende Besonderheiten in der Tabelle für die westdeutsche Wirtschaft gilt es zu beachten:

- Der Private Verbrauch umfaßt nur die Käufe der Bevölkerung mit Wohnsitz in den alten Bundesländern. Ausgaben von Bewohnern aus den neuen Bundesländern im Westen zählen als Export, Ausgaben durch Bewohner der alten Länder im Osten zählen als Import.
- Die Anlageinvestitionen westdeutscher Unternehmen werden nur insoweit nachgewiesen, als sie im Gebiet der alten Bundesländer erfolgen. Stattet ein westdeutsches Unternehmen seine Niederlassung im Gebiet der früheren DDR mit Computern aus westdeutscher Produktion aus, investiert es nicht, sondern betreibt „Export".
- Die Exporte und Importe sind somit durch Lieferungen in die neuen Bundesländer und aus diesen Ländern aufgebläht. Da die westdeutsche Wirtschaft weitaus mehr nach Ostdeutschland „exportiert" als sie von dort „importiert", weist sie einen hohen Überschuß beim Außenbeitrag aus.
- Die Erwerbstätigen umfassen alle „im Inland" Beschäftigten. Wenn Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern eine Arbeit im Westen aufnehmen und ihren Wohnsitz beibehalten (Pendler), berührt das auch die Entstehungsseite der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Bei einem steigenden Einpendlerüberschuß in den alten Bundesländern, wie er für das kommende Jahr zu erwarten ist, fließt auch ein breiter werdender Einkommensstrom in die neuen Länder. Das aber heißt: Das Bruttosozialprodukt (als die Summe der Einkommen der Inländer) steigt in Westdeutschland langsamer als das Bruttoinlandsprodukt (als die Summe der im Inland entstandenen Einkommen); in Ostdeutschland ist es umgekehrt.

III. Die Annahmen der Prognose

249. Die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr ist in keiner Weise schon festgelegt. Sie gestaltet sich als das Ergebnis des wirtschaftlichen Handelns der Marktteilnehmer — der Unternehmen, der privaten Haushalte und der staatlichen Stellen, im Inland und im Ausland. Dies alles ist Gegenstand der Prognose.

Zur Prognose gehören auch eine Reihe von Annahmen zur Wirtschaftspolitik. Zum Zeitpunkt, an dem wir die Prognosearbeiten abschließen, haben die politischen Instanzen die Grundlinien ihrer Politik für das kommende Jahr meistens noch nicht festgelegt oder diese sind uns noch nicht bekannt. So hat die Bundesregierung bis dato noch keinen Haushaltsplanentwurf für 1991 verabschiedet, und die Bundesbank hat noch kein Geldmengenziel beschlossen. In solchen Fällen müssen wir Annahmen treffen, die sich an dem orientieren, was wir für plausibel halten können. Im einzelnen haben wir für den Kurs der Wirtschaftspolitik im Ausland und im Inland folgendes zugrunde gelegt:

- In der Finanzpolitik setzen die Regierungen der meisten Staaten ihre auf die Rückführung der Defizite gerichteten Konsolidierungsbemühungen fort. Die Erfolge werden allerdings bescheiden sein, zumal fast überall — konjunkturbedingt — die Steuereinnahmen langsamer zunehmen werden als bisher. In der Bundesrepublik wird das Defizit in die Höhe schnellen, nicht zuletzt wegen der fiskalischen Folgen der deutschen Vereinigung. Davon geht ein kräftiger konjunktureller Impuls aus (Ziffer 356).
- Die Geldpolitik wird überall auf Restriktionskurs bleiben, um einer weiteren Beschleunigung des Preisanstiegs entgegenzuwirken. Die Notenbanken werden indes ihren Kurs mit Rücksicht auf die langsamere wirtschaftliche Expansion nicht weiter verschärfen. In den Vereinigten Staaten wird das Federal Reserve Board die geldpolitischen Zügel etwas lockern, um die Konjunktur zu stützen; das

wird dort einen leichten Zinsrückgang induzieren. In der Bundesrepublik wird die Bundesbank hingegen an ihrer bisherigen Strategie einer potentialorientierten Geldpolitik festhalten. Es wird angenommen, daß sie ein Geldmengenziel definiert, das eine Ausweitung der Geldmenge M3 um 4 vH bis 6 vH vorsieht (Ziffer 401). Für den Dollar setzen wir für den Durchschnitt des Jahres einen Wechselkurs von 1,55 DM an, für die Währungen der Länder im EWS bleibt es bei den jetzigen Wechselkursen; alles in allem bedeutet das von heute aus gesehen eine leichte reale Abwertung der D-Mark. Der Kapitalmarktzins wird angesichts des großen Finanzbedarfs der öffentlichen Hand hoch bleiben, aber er wird, so unsere Annahme, nicht mehr nennenswert steigen. Wir gehen davon aus, daß die Märkte eine höhere staatliche Neuverschuldung, wie sie sich jetzt abzeichnet, schon weitgehend berücksichtigt haben.

250. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für den Ölpreis. Wir sehen uns außerstande, dessen Entwicklung für die nächsten Wochen und Monate vorauszusagen. Die hektischen Preisausschläge in allerletzter Zeit zeigen, daß die Märkte bislang keine Orientierung gefunden haben. Wir tragen den Tendenzen der Terminmärkte Rechnung und legen der Prognose einen Preis von 25 Dollar für das Faß Öl zugrunde.

IV. Das weltwirtschaftliche Umfeld

251. Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr werden davon mitbestimmt, wie rasch die Absatzmärkte deutscher Unternehmen im Ausland wachsen — und ob sie überhaupt wachsen. Die Auftriebskräfte in der Welt sind in diesem Jahr merklich schwächer geworden, und zwar schon vor der sprunghaften Ölverteuerung. Zugleich hat sich die regionale Differenzierung der Konjunktur verstärkt. Einzelne Länder, wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Schweden, stehen derzeit am Rande einer Rezession, andere wie Japan und die meisten westeuropäischen Länder sind weiter auf einem Wachstumspfad, der freilich da und dort schon recht flach geworden ist. Die deutschen Unternehmen müssen sich folglich darauf einstellen, daß ihr Exportgeschäft bei weitem nicht mehr so florieren wird wie bisher. Denjenigen Unternehmen, die derzeit mit der Produktion an Kapazitätsgrenzen operieren, weil sie nun Märkte in Ostdeutschland mitbedienen, mag eine Atempause willkommen sein. Diejenigen Unternehmen, denen Anschlußaufträge für das nächste Jahr fehlen, werden das aber anders sehen.

Bevor wir uns der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik zuwenden, versuchen wir zunächst, Vorstellungen über die Perspektiven anderer Länder zu gewinnen.

252. Das Expansionstempo in der Weltwirtschaft wird sich im nächsten Jahr weiter verlangsamen. Es scheint, als würden in vielen Ländern die Auftriebskräfte erlahmen. Auch werden die Belastungen, die von den höheren Ölpreisen herrühren, nachwirken. Besorgnisse, daß die Weltwirtschaft in eine Rezession abrutschen könnte, wie nach den beiden Ölpreiskrisen von 1973/74 und 1979/80, teilen wir allerdings nicht — immer vorausgesetzt, unsere Annahme über den Ölpreis erweist sich als zutreffend.

Die Abschwächung wird von den Industrieländern ausgehen. In denjenigen Ländern, in denen die Konjunktur in diesem Jahr schon ohne Schwung war, werden sich im kommenden Jahr noch keine neuen Auftriebskräfte regen, und in den anderen Ländern werden die Auftriebskräfte weiter nachlassen. Bei einigen großen Industrieländern, wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien, zeichnet sich eine Stagnation bei Nachfrage und Produktion ab. Dies wird Rückwirkungen auf die kontinentaleuropäischen Länder haben, es wird dort spürbar langsamer aufwärts gehen. Einige Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland müssen überdies energische Stabilisierungsanstrengungen unternehmen. Auch Japan wird die konjunkturelle Abschwächung in der Welt zu spüren bekommen. Gleichwohl erscheinen dort die Aussichten für die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung noch recht günstig.

Alles in allem erwarten wir, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts der OECD-Länder im Durchschnitt des nächsten Jahres nur noch bei 2 vH liegen wird; im Durchschnitt dieses Jahres beträgt die Rate 2½ vH bis 3 vH (Tabelle 45).

253. Die Bremswirkungen gehen fast überall von der nachlassenden Investitionsneigung aus. Hohe Zinsen und weniger günstige Einkommensperspektiven belasten vor allem den Wohnungsbau — in den meisten Ländern werden im nächsten Jahr voraussichtlich erheblich weniger Wohnungen gebaut werden als in diesem Jahr. Betroffen sind dabei vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien; dort wird die Talfahrt im Wohnungsbau auch im nächsten Jahr nicht enden. Aber auch für Frankreich, Belgien und Schweden sind die Investitionen im Wohnungsbau geringer zu veranschlagen. Nur in wenigen Ländern, beispielsweise in Westdeutschland, Japan und Österreich, wird noch ein Anstieg zu verzeichnen sein.

Bei den Investitionen der Unternehmen, sowohl bei Ausrüstungen als auch bei Bauten, ist ebenfalls mit geringeren Zuwachsraten als in diesem Jahr zu rechnen, nachdem sich in vielen Ländern die Kapazitätsauslastung wieder normalisiert hat und die Erweiterung der Anlagen nicht mehr so dringlich erscheint. Hinzu kommt, daß sich wegen der Kostensteigerungen die Ertragslage wieder verschlechtert hat. Die Situation ist überall sehr ähnlich. Weder aus dem Inland noch aus dem Ausland dürften Impulse kommen, die der Investitionskonjunktur neuen Schwung geben könnten.

Vergleichsweise schwach wird die Investitionstätigkeit in den Ländern sein, in denen eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten ist; in einigen Ländern werden die Investitionen sogar schrumpfen. Vergleichsweise hoch scheint die Investitionstätigkeit in den meisten europäischen Ländern zu bleiben — Ausnahmen sind Großbritannien, Schweden und Finnland. Stimulierend wirken dabei die Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt. Auch die Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa beflügelt die Phantasie.

Tabelle 45

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1] der OECD-Länder	Bruttoinlandsprodukt (real)[2][3]		Verbraucherpreise[3][4]	
	1989	1990	1991	1990	1991
	vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Westdeutschland	8,27	4	3½	2½	3½
Frankreich	6,58	2½	2½	3½	3½
Italien	5,96	2½	2	6½	6½
Großbritannien	5,71	1½	½	5[a]	6½
Spanien	2,59	3½	3	7	7
Niederlande	1,55	3	2	2½	2½
Schweiz	1,21	2½	2	5½	4½
Schweden	1,31	1	½	10½	9½
Belgien/Luxemburg	1,09	3½	2½	3½	4
Österreich	0,87	4½	3½	3½	4
Dänemark	0,72	1	1	3	3½
Norwegen	0,62	2½	3	4	4½
Europa[5][6]	38,79	3	2	5½	6
Europäische Gemeinschaft[5]	33,38	3	2½	4½	5
Vereinigte Staaten	35,72	1	½	5½	6
Japan	19,48	6	4	2½	2½
Kanada	3,75	1	½	4½	6½
Insgesamt[5]	97,74	2½	2	5	5½

[1] In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
[2] Für Japan: Bruttosozialprodukt.
[3] Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4] Deflator des Privaten Verbrauchs.
[5] Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1989.
[6] Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).
[a] Die Ablösung der bisherigen Gemeindeabgabe durch die neue Gemeindesteuer vermindert den Deflator des Privaten Verbrauchs.

254. Der Private Verbrauch wird dagegen eine Stütze für die Konjunktur bleiben. In vielen Ländern, so in Japan und in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern, werden die Realeinkommen abermals kräftig steigen, nicht zuletzt, weil die Beschäftigung weiter ausgeweitet wird. In den Ländern mit stagnierender Wirtschaftsentwicklung sind allerdings auch vom Privaten Verbrauch keine Impulse zu erwarten. Die Beschäftigung wird dort sinken, und die Arbeitnehmer werden sich mit vergleichsweise geringen Reallohnsteigerungen bescheiden müssen. In den Vereinigten Staaten sind Steuererhöhungen beschlossen worden, die den Einkommensanstieg zusätzlich bremsen; zudem halten sich die privaten Haushalte dort in der derzeit schwachen Konjunktur bei ihrer Kreditaufnahme zurück.

255. Unterschiedliche Wirkungen auf die Konjunkturentwicklung werden vom Export ausgehen. In Ländern mit flauer Binnennachfrage werden die Unternehmen ihre Aktivitäten auf den ausländischen Märkten verstärken. Zu diesen Ländern gehören vor allem die Vereinigten Staaten. Dort dürfte der Export rascher steigen als der Import und somit die Konjunktur etwas stützen. In Ländern mit weiterhin expandierender Binnennachfrage, zu ihnen zählen die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz, wird umgekehrt der Import schneller zunehmen als der Export. Das wird dort den inflatorischen Spannungen entgegenwirken.

Ob von den Entwicklungsländern im kommenden Jahr Impulse kommen werden, ist ungewiß. Allzuviel sollte man nicht erhoffen, zumal das Gewicht dieser Länder in der Weltwirtschaft gering ist. Es wäre das erste Mal, daß die Entwicklungsländer in einer Phase, in der sich die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern verlangsamt, das eigene Expansionstempo beschleunigen könnten. Weitaus besser sind die Aussichten für die ölproduzierenden Entwicklungsländer. Höhere Exporterlöse werden dort die konjunkturellen Antriebskräfte stärken. Auch bei einigen lateinamerikanischen Ländern kann es nach einem Produktionsrückgang in diesem Jahr wieder aufwärts gehen, freilich nur wenn die Umsetzung der Anpassungsprogramme vorankommt. Nicht spurlos

dürfte die konjunkturelle Abschwächung in den Industrieländern an den südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern vorübergehen, nicht zuletzt wegen ihrer großen Abhängigkeit von den nordamerikanischen Märkten. Dennoch werden diese Länder auch im nächsten Jahr weit überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielen.

256. Die Länder Mittel- und Osteuropas werden auch im nächsten Jahr mit enormen Umstellungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Gründe dafür sind vielschichtig: der Übergang auf ein neues Wirtschaftssystem, der Zusammenbruch traditioneller Absatz- und Lieferbeziehungen, die Zerrüttung der Staatsfinanzen und einiges mehr. Hinzu kommen erbitterte Nationalitätenkonflikte, die bis zu staatlichen Auflösungserscheinungen gehen. Dies alles gibt Grund zu großer Besorgnis. Schon in den Wintermonaten kann die wirtschaftliche Lage kritisch werden.

Es ist nur konsequent, wenn sich die Länder Mittel- und Osteuropas intensiv um den Aufbau von Handelsbeziehungen mit den westlichen Industrieländern bemühen und dabei auf einen verstärkten Ressourcentransfer setzen. Daß davon aber schon im kommenden Jahr Impulse für den Welthandel ausgehen werden, ist angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage nicht sehr wahrscheinlich.

257. Trotz der Mehrnachfrage aus den ölexportierenden Entwicklungsländern ist für das nächste Jahr eine Verlangsamung in der Expansion des Welthandels angelegt. Hierfür sprechen der Abschwung der Weltkonjunktur und die Strukturänderung bei der Nachfrage. Vor allem die nachlassende Dynamik bei der Investitionstätigkeit wird den Welthandel tangieren, da bei Investitionsgütern die internationale Arbeitsteilung weit fortgeschritten ist. Alles in allem veranschlagen wir die Zuwachsrate des Welthandelsvolumens auf etwa 5 vH. Dabei stützen wir uns auf bekanntgewordene Schätzungen von dritter Seite, etwa die des Internationalen Währungsfonds und anderer Organisationen.

Eine solche Einschätzung setzt allerdings voraus, daß es noch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen kommt. Ein Scheitern der Verhandlungen müßte zu neuen Spannungen zwischen den Handelsblöcken führen, was weitreichende Folgen haben könnte.

258. Die Abschwächung der Nachfrageexpansion mindert — für sich genommen — die inflatorischen Verspannungen. Dafür zeichnet sich aber eine Verstärkung des Kostendrucks ab, und zwar bei den Lohnkosten. Die Hoffnung, daß ein Rückgang beim Ölpreis Entlastung bringen könnte, ist gering.

- Beim Ölpreis haben wir einen Rückgang von derzeit 35 Dollar auf etwa 25 Dollar für den Durchschnitt des Jahres 1991 angenommen. Dies ist, wohlgemerkt, eine Setzung, die wir aufgrund der gegenwärtig absehbaren Versorgungslage für die plausibelste halten. Verglichen mit der Situation vor Ausbruch der Golfkrise bedeutet ein solcher Preis — in den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag der Preis noch bei 17½ Dollar — eine Belastung. Verglichen mit dem jetzigen Zustand bringt er jedoch eine deutliche Entlastung. Aber es kann auch ganz anders kommen.
- Bei den übrigen Rohstoffen fällt die Einschätzung etwas leichter: Dort ist kaum mit größeren Preisänderungen zu rechnen. Bei Nahrungs- und Genußmitteln sind sogar etwas nachgebende Preise zu erwarten, da bei vielen Produkten das Angebot aufgrund guter Ernten und hoher Lagerbestände die Nachfrage übersteigt. Ähnliches gilt auch für die Preise wichtiger Industrierohstoffe, die aufgrund tatsächlicher oder vermuteter Angebotsengpässe zuletzt merklich angezogen haben. Bei der sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwächung in den Industrieländern wird die Nachfrage nach Rohstoffen nur verhalten zunehmen.
- Bei den Lohnkosten rechnen wir, im ganzen gesehen, mit höheren Steigerungsraten als in diesem Jahr. In vielen Ländern sind die Arbeitsmärkte — zumindest in Teilbereichen — noch angespannt. Dort werden die Gewerkschaften auf kräftige Lohnerhöhungen drängen — und diese auch durchsetzen können. In Ländern, in denen sich die Arbeitsmärkte bereits entspannt haben, mag die Situation eine andere sein, weil dort die Gewerkschaften in einer schwächeren Position sind. In allen Ländern gibt es freilich ein gleiches Problem, daß sich nämlich der Preisauftrieb in letzter Zeit spürbar beschleunigt hat. Das macht es der Lohnpolitik nach aller Erfahrung schwer, zu einer Linie zu finden, die konjunkturgerecht wäre.

Von der Kostenseite her gesehen scheint somit eine gewisse Beschleunigung des Preisanstiegs vorgezeichnet. Allerdings ist nicht gesagt, daß überall die Abwälzung gelingt.

259. Die Hoffnung, daß die Preisentwicklung unter Kontrolle gehalten werden kann, ist dann begründet, wenn die Geldpolitik die monetären Zügel straff hält. Eine straffe Geldpolitik wird in erster Linie von der Deutschen Bundesbank und von der Bank von Japan zu erwarten sein. Inwieweit die anderen Notenbanken im Europäischen Währungssystem eine eigene Linie verfolgen können, hängt von der Bereitschaft der Regierungen ab, gegebenenfalls einer Neufestsetzung der Wechselkurse zuzustimmen. In den Ländern mit labiler Konjunktur könnte zwar der Druck auf die Notenbanken zunehmen, den geldpolitischen Kurs zu lockern. Ohne Änderungen bei den Paritäten dürften aber die Möglichkeiten zu Zinssenkungen gering sein, zumal die Zinsdifferenzen durch die zinspolitischen Entscheidungen der letzten Wochen nochmals kleiner geworden sind.

Auch in den Vereinigten Staaten wächst der Druck auf das Federal Reserve Board, die Zinsen weiter zu senken, und dieser Druck wird bei abflauender Konjunktur noch steigen. Der Spielraum für Zinssenkungen ist aber eng. Ein weiteres Auseinanderdriften der Zinsen in den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und in der Bundesrepublik und Japan auf der anderen Seite ist mit Rücksicht auf den Dollarkurs kaum möglich. Zur Finanzierung ihres hohen Leistungsbilanzdefizits und des steigenden Haushaltsdefizits sind die Vereinigten Staaten nun einmal gezwungen, den internationalen Kapitalanlegern attraktive Zinsen zu bieten.

260. Kurs und Wirkungen der Finanzpolitik sind aus heutiger Sicht schwer einzuschätzen. Eine Reihe von Regierungen hat Budgetentwürfe vorgelegt, die auf eine weitere Rückführung der Defizite gerichtet sind. Wesentliche Elemente sind eine zurückhaltende Ausgabenpolitik und eine auf Mehreinnahmen abzielende Steuerpolitik. Würden die Pläne realisiert, so würde von der Finanzpolitik ein leichter Restriktionsdruck ausgehen. Wir haben aber Zweifel, ob in einer Phase sich abschwächender Konjunktur die Konsolidierungspolitik in der vorgesehenen Form wirklich durchgehalten werden kann.

Unsicher sind wir auch in der Einschätzung der Entwicklung des amerikanischen Bundeshaushalts. Nach dem jüngst beschlossenen Haushaltsgesetz, das für das nächste Jahr nur bescheidene Mehreinnahmen und Minderausgaben vorsieht, würde das Defizit um rund 30 Mrd Dollar steigen. Wegen der absehbaren Schwierigkeiten beim Vollzug des Haushaltsplans und nicht zuletzt wegen möglicher Mehrbelastungen durch die Sparkassenkrise, könnte das Defizit aber auch stärker anschwellen.

Ein Sonderfall ist die Bundesrepublik. Hier wird das Haushaltsdefizit im Gefolge der deutschen Vereinigung emporschnellen.

V. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik

261. Das Urteil über die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland fällt sehr unterschiedlich aus (Tabelle 46):

- Für die westdeutsche Wirtschaft lautet es ähnlich wie vor einem Jahr: Es geht weiter bergauf. Der Schub wird erneut von den Investitionen kommen — insbesondere von der Modernisierung und Erweiterung der Produktionsanlagen —, nicht mehr so stark wie noch in diesem Jahr vom Privaten Verbrauch und kaum noch vom Export. Die Aufwärtsentwicklung wird somit von der Binnennachfrage bestimmt, die Nachfrage aus Ostdeutschland inbegriffen.
- Für die ostdeutsche Wirtschaft ist die Talfahrt noch nicht beendet. Für viele Unternehmen werden die kommenden Monate erst zur Nagelprobe, wenn bislang geleistete Hilfen zur Sicherung der Liquidität und zur Stützung des Exports entfallen. Nach unserer Einschätzung wird die Talsohle Mitte nächsten Jahres erreicht sein, vom Spätsommer an dürfte die Belebung der Nachfrage und der Produktion deutlich erkennbar werden. Schrittmacher wird die Bauwirtschaft sein, die andere Bereiche wie Handwerk, Handel sowie vor- und nachgelagerte Industriezweige mit sich zieht.

Im Bild einer gespaltenen Konjunktur spiegeln sich auch die Wirkungen des kräftigen fiskalischen Impulses, der vom sprunghaft steigenden Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts ausgeht. Der Staat schiebt zwar in Ostdeutschland die Nachfrage kräftig an, aber ein großer Teil der Mehrnachfrage wird nicht dort, sondern im Westen produktionswirksam.

262. Der kräftige Anstieg bei den Investitionen, wie er sich für 1991 in den alten und in den neuen Bundesländern abzeichnet, kommt nicht von ungefähr. Die westdeutschen Unternehmen müssen, damit sie die Nachfrage befriedigen können, die Produktionsanlagen erweitern; und die ostdeutschen Unternehmen müssen, damit sie Nachfrage auf sich ziehen können, die Anlagen modernisieren und die Produktpalette umstrukturieren. Beides hängt eng miteinander zusammen. So werden ostdeutsche Betriebe mit Hilfe westdeutscher Betriebe modernisiert. Die Ausrüstungen dafür werden meistens in den alten Bundesländern produziert. Dort, wo die Produktion an Kapazitätsgrenzen stößt, müssen Erweiterungsinvestitionen vorgenommen werden. Zunehmend geschieht das in den neuen Bundesländern.

263. An sich wäre zu erwarten, daß ein hoher Ölpreis, ein niedriger Dollarkurs und vor allem ein Rückgang bei den Auslandsbestellungen die Investitionsbereitschaft bremst. Es ist nicht auszuschließen, daß die gute Investitionskonjunktur unter dem Einfluß dieser Belastungen einen Dämpfer erhält. Doch bisher ist davon nichts zu spüren. Die bekanntgewordenen Pläne der Unternehmen künden im Gegenteil von bemerkenswerter Zuversicht. So beabsichtigen nach Recherchen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung die westdeutschen Unternehmen, ihre Anlageinvestitionen real um 5 vH bis 6 vH zu steigern. In die gleiche Richtung weisen auch die Ergebnisse der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages. Die Steigerungsrate wäre zwar nicht mehr so hoch wie in diesem Jahr (8 vH bis 9 vH), aber 1990 war sicherlich ein außergewöhnliches Jahr — viele Unternehmen haben angesichts der Nachfragewoge die Investitionsbudgets aufgestockt und für später geplante Investitionen vorgezogen. Für die ostdeutschen Unternehmen liegen uns derzeit keine quantitativ umsetzbaren Informationen vor. Es scheint aber nicht unplausibel zu sein, davon auszugehen, daß angesichts des niedrigen Investitionsniveaus in diesem Jahr deren Anlageinvestitionen mindestens doppelt so stark zunehmen werden wie die der westdeutschen Unternehmen.

264. Eine Stütze findet unsere zuversichtliche Einschätzung auch in der Entwicklung der aktuellen Nachfrage. Die Auftragseingänge bei den westdeutschen Investitionsgüterherstellern stiegen in den letzten Monaten anhaltend kräftig. Sie waren höher als die Lieferungen, so daß sich die Auftragsbestände weiter erhöhten. Im engeren Bereich der Ausrüstungsgüter (ohne Kraftfahrzeuge) sind sie so groß wie seit den siebziger Jahren nicht mehr. Bei nicht wenigen Unternehmen sichern die Aufträge schon jetzt die Produktion bis weit ins nächste Jahr hinein.

265. Nicht nur günstige Absatzaussichten, sondern auch weiter positive Gewinnerwartungen geben derzeit Anlaß, die Investitionsbudgets aufzustocken, jedenfalls gilt das für die westdeutschen Unternehmen. Finanzierungsschwierigkeiten spielen bei den Investitionsplanungen offensichtlich bislang keine gravierende Rolle. Die Unternehmen verfügen zum einen nach wie vor über beträchtliche Eigenmittel — nach den Ergebnissen unserer Prognose geraten die Erträge auch im kommenden Jahr nicht unter Druck.

Tabelle 46

Wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und in Ostdeutschland
Vorausschau auf das Jahr 1991

	Westdeutschland	Ostdeutschland [1]
	Veränderung gegen Vorjahr in vH	Veränderung gegen Vorjahr
Verwendung des Sozialprodukts In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+3	Eher rückläufig
Anlageinvestitionen	+5	Deutliche Belebung im Frühjahr
Ausrüstungen	+6 1/2	Kräftiger Zuwachs (Modernisierung, Erweiterung)
Bauten	+3 1/2	Kräftiger Zuwachs
— Gewerblicher Bau	+5	— Hoher Zuwachs (Erweiterungen)
— Wohnungsbau	+3 1/2	— Überwiegend Ausbau und Modernisierung
— Öffentlicher Bau	−0	— Hoher Zuwachs (Infrastruktur)
Ausfuhr [2]	+3 1/2	Rückgang (Veränderung der Handelsbeziehungen im RGW)
Einfuhr [2]	+7 1/2	Allmählicher Wiederanstieg
Bruttosozialprodukt	+3	•
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	+2	Rückgang um 1,8 Millionen (Jahresdurchschnitt)
Produktivität [3]	+2 1/2	Niveau von Ende 1989 wird im zweiten Halbjahr wieder erreicht
Bruttoinlandsprodukt	+3 1/2	Unter Vorjahresniveau, Anstieg ab Jahresmitte
Verteilung		
Volkseinkommen	+6 1/2	•
Nettoeinkommen		
— aus unselbständiger Arbeit [4]	+4 1/2	−5 vH
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+5	•
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+5 1/2	+8 vH
Privater Verbrauch, in jeweiligen Preisen	+6 1/2	•
Preise		
Preisindex für die Lebenshaltung	+3 1/2	Anstieg stärker als in Westdeutschland
Arbeitslose (Tausend)	1 900	1 400

[1] Eine statistisch abgesicherte Prognose der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist nicht möglich. Das vorliegende statistische Grundmaterial ist mit großen methodischen Problemen behaftet und noch lückenhaft.
[2] Ohne innerdeutsche Güterströme.
[3] DM je Stunde.
[4] Nettolohn- und -gehaltssumme.

Zum anderen haben sie reichlich unausgenutzte Kreditlinien. Gewiß würde sich ein weiterer spürbarer Anstieg des jetzt bereits hohen Kapitalmarktzinses auch auf die Investitionsbereitschaft auswirken. Dazu muß es freilich nicht kommen, wenn der Staat die Finanzmärkte davon überzeugt, daß er einen konsequenten Konsolidierungskurs fahren wird.

Für die ostdeutschen Unternehmen gibt es ernste Investitionshindernisse. Bei vielen von ihnen ist noch nicht abzusehen, ob sie den Rückstand im Wettbewerb aufholen und sich auf dem Markt behaupten können. Solange Sanierungskonzeptionen fehlen, die private Investoren überzeugen, mangelt es an Eigenmitteln, ebenso auch am notwendigen Kreditspielraum. Die Treuhandanstalt kann mit ihren Krediten und Bürgschaften keine umfangreichen Investitionsprogramme finanzieren, und sie sollte dies nach unserer Überzeugung auch nicht tun. Mit einer Besserung der Lage ist zu rechnen, wenn durch Privatisierung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß umfassende Sanierungs- und Investitionsprogramme entworfen und mit Beteiligungskapital und Krediten finanziert werden können. Außerdem müssen Investitionshemmnisse abgebaut werden, die vor allem in unklaren Eigentumsverhältnissen, in Unzulänglichkeiten der öffentlichen Verwaltung und in Mängeln der wirtschaftsnahen Infrastruktur begründet sind. Damit werden nicht nur bessere Voraussetzungen für die Sanierung bestehender Unternehmen, sondern

auch für Investitionen in neuen Unternehmen geschaffen. Wenn die Privatisierung beschleunigt fortschreitet und erkennbar wird, daß der Abbau der genannten Investitionshemmnisse vorankommt, ist schon im kommenden Jahr mit hohen Investitionen zu rechnen.

266. Wir haben versucht, herauszufinden, in welchen Branchen die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit voraussichtlich liegen werden. Für die westdeutschen Unternehmen läßt sich schon ein klares Bild gewinnen, für die ostdeutschen Unternehmen dagegen nur ein Bild in groben Zügen.

- In Westdeutschland wird wie schon in diesem Jahr das Baugewerbe die Spitzenposition einnehmen, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und den Dienstleistungsunternehmen. Die Energiewirtschaft, das Verkehrsgewerbe und die Bundespost werden ebenfalls vergleichsweise kräftig investieren. Bei allen genannten Bereichen ist die verstärkte Investitionstätigkeit auch im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung zu sehen. So erfordert die Verbesserung der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland hohe Investitionen bei Bundesbahn und Bundespost, die zu Aufträgen an die Bauwirtschaft und die Industrie führen — und die dort wiederum Investitionen auslösen.
- In Ostdeutschland dürfte ebenfalls das Baugewerbe die höchste Steigerungsrate erzielen. In den neuen Bundesländern wird es angesichts der maroden Bausubstanz über kurz oder lang einen Bauboom geben. Zudem hoffen die Unternehmen auf Teilnahme am Wohnungsbauprogramm für die Sowjetunion. Die anderen Bereiche mit überdurchschnittlicher Entwicklung sind voraussichtlich die Energiewirtschaft, die Bundespost und das Verkehrsgewerbe, aber auch der Handel und verschiedene Dienstleistungsbranchen. Die Industrie wird dagegen im nächsten Jahr voraussichtlich noch nicht mit den anderen Bereichen Schritt halten und die Investitionen nur wenig steigern. In einzelnen Industriebranchen, und dazu zählt insbesondere das Ernährungsgewerbe, kann das aber auch ganz anders sein.

267. Wie rasch und wie kräftig die Investitionen in den neuen Bundesländern anspringen, hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft westdeutscher Unternehmen ab, sich dort zu engagieren. In diesem Jahr haben sie sich aus vielerlei, weithin bekannten Gründen noch stark zurückgehalten. Das wird sich aber im nächsten Jahr ändern. Die Ergebnisse von Umfragen zeigen, daß das Interesse westdeutscher Unternehmen an einem Engagement im Gebiet der früheren DDR inzwischen deutlich gestiegen ist. Bei den Investitionsplänen überwiegt bis heute eindeutig der Ausbau von Vertriebseinrichtungen.

268. Die anhaltend rege Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, Maschinenbauerzeugnissen, elektrotechnischen Anlagen, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten läßt erwarten, daß im nächsten Jahr die Ausrüstungsinvestitionen erneut kräftig ausgeweitet werden. Für das Gebiet der alten Bundesländer veranschlagen wir die Zuwachsrate auf 8 vH im Jahresverlauf und auf 6½ vH im Jahresdurchschnitt. Für das Gebiet der neuen Länder erwarten wir eine deutlich höhere Rate, auf alle Fälle eine zweistellige.

269. Da bei vielen inländischen Herstellern die Lieferfristen recht lang geworden sind, wird wieder ein großer Teil der Aufträge für Ausrüstungen ins Ausland vergeben werden, insbesondere in Länder, in denen Unternehmen die Kapazitäten nicht mehr auslasten können. Ausländische Unternehmen werden mit günstigen Preisofferten nach weiteren Absatzmöglichkeiten auf dem deutschen Markt suchen. Das wird aber nicht ausreichen, den Preisanstieg zu bremsen. Wir rechnen im Gegenteil damit, daß die Preise für Ausrüstungsgüter merklich anziehen. Mancher Investor könnte sich deshalb veranlaßt sehen, Aufträge vorzuziehen, um weiteren Verteuerungen zuvorzukommen.

270. Bei den Bauinvestitionen schätzen wir die Entwicklung im großen und ganzen noch günstig ein. Die Bautätigkeit läuft in den alten Bundesländern auf hohen Touren, und in den neuen Bundesländern wird sie im nächsten Jahr voll durchstarten. Die Bauwirtschaft im Westen stellt sich offensichtlich auf eine gute Auftragslage ein. Die hohen Bestellungen von Baugeräten und Fahrzeugen zeigen, daß die Kapazitäten im Vorgriff auf künftige Aufträge erweitert werden. Die Bauwirtschaft im Osten ist zwar noch skeptisch, aber das wird sich ändern, sobald die mannigfachen Hemmnisse, die dort das Bauen noch erschweren, beseitigt sind.

Die Kehrseite sind auch hier starke Preissteigerungen — ein Zeichen für die abnehmende Angebotselastizität. In Westdeutschland hat sich das Bauen in diesem Jahr merklich verteuert, im Schnitt um 6½ vH. Im kommenden Jahr dürfte der Preisanstieg sogar noch höher ausfallen. Wir rechnen mit einer Rate von 8 vH. Die Erfahrung lehrt, daß ein starkes Anziehen der Baupreise die Bautätigkeit kurzfristig nicht etwa dämpft, sondern sogar verstärkt, weil viele Bauherren Projekte, die sie schon begonnen oder vielleicht erst zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefaßt haben, rasch unter Dach und Fach bringen wollen. Auch hohe Nominalzinsen schrecken dann zunächst nicht ab. Das gilt jedenfalls für den Wohnungsbau, wo ein Teil der Vorhaben durch Bausparverträge mit niedrigen Festzinsen finanziert wird. Außerdem gibt es eine Menge öffentlicher Finanzierungshilfen, so daß ohnehin nur ein Teil der Bausumme durch hohe Zinsen belastet wird.

271. Die Aussichten für die Bauwirtschaft sind allerdings nicht überall gleich gut. Durchgängig gut sind sie — in den alten wie in den neuen Ländern — im gewerblichen Bau und vorerst auch im Wohnungsbau. Im Tiefbau gilt das aber nicht. Hier sind die staatlichen Stellen die gewichtigsten Auftraggeber. In Westdeutschland fehlt diesen im kommenden Jahr zum Bauen voraussichtlich das Geld.

- Mit einer kräftigen Steigerung rechnen wir wieder beim gewerblichen Bau. Diese Erwartung gründet sich auf den großen Erweiterungsbedarf — Wirtschaftsbauten dienen hauptsächlich dem Kapazitätsausbau.

- Nicht ganz so hohe Erwartungen haben wir beim Wohnungsbau. Der Bedarf an Wohnraum ist zwar riesengroß, und bei kräftig steigenden Mieten erscheint das Bauen finanziell durchaus attraktiv, doch werden die Bauherren durch die hohen Zinsen stark belastet. Wir gehen davon aus, daß in den alten Bundesländern im nächsten Jahr voraussichtlich wieder 300 000 Wohnungen gebaut werden. In den neuen Bundesländern, in denen die Bautätigkeit in diesem Jahr stark absackte, dürften es indes nicht mehr als 50 000 bis 60 000 sein. Zudem wird, angeregt durch diverse Fördermaßnahmen der Bundesregierung, verstärkt vorhandener Wohnraum ausgebaut und modernisiert. Für das Gebiet der früheren DDR allein steht ein Förderbetrag von 10 Mrd DM bis 1993 zur Verfügung.
- Im öffentlichen Bau ist mit einer regional stark differenzierten Entwicklung zu rechnen. In den alten Bundesländern dürfte aufgrund der angespannten Finanzlage bei den staatlichen Stellen die Bautätigkeit überhaupt nicht ausgeweitet werden. Bei knapper Kasse wird in aller Regel bei den Bauetats gekürzt. In den neuen Bundesländern zeichnet sich hingegen eine kräftige Ausweitung ab, denn der Bund hat zur Finanzierung öffentlicher Investitionen ebenfalls 10 Mrd DM bereitgestellt. In den nächsten Monaten sollten auch die administrativen Hemmnisse abgebaut werden, die bislang einer raschen Auftragsvergabe an die Bauwirtschaft im Wege stehen.

272. Mit welcher Rate die Bauinvestitionen im kommenden Jahr steigen können, hängt nicht nur vom Auftragsbestand und der Geräteauslastung ab, sondern auch vom Witterungsverlauf. Sollte es, wie in den letzten Jahren, einen milden Winter geben, so daß durchgehend gebaut werden kann, wird die Rate kaum geringer ausfallen als in diesem Jahr. Sollte der Winter hingegen kalt und naß werden, wird die Rate niedriger sein, weil wegen der knappen Kapazitätsreserven witterungsbedingte Ausfälle später nicht mehr voll aufgeholt werden können. Da wir in der Prognose stets mit einem normalen Winter rechnen, haben wir für die realen Bauinvestitionen in Westdeutschland einen Zuwachs von 3½ vH angesetzt. In Ostdeutschland wird der Zuwachs auf alle Fälle zweistellig sein.

273. Die Finanzierung der deutschen Vereinigung wird tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Die Haushalte der Gebietskörperschaften dürften im nächsten Jahr ein Defizit von rund 150 Mrd DM ausweisen (Tabelle 47). Eine derart hohe Neuverschuldung — im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betrug das Defizit der öffentlichen Haushalte im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik reichlich 2 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt — sehen wir mit großer Besorgnis. Bereits im kommenden Jahr werden die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften infolge der verstärkten Defizitfinanzierung in diesem Jahr kräftig ansteigen und die öffentlichen Haushalte mit 8 vH der Gesamtausgaben belasten.

274. Besorgniserregend ist vor allem, daß die Nettokreditaufnahme nicht nur zur Finanzierung von Investitionsausgaben dient. So wie es heute aussieht, dürfte das Defizit zur Hälfte aus der Finanzierung konsumtiver Ausgaben entstehen. Wir rechnen damit, daß in den alten Bundesländern trotz munter sprudelnder Steuerquellen die nominalen Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften nicht mehr so kräftig ausgeweitet werden wie in diesem Jahr. Das liefe angesichts stark steigender Baupreise auf eine Stagnation der realen Bauinvestitionen hinaus. Dahinter steht die Vorstellung, daß Länder und Gemeinden angesichts der Unsicherheit über zukünftige Belastungen durch die deutsche Einheit in der Ausgabenpolitik eher vorsichtig disponieren werden und dort kürzen, wo es am leichtesten ist. In welcher Höhe die Gebietskörperschaften im östlichen Teil Deutschlands investieren werden, ist schwer abschätzbar, da bisher noch keine Haushaltspläne von den neuen Bundesländern und den dortigen Gemeinden vorliegen und Vorjahresangaben als mögliche Orientierungsmarken fehlen. In unserer Prognose für das nächste Jahr haben wir einen Investitionsbetrag von 10 Mrd DM angesetzt. Dies mag angesichts des enormen finanziellen Aufwands, der zur Modernisierung der Infrastruktur und zur Sanierung von Umweltschäden in der ehemaligen DDR notwendig ist, als vergleichsweise niedrig erscheinen. In den neuen Ländern und Gemeinden werden jedoch Investitionsplanungen nur in dem Tempo angegangen werden können, wie sich dort funktionsfähige Verwaltungseinrichtungen bilden. Auch gilt es zu bedenken, daß in vielen Kommunen eigene Einnahmen nur spärlich fließen werden, die Investitionsbereitschaft von daher somit gering sein dürfte.

275. Besonders gefordert werden die öffentlichen Haushalte im nächsten Jahr durch die zu leistenden Zahlungen an die Sozialversicherungen. Wir rechnen

Tabelle 47

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1990 und 1991 [1]

Bundesrepublik

	1990 [2]	1991 [3]
	Mrd DM	
Gebietskörperschaften [4]		
Einnahmen	737	820
Steuern	566	626
Fonds Deutsche Einheit	22	35
Sonstige Einnahmen	149	159
Ausgaben	830	939
darunter:		
Zinsausgaben	67½	76
Finanzierungssaldo	− 93	−119
Finanzierungssaldo Fonds Deutsche Einheit	− 20	− 31
Finanzierungssaldo insgesamt [5]	−113	−150

[1] In der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[2] Einschließlich des Haushalts für die ehemalige DDR für das 2. Halbjahr 1990 (Abschnitt B des Gesamthaushalts des Bundes für 1990).
[3] Mit Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar.
[4] Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[5] Gebietskörperschaften und Fonds Deutsche Einheit.

mit einem Zuschußbedarf in Höhe von rund 77 Mrd DM. Bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit dürften vor allem hohe Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zum Abgleich des in den neuen Bundesländern entstehenden Defizits zu zahlen sein. Dieses Defizit dürfte allerdings nicht allein durch Bundeszuschüsse gedeckt werden können. Vielmehr rechnen wir damit, daß im Verlauf des nächsten Jahres die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung angehoben werden, um wenigstens einen Teil des Defizits durch höhere Beitragseinnahmen auszugleichen. In den alten Bundesländern wird dagegen die günstige finanzielle Lage der Sozialversicherungen fortbestehen, da der dort zu erwartende Beschäftigungsanstieg und der kräftige Zuwachs der Löhne und Gehälter die Beitragseinnahmen weiter in die Höhe treiben wird.

276. Bei der Schätzung der Personalausgaben der öffentlichen Haushalte gehen wir davon aus, daß viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der früheren DDR in den neu zu errichtenden Verwaltungen der Länder und Gemeinden eine Anstellung finden werden, aber bei weitem nicht alle. Pro Kopf der Bevölkerung dürften dort nicht mehr Staatsdiener gebraucht werden als im Westen Deutschlands. Der Beschäftigungsabbau wird neben den Zivilbeschäftigten auch die Soldaten der Nationalen Volksarmee betreffen, da der Bund vor allem bei den Verteidigungsausgaben größere Einsparungen anstrebt. In unserer Prognose haben wir deshalb angenommen, daß im Verlauf des nächsten Jahres rund ein Drittel des derzeit noch vorhandenen Personals aus dem öffentlichen Dienst der früheren DDR ausscheidet. Für den westlichen Teil Deutschlands haben wir unterstellt, daß nicht zuletzt wegen der deutschen Vereinigung zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik werden alle Subventionen, die bisher nur in den alten Bundesländern geleistet wurden, entsprechend auch in den neuen Ländern gezahlt. Ein Teil der Subventionen, die es nur in der DDR gab, wird aber weiterhin gewährt. Aufgrund des vergleichsweise niedrigen Einkommensniveaus im östlichen Teil Deutschlands werden dort im nächsten Jahr vermutlich die Verkehrstarife und für einen Übergangszeitraum auch der Energieverbrauch der privaten Haushalte weiter subventioniert, wenn auch nicht mehr in bisheriger Höhe. Belastend für den Staatshaushalt wirken sich zudem Subventionen für Hauseigentümer aus, die gezahlt werden, um den Schuldendienst zu erleichtern und die Bewirtschaftungskosten zu senken. Zu neuen Belastungen führt auch die im Juli diesen Jahres in Kraft getretene Investitionszulage, die das Investieren in dem Gebiet der ehemaligen DDR bis Juli 1991 mit 12 vH und danach für ein weiteres Jahr mit 8 vH der Investitionskosten bezuschußt. Diesen zusätzlichen Belastungen im Osten dürften im Westen ein Abbau der teilungsbedingten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gegenüberstehen.

277. Der Staat schiebt in den neuen Bundesländern nicht nur auf mannigfache Weise die Investitionen an, sondern stützt auch den Privaten Verbrauch. Er sorgt dafür, daß im kommenden Jahr trotz zunächst noch sinkender Produktion und Beschäftigung die Einkommen weiter kräftig expandieren, indem er hohe Transferzahlungen leistet — sei es in Form von Einkommensübertragungen, sei es in Form von Subventionen, mit denen er die Löhne und Gehälter von Arbeitnehmern unrentabler Betriebe mitfinanziert. Überschlägig geschätzt dürften die verfügbaren Einkommen in den neuen Bundesländern um etwa 8 vH zunehmen, deutlich stärker als in den alten Ländern (5½ vH). Dieser Schätzung liegen im einzelnen folgende Annahmen zugrunde:

- In den neuen Bundesländern werden — trotz kräftiger Lohnerhöhungen — die Nettolöhne und -gehälter in der Summe zwar spürbar schrumpfen (−5 vH), weil die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer und der geleisteten Arbeitsstunden weiter sinkt. Der Rückgang bei der Lohn- und Gehaltssumme wird aber ausgeglichen durch einen ähnlich starken Anstieg bei den Lohnersatzleistungen, beim Arbeitslosengeld und beim Kurzarbeitergeld. Hinzu kommt, daß zum Jahresbeginn die Sozialrenten um 15 vH angehoben werden. Zur Jahresmitte ist eine erneute Rentenanhebung vorgesehen, deren Ausmaß noch nicht feststeht. Nach der Konzeption einer an der Lohnentwicklung orientierten Rente müßte der Anpassungssatz etwa doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern sein. Schließlich werden einige zusätzliche soziale Leistungen eingeführt, die es in dieser Form bisher nur in Westdeutschland gibt wie Wohngeld, Kindergeld und BAföG. Teilweise treten diese Leistungen zwar an die Stelle bisheriger Leistungen, doch wird insgesamt das Leistungsvolumen kräftig aufgestockt.
- In den alten Bundesländern zeichnet sich hingegen für die Nettolohn- und -gehaltssumme — bei kräftigen Lohnerhöhungen und weiter zunehmender Beschäftigung — ein Anstieg um 4½ vH ab, der indes nicht einmal halb so stark ausfällt wie in diesem Jahr (11 vH). Der Hauptgrund dafür ist, daß es im nächsten Jahr keine steuerliche Entlastung der Einkommen gibt, so daß die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs wieder voll spürbar sein wird. (In diesem Jahr stiegen die Nettoeinkommen stärker als die Bruttoeinkommen, im nächsten Jahr ist es umgekehrt.) Ein anderer Grund ist, daß wir für den späteren Jahresverlauf eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in Betracht ziehen. Dafür haben wir — beginnend ab 1. Juli 1991 — eine Anhebung des Beitragssatzes um zwei Prozentpunkte angesetzt, die die Arbeitnehmer zur Hälfte zu tragen haben. Wenn die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im kommenden Jahr gleichwohl um 5½ vH zunehmen werden, so liegt das am kräftigen Anstieg der Soziaieinkommen, den wir auf 6 vH veranschlagen.
- Auch wenn die verfügbaren Einkommen in West- und Ostdeutschland aller Voraussicht nach mit unterschiedlichen Raten expandieren werden, dürfte sich das nicht nennenswert auf die Verbrauchsausgaben auswirken. In Ostdeutschland dürfte nämlich die Zunahme der Verbrauchsausgaben hinter der Zunahme des verfügbaren Einkommens zurückbleiben, in Westdeutschland dürfte es umgekehrt sein. Die Annahme erscheint nicht unplausibel, daß sich die Sparquote, die in diesem Jahr in

Westdeutschland sehr hoch und in Ostdeutschland vermutlich extrem niedrig (oder sogar negativ) gewesen ist, allmählich wieder auf einem Niveau einpendelt, das bisher als normal gelten konnte. Das hieße, daß die Sparquote in Westdeutschland etwas sinkt und in Ostdeutschland etwas steigt. Im Ergebnis könnte das dazu führen, daß die Verbrauchsausgaben in beiden Teilen Deutschlands etwa mit der gleichen Rate expandieren. Die Größenordnung der Rate beziffern wir auf 6 vH bis 6½ vH.

Sicher ist das freilich nicht. Vor allem in den neuen Bundesländern ist das künftige Verbraucherverhalten schwer einzuschätzen. Neben der Entwicklung der Einkommen müssen hierbei auch die allgemeine Wirtschaftslage, der Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Veränderungen im Preisniveau und in der Preisstruktur sowie der Wandel in den Konsumgewohnheiten ins Bild genommen werden. Vieles ist hier noch im Umbruch, was die Prognose erschwert. Mit sehr großen Abweichungen rechnen wir aber nicht.

278. Alles in allem wird der Private Verbrauch im kommenden Jahr nicht mehr in dem Maße Konjunkturlokomotive sein wie in diesem Jahr. Das liegt auch daran, daß sich der Preisanstieg voraussichtlich nochmals verstärkt, was die Kaufkraft der Einkommen schmälert. In realer Rechnung veranschlagen wir für Westdeutschland die Zuwachsrate auf etwa 3 vH, deutlich niedriger als die Rate für dieses Jahr (4½ vH). Für Ostdeutschland ist ein quantitatives Urteil außerordentlich schwer. Wir sind nicht in der Lage, die Preisentwicklung beim Privaten Verbrauch abzuschätzen. Wir vermuten aber, daß der Preisanstieg in Ostdeutschland im nächsten Jahr stärker als in Westdeutschland sein wird (Ziffer 293). Denkbar ist, daß er höher ausfällt als die Steigerungsrate der — nominalen — Verbrauchsausgaben. Das liefe auf einen Rückgang des realen Verbrauchs hinaus.

Eine Verlangsamung des Expansionstempos beim Privaten Verbrauch kommt nicht einmal ungelegen. Den westdeutschen Unternehmen sind in Ostdeutschland neue Märkte zugefallen, die Produktion hält nur mühsam mit der Nachfrage Schritt. Bei den ostdeutschen Unternehmen wird es noch geraume Zeit dauern, bis sie ihre angestammten Märkte zurückgewinnen und neue Märkte im Westen aufschließen, mithin für eine größere Angebotsflexibilität sorgen können.

Im übrigen gilt es jetzt, die Wachstumskräfte zu stärken, um mit den wirtschaftlichen Folgen der deutschen Vereinigung fertig zu werden. Dazu bedarf es eines Mehr an Investitionen, nicht eines Mehr an Privatem Verbrauch.

279. Zur Deckung der Nachfrage wird die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr den Import abermals kräftig steigern müssen. Das Abflauen der Konjunktur im Ausland wird dies erleichtern. Für Westdeutschland rechnen wir damit, daß der Import von Waren und Diensten ungefähr mit der gleichen Rate zunehmen wird wie in diesem Jahr, nämlich um 8 vH bis 9 vH. Für Ostdeutschland nehmen wir an, daß sich der Import, der in letzter Zeit tief abgesackt war, allmählich wieder erholt.

Wie in diesem Jahr dürfte vor allem die Einfuhr von industriellen Fertigwaren, von Investitionsgütern wie von Konsumgütern, mit überdurchschnittlichen Raten expandieren, und ähnliches gilt auch für den Import von Ernährungsgütern. Der kräftige Importsog ist mit der deutschen Vereinigung zu erklären — in Ostdeutschland ist der Substitutionsprozeß von Gütern aus östlicher Produktion durch solche aus westlichen Ländern voll im Gange. Der Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten dürfte hingegen nur mäßig zunehmen, etwa im Einklang mit der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Da die Preise für agrarische und industrielle Rohstoffe aufgrund des sich abzeichnenden Angebotsdrucks nach unten tendieren, besteht kein Grund zu einem übermäßigen Lageraufbau, zumal wenn, wie in der Prognose angenommen, die Zinsen hoch bleiben.

280. Im Gegensatz zum Import wird sich beim Export das Expansionstempo spürbar verlangsamen. Der Bestelleingang aus dem Ausland neigt sich seit Jahresbeginn erkennbar nach unten. Der Rückgang hängt gewiß damit zusammen, daß die Weltkonjunktur an Schwung verliert, aber er ist wohl auch Reflex der Verstärkung des innerdeutschen Handels. Viele westdeutsche Unternehmen sind derzeit voll damit beschäftigt, sich auf den neuen Märkten in Ostdeutschland zu etablieren. Es kann dabei nicht ausbleiben, daß sie ihren Märkten im Ausland etwas weniger Beachtung schenken als bisher.

Gleichwohl kann das Exportgeschäft im kommenden Jahr zu einem nicht zu unterschätzenden Risikofaktor werden. Sollte sich etwa die Erwartung herausbilden, daß auf Dauer der Ölpreis hoch und der Dollarkurs niedrig bleiben, würde das die mittelfristigen Exporterwartungen dämpfen. Das müßte sich über kurz oder lang auch auf die Investitionsbereitschaft auswirken.

281. Wir tun uns diesmal schwer, eine plausible Größe für die voraussichtliche Anstiegsrate beim Export zu finden. Ein Anhaltspunkt könnte die Rate sein, mit der der Welthandel nach Schätzungen verschiedener Stellen im nächsten Jahr expandieren wird (5 vH). In der Vergangenheit haben sich diese Schätzungen allerdings gelegentlich auch als Irrlicht erwiesen, vor allem in Zeiten, in denen man sich in einer Phase des konjunkturellen Umbruchs befand. Zudem kommt es nicht nur auf die Veränderung des Welthandels im ganzen an. Zusätzlich zu berücksichtigen sind Veränderungen in der Struktur nach Gütergruppen und Regionen. Es ist also zunächst ins Bild zu rücken, wie sich die für die deutsche Exportwirtschaft, in Westdeutschland und in Ostdeutschland, relevanten Märkte voraussichtlich entwickeln werden.

- Die Weltkonjunktur wird sich im nächsten Jahr nicht nur abschwächen, sondern regional stark differenzieren (Ziffern 251 ff.). Unsere Erwartung ist, daß sich die westeuropäischen Länder, die die Hauptabnehmer von deutschen Exportgütern sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vergleichsweise gut behaupten können. Schlecht sind hingegen die Aussichten für die ölimportierenden Entwicklungsländer und die mittel- und osteuropäischen Länder einzuschätzen. Das wird teilweise aufgewogen durch verbesserte Absatzmöglichkeiten in den ölproduzierenden Ländern. Alles in allem gewichten wir den Regionaleffekt aus den Un-

terschieden im Marktwachstum positiv. Das gilt allerdings nur für die westdeutschen Unternehmen. Die Absatzmärkte der ostdeutschen Unternehmen, die bisher überwiegend in Mittel- und Osteuropa liegen, werden sich spürbar verengen, soweit sie den Unternehmen künftig überhaupt noch offenstehen werden.

— Die Abschwächung wird vor allem die Investitionsgütermärkte berühren, denn ihr Kern ist in den meisten Ländern eine nachlassende Bereitschaft zur Kapazitätserweiterung. So gehen beim westdeutschen Maschinenbau, weltweit einer der größten Anbieter von Ausrüstungsgütern, die Auslandsbestellungen schon seit einiger Zeit zurück. Den Effekt von Veränderungen in der Güterstruktur veranschlagen wir deshalb negativ.

282. Ungewiß ist, ob die Unternehmen ihre Marktanteile werden halten können und ob sie es wollen. Der Rückgang des Dollarkurses hat die breite Mehrzahl der Unternehmen sicherlich noch nicht in Bedrängnis gebracht, aber das Interesse an Exportgeschäften auf Dollarbasis dürfte nachgelassen haben. Zu den Annahmen der Prognose gehören keine Paritätsänderungen, die den Unternehmen große Entlastung brächten. Auf die Unternehmen in Ostdeutschland kommen ohnehin große Probleme zu, wenn diese vom nächsten Jahr an Exportverträge mit den bisherigen Partnern in den RGW-Ländern nur noch in konvertibler Währung abschließen können. Selbst die Abwicklung bestehender Vereinbarungen wird häufig wegen mangelnder Rentabilität und wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit der Abnehmer nicht mehr möglich sein. Die Exporte der ostdeutschen Unternehmen dürften zunächst noch weiter schrumpfen. Ein Gegenposten dazu könnte sein, daß westdeutsche Unternehmen ihren Absatz nach Mittel- und Osteuropa ausweiten können.

Alles in allem schätzen wir die Absatzchancen im Export für das nächste Jahr nicht sonderlich gut ein. Die Exporte werden zwar — im ganzen — weiter expandieren, aber nur verhalten. Für die Unternehmen in Westdeutschland veranschlagen wir die Zuwachsrate (für Waren und Dienste zusammen und ohne den innerdeutschen Handel) auf 3½ vH nach 3 vH in diesem Jahr. Für die ostdeutschen Unternehmen zeichnet sich ein starker Rückgang ab, den wir aber nicht beziffern können.

283. Bei dieser Konstellation — unvermindert steigender Import und stark verlangsamt steigender Export — wird der hohe Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr, den die westdeutsche Wirtschaft mit dem Ausland bisher erwirtschaftete, der sogenannte Außenbeitrag, erstmals seit längerem merklich abgebaut, nämlich von 115 Mrd DM in diesem Jahr auf 87 Mrd DM im nächsten Jahr. Zwar wird in unserem Tableau ein nahezu unveränderter Außenbeitrag ausgewiesen, nämlich 148 Mrd DM für 1990 und 147 Mrd DM für 1991, aber dieser Betrag schließt den „Exportüberschuß" mit ein, den die westdeutsche Wirtschaft im innerdeutschen Handel erzielt. Die Differenz zwischen den beiden unterschiedlich abgegrenzten Außenbeiträgen — für 1991 sind das 60 Mrd DM — beziffert den Ressourcentransfer, den die westdeutsche Wirtschaft an die ostdeutsche Wirtschaft leistet (Schaubild 40). Nicht exakt beziffern läßt sich derzeit, welche Beiträge an unentgeltlichen Übertragungen im nächsten Jahr zu leisten sein werden. Bisher waren das für die westdeutsche Wirtschaft jährliche Beträge um 30 Mrd DM bis 35 Mrd DM. Wegen einer Reihe von Zahlungsverpflichtungen, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung eingegangen ist, werden die Beträge aber künftig höher sein. Der bisherige Überschuß in der Leistungsbilanz wird sich also stark zurückbilden. Die deutsche Wirtschaft wird per saldo wesentlich weniger Kapital ins Ausland exportieren können als bisher. Sie wird statt dessen hohe Summen zur Stützung der Einkommen und zur Finanzierung von Investitionen in den neuen Bundesländern bereitstellen müssen. Ein Trost mag sein: Im kommenden Jahr läßt sich der hohe Ressourcenbedarf für die neuen Bundesländer noch gut aus internen Ersparnissen finanzieren.

284. Der Ressourcentransfer wird erleichtert, wenn die Wirtschaft kräftig wächst. Das bringt den Bürgern höhere Einkommen, die zu höheren Ersparnissen führen, und es bringt dem Staat höhere Steuereinnahmen — ohne eine Anhebung der Steuersätze. Die Voraussetzungen für ein kräftiges Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr sind in den alten Bundesländern gegeben. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, also das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen, wird nach unserer Einschätzung im Durchschnitt des Jahres um 3½ vH zunehmen, nicht viel schwächer als in diesem Jahr (reichlich 4 vH). In den neuen Bundesländern wird die Produktion dagegen zunächst noch weiter sinken. Im Durchschnitt des Jahres dürfte das Niveau von diesem Jahr kräftig unterschritten werden. Wir sehen uns allerdings außerstande, den Rückgang zu quantifizieren.

Der starke Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den neuen Bundesländern, wie er sich im Vorjahresvergleich zeigt, bedarf der Interpretation. Darin spiegelt sich vor allem der tiefe Einbruch in den ersten Monaten nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Inzwischen sieht es aber so aus, als sei das Schlimmste bald überstanden. Aber auch bei einer Produktionsbelebung, mit der wir ab dem Spätsommer 1991 rechnen, wird es bis zum Jahresende nicht gelingen, das Produktionsniveau aus der Zeit vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wieder zu erreichen. Aus negativen Vorzeichen im Jahresdurchschnittsvergleich kann man also nicht auf eine negative Entwicklung im Jahresverlauf schließen.

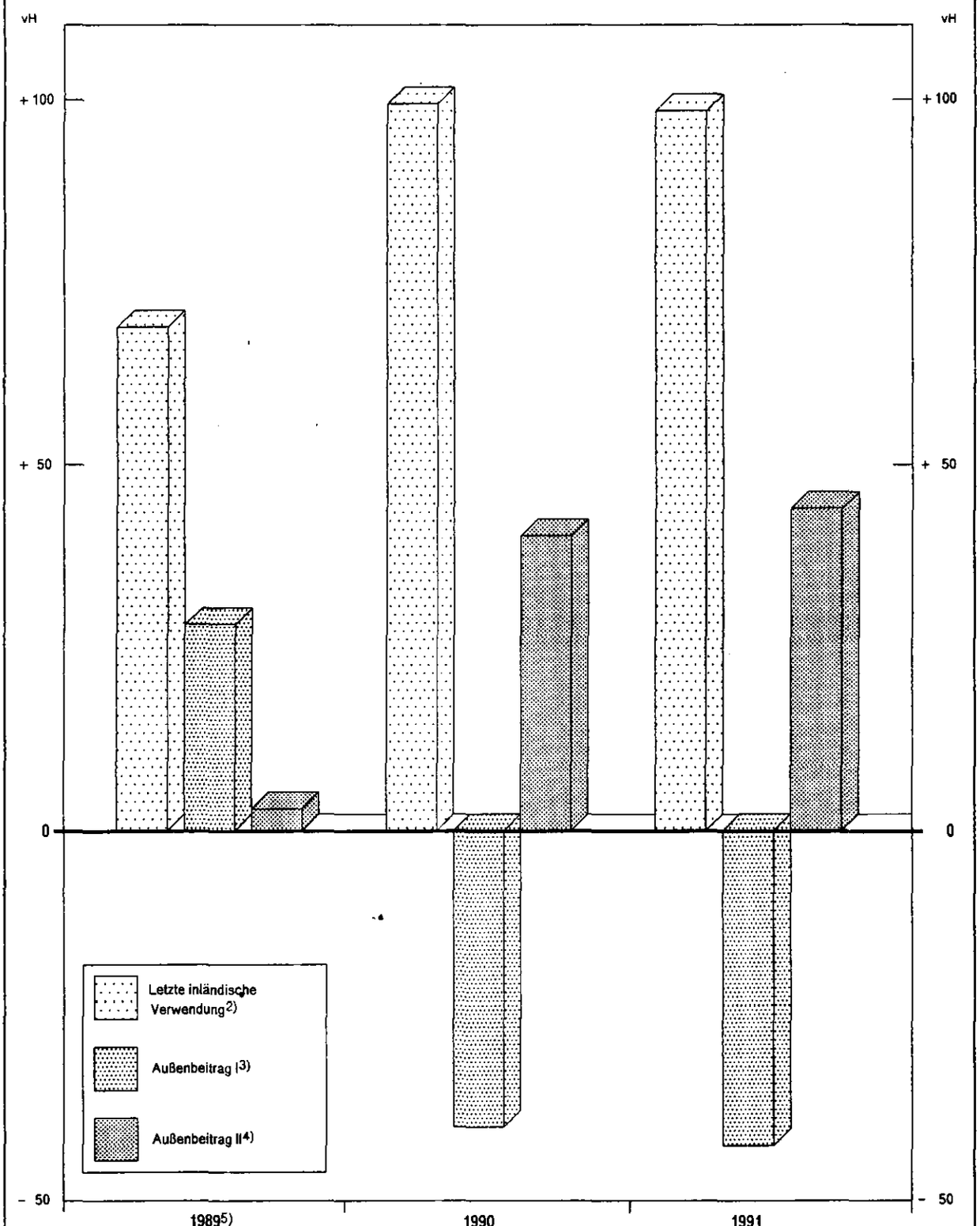
Wir wiederholen an dieser Stelle: Die Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft ist nicht ein Zeichen von konjunktureller Schwäche, sondern Ausdruck einer tiefen Strukturkrise. Es mangelt nicht an Nachfrage, wohl aber an wettbewerbsfähiger Produktion. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage ostdeutscher Investoren und Konsumenten füllt die Auftragsbücher westdeutscher Produzenten. Das zu ändern, braucht Zeit.

285. Bei der gegenläufigen Entwicklung der Produktion wird die Beschäftigung in Westdeutschland weiter zunehmen und in Ostdeutschland weiter abnehmen.

Schaubild 40

BEITRÄGE ZUM WACHSTUM DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS WESTDEUTSCHLANDS[1)]

Schätzung für 1990, Prognose für 1991



1) Beiträge der genannten Verwendungsaggregate in vH zum Wachstum des realen Bruttosozialprodukts.– 2) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung.– 3) Ohne Güterströme mit Ostdeutschland.– 4) Güterströme mit Ostdeutschland.– 5) Güterströme mit Ostdeutschland: Eigene Schätzung.

SR 90 0785

— Wir rechnen damit, daß sich in Westdeutschland die Anzahl der Erwerbstätigen im Verlauf des nächsten Jahres um 550 000 und im Durchschnitt um 580 000 erhöhen wird. Eine ähnlich starke Zunahme ist auch in diesem Jahr zu verzeichnen. Unter denen, die zusätzlich eine Beschäftigung aufnehmen, wird eine steigende Anzahl von Arbeitnehmern aus Ostdeutschland sein, schätzungsweise 300 000, also ungefähr jeder zweite. Davon dürfte allerdings der kleinere Teil seinen Wohnsitz in die westlichen Bundesländer verlegen, der größere Teil wird in den östlichen Bundesländern wohnhaft bleiben, wenn auch vielleicht nur noch für einige Zeit.

— Und wir rechnen damit, daß in Ostdeutschland der starke Abbau von Arbeitsplätzen anhält. Das Ausmaß ist schwer zu prognostizieren, zumal dann, wenn es von Entscheidungen der Politik maßgeblich mitbestimmt wird. Als Setzung haben wir einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,8 Millionen im Verlauf des nächsten Jahres in die Prognose eingestellt. Ende 1991 wären dann nur noch 6 Millionen Menschen in Arbeit und Brot, rund 3½ Millionen weniger als Ende 1989 (Tabelle 48).

286. Der Arbeitsplatzabbau in den neuen Bundesländern wird dort zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit führen, in den alten Ländern wird sich voraussichtlich wenig ändern. Es ist allerdings kaum möglich, die Veränderungen bei den Arbeitslosenzahlen in beiden Teilen Deutschlands zuverlässig zu prognostizieren, denn der deutsch-deutsche Arbeitsmarkt wächst immer stärker zusammen. Immer mehr Arbeitnehmer aus dem Osten suchen und finden Arbeit im Westen, und umgekehrt nehmen Arbeitnehmer aus dem Westen eine Tätigkeit im Osten auf, und sei es nur vorübergehend. Schließlich vergrößert sich die Anzahl von Arbeitnehmern, die zwischen dem Wohnort jenseits und dem Arbeitsort diesseits der früheren innerdeutschen Grenze pendeln.

Die Entwicklung bei der Arbeitslosenzahl im Gebiet der früheren DDR ist auch solange schwer einzuschätzen, wie dort die Übergänge zwischen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit fließend sind — in den neuen Bundesländern gelten bis zur Jahresmitte Regelungen, die eine Zahlung von Kurzarbeitergeld auch in den Fällen erlauben, in denen keine Weiterbeschäftigungschancen bestehen. Falls die Regelung fristgemäß zur Jahresmitte auslaufen sollte, würde die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigen — sie könnte mit rund 2 Millionen Personen im dritten und vierten Quartal 1991 den Höchststand erreichen. Die Kurzarbeit hingegen würde stark zurückgehen.

287. Der Abbau von dreieinhalb Millionen Arbeitsplätzen bringt für die Menschen in den neuen Bundesländern große Härten. Aber es führt kein Weg daran vorbei. Nach unserer Einschätzung dürfte die Freisetzung von Arbeitskräften bis Ende 1991 weitgehend beendet sein. Schon ab dem Frühjahr 1991 dürfte es in einer ganzen Reihe von Bereichen wie im Baugewerbe, im Handwerk, im Verkehrsgewerbe und Dienstleistungsgewerbe verstärkt zu Neueinstellungen kommen. Spätestens ab dem Frühjahr 1992 dürfte der Saldo aus Einstellungen und Entlassungen auch insgesamt wieder positiv sein.

288. Die Freisetzung und Umsetzung von Arbeitskräften wird in der ostdeutschen Wirtschaft einen kräftigen Produktivitätsschub bewirken. Es wird zwar einer Reihe von Jahren bedürfen, um die Produktivitätslücke gegenüber der westdeutschen Wirtschaft zu schließen. Aber ein erster großer Schritt kann im nächsten Jahr gemacht werden.

289. Für die Lohnpolitik im vereinten Deutschland wird 1991 ein schwieriges Jahr. Die Gefahr ist groß, daß die Lohnentwicklung den Kontakt zur Entwicklung der Leistungskraft der Wirtschaft verliert. In Ostdeutschland ist das in diesem Jahr schon der Fall gewesen.

— In Westdeutschland wird der für Einkommenserhöhungen zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum trotz guter Konjunktur keinesfalls größer sein als in diesem Jahr. Zwar werden die Belastungen aus der Ölpreisverteuerung entfallen — bei den Terms of Trade rechnen wir für den Zeitraum von Ende 1990 bis Ende 1991 mit einer leichten Verbesserung —, aber bei einer Anhebung der

Tabelle 48

Eckdaten zur voraussichtlichen Entwicklung in Ostdeutschland[1])

	1990	1991	1990		1991		1991	1991	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.		1. Hj.	2. Hj.
							Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum		
	Tausend						in Tausend		
Berufstätige[2])	8 600	6 800	9 000	8 100	7 500	6 100	−1 800	−1 500	−2 000
Arbeitslose	250	1 400	50	450	750	2 000	+1 150	+ 700	+1 550
Kurzarbeiter	800	1 500	.	1 600	1 900	1 100	+ 700	+1 900	− 500
	Mrd DM						in vH		
Verfügbares Einkommen	.	189	.	87	94	95	*(+8)*	*(+7)*	+ 9

[1]) Eigene Schätzung auf der Grundlage von Angaben des ehemaligen Statistischen Amtes der DDR und der Bundesanstalt für Arbeit.
[2]) Basis: Beschäftigtenerhebung zum 30. September 1989.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die wir für denkbar halten, brächte das in der Kostenrechnung der Unternehmen keinen Ausgleich. Der Verteilungsspielraum dürfte sogar etwas kleiner sein, weil sich, angesichts hoch ausgelasteter Kapazitäten, der Produktivitätsanstieg abschwächen wird. Die Gewerkschaften haben jedoch — nach ihren bisher bekanntgewordenen Forderungen zu urteilen — Einkommensverbesserungen ins Visier genommen, die deutlich größer ausfallen sollen als in den letzten Jahren. Offensichtlich schätzen sie die Chancen für die Durchsetzung hoher Lohnforderungen derzeit günstig ein. Tatsächlich ist in Zeiten konjunktureller Anpassung der Widerstand der Arbeitgeber gegenüber gewerkschaftlichem Druck meistens nicht sonderlich groß, weil man damit rechnet, daß die Weiterwälzung zusätzlicher Kosten gelingt.

- In Ostdeutschland wird zwar der von der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft vorgegebene Rahmen größer sein als in diesem Jahr, aber er wird, gemessen am Erwartungsdruck auf Seiten der Arbeitnehmer bei weitem nicht ausreichend sein. Der Wunsch, rasch den Einkommensrückstand zu Westdeutschland zu überwinden, ist riesengroß. Beide Tarifparteien sind in der Zwickmühle. Die Gewerkschaften müssen befürchten, die Lohnführerschaft zu verlieren, falls sie sich dem Drängen nach einer abermaligen kräftigen Anhebung der Löhne und Gehälter verschließen, und die Unternehmen müssen mit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte rechnen.

Ob die Lohnpolitik den schwierigen Balanceakt schaffen wird, ist derzeit völlig offen. Wie sie ihn vielleicht schaffen kann, wird von uns an anderer Stelle erörtert (Ziffern 402 ff.).

290. In der Prognose haben wir folgende Setzung vorgenommen. In Westdeutschland steigen die Tariflöhne und -gehälter, je Stunde gerechnet, etwas stärker als in diesem Jahr. In Ostdeutschland steigen sie etwas schwächer als in diesem Jahr, der Anstieg in Ostdeutschland wird gleichwohl etwa zwei- bis dreimal so hoch ausfallen wie in Westdeutschland. Die Konsequenz wird sein: Da wie dort wird sich der Lohnkostendruck weiter verstärken.

291. Die Kombination von zunehmender Kapazitätsauslastung und zunehmendem Kostendruck verheißt nichts Gutes für die Preisentwicklung. Auf der Produzentenstufe sind die Preise in letzter Zeit kräftig angehoben worden, und aus Konjunkturumfragen läßt sich herauslesen, daß der Höhepunkt der Preiswelle möglicherweise noch nicht erreicht ist, sondern erst noch kommt. Bisher sind offenbar Preis- und Kostensteigerungen auf der Produzentenstufe nur zu einem Teil an die Konsumenten weitergegeben worden.

292. Es wäre mithin eine arge Selbsttäuschung, wollte man davon ausgehen, daß sich mit dem angenommenen Rückgang der Preise für Mineralölprodukte der Anstieg der Verbraucherpreise wieder abflachen würde. Dazu müßten andere „Glücksfälle" hinzukommen wie günstige Witterungsbedingungen, die reichhaltige Ernten bescherten.

Beim Preisindex für die Lebenshaltung wird man sich auf höhere Steigerungsraten einstellen müssen. Um die Jahresmitte könnten die Raten im Vorjahresvergleich — für wenige Monate — an die Vier-Prozent-Marke heranreichen. Das hängt teilweise mit dem sprunghaften Anstieg der Preise für Benzin und Heizöl unmittelbar nach Ausbruch der Golf-Krise zusammen und führt zunächst noch zu hohen Steigerungsraten, weil in diesem Jahr bis zum Ausbruch der Golf-Krise die Preise für Heizöl und Benzin gesunken waren (Basiseffekt). Der Trend kommt darin nicht zum Ausdruck, der Preisauftrieb wird vielmehr etwas überzeichnet.

293. Im nächsten Jahr wird allerdings die Entwicklung der Verbraucherpreise im Westen und im Osten Deutschlands voraussichtlich recht unterschiedlich verlaufen:

- In den alten Bundesländern veranschlagen wir die Steigerungsrate beim Preisindex für die Lebenshaltung im Verlauf und im Durchschnitt des Jahres auf 3½ vH.
- In den neuen Bundesländern wird die Steigerungsrate wohl deutlich höher sein, weil die Mieten, die Preise für Energie und die Verkehrstarife kräftig angehoben werden. Hinzu kommt, daß eine Reihe öffentlicher Dienstleistungen, die bisher ohne Entgelt in Anspruch genommen wurden, künftig gebührenpflichtig sind. Wir sehen uns aber außerstande, die Entwicklung zu quantifizieren, zumal es sich hierbei weitgehend um administrierte Preise handelt, die erst durch künftige Entscheidungen staatlicher Stellen neu festgelegt werden. Bei nicht wenigen Gütern und Dienstleistungen ist auch mit Preissenkungen zu rechnen, nämlich dort, wo die Preise infolge unzureichenden Wettbewerbs beträchtlich über denen in der Bundesrepublik liegen — oder wo allgemein das Preis-Leistungsverhältnis nicht stimmt.

  Bei alledem sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß das Niveau der Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern in diesem Jahr gegenüber früher spürbar gesunken ist. Die Preissenkungen in diesem Jahr und die Preisanhebungen im kommenden Jahr müssen im Zusammenhang gesehen werden. Sie sind Ausdruck von — zeitlich gestreckten — Veränderungen der Preisstruktur.

Tabelle 49

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1990

Absolute Werte

	Einheit	1989	1990	1991	1990		1991	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 211,3	1 299,0	1 383,0	621,4	678,0	661,5	721,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	419,0	443,5	461,0	205,5	238,0	213,5	247,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	458,4	516,0	572,5	239,8	276,5	258,5	314,5
Ausrüstungen	Mrd DM	207,6	234,5	257,5	106,7	127,5	115,5	142,0
Bauten	Mrd DM	250,8	282,0	315,0	133,2	148,5	143,0	172,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 29,2	+ 20,5	+ 27,0	+ 19,2	+ 1,0	+ 24,0	+ 3,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+143,5	+148,0	+147,5	+ 76,3	+ 71,5	+ 79,5	+ 68,0
Ausfuhr	Mrd DM	787,1	856,5	945,5	415,4	441,5	463,5	482,0
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	.	50,0	86,0	13,5	36,5	43,0	43,0
Einfuhr	Mrd DM	643,7	708,5	798,0	339,1	369,5	384,0	414,0
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	.	16,0	26,0	7,0	9,0	12,0	14,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 261,3	2 427,5	2 591,5	1 162,1	1 265,5	1 237,0	1 354,0
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	963,9	1 007,0	1 036,5	484,6	522,0	499,0	537,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	332,9	339,0	337,5	165,4	173,5	165,0	173,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	374,3	404,0	423,5	190,1	214,0	194,0	230,0
Ausrüstungen	Mrd DM	169,2	187,5	200,0	86,2	101,5	90,5	109,5
Bauten	Mrd DM	205,1	216,0	223,5	103,9	112,5	103,0	120,5
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 22,4	+ 14,0	+ 20,5	+ 18,1	− 4,0	+ 20,0	+ 0,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 72,6	+ 73,0	+ 74,0	+ 35,8	+ 37,0	+ 41,5	+ 32,5
Ausfuhr	Mrd DM	649,2	702,5	756,5	342,3	360,0	374,0	382,5
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	.	42,5	74,0	11,0	31,5	37,5	36,5
Einfuhr	Mrd DM	576,5	629,5	682,5	306,5	323,0	332,5	350,5
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	.	12,0	19,0	5,5	6,5	9,0	10,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 766,0	1 836,5	1 892,5	894,0	942,5	919,5	973,0
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	1 808,1	1 878,0	1 928,0	918,4	959,5	938,0	990,5
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1980 = 100	125,7	129,0	133,5	128,2	130,0	132,5	134,0
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	128,0	132,0	137,0	130,0	134,0	134,5	139,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	125,1	129,5	134,5	126,5	132,0	132,0	136,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	27 635	28 335	28 915	28 055	28 620	28 665	29 165
darunter: Einpendler aus Ostdeutschland	1 000	.	70	300	40	100	250	350
Arbeitszeit[2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 745,7	1 819,5	1 886,0	885,0	934,5	914,5	971,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 176,6	1 265,0	1 352,5	594,4	670,5	631,5	721,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	575,2	614,5	646,5	303,7	310,5	319,5	327,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 751,8	1 879,5	1 999,0	898,1	981,5	951,0	1 047,5
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 400,7	1 454,0	1 487,0	709,8	744,5	721,0	766,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[3]	Mrd DM	627,5	697,5	729,5	330,1	367,5	348,5	381,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	485,8	530,0	557,5	264,5	265,5	278,5	279,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	Mrd DM	1 383,8	1 497,0	1 579,5	720,0	777,0	761,5	818,5

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 49

Gesamtrechnungen für Westdeutschland

und Vorausschau auf das Jahr 1991

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1989	1990	1991	1990		1991	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,9	+ 7½	+ 6½	+ 6,5	+ 8	+ 6½	+ 6½
Staatsverbrauch	+ 1,5	+ 6	+ 4	+ 5,7	+ 6	+ 4	+ 4
Anlageinvestitionen	+10,2	+12½	+11	+12,8	+12½	+ 7½	+13½
Ausrüstungen	+12,3	+13	+10	+14,2	+12	+ 8½	+11½
Bauten	+ 8,5	+12½	+12	+11,6	+13	+ 7	+16
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+14,4	+ 9	+10½	+ 6,6	+11	+11½	+ 9
Einfuhr	+13,8	+10	+12½	+ 7,4	+12½	+13	+12
Bruttosozialprodukt	+ 6,5	+ 7½	+ 7	+ 7,1	+ 7½	+ 6½	+ 7
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 1,7	+ 4½	+ 3	+ 4,3	+ 4½	+ 3	+ 3
Staatsverbrauch	− 0,9	+ 2	− ½	+ 1,6	+ 2	− ½	− ½
Anlageinvestitionen	+ 7,1	+ 8	+ 5	+ 8,9	+ 7	+ 2	+ 7½
Ausrüstungen	+ 9,7	+11	+ 6½	+13,0	+ 9	+ 5	+ 8
Bauten	+ 5,1	+ 5½	+ 3½	+ 5,7	+ 5	− ½	+ 7
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+11,5	+ 8	+ 7½	+ 5,9	+10½	+ 9½	+ 6
Einfuhr	+ 8,8	+ 9	+ 8½	+ 8,5	+10	+ 8½	+ 8½
Bruttosozialprodukt	+ 3,9	+ 4	+ 3	+ 3,9	+ 4	+ 3	+ 3
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 3,4	+ 4	+ 2½	+ 4,4	+ 3½	+ 2	+ 3
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 3,2	+ 2½	+ 3½	+ 2,1	+ 3	+ 3½	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 2,6	+ 3½	+ 3½	+ 3,1	+ 3½	+ 3½	+ 3½
Letzte inländische Verwendung	+ 3,0	+ 3½	+ 4	+ 2,6	+ 4	+ 4	+ 3½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 1,4	+ 2½	+ 2	+ 2,4	+ 2½	+ 2	+ 2
Arbeitszeit[2]	− 1,4	− 1½	− ½	− 1,4	− 1	− 1	− ½
Arbeitsvolumen	− 0,0	+ 1½	+ 1½	+ 1,0	+ 1½	+ 1	+ 1½
Produktivität	+ 3,3	+ 3	+ 2½	+ 3,0	+ 3	+ 2½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 3,3	+ 4	+ 3½	+ 4,0	+ 4½	+ 3½	+ 4
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 4,5	+ 7½	+ 7	+ 7,2	+ 8	+ 6	+ 7½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,1	+ 7	+ 5	+ 7,8	+ 6	+ 5½	+ 5
Volkseinkommen	+ 6,0	+ 7½	+ 6½	+ 7,4	+ 7	+ 6	+ 7
Reales Volkseinkommen[1]	+ 2,9	+ 4	+ 2½	+ 4,6	+ 3	+ 1½	+ 3
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 3,6	+11	+ 4½	+10,8	+11½	+ 5½	+ 3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 7,6	+ 9	+ 5	+10,5	+ 8	+ 5½	+ 5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 4,5	+ 8	+ 5½	+ 7,8	+ 8½	+ 5½	+ 5½

[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Tabelle 50

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

— Westdeutschland —

Schätzung für das Jahr 1990 und Prognose für das Jahr 1991

	1989	1990	1991	1990	1991
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen, insgesamt	1 021,0	1 059½	1 159	+ 4	+ 9½
Steuern	560,0	570	635½	+ 2	+ 11½
darunter: aus Ostdeutschland	—	—	22½	×	×
Sozialbeiträge	383,4	408½	443	+ 6½	+ 8½
Sonstige laufende Einnahmen	55,4	57	54½	+ 3	− 4½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	22,2	24½	25½	+ 9½	+ 6
Ausgaben, insgesamt	1 015,6	1 112½	1 239½	+ 9½	+ 11½
Staatsverbrauch	419,0	443½	461	+ 6	+ 4
Einkommensübertragungen	451,3	469	498½	+ 4	+ 6½
Private Haushalte	362,3	380½	404½	+ 5	+ 6
Unternehmen und übrige Welt	89,0	88½	94	− ½	+ 6½
Zinsen	60,4	63	71½	+ 4½	+ 13½
Vermögensübertragungen	32,3	79½	147½	+ 146	+ 85
darunter: an Ostdeutschland	0	47	116	×	×
Investitionen	52,5	57	61	+ 8½	+ 7
Finanzierungssaldo[2])	+ 5,5	− 53	− 80½	×	×
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	44,0	45,4	47,5	×	×
Abgabenquote[4])	41,7	40,3	41,6	×	×
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen, insgesamt	655,7	670	735	+ 2	+ 9½
Steuern	560,0	570	635½	+ 2	+ 11½
Sonstige Einnahmen	95,7	100	99	+ 4½	− ½
Ausgaben, insgesamt	666,6	743	847	+ 11½	+ 14
Finanzierungssaldo[2])	− 10,9	− 73	− 112½	×	×
	vH				
Staatsquote[5])	28,9	30,3	32,5	×	×
Steuerquote[6])	24,8	23,5	24,5	×	×

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Defizit (−); Überschuß (+).
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1991 und danach

Teil A
Aufgaben und Möglichkeiten

I. Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

Die deutsche Wirtschaft nach der staatlichen Vereinigung

294. Am 3. Oktober 1990 gingen mehr als vierzig Jahre staatlicher Trennung in Deutschland zu Ende. Gleichzeitig endete damit die kurze Episode zweier deutscher Staaten im Währungsgebiet der Deutschen Mark. Die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli dieses Jahres hatte das Drängen immer mächtiger werden lassen, die Deutsche Demokratische Republik möge ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland bald erklären.

Was in den kommenden Jahren, eingebettet in den fortschreitenden europäischen Einigungsprozeß, in Deutschland zu einer neuen wirtschaftlichen Einheit zusammenwachsen soll, ist heute noch höchst ungleich: der eine Teil — die westdeutsche Volkswirtschaft, die nach der Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 ihre eigene marktwirtschaftliche Ordnung gestaltete, sich zum Weltmarkt hin öffnete und seit langem einen Spitzenplatz unter den hochentwickelten Volkswirtschaften einnimmt; der andere Teil — die vom Weltmarkt abgeschottete Volkswirtschaft der ehemaligen DDR mit deren sozialistischer Gesellschaftsordnung und staatlicher Wirtschaftslenkung. Unter den sozialistischen Ländern brachte ihre Leistung sie auf einen Platz ganz vorne; im Vergleich zur westdeutschen Wirtschaft liegt sie indessen weit zurück, was auch immer man als Maßstab nimmt, angefangen von der Produktivität und der Kapitalausstattung über die Einkommenshöhe und den Lebensstandard bis hin zur Qualität der Umwelt (SG 90 Ziffern 11 ff.). Über Jahre hat die DDR wirtschaftlich von der Substanz gelebt und dabei nicht nur viel zu wenig in die Erhaltung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen, Infrastruktur, Städte und Häuser investiert, sondern auch ihre natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen sorglos ausgebeutet und so in Teilen ruiniert.

295. Nachdem die staatliche Vereinigung vollzogen ist, stellt sich nun die Aufgabe, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern von Grund auf zu erneuern, um den Menschen dort die Aussicht auf Lebensbedingungen zu eröffnen, die gleichwertig mit denen in den alten Bundesländern sind. Mit der Herausforderung, die es im Westen Deutschlands nach der Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 zu bewältigen galt, ist die jetzige Aufgabe nur schwer zu vergleichen.

- Anders als die westdeutsche Wirtschaft, die den Wiederaufbau nach 1948 unter dem Schutz eines niedrigen Wechselkurses und einer zunächst noch beschränkten Konvertibilität der D-Mark anpakken konnte, ist die ostdeutsche Wirtschaft am 1. Juli 1990 ohne Übergang mit dem internationalen Wettbewerb konfrontiert worden. Die für die Währungsumstellung gewählten Umtauschkurse wirkten sich für die DDR-Betriebe dabei wie eine Aufwertung aus, mit der Folge, daß sie alle unter massiven Wettbewerbsdruck gerieten.
- Anders als die westdeutschen Arbeitnehmer, die nach 1948 ihre Einkommenserwartungen nur an dem ausrichten konnten, was der wirtschaftliche Wiederaufbau an Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten hergab, nehmen sich die ostdeutschen Arbeitnehmer heute die wesentlich höheren Einkommen zum Maßstab, die auf dem Arbeitsmarkt im Westen des vereinten Deutschlands erzielt werden. Das setzt die ostdeutsche Wirtschaft der Gefahr eines verstärkten Lohnkostendrucks oder einer anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften aus.
- Anders — und in dieser Hinsicht besser — verhält es sich aber auch, was Unterstützung beim wirtschaftlichen Neubeginn betrifft. Während die westdeutsche Wirtschaft den Wiederaufbau nach 1948 weitgehend aus eigener Kraft schaffen mußte, können die Menschen in den neuen Bundesländern darauf zählen, daß ihre eigenen Anstrengungen durch finanzielle und vielfältige andere Hilfen aus Westdeutschland kräftig verstärkt werden. Was an Hilfe zur Selbsthilfe für Ostdeutschland mobilisiert werden kann, ist weit bedeutender als die Marshallplanhilfe, so wichtig diese vor vierzig Jahren auch für die westdeutsche Wirtschaft war.

Der großen Aufgabe gerecht zu werden, die Erwartungen in den neuen Bundesländern nicht zu enttäuschen und die Hilfsbereitschaft in den alten nicht zu überfordern, wird nicht leicht fallen. Darüber sollten hüben wie drüben keine Illusionen genährt werden.

296. Den Unternehmen und den Bürgern im Ostteil Deutschlands stehen jetzt die freien Märkte des Westens offen. Für die Konsumenten bedeutet das eine größere Reichhaltigkeit der Versorgung, für die Unternehmen einen ungehinderten Zugang zu Vorprodukten und Investitionsgütern mit Weltmarktstandard und zu neuen Absatzmärkten. Die damit gebotenen Chancen kann allerdings nur nutzen, wer in der Lage ist, die geforderten Preise zu zahlen und sich im neuen

marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten. Die Fähigkeit dazu besitzt vorderhand nur ein Bruchteil der ehemals volkseigenen Betriebe, die nun als Kapitalgesellschaften in die Selbständigkeit entlassen werden, und viele werden sie auch nicht erringen können (Ziffern 513 ff.). Wo eine Sanierung Erfolg verspricht, muß diese auf eine Anpassung der Produktionsprogramme an die Marktanforderungen, auf eine Verringerung der Produktionstiefe und nicht zuletzt auf die Trennung von überzähligem Personal zielen. Der Abbau unrentabler Produktionsanlagen und Arbeitsplätze ist daher unvermeidlich. Als Hypothek jahrzehntelanger sozialistischer Mißwirtschaft lastet er schwer auf dem marktwirtschaftlichen Neubeginn. Und das ist nicht die einzige Last. Vierzig Jahre Sozialismus haben auch Denkweisen, Verhalten und Einstellungen hervorgebracht, die sich nun als Hemmschuhe für eine rasche Aufwärtsentwicklung erweisen.

297. Anders als die von den politischen Instanzen in der Bundesrepublik und in der DDR getroffene Entscheidung, die Währungsunion zeitgleich mit der Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft zu setzen — und damit die Währungsunion als Hebel für die notwendigen Wirtschaftsreformen in der DDR zu nutzen —, sah das vom Sachverständigenrat zur Diskussion gestellte Modell ein Vorgehen in Stufen vor (SG 90 Ziffer 46, Anhang IV; Brief an den Bundeskanzler vom 9. 2. 1990, Ziffer 2, Anhang V): Nach diesem Modell hätten sofort, umfassend und gleichzeitig einsetzende wirtschaftliche Reformen am Anfang gestanden, die von der DDR mit Unterstützung der Bundesrepublik in Gang zu setzen gewesen wären. Der Wechselkurs hätte sich an der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft orientiert und so die Funktion eines Stoßdämpfers bei der Öffnung der Märkte gehabt. Die Währungsunion hätte erst angestanden, wenn die Reformen gegriffen und die Anpassungsprozesse an die veränderten Wettbewerbsverhältnisse Fortschritte gemacht hätten; dabei hätte die Währungsunion keineswegs erst ganz am Ende des Integrationsprozesses stehen müssen. Leitend für dieses Modell war der Gedanke, die Betriebe und die Bürger in der DDR durch die Anpassungslasten nicht zu überfordern und die notwendigen Transferzahlungen an die DDR zu begrenzen, um sie für die Steuerzahler und die Wirtschaft in der Bundesrepublik leichter tragbar zu machen. Der Sachverständigenrat schrieb in seinem Brief an den Bundeskanzler (Ziffer 2): „Mit einer raschen Währungsunion werden Anpassungsprozesse in Gang gesetzt, die die Produktion und die Beschäftigung in der DDR beeinträchtigen können . . . Es fließt Kaufkraft aus der DDR-Wirtschaft ab. Die Unternehmen der DDR werden schlagartig einer internationalen Konkurrenz ausgeliefert, der sie gegenwärtig nicht gewachsen sind . . . Dies bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Einkommen und die Beschäftigung, . . . Abwanderungsbewegungen kommen wieder stärker in Gang."

In seinem Sondergutachten wie in seinem Brief an den Bundeskanzler ging der Sachverständigenrat davon aus, daß die Zweistaatlichkeit noch für einige Zeit fortbestehen werde. Das Drängen auf eine schnelle staatliche Vereinigung hat diese grundlegende Prämisse für seine Vorschläge bald darauf hinfällig gemacht. Zu den Aufgaben des Rates gehört es nicht, über politische Entscheidungen zu befinden; er hat sie als Datum zu nehmen. Da zur staatlichen Einheit eine einheitliche Währung gehört, ist die Währungsunion als Bestandteil der deutschen Vereinigung nicht zu kritisieren. Wohl aber hatte und hat der Rat die Pflicht, auf die volkswirtschaftlichen Kosten einer Währungsunion hinzuweisen, die nicht von bereits wirkenden Wirtschaftsreformen begleitet wird. Und zu diesen Kosten ist es, wie vorauszusehen war, gekommen.

Ob die gesamtwirtschaftlichen Kosten des gewählten Weges zur deutschen Einheit höher oder letzten Endes sogar niedriger als die eines zeitlich gestreckten Weges ausfallen werden, läßt sich nicht objektiv entscheiden. Durch die gleichzeitige Einführung der Währungsunion mit der Wirtschafts- und Sozialunion wurde die Entscheidung für die Marktwirtschaft in der DDR unumkehrbar, und durch die rasche staatliche Vereinigung wurde für eine sichere Rechtsordnung — die der Bundesrepublik — gesorgt. Das sind auch ökonomisch ins Gewicht fallende Vorteile. Wie sich im nachhinein gezeigt hat, kann man außerdem Zweifel hegen, ob der zeitlich gestreckte Weg begehbar, ob die politische Führung in der DDR also in der Lage gewesen wäre, selbst mit kräftiger westdeutscher Unterstützung die für eine zügige und umfassende Erneuerung der DDR-Wirtschaft erforderlichen Reformen auf den Weg zu bringen und durchzusetzen. Dabei läßt sich freilich schwer auseinanderrechnen, was Führungsschwäche und was Reflex von Erwartungshaltungen war, die keine Zeit für die Lösung der Reformaufgaben ließen. So hatte sich in der DDR, gefördert durch Äußerungen aus der Bundesrepublik, schon im Frühjahr die Überzeugung verfestigt, die baldige Einführung der D-Mark genüge, die wirtschaftliche Misere zu beheben. Dieser Illusion ist nicht mit Nachdruck begegnet worden. Um so deutlicher treten nun die unvermeidlichen Kosten der Anpassung ins Bewußtsein.

298. Der Rahmen für die Reformbemühungen in der ehemaligen DDR ist klar abgesteckt. Bereits mit dem Staatsvertrag zur Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurden große Teile des Rechts der Bundesrepublik von der DDR übernommen. Durch den Einigungsvertrag ist schließlich weithin einheitliches Recht gesetzt worden. In einem Kraftakt ohne Beispiel ist es den Verwaltungsfachleuten gelungen, einen marktwirtschaftlichen Rechtsrahmen für die Wirtschaft und auch die Grundlage für die Neugestaltung der Verwaltung in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die bisherige Rechtsunsicherheit ist damit in weiten Bereichen beseitigt, ebenso sind Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten geklärt. Das alles ist freilich nur der erste Schritt. Nun gilt es, die neue Ordnung mit Leben zu füllen, um die Neugestaltung der Wirtschaft und damit die Verbesserung der Lebensverhältnisse voranzubringen. Bislang scheint dies noch leichter gesagt als getan.

299. Mit der staatlichen Einigung ist die ehemalige DDR nicht nur Teil der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch Teil der Europäischen Gemeinschaft geworden. Das Zusammenwachsen der westdeutschen und der ostdeutschen Wirtschaft ist daher nicht nur unter innerdeutschem Blickwinkel zu sehen. Es

hat auch erhebliche Bedeutung für den gemeinsamen Binnenmarkt und darüber hinaus für die gesamteuropäische Entwicklung. Je rascher die ostdeutsche Wirtschaft Anschluß an die westdeutsche findet, desto mehr kann die Bundesrepublik im ganzen zur Mehrung des Wohlstands im europäischen Binnenmarkt beitragen und desto wirksamer kann sie im Verein mit den westeuropäischen Partnerländern den Reformprozeß in den osteuropäischen Ländern unterstützen. Die mit der Vereinigung gewachsene Verantwortung gebietet es, die europäische Integration nicht aus dem Blick zu verlieren. Die Bundesrepublik muß bei der weiteren Ausgestaltung der europäischen Institutionen und Regelwerke einen aktiven Part spielen.

Wettbewerbsschwäche der neuen Bundesländer

300. Unvorbereitet durch realwirtschaftliche Reformen steckt die Wirtschaft in den neuen Bundesländern Ende 1990 in großen Schwierigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten (Ziffern 86 ff.). Angesichts der beträchtlichen Diskrepanz zwischen Marktanforderungen und Leistungsvermögen kommt das nicht überraschend. Daß sich nach dem 1. Juli 1990 viele Unternehmen als nicht wettbewerbsfähig erweisen würden, war zu erwarten. Es bestand jedoch die weitverbreitete Hoffnung, daß es nach dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu einem raschen Anstieg der Investitionen und damit zur Schaffung einer zunehmenden Zahl neuer Arbeitsplätze als Ausgleich für den Wegfall unrentabler alter Arbeitsplätze kommen werde. Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt. Wie bei allen anderen zukunftsgerichteten Aktivitäten — Umschulung, Qualifizierung, Umstellung der Produktion — ist der mitreißende Schwung einer Aufbruchstimmung ausgeblieben. Eigeninitiative entfalten, Risiken eingehen und Verantwortung übernehmen will nach über vierzigjähriger Gewöhnung an sozialistisches Wirtschaften erst wieder gelernt sein. Eine neue Währung und neue Gesetze können über Nacht eingeführt werden, die marktwirtschaftliche Erneuerung der Betriebe und Verwaltungen hingegen braucht ebenso ihre Zeit wie das Umdenken der Menschen.

Abwartend haben sich bislang auch westliche Investoren verhalten. Die Gründe dafür sind zahlreich: In vielen Fällen sind die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden nach wie vor nicht geklärt, ebenso mögliche Altrechte an Betrieben, beides Investitionshemmnisse ersten Ranges; zu wenig war vorbereitet, zu wenig hat sich geregt, um den Abbau der gravierenden Infrastrukturmängel in Gang zu bringen; zu lange haben initiativlose und teilweise auch unwillige Verwaltungen das Aufkommen des Neuen erschwert; zu stark blieb bis heute der Einfluß der alten „Seilschaften" in Betrieben und Ämtern; hinzu kommt, daß kräftige Lohnsteigerungen und rasch noch vor der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vereinbarte Kündigungsschutzregelungen den ostdeutschen Standort auch von der Kostenseite her nicht attraktiver gemacht haben.

Um so mehr kommt es nun darauf an, die Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit der dort erzeugten Produkte zu verbessern. Im Rückstand ist dabei vor allem die große Mehrheit der ehemals volkseigenen Betriebe. Mit der Entflechtung der bisherigen Kombinate und der Umfirmierung in Kapitalgesellschaften ist es nicht getan. Die Verantwortung der staatlichen Treuhandanstalt für die Strukturanpassung der Wirtschaft und „die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen" (§ 2 Abs. 6 Treuhandgesetz) ist allumfassend. Sie gibt der Privatisierung nicht die Priorität, die ihr zukommt (Ziffern 514 ff.).

301. Welche Absatzschwierigkeiten die Unternehmen in den neuen Bundesländern haben, macht der beschleunigte Produktionsrückgang seit dem Sommer deutlich. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl ist groß. In der steigenden Anzahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter kommt die um sich greifende Unterbeschäftigung nicht einmal voll zum Ausdruck (Ziffern 96 ff.). Aller Voraussicht nach werden die schlechten Nachrichten das Bild der ostdeutschen Wirtschaft auch noch in den kommenden Monaten prägen. Bis sich anlaufende Produktionsumstellungen, Kooperationsvereinbarungen, Erschließung neuer Märkte sowie Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in einer Ausweitung von Produktion und Beschäftigung in der Breite der ostdeutschen Wirtschaft niederschlagen, wird einige Zeit vergehen.

302. Weil die Wettbewerbsschwäche vieler Alt-Betriebe vorerst noch fortbesteht und noch zu wenig Arbeitsplätze rentabel sind, wird nach aller Erfahrung verstärkt staatliche Hilfe begehrt werden. Nachgiebigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik ginge zu Lasten des Tempos der Erneuerung; denn Mittel, die für das Durchschleppen unrentabler Arbeitsplätze ausgegeben werden, fehlen für die Finanzierung öffentlicher Investitionen und anderer öffentlicher produktivitätsfördernder Maßnahmen, und ihre Aufbringung belastet den privaten Sektor entweder über Abgaben oder Zinsen, die damit höher sind, als sie es sonst sein könnten. Wichtiger noch: Wenn der Staat die Erhaltung unrentabler Produktion unterstützt, kann er kaum erwarten, daß sich Eigeninitiativen bald im erforderlichen Maße entfalten und Leistungsdenken an die Stelle von Versorgungsdenken tritt. Die Gefahr, daß Dauersubventionen an die ostdeutsche Wirtschaft daraus würden, wäre groß.

303. Es muß daher alles daran gesetzt werden, daß sich die eigenen Antriebskräfte in der ostdeutschen Wirtschaft rasch und in der Breite entfalten. Unternehmensleitungen, Arbeitnehmer, Sozialpartner und die Verwaltungen in den neuen Bundesländern müssen erkennen, daß der Boden für das Neue vor allem von ihnen selbst bereitet werden muß. Je mehr aus eigener Initiative geschieht, desto wirkungsvoller können die staatlichen Hilfen aus dem Westen des vereinten Deutschlands zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Gesundung beitragen, und desto kräftiger wird dann auch privates Kapital zufließen — aus Westdeutschland, aus den europäischen Partnerländern, aus der ganzen Welt.

Perspektiven

304. Wenn alles gut läuft, kann sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern schon

im Verlauf des Jahres 1991 zum Besseren wenden. Unsere Prognose geht von dieser Grundannahme aus (Ziffern 261 ff.). Es ist zweifellos eine optimistische Annahme, denn sie setzt darauf, daß die Modernisierung der Infrastruktur und der Produktionsanlagen zügig vorankommt, daß Qualität und Aufmachung der Produkte dem westlichen Standard zunehmend angepaßt werden und daß die Effizienz der Verwaltung, die bislang noch sehr im argen liegt, sich in raschen Schritten bessert.

Auch wenn es so kommt, wird die Wende auf dem Arbeitsmarkt erst nach der Wende bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion einsetzen (Ziffern 285 ff.). Zu viel gilt es gegenüber der internationalen Konkurrenz an Produktivität aufzuholen, als daß die Schaffung und Besetzung neuer Arbeitsplätze schon bald den unvermeidlichen weiteren Abbau unrentabler alter Arbeitsplätze aufwiegen könnte, die vierzig Jahre sozialistischer Mißwirtschaft in so großer Zahl hinterlassen haben.

305. Eine dominierende Rolle im Erneuerungsprozeß wird zunächst die Bauwirtschaft spielen. Die Bauproduktion dürfte im kommenden Jahr am schnellsten Fahrt gewinnen (Ziffern 270 ff.). Mit welchen Raten sie über 1991 hinaus steigt, wird entscheidend von den Rahmenbedingungen für das Investieren abhängen — im gewerblichen Bau von den Renditen, die unternehmerische Investitionen in die Sanierung vorhandener Produktionsanlagen und den Aufbau neuer versprechen, im Infrastrukturbereich von der künftigen Finanzausstattung der Länder und Kommunen sowie der Bereitschaft und Fähigkeit, privates Kapital für Infrastrukturinvestitionen zu mobilisieren, im Wohnungsbau nicht zuletzt von mutigen ordnungspolitischen Entscheidungen, zu denen an vorderster Stelle eine Mietenreform zählt.

306. In welche Strukturen die ostdeutsche Wirtschaft als Teil der gesamtdeutschen Wirtschaft letztendlich in den nächsten fünf, zehn Jahren hineinwachsen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht verläßlich sagen. Zu wenig klare Orientierungsmarken gibt es bislang, an die man sich bei einer mittelfristigen Vorausschau halten kann. Das gilt insbesondere für die Vorteile und Nachteile, mit denen die neuen Bundesländer in den innerdeutschen wie in den internationalen Standortwettbewerb gehen.

Zu den wichtigsten Standortbedingungen gehört dabei das Leistungsvermögen der Menschen. Hier könnte für die neuen Bundesländer ein ins Gewicht fallender Standortvorteil liegen, was freilich voraussetzt, daß das vorhandene Potential erst einmal zur vollen Entfaltung gebracht und die Leistungsmotivation gestärkt werden. Dazu sind noch beträchtliche Anstrengungen nötig. Anreize muß nicht zuletzt eine Lohnstruktur setzen, bei der es sich auszahlt, mehr und Besseres zu leisten (Ziffern 404 ff.).

Heute fallen mehr die aktuellen Standortnachteile ins Auge. Das sind die fortbestehenden Unsicherheiten über die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden als Folge ungeklärter Rechtsansprüche und teilweise chaotischer Grundbücher, das ist der schlechte Zustand der Infrastruktur, das sind die gravierenden Umweltschäden, die mangelnde Qualität der Wohnungsversorgung und das triste Bild der Städte — Mängel, die selbst bei großem Ressourceneinsatz nicht von heute auf morgen behoben werden können. Niedrigere Marktpreise wiegen das nur zum Teil auf. Was von daher an Standortnachteilen noch für eine Reihe von Jahren verbleibt, wird durch steuerliche und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen ausgeglichen werden müssen (Ziffern 544 ff.).

307. Als ein spezifischer Vorteil der Produzenten in den neuen Bundesländern wird häufig deren gute Kenntnis der Wirtschaft in den Ländern Osteuropas genannt, ein Vorteil, den sie für verstärkte Marktaktivitäten in diesen Ländern nutzen können, sobald die wirtschaftliche Entwicklung dort vorankommt. Was dieser spezifische Vorteil wert ist, muß sich jedoch erst noch erweisen. Bei den meisten standardisierten Produkten wurden früher die Geschäfte zwischen DDR-Betrieben und ihren Abnehmern im Ausland über die staatliche Außenhandelsorganisation abgewickelt, so daß es nicht zu einem unmittelbaren Kontakt der DDR-Produzenten mit ihren Auslandskunden kam. Außerdem muß bedacht werden, daß frühere Kundenverbindungen nach Osteuropa an Wert verlieren, wenn die dortigen Partner im Zuge der wirtschaftlichen Reformen ihre Produktion umstellen und sich ihre Lieferanten unter Wettbewerbsbedingungen nach gefordertem Preis und gebotener Leistung frei wählen können, wie das westliche Abnehmer seit eh und je gewohnt sind.

308. Auch vom Lohnniveau her sind die heutigen Standortbedingungen nicht mit den künftigen gleichzusetzen. Der Aufbau einer auf Niedriglöhne ausgerichteten Wirtschaftsstruktur im Osten der Bundesrepublik wäre in jedem Fall ein Fehler. Niedrige Löhne — niedrig im Vergleich zu Westdeutschland — wird es nur in einer Übergangszeit geben können, nicht auf Dauer, weil der Arbeitsmarkt im Osten mit dem im Westen zusammenwachsen wird. Damit werden sich die Löhne in Ost und West zunehmend angleichen. Unterschiede, die über solche hinausgehen, wie sie sich zwischen den einzelnen Regionen in Westdeutschland finden, wird es über kurz oder lang nicht mehr geben. Die Tarifparteien in den neuen Bundesländern sollten die im Marktmechanismus angelegte Tendenz zu einer Annäherung der Löhne an die im Westen jedoch nicht forcieren. Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur müssen differenzierte Tarifvereinbarungen vorbeugen (Ziffern 419 ff.).

Was günstige und was ungünstige Standortbedingungen sind, in welchem Umfang sich Investitionen in dieser oder jener Branche lohnen, wieviel Kapital wie rasch zufließt und woher es kommt — das alles ist auch vor dem Hintergrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der Europäischen Gemeinschaft zu sehen. Wie die alten Bundesländer sind die neuen damit in den verschärften Standortwettbewerb zwischen den Regionen Europas einbezogen, wie diese können sie aber auch Vorteil aus der damit einhergehenden intensiveren Arbeitsteilung ziehen. Die Möglichkeit auf Kapital und Wissen nicht nur aus dem westlichen Teil Deutschlands, sondern auch aus den europäischen Partnerländern zurückgreifen zu können, wenn Behörden und Tarifparteien das ihre dazu tun, noch bestehende Investitionshemmnisse abzubauen, erlaubt es der ostdeutschen Wirtschaft, ihre Produktionsanla-

gen und Produkte wesentlich schneller zu modernisieren, als wenn sie auf sich allein gestellt wäre. Je mehr sie auf diese Weise aufholt, desto mehr werden sich die beiden Wirtschaftsräume in Deutschland auf mittlere und längere Sicht in ihrer Entwicklung wechselseitig fördern.

309. Die Chancen, daß die deutsche Volkswirtschaft im ganzen in den neunziger Jahren einen vergleichsweise steilen Wachstumspfad einhalten kann, sind von den Marktgegebenheiten her günstig. Voraussetzung für die volle Nutzung dieser Chancen ist eine stabilitätsgerechte und wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, ergänzt durch eine subsidiäre Förderung des Neuaufbaus im Ostteil Deutschlands. Kommt Augenmaß der Tarifparteien hinzu, darf erwartet werden, daß sich für Investitionen in den neuen Bundesländern Renditeaussichten ergeben, die zu einem kräftigen Anstieg der Investitionstätigkeit führen. Die in der Aufholphase voraussichtlich hohe Produktivität des wachsenden Kapitalstocks wird ein Wachstumstempo ermöglichen, das deutlich über dem in den alten Bundesländern liegt. Über die neunziger Jahre gesehen könnte es gut doppelt so hoch sein wie das in den letzten Jahren in den alten Grenzen der Bundesrepublik erzielte.

Die in der Öffentlichkeit immer wieder gestellte Frage, wann denn die neuen Bundesländer mit ihrem Produktivitäts- und Einkommensniveau an das der alten Bundesländer heranreichen werden, ist damit nicht beantwortet; sie ist auch nicht sinnvoll. Die neuen Bundesländer, erst recht aber ihre einzelnen Regionen werden sich unterschiedlich schnell entwikkeln. Einige mögen schon in wenigen Jahren einen dem Bundesdurchschnitt ähnlichen Lebensstandard erreichen, andere werden dahinter zurückbleiben. Das ist im Grunde nicht anders als in den alten Bundesländern und insbesondere im Vergleich der einzelnen Regionen, zwischen denen seit Jahrzehnten beträchtliche Unterschiede im Produktivitätsniveau und in den Durchschnittseinkommen bestehen.

310. Welche Bevölkerungsbewegungen sich mit einer solchen insgesamt günstigen Wirtschaftsentwicklung verbinden werden, läßt sich nur der Tendenz nach grob abschätzen. Die für einige Zeit noch deutlich höhere Arbeitslosigkeit und auch die zunächst noch überwiegend geringere Entlohnung könnten dazu führen, daß die Abwanderung nach Westdeutschland — trotz der Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden — vorerst noch anhält. Das entlastet den Arbeitsmarkt im Osten von der Nachfrageseite her. Das entlastet auch den Arbeitsmarkt im Westen auf der Angebotsseite, vorausgesetzt freilich, daß sich hier die wirtschaftliche Expansion nicht abschwächt. Von einer Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes kann indessen nur so lange die Rede sein, wie die Abwanderung dort nicht zu einer qualitativen Erosion des Arbeitsmarktes führt oder ein Ausmaß erreicht, das den dortigen Wirtschaftsaufbau gefährden würde. Diese Sorge darf man nur kleinschreiben, wenn der Aufbau im Osten Deutschlands schnell angepackt wird. Dann, nur dann, werden sich optimistische Erwartungen durchsetzen und ein Klima entstehen lassen, in dem es den Menschen lohnend erscheint zu bleiben.

II. Ziele und Wirklichkeit

Der Befund

311. Die westdeutsche Wirtschaft, der gewichtigere Teil der deutschen Wirtschaft, präsentiert sich zu Beginn der neunziger Jahre in einer sehr guten Verfassung. Die Unternehmen haben ihre Anlagen in den letzten Jahren durchgreifend modernisiert. Ihre Ertragslage ist seit längerem gut bis ausgezeichnet, ihre Fähigkeit, in neue Anlagen, Verfahren und Produkte zu investieren und die damit verbundenen Risiken zu tragen, hat sich auch von der Eigenkapitalausstattung her merklich gebessert, die Zuversicht und das Vertrauen in die eigene Stärke sind gefestigt. Inflationäre Verspannungen blieben bis in dieses Jahr hinein weitgehend aus. Die Verteuerung des Öls hat bisher noch keinen sich selbst verstärkenden Geldentwertungsprozeß in Gang gesetzt, und Geldpolitik, Finanzpolitik und Lohnpolitik haben es noch in der Hand, die derzeitige Zunahme der Preissteigerungen im nächsten Jahr wieder abzufangen. Auch die noch vor wenigen Jahren verbreitete Sorge, daß das Angebot an Arbeitsplätzen hinter der Nachfrage zurückbleibe, ist nach dem bedeutenden Beschäftigungserfolg der letzten Jahre erkennbar geringer geworden.

312. Zum guten Befund gehörte bis in dieses Jahr hinein auch das wiedergewonnene Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen. Die jährliche Neuverschuldung wurde bis zum vergangenen Jahr stark zurückgeführt, und ihre absehbare Zunahme in diesem Jahr konnte man noch um die Jahreswende mit dem Steuerausfall im Zusammenhang mit der dritten Stufe der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform erklären. Das lawinenartige Anschwellen der Zahlungsverpflichtungen für Wirtschaft und Menschen in den neuen Bundesländern hat indessen zu großen Irritationen über das Ausmaß der Haushaltsdefizite und die sich damit verbindenden Belastungen geführt.

313. Das Sozialprodukt, Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung, hat in den letzten drei Jahren mit Raten von 3½ vH bis 4 vH zugenommen, so stark wie seit Ende der siebziger Jahre nicht mehr. Was zunächst nur vermutet werden konnte, hat sich mittlerweile bestätigt: Die westdeutsche Wirtschaft hatte vom Herbst 1987 an nicht nur einen verstärkten konjunkturellen Wind im Rücken, sondern sie hat, gefördert durch verbesserte Angebotsbedingungen, einen Wachstumspfad eingeschlagen, der steiler nach oben führt. Der konjunkturelle Auftrieb wird sich im kommenden Jahr aller Voraussicht nach etwas abschwächen. Das kann helfen, inflationäre Verspannungen klein zu halten, wenn auch die Wirtschaftspolitik und die Tarifpolitik das ihre dazu tun.

314. Zusammengefaßt ergibt sich für den gesamten deutschen Wirtschaftsraum mit Blick auf die Ziele, an denen der Sachverständigenrat seine Urteilsfindung auszurichten hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, der folgende Befund:

— Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland ist gekennzeichnet durch eine

bislang kraftvolle Expansion in den alten und einen starken Einbruch in den neuen Bundesländern. Der Aussicht auf einen anhaltenden Anstieg von Nachfrage und Produktion im Westen steht im Osten die einer möglichen Wende zum Besseren im Verlauf des kommenden Jahres gegenüber. Gemessen an der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, auf die es in mittelfristiger Sicht vor allem ankommt, ist die westdeutsche Wirtschaft dem Ziel eines stetig und angemessen zu nennenden Wachstum nahegekommen. Nun gilt es, das Erreichte abzusichern, denn die ostdeutsche Wirtschaft für sich genommen wird von diesem Ziel auch Ende 1991 noch weit entfernt sein.

— Der Arbeitsmarkt ist ebenfalls durch die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Landesteilen gekennzeichnet. In den alten Bundesländern hat sich der Beschäftigungsanstieg 1990 weiter beschleunigt, und der Abbau der Arbeitslosigkeit hat sichtbare Fortschritte gemacht. Die im Vergleich zu den siebziger Jahren immer noch hohe Arbeitslosenquote von 7 vH verdeckt, daß auf weiten Teilen des westdeutschen Arbeitsmarktes Mangel an geeigneten Arbeitskräften herrscht, weil zunehmend Kenntnisse und Fertigkeiten gefragt sind, die die Arbeitsuchenden in vielen Fällen nicht mitbringen. Das erschwert die Annäherung an das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes. Mit Blick auf das nächste Jahr kommt hinzu, daß der Arbeitskräftebedarf nicht im selben Umfang wie dieses Jahr steigen dürfte. In den neuen Bundesländern wird auch 1991 noch der Abbau überzähliger und nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze die Schaffung neuer überwiegen. Als Fehlentwicklung wäre das nur zu sehen, wenn der Neuaufbau nicht vorankäme; denn eine temporäre Abweichung vom Beschäftigungsziel beim Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung war unvermeidlich und ist es noch.

— Die Geldentwertung hat sich in jüngster Zeit verstärkt. Was an inländischen Preisauftriebstendenzen in den alten Bundesländern angelegt war, wurde in der ersten Jahreshälfte 1990 noch durch die Verbilligung von Einfuhrgütern überlagert. Mit dem Ölpreisschub hat sich das geändert, und für 1991 zeichnen sich über die einzelnen Wirtschaftsstufen hinweg vermehrt Preissteigerungen ab. In den neuen Bundesländern steht die Preisentwicklung noch ganz im Zeichen des Übergangs zu einer marktwirtschaftlichen Preisbildung. Zuvor hoch subventionierte Güter des täglichen Bedarfs haben sich stark verteuert, hoch besteuerte andere Güter zum Teil beträchtlich verbilligt. Im ganzen war das Verbraucherpreisniveau im Herbst nicht höher, sondern niedriger als vor Jahresfrist; für die Zukunft ist mit einer Angleichung der Entwicklung an die im Westen zu rechnen. Das Gesamturteil in Bezug auf das Stabilitätsziel fällt damit nicht mehr so günstig aus wie in den letzten Jahren, vor allem wenn man seine zunehmende Gefährdung im kommenden Jahr durch einen steigenden Kostendruck bei weitgehend ausgelasteten Produktionskapazitäten, jedenfalls in Westdeutschland, mit in den Blick nimmt.

— Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts muß seit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in neuem Licht gesehen werden. Was die alten Bundesländer den neuen an Ressourcen für die Sanierung und Modernisierung ihrer Wirtschaft, für die Befriedigung von Konsumwünschen und für soziale Leistungen zur Verfügung stellen, kann nicht gleichzeitig dem Ausland zur Verfügung gestellt werden. Der Rückgang des hohen Leistungsbilanzüberschusses in diesem Jahr und sein weiterer Abbau 1991 ist daher vornehmlich als Folge des Aufholbedarfs der ostdeutschen Wirtschaft zu sehen. Partnerländer, die über hohe Defizite im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der Bundesrepublik geklagt hatten, können aus der veränderten Situation eher Vorteile ziehen.

Das Ziel Umweltschutz

315. Nach dem Verständnis des Sachverständigenrates ist der Schutz der natürlichen Umwelt integraler Bestandteil des Wachstumszieles. Angemessenes wirtschaftliches Wachstum ist nicht nur an der quantitativen Ausweitung der Einkommen, der Produktion und der wirtschaftlichen Leistungskraft zu messen; dazu gehört auch die qualitative Verbesserung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen. Einer Wirtschaft, die mit der Ausweitung von Produktion und Konsum diese Grundlagen ruiniert, kann keinesfalls das Prädikat der Angemessenheit des Wachstums erteilt werden.

Ein wichtiger Indikator für die unter dem Ziel des angemessenen Wirtschaftswachstums wichtigen ökologischen Aspekte ist die Entwicklung der Schadstoffemissionen. In Westdeutschland hat es sich erwiesen, daß wirtschaftliches Wachstum nicht — wie es in der Öffentlichkeit hingestellt wird — zu einer fortschreitenden Umweltschädigung führen muß, sondern im Gegenteil verstärkte Anstrengungen zum Schutz der Umwelt ermöglicht. Wie der Umweltbericht 1990 ausweist, konnten die meisten Schadstoffemissionen in den beiden letzten Jahrzehnten deutlich zurückgeführt werden, obwohl das Sozialprodukt um rund 56 vH gewachsen ist. Nicht im erforderlichen Maße vorangekommen sind die Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid und die Lösung der verschiedenen Müll- und Entsorgungsprobleme. Damit sind Aufgabenschwerpunkte für die Umweltschutzpolitik im nationalen Bereich und auch für deutsche Initiativen auf der internationalen Ebene angesprochen.

Die Sicherung der natürlichen Umwelt läßt sich nur durch eine aktive Politik erreichen, die Anreize dafür schafft, daß die Unternehmen und Haushalte mit dem knappen Gut Umwelt sparsam umgehen. Was zum Schutz der Umwelt unternommen, was unterlassen wird, beruht auf Regelungen, deren Umsetzung in praktisches Handeln sich über Jahre erstreckt. Noch ist der Ausbau des Regelwerkes nicht abgeschlossen, der für eine effiziente, auch marktwirtschaftliche Lösungen einbeziehende Umweltschutzpolitik erforderlich ist (JG 89 Ziffern 278ff.).

Welche verheerenden Folgen es hat, wenn die Politik nur auf die mengenmäßige Ausweitung der Produk-

tion gerichtet ist und dabei die Belastbarkeit der natürlichen Umwelt, des Wassers, des Bodens und der Luft, nicht achtet, zeigen die großen Schäden im Gebiet der ehemaligen DDR. Beim Wiederaufbau der Wirtschaft dort muß die Beseitigung der ärgsten Altschäden und die Vermeidung neuer Schäden höchste Priorität haben. Sie hat vom Beginn an die Entscheidungen über das Was, Wie und Wo der Investitionen mitzubestimmen.

Risiken und Chancen

316. Wenn unsere Prognose für das kommende Jahr auch ein im ganzen zuversichtliches Bild zeichnet, so heißt das nicht, daß alles zum besten stünde. Die Risiken für eine Wirtschaftsentwicklung, die im Westen Deutschlands den Wachstumskurs der letzten drei Jahre hält und zunehmende inflationäre Spannungen vermeidet, sind heute größer als vor einem Jahr. Sie wiegen zudem schwerer, weil es von der Stärke der westdeutschen Wirtschaft hun mit abhängt, wie viel diese zum Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft tun kann. Zuversicht begründet, daß die Risiken nicht Wirklichkeit werden müssen, wenn alle sich ihrer bewußt sind und danach handeln.

317. Viel Schub von der Auslandsnachfrage wird die Konjunktur im kommenden Jahr nicht mehr erhalten. Die verhaltenere Expansion in wichtigen Partnerländern und die höhere Bewertung der D-Mark werden die Ausweitung der westdeutschen Exporte in noch engeren Grenzen halten, als es dieses Jahr schon der Fall war. Das Ausmaß der weiteren Aufwärtsentwicklung wird damit verstärkt von der Binnennachfrage bestimmt. Hier stehen möglichen dämpfenden Einflüssen, wie sie von einem Kaufkraftentzug durch eine anhaltende Ölverteuerung ausgehen können, die starken expansiven Impulse gegenüber, die sich aus der überaus kräftigen Steigerung der Staatsausgaben ergeben. Diese kommt unmittelbar zwar vornehmlich der ostdeutschen Wirtschaft zugute. Soweit daraus dort Nachfrage nach westdeutschen Konsumgütern und Investitionsgütern wird, schlägt sich diese dann aber als zusätzliche Beanspruchung der Produktionsmöglichkeiten in den alten Bundesländern nieder.

318. Die größeren Risiken dürften daher nicht in einem konjunkturellen Nachfragemangel liegen, sondern darin, daß die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Westdeutschland, selbst wenn sie sich etwas abschwächt, die Produktionsmöglichkeiten überfordert. Diese Risiken wären um so höher zu veranschlagen, je mehr Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik miteinander in Konflikt gerieten, weil dies über kurz oder lang zu Lasten der Investitionen ginge und damit zu Lasten des Ausbaus der Kapazitäten. Der Umfang, in dem sich inländische Produktionsengpässe durch Rückgriff auf ausländisches Angebot überspielen lassen, ist angesichts der Globalisierung der Märkte heute sicher größer als früher. Nicht alle Waren und Dienstleistungen lassen sich jedoch importieren. Wo sich Engpässe bislang nur in längeren Lieferfristen auswirken, könnten sie morgen leicht zu vermehrten Preisanhebungen führen, mit der Folge, daß daraus ein Klima entsteht, in dem sich Preise und Löhne wechselseitig treiben. Noch muß es dahin nicht kommen; denn noch haben es Finanzpolitik und Lohnpolitik in der Hand, den 1990 eingeschlagenen Kurs so zu korrigieren, daß sie nicht verstärkt in Kollision zu einer Geldpolitik geraten, die die Preiserhöhungsspielräume eng hält.

319. Unsicher bleibt, wie die weitere Ölpreisentwicklung verläuft und wie stark dies die Stabilität des Geldwerts gefährdet und den Fortgang des Aufschwungs belastet. Die Erfahrung mit den beiden Ölpreisschüben in den siebziger Jahren lehrt, daß es falsch wäre, den nachfragedämpfenden und preistreibenden Wirkungen einer nachhaltigen Verteuerung des Öls mit einer expansiven Finanzpolitik und einer Lohnpolitik begegnen zu wollen, die die Arbeitnehmer zu Lasten der Unternehmen für den Kaufkraftentzug durch die Ölförderländer schadlos zu halten versuchte. Statt mehr Wachstum und Beschäftigung wäre mehr Inflation die Folge. Den Schaden hätten alle.

Wie auch immer die derzeitigen Spannungen in der Golfregion behoben werden mögen, langfristig gesehen wird die Unsicherheit über das Ölangebot und seinen Preis dadurch nicht ausgeräumt werden. Mit der absehbaren weiteren Verlagerung der Weltölförderung in diese Region bleibt die Ölversorgung an deren politisches Schicksal gebunden. Von den erschlossenen Weltölvorräten entfallen nicht weniger als drei Fünftel auf die Golfregion. Selbst die optimistischsten Schätzungen über die Erschließung neuer Lagerstätten in politisch stabilen Gebieten der Welt lassen eine größere Versorgungssicherheit für die Zukunft kaum erwarten. Worum es geht, ist daher, die Ölabhängigkeit der Volkswirtschaft auf mittlere und längere Sicht nach Kräften weiter zu verringern.

III. Die stabilisierungspolitische Aufgabe

320. Galt es vor einem Jahr mit Blick auf die Stabilität des Geldwerts und die Sicherung einer anhaltend kräftigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung noch, den Anfängen inflatorischer Verspannungen zu wehren, steht die Stabilisierungspolitik heute vor der schwierigeren Aufgabe, den in Gang gekommenen Preisauftrieb erst einmal einzudämmen und ihn dann zurückzuführen. Schwieriger ist die Aufgabe, weil die Erfolgsvoraussetzungen ungünstiger sind — weil nicht sichtbar ist, wie die hohen und weiter anschwellenden finanziellen Hilfen für Wirtschaft und Menschen in den neuen Bundesländern in Einklang mit einem spannungsfreien Wirtschaftswachstum in den alten Bundesländern gebracht werden sollen, aber auch weil mit den Tarifabschlüssen 1990 ein Kurs eingeschlagen worden ist, der zum Nachfragesog Kostendruck hinzufügt. Erschwerend kommt die Belastung des Preisklimas durch die Ölverteuerung hinzu.

Noch hat sich die Erwartung einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs nicht so verfestigt, daß sich Konsumenten und Produzenten wie Investoren und Sparer in ihrem Planen und Verhalten bereits in hohem Maße davon leiten ließen. Noch ist also eine Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise möglich. Als Zwischenziel auf dem Weg dahin muß zunächst die

Verhinderung eines weiter zunehmenden Preisauftriebs gelten. Viel wäre schon erreicht, wenn das im nächsten Jahr gelänge. Das übernächste könnte dann die Rückkehr zu einem wieder stabileren Geldwert bringen.

321. Führung bei der Lösung der Stabilisierungsaufgabe muß die Geldpolitik geben. Sie muß unmißverständlich deutlich machen, daß sie stabilitätswidrigem Verhalten, sei es der Tarifparteien bei der Auseinandersetzung um die Einkommensverteilung, sei es des Staates bei der Mittelbeanspruchung im Zusammenhang mit der deutschen Einigung, keinen Raum gibt. Am augenfälligsten tut sie das, wenn sie vorab ein Ziel für die Ausweitung der Geldmenge ankündigt, das sich am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ausrichtet und Preissteigerungen nur insoweit Rechnung trägt, wie diese aufgrund von Vorbelastungen als unvermeidlich gelten müssen.

Daß die Bundesbank dabei seit dem 1. Juli dieses Jahres die Produktionsmöglichkeiten und das Geldnachfrageverhalten im Osten Deutschlands mit im Blick haben muß, macht die Bestimmung der angemessenen monetären Expansion derzeit zwar schwerer, aber doch nicht so viel schwerer, daß es deswegen gerechtfertigt wäre, von einer potentialorientierten Politik abzugehen (Ziffern 384 ff.).

322. Wie hoch der Preisanstieg ausfällt, wird nicht zuletzt von den kommenden Tarifvereinbarungen abhängen. Mit Lohnerhöhungen, die sich vom Produktivitätszuwachs deutlich gelöst haben, hat der Kostendruck in der westdeutschen Wirtschaft 1990 erstmals seit längerem wieder spürbar zugenommen. Setzt sich diese Entwicklung in der neuen Lohnrunde fort, sind verstärkte Konflikte mit der Geldpolitik unvermeidlich, zumal nicht davon ausgegangen werden kann, daß die Einfuhrpreise, wie noch in der ersten Hälfte dieses Jahres, für Entlastung sorgen. Die Erfahrung, daß solche Konflikte erst zu Einbußen bei der Kaufkraft und dann zu Einbußen bei der Beschäftigung führen, sollte helfen, zu einer Lohnpolitik mit Augenmaß zurückzufinden. Dazu gehört auch die Einsicht, daß nicht in die Lohnforderungen des kommenden Jahres aufgenommen werden darf, was die verstärkten Lohnsteigerungen dieses Jahres an zusätzlichem Preisauftrieb mit sich gebracht haben, und auch nicht, was an Verteuerung der Lebenshaltung auf höhere Ölpreise zurückgeht. Ausgleich kann allenfalls für Preissteigerungen reklamiert werden, die höhere Gewinne für die Unternehmen bedeuten, und das gilt nur für den kleineren Teil der Preissteigerungen dieses ebenso wie des nächsten Jahres.

Augenmaß ist auch von der Lohnpolitik in den neuen Bundesländern gefordert, dort freilich vor allem aus beschäftigungspolitischen Gründen. Lohnsteigerungen, die am Ziel orientiert wären, den erheblichen Einkommensrückstand zu den alten Bundesländern rasch abzubauen, würden die Leistungskraft der meisten ostdeutschen Unternehmen weit überfordern und deren Sanierung erschweren. Die Gefahr, daß auswärtige Investoren abgeschreckt würden, auf deren Engagement die ostdeutsche Wirtschaft dringend angewiesen ist, wäre zudem groß. Die Lohnsteigerungen am durchschnittlichen Produktivitätsniveau und dessen Anstieg auszurichten, wäre indes gleichermaßen verfehlt, weil dies die Gefahr von Abwanderungen in den Westen erhöhen würde. Grundlinie der Lohnpolitik im Ostteil Deutschlands sollte es daher sein, die Lohnsteigerungen entsprechend dem Leistungsgefälle von Branche zu Branche und von hochproduktiven neuen zu noch nicht modernisierten alten Betrieben zu differenzieren. Noch wichtiger ist es, die Lohnstruktur stärker zu spreizen und damit mehr individuelle Anreize für die berufliche Weiterbildung und für die Übernahme von Verantwortung zu setzen.

323. Die stabilisierungspolitische Aufgabe der Finanzpolitik im nächsten Jahr ist besonders schwierig. Mit Blick auf den hohen Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten wäre im Grunde dafür zu sorgen, daß der bereits 1990 zu hohe expansive Impuls, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht, zumindest nicht noch größer wird. Besser wäre es, ihn zurückzuführen. Dem stabilitätspolitisch Gebotenen in der Haushaltsgestaltung 1991 voll Rechnung zu tragen, muß jedoch angesichts der sprunghaft steigenden Finanzanforderungen für Hilfen an die neuen Bundesländer als weit außerhalb des Erreichbaren angesehen werden. Erreichbar — und um so dringlicher — erscheinen allein finanzpolitische Vorkehrungen, die die übermäßige Beanspruchung der Produktionskapazitäten durch staatliche oder staatlich geförderte Ausgaben 1991 begrenzen und in den Folgejahren Schritt für Schritt verringern.

Der Rückgang der außenwirtschaftlichen Überschüsse gibt keinen Anlaß, das anders zu sehen, zumal es nicht leicht ist auseinanderzuhalten, inwieweit darin Spielraum für stabilitätskonforme zusätzliche Binnennachfrage zum Ausdruck kommt und inwieweit sich darin zunehmende Produktionsengpässe im Inland spiegeln. Falsch wäre es auch, aus der hohen und noch zunehmenden Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern zu folgern, hiergegen müsse der Staat mit kräftiger Ausgabenexpansion ankämpfen. Die Unterbeschäftigung rührt nicht aus konjunktureller Nachfrageschwäche, sie ist vielmehr Folge der Wettbewerbsschwäche, die die sozialistische Planwirtschaft hinterlassen hat.

324. Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern und seine soziale Flankierung wird in den nächsten Jahren die öffentlichen Haushalte anhaltend stark belasten. Im Jahre 1991 werden Transferzahlungen aller Art, also Ausgaben mit konsumtivem Charakter, im Vordergrund stehen. In den Jahren danach werden investive Ausgaben — für die Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur ebenso wie für die Förderung privater Investitionen — zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wann der Kulminationspunkt der Haushaltsbelastungen erreicht sein wird, wann sich also die dank wachsender Wirtschaftskraft steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Fehlbeträge der Sozialversicherungen im Osten Deutschlands in einer Verringerung der Defizite im öffentlichen Gesamthaushalt niederschlagen werden, läßt sich heute noch nicht zuverlässig abschätzen.

Der Bundesminister der Finanzen beabsichtigt, der Bundesregierung vorzuschlagen, auf eine Begrenzung des Defizits im öffentlichen Gesamthaushalt von

140 Mrd DM oder 5 vH des Bruttosozialprodukts hinzuwirken. Im Jahre 1994 soll es, so das Ziel des Ministeriums, noch 3 vH des Sozialprodukts entsprechen. Das reicht nach unseren Vorstellungen nicht aus. Das Defizit sollte zu diesem Zeitpunkt höchstens noch 2½ vH betragen. Es dahin zu bringen, macht rigorose Einsparungen auf der Ausgabenseite nötig, und möglicherweise wird das allein nicht ausreichen.

325. Die Vorstellung, man könne die hohen Ausgaben für den Ostteil Deutschlands unbedenklich auf dem Kreditwege finanzieren, ist aus stabilisierungspolitischer Sicht gefährlich, und dies nicht nur, weil sie die damit einhergehende Überforderung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten außer acht läßt, sondern auch, weil sie negative Rückwirkungen von den Finanzmärkten und damit Beeinträchtigungen der Investitionstätigkeit befürchten läßt, von der das weitere Wachstum des Produktionspotentials entscheidend abhängt. Solche Befürchtungen herunterzuspielen und die Zinssteigerungen zu übersehen, zu denen es bereits zu einem Zeitpunkt kam, als das ganze Ausmaß der Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte noch nicht einmal sichtbar war, wäre jedenfalls leichtfertig.

- Die These, daß die Finanzierung der hohen Budgetdefizite kein Problem sei, weil es hohe deutsche Nettokapitalexporte gäbe, die für die Finanzierung mobilisiert werden könnten, geht am eigentlichen Problem vorbei. Zwar wird die stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat zu verringerten Kapitalexporten führen. Doch dieser Umschichtungsprozeß kommt nur über Zinssignale zustande. Die deutschen Zinssätze müssen im Vergleich zu denen im Ausland steigen, damit die Anleger für die Umstrukturierung ihres Kapitalangebots entsprechende Anreize haben. Nicht daß der staatliche Kreditbedarf quantitativ nicht zu decken wäre, ist das Problem, sondern daß er nur zu hohen und steigenden Zinsen gedeckt werden kann.
- Zutreffen mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt, daß die bisherigen Zinssteigerungen schon ausreichen, um im Vergleich zum Ausland Ertragsrelationen zu schaffen, bei denen die Umschichtung in Gang kommt. Daß es so bleibt, ist hingegen nur bei beherzten finanzpolitischen Weichenstellungen zu erwarten. Erforderlich sind bindende Beschlüsse über konkrete Maßnahmen zur Rückführung der Haushaltsdefizite. Nur wenn der Staat die Märkte überzeugt, daß er nicht vor den hohen Budgetdefiziten kapituliert, sondern daß er sie in zügigen Schritten zurückführen wird, können Zweifel an der Solidität der öffentlichen Finanzen zerstreut werden. Beispiele für Staaten, die ihre Budgetdefizite nicht in den Griff bekommen haben und deshalb einen Vertrauensverlust an den Finanzmärkten in Kauf nehmen und hohe Zinsen zahlen mußten, gibt es in der Welt genug. Um zu verhindern, daß auch Deutschland künftig zu diesen Ländern gehört, müssen die Anleger überdies die Kreditverwendung durch den Staat mit der Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Verbindung bringen können. Würde sich an den Märkten die Vorstellung festsetzen, daß mit den öffentlichen Krediten vornehmlich Löcher im Sozialhaushalt gestopft werden und Investitionen in die Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur im Osten Deutschlands zu kurz kommen, müßte sich dies gegen den Staat wenden. Beides muß geleistet werden — eine Rückführung der hohen Haushaltsdefizite und eine Umschichtung der Ausgaben zu jenen hin, die für ein anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum im Westen und ein rasches Aufholen im Osten Deutschlands vordringlich sind.

Nicht nur die Zinssätze, sondern auch die Wechselkurse sind ein Gradmesser dafür, wie die Märkte die weitere Entwicklung der öffentlichen Haushalte einschätzen. Mißtrauen gegenüber der Solidität der Staatsfinanzen würde sich in einem tendenziellen Abwertungsdruck oder einer verringerten Aufwertungstendenz für die D-Mark zeigen. Die Chancen, den Preisauftrieb zu begrenzen, würden sich damit verschlechtern, und die stabilisierungspolitische Aufgabe würde um so schwerer.

326. Dringend erforderlich ist ein finanzpolitisches Maßnahmenpaket, mit dem bereits 1991 die Weichen für die Finanzierung in den darauffolgenden Jahren gestellt werden (Ziffern 359 ff.). Wichtigstes Ziel muß die Begrenzung und mittelfristige Verringerung der Nettokreditaufnahme sein. Deren angestrebte Begrenzung auf 5 vH des Bruttosozialprodukts im Jahre 1991 mag man schon für ein ehrgeiziges Kurzfristziel nehmen. Wichtiger noch als das, was 1991 mit schnellen Maßnahmen zur Defizitbegrenzung erreicht werden kann, ist die durch weiterreichende finanzpolitische Beschlüsse begründete Perspektive für die danach kommenden Jahre. Das Maßnahmenpaket muß den stabilitätspolitischen Erfordernissen gerecht werden, ohne den wachstumspolitischen Erfordernissen zuwiderzulaufen; denn Entscheidungen, die zu Lasten von Leistungs- und Investitionsanreizen gingen, würden es nur schwerer machen, die Haushalte zu konsolidieren. Der Zwang zu sparen bietet die einmalige Chance, Tabus bei öffentlichen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zu brechen, Tabus, die dem Strukturwandel in der Bundesrepublik seit Jahren im Wege stehen. Die Suche nach neuen Finanzierungsquellen könnte überdies helfen, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Tätigkeiten, die nicht in staatlicher Hand bleiben müssen, rascher als bisher voranzubringen (Ziffern 374 ff.). Die Erhöhung bestehender oder die Einführung neuer Steuern und Abgaben stehen aus wachstumspolitischen Gründen im letzten Rang. Ausnahmen sind eine Erhöhung der Mineralölbesteuerung und die Einführung von Schadstoffabgaben, insbesondere eine CO_2-Abgabe, für die es gute energiepolitische und umweltpolitische Gründe gibt (Ziffer 335). Steuererhöhungen von vornherein aus dem Katalog der Maßnahmen ausschließen kann freilich nur eine Finanzpolitik, die gewillt und in der Lage ist, das Ausgabenwachstum so stark zu begrenzen, daß sich die Nettokreditaufnahme in einem engen Rahmen hält.

327. Den monetären Spielraum nach den Produktionsmöglichkeiten bemessen, weiteren Kostendruck vermeiden und einem Ausufern der Defizite in den öffentlichen Haushalten entgegenwirken — das sind die Beiträge, die die stabilisierungspolitische Aufgabenverteilung von der Geldpolitik, der Lohnpolitik

und der Finanzpolitik fordert. Je nachdrücklicher jeder Politikbereich seinen Part wahrnimmt und je besser die Bundesrepublik so im Urteil der internationalen Finanzmärkte dasteht, desto günstiger sind die Erfolgsaussichten für alle und desto geringer ist die Gefahr, daß Eindämmung und Rückführung des Geldwertschwunds über kurz oder lang mit Einbußen an Wachstum und Beschäftigung im Westen wie im Osten Deutschlands erkauft werden müssen.

IV. Die wachstumspolitische Aufgabe

328. Wachstumspolitisch stellen sich keine neuen Aufgaben. Die bisherigen stellen sich jedoch in neuem Licht, und mit der deutschen Vereinigung haben sie an Bedeutung gewonnen. An die Stelle der früher häufig zu hörenden Frage, ob ein weiteres Wachstum der Wirtschaft angesichts des erreichten Wohlstands und der sichtbar gewordenen Umweltschäden noch ein erstrebenswertes Ziel sei, ist bei vielen nun eher die Sorge getreten, das künftige Wirtschaftswachstum könne nicht ausreichen, um die Erwartungen an eine rasche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern und an anhaltende Wohlstandssteigerungen in den alten gleichzeitig zu erfüllen. Die vermehrten inflatorischen Spannungen zeigen zudem, daß es nicht an Nachfrage fehlt, sondern eher an hinreichenden Möglichkeiten, die Produktion unvermindert zu steigern. Die wachstumspolitische Aufgabe besteht darin, einer Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität Raum zu geben, die in ganz Deutschland zu den Wünschen der Menschen paßt, es besser zu haben, und zu ihrer Bereitschaft, sich dafür anzustrengen. Erfolgreiche Wachstumspolitik zeitigt bereits kurzfristig Auswirkungen, indem sie Produktionsengpässen entgegenwirkt.

329. Anders als in der ostdeutschen Wirtschaft, wo nicht Kapazitätsengpässe, sondern der schlechte Zustand des Produktionsapparates sowie Mängel in der Produktqualität und nicht selten auch unzureichende Marktkenntnis einer Ausweitung der Produktion im Wege stehen, ist unter kurzfristigem Aspekt in der westdeutschen Wirtschaft neben einem verminderten Ausbau der vorhandenen Produktionsanlagen vor allem deren möglichst intensive Nutzung gefordert. Soweit es dabei um weitere Fortschritte bei der Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit geht, sind damit vornehmlich die Tarifparteien angesprochen. Soweit es darum geht, der immer spürbarer werdenden Knappheit von Fachkräften zu begegnen, ist es nicht nur mit einer weiteren Aufstockung der Mittel getan, die die Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der beruflichen Qualifikation sowie für Umschulung und Weiterbildung einsetzt. Ebenso wichtig ist, alle organisatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich für die Mobilisierung von Qualifikationsreserven bieten (JG 89 Ziffer 272). Daß alle gravierenden arbeitsrechtlichen Hindernisse, die einer größeren Flexibilität am Arbeitsmarkt entgegenstehen, schon ausgeräumt seien, kann man auch nicht sagen.

330. Was die wachstumspolitische Aufgabe in mittelfristiger Sicht — und damit ihren Kern — betrifft, ist einmal mehr daran zu erinnern, daß es in einer kräftig wachsenden Wirtschaft leichter fällt, Verteilungskonflikte zu lösen, Ressourcen für den Umweltschutz abzuzweigen, die Basis der sozialen Sicherung zu festigen, mehr Hilfe für Entwicklungsländer zu leisten, nicht zuletzt, indem ihnen bisher verschlossene Märkte geöffnet werden.

Seit diesem Jahr kommt nun der große Aufholbedarf im Osten Deutschlands hinzu. Dort muß die Wachstumspolitik im Zentrum aller Anstrengungen stehen. Ein hoher Rang muß ihr aber auch im Westen zukommen; denn nur eine wachstumsstarke westdeutsche Wirtschaft kann den ökonomischen Teil der staatspolitischen Aufgabe lösen, also dafür sorgen, daß die Erneuerung der Wirtschaft und die Beseitigung der Schäden an der natürlichen Umwelt im Osten Deutschlands schnell vorankommen und beide Teile auch wirtschaftlich mehr und mehr zu einer Einheit werden.

331. Hier wie dort ist die Investitionstätigkeit die Schlüsselgröße. Der wachstumspolitischen Aufgabe wird die Wirtschaftspolitik am besten gerecht, wenn sie darauf bedacht ist, daß sich die Investitionsbedingungen im Westen Deutschlands nicht verschlechtern und daß sie sich im Osten rasch verbessern. Mit Blick auf die privaten Investitionen in der westdeutschen Wirtschaft heißt das vor allem zu vermeiden, daß die Erträge, mit denen Unternehmen rechnen können, wenn sie ihre Kapazitäten ausbauen und in neue Verfahren, Produkte und Märkte investieren, von den Kosten und den staatlichen Abgabeansprüchen her unter Druck geraten und die Zinsen nicht mehr hergeben, die an den Kapitalmärkten verlangt werden. In der ostdeutschen Wirtschaft gilt es vor allem, die Investitionshemmnisse abzubauen, die aus ungeklärten Eigentumsverhältnissen wie aus den vielfältigen Altlasten des früheren Wirtschaftssystems rühren (Ziffern 544 ff.). Wichtig und dringlich ist es auch, die staatliche Investitionsfähigkeit überall dort zu stärken, wo es darum geht, mit Verbesserungen der Infrastrukturausstattung die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Bei solchen Investitionen zu sparen, hieße daher am falschen Platz sparen, was nicht ausschließt, daß die Prioritäten in Ansehung der unterschiedlichen Dringlichkeit des Investitionsbedarfs im Osten und im Westen Deutschlands neu gesetzt werden. Zu achten ist dabei auch auf eine den jeweiligen Aufgaben angemessene Mittelverteilung zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen. Verbesserungsbedürftig ist in dieser Hinsicht nicht nur der Finanzausgleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern, sondern auch die Finanzausstattung der Kommunen (Ziffern 586 ff.).

332. Zu guten Investitionsbedingungen gehört nicht zuletzt deren Verläßlichkeit. Einmal beschlossene oder zumindest fest in Aussicht gestellte Maßnahmen sollten daher nicht ohne Not aufgegeben werden. Das gilt es auch in der Diskussion um die für 1992 angekündigte Reform der Unternehmensbesteuerung zu bedenken. Richtig ist sicher, daß die veränderte Haushaltslage Steuersenkungen schwerer macht. Richtig ist aber nach wie vor auch, daß die Steuerbelastung eine nicht geringe Rolle im internationalen Standortwettbewerb spielt und daß die Bundesrepublik in den neuen wie in den alten Grenzen diesbezüglich nicht gut gegenüber vielen anderen Ländern abschneidet.

Den stark gestiegenen und weiter zunehmenden Belastungen der öffentlichen Haushalte Rechnung tragen und gleichzeitig die bei den Unternehmen geweckten Erwartungen nicht enttäuschen, könnte heißen, den Reformplan bald verbindlich festschreiben, ihn aber erst zu einem Zeitpunkt in Kraft setzen, für den wieder geringere Haushaltsdefizite in Aussicht stehen (Ziffer 380).

333. Einbußen an möglichem und gewolltem Wirtschaftswachstum ergeben sich nicht nur, wenn nicht genügend Neues entsteht, sondern auch, wenn zu viel Überholtes erhalten bleibt, der wirtschaftliche Strukturwandel also zu langsam Fortschritte macht und Kapital wie Arbeitskräfte gesamtwirtschaftlich gesehen nicht so ertragreich, wie es möglich wäre, eingesetzt werden. Dem notwendigen Strukturwandel Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist in den neuen Bundesländern eine der wichtigsten Aufgaben. Als gelöst kann sie auch in den alten Bundesländern immer noch nicht gelten. Mehr Zielstrebigkeit beim Abbau von Erhaltungssubventionen und von staatlichen Regulierungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, ist weiterhin anzumahnen.

334. Ein Bereich, der besonders ins Gewicht fällt, wenn es um den effizienten Einsatz von Ressourcen geht, ist die Wohnungspolitik. Hier hat der Staat im Verlauf der achtziger Jahre zu einer vermehrt auf die Marktkräfte setzenden Grundlinie gefunden. Mietpreisregulierungen wurden gelockert, die Objektförderung weitgehend auf eine Subjektförderung durch Verbesserungen beim Wohngeld und den steuerlichen Regelungen umgestellt. Als ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf eine mehr durch die Marktkräfte als durch öffentliches Geld und staatliche Regulierung gesteuerte Bautätigkeit und Wohnungsnutzung ist der Abbau der Steuerbegünstigung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zu nennen. Durch die gleichzeitige Beseitigung von Beschränkungen, denen diese Unternehmen bei den Mietpreisen und bei der Gestaltung ihres Geschäftsbereichs unterworfen waren, gelten für sie nun wie für freie Wohnungsunternehmen die Wettbewerbsbedingungen des Marktes.

Mit der sprunghaft gestiegenen Anspannung auf dem westdeutschen Wohnungsmarkt ist eine neue Lage entstanden. Angesichts ihrer politischen Brisanz droht jetzt die Gefahr, daß die staatliche Wohnungspolitik wieder Zuflucht bei vermehrten Eingriffen sucht und auch den Bau von Wohnungen wieder verstärkt selbst in die Hand nimmt. Vergessen scheint die Erfahrung, wie ineffizient die frühere Wohnungspolitik sowohl bezüglich der Bereitstellung als auch der Nutzung von Wohnungen war. Vergessen scheint überdies die Erfahrung, daß Behinderungen einer marktgerechten Mietpreisbildung Versorgungsengpässe nicht beseitigen, sondern verstärken, weil sie falsche Signale für Investoren setzen. Aus diesem Grunde muß gerade auch in den neuen Bundesländern die Reform des Mietrechts obenan stehen (Ziffern 574 ff.).

335. Weit vorn auf der wachstumspolitischen Tagesordnung steht der Umweltschutz. Dabei wird es zunächst mit Vorrang darum gehen müssen, im Osten die laufenden Schadstoffemissionen zu senken und die in der Vergangenheit aufgebauten Altlasten abzutragen (Ziffern 579 ff.). Dies ist jedoch kein Grund, im Westen mit den ökologischen Anstrengungen nachzulassen. Nur in wenigen Fällen wird sich die Option stellen, Geld im Osten statt im Westen einzusetzen, weil man damit mehr Umweltschutz „kaufen" kann. Im Bereich der Abfallbeseitigung hat sich im Westen der Handlungsbedarf sogar verstärkt, weil der Müllexport nach dem Osten kein gangbarer Ausweg mehr ist.

Angesichts des hohen Defizits in den öffentlichen Haushalten sollte es möglich sein, die Kosten der Vermeidung von Umweltschäden noch konsequenter als bisher den Verursachern anzulasten. Aus doppeltem Grund paßt es daher ins Bild, die Zulagen und Steuererleichterungen für Umweltschutzinvestitionen, wie geplant, Ende dieses Jahres auslaufen zu lassen, zumal die Unternehmen vielfach Geld für Investitionen erhielten, die sie zur Erfüllung von Umweltschutzauflagen ohnehin vornehmen mußten.

Da mit steigenden Standards die Kosten der Emissionsvermeidung progressiv zunehmen, wird es auch immer dringlicher, das starre und administrativ aufwendige Ordnungsrecht durch Instrumente zu ergänzen, mit denen die ökologischen Ziele ökonomisch effizient erreicht werden, weil sie Anreize zu vermehrten Eigenanstrengungen für den Umweltschutz setzen. Möglichkeiten dafür bietet nicht zuletzt das Steuerrecht. Mit der Spreizung der Mineralölsteuer zugunsten von bleifreiem Benzin und der Kraftfahrzeugsteuer zugunsten von Personenkraftwagen mit Katalysator sind erste Schritte getan. Obwohl mit Umweltabgaben nicht in erster Linie Einnahmen für den Staat erzielt, sondern Anreize zur Emissionsminderung gesetzt werden sollen, ist es derzeit auch unter fiskalischem Aspekt sinnvoll, auf diesem Weg weiterzugehen. Dabei ist darauf zu achten, daß Bemessungsgrundlagen gewählt werden, die aus ökologischer Sicht für die Entscheidungen von Produzenten und Konsumenten die richtigen Signale setzen. So wäre eine auf den Verkehr beschränkte Zusatzabgabe, wie sie eine kräftige Anhebung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe darstellte, nur angezeigt, wenn man die volkswirtschaftlichen Kosten des Straßenverkehrs in den aktuellen Mineralölsteuersätzen nicht ausreichend berücksichtigt glaubt. Unter den Ökologen gilt jedoch die größte Sorge den Emissionen von Schadstoffen, insbesondere solcher, die für die allgemeine Klimaerwärmung verantwortlich gemacht werden, nämlich Kohlendioxid und Methan. Ökologisch wäre es nicht vertretbar, nur den Treibstoffverbrauch mit einer erhöhten Abgabe zu belegen. Möglicherweise ist die Einsparung einer Tonne Heizöl billiger als die einer Tonne Benzin. Bei einer zusätzlichen Besteuerung des gesamten Mineralölverbrauchs blieben indessen die Emissionen anderer Energieträger, wie von Kohle und Gas, außer Betracht. Das wäre allenfalls aus Gründen der Versorgungssicherheit vertretbar, da sich die meisten Erdölreserven in Krisengebieten befinden (Ziffer 319). Eine gleichmäßige Besteuerung aller Energieträger wiederum wäre nicht optimal, weil die Emissionsintensität der Energieträger unterschiedlich ist. Diesen Nachteil vermeidet die in die Diskussion gebrachte Besteuerung nach Maßgabe der Emissionen, beispielsweise nach dem Ausstoß von Kohlendioxid. Eine solche Steuer setzt nicht nur An-

reiz, Energie einzusparen, sondern auch Anreiz, emissionsreiche Energieträger, wie die Kohle, durch emissionsarme, wie Gas, zu ersetzen.

V. Die Aufgabe in den neuen Bundesländern — den Aufholprozeß breit in Gang setzen

336. Die wachstumspolitische Aufgabe ist in den neuen Bundesländern besonders dringlich; denn hier geht es für die nächsten Jahre darum, mit westdeutscher Hilfe, aber letztlich aus eigener Kraft, den Einkommens- und Wohlstandsrückstand gegenüber dem westlichen Teil abzubauen. Hierfür sind zunächst Voraussetzungen zu schaffen, die im Westen bereits gegeben sind: eine funktionsfähige Verwaltung, gesicherte Eigentumsrechte, eine Vielfalt von leistungsfähigen Unternehmen. Soweit Gestaltungsspielraum besteht, sollte überdies auf strukturverzerrende Interventionen und mobilitätshemmende Regelungen verzichtet werden, die im Westen wirtschaftliche Dynamik behindern. Um so größer sind die Chancen, daß durch die finanziellen Anreize, die vorübergehend zum Ausgleich der Standortnachteile gewährt werden, die Erneuerung beschleunigt wird.

337. Ein gravierender Engpaß ist derzeit das Fehlen von funktionsfähigen Verwaltungen bei den Ländern und insbesondere bei den Gemeinden. Dies ist nicht nur die Folge einer knappen Ausstattung mit Geld und geeigneten Personen. Nicht minder bedeutsam ist, daß sich die staatlichen Bediensteten in ein neues Selbstverständnis einüben müssen. Führten sie früher auf den unteren Ebenen Anweisungen von oben aus und hatten es mit ebenfalls untergeordneten Bürgern und Betrieben zu tun, so müssen sie heute im Rahmen der Gesetze und Verordnungen nach eigenem Ermessen selbständig Entscheidungen fällen und haben Bürger und Unternehmen als Partner, die über wirtschaftliche Entscheidungsautonomie verfügen. Zur Beschleunigung des Verwaltungsaufbaus und zur Abkürzung der Lernphase sind nicht nur finanzielle Ressourcen aus dem Westen erforderlich, sondern auch die Unterstützung durch westdeutsches Verwaltungspersonal.

338. Damit sich die Nachteile der ostdeutschen Regionen als Wohnorte für mobile Arbeitskräfte und als Standorte für Unternehmen rasch verringern, sind alsbald die Voraussetzungen für die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau des Wohnungsbestandes zu schaffen und sind auf breiter Front Maßnahmen zur Regeneration der durch Raubbau geschädigten Umwelt einzuleiten. Ein Zurückstecken ökologischer Ziele zugunsten von umweltbelastenden Produktionsstätten vermag selbst vorübergehend nicht Arbeitslosigkeit zu vermeiden, wenn dadurch ansiedlungswillige Unternehmen abgeschreckt werden.

Auch die Erneuerung der vernachlässigten Infrastruktur verbessert die Wohnortqualität und die Standortqualität. Sie ist überdies Vorbedingung für arbeitsplatzschaffende und produktivitätssteigernde private Investitionen. Im Fernstraßenbau hat der Bund, beim Aufbau eines leistungsfähigen Telefonnetzes die Bundespost und bei der Sanierung des Schienennetzes die Bundesbahn in Kooperation mit der Reichsbahn die finanziellen und materiellen Ressourcen bereitzustellen und notfalls die Prioritäten zu setzen. Für die Landstraßen und Gemeindestraßen, den öffentlichen Nahverkehr, die kommunale Versorgung und Entsorgung, Krankenhäuser und Schulen und für die Erschließung von Bauland und Gewerbeflächen sind jedoch die Länder und insbesondere die Gemeinden zuständig. Zur Entlastung der Verwaltungen bietet sich an, die Planung, Durchführung und Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen oder den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen auf erfahrene Unternehmen im privaten oder öffentlichen Besitz zu übertragen. Die Kommunen können sich dann darauf beschränken, die Rahmenplanung vorzugeben und die beauftragten Unternehmen zu überwachen.

339. Neben einer funktionierenden Verwaltung und einer hochwertigen Infrastruktur gehört zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft auch eine verläßliche Eigentumsordnung. Infrastrukturmaßnahmen des Staates und Investitionen der Privaten bleiben dort blockiert, wo das Eigentum an Grund und Boden nicht geklärt ist, der für die Bebauung, für die Errichtung von Produktionsanlagen oder für die Sicherung der Kredite benötigt wird. Es war angesichts der großen Bedeutung des Eigentums in einer marktwirtschaftlichen Ordnung unvermeidbar, daß die unrechtmäßigen Enteignungen der letzten 40 Jahre revidiert wurden. Die Phase der Unsicherheit und damit des Investitionsattentismus wird aber auch deshalb in die Länge gezogen, weil das frühere DDR-Regime die Grundbücher und andere Beweisunterlagen in einem desolaten Zustand hinterlassen hat. Vordringliche Aufgabe der Verwaltungen ist es deswegen, die Klärung der Rechtspositionen voranzutreiben. Insbesondere sind auch die Fälle zu identifizieren, in denen den früheren Eigentümern aus übergeordneten Gründen kein Anspruch auf Rückgabe, sondern nur auf Entschädigung zusteht.

340. Damit die Chancen der marktwirtschaftlichen Ordnung genutzt werden können, muß eine Vielfalt von Unternehmen existieren, die im Wettbewerb nach Absatzchancen und nach Möglichkeiten der Kostensenkung suchen. Obwohl die Wirtschaft der ehemaligen DDR unter den RGW-Ländern an der Spitze lag, wird kaum ein Betrieb gegen den Wettbewerb des Weltmarktes bestehen können, wenn er nicht das Produktsortiment bereinigt und verbessert, die Produktionsanlagen erneuert und Umfang sowie Struktur der Belegschaft anpaßt. Die Privatisierung ist die Vorstufe der Sanierung und Modernisierung der bisher volkseigenen Betriebe. Wo sich neue Eigner finden, bringen sie mit ihren Investitionen die Erneuerung der alten Produktionsstrukturen oder deren Ersetzung durch die Aufnahme neuer Produktionen voran. Dabei sollte inzwischen die Richtschnur klar sein: Kein noch so effektives Management kann in der Treuhandanstalt so viel Wissen und Arbeitskapazität zur Entwicklung und Durchführung von Sanierungsplänen ansammeln, wie in der Vielzahl der potentiellen Erwerber oder Kooperationspartner verfügbar ist.

Die Privatisierung ist aber auch die Vorbedingung für die Entwicklung von Wettbewerbsstrukturen, das heißt für den Aufbau einer ausgewogenen Struktur der Unternehmensgrößen. Überdies fördert das Zu-

sammenwirken von kleinen und mittelständischen Unternehmen auf der einen Seite und Großunternehmen auf der anderen Seite die Arbeitsteilung und damit die Produktivität des industriellen Sektors. Die angelaufenen Förderungsprogramme sind dem Grundsatz nach darauf angelegt, den notwendigen Wandel in der Unternehmensstruktur einschließlich der Existenzgründungen voranzubringen.

341. Die Treuhandanstalt hat nicht nur ehemals volkseigene Betriebe zu privatisieren, sondern muß auch solche Produktionsstätten stillegen, für die sich kein Kapitaleigner findet. Eine Fortführung durch den Staat stößt nicht nur deshalb auf Bedenken, weil dadurch der Wettbewerb mit privaten Anbietern gestört wird. Es wird vielmehr auch der Strukturwandel behindert, weil durch die Subventionen in strukturschwachen Branchen Arbeitskräfte gebunden werden, die — nach Umschulung — woanders ihr Einkommen über den Markt verdienen könnten, und weil Ressourcen, zum Beispiel Grundstücke, beansprucht werden, die für Neuansiedlungen fehlen.

Die schlechten Beispiele der sektoralen Strukturpolitik in Westdeutschland mahnen zu größter Zurückhaltung in den neuen Bundesländern. Abgesehen davon, daß in einer weltwirtschaftlich verflochtenen Volkswirtschaft und in einer Marktwirtschaft die staatliche Einflußnahme auf die Branchenstruktur ohnehin nicht mit guten Argumenten zu begründen ist, ist die ehemalige DDR hierfür zu klein und in sich zu inhomogen.

Der Beitritt der fünf Bundesländer macht auch die Neuorientierung der Agrarpolitik notwendig. So sind zwar die nach Pflanzenproduktion und Tierhaltung getrennten großen Produktionsgenossenschaften im Osten in der gegenwärtigen Organisationsform nicht überlebensfähig, doch sind sie darüber hinaus durch die auf den bäuerlichen Familienbetrieb ausgerichtete Agrarpolitik diskriminiert. Die Auswahl der Unternehmensformen sollte jedoch dem Markt überlassen werden. Überdies drohen durch die Eingliederung der ostdeutschen Landwirtschaft in die EG die durch die Marktordnungen verursachten Angebotsüberschüsse noch zuzunehmen.

342. Anders als die sektorale Strukturpolitik ist die regionale Strukturpolitik für die neuen Bundesländer unverzichtbar. Bliebe es allein der finanziellen Leistungskraft der Gebietskörperschaften und der anderen für den Infrastrukturausbau verantwortlichen Institutionen in den neuen Bundesländern überlassen, würde es viel zu lange dauern, bis leistungsfähige Verkehrswege, eine moderne Telekommunikation, eine quantitativ hinreichende und qualitativ gute Versorgung mit Energie und Wasser sowie eine geordnete Entsorgung zustande kämen. Der Rückstand in den infrastrukturellen Leistungen bliebe damit noch lange ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Erneuerung. Aber auch die marktwirtschaftlichen Antriebskräfte bedürfen in den neuen Bundesländern der Förderung. Solange die Standorte dort im Vergleich zum Westen viel mehr Nachteile als Vorteile aufweisen — nicht nur in der technischen Infrastruktur, sondern auch hinsichtlich des örtlichen und regionalen Wirtschaftsklimas, hinsichtlich des Wohnens und der Umwelt —, werden sich zu wenig Investoren von außen bereitfinden. Dies erschwert die Umstellung der Altbetriebe, den Aufbau neuer Produktionsstätten und die Gründung von selbständigen Existenzen.

Regionalpolitik in der Marktwirtschaft zielt darauf, die räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu korrigieren, ohne dabei in die Gütermärkte zu intervenieren. Problemräume sind insbesondere die deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete und die „altindustriellen" Gebiete, in denen eine umfangreiche Umstrukturierung der Wirtschaft erforderlich ist. Die Regionen in den neuen Bundesländern fallen nach den geltenden Kriterien entweder unter den einen oder den anderen Problemtyp.

Die regionale Strukturpolitik für die neuen Bundesländer muß dem Wachstumsziel die Priorität vor dem Ausgleichsziel einräumen. Der Auftrag des Grundgesetzes, die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu vereinheitlichen, darf nicht so interpretiert werden, daß die regionalen Hilfen nach Kriterien der Bedürftigkeit, als Transferzahlungen nämlich, vergeben werden müßten. Das würde die Hilfebedürftigkeit perpetuieren. Allein erfolgversprechend sind Hilfen, die das Wachstumspotential in den Gemeinden, Kreisen und Ländern schneller zur vollen Entfaltung bringen (JG 88 Ziffern 378ff.).

343. Der eine Schwerpunkt der Regionalpolitik ist die Verbesserung der Finanzausstattung der Gebietskörperschaften, soweit dies zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus notwendig ist. Bei der Ausgestaltung der notwendigen Zuweisungen ist zu beachten, daß die Verteilung der Aufgaben und Verantwortung nach dem Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt. Danach darf auf der nächsthöheren Ebene nur das in Verantwortung gegeben werden, was auf der unteren Ebene nicht geleistet werden kann oder aufgrund starker überregionaler Wirkungen nicht geleistet werden sollte.

Der andere Schwerpunkt ist die unmittelbare Förderung der privaten Wirtschaft. Dies darf nicht heißen, daß der Staat bestimmte Branchen oder Unternehmen gezielt fördert. Die Entscheidung, welche Produktionen und Standorte aufzugeben sind und was wo an neuen Produktionen aufgebaut werden soll, muß den in eigener Verantwortung handelnden Unternehmen übertragen werden. Regionalförderung bedeutet die vorübergehende Herstellung eines Rentabilitätsgefälles zugunsten der Problemregionen. Deshalb müssen im Prinzip alle Unternehmen der Region gleichmäßig gefördert werden. Von diesem Grundsatz gibt es allerdings eine Ausnahme. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Region hängt vor allem von den Unternehmen mit einem überregionalen Absatzmarkt ab, die also die Einbindung in die interregionale Arbeitsteilung fördern (sogenannte Exportbasisindustrien). Beispiele hierfür sind neben den industriellen Produktionen auch überregional nachgefragte Dienstleistungen, wie der Fremdenverkehr oder überregionale Forschungseinrichtungen.

344. Die Regionalpolitik muß nach der deutschen Vereinigung die Prioritäten der Regionalförderung und anderer regional wirksamer Subventionen für das Gesamtgebiet neu setzen. Das schließt die Fortgewährung einer Förderung der bisherigen Problemre-

gionen in Westdeutschland nicht von vornherein aus, sondern es stellt diese vielmehr auf den Prüfstand der umfassenden Neubewertung. Die Neubewertung ist ohnehin längst überfällig, weil die Regionalförderung in sich voller Widersprüche, ihre Effizienz auch von daher fragwürdig ist und weil sie mittlerweile über 40 vH der Fläche in Westdeutschland umfaßt.

Unbestreitbar ist die sehr hohe gesamtwirtschaftliche Priorität von regionalen Förderungsmaßnahmen — vorerst — für das Gesamtgebiet der neuen Bundesländer; denn deren Rückstand selbst gegenüber den bisherigen Fördergebieten in Westdeutschland ist nach allen Kriterien sehr hoch. Die flächendeckende Förderung muß aber zeitlich begrenzt bleiben, kann man doch darauf bauen, daß einige Regionen in den neuen Bundesländern schnell aufholen werden. Unbestreitbar ist auch, daß die durch die deutsche Teilung bedingten Fördermaßnahmen als solche schon deshalb nicht fortgewährt werden dürfen, weil sie das Fördergefälle der neuen Bundesländer gegenüber dem ehemaligen Zonenrandgebiet und Berlin (West) herabsetzen. In Berlin (West) besteht heute immer noch die mit Abstand höchste Förderintensität in Deutschland, die Förderintensität im früheren Zonenrandgebiet ist aber ebenfalls noch sehr hoch.

Die bisher beschlossenen Förderprogramme zugunsten der neuen Bundesländer sind stattlich. Es handelt sich bisher jedoch um additive Aktivitäten, nicht um das Ergebnis einer umfassenden Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik unter Einbeziehung der neuen Bundesländer.

345. Soweit Gestaltungsspielräume bestehen, sollte der Neubeginn dafür genutzt werden, auf Regulierungen zu verzichten, die inzwischen obsolet geworden sind und privates Angebot behindern oder die den Wettbewerb einschränken. Mit der Auflockerung des Monopols der Bundespost in der Telekommunikation ist ein erster Schritt getan. Dagegen wurde die Chance nicht genutzt, durch die Trennung von Stromerzeugung und Stromverteilung den Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft zu steigern. Dahinter stand die Sorge, daß eine solche Lösung die Modernisierung zunächst verzögern würde.

346. Für eine schnelle, gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist es von geradezu entscheidender Bedeutung, daß die Menschen ihre wirtschaftlichen Ansprüche nach dem bemessen, was sie durch eigene Leistung verdienen und was in der gemeinsamen Anstrengung aller als Ertrag erzielt wird. Anderenfalls, wenn sie ihre Ansprüche überziehen, bliebe die Wirtschaft in den neuen Bundesländern langfristig von den Transferzahlungen aus dem Westen abhängig, während dort gleichzeitig die Bereitschaft, in dieser Weise zu helfen, zurückgehen müßte. Die Angleichung an die westdeutschen Löhne wird sich von Region zu Region, von Branche zu Branche, von Betrieb zu Betrieb und von Beruf zu Beruf unterschiedlich schnell vollziehen.

Teil B
Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Finanzpolitik: Den Beitrag zur Herstellung der Wirtschaftseinheit leisten

347. Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik ist die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands vollendet. Zur Herstellung der deutschen Einheit gehört freilich mehr: Das, was staatsrechtlich zusammengefügt worden ist, soll nun auch kulturell und nicht zuletzt wirtschaftlich wieder zusammenwachsen. Der Wiederaufbau in den fünf neuen Ländern bedarf der Solidarität der westdeutschen Bevölkerung. Nach den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Ordnung muß er zwar in erster Linie von privater Initiative getragen werden; der Staat hat jedoch wichtige Voraussetzungen dafür zu schaffen, beispielsweise öffentliche Leistungen zu erbringen. Er muß überdies Härten, die mit der Umstellung für viele Menschen verbunden sind, sozial abfedern. Beides erfordert den Einsatz gewaltiger Mittel, die in den öffentlichen Haushalten bereitzustellen sind. Die Finanzpolitik muß dafür sorgen, daß diese Mittel effizient aufgebracht und verwendet werden.

Dazu ist es zunächst notwendig, sich eine Vorstellung von der Größenordnung der enormen Belastungen zu verschaffen, die auf mittlere Sicht auf die öffentlichen Haushalte zukommen werden (Ziffern 348 f.). Das ist schwierig, aber unerläßlich.

Auf dieser Basis ist dann zu entscheiden, was vor allem durch

- die Kreditaufnahme des Staates (Ziffern 350 ff.),
- die Einsparung und Umschichtung von Staatsausgaben (Ziffern 359 ff.),
- Maßnahmen der Privatisierung (Ziffern 374 ff.) oder
- Steuererhöhungen (Ziffern 377 ff.)

aufgebracht werden soll.

Jede der vier Finanzierungsformen bringt für die Bürger Belastungen in der Gegenwart oder Zukunft mit sich. Sie unterscheiden sich aber voneinander inso-

weit, als sie unterschiedliche Wirkungen auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung entfalten. Da sich hohe Belastungen um so leichter tragen lassen, je kräftiger das Einkommen zunimmt, sind solche Finanzierungsformen günstig zu beurteilen, die das Wirtschaftswachstum im Gesamtgebiet nicht oder nur geringfügig beeinträchtigen. Von der Finanzpolitik dürfen auch keine Gefährdungen der Preisniveaustabilität ausgehen, und zwar nicht nur, weil ein stabiler Geldwert eine wichtige Voraussetzung für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum bildet, sondern auch, weil sein Nutzen bei der Beurteilung des Für und Wider der Lösungsmöglichkeiten als eigenständiger Wert zu berücksichtigen ist.

Zum Wiederaufbau der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands muß der Staat vorrangig die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur beisteuern. Daneben hat er insbesondere den Gesundungsprozeß sozial zu flankieren und die administrativen Voraussetzungen für beides zu schaffen. Schließlich ist auch an die Förderung privater Investitionen zu denken. Das alles erfordert den Einsatz ungewöhnlich hoher Mittel. Hinsichtlich der Finanzierung dieser Aufgaben sollte über vier Grundsätze Konsens bestehen.

Erstens: Der zusätzliche Finanzierungsbedarf darf keineswegs allein durch Kredite gedeckt werden. Vielmehr ist die für das nächste Jahr absehbare Nettokreditaufnahme alsbald wieder zurückzuführen; denn der Staat muß durch rasche und verbindliche Beschlüsse glaubhaft machen, daß es ihm mit der Konsolidierung ernst ist. Das ist vor allem notwendig, um das Vertrauen der Anleger auf den Kapitalmärkten und den Devisenmärkten zu stabilisieren.

Zweitens: Wenn der Staat neuen Aufgaben Priorität zuweist, dann heißt dies nicht Vorrang gegenüber privater Einkommensverwendung, sondern gegenüber bisherigen Staatsaufgaben. Die zusätzlichen Ausgaben sollten daher, soweit sie nicht aus dem zusätzlichen Steueraufkommen gedeckt werden, in erster Linie durch Einsparungen bei den herkömmlichen Aufgaben, vor allem durch den Abbau von Subventionen, finanziert werden. Überdies sind die Möglichkeiten zu nutzen, staatliche Aufgaben effizienter, d. h. auch fiskalisch weniger teuer, wahrzunehmen.

Drittens: Um die öffentlichen Haushalte zu entlasten, sind die Möglichkeiten stärker auszuschöpfen, die die Privatisierung bietet. Dabei ist nicht allein an die Veräußerung von Finanzvermögen und Erwerbsvermögen des Staates zu denken; noch dringlicher ist es, bestimmte Funktionen, die bislang im allgemeinen der Staat ausübt, auf Unternehmen zu übertragen. Dadurch können nicht nur bestimmte Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern ohne eine Haushaltsbelastung finanziert werden, sondern auf diese Weise können zugleich administrative Schwächen durch die Gewinnung eines erfahrenen Managements überwunden werden; damit wird der Wiederaufbau im östlichen Teil Deutschlands beschleunigt.

Viertens: Erst wenn die Einsparungsmöglichkeiten mit Nachdruck angepackt sind und ausgeschöpft scheinen, ist an eine Erhöhung von Steuertarifen oder die Einführung neuer Steuern zu denken.

Die Finanzierungsaufgabe

348. Zu den Aufgaben des Staates beim Wiederaufbau der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands gehört es, dort ein rechtsstaatliches Regelwerk mit marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die Infrastruktur zu sanieren und auszubauen sowie das soziale Netz in Anlehnung an die in Westdeutschland schon bislang geltenden Regelungen aufzubauen. Der wirtschaftliche Neubeginn auf diesen Grundlagen muß der privaten Initiative überlassen bleiben. Das gilt prinzipiell auch für die Finanzierung von Investitionen der Unternehmen.

Die Finanzpolitik muß dabei — unbeschadet der Möglichkeiten, die eine Privatisierung bietet — vor allem die Mittel für die Investitionen in Straßen und Schienenwege, in die Informationssysteme der Telekommunikation und der Postdienste sowie nicht zuletzt in die kommunalen Versorgungssysteme für Wasser und Energie und die Entsorgungsanlagen für Abwasser und Abfall bereitstellen (Ziffern 544 ff.). Dazu sind schon für einzelne dieser Teilbereiche im Laufe des kommenden Jahrzehnts dreistellige Milliardenbeträge erforderlich. Daneben muß der Staat die Finanzierung der notwendigen Sozialleistungen sichern. Im dritten Rang steht die Förderung privater Investitionen mit öffentlichen Mitteln, die sich vorzugsweise auf die Anregung von Initiativen mittelständischer Unternehmen beschränken sollte (SG 90 Ziffer 58).

Der zügige Ausbau der Infrastruktur ist in den fünf neuen Ländern allerdings zur Zeit noch aus administrativen Gründen behindert. Solange der Staat dort nicht einmal die notwendigsten Beiträge zur Verbesserung der Standortbedingungen zu leisten vermag, kann der Rahmen für die Förderung privater Investitionen weiter abgesteckt werden, wie es bei der Gewährung von Investitionszulagen und im Rahmen der Regionalförderung gegenwärtig auch geschieht (Ziffern 551 ff.). Auf diese Weise können Unternehmen, die im Hinblick auf Standortdefizite vorerst noch nicht in den östlichen Bundesländern investieren wollen, möglicherweise dazu veranlaßt werden, die für später geplanten Investitionen vorzuziehen. In dem Maße, wie sich die Bedingungen für die öffentlichen Investitionen in den fünf Bundesländern verbessern, sollten die Mittel des Staates auf den Ausbau der Infrastruktur konzentriert werden. Sind deren größte Mängel behoben, erscheint eine generelle Investitionsförderung auch im Beitrittsgebiet nicht mehr angebracht: Private Investitionen müssen sich ohne staatliche Hilfen rechnen, wenn neue Fehlentwicklungen vermieden werden sollen; und der Staat darf seine Mittel nicht verzetteln, sonst fehlen sie ihm dort, wo er seine ureigenen Aufgaben zu erfüllen hat.

Es ist auch nicht angezeigt, in den neuen Ländern durch Tarifermäßigungen, etwa bei der Einkommensteuer, oder durch die Aussetzung der Erhebung von Abgaben — beispielsweise der Vermögensteuer oder der Gewerbe(kapital)steuer — eine „Steueroase" einzurichten (Ziffer 554). Gegen eine derart globale regionale Differenzierung sprechen steuersystematische Bedenken. Außerdem gibt es, insbesondere bei den personenbezogenen Abgaben, bei Steuerpflichtigen, die sich nicht nur im Beitrittsgebiet wirtschaftlich betätigen, mannigfaltige Zurechnungsschwierigkei-

ten und Abgrenzungsprobleme. Zwar ist eine Senkung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensbesteuerung geeignet, die von hohen Einkommensbelastungen ausgehenden Beeinträchtigungen der Leistungsbereitschaft abzubauen, zwar können eine solche Steuersenkung sowie insbesondere ein Abbau der Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer die Investitionen fördern (JG 89 Ziffern 330 ff.), doch sind diese Schritte eher für eine Finanzpolitik zu empfehlen, die das Steuersystem generell wachstumsfreundlicher gestalten will, als für regionalpolitische Maßnahmen. Wenn es gilt, regionale Standortmängel temporär zu kompensieren, eignen sich unmittelbar an den Investitionsvorgang anknüpfende Vergünstigungen, namentlich Investitionszulagen, besser, weil sie die Kapitalwerte erhöhen und damit den Investitionskalkül direkt beeinflussen. Die unmittelbar an den jeweiligen Investitionen ansetzenden Instrumente der Finanzpolitik vermitteln bei gegebener Haushaltsbelastung eine kräftigere Förderung als global wirkende Steuerentlastungen (JG 86 Ziffer 282). Die Einrichtung einer Niedrigsteuerregion ist also vergleichsweise teuer: Statt die begrenzten Mittel dafür zu verzetteln, sollten sie in die Verbesserung der desolaten Infrastruktur der östlichen Länder gesteckt werden; damit wäre der Wirtschaftsentwicklung dort mehr gedient.

349. Um die Größenordnung der Aufgaben abzugreifen, vor denen die Finanzpolitik in den nächsten Jahren stehen wird, skizzieren wir eine mögliche Entwicklung des Sozialprodukts und des gemeinsamen Haushalts der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Wegen der Unterschiede in der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung erfassen wir dabei — unbeschadet der bestehenden Wechselbeziehungen — den westlichen und den östlichen Teil Deutschlands getrennt. Der Bundeshaushalt wird fiktiv in einen westlichen und einen östlichen Teil zerlegt. Für das Jahr 1991 legen wir die Einschätzungen unserer Prognose zugrunde. Dabei unterstellen wir, daß ein Teil der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen durch „system-orientierte Lösungen" abgebaut werden wird.

Der Bundesminister der Finanzen wird der Bundesregierung bei der Festlegung der Eckwerte für die Haushaltsplanung 1991 vorschlagen, das Defizit im Bundeshaushalt auf 70 Mrd DM zu begrenzen und in Verhandlungen mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt 140 Mrd DM nicht überschreitet. In dieser Zielvorstellung ist unter anderem ein Sparbeitrag der westdeutschen Länder und der Gemeinden in Höhe von 10 Mrd DM enthalten. Selbst wenn es dem Bund gelingen sollte, bereits für 1991 eine Neuverteilung der Umsatzsteuer durchzusetzen — was angesichts der hohen aus der Wiedervereinigung resultierenden Belastungen, deren Umfang zur Zeit der Gründung des Fonds Deutsche Einheit noch nicht bekannt war, angemessen wäre und nach Artikel 104 Absatz 4 Grundgesetz auch verfassungsrechtlich geboten sein dürfte (Ziffer 373) —, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Länder und Gemeinden den Ausfall an Steuereinnahmen (zumindest für das Jahr 1991) im wesentlichen durch eine Erhöhung ihrer Nettokreditaufnahme kompensieren werden. Der Bund hat — wenigstens unter den obwaltenden Umständen — keine Möglichkeit, die Kreditaufnahme von westlichen und östlichen Ländern und Gemeinden zu beschränken. Wir gehen deshalb von einem Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts der Gebietskörperschaften von 150 Mrd DM für das Jahr 1991 aus.

Für den **Westen** nehmen wir für den Zeitraum von 1991 bis 1995 einen Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von 6 vH jährlich an. Die Steuereinnahmen werden in Anlehnung an die Steuerquoten geschätzt, die der Arbeitskreis Steuerschätzungen im Mai dieses Jahres ermittelt hat. Die sonstigen Einnahmen setzen wir mit 5,7 vH des Bruttosozialprodukts an. Die Kredite und Zinsausgaben des Fonds Deutsche Einheit werden aus der Vereinbarung übernommen, die Bund und Länder geschlossen haben.

Die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte werden mit 9 vH des jeweils vorjährigen Finanzierungsdefizits fortgeschrieben. Wegen des großen Unschärfebereichs unserer Rechnung lassen wir mögliche Zinsänderungen ebenso außer Betracht wie die Tatsache, daß nicht das ganze Finanzierungsdefizit durch Kredite finanziert wird, sondern beispielsweise durch Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn, und daß sich die Zinsbelastung auch durch die Ablösung von auslaufenden Schulden verändert.

Für alle übrigen Ausgaben des Staates unterstellen wir eine Zuwachsrate von 6 vH, und zwar nicht deshalb, weil wir eine solche Entwicklung über mehrere Jahre für wahrscheinlich halten, sondern weil wir mit diesem Modell veranschaulichen wollen, wie sich die Defizite entwickeln würden, wenn eine Konsolidierung unterbliebe. Die Ausgabenquote wird also nach dieser Annahme nicht reduziert. Genau genommen, stiege sie sogar leicht an, weil sich die Zinsausgaben und damit die Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte stärker als die sonstigen Ausgaben erhöhen.

Für den **östlichen** Teil Deutschlands nehmen wir an, daß dort das reale Sozialprodukt rascher als im alten Bundesgebiet steigt; wir nehmen an, daß die nominale Rate von 7 vH auf 9 vH steigen wird. Die Steuereinnahmen schätzen wir auf der Basis aller uns verfügbaren Informationen, wobei wir für 1992 einen sprunghaften Anstieg der Steuerquote annehmen, weil es bis dahin möglich sein sollte, die Effizienz der Finanzverwaltung spürbar zu verbessern. In den folgenden Jahren wird sich die Progressivität des Steuersystems in Ostdeutschland stärker auswirken als im Westen der Republik.

Die Zinsen sind nach demselben Prinzip ermittelt worden wie für die westdeutschen Ansätze. In den „sonstigen Ausgaben" sind neben den Leistungen von Ländern und Gemeinden im Beitrittsgebiet auch die Zahlungen des Bundes für diese Region enthalten, einschließlich der Zuschüsse für die Sozialversicherung(en). Für deren Entwicklung legen wir eine eigene Setzung zugrunde. Von diesem Sonderfall abgesehen, sind die „sonstigen Ausgaben" mit einer Rate von 9 vH fortgeschrieben worden.

Unter diesen Annahmen nimmt die Defizitquote, der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in Ost und West bezogen auf das Sozialprodukt Gesamtdeutschlands, nur leicht von 5½ vH im Jahre 1991 auf 5 vH im Jahre 1995 ab. Dagegen erhöht sich die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte im betrachteten Zeitraum von 8 vH auf 11 vH. Weitere Einzelheiten der beschriebenen Basisprojektion sind der Tabelle 51 zu entnehmen.

Tabelle 51

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1]) 1991 bis 1995: Basismodell

	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttosozialprodukt, nominal						
Westdeutschland	vH[2])	.	6	6	6	6
Ostdeutschland	vH[2])	.	7	8	9	9
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
Westdeutschland	vH[2])	.	6	6	6	6
Ostdeutschland	vH[2])	.	9	9	9	9
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	971	1 017	1 080	1 147	1 218
Defizitquote[3])	vH	5½	5	5	5	5
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	150	145	158	168	177
Zinslastquote[4])	vH	8	9	9½	10	11

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds Deutsche Einheit
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[3]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt
[4]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben.

Kreditfinanzierung: nur für Investitionen, begrenzt und zeitlich befristet tolerabel

350. Die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur im Gebiet der ehemaligen DDR gehören zu den vordringlichen Aufgaben, die im Laufe der nächsten Jahre angepackt werden müssen. Die Finanzierung der dazu notwendigen Investitionen durch die Kreditaufnahme des Staates läßt sich mit dem Gedanken rechtfertigen, daß man mit diesem Instrument versuchen kann, die Belastungen der Bürger aus öffentlichen Investitionen auf deren Nutzungsdauer zeitlich umzuverteilen. Zugleich werden die Bewohner im östlichen Teil Deutschlands in dem Maße an der Finanzierung beteiligt, in dem die Verbesserung der Infrastruktur ihre wohlstandsfördernde Wirkung entfaltet; denn die Schuldenaufnahme des Staates bedeutet im Prinzip den Tausch eines gegenwärtig niedrigeren Steuerniveaus gegen ein später höheres.

351. Eine durch die Investitionen gezogene Obergrenze für die Staatsverschuldung ist freilich nur wirksam, wenn ihr eine feste und enge Begriffsabgrenzung zugrunde liegt. Der Investitionsbegriff würde aufgeweicht, wenn man in ihn alle „Ausgaben für die Zukunft" einbezöge. Dann könnten auch Subventionen, Verteidigungsausgaben und Leistungen der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenunterstützung als zukunftswirksam und kreditfähig erklärt werden. Vielmehr ist der Rahmen für die Nettokreditaufnahme des Bundes nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Regelfall auf die investiven Ausgaben, das heißt, auf Sachinvestitionen sowie Investitionszuschüsse und Darlehen an Private im Sinne der investiven Ausgaben der Gruppierungspläne zu beschränken. Ökonomisch ist es sogar geboten, die Grenzen noch enger zu ziehen und Kredite nur für die Finanzierung der Nettoinvestitionen des Staates aufzunehmen.

352. Die Festlegung einer Obergrenze bedeutet allerdings nicht, daß ihre Ausschöpfung in jedem Fall unbedenklich ist. In der Regel finanzieren die Gebietskörperschaften die investiven Ausgaben nur zum Teil mit Krediten. Im Jahre 1989 machte beispielsweise die Kreditaufnahme nur 44 vH der öffentlichen Sachinvestitionen aus. Zu den Vorbehalten, die es angezeigt erscheinen lassen können, den Umfang der Kreditaufnahme des Staates stärker einzuschränken, als es der Vorstellung von der zeitlichen Umverteilung der Investitionsausgaben entspricht, gehören namentlich

- die besonderen Lasten, die sich aus dem ungünstigen Altersaufbau der deutschen Bevölkerung ergeben werden (Ziffer 353),
- die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren (Ziffer 354),
- die schädlichen Wirkungen der Staatsverschuldung auf das Wirtschaftswachstum (Ziffer 355) sowie
- die stabilitätspolitischen Probleme (Ziffer 356).

353. In unserem letzten Jahresgutachten haben wir dargelegt, daß ein Abbau der Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten notwendig ist, damit die Belastungen, die sich in den kommenden Jahrzehnten aus der ungünstigen Struktur des Altersaufbaus unserer Bevölkerung ergeben werden, tragbar bleiben. Die beträchtliche Senkung der Kreditfinanzierungsquote in den achtziger Jahren reicht noch nicht aus, um für die Probleme aus der Veränderung der Altersstruktur gerüstet zu sein (JG 88 Ziffer 361). Eine Fortsetzung des Konsolidierungskurses ist mithin geboten.

354. Unter dem Blickwinkel der Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte ist ebenfalls vor der Ausschöpfung der Obergrenze zu warnen. Eine exzessive Ausweitung der Staatsverschuldung erweitert die Finanzierungsspielräume nur für kurze Zeit, weil die zunehmenden Zinsausgaben die Freiräume der Haushaltspolitik alsbald wieder einengen. Für eine Weile könnte eine steigende Zinsbelastung noch durch zusätzliche Verschuldung finanziert werden, doch ge-

riete die Finanzpolitik dann in einen Teufelskreis, weil immer höhere Kredite beansprucht werden müßten, um die ansteigenden Zinslasten zu decken. Früher oder später wird die Haushaltskonsolidierung notwendig, und die in der Vergangenheit gescheuten Ausgabensenkungen oder Steuererhöhungen werden unumgänglich, und zwar in erheblich größerem Umfang, als es früher notwendig gewesen wäre.

355. Außerdem kann eine hohe Kreditaufnahme des Staates das Wirtschaftswachstum dämpfen. Seine Nachfrage auf dem Kapitalmarkt treibt tendenziell den Zins in die Höhe; die Kapitalkosten steigen. Dies würde die privaten Investitionen zu einem Zeitpunkt beeinträchtigen, in dem sie für den Wiederaufbau der Wirtschaft im Beitrittsgebiet besonders dringlich sind.

Man könnte erwidern, daß in einer offenen Wirtschaft für inländische Schuldner nicht nur das heimische Kapitalangebot, sondern auch ausländische Ersparnisse verfügbar sind und daß der inländische Kapitalmarktzins letztlich durch die internationalen Finanzmärkte bestimmt wird. Diese Argumentation ist indessen nur zutreffend, wenn sich bei den internationalen Anlegern die Bonitätseinschätzung deutscher Schuldner und die Erwartungen hinsichtlich der Wechselkursentwicklung nicht verändern. Dies ist jedoch unwahrscheinlich. Die Bonität eines Landes wird um so günstiger eingeschätzt, je größer das Vertrauen in die Solidität des größten Schuldners, das heißt des Staates, ist. Verschuldet sich ein Staat beträchtlich mehr als in der Vergangenheit, ohne daß er entsprechend mehr wachstumsfördernde Investitionsvorhaben vorweist, verliert er an Bonität, und die Gläubiger verlangen einen höheren Risikozuschlag in ihren Zinsforderungen. Der Zinsanstieg auf dem deutschen Kapitalmarkt in diesem Jahr hat nicht zuletzt hierin seine Ursache. Inzwischen muß der deutsche Fiskus höhere Zinsen zahlen als der amerikanische, obwohl in den Vereinigten Staaten die Geldentwertung höher ist als in Deutschland (Ziffer 325).

Die höheren Zinssätze führen zu zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte. Wenn sie das Wirtschaftswachstum dämpfen, hat das zudem Steuerausfälle zur Folge. Schließlich lösen steigende Zinssätze neue Subventionsforderungen aus: Sensible Wirtschaftsbereiche — wie etwa der Wohnungsbau — üben Druck auf die Politik aus, die größeren Zinsbelastungen durch (weitere) Finanzhilfen oder Steuersubventionen zu lindern. Damit kommt die Budgetpolitik bei einer überhöhten Nettokreditaufnahme von drei Seiten her in zusätzliche Schwierigkeiten.

356. Auch stabilitätspolitisch ist eine hohe Nettokreditaufnahme bedenklich, und zwar aus zwei Gründen:

- Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung besteht die Gefahr, daß der hohe konjunkturelle Impuls in Höhe von 96½ Mrd DM zu einer Überforderung des Potentials führt. Ein konjunktureller Impuls muß allerdings situationsbezogen in seinem jeweiligen Umfeld beurteilt werden (JG 85 Ziffer 254, JG 89 Ziffer 316). Soweit die Nachfrage zunehmend aus dem Import gedeckt wird, werden die inländischen Produktionskapazitäten durch den von den öffentlichen Haushalten ausgehenden Nachfragestoß nicht belastet. Die weiterhin starke Zunahme der Einfuhren, die wir für das kommende Jahr erwarten, wird dem konjunkturellen Impuls entgegenwirken. Dieser Effekt wird die preistreibenden Wirkungen des starken fiskalischen Impulses jedoch allenfalls abschwächen, nicht kompensieren können.
- Noch stärker ist das Risiko, daß das Vertrauen in die deutsche Währung unter der hohen Staatsverschuldung leidet und daß die Anleger nicht mehr auf einen stabilen Außenwert der D-Mark setzen. Sie würden dann in ihren Zinsforderungen der Möglichkeit wechselkursbedingter Währungsverluste Rechnung tragen. Die Gefahr eines Umkippens der Wechselkurserwartungen ist ohnehin schon deshalb gegeben, weil sich die Überschüsse in der Leistungsbilanz drastisch verringert haben. Dies legt eine Parallele zu der Entwicklung am Beginn der achtziger Jahre nahe. Würde die D-Mark wie damals unter Abwertungsdruck geraten, dann würde über die wechselkursbedingte Verteuerung von Importgütern der Preisauftrieb verstärkt. Zugleich würde bei steigenden Zinsen oder sinkenden D-Mark-Kursen eine Entwicklung eingeleitet, die die Budgetsituation des Staates zusätzlich erschwert.

357. Es sprechen also mehrere Gründe für eine deutliche und rasche Rückführung der Defizitquote:

- Die in der Modellrechnung angelegte Nettokreditaufnahme liegt weit über dem absehbaren Investitionsvolumen des Staates. Es reicht indessen nicht, lediglich die verfassungsrechtlich zulässige Obergrenze einzuhalten. Wie in der Vergangenheit sollte mittelfristig wieder angestrebt werden, daß nur ein Teil der investiven Ausgaben durch Kredite finanziert wird.
- Zur Begrenzung der Zinsbelastung sollte die Verschuldung in großen Schritten reduziert werden.
- Zur Stabilisierung des Vertrauens der Anleger auf den Kapitalmärkten und Devisenmärkten muß der Staat durch rasche und verbindliche Beschlüsse glaubhaft machen, daß es ihm mit der Konsolidierung ernst ist und daß Kredite vornehmlich für wachstumsfördernde Infrastrukturmaßnahmen aufgenommen werden.
- Aus stabilitätspolitischen Erwägungen ist die Kreditaufnahme ebenfalls zu begrenzen und rasch wieder zurückzuführen.
- Wenn es schon wegen der ungewöhnlichen Haushaltsbelastungen, die sich aus der Wiederherstellung der deutschen Einheit ergeben, notwendig ist, die Nettokreditaufnahme stärker auszuweiten, als es wegen der Steuerreform 1990 ohnehin geplant war, muß die Haushaltskonsolidierung mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung bald wieder eingeleitet werden.

358. Bei der Abschätzung des tolerablen Umfangs der Kreditfinanzierung lassen wir uns von dem Gedanken leiten, daß die Gebietskörperschaften wegen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2000 die Neuverschuldung vollständig abgebaut haben sollten.

Bei diesen Überlegungen darf man nicht aus den Augen lassen, daß sich unsere Projektionen auf Setzungen gründen. Insbesondere unsere Annahmen über die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands sind mit großen Risiken belastet. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Dinge günstiger gestalten; dann sollten die dadurch gewonnenen Freiräume genutzt werden, die Nettokreditaufnahme rascher zurückzuführen.

Die Finanzpolitik muß sich aber vor allem darauf einstellen, daß es schlimmer kommt, namentlich darauf, daß die Haushaltsbelastungen durch unvorhergesehene Ereignisse größer werden. Insbesondere läßt sich noch nicht übersehen, ob die von der Treuhandanstalt aufgenommenen Kredite aus den Privatisierungserlösen gedeckt werden können und welche Belastungen sich aus der Abwicklung des Schuldenfonds ergeben werden. Deshalb ist durchaus damit zu rechnen, daß größere Konsolidierungsanstrengungen notwendig werden, als es unseren bisherigen Überlegungen und den tabellarischen Darstellungen entspricht.

Aus diesem Grunde halten wir es für angezeigt, daß die Finanzpolitik bei den Haushaltsplanungen für 1991 und danach einen Sicherheitsspielraum einkalkuliert und für 1995 einen Abbau der Kreditfinanzierungsquote auf 1,5 vH bis höchstens 2 vH des Bruttosozialprodukts anvisiert. Wie hoch die Konsolidierungsbeiträge bei diesem Etappenziel nach unserer Basisprojektion insgesamt sein müssen, läßt sich nicht ohne eine Vorstellung über ihre Verteilung auf die einzelnen Jahre ermitteln; denn von dieser zeitlichen Verteilung hängt die Höhe der Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte ab. Diese Lasten fallen um so kleiner aus, je rascher die Konsolidierungsschritte erfolgen.

Ausgabenumschichtungen und Abbau von Steuervergünstigungen: Neue Prioritäten für die Finanzpolitik

359. Die Notwendigkeit, die Nettokreditaufnahme schrittweise zurückzuführen, zwingt Bund, Länder und Gemeinden, die Mehrausgaben, die durch die Wiedervereinigung notwendig geworden sind, durch Abbau herkömmlicher Ausgaben oder durch eine Beschränkung des Ausgabenzuwachses zu ermöglichen. Der in den Jahren 1990/91 unterbrochene Konsolidierungskurs muß also wieder aufgenommen werden; die Ausgaben können nicht in dem Ausmaß expandieren wie das Sozialprodukt zunimmt. Nimmt man an, daß die aus dem Referenzmodell abgeleitete Nettokreditaufnahme allein über die Ausgabenseite reduziert werden soll, müßte die Zuwachsrate der Staatsausgaben um mehr als zwei Prozentpunkte unter der des Bruttosozialprodukts liegen. Unter den Annahmen der Basisprojektion dürften die Ausgaben nach 1991 in Westdeutschland nur um etwa 3½ vH statt um 6 vH pro Jahr erhöht werden.

Auch in den neuen Bundesländern gibt es Einsparungsmöglichkeiten, etwa durch den Abbau des Personalüberhangs in den zentralen öffentlichen Verwaltungen, die nach wie vor größer als im Westen dimensioniert sind, und durch die Kürzung der verschiedenen Verbrauchersubventionen.

360. Die Erfahrungen nach 1967, 1975 und 1982 zeigen, daß die Finanzminister und Stadtkämmerer unter dem Druck der leeren Kassen Einsparungen durchzusetzen pflegen. Damals waren die Defizite zwar konjunkturbedingt ausgeufert, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die jetzt anders verursachten finanziellen Engpässe zu ähnlichen Reaktionen führen werden.

Gleichwohl ist es erforderlich, die Konsolidierung planmäßig vorzubereiten und anzukündigen. Zum einen ist auf die Automatik kein Verlaß, und die Finanzmärkte benötigen möglichst bald Signale für finanzpolitische Solidität. Zum anderen ist Konsolidierung nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Aufgabe. Es soll an den richtigen Stellen gespart werden. Deshalb kann es nicht — oder allenfalls kurzfristig — darum gehen, das Haushaltsvolumen durch den Ansatz von globalen Minderausgaben zu kürzen, wie es in früheren Jahren oft geschehen ist; denn die meisten Staatsausgaben erfüllen wichtige Funktionen. Mit ihnen werden unter anderem die Bereitstellung öffentlicher Güter und notwendige Maßnahmen der Umverteilung finanziert. Manche Aktivitäten des Staates haben zudem wachstumspolitische Bedeutung; Infrastrukturinvestitionen sind oft eine notwendige Voraussetzung für das investive Engagement der Unternehmen.

Es geht vielmehr darum, den Haushalt auf solche Positionen zu durchforsten, die weniger dringlich oder gar obsolet geworden sind. Das sollte eigentlich in jedem Jahr geschehen. Erfahrungsgemäß werden aber in vielen Fällen einmal bewilligte Ausgaben später von Jahr zu Jahr fortgeschrieben. Das hat vielfältige Gründe. In den besonders gravierenden Fällen ist es meistens entscheidend, daß die Interessenvertreter der von den Staatsausgaben Begünstigten den errungenen Besitzstand mit der Androhung verteidigen, bei der nächsten Wahl die Konsequenzen zu ziehen. Deshalb erfordert es oft politischen Mut, den sachlich gebotenen, aber unpopulären Abbau von überholten Vergünstigungen einzuleiten.

361. Dieser Mut fehlt insbesondere bei der Durchforstung und der Streichung oder Kürzung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, mit denen einzelne Wirtschaftszweige oder Regionen zu Lasten aller Steuerzahler begünstigt werden. Nach den Erhebungen der EG-Kommission sind die sektoralen und regionalspezifischen Beihilfen je Beschäftigten seit dem Zeitraum 1981 bis 1986 in der Bundesrepublik gestiegen, während sie in den Partnerländern gesunken oder stabil geblieben sind; sie waren im Zeitraum 1986 bis 1988 bereits höher als im EG-Durchschnitt. In der umfassenden Abgrenzung der Subventionen, auf die sich die Wirtschaftsforschungsinstitute für die Zwecke der Strukturberichterstattung geeinigt haben, betrugen die sektorspezifischen und regionalspezifischen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nach Angaben des Ifo-Instituts zuletzt (1987) über 120 Mrd DM.

362. Für manche Subventionen gibt es sicherlich triftige Gründe. Viele Subventionen waren jedoch schon im Zeitpunkt ihrer Einführung nicht gut begründet

oder sind inzwischen obsolet geworden. Ein großer Teil von den dem Zweck nach begründeten Subventionen ist falsch ausgestaltet, weil sie die Lenkungs- und Anreizfunktion der Preise ausschalten oder verfälschen und damit den Strukturwandel hemmen oder in die falsche Richtung lenken.

Seit langem sind sich die Ökonomen einig und haben dies auch empirisch untermauert, daß durch die deutsche Subventionspraxis im ganzen gesehen mehr Realeinkommen und Arbeitsplätze in den nicht begünstigten Produktionen verloren gehen als in den geschützten Unternehmen erhalten werden. Es fehlt auch nicht an detaillierten Vorschlägen, welche Subventionen sofort, welche schrittweise abgebaut werden können und welche Subventionen umzugestalten sind. Auch der Sachverständigenrat hat sich im letzten Jahrzehnt in jedem Jahresgutachten dem Subventionsthema gewidmet. Er hat es nicht bei allgemeinen Bemerkungen bewenden lassen, sondern an den konkreten Beispielen

- der Landwirtschaft (JG '80 Ziffern 617 ff., JG 83 Ziffern 584 ff., JG 84 Ziffern 428 ff. und JG 86 Ziffern 342 ff.),
- des Steinkohlenbergbaus (JG 82 Ziffern 265 ff., JG 83 Ziffern 535 ff., JG 86 Ziffern 329 ff. und JG 89 Ziffern 325 f.),
- der Stahlindustrie (JG 82 Ziffern 271 ff., JG 83 Ziffern 515 ff. und JG 85 Ziffern 350 ff.),
- des Airbus (JG 88 Ziffern 415 ff.),
- der Bundesbahn (JG 80 Ziffern 350 ff.),
- der Wohnungswirtschaft (JG 80 Ziffern 341 ff., SG 82 Ziffern 81 ff., JG 83 Ziffern 567 ff. und JG 89 Ziffern 376 ff.) und
- der Regionalförderung (JG 84 Ziffern 410 ff. und JG 88 Ziffern 267 ff.)

behandelt. Er hat sich dabei mit dem Zweck und der Ausgestaltung der Subventionen sowie mit den Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft, auf die begünstigten Sektoren und auf die nicht begünstigten konkurrierenden Produktionen befaßt.

363. Mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes ist der Subventionsabbau noch dringlicher geworden; denn in einem gemeinsamen Markt darf es aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit keine Ungleichbehandlung von Unternehmen durch nationale Subventionen geben. Die EG-Kommission ist auch im Rahmen der Beihilfeaufsicht in zunehmendem Maße dazu übergegangen, nationale Subventionen zu beanstanden (JG 89 Ziffer 326). Aber auch für die Integration des Handels mit außereuropäischen Handelspartnern erweisen sich die nationalen Subventionen als Hemmschuh. So drohen die Verhandlungen über die Revision des GATT in der Uruguay-Runde unter anderem deshalb zu scheitern, weil sich die Europäischen Gemeinschaften — nicht zuletzt auf deutsches Betreiben — nach wie vor weigern, die Agrarhilfen in einem angemessenen Umfange abzubauen (Ziffern 478 ff.).

Der Gesichtspunkt der Wettbewerbsgleichheit ist nach der Vereinigung in noch stärkerem Maße im Verhältnis zwischen den alten und neuen Bundesländern zu beachten. Man kann schlechterdings die Subventionen, die man der Landwirtschaft oder dem Schiffbau in Westdeutschland zubilligt, nicht den ostdeutschen Landwirten oder Werften vorenthalten. Läßt man alle Gründe, die bisher im Bundesgebiet die Einführung oder Aufrechterhaltung von Subventionen ermöglicht haben, auch für die neuen Bundesländer gelten, dann würde dort das Subventionsvolumen angesichts der Strukturprobleme erheblich größer als im alten Bundesgebiet sein müssen. Damit liefe man aber Gefahr, daß sich Strukturen bilden, die auf Dauer ohne Subventionen nicht wettbewerbsfähig sind.

364. Subventionen sind nicht nur wegen der nachteiligen Folgen für Produktivität und Beschäftigung zu reduzieren oder umzugestalten, sondern auch deshalb, weil sie den Spielraum für dringlichere Staatsaufgaben beschneiden. Angesichts des beträchtlichen Finanzbedarfs für den Aufbau und die Modernisierung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern sollte die Bundesregierung massive Subventionskürzungen zu einem Schwerpunkt ihrer Finanzpolitik machen. Die Chance, daß sich Interessenkoalitionen gegen die Verteidiger von Besitzständen formieren, erscheint heute günstiger denn je, zumal wenn die Bundesregierung klar macht, daß ein Verzicht auf Subventionskürzungen früher oder später Steuererhöhungen für alle zur Folge haben muß.

Man darf allerdings nicht davon ausgehen, daß der Subventionsabbau sofort in vollem Umfang zu Haushaltsentlastungen führt. Kurzfristig können bei einem Subventionsabbau an anderer Stelle Mehrausgaben anfallen. Werden beispielsweise in einem Sektor Subventionen abgebaut, kann dort unmittelbar Arbeitslosigkeit entstehen und so zusätzliche Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) erfordern. Dies ist jedoch kein Grund, den Subventionsabbau zu verzögern. Das entscheidende ist, daß der Subventionsabbau die Wachstumskräfte stärkt. Eine dann insgesamt dynamischere Wirtschaftsentwicklung bringt dem Staat Mehreinnahmen und baut die zunächst entstandenen Mehrausgaben ab. Dadurch werden die öffentlichen Haushalte am Ende viel stärker entlastet, als es dem ursprünglichen Subventionsabbau entspricht.

365. Ein großes Potential für einen raschen Subventionsabbau bilden die teilungsbedingten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Die Vereinigung Deutschlands hat in den ehemaligen Zonenrandgebieten und in Berlin (West) Standortnachteile beseitigt. Die Unternehmen haben dort wieder normale Absatzmärkte und Arbeitsmärkte; sie profitieren bereits erheblich von der Intensivierung des innerdeutschen Handels. Durch die Aufhebung von Standortnachteilen sind deshalb die vielfältigen Hilfen (Investitionszulagen, Investitionszuschüsse, Frachthilfen, Steuervergünstigungen und dergleichen) obsolet geworden, die im Rahmen der Berlinförderung und der Zonenrandförderung für die Unternehmen gewährt werden. Diese Leistungen sind nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, und das nicht einmal in erster Linie wegen der Belastung der öffentlichen Haushalte, sondern hauptsächlich wegen der mit ihnen verbundenen Verzerrungen im Standortwettbewerb zu Lasten der Regionen in der ehemaligen DDR. Sie hätten deshalb bereits mit der Herstellung der Wäh-

rungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli dieses Jahres aufgehoben werden müssen.

Dasselbe gilt für die Vergünstigungen, die Westberliner Arbeitnehmer erhalten, deren Einkommensteuer (Lohnsteuer) um 30 vH ermäßigt und denen darüber hinaus eine Zulage in Höhe von 8 vH des Arbeitslohnes (zuzüglich eines Zuschlags für jedes Kind) gewährt wird (§§ 21, 23, 26 und 28 Berlinförderungsgesetz). Für diese Förderung gibt es keine Gründe mehr, nachdem die „Insellage" Berlins beseitigt und die uneingeschränkte Freizügigkeit für die Berliner wiederhergestellt worden sind. Es ist zudem schwerlich einzusehen, daß zwar die Westberliner, nicht dagegen die Bürger im Gebiet der ehemaligen DDR in den Genuß solcher Vergünstigungen für Arbeitnehmer kommen, denen es im allgemeinen noch für eine beträchtliche Zeit schlechter gehen wird als den Westberlinern.

Für die Vergünstigungen an Unternehmen und Arbeitnehmer in Berlin (West) sowie in den Zonenrandgebieten werden 13 Mrd DM im Jahre 1990 veranschlagt (Tabelle 52). Standortbedingte Nachteile in diesen Gebieten sollten nunmehr nur noch im Rahmen der üblichen Regionalförderung Berücksichtigung finden. Keinesfalls kann es gutgeheißen werden, daß der Abbau von Leistungen — wie angekündigt — erst 1992 beginnen und sich über sieben Jahre hinziehen soll.

Tabelle 52

Teilungsbedingte Finanzhilfen und Steuervergünstigungen im Jahre 1990 [1])

	Mrd DM
Berlinförderung	
Subventionen zugunsten	
— des Verkehrs [2])	1,0
— der Investitionen [3])	2,0
— der Produktion [4])	2,9
— der Einkommen [5])	3,8
Zusammen	10,3
Zonenrandförderung	
Subventionen zugunsten	
— der Investitionen [6])	2,6

[1]) Die vom Bundesminister der Finanzen im März 1990 genannten Lasten der öffentlichen Hände im Zusammenhang mit der Teilung Deutschlands in Höhe von 40 Mrd DM enthalten nicht nur die oben angeführten Subventionen, sondern unter anderem auch Ausgaben des Bundes im Rahmen der Bundeshilfe für Berlin (13,2 Mrd DM), des Reisedevisenfonds (2,2 Mrd DM), der Leistungen an Übersiedler (3,3 Mrd DM) und ähnliche Ausgaben der Länder sowie die der Sozialversicherungen (rund 7,5 Mrd DM).
[2]) Unter anderem Transitpauschale, Förderung des Luftverkehrs.
[3]) Steuererleichterungen und Zulagen für Investitionen und Wohnungsbau.
[4]) Kürzungsanspruch bei der Umsatzsteuer.
[5]) Steuerermäßigung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Arbeitnehmerzulage.
[6]) Steuererleichterungen und Zulagen für Investitionen.

Quelle: BMF

366. Im Zentrum der Subventionsdebatte stehen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zugunsten von privaten Unternehmen, mit denen bestimmte Branchen, Aktivitäten oder Betriebsgrößen gezielt gefördert werden. Die fiskalisch teuersten und auch bezogen auf die Beschäftigten massivsten Subventionen werden an die Landwirtschaft und den Steinkohlenbergbau gewährt (Tabelle 53). In diesen Bereichen sind einem haushaltswirksamen Subventionsabbau indessen zunächst noch Grenzen gesetzt, weil es zuerst darum gehen muß, jene Interventionen zu beseitigen, mit denen die Preise gestützt werden und die überwiegend nicht von den Gebietskörperschaften, sondern durch Marktordnungsausgaben von den Europäischen Gemeinschaften oder durch den „Kohlepfennig" vom Verbraucher getragen werden. Durch Kürzung oder Aufhebung dieser Subventionen werden also der Gemeinschafts-Etat und die Verbraucher entlastet. Die deutschen Gebietskörperschaften werden in diesen Fällen dagegen zunächst durch neue Einkommenshilfen oder andere Sozialleistungen belastet. Die an die Stelle von Preisstützungsmaßnahmen tretenden Einkommenshilfen sollten jedoch zeitlich befristet bleiben.

Tabelle 53

Subventionen für Produzenten im Jahre 1989 [1])

	Mrd DM
Landwirtschaft	
Marktordnungsausgaben der EG [2])	10,5
Finanzhilfen des Bundes	1,3
— Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der Agrarstruktur"	1,2
— Gasölverbilligung	0,7
— Milchrente, Flächenstillegung	0,3
— Einkommensausgleich	0,7
— landwirtschaftliche Sozialpolitik [3])	0,7
Finanzhilfen der Länder	1,8
Steuervergünstigungen	2,5
— Gewinnermittlung nach Durchschnittsansätzen	0,4
— Freibetrag für Landwirte	0,3
— Kürzungsanspruch bei Umsatzsteuer	1,5
Zusammen	18,8
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Berlin- und Zonenrandförderung)	
Kohlepfennig	5,1
Finanzhilfen des Bundes	6,0
— Bergbau	3,7
Kokskohlenbeihilfe	2,9
— Werften	0,3
— Flugzeugindustrie	1,2
— FuE-Förderung	0,3
— Regionalförderung	0,5
— Mittelstandsförderung	0,3
Finanzhilfen der Länder	4,9
— Kokskohlenbeihilfe	1,5
Steuervergünstigungen	8,0
— Bergbau	0,2
— Regionalförderung	0,9
— Mittelstandsförderung	3,0
— Umweltschutz	0,9
— FuE-Förderung	0,7
— Übertragung stiller Reserven	1,1
— Bewertungsabschlag Importwaren	0,6
— Sonstiges	0,7
Zusammen	24,0

[1]) Finanzhilfen und Steuervergünstigungen an Unternehmen.
[2]) Geschätzt.
[3]) Zuschuß zur Unfallversicherung, für Produktionsaufgabenrente.

Quelle für Grundzahlen: BMF

367. Den dritten Subventionsschwerpunkt bilden Finanzhilfen und Steuererleichterungen, die nicht dem Schutz bestimmter Produzenten dienen, sondern mit denen zugunsten der Konsumenten die Preise bestimmter Waren und Dienstleistungen verbilligt werden sollen, zum Beispiel Wohnungen sowie Leistungen des Nahverkehrs, des Gesundheitswesens und des Bildungswesens, oder mit denen bestimmte Sparformen („Produktivvermögen" in Arbeitnehmerhand, Vorsorgeaufwendungen) gefördert werden sollen (Tabelle 54).

Tabelle 54

Konsumentensubventionen im Jahre 1989 [1])

	Mrd DM
Verkehr	
Bundeshilfen Bundesbahn	13,2
Finanzhilfen der Länder	1,3
Steuervergünstigungen	0,7
Zusammen	15,2
Wohnungswesen	
Finanzhilfen des Bundes	1,8
Finanzhilfen der Länder	3,9
Wohngeld	3,7
Steuervergünstigungen	8,8
— Eigentumsbildung	6,6
— Energieeinsparung	0,8
— Grundsteuerbefreiung	1,0
Zusammen	18,2
Soziales, Gesundheit, Kultur	
Steuervergünstigungen	
— Abzugsfähigkeit von Spenden und Kirchensteuer	4,3
— Umsatzsteuerermäßigung für Leistungen der Bildung und Unterhaltung	1,1
— Umsatzsteuerbefreiung im Gesundheitswesen	7,4
Zusammen	12,8
Vermögensbildung	
Sparprämien	0,8
Steuervergünstigungen	
— für Vermögensbildung	1,0
— Freibetrag für Kapitalerträge	1,3
— Arbeitnehmersparzulage	1,8
Zusammen	4,9

[1]) Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die mittelbar oder unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen.

Quelle für Grundzahlen: BMF

368. Ohne den „Kohlepfennig" und ohne die Finanzierungsbeiträge der Europäischen Gemeinschaften werden die öffentlichen Haushalte durch die genannten Hilfen für Berlin (West) und Zonenrand, durch die Produzentensubventionen und durch die Konsumentensubventionen mit rund 90 Mrd DM belastet. Es wäre ein ehrgeiziges, aber nicht unrealistisches Ziel, wenn davon binnen fünf Jahren ein Drittel eingespart würde. Einige dieser Kürzungen dürften bereits für den Haushalt 1991 vorgesehen sein.

Dabei ließe sich der Subventionsaufwand auch dadurch verringern, daß gesamtwirtschaftlich effizientere und fiskalisch billigere Subventionstechniken verwendet werden. Beispiele hierfür sind

- die verstärkte Ersetzung der Objektförderung im Wohnungsbau durch personenbezogene Hilfen,
- die Plafondierung und zeitlich gestaffelte Kürzung von Finanzhilfen etwa im Bergbau oder
- die Privatisierung von öffentlichen Leistungen beispielsweise bei der Bundesbahn.

369. Es könnte auch in Betracht gezogen werden, die Zuschüsse des Bundes für die Sozialversicherungen entfallen zu lassen. Die damit entstandenen Dekkungslücken müßten durch höhere Beiträge geschlossen werden. Dies würde vor allem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung betreffen. Grundsätzlich entspräche es der Logik des Systems, die Lasten in Form von Beiträgen auf die Solidargemeinschaft umzulegen; normalerweise sollte auch so verfahren werden. Die Defizite, die derzeit durch Bundeszuschüsse gedeckt werden, sind aber im wesentlichen durch die außergewöhnlichen Umstände der Wiedervereinigung Deutschlands bedingt. Die hohe Belastung der Arbeitslosenversicherung durch den notwendigen Strukturwandel im Osten und die damit verbundene Arbeitslosigkeit gehört zu den Erblasten des sozialistischen Regimes. Sie sollte nicht allein den beitragzahlenden Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebürdet werden. Eine in dieser Weise zustande kommende Beitragserhöhung müßte auch auf die gleichen Bedenken stoßen wie eine Steuererhöhung.

Die Zuschüsse des Bundes zu den Sozialversicherungen sollten daher nicht entfallen, jedenfalls nicht, soweit sie Defizite abdecken, die unmittelbare Folge der Wiedervereinigung sind. Sie können aber mit der Zeit in dem Maße zurückgeführt werden, wie die Strukturerneuerung im Osten den Abbau der Arbeitslosigkeit möglich macht.

Ein möglicher Ausweg könnte darin gesehen werden, die in einigen Bereichen der Sozialversicherungen im Westen anfallenden Überschüsse zur Deckung der derzeit durch Bundeszuschüsse ausgeglichenen Defizite zu verwenden. Dies wäre jedoch keine sachgerechte Lösung. Der Rat hat sich früher schon entschieden gegen ein Hin- und Herschieben von Einnahmen und Ausgaben gewandt, mit dem nur kurzatmige Verlegenheitslösungen gefunden werden, eine dauerhafte Konsolidierung jedoch hinausgeschoben wird (JG 82 Ziffer 239). Wenn Überschüsse erzielt werden, auf die verzichtet werden kann — in den westlichen Zweigen der Krankenversicherung ist dies der Fall —, ist eine Beitragssatzsenkung die einzig angebrachte Konsequenz. Anders ist es mit den Überschüssen der Rentenversicherung im Westen: Im Hinblick auf die künftigen Lasten aus dem ungünstigen Altersaufbau der Bevölkerung dürfen sie weder abgebaut noch zweckfremden Verwendungen zugeführt werden.

370. Bei den übrigen Ausgaben gilt es sicherzustellen, daß produktivitätsfördernde Ausgaben, insbesondere für Infrastrukturmaßnahmen, von Kürzungen verschont bleiben und daß bei diesen Ausgaben die ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Vorrang

erhalten. Der Bund hätte dies bei seinen Planungen, zum Beispiel für die Verkehrswege, und in seinem Haushalt zu berücksichtigen.

371. Die Weichen dafür sind mit der Gründung des Fonds Deutsche Einheit nicht zweckmäßig gestellt worden. Zwar mag es reizvoll erscheinen, auf diese Weise zu veranschaulichen, was die westdeutschen Bürger für die Menschen in den beigetretenen Gebieten aufbringen, doch werden diese Leistungen in dem Sondervermögen ohnehin nur zum Teil erfaßt, so daß eher ein Zerrbild entsteht. Entscheidend ist es aber, daß es dieser „Schattenhaushalt" sehr erschwert, die Prioritäten neu festzulegen.

Wenn es gilt, die Dringlichkeit einzelner Vorhaben zu vergleichen, so muß beispielsweise bei Aufstellung und Verabschiedung des Haushaltsplans im Kapitel „Bundesfernstraßen" des Einzelplans „Bundesminister für Verkehr" entschieden werden, welche Bundesautobahnen und Bundesstraßen in den beiden nunmehr wiedervereinigten Teilen Deutschlands neu gebaut, ausgebaut oder überholt werden sollen. Dieser unmittelbare Vergleich wird durch die Aufteilung der Leistungen des Bundes in zwei Teilhaushalte sehr erschwert, so daß der notwendige Druck auf Ausgabeneinsparungen bei den herkömmlichen Ansätzen des Bundeshaushaltes de facto geringer sein dürfte, als er es bei Wahrung der Haushaltseinheit gewesen wäre.

372. Der Wiederaufbau der Wirtschaft im Gebiet der früheren DDR kann nicht allein vom Bund finanziert werden. Wenn die Staatsverschuldung begrenzt und Steuererhöhungen möglichst vermieden werden sollen, müssen alle Ebenen des Staatsaufbaus am Sparprozeß des öffentlichen Sektors beteiligt werden. Man kann diese Aussage dahin umformulieren, daß die Prioritäten angesichts der großen neuen Aufgaben nicht nur im Zuständigkeitsbereich des Bundes, sondern auch in dem der anderen Gebietskörperschaften (und eventuell selbst in dem der Parafisci) neu bewertet werden müssen. Den notwendigen Ausgleich in diesem Spannungsverhältnis herzustellen, insbesondere für notleidende Regionen eine Hilfe zur Selbsthilfe zu gewährleisten, ist die Aufgabe des Finanzausgleichs (Ziffern 435 ff.).

373. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Gründung des Fonds Deutsche Einheit durch Bund und Länder als ein Kompromiß dar, der aus mehreren Gründen problematisch ist:

- Der Gesamtumfang des Fonds kann die „Solidarität" der westdeutschen Bürger mit den Menschen im östlichen Teile Deutschlands nicht zahlenmäßig ausdrücken. Schon jetzt haben vor allem der Bund, aber auch einige westdeutsche Länder und Gemeinden zusätzliche Leistungen erbringen müssen oder freiwillig erbracht.
- Die mit dem Fonds vereinbarte Lösung setzt die Regelungen des Finanzausgleichs weitergehend außer Kraft, als es der Sache nach geboten ist (Ziffer 432). Es ist insbesondere unangemessen, daß die Risiken, die sich aus den Mehrbelastungen für den wirtschaftlichen Vereinigungsprozeß abzeichnen, von den Ländern einseitig dem Bund angelastet wurden.
- Vor allem Länder und Gemeinden werden aus ihren Verpflichtungen für den Fonds erst in den kommenden Jahren (zunehmend) belastet. Deshalb besteht für sie bislang noch nicht der erwünschte Zwang, ihre Ausgaben umzustrukturieren und die notwendige Konsolidierung einzuleiten.
- Die Festlegung der neuen Prioritäten durch einen Vergleich der einzelnen Ausgabenansätze in den verschiedenen Einzelplänen des Bundeshaushalts wird durch den Schattenhaushalt erschwert.

Wenn es schon nicht möglich ist, das Sondervermögen wieder aufzulösen, sollten die im Fonds nicht berücksichtigten Mehrbelastungen aus der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht durch eine Aufstokkung des Fonds finanziert werden. Der angemessene Weg zu einer Beteiligung der westdeutschen Länder und Gemeinden ist eine Neuverteilung der Umsatzsteuer nach Artikel 106 Absatz 3 und 4 Grundgesetz.

Privatisieren

374. Bei einigen staatlichen Aktivitäten ist die Privatisierung zu erwägen. Sie kann ordnungspolitisch aus zwei unterschiedlichen Gründen erwünscht sein (JG 83 Ziffern 386 ff.):

- Der Staat kann bestimmte Aufgaben effizienter erfüllen, wenn er diese Leistungen durch Unternehmen erbringen läßt. Wegen der Mängel der administrativen Infrastruktur namentlich der Gemeinden in den neuen Bundesländern ist diese Form der Privatisierung besonders geeignet, den Wiederaufbau der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands zu beschleunigen (Ziffern 514 ff.).
- Nach den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Ordnung soll der Staat die unternehmerische Betätigung den Privaten überlassen. Tatsächlich sind Bund, Länder und Gemeinden Eigentümer zahlreicher Unternehmen; an vielen weiteren sind sie als Gesellschafter beteiligt. In diese Rolle ist der Staat im Laufe der geschichtlichen Entwicklung aus sehr unterschiedlichen Gründen hineingewachsen. Nicht alle diese Gründe haben heute noch Bestand, so daß es geboten erscheint, einen Teil dieses Besitzes zu privatisieren.

Auch aus dem Blickwinkel der Finanzpolitik sind beide Fälle zu unterscheiden. Beim ersten kann die Finanzierung der (öffentlichen) Leistungen dadurch erleichtert werden, daß die Ausgabenbelastung des Staates reduziert wird. Beim zweiten werden durch die Veräußerung von Finanzvermögen oder Erwerbsvermögen Einnahmen erzielt. Beide Fälle der Privatisierung können zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

375. Nicht alles, was zur Verbesserung der Standortbedingungen in den fünf neuen Ländern notwendig ist, muß der Staat leisten. Durch die Privatisierung von Funktionen, die — wenigstens in Deutschland — traditionell von der öffentlichen Hand ausgeübt werden, können die großen Sanierungsaufgaben schneller erfüllt und zugleich Staatsausgaben eingespart werden.

Für den Straßenbau werden derart unkonventionelle Maßnahmen bereits diskutiert. Zwar sprechen gute Gründe dafür, daß der Autobahnbau in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu einigen anderen Staaten — bislang aus öffentlichen Mitteln finanziert wurde, doch ist der Vorteil einer Privatisierung höher zu veranschlagen, wenn dadurch angesichts der großen Haushaltsbelastungen der Ausbau wichtiger Straßen beschleunigt werden kann.

Derartige Lösungen braucht man nicht auf das Verkehrswesen oder — um nur ein weiteres mögliches Anwendungsfeld zu nennen — auf den Ausbau von Informationssystemen zu beschränken. Insbesondere kommen sie auch für den Bereich der kommunalen Versorgung in Betracht. Die Sanierung von Leitungsnetzen kann zügiger angepackt werden, wenn man sich dazu entschließt, für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas oder Wasser und für die Entsorgung der Abwässer private Unternehmen zu konzessionieren, wie es zumindest für einige dieser Aufgaben früher häufiger der Fall war (Ziffern 590ff.).

376. Die Haushaltskonsolidierung kann auch beschleunigt werden, wenn der Staat einen Teil seines Finanzvermögens und seines Erwerbsvermögens veräußert. Dieses Vermögen wird für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben nicht benötigt. Es gibt keine guten Gründe dafür, weshalb beispielsweise die Lufthansa, die Deutsche Pfandbriefanstalt, die Industrieverwaltungsgesellschaft und ähnliche Unternehmen noch immer im (Mehrheits-)Besitz des Bundes sind.

Steuererhöhungen: Tariferhöhungen und neue Steuern möglichst vermeiden

377. Mit dem Wort „Steuererhöhungen" kann man sehr unterschiedliche Inhalte verbinden. Rein formal zählt dazu auch der bereits erörterte Abbau von „Steuersubventionen", und der ist im allgemeinen effizient, weil er einen notwendigen Strukturwandel fördert. Neben dieser Form der Subventionierung gibt es eine Reihe weiterer Ungereimtheiten im deutschen Steuerrecht, die im Interesse einer „gerechteren" Steuerlastverteilung beseitigt werden sollten und beseitigt werden könnten, ohne daß das Wirtschaftswachstum dadurch behindert würde. Hinweise auf derartige Chancen sind in früheren Gutachten gegeben worden (etwa JG 85 Ziffern 274f.). Außerdem ist im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens für die Steuerreform 1990 an Hand einer sogenannten Abbruchliste eine Reihe ähnlicher Möglichkeiten, die Steuerbemessungsgrundlagen zu verbreitern, diskutiert, aber wegen des befürchteten Widerstandes von Interessenten nicht umgesetzt worden. Schließlich sind im Zuge dieser Reform auch neue Vergünstigungen — man denke etwa an die Arbeitnehmerpauschale — eingeführt worden, die problematisch sind und wieder abgeschafft werden müßten (JG 87 Ziffer 290). Es gibt also einen Spielraum für Steuererhöhungen, die Stabilität oder Wachstum nicht gefährden.

Ohne eine Änderung des Steuerrechts nimmt die Steuerquote, das heißt das Verhältnis des Steueraufkommens zum nominalen Bruttosozialprodukt, in der Regel im Zeitablauf zu. Das ist ebenfalls eine Form der Steuererhöhung, die auch bereits in unseren Projektionen berücksichtigt worden ist. Sie ergibt sich automatisch aus der Progressivität des Steuersystems bei einer Zunahme des Sozialproduktes. Je nachdem, worauf dieser Zuwachs beruht, sollten die Mehreinnahmen des Fiskus unterschiedlich genutzt werden. Wenn sie konjunkturbedingt sind, ist es stabilitätspolitisch in der Regel geboten, sie zu einer Senkung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. Ergeben sie sich dagegen aus dem Wachstum des Produktionspotentials, stehen sie — zumindest für einen gewissen Zeitraum — für die Finanzierung einer wachsenden Staatsquote — darunter verstehen wir die Relation von Staatsausgaben und Produktionspotential — zur Verfügung. Die Erfahrung lehrt allerdings, daß die Steuerlasten nicht permanent „heimlich" erhöht werden können, ohne die Leistungsbereitschaft der Bürger zu beeinträchtigen. Deshalb ist eine Tarifsenkung — insbesondere bei der Einkommensteuer — von Zeit zu Zeit notwendig.

378. Die Vorbehalte gegen Steuererhöhungen richten sich im wesentlichen gegen die Erhöhung von Steuersätzen und die Einführung von (ähnlich wirkenden) neuen Steuern. In bezug auf die Bedenken gegen solche Maßnahmen ist auch hier noch ein differenziertes Urteil angebracht.

Am wenigsten dürften der Grundkurs der angebotsorientierten Politik verlassen und das Wachstum beeinträchtigt werden, wenn die Besteuerung des Konsums ausgeweitet wird, weil dann die Investitionen nicht belastet werden. Die regressiven Wirkungen der Verbrauchsbesteuerung sind aber verteilungspolitisch unerwünscht. Bei dem noch immer hohen Niveau der sogenannten direkten Besteuerung in Deutschland ist allokationspolitisch jedoch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern als das kleinere Übel anzusehen. Wenn es um eine Steuererhöhung zur Finanzierung der neuen Herausforderungen geht, kann man insbesondere daran denken, die Umsatzsteuersätze zu heben, weil die Umsatzsteuer als allgemeine Verbrauchsteuer eine große Breitenwirkung hat und weil deshalb alle Bürger an dem Solidaritätsopfer beteiligt würden. Bei einer ohnehin bestehenden inflatorischen Tendenz ist eine Umsatzsteuererhöhung allerdings problematisch. Zwar entspricht es der Belastungskonzeption der Mehrwertsteuer (und aller anderen „indirekt" erhobenen Verbrauchsteuern), daß die den Unternehmern als Steuerschuldner auferlegte Steuerzahllast durch Preiserhöhungen auf die Konsumenten der besteuerten Güter überwälzt wird, doch fällt deren Verteuerung bei einem ungünstigen Preisklima erfahrungsgemäß stärker aus, als es die Steuererhöhung rechtfertigt. Die mit einer solchen Steuererhöhung verbundenen Umverteilungsabsichten des Staates sollten nicht kompensiert werden (JG 88 Ziffer 335). Deshalb darf es nicht dazu kommen, daß die Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen einen Ausgleich für die Preiseffekte einer Mehrwertsteuererhöhung durchsetzen und damit eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen oder verstärken.

Wegen der geringeren Breitenwirkung sind solche Effekte weniger zu befürchten, wenn man sich zu einer größeren Belastung bestimmter Verbrauchsgüter — etwa der Tabakwaren — entschließt, doch sind die Möglichkeiten einer Ausweitung der Besteuerung

reiner Verbrauchsgüter sehr begrenzt. Einige dieser Abgaben — beispielsweise die Salzsteuer — sind lange schon obsolet geworden und werfen überdies nur ein Bagatellaufkommen ab; andere — wie die Kaffeesteuer oder die Teesteuer — werden im Zuge der EG-Steuerharmonisierung aufgehoben werden müssen. Ein weiterer Teil der sogenannten speziellen Verbrauchsteuern belastet dagegen in einem mehr oder weniger großen Umfange den Produktionsmitteleinsatz in den Unternehmen. Ihre Erhöhung kann das Wirtschaftswachstum dämpfen, insbesondere in einer ohnehin konjunkturell labilen Situation. Das schließt nicht aus, daß die Mineralölsteuer zu gegebener Zeit aus anderen Gründen erhöht wird (Ziffer 335). Soweit dies geschieht oder ähnliche Steuern neu eingeführt werden sollen, um die Umweltbelastung zu reduzieren (etwa durch eine CO_2-Abgabe), sind die Vorhaben konfliktär zum fiskalischen Ziel. Je besser der energiepolitische oder umweltpolitische Zweck erreicht wird, um so geringer sind die Steuermehreinnahmen, und umgekehrt. Gleichwohl kann das mehr oder minder große Aufkommen aus solchen Abgaben zur Finanzierung der neuen Aufgaben eingesetzt werden.

379. Um das Wachstum nicht zu beeinträchtigen, ist insbesondere von einer Erhöhung des Einkommensteuertarifs und der Körperschaftsteuersätze sowie von der Einführung einer Ergänzungsabgabe für die sogenannten Besserverdienenden abzuraten. Zwar lassen sich eine lineare Erhöhung dieser Tarife oder eine proportionale Ergänzungsabgabe für alle Steuerpflichtigen als Solidaritätsopfer moralisch eventuell ähnlich rechtfertigen wie eine Umsatzsteuererhöhung, doch sind Wirkungen auf die weitere Wirtschaftsentwicklung bei einer Erhöhung der sogenannten direkten Steuern ungünstiger einzuschätzen als bei der diskutierten stärkeren Anhebung der „indirekten" Besteuerung. Nach wie vor ist die marginale Einkommensbelastung in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich hoch, und eine weitere Anhebung der Grenzsteuersätze dürfte das Wirtschaftswachstum hemmen. Durch eine Erhöhung des Anstiegs und der absoluten Höhe der Grenzsteuersätze werden die Substitutionseffekte verstärkt, die eine Besteuerung des Einkommens auslöst (JG 86 Ziffer 281). Die Innovationsfreudigkeit bei mittelständischen Unternehmern sowie der Leistungswille bei Managern und qualifizierten Arbeitnehmern, aber nicht nur bei ihnen, dürften gesenkt werden. Verschärft wird außerdem die Benachteiligung des Eigenkapitals (Risikokapitals), die darauf beruht, daß ein großer Teil der Zinseinkommen de facto unbesteuert bleibt und daß Zinseinkommen darüber hinaus auch legal — beispielsweise durch die geltenden Regelungen des Gewerbesteuerrechts — begünstigt sind (JG 86 Ziffer 281).

Diese abträglichen Wirkungen verstärken sich, falls nur die Bezieher höherer Einkommen dazu beitragen sollen, die Steuererträge zu erhöhen. Wenn ein vergleichbares Aufkommen erzielt werden soll, müssen nämlich die Grenzsteuersätze für diesen Personenkreis weit stärker erhöht werden als bei einer breiten Streuung der Zusatzbelastungen. Soweit diese Sonderbelastung der „Besserverdienenden" in erster Linie als „soziale Flankierung" einer Erhöhung anderer Abgaben — etwa der Mehrwertsteuer — dienen soll, muß mit den ungünstigen Wirkungen für die Wirtschaftsentwicklung ebenfalls gerechnet werden.

Aus dem Blickwinkel der sozialen Gerechtigkeit ist schließlich daran zu erinnern, daß der Erfassung von Steuerbemessungsgrundlagen Grenzen gezogen sind. Da es offenbar nicht gelingt, bestimmte Einkünfte besser zu erfassen, sind eine allgemeine und insbesondere eine selektive Erhöhung der Grenzsteuersätze fragwürdig, weil sie nur die steuerehrlichen Bürger treffen würde. Das gilt nicht allein im Hinblick auf die Steuerlastverteilung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip, sondern vor allem auch aus ordnungspolitischen, namentlich wettbewerbspolitischen Gründen: Je höher die Steuerbelastung ist, um so schwerer wiegen Verstöße gegen die horizontale Gerechtigkeit, und um so stärker wird der Wettbewerb durch die Ungleichbehandlung gleichartiger Vorgänge beeinträchtigt.

Unternehmenssteuerreform — im Blick behalten

380. Die neuen Aufgaben, die der Finanzpolitik mit der sich überstürzenden Entwicklung im Verlauf dieses Jahres gestellt worden sind, lassen es angezeigt erscheinen, die Zeitpunkte für die von uns zur Diskussion gestellte Abschaffung von gewinnunabhängigen Steuern, die weiteren Senkungen des höchsten marginalen Einkommensteuersatzes und des Körperschaftsteuersatzes sowie die zugehörige verteilungspolitische Flankierung etwas weiter hinauszuschieben, als es uns vor Jahresfrist vorschwebte (JG 89 Ziffern 321 und 346). Ad calendas graecas darf man diese Aufgabe indessen nicht vertagen: Die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen bleibt mittelfristig aktuell; denn es ist nicht gesichert, daß das Wachstum dauerhaft befriedigend ist. Deshalb erscheint die Neuordnung der Unternehmensbesteuerung auf mittlere Sicht geboten. Notfalls sollte die erforderliche Strukturreform durch eine Umschichtung von Steuerlasten finanziert werden. Allerdings wäre es besser, wenn es gelänge, sie wieder mit einer Steuerentlastung zu verbinden.

Budgetpolitik: Wege zur Konsolidierung

381. Die öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren durch die Hilfen für die Entwicklung der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands besonders gefordert sein. Diese Beanspruchung darf nicht zu einer dauerhaft hohen Nettokreditaufnahme führen. Vielmehr ist es geboten, den in den Jahren 1990 und 1991 unterbrochenen Konsolidierungskurs unverzüglich wieder aufzunehmen. Nach unseren Vorstellungen sollte die Kreditfinanzierungsquote, also die Relation des Defizits im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) zum Bruttosozialprodukt, bis 1995 auf 1,5 vH bis höchstens 2 vH zurückgeführt werden. Dies erfordert Konsolidierungsbeiträge in einer Größenordnung von reichlich 100 Mrd DM bezogen auf das Jahr 1995.

382. Konsolidierungsbeiträge in dieser Größenordnung können nur aufgebracht werden, wenn die Finanzpolitik strenge Ausgabendisziplin wahrt und keine kostspieligen neuen Verpflichtungen übernimmt. Klar ist, daß ein Betrag von reichlich 100 Mrd DM nicht annähernd durch Steuererhöhungen finanziert werden kann. Es wären so starke Erhöhungen der Steuersätze erforderlich, daß ein Einbruch des Wirtschaftswachstums unvermeidlich wäre. Das würde die Finanzierungsprobleme weiter verschärfen. Selbst eine reichlich zu nennende Erhöhung des Umsatzsteuersatzes um zwei Prozentpunkte verminderte das Haushaltsdefizit nur um schätzungsweise 32 Mrd DM für 1995, gerechnet ohne die dadurch ermöglichten Zinseinsparungen.

Auch der Versuch, den Betrag allein durch Ausgabenkürzungen aufzubringen, ist nicht ungefährlich. Es muß befürchtet werden, daß dort gespart wird, wo es am einfachsten ist, und daß die Bereitstellung öffentlicher Güter dadurch ernsthaft beeinträchtigt wird. Auch dies kann die wirtschaftlichen Auftriebskräfte empfindlich schwächen, weil der Staat wesentliche Vorleistungen für die private Wirtschaft erbringt und wichtige Konsumgüter bereitstellt.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen deshalb mehrere Möglichkeiten der Haushaltspolitik ausgeschöpft werden:

- Unerläßlich ist es, strenge Ausgabendisziplin — auf allen Ebenen, in allen Bereichen — zu wahren. Dazu gehört der Abbau solcher Ausgaben, die — wie die meisten Finanzhilfen — das Wirtschaftswachstum eher behindern als fördern. Im übrigen heißt das aber nicht, notwendige Ausgaben zu kürzen, sondern vor allem Ausgabenzuwächse zu beschneiden. Auslaufende Subventionen dürfen nicht verlängert, kostspielige neue Verpflichtungen nicht übernommen werden.
- Die Erhöhung der Steuereinnahmen steht im zweiten Rang. Unverzichtbar ist der Abbau der Steuersubventionen und einiger weiterer Steuervergünstigungen. Dagegen sollte darauf verzichtet werden, Steuertarife zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen. Freilich: Wenn die Konsolidierungsanstrengungen auf der Ausgabenseite nicht mit aller Energie angegangen werden oder wenn die Entwicklung ungünstiger verlaufen sollte, als wir angenommen haben, sind Steuererhöhungen unvermeidlich.
- Die Chancen der Privatisierung müssen intensiv genutzt werden. Bestimmte Funktionen, die bislang im allgemeinen der Staat ausgeübt hat, können Unternehmen übertragen werden, und der Staat kann Finanzvermögen und Erwerbsvermögen veräußern. Beides entlastet die öffentlichen Haushalte.

383. Das Etappenziel, das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt bis 1995 auf höchstens 2 vH des Bruttosozialprodukts zurückzuführen, kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden.

Einen dieser Pfade, der „systemorientierte Lösungen" für die Sozialversicherungen berücksichtigt, wie sie dem Bundesminister der Finanzen vermutlich vorschweben, ist in der Tabelle 55 dargestellt. In diesem Modell ergibt sich die Konsolidierung im übrigen bei einem jährlichen Ausgabenzuwachs von etwa 4½ vH für den Westhaushalt und von etwa 7½ vH für den Osthaushalt sowie bei einem auf die Jahre 1992 und 1993 verteilten Subventionsabbau in Höhe von insgesamt gut 23 Mrd DM.

Tabelle 55

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1]) 1991 bis 1995: Konsolidierungsmodell I

	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttosozialprodukt, nominal						
Westdeutschland	vH[2])	.	6	6	6	6
Ostdeutschland	vH[2])	.	7	8	9	9
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
Westdeutschland	vH[2])	.	4½	4½	4½	4½
Ostdeutschland	vH[2])	.	7½	7½	7½	7½
Abbau von Finanzhilfen						
— pro Jahr	Mrd DM	.	5	5	—	—
Abbau von Steuervergünstigungen						
— pro Jahr	Mrd DM	.	10	3,2	—	—
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	971	998	1 039	1 084	1 129
Defizitquote[3])	vH	5½	4	3	2½	2
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	150	117	103	90	72
Zinslastquote[4])	vH	8	9	9½	10	10½

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds Deutsche Einheit.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[3]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt.
[4]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben.

Wenn dagegen — wie es der Sachverständigenrat für geboten hält — darauf verzichtet wird, die Haushalte der Gebietskörperschaften dadurch zu entlasten, daß ein Teil der Soziallasten auf die Sozialversicherungshaushalte verlagert wird, dürfte der jährliche Ausgabenzuwachs bei demselben Etappenziel und demselben Subventionsabbau höchstens 4 vH in den Westhaushalten und 7 vH in den Osthaushalten betragen (Tabelle 56).

Die Begrenzung der Ausgabenzuwächse braucht die Gebietskörperschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben um so weniger einzuschränken, je mehr sie sich um neue und unkonventionelle Formen der Kooperation mit privaten Unternehmen bemühen. Es gibt vielfältige, zum Teil schon erprobte Möglichkeiten, die mit herkömmlichen öffentlichen Aufgaben verbundenen Investitionen, ebenso aber auch den Betrieb der betreffenden Einrichtungen, privaten Unternehmen zu übertragen. Diese Form der Privatisierung ermöglicht nicht nur die Finanzierung ohne Belastung der öffentlichen Haushalte; darüber hinaus bringen private Unternehmen ihre speziellen Kenntnisse und Erfahrungen ein. Vor allem für die Gebietskörperschaften im Ostteil Deutschlands sind diese beiden Vorteile von großer Bedeutung, der zweite wohl noch mehr als der erste (Ziffern 586 ff.).

Privatisierung in anderer Form kann ebenfalls zur Konsolidierung beitragen, nämlich in Form der Veräußerung von öffentlichem Finanz- und Erwerbsvermögen. Diese Möglichkeit ist in den Tabellen 55 und 56 nicht berücksichtigt. In dem Maße wie von ihr Gebrauch gemacht wird, erweitert sich der Spielraum für die Haushaltspolitik.

Die beiden skizzierten Konsolidierungsstrategien unterscheiden sich durch einen halben Prozentpunkt im Ausgabenzuwachs. Diese Differenz hat ein größeres Gewicht, als es dem Laien auf den ersten Blick scheinen mag. Erfahrungsgemäß bereitet es große Anstrengungen, den Ausgabenpfad für einen geraumen Zeitraum eineinhalb Prozentpunkte unter dem Wachstum des nominalen Sozialprodukts zu halten, wie es in Tabelle 55 unterstellt wird. Bei der vom Sachverständigenrat bevorzugten Alternative müßte die Differenz zwischen dem Wachstumspfad und dem Ausgabenpfad sogar zwei Prozentpunkte betragen. Das wird sich bei realistischen Annahmen über die Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst nur durchhalten lassen, wenn die Anzahl der Bediensteten entsprechend reduziert wird.

Wenn die politische Kraft fehlen sollte, die Haushaltsdefizite durch Aufhebung von Steuervergünstigungen, Abbau von Finanzhilfen, andere Ausgabenumschichtungen und Privatisierungsmaßnahmen im erforderlichen Umfang rasch zurückzuführen, müßten Steuertarife bei ertragreichen Abgaben erhöht werden; am ehesten käme dafür die Umsatzsteuer in Betracht. Dies schließt energiepolitisch oder umweltpolitisch motivierte Abgabenerhöhungen nicht aus (Ziffer 335). Wir betonen aber, daß Tarifanhebungen und neue Steuern nach unserer Einschätzung die schlechtere Alternative sind; aber sie bleibt nur übrig, wenn die bessere, die sparsame Haushaltsführung, nicht gewählt und energisch umgesetzt wird.

Niemand kann ausschließen, daß die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren günstiger oder ungünstiger verläuft, als es von uns unterstellt worden ist. Kommt es schlimmer und sieht sich der Staat mit unabweisbaren Mehrausgaben konfrontiert, bleibt nach unserer Einschätzung nichts anderes übrig, als die Mehrbelastungen durch Steuererhöhun-

Tabelle 56

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1]) 1991 bis 1995: Konsolidierungsmodell II

	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttosozialprodukt, nominal						
Westdeutschland	vH[2])	.	6	6	6	6
Ostdeutschland	vH[2])	.	7	8	9	9
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
Westdeutschland	vH[2])	.	4	4	4	4
Ostdeutschland	vH[2])	.	7	7	7	7
Abbau von Finanzhilfen						
— pro Jahr	Mrd DM	.	5	5	—	—
Abbau von Steuervergünstigungen						
— pro Jahr	Mrd DM	.	10	3,2	—	—
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	981	1 021	1 055	1 092	1 128
Defizitquote[3])	vH	5½	4½	3½	3	2
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	160	139	118	98	72
Zinslastquote[4])	vH	7½	9	10	10½	11

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds Deutsche Einheit.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[3]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt.
[4]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben.

gen zu finanzieren. Kommt es dagegen günstiger, darf dies nicht dazu führen, daß die Ausgabendisziplin gelockert wird. In diesem Fall wäre die Nettokreditaufnahme rascher zurückzuführen.

Keinesfalls dürfen die Herausforderungen zu einer dauerhaft hohen Nettokreditaufnahme führen. Die wirtschaftlichen Folgen einer Vertrauenskrise wie zu Beginn der achtziger Jahre wären ein zu hoher Preis.

II. Geldpolitik: Zielbestimmung unter erschwerten Bedingungen

384. Bereits in seinem letzten Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat eindringlich auf die sich abzeichnenden Gefahren für die Geldwertstabilität hingewiesen (JG 89 Ziffer 253 ff.). Die akute Gefahr sah der Rat in einer zu starken Lohnerhöhung, die das Preisniveau in einem sich selbst verstärkenden Prozeß nach oben in Bewegung setzen müßte. Obwohl die neuen Tarifabschlüsse nicht alle Tarifbereiche erfaßten und sich außerdem 1990 noch nicht voll auswirken konnten, fielen die Lohnniveausteigerungen doch so stark aus, daß die Lohnstückkosten — erstmals seit 1987 — wieder deutlich anstiegen.

Tatsächlich blieb die Geldentwertung bis zum Herbst noch verhalten. Zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs ist es nicht gekommen, weil die Importpreise in dieser Zeit nachgaben und die Preisniveauwirkungen der Lohnsteigerungen so überdeckt wurden. Die Ölverteuerung seit August 1990 hat dem zumindest vorläufig ein Ende gesetzt. Teureres Öl und weit über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Lohnerhöhungen haben die Geldentwertung spürbar beschleunigt (Ziffer 319).

385. Die Geldpolitik steht 1991 bei ihrer Aufgabe, die Geldentwertung zunächst einzudämmen und alsdann zurückzuführen, teils in einem Konflikt mit der Finanzpolitik und mit der Lohnpolitik, teils unter widrigen äußeren Einflüssen. Eine weitere Erschwerung bringen die durch die Erweiterung des Währungsgebietes geschaffenen neuen Bedingungen mit sich.

- Die Herstellung der deutschen Einheit hat bedeutende Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte mit sich gebracht. Diese Mehrausgaben wurden bisher nahezu ausschließlich durch Ausweitung der staatlichen Verschuldung finanziert. Das hat zu einer zusätzlichen Beanspruchung des Produktionspotentials geführt, die den konjunkturellen Erfordernissen in einer am Rande ihrer Kapazitätsgrenzen produzierenden Wirtschaft zuwiderläuft.
- Die Löhne werden nach unserer Prognose im nächsten Jahr noch stärker steigen als in diesem Jahr. Daraus ergibt sich 1991 eine weitere Zunahme der Lohnstückkosten um 3½ vH nach 3 vH in 1990.
- Der Ölpreis, wie er unserer Prognose für 1991 zugrunde liegt, stellt in Verbindung mit unserer Annahme über die Bewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar anders als in diesem Jahr keine zusätzliche Gefährdung der Stabilität dar. Probleme könnten sich allerdings dann ergeben, wenn sich die Tarifvertragsparteien bei der Bemessung der Lohnhöhe an den von der Statistik ausgewiesenen Preissteigerungsraten orientierten. Diese werden wegen eines Basiseffekts — der Ölpreis lag im 1. Halbjahr 1990 bei nur 17½ Dollar — vermutlich bis zum Sommer 1991 überhöht sein.

386. Es besteht die begründete Sorge, daß der Staat seine Nettokreditaufnahme nicht entschlossen genug zurückführt und die Beanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten von daher nicht zurückgenommen, sondern eher noch verstärkt werden wird. Der Staat trägt mit seinen hohen und weiter steigenden Haushaltsdefiziten maßgeblich zur Konjunkturüberhitzung bei (Ziffer 235). Darüber hinaus gehen von den Defiziten negative Wirkungen auf Zinsentwicklung oder Wechselkursentwicklung aus. So haben bereits die 1990 zur Finanzierung der deutschen Einheit aufgenommenen Kredite und — mehr noch — die Erwartungen der Finanzmärkte, daß diese Beanspruchung der Märkte noch zunehmen werde, zu hohen Kapitalmarktzinsen geführt. Der Anstieg der Kapitalmarktzinsen geht weit über das durch die Inflationszunahme bedingte Maß hinaus, und er ist — solange der Staat den Kurs zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht grundlegend ändert — auch erforderlich, um Geldkapital zu attrahieren, sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland.

387. Die Lohnpolitik befindet sich bereits im Konflikt mit der Geldpolitik. Diese kann den neuen kostentreibenden Kurs der Tarifvertragsparteien nicht hinnehmen und wird sich gewiß nicht ins Schlepptau der Lohnpolitik nehmen lassen.

Die Erfahrung hat schmerzlich gelehrt, daß vorübergehendes Nachgeben der Geldpolitik gegenüber inflationärem Druck — komme er von der Nachfrageseite, komme er von der Kostenseite her — allenfalls ganz kurzfristig Erleichterung verheißt. Die Politik des leichten Geldes rächt sich. Früher oder später muß die Geldpolitik dem Prozeß sich aufschaukelnder Preis- und Lohnsteigerungen Einhalt gebieten. Es kommt zur Stabilisierungskrise, die regelmäßig mit dem Verlust an Arbeitsplätzen, Produktionseinbußen und Wohlstandsminderungen verbunden ist. Ein solcher Preis für temporäres Nachgeben gegenüber dem Drängen, es im Interesse anderer Ziele mit der Geldwertstabilität fürs erste nicht so genau zu nehmen, wäre hoch, viel zu hoch.

388. Unsere Prognose geht von der Erwartung aus, daß die Ölpreise im Verlauf des Jahres 1991 wieder sinken werden. Allerdings werden sie im Jahresdurchschnitt 1991 auf höherem Niveau als vor Ausbruch der Ölkrise liegen. Es kann aber auch schlimmer kommen, als wir es in unsere Prognose für den wahrscheinlichen Ausgang der Konflikte um das Öl eingestellt haben. Sollte es 1991 zu weiteren Ölpreissteigerungen kommen und sollte die ölpreisbedingte Verteuerung der Lebenshaltung in die Löhne eingehen, würde die Geldwertstabilität auch von hier aus gefährdet werden. An anderer Stelle des Gutachtens haben wir begründet, welche fatale Konsequenz das hätte (Ziffer 429). Folgerungen für den geldpolitischen Kurs ergeben sich nicht. Aber der bereits bestehende Konflikt zur Geldpolitik verschärfte sich.

389. Auf Dauer wäre auch eine unabhängige Notenbank mit der Aufgabe überfordert, die Geldwertstabilität gegen den Druck von mehreren Seiten zu verteidigen. Die Geldpolitik braucht die Unterstützung durch die Finanzpolitik und durch die Lohnpolitik — im nächsten Jahr mehr als in den Jahren zuvor. Im Gegeneinander würden alle verlieren: die Arbeitnehmer durch Gefährdung ihrer Arbeitsplätze; die Besitzer festverzinslicher Wertpapiere durch Kursverluste; der Staat, die Bauherren und andere Investoren durch die Verteuerung der Kredite; und der Staat schließlich auch durch das beschleunigte Ansteigen seiner Zinslastquote, das die Manövrierfähigkeit seiner Haushaltspolitik gefährdete (Ziffer 354). Nur im Miteinander kann die gefährdete Stabilität wiedergewonnen werden.

390. Die international operierenden Anleger im Inland und im Ausland dürfen nicht den Eindruck gewinnen, die Geldwertstabilität verlöre auch nur vorübergehend ihren hohen Rang. Verringerte Aufwertungstendenzen oder gar Abwertungstendenzen für die D-Mark machten es schwerer, die Geldentwertung einzudämmen. Höhere Kapitalmarktzinsen würden diesen Tendenzen entgegenwirken, hätten aber einen negativen Einfluß auf Investitionen und Wirtschaftswachstum. Dies wäre ausgerechnet in einer Zeit besonders hohen Kapitalbedarfs sehr schlecht.

391. Man sollte bedenken, daß die Notenbank es nicht in der Hand hat, derartigen Zinssteigerungen etwa durch eine reichlichere Geldversorgung Einhalt zu gebieten. Der gewünschte Zinsrückgang bliebe aus. Die Anleger würden eine Politik des billigen Geldes als Zeichen einer bevorstehenden Beschleunigung der Geldentwertung deuten und dafür einen Ausgleich durch einen höheren Nominalzins verlangen. Der Zins auf dem Kapitalmarkt würde steigen. Eine Geldpolitik, die auch nur vorübergehend ihre Aufgabe der Geldwertwahrung zugunsten der billigeren Finanzierung der deutschen Einheit hintanstellen würde, setzte sich nicht nur über die Interessen der Menschen in West und Ost hinweg, sondern käme auch den Staat teuer zu stehen. Er müßte den im Ergebnis höheren Zins auf seine gesamte aufgelaufene Schuld zahlen, und er würde außerdem zu massiven Subventionen für das Wiederingangbringen des unter dem Regime hoher Zinsen kollabierenden Wohnungsbaus gedrängt werden.

392. Durch den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurden der Deutschen Bundesbank die geldpolitischen Aufgaben und Befugnisse auch im Gebiet der früheren DDR übertragen. Besondere Schwierigkeiten bereitete es bei der Einführung der D-Mark im Osten Deutschlands, die Erstausstattung der DDR-Wirtschaft mit Zentralbankgeld stabilitätsgerecht zu bemessen. Der geldpolitischen Konzeption der Deutschen Bundesbank — ebenso der des Sachverständigenrates — entsprach es, sich hierbei grundsätzlich an dem von der DDR in die Währungsunion eingebrachten Produktionspotential zu orientieren. Maßgeblich konnte dabei nur das nach Einführung der Marktwirtschaft noch wettbewerbsfähige ostdeutsche Produktionspotential sein. Hierüber aber gab es keine zuverlässigen Schätzungen, und es gibt sie auch heute noch nicht. Die verbreitete Annahme, daß die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten in der DDR zur Zeit der Währungsumstellung bei 10 vH des westdeutschen Potentials lagen, war und ist plausibel, aber nicht mehr. Verglichen mit dieser Größe hält sich die mit der Währungsumstellung verbundene Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge mit 11 vH dicht an dem vermuteten Zuwachs an Produktionspotential, während die Ausweitung der Geldmenge M3 mit 15 vH deutlicher darüber liegt (Ziffer 208).

Zur Unsicherheit über die Basisgröße des wettbewerbsfähigen Produktionspotentials im Osten Deutschlands kommt noch die Unsicherheit über seine weitere Entwicklung im kommenden Jahr hinzu. Es ist in der Übergangsphase schlechterdings ausgeschlossen, diagnostizieren zu wollen, welche Kapazitäten bereits unrettbar obsolet geworden sind. Auch der Umfang der neu entstandenen Kapazitäten — so gering sie vorerst auch noch sind — läßt sich allenfalls grob veranschlagen. Man hat sich daher darauf einzustellen, daß alle diese vorläufigen Annahmen über Stand und Entwicklung des Produktionspotentials im Osten Deutschlands korrigiert werden müssen, sobald verläßliche Daten und Berechnungen vorliegen.

393. Auch das Verhalten der Kreditinstitute in den neuen Bundesländern mußte zur Zeit der Währungsumstellung zu den unbekannten Größen gerechnet werden. Besonders deutlich wurde dies in den ersten Monaten nach Schaffung der Währungsunion, als die im Osten ansässigen Kreditinstitute angesichts der für sie ungewohnten Refinanzierungsbedingungen zunächst recht vorsichtig operierten und zeitweise hohe unverzinsliche Reserven hielten, anstatt ihre freien Mittel zinsbringend am Geldmarkt anzulegen. Hinzu kommt, daß infolge von technischen Problemen Friktionen im Zahlungs- und Kreditverkehr auftraten.

All dies hat zu temporären Schwierigkeiten bei der Geldmarktsteuerung geführt (Ziffer 210). Nicht zuletzt wegen der westlichen Beteiligungen an Kreditinstituten und wegen der westlichen Hilfen bei der Umstellung der früheren DDR-Institute auf die ungewohnten neuen Anforderungen, aber auch wegen des Wettbewerbs mit Kreditinstituten aus dem westlichen Teil Deutschlands und aus dem Ausland, kann jedoch damit gerechnet werden, daß die Kreditinstitute aus der früheren DDR ihr Verhalten dem der hiesigen Geschäftsbanken recht schnell annähern werden. Man sollte daher erwarten dürfen, daß aus dem Bankenverhalten resultierende Instabilitäten im Geldangebotsprozeß bald abgebaut werden.

394. Länger dürfte es dauern, bis sich Unternehmen und Haushalte an die neuen Verhältnisse angepaßt haben. Jahrzehntelang waren die Anlagemöglichkeiten für Unternehmen und private Haushalte im Osten Deutschlands im wesentlichen auf die Geldhaltung beschränkt. Nun, da ihnen die ganze Vielfalt von attraktiv verzinslichen Anlageformen zur Verfügung steht, sind sie zunächst verunsichert und noch nicht darauf vorbereitet, für sie unbekannte und vielfach risikobehaftete Formen der Vermögensanlage zu wählen. Hinzu kommt, daß eine langfristig ausgerichtete Anlagestrategie angesichts der unsicheren Wirtschaftslage für viele Menschen im Osten Deutsch-

lands noch nicht in Frage kommt. Zwar ist zu erwarten, daß sich die Anlagegewohnheiten — und damit die Geldnachfrage — im Westen und im Osten Deutschlands mit der Zeit weitgehend aneinander angleichen werden, doch sind bisher kaum Anzeichen für derartige Vermögensumschichtungen erkennbar. So fällt die von der Bundesbank für die ersten Monate nach der Schaffung der deutschen Währungsunion ausgewiesene Geldvermögensbildung in Ostdeutschland mit knapp 4 Mrd DM noch recht bescheiden aus. Das Urteil ändert sich auch dann nicht grundlegend, wenn man in Rechnung stellt, daß private Nichtbanken aus Ostdeutschland vermutlich in geringerem Umfang Gelder auch bei Banken in Westdeutschland angelegt haben. Aus geldpolitischer Sicht stellt diese Verlagerung von Einlagen keine Instabilität des Geldnachfrageverhaltens dar, dem die Geldpolitik konzeptionell und bei der Bemessung ihrer Maßnahmen Rechnung zu tragen hätte. Für die Geldpolitik ist der gesamtdeutsche Geldmarkt maßgebend.

Zu einem anderen Urteil über die Stabilität der Geldnachfrage gelangte man, wenn die Zahlungsgewohnheiten der ostdeutschen Bevölkerung oder die Zinselastizität der Geldnachfrage — und damit die Geldumlaufsgeschwindigkeit — starken, nicht prognostizierbaren Schwankungen unterlägen. Darüber liegen jedoch keine Informationen vor.

Ebensowenig läßt sich schon jetzt abschätzen, inwieweit der Mindestreservebedarf des Bankensystems durch die Geldanlagedispositionen der Unternehmen und Haushalte in Ostdeutschland beeinflußt werden wird. Umschichtungen von Sichteinlagen zugunsten von Spareinlagen würden den Mindestreservebedarf tendenziell reduzieren.

395. So wichtig die Probleme bei der Abschätzung der Entwicklung des Produktionspotentials im Osten Deutschlands wie auch die noch fehlende Kenntnis der dortigen Geldnachfragegewohnheiten auch sind: Man muß sich die Größenordnung der beiden Teilbereiche des deutschen Währungsgebiets vergegenwärtigen, um die Relevanz dieser Unschärfen und Risiken für die Geldpolitik würdigen zu können. Bei einem Anteil um die 10 vH an der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung können die Risiken, die sich aus den bislang noch bestehenden Informationsdefiziten ergeben, weitaus geringer eingeschätzt werden, als es zunächst scheinen mag. Eine Geldangebotssteuerung, die sich am Produktionspotential orientiert, ist trotz der Unschärfe der Potentialbestimmung und trotz der Risiken hinsichtlich des Verhaltens der Banken und der Geldnachfrage in den neuen Bundesländern möglich und sinnvoll.

396. Wirtschaftspolitische Strategien wie die potentialorientierte Geldmengenregel mit vorab verkündetem Geldmengenziel müßten geändert oder ganz aufgegeben werden, wenn ihre Tauglichkeit in Zweifel stünde und wenn es bessere Strategien gäbe. Die mit der Erweiterung des Währungsgebiets und den damit verbundenen Unsicherheiten geschaffenen neuen Bedingungen sprechen jedoch nicht gegen die Beibehaltung eines potentialorientierten Geldmengenziels und dessen Vorankündigung. Sie legen es aber nahe, einer Verbesserung des Informationsstandes Rechnung zu tragen, nötigenfalls auch das Geldmengenziel zu korrigieren, wenn neue Informationen dies erfordern. Dies gehört zur Konzeption einer potentialorientierten Geldpolitik, wie sie der Sachverständigenrat vertritt (JG 85 Ziffer 239). Eine bessere, im praktischen Test erhärtete Strategie der Geldpolitik sehen wir nicht.

397. Wenn die Bundesbank ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt von der Ankündigung eines Geldmengenziels Abstand nähme, müßte dies zu einer erheblichen Verunsicherung führen. In einer Situation, in der die unsichere Entwicklung in der früheren DDR, die hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten und die Unsicherheit über die Ölpreise ohnehin die Erwartungen der Märkte belasten, würde darin das Signal gesehen, die Notenbank kapituliere vor den Schwierigkeiten, die Geldmengenentwicklung auf einem potentialgerechten Pfad zu halten.

Die Bemessung der Geldmengenexpansion sollte sich wie bisher am geschätzten mittelfristigen Potentialwachstum in jeweiligen Preisen orientieren und den Trend der Umlaufsgeschwindigkeit berücksichtigen. Wenn sich die Annahme über die Entwicklung des Produktionspotentials oder die über den Trendverlauf der Umlaufsgeschwindigkeit als nicht zutreffend erweisen, muß die Expansionsrate der Geldmenge entsprechend angepaßt werden. Sollten solche Umstände bekannt werden, ist eine Korrektur des Zielpfads für die monetäre Expansion nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten. Nochmals: Die Korrektur der Annahmen über die Entwicklung von Produktionspotential und Umlaufsgeschwindigkeit bedeutet nicht eine Abweichung vom Zielpfad, sondern seine in der Geldmengenregel angelegte immanente Korrektur.

398. Das vorangekündigte Geldmengenziel wird durch diese im System angelegten Korrekturen weder ausgehöhlt noch als Orientierungsgröße unklar und daher unbrauchbar. Man sollte auch die Größenordnung der vorzunehmenden Korrekturen nicht überschätzen. Wenn neue Informationen darauf hinweisen sollten, daß das Produktionspotential in den fünf neuen Bundesländern erheblich von der der Expansionsrate für die Geldmenge zugrunde liegenden Schätzung abweicht, oder wenn die Beobachtung des Geldmarktes darauf hindeuten sollte, daß sich die Geldnachfragegewohnheiten der Bürger im Osten Deutschlands beträchtlich von den hiesigen Verhaltensweisen unterscheiden, dürften sich die notwendigen Korrekturen der Ausgangsgröße des Zielpfades und seiner Expansionsrate wohl in vergleichsweise engen Grenzen halten. Wichtig ist, daß die Bundesbank Nachbesserungen ihrer Zielvorgabe überzeugend begründet, weil sonst die Orientierungsfunktion der Zielverkündung beeinträchtigt werden würde.

399. Das Kernproblem liegt freilich in der Diagnose. Festgestellte Abweichungen vom Zielpfad können immer auch die Folge einer aktiven Geldpolitik sein. Nur wenn zweifelsfrei erkennbar ist, daß die dem Geldmengenziel zugrunde liegenden Annahmen falsch waren, ist die Korrektur des Zielpfades geboten. Die Diagnose wird wohl auch im nächsten Jahr dadurch erschwert sein, daß noch keine fundierten Schätzungen über den Umfang des Produktionspotentials oder über die Kassenhaltungsgewohnhei-

ten in Ostdeutschland vorliegen werden. Es gilt daher, andere Beurteilungsmaßstäbe als die bisher üblichen zu verwenden. Hier ist zunächst vor ungeeigneten Indikatoren zu warnen. So läßt sich aus Gründen, die wir oben bereits dargelegt haben, aus der Entwicklung der langfristigen Zinsen nicht auf die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld schließen. Ebenso wenig geeignet ist der Außenwert der Währung; denn er hängt nicht nur von dem Kurs der anderen Politikbereiche ab (Ziffern 322ff.), sondern auch von der Wirtschaftspolitik im Ausland.

Anhaltspunkte für strukturelle Änderungen im Geldangebotsprozeß und für Instabilitäten in der Geldnachfrage können sich in der Geldmarktentwicklung zeigen. Wenn die Einhaltung des festgelegten Geldmengenziels starke Zinssteigerungen am Geldmarkt erfordert, so kann dies ein Indiz dafür sein, daß sich der Bedarf an Zentralbankgeld im erweiterten Währungsgebiet doch als höher erweist, als es aus heutiger Sicht anzunehmen ist. Umgekehrt wären bei einem allzu reichlich bemessenen Geldmengenziel vorübergehend sinkende Geldmarktzinsen zu erwarten. Gravierende Zinsänderungen am Geldmarkt können also Anlaß geben, die Angemessenheit des angekündigten Geldmengenpfades zu überprüfen. Freilich ist immer eine sorgfältige Differentialdiagnose vorzunehmen, denn Zinsänderungen können zahlreiche Ursachen haben. Inflationserwartungen können eine Ursache sein. Dies läßt sich unter Umständen an einer steileren Zinsstruktur, also an einem größeren Abstand zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Zinsen, ablesen.

400. Grundsätzlich verbindet sich mit Veränderungen von Einzelpreisen kein Handlungsbedarf für die Geldpolitik. Änderungen einzelner Preise zeigen veränderte Knappheiten der Güter und Faktorleistungen an. Sie sind die Signale, denen Anbieter und Nachfrager bei ihren Entscheidungen Rechnung tragen. Dieses Spiel sich laufend verändernder relativer Preise bringt in einer offenen Wirtschaft mit intensivem Wettbewerb grundsätzlich nicht einen Prozeß der Geldentwertung in Gang.

Anders wäre zu urteilen, wenn sich ein so gewichtiger Preis wie der des Erdöls drastisch und abrupt erhöhen würde. Unter diesen Bedingungen käme es nur dann nicht zu einem Anstieg des Preisniveaus, wenn die Preise anderer Güter insgesamt in kompensierendem Ausmaße und schnell zurückgingen. Das ist aber in der Realität nicht der Fall. Eine Preisflexibilität nach unten ist kurzfristig schon deshalb nur bei wenigen Gütern vorhanden, weil mit den Tariflohnsätzen die Untergrenze für die bei weitem wichtigste Kostenkategorie, die der Lohnkosten, festgeschrieben ist. Außerdem sind viele Preise, gerade im Bereich der privaten Lebenshaltung, staatlich administriert und daher träge. Ein Preisschub des Rohöls, der das Preisniveau deutlich anhebt, würde daher — wenn die Geldpolitik unbeirrt ihren bis dahin stabilitätsgerechten Kurs hält — zu Einschränkungen bei Produktion und Beschäftigung führen.

Wenn es denn — entgegen unseren Erwartungen — zu einem neuerlichen Ölpreisschock kommen sollte, ist eine der Ausnahmesituationen gegeben, in denen geprüft werden muß, ob die Fortsetzung des bisherigen Kurses mehr gesamtwirtschaftlichen Schaden anrichtet als eine Akkomodierung der Geldpolitik (JG 1987 Ziffer 317). Was besser ist, läßt sich nicht im vorhinein festlegen, sondern erst dann in Ansehung aller Gegebenheiten — einschließlich des dann aktuellen Kurses der Lohnpolitik — entscheiden. Über die Schwierigkeiten einer dem Ausmaß des Schocks und den aktuellen Gegebenheiten Rechnung tragenden Akkomodierung sollte man sich keiner Täuschung hingeben. Dauer und Variabilität solcher Störungen wie die eines Ölpreisschocks sind nicht vorhersehbar. Das zeigt auch das in den letzten Monaten zu beobachtende Auf und Ab des Ölpreises, das nicht durch entsprechende beobachtbare Marktgegebenheiten wie größere Veränderungen des Weltölangebots oder der Weltölnachfrage erklärt werden kann. Eine stabilitätsgerechte Dosierung der geldpolitischen Akkomodierung ist auch deshalb so schwierig, weil die Preissetzer auf Produkt- und Faktormärkten die Bereitschaft zur Akkomodierung fälschlich als ein Signal deuten könnten — oder: deuten werden —, daß die Zentralbank auch die eigenen höheren Forderungen finanziell alimentieren wird. Das Risiko, daß die Akkomodierung über ihr Ziel hinausschießt und den Inflationsprozeß anheizt, ist sehr groß.

401. Die Zielvorgabe für das Jahr 1991 hat sich auf die gesamte in Deutschland umlaufende Zentralbankgeldmenge zu beziehen. Für die neuen Bundesländer gehen wir von der Annahme aus, daß ihr Produktionspotential etwa 10 vH des westdeutschen beträgt. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die unseren Überlegungen zugrunde liegt, hat sich im Zuge der Erweiterung des Währungsgebietes um etwa 11 vH erhöht. Diesen Anstieg halten wir für stabilitätskonform.

Bei der Festlegung des Geldmengenziels für das Jahr 1991 gehen wir von einer mittelfristigen Zunahme des Produktionspotentials, nominal gerechnet aus, die wir für den Westteil auf 5 vH veranschlagen. Für Ostdeutschland verzichten wir auf eine Setzung für die Zuwachsrate des Produktionspotentials. Bei der Umlaufsgeschwindigkeit halten wir einen Zuschlag für eine trendmäßige Abnahme nicht für erforderlich, zumal wir erwarten, daß sich in den neuen Bundesländern mit der fortschreitenden Angleichung der Geldhaltungsgewohnheiten eher eine leichte Zunahme der Umlaufsgeschwindigkeit einstellen wird und sich voraussichtlich auch die Verlagerung von Einlagen zu den Eurobanken fortsetzen wird.

Wir halten alles in allem eine Zuwachsrate von 5 vH für die bereinigte Zentralbankgeldmenge für angemessen. Als Ausgangspunkt für den Zielpfad nehmen wir das Niveau, das sich unter Berücksichtigung des Niveausprungs aus unserem letzten Jahresgutachten und der Erweiterung des Währungsgebietes ergibt (JG 89 Ziffer 305).

III. Tarifpolitik am zusammenwachsenden Arbeitsmarkt: Unterschiedliche Strategien

402. Eine einheitliche Tarifpolitik kann es 1991 im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum nicht geben. Zu unterschiedlich sind die wirtschaftlichen Ausgangslagen, die Entwicklungsperspektiven und Arbeits-

marktbedingungen beider deutscher Teilräume. In Westdeutschland läuft die Wirtschaft auf vollen Touren; der Preisauftrieb beschleunigt sich beunruhigend; die Expansion der Lohnstückkosten erreicht ein Ausmaß, das einen Stabilisierungskonflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik hervorrufen kann. Hier muß die Lohnpolitik zu einem Pfad zurückfinden, der die Lohnkostenbelastung der Wirtschaft nicht weiter anschwellen läßt, sondern zurückführt und von daher den gegenwärtigen Preisauftrieb eindämmt. Der hohe Beschäftigungsstand könnte bei weiter beschleunigtem Lohn- und Preisauftrieb nicht dauerhaft gehalten werden.

In Ostdeutschland vollzieht sich mit dem Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft an den Güter- und Faktormärkten ein tiefgreifender struktureller Wandel. Viele der alten Betriebe werden — wenn es nach Rentabilitätskriterien geht und notwendige strukturelle Anpassungen nicht gehemmt werden — ihre Pforten schließen; eine große Anzahl von Arbeitskräften wird freigesetzt. Umfangreiche Investitionen in überlebensfähige Betriebe und in Neugründungen sind erforderlich, damit der Wirtschaftsraum in der Leistungsfähigkeit allmählich Anschluß an das westliche Niveau findet und den Menschen in Ostdeutschland ausreichende Chancen auf Beschäftigung und hohe Löhne bieten kann. Hier ist eine Lohnpolitik erforderlich, die die strukturelle Erneuerung unterstützt. Die dringlichste Aufgabe ist es, die herrschende Lohnnivellierung aufzubrechen und eine knappheitsgerechte Lohndifferenzierung durchzusetzen.

403. Für die Wirtschaft in Westdeutschland vertritt der Sachverständigenrat die Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Die Nominallöhne sollen mit der Fortschrittsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ansteigen; der Preisanstieg sollte allenfalls mit einem Wert unterhalb der erwarteten Preissteigerungsrate berücksichtigt werden (JG 89 Ziffer 354). Diese Konzeption ist für die Wirtschaft in der ehemaligen DDR unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht geeignet. Anders als in Westdeutschland, wo die Wirtschaft bereits einen hohen Entwicklungsstand hat und sich im Zuge eines kontinuierlichen Strukturwandels fortentwickelt, steht die ostdeutsche Wirtschaft vor einer umfassenden Umstrukturierung. In dieser Phase würde die Orientierung der Löhne an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung, sei es an der Durchschnittsrate für Westdeutschland und Ostdeutschland, sei es an der ostdeutschen Rate, falsche Signale geben. Der Schwerpunkt muß vielmehr auf einer Tarifpolitik liegen, die sich stärker an der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Sektoren orientiert und die Spielraum für betriebsbezogene Lohnkomponenten läßt.

Ostdeutschland: Löhne und Leistungskraft in der strukturellen Erneuerung ausbalancieren

404. Im Osten Deutschlands steht das lohnpolitische Barometer auf Sturm. Es drohen 1991 Lohnsteigerungen, die weit über das hinausgehen könnten, was vertretbar ist, wenn man nicht nur die Höhe des Einkommens, sondern auch die Entwicklung der Beschäftigung ins Blickfeld nimmt:

- Der krasse Einkommensrückstand gegenüber Westdeutschland weckt das Verlangen nach einem raschen Aufholprozeß. Derzeit beträgt das Lohn- und Gehaltsniveau in der ehemaligen DDR zwischen 40 vH und 55 vH des westdeutschen Niveaus. Viele Arbeitnehmer werden es nicht einsehen, daß ihre Nominallöhne im vereinten Deutschland so weit hinter denen im Westen zurückstehen. Dies könnte sich in hohen, sehr hohen Lohnforderungen niederschlagen. Ein als stark und allzu lange anhaltend empfundener Lohnrückstand mag sich negativ auf Motivation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer in Ostdeutschland auswirken. Die Unternehmen würden sich von daher gedrängt sehen, die Lohnforderungen zu erfüllen.
- Der westdeutsche Arbeitsmarkt mit seinen respektablen Löhnen lockt. Viele ostdeutsche Unternehmen, besonders im Berliner Raum und im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze, werden vermutlich nicht anders können, als hohe westdeutsche Löhne zu zahlen, wenn sie leistungsfähige Arbeitskräfte halten und gewinnen wollen. Westliche Investoren im Osten werden sich bei der Entlohnung tendenziell ebenfalls an westlichen Löhnen orientieren, schon um Spannungen zwischen ihren westlichen und östlichen Betrieben zu vermeiden. Sie setzen damit Lohnstandards, denen sich die ostdeutschen Unternehmen kaum entziehen können.

Die organisierte Tarifpolitik steht in diesem Klima unter erheblichem Marktdruck. Anders als in Westdeutschland, wo die Effektivlohnsteigerungen im allgemeinen nur wenig über den tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen liegen, werden die Marktkräfte in Ostdeutschland für ein rasches Voraneilen der Effektivlöhne sorgen. Um nicht die Führungsrolle für die Lohnentwicklung zu verlieren, wird die Tarifpolitik versucht sein, auch gegen bessere ökonomische Einsicht ein rasantes Tempo bei den Lohnanhebungen vorzulegen.

405. Die Entgelttarifvereinbarungen in der DDR seit Mitte des Jahres, die vielfach zu Lohnanhebungen in der Größenordnung von 35 vH oder sogar mehr führten, haben Zeichen gesetzt. Soweit dahinter das Bemühen der Arbeitnehmer stand, die im Zuge der deutschen Währungsunion vermuteten Mehrbelastungen in Form neu eingeführter Sozialabgaben aufzufangen, mag hierfür noch Verständnis aufgebracht werden; zumal bei den Menschen in der DDR die Erwartung geweckt war, durch die Währungsunion würden keine Realeinkommenseinbußen eintreten. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß es den Auftakt für ähnlich hohe Lohnsteigerungen im Jahre 1991 bildete.

406. Dennoch: Es muß für eine ökonomisch angemessene Tarifpolitik geworben werden. Es besteht auch Grund, daß sich Arbeitnehmer und Unternehmer auf eine ökonomisch vertretbare Lohnpolitik verständigen. Denn wenn es anders käme, wäre folgendes absehbar: Lohnanhebungen, die die realwirtschaftliche Leistungskraft ignorierten, versetzten der markt-

wirtschaftlichen Erneuerung in der ehemaligen DDR einen Schlag. Die Unternehmen dort müssen sich auf die Anforderungen des Weltmarktes in einem mühsamen Anpassungsprozeß umstellen; in dieser Phase ist das Risiko des Scheiterns besonders groß. Lohnsteigerungen, die über die Leistungskraft der Betriebe hinausgingen, bürdeten den sanierungsfähigen Betrieben schwere, vielfach zu schwere Lasten auf. Je schneller die Nominallöhne im Vergleich zur Leistungskraft stiegen, um so weniger Menschen in Ostdeutschland profitierten davon, um so mehr fänden sich in der Arbeitslosigkeit wieder, es sei denn, die Sanktionsmechanismen des Marktes würden durch Subventionierung unrentabler Arbeitsplätze ausgeschaltet. Das Tempo des Aufschwungs nähme ab, denn bei überhöhten Lohnkosten und strukturkonservierenden Subventionen würde sich keine breite, wettbewerbsfähige unternehmerische Basis entfalten.

Dies bringt nicht nur vorübergehend wirtschaftliche Belastungen mit sich — im Gegenteil. Die westliche Erfahrung zeigt, daß aufkommende Rückstände im strukturellen Wandel letztlich zu schwer bekämpfbaren Verhärtungen führen: Aus vorübergehender Arbeitslosigkeit wird Langzeitarbeitslosigkeit; aus regionaler Wirtschaftsschwäche entsteht ein strukturschwaches Gebiet mit dauerhaftem Subventionsbedarf. Es steht also viel auf dem Spiel. Eine massive Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft heute schüfe Belastungen, an denen die ostdeutsche Wirtschaft und — wegen der dann dauerhaft erforderlich werdenden Transferzahlungen — auch die westdeutsche Wirtschaft lange Zeit zu tragen hätten.

407. Die Tarifpolitik in Ostdeutschland vollzieht sich 1991 in einer Übergangsphase. Auf die lange Sicht werden Lohnniveau und Lohnrelationen den westdeutschen Standards weitgehend entsprechen. Diese These ist nicht selbstverständlich. Sie basiert auf unserer Einschätzung, daß im Osten Deutschlands mit der Einführung der Marktwirtschaft, des Wettbewerbs und des Privateigentums ähnliche Anreizstrukturen wirksam werden wie im Westen. Dabei wird die westdeutsche Wirtschaft aufgrund ihrer Größe, ihrer Leistungskraft und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum dominieren und damit die Richtung vorgeben, in die sich der strukturelle Wandel in Ostdeutschland vollziehen wird. Sie basiert auf der weiteren Einschätzung, daß der ostdeutsche Wirtschaftsraum im Vergleich zum westdeutschen nicht rückständig bleiben muß, sondern auf westdeutsches Niveau aufschließen kann. Es wird in Ostdeutschland regionale Differenzierungen in der wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso geben wie in Westdeutschland. Aber im ganzen gehen wir langfristig nicht von einem spezifischen ostdeutschen Leistungsrückstand aus.

Daß sich in Ostdeutschland eine eigene Wirtschaftsstruktur entwickeln könnte, etwa eine, die der typischer Niedriglohnländer entspricht, ist unrealistisch. Am gesamtdeutschen Arbeitsmarkt können sich nicht im kleineren Teil, in der ehemaligen DDR, dauerhaft signifikant andere Lohnstrukturen halten als im größeren westdeutschen Teil. Der Angleichung der Lohnstrukturen folgt die Angleichung der Wirtschaftsstrukturen und umgekehrt. Es geht in der Lohnpolitik also nicht um dauerhaft „niedrige" Löhne in Ostdeutschland. Arbeitnehmer und Unternehmen können sich darauf einstellen, daß in Ostdeutschland langfristig kein spezifischer Lohnrückstand gegenüber Westdeutschland herrschen wird. Es muß aber betont werden, daß diese Einschätzungen an konkrete wirtschaftspolitische Voraussetzungen geknüpft sind. Insbesondere ist eine Politik erforderlich, die den strukturellen Wandel in Ostdeutschland fördert und nicht alte Strukturen konserviert (Ziffern 342 ff.).

408. Der heikle Punkt für die Lohnpolitik — insbesondere was ihre Akzeptanz durch die Arbeitnehmer angeht — ist der Zeitbedarf für die Anpassung. In kurzer Zeit — einem Jahr oder zwei Jahren — läßt sich das reale Ost-West-Lohngefälle nicht einebnen, jedenfalls nicht, wenn man den Leistungsstand der Wirtschaft in der gebotenen Weise berücksichtigt. Unterstellt man für Ostdeutschland dauerhaft einen Produktivitätsanstieg wie Anfang der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik (7 vH) und setzt man den westdeutschen Produktivitätsanstieg mit 2,5 vH an, so würde der derzeitige ostdeutsche Reallohnrückstand (rund 50 vH des westdeutschen Lohnniveaus) auch nach sieben Jahren erst zur Hälfte abgetragen sein. Der östliche Produktivitätsrückstand, der im großen und ganzen das Maß für das Lohngefälle gibt, verschwindet nicht von heute auf morgen. Er ist auf veraltete Produktionstechnologien in den Betrieben zurückzuführen, auf eklatante Mängel in der staatlichen Infrastruktur und auf die Schwierigkeiten der Menschen, sich nach jahrzehntelangem Leben und Arbeiten im Sozialismus nun auf das marktwirtschaftliche System umzustellen. Alles das zu überwinden, kostet Zeit. Solange die Übergangsphase nicht abgeschlossen ist, muß die Tarifpolitik in Ostdeutschland eigene Wege gehen, kann sie nicht in Analogie zur westdeutschen Tarifpolitik betrieben werden.

409. In Westdeutschland ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität der wichtigste Maßstab für Nominallohnanhebungen. Diese Konzeption läßt sich vorerst in Ostdeutschland nicht sinnvoll anwenden. Vielmehr ist eine Orientierung der Tariflohnpolitik an der Entwicklung der sektoralen Leistungskraft vorzuziehen, wobei Spielraum für betriebliche Lohnkomponenten bleiben sollte. Drei Argumente sprechen hierfür.

Erstens herrscht eine erhebliche Unsicherheit über die künftige gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung in Ostdeutschland. Kann die Lohnpolitik in Westdeutschland erfahrungsgemäß von einem vergleichsweise stabilen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätstrend in der Größenordnung von 2,5 vH bis 3 vH ausgehen, fehlen vergleichbare Anhaltspunkte für Ostdeutschland noch völlig. Wie sich die Produktivität dort entwickeln wird, hängt von vielen Faktoren ab, vom Investitionsverhalten, dem Tempo beim Ausbau der Infrastruktur, dem Erfolg bei der Privatisierung, der Verringerung der überhöhten Beschäftigtenzahlen in den Betrieben. Dies sind Faktoren, die sich heute nicht vorausschätzen lassen. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik nach westlichem Muster wäre also auf höchst unsichere Schätzungen für den Produktivitätsanstieg angewiesen. Dies wäre keine verläßliche Basis.

Zweitens kann die Rate des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts bei einem so starken Strukturwandel, wie ihn Ostdeutschland durchlaufen muß, verzerrte Orientierungen geben. Es ist möglich, daß die statistisch ermittelte gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerungsrate höher (oder niedriger) ist, als es die Produktivitätssteigerungsraten in allen Branchen sind. Solche Effekte treten auf, wenn sich die Gewichte, mit denen die einzelnen Branchen in die Berechnung der durchschnittlichen Produktivitätssteigerungsrate eingehen, im Zuge des Strukturwandels kräftig ändern und die verschiedenen Branchen im Ausgangszeitpunkt sehr unterschiedliche Produktivitätsniveaus aufwiesen. Eine Orientierung der Löhne an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität würde dann über die Sektoren aggregiert zu steigenden (beziehungsweise sinkenden) Lohnstückkosten führen; dies widerspräche dem Ziel der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stabil zu halten.

In Westdeutschland spielen derartige Struktureffekte bei dem verhältnismäßig langsamen Strukturwandel keine nennenswerte Rolle. Allenfalls vernachlässigbare ein bis zwei Zehntel Prozentpunkte trägt der Strukturwandel rechnerisch zur Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktivität eines Jahres bei. Die Produktivitätssteigerungsrate bleibt daher als Orientierungswert für die Lohnpolitik geeignet. Für Ostdeutschland ist jedoch mit einem starken Strukturwandel zu rechnen. Dabei läßt sich kaum verläßlich vorausschätzen, wie kräftig er sein wird und ob er überwiegend in die Richtung von Sektoren mit überdurchschnittlicher oder mit unterdurchschnittlicher Arbeitsproduktivität gehen wird. Unter diesen Bedingungen lassen sich die strukturbedingten Verzerrungen kaum prognostizieren. Es ist daher vorzuziehen, die Lohnpolitik stärker an den Einschätzungen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft in der jeweiligen Branche zu orientieren als am gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert für die Arbeitsproduktivität.

Drittens: Wenn die Investitionstätigkeit in Schwung kommt, wird innerhalb der einzelnen Branchen zwischen den Unternehmen ein erhebliches Leistungsgefälle entstehen. Modernen Betrieben mit hoher Leistungskraft stehen die alten Betriebe gegenüber, die so schnell noch nicht modernisiert werden konnten. Die Lohnpolitik kann das innerhalb der Sektoren in dem strukturellen Übergangsprozeß entstehende Gefälle an betrieblicher Leistungskraft nicht einfach ignorieren. Gleiche, dann vermutlich am höchsten Leistungsstand orientierte Löhne würden viele der alten Betriebe unter einen nur schwer, vielleicht gar nicht zu bewältigenden Anpassungsdruck setzen. Die Leistungskraft der modernsten Betriebe einer Branche kann in einer strukturellen Übergangsphase, wie sie die Wirtschaft im Osten Deutschlands durchlaufen muß, nicht ohne weiteres den Maßstab für die Lohnfindung der ganzen Branche abgeben. Dies spricht für eine stärker an den betrieblichen Möglichkeiten orientierte Lohnfindung. Dies muß nicht und es kann wahrscheinlich auch nicht zwischen den Tarifparteien zentral geregelt werden. Die betriebliche Komponente wäre über freie betriebliche Zuschläge zu den Tariflöhnen zu berücksichtigen. Die Tarifpolitik muß dafür Raum lassen.

410. Die ostdeutsche Lohnpolitik soll sich — so wird hier vorgeschlagen — an der sektoralen und betrieblichen „Leistungskraft" orientieren. Mit diesem Begriff verbinden sich vielfältige Vorstellungen. Leistungskraft umschreibt mehr als die „Wertschöpfung je Arbeitnehmer", also mehr als der Begriff der Arbeitsproduktivität. Ins Blickfeld zu rücken sind vor allem die Chancen der Branchen und Unternehmen, durch Neuentwicklung von marktfähigen Produkten, durch neue Produktionsverfahren und Managementmethoden, durch Qualifizierung der Arbeitnehmer und ihre Umgewöhnung auf marktwirtschaftliches Denken den Umstellungsprozeß zu bewältigen, der mit der Einführung marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in der ehemaligen DDR notwendig geworden ist. Diese Chancen sind von Betrieb zu Betrieb und von Branche zu Branche sehr unterschiedlich; die Unterschiede lassen sich nicht allein mit der Pro-Kopf-Wertschöpfung erfassen.

Die Orientierung der Lohnpolitik an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist für eine Wirtschaft sinnvoll, die im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Die ostdeutsche Wirtschaft erfüllt diese Voraussetzungen derzeit nicht. Sie muß ihren Platz in der internationalen Arbeitsteilung erst erobern, und Wettbewerbsfähigkeit wird sie nur mit erheblichen Anstrengungen gewinnen. Je besser dies den Unternehmen und Branchen gelingen wird, je näher sie diesem Ziel bereits gekommen sind, desto höher ist ihre Leistungskraft einzuschätzen.

411. Gegen eine an sektoralen Bedingungen orientierte Tarifpolitik lassen sich Einwände vorbringen. Sektoral differenzierte Lohnpolitik wirkt gegen die Marktkräfte. Diese führen für sich genommen — soweit der Faktor Arbeit mobil ist — nicht zu einer Differenzierung, sondern zu einem tendenziellen Ausgleich der Löhne für gleich qualifizierte Arbeit über die verschiedenen Sektoren in West und Ost. Zugleich kann bewußte sektorale Lohndifferenzierung den Strukturwandel behindern, wenn prosperierende Branchen für gleich qualifizierte Arbeit mehr bezahlen müßten als zurückbleibende Branchen und somit das Gewinngefälle tendenziell eingeebnet würde. Aufgrund dieser Überlegungen sind die Gesamtwirkungen einer sektoralen Lohndifferenzierung schwer abschätzbar (JG 88 Ziffer 341).

Der Sachverständigenrat ist gleichwohl der Auffassung, daß sektoral differenzierte Lohnsteigerungen ein Instrument sind, welches im strukturellen Wandel der ehemaligen DDR eine bessere Balance zwischen Zuwachs und Verlust an Arbeitsplätzen zu bewahren hilft. Der Grundgedanke ist, daß sich im strukturellen Wandel der notwendige Abbau unrentabler Arbeitsplätze im ganzen schneller vollzieht als der Aufbau neuer rentabler Arbeitsplätze. Dadurch belastet der Strukturwandel zunächst den Arbeitsmarkt. Die Asymmetrie zwischen raschem Arbeitsplatzabbau in schrumpfenden Branchen und langsamem Arbeitsplatzzubau in Wachstumsbranchen wird in Ostdeutschland besonders ausgeprägt sein, die daraus resultierende Belastung des Arbeitsmarktes besonders hoch. Sektorale Lohndifferenzierung im Sinne unterdurchschnittlicher Lohnsteigerungssätze in schrumpfenden Branchen könnte den Freisetzungsprozeß in diesen Branchen zeitlich strecken. Es geht

nicht darum, den strukturellen Wandel zu unterbinden, sondern das Tempo des Arbeitsplatzabbaus zu verlangsamen und Unternehmen in schrumpfenden Branchen mehr Spielraum für die Umstellung auf geänderte Marktbedingungen zu geben (JG 88 Ziffer 342).

412. Das Votum für stärker betriebsbezogene Lohnkomponenten verkennt die Risiken nicht. Betriebsbezogene Lohnverhandlungen tragen Verteilungskonflikte in den Betrieb hinein — eine Gefahr, die in Westdeutschland durch Betriebsverfassungsrecht und Tarifvertragssystem mit gutem Grund gering gehalten wird. Man muß jedoch sehen, daß die einheitliche Lohnentwicklung innerhalb einer Branche dann problematisch ist, wenn in der Branche höchst divergierende Entwicklungen der einzelnen Unternehmen zu erwarten sind. Dies ist in Ostdeutschland der Fall, jedenfalls in viel stärkerem Maße als in Westdeutschland. Daraus entsteht Handlungsbedarf für die Lohnpolitik. In betrieblichen Lohnverhandlungen läßt sich möglicherweise leichter die Einsicht vermitteln, daß die Übereinstimmung der Lohnentwicklung mit dem Fortschritt in der Leistungskraft des Betriebs die Sicherheit der Arbeitsplätze stärkt.

In manchen Betrieben wird man dazu neigen, den bequemen Weg hoher Lohnsteigerungen zu beschreiten, weil dies die geringsten Konflikte verursacht und weil unterschätzt wird, daß überhöhte Kostensteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen. Diese Gefahr ist akut; denn rentabilitätsorientiertes Denken ist dem bisherigen Management ostdeutscher Unternehmen fremd. Wichtiger noch, es fehlte der Sanktionsmechanismus, wenn den im Besitz der Treuhandanstalt befindlichen Unternehmen zu lange Überlebenshilfe gewährt würde und sie damit auch vor den Folgen einer möglicherweise überzogenen Lohnpolitik beschützt würden. Schlagkräftige Argumente gegen eine betrieblich differenzierende Lohnbildung liefern diese Überlegungen letztlich nicht. Den Betrieben können Zusatzvereinbarungen über die Löhne gar nicht untersagt werden. Gegen Unvernunft in der betrieblichen Lohnbildung gibt es nur ein wirksames Mittel: die Betriebe so schnell wie möglich in den Wettbewerb stellen.

413. Für potentielle Investoren in Ostdeutschland stellt die dortige Lohnentwicklung derzeit einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar. Noch ist nicht ausgemacht, daß die Lohnanhebungen 1991 und darüber hinaus im Rahmen des realwirtschaftlich Möglichen bleiben werden. Problematisch wäre es auch, wenn hohe Lohnsteigerungen heute im Vorgriff auf für morgen erwartete hohe Leistungssteigerungen, die dann wohlmöglich so aber nicht eintreffen, vereinbart werden. Bedenkt man, daß neugegründete Unternehmen, auch wenn sie mit der modernsten Technologie ausgestattet werden, im allgemeinen eine verlustbringende Anlaufphase überwinden müssen, wird deutlich, daß sich ein aufgesatteltes Risiko bei der Lohnentwicklung zu einem Investitionshemmnis entwikkeln kann. Auch diese Perspektive muß die Lohnpolitik sehen. Rasche Lohnsteigerungen mögen kurzfristig den Einkommensanstieg begünstigen; sie dämpfen aber die langfristigen Chancen für Einkommenssteigerungen, weil sie die Beschäftigung und die Investitionsbereitschaft beeinträchtigen. Kalkulierbarkeit der Lohnkostenentwicklung zumindest in der Startphase eines neugegründeten Unternehmens würde die Investitionsbereitschaft erhöhen.

Die Kalkulierbarkeit wäre sicherlich am besten durch Lohnkontrakte mit längerer Laufzeit zu erreichen, wobei mehrstufige Lohnanhebungen innerhalb der Laufzeit des Kontraktes vorgesehen werden könnten. Solche Kontrakte würden für die Investoren klare Erwartungshorizonte hinsichtlich der Lohnentwicklung schaffen. Längerfristige Lohnkontrakte sind allerdings für die Arbeitnehmer nicht attraktiv, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dynamischer verläuft, als es bei Vertragsschluß unterstellt wurde. Gerade in Ostdeutschland kann — bei geeigneten Weichenstellungen durch die Wirtschaftspolitik — mit einer dynamischen Entwicklung gerechnet werden, die freilich in ihrem Ausmaß nicht prognostizierbar ist. Daher müßten die längerfristigen Lohnkontrakte mit Vereinbarungen verbunden sein, nach denen die Arbeitnehmer Lohnnachbesserungen erhalten, wenn die Unternehmensgewinne stärker als erwartet steigen. Solche Vereinbarungen lassen sich nicht nur in Tarifvereinbarungen mit einer Bindungswirkung für alle Unternehmen treffen, sie könnten auch auf betrieblicher Ebene realisiert werden.

414. Die Abwanderungen aus der ehemaligen DDR gehen weiter, beschleunigen sich wohlmöglich noch. Dies rechtfertigt zwar keinen forcierten Lohnanstieg, verlangt jedoch nach einer knappheitsgerechten Lohnstruktur.

Das ökonomische Urteil über die Wanderungen ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht generell negativ. Unter allokationspolitischen Gesichtspunkten sind Wanderungsbewegungen für den volkswirtschaftlich effizienten Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit notwendig. Wenn Arbeitskräfte dorthin wandern, wo Arbeitsplätze verfügbar sind und höhere Löhne gezahlt werden, dann ist dies Ausdruck von Mobilität, und es fördert den strukturellen Wandel im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum. Es mag noch ungewöhnlich sein, wenn hier der westdeutsche und der ostdeutsche Arbeitsmarkt als eine Einheit betrachtet werden und Wanderungen zwischen den beiden Teilen nicht anders beurteilt werden als Wanderungen etwa zwischen dem Norden und dem Süden in Westdeutschland. Aber man muß sehen, daß mit der deutschen Vereinigung die Weichen für die Integration der beiden Arbeitsmärkte gestellt sind.

Man muß diesem Allokationsargument derzeit nicht die Priorität einräumen. Die wirtschaftliche Lage in der ehemaligen DDR ist schlecht; äußerste Anstrengungen der Investoren und der Arbeitnehmer sind erforderlich, um die wirtschaftliche Erneuerung zu schaffen. Massive Abwanderungen, insbesondere von leistungsfähigen, erfahrenen und qualifizierten Arbeitnehmern müßten den Wiederaufbau erheblich beeinträchtigen. Anreize zum Bleiben zu schaffen, liegt daher im Interesse des wirtschaftlichen Neubeginns in Ostdeutschland. Freilich sind allgemeine Lohnanhebungen kaum geeignet, die Zahl der Abwanderungen zu verringern. Bei hohen Lohnsteigerungen in Ostdeutschland werden, solange der Produktivitätsrückstand zum Westen anhält, nur mehr Arbeitskräfte freigesetzt; diese werden dann für sich überlegen, ob

sie in den westlichen Teil Deutschlands gehen. Ein wirksameres Mittel gegen Abwanderungen ist eine knappheitsgerechte Lohnstruktur.

415. Eine vorrangige Aufgabe für die ostdeutsche Tarifpolitik ist also die Herstellung einer qualifikationsorientierten Lohndifferenzierung. Bei noch weitgehend nivellierten Löhnen in der ehemaligen DDR und einer qualifikationsabhängigen Lohnspreizung in Westdeutschland ist der relative Rückstand des ostdeutschen Lohnes im Vergleich zum westdeutschen Lohn tendenziell um so größer, je höher qualifiziert ein ostdeutscher Arbeitnehmer ist. Damit ist gerade für die qualifizierten Arbeitnehmer der Anreiz zur Abwanderung auf den westdeutschen Arbeitsmarkt besonders ausgeprägt. Zugleich hemmt das fehlende Lohngefälle die Bereitschaft zur Qualifizierung. Wenn sich ein Mehr an Leistungsbereitschaft und bessere Ausbildung nicht in entsprechend höheren Einkommen niederschlagen, läßt sich Motivation kaum wekken. Eine stärkere Lohnspreizung in Ostdeutschland ist unumgänglich, um die Qualität des Produktionsfaktors Arbeit zu bewahren und zu verbessern. Dies ist eine Aufgabe, die keinen Aufschub erlaubt. Erste Schritte sind bereits getan, indem in einigen Tarifbereichen die Übernahme westdeutscher Tarifstrukturen vereinbart wurde. Die praktische Umsetzung steht noch aus.

416. Nominallohnpolitik ist in Ostdeutschland viel stärker als im Westen Reallohnpolitik und damit zugleich Beschäftigungspolitik. Die unmittelbaren Preiswirkungen von (überhöhten) Nominallohnsteigerungen werden in Ostdeutschland geringer sein, als es in der Bundesrepublik bisher der Fall war. Dies gilt zumindest bei überregional handelbaren Gütern, etwa bei industriellen Produkten. Aufgrund des großen Gewichts der westdeutschen Wirtschaft im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum wird die ostdeutsche Preisentwicklung weitgehend von der in Westdeutschland dominiert werden. Soweit dies der Fall ist, stellt es eine Restriktion für die ostdeutsche Lohnpolitik dar. Was an Preiseffekten ausbleibt, wird an Beschäftigungseffekten um so stärker zu spüren sein. Nominallohnsteigerungen, die nicht in Preisanhebungen überwälzt werden können, bedeuten uno actu Reallohnsteigerungen und damit Signale für den Abbau der Beschäftigung. Mag in Westdeutschland eine überhöhte Nominallohnsteigerungsrate nur in abgeschwächter Form zu einer Reallohnsteigerung führen, weil eine zumindest teilweise Überwälzung des Lohnkostenanstiegs in die Preise gelingt, gilt dies in Ostdeutschland in geringerem Maße.

Bei Gütern, die überregional nicht handelbar sind, können sich die Preise in Ostdeutschland mehr oder weniger unabhängig von denen in Westdeutschland bewegen. Zumindest gilt das für eine geraume Zeit; denn auf lange Sicht wird sich die Preisrelation zwischen überregional handelbaren und lokalen Gütern stabilisieren, so daß über den interregionalen Preisausgleich bei handelbaren Gütern und die Annäherung bei den Einkommen tendenziell ein Ausgleich bei den Preisen lokaler Güter zustande kommen wird.

417. Ausgeprägte Steigerungen sind in Ostdeutschland bei den Wohnungsmieten erforderlich. Nur bei kostendeckenden Mieten kann der Substanzverfall von Wohnraum gestoppt werden; nur dann gibt es Anreize für eine Ankurbelung des Wohnungsbaus. Mit dem Verweis auf die steigenden Mieten wird in der lohnpolitischen Auseinandersetzung eine entsprechende Kompensation verlangt werden. In der Tat ist es schwer vorstellbar, daß der gebotene kräftige Mietanstieg bei weitgehend unveränderten Löhnen durchgesetzt werden könnte. Von daher wird die Lohnentwicklung auch mit der Mietenentwicklung in Kontakt bleiben müssen. Andererseits wäre eine zu enge Bindung nicht unproblematisch.

Die Kaufkraft der Nominallöhne hängt nicht von einzelnen Preisen, sondern vom Preisniveau des typischen Warenkorbs ab. Steigt dieses, weil der Mietenanstieg nicht durch Preissenkungen anderer Güter kompensiert wird, kommt es zu einer Realeinkommenseinbuße. Sie reflektiert aber nicht unbedingt eine entsprechende Wohlfahrtseinbuße. Wenn kosten- und knappheitsgerechte Mieten dazu führen, daß die überfällige Renovierung und Sanierung von Wohnraum vorgenommen und der Neubau stimuliert wird, verbessert dies die Lebensbedingungen der Menschen. Sie müßten dann auch bereit sein, einen größeren Anteil ihres Einkommens als bisher für das Wohnen auszugeben.

Bei den anstehenden hohen Mietsteigerungen in Ostdeutschland kommen Belastungen auf die Mieter und Konsumenten zu, die sozialen Sprengstoff enthalten. Nominallohnsteigerungen können diesen nicht ohne weiteres entschärfen. Sie würden das Problem für breite Bevölkerungsschichten, deren Einkommen wie das von Rentnern allenfalls bedingt und verzögert an die Lohnentwicklung gekoppelt sind, nicht lösen. Kommt die erforderliche Lohndifferenzierung in Gang, werden die Einkommen einiger Arbeitnehmer überdurchschnittlich steigen; für diese wird die Mehrbelastung aus steigenden Mieten verkraftbar. Es werden allerdings Bezieher niedriger Einkommen durch Mietanhebungen durchaus in Schwierigkeiten geraten. In diesen Fällen ist nicht eine Nominallohnanhebung ratsam; das adäquate Instrument stellen angemessene Wohngeldregelungen dar.

418. Neben Lohnanhebungen waren Kündigungsschutzvereinbarungen Gegenstand der ostdeutschen Tarifverträge. Sie haben zum großen Teil Rationalisierungsschutzvorschriften aus der Zeit der Regierung Modrow ersetzt, die einen weit rigoroseren Kündigungsschutz vorgesehen hatten. Insoweit haben die tarifvertraglichen Kündigungsschutzabkommen die Anpassungsmöglichkeiten der Unternehmen beim Arbeitseinsatz erhöht.

Das Thema Kündigungsschutz wird in Ostdeutschland auf der Tagesordnung bleiben. Nachdem die Wirtschaft der DDR mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unvorbereitet einem scharfen internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt war, wurde vielen Menschen erst bewußt, wie sehr ihre Arbeitsplätze nun gefährdet waren. Die hohe Zahl von Entlassungen, die im strukturellen Wandel notwendig ist, hat viele überrascht. Daß in einer solchen Situation, die für die Menschen in der DDR völlig neu ist, Sorgen und Ängste dominieren, ist verständlich. Zu vermuten

ist, daß auch weiterhin das Heil in Arbeitsplatzschutzabkommen gesucht werden wird.

Freilich wäre dies keine dauerhafte Lösung für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Unrentable Arbeitsplätze können auf Dauer nicht geschützt werden, es sei denn durch Subventionierung. Dies aber konserviert überholte Strukturen und verringert drastisch die Chancen, daß neue, rentable Arbeitsplätze entstehen. Weitreichende Kündigungsschutzvorschriften verhinderten letztlich, daß die in vielen ostdeutschen Betrieben anzutreffende überhöhte Beschäftigung abgebaut werden kann. Damit bliebe die Leistungskraft niedrig, und das Überleben des Betriebes als Ganzes wäre gefährdet. Tarifverträge dürfen dem Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht entgegenstehen. Es gehört aber zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, daß Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, unterstützt werden.

Dies zu leisten, ist Aufgabe des Systems der sozialen Sicherung (Ziffern 594 ff.).

Umrisse einer lohnpolitischen Konzeption für Ostdeutschland

419. Die Lohnpolitik in der ehemaligen DDR muß darauf gerichtet sein, die Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft voranzubringen. Sie muß sich — anders als die westdeutsche Lohnpolitik — auf einen grundlegenden strukturellen Wandel der Wirtschaft einstellen und sich in ihm bewähren. Die Generallinie der Lohnpolitik darf nicht einfach darin bestehen, allgemeine Lohnanhebungen durchzusetzen; der entscheidende Punkt ist die strukturelle Differenzierung in der Lohnentwicklung. Die Umrisse einer solchen lohnpolitischen Konzeption könnten wie folgt aussehen.

- Die Tarifvertragsparteien vereinbaren — soweit noch nicht geschehen — Lohngruppenhierarchien. Es werden also die Leistungsmerkmale festgelegt, nach denen die Arbeitnehmer den verschiedenen Lohngruppen zugeordnet werden; zugleich wird auch die angestrebte Lohnspreizung über die Lohngruppen vereinbart. Lohngruppen sind die Voraussetzung dafür, daß die ineffiziente Lohnnivellierung in Ostdeutschland überwunden wird und durch eine qualifikationsgerechte Lohndifferenzierung ersetzt werden kann. Die Differenzierung baut den gerade bei höheren Qualifikationen besonders großen Lohnrückstand ab; sie motiviert zu Leistungssteigerungen, schafft Qualifikationsbereitschaft und beugt Abwanderungstendenzen vor. In der Regel werden sich die Strukturen der Lohngruppen an entsprechenden westdeutschen Vorbildern orientieren.

- Die Tarifvertragsparteien vereinbaren auf der Ebene einer Branche zunächst eine Basislohnsteigerungsrate. In Höhe dieser Rate werden die Löhne aller Beschäftigten im Geltungsbereich des Tarifvertrags linear angehoben. Mit der Basislohnsteigerungsrate werden allgemeine Lohnerhöhungen realisiert.

  Für die allmähliche Umsetzung der angestrebten Lohndifferenzierung vereinbaren die Tarifparteien eine Strukturrate. Ausgangspunkt ist in jeder Lohnstufe der nach der vereinbarten Lohnspreizung tarifvertraglich festgelegte Lohnsatz. Er wird derzeit in der Regel noch über dem Lohn liegen, den der in diese Lohngruppe eingestufte Arbeitnehmer tatsächlich erhält. Die Strukturrate könnte nun beispielsweise in der Festlegung bestehen, daß der Abstand zwischen dem für die Lohngruppe festgelegten Lohn und dem tatsächlich gezahlten Lohn um einen bestimmten Prozentsatz verringert wird. Je höher dieser Prozentsatz ist, um so schneller würde die angestrebte Lohndifferenzierung erreicht.

  Die Strukturrate wird für einen Arbeitnehmer, der in eine Lohngruppe oberhalb der untersten eingeordnet ist, neben der Basislohnsteigerung gezahlt. Auf Arbeitnehmer in der untersten Lohngruppe wird keine Strukturrate angewendet.

  Diese Ausgestaltung der Strukturrate führt dazu, daß die strukturell bedingten Lohnsteigerungen in einem Betrieb um so höher liegen, je stärker die oberen Lohngruppen in diesem Betrieb besetzt sind. Dies ist vertretbar, wenn mit der überdurchschnittlichen Besetzung oberer Lohngruppen zugleich eine entsprechend überdurchschnittliche Leistungskraft des Unternehmens verbunden ist. Wo das nicht der Fall ist, liegt die Vermutung nahe, daß die oberen Lohngruppen überbesetzt sind. Dieses Problem müßte durch Neueingruppierungen gelöst werden.

- Bei der Festlegung der Basislohnsteigerungsrate und der Strukturrate orientieren sich die Tarifvertragsparteien nicht an der Steigerungsrate gesamtwirtschaftlicher Arbeitsproduktivität, denn diese ist bei den zu erwartenden starken Strukturveränderungen ein verzerrter Indikator für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft. Zudem fehlen vorläufig verläßliche Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung.

  Orientierungspunkt sollte vielmehr die Einschätzung der Tarifvertragsparteien über die Entwicklung der branchenmäßigen Leistungskraft sein. Dies trägt zu einer stärker sektorspezifischen Lohndifferenzierung bei und streckt — wenn relative Lohnzurückhaltung in schrumpfenden Branchen geübt wird — den dort notwendigen Abbau der Arbeitsplätze. Hier wird man um pragmatische Setzungen nicht herumkommen; denn auch die branchenmäßige Leistungsentwicklung ist nicht einfach einzuschätzen, wenn auch leichter als die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung.

  Preissteigerungen werden bei der Lohnfindung nur mit einer Rate einbezogen, die unter der für Westdeutschland erwarteten Preissteigerungsrate liegt. Damit wird der Lohnkostendruck gering gehalten und einer die Beschäftigung gefährdenden Reallohnsteigerung in Ostdeutschland entgegengewirkt.

  Bei der Bemessung von Basislohnsteigerungsrate und Strukturrate sollte berücksichtigt werden, daß eine qualifikationsgerechte Lohndifferenzierung in Ostdeutschland überfällig ist. Daher wäre es

grundsätzlich vorzuziehen, wenn Lohn- und Gehaltssteigerungen mehr durch die Strukturrate als durch Basislohnsteigerungen zustande kämen.

420. Basislohnsteigerungsrate und Strukturrate haben Mindestlohncharakter. Es wäre jedoch problematisch, wenn sich die beiden Raten an der Leistungskraft der modernsten Betriebe orientierten, weil dies die Anpassungsfähigkeit der noch nicht modernisierten Betriebe überfordern müßte. In der Übergangszeit, bis sich neue, stabile Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland abzeichnen, sollte möglichst viel Raum für betriebsindividuelle Lohnanpassungen erhalten bleiben. Dies würde sich darin niederschlagen, daß die Effektivlöhne rascher steigen als die Tariflöhne. Es wäre verfehlt, eine solche Lohndrift der Tarifpolitik als Versagen anzulasten, weil sie offenkundig den Lohnerhöhungsspielraum nicht ausgeschöpft habe. Vielmehr wäre es als Erfolg der Tarifpolitik zu werten, die auf diese Weise in der schwierigen Übergangsphase der ostdeutschen Wirtschaft den Unternehmen eine gewisse Flexibilität bei der Entlohnung einräumt.

421. Die Laufzeit der Tarifverträge sollte nicht nur wenige Monate betragen, sondern einen möglichst langen, wenigstens zweijährigen Zeitraum umfassen. Auf diese Weise ließe sich eine die Investitionsneigung hemmende Unsicherheit über die künftige Lohnentwicklung am ehesten verringern. Dabei können mehrstufige Lohnanhebungen innerhalb der Laufzeit des Tarifvertrags vorgesehen werden. Notwendig wäre allerdings die Verbindung länger laufender Tarifverträge mit ertragsabhängigen Entlohnungsformen. Nur so wird die volle Beteiligung der Arbeitnehmer an einer möglicherweise rascheren als der vorausgeschätzten Steigerung der Leistungskraft gesichert; die Unternehmen hätten den Vorteil, daß die ertragsabhängigen Lohnkomponenten erst fällig würden, wenn sie von der Rentabilität des Betriebs her verkraftbar wären.

Westdeutschland: Zur Stabilität zurückfinden

422. Konnte im Vorjahr noch festgestellt werden, daß die westdeutsche Tarifpolitik zu der stabilen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft beigetragen hatte (JG 89 Ziffer 347 f.), fällt das Urteil in diesem Jahr anders aus:

- Die Lohnpolitik hat den Pfad der Stabilität verlassen. Sprunghaft ansteigender Lohnkostendruck schafft Vorbelastungen für die weitere Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft.
- Nach dem Auslaufen der mehrjährigen Tarifverträge fehlt nun die Perspektive, daß die Lohnentwicklung alsbald zum stabilitätsgerechten Produktivitätspfad zurückfinden könnte.
- Im ordnungspolitischen Bereich ist die Hinwendung zu stärker betriebsindividuellen und ertragsabhängigen Lohnkomponenten nicht vorangekommen. Erfolge sind jedoch auf dem Gebiet der Flexibilisierung der Arbeitszeit zu verzeichnen.

423. In Westdeutschland ist — anders als vorerst in Ostdeutschland — die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität wichtigste Meßlatte für die Lohnentwicklung. Daran gemessen, ist die Linie moderater Lohnpolitik 1990 nicht fortgeführt worden. Tarifliche Lohnsteigerungen um 6,5 vH, wie sie 1990 beschlossen wurden, gehen weit über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg (3 vH) hinaus. Die tariflichen Lohnsteigerungen auf Stundenbasis beschleunigten sich von 3,8 vH im Jahre 1989 um fast zwei Prozentpunkte auf 5,5 vH; der Anstieg der Lohnstückkosten verdreifachte sich binnen Jahresfrist von 0,9 vH (1989) auf 3 vH in diesem Jahr. Was wir im vorigen Jahr in einem Simulationsszenario durchgespielt hatten — eine Lohnpolitik, bei der „die Marktteilnehmer von der Erwartung einer Beschleunigung des inflatorischen Prozesses ausgehen, ohne hinreichend in Betracht zu ziehen, daß die Geldpolitik gegensteuert" (JG 89 Ziffer 237) —, ist eingetreten.

424. Daß die Folgen in Form einer Stabilisierungskrise bislang ausgeblieben sind, ist besonderen Faktoren zu verdanken: den expansiven Impulsen aus der Öffnung der Grenzen der DDR und dem enormen Expansionsimpuls der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr. Bis zum Sommer hat auch die unerwartete Verbesserung der Terms of Trade eine Entlastung bei den Kosten gebracht. Grund zur Beruhigung gibt dies alles nicht. Die gegenwärtige Konstellation überaus expansiver Finanzpolitik, eher restriktiver Geldpolitik und stabilitätswidriger Lohnpolitik mag die Wirtschaft im Augenblick im „Gleichgewicht" halten, aber es ist ein labiles Gleichgewicht. Die Terms of Trade verschlechtern sich seit Jahresmitte vor allem durch den Ölpreisanstieg; für 1991 rechnen wir mit einer weiteren Verschlechterung, so daß von hier zusätzliche Kosten auf die Wirtschaft zukommen. Die konjunkturstützenden Impulse von den öffentlichen Haushalten werden zwar im nächsten Jahr noch anhalten; doch ist es dringlich, daß der Staat seinen Expansionskurs so schnell wie möglich verläßt (Ziffern 324 f.). Sobald dies einsetzt, wird der Kollisionskurs zwischen Geldpolitik und Lohnpolitik — sollte diese auf dem gegenwärtigen Lohnpfad bleiben — zu einer ernsthaften Belastung für die weitere Wirtschaftsentwicklung werden. Der Konflikt zwischen Geldpolitik und Lohnpolitik ist vertagt, nicht beseitigt.

425. Wir hatten es durchaus für akzeptabel gehalten, daß in den Lohnanhebungen dieses Jahres neben der Produktivitätssteigerungsrate auch eine Preiskomponente enthalten sein würde (JG 89 Ziffer 354). Dies war in Hinblick auf die Produktivitätsorientierung ein Kompromiß; denn bei der damals prognostizierten Preissteigerungsrate von 3 vH wäre es ohne Augenmaß geblieben vorzuschlagen, dies bei der Lohnfindung einfach zu ignorieren. Der entscheidende Punkt war jedoch die Anregung, daß der Preisaufschlag unterhalb der prognostizierten Preissteigerungsrate bleiben sollte; zugleich traten wir für erneut mehrjährige Tarifabschlüsse ein, in denen die Preiskomponente sukzessive abgebaut werden sollte. Mit dieser Regelung sollte die Perspektive eröffnet werden, daß die Lohnentwicklung zum stabilitätsgerechten Produktivitätspfad zurückfinden würde. Die Erwartungen wären auf Dezeleration des Lohnkostenauftriebs gerichtet gewesen. Die Geldpolitik wäre entlastet worden.

All das ist nicht geschehen. Die Preiserwartungen wurden in den Löhnen faktisch voll berücksichtigt; zu erneut mehrjährigen Tarifabschlüssen fanden sich die Tarifparteien nicht bereit. Damit ist ein lohnpolitischer Kurs eingeschlagen worden, der statt der Erwartung einer Dezeleration nunmehr die Erwartung einer Akzeleration des Lohnkostenauftriebs ausgelöst hat. Die Tendenzen sind auf Beschleunigung gerichtet, Beschleunigung beim Kostenanstieg, Beschleunigung beim Preisanstieg. Sollten aus den Tarifverhandlungen des nächsten Jahres die gleichen Steigerungsraten herauskommen wie in diesem Jahr — was wir in unserer Prognose annehmen, ohne es mit der Produktivitätsorientierung noch für vereinbar zu halten —, werden sich Lohnstückkostenanstieg und Preisanstieg auf jeweils 3½ vH beschleunigen. Lohnanstieg und Expansion der Lohnstückkosten würden wieder ein Ausmaß erreichen wie am Vorabend der scharfen Rezession von 1982.

426. Die Lohnpolitik muß wieder stabilitätspolitische Perspektiven eröffnen. Es muß erreicht werden, daß die Distanz zwischen der aktuellen und der stabilitätsgerechten Lohnsteigerungsrate nicht größer wird, sondern kleiner. Wir erneuern daher unseren Vorschlag, mehrjährige Lohnabschlüsse mit einer sukzessive sinkenden Preiskomponente abzuschließen. Die Lohnpolitik muß die Alternative sehen; wenn sie nicht selbst erreicht, daß die Lohnsteigerungen mit dem Produktivitätsfortschritt im Einklang bleiben, werden früher oder später die Marktkräfte dazu zwingen. Überhöhte Lohnsteigerungen führen bei einer der Geldwertstabilität verpflichteten Geldpolitik auf die Dauer in eine Rezession. Beschäftigungseinbußen werden dann den Lohnauftrieb dämpfen.

427. Zurückhaltendere nominale Lohnsteigerungen, als sie jetzt angelegt sind, würden den Preisauftrieb dämpfen. Den Arbeitnehmern ginge real also nichts an Einkommen verloren. Im Gegenteil würden die Einkommen sicherer, weil bei verringertem Tempo der Geldentwertung Stabilisierungskonflikte und damit Produktions- und Beschäftigungseinbußen weniger wahrscheinlich würden. Diese Interpretation stößt bei den Arbeitnehmern in einem konjunkturellen Boom auf Widerspruch. Aus Arbeitnehmersicht wird argumentiert, eine zurückhaltende Lohnpolitik würde den Preisauftrieb in der Hochkonjunktur kaum limitieren, sondern allenfalls die Unternehmergewinne zusätzlich ansteigen lassen. Diese Zusatzgewinne würden nicht einmal die Investitionsbedingungen verbessern, wenn sie als Reflex des Booms erkannt werden und somit nicht die langfristigen Gewinnerwartungen stärken. Lohnzurückhaltung zahlte sich für die Arbeitnehmer nicht aus.

Diese Interpretation weist mit Recht darauf hin, daß die Lohnpolitik alleine nicht die Geldwertstabilität gewährleisten kann. Wenn trotz stabilitätsgerechter Lohnpolitik inflationäre Übersteigerungen möglich sind, ist dies anderen Politikbereichen anzulasten — einer zu laxen Geldpolitik, einer zu expansiven Fiskalpolitik; auch mangelhafter Wettbewerb an den Märkten kann zum Preisauftrieb beitragen. Die gegenwärtige Bedeutung dieser Einflußfaktoren ist unterschiedlich einzuschätzen. Am Stabilitätskurs der Geldpolitik gibt es derzeit keine Zweifel. Die Finanzpolitik steht dagegen nicht auf Stabilitätskurs. Bliebe der expansive konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik erhalten, würde das zugleich die Bedingungen für eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik verschlechtern. Dies ist ein weiteres Argument neben den vielen anderen (Ziffer 324) für eine rasche Zurückführung des Expansionsimpulses im Staatshaushalt. Die Wettbewerbsintensität ist eher größer geworden. Die reale Aufwertung der D-Mark und die tendenzielle Konjunkturabschwächung bei den Handelspartnern lassen Preiserhöhungsspielräume schrumpfen. Es bleibt dabei: Die stabilitätspolitische Aufgabe kann nicht allein den Tarifparteien aufgebürdet werden; die Tarifparteien müssen sich vielmehr darauf verlassen können, daß auch die anderen Politikbereiche ihren stabilitätspolitischen Beitrag leisten (JG 89 Ziffer 263). Aber die Tarifpolitik bleibt ebenso in der Verantwortung.

428. Maßstab für die westdeutsche Lohnpolitik bleibt auf absehbare Zeit der Produktivitätsanstieg in Westdeutschland, nicht etwa der gesamtdeutsche Produktivitätsanstieg. Sobald der Strukturwandel in Ostdeutschland greift, wird dort der Produktivitätsfortschritt über dem in Westdeutschland liegen. Würde man Produktivitätsorientierung so verstehen, daß sowohl die westdeutschen als auch die ostdeutschen Lohnsteigerungen an der gesamtdeutschen Produktivitätsentwicklung ausgerichtet werden, käme es im Effekt zu gleich starken Lohnanhebungen in beiden Teilräumen. Die Arbeitnehmer in Ostdeutschland wären insgesamt nicht in der Lage, ihren Lohnrückstand gegenüber Westdeutschland abzubauen. Zugleich kämen westdeutsche Unternehmen unter verstärkten Lohnkostendruck. Preisauftriebstendenzen und Freisetzungen von Arbeitskräften in Westdeutschland wären die unangenehme Folge.

429. Es wäre eine Fehlreaktion der Lohnpolitik, wenn ölpreisbedingte Preisimpulse zu zusätzlichen Nominallohnsteigerungen führten.

Der Versuch, die Lohnbezieher von den Mehrbelastungen aus der Ölrechnung zu befreien, könnte nur gelingen, wenn die Lasten von anderen Einkommensbeziehern getragen würden. Belastet würden nicht nur Gewinneinkommen und Vermögenseinkommen, sondern insbesondere auch die Transfereinkommen, wie Renten und Arbeitslosengeld, die an die Nominallohnentwicklung im allgemeinen nur verzögert angepaßt werden. Ob der Versuch aber gelingt, ist darüber hinaus noch fraglich. Wahrscheinlich ist eher, daß es zu Überwälzungsprozessen kommt, die eine inflationäre Preis-Lohn-Spirale in Gang setzen könnten.

Umgekehrt wäre es auch nicht sinnvoll, wenn die Lohnpolitik durch Lohnzurückhaltung das an Kostenentlastung schüfe, was durch den Ölpreisanstieg an Mehrkosten auf die deutsche Wirtschaft entfiele. Diese Strategie liefe darauf hinaus, daß die Reallast aus dem Ölpreisanstieg einseitig auf die Löhne abgewälzt würde. Allokationspolitisch vorzuziehen ist es, wenn die Reallast aus dem Ölpreisanstieg vom Ölverbraucher getragen wird.

Sollte der Staat zur Begrenzung seiner Defizite Verbrauchsteuern oder die Umsatzsteuer erhöhen, so hat auch dies Preiseffekte, die forcierte Lohnsteigerungen nicht rechtfertigen würden. Die Preisanhebungen sind der Mechanismus, über den Realeinkommen von

den Verbrauchern auf den Staat übertragen werden. Nominallohnanhebungen wären auch in diesem Fall als Versuch zu werten, die Reallast von den Lohnbeziehern abzuwälzen. Auch in diesem Fall wäre dies Ausdruck eines Verteilungskonflikts, der letztlich zu beschleunigter Geldentwertung führen müßte (JG 88 Ziffer 335).

430. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Abkopplung individueller Arbeitszeit von Betriebslaufzeiten bleiben auf der Tagesordnung. Mit dem diesjährigen Abschluß in der Metallindustrie ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung getan worden (Ziffer 190). Die neue Vereinbarung, daß 18 vH der Beschäftigten regelmäßig bis zu 40 Stunden pro Woche arbeiten können, hat die Möglichkeiten für das betriebliche Arbeitsmanagement beträchtlich erweitert. Insgesamt zeigt der Abschluß, daß gewerkschaftliche Vorbehalte gegen flexiblere Arbeitszeiten geringer geworden sind. Ein nächster Schritt könnte sein, daß nunmehr Regelungen für die Jahresarbeitszeit getroffen werden; damit ließe sich ein Höchstmaß an flexibler und differenzierter Arbeitszeit ermöglichen (JG 89 Ziffern 359ff.).

431. Erneut nicht vorangekommen ist die stärker betriebsindividuelle Ausrichtung der Lohnpolitik. Sie hätte es ermöglicht, fest vereinbarte mit ertragsabhängigen Lohnkomponenten zu kombinieren. Man könnte in der geringen Verbreitung betriebsindividueller, ertragsabhängiger Lohnpolitik einen Beleg dafür sehen, daß sich Unternehmer wie Arbeitnehmer von dieser Entlohnungsform nicht die Vorteile versprechen, die ihr in der wissenschaftlichen Diskussion zugeschrieben werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die allgemeine Tarifpolitik bislang noch zu wenig Spielraum für solche Entlohnungsformen gegeben hat. Die Öffnung der Tarifpolitik in Richtung auf mehr Betriebsindividualität und Ertragsbezug steht noch aus.

Teil C
Finanzausgleich reformieren — Eigenverantwortung und Unabhängigkeit stärken

432. Im Einigungsvertrag ist vorgesehen, daß bis Ende 1994 ein gesamtdeutscher Länderfinanzausgleich nicht stattfindet. In der Tat müßten die Maßstäbe des Länderfinanzausgleichs angesichts der großen Strukturunterschiede zwischen den Ländern in Westdeutschland und in Ostdeutschland versagen. Die wirtschaftliche Leistungskraft der fünf neuen Bundesländer unterschreitet noch weit die der schwächsten Bundesländer in Westdeutschland. Der Finanzausgleich in Westdeutschland ist aber nur als „Spitzenausgleich" konzipiert: Den gesamten Steuereinnahmen der Länder (einschließlich Gemeindesteuern) von 220 Mrd DM im Jahre 1989 steht lediglich ein Volumen im horizontalen Länderfinanzausgleich von 3,5 Mrd DM sowie von 5 Mrd DM für Bundesergänzungszuweisungen und Finanzhilfen nach dem Strukturhilfegesetz gegenüber. Für die Hilfen an die ostdeutschen Länder stehen andere Größenordnungen zur Diskussion. Die sich hierfür anbietenden Gestaltungsmöglichkeiten werden an anderer Stelle in diesem Gutachten behandelt (Ziffern 347ff.).

Mit dem Fonds Deutsche Einheit haben Bund und Länder für die Unterstützung der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bewußt einen Weg außerhalb der üblichen Regeln des Länderfinanzausgleichs gewählt. Zugleich ist jedoch beschlossen worden, den Länderfinanzausgleich mit Wirkung vom 1. Januar 1995 zu reformieren. Der Finanzausgleich steht also auf dem Prüfstand.

433. Die geltenden Regelungen des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik behindern vielfach die effiziente Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat. Sie können Fehlallokationen bewirken, indem sie den Ausgabenwettlauf bei Bund und Ländern begünstigen und eine Subventionsmentalität bei Ländern fördern. Dieses Urteil bezieht sich sowohl auf die Normen, die für den horizontalen Ausgleich zwischen den Ländern und den vertikalen Ausgleich mit horizontaler Wirkung gelten, als auch auf die Verteilung der Besteuerungskompetenzen zwischen Bund und Ländern.

Eine Finanzverfassung, die dem Effizienzkriterium genügt, erfordert insbesondere,

- daß die einnahmennivellierende Wirkung des Finanzausgleichs tendenziell zurückgeführt und den einzelnen Bundesländern mehr Spielraum für die unmittelbare Beeinflussung ihrer Steuereinnahmen eingeräumt wird,
- daß den Ländern grundsätzlich keine fremdbestimmten Ausgaben auferlegt werden,
- daß horizontale und vertikale Ausgleichszahlungen nicht auf breiter Basis vorgenommen werden, sondern im wesentlichen auf Sonderfälle, insbesondere mit Spill-over-Wirkung, begrenzt bleiben.

In diesem Sinne ist der Finanzausgleich zu reformieren.

434. Der Finanzausgleich steht in einem Spannungsfeld zwischen allokativen und distributiven Zielen. Im Sinne einer effizienten Allokation der Ressourcen ist eine weitgehend dezentralisierte Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern sinnvoll. Diese setzt voraus, daß die einzelnen Gebietskörperschaften in starkem Maße eigenverantwortlich und unabhängig voneinander handeln können. Eine weitreichende Vermischung von Aufgaben und Ausgaben und ein umfangreicher finanzieller Ausgleich zwischen den Gebietskörperschaften stünden dem entgegen.

Andererseits gibt es in einem Bundesstaat auch distributive Ziele. Im Grundgesetz sind sie mit dem Maß-

stab der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" auch angesprochen. In einem Gesamtstaat muß es bestimmte Gemeinsamkeiten für alle Bürger geben. Nach Quantität und Qualität muß also ein einheitliches Mindestmaß für die Versorgung mit öffentlichen Gütern gewährleistet sein. Dies ist die Legitimation für einen Ausgleich der Finanzkraft der Bundesländer.

Wenn hier eine kritische Würdigung des bisherigen Finanzausgleichs vorgenommen wird, dann geschieht das nicht, weil diese distributiven Ziele klein zu schreiben wären. Es geschieht deshalb, weil die allokativen Aspekte im gegenwärtigen System des Finanzausgleichs eher vernachlässigt sind und der Finanzausgleich insofern zu einer ineffizienten Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern führt. Die Reformvorschläge für den Finanzausgleich zielen darauf ab, diesen Fehlallokationen entgegenzuwirken. Es wird dafür geworben, daß die Politik die allokativen Effekte mit bedenkt, die die Umverteilung im Rahmen des Finanzausgleichs auslöst.

Maßstäbe für die Gestaltung des Finanzausgleichs

435. Den konzeptionellen Ansatz für die Ausgestaltung der Finanzverfassung und damit auch des Finanzausgleichs bildet die Vorstellung, daß die Effizienz des Wirtschaftssystems im Bereich der öffentlichen Güter durch die dezentrale, weitgehend eigenverantwortliche Entscheidung der Gebietskörperschaften gesichert werden kann, wie auch im Bereich der privaten Güter Effizienz durch die dezentrale, eigenverantwortliche Entscheidung der privaten Wirtschaftssubjekte hergestellt wird.

Die dezentrale und damit bürgernahe Deckung des Kollektivbedarfs wird durch die Erfahrung gerechtfertigt, daß die Präferenzen der Bürger in bezug auf Art und Umfang der Versorgung mit öffentlichen Gütern regional streuen können. Dies kommt beispielsweise in regional divergierenden Wahlentscheidungen zum Ausdruck. Deshalb führt eine dezentralisierte Verantwortung für öffentliche Aufgaben gegenüber einer zentralistischen Lösung in der Regel zu Wohlfahrtsgewinnen.

Namentlich bei größeren regionalen Unterschieden in der Finanzpolitik der einzelnen Gebietskörperschaften entsteht eine regionale Vielfalt in der Versorgung mit öffentlichen Gütern. Zugleich stellen sich aber auch regionale Unterschiede in den Steuerbelastungen ein. Dem Bürger wird deutlich, daß zwischen seinen Ansprüchen auf kollektive Leistungen und den daraus für ihn entstehenden Belastungen ein Zusammenhang besteht. Jeder kann durch Wahl des Wohnortes oder des Standortes für seinen Betrieb die seinen Präferenzen entsprechende Kombination von öffentlichem Leistungsangebot und steuerlicher Belastung wählen. Auf diesem Wege entsteht zugleich ein Wettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften, der die Effizienz der öffentlichen Bedarfsdeckung erhöhen wird.

Dezentralisierung bedeutet im Verhältnis von Bund und Ländern, daß die finanzpolitische Kompetenz der Länder so weit wie möglich ausgedehnt werden muß. Der Bund darf nur dort die Kompetenz in Anspruch nehmen, wo die Aufgaben von den untergeordneten Einheiten, den Ländern, nicht effizient wahrgenommen werden können (Subsidiaritätsprinzip). Analoges gilt im Verhältnis der Länder zu den Gemeinden. Dezentralisierung bedeutet im Verhältnis zwischen den Ländern, daß sie voneinander unabhängig ihren jeweiligen finanzpolitischen Kurs fahren können. Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, die durch unterschiedliche Finanzpolitik zustande kommen, dürfen nicht nachträglich durch nivellierende Ausgleichszahlungen wieder beseitigt werden.

436. Der wohlfahrtssteigernden Wirkung einer dezentralisierten Verantwortung für staatliche Aufgaben sind dort Grenzen gesetzt, wo die Leistungen einer Gebietskörperschaft positive oder negative Auswirkungen auf die Bürger anderer Regionen haben (Spill-over-Effekte). Überdies können die Pro-Kopf-Ausgaben, die zur Erfüllung bestimmter Staatsaufgaben erforderlich sind, in den einzelnen Ländern streuen. In solchen Fällen kann unter Umständen über die eigenverantwortliche Aktivität der Gebietskörperschaften hinaus eine miteinander abgestimmte Erfüllung der Staatsaufgaben notwendig werden. Es ist dann entweder ein horizontaler Finanzausgleich vorzusehen, oder die Erledigung dieser Aufgaben wird auf eine höhere Ebene des vertikalen Staatsaufbaus, also von den Ländern zum Bund verlagert.

437. Dezentralisierung bei der Bereitstellung öffentlicher Güter erfordert eine weitreichende Haushaltsautonomie der Gebietskörperschaften. Die für die Aufgabenerfüllung jeweils zuständigen Gebietskörperschaften müssen in den Grenzen der allgemeinen Budgetgrundsätze über ihre Ausgaben und Einnahmen frei entscheiden können; denn nur dann sind sie in der Lage, ihre Leistungen auf die Präferenzen ihrer Bürger abzustimmen.

Die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Aufgabenerfüllung ist nur zu erreichen, wenn eine Gebietskörperschaft, die eine Aufgabe zu erfüllen hat, die daraus entstehenden Ausgaben tragen und die Finanzierungsverpflichtung dafür übernehmen muß (Konnexitätsprinzip). Es gäbe keinen Anreiz, die Ressourcen sparsam einzusetzen, wenn die Aufwendungen für die Leistungen von einer anderen Gebietskörperschaft getragen werden, die dann ihrerseits ihr Ausgabenniveau nicht beeinflussen kann. Aus dem gleichen Grund ist so weit wie möglich auch auf fiskalische Äquivalenz zu achten. Danach soll ein Bürger für die Inanspruchnahme von Leistungen einer anderen Region grundsätzlich ein Entgelt zahlen.

Für mehr Autonomie der Länder auf der Einnahmenseite

438. Legt man diese Maßstäbe an die deutsche Finanzverfassung, so sind Fehlregulierungen zu konstatieren. Vor allem ist die Haushaltsautonomie der Länder nur unzulänglich verwirklicht. Zwar sind Bund und Länder nach dem Grundgesetz „in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig"; doch erstreckt sich die Entscheidungsfreiheit der Länder de facto im wesentlichen auf die Ausgabenpolitik.

Auf der Einnahmenseite hat der Bund im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung die Parameter auch für diejenigen Steuern festgelegt, deren Aufkommen ganz oder teilweise den Ländern zufließen. Die Länder können das Volumen ihrer Einnahmen — wenigstens kurzfristig — in nennenswertem Umfange lediglich über die Kreditfinanzierung gestalten. Gebühren und sonstige Einnahmen haben nur einen verhältnismäßig bescheidenen Umfang.

439. Die Unabhängigkeit der Länder bei der Ausgabenpolitik ist nur von begrenztem Wert, wenn die Entscheidungsfreiheit über die Haushaltsfinanzierung so stark eingeschränkt bleibt. Faktisch können dadurch die Länder ihr Ausgabenvolumen nach oben kaum selbst bestimmen. Die Auswirkungen unterschiedlicher Strategien der Finanzpolitik sind für den Bürger weniger fühlbar. So kann ein Land die Früchte seiner sparsamen Haushaltsführung nicht durch eine Steuersenkung an die Bürger weitergeben. Dies mindert den Anreiz zu Sparsamkeit.

Es ist nicht einleuchtend, daß die Steuerautonomie der Länder hinter der der Gemeinden zurückbleibt. Das kommunale Hebesatzrecht wird vom Grundgesetz gewährleistet, und es wird mit guten Gründen in der Diskussion verteidigt, die zur Zeit um die Reform der Gemeindesteuern, insbesondere der Gewerbesteuer, geführt wird. Wie die Beeinflußbarkeit ihrer Steuereinnahmen den Gemeinden Instrumente zur Gestaltung ihres Wirtschaftsraumes bereitstellt, wäre auch auf Länderebene ein Handlungsspielraum auf der Einnahmenseite sinnvoll.

440. Gegen die Feststellung einer zu eng begrenzten Einnahmenautonomie der Länder wird oft eingewandt, daß die Länder über den Bundesrat an Bundesgesetzen über die für die Länder maßgeblichen Steuern mitwirken. Dies sichert ihnen jedoch keine ausreichende Einnahmenautonomie. Gegen die Mehrheit des Bundestages können die Länder keine Änderung des ihnen zustehenden Steueraufkommens durchsetzen. Selbst wenn sie es könnten, löste es das Problem mangelhafter Einnahmenautonomie nicht; denn dabei geht es nicht um die Realisierbarkeit der Wünsche eines Kollektivs mehrerer oder gar aller Länder, sondern um die Entscheidungsfreiheit eines jeden einzelnen Landes über seine Einnahmen.

441. Der Forderung nach einer größeren steuerlichen Autonomie der Länder wird entgegengehalten, daß sich das Gefälle in der Qualität der Standorte und damit in der Wirtschaftskraft der Länder erhöhen würde, wenn „arme" Länder die Steuerbelastungen erhöhen müßten, während „reiche" Länder sie senken könnten. In der Tat gibt es den Standortwettbewerb der Länder. Man muß jedoch sehen, daß die Intensität dieses Wettbewerbs und die Erfolgschancen der „armen" wie der „reichen" Länder weitgehend unabhängig davon sind, ob sie steuerliche Autonomie besitzen oder nicht. Wenn steuerliche Anreize nicht gegeben werden können, werden die Länder den Standortwettbewerb mit anderen Instrumenten ausüben. Vor allem mit der Ausgabenpolitik werden sie dann Unternehmen zu attrahieren versuchen. Der Subventionswettlauf ist in vollem Gang. Das Gefälle in der Wirtschaftskraft läßt sich nicht durch den Verzicht auf einzelne finanzpolitische, etwa steuerpolitische Instrumente, eingrenzen. Es kann nur durch eine geeignete regionale Strukturpolitik abgebaut werden.

442. Will man den Ländern einen größeren Spielraum bei der Gestaltung ihrer Steuereinnahmen einräumen, so setzt dies zugleich voraus, daß Steuerkraftunterschiede zwischen den Ländern nicht völlig beseitigt werden. Aus den Regelungen des Grundgesetzes ergibt sich, daß eine Verringerung der Unterschiede in der Finanzkraft der Länder gewollt ist. Tatsächlich führt die Konkretisierung dieser Umverteilungsregelung im Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern zu einer weitgehenden Nivellierung der Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung, über die die einzelnen Länder tatsächlich verfügen können. In einigen Fällen ergibt sich sogar ein „Überausgleich" (JG 88 Ziffer 271). Durch die Zuweisungen nach dem Strukturhilfegesetz, die letztlich den Charakter von Ergänzungszuweisungen haben, wird der Nivellierungseffekt noch ausgeprägter.

443. Die geschilderte weitreichende Umverteilung der Finanzierungsmittel über den Finanzausgleich ist unter Effizienzgesichtspunkten nicht unproblematisch. Sie verringert die Anreize, die die Länder haben, ihre Steuerquellen auszuschöpfen und zu pflegen. Länder, deren Finanzkraft den Bundesdurchschnitt übersteigt, müssen das 2 vH übersteigende Steuermehraufkommen in der Regel zu 70 vH und in jedem Falle das 10 vH übersteigende vollständig in den Länderfinanzausgleich einbringen. Es zahlt sich für die ausgleichspflichtigen Länder kaum aus, Mehreinnahmen zu erzielen, wenn sie diese zu einem erheblichen Teil oder gar vollständig an andere Länder abführen müssen.

Die ausgleichsberechtigten finanzschwachen Länder können sich darauf verlassen, mindestens 95 vH der durchschnittlichen Finanzkraft durch den Ausgleich zu erhalten. Anstrengungen zur Erhöhung der eigenen Finanzkraft werden dadurch weniger dringlich. Die Bewohner dieser Länder spüren die Kosten eines hohen Ausgabenniveaus um so weniger, je mehr diese Belastungen nicht aus regionalen Steuererhöhungen, sondern im Rahmen des Finanzausgleichs von anderen Ländern finanziert werden.

444. Nicht nur die Haushaltsautonomie der Länder ist auf der Einnahmenseite begrenzt. Auch der Bund bedarf für die wichtigsten Steuergesetze, die sein Steueraufkommen betreffen, der Zustimmung des Bundesrates. Somit ist der Bund auf eine Mehrheit der Länder angewiesen. Die Aushandlungsprozesse führen, wie die Erfahrungen lehren, mitunter zu ökonomisch problematischen Kompromissen (JG 88 Ziffern 270ff.). Dies gilt insbesondere für die Änderung des Verteilungsschlüssels der Umsatzsteuer. Sie soll zwischen Bund und Ländern nach dem Grundgesetz so vorgenommen werden, daß die Gebietskörperschaften unter anderem ihre „notwendigen Ausgaben" decken können. Da für die Beurteilung der Notwendigkeit von Ausgaben kaum praktikable Maßstäbe zu finden sind, orientiert man sich eher an den tatsächlichen Ausgaben. Dies diskriminiert jene Gebietskörperschaften, die eine zurückhaltende Ausgabenpolitik betreiben wollen. Daß dies tendenziell einen Ausgabenwettlauf begünstigt, ist evident.

Fremdbestimmte Ausgaben reduzieren

445. Dezentralisierung und Subsidiarität erfordern eine klare Aufgabentrennung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, insbesondere auch zwischen Bund und Ländern. Doch ist diese Aufgabentrennung durch die verschiedenen Formen der Mischfinanzierung eingeschränkt. Mischfinanzierungen verringern jedoch den Anreiz zu sparsamer Haushaltsführung. Sie können damit zu einer ineffizienten Bereitstellung öffentlicher Güter beitragen.

Vor allem ist hier das Institut der Gemeinschaftsaufgaben zu nennen. Danach wirkt der Bund an der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, „wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist" (Artikel 91 a Grundgesetz). Streng genommen ist die Gemeinschaftsaufgabe (zumindest primär) kein Instrument der Ausgabenverteilung, weil sie bei der vorgelagerten Stufe der Aufgabenverteilung ansetzt. Gerade dies ist jedoch bedenklich, weil es einer klaren Kompetenzabgrenzung bei der Aufgabenverteilung widerspricht. Auch die bei der Planung und Abwicklung der Gemeinschaftsaufgaben praktizierten Verfahren sind nicht dazu angetan, den grundsätzlichen Vorbehalt abzuschwächen; denn die Beschlüsse der Planungsausschüsse binden — zwar nicht de jure, aber doch de facto — die Entscheidungsfreiheit der Parlamente in Bund und Ländern und beschneiden damit deren Verantwortung. Aus der Sicht des Ökonomen ist vor allem zu kritisieren, daß bei dem Instrument der Gemeinschaftsaufgabe die Gefahr groß ist, daß die öffentlichen Aufgaben unwirtschaftlich erfüllt werden, weil die Nutzen aus den Aktivitäten von beiden Ebenen politisch in Anspruch genommen und damit tendenziell überbewertet werden, während die Kosten jeweils nur teilweise getragen und damit unterbewertet werden. Hinzu kommt, daß mit dem institutionalisierten gemeinsamen Planungsverfahren zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht.

446. Ähnlich sind die Bedenken gegen die Finanzhilfen, die der Bund den Ländern „für besonders bedeutsame Investitionen ... gewähren kann, die zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind" (Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz). Da die Mittel des Bundes auch bei dieser Möglichkeit zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden und die Länder wie bei den Gemeinschaftsaufgaben eigene Mittel einsetzen müssen, besteht die Gefahr, daß Projekte, die vielleicht aus der bürgernäheren Perspektive der Länder dringlicher wären, von diesen zugunsten der vom Bund bezuschußten Aktivitäten zurückgestellt werden. Dies widerspricht dem Sinn der dezentralisierten Aufgabenerfüllung. Werden die Formen der Mischfinanzierung zudem zeitlich unbefristet angewendet, erzeugt dies im öffentlichen Sektor nicht anders als im privaten eine Subventionsmentalität, bei der die Anstrengungen erlahmen, Erfolge aus eigener Kraft zu erzielen.

447. Eingeschränkt ist die Ausgabenautonomie der Länder schließlich bei den sogenannten Leistungsgesetzen, durch die den Ländern vom Bund Ausgabenverpflichtungen aufgebürdet werden können. Das geschieht durch „Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden" (Artikel 104 a Absatz 3 Grundgesetz). Der Bund trägt in diesen Fällen einen Teil der Ausgaben mit.

Die bedeutsamsten Beispiele für diese Form der Mischfinanzierung bieten das Wohngeldgesetz und das Bundesausbildungsförderungsgesetz. Durch das Wohngeld werden die Länder mit höchstens der Hälfte, durch die Ausbildungsförderung mit 35 vH der jeweiligen Transferausgaben belastet. Die Gesetze werden von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt. Die Länder haben bei der Festsetzung der Zahlungen — anders als bei der Sozialhilfe — keinen (nennenswerten) Ermessensspielraum und allenfalls eine sehr begrenzte Regelungskompetenz, die sich nicht unmittelbar auf die Höhe der Zahlungen erstreckt.

Horizontale und vertikale Ausgleichszahlungen begrenzen

448. Die Effizienz der Bereitstellung öffentlicher Güter ist nicht in jedem Falle dadurch zu sichern, daß die Länder ihre Ausgaben in eigener Verantwortung bestimmen und daß ein Land für seine Ausgaben selbst aufkommt. Es sind ebenso Fälle gegeben, in denen unter Effizienzgesichtspunkten ein finanzieller Ausgleich zwischen den Ländern oder zwischen Bund und Ländern sinnvoll ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Ausgabentätigkeit eines Landes positive Auswirkungen auf andere Länder hat (Spill-over-Effekte). Ebenso kann die Streuung der Pro-Kopf-Ausgaben der Länder bei der Erfüllung öffentlicher Ausgaben unter bestimmten Bedingungen einen Ausgleich rechtfertigen. Je nach Anlaß liegen dann unterschiedliche Lösungen für den Finanzausgleich nahe.

449. Horizontale Ausgleichsleistungen sind angemessen, soweit aus den Aktivitäten eines Landes für ein anderes Land positive Spill-over-Effekte resultieren, diese Effekte sich einigermaßen genau abschätzen und zurechnen lassen und das die Aktivitäten durchführende Land nicht auf anderem Wege, etwa durch den Verkauf seiner Leistungen am Markt, entgolten wird. Hier kommt es auf die Prüfung im Einzelfall an.

Ein Beispiel für Spill-over-Effekte bieten die Leistungen, die die Stadtstaaten für die in ihrer Nähe wohnenden Bürger der umliegenden Flächenstaaten erbringen. Allerdings stehen hier den Belastungen der Stadtstaaten auch Nutzen gegenüber; denn die einpendelnden Arbeitnehmer und einkaufenden Verbraucher aus dem Umland nehmen nicht nur die städtische Infrastruktur in Anspruch, sondern erhöhen mit ihren Aktivitäten auch die Wertschöpfung der ansässigen Unternehmen. Eine Bezifferung der Vorteile und Nachteile, die den beteiligten Ländern aus diesen Formen des privaten Leistungsaustausches entstehen, erscheint kaum möglich. Wenn die Stadtstaaten von den Unternehmen nur unzulänglich für ihre Infrastrukturleistungen entschädigt werden, so liegt das nicht an den Unzulänglichkeiten des Finanzaus-

gleichs im engeren Sinne, sondern an den Schwächen der Gewerbesteuer, die sich durch eine Reform der Unternehmensbesteuerung mit einem Übergang zur Wertschöpfungsteuer beheben ließen.

Eher kämen horizontale Ausgleichszahlungen für kulturelle Leistungen der Stadtstaaten in Betracht. So werden etwa deren Theater, Museen und ähnliche Einrichtungen von den Bewohnern der Umgebung besucht. Im Ausland gibt es Beispiele dafür, daß man versuchen kann, solche Spill-over-Effekte zu schätzen und durch Zahlungen der benachbarten Gebietskörperschaften zu entgelten. Man könnte sich vorstellen, daß auf der Grundlage von Staatsverträgen zwischen den beteiligten Ländern künftig auch in der Bundesrepublik solche Entschädigungen gezahlt werden. Artikel 107 Grundgesetz sieht horizontale Ausgleichszahlungen (bislang) für solche Fälle allerdings nicht vor.

Aus traditionellen Gründen hat das Bundesverfassungsgericht die Ausnahme zugelassen, im horizontalen Länderfinanzausgleich die Hafenlasten zu berücksichtigen. Diese werden indessen nicht durch Ausgleichszahlungen kompensiert, sondern man versucht, der Belastung durch pauschale Abzüge bei der Ermittlung der Steuerkraft Rechnung zu tragen. Das ist aus mehreren Gründen unbefriedigend.

Zunächst ist es nicht gerechtfertigt, daß die einzelnen Länder nach ihrer Finanzkraft und ohne Rücksicht auf die ihnen zuzurechnende Hafennutzung zu diesem Ausgleich herangezogen werden. Sodann ist fraglich, ob eine Kompensation überhaupt angezeigt ist; denn die Dinge liegen hier ähnlich wie bei dem oben beschriebenen Pendlerproblem, weil sich Vorteile und Nachteile, die die beteiligten Länder aus dem Hafenbetrieb ziehen, kaum exakt beziffern lassen. Schließlich liegt die Unterhaltung der Häfen zunächst im Interesse der betreibenden Gebietskörperschaften selbst; denn sie schafft Arbeitsplätze, und aus dem Hafenumschlag entstehen Beiträge zum regionalen Inlandsprodukt. Nur wenn sich Lasten und Nutzen einigermaßen exakt abschätzen ließen und sich dabei ein Saldo zu Lasten der die Seehäfen betreibenden Länder ergäbe, wäre es angemessen, die die Häfen nutzenden Länder nach dem Maßstab ihrer jeweils überschießenden Vorteile zu Ausgleichszahlungen zu verpflichten. Im übrigen müßte eine solche Regelung dann für alle und nicht nur für vier Häfen in Betracht gezogen werden, und sie dürfte dann auch nicht nur für die Häfen gelten.

450. Eine Streuung der Pro-Kopf-Ausgaben der Länder bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben kann auf Sonderbelastungen zurückzuführen sein. Bestimmte Ausgaben fallen überhaupt nur in einem oder in wenigen Ländern oder in den einzelnen Ländern in sehr unterschiedlicher Höhe an, weil die Aufgaben nicht überall bestehen oder ihr Gewicht sehr verschieden ist. Ein typisches Beispiel für solche Sonderbelastungen bietet der Küstenschutz. Vertikale Ausgleichsleistungen (etwa in Form der Ergänzungszuweisungen des Bundes gemäß Artikel 107 Absatz 2 Grundgesetz) wären am ehesten geeignet, diese Sonderbelastungen auszugleichen. Sie sind im übrigen auch das geeignete Instrument des Finanzausgleichs bei Spill-over-Effekten, die sich nicht hinreichend genau quantifizieren und zurechnen lassen. Allerdings besteht in diesen Fällen häufig die Schwierigkeit, das Volumen der Zuweisungen angemessen festzusetzen. Auch sonst ist die Bestimmung der Maßstäbe für die Bundesergänzungszuweisungen nicht unproblematisch. Die geltenden Regelungen des Grundgesetzes sind nicht konkret genug. Exakte Kriterien lassen sich aber schwerlich formulieren. Die Gefahr ist zu sehen, daß unter den Ländern ein Wettlauf um die Anerkennung von Sonderbelastungen ausgelöst werden könnte, wenn dieses Instrument bei einer Neuordnung des Finanzausgleichs weit ausgebaut würde. Angesichts der Vielzahl angemeldeter Lasten wäre dann wohl nur noch eine willkürliche Auswahl möglich.

Eine mit ökonomischer Effizienz vereinbarte Regelung würde sich nur dann erzielen lassen, wenn als Sonderbelastungen ausschließlich „erhebliche" Aufwendungen eines Landes und solche Leistungen anerkannt würden, die offensichtlich in einem großen Umfang nicht nur den Bürgern des eigenen Landes zugute kommen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfen aber gerade solche Sonderlasten nicht durch Bundesergänzungszuweisungen ausgeglichen werden. Hier wären also neue Rechtsnormen zu setzen. Sofern es sich bei den Sonderbelastungen der Länder um gesamtstaatliche Aufgaben handelt, die weit über die Interessen des einzelnen Bundeslandes hinausgreifen, ist ohnehin die Übertragung auf den Bund sinnvoll.

451. Häufiger streuen die Pro-Kopf-Ausgaben, weil die Produktion der öffentlichen Güter mit unterschiedlichen Kosten verbunden ist. So ist etwa der Kilometerpreis für den Bau einer Straße in der Ebene im allgemeinen niedriger als in einer unwegsamen Gebirgsregion, und in einem Ballungsraum ist eine aufwendigere Infrastruktur notwendig als in einem dünn besiedelten Gebiet. Schließlich können bestimmte fixe Kosten in einem kleinen Lande zu höheren Pro-Kopf-Aufwendungen führen als in einem großen. Das wird — seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes — für einen Teil der Kosten der politischen Führung angenommen.

Die Streuung der Pro-Kopf-Ausgaben aufgrund unterschiedlicher Produktionskosten rechtfertigt im allgemeinen einen Ausgleich der Mehrbelastungen unter Effizienzgesichtspunkten jedoch nicht. Zwar ist die Höhe der Baukosten für eine Landesstraße von den topographischen Gegebenheiten abhängig. Fehlallokationen können in diesen Fällen aber nur vermieden werden, wenn vergleichsweise hohe Kosten über entsprechend hohe „Preise" — also höhere Gebühren, Beiträge oder Steuern —, verringerte Mengen oder geringere Qualität der öffentlichen Bedarfsdeckung für die Bürger fühlbar werden. Aus demselben Grunde dürfen die Kosten der Agglomerationen grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Gerade dies wird jedoch im deutschen Länderfinanzausgleich (und Gemeindefinanzausgleich) versucht, indem bei der Berechnung der für den Ausgleich maßgeblichen Meßzahlen die Anzahl der Einwohner jeweils nach der Gemeindegröße gewichtet wird. Die Fiktion dieses „veredelten Einwohners" begünstigt die Agglomerationen über das durch ihren Nutzen gerechtfertigte Maß hinaus und trägt damit zur Verstärkung der Probleme des ländlichen Raumes bei. Manche Struk-

turhilfemaßnahme für die ländlichen Regionen dürfte sich auf längere Sicht erübrigen, wenn die falschen Signale im Finanzausgleich abgebaut würden, die die Großstädte begünstigen.

452. Gerade wenn Dezentralisierung bei der Bereitstellung öffentlicher Güter angestrebt wird, werden die Länderausgaben pro Kopf auf Grund abweichender politischer Entscheidungen divergieren. Dabei können qualitative Unterschiede im Leistungsangebot zu unterschiedlichen Kosten führen. Besonders bedeutsam für die Ausgabenbelastung der einzelnen Länder ist jedoch der Umfang, in dem sie ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen. Erhöht etwa ein Land bundesrechtlich festgelegte Sozialleistungen durch ergänzende eigene Transferausgaben — beispielsweise zahlt Baden-Württemberg ein Landeserziehungsgeld, das „in unmittelbarem Anschluß an das Erziehungsgeld des Bundes" gewährt wird —, so wirkt sich das als eine zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt aus.

Daß politische Entscheidungen zu divergierenden Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung führen (können), ist durch die Entscheidungsfreiheit der Länder nach dem Subsidiaritätsprinzip bedingt. Es wäre deshalb abwegig, wenn daraus entstehende Belastungsunterschiede durch horizontale oder vertikale Ausgleichszahlungen abgebaut würden. Daß die Bürger nicht nur die Nutzen, sondern auch die Kosten der öffentlichen Güter und anderer Staatsaktivitäten spüren, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Wahlentscheidung ihre Präferenzen einigermaßen unverfälscht spiegeln kann.

Die Länder müssen die finanzpolitische Verantwortung für Ausgabenentscheidungen auch dort tragen, wo der Bund bei seiner Rechtsetzung dem Landesgesetzgeber die Konkretisierung wichtiger Regelungen überlassen hat oder den ausführenden Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Bestimmungen ein breiter Ermessensspielraum eingeräumt wird. Deshalb ist es beispielsweise richtig, daß die Länder (und Gemeinden) die Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz zu tragen haben; denn die Länder haben bei der gesetzlichen Festsetzung der Regelsätze und die ihnen nachgeordneten Gemeinden oder Gemeindeverbände insbesondere bei den Ermessensentscheidungen über die Hilfe in besonderen Lebenslagen einen nicht unbeträchtlichen Spielraum.

Ansätze zur Reform des Finanzausgleichs

453. Als Leitlinie für die Reform steht der Gedanke, die effizienzsteigernde Dezentralisierung der öffentlichen Güterversorgung dadurch zu unterstützen, daß die Haushaltsautonomie der Länder gestärkt wird. Auf der Einnahmenseite ist eine größere Eigenständigkeit der Länder erforderlich. Die finanzpolitischen Präferenzen der Länder würden den Bürgern dann nicht nur über die Ausgabenseite, sondern auch über die unterschiedlichen steuerlichen Anforderungen vermittelt werden. Standortentscheidungen der Unternehmen und Wohnsitzentscheidungen der privaten Haushalte würden dann nicht nur am öffentlichen Leistungsangebot, sondern auch an steuerlichen Belastungsunterschieden orientiert werden können. Diese allokativen Vorteile rechtfertigen freilich nicht eine völlige Einnahmenautonomie der Länder; denn den Vorteilen sind allokative, aber auch distributive Nachteile gegenzurechnen. Durch regional stark unterschiedliche Steuerbelastungen werden Ausweichreaktionen der Steuerzahler ausgelöst, was nicht im Sinne der volkswirtschaftlichen Effizienz liegen muß. Im Anschluß an die vierzigjährige Tradition in der Bundesrepublik kann es nur um begrenzte regionale Belastungsunterschiede bei den Steuern gehen.

454. Die Steuerautonomie der Länder läßt sich am ehesten im Rahmen der Einkommenbesteuerung verwirklichen. Vorbilder dafür gibt es in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten. Die Einkommensteuer wäre weiterhin als Gemeinschaftsteuer zu erheben, zu der dann aber nicht nur der Bund, sondern auch die einzelnen Länder Ergänzungsabgaben erheben dürften. Eine moderate Reform würde den „flexiblen" Teil der Einkommensteuersätze auf die Größenordnung von 5 vH der Steuerschuld festsetzen. Den Übergang kann man sich so vorstellen, daß der Einkommensteuertarif linear um 4,75 vH gesenkt wird. Der Bund erhebt zur Kompensation seiner Steuerausfälle eine (Bundes-)Ergänzungsabgabe in Höhe von 2,5 vH der Einkommensteuerschuld. Den Ländern wäre das Recht einzuräumen, ihrerseits eine (Landes-)Ergänzungsabgabe einzuführen, deren Tarif sie im Rahmen einer Höchstgrenze von beispielsweise 5 vH jeweils selbst festlegen können.

Die einzelnen Länder würden durch die (begrenzte) Steuerautonomie von der Steuerpolitik des Bundes weniger abhängig, und auch der Bund wäre bei seinen Entscheidungen über die ihm zustehende Ergänzungsabgabe nicht auf die Zustimmung des Bundesrats angewiesen. Die Auseinandersetzungen um die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, auch des Länderfinanzausgleichs, würden zwar nicht gegenstandslos, könnten aber an Schärfe verlieren, wenn sich die Belastungen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften ein wenig verschöben. Die vorgeschlagenen Änderungen in der Einkommenbesteuerung setzen eine Änderung des Grundgesetzes voraus. Dabei müssen die Interessen der Gemeinden bezüglich der Beteiligung am Aufkommen der Einkommensteuer gewahrt bleiben.

455. Im Rahmen der geltenden Regelungen des Grundgesetzes gibt es nur begrenzte Möglichkeiten, die Einnahmenautonomie der Länder dadurch zu stärken, daß der Bund die von ihm im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung erlassenen Regelungen ganz oder teilweise aufhebt und das Gesetzgebungsrecht auf die Länder überträgt. Einnahmenpolitisch wäre das vornehmlich für die Kraftfahrzeugsteuer und die Vermögensteuer interessant, weil diese Abgaben besonders ergiebig sind.

Die Mobilität des Steuerobjektes lädt bei der Kraftfahrzeugsteuer bei von Land zu Land unterschiedlichen Tarifen in besonderem Maße zu illegalen Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen ein. Außerdem wird zur Zeit eine (weitere) Umgestaltung der gesamten Besteuerung des Kraftverkehrs diskutiert, um sie in den Dienst umweltpolitischer Zielsetzungen zu stellen. Beide Gesichtspunkte sprechen dafür, die Kom-

petenz für die Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuersätze beim Bund zu belassen. Die Vermögensteuer sollte dagegen im Zuge einer Reform der Unternehmensbesteuerung ganz aufgehoben werden (JG 89 Ziffern 345 f.).

Durch eine Delegation von Gesetzgebungsrechten (allein) bei den übrigen Landessteuern an die Länder würden diese keinen nennenswerten Gestaltungsspielraum für ihre Einnahmenpolitik gewinnen. Allerdings sprechen zumindest bei der Grunderwerbsteuer auch steuersystematische Gründe dafür, den Ländern wenigstens hier die Tarifgestaltung zu überlassen.

456. Bedenken bestehen vor allem gegen die weitgehende Nivellierung der Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung im Rahmen des Finanzausgleichs. Soweit die derzeitigen Regelungen sogar zu einem Überausgleich führen, ist es geboten, sie umgehend zu korrigieren. Schritt für Schritt müßte dann aber auch der Umfang der Umverteilung zwischen den Ländern reduziert werden, um die Anreize für eigene Anstrengungen zu erhöhen. Im übrigen sollte der horizontale Länderfinanzausgleich vornehmlich darauf ausgerichtet werden, Spill-over-Effekte soweit wie möglich zu entgelten. Sonderbelastungen einzelner Länder könnten durch Ergänzungszuweisungen des Bundes angemessen ausgeglichen werden. Im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, die den Ausgleich von Sonderlasten außer den Hafenlasten verbietet, bedarf es auch zu einer solchen Neuorientierung des Länderfinanzausgleichs einer Änderung des Grundgesetzes.

457. Fremdbestimmte Ausgaben sind mit der Haushaltsautonomie schwerlich zu vereinbaren. Daher ist die Mischfinanzierung zurückzuführen.

- Kritisch sind die Gemeinschaftsaufgaben, aber auch die Leistungen nach dem Strukturhilfegesetz zu beurteilen (JG 88 Ziffern 405 ff.). Diese Formen der Mischfinanzierung sollten nach und nach abgebaut werden. Soweit sich das bei der einen oder anderen Gemeinschaftsaufgabe nicht durchsetzen läßt, sollte diese Art der Beteiligung des Bundes an den Lasten der Länder durch Finanzhilfen ersetzt werden. Wo die Mischfinanzierung für notwendig erachtet wird, müssen wenigstens die Effizienzmängel vermieden werden, die bei den Gemeinschaftsaufgaben aus der Vermengung der Kompetenzen und den damit zusammenhängenden Verfahrensformen resultieren. Soweit die geltenden Regelungen des Grundgesetzes über die Finanzhilfen diesen Überlegungen entgegenstehen, sollten sie angepaßt werden.
- Darüber hinaus sind Finanzhilfen nach Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz nur sparsam einzusetzen und vornehmlich auf den Ausgleich von Sonderbelastungen zu beschränken. Hafenlasten sollten nicht mehr berücksichtigt werden; deren Ansatz hat das Bundesverfassungsgericht aus traditionellen, nicht aber aus stichhaltigen ökonomischen Gründen toleriert.
- Schließlich sollte die Mischfinanzierung im Rahmen der Leistungsgesetze (Artikel 104 a Absatz 3 Grundgesetz) reduziert werden, um so zu verhindern, daß der Bund die Länder zur (Mit-)Finanzierung solcher Geldleistungen heranzieht, bei denen die Länder im Vollzug keine Möglichkeit haben, die Höhe ihrer Haushaltsbelastung unmittelbar zu beeinflussen.

Ganz wird sich die Mischfinanzierung nicht vermeiden lassen. Finanzhilfen können als „Hilfe zur Selbsthilfe" befristet namentlich in Sondersituationen geboten sein. In bezug auf die Aufgabenverteilung ist zu prüfen, ob der Bund die im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung in Anspruch genommenen Kompetenzen nicht zum Teil wieder auf die Länder übertragen kann.

458. Im Rahmen des Finanzausgleichs sollten Ausgleichszahlungen nur zur Abgeltung von Spill-over Effekten und im Falle schwerer regionaler Strukturkrisen temporär als „Hilfe zur Selbsthilfe" (unter strenger Zweckbindung) gewährt werden. Die Beseitigung von Strukturkrisen spielt gerade bei den fünf neuen Bundesländern eine wichtige Rolle. Diese Länder werden vermutlich noch eine Reihe von Jahren einen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den westlichen Bundesländern aufweisen. Im übrigen sollten die Länder von der Möglichkeit stärker Gebrauch machen, für Spill-over Effekte, die sich erfassen lassen, horizontale Ausgleichsleistungen durch Staatsverträge zu vereinbaren.

Schädlich ist die „Veredelung" der Einwohner im Rahmen des Finanzausgleichs. Sie muß abgebaut werden. Letztlich gilt es, die tendenzielle Nivellierung der Pro-Kopf-Steuereinnahmen zurückzuführen.

459. Alle Reformen des Finanzausgleichs werden freilich nichts bewirken, wenn es nicht gelingt, das Verständnis dafür zu heben, daß der Föderalismus seine Rechtfertigung vor allen aus dem Grundgedanken bezieht, daß die mehrheitlichen Wünsche der Bürger regional streuen können und daß dementsprechend in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens unterschiedliche Lösungen bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben den Wohlstand erhöhen können. Zudem kann auf diese Weise ein Wettbewerb der Gebietskörperschaften entstehen, der die Effizienz staatlicher Wirtschaftsbetätigung erhöht.

Teil D
Die Europäische Gemeinschaft — Herausforderungen zu Beginn der neunziger Jahre

460. In ihrer bald vierzigjährigen Geschichte hat die Europäische Gemeinschaft wiederholt Phasen rascher Integrationsfortschritte und solche der Stagnation erlebt. Noch nie aber stand die Gemeinschaft vor so vielen Herausforderungen wie zu Beginn der neunziger Jahre.

Ehrgeizige Vorhaben wie der Binnenmarkt '92 müssen verwirklicht werden. Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen für den Ordnungsrahmen der Wirtschaft sind zu treffen, vor allem der Abschluß der Uruguay-Runde bis Ende 1990; die konsequente Hinwendung zur Weltwirtschaft erfordert die Abkehr von der unhaltbaren Agrarpolitik. Eine neue Dimension der Gemeinschaft wird mit der Vorbereitung einer Währungsunion sowie einer politischen Union angestrebt. Es gilt, das regionale Wohlstandsgefälle in einer durch die Süderweiterung heterogener gewordenen Gemeinschaft zu vermindern.

Gleichzeitig sollen die Rest-EFTA in einen Europäischen Wirtschaftsraum einbezogen und die Kooperation zwischen der Gemeinschaft und den nicht zur EG gehörenden Mittelmeerländern ausgebaut werden. Über den Beitritt weiterer Länder wird zu entscheiden sein. Der Aufbruch Osteuropas zur Marktwirtschaft eröffnet neue Perspektiven für die Arbeitsteilung zwischen den westlichen und östlichen Volkswirtschaften Europas und stellt die Gemeinschaft vor völlig neue Aufgaben.

461. In den kommenden Monaten werden viele Weichen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft in den neunziger Jahren gestellt. Dabei gilt es, die Gemeinschaft als Ganzes auf dem richtigen Kurs zu halten. Die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten müssen austariert werden, um den Zusammenhalt der Länder zu stärken. Von den vielen wichtigen Themen und drängenden Problemen gehen wir im folgenden auf vier Bereiche ein:

- die wirtschaftlichen Aspekte auf dem weiteren Weg zum Binnenmarkt (Ziffern 462 ff.),
- die Handelspolitik als zentralen Bereich für die Integration der Gemeinschaft in die Weltwirtschaft (Ziffern 471 ff.),
- die Agrarpolitik, die nach wie vor erhebliche Belastungen für die Gemeinschaft schafft (Ziffern 478 ff.),
- die Voraussetzungen für eine Europäische Währungsunion und den Prozeß, der dorthin führt (Ziffern 484 ff.).

I. Hürden auf dem Weg zum Binnenmarkt überwinden

462. Die Gemeinschaft ist auf dem Weg zum Binnenmarkt vorangekommen, aber entscheidende Schritte stehen noch aus. Erste Erfolge des Projektes Binnenmarkt '92 sind darin zu erblicken, daß sich die Unternehmen bei ihren Entscheidungen über die Erschließung von Märkten, Fusionen, Investitionen, Forschung und Entwicklung, Ausbildung immer mehr auf die Anforderungen des kommenden Binnenmarktes einstellen. Die Unternehmen haben die Herausforderungen und Chancen erkannt, die sich mit der Schaffung eines großen einheitlichen Marktes in Europa verbinden, und sie stellen sich ihnen. Dies hat der wirtschaftlichen Entwicklung Europas Auftrieb gegeben. Zur europäischen Erfolgsbilanz gehört, daß gegen Ende der achtziger Jahre ein höheres Wachstum und eine raschere Zunahme der Beschäftigung erzielt wurden als in den Jahren zuvor (Ziffern 6 ff.). Pessimistische Stimmen, die noch vor wenigen Jahren eine „Eurosklerose" diagnostizierten, sind verstummt. Durch das Binnenmarktprojekt werden die hemmenden Grenzen zwischen den Güter- und Faktormärkten der europäischen Staaten eingerissen. Dies erspart Transaktionskosten im Handel und beim Austausch von Produktionsfaktoren. Es verstärkt den Wettbewerb, und es erlaubt eine intensivere Arbeitsteilung in Europa. Über diese Wirkungskanäle wird der Binnenmarkt die wirtschaftliche Entwicklung weiter stärken.

463. Allerdings, es steht nicht alles zum Guten. Zweifel sind aufgekommen, ob die europäischen Staaten die mit dem Binnenmarkt notwendigerweise verbundenen Verluste an wirtschaftlicher Souveränität wirklich hinnehmen werden. Die anhaltenden Verzögerungen bei der Angleichung der Umsatzsteuer und der speziellen Verbrauchsteuern nähren den Verdacht, daß in dem wichtigen Bereich der Besteuerung letztlich doch nicht auf nationale Souveränität verzichtet werden wird. Ohne eine Angleichung der indirekten Steuern wird es aber zu Verzerrungen in Europa kommen, Verzerrungen bei den Handelsströmen und Verzerrungen bei der Standortwahl der Unternehmen (JG 89 Ziffern 426 ff.).

Das im Weißbuch der EG-Kommission vorgeschlagene Aktionsprogramm zur Vollendung des Binnenmarktes wird zwar zügig abgewickelt. Sämtliche Projekte liegen jetzt in Form von Kommissionsvorschlägen vor; rund 60 vH der geplanten Initiativen sind auch schon vom Rat verabschiedet worden. Beklagenswert ist aber die langsame Umsetzung der Gemeinschaftsdirektiven in nationales Recht. Zudem haben die Verstöße gegen geltende Gemeinschaftsregelungen deutlich zugenommen; im Jahre 1989 wurden 664 Verfahren wegen Vertragsverletzungen eingeleitet, das sind doppelt so viele wie 1982. Je mehr die Vorbereitungen auf den Binnenmarkt bindende Wirkungen entfalten, um so stärker — dies ist der Eindruck — wird der Widerstand gegen die Einengung des nationalen Handlungsspielraumes.

464. Zur Gewißheit scheint es zu werden, daß die hemmenden Grenzen in Europa für die Wirtschaft nicht wirklich verschwinden, sondern in anderem Gewande erhalten bleiben. Es wächst — wie dies bei den Diskussionen um die Steuerharmonisierung zu beobachten ist — die Neigung, den Abbau der Grenzkontrollen durch die Einrichtung anders gearteter Kontrollverfahren (Verlagerung der Zollkontrollen von der Grenze in die Unternehmen) zu ersetzen. Dies müßte als Fehlentwicklung gewertet werden, nicht nur weil es großen bürokratischen Aufwand schafft, sondern weil es den vollen Übergang zum Binnenmarkt grundsätzlich verhindert (JG 89 Ziffern 426 ff.). Der Abbau der Grenzkontrollen ist mehr als nur ein politisches Symbol für die europäische Einigung. Solange Grenzkontrollen oder entsprechende Kontrollverfahren noch bestehen, können die Staaten immer auch nationale Barrieren errichten und nationale Vorschriften durchsetzen; das einheitliche Wirtschaftsgebiet käme nicht zustande.

465. Es ist festzustellen, daß die Politik nicht in allen wesentlichen Bereichen den europäischen Dimensionen gerecht wird, sondern immer noch dem nationalen Wirkungsbereich verhaftet bleibt. Das schafft Unzulänglichkeiten, die der vollen Entfaltung des Austauschs von Gütern und Produktionsfaktoren im künftigen europäischen Binnenmarkt im Wege stehen können. Ein Beispiel liefert die Verkehrspolitik. Der europäische Straßen-, Eisenbahn- und Luftverkehr droht zu einem Engpaß für den Binnenmarkt zu werden. Die Nord-Süd-Achsen sind bereits jetzt überlastet. Bürokratisch und nicht rasch genug reagieren die nationalen Behörden auf die Anforderungen einer kontinentalen Zusammenarbeit im Eisenbahnverkehr; die notwendigen Verkehrsinvestitionen bleiben unzureichend. Mit der Öffnung der Grenzen im Osten entstehen neue Probleme — der Ausbau der weitgehend vernachlässigten Ost-West-Verkehrsachsen —, ohne daß die alten Probleme gelöst wären. Dem Binnenmarkt als europäischem Ansatz muß eine europaweit orientierte Verkehrspolitik zur Seite stehen.

466. Nicht zu bestreitenden Fortschritten auf dem Weg zum Binnenmarkt stehen also erhebliche Defizite gegenüber. Bei realistischer Betrachtung wird man heute erneut feststellen müssen: Einen echten Binnenmarkt wird es Ende 1992 noch nicht geben. Daraus resultieren Gefahren, die nicht unterschätzt werden dürfen. Nachdem sich die Wirtschaft bereits auf den künftigen Binnenmarkt einstellt, werden spürbare Verzögerungen und gar ein Scheitern wie ein Schock wirken. Der Investitionsneigung in der Gemeinschaft muß dies einen erheblichen Dämpfer versetzen. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik steht auf dem Spiel. Um so mehr muß sich die Wirtschaftspolitik anstrengen, die positiven Erwartungen, die die europäische Wirtschaft mit dem Binnenmarkt verbindet, nicht zu enttäuschen und den Prozeß des Zusammenwachsens in Gang zu halten, so daß der Binnenmarkt, wenn schon nicht 1993, so doch im Verlauf der weiteren Jahre allmählich Wirklichkeit werden kann. Gefragt ist gemeinschaftliches Handeln auch auf den Feldern, auf denen Souveränitätsverzicht besonders schwer fällt. Die Harmonisierung der indirekten Steuern ist einer der Prüfsteine, an dem sich der Wille zur Integration erweisen muß. Ein anderer, der auch für die Europäische Währungsunion bedeutsam sein wird, ist die Bereitschaft, gemeinsame Regeln für die Begrenzung öffentlicher Haushaltsdefizite zu beschließen (Ziffer 499).

Von der Aufgabe, die Entwicklung zum Binnenmarkt voranzutreiben, darf sich die Gemeinschaft nicht ablenken lassen, auch nicht durch die immensen neuen Aufgaben, die die Integration Osteuropas in die westlichen Märkte darstellt. Daß sich die Gemeinschaft den osteuropäischen Staaten als Partner anbietet, der den Transformationsprozeß mit Rat und Tat, mit Kapital und mit der Öffnung der eigenen Märkte unterstützt, liegt gleichermaßen im Interesse der osteuropäischen wie der westeuropäischen Volkswirtschaften. Aber diese Aufgaben sind zusätzlich zu erfüllen, sie machen den Fortgang zum Binnenmarkt nicht obsolet. Im Gegenteil, die Unterstützung Osteuropas kann um so besser gelingen, je gefestigter das wirtschaftliche Fundament in Westeuropa ist.

467. Der Binnenmarkt soll die wirtschaftliche Dynamik vor allem dadurch erhöhen, daß er die Intensität des Wettbewerbs in Europa verstärkt. Beunruhigend ist daher das weiterhin hohe Niveau der Beihilfen in den EG-Ländern. Subventionen verzerren den Wettbewerb oder setzen ihn sogar außer Kraft. Es ist zu befürchten, daß die Regierungen, nachdem sie im Zusammenhang mit der erforderlichen Harmonisierung wirtschaftspolitische Souveränität einbüßen, nunmehr ihren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung verstärkt mit (versteckten) Beihilfen zu erhalten versuchen. Dafür werden sie genug Anlässe finden; denn mit dem schärferen Wettbewerb im Binnenmarkt wird der sektorale Anpassungsdruck größer werden, der Ruf nach staatlicher Hilfe wird nicht auf sich warten lassen. Käme es zu einer weiteren Ausbreitung von Subventionen, würde dies einer prosperierenden Wirtschaftsentwicklung in ganz Europa Hürden in den Weg stellen. Die Erfahrung zeigt, daß Subventionen häufig überholte Strukturen konservieren. Immer stärker sind Subventionen auch der Anlaß für Konflikte in den internationalen Handelsbeziehungen (Ziffern 63 ff.).

Die Zurückführung der Subventionen — der Anlässe und der Volumina — muß vor der Vollendung des Binnenmarktes erreicht werden. Dem Drängen einzelner Unternehmen und Wirtschaftszweige nach Subventionen muß ein mit Sanktionen ausgestatteter Kodex entgegenstehen, der die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zur Gewährung von Subventionen eng begrenzt. Um verdeckte Subventionen zu verhindern, sollte die Kommission in ihrem Bemühen fortfahren, die Transparenz über die Beihilfen weiter zu verbessern. Die Bundesrepublik ist bei alledem besonders gefordert. Gemäß den EG-Definitionen und gemessen am Gesamtvolumen ist die Bundesrepublik nämlich inzwischen zum Spitzenreiter bei den nationalen und gemeinschaftlichen Beihilfen geworden.

468. Ähnliche Befürchtungen wie für die Subventionen gelten für die Industrie- und Forschungspolitik der EG-Länder. Diese Politik wird immer kostspieliger, was die Frage der tragbaren Finanzlasten aufwirft. Zudem bevorzugt sie häufig Großunternehmen, wodurch das Problem der Wettbewerbsnachteile für kleinere und mittlere Unternehmen entsteht. Das Zu-

sammenspiel der Bürokratien und der Unternehmen ist undurchsichtig geworden. Zu fordern sind eine größere Transparenz und eine regelmäßige Kosten-Nutzen-Analyse für die verschiedenen Großprojekte durch unabhängige Instanzen. Es sollten allenfalls grenzüberschreitende Kooperationen gefördert werden und nicht nationale Vorhaben. Es gilt, die Märkte zu öffnen und nicht Marktbarrieren zugunsten der geförderten Unternehmen zu errichten. Die Förderung muß auf die vorwettbewerbliche Phase beschränkt bleiben, sie darf nicht zu einer Dauerförderung werden. Schließlich müssen die Kosten angemessen bleiben, es darf keine kostentreibende Subventionsmentalität der Geförderten entstehen.

469. Zum Binnenmarkt finden Volkswirtschaften zusammen, zwischen denen ein erhebliches Wohlstandsgefälle herrscht. Setzt man das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aller zwölf EG-Länder gleich 100, so beträgt der Abstand zwischen den sieben reicheren EG-Ländern (ohne Luxemburg) und den vier ärmeren Ländern knapp 40 Prozentpunkte, wobei dieser Abstand in den letzten Jahren leicht gesunken ist. Nach der Präambel des EWG-Vertrags sollen die EG-Länder den „Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern". Die Verminderung des Wohlstandsgefälles innerhalb der EG muß als langfristige Aufgabe gesehen werden. Sie erfordert eine Regionalpolitik, die die Standortfaktoren in den zurückgebliebenen Gebieten entwickelt und die dortigen Standorte attraktiv macht.

Zu dieser Regionalpolitik gehören auch Transferzahlungen zwischen den Ländern. Im Rahmen des Binnenmarktprogramms sind die Mittel der Strukturfonds (Regional-, Sozial- und Agrarstrukturfonds) aufgestockt worden, um die ärmeren Mitgliedsländer beim Aufholprozeß zu unterstützen. Die Strukturfonds werden über rund 14 Mrd ECU (1993) verfügen. Mit der Aufbringung von Mitteln allein ist es aber nicht getan. Ob die Transfers ihr Ziel erreichen, hängt wesentlich von einer sachgerechten Mittelverwendung ab.

Es gilt, die EG-Mittel auf die schwächsten Länder der Gemeinschaft zu konzentrieren, denn dort werden die Mittel am dringendsten benötigt. Von einer breiten Streuung der Mittel ist abzuraten, da sich mit marginalen Beträgen nur wenig bewirken läßt. Durch eine Konzentration der Mittel kann dagegen ein nennenswerter Anstoß für die Verringerung des Wohlstandsgefälles gegeben werden. Nimmt man alles zusammen, werden für die wirtschaftlich schwächsten Länder, wie Griechenland, Portugal und Irland, Transferzahlungen zur Verfügung stehen, die rund 4 vH bis 5 vH in Relation zu ihrem Bruttoinlandsprodukt ausmachen, also eine beachtliche Größenordnung erreichen.

Die Intensität und das Tempo der Anpassung werden entscheidend von Investitionen und damit wesentlich vom Zufluß privaten Kapitals abhängen. Dieser Kapitalzufluß ist nur durch entsprechende Anreize in den Empfängerländern selbst zu erreichen, insbesondere durch eine geeignete Steuergesetzgebung, Lohnpolitik, Infrastrukturpolitik und Stabilitätspolitik. Innergemeinschaftliche Transferzahlungen sollten daher grundsätzlich konditioniert sein, also nur vergeben werden, wenn hierdurch die Bedingungen für private Investoren verbessert werden. EG-Transfers, die es einem Mitgliedstaat erleichtern, eine verfehlte Wirtschaftspolitik länger durchzuhalten, sind ungeeignet, das Wohlstandsgefälle innerhalb der Gemeinschaft zu verringern.

470. Die Eingliederung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft wird keine Probleme aufwerfen, die den Weg zum Binnenmarkt erschweren. Für einige Wirtschaftsbereiche, wie Chemie, Nahrungsmittelindustrie, Pharmazie, sind in Ostdeutschland Übergangsfristen vorgesehen. Große Probleme der Umstrukturierung stellen sich vor allem für den Agrarsektor, dessen Produktionskapazität stark zurückgeführt werden muß (Ziffern 557 ff.). Auch im Umweltschutz werden dem früheren DDR-Gebiet voraussichtlich längere Zeit Sonderbestimmungen zugestanden werden müssen.

Die rasche Wiedervereinigung der beiden deutschen Volkswirtschaften könnte jedoch ordnungspolitische Fragen in der Gemeinschaft aufwerfen. Die von der ehemaligen DDR beanspruchten Ausnahmebedingungen (Handelsschutzmaßnahmen, Subventionen) könnten als willkommene Begründung für ähnliche Regelungen bei anderen Mitgliedstaaten dienen. Die Bundesrepublik ist für die Abwehr solcher Ausnahmebedingungen geschwächt.

Etwas anderes kommt hinzu. Der Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integration des westlichen und des östlichen Teils Deutschlands wird noch geraume Zeit dauern und die Politik erheblich beanspruchen. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich in dieser Phase nicht von den Problemen und Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung so in Anspruch nehmen lassen, daß für die Mitgestaltung der europäischen Entwicklung nicht mehr genügend Raum bleibt. So bedeutsam der historische Vorgang der deutschen Vereinigung ist, darf doch nicht vergessen werden, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands entscheidend von der europäischen Integration geprägt sein wird. Fehlentwicklungen im europäischen Einigungsprozeß schlagen auf Deutschland zurück, wie umgekehrt eine gedeihliche Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft den Aufbruch zu neuen Ufern ermöglicht.

II. Handelspolitik — die weltwirtschaftliche Verantwortung der Gemeinschaft

471. Bei der Vorbereitung des Binnenmarktes '92 ist die Strategie der Europäischen Gemeinschaft nach außen zunächst unklar geblieben. Im Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes fanden die außenwirtschaftlichen Aspekte keine Erwähnung. Zwar versicherten Kommission und Europäischer Rat, daß der Binnenmarkt nach außen offen sein würde. Doch die Industrieländer, allen voran die Vereinigten Staaten, und die Entwicklungsländer blieben skeptisch. Bis heute fürchten sie, daß es mit der Durchsetzung der Binnenmarktinitiative zu einer „Festung Europa" kommen könnte. In der Gemeinschaft selbst besteht nach wie vor ein auffälliger Kontrast zwischen dem

mit großer Publizität vorangetriebenen Projekt Binnenmarkt '92 und der viel weniger engagierten öffentlichen Diskussion über die wichtigen handelspolitischen Fragen, die bei den derzeit laufenden GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) auf der Tagesordnung stehen (Ziffern 65 ff.). Dies wird der Sache nicht gerecht; denn die Uruguay-Runde 1990 und die Initiative Binnenmarkt '92 stellen ganz ähnliche ordnungspolitische Herausforderungen dar.

472. Das Binnenmarktprojekt ist eine umfassende Liberalisierungsaktion für den Austausch von Gütern und Produktionsfaktoren in Europa. Die gleichen Argumente, die für die Beseitigung der Hemmnisse im Wirtschaftsverkehr innerhalb Europas sprechen — Verstärkung des Wettbewerbs und die Intensivierung der Arbeitsteilung und in Folge davon eine fühlbare Wohlfahrtssteigerung —, lassen sich auch zugunsten eines Abbaus der Barrieren nach außen anführen. In ihrem ordnungspolitischen Kern strebt die Uruguay-Runde auf der Ebene der Weltwirtschaft das gleiche an wie das Binnenmarktprojekt für den europäischen Markt: die Liberalisierung und Intensivierung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs.

In diesem Sinne läge es im Interesse der Europäischen Gemeinschaft, wenn sie die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern ebenso engagiert vorantreiben würde wie die Initiative zum Binnenmarkt. Es wäre kurzsichtig, wollte die Gemeinschaft versuchen, die Wohlfahrtsgewinne aus der Liberalisierung im Innern durch Abschottung nach außen auf die Gemeinschaft zu begrenzen. Fraglich ist, ob eine Abschottung auf die Dauer überhaupt praktizierbar wäre. Mit der Internationalisierung der Produktion, der Globalisierung der Märkte, dem immer intensiveren weltumspannenden Austausch von Informationen verlieren die Außengrenzen, auch die der Gemeinschaft, wirtschaftlich immer mehr an Bedeutung. Barrieren aufrecht zu erhalten, würde immer teurer werden. Auch mit einem großen europäischen Binnenmarkt bleibt die Gemeinschaft ein stark außenhandelsabhängiger Wirtschaftsraum. Mit Abschottung würde sie sich daher mehr schaden als nützen. Wenn sie stattdessen die außenwirtschaftlichen Schranken einreißt, könnte die Gemeinschaft daraus ähnliche Effizienzsteigerungen erwarten wie durch die Verwirklichung des Binnenmarktes.

473. Der Binnenmarkt und eine liberale Welthandelsordnung sind also keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich einander. Beides gleichzeitig anzustreben, liegt im Interesse Europas und seiner Handelspartner. Bei ihrem großen Gewicht im Welthandel hat die Europäische Gemeinschaft für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung eine herausgehobene Verantwortung. Doch vieles liegt im argen.

Die europäische Agrarpolitik ist ein beklagenswertes Beispiel für den Aufbau und die Anwendung eines reichhaltigen Instrumentariums zur Abschottung der Märkte und Exporthilfe für Sektoren. Es entschuldigt dabei nicht, daß auch andere Länder ein hohes Maß an Agrarprotektion praktizieren. Die Einbeziehung des Agrarsektors in die GATT-Regeln und die allmähliche Liberalisierung des Agrarhandels sind zentrale Streitpunkte in der Uruguay-Runde. In der Hauptsache geht es um drei Probleme:

- Rückführung der Agrarstützung anhand zusammenfassender Meßziffern,
- Umwandlung aller Marktzugangsbarrieren in Zollsätze und deren allmähliche Verringerung,
- Abbau von Exportsubventionen; hier ist die Gemeinschaft als der größte Weltexporteur von Agrargütern besonders betroffen und gefordert.

Die Agrardebatte ist bisher durch heftigen Widerstand der Gemeinschaft gegen weitreichende Liberalisierungen gekennzeichnet. Damit gerät die Gemeinschaft in Gegensatz vor allem zu den Vereinigten Staaten und zur Cairns-Gruppe (14 Agrarexportländer, die weitgehend ohne Stützung auskommen, unter anderem Kanada, Neuseeland, Australien, Argentinien). Die Gemeinschaft will den Agrarschutz nur global abbauen, sich ihre „Vorleistungen" an Preis- und Marktreformen seit 1984 honorieren lassen, zusätzlichen Außenschutz für einige Futtermittel und Ölsaaten herausschlagen, und sie sucht nach Ausnahmeklauseln für Notstandsmaßnahmen und Strukturhilfen. Während Großbritannien und Italien sich für Kompromisse einsetzen, sind Frankreich und die Bundesrepublik am wenigsten geneigt, Zugeständnisse zu machen. Das ungelöste Agrarproblem behindert den Fortgang der Verhandlungen in anderen Bereichen und droht die Uruguay-Runde ganz scheitern zu lassen.

474. Auch außerhalb der Landwirtschaft kann man die Gemeinschaft nicht als einen Handelsraum mit niedrigem Protektionsniveau bezeichnen. Es sei hier auf die Textilwirtschaft und auf den Steinkohlenbergbau verwiesen. Der verringerte Schutz in der Stahlindustrie ist mehr der unerwartet günstigen Absatzentwicklung zum Ende der achtziger Jahre zu verdanken, doch ein grundsätzlicher Wandel in der interventionistischen Stahlpolitik der Gemeinschaft ist damit noch nicht angelegt. Man kann zwar nicht ausschließen, daß der Protektionsgrad in Europa höher wäre, wenn es die Gemeinschaft und ihre Handelspolitik nicht gäbe — aber Belege lassen sich für diese These schwerlich erbringen. Im übrigen zielte ein solches Argument an der Sache vorbei. Ein hoher Protektionsgrad wird nicht dadurch erträglicher, daß man sich einen noch höheren Protektionsgrad vorstellen kann.

Auch an der Ausbreitung nicht-tarifärer Handelshemmnisse wirkt die Gemeinschaft mit. Immer wieder werden bestimmte Produkte zu „sensiblen Gütern" erklärt, für die dann mengenmäßige Beschränkungen — sei es im Wege von Vereinbarungen mit den Lieferländern, sei es durch sogenannte freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen — festgelegt werden. Das Instrument der Anti-Dumping-Verfahren entfaltet in seiner praktischen Anwendung oft genug protektionistische Wirkungen; dasselbe gilt für Vorschriften, daß auf dem Gebiet der Gemeinschaft hergestellte Produkte von Unternehmen aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft einen hohen Anteil von in der Gemeinschaft erzeugten Teilen aufweisen müssen, um einen Ursprungsnachweis der Gemeinschaft zu erhalten.

475. Die Europäische Gemeinschaft bleibt also zur Liberalisierung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen aufgefordert. Dies muß auf einer multilateralen Basis geschehen; das Prinzip des Freihandels ist zu betonen; die Meistbegünstigungsklausel ist anzuwenden. Diesen Forderungen widerspricht das bisher praktizierte System der Handelspräferenzen. Die sechs EFTA-Länder sind mit der Gemeinschaft durch eine Freihandelszone verbunden. Die mit der Gemeinschaft assoziierten AKP-Länder genießen Präferenzen, die sie aber nur sehr ungleich nutzen können. Allgemeine Zollpräferenzen gelten für die übrigen Entwicklungsländer (ohne Taiwan und Südkorea). Auf die westlichen Industrieländer wie die Vereinigten Staaten und Japan wird der gemeinsame Zolltarif ohne jede Präferenz angewendet, hier verlaufen die Handelsbeziehungen — von Ausnahmen abgesehen — im Rahmen der üblichen GATT-Regeln.

476. Aufgrund ihrer starken Außenhandelsabhängigkeit benötigt die Gemeinschaft den Erfolg der GATT-Verhandlungen, denn bei einem Mißerfolg stünde wirtschaftlich und politisch viel auf dem Spiel. Vor allem drohten Gefahren aus der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten, aber auch mit den Ländern der Cairns-Gruppe. Latente protektionistische Tendenzen in den Vereinigten Staaten würden Aufwind erhalten, wenn die GATT-Runde ohne greifbare Erfolge bliebe. Die gesetzlichen Grundlagen für Vergeltungsmaßnahmen durch bilaterale Handelsbeschränkungen sind dort mit dem Handelsgesetz gegeben.

Selbst wenn man Vergeltungsmaßnahmen nicht fürchten müßte, bliebe die Liberalisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ein wichtiges Ziel; denn Protektionismus schadet nicht zuletzt demjenigen, der ihn praktiziert. Die Konsumenten müssen für die Güter, bei denen der Wettbewerb gehemmt wird, höhere Preise bezahlen als sonst. Schaden tragen letztlich die Branchen und ihre Arbeitnehmer, zu deren Schutz die Auslandskonkurrenz behindert wird. Nur unter dem Druck des Wettbewerbs entwickeln sich leistungsfähige Produktionen. Offenheit der Märkte ist allemal die beste Wettbewerbspolitik.

477. Mit der Vollendung des Binnenmarktes wird es notwendig werden, Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf den Bereich der Außenwirtschaft auszuweiten. Wie groß die handelspolitischen Kompetenzen der Gemeinschaft sein sollen, wird zwischen den Mitgliedstaaten intensiv diskutiert.

Mit der Süderweiterung ist die Gemeinschaft zweifellos heterogener geworden, der Interessenausgleich ist schwieriger als zuvor. So drängen die südlichen Länder mit ihren zurückgebliebenen Industriestrukturen — aber nicht nur sie — auf einen größeren Außenschutz, so etwa im Automobilsektor gegenüber dem Import japanischer Kraftfahrzeuge. Die nördlichen EG-Länder sind stärker marktorientiert; sie treten für die Öffnung nach außen ein. Die hier angedeuteten Interessengegensätze können zu einer ernsten Herausforderung für die europäische Wirtschaftspolitik werden. Es wird entscheidend darauf ankommen, welche Lösungen den Interessenausgleich herbeiführen. Kompromisse werden unausweichlich sein. Es ist zu befürchten, daß der Ausgleich der Interessen letztlich durch Protektionismus vorgenommen wird, Protektionismus nach innen durch Eingriffe in Wirtschaftssektoren, Protektionismus nach außen durch Abschottung gegenüber den Ländern außerhalb der Gemeinschaft. Dies wäre ein Rückschlag. Protektionistischen Versuchungen zu widerstehen und stattdessen die Märkte und den Handel offen zu halten, wird größte Anstrengungen der EG-Staaten erfordern.

III. EG-Agrarpolitik: Weitere Liberalisierungsschritte müssen folgen

478. Die Agrarpolitik in Europa steht seit langem im Widerspruch zu fundamentalen Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Der Sachverständigenrat ist wiederholt auf die langanhaltenden Fehlentwicklungen ausführlich eingegangen (JG 80 Ziffern 417 ff.; JG 86 Ziffern 342 ff.).

479. Mitte der achtziger Jahre hatten sich die Agrarprobleme in der Europäischen Gemeinschaft krisenhaft zugespitzt. Die Produktionsüberschüsse auf den EG-Agrarmärkten waren — angereizt durch hohe Agrarpreise — immer weiter angestiegen. Die Ausgaben für die Beseitigung dieser Überschüsse hatten den EG-Haushalt an den Rand des finanziellen Kollapses geführt. Der hochsubventionierte Export der Agrarüberschüsse hatte schwerwiegende handelspolitische Konflikte, vor allem mit den traditionellen Agrarexportländern, heraufbeschworen. Trotz der hohen Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die Agrarpolitik waren die Einkommen der Landwirte in einigen EG-Mitgliedstaaten stark rückläufig. Und schließlich zeigten sich zunehmend Konflikte zwischen den Umweltwirkungen der intensiven Agrarproduktion und den wachsenden Umweltansprüchen der Gesellschaft.

480. Der drohende Zusammenbruch konnte durch die Beschlüsse auf dem Europäischen Gipfel im Februar 1988 zunächst abgewendet werden. Durch diese Beschlüsse darf die jährliche Steigerung der Ausgaben für die EG-Agrarmarktordnungen 74 vH der jährlichen Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts der Europäischen Gemeinschaft nicht überschreiten. Durch ein System von sogenannten Stabilisatoren werden die Garantiepreise bei wichtigen Marktordnungsprodukten auf bestimmte Mengen begrenzt, und ein Überschreiten von festgelegten Garantiemengen soll eine automatische Absenkung der Stützpreise zur Folge haben.

Mit diesen Beschlüssen wurde ein wichtiger Schritt in Richtung auf mehr Marktorientierung der EG-Agrarpolitik getan. Gleichwohl kann von einem Durchbruch zur Liberalisierung noch keine Rede sein. Mit Rahmenregelungen zur Einführung einer Reihe flankierender Maßnahmen wie Flächenstillegungen, Umstellungs- und Extensivierungsprogramme, einer Vorruhestandsregelung für die Landwirte und einer Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe soll versucht werden, dem Überschußproblem durch administrative Maßnahmen zu begegnen und damit die Marktkräfte zu unterlaufen.

481. In den letzten Jahren war eine Entspannung in der Agrarpolitik unverkennbar. Die Senkung der Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen zur

Produktionsdrosselung einschließlich der Einführung des Quotensystems auf dem Milchmarkt haben den starken Produktionsanstieg verringert. Die Flut der Marktordnungsausgaben konnte eingedämmt werden, und auch die Einkommenslage der Landwirtschaft hat sich verbessert. Gleichwohl steht die Bewährungsprobe für die Reformmaßnahmen noch aus. Die Eindämmung der EG-Haushaltsausgaben war weniger ein Erfolg der EG-Agrarpolitik als vielmehr ein Reflex der Entwicklung der Weltmarktpreise. Insbesondere beim Export von überschüssigem Getreide konnten die Erstattungssätze, durch die die Differenz zwischen den EG-Preisen und den Weltmarktpreisen ausgeglichen wird, um die EG-Produktion auf den Weltmärkten absetzen zu können, in den letzten beiden Jahren erheblich verringert werden. Inzwischen zeichnet sich aber eine Umkehr dieser Entwicklung deutlich ab. Zudem hatte mit der Entspannung der Haushaltssituation in den Agrarpreisverhandlungen der Druck zugenommen, die Preisbeschlüsse wieder stärker an den Einkommensansprüchen der Landwirte als an den Erfordernissen der Marktlage auszurichten.

482. Dem ersten Schritt in Richtung auf eine mehr marktorientierte Agrarpolitik müssen weitere Liberalisierungsschritte folgen. Die Rückkoppelung zwischen Produktions- und Preisentwicklung, die auf den Agrarmärkten viel zu lange außer Kraft gesetzt war, muß weiter verstärkt werden. Die Stabilisatorenregelungen, die diese Rückkoppelung bewirken müssen, solange die Märkte nicht liberalisiert sind, dürfen nicht gelockert, sondern müssen enger gezogen werden. Den Bestrebungen, die festgesetzten Höchst- und Garantiemengen — entgegen der Marktsituation — auszuweiten, muß energisch entgegengewirkt werden. Zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts darf die Preissenkungspolitik auch nicht, wie bei den letzten Preisbeschlüssen, durch andere, preissteigernd wirkende Ergänzungsmaßnahmen unterlaufen werden.

Liberalisierungsschritte der EG-Agrarpolitik sind einzubringen in die GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde. Ein konsequenter Vollzug des nach den Stabilisatorenbeschlüssen erforderlichen Abbaus der Preisstützung und deren Fortsetzung über den bisher festgelegten Zeitraum hinaus könnten ein Beitrag sein, die verhärteten Verhandlungspositionen aufzulockern und zu einem weltweiten Abbau der Agrarprotektion beizutragen.

483. Im Zuge der Verwirklichung eines einheitlichen Binnenmarktes muß auch die Agrarpolitik den Grundsätzen dieses Binnenmarktes verpflichtet werden. Marktwidrige Elemente und Hemmnisse, die den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen oder Kapital behindern, müssen im Agrarbereich ebenso wie in anderen Bereichen abgebaut werden, auch dann, wenn sie sich hier unter dem Deckmantel einer gemeinsamen Politik haben ausbreiten können. Hierzu gehören Kontingente (wie bei Zucker und Milch), subventionierte Flächenstillegungen, wettbewerbsbeeinträchtigende, national unterschiedliche Ausgleichszahlungen und Fördermaßnahmen ebenso wie auch der Währungsausgleich.

IV. Europäische Währungsunion: Start in eine ungewisse Phase

484. War schon vor Jahresfrist in der europäischen Währungspolitik ein hohes Tempo vorgelegt worden (JG 89 Ziffer 395), ist die Europäische Währungsunion jetzt in greifbare Nähe gerückt. Nachdem die Gemeinschaft im Juli dieses Jahres mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in die „Phase 1" auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion eintrat, hat der Europäische Rat in Rom Ende Oktober 1990 (gegen die Stimme Großbritanniens) den Start in die „Phase 2" für den 1. Januar 1994 beschlossen. In der ersten Phase soll unter anderem eine stärkere Abstimmung der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens vollzogen werden. In der zweiten Phase soll dann eine „neue Institution der Gemeinschaft" gegründet werden, aus der die europäische Zentralbank hervorgehen wird. Für die zweite Phase ist eine Dauer in der Größenordnung von drei Jahren vorgesehen. Mit dem Beginn der „Phase 3" würden dann in Europa die Wechselkurse unwiderruflich festgesetzt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Die geldpolitische Verantwortung ginge in vollem Umfang auf die europäische Zentralbank über. Für die Errichtung einer europäischen Zentralbank sind entsprechende Änderungen der Römischen Verträge notwendig. Diese in Verbindung mit der Wirtschaftsunion vorzubereiten, ist aufgrund eines Beschlusses des Europäischen Rats von Dublin im Juni 1990 Aufgabe einer Regierungskonferenz, die am 14. Dezember diesen Jahres beginnen wird. Eine weitere Regierungskonferenz soll sich mit der Verstärkung der politischen Dimension der Gemeinschaft befassen.

485. Auf dem Weg zu einer Europäischen Währungsunion bleibt die vorgesehene zweite Phase ein Fremdkörper. Die für die Endstufe der Währungsunion vorgesehene neue „Institution, die aus den nationalen Zentralbanken und aus einem zentralen Organ gebildet wird und die die ungeteilte Verantwortlichkeit für die Geldpolitik ausübt" (im folgenden europäische Zentralbank), soll bereits in der zweiten Stufe gegründet werden. In dieser Phase hat die europäische Zentralbank jedoch noch keine geldpolitischen Kompetenzen; die volle geldpolitische Souveränität bleibt bei den nationalen Notenbanken.

486. Das Nebeneinander von einer europäischen Zentralbank ohne geldpolitische Kompetenz und nationalen Notenbanken, die unabhängig von ihr handeln können, bringt die europäische Zentralbank in eine eigentümliche Lage. Das, was sie einüben müßte — nämlich die Anwendung des geldpolitischen Instrumentariums auf europäischer Ebene —, kann sie nicht einüben, weil die geldpolitische Verantwortung in dieser Phase bei den nationalen Notenbanken bleibt. Das, was sie in der Übergangsphase einüben könnte und nach dem Beschluß des Europäischen Rates auch soll — eine Koordinierung der nationalen Geldpolitiken —, braucht sie später nicht mehr, weil dann mit der Übertragung der geldpolitischen Verantwortung auf die europäische Zentralbank dieser Koordinierungsbedarf entfällt. Für die Koordinierung der europäischen Notenbanken gibt es bereits jetzt eingeübte Verfahren. Einer neuen Institution bedarf es dafür nicht.

Das Nebeneinander von europäischer Zentralbank und nationalen Notenbanken in der zweiten Phase kann allenfalls zu Reibungsverlusten führen, weil Kompetenzgerangel entstehen wird. Die Notenbanken werden sich weiter in der Verantwortung ihrer nationalen Notenbankgesetze sehen und sehen müssen und sich an deren Zielvorgaben orientieren; die europäische Zentralbank wird hingegen auf weitreichende Abstimmung der Geldpolitik mit Blick auf den gesamteuropäischen Raum drängen. Die Koordination ist zeitaufwendig und letztlich für die nationalen Notenbanken doch unverbindlich.

Die spätere Integration der nationalen Notenbanken in das europäische Zentralbanksystem wird zu einem unangemessen hohen Personalbestand führen, weil die europäische Zentralbank bereits in der Übergangsphase Mitarbeiter rekrutieren müßte, ohne daß es den nationalen Notenbanken wegen der bei ihnen verbleibenden geldpolitischen Verantwortung schon möglich wäre, ihren Mitarbeiterbestand wesentlich zu verringern. Eine überbesetzte Zentralbankbürokratie wäre ein kostspieliger Start in die Europäische Währungsunion.

487. Nicht zu bestreiten ist, daß für die europäische Zentralbank eine Aufbauphase notwendig ist, in der die „statistischen, operationellen, marktsteuernden und logistischen Instrumente für eine einheitliche Geldpolitik" (EG-Kommission) zu schaffen sind; diese Aufbauphase ist aber eher nach Wochen, allenfalls nach Monaten zu bemessen, nicht jedoch auf drei Jahre zu veranschlagen, wie es der Ratsbeschluß vorsieht. Bei solchen Zeiträumen muß die europäische Zentralbank bald in einen Leerlauf geraten. Alles das spricht gegen eine „zweite Phase". Besser wäre es, gar keine Übergangsphase einzuplanen, sondern die Gründung der europäischen Zentralbank durch Übertragung der geldpolitischen Rechte von den nationalen Notenbanken in einem Zuge zu vollziehen. Mit dem Tag, an dem die europäische Zentralbank ihre geldpolitische Souveränität gewinnt, wäre die Souveränität der nationalen Notenbanken beendet.

488. Die Spannung zwischen den nationalen Notenbanken und einer europäischen Zentralbank ohne Kompetenzen wird von der EG-Kommission nicht als Problem angesehen. Die monetäre Souveränität stelle nurmehr eine Formalität im EWS dar, weil die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und das Ziel der Wechselkursstabilität im EWS die geldpolitische Souveränität der Mitgliedstaaten ohnehin verringert haben. Nun ist in der Tat die faktische Souveränität der Notenbanken bei international integrierten Finanzmärkten immer mehr begrenzt, zumal wenn — wie im EWS — vergleichsweise feste Wechselkurse herrschen. Dieser Souveränitätsverlust ist ja auch eines der Argumente für eine Europäische Währungsunion — nur liefert die Einschränkung der monetären Souveränität kein Argument für eine kompetenzlose europäische Notenbank in der Übergangsphase. Der Souveränitätsverlust trifft auch nicht alle Notenbanken gleichermaßen, die Bundesbank beispielsweise weniger als die Notenbanken der kleineren europäischen Staaten. Im übrigen ist die Kursstabilität im EWS für sich genommen problematisch, solange nicht in wichtigen Politikbereichen, vor allem bei der Begrenzung der Staatsdefizite, im gesamten Bereich der Europäischen Gemeinschaft Disziplin gewahrt wird und stabilitätswidriges Verhalten ausgeschlossen bleibt. So hatte sich der Sachverständigenrat im letzten Jahr für ein begrenztes Realignment im EWS ausgesprochen (JG 89 Ziffern 419 ff.). Diese Forderung ist zu wiederholen. Die europäischen Hochzinsländer geraten mehr und mehr in eine konjunkturelle Abschwächung, die es ihnen nicht länger möglich machen wird, die Kursstabilität mit der Zinspolitik zu verteidigen. Da in der Bundesrepublik derzeit kein Zinssenkungsspielraum zu erkennen ist, bleibt den Hochzinsländern kein anderer Weg, als ihre Währungen abzuwerten. Es wird immer deutlicher, daß es für anhaltend feste Wechselkurse in Europa noch zu früh ist. Mehr Leitkursanpassungen würden auch den Grad an Souveränität für die nationalen Notenbanken erhöhen.

489. Zu den Unzulänglichkeiten des Beschlusses des Europäischen Rates gehören seine unklaren Formulierungen, die in der zweiten Phase zu Streitpunkten werden können. So hat die „neue Institution" in der zweiten Phase die Möglichkeit, „die Entwicklung der ECU zu überwachen". Darunter kann man vieles verstehen. Das wenigste wäre die laufende Beobachtung der Kursentwicklung der ECU und die statistische Ermittlung ihrer Ausbreitung an den Finanzmärkten — freilich wäre dies keine Aufgabe, für die es einer neuen europäischen Institution bedürfte. Im weitesten Sinne kann es aber auch bedeuten, daß von der neuen Institution Interventionen an den Devisenmärkten vorgenommen werden, um eine bestimmte Kursentwicklung der ECU zu erreichen. Die Interventionen würden wohl eine wenigstens teilweise Poolung der Devisenreserven voraussetzen.

Das wäre nun die schlimmste Form der zweiten Stufe. Die geldpolitische Souveränität würde aufgeteilt auf die europäische Zentralbank und die nationalen Notenbanken. Konflikte wären programmiert. Wer bei unterschiedlichen Auffassungen über den geldpolitischen Kurs letztlich dominiert, wäre ungewiß. Nach welchen Kriterien und auf welche Ziele hin dann die Geldpolitik konkret ausgerichtet wird, bliebe unklar.

Es sei dahingestellt, ob einige Länder bei der Zustimmung zum Ratsbeschluß derartige Interpretationsmöglichkeiten gesehen oder sogar gewollt haben. Es genügt schon, daß solche Interpretationen in der zweiten Stufe in die währungspolitische Auseinandersetzung getragen werden können. Solche Fehlentwicklungen lassen sich nur vermeiden, wenn der Grundsatz festgeschrieben wird, daß es in der zweiten Phase keine auch nur teilweise Übertragung geld- und währungspolitischer Rechte auf die europäische Notenbank geben wird, insbesondere auch keine Übertragung von Interventionsrechten.

490. Der Europäische Rat hat für den Beginn der zweiten Stufe eine Reihe von Voraussetzungen aufgelistet. Entscheidend für den Zeitpunkt einer Gründung der europäischen Zentralbank ist es, daß die ordnungspolitischen Voraussetzungen für eine Europäische Währungsunion erfüllt sind. Eine zentralisierte Geldpolitik und die einheitliche Währung sind für ein Wirtschaftsgebiet sinnvoll, in dem die interregionale Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs,

der freie Güteraustausch und die ungehinderte Wanderung von Produktionsfaktoren möglich sind und bei entsprechenden Anreizen auch stattfinden. Nur unter diesen Bedingungen lassen sich die einer Währungsunion mit Recht zugeschriebenen Vorteile realisieren: Transaktionskostenersparnis durch Verwendung nur einer Währung statt vieler Währungen mit variablen Kursen, bessere Kapitalallokation wegen der fortgefallenen Wechselkursinstabilität, geringere Anfälligkeit des Währungsraumes gegen monetäre Schocks wegen Wegfalls der internen Devisenmärkte. Auf Europa angewendet, bedeutet das: Der Start in die Europäische Währungsunion setzt die Vollendung des Binnenmarktes voraus.

491. Der Ratsbeschluß enthält diese Voraussetzung. Daneben werden noch weitere Bedingungen genannt, unter anderem die, daß eine weitgehende reale und monetäre Konvergenz der europäischen Volkswirtschaften erreicht sein muß. Daß überhaupt Bedingungen für den Übergang in die zweite Stufe formuliert werden, ist zu begrüßen, weil auf diese Weise ein Automatismus verhindert wird, der in die zweite Stufe hineinführen könnte, ohne daß die Integrationsvoraussetzungen dafür bereits vorliegen. Irritierend ist es allerdings, daß der Rat zugleich einen Termin für den Beginn der zweiten Stufe nennt — irritierend deswegen, weil bei realistischer Einschätzung schwerlich damit zu rechnen ist, daß die genannten Voraussetzungen wirklich bis zum 1. Januar 1994 erfüllt sein werden. Dies gilt vor allem für die Vollendung des Binnenmarktes. Die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem politischen Handeln ist noch nicht so ausgeprägt, wie sie sein müßte, wenn der Binnenmarkt schon wie beabsichtigt 1992 erreicht werden soll. Das zeigt sich etwa am Beispiel der indirekten Steuern; obwohl ihre Harmonisierung ein wichtiger Baustein für die Vollendung des Binnenmarktes ist, konnte bisher noch keine Einigung über die Ausgestaltung erzielt werden.

Terminvorgaben haben nur einen Sinn, wenn sie eine realistische Perspektive darstellen, weil nur dies schon im vorhinein die gewünschten Anpassungen der Wirtschaft an die neue europäische Währungsordnung auszulösen vermag. Terminvorgaben, die nicht glaubhaft erscheinen, können dagegen die geplanten Reformen diskreditieren. Der Europäischen Währungsunion wird mit Terminsetzungen kein Gefallen getan.

492. Daß zwei nur schwer zu vereinbarende Kriterien für den Übergang in die zweite Stufe — der feste Termin, die zu erfüllenden Voraussetzungen — in dem Ratsbeschluß kombiniert sind, läßt befürchten, daß hier ein Kompromiß zwischen widerstreitenden Auffassungen gefunden wurde: zwischen denjenigen europäischen Staaten, die die Europäische Währungsunion so schnell wie möglich wünschen, und jenen europäischen Staaten, die die Europäische Währungsunion nur unter bestimmten ökonomischen Rahmenbedingungen wünschen. Ob der Konflikt aufbricht, weil es Anfang 1994 durchaus strittig sein kann, ob die Voraussetzungen wirklich erfüllt sind, kann heute nicht vorausgesehen werden. Daher sollte die Bundesrepublik bereits heute eine klare Position beziehen und strikt daran festhalten, daß die Terminfrage zweitrangig ist und daß die zweite Stufe nur bei eindeutiger Erfüllung der genannten Voraussetzungen einzuleiten ist. Die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Währungsunion — eine der Voraussetzungen für die zweite Stufe — sollte so spät wie möglich vorgenommen werden.

493. Man kann die Rolle der Europäischen Währungsunion auch anders interpretieren, sie als politischen Hebel betrachten, mit dessen Hilfe — ökonomische Einwände hintan gesetzt — die politische Einigung Europas vorangetrieben werden soll. So sehr politische Union und gemeinsames Geld zusammengehören, so wenig eignet sich die Währungspolitik zum Schrittmacher der politischen Einigung. Wenn der Wille zur politischen Einigung wirklich vorhanden ist, bedarf es keines währungspolitischen Vorlaufs; fehlender Einigungswille kann hingegen auch durch eine Währungsunion nicht überwunden werden.

Die deutsche Währungsunion, der die politische Vereinigung beider deutscher Staaten folgte, ist kein Modellfall für die Europäische Währungsunion. In Deutschland konnte man bei der Ausweitung des DM-Gebietes auf bewährte Institutionen zurückgreifen. Die geldpolitischen Befugnisse wurden der Deutschen Bundesbank übertragen, deren Reputation in Jahrzehnten errungen worden ist und weltweit außer Zweifel steht. In Europa geht es dagegen um die Kompetenzverlagerung auf eine neu zu schaffende Zentralbank. Sie muß sich erst bewähren und ihre Reputation erringen. In Deutschland wurde zeitgleich mit der Währungsunion das westdeutsche Rechts- und Wirtschaftssystem auf den Ostteil des Landes übertragen, in diesem Sinne also eine vollständige „Harmonisierung" der ökonomischen Rahmenbedingungen verwirklicht. In Europa ist die gebotene enge Verzahnung der Wirtschaftsunion mit der währungspolitischen Integration dagegen noch längst nicht gesichert.

494. Während die zweite Stufe auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion noch nicht akut ist, werden in der unmittelbar bevorstehenden Regierungskonferenz die Weichen für die Europäische Währungsunion gestellt. Die entscheidende Aufgabe wird sein, ein Statut für eine europäische Zentralbank zu erarbeiten. Dieses Statut sollte Bestandteil der Römischen Verträge werden, und zwar in einer Form, die Änderungen der wesentlichen Grundsätze des Statuts nicht einfachen Mehrheitsentscheidungen überläßt. Vertrauen in ein europäisches Zentralbanksystem kann nur entstehen, wenn die einvernehmlich festgelegten Grundsätze über Rechte und Pflichten der europäischen Zentralbank erhalten bleiben und ihre Änderung nicht der politischen Opportunität ausgesetzt ist.

495. Anders als über den Zeitpunkt, den Sinn und die notwendige Dauer einer zweiten Phase ist über die anzustrebende Struktur der europäischen Zentralbank in Europa eine breite Einigkeit entstanden. Die Grundsätze des deutschen Bundesbankgesetzes könnten aus derzeitiger Sicht auch die Bausteine des Statuts der europäischen Zentralbank werden. Das entbindet nicht von der Pflicht, das Statut auf die europäischen Bedingungen hin auszurichten; denn nicht alle Bestimmungen des Bundesbankgesetzes sind für Europa zweckmäßig.

Zu bedenken ist auch, daß es mit dem Statut allein nicht getan ist. Die persönliche Unabhängigkeit der verantwortlichen Personen in der europäischen Zentralbank, ihre faktische Bereitschaft, dem Ziel der Geldwertstabilität Priorität einzuräumen, ihre unzweideutige Orientierung an europäischen und nicht an nationalen Interessen — ob dies alles vorhanden ist, läßt sich an keinem Statut, sondern letztlich erst am Vollzug der europäischen Geldpolitik ablesen. Bis es unter Beweis gestellt ist, werden Vorbehalte gegen die europäische Zentralbank nicht verstummen. Um so wichtiger ist es, daß das Statut der europäischen Zentralbank in den grundsätzlichen Fragen eindeutige Regelungen enthält und nicht durch formelhafte Kompromisse vielfältige Interpretationen zuläßt.

496. Unbestritten ist, daß die europäische Zentralbank eine unabhängige Institution sein muß, also nicht den Weisungen anderer politischer Instanzen — nationaler oder supranationaler — in Europa unterliegt. Es gilt, die externen Einflußmöglichkeiten so weit wie möglich auszuschalten.

Man wird es Mitgliedern des Europäischen Rates nicht verwehren, an den Sitzungen der europäischen Zentralbank teilzunehmen. Aber es sollte festgelegt sein, daß sie dabei weder Stimmrecht noch Antragsrecht haben. Nicht einzusehen ist es hingegen, daß Mitglieder der EG-Kommission Teilnahmerecht an den Sitzungen der europäischen Zentralbank haben. Es muß der europäischen Zentralbank selbst überlassen bleiben, ob sie die Kommission zu bestimmten Fragen hören will.

Die Kommission ist an einer weitreichenden makroökonomischen Koordination interessiert. Mehrjährige Leitlinien und multilaterale Überwachungsprozesse blieben aber ohne die monetäre Komponente unvollständig. Daher wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis man die Geldpolitik in die makroökonomische Koordination einzubinden wünscht. Dies wäre im höchsten Maße problematisch. Von der Einbindung in eine zunächst informelle makroökonomische Koordination bis zur Vorgabe von Leitlinien für die Geldpolitik wäre es nur ein kleiner Schritt; er würde die Unabhängigkeit der europäischen Notenbank aber entscheidend schwächen, wenn nicht sogar aufheben.

Die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der europäischen Zentralbank könnten in der Weise geregelt werden, daß der Präsident der europäischen Zentralbank gegenüber dem Parlament über die Grundfragen der Geldpolitik berichtspflichtig gemacht wird.

497. Unbestritten ist es, daß die europäische Zentralbank dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein muß. Dies ist der heikelste Punkt, bei dem Licht und Schatten einer Europäischen Währungsunion am nächsten zusammenliegen. Es wäre gewiß ein Vorteil für ganz Europa, wenn die europäische Zentralbank mindestens den gleichen stabilitätspolitischen Ehrgeiz entwickelte, wie er heute für die Bundesbank gilt; unter dieser Bedingung würde die durchschnittliche europäische Inflationsrate bei einer einheitlichen europäischen Währung unter dem Wert ohne einheitliche Währung liegen. Ob es so kommt, kann heute niemand wirklich voraussagen. Nach dem Fortfall des disziplinierenden währungspolitischen Ankers in Europa, der bislang durch die Stabilitätspolitik der Bundesbank vorhanden war, bestünde die Gefahr, daß die Stabilitätsanstrengungen einer europäischen Zentralbank durchaus geringer wären als die der Bundesbank heute. In diesem Fall wäre eine höhere Durchschnittsinflation in Europa nicht auszuschließen. Um so wichtiger ist es, institutionelle Vorkehrungen zugunsten der Linie der Stabilität zu treffen.

In der Diskussion um ein Statut für die europäische Zentralbank wird vorgeschlagen, dieser Institution neben der Sicherung der Geldwertstabilität auch die „Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik" aufzugeben. Diese Formulierung orientiert sich am Bundesbankgesetz, das die Bundesbank verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Die Übernahme einer solchen Bestimmung in das europäische Zentralbankstatut ist problematisch. Auch in der Bundesrepublik besteht zwischen den Zielen der Geldwertstablilität und der Pflicht zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik unter Umständen ein Spannungsverhältnis. Daß dies in Deutschland letztlich unproblematisch blieb und die Geldwertstabilität faktisch Vorrang bekam, ist nicht zuletzt dem hohen Rang, den die Bevölkerung dem Ziel der Geldwertstabilität einräumt, zu verdanken. Die „allgemeine Wirtschaftspolitik" kann hierzulande schwerlich auf die Unterstützung durch die Bundesbank pochen, wenn dies zu inflationärem Druck führen würde.

In Europa muß man dies — vorerst wenigstens — noch anders sehen. Eine so ausgeprägte stabilitätspolitische Tradition wie in Deutschland besteht nicht. Daher ist die Gefahr nicht gering zu schätzen, daß die Unterstützungspflicht der europäischen Zentralbank zum Hebel würde, mit dem die Wirtschaftspolitik Wohlverhalten der europäischen Zentralbank einfordert. Um hier voraussehbare Konflikte, die zu Lasten der Geldwertstabilität gelöst werden könnten, auszuschließen, wäre ein Verzicht auf die Pflicht zur Unterstützung vorzuziehen.

498. Noch gibt es keine einheitliche Meinung in den europäischen Gremien darüber, welche Instanz das Recht zu Interventionen an den Devisenmärkten haben soll. Dabei ist — wenn man die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank und das Ziel der Geldwertstabilität wirklich ernst nimmt — kein Zweifel an der angemessenen Zuteilung der Kompetenz möglich. Sie muß der europäischen Zentralbank übertragen werden. Interventionen sind nur mit dem Instrumentarium der Notenbank möglich, nämlich durch Einsatz der Devisenreserven oder durch zinspolitische Maßnahmen. Würde über Interventionen anderswo entschieden, liefe das praktisch auf Handlungsanweisungen an die Notenbank hinaus. Die europäische Zentralbank wäre zu Maßnahmen selbst dann gezwungen, wenn diese mit dem Auftrag, den Geldwert stabil zu halten, kollidieren würden. Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ließe sich somit über den Interventionsmechanismus aushöhlen, die klare Zielpriorität wäre gefährdet. Soweit gegenüber außereuropäischen Währungen flexible Kurse herrschen, gehört die Interventionspolitik in den Bereich der Notenbank.

Anders ist die Entscheidung für feste Wechselkurse einzuschätzen. Es kann nicht der Zentralbank überlassen bleiben zu entscheiden, ob die Gemeinschaft mit anderen Staaten feste Kurse vereinbart. Hier ginge es um Fragen der wirtschaftlichen Integration mit diesen Ländern, über die zu entscheiden Sache der europäischen Regierungen ist. Soweit feste Kurse vereinbart werden, sind der europäischen Zentralbank Interventionsverpflichtungen auferlegt, denen sie sich nicht entziehen kann.

499. Es ist durchaus umstritten, ob eine Europäische Währungsunion Regeln für die öffentlichen Haushalte, insbesondere für die Staatsdefizite voraussetzt. Die Kontroverse bezieht sich dabei nicht auf den Grundsatz, daß es der Notenbank untersagt bleiben muß, öffentliche Haushaltsdefizite zu finanzieren. Dieser Grundsatz ist unverzichtbar, denn ohne ihn wurde die Notenbank voll ins Schlepptau der öffentlichen Haushalte geraten, wäre sie nicht mehr Herrin ihrer Geldschöpfung und könnte sie nicht mehr dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet werden. In dem Beschluß des Europäischen Rates wird die monetäre Finanzierung der Haushaltsdefizite mit Recht ausgeschlossen.

Strittig ist allerdings, ob über diesen Grundsatz hinaus noch Regeln für die Begrenzung der öffentlichen Haushaltsdefizite in Europa notwendig sind. Dagegen wird angeführt, daß Gebietskörperschaften mit „übermäßigen" Haushaltsdefiziten und entsprechend hoher Kreditaufnahme alsbald eine Risikoprämie in den Zinsen zahlen müßten, also letztlich durch hohe Zinsen zur Mäßigung ihrer Kreditaufnahme gezwungen würden. Zumindest gelte dies dann, wenn eine Solidarhaftung der europäischen Gebietskörperschaften für hoch verschuldete Länder so eindeutig ausgeschaltet bleibt, daß dies von den Märkten akzeptiert wird.

Diese Argumentation überzeugt letztlich nicht. Da die Wahlperioden der Politiker vielfach kürzer sind als die Laufzeiten der von ihnen aufgenommenen Kredite, bleibt ungewiß, ob die Sanktionswirkung hoher und steigender Zinsen wirklich greift. Wer morgen nicht mehr sicher in politischer Verantwortung ist, wird sich bei der öffentlichen Kreditaufnahme nur wenig von hohen Zinsen abschrecken lassen.

Wichtig für den geldpolitischen Zusammenhang ist noch eine andere Überlegung. Wenn große oder zugleich mehrere Gebietskörperschaften hohe Staatsdefizite haben, wird der politische Druck auf die europäische Zentralbank zunehmen; sie wird sich mehr und mehr gedrängt sehen, ihren monetären Kurs zu lockern, um zu sinkenden Zinsen und so zu verringerten Kreditkosten der öffentlichen Haushalte beizutragen. Man mag noch so sehr auf die formale Unabhängigkeit der Notenbank setzen — sie agiert nicht im luftleeren Raum. Es wäre unrealistisch zu glauben, daß sich die Zentralbank dem auf sie ausgeübten Druck völlig entziehen könnte. Es ist ja auch nicht ausgeschlossen, daß innerhalb des Leitungsgremiums der Notenbank unterschiedliche Vorstellungen über den angemessenen geldpolitischen Kurs und die Einschätzung der Staatsdefizite bestehen. In diesem Klima kann eben doch über politische Einflüsse durch hohe Staatsdefizite einer laxen Geldpolitik Vorschub geleistet werden. Deshalb sind Regeln für die Begrenzung der öffentlichen Defizite in einer Europäischen Währungsunion notwendig; wie die Begrenzung operationalisiert wird, ist nicht einfach zu beantworten. Besser als gar keine Obergrenze für die öffentliche Verschuldung ist die Bindung der öffentlichen Kreditaufnahme an den Umfang der investiven Ausgaben, etwa der Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften (JG 89 Ziffer 417). Solche Kreditbegrenzungen dienen dazu, die Unabhängigkeit der Notenbank bewahren zu helfen, indem gar nicht erst eine Situation entsteht, in der die Unabhängigkeit auf ihre Belastbarkeit geprüft werden müßte.

500. Häufig wird die Konvergenz in der Wirtschaftsentwicklung, vor allem bei der Preis- und Kostenentwicklung als eine wichtige Vorbedingung für eine Währungsunion angesehen, auch in dem Ratsbeschluß. Dem ist zuzustimmen — nur liefert das Konvergenzkriterium kaum einen praktikablen Maßstab für den Zeitplan zu einer Währungsunion. Heute erreichte Konvergenz kann morgen schon wieder verloren gehen. Wollte man mit der Errichtung der Europäischen Währungsunion warten, bis alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft strenge Konvergenzanforderungen erfüllen, würde es wohl nie zu einer Währungsunion kommen; denn irgendein Land wird in der aktuellen Situation immer irgendein Konvergenzkriterium nicht erfüllen. Andererseits darf die Meßlatte nicht niedrig gehängt werden; es würde die Stabilität der Europäischen Währungsunion vom Start weg in Frage stellen, wenn die beteiligten Länder in den für die Geldpolitik wichtigen Indikatoren — Geldentwertungsrate, Kostendruck, Höhe der Staatsdefizite, Zinsniveau — erhebliche Unterschiede aufwiesen. Da diese Unterschiede gegenwärtig bestehen und sicherlich nicht für alle Länder im gleichen Tempo abgebaut werden können, ist die Errichtung einer alle Länder umfassenden Europäischen Währungsunion auf einen Schlag nicht sinnvoll. Vielmehr gilt es, einen Prozeß zu organisieren, der die Währungsunion nicht ins Ungewisse verschiebt, an dessen Ende aber die volle geldpolitische Integration Europas steht.

501. Grundvoraussetzung ist es, daß sich die europäischen Staaten gemeinsam auf ein Statut für eine europäische Zentralbank verständigen. Dieses Statut müßte im europäischen Vertragswerk verankert werden. Flexibilität müßte aber erhalten bleiben hinsichtlich des Termins, zu dem ein einzelnes Land die geldpolitischen Rechte seiner Zentralbank auf die europäische Notenbank überträgt, die gemeinschaftliche Währung in seinem Staatsgebiet als gesetzliches Zahlungsmittel anerkennt und damit also der Europäischen Währungsunion beitritt. Auf diese Weise könnte die Europäische Währungsunion sogar früher beginnen, als wenn erst die ökonomische Konvergenz aller potentiellen Mitgliedstaaten abgewartet würde. Hinter der hier erörterten Vorgehensweise steht die Vorstellung, daß nicht alle europäischen Länder zeitgleich mit der Gründung der europäischen Zentralbank in die Währungsunion eintreten werden.

502. Für die Verschiebung seines Beitritts kann ein Land gute Gründe haben. Der wichtigste wird sein, daß es auf den Wechselkurs als Anpassungsmechanismus vorerst nicht verzichten kann. Wenn nominale

Wechselkursanpassungen ausgeschlossen sind — in der Währungsunion sind sie es unwiderruflich —, muß ein Land die notwendig werdenden relativen Preisänderungen gegenüber den Partnerstaaten auf anderem Wege, insbesondere durch Lohnanpassungen anstreben. Herrscht hier nicht genügend Flexibilität, entstehen Anpassungslasten anderer Art wie etwa Unterbeschäftigung. Es muß letztlich von jedem Land in eigener Verantwortung entschieden werden, ob es sich bereits „reif" für die Währungsunion hält, ob es also auf das Instrument der Wechselkursanpassung schon verzichten kann. Das noch nicht der Währungsunion beigetretene Land wird dabei in Rechnung stellen müssen, daß ihm die Vorteile einer Währungsunion entgehen. Eine Inanspruchnahme von Übergangsregeln von einzelnen Mitgliedstaaten ist mit dem EWG-Vertrag vereinbar.

503. Es müßte in den Verträgen von vornherein geregelt werden, ob der Beitritt eines Landes zur Währungsunion durch einseitige Erklärung des Beitrittskandidaten stattfinden kann oder ob er erst nach Erfüllung bestimmter vorgegebener Konvergenzkriterien möglich sein soll. Für letzteres ist zu plädieren.

Das integrierte Europa soll ein Hartwährungsraum sein, der im Innern von den realwirtschaftlichen Lasten hoher Geldentwertungsraten verschont bleibt und der nach außen eine weltweit angesehene Währung besitzt. Könnten Länder auch dann der Europäischen Währungsunion beitreten, wenn sie die monetären Voraussetzungen eigentlich nicht erfüllen, müßte dies zu einer tendenziellen Aufweichung der auf Geldwertstabilisierung gerichteten europäischen Geldpolitik führen. Die Europäische Währungsunion geriete in Mißkredit. Dies gilt es zu vermeiden.

Im Vertrag sollte klargestellt werden, daß ein der Währungsunion beitretendes Land keinerlei spezifische Vergünstigungen, etwa Transferzahlungen, erwarten darf. Schon politische Erwägungen sprechen dagegen. Kein Land sollte nur um der erwarteten finanziellen Transfers willen der Währungsunion beitreten; kein Land, dessen Beitrittsgesuch negativ beschieden wird, sollte deshalb den Nachteil des Verlustes sonst fälliger Transferzahlungen tragen müssen. Gegen spezifische Vergünstigungen gibt es vor allem aber ökonomische Argumente. Mit dem Beitritt wird ein Souveränitätsverlust — in der Geldpolitik — in Kauf genommen, es werden Verpflichtungen — zum Beispiel die Begrenzung der Staatsdefizite — eingegangen, und es wird auf einen Anpassungsmechanismus — Wechselkursänderungen — verzichtet. Der Vorteil des Beitritts besteht in nicht mehr, aber auch nicht weniger als dem Nutzen, der sich mit einer einheitlichen und stabilen Währung verbindet. Mit der Übernahme völlig fester nach bisher anpassungsfähigen Wechselkursen handelt sich kein Land Nachteile ein, die einen finanziellen Ausgleich rechtfertigen. Vorausgesetzt ist hierbei allerdings, daß der Verzicht auf den Wechselkursmechanismus durch Flexibilität anderer Größen, etwa der Löhne, wettgemacht wird. Wo dies nicht der Fall ist, sind finanzielle Vergünstigungen verfehlt; vielmehr wäre vom Beitritt des Landes zur Währungsunion abzuraten.

504. Es gibt also keinen Grund, im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion die Fonds der EG aufzustocken oder einen interregionalen Finanzausgleich einzuführen. Daher irritiert es außerordentlich, wenn die Kommission im Zusammenhang mit einem möglichen Beitritt einiger jüngerer Mitgliedsländer von einem „umfangreichen Ressourcentransfer" spricht, der den Beitritt möglich machen soll. Solche Vorstellungen besitzen in währungspolitischer Sicht keine ökonomische Rechtfertigung, selbst wenn die Transfers als Vehikel benutzt werden sollen, um im Sinne der Konditionierung rigorose Reformmaßnahmen in diesen Ländern durchzusetzen. Sie bestätigen aber Befürchtungen, daß die Fragen des Beitritts zur Europäischen Währungsunion nicht in erster Linie nach ökonomischen Kriterien, sondern vielmehr nach politischen Erwägungen geregelt werden. Drängt die Politik auf die rasche Gründung einer alle Länder umfassenden Währungsunion, wird sie auch bereit sein, den noch zögernden Ländern Prämien für den Beitritt zu zahlen. Abzuraten ist von diesem Weg, weil er die interregionalen Transferzahlungen in der EG deutlich anschwellen ließe und somit — weil die ökonomischen Gründe dafür fehlen — einer ineffizienten Verwendung von Finanzierungsmitteln in der Gemeinschaft Vorschub leistete. Es würde der europäischen Währungspolitik mehr Überzeugungskraft geben, wenn von vornherein ausgeschlossen wäre, daß die Europäische Währungsunion massive interregionale Einkommensumverteilungen in Europa auslösen würde.

VIERTES KAPITEL

Erneuerung der Wirtschaftsstruktur im östlichen Teil Deutschlands

I. Überblick

505. Zu den Hinterlassenschaften der sozialistischen DDR gehört eine Wirtschaft, die, sieht man von ganz wenigen Ausnahmen ab, den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs nicht gewachsen ist. Die sozialistische Planwirtschaft hat eine Spezialisierung nach Maßgabe komparativer Vorteile nicht zugelassen, und sie war auch nicht in der Lage, die Effizienzsteigerungen zu bewirken, zu denen Unternehmen in marktwirtschaftlicher Umgebung durch den Druck des Wettbewerbs gezwungen sind. Arbeitslosigkeit wurde durch überhöhten Personalbestand in fast allen Bereichen verdeckt. Der im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern hohe Lebensstandard der Bevölkerung ging auf Kosten der Substanz: Die Erneuerung der Produktionsanlagen wurde ebenso gröblich vernachlässigt wie die Pflege der natürlichen Umwelt.

Die rasche Schaffung der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat diese Schwächen in drastischer Form deutlich werden lassen. Mit einem Schlag dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, gerieten die bislang vom Weltmarkt abgeschotteten Unternehmen fast ausnahmslos in schwere Bedrängnis. Der Übergang konnte nach der Währungsunion auch nicht mehr durch schützende Handelsschranken oder die Abschirmung über einen Wechselkurs erleichtert werden. Die Unternehmen sind heute durchweg nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft im Wettbewerb mit westdeutschen und ausländischen Anbietern zu behaupten, auf den Märkten im Westen, die sich ihnen geöffnet haben, ebensowenig wie auf ihren angestammten heimischen Märkten.

Die strukturelle Erneuerung ist damit zum vordringlichen Problem geworden. Hierbei kommt es vor allem darauf an, daß sich leistungsfähige Unternehmen entwickeln, die mit wettbewerbsfähigen Produkten die Grundlage für Wachstum und gesicherte Beschäftigung schaffen. Für die Entwicklung der Region ist wesentlich, daß eine Exportbasis zustandekommt, das heißt ein Bereich, dessen Produkte sich auf den überregionalen Märkten im Wettbewerb behaupten können. Die Region bedarf solcher Produktionen, soll sie voll in die internationale Arbeitsteilung integriert werden und nicht auf die Dauer von Transfers abhängig bleiben. Es ist daher vor allem wichtig, daß industrielle Produktionsstätten entstehen, deren Absatzmärkte über die Region hinausreichen. Der bisher unterentwickelte Dienstleistungssektor bietet vielfältige Möglichkeiten unternehmerischer Betätigung, trägt allerdings nur in einigen seiner Zweige zur Exportbasis bei. Mit der Entstehung einer leistungsfähigen Exportbasis wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß sich in deren Umkreis komplementäre Produktionen und Dienstleistungen entwickeln können.

506. Die ehemaligen volkseigenen Betriebe unterstehen heute als Kapitalgesellschaften der Treuhandanstalt, die sie nach ihrem gesetzlichen Auftrag der Privatisierung und Sanierung oder, falls dies nicht gelingt, der Stillegung zuzuführen hat. Hierbei ist Privatisierung zugleich der geeignetste Weg zur Sanierung. Private Investoren bringen dabei unternehmerische Konzeptionen und das zu ihrer Realisierung benötigte Kapital ein. Die Treuhandanstalt, der einige tausend Unternehmen unterstellt sind, kann allenfalls bei einigen wenigen von ihnen tiefgreifende Sanierungsmaßnahmen einleiten. Sie sollte ihre begrenzten Kräfte auf die Privatisierung konzentrieren. Es wäre hilfreich, wenn ihr gesetzlicher Auftrag eindeutig in diesem Sinne neuformuliert würde.

507. Für Unternehmen, bei denen die Privatisierung nicht gelingt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Stillegung oder Verbleib im Staatsbesitz. Die letztere Lösung stößt auf erhebliche Bedenken, da sie auf das Verbleiben eines schwachen, dauernd auf Subventionen angewiesenen Unternehmensbereichs beim Staat hinausliefe. Für die Stillegung gilt es, allgemeine Regeln zu finden, die den Unternehmen genügend Zeit für den Weg zu Privatisierung und Sanierung lassen, dabei aber an dem Grundprinzip festhalten, daß der Fortbestand eines Unternehmens nur gesichert sein kann, wenn es sich aus eigener Kraft auf dem Markt zu behaupten vermag. Wenn sich für ein Unternehmen kein privater Investor finden läßt, der bereit ist, das erforderliche Sanierungsprogramm zu finanzieren, so begründet dies zumindest die Vermutung, daß es nicht sanierungsfähig ist.

508. Unverzichtbar für die Strukturerneuerung ist es, daß neue Unternehmen und Produktionsstätten entstehen, sei es durch Initiativen aus Westdeutschland oder dem Ausland, sei es durch Gründer aus der Region selbst. Neue industrielle Produktionsstätten sind bisher nur in wenigen Fällen bereits im Aufbau; solche Investitionen bedürfen längerer Vorbereitungszeit. In der Region selbst lassen die zahlreichen Gewerbemeldungen erkennen, daß viele Bürger bereit sind, selbständige Existenzgründungen zu wagen. Der damit verbundene Auftrieb für Wachstum und Beschäftigung ist bislang kaum abzuschätzen. Die vorliegenden Befunde begründen die Hoffnung, daß ein leistungsfähiger gewerblicher und freiberuflicher Mittelstand im Entstehen ist.

509. Investitionshemmnisse, die der Privatisierung und der Gründung neuer Unternehmen entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Schwerwiegende Belastungen ergeben sich vor allem aus der Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse und aus dem Fehlen einer den neuen Aufgaben gewachsenen Verwaltung. Hinzu kommen schwere Mängel der wirtschaftsnahen Infrastruktur und ein zu geringes Angebot an Gewerbeflächen. In der Tarifpolitik und im Arbeitsrecht ist Behutsamkeit geboten, damit nicht

durch vermeintlich arbeitnehmerfreundliche Regelungen zusätzliche Investitionshemmnisse aufgebaut werden.

510. Für die Investitionsförderung ist ein wichtiger Gesichtspunkt, daß ein Fördergefälle zugunsten der östlichen Bundesländer hergestellt wird. Dies bedingt nicht nur Förderprogramme für dieses Gebiet, sondern ein Überdenken der Prioritäten in der gesamten Regionalpolitik. Angesicht knapper Mittel ist der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur als Instrument der Investitionsförderung Vorrang zu geben.

511. Drei Wirtschaftsbereiche mit besonderen Problemlagen sind hervorzuheben:

- In der Landwirtschaft gilt es, den Übergang zu neuen Organisationsformen zu finden und zugleich die Eingliederung in das System der EG-Agrarmarktordnungen zu vollziehen.
- Für die Energiewirtschaft lassen sich die umfangreichen Investitionsaufgaben nur mit Hilfe privater Investoren bewältigen; dringlich ist die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens, der dem Wettbewerb Raum gibt und den Anforderungen des Umweltschutzes Rechnung trägt.
- Für die Wohnungswirtschaft ist der Übergang zu marktgerechten Mieten unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Altbestand umfassend saniert werden kann und neue private Investitionen zustande kommen.

512. Wichtig sind geeignete Rahmenbedingungen für den Prozeß der Erneuerung:

- Für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung sind energische Schritte zur Behebung der zum Teil katastrophalen Lage der natürlichen Umwelt geboten; dies muß eine der leitenden Ideen bei der Entstehung neuer Strukturen sein.
- Zur raschen Behebung von Mängeln der Infrastruktur, vor allem im kommunalen Bereich, müssen auch neue und unkonventionelle Wege beschritten werden; durch Beteiligung privater Investoren können Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen, vor allem aber die umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen privater Unternehmen genutzt werden.
- Im Übergang zu neuen Strukturen entsteht erhebliche Arbeitslosigkeit, die nur langsam wieder abgebaut werden wird. Härten für die betroffenen Menschen werden durch das System der sozialen Sicherung aufgefangen. Um der Dequalifikation und Demotivation bei den Arbeitslosen entgegenzuwirken, bedarf es besonderer Anstrengungen einer an Qualifikation orientierten aktiven Arbeitsmarktpolitik.

II. Das Kernproblem: Entwicklung leistungsfähiger Unternehmen

513. Der Erfolg des Prozesses wirtschaftlicher Erneuerung im östlichen Teil Deutschlands hängt wesentlich davon ab, daß sich leistungsfähige Unternehmen entwickeln, die mit wettbewerbsfähigen Produkten die Grundlage für Wachstum und gesicherte Beschäftigung schaffen. Die ehemaligen volkseigenen Betriebe, die nach der Öffnung für den Wettbewerb aus eigener Kraft den neuen Anforderungen durchweg nicht gewachsen sind, müssen, soweit dies möglich ist, der Privatisierung und Sanierung zugeführt werden (Ziffern 514 ff.). Weiter bedarf es klarer Zielvorstellungen und Verfahrensregeln für die Unternehmen, bei denen sich erweist, daß sie nicht privatisiert werden können (Ziffern 529 ff.). Nicht minder wichtig als die Bereinigungen im vorhandenen Bestand ist es, daß neue Produktionsstätten entstehen, sei es in Form der Gründung neuer Unternehmen, sei es als Betriebe von Unternehmen außerhalb der Region (Ziffern 538 ff.). Zur Förderung dieses Erneuerungsprozesses ist der Abbau gravierender Investitionshemmnisse von vorrangiger Bedeutung (Ziffern 544 ff.). Darüber hinaus ist zu erwägen, mit welchen Maßnahmen die Investitionsfähigkeit zusätzlich angeregt werden kann (Ziffern 551 ff.).

Privatisierung: Die Rolle der Treuhandanstalt

514. Die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe ist heute Aufgabe der Treuhandanstalt, die bereits seit Anfang 1990 besteht und der die Betriebe zunächst ohne Vorgabe klarer Ziele unterstellt wurden. Erst mit dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 wurde die Absicht dokumentiert, mit Hilfe der Treuhandanstalt „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen". Das Treuhandgesetz gilt nach Artikel 25 Einigungsvertrag fort; nach dem Vertrag ist die Treuhandanstalt „auch künftig damit beauftragt, gemäß den Bestimmungen des Treuhandgesetzes die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren".

Der Treuhandanstalt unterstehen ungefähr 8 000 Unternehmen, heute in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften. Sie kann angesichts der Zahl und der Vielfalt dieser Unternehmen ihre Aufgabe nicht wie eine normale Konzernspitze in der einheitlichen Leitung dieses Komplexes sehen. Das ihr unterstehende Konglomerat von Unternehmen wäre als Konzern unregierbar. Sie muß vielmehr alle Kräfte auf die bestmögliche Erfüllung der Aufgaben konzentrieren, die ihr vom Gesetz vorgegeben sind.

Nach § 2 Absatz 6 Treuhandgesetz hat die Treuhandanstalt die Aufgabe, die Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern. Zugleich obliegt ihr „die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen". Dies wirft die Frage auf, inwieweit Privatisierung und Sanierung als komplementäre Aufgaben gesehen werden können. Zur Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes gehört unvermeidlich auch die Stillegung nicht sanierungsfähiger Unternehmen oder Unternehmensteile.

515. Auch nach Inkrafttreten des Treuhandgesetzes standen die Verwaltung und zumindest vorläufige Sicherung der Unternehmen für die Treuhandanstalt zunächst weiter im Vordergrund. Nachdem die Unter-

nehmen fast ausnahmslos in eine kritische Lage geraten waren und keinen unmittelbaren Zugang zu funktionierenden Kreditmärkten hatten, fiel der Treuhandanstalt die Aufgabe der Liquiditätssicherung zu. Durch die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten bis zu 17 Mrd DM nach dem Staatsvertrag, aufgestockt auf bis zu 25 Mrd DM nach dem Einigungsvertrag, und — im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen — zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen war sie in der Lage, den Unternehmen die benötigte Liquidität zuzuführen.

Die Hauptaufgabe der Treuhandanstalt, die Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern, wurde erst in jüngster Zeit nach Neubesetzung der wichtigen Spitzenpositionen ernstlich in Angriff genommen. Erste Erfolge zeichnen sich bereits ab. Doch erweist sich als dringend klärungsbedürftig, in welchem Verhältnis Privatisierung und Sanierung zueinander stehen sollen, welche Rolle insbesondere die Treuhandanstalt selbst bei der Sanierung übernehmen soll und kann.

516. In aller Regel ist die Privatisierung der aussichtsreichste Weg zur Sanierung. Sanierung erfordert in den meisten Fällen, daß die Position des Unternehmens im Markt von Grund auf neu überdacht werden muß. Produktprogramme und Produktionsverfahren, die nicht den Anforderungen des Marktes entsprechen, müssen neu konzipiert werden. Hierzu bedarf es zum einen einer marktorientierten unternehmerischen Konzeption, zum anderen der Bereitschaft, Investitionen durchzuführen und dafür Kapital einzusetzen.

Sanierungskonzeptionen können in den Unternehmen selbst entwickelt oder von außen an sie herangetragen werden. Auf jeden Fall aber müssen ihre Erfolgsaussichten kritisch geprüft werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Dies ist am ehesten gewährleistet, wenn Sanierungspläne dem Urteil privater Investoren standhalten müssen, die ihr Kapital dafür zur Verfügung stellen.

Privaten Investoren eröffnet ein Angebot zur Privatisierung sanierungsbedürftiger Unternehmen Chancen für ertragreiche Investitionen, wenn es gelingt, Konzeptionen für deren marktorientierte Neugestaltung zu finden. Dadurch werden Anreize geschaffen, über die ein Wettbewerb um die Entdeckung aussichtsreicher Sanierungskonzeptionen stimuliert werden kann.

517. Nach dem Treuhandgesetz obliegt der Treuhandanstalt neben der Privatisierung auch die Sanierung der ihr unterstellten Unternehmen. Es wäre aber ganz verfehlt, die Erwartungen in dieser Hinsicht zu hoch zu spannen. Die Treuhandanstalt kann auf die ihr unterstellten Unternehmen einwirken, daß offensichtliche Unwirtschaftlichkeiten, die mit der Umstellung auf die Marktwirtschaft deutlich geworden sind, beseitigt werden. Hierzu gehören die Bereinigung der Produktionsprogramme von gravierenden Verlustquellen, die Schließung oder Ausgliederung von zu teuren Zulieferbetrieben, vor allem aber auch der Abbau nicht benötigten Personals. Solange die Unternehmen hinsichtlich ihrer Liquiditätsversorgung auf die Treuhandanstalt angewiesen sind, hat diese ein wirksames Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen in der Hand. Für die in fast allen Unternehmen erforderliche durchgreifende Sanierung ist dies aber nicht hinreichend. Notwendig sind umfassende Konzeptionen, deren Realisierung in aller Regel Investitionen erheblichen Umfangs erfordert.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Leitung der Treuhandanstalt Sanierungskonzeptionen für einige tausend Unternehmen entwirft oder auch nur die in den Unternehmen oder von dezentral arbeitenden Beratergruppen ausgearbeiteten Planungen mit der erforderlichen Sorgfalt kritisch überprüft. Auch bei Nutzung aller Möglichkeiten der Dezentralisierung können aufwendige Sanierungsvorhaben nur für einen sehr kleinen Teil aller Unternehmen so sorgfältig vorbereitet werden, wie der hohe Mitteleinsatz es erfordert. Abgesehen davon, daß Kriterien für eine willkürfreie Auswahl der in dieser Weise zu sanierenden Unternehmen kaum zu erkennen sind, werden damit personelle Kapazitäten gebunden, die mit durchweg besseren Erfolgsaussichten beim Fortgang der Privatisierung eingesetzt werden könnten.

Bedenken gegen die Finanzierung von Sanierungsplänen durch die Treuhandanstalt ergeben sich auch daraus, daß sie zum einen nicht in gleicher Weise wie private Investoren darauf angewiesen ist, daß die Investitionsvorhaben sich am Markt bewähren, daß ihre Leitungsgremien zum anderen nicht gegen politischen Druck abgeschirmt werden können. Im Ergebnis kann es dazu kommen, daß wenig aussichtsreiche Projekte finanziert werden, wobei es sich in Wirklichkeit um Erhaltungssubventionen für nicht wettbewerbsfähige Unternehmen handelt.

Grundsätzlich gilt also, daß Privatisierung der Weg zur Sanierung ist, nicht umgekehrt. Der gesetzliche Auftrag der Treuhandanstalt ist nicht eindeutig in diesem Sinne formuliert, sollte aber bei sinnvoller Auslegung so verstanden werden. Eine klärende Neuformulierung durch den Gesetzgeber wäre nützlich.

518. Eine Vielzahl von Regelungen zur Verwendung der Privatisierungserlöse legt die Vermutung nahe, von der Treuhandanstalt werde erwartet, daß sie beachtliche Erlöse erzielen könne. Grundlegend ist Artikel 25 Absatz 3 Einigungsvertrag, in dem bekräftigt wird, daß das volkseigene Vermögen ausschließlich und allein zugunsten von Maßnahmen im Beitrittsgebiet zu verwenden ist. Die wichtigsten Einzelregelungen dazu sind:

- Die Treuhandanstalt ist ermächtigt, Kredite im Vorgriff auf künftige Privatisierungserlöse aufzunehmen (§ 2 Absatz 7 Treuhandgesetz); damit ist ein Teil der Privatisierungserlöse gebunden.
- Gemäß § 5 Absatz 1 Treuhandgesetz soll die Treuhandanstalt ihre Einnahmen vorrangig für die Strukturanpassung der Unternehmen verwenden.
- Gemäß Artikel 25 Absatz 7 Einigungsvertrag hat die Treuhandanstalt der Deutschen Kreditbank und den anderen beteiligten Banken die Zinszahlungen auf alle vor dem 30. 6. 1990 an Unternehmen vergebene Kredite zu erstatten, und zwar je-

weils bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz.

- Gemäß der Entschuldungsverordnung vom 5. 9. 1990 hat die Treuhandanstalt den Kapital- und Zinsendienst von Unternehmen zu tragen, soweit diese zur Sanierung oder Umstrukturierung entschuldet werden.
- Gemäß Artikel 23 Absatz 3 Einigungsvertrag erstatten der Bund und die Treuhandanstalt jeweils die Hälfte der Zinsleistungen des Sondervermögens, in das die Gesamtverschuldung des Republikhaushalts der ehemaligen DDR eingegangen ist.
- Gemäß Artikel 23 Absatz 4 Einigungsvertrag soll die Treuhandanstalt mit Wirkung vom 1. 1. 1994 einen noch zu bestimmenden Anteil der beim Sondervermögen aufgelaufenen Gesamtverschuldung übernehmen.
- Artikel 25 Absatz 3 Einigungsvertrag sieht vor, daß Erlöse der Treuhandanstalt im Einzelfall auch für Entschuldungsmaßnahmen zugunsten von landwirtschaftlichen Unternehmen verwendet werden können.
- Im Rahmen der Privatisierung sollen nach Artikel 25 Absatz 6 Einigungsvertrag Möglichkeiten vorgesehen werden, den Sparern für den bei der Umstellung 2:1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am ehemals volkseigenen Vermögen einzuräumen.

Bei der Formulierung dieser Regelungen mag die Vorstellung bestanden haben, die Privatisierungserlöse würden für alle vorgesehenen Verwendungen ausreichen. Inzwischen ist jedoch eher zu vermuten, daß hier das Fell eines noch nicht erlegten Bären mehrfach verteilt worden ist. Bedenklich ist, daß damit für die Treuhandanstalt ein Erwartungsdruck entsteht, der zu einem Konflikt mit ihrer Hauptaufgabe, der Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes, führt. Die Hauptaufgabe gebietet, möglichst viele Unternehmen in möglichst kurzer Zeit privaten Investoren zur Sanierung zu überantworten. Dabei sind hohe Privatisierungserlöse erwünscht; es darf aber nicht dazu kommen, daß die Privatisierung scheitert, weil die Treuhandanstalt sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, sie gebe das ehemals volkseigene Vermögen zu billig ab.

Die Erwartung, die Treuhandanstalt müsse bei der Privatisierung hohe Erlöse erzielen, führt möglicherweise auch zu dem Schluß, die Sanierung müsse im Interesse eines höheren Preises bereits vor der Privatisierung eingeleitet werden. Diese Vorstellung wäre jedoch eine Illusion. Sie wäre nur dann zutreffend, wenn die Treuhandanstalt besser als private Investoren befähigt wäre, erfolgversprechende Wege zur Sanierung zu finden, oder wenn sie die Sanierung mit geringerem Kapitaleinsatz bewerkstelligen könnte als private Investoren.

519. Als Investoren kommen bei der Privatisierung in erster Linie westdeutsche oder ausländische Unternehmen in Betracht, die auf diese Weise Standortvorteile nutzen möchten. Ein großer Vorteil ist, daß diese Investoren nicht nur Kapital liefern, sondern auch die dringend notwendigen Sanierungspläne.

Eine zweite Gruppe von Investoren, die vor allem bei der Privatisierung kleinerer Unternehmenseinheiten in Frage kommt, sind befähigte Manager, die mit dem Erwerb die Position eines Eigentümer-Unternehmers anstreben. Sie können sowohl aus dem Bereich der bisherigen Unternehmensleitung als auch von außen kommen. Geeignete Objekte hierfür bilden vor allem Zuliefer- und Dienstleistungseinheiten, die bislang in den alten volkseigenen Betrieben integriert waren. Wie aussichtsreich dieser Weg ist, hängt allerdings davon ab, ob es ein hinreichend großes Potential an interessierten und fähigen Managern gibt. Dies ist schwer einzuschätzen. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, lassen sich geeignete Finanzierungsmodelle finden; hierfür gibt es erfahrene Spezialisten.

Ein anderer Weg zur Privatisierung, der in der Bundesrepublik in der Vergangenheit erfolgreich genutzt wurde, ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, deren Aktien einem breiten Publikum öffentlich angeboten und zugleich an der Börse eingeführt werden. Dieser Weg eignet sich jedoch nach allen Erfahrungen nur für florierende und gut geführte Unternehmen; nur für solche Unternehmen ist er in der Vergangenheit mit Erfolg beschritten worden. Die der Treuhandanstalt unterstehenden ehemaligen volkseigenen Betriebe sind hingegen fast ausnahmslos darauf angewiesen, daß Sanierungskonzeptionen erst entwickelt werden. Unter diesen Voraussetzungen kommt der Weg des öffentlichen Angebots börsenfähiger Aktien nicht in Frage, zum einen, weil die Voraussetzungen für die Börsenzulassung nicht gegeben sind, zum anderen, weil man auf diese Weise keine Investoren findet, die zugleich Sanierungskonzeptionen einbringen.

520. Eine der wichtigsten Aufgaben der Treuhandanstalt bei der Vorbereitung der Privatisierung ist die Herstellung von Markttransparenz. Es muß öffentlich bekannt werden, welche Unternehmen zum Verkauf stehen und in welcher Weise Kaufangebote abgegeben werden können. Kaufinteressenten muß die Möglichkeit geboten werden, sich über die Kaufobjekte zu informieren.

Wesentlich ist es, daß auch die Unternehmensleitungen sich an der Suche nach Kaufinteressenten aktiv beteiligen. Damit sie dazu motiviert sind, muß es klar sein, daß es für den Fortbestand eines Unternehmens keine Alternative zur Privatisierung gibt. Niemand darf damit rechnen können, daß Unternehmen, für die sich keine Käufer finden, durch Subventionen am Leben gehalten werden.

Die Schaffung von Markttransparenz und die Werbung um Kaufangebote sind deswegen so wichtig, weil der Markt nur dann Entscheidungsinstanz über den Fortbestand eines Unternehmens sein kann, wenn seine Funktionsfähigkeit nicht durch Informationsdefizite beeinträchtigt wird. Nur wenn außer Zweifel steht, daß in dieser Hinsicht nichts versäumt worden ist, läßt sich die Vermutung begründen, daß Unternehmen, für die sich kein Käufer findet, nur wenig Aussicht auf erfolgreiche Sanierung haben.

521. Eine schwierige Aufgabe im Vorfeld der Privatisierung ist die Abgrenzung der zum Verkauf angebotenen Unternehmenseinheiten. Die volkseigenen Betriebe umfaßten vielfach sehr unterschiedliche und nur locker zusammenhängende Produktionseinheiten. In vielen Fällen ist eine Zerlegung und Neugruppierung erforderlich, damit Unternehmen entstehen, die für private Investoren interessant sind. Die endgültige Entscheidung über die Abgrenzung der Unternehmen bei der Privatisierung ist allerdings Gegenstand von Verhandlungen mit den Investoren. Diese werden über die Abgrenzung der Einheiten, die sie erwerben wollen, oft andere Vorstellungen haben als die Treuhandanstalt.

Ein problematischer Fall für die Treuhandanstalt ist es, wenn ein Investor nur am Erwerb eines Teils der von der Treuhandanstalt angebotenen Unternehmenseinheit interessiert ist. Damit entsteht eine schwierige Entscheidungssituation. Es ist damit zu rechnen, daß das Kaufinteresse sich in erster Linie auf die besten und aussichtsreichsten Unternehmensteile richtet; um so schwieriger wird es, den verbleibenden Rest zu erhalten und zu veräußern.

Maßgeblich für die Entscheidung kann nur sein, ob Aussicht auf andere Kaufangebote besteht, die weniger selektiv sind. Sofern allerdings in absehbarer Zeit kein günstigeres Angebot in Aussicht steht, ist die beste Lösung, die Einheit in der vom Kaufinteressenten gewünschten Abgrenzung zu privatisieren. Das Argument, daß damit ein Rest mit fragwürdiger Lebensfähigkeit übrig bleibt, kann nicht maßgeblich sein. Es ist nicht sinnvoll, eine als Ganzes nicht verkäufliche Einheit zu erhalten, nur damit die nicht sanierungsfähigen Teile durch die wirtschaftlich stärkeren Einheiten subventioniert werden können.

522. Die Treuhandanstalt steht bei der Privatisierung vor der schwierigen Frage, welchen Preis sie vom Erwerber eines Unternehmens fordern soll oder welches Preisangebot sie akzeptieren kann. Für eine Bewertung gibt es kaum Anhaltspunkte. Die DM-Eröffnungsbilanzen sind hierzu ungeeignet, da sie auf der Einzelbewertung von Vermögensgegenständen beruhen. Für den Erwerber eines Unternehmens ist diese Bewertung nicht maßgeblich. Der Preis, den er zu zahlen bereit ist, wird nach oben begrenzt durch seine Einschätzung des Zukunftserfolgswertes.

Welchen Zukunftserfolgswert der Erwerber einem Unternehmen zuordnet, hängt von seiner Sanierungskonzeption und den darauf beruhenden Zukunftsaussichten ab. Die Treuhandanstalt kann das Ergebnis eines derartigen Kalküls kaum abschätzen. Sie muß zwar bestrebt sein, einen möglichst hohen Preis zu erzielen, weiß aber nicht, bis zu welcher Obergrenze ein Kaufinteressent zu gehen bereit ist. Die einzige Möglichkeit, die Verhandlungssituation zu verbessern, besteht darin, konkurrierende Angebote von anderen potentiellen Erwerbern einzuholen.

Das kann durch ein öffentliches Angebot vor endgültigem Abschluß des Verkaufs erreicht werden. Dies darf allerdings nicht zu langen Verzögerungen führen; die Treuhandanstalt kann es sich nicht leisten, Kaufinteressenten abzuschrecken.

Wenn sich in angemessener Frist nur ein Kaufinteressent findet, deutet dies darauf hin, daß die Sanierungsmöglichkeiten insgesamt eher skeptisch zu beurteilen sind. Dann ist das vorliegende Preisgebot zu akzeptieren, sofern es mindestens dem Betrag entspricht, der bei Liquidation und Einzelveräußerung der Vermögensgegenstände nach Begleichung aller Verbindlichkeiten verbliebe.

523. Ein einmal abgeschlossener Vertrag über ein Unternehmen muß Bestand haben, auch wenn sich die Konditionen nachträglich als zu ungünstig für die Treuhandanstalt erweisen. Ausnahmen davon kann es nur dann geben, wenn die Treuhandanstalt unter Ausnutzung von organisatorischen Schwächen und persönlichen Beziehungen nachweislich übervorteilt worden ist; in der Aufbauphase mag es solche Fälle gegeben haben. Auch dann ist aber sorgfältig zu prüfen, ob eine Vertragsanfechtung Aussicht auf Erfolg hat, ehe ein derartiger Fall publik wird. Zweifel an der Zuverlässigkeit der Treuhandanstalt als Vertragspartner dürfen für die Zukunft nicht aufkommen, da sonst der Fortgang der Privatisierung gehemmt würde.

524. Schwerwiegende Hindernisse für Privatisierung und Sanierung werden vielfach in Belastungen gesehen, die die Unternehmen noch aus der Zeit des sozialistischen Regimes mitschleppen. Es geht dabei um folgendes:

- Altschulden, deren Gläubiger früher größtenteils die Staatsbank der DDR war, an deren Stelle heute die Deutsche Kreditbank getreten ist;
- Belastungen der natürlichen Umwelt, vor allem kontaminierte Böden und Gewässer, die mit hohen Kosten gereinigt werden müssen und zusätzlich private Schadensersatzforderungen nach sich ziehen können;
- überhöhte Personalbestände, deren Abbau mit Kosten verbunden ist.

Gemeint sind hier Belastungen, die unabhängig davon bestehen, ob ein Unternehmen saniert wird oder nicht, die also auch dann zu tragen wären, wenn das Unternehmen nicht privatisiert, sondern liquidiert würde. Solche Belastungen brauchen einer Privatisierung und Sanierung nicht entgegenzustehen. Bei Veräußerung eines sanierungsfähigen Unternehmens ist es Gegenstand vertraglicher Vereinbarung, ob der Erwerber diese Belastungen ganz, teilweise oder gar nicht übernimmt. Je nachdem, welche Vereinbarung hierüber getroffen wird, liegt der Kaufpreis höher oder niedriger. Soweit Schulden nicht oder nicht in vollem Umfang übernommen werden, können sie aus dem Verkaufserlös getilgt werden. Für die Treuhandanstalt ist der Nettoerlös in allen Fällen gleich hoch. Entsprechendes gilt tendenziell auch für Altlasten der natürlichen Umwelt und für unvermeidliche Kosten des Personalabbaus. Für die Sanierung des Unternehmens kommt es nur darauf an, daß sich ein Erwerber findet, für den der Zukunftserfolgswert ohne Berücksichtigung dieser Belastungen höher liegt als der Liquidationswert der Aktiva.

525. Es gibt eine verbreitete Ansicht, mit der Herabsetzung oder gar dem völligen Erlaß aller Schulden der Unternehmen könne ein wesentlicher Beitrag zu

ihrer Sanierung geleistet werden. Dies ist irrig. Die Verschuldung ist grundsätzlich für die Beurteilung der Sanierungswürdigkeit eines Unternehmens unerheblich. Unabhängig von der Finanzierung ist ein Unternehmen dann als sanierungswürdig zu beurteilen, wenn es auf lange Sicht in der Lage ist, die vom Markt her erforderlichen Arbeits- und Kapitaleinkommen zu erwirtschaften. Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, muß sich daran erweisen, ob sich ein Erwerber dafür findet.

Dies muß auch für den Fall gelten, daß die Schulden den vom Erwerber eingeschätzten Zukunftserfolgswert des Unternehmens übersteigen. In diesem Fall müßte entweder die Gläubigerbank auf einen Teil ihrer ohnehin uneinbringlichen Forderung verzichten oder die Treuhandanstalt hierfür aufkommen. Insgesamt ist das Ergebnis günstiger, als wenn man auf die Privatisierung verzichtet und das Unternehmen in Konkurs gehen läßt. Für die Treuhandanstalt entsteht allerdings ein Dilemma: Nimmt sie die Entschuldung vor, so muß sie selbst als Schuldner dafür eintreten; der Privatisierungserlös ist geringer als die entstehende Verbindlichkeit. Unterbleibt hingegen die Privatisierung und geht das Unternehmen in Konkurs, so ist das Ergebnis für die Treuhandanstalt günstiger. Die Gläubigerbank erleidet aber einen um so größeren Ausfall, der letzten Endes doch durch öffentliche Mittel, etwa durch Ausgleichsforderungen an den Bund, kompensiert werden muß. Die insgesamt beste Lösung ist ohne Zweifel die Privatisierung ohne Rücksicht auf die Schulden. Der Entschluß dazu würde für die Treuhandanstalt erleichtert, wenn sie darauf rechnen könnte, daß der Bund unmittelbar für die Entschuldung aufkommt, soweit die Schulden den Privatisierungserlös übersteigen; für den Bund wäre die damit entstehende Belastung geringer als im Konkursfall, da er dann den höheren Ausfall der Gläubigerbank ausgleichen müßte.

526. Während die Höhe der Schulden eines Unternehmens im allgemeinen bekannt sein wird, besteht hinsichtlich der Höhe der finanziellen Belastungen, die in Zukunft aus bereits bestehenden Umweltschäden erwachsen können, sehr große Unsicherheit. Ein Erwerber, der diese Belastungen übernimmt, geht ein kaum abschätzbares Risiko ein. Bei den Kaufverhandlungen über ein Unternehmen mit derartigen Altlasten geht es daher auch darum, ob der Käufer bereit ist, dieses Risiko zu übernehmen, und inwieweit dies den Preis mindert, den er zu zahlen bereit ist. Hier gibt es ein breites Spektrum von Lösungsmöglichkeiten, das für Verhandlungen offen bleiben muß. Eine Lösung, bei der der Erwerber von allen Lasten und Haftungsverpflichtungen freigestellt wird, ist ebenso denkbar wie die volle Übernahme der Belastung; zu beachten ist, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der gewählten Lösung und dem Preis besteht, der vereinbart werden kann.

Von Bedeutung ist, ob der Erwerber selbst dazu beitragen kann, Schäden zu mindern und eine möglichst kostengünstige Entsorgung von Altlasten zu ermöglichen. Bei vollständiger Freistellung entfiele dafür jeglicher Anreiz. Dies spricht dafür, in derartigen Fällen mindestens einen fühlbaren Selbstbehalt für den Erwerber zu vereinbaren und dafür auch Preiszugeständnisse zu machen.

Der Einigungsvertrag sieht vor, daß Erwerber von Anlagen auf Antrag von der Verantwortung für Altlasten freigestellt werden können. Allerdings bleibt die Haftung aufgrund privatrechtlicher Ansprüche davon unberührt. Dies schließt aber auch nicht aus, daß die Treuhandanstalt sich vertraglich verpflichtet, für derartige Ansprüche zu haften; Voraussetzung ist nur, daß sie ermächtigt wird, derartige Haftungszusagen zu geben. Auch andere Lösungen sind denkbar, etwa die Übernahme des Haftungsrisikos durch eine Versicherung. Es mag Fälle geben, in denen die Verhältnisse so unsicher sind, daß keine Versicherung bereit ist, das Haftungsrisiko zu tragen. Aber dann ist damit zu rechnen, daß auch kein potentieller Erwerber des Unternehmens in dieses Risiko eintritt, die Privatisierung also scheitert, wenn die Treuhandanstalt keine Haftungszusage gibt.

527. Ähnlich liegen die Probleme bei der Übernahme von Kosten eines unvermeidlichen Personalabbaus. Diese Kosten lassen sich zwar etwas besser abschätzen als Belastungen aus Umweltschäden; es besteht aber doch ein gewisses Risiko, weil im Zeitpunkt der Veräußerung wegen der Unberechenbarkeit arbeitsgerichtlicher Entscheidungen vielfach noch Unklarheit über die Höhe der endgültigen Belastung besteht. Wichtig ist nur, daß klare vertragliche Vereinbarungen darüber getroffen werden, in welchem Umfang die Treuhandanstalt auch nach Veräußerung noch für dann manifest werdende Lasten des Personalabbaus haftet.

528. Mit der Privatisierung sollen Unternehmen entstehen, die auf den Märkten im Wettbewerb stehen. Diesem Ziel wäre nicht gedient, wenn marktbeherrschende Positionen aus der Vergangenheit erhalten blieben oder gar neu entstünden. Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik obliegt die wettbewerbsrechtliche Beurteilung der Übernahme von Unternehmen im Zuge der Privatisierung dem Bundeskartellamt. Die Treuhandanstalt muß in erster Linie dafür Sorge tragen, daß in Zweifelsfällen die erforderlichen Vorklärungen erfolgen.

Eine Gefahr bei der Privatisierung ist es, daß Großunternehmen vorrangig berücksichtigt werden, weil mit ihnen einfacher über die Übernahme umfangreicher Gesamtkomplexe verhandelt werden kann. Um vermeidbarer Konzentration entgegenzuwirken, muß die Treuhandanstalt auch für Kaufwünsche mittelständischer Unternehmen offen sein, die sich auf den Erwerb kleinerer Einheiten richten.

Bei Unternehmen, deren Produkte im Wettbewerb auf dem europäischen Markt stehen, dürften wettbewerbspolitische Erwägungen der Übernahme durch private Investoren in der Regel nicht im Wege stehen. Besondere Beachtung verdienen aus dieser Sicht jedoch die Fälle, in denen Unternehmen über eine lokal begrenzte marktbeherrschende Stellung verfügen; dies gibt es zum Beispiel im Einzelhandel und in der Gastronomie. Für solche lokalen Monopole mag sich leicht ein Käufer finden, der sogar einen beachtlichen Preis bietet. In solchen Fällen muß jedoch vorrangig für die Entstehung wettbewerblicher Strukturen Sorge getragen werden.

Stillegungen: Der Markt als Entscheidungsinstanz

529. Für die Privatisierung eignen sich nur Unternehmen, die von privaten Investoren für sanierungsfähig gehalten werden. Wenn die Privatisierung fortschreitet, bleiben im Bereich der Treuhandanstalt letztlich nur die Unternehmen, bei denen diese Voraussetzung nicht erfüllt ist. Diese Unternehmen müssen entweder stillgelegt werden oder im Staatsbesitz verbleiben.

Entscheidungen über die Stillegung von Unternehmen machen den wohl schwierigsten Aufgabenbereich der Treuhandanstalt aus. Sie setzen ein endgültiges Urteil über die Sanierungsfähigkeit in einer großen Zahl von Einzelfällen voraus. Erschwert werden Stillegungsbeschlüsse auch dadurch, daß sie zum einen unter politischem Druck zustandekommen, zum anderen mit Hilfe von Subventionen die Entscheidung hinausgeschoben werden kann. Solange eine Subventionierung in irgendeiner Weise möglich ist, fehlt in der Treuhandanstalt die Gefährdung durch den Ruin, die normalerweise einer Unternehmensleitung gar keine andere Wahl läßt, als unrentable Teile stillzulegen. Unter diesen Voraussetzungen muß es der Treuhandanstalt außerordentlich schwerfallen, eine Liste stillzulegender Unternehmen zu verabschieden. Das Ergebnis wird durch zahlreiche und weitgehende Kompromisse gekennzeichnet sein, die einer grundlegenden Sanierung der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands im Wege stehen.

530. Ziel der Treuhandanstalt muß es sein, die ihr unterstellten Unternehmen (soweit es sich nicht um kommunale Wirtschaftsbetriebe handelt, die den Gemeinden zu übergeben sind) entweder über die Privatisierung der Sanierung zuzuführen oder stillzulegen. Höchst unbefriedigend wäre es, wenn eine größere Anzahl von Unternehmen auf Dauer im Staatsbesitz verbliebe. Das ist nicht nur mit ordnungspolitischen Erwägungen und generell schlechten Erfahrungen mit unternehmerischer Betätigung des Staates zu begründen. Hinzu kommt, daß bei der Treuhandanstalt vor allem leistungsschwache und wenig erfolgreiche Unternehmen zurückbleiben werden, die sich eben deswegen nicht zur Privatisierung eignen. Für Unternehmen im Staatsbesitz lassen sich vielfältige Möglichkeiten der Subventionierung eröffnen, wodurch trotz mangelnder Wettbewerbsfähigkeit ihr Bestand gesichert wird. Unbequemen Stillegungsentscheidungen kann man auf diese Art ausweichen, sie zumindest hinausschieben.

Die Erhaltung von Unternehmen aufgrund politisch motivierter Entscheidungen, allenfalls notdürftig begründet mit vagen Sanierungshoffnungen, kann zum gravierenden Hemmnis für die wirtschaftliche Gesundung Ostdeutschlands werden. Wertvolle Ressourcen, die an anderer Stelle benötigt werden, bleiben in Bereichen gebunden, die auf die Dauer keinen Bestand haben können. Dies wird heute bereits besonders deutlich am Grund und Boden, über den die alten Unternehmen vielfach in reichem Maße verfügen, der zugleich aber einen fühlbaren Engpaß für Neugründungen darstellt. Bei den Arbeitnehmern werden durch die Erhaltung nicht sanierungsfähiger Unternehmen falsche Erwartungen geweckt. Anreize, sich durch Qualifikation besser den Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen, kommen dabei kaum noch zur Geltung. Die Unternehmen bleiben auf finanzielle Zuweisungen angewiesen, die zwar als Sanierungshilfen deklariert werden, in Wirklichkeit aber Erhaltungssubventionen sind. Diese Mittel fehlen an anderer Stelle, vor allem beim Aufbau der Infrastruktur, wo sie dringend benötigt werden und einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten könnten.

531. Die leitenden Organe der Treuhandanstalt müssen von Einzelentscheidungen über Stillegungen weitgehend entlastet werden. Hierzu bedarf es genereller Regelungen, in denen festgelegt wird, welchen Anforderungen ein Unternehmen zu genügen hat, wenn es fortbestehen soll. Bei Unternehmen, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden, muß im Normalfall eine Automatik wirksam werden, die die Stillegung erzwingt, wenn nicht anders möglich, durch Eintritt von Zahlungsunfähigkeit und Konkurs. Die Leitung der Treuhandanstalt wird nur dann eingeschaltet, wenn besondere Umstände Ausnahmen von der generellen Regelung geboten erscheinen lassen.

Eine generelle Regelung, die gewährleisten soll, daß über Stillegung und Sanierung von Unternehmen nach ökonomischen Kriterien und frei von politischem Druck entschieden wird, muß sich an den Maßstäben des Marktes orientieren. Ein Unternehmen ist sanierungswürdig, wenn private Investoren bereit sind, Kapital dafür einzusetzen. Wenn sich nun aber für ein Unternehmen nach öffentlicher Ausbietung und hinreichendem Zeitablauf kein privater Investor findet, der die Sanierung mit eigenen Mitteln übernimmt, so begründet dies die Vermutung, daß dieses Unternehmen nicht sanierungsfähig ist. Im Einzelfall mag die Vermutung widerlegbar sein; doch müssen strenge Maßstäbe angelegt werden.

532. Für die Privatisierung wird Zeit benötigt, auch dann, wenn sie zielstrebig und konsequent betrieben wird. In der Übergangsperiode, in der noch offen ist, ob sich private Investoren für die Sanierung eines Unternehmens finden, ist es unumgänglich, daß die Unternehmen Liquiditätshilfen erhalten, wenn sie ohne diese vom Zusammenbruch wegen Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Diese Liquiditätshilfen werden in der Form von Krediten oder Bürgschaften gewährt, jedoch ohne daß die üblichen Maßstäbe der Kreditwürdigkeit angelegt werden können. Der Druck auf die Unternehmensleitungen, durch unbequeme und unpopuläre Maßnahmen wie vor allem durch Personalabbau zur Behebung der Liquiditätsschwierigkeiten beizutragen, wird durch Liquiditätshilfen dieser Art abgeschwächt. Die Treuhandanstalt ist nur sehr begrenzt in der Lage, die Unternehmen unmittelbar zu überwachen und auf notwendige Maßnahmen von deren Seite zur Erhaltung der Liquidität zu dringen.

533. Für die Übergangsperiode muß auch eine geeignete Regelung für die Schulden der Unternehmen getroffen werden. Es muß verhindert werden, daß Unternehmen, über deren Zukunft noch keine Klarheit besteht, durch Zins- und Tilgungsverpflichtungen zahlungsunfähig werden und in den Konkurs gehen müssen. Hierzu bedarf es aber keiner Entschuldung; es genügt ein Moratorium während der Übergangspe-

riode. Artikel 25 Absatz 7 Einigungsvertrag sieht ein derartiges Moratorium in der Weise vor, daß die Zins- und Tilgungsleistungen auf Kredite, die vor dem 30. Juni 1990 aufgenommen wurden, bis zur Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz auszusetzen sind; die Treuhandanstalt hat den Gläubigerbanken die anfallenden Zinszahlungen zu erstatten. Um zu vermeiden, daß die Treuhandanstalt nach Feststellung der DM-Eröffnungsbilanz vor der Wahl steht, ein Unternehmen entweder zu entschulden oder in Konkurs gehen zu lassen — in allen Zweifelsfällen liefe dies auf endgültige Entschuldung hinaus —, sollte die Möglichkeit eröffnet werden, das Moratorium zu verlängern.

534. Liquiditätshilfen der Treuhandanstalt dürfen die Marktkräfte, denen die Entscheidung über die Zukunft des Unternehmens letztlich überlassen bleiben soll, auch während der Übergangsperiode nicht stärker behindern, als unvermeidlich ist. Soweit ein Unternehmen finanzielle Zuwendungen von der Treuhandanstalt erhält, ist es nicht darauf angewiesen, sich der Beurteilung durch ein Kreditinstitut zu stellen. Solange die Treuhandanstalt Garantien und Bürgschaften leistet, ist es für Kreditinstitute weniger dringlich, aufgrund sorgfältiger Überprüfung zwischen kreditwürdigen und nicht kreditwürdigen Unternehmen zu unterscheiden. Und solange Mittel für Sanierungsmaßnahmen von der Treuhandanstalt zur Verfügung gestellt werden, haben die Unternehmensleitungen es nicht nötig, sich an private Investoren zu wenden und diese von den Erfolgsaussichten ihrer Pläne zu überzeugen.

Der Kreditmarkt könnte grundsätzlich ein geeignetes Kriterium für die Sanierungsfähigkeit von Unternehmen liefern: Als sanierungsfähig könnte ein Unternehmen gelten, wenn es ihm gelingt, die zur Sicherung seiner Liquidität erforderlichen Kredite auf dem Markt zu erhalten. Der Kreditmarkt hat diese Funktion bisher nicht erfüllen können. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst fehlten in den Unternehmen der DDR weitgehend die Voraussetzungen für eine Kreditgewährung nach den üblichen Verfahrensweisen und Maßstäben. Zuverlässige Bilanzen konnten nicht vorgelegt werden. Der Besicherung von Krediten standen Unklarheiten in der Rechtslage, insbesondere hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse, entgegen. Auch scheint, daß der Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten um ihre zukünftige Klientel in Ostdeutschland bisher nicht sehr intensiv ausgeprägt war. Die Treuhandanstalt kann den Maßstäben des Marktes bei der Kreditvergabe dadurch stärkeres Gewicht geben, indem sie Bürgschaften und Garantien durch einen mit der Zeit wachsenden Selbstbehalt des Gläubigers stufenweise reduziert, schließlich können Bürgschaften und Kredite als Liquiditätshilfen ganz entfallen.

535. Eine generelle Regelung, die die Entscheidung über den Fortbestand der Unternehmen den Marktkräften überantwortet, könnte folgenden Inhalt haben:

- Liquiditätshilfen in Form von Krediten oder über Bürgschaften und Garantien werden nach einer kurz bemessenen Übergangsfrist eingestellt. Unternehmen, denen es nicht gelingt, ihre laufenden Auszahlungen durch Umsatzerlöse zu decken, die auch keine Bankkredite erhalten, um zeitweilige Liquiditätslücken zu überbrücken, gelten im Regelfall als nicht sanierungsfähig.
- Für Ersatzinvestitionen, die zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendig sind, gibt die Treuhandanstalt Bürgschaften, die die Kreditfinanzierung ermöglichen, jedoch in der Weise, daß dem Kreditgeber ein Selbstbehalt verbleibt. Dieser Selbstbehalt wird mit der Zeit höher; nach etwa einem Jahr entfallen diese Bürgschaften ganz. Ein Unternehmen, das dann Mittel für notwendige Ersatzinvestitionen nicht aus eigener Kraft aufbringt, gilt im Regelfall als nicht sanierungsfähig.
- Im Regelfall finanziert die Treuhandanstalt keine Sanierungsprogramme; hier gilt das allgemeine Prinzip, daß Investitionen nur finanziert werden können, wenn es gelingt, Kredite oder Beteiligungskapital dafür einzuwerben.
- Auf längere Sicht müssen die Unternehmen auch eine Verzinsung für das in ihnen gebundene Kapital erwirtschaften. Im Regelfall endet etwa nach drei Jahren das Moratorium für die Altschulden. Eine Entschuldung erfolgt nur insoweit, wie die Schulden den Substanzwert des Unternehmens überschreiten. Auf die verbleibenden Schulden haben die Unternehmen die vollen Tilgungs- und Zinszahlungen zu leisten.

536. Werden diese Regeln angewandt, so bedarf es zur Stillegung von Unternehmen im Einzelfall keines ausdrücklichen Beschlusses. Daß ein Unternehmen nicht sanierungsfähig ist, erweist sich daran, daß es zahlungsunfähig wird. Der endgültige Ausweg ist dann die Liquidation, wenn anders nicht möglich im Rahmen eines Konkursverfahrens. Dabei braucht auch im Konkursfall die Sanierung des Unternehmens oder zumindest von Teilen davon keineswegs völlig ausgeschlossen zu sein. Die Abwicklung liegt in den Händen eines Konkursverwalters, der versuchen wird, das Unternehmen im ganzen oder in Teilen an Interessenten zu veräußern, die Sanierungschancen sehen. Der Konkursverwalter kann dabei das Unternehmen auch auf begrenzte Zeit weiterführen. Erst wenn dies endgültig scheitert, ist die Stillegung nicht mehr zu vermeiden. Soweit die Entscheidungen nach der generellen Regelung erfolgen, verbleiben nach Ablauf der hier vorgeschlagenen Dreijahresfrist bei der Treuhandanstalt nur noch Unternehmen, die verlustfrei arbeiten und auch noch die Verzinsung des gebundenen Kapitals erwirtschaften. Diese Unternehmen eignen sich zur Privatisierung, die dann ohne Zeitdruck, aber auch ohne Verzug, ihren Fortgang nehmen kann.

537. Ausnahmen von den generellen Regelungen bleiben möglich, wenn besondere Gründe vorliegen. Es wird auch nicht ausgeschlossen, daß die Treuhandanstalt in wichtigen Einzelfällen Sanierungsprogramme und unaufschiebbare Umweltschutzmaßnahmen einleitet und finanziert. Je weniger zahlreich diese Fälle sind, desto eher erscheint gewährleistet, daß die Bemühungen sich auf Unternehmen mit guten Sanierungsaussichten konzentrieren. Deswegen erscheint es zweckmäßig, den Mitteleinsatz für diesen Zweck zu begrenzen. Zwar soll die Treuhandanstalt ihre Einnahmen vorrangig für die Strukturanpassung

der Unternehmen verwenden. Dies darf jedoch nicht darauf hinauslaufen, daß Privatisierungserlöse in vollem Umfang für die Finanzierung von Investitionen in den verbleibenden Unternehmen zur Verfügung stehen. Die Folge könnte sein, daß in großem Umfang Zuwendungen an Unternehmen mit zweifelhaften Sanierungschancen geleistet würden, die praktisch auf Erhaltungssubventionen hinausliefen.

Veräußerungserlöse aus der Privatisierung, soweit sie die daraus zu begleichenden Schulden übersteigen, sind im Sinne des Einigungsvertrags ausschließlich zur Förderung der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern zu verwenden. Sie sollten aber da eingesetzt werden, wo sie den höchsten Nutzen bringen, vor allem bei Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur. Die Sanierung von Unternehmen ist zwar auch eine wichtige Aufgabe; sie ist aber vorrangig mit privatem Kapital zu finanzieren. Die Treuhandanstalt kann sich daran nur in begrenztem Umfang beteiligen. Dementsprechend sollten ihr dafür auch nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen. Soweit die Veräußerungserlöse diesen Rahmen überschreiten, sollten sie von der Treuhandanstalt abgeführt werden.

Neugründungen: Unverzichtbar für die strukturelle Erneuerung

538. Die strukturelle Erneuerung der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands erfordert neben Sanierungen und Stillegungen die Errichtung neuer Unternehmen und Produktionsstätten, die die vorhandenen Ressourcen nutzen und Lücken im Angebot schließen. Im Bereich der bestehenden Unternehmen ist auf absehbare Zeit mit erheblichem Personalabbau zu rechnen. Vor allem über Errichtung neuer Unternehmen und über andere selbständige Existenzgründungen kann es gelingen, für die freigesetzten Arbeitskräfte neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Als Träger von Neugründungen kommen zum einen Unternehmen aus Westdeutschland und dem Ausland in Betracht. In erster Linie von dieser Seite ist die Gründung größerer Unternehmen, insbesondere im Bereich der Industrie, zu erwarten. Zum anderen besteht in der Region selbst bei vielen die Bereitschaft, eine selbständige Tätigkeit aufzunehmen. Es ist damit zu rechnen, daß von dieser Seite her kleine und mittlere Einheiten in erheblicher Zahl entstehen. Sie werden vor allem Lücken im Angebot im bisher stark unterentwickelten Dienstleistungsbereich schließen. In zunehmendem Maße kommt es auch zu Gründungen durch gemeinsame Initiativen östlicher und westlicher Partner in den verschiedensten Formen.

539. Die Zahl der Neugründungen durch westliche Investoren erfüllt bislang nicht die hochgespannten Erwartungen, die zunächst vielfach mit der marktwirtschaftlichen Öffnung der DDR verbunden wurden. Es überwiegen bisher Aktivitäten im Vertriebsbereich. Die für die strukturelle Erneuerung unbedingt notwendige Schaffung einer Exportbasis durch Entwicklung von Produkten, die sich im überregionalen Wettbewerb behaupten können, wird damit nicht erreicht.

Um eine Exportbasis zu schaffen, müßten in erster Linie neue industrielle Produktionsstätten entstehen. In dieser Richtung sind bisher nur erste Ansätze zu erkennen. Bei realistischer Betrachtung ist dies noch kein Grund zur Enttäuschung. Investitionen dieser Art bedürfen einer längeren Vorbereitungszeit. In den ersten Monaten des Jahres war noch keineswegs klar, daß die DDR sich ohne Einschränkung für Investitionen von Gebietsfremden öffnen würde. Klarheit über den zukünftigen Weg hat erst der Staatsvertrag vom 18. Mai geschaffen. Vielfältige Hemmnisse, die die Planung westlicher Investoren behinderten, werden seither erst langsam abgebaut. Am weitesten fortgeschritten ist das Engagement westlicher Unternehmen im Bereich der Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen. Hierfür wurde in der DDR durch die Ermöglichung von Joint Ventures schon relativ früh der Weg geebnet.

540. Es ist schwer, ein klares Bild über das Gründungsgeschehen im östlichen Teil Deutschlands zu gewinnen. Einen ersten Anhaltspunkt liefert die Zahl der Gewerbemeldungen. Vom 1. Januar bis zum 30. September 1990 wurden in der DDR knapp 200 000 Gewerbeanzeigen abgegeben (Tabelle 57). Dem standen gut 12 000 Abmeldungen gegenüber. Existenzgründungen im Bereich der freien Berufe sind hierin nur zum geringen Teil enthalten; Berufsgruppen wie Ärzte und Rechtsanwälte fehlen.

Tabelle 57

Gewerbeanzeigen und Gewerbeabmeldungen in Ostdeutschland

Zeitraum	Gewerbeanzeigen					Gewerbeabmeldungen insgesamt
	insgesamt	nach Wirtschaftsbereichen in vH				
		Handwerk	Handel und Gaststätten	Erholungswesen	Sonstige	
1. Januar bis 30. Juni 1990	100 879	*18,1*	*45,8*	*1,1*	*35,1*	3 456
1. Januar bis 30. September 1990	197 286	*15,3*	*49,8*	*0,9*	*34,0*	12 328
Darunter: Juli	35 849	*13,9*	*52,6*	*0,8*	*32,7*	2 307
August	30 790	*11,9*	*56,6*	*0,8*	*30,7*	2 924
September	29 768	*10,9*	*53,3*	*0,6*	*35,2*	3 641

Quelle: Statistisches Amt der DDR

Das Gründungsgeschehen wird durch die Zahl der Gewerbeanzeigen allerdings überzeichnet. Vorgänge wie Unternehmensaufspaltungen, Änderungen der Rechtsform, Hereinnahme von Gesellschaftern und Gewerbeummeldungen sind in den Gewerbeanzeigen enthalten und statistisch nicht gesondert erfaßt. Zudem folgt der Gewerbemeldung in zahlreichen Fällen nicht unmittelbar die Aufnahme der Geschäftstätigkeit. Erst nach der Anmeldung können Gewerberäume vermittelt und Anträge auf Fördermittel bearbeitet werden. Interviews mit Existenzgründern haben ergeben, daß zwischen Gewerbeanzeige und Geschäftseröffnung im allgemeinen eine zeitliche Verzögerung von rund dreieinhalb Monaten liegt. Es ist schwer abzuschätzen, in wie vielen Fällen die Gründungsabsicht zwischenzeitlich aufgegeben wird.

Um zu einer realistischen Schätzung der Zahl der tatsächlichen Neugründungen zu kommen, muß man von der Zahl der Gewerbemeldungen erhebliche Abzüge machen. Rechnet man mit etwa 120 000 tatsächlichen Gründungen, so ist dies immer noch eine beachtliche Zahl.

541. Erheblich geringer als die Zahl der Gewerbemeldungen ist die der Antragseingänge und Bewilligungen beim ERP-Existenzgründungsprogramm und beim Eigenkapitalhilfe-Programm (Tabelle 58).

Tabelle 58

Ausgewählte Förderprogramme für Ostdeutschland

	1990			
	bis 15. Oktober		darunter: 1. September bis 15. Oktober	
	Anzahl	Mio DM	Anzahl	Mio DM
ERP-Existenzgründungsprogramm				
Anträge	25 854	2 547,4	4 120	355,4
Bewilligungen	22 542	1 965,4	4 117	336,1
Eigenkapitalhilfe-Programm				
Anträge	8 512	528,2	3 073	175,2
Bewilligungen	4 136	223,7	2 553	127,4

Quellen: Deutsche Ausgleichsbank, Institut für Mittelstandsforschung

Aus einer Sonderauswertung der Deutschen Ausgleichsbank geht hervor, daß von den Bewilligungen bis zum 31. August etwas weniger als 20 vH auf freie Berufe entfielen, vor allem auf Ärzte und Rechtsanwälte, die in den Gewerbemeldungen nicht enthalten sind. Zu knapp einem Drittel entfielen die Bewilligungen auf das Handwerk, zu etwas mehr als 18 vH auf den Handel, jedoch nur zu 1 vH auf die Industrie. Die Förderungsfälle stellen so etwas wie einen harten Kern des Gründungsgeschehens dar. Das erfolgreich abgeschlossene Bewilligungsverfahren hat gezeigt, daß es sich um fundierte und auf Dauer angelegte Vorhaben handelt. Die Bedeutung dieser Gründungen wird auch an der Anzahl der Beschäftigten deutlich; im Durchschnitt entfielen bei den Bewilligungen bis zum 31. August auf jede Gründung knapp vier Arbeitsplätze, davon knapp drei, die mit der Gründung neu geschaffen wurden.

Der bessere Informationsstand hinsichtlich der Förderungsfälle darf nicht zu dem Fehlschluß verleiten, bei der großen Zahl der übrigen Gewerbemeldungen handele es sich um unbedeutende und wenig aussichtsreiche Gründungen. Aus vielerlei Gründen kann auch bei gut fundierten Vorhaben bisher der Antrag auf Förderung unterblieben sein. Die Vermutung, daß es über die Förderungsfälle hinaus zahlreiche Gründungen gibt, die nicht weniger bedeutend und aussichtsreich sind, ist gut begründet. Insgesamt sind allerdings in den Gewerbemeldungen auch zahlreiche Kleinstbetriebe enthalten; die durchschnittliche Zahl der Arbeitsplätze ist sicherlich erheblich geringer als bei den Förderungsfällen. Dennoch ist das Gründungsgeschehen in seiner Breite nicht gering zu schätzen. Wer in die Selbständigkeit eintritt, sei es als Freiberufler, als Handwerker oder auch im ambulanten Handel, hat erkannt, worauf es ankommt: Leistungen anzubieten, für die auf dem Markt auskömmliche Preise erzielt werden können.

542. Der Einigungsvertrag hat die Möglichkeit eröffnet, Unternehmen, die in der Vergangenheit enteignet wurden, zu reprivatisieren. Allerdings ist nicht abzusehen, ob sich dies förderlich auf die Entstehung leistungsfähiger Unternehmen auswirken wird. Erfahrungen gibt es bisher nur mit Unternehmen, die bis 1972 in Privateigentum standen und für die bereits vor dem Einigungsvertrag eine Reprivatisierung auf Antrag möglich war. Am Beispiel dieser Unternehmen werden allerdings auch die Schwierigkeiten besonders deutlich, mit denen kleine und mittlere Unternehmen konfrontiert sind, die heute unter ganz anderen Bedingungen, als sie im Zeitpunkt der Enteignung bestanden, ins Privateigentum zurückgeführt werden.

Auch vor 1972 waren diese Unternehmen, obwohl noch in Privateigentum stehend, keineswegs an Märkten orientiert, sondern in die staatliche Wirtschaftsplanung eingebunden. Ein Lernprozeß, in dem sie sich den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssen, bleibt ihnen nicht erspart. Belastend wirkt sich in manchen Fällen aus, daß anfänglich aus Mangel an Erfahrung nicht genügend darauf geachtet wurde, die neuen Unternehmen von Lasten der Vergangenheit freizuhalten, von überhöhten Personalbeständen, von unvorteilhaften Lieferverträgen, von Umweltschäden. Dies ist nachträglich nur noch schwer zu beheben. Soweit es sich um Zulieferunternehmen handelt, hat der einschneidende Produktionsrückgang im Laufe des Jahres sie besonders hart getroffen. Schwerwiegende Folgen hat auch die nach der Währungsumstellung im gesamten Unternehmensbereich eingetretene Liquiditätskrise gehabt. Fällige Zahlungen von anderen Unternehmen gingen nur schleppend ein. Auch wurden reprivatisierten Unternehmen nicht in gleicher Weise Liquiditätshilfen gewährt wie den in der Obhut der Treuhandanstalt stehenden.

543. Die Reprivatisierung der bis 1972 selbständigen Unternehmen ist nur langsam fortgeschritten (Tabelle 59). Besonders hoch war der Rückstand in den

Tabelle 59

Zur Reprivatisierung in der ehemaligen DDR[1])

	Anzahl im Jahre 1990 bis			
	30. April	15. Juni	9. Juli	31. August
Reprivatisierungsanträge	5 292	6 777	8 993	10 337
Reprivatisierte Unternehmen	—	213	1 102	2 009
Abwicklungsquote[2]) (vH)	—	*3,1*	*12,3*	*19,4*

[1]) Nach Auswertungen des Instituts für Mittelstandsforschung mit Unterstützung des Instituts für Betriebswirtschaft und Unternehmensberatung.
[2]) Reprivatisierte Unternehmen in Relation zu der Zahl der Reprivatisierungsanträge.

Bezirken mit zahlreichen Anträgen. Dies läßt den Schluß zu, daß der hohe Rückstand durch die Überlastung der Behörden, sicherlich auch verbunden mit mangelnder Sachkenntnis und Erfahrung, bedingt ist. Daneben gibt es andere Gründe. Vereinbarungen über die Abgrenzung der Unternehmen und die Behandlung von Altlasten sind für beide Seiten mit großen Schwierigkeiten verbunden. In manchen Fällen wird der Abschluß der Reprivatisierung aber auch durch die Antragsteller verzögert, die durch die derzeit kritische wirtschaftliche Lage verunsichert sind und die weitere Entwicklung abwarten wollen.

Es muß damit gerechnet werden, daß nicht alle reprivatisierten Unternehmen im Wettbewerb bestehen können; das ist normal unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Erfolg und Mißerfolg der reprivatisierten Unternehmen erhebliche Signalwirkungen haben. Das ist kein Grund, eine Subventionierung für Unternehmen zu befürworten, die nicht den Anforderungen des Marktes entsprechen. Wohl aber verdienen die privatisierten Unternehmen mindestens die gleiche Unterstützung zur Überwindung von Übergangsschwierigkeiten wie die Nachfolger der alten volkseigenen Betriebe. Daß die reprivatisierten Unternehmen kleiner und weniger zahlreich sind, daß sie nicht in der Obhut der mächtigen Treuhandanstalt stehen, darf nicht zu ihrer Vernachlässigung und Benachteiligung führen.

Investitionshemmnisse abbauen

544. Investoren, die am Erwerb von Unternehmen im Rahmen der Privatisierung oder an der Gründung neuer Unternehmen interessiert sind, haben nach wie vor mit erheblichen Schwierigkeiten und Hindernissen zu rechnen. Die politische Grundsatzentscheidung für eine vorbehaltlose marktwirtschaftliche Öffnung ist zwar schon in der ersten Jahreshälfte gefallen; geblieben sind aber viele Hemmnisse für private Investitionen, die sich nur langsam und schrittweise abbauen lassen. Hier liegt für die Wirtschaftspolitik eine dringende Aufgabe. Die am Markt orientierte strukturelle Erneuerung kann nicht besser gefördert werden als durch den Abbau der Investitionshemmnisse, die ihr entgegenstehen.

Auf zwei Hindernisse für den wirtschaftlichen Neuaufbau muß mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden:

- Unsicherheiten über die Eigentumsverhältnisse und mögliche Restitutionsansprüche von Alteigentümern belasten die Privatisierung von Unternehmen ebenso wie den Grundstückserwerb für Neugründungen.
- Es fehlt eine mit den neuen Rechtsverhältnissen vertraute und an selbständiges Handeln gewöhnte Verwaltung, vor allem bei den Kommunen.

Weitere Investitionshemmnisse liegen in Defiziten der Infrastruktur und im Mangel an verfügbaren Gewerbeflächen. Zusätzliche Behinderungen können entstehen, wenn bei Regelungen und Vereinbarungen im Personalbereich der Unternehmen die Erfordernisse des Strukturwandels nicht genügend beachtet werden.

545. Als schwerwiegendes Hindernis für neue Aktivitäten erweist sich mit zunehmender Deutlichkeit die Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse. Potentielle Erwerber von Unternehmen und von Grundstücken werden abgeschreckt, wenn sie mit Restitutionsansprüchen früherer Eigentümer rechnen müssen. Nach der Gemeinsamen Erklärung zum Einigungsvertrag ist grundsätzlich vorgesehen, daß nach 1949 enteignetes Grundvermögen den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückzugeben ist; entsprechendes gilt für Unternehmen und Beteiligungen, die nach 1949 durch Beschlagnahme in Volkseigentum überführt worden sind. Eine verfassungsrechtliche Klärung der Frage, ob auch Enteignungen durch die Besatzungsmacht rückgängig zu machen sind, steht noch aus. Jedenfalls droht die Rückerstattung ein schwieriger und langwieriger Vorgang zu werden.

Die Klärung der ohnehin komplizierten Verhältnisse wird durch lückenhafte und undurchsichtige Dokumentation weiter erschwert. Grundbücher sind nicht in zuverlässiger Weise geführt worden; sie enthalten Eintragungen und Streichungen, deren rechtliche Grundlage zweifelhaft ist. Teile der Grundbuchunterlagen sind nicht auffindbar oder fehlen ganz. Enteignungen und Beschlagnahmen wurden in unzulänglicher Form oder gar nicht aktenkundig gemacht.

Die Achtung von Eigentumsrechten ist eine der unerläßlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft. Verletzungen von Eigentumsrechten, die in der Vergangenheit unter einem ganz andersartigen Regime stattgefunden haben, dürfen deshalb auch aus ökonomischen Gründen nicht einfach hingenommen werden. Die Hinnahme von Rechtsverletzungen der Vergangenheit würde die Glaubwürdigkeit der Rechtsordnung für die Zukunft beeinträchtigen. Dabei ist jedoch abzuwägen gegenüber dem Schaden, der der Allgemeinheit erwüchse, wenn die wirtschaftliche Erneuerung durch langwierige Auseinandersetzungen über Eigentumsfragen behindert würde. Keineswegs dürfen Kompensationen für Enteignungen in der Vergangenheit entfallen. Zu erwägen ist aber, in welchen Fällen die Kompensation in Form der Entschädigung statt der Naturalrestitution erfolgen kann. Die Naturalrestitution ist der korrek-

tere Weg und grundsätzlich vorzuziehen; die Alternative der Entschädigung muß aber zulässig sein, wenn es darum geht, schweren Schaden abzuwenden.

Im Einigungsvertrag ist diese Problematik berücksichtigt worden. Das mit dem Vertrag verbundene „Gesetz über besondere Investitionen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet" sieht vor, daß Restitutionsansprüche von Alteigentümern ausgeschlossen werden können, wenn ein Grundstück für einen „besonderen Investitionszweck" erworben wird; diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn ein Vorhaben dringlich und geeignet für die Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Allerdings muß ein Interessent einen Plan zu seinem Vorhaben vorlegen und sich zur Durchführung verpflichten. Nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen muß er hinreichende Gewähr für die Durchführung des Plans bieten. Bei Nichtdurchführung des Plans nach Ablauf einer Frist fällt das Grundstück an den Veräußerer zurück. Sind die oben genannten Voraussetzungen erfüllt, so kann der Erwerber des Grundstücks bei dem zuständigen Landratsamt oder der Stadtverwaltung eine Investitionsbescheinigung beantragen, die eine entsprechende Eintragung ins Grundbuch ermöglicht. Der Alteigentümer hat dann nur noch Anspruch auf Entschädigung.

Der Ausschluß der Rückerstattung ist hierbei an unscharf definierte Voraussetzungen geknüpft, an die Dringlichkeit des Vorhabens und seine Eignung zur Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen. Zudem besteht Unsicherheit hinsichtlich des Wirksamwerdens der Rückfallklausel, wenn das Vorhaben nicht planmäßig durchgeführt wird. Zumindest wird dadurch die Anpassungsfähigkeit eines Investors an veränderte Verhältnisse stark eingeschränkt. Eine große Gefahr liegt darin, daß die administrative Abwicklung der Vorgänge zu umständlich und langwierig gerät. Noch nicht abzusehen ist, inwieweit sie durch gerichtliche Verfügungen aufgehalten werden können.

Es ist nicht einfach, unter Wahrung aller rechtsstaatlichen Grundsätze die durch unsichere Eigentumsverhältnisse bedingten Investitionshemmnisse abzubauen. Es muß aber gelingen, den Investoren in einem bürokratisch nicht zu aufwendigen Verfahren und ohne einschneidende Auflagen Gewißheit über ihre Rechtsposition beim Erwerb von Grundstücken zu verschaffen. Ob die jetzt gesetzlich vorgesehene Verfahrensweise sich in dieser Hinsicht bewährt, muß kritisch beobachtet werden. Es steht viel auf dem Spiel: Wenn Investoren wegen der Rechtsunsicherheit ausblieben, würde die strukturelle Erneuerung tiefgreifend gestört.

546. Ein zweites Investitionshemmnis liegt darin, daß die Verwaltung im Gebiet der ehemaligen DDR den neuen Anforderungen vielfach nicht gewachsen ist. Private Investitionen können nicht vorankommen, wenn die damit verbundenen Verwaltungsvorgänge nicht in angemessener Zeit und nach durchschaubaren Regeln abgewickelt werden. Die Voraussetzungen dafür sind in den östlichen Bundesländern nicht günstig. Den immer noch durch das zentralistische Kommandosystem der ehemaligen DDR geprägten Behörden fällt es schwer, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Sie müssen erst lernen, selbständig, in eigener Verantwortung und nur an Recht und Gesetz gebunden schnelle, sachdienliche und klare Entscheidungen zu treffen. Es fehlt zudem an erfahrenem und geschultem Personal. Diese Defizite werden in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Verwaltung spürbar, von der Finanzverwaltung bis hin zu den Kommunalverwaltungen, die eine Schlüsselstellung für die regionale Wirtschaftsentwicklung einnehmen.

Westdeutsche Länder und Gemeinden können durch Entsendung erfahrener Beamter, die aktiv und beratend beim Aufbau einer neuen Verwaltung, bei der Abwicklung wichtiger Vorgänge und bei der Schulung des Personals tätig werden, wesentlich zur Verbesserung der Verhältnisse beitragen. Amtshilfe dieser Art wird bereits in erheblichem Umfang geleistet; sie muß fortgesetzt und noch ausgebaut werden. Hierbei ist unumgänglich, den aus Westdeutschland entsandten Beamten die gleichen Bezüge wie bei Verbleib im Westen und einen Ausgleich für zusätzlich entstehende Kosten zu bieten. Diese Mittel sind gut angelegt. Durch Schaffung einer leistungsfähigen Verwaltung werden die Bedingungen für Investitionen grundlegend verbessert.

547. Das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR weist gravierende Defizite in seiner Infrastruktur auf. Diese sind besonders augenfällig in den Bereichen des Verkehrs und der Telekommunikation. Dies behindert das Ingangkommen von Übernahmeverhandlungen und Neugründungen. Kontaktaufnahme, Informationsaustausch und Kooperation werden durch Unzulänglichkeiten der Telekommunikation außerordentlich erschwert. Unzureichende Kommunikationsmittel und mangelhafte Verkehrsanbindung gehören zu den Gründen dafür, daß auch ansässige Unternehmen mit an sich wettbewerbsfähigen Produkten auf den außerhalb liegenden Märkten nicht Fuß fassen können. Schwere Mängel weist auch das Angebot wirtschaftsnaher Infrastruktur durch die Gemeinden auf, Versorgungs- und Entsorgungsnetze sowie die örtlichen Straßennetze. Um hier Abhilfe zu schaffen, bedarf es nicht nur erheblicher Investitionen, sondern auch des Aufbaus einer zur Bewältigung dieser Aufgaben befähigten Verwaltung.

548. Ebenso wie bei den öffentlichen Infrastrukturleistungen bestehen auch Mängel im privaten Dienstleistungsangebot. Dies betrifft vor allem solche Dienste, die Erfahrung und Vertrautheit mit den typischen Verhältnissen und Geschäftsvorfällen in einer Marktwirtschaft voraussetzen; es fehlen Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Unternehmensberater, Betriebswirte, Rechtsanwälte und Notare. Mängel im Bereich der Finanzdienstleistungen werden vor allem bei den großen Verzögerungen im Zahlungsverkehr deutlich, die nicht unerheblichen Anteil an den Liquiditätsschwierigkeiten mancher Unternehmen haben.

549. Als Hemmnis für die Gründung und Erweiterung von Unternehmen, für die Errichtung von Niederlassungen und für andere Formen selbständiger Erwerbstätigkeit erweist sich der Mangel an verfügbaren Gewerbeflächen. Gewerbliche Investitionen werden dadurch in erheblichem Maße behindert und verzögert. Symptomatisch sind die vielerorts für Ge-

werberäume zu zahlenden hohen Mieten; in den wirtschaftlichen Zentren liegen die Mieten für Büroräume schon heute zum Teil höher als in westdeutschen Großstädten.

Für das mangelnde Angebot an Gewerbeflächen gibt es eine Reihe von Gründen. Erschlossene Industrieareale sind zum großen Teil im Besitz der jetzt der Treuhandanstalt unterstehenden ehemaligen volkseigenen Betriebe. Sie bleiben blockiert, solange die Entscheidungen über Privatisierung oder Stillegung offen sind. Alte Industrieflächen sind in vielen Fällen kontaminiert. Investoren werden dadurch abgeschreckt, weil ihnen selbst bei grundsätzlicher Freistellung von Altlasten noch ein erhebliches Risiko verbleibt. Ein weiteres Hemmnis liegt in der Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse.

Die Gemeinden können aus dem ehemals volkseigenen, jetzt von der Treuhandanstalt verwalteten Vermögen Grundstücke für kommunale Zwecke, insbesondere also auch für die Bereitstellung von Gewerbeflächen, beanspruchen. Nach der gegenwärtig noch geübten Praxis bedarf es jedoch für jedes Grundstück eines ausführlich begründeten Antrags. Die Treuhandanstalt ist nicht in der Lage, die Flut der eingehenden Anträge auch nur annähernd zu bewältigen. Hier bedarf es dringend einer Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahrensweise.

Im übrigen sind zügige Abwicklung der Privatisierung und Klärung der Rechtsverhältnisse notwendige Voraussetzungen dafür, daß ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen zustande kommt. Die Gemeinden haben dabei eine Schlüsselfunktion. Ihnen muß ohne langwierige bürokratische Verfahren die Verfügung über geeignete Grundstücke aus dem ehemals volkseigenen Vermögen übertragen werden. Sie haben weiter die neue Aufgabe zu bewältigen, Flächennutzungspläne aufzustellen und für die Erschließung und Bereitstellung von Gewerbeflächen zu sorgen. Hierzu bedürfen die Gemeinden der Unterstützung, weil es ihnen an erfahrenem und geschultem Personal fehlt. Die Zusammenarbeit mit privaten Erschließungsgesellschaften kann dazu beitragen, diesen Engpaß zu überwinden.

550. Bei allen Regelungen und Vereinbarungen im Personalbereich der Unternehmen muß ein maßgeblicher Gesichtspunkt sein, daß die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet werden darf. Wird dem nicht genügend Rechnung getragen, sei es aus noch so wohlmeinenden Motiven, so können Investitionshemmnisse entstehen, die den Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung schwer behindern.

Dies gilt zunächst für die Tarifpolitik. Zwar steht fest, daß der Osten Deutschlands mit Sicherheit auf die Dauer keine Niedriglohnregion bleiben wird. Die Chancen für einen raschen Aufholprozeß würden jedoch beeinträchtigt, wenn in der Übergangszeit die Löhne der Entwicklung der Leistungskraft der Betriebe voraneilten. Die Tarifpolitik muß dem zunächst noch bestehenden Rückstand an Leistungskraft Rechnung tragen, zugleich aber auch für eine qualifikationsorientierte und marktgerechte Lohndifferenzierung sorgen (Ziffern 404 ff.).

Mindestens ebenso wichtig wie die Tariflöhne sind Regelungen zum Arbeitsvertragsrecht, neben den gesetzlichen Regelungen vor allem auch solche in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Das geltende Arbeitsrecht schränkt die Vertragsfreiheit erheblich ein, durchweg mit dem Ziel, die Arbeitnehmer vor für sie schädlichen Vertragsvereinbarungen zu schützen. Gerade dieser Schutz kann sich aber zum Schaden der Arbeitnehmer auswirken, wenn die Anpassung der Unternehmen an geänderte Verhältnisse behindert wird, und ihre Bereitschaft zu Investitionen und zur Einstellung von Personal sinkt. Aus dieser Sicht sind weitreichende Kündigungsschutzvereinbarungen sehr bedenklich (JG 89 Ziffern 364 ff.).

Investitionsförderung: Prioritäten richtig setzen

551. Investitionen spielen für die wirtschaftliche Erneuerung im östlichen Teil Deutschlands eine Schlüsselrolle. Es liegt daher nahe, den Einsatz vielfach erprobter Instrumente der Investitionsförderung in Betracht zu ziehen, vor allem von steuerlichen Begünstigungen und von Finanzierungshilfen. Der Einsatz dieses Instrumentariums scheint um so eher angezeigt, als es für die regionale Wirtschaftsförderung in der bisherigen Bundesrepublik bereits eine erhebliche Rolle gespielt hat. Es wäre widersinnig, dem Beitrittsgebiet weniger an Förderung zu gewähren als den Gebieten, die bisher schon unterstützt wurden. Dementsprechend sind mit der Vereinigung, zum Teil auch schon vorher, umfangreiche Förderprogramme, darunter auch steuerliche Hilfen, für die neuen Gebiete eingeführt worden (Tabelle 60).

Mit Förderprogrammen für das Beitrittsgebiet kann es aber nicht sein Bewenden haben. Durch die Vereinigung ist eine neue Situation entstanden, in der auch die Prioritäten für die Regionalförderung überdacht werden müssen. Sinnvolle regionale Wirtschaftsförderung muß darauf bedacht sein, ein Fördergefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern herzustellen, das wirtschaftliche Aktivitäten in die gewünschte Richtung lenkt. Eine Änderung des Fördergefälles ist auch deswegen unumgänglich, weil für manche Regionen die durch die Teilung bedingten Standortnachteile entfallen sind, sich zum Teil sogar in Standortvorteile verwandelt haben. Das Gebot, Prioritäten in der Regionalförderung stets den veränderten Verhältnissen anzupassen, darf im übrigen in Zukunft auch für den östlichen Teil Deutschlands nicht vernachlässigt werden. Manche Regionen werden hier schneller aufholen, andere zurückbleiben.

552. Eine Investitionsförderung, die die Erneuerung vorantreibt, stößt auf weniger Bedenken als Subventionen, die der Erhaltung veralteter Strukturen dienen. Allerdings sind die Schwächen der Investitionsförderung aus langjähriger Erfahrung bekannt. In welchem Umfang Investitionen tatsächlich durch die Förderung veranlaßt werden, ist kaum abzuschätzen. Auf jeden Fall ist mit erheblichen Mitnahmeeffekten zu rechnen. Eine weitere Erfahrung ist es, daß die Aussicht auf Förderung findige Köpfe anregt, phantasiereiche Konstruktionen zu ersinnen, die die Inanspruchnahme ermöglichen, auch wenn dies nicht der ursprünglichen Intention des Förderprogramms ent-

Tabelle 60

Förderungshilfen für das Gebiet der ehemaligen DDR

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik könnten alle hier geltenden wirtschaftsfördernden Programme einschließlich der existierenden sektoralen Strukturhilfen und der Programme der Europäischen Gemeinschaft in Anspruch genommen werden. Daneben wurden im Laufe des Jahres spezielle Förderprogramme zugunsten der ostdeutschen Länder geschaffen.

A. Allgemeine finanzielle Hilfen für die Wirtschaft

1. *Kreditprogramm aus dem ERP-Sondervermögen*

   Zinsgünstige ERP-Kredite zur Förderung von Existenzgründungen und Investitionen für Privatpersonen, für kleine und mittlere private Unternehmen und für Angehörige der freien Berufe in der ehemaligen DDR; Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit. Schwerpunkte: Modernisierung, Umweltschutz (Abwasserreinigung, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Energieeinsparung), Existenzgründungen, Tourismus. Kreditvolumen: 1990 7,5 Mrd DM (im Laufe des Jahres 1990 schrittweise Aufstockung von 1,2 Mrd DM auf 7,5 Mrd DM), Aufstockung des Ansatzes für 1991 um 4,5 Mrd DM auf 6 Mrd DM; günstiger fester Zins, zur Zeit 7,5 % das bedeutet etwa 2,75 Prozentpunkte Zinsverbilligung, finanziert aus dem Bundeshaushalt; Kosten für den Bund verteilt über die Jahre (1992 bis 2004) insgesamt 1,94 Mrd DM. Abwicklung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Deutsche Ausgleichsbank und die Berliner Industriebank.

2. *Eigenkapitalhilfeprogramm*

   Förderung von Existenzgründungen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR mit Darlehen; Eigenbetrag des Antragstellers sollte 15 vH nicht unterschreiten, Förderung kann auch ohne Eigenkapital erfolgen. Eigenkapitalhilfe als Darlehen bis zu 40 vH (Antragsfrist bis 31. 12. 1993); Höchstbetrag im Einzelfall 400 000 DM, Laufzeit 20 Jahre, in den ersten 10 Jahren tilgungsfrei; Zinsen: erstes bis drittes Jahr zinslos, viertes bis sechstes Jahr steigender Zinssatz, ab dem siebten Jahr Marktzins; Volumen etwa 300 Mio DM. Abwicklung über die Deutsche Ausgleichsbank.

3. *Investitionskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau*

   Kredite für Investitionen für die Errichtung, Sicherung oder Erweiterung von Unternehmen oder zur Verbesserung der Umweltsituation in der bisherigen DDR für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätige. Möglich auch: Finanzierung von Sach- und Personalaufwendungen zur Erprobung, Produktionsaufnahme und Markterschließung. Verbilligter Festzinssatz zur Zeit 8,25 %, Laufzeit bis zu zehn Jahren bei höchstens zwei tilgungsfreien Anlaufjahren. Können zu den Programmen A.1. und A.2. ergänzend gewährt werden.

4. *Investitionskredite der Deutschen Ausgleichsbank*

   Kredite für Investitionen im Gebiet der bisherigen DDR für Errichtung und Sicherung von Unternehmen oder für Innovationen; Ausgestaltung ähnlich wie Programm A.3.; können zu den Programmen nach A.1. und A.2. ergänzend gewährt werden; angemessene Eigenbeteiligung der Antragsteller; keine Finanzierung von Sanierungsfällen.

5. *Investitionskredite der Berliner Industriebank*

   Kredite für Investitionsvorhaben des Hotelgewerbes in der bisherigen DDR; Festzinssatz für 5 oder 10 Jahre, danach Anpassung; zur Zeit 8 %; kann ergänzend mit Programm A.1. gewährt werden (Tourismus).

6. *Bürgschaften, Garantien und sonstige Maßnahmen*
   - Förderung der Kreditfinanzierung durch Kreditgarantiegemeinschaften mit Rückbürgschaften des Bundes
   - Darlehen und Bürgschaften durch die Europäische Investitionsbank
   - Ansparförderung des Bundes
   - Vertrauensschutz für bestehende Liefer- und Bezugsverpflichtungen im Handel mit den RGW-Ländern, unter anderem über Bürgschaften und Sanierungsprogramme
   - Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen bei kleinen und mittleren Unternehmen durch Bundeszuschüsse, Mittelstandsforschung
   - Förderung des Technologietransfers, Errichtung von Technologietransferzentren
   - Förderung von Information, Schulung und Beratung, Qualifizierung von Fach- und Führungskräften in kleinen und mittleren Unternehmen durch Bundeszuschüsse
   - Förderung der beruflichen Qualifizierung des Mittelstandes
   - Heranführung der mittelständischen Wirtschaft an den gemeinsamen Markt (Eurofitprogramm).

B. Steuerliche Hilfen

Allgemeine Bemerkung: Entsprechend dem Staatsvertrag vom 18. 5. 1990 finden ab 1. 7. 1990 im Gebiet der ehemaligen DDR im wesentlichen das Umsatzsteuerrecht, die besonderen Verbrauchsteuern und das Branntweinmonopol Anwendung. Ab 1. 1. 1991 wird das Steuerrecht der Bundesrepublik in allen anderen Bereichen (Einkommen- und Lohnsteuerrecht, Körperschaftsteuer-, Vermögensteuer-, Erbschaft- und Schenkungsteuer-, Grundsteuer-, Bewertungs- und Kfz-Steuerrecht) voll eingeführt und somit auch alle darin enthaltenen steuerlichen Begünstigungen.

Darüber hinaus gelten aber für das Gebiet der ehemaligen DDR noch folgende Sonderregelungen:

1. *Investitionszulagenverordnung der ehemaligen DDR-Regierung*

   Investitionszulage für neue Ausrüstungen in Höhe von 12 vH (1. 7. 1990 bis 30. 6. 1991), später 8 vH (1. 7. 1991 bis 31. 12. 1995) der Anschaffungs- und Herstellungskosten, wobei letzterer Zulagensatz nur für solche Güter gilt, die vor dem 30. 6. 1992 bestellt oder mit deren Herstellung begonnen wurde.

2. *Abnehmerpräferenz im Innerdeutschen Handel*

   Bis 31. 3. 1991 Umsatzsteuervergünstigung beim Erwerb von Waren mit Ursprung im Gebiet der ehemaligen DDR. Der Kürzungsanspruch beträgt bis 31. 12. 1990 jeweils 11 vH/5,5 vH (bei Marktordnungswaren 5 vH/2,5 vH) des Entgelts, für den Zeitraum 1. 1. 1991 bis 31. 3. 1991 jeweils 6 vH/3 vH (2,7 vH/1,4 vH).

noch Tabelle 60
noch B. Steuerliche Hilfen

3. *Steuererleichterungen der ehemaligen DDR-Regierung*

Aus Gründen des Vertrauensschutzes bestehen die von der ehemaligen DDR-Regierung eingeführten Steuererleichterungen (März 1990) für bestimmte förderungswürdige Investitionen (insbesondere zur Exportförderung, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in bestehenden Betrieben oder Unternehmen, zur Realisierung von Umweltschutzmaßnahmen) bis 31. 12. 1990 fort und zwar im einzelnen:

- Sonderabschreibungen: 50 vH, 30 vH und 20 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in den ersten 3 Jahren;
- steuerfreie Rücklagen: 20 vH des jährlichen Gewinns, höchstens 50 000 DM, nach 5 Jahren gewinnerhöhend aufzulösen;
- Steuerabzugsbetrag: zweijährige Steuerbefreiung bis 10 000 DM, für Handwerks-, Handels- oder Gewerbebetriebe, die vor dem 1. 1. 1991 gegründet wurden.

4. *Gesetz zum Abbau von Investitionshemmnissen (DDR-Investitionsgesetz)*

Investitionen in Kapitalgesellschaften und Betriebsstätten erfahren steuerliche Erleichterungen: Bei Überführung von Wirtschaftsgütern aus einem inländischen Betrieb in eine Kapitalgesellschaft in das Gebiet der ehemaligen DDR brauchen stille Reserven nicht bereits zum Zeitpunkt der Überführung aufgedeckt zu werden (Bildung einer steuerfreien Rücklage); Anlaufverluste von Tochtergesellschaften (mindestens 10 vH Beteiligung) im Gebiet der ehemaligen DDR können bei der inländischen Besteuerung zum Zeitpunkt ihrer Entstehung durch Bildung einer steuerfreien Rücklage berücksichtigt werden. Damit wird ein unternehmerisches Engagement in der früheren DDR steuerrechtlich so behandelt wie in anderen westlichen Industriestaaten, mit denen Doppelbesteuerungsabkommen bestehen. Diese Sonderregelung hätte nach Herstellung der deutschen Einheit durch die allgemeinen Vorschriften des Steuerrechts ersetzt werden müssen, doch wegen Vertrauensschutz soll die Rücklagenbildung auch noch im Jahre 1991 möglich sein, wenn Überführung der Wirtschaftsgüter oder der Anteilserwerb bis Ende 1991 stattfindet.

C. Besondere Infrastrukturprogramme und Strukturanpassungshilfen

1. *Regionale Wirtschaftsförderung*

Überleitung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA-Gesetz) auf das Gebiet der ehemaligen DDR, wobei das gesamte Gebiet der bisherigen DDR für einen Übergangszeitraum von fünf Jahren (mit Verlängerungsmöglichkeit) Fördergebiet wird. Bund und Länder stellen für fünf Jahre je zur Hälfte Haushaltsmittel in Höhe von 3 Mrd DM jährlich zur Verfügung; Verteilung vorläufig nach Bevölkerungsanteilen, später nach „verläßlicheren" Kriterien wie Arbeitsmarkt- und Einkommensdaten.
Investitionen der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr) dürfen durch Investitionszuschüsse bei Einrichtungen um 23 vH, bei Erweiterungen um 20 vH und bei Umstellungen und grundlegenden Rationalisierungen um 15 vH sowie durch Investitionshilfen ohne regionale Zielsetzung, hierzu zählt auch die Investitionszulage, um bis zu 10 Prozentpunkte und damit auf einen Satz von insgesamt bis zu 33 vH bezuschußt werden.

2. *Kreditprogramm zur Förderung kommunaler Investitionen*

Zinsverbilligte Kredite für Modernisierung und Ausbau der kommunalen Infrastruktur mit den Schwerpunkten: Erschließung von Gewerbeflächen, Umweltschutz (Abwasser, Kanalisation, Abfall), Energieerzeugung, Verkehrsinfrastruktur, Stadt- und Dorferneuerung, Energieeinsparung, Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen. Kreditvolumen 10 Mrd DM für die Jahre 1990 bis 1993, Zinsverbilligung bis zu 3 Prozentpunkte; Zins zur Zeit 6,5 %, fest über einen Zeitraum von 10 Jahren, danach Marktzins; Kosten des Bundes etwa 2,85 Mrd DM, verteilt über die Jahre der Zinsverbilligung (1993 bis 2003).

3. *Wohnungsmodernisierungs- und Instandsetzungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau*

Zinsverbilligte Kredite zur Belebung der Modernisierungs- und Reparaturtätigkeit an vermieteten und selbstgenutzten Wohnungen mit einem Förderbetrag von maximal 500 DM pro qm Wohnfläche, grundsätzlich als Aufwendungszuschuß. Vom Investor selbst getragene Aufwendungen dürfen mit bis zu 11 vH auf die Jahresmiete umgelegt werden; Programmvolumen 10 Mrd DM für die Jahre 1990 bis 1993, Zinsverbilligung bis zu 3 Prozentpunkte unter dem Marktzins für die ersten 10 Jahre Laufzeit, danach Kapitalmarktkonditionen; Kosten des Bundes etwa im gleichen Umfang wie beim Gemeindekreditprogramm (2,85 Mrd DM).

4. *Kreditaufnahme, Bürgschaften und Garantien der Treuhandanstalt*

Zur Flankierung der Umstrukturierung und Privatisierung der früheren volkseigenen Betriebe erhält die Treuhandanstalt umfangreiche Ermächtigungen zur Kreditaufnahme; gemäß Einigungsvertrag (Art. 25 Abs. 4) Erhöhung auf bis zu 25 Mrd DM; im Staatsvertrag vom 18. 5. 1990 war noch ein Betrag von erst 17 Mrd DM vorgesehen. Die Zinszahlungen trägt die Treuhandanstalt aus Privatisierungserlösen. Voraussetzungen und Konditionen nach Einzelfallprüfung durch die Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen (Art. 25 Abs. 5 Einigungsvertrag).

5. *Entschuldungsverordnung der ehemaligen DDR-Regierung*

Teilweise oder vollständige Entschuldung der Kapitalgesellschaften von Altkrediten, an denen die Treuhandanstalt Anteile hält, wenn dadurch die Sanierung oder Umstrukturierung und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gefördert werden. Einzelfallentscheidung durch die Treuhandanstalt; bei Schuldenbefreiung Übernahme des Kapital- beziehungsweise Zinsendienstes durch die Treuhandanstalt beziehungsweise das Mutterunternehmen. Verordnung bleibt bis 30. 6. 1991 in Kraft.

6. *Flankierende Hilfen*

- Umstrukturierungsberatung für bisherige DDR-Betriebe; Bundesministerium für Wirtschaft übernimmt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel anteilig Beratungskosten.
- Hilfestellung für Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bei Auslandsmessen, durch die Außenhandelskammern, durch die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, durch Dienstleistungen des Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), durch verschiedentliche Informations- und Schulungsveranstaltungen.
- Umschulung, Fortbildung und Qualifizierung gemäß Arbeitsförderungsgesetz durch Anschubfinanzierung der Arbeitslosenversicherung.

spricht. Das muß den Einsatz der Investitionsförderung nicht ausschließen, mahnt jedoch zu vorsichtigem und sparsamem Gebrauch.

553. Zu den erprobten Mitteln der Investitionsförderung gehören zunächst Abschreibungserleichterungen und steuerfreie Investitionsrücklagen. Die Schwäche dieser Instrumente liegt jedoch darin, daß sie nur wirksam werden können, wenn ein Unternehmen Gewinne erwirtschaftet, die auf diese Weise der Besteuerung zumindest zeitweilig entzogen werden können. Diese Voraussetzung wird bei den in Ostdeutschland ansässigen Unternehmen während der wichtigen Übergangs- und Aufbauphase nur in sehr wenigen Fällen erfüllt sein. Die steuerliche Förderung würde sich daher in erster Linie bei Investoren auswirken, die in Westdeutschland ansässig sind, dort auch Gewinne erzielen und damit die Möglichkeit des Verlustausgleichs haben. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse haben demgegenüber den Vorzug, daß sie zum einen unmittelbar investitionsbezogen sind, zum anderen unabhängig davon wirksam werden, ob das Unternehmen einen steuerlichen Gewinn erwirtschaftet oder ob Verlustausgleichsmöglichkeiten bestehen.

Eine Konzentration der Förderung in Richtung auf eine gezielte Strukturverbesserung kann mit Investitionszulagen erreicht werden, die nur für Investitionen bestimmter Art gewährt werden. Dabei ist vor allem an Investitionen in der industriellen Produktion zu denken, die zur Verbreiterung der Exportbasis beitragen. Damit vermeidet man zugleich Mitnahmeeffekte bei den Investitionen im Vertriebs- und Servicebereich, die kaum der Förderung bedürfen. Gezielte Investitionszulagen dieser Art sind allerdings ein Fremdkörper in einem Wirtschaftssystem, in dem die Herausbildung geeigneter Strukturen dem Markt überlassen bleibt. Sie lassen sich allenfalls unter den besonderen Bedingungen der Aufbauphase in Ostdeutschland für begrenzte Zeit rechtfertigen.

554. Zur Diskussion steht heute als Form der steuerlichen Investitionsförderung auch die Schaffung einer „Niedrigsteuerregion". Bei einigen Steuerarten, vor allem bei der Einkommensteuer und der Vermögensteuer wäre dies mit erheblichen Abgrenzungs- und Zurechnungsschwierigkeiten verbunden, wenn Steuerpflichtige sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region betätigen. Davon abgesehen würden generell niedrigere Steuersätze bei Einkommensteuer, Vermögensteuer und Umsatzsteuer zwar die Investitionstätigkeit fördern und zusätzliche Leistungsanreize erzeugen, zum erheblichen Teil aber auch das verfügbare Einkommen erhöhen, das in den Konsum fließt. Daß der Effekt niedriger Steuersätze vorwiegend auf Investitionen beschränkt bleibt, kann bei Steuern erwartet werden, die ausschließlich unternehmerische Tätigkeit belasten. Dies gilt vor allem für die Gewerbesteuer. Eine Begünstigung in den Gewerbesteuersätzen wäre aber nur möglich, wenn die Gemeinden hierfür einen Ausgleich erhielten. Bedenklich wäre die damit verbundene Aushöhlung ihrer Haushaltsautonomie.

Eine Variante zur „Niedrigsteuerregion" ist der Vorschlag, die für die gesamte Bundesrepublik geplante Reform der Unternehmensbesteuerung in den östlichen Bundesländern vorwegzunehmen. Hierbei müßte zunächst geklärt werden, was mit der Reform der Unternehmensbesteuerung inhaltlich gemeint ist. Soweit es dabei um strukturelle Bereinigungen geht wie die Herstellung von Rechtsformneutralität, Finanzierungsneutralität und Gewinnverwendungsneutralität, ist es ausgeschlossen, daß die Reform nur in einem Teil des Bundesgebiets realisiert wird. Soweit es um Steuersenkungen geht, gelten die bereits allgemein zum Vorhaben einer „Niedrigsteuerregion" vorgetragenen Bedenken.

555. Für kleine und mittlere Unternehmen gibt es bereits bisher in der Bundesrepublik eine Vielfalt von Förderprogrammen. Im Vordergrund stehen dabei Finanzierungshilfen in Form von Investitionskrediten, Bürgschaften und Garantien. Die Förderprogramme aus ERP-Mitteln und das Eigenkapitalhilfe-Programm des Bundes konnten bereits vor der Vereinigung durch Unternehmen der DDR in Anspruch genommen werden. Diese Form der Förderung ist insoweit begründet, als der Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen durch vielfältige Unzulänglichkeiten wie Mängel der Infrastruktur, unerfahrene Verwaltungen, fehlende Gewerbeflächen, Mangel an Personal mit besonderen Qualifikationen und das Fehlen eines funktionsfähigen Kreditmarkts behindert wird. Diese Startschwierigkeiten können durch Finanzierungshilfen wenigstens teilweise ausgeglichen werden.

Mit dem Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen, die im östlichen Teil Deutschlands bisher fast ganz fehlten, werden große Hoffnungen verbunden. Dies ist begründet, weil erfahrungsgemäß kleine und mittlere Unternehmen in bestimmten Marktsegmenten über besondere Wettbewerbsvorteile verfügen. Es ist damit zu rechnen, daß in diesem Bereich in wesentlichem Umfang neue Arbeitsplätze entstehen. Allerdings darf nicht erwartet werden, daß Klein- und Mittelunternehmen unabhängig davon, was im Bereich der Großunternehmen geschieht, das Entscheidende zur Verbesserung der Beschäftigungslage beitragen können. Beide Bereiche sind eng miteinander verflochten und aufeinander angewiesen. Es gibt Klein- und Mittelunternehmen, deren Leistungen unmittelbar in die Exportbasis eingehen. Viele andere sind als Zulieferer tätig oder erbringen Dienstleistungen und haben eine wichtige komplementäre Funktion für die Großunternehmen. Man kann jedenfalls nicht darauf zählen, daß ein Rückstand in der Wettbewerbsfähigkeit der Großunternehmen durch Klein- und Mittelunternehmen voll ausgeglichen wird.

556. Auch bei grundsätzlich positiver Einschätzung bestimmter Formen von Steuervergünstigungen und Finanzierungshilfen darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß nach allen Erfahrungen der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur das wirksamste Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung ist. Wie großzügig auch immer Hilfen zur Wirtschaftsförderung bemessen werden, sie werden stets knapp sein. Dies zwingt dazu, mit äußerster Sorgfalt über Prioritäten nachzudenken. Steuererleichterungen und Finanzierungshilfen wird man im Ergebnis nur sparsam und gezielt einsetzen, um die knappen Mittel vorrangig der Verbesserung der Infrastruktur widmen zu können.

Die Förderung kann vor allem bei den Gemeinden wirksam ansetzen. Eine großzügige Unterstützung der Gemeinden ermöglicht eine Investitionsförderung, die sicherlich nicht weniger wirksam ist als die Förderung durch Steuern und Finanzierungshilfen. Wenn Gemeinden in die Lage versetzt werden, Gewerbeflächen zu erschließen und zu günstigen Bedingungen anzubieten, können sie damit die jetzt noch bestehenden Standortnachteile besser und gezielter kompensieren, als dies eine allgemeine Investitionsförderung vermöchte. Indirekt läßt sich eine steuerliche Entlastung der Unternehmen auch erreichen, indem die Gemeinden so unterstützt werden, daß sie nicht auf hohe Hebesätze für die Gewerbesteuer angewiesen sind.

III. Probleme einzelner Bereiche

Neue Organisationsformen für die Landwirtschaft

557. Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR war geprägt durch die Ideologie der sozialistischen industriemäßigen Agrarproduktion, die zwangsweise durch die Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durchgesetzt wurde. Charakteristisch für die damit entstandenen Großbetriebe ist die Spezialisierung entweder auf Pflanzenproduktion oder auf Tierhaltung. In der Bundesrepublik Deutschland hat hingegen das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes in einer vielfältigen Begünstigung dieses Betriebstyps im Rahmen der Förderungspolitik, der Steuerpolitik und auch der Sozialpolitik seinen Niederschlag gefunden.

- *In der früheren DDR gab es 1989 etwa 1 250 Betriebe der Pflanzenproduktion (ohne gärtnerische Produktionsgenossenschaften) und etwa 3 200 Betriebe der Tierproduktion. Die Betriebe waren überwiegend als landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften organisiert. Kennzeichnend sind überaus hohe Betriebsgrößen; die durchschnittliche Betriebsgröße in der pflanzlichen Produktion lag 1989 bei 4 500 ha; in jedem Betrieb der Tierproduktion wurden 1989 im Durchschnitt 1 800 Rinder und 3 800 Schweine gehalten. Vor allem in der Tierhaltung ist die technische Ausstattung sehr unterschiedlich. Ein Teil der Tiere wird in modernen Großanlagen gehalten; mehr als die Hälfte der Tierproduktion erfolgt aber noch in alten Stallanlagen, zum Teil in denen der früheren bäuerlichen Betriebe. Aus der Trennung von pflanzlicher und tierischer Erzeugung in großen Einheiten sind erhebliche Futterversorgungsprobleme und auch Umweltprobleme erwachsen.*
- *Die Anzahl der ständig Berufstätigen in der Landwirtschaft ist mit etwa 840 000 Beschäftigten sehr hoch. Etwa 10 vH der Erwerbstätigen insgesamt sind in der Landwirtschaft tätig. Zwar muß man berücksichtigen, daß in den großen landwirtschaftlichen Betrieben viele Arbeiten durchgeführt werden, die nicht unmittelbar der landwirtschaftlichen Produktion zuzurechnen sind (wie Bauarbeiten, Reparaturen, soziale Dienstleistungen). Aber selbst wenn man nur 60 vH der Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Produktion zurechnet, so ist der Arbeitskräfteeinsatz mit mehr als acht Arbeitskrafteinheiten je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche weitaus höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erträge machten in der Pflanzenproduktion trotz etwas höherer Einsatzmengen an mineralischem Dünger und an Pestiziden in der ehemaligen DDR nur etwa 80 vH der westdeutschen Erträge aus. In der Tierhaltung wurden hinsichtlich der Milchleistung je Kuh oder der Legeleistung je Henne etwa 90 vH im Vergleich zu Westdeutschland erzielt.*
- *Die vorrangig auf Autarkie ausgerichtete Agrar- und Ernährungspolitik hatte der Landwirtschaft eine relativ günstige Einkommensposition gesichert. Seit der letzten Agrarpreisreform im Jahre 1984 waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise so festgesetzt, daß die durchschnittlichen Produktionskosten abgedeckt waren und eine gewisse Verdienstspanne garantiert war. Die hohen, in den letzten Jahren stark ansteigenden Erzeugerpreise wurden nicht auf die Verbraucher weitergewälzt, sondern in hohem Maße durch Subventionen finanziert; im Jahre 1989 wurden dafür 32 Mrd Mark aufgewendet. Dieses System wurde mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 aufgegeben.*

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es nicht Aufgabe des Staates, strukturelle Leitbilder für Wirtschaftssektoren zu entwerfen und über entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Über die günstigsten Organisationsformen ist dezentral von den betroffenen Menschen und Unternehmen zu entscheiden. Es läßt sich aber mit Sicherheit sagen, daß die in der DDR durch Zwang entstandenen Organisationsformen mit sehr großen Betriebseinheiten und der Trennung von Pflanzen- und Tierproduktionen sich im Wettbewerb nicht behaupten werden. Eine strukturelle Erneuerung ist unumgänglich. Die anstehende Neuregelung der Eigentums- und Nutzungsrechte, des Genossenschafts- und Gesellschaftsrechts sowie die Förderungspolitik sollten jedoch gleiche Start- und Wettbewerbsbedingungen für alle Eigentums- und Organisationsformen sicherstellen.

558. Den landwirtschaftlichen Betrieben in den fünf neuen Bundesländern stehen mehrere Möglichkeiten offen, wettbewerbsfähige Betriebseinheiten zu schaffen.

- Sie können die bestehenden Betriebseinheiten in gleicher oder veränderter Rechtsform weiterführen und die wirtschaftliche Situation durch interne Umstrukturierung verbessern.
- Die pflanzliche und die tierische Produktion können in neuen Betriebseinheiten zusammengeführt werden.
- Die bisherigen Betriebseinheiten können aufgelöst werden; es können neue Zusammenschlüsse durch Eigentümer organisiert und Teileinheiten an Einzelunternehmer oder Gruppen von Landwirten verpachtet werden.
- Es können Eigentumsflächen und auch Quoten (Milch, Zucker) aus den bestehenden Betriebseinheiten herausgelöst und als Einzelwirtschaften im Haupt- oder Nebenerwerb weitergeführt werden.

559. Die Wahl geeigneter Organisationsformen im Rahmen der Umstrukturierung darf nicht durch Diskriminierungen verzerrt werden, die sich nach der Vereinigung und der damit verbundenen Übernahme des Rechts der Bundesrepublik vor allem in steuerlicher Hinsicht und bei der agrarpolitischen Förderung ergeben können. Eine Diskriminierung größerer Organisationsformen liegt bereits darin, daß landwirtschaftliche Familienbetriebe und kleinere Kooperationen als nicht gewerbliche Unternehmen gegenüber gewerblichen Unternehmen zahlreiche steuerliche Erleichterungen in Anspruch nehmen können. Zu den gewerblichen Unternehmen zählen grundsätzlich alle

Genossenschaften und Kapitalgesellschaften, außerdem gewerbliche Tierhaltungsbetriebe, die vorgegebene Tierhaltungsgrenzen überschreiten. Die steuerlichen Begünstigungen der nicht gewerblichen Unternehmen betreffen vor allem Vorteile bei der Einkommensteuer, Befreiung von der Gewerbesteuer, Möglichkeiten zur Umsatzsteuer-Pauschalierung und die Gewährung eines Einkommensausgleiches über die Umsatzsteuer. Zwar sind den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für eine Übergangsfrist Befreiungen von der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer zugestanden; auch ist ihnen beim Einkommensausgleich über die Umsatzsteuer ein eingeschränkter Anspruch eingeräumt worden. Dadurch wird aber die grundsätzliche Diskriminierung der gewerblichen Unternehmensformen gegenüber dem bäuerlichen Familienbetrieb nicht aufgehoben. Gleiche Startchancen für alle Organisationsformen erfordern einen Abbau der steuerlichen Diskriminierung.

560. Zahlreiche Diskriminierungen von größeren Betriebseinheiten gibt es auch im Rahmen der agrarpolitischen Förderung. Bei vielen Förderungsmaßnahmen ist der Kreis der Anspruchsberechtigten auf kleinere oder einkommensschwache Betriebe beschränkt. Um hier Wettbewerbsneutralität herbeizuführen, bedarf es zum Teil einiger Änderungen der EG-Verordnungen. Zum größeren Teil aber bedarf es einer Veränderung der nationalen Durchführungsbestimmungen; denn in der Bundesrepublik Deutschland ist das Element einer besonderen Förderung kleinerer bäuerlicher Betriebe besonders stark ausgeprägt. Solche Diskriminierungen im Rahmen der Förderung haben einen entscheidenden Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Immerhin machen betriebsbezogene Einkommensübertragungen aus öffentlichen Haushalten mittlerweile etwa ein Drittel des Gesamteinkommens der Vollerwerbsbetriebe in der bisherigen Bundesrepublik aus. Eine weitere Begünstigung der bäuerlichen Familienbetriebe ist in dem System der agrarsozialen Sicherung angelegt, das über hohe Zuschüsse aus den öffentlichen Haushalten finanziert wird. Auch hier erscheint es angebracht, im Zuge einer ohnehin anstehenden Reform der agrarsozialen Sicherungssysteme diskriminierende Elemente ebenso abzubauen wie Effekte, die den Strukturwandel der Landwirtschaft behindern.

561. Die mit der Umstrukturierung entstehenden landwirtschaftlichen Betriebe stehen vor der Aufgabe, sich an die neuen Preis- und Vermarktungsstrukturen möglichst schnell anzupassen. Das Potential für ein schnelles Aufholen des Produktivitätsrückstandes dürfte vorhanden sein. Durch den Einsatz ertragreicherer Sorten, wirksamerer Pflanzenschutzmittel und anderer Vorleistungsgüter, die bisher nicht verfügbar waren, sowie durch betriebsorganisatorische Änderungen dürften in kurzer Zeit erhebliche Produktivitätssteigerungen möglich sein.

Wesentlich schwieriger wird es sein, den Überbesatz an Arbeitskräften abzubauen. Obwohl die Landwirtschaft angesichts der industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion im Grundsatz keine Sonderrolle gegenüber anderen Wirtschaftszweigen beanspruchen kann, bringt doch die Organisationsform der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erhebliche Probleme mit sich. Die Genossenschaftsbauern haben neben ihrer Arbeitskraft auch ihr Eigentum an Flächen, Wirtschaftsgebäuden und Inventar in die Genossenschaft eingebracht. Hier gilt es, Wege zu öffnen, die zu einer Entkoppelung des Einsatzes von Arbeit und Kapital in den bestehenden und den neu zu schaffenden Organisationseinheiten beitragen.

562. Ein entscheidender Engpaßfaktor für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Produktion von Nahrungsgütern in den fünf neuen Bundesländern ist die Ernährungsindustrie. Sie arbeitet zu einem erheblichen Teil mit technisch völlig veralteten Ausrüstungen und ist überwiegend nicht in der Lage, die Standards hinsichtlich Qualität, Gesundheit und Umweltschutz zu erbringen, wie sie in Westdeutschland üblich sind. Deshalb hat die EG-Kommission vorgeschlagen, die Nahrungsgüterproduktion in dem Gebiet der ehemaligen DDR zeitlich befristet von der Einhaltung der EG-Vorschriften hinsichtlich der Qualitäts- und Gesundheitsstandards auszunehmen, soweit diese Güter nur innerhalb des Gebiets vermarktet werden. Dadurch wird einerseits der enorme Anpassungszwang zeitlich gestreckt; andererseits bleiben die Erzeugnisse weiterhin mit dem Makel einer „minderen" Qualität und „unzureichender" Gesundheitsstandards behaftet. Dies ist ein Makel, der ganz wesentlich zu den Absatzschwierigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe beigetragen hat.

563. Anders als viele andere Wirtschaftsbereiche ist die Landwirtschaft in der vormaligen DDR nicht von der sozialistischen Kommandowirtschaft in eine freie Marktwirtschaft entlassen worden. Sie muß sich vielmehr in das komplexe System der EG-Agrarmarktordnungen eingliedern. Dieses System, das in der EG vor allem mit der Zielsetzung geschaffen wurde, den Landwirten ein Teilhaben an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern und die Agrarmärkte zu stabilisieren, hat die Landwirtschaft mit einem engmaschigen Geflecht von Regelungen und Verordnungen überzogen. Der wirtschaftliche Erfolg in der Landwirtschaft wird entscheidend von den agrarpolitischen Vorgaben geprägt. Angesichts der gravierenden Überschußprobleme auf den EG-Agrarmärkten würde eine Anpassung der Betriebe, die ihren Niederschlag in einer Produktionssteigerung auf breiter Front fände, zu einer erheblichen Verschärfung der agrarpolitischen Probleme in der EG beitragen. Die Bemühungen um eine Integration der Landwirtschaft in das System der EG-Agrarmarktordnungen sind deshalb einerseits darauf ausgerichtet, der Landwirtschaft in dem Gebiet der ehemaligen DDR die Einbindung zu ermöglichen und zu erleichtern; andererseits aber zielen die Bemühungen auch darauf ab, das krisengeplagte System der EG-Agrarpolitik möglichst vor neuen Belastungen zu bewahren.

Die Maßnahmen und Vorschläge zur Eingliederung in das System der EG-Agrarpolitik sind bereits weit fortgeschritten. Seit dem 1. Juli 1990 wurde stufenweise ein Marktordnungssystem eingeführt, welches das in der EG praktizierte Preisstützungs- und Außenschutzsystem praktisch auf die DDR ausdehnte. Regelungen für die Zuteilung von Produktionsquoten (bei Zucker und Milch) sind in Vorbereitung. Dabei soll mit der Quotenzuteilung die Milcherzeugung erheblich ver-

ringert werden. Auch die flankierenden Maßnahmen zur Produktionsdrosselung wie Flächenstillegungen und Extensivierungsmaßnahmen sind auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt worden. Etwa 340 000 Hektar Flächen dürften in den fünf neuen Bundesländern gegen Zahlung eines Einkommensausgleiches vorübergehend stillgelegt werden. Damit ist das Problem der Produktionsüberschüsse aber nicht nachhaltig gelöst. Nach Ablauf der Stillegungsdauer müssen andere, dauerhaft greifende Lösungsansätze gefunden werden.

564. Insgesamt gesehen werden mit der Übertragung des EG-Agrarsystems auch die Fehler und Schwächen dieses Systems auf die neuen Bundesländer übertragen. Dieses System hat sich mit immer neuen Maßnahmen mühsam über die Zeit gerettet. Es fehlt an Verläßlichkeit und langfristiger Perspektive. An Stelle einer möglichst nahtlosen Einbindung der Gebiete der vormaligen DDR in das komplexe Geflecht des derzeit bestehenden EG-Agrarsystems wären eine längerfristig angelegte Liberalisierung des Systems angezeigt und konkrete Liberalisierungsschritte einzuleiten. Dadurch könnte der Landwirtschaft in den fünf neuen Bundesländern eine Orientierung gegeben werden für die schwierige Anpassung, vor der sie steht. Angesichts der fehlenden langfristigen Orientierung werden die Entscheidungen sicherlich stark geprägt werden von den vielfältigen Förderungsmöglichkeiten, die die EG-Agrarpolitik und die EG-Strukturpolitik bereithalten.

565. Neben der Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu wettbewerbsfähigen Betriebseinheiten geht es auch darum, das umfangreiche volkseigene landwirtschaftliche Vermögen zu reorganisieren und zu privatisieren. Immerhin ist etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der ehemaligen DDR Volkseigentum. Mit dieser Aufgabe ist die Treuhandanstalt betraut.

Grundsätzlich sollte die Privatisierung des volkseigenen Bodens aus ordnungspolitischen Erwägungen heraus Vorrang vor einer Beibehaltung staatlichen Eigentums haben. Allerdings sollte man im Auge haben, daß es angesichts der Umweltprobleme in vielen Gebieten und der zum Teil nur wenig ertragreichen Böden angebracht sein kann, einen erheblichen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in andere Nutzungsarten zu überführen. Es ist wenig sinnvoll, Flächen aus staatlichem Eigentum in Privateigentum zu überführen und diese dann anschließend unter Aufwendung erheblicher öffentlicher Mittel aus der landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen. Wo es zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben sinnvoll ist, sollte staatliches Eigentum beibehalten werden.

Bei der Privatisierung sollte der Verkauf des Bodeneigentums zu Marktpreisen erfolgen, nicht zu Sonderkonditionen für spezielle Personengruppen. Allerdings kann es sinnvoll sein, diesen Verkauf zeitlich zu strecken und einen Teil der Flächen zunächst zu verpachten. Zum einen sind in vielen Fällen die Eigentumsverhältnisse noch nicht hinreichend geklärt. Zum anderen kann es im Zusammenhang mit der Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften dazu kommen, daß ein erheblicher Teil des privaten Landes zum Verkauf oder zur Verpachtung angeboten wird. Zwar ist zu erwarten, daß sich die starke Landnachfrage in Westdeutschland vor allem in grenznahen Gebieten auf das Gebiet der neuen Bundesländer verlagern wird. Gleichwohl könnten die Bodenpreise vorübergehend erheblich unter Druck geraten, so daß eine zügige Abwicklung der Privatisierung des volkseigenen Landes für den Staatshaushalt negative Folgen haben könnte.

566. Insgesamt gesehen kommt es für die Landwirtschaft in den östlichen Bundesländern ebenso wie im übrigen Bundesgebiet darauf an, daß sich wettbewerbsfähige Strukturen herausbilden können und bestehende Strukturen nicht konserviert werden. Welche Strukturen als wettbewerbsfähig zu gelten haben, darf nicht durch staatliche Vorgabe entschieden werden. Die Wettbewerbsfähigkeit muß sich am Markt unter fairen Bedingungen herausbilden können. Für die Betriebe kommt es darauf an, daß sie ihr Produktionsprogramm und ihre Vermarktungsstrategien unter verläßlichen agrarpolitischen Rahmenbedingungen entwickeln können. Wettbewerbsfähig können Betriebe ganz unterschiedlicher Größe und Unternehmensform sein, Betriebe, die im Haupterwerb bewirtschaftet werden ebenso wie Nebenerwerbsbetriebe. Für die Entwicklung der Landwirtschaft gilt es, Chancen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung für einen Übergang in außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten zu nutzen und Hypotheken einer verfehlten Agrarpolitik möglichst schnell zu überwinden.

Neugestaltung der Energiewirtschaft

567. Die Energiepolitik der früheren DDR hat entscheidenden Anteil an der Zerstörung der Umwelt in Ostdeutschland. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zugleich auch der Produktionsgrundlagen, in der sozialistischen Energiepolitik hinter dem Autarkiestreben zurückstand und es daher versäumt wurde, wirksame Beschränkungen für die Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt zu erlassen.

Die von sozialistischer Planwirtschaft geprägte Energiewirtschaft hat sich außerdem als ineffizient und als nicht versorgungssicher erwiesen. Der Primärenergieeinsatz, bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung, lag um das Doppelte höher als in Westdeutschland. Die geringe Effizienz des Energieeinsatzes fällt auf allen Stufen der Energieversorgung ins Auge, angefangen bei der Energiegewinnung bis hin zum Energieverbrauch. Überall wurde Energie verschwendet; die DDR wies den dritthöchsten Pro-Kopf-Energieverbrauch in der Welt auf. Die Wurzel dieser Mängel lag in systembedingten Schwächen der sozialistischen Planwirtschaft. Diese war unfähig, die Knappheiten sowohl der Energierohstoffe als auch der anderen Faktoren zu signalisieren und die Betriebe wie die Haushalte zu einem sparsamen Energieverbrauch anzuhalten. Die geringe Sicherheit des Energieversorgungssystems zeigte sich in den immer wiederkehrenden Versorgungsengpässen. Die Engpässe spiegelten die Unfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft wider, die Einzelpläne der Betriebe und Haushalte wirksam zu koordinieren. Mangel an Er-

satzteilen und dergleichen mehr gehörte zum Alltag sozialistischen Wirtschaftens.

568. Die Energiewirtschaft in den neuen Bundesländern muß von Grund auf neu gestaltet werden. Das ist zum einen eine Investitionsaufgabe, zum anderen ist es aber auch notwendig, einen neuen Ordnungsrahmen für die Energieversorgung zu schaffen. Erforderlich ist vor allem der Abbau der bisherigen Subventionierung des Energieverbrauchs und, soweit möglich, der verbesserte Marktzutritt für private Anbieter.

Die aus Gründen des Umweltschutzes — aber auch aus Kostengründen — erforderliche Einschränkung und Neugestaltung der Braunkohlegewinnung, die bisher sieben Zehntel zur Deckung des Primärenergiebedarfs beitrug, auf zwei Drittel oder gar die Hälfte der bisherigen Kapazität muß mit umfangreichen Investitionen in die Verbesserung der Abbautechnik und in die Rekultivierung der ausgekohlten Tagebaue verbunden sein. Zur Erneuerung des überalterten Kraftwerksparks gehören der Abriß der nicht sanierungsfähigen alten Erzeugungseinheiten, die endgültige Stillegung solcher Anlagen, deren Betrieb eine Gefährdung für die Menschen und die Umwelt darstellt — beispielsweise sind zur Zeit alle Kernkraftwerke im Gebiet der früheren DDR wegen unzulänglicher Sicherheitseinrichtungen abgeschaltet —, die Umrüstung aller verbleibenden Werke entsprechend den umweltschutzrechtlichen Anforderungen und der Bau von neuen Kraftwerken. Von Grund auf erneuerungsbedürftig sind auch die störanfälligen Leitungsnetze bei Strom, Gas und Fernwärme. Erforderlich ist zudem eine stärkere Diversifikation der Energieversorgung, um die einseitige Abhängigkeit von der in Förderung wie Verfeuerung umweltbelastenden dortigen Braunkohle abzubauen. Mindestens ebenso wichtig sind schließlich Investitionen zur Verbesserung der Effizienz der Energienutzung und — als Teil derselben — der Ersetzung eines großen Teils der vorhandenen Energieanwendungsgeräte durch neue Anlagen, vor allem im Bereich der Wärmeerzeugung und -verteilung. Die Einführung energiesparender Techniken und Technologien ist — bei marktgerechten Energiepreisen — eine wesentliche Voraussetzung für das Heranwachsen wettbewerbsfähiger Produktionen in der früheren DDR.

Die technische und wirtschaftliche Erneuerung der Energiewirtschaft erfordert große Investitionen, deren Planung und Realisierung Jahre beanspruchen wird, zudem einen sehr hohen Mitteleinsatz. Die Investitionen müssen gleichwohl schnell angegangen werden, weil die Sicherung der Energieversorgung und die anhaltende Gefährdung von Mensch und Natur dies verlangen.

569. Von entscheidender Wichtigkeit für die Herausbildung einer neuen Struktur der Energiewirtschaft im Osten Deutschlands ist die rasche Einführung knappheitsgerechter Energiepreise. Der Anfang ist gemacht worden: Die Strompreise für Industrieabnehmer werden seit dem 1. Juli 1990 nicht mehr subventioniert, auch die Preisbildung bei Mineralölprodukten ist freigegeben. Die noch bestehenden Höchstpreise bei Haushaltsstrom und Haushaltsgas sollen zum 1. Januar 1991 aufgehoben werden, die Subventionierung von Heizenergie (Braunkohlebriketts, Fernwärme) soll nach dem Ende der Heizperiode zum 1. April 1991 beendet werden. Die im Zusammenhang mit den Investitionen in den Umweltschutz entstehenden zusätzlichen Kosten dürfen indes nicht zum Anlaß genommen werden, neue Subventionen einzuführen. Mit künstlich verbilligten Energiepreisen würde sich zum einen ein zu hoher Energieverbrauch und — damit korreliert — eine zu hohe Emission von Schadstoffen verbinden; zum anderen würden niedrige Energiepreise zu schwache Anreize für Investitionen in die Bereitstellung wie auch in die Einsparung von Energie geben.

Es sollte daher von Anfang an klargestellt werden: Auch solchen Industriebetrieben, die nicht in der Lage sind, die durchweg höheren neuen Energiepreise zu zahlen, dürfen keine Preisnachlässe gewährt werden. Das würde sie veranlassen, ihre offenkundig nicht wettbewerbsfähige Erzeugung unverändert weiterzuführen, anstatt die Produktion umzustellen oder, wenn das nicht möglich ist, auslaufen zu lassen.

Ein vollständiger Abbau der Energiepreissubventionen würde bei den privaten Haushalten zu einer Verteuerung der Lebenshaltung um durchschnittlich 1 500 DM pro Jahr führen, was in etwa einem Monatseinkommen der Beschäftigten entspricht. Ein Härteausgleich zugunsten eines eng zu begrenzenden Personenkreises mit niedrigen Einkommen läge nahe; doch sollte im Hinblick auf die hohe Beanspruchung der öffentlichen Haushalte darauf verzichtet werden. Zwar wäre es sicherlich besser, ärmeren Haushalten einen Einkommensausgleich zu zahlen als die gesamtwirtschaftlichen Kosten in Kauf zu nehmen, die die Fortdauer einer allgemeinen Subventionierung des Energieverbrauchs durch Produktionsbeihilfen verursachen würde. Doch ist der Wegfall der Subventionierung beschlossene Sache. Der Verteuerung der Lebenshaltung wurde im Rahmen der beschlossenen Rentenerhöhung bereits Rechnung getragen.

570. Die Überführung der Energiewirtschaft im Osten Deutschlands in die Marktwirtschaft hat zwei Hauptanforderungen gerecht zu werden. Für die Bewältigung der drängenden, umfangreichen Investitionsaufgaben müssen sich potente Investoren bereitfinden. Ordnungspolitisch geht es vor allem darum, daß dem Wettbewerb als Anreiz- und als Kontrollinstrument in der sich neu herausbildenden Energiewirtschaft Raum gegeben wird.

Bei Mineralölprodukten müßte es am ehesten möglich sein, beide Anforderungen zu erfüllen. Auch bei der Braunkohle ist eine wettbewerbsnahe Lösung vorstellbar, die den Weg zu einer schnellen Erneuerung des wettbewerbsfähigen und ökologisch vertretbaren Teils des Braunkohlebergbaus nicht verbaut. Am schwierigsten — auch aus grundsätzlichen Überlegungen heraus — ist es bei den leitungsgebundenen Energieträgern, beiden Anforderungen gerecht zu werden.

571. Die Stromversorgung in der ehemaligen DDR war dreistufig aufgebaut. Die Stromerzeugung, das Verbundnetz und die regionale Verteilung waren organisatorisch und betrieblich getrennt. Damit war eine Vorbedingung für die Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft durch Eröffnung eines Wettbewerbs un-

abhängiger Erzeuger um die Belieferung von unabhängigen Regionalverteilern und von industriellen Großkunden gegeben. Die Nutzung des Verbundnetzes für die Stromfortleitung von den Kraftwerken zu den Verteilern und Großkunden wäre bei dieser Wettbewerbslösung vertraglich zu regeln gewesen. Dieser Weg ist jedoch nicht gegangen worden.

Vielmehr haben die drei größten westdeutschen Stromversorgungsunternehmen (RWE, Preussen-Elektra und Bayernwerk) mit der Treuhandanstalt weitreichende Vereinbarungen über die Restrukturierung der Stromversorgung in der ehemaligen DDR und über ihre eigene Mitwirkung daran getroffen. Die von ihnen gegründete Vereinigte Elektrizitätswerke AG wird sich mit 75 vH an der fusionierten Verbundgesellschaft beteiligen, die sowohl den Kraftwerkspark (mit Ausnahme der Kernkraftwerke, für die Sonderregelungen getroffen wurden) als auch das Verbundnetz übernommen hat; die restlichen Anteile wurden fünf weiteren westdeutschen Verbundunternehmen zugesprochen. Ausländischen Unternehmen wurde eine Beteiligung von 15 vH als Option eingeräumt. Die Regionalversorgung obliegt 15 Gesellschaften, an denen die westdeutschen Verbundunternehmen unterschiedlich hohe Beteiligungen unterhalten.

Den Kommunen wurde ein Anspruch auf die (kostenlose) Übertragung von bis zu 49 vH der Geschäftsanteile an den Regionalgesellschaften eingeräumt. Entscheidend für die Betätigung der Gemeinden auf dem Gebiet der Energieversorgung ist, daß sie ab 1. Januar 1992 das volle Wegerecht erhalten und damit in die Lage versetzt werden, Konzessionsverträge abzuschließen. Damit wird es ihnen möglich, die Versorgung entweder in eigener Regie zu übernehmen oder sie gemeinsam mit anderen durchzuführen oder aber die Versorgung vertraglich ganz auf andere Anbieter zu übertragen.

572. Die nun beschlossene Neuordnung des Stromverbunds und — mit Einschränkung — auch der Regionalverteilung führt zu einer hochgradigen Monopolisierung der Stromversorgung im Gebiet der ehemaligen DDR. Das ist aus ordnungspolitischer Sicht ein hoher Preis für den unbestreitbaren Vorteil, daß mit der Beteiligung der westdeutschen Verbundgesellschaften die Investitionen schnell und in sehr großem Umfange angegangen werden können und somit die Gewähr besteht, daß die Stromversorgung in spätestens einem Jahrzehnt voll leistungsfähig sein und den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht werden wird.

Soweit bekannt ist, wurden gleichwertige Alternativen nicht angeboten. Die Frage, ob es denn möglich gewesen wäre, in den Vertragsverhandlungen mehr Raum für wettbewerbliche Regelungen und eine breitere Beteiligung durch weitere Unternehmen zu finden, kann von außen nicht beantwortet werden.

573. Die abgeschlossenen Verträge lassen nur wenig Raum für eine nachträgliche Verstärkung des Wettbewerbselements in der Stromversorgung. Begrenzte Möglichkeiten könnten sich auf der kommunalen Ebene bieten, sobald die Gemeinden und Kreise über die Durchführung der Energie- und Wasserversorgung zu entscheiden haben. Angesichts der großen Knappheit an Mitteln werden wahrscheinlich viele Gemeinden die privatwirtschaftliche Gestaltungsform der gemischtwirtschaftlichen oder gemischt-öffentlichen Gesellschaft für ihre Versorgung vorsehen. Diese macht es möglich, in größerem Umfang Mittel des Kapitalmarktes in Anspruch zu nehmen. Es bietet sich an, im Ausschreibungsverfahren herauszufinden, in welcher Partnerschaft die Versorgungsaufgabe ökonomisch am besten gelöst werden kann.

Wohnungswirtschaft

574. Angesichts des in der Verfassung der ehemaligen DDR garantierten Rechts auf Wohnraum ist der Rückstand im Wohnungsbestand gegenüber westlichen Standards besonders auffällig. Im Osten bewohnt ein Bundesbürger durchschnittlich 27,5 m² Wohnfläche, im Westen dagegen 35 m², und die Wohnungen sind weniger komfortabel ausgestattet und erheblich schlechter erhalten. Über die Hälfte der Wohnungen stammt aus der Vorkriegszeit, und die Bestandspflege wurde zunehmend vernachlässigt, da in der auf quantitative Erfolge ausgerichteten Planung der Neubau Vorrang hatte. Von den sieben Millionen Wohnungen müssen über eine Million demnächst abgerissen werden. Aber auch bei den neu gebauten Wohnungen hat sich großer Sanierungsbedarf angestaut, denn zur Verwirklichung hoher Planzahlen wurden billige, aber wesentlich verschleißanfälligere Materialien verwendet, als dies westlichen Normen entspricht.

575. Fast die gesamte Neubautätigkeit (von der Projektierung über die Auftragsvergabe bis zur Finanzierung) und über die Mietbeihilfen auch die Instandsetzung und Modernisierung von Altbauten standen unter staatlicher Kontrolle; selbst die Belegung der Wohnungen lag in staatlicher Hand. Nur allmählich setzt sich bei den Bürgern in der ehemaligen DDR die Erkenntnis durch, daß die Fehlentwicklung letztlich in dem wurzelt, was ihnen das alte Regime als „sozialistische Errungenschaft" präsentiert hatte: die zu billige Wohnungsnutzung. Die Mieten blieben bis zuletzt auf dem Stand von 1936 eingefroren (1,30 DM bis 1,65 DM je Quadratmeter einschließlich Nebenkosten). Für Privatpersonen wurde dadurch zunächst der Neubau und später auch der Besitz von Mietwohnungen unerschwinglich, da die Mieteinnahmen nicht einmal für die laufende Instandhaltung reichten. Rund 60 vH des Wohnungsbestandes und 80 vH der Mehrfamilienhäuser sind inzwischen in der Hand des Staates oder von Genossenschaften. Von den Eigenheimen sind zwar fast 80 vH in Privatbesitz, doch machen sie nur noch ein Drittel des Wohnungsbestandes aus; im Neubau betrug der Anteil der Eigenheime sogar nur noch 10 vH bis 12 vH.

576. Die Verbesserung der Wohnungsqualität und der Wohnungsbau haben nunmehr hohe Dringlichkeit, denn das Wohnungsangebot ist ein wesentlicher Bestandteil der Standortqualität Ostdeutschlands. Die dafür notwendigen Weichenstellungen müssen rasch erfolgen, wenn aus der hohen potentiellen möglichst bald aktuelle Nachfrage werden soll, die in der Bauwirtschaft Produktions- und Beschäftigungsmöglich-

keiten schafft. Private Investoren werden nur dann an die Stelle des Staates treten, wenn sie ihre Erträge über den Markt erwirtschaften können. Durch den Einigungsvertrag sind die Mietbindungen für nach dem 3. Oktober 1990 fertiggestellte freifinanzierte Wohnungsneubauten aufgehoben worden. Wie im alten Bundesgebiet können die Mieten bei Erstbezug und bei Mieterwechsel frei vereinbart werden. Eine Begrenzung ergibt sich aus der Regel, daß die „ortsübliche Vergleichsmiete" höchstens um 50 vH überschritten werden darf; sonst liegt „Mietwucher" vor. Hierbei sollte klargestellt werden, daß die gebundenen Mieten des Altbestandes nicht in die als Vergleichsbasis dienende ortsübliche Miete eingehen dürfen; anderenfalls käme kein freifinanzierter Neubau von Mietwohnungen in Gang. Im übrigen liegt das wichtigste Investitionshemmnis für den Neubau vermutlich in Verzögerungen beim Aufbau der kommunalen Bauämter und bei der Erschließung von Bauland.

577. Dagegen bleiben die Mietbindungen bei dem Wohnungsbestand nach dem Einigungsvertrag vorerst noch in Kraft. Allerdings sind Mieterhöhungen nach Erlaß entsprechender Verordnungen zulässig, wobei die Entwicklung der Einkommen zu berücksichtigen ist. Lediglich bei Modernisierungen darf schon jetzt die jährliche Miete um 11 vH des Aufwandes erhöht werden. Die Bundesregierung sollte die Mieten binnen weniger Jahre in großen Schritten an das Marktniveau heranführen und einen festen Termin für die Freigabe festlegen. Dies verschafft den Wohnungseigentümern nicht nur finanzielle Mittel für die Sanierung, sondern gibt ihnen auch Anreiz, sich für umfangreiche Maßnahmen zu verschulden.

Die zügige Aufhebung der Mietenbindung ist auch angezeigt, damit der Neubau bald in Gang kommt. Die Bezieher höherer Einkommen werden sich dann eher eine teure Neubauwohnung leisten oder Wohnungseigentum bilden. Überdies wird der bestehende Wohnungsbestand effizienter genutzt werden. Mancher Haushalt, der über eine große Wohnung verfügt, wird sich mit einer kleineren Wohnung zufrieden geben. Schließlich fördert ein festgelegter Stufenplan zur Freigabe der Mieten die Entwicklung des Immobilienmarktes, weil dann Verkäufer und Erwerber mehr Sicherheit über den Ertragswert der Wohnungen haben.

578. Ein funktionsfähiger Immobilienmarkt liefert den Kommunen und Wohnungsgenossenschaften auch die nötigen Preissignale, falls sie Wohnungen durch Verkauf an die Mieter oder an Unternehmen privatisieren wollen. Damit möglichst viele Mieter von diesem Angebot Gebrauch machen können, wäre zu erwägen, die bei der Einführung der Währungsunion im Verhältnis 2 : 1 umgestellten Sparguthaben für den Wohnungserwerb aufzuwerten, wie dies der Einigungsvertrag für die Beteiligung am ehemals volkseigenen Vermögen als Möglichkeit vorsieht.

Der Forderung, daß die Mietbelastung für die Bezieher niedriger Einkommen tragbar bleibt, läßt sich am besten durch die Gewährung von Wohngeld Rechnung tragen. Würde man aus sozialen Gründen statt dessen an der Mietpreisbindung festhalten, dann müßte der Staat die Mieten weiterhin aus dem Haushalt subventionieren, und zwar auch zugunsten von Mietern, die sich eine höhere Miete leisten könnten. Für die Unterbringung von sozial benachteiligten Gruppen sollten die Kommunen für einen Teil des genossenschaftlichen und staatlichen Wohnungsbestandes, der nach dem Einigungsvertrag an Unternehmen der Wohnungswirtschaft zu übertragen ist, das Belegungsrecht behalten. Für die Unternehmen ist diese Bindung zumutbar, da sie nach Erreichen der Marktmieten aus den übrigen Wohnungen Gewinne erzielen werden. Für den Staat hat diese Regel den Vorteil, daß für diese Zwecke nicht erst wesentlich teurere Sozialwohnungen gebaut werden müssen.

IV. Rahmenbedingungen

Umweltpolitik: Grundlegende Sanierung vordringlich

579. Die grundlegende Sanierung der natürlichen Umwelt und die Einbindung ökologischer Ziele in den Wirtschaftsprozeß sind Voraussetzungen dafür, daß sich die Lebensverhältnisse im Ostteil Deutschlands verbessern können. Die Umweltbelastung in der DDR wies im internationalen Vergleich negative Rekordwerte auf. Sie hat vielfach zu nachweisbaren Gesundheitsschäden geführt. Die Verseuchung der Böden und die Schadstoffeinleitungen in Gewässer bedrohen die Grundwasserqualität und damit eine Lebensgrundlage für die Menschen (Ziffer 110 ff.).

580. Die Schädigung der Umwelt in der DDR war die Folge eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das bei Produktion und Konsumtion auf ökologische Ziele wenig Rücksicht nahm. Die Planungsbehörden zogen keine Konsequenzen aus der Einsicht, daß Investitionen in den Schutz der Umwelt alles in allem viel mehr nutzen als kosten. Zu den volkswirtschaftlichen Kosten unterlassener Umweltschutzaktivitäten gehören gesundheitliche Schädigungen der Menschen, Korrosionsschäden an Gebäuden und Infrastrukturanlagen, Verluste an Ressourcen wie etwa an nutzbaren Bodenflächen und an Grundwasser. Die Belastungen der Umwelt kumulierten sich im Zeitablauf, weil die Schadstoffeinleitungen in die Natur deren Regenerationsfähigkeit überstiegen. Die Umweltsituation blieb unter diesen Bedingungen nicht einfach schlecht, sondern sie wurde immer schlechter.

Das Thema Umweltlasten und Umweltschutz war in der DDR weitgehend tabuisiert. Ein ordnungsrechtlicher Rahmen, der zum pfleglichen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen hätte anhalten können, war nicht vorhanden. Damit fehlten die Anreize zum sparsamen Umgang mit Umweltgütern. Vor allem im Energiebereich haben subventionierte Preise zu einem verschwenderischen Energieverbrauch geführt, was in ökologischer Sicht um so bedenklicher war, als die Energieversorgung weitgehend auf der heimischen, die Umwelt jedoch hoch belastenden Braunkohle basierte.

581. Mit der deutschen Vereinigung ist es Aufgabe des Gesetzgebers geworden, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in ganz Deutschland zu schützen. Das Umweltrecht der Bundesrepublik ist

nun, vorbehaltlich einiger Übergangsregelungen, auch für die östlichen Bundesländer verbindlich. Das Instrumentarium der westdeutschen Umweltpolitik wird auch dort eingesetzt werden. Damit kommen in der ehemaligen DDR das Prinzip der Umweltvorsorge, das Verursacherprinzip und das Prinzip der Kooperation zur Anwendung. Die Folgen des jahrzehntelangen ökologischen Raubbaus werden sich nicht in kurzer Zeit abtragen lassen. Aber es sind mit der wirtschaftlichen Erneuerung Ostdeutschlands durchaus rasche Erfolge auf dem Gebiet der Ökologie möglich.

In den meisten Betrieben müssen zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit veraltete Produktionsanlagen durch neue, moderne Aggregate ersetzt werden. Vielfach bewirkt schon das eine Entlastung der Umwelt, weil die Altanlagen häufig genug schwere Umweltbelastungen verursachen, neue Anlagen dagegen dem Stand der Technik entsprechend umweltschonend arbeiten. Der rasche Abbau von Investitionshemmnissen ist also nicht nur mit Blick auf einen raschen Zubau von Arbeitsplätzen, sondern gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten dringlich. Je schneller die Investitionstätigkeit in Gang kommt, um so besser werden die Perspektiven für den Umweltschutz. Beides wird Hand in Hand gehen, wirtschaftliches Wachstum und Verbesserung der Umweltqualität. Umweltschutzinvestitionen werden in der ehemaligen DDR aufgrund der dort sehr hohen Schadstoffbelastung einen ungleich höheren Nutzeffekt erzielen, als es gleiche Investitionen in Westdeutschland könnten.

Wenn sich in den Betrieben der ehemaligen DDR erst einmal ein kostenbewußtes Wirtschaften durchsetzt, wird sich in vielen Fällen herausstellen, daß zwischen den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen der Kostensenkung und den ökologischen Anforderungen kein Gegensatz besteht. Verringern die Betriebe beispielsweise ihren spezifischen Energieverbrauch, reduziert das — bei nichtsubventionierten Energiepreisen — die Kosten in der Regel um einen größeren Betrag als den, der für energiesparende Maßnahmen aufzubringen ist. Zugleich mindert es die Umweltbelastungen, weil die Energieerzeugung sinkt. Die nunmehr auch in Ostdeutschland geltenden Umweltvorschriften schaffen zusätzliche Anreize, durch Umweltinvestitionen Kosten einzusparen. Kostendenken wird sich um so schneller verbreiten, je rascher die Privatisierung der Betriebe vorankommt und private Investoren mit dem eingesetzten Kapital Erträge erwirtschaften müssen. Der Schutz der Umwelt ist also ein Argument mehr, die Privatisierung so schnell wie möglich voranzutreiben.

Nachdem nun in Ostdeutschland eine freie Diskussion gesellschaftlicher Mißstände möglich geworden ist, kommt die ökologische Diskussion schnell in Gang. Ähnlich wie in der Bundesrepublik in den letzten Jahren durch die öffentliche Diskussion und unterstützt durch die Umweltpolitik ein wachsendes Umweltbewußtsein bei den Konsumenten und den Produzenten festzustellen ist, wird dies auch in Ostdeutschland entstehen. Ein wachsendes Umweltbewußtsein ist die wichtige psychologische Grundlage dafür, daß die ökologischen Konsequenzen von Produktion und Konsumtion nicht länger als lästige Begleiterscheinungen verdrängt werden, sondern daß sie das wirtschaftliche Verhalten so prägen werden, daß ökologisch überlegene Produktionsverfahren und umweltverträgliche Produkte Verbreitung finden.

582. Wenngleich auf mittlere Sicht und mit der wirtschaftlichen Erneuerung positive Perspektiven für den Umweltschutz bestehen, kann nicht verschwiegen werden, daß die ökologische Situation angesichts des vorhandenen Rückstandes auf absehbare Zeit ernst bleiben wird. Die wirtschaftliche Erneuerung in der ehemaligen DDR bringt zudem auch neue Belastungen hervor. So werden die Müllberge ansteigen, weil mit den erwarteten steigenden Einkommen die Nutzungsdauer von langlebigen Konsumgütern zurückgehen wird und durch neue Vertriebsformen im Handel in großem Umfang Verpackungsmaterial anfällt. Die Umweltpolitik in der DDR kann sich also nicht nur auf die Verstopfung der bisherigen Quellen von Umweltschäden beschränken, sie muß sich auch auf neue einstellen. Das herrschende Umweltrecht gibt den Rahmen für diese Bemühungen vor. Die Ausfüllung erfordert große Anstrengungen, weil leistungsfähige Umweltbehörden erst aufgebaut und effiziente Entsorgungskonzeptionen erst entwickelt werden müssen. Hierbei darf kein Verzug eintreten.

583. Die Unternehmen in Ostdeutschland stehen vor schwierigen ökologischen Aufgaben. Sie müssen bis zum Ablauf der jeweils vorgesehenen Übergangsfristen den neuen Anforderungen im Umweltschutz gerecht werden. Alte Produktionsanlagen, die weiter betrieben werden sollen, müssen auf den Stand der Technik nachgerüstet werden.

Bei Altanlagen, die den Anforderungen nicht entsprechen, muß geprüft werden, ob sich die Nachrüstung überhaupt lohnt; als Alternative kommt nur die Stillegung in Frage. Bei den Unternehmen, die erfolgreich zur Privatisierung geführt werden, gehören die Entscheidungen über Nachrüstungen zur Sanierungskonzeption des Erwerbers. Die Kosten für die Nachrüstung werden den Kaufpreis für das Unternehmen vermindern.

Schwieriger ist der Fall zu beurteilen, daß Unternehmen schon vor der Privatisierung Nachrüstungen oder Ersatzinvestitionen auf dem neuesten Stand der Technik durchführen müssen. Hier ist die Treuhandanstalt als Eigentümer gefordert, wenn es nicht gelingt, die Investitionen durch Kreditaufnahme zu finanzieren. Werden Nachrüstungen nicht durchgeführt, kann die Stillegung von Altanlagen zur Folge haben, daß ganze Unternehmen oder große Unternehmensteile den Betrieb einstellen müssen. Die vom Umweltrecht vorgegebenen Termine können auf diese Weise die Auflösung von Unternehmen erzwingen. Ob dies hinzunehmen oder zu verhindern ist, muß die Treuhandanstalt nach den gleichen Kriterien entscheiden, die auch sonst für die Abwägung zwischen Sanierung und Stillegung noch nicht privatisierter Betriebe angewendet werden (Ziffern 529 ff.). Es wäre verfehlt, diesem Entscheidungszwang durch umweltpolitische Sonderregelungen und weitere Fristverlängerungen auszuweichen. Das Ausscheiden von Unternehmen, für die sich keine Sanierungsaussichten eröffnen, ist notwendiger Bestandteil des Erneuerungsprozesses. Dies gilt in verstärktem Maße, wenn es sich um Unter-

nehmen handelt, die nicht in der Lage sind, den allgemeinen Normen des Umweltschutzes zu genügen.

584. Problematisch sind staatliche Zuschüsse zu Umweltschutzinvestitionen der Betriebe. Investitionen in der ehemaligen DDR werden schon derzeit erheblich gefördert, so daß eine darüber hinausgehende ökologisch begründete Förderung nicht mehr notwendig erscheint. Staatliche Beihilfen zu privaten Umweltschutzinvestitionen verletzen das Verursacherprinzip. Selektive Unterstützungen von Umweltschutzinvestitionen sind in der Regel ineffizient, weil es an operationalisierbaren Kriterien fehlt, nach denen förderungswürdige und nicht förderungswürdige Investitionen zu unterscheiden wären. Prinzipiell kämen für eine Unterstützung nur Unternehmen in Frage, die an sich überlebensfähig, jedoch nicht in der Lage sind, bestehenden Umweltschutzauflagen aus eigener Kraft nachzukommen und denen deshalb der Konkurs droht. Es wird schwer sein, solche Fälle eindeutig zu identifizieren. Schließlich ist immer zu fragen, wie der Staat die Mittel aufbringt, die er zur Subventionierung von Umweltschutzinvestitionen privater Unternehmen einsetzt. Ginge dies zu Lasten des Budgets des Staates für eigene Umweltschutzmaßnahmen, etwa im Bereich der Altlasten, wäre ökologisch nichts gewonnen.

585. Die Altlasten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stellen die Umweltpolitik vor Aufgaben, die nur mit größten Anstrengungen und auch dies nur im Rahmen eines längeren Zeitraums zu bewältigen sein werden. Das erforderliche Finanzvolumen für die Altlastensanierung übersteigt das für den Umweltschutz verfügbare Budget des Staates bei weitem. Daher sind hier Prioritätensetzungen zwingend erforderlich. Von Land zu Land, von Kommune zu Kommune kann die Dringlichkeit von Schutzmaßnahmen streuen. Daher muß sichergestellt werden, daß eine über die regionalen Verantwortungsbereiche der Gebietskörperschaften hinausgehende Rangfolge der Sanierungsprojekte nach der Dringlichkeit gefunden wird. Zur Abwägung der Dringlichkeit gehört es auch, daß der Qualitätsstandard für die Sanierung nicht schematisch festgelegt wird. Die Aufbereitung kontaminierter Böden muß nicht in allen Fällen bis zu der vom Stand der Technik her bestmöglichen Qualität vorgenommen werden. Die Aufbereitung für die Nutzung als öffentliches Erholungsgebiet kann geringeren Ansprüchen genügen als die Aufbereitung für den Wohnungsbau (JG 88 Ziffer 425).

Besondere Probleme stellen sich bei Altlasten auf Grundstücken, die nach der Privatisierung gewerblich genutzt werden sollen. Die Erwerber solcher Grundstücke können nach dem Einigungsvertrag von der Sanierungspflicht für Altlasten freigestellt werden. Damit übernimmt der Staat die Pflichten. Wünschenswert bleibt, daß der Erwerber wenigstens einen gewissen Selbstbehalt übernimmt, damit ein Anreiz zur Kooperation bei der Bereinigung erhalten bleibt. Ein Unternehmen, das die Kosten für die Sanierung zum Teil selbst tragen muß, wird besonders darauf achten, daß die Sanierung kostengünstig vorgenommen wird.

Die Sanierungsaufgabe in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Bereich bindet, wenn sie mit dem notwendigen Nachdruck betrieben wird, erhebliche finanzielle Mittel und personelle Kapazitäten. Sie eröffnet für Unternehmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes Betätigungsfelder, und sie schafft Arbeitsplätze. Zur Vermeidung finanzieller und personeller Engpässe bei der Altlastensanierung auf der Ebene der Kommunen wäre es sinnvoll, verstärkt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf diesem Feld durchzuführen. Die Sanierung der Umwelt käme schneller voran.

Wege zu einer leistungsfähigen Infrastruktur

586. Das alte Regime hat in der DDR eine Infrastruktur hinterlassen, die in allen Bereichen schwerwiegende Mängel aufweist. Dies behindert nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern beeinträchtigt auch die Lebensqualität der Menschen in einschneidender Weise. Enormen Nachholbedarf gibt es im Verkehrsbereich, beim schienengebundenen Verkehr ebenso wie beim Straßenverkehr, weiter im Bereich der Telekommunikation und der Postdienste. Völlig vernachlässigt wurden Investitionen für Abfallbeseitigung, Abwasserentsorgung und Gewässerschutz sowie Luftreinhaltung. Um angemessene Standards im Umweltschutz zu erreichen, sind neben dem Ausbau der Entsorgung für die Zukunft auch umfangreiche Maßnahmen zur Bereinigung von Altlasten in der natürlichen Umwelt erforderlich. Erneuerungsbedürftig sind in weiten Teilen die Energieversorgung und die Wasserversorgung. Weitere Problembereiche sind der Gesundheitssektor und der Bildungsbereich.

Die Kosten einer grundlegenden Sanierung der Infrastruktur in allen Bereichen sind kaum abzuschätzen. Schon für einzelne Teilbereiche wie Verkehr und Umweltschutz kommen vorliegende Schätzungen zu dreistelligen Milliardenbeträgen. Es ist wichtig, diese Größenordnungen vor Augen zu behalten; wenig hilfreich ist allerdings, mehr oder weniger willkürlich gegriffene Milliardenbeträge zu addieren und dann die Unmöglichkeit der Finanzierung zu beklagen. Worauf es ankommt ist, mit den verfügbaren Mitteln die großen Aufgaben in Angriff zu nehmen. In kurzer Zeit werden sie sich nicht bewältigen lassen, nicht nur wegen begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten, sondern vor allem, weil die Kapazitäten begrenzt sind, im planerisch-dispositiven Bereich ebenso wie bei den Ausführungsarbeiten. Welche Erfolge erzielt werden, hängt nicht nur vom finanziellen Mitteleinsatz ab. Mindestens ebenso wichtig ist es, geeignete Organisationsformen zu finden, die hohe Effizienz bei Planung und Abwicklung gewährleisten.

587. Die Zuständigkeiten für die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur verteilen sich auf die Gebietskörperschaften aller drei Ebenen, auf Bund, Länder und Gemeinden. Grundlegend wichtige Beiträge haben daneben Bahn und Post zu leisten. Bei allen Aufgabenträgern stellt sich zum einen das Problem der Finanzierung, zum anderen aber auch die Frage der organisatorischen Bewältigung. Finanzielle Mittel allein genügen nicht. Man

braucht auch ein leistungsfähiges Management, um die komplexen Planungs- und Abwicklungsvorgänge zu beherrschen, die mit der Durchführung großer Investitionsvorhaben verbunden sind. Die öffentliche Verwaltung kann hierbei überfordert sein; dies gilt vor allem für die Länder und die Gemeinden, in denen eine den neuen Anforderungen entsprechende Verwaltung erst aufgebaut werden muß. Durch die jahrzehntelange zentralistische Kommandowirtschaft sind die Gemeinden jeder selbstverantwortlichen Tätigkeit entwöhnt, und es fehlt ihnen an geschultem und erfahrenem Personal. Unterstützungsaktionen und Patenschaften westdeutscher Länder und Gemeinden sind hilfreich, dürften aber nicht ausreichen, die Defizite auszugleichen. Dies zwingt dazu, über neue und unkonventionelle Lösungsansätze nachzudenken, insbesondere auch über neue Formen der Kooperation zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. Dies gilt grundsätzlich für die alten ebenso wie für die neuen Gebiete der Bundesrepublik. In den neuen Ländern besteht aber wegen der Größe der zu bewältigenden Aufgaben und der zu befürchtenden Überforderung der Verwaltung besondere Dringlichkeit.

588. Bei der Erneuerung der Infrastruktur haben die Gemeinden eine Schlüsselstellung. Die von ihnen zu erbringenden Leistungen gestalten unmittelbar das Lebensumfeld der Bürger und bilden damit ein wesentliches Element der Lebensqualität. Wichtiger noch ist, daß die Gemeinden erheblichen Anteil an der Errichtung und dem Betrieb wirtschaftsnaher Infrastruktureinrichtungen haben; dies gilt vor allem für örtliche Verkehrsnetze und für Einrichtungen der Versorgung und Entsorgung im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen.

Angesichts der wichtigen Rolle, die den Gemeinden zukommt, fällt um so stärker ins Gewicht, daß in ihrem Bereich mehr als anderswo mit fühlbaren Engpässen sowohl hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu rechnen ist. Es geht hier um Aufgaben, die den Gemeindeverwaltungen in der ehemaligen DDR völlig fremd sind und für die Dienststellen erst jetzt mit großen Schwierigkeiten eingerichtet werden. Es wird einige Zeit dauern, bis sie ihren Aufgaben auch nur annähernd gewachsen sind.

589. Privatwirtschaftlich geführte Unternehmen können die Gemeinden beim Angebot von Infrastrukturleistungen entlasten. Hierbei kann es sich um rein private Unternehmen handeln, ebenso aber auch um solche, die als Kapitalgesellschaften im öffentlichen Eigentum stehen, im Eigentum einer größeren Gruppe von Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Trägern etwa; auch Mischformen von privatem und öffentlichem Eigentum kommen infrage. Wesentlich ist nur, daß sie durch ein professionelles Management geleitet werden, Zugang zum privaten Kapitalmarkt haben und unter einem gewissen Druck stehen, sich im Markt zu bewähren; dieser Druck besteht vor allem dann, wenn ein Unternehmen auf die Kooperation mit vielen Gemeinden angelegt ist und ständig neue Verträge zu akquirieren sucht.

Ein Argument dafür, privatwirtschaftlich geführte Unternehmen bei der Bereitstellung von Infrastrukturleistungen zu beteiligen, bezieht sich auf die Finanzierungsmöglichkeiten. Auf diesem Wege kann in großem Umfang privates Kapital zur Finanzierung der die finanzielle Leistungskraft der Gemeinden weit übersteigenden Investitionen mobilisiert werden. Wenn eine Gemeinde bereits die Obergrenze der Kreditaufnahme erreicht hat, kann das für sie tätige Unternehmen aufgrund seines eigenen Verschuldungspotentials zusätzliche Mittel für Investitionen aufbringen. Es ist auch gut möglich, daß ein gut geführtes Unternehmen mit sorgfältig ausgearbeiteten Investitionsplänen Kredit zu günstigeren Bedingungen erhält als eine bereits hoch verschuldete Gemeinde.

Gewichtiger als das Finanzierungsargument ist ein zweites: Spezialisierte Unternehmen, die vielerorts ähnliche Aufgaben wahrnehmen, erwerben auf ihrem Spezialgebiet Erfahrungen und Kenntnisse, die denen einer Gemeindeverwaltung durchaus überlegen sein können. Hinzu kommt, daß ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen von vornherein einem stärkeren Druck zu wirtschaftlicher Betriebsführung unterliegt. Schließlich kann im ganzen auch mit einer besseren Qualität des Management gerechnet werden, wenn und soweit die Besetzung leitender Positionen dem unmittelbaren Einfluß der Kommunalpolitik entzogen ist.

590. Bei der Erfüllung von Aufgaben im Bereich kommunaler Infrastrukturleistungen ist es in den meisten Fällen unvermeidlich, daß den damit betrauten Unternehmen eine Monopolposition eingeräumt wird, wenn Investitionen vorzunehmen sind sogar für längere Zeit. Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern gibt es nur, wenn das Projekt (Bau und gegebenenfalls Betrieb einer Infrastruktureinrichtung) zur Vergabe ansteht und von der Gemeinde ausgeschrieben wird. Um zu verhindern, daß die Monopolposition zum Schaden der Gemeinde ausgenutzt wird, bedarf es vertraglicher Vereinbarungen, die erstens die zu erbringenden Leistungen festlegen, zweitens Regeln für die Bestimmung von Preisen oder Gebühren enthalten und drittens der Gemeinde eine hinreichende Kontrolle über Wirtschaftsführung und Leistungsqualität des Unternehmens ermöglichen. Die Notwendigkeit, der Ausnutzung von Monopolpositionen vorzubeugen, besteht allerdings in gleichem Maße, wenn die betreffenden Aufgaben von der Gemeinde in eigener Regie oder über ein unmittelbar mit ihr verbundenes Unternehmen wahrgenommen werden. Ein großer Vorteil bei der Einschaltung eines privatwirtschaftlich geführten Unternehmens ist, daß die Kontrolle von der Ausführung getrennt bleibt und weniger durch politische und persönliche Verflechtungen beeinflußt wird.

Vertragsgestaltung und Überwachung der Vertragsausführung stellen keine geringen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Dennoch ist zu vermuten, daß diese Aufgaben auch von den im Aufbau befindlichen und noch unerfahrenen Gemeindeverwaltungen in den neuen Bundesländern besser bewältigt werden können als die Übernahme aller Infrastrukturleistungen in eigener Regie. Bei der Vertragsgestaltung können sie sich auf die Erfahrungen westdeutscher Gemeindeverwaltungen und auf spezialisierte Berater stützen. Erforderlich ist immer noch die laufende Überwachung, aber diese bleibt ihnen

auch dann nicht erspart, wenn die betreffenden Aufgaben durch einen unmittelbar mit der Gemeinde verbundenen Monopolbetrieb wahrgenommen werden.

591. Erfahrungen mit privatwirtschaftlich geführten Betreibergesellschaften gibt es seit langem im Bereich der Energie- und Wasserversorgung. Neuerdings werden ähnliche Modelle auch mit Erfolg bei der Abwasserreinigung eingesetzt. Hierbei erhält ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen den Auftrag, ein Kanalnetz und eine Kläranlage zu bauen und zu betreiben. Die öffentlich-rechtliche Verantwortung der Gemeinde bleibt davon unberührt. Sie bestimmt den technischen Standard und kontrolliert die Einhaltung aller Auflagen. Da nicht alle Fragen im voraus vertraglich geregelt werden können, ergeben sich allerdings gelegentlich schwierige Nachverhandlungen; dies ist nach allen Erfahrungen jedoch kein unüberwindliches Hindernis. Betreibermodelle der beschriebenen Art können auch auf andere Bereiche übertragen werden. Bei der Entsorgung von festen Abfällen liegen die Probleme zum Teil ähnlich wie bei der Abwasserentsorgung; es liegt nahe, das Modell auch hier zu erproben.

592. Eine der dringlichsten Aufgaben für die Gemeinden in den neuen Bundesländern ist heute die Erschließung von Gewerbeflächen. Damit wird die Voraussetzung geschaffen für die Ansiedlung neuer, vornehmlich kleiner und mittlerer Unternehmen, die von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung sind. Arbeitsplätze entstehen dabei nicht nur in den neuen Unternehmen; durch die Erschließungsarbeiten selbst und die darauf basierenden unternehmerischen Investitionen werden ebenfalls neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert, auch dies überwiegend im mittelständischen Bereich.

Zur Erleichterung der Finanzierung und vor allem, um die auf diese Aufgaben nicht gerüsteten Gemeindeverwaltungen zu entlasten, bietet es sich an, die Einrichtung von Gewerbegebieten privaten Erschließungsgesellschaften zu übertragen. Deren Aufgaben umfassen die Anbindung des Geländes an Verkehrs- und Kommunikationsnetze, die Bereitstellung der notwendigen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, innerhalb gewisser Grenzen auch die möglicherweise erforderliche Beseitigung von Altlasten, und reichen bis hin zum Verkauf oder zur Verpachtung an die Nutzer. Abgesehen von der Möglichkeit privater Finanzierung und der stärkeren Leistungsmotivation in einem privatwirtschaftlich geführten Unternehmen liegt der besondere Vorteil einer Erschließungsgesellschaft in ihren Erfahrungen und Kenntnissen sowohl bei der Bewältigung der vielfältigen technischen Aufgaben als auch bei der Koordination aller Tätigkeiten in einem komplexen System.

593. Die Öffnung des Angebots von Infrastrukturleistungen für privatwirtschaftlich geführte Unternehmen kann nicht nur im kommunalen Bereich die öffentliche Hand wirksam entlasten. Bisher wird davon nur wenig Gebrauch gemacht. In vorsichtiger Weise und mit erheblichen Vorbehalten werden heute im Bereich der Telekommunikation private Anbieter zugelassen, um bei den gravierenden Engpässen, die sich mit der Vereinigung ergeben haben, wenigstens an einigen Stellen eine gewisse Entlastung zu ermöglichen. Dies sollte nicht nur als Notbehelf gesehen werden. Die Politik sollte die Chance ergreifen, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Anbietern zu erproben und bei Bewährung auch in Zukunft fortzuführen.

Die größte Dringlichkeit, die begrenzten Kapazitäten öffentlicher Anbieter durch Einschaltung privatwirtschaftlich geführter Unternehmen zu erweitern, besteht jedoch bei den Gemeinden. Hier ist vor allem notwendig, rechtliche und faktische Hindernisse auszuräumen, die heute noch privatwirtschaftlichen Lösungen entgegenstehen. Private Betreiber müssen Zugang zu den gleichen Finanzierungsmöglichkeiten wie öffentliche Anbieter haben. Die faktischen Hindernisse, die vielfach aus der engen Verflechtung zwischen Gemeinden und unmittelbar damit verbundenen öffentlichen Betrieben erwachsen, sollten in den neuen Bundesländern, wo zum einen eine besondere Notlage herrscht, zum anderen Interessenlagen sich noch nicht in schwer abänderbaren Strukturen verfestigt haben, eher überwunden werden können als in den Gemeinden des bisherigen Bundesgebiets.

Arbeitsmarkt und soziale Sicherung

594. Nach unserer Prognose wird sich der Rückgang der Beschäftigten in den östlichen Bundesländern zunächst verstärkt fortsetzen; erst im Verlauf des Jahres 1991 wird es zu einer Abflachung kommen. Zugleich wird die Anzahl der Arbeitslosen erheblich ansteigen (Ziffern 285 ff.). Dies ist unvermeidlich. Die notwendige Strukturerneuerung kann nicht auf den Weg gebracht werden, ohne daß zahlreiche Arbeitnehmer zunächst ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Unternehmen, für die Aussicht auf eine erfolgreiche Sanierung besteht, können diese nur mit erheblichem Abbau von Arbeitskräften bewerkstelligen. Unternehmen, die nicht mehr sanierungsfähig sind, werden in absehbarer Zeit zur Stillegung gezwungen sein. Weitere Freisetzungen von Arbeitskräften in erheblichem Umfang sind im öffentlichen Dienst zu erwarten, ebenso im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Landwirtschaft. Für die Beurteilung dieses Prozesses kommt es aber nicht darauf an, wie viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Maßgeblich für die Beurteilung ist vielmehr, wie lange sie arbeitslos bleiben und welcher Bestand an Arbeitslosen, die längere Zeit ohne Beschäftigung sind, sich aufbaut. Dies wird in um so stärkerem Maße der Fall sein, je länger der Aufbau neuer Strukturen hinter der durch den Wettbewerb bedingten Auflösung des Alten zurückbleibt.

595. Abgemildert werden die Folgen der umfangreichen Freisetzung von Arbeitskräften durch den Sog, der nach wie vor von der westdeutschen Wirtschaft ausgeht, und zwar um so mehr, je ungebrochener das Wachstum von Produktionspotential und Beschäftigung dort anhält. Auch wenn die Lohnunterschiede geringer werden, bleibt die Attraktivität des Westens ungeschmälert, so lange die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, weit größer sind als im Osten. Allenfalls höhere Lebenshaltungskosten und Schwierigkei-

ten bei der Wohnungssuche werden den Anreiz zur Abwanderung schmälern.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Abwanderung für geraume Zeit in erheblichem Umfang anhält. Grundsätzlich ist Mobilität von Arbeitskräften zu begrüßen, da sie wesentlich zum Abbau von Ungleichgewichten im Arbeitsmarkt beitragen kann. Die Problematik der Abwanderung liegt aber darin, daß das Gebiet damit in hohem Maße mobile und anpassungsbereite Arbeitskräfte verliert. Der Aufholprozeß wird dadurch erschwert.

Der Sog des Arbeitsmarkts im Westen wird aber nicht nur zur Abwanderung führen, sondern auch zu einer Zunahme der Pendler, die die besseren Beschäftigungschancen und das höhere Lohnniveau im Westen nutzen, ohne ihren Wohnsitz mit immer noch wesentlich niedrigeren Lebenshaltungskosten aufgeben zu müssen. Dies gilt vor allem für die Gebiete entlang der ehemaligen Grenze und die Umgebung von Berlin; aber auch aus entfernteren Gebietsteilen sind Arbeitsplätze im Westen erreichbar, besonders wenn die Verkehrsverbindungen verbessert werden. Pendler behalten ihren Wohnsitz bei und stehen dort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, wenn der Bedarf nach Arbeitskräften wieder wächst.

Eine Entlastung des Arbeitsmarktes wird sich auch aus dem Rückgang der Erwerbsquote ergeben. Viele ältere Arbeitnehmer, denen die Anpassung an die neuen Verhältnisse schwer fällt, werden in den vorgezogenen Ruhestand treten. Es ist auch damit zu rechnen, daß die Frauenerwerbstätigkeit zurückgeht. Dies gilt nicht nur kurzfristig, weil weniger Arbeitsplätze verfügbar sind, sondern auch auf längere Sicht, weil mit steigendem Wohlstand mehr Frauen aus eigenem Entschluß ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder sich auf Teilzeitarbeit beschränken werden.

596. Zur Zeit ist schwer abzuschätzen, wann es durch die Erneuerung der Wirtschaft wieder zu einem spürbaren Anwachsen der Beschäftigung kommen wird. Auf jeden Fall aber ist damit zu rechnen, daß für eine Übergangsperiode von nicht unerheblicher Dauer die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Stand bleibt. Die Härten für die betroffenen Menschen muß das Sozialsystem auffangen. In der Arbeitslosenversicherung werden die Beiträge die erforderlichen Leistungen nicht entfernt decken können; es wird ein erheblicher Transferbedarf entstehen.

Materielle Unterstützung durch Sozialleistungen löst aber bei weitem nicht alle Probleme. Die größte Gefahr länger andauernder Arbeitslosigkeit ist, daß sie die davon betroffenen Menschen demotiviert und dequalifiziert. In Westdeutschland hat die zu Anfang der achtziger Jahre entstandene Arbeitslosigkeit ihre Spuren in Form zahlreicher Langzeitarbeitsloser hinterlassen, deren Wiedereingliederung selbst in einer Zeit außergewöhnlichen Beschäftigungswachstums auf Schwierigkeiten stößt. Es gilt zu verhindern, daß sich dieser Vorgang in den östlichen Bundesländern in noch größerem Ausmaß wiederholt.

597. Aktive Arbeitsmarktpolitik kann nicht direkt zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Ihr wichtigster Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen besteht darin, Anpassungsfähigkeit und Qualifikation zu fördern. Sie bewahrt damit die Arbeitslosen davor, den Anschluß an die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu verlieren. Zugleich trägt sie dazu bei, daß der in einer Arbeitnehmerschaft mit solider Grundausbildung liegende Standortvorteil nicht dahinschwindet.

Die Erwartungen an eine auf Qualifikation gerichtete Arbeitsmarktpolitik dürfen allerdings nicht überspannt werden. Eine Garantie, daß höhere Qualifikation zur Beschäftigung führt, kann nicht gegeben werden. Die allgemeine Beschäftigungsentwicklung liegt außerhalb der Reichweite der Arbeitsmarktpolitik. Auch bleibt stets ein Risiko, daß die Anforderungen des Marktes sich ändern und eine neu erworbene Qualifikation ihnen nicht mehr entspricht.

598. Um die Härten der Übergangsperiode für die Arbeitnehmer abzumildern, mag der Gedanke nahe liegen, Unternehmen, die im Wettbewerb nicht überlebensfähig sind, zeitweilig durch Subventionen zu stützen und damit den Abbau von Arbeitsplätzen zu verzögern. Die Arbeitsverhältnisse blieben dabei erhalten; es würden Tariflöhne gezahlt. Erhaltungssubventionen dieser Art, auch wenn sie arbeitsmarktpolitisch motiviert und zeitlich begrenzt sind, können nicht befürwortet werden. Die Arbeitnehmer könnten zwar ihre erworbene Qualifikation weiter pflegen; aussichtsreiche neue Qualifikationen würden ihnen jedoch nicht vermittelt. Ihre Motivation, sich auf neue Anforderungen einzustellen, würde reduziert. Es würden Illusionen genährt, die Arbeitsplätze könnten doch auf Dauer erhalten werden. Das Anwachsen arbeitsrechtlicher Besitzstände würde eine endgültige Stillegung in zunehmendem Maße erschweren und verteuern. Das Unternehmen würde seine Produkte nach wie vor auf dem Markt anbieten, jedoch mit Subventionen und damit wettbewerbsverzerrend; leistungsfähigere Konkurrenten würden behindert.

599. Auf zum Teil ähnliche Bedenken stößt die zur Zeit in großem Umfang geübte Praxis, Arbeitnehmer, für die auf Dauer keine Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, als Kurzarbeiter im Arbeitsverhältnis zu halten, zum Teil mit sehr geringer Arbeitszeit bis hin zu Null. Bei den betroffenen Arbeitnehmern wird auch hierdurch der Entstehung von Illusionen Vorschub geleistet. Grundsätzlich soll den Kurzarbeitern die Möglichkeit eröffnet werden, an Qualifizierungsprogrammen teilzunehmen. Die Motivation dazu wird aber nicht gefördert, wenn die Kurzarbeiterregelung die Anpassung an neue Anforderungen als weniger dringlich erscheinen läßt. Die derzeit noch geltende Sonderregelung für die Gewährung von Kurzarbeitergeld ist bis zum 30. Juni 1991 befristet. Eine Verlängerung durch Rechtsverordnung bis zum 31. Dezember 1991 ist als Möglichkeit vorgesehen. Davon sollte jedoch kein Gebrauch gemacht werden.

600. Anders als die arbeitsmarktpolitisch motivierte Erhaltung nichtwettbewerbsfähiger Unternehmen mit Hilfe von Subventionen ist die Umwandlung in sogenannte Beschäftigungsgesellschaften zu beurteilen. Besser noch sollte man von Qualifikationsgesellschaften sprechen; denn das Ziel darf nicht sein, die Arbeitnehmer irgendwie zu beschäftigen, möglicherweise unter Beibehalt des alten, den Marktanforderungen nicht entsprechenden Produktionspro-

gramms. Es geht vielmehr darum, den Arbeitnehmern die Teilnahme an Qualifikationsprogrammen zu ermöglichen.

Zwischen der Qualifikationsgesellschaft und den von ihr betreuten Arbeitnehmern wird kein Arbeitsverhältnis begründet. Es entstehen auch keine arbeitsrechtlichen Besitzstände. Die Teilnehmer der Qualifikationsprogramme erhalten keinen Lohn, sondern die ihnen als Arbeitslosen zustehenden Leistungen. Damit wird ihnen zugleich verdeutlicht, daß ihr altes Beschäftigungsverhältnis beendet ist und die Teilnahme an den Programmen der Qualifikationsgesellschaft nur als Hilfe beim Übergang in eine neue Tätigkeit gesehen werden darf.

Gegen Qualifikationsgesellschaften, die an die Stelle stillgelegter Unternehmen treten und denen die Betreuung von deren Arbeitnehmern obliegt, läßt sich anführen, daß sie in der Regel nicht die bestmöglichen Träger von Qualifikationsprogrammen sein werden. Aus stillgelegten Unternehmen kommen Arbeitnehmer mit sehr unterschiedlichen Tätigkeiten und Befähigungen, aus dem kaufmännischen und aus dem technischen Bereich und innerhalb dieser Bereiche wiederum mit starker Differenzierung. Für jede dieser Gruppen gibt es andere Perspektiven der beruflichen Fortbildung. Spezialisierte Träger von Qualifikationsprogrammen können besser als die umfassende Qualifikationsgesellschaft adäquate Angebote für die einzelnen Gruppen erbringen. Diese Angebote brauchen sich zudem nicht wie die der Qualifikationsgesellschaft auf frühere Arbeitnehmer eines bestimmten stillgelegten Unternehmens zu beschränken. Zu bedenken ist aber, daß geeignete Träger von Qualifikationsprogrammen nicht im Überfluß zur Verfügung stehen. Gegenwärtig und vermutlich noch für geraume Zeit besteht vielmehr Mangel daran. Wo deswegen kein ausreichendes Angebot an Qualifikationsprogrammen besteht, können Qualifikationsgesellschaften eine Lücke schließen.

601. Der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die der Dequalifikation und Demotivation der Arbeitslosen entgegenwirkt und Voraussetzungen für neue Beschäftigung schafft, kommt im Prozeß der strukturellen Erneuerung eine Schlüsselrolle zu. Sie wird ihr Instrumentarium den Anforderungen entsprechend verbessern und erweitern müssen. Dies wird mit erheblichen Kosten verbunden sein. Aber man muß die Alternativen sehen. Wenn versucht wird, die Arbeitslosigkeit durch Erhaltungssubventionen zu reduzieren, so ist dies noch teurer, und der Erneuerungsprozeß wird behindert. Beschränkt man sich hingegen auf finanzielle Leistungen zur Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit, so muß man damit rechnen, daß viele Arbeitslose den Anschluß verlieren und auf längere Sicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. Eine an Qualifikation orientierte Arbeitsmarktpolitik ist auf die Dauer nicht nur die aussichtsreichste, sondern auch die am wenigsten kostspielige Alternative.

Statistischer Anhang
für das
Beitrittsgebiet

Erläuterungen

Die Öffnung der Grenzen am 9. November 1989, der Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 1. Juli 1990 und die Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 haben die Arbeiten des Sachverständigenrates auch auf statistisch analytischem Gebiet stark beeinflußt. Die bisherigen Anstrengungen der amtlichen Stellen zur Zusammenführung der Statistiken im westlichen und östlichen Teil Deutschlands hat der Sachverständigenrat zur Kenntnis genommen und begrüßt [1]). In den letzten Wochen sind bei einigen für unsere Arbeiten wichtigen Wirtschaftsstatistiken erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Vergleichbarkeit beziehungsweise Aussagefähigkeit der Daten in die Wege geleitet und zum Teil schon erreicht worden [2]). Dennoch ist eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung für das Beitrittsgebiet anhand des vorliegenden Materials nur mit großen Einschränkungen möglich. Zu sehr sind die vom ehemaligen Statistischen Amt der DDR veröffentlichten Daten durch die Aufgaben der Statistik in einer sozialistischen Kommandowirtschaft „belastet". Ein Vergleich mit Angaben für den westlichen Teil Deutschlands beschränkt sich daher zum einen auf aktuelle Daten im Jahre 1990, zum anderen auf solche, die durch den Übergang von der Mark der DDR auf die D-Mark nicht entscheidend berührt werden. Wichtige neue Indikatoren für die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung im Beitrittsgebiet, wie zum Beispiel die Angaben über Arbeitslosigkeit, Kurzarbeiter, offene Stellen und Verbraucherpreise sind unter anderem in einem besonderen Diagnoseabschnitt (Ziffern 86 ff.) dieses Gutachtens erläutert. Im nachfolgenden statistischen Anhang werden zusätzlich solche Angaben dargestellt, die mit geringen Einschränkungen auch mit westdeutschen und internationalen Ergebnissen verglichen werden können. Außerdem wurden auch solche Angaben aufgenommen, die trotz gewisser Einschränkungen besonders wichtige Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Beitrittsgebiet insgesamt enthalten oder als Zustandsbeschreibung für die neugeschaffenen Länder dienen.

Für die einzelnen Tabellen ist auf folgendes hinzuweisen:

Tabelle I: Wirtschaftliche Eckdaten für das Beitrittsgebiet

Für die nach den neuen Bundesländern und den Ostteil Berlins ausgewiesenen Daten gelten die bei den folgenden Tabellen für das gesamte Beitrittsgebiet gegebenen Hinweise entsprechend.

Tabelle II: Bevölkerung im Beitrittsgebiet

Der Bevölkerungsstand ist unmittelbar mit den Angaben für den westlichen Teil Deutschlands vergleichbar. Unstimmigkeiten gibt es jedoch bei der „Statistik der Wanderungen aus der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik" im Vergleich zu der in der Bundesrepublik bis Ende Juni 1990 durchgeführten „Übersiedlerstatistik" des Bundesausgleichsamtes auf der Grundlage des Registrierverfahrens. Aus dieser Erhebung werden wesentlich höhere Zuzüge in die westlichen Bundesländer ausgewiesen als die vom Statistischen Amt der DDR veröffentlichten Wegzüge.

Tabelle III: Berufstätigkeit im Beitrittsgebiet

Durch Abweichungen bei der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche und statistisch-methodische Unterschiede im Erhebungsverfahren sind Vergleiche mit Daten aus dem westlichen Teil Deutschlands nur begrenzt möglich. In den Angaben für Ostdeutschland fehlen die Beschäftigten im sogenannten X-Bereich der DDR (Polizei, Armee, Zoll, Staatssicherheit, Parteien und gesellschaftliche Organisationen).

Tabelle IV: Warenproduktion im Beitrittsgebiet

In der Industriestatistik der DDR wurde die Industrieproduktion über die industrielle Warenproduktion, die Summe der in den Betrieben aller Wirtschaftsbereiche hergestellten industriellen Fertigerzeugnisse und fertiggestellten materiellen Leistungen industrieller Art, soweit sie für den Absatz an Dritte bestimmt waren, berechnet. Allen Wertangaben liegen die konstanten Betriebspreise vom 1. Januar 1985 zugrunde. Eine Zuordnung zu den im westlichen Teil Deutschlands verwendeten systematischen Gruppierungen nach der „Systematik der Wirtschaftszweige für die Statistik im Produzierenden Gewerbe" (SYPRO), Ausgabe 1979, ist nicht möglich.

Tabelle V: Außenhandel des Beitrittsgebiets

Der Ausweis des Außenhandels in der ehemaligen DDR erfolgte nach der Käuferland-Methode für die Ausfuhr sowie nach der Verkäuferland-Methode für die Einfuhr. Die Wertangaben enthalten den Warenpreis zuzüglich aller Fracht- und Nebenkosten im Lieferland (frei Grenze Lieferland beziehungsweise fob). Die Kursrelationen für die Bewertung der in konvertierbaren Währungen getätigten Außenhandelsumsätze wurden, ausgehend von dem durchschnittlichen Aufwand der Betriebe der DDR, ab 1985 verändert. Die wertmäßigen Angaben werden ab 1985 in „Mark Valutagegenwert" ausgewiesen. Ein direkter Vergleich zu den bis 1984 nachgewiesenen Angaben in „Valuta-Mark" ist nicht möglich. Den Außenhandelsangaben für das Jahr 1989 liegen zum Beispiel folgende Kursrelationen zugrunde: ein US-Dollar = 8,14 Mark Valutagegenwert, eine D-Mark = 4,40 Mark Valutagegenwert.

[1]) Siehe auch Anhang 1: „Wirtschaftliche Strukturdaten für die DDR und die Bundesrepublik im Vergleich" im Sondergutachten des Sachverständigenrates „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" vom 20. Januar 1990, Anhang IV.

[2]) Siehe auch Angermann, O. „Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg zur Einheit", Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1990, S. 523 ff.

Während in der Außenhandelsstatistik für das ehemalige Gebiet der Bundesrepublik der Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) nicht enthalten war, wurde von der DDR der Handel mit Westdeutschland — Innerdeutscher Warenverkehr — bisher in die Außenhandelsdaten einbezogen. Angaben über den Innerdeutschen Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) sind in Tabelle VI dargestellt.

Tabelle VI: Innerdeutscher Warenverkehr

Zur Methode dieser Statistik siehe Fachserie 6 „Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr", Reihe 6 „Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)".

Tabellen VII bis IX:

Entsprechende Hinweise in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen.

Tabelle X: Preisindizes für das Beitrittsgebiet

Hier sind Vergleiche mit den Preisindizes für den westlichen Teil Deutschlands besonders problematisch, da erhebliche statistisch-methodische Unterschiede bei der Erfassung (Abgrenzung der Bereiche und Gütergruppen, Zusammensetzung der Warenkörbe) und bedeutende qualitative Unterschiede der erfaßten Güter bestehen sowie die Preisbildung im sozialistischen System einer staatlich gelenkten Planwirtschaft politisch und nicht marktwirtschaftlich bestimmt ist.

Tabelle I

Wirtschaftliche Eckdaten für das Beitrittsgebiet

	Berichts-zeit	Mecklen-burg-Vorpom-mern	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin (Ost)	Ins-gesamt
Fläche km²		23 838	29 059	20 445	16 251	18 337	403	108 333
Anteil in vH		*22,0*	*26,8*	*18,9*	*15,0*	*16,9*	*0,4*	*100*
Wohnbevölkerung								
Insgesamt (in 1 000)	30.09.90	1 936	2 598	2 901	2 637	4 812	1 273	16 157
Männer (vH)		*48,7*	*48,4*	*47,8*	*47,8*	*47,2*	*47,5*	*47,9*
Frauen (vH)		*51,3*	*51,6*	*52,2*	*52,2*	*52,8*	*52,5*	*51,1*
Bevölkerungsdichte (je km²)		81	89	142	162	262	3 159	(149)
Altersstruktur (vH)	30.06.90							
Kinder		*21,4*	*19,9*	*18,4*	*18,9*	*18,0*	*19,5*	.
Arbeitsfähiges Alter		*65,2*	*65,3*	*64,7*	*64,6*	*63,3*	*67,4*	.
Rentenalter		*13,4*	*13,4*	*16,9*	*16,4*	*18,7*	*13,1*	.
Natürliche Bevölkerungsbewegungen (in 1 000)	1989 und 1.Hj.1990							
Lebendgeborene		39	48	52	47	82	25	293
Gestorbene		32	48	57	50	102	20	310
„Saldo"		+ 7	0	− 5	− 3	− 20	+ 5	− 17
Wanderungen über die Grenze der DDR (in 1 000)	1989 und 1.Hj.1990							
Zuzüge (+)		7	14	16	9	31	7	84
Wegzüge (−)		40	70	83	76	180	54	504
„Saldo"		−33	−56	−68	−67	−148	−47	−420
Beschäftigte und Arbeitslosigkeit								
Berufstätige (ohne Lehrlinge)	30.09.89							
Insgesamt (1 000)		992	1 321	1 563	1 407	2 566	697	8 547
darunter (Anteil in vH):								
Arbeiter und Angestellte		*82,7*	*85,9*	*87,2*	*88,7*	*89,9*	*95,6*	*88,2*
Sonstige		*17,3*	*14,1*	*12,8*	*11,3*	*10,1*	*4,4*	*11,8*
Lehrlinge (1 000)		42	53	63	60	97	24	339
Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftsbereichen (Anteile in vH) [1] [2]								
davon:								
Industrie		*7,3*	*13,8*	*19,1*	*18,9*	*35,4*	*5,5*	*37,3*
Produzierendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)		*8,1*	*14,3*	*15,0*	*16,8*	*39,3*	*6,4*	*3,1*
Bauwirtschaft		*13,3*	*16,4*	*18,4*	*15,0*	*27,7*	*9,2*	*6,6*
Land- und Forstwirtschaft		*21,1*	*21,9*	*20,6*	*15,5*	*20,1*	*0,8*	*10,8*
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen		*15,1*	*16,5*	*18,0*	*12,6*	*25,9*	*12,0*	*7,5*
Handel		*12,6*	*14,7*	*17,1*	*15,3*	*28,0*	*12,3*	*10,3*
Sonstige produzierende Zweige		*10,4*	*13,4*	*14,9*	*14,0*	*32,0*	*15,4*	*2,9*
Nichtproduzierende Bereiche		*12,9*	*15,2*	*17,4*	*15,4*	*27,1*	*12,1*	*21,6*
Arbeitslose (1 000) [3]	30.09.90	68,9	70,8	76,0	74,2	111,3	43,6	444,9
Kurzarbeiter (1 000) [4]	30.09.90	159,8	312,8	353,8	298,9	533,6	69,8	1 728,7

[1] Summe der neuen Bundesländer und Berlin (Ost) = 100; für „Insgesamt": Gewicht der einzelnen Bereiche an den gesamten Beschäftigten/der gesamten industriellen Warenproduktion.
[2] Nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR (Ausgabe 1985).
[3] Quelle: BA.
[4] Personen, die im Abrechnungszeitraum, in den der 15. des Monats fällt, Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten; Quelle: BA.

noch Tabelle I

Wirtschaftliche Eckdaten für das Beitrittsgebiet

	Berichts-zeit	Mecklen-burg-Vorpom-mern	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin (Ost)	Ins-gesamt
Gewerbliche Wirtschaft	1989							
Industriebetriebe (Anzahl)		307	425	578	666	1 254	144	3 374
Industrielle Warenproduktion								
Insgesamt (Mio M)		36 450	89 879	120 600	85 452	175 472	30 831	538 683
Anteile (in vH)		*6,8*	*16,7*	*22,4*	*15,9*	*32,6*	*5,7*	*100*
davon nach Industriebereichen: (Anteile in vH) [1] [2]:								
Energie- und Brennstoffindustrie		*6,5*	*35,9*	*14,1*	*5,9*	*31,1*	*6,5*	*7,3*
Chemische Industrie		*2,4*	*19,3*	*47,3*	*9,4*	*17,4*	*4,3*	*18,0*
Metallurgie		*0,4*	*35,7*	*27,3*	*7,7*	*25,8*	*3,2*	*8,7*
Baumaterialienindustrie		*6,9*	*15,0*	*31,8*	*16,7*	*29,6*	*0,0*	*2,1*
Wasserwirtschaft		*12,1*	*14,8*	*16,4*	*15,2*	*29,8*	*11,8*	*0,6*
Maschinen- und Fahrzeugbau		*7,7*	*11,8*	*19,6*	*17,8*	*39,2*	*3,9*	*21,3*
Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau		*3,0*	*8,6*	*10,5*	*28,4*	*33,6*	*15,9*	*9,6*
Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)		*7,0*	*11,4*	*10,6*	*21,7*	*40,5*	*8,8*	*10,6*
Textilindustrie		*2,0*	*4,1*	*0,1*	*20,3*	*73,4*	*0,1*	*6,3*
Lebensmittelindustrie		*18,2*	*14,7*	*21,9*	*16,3*	*23,4*	*5,4*	*15,6*
Baubetriebe (Anzahl)		1 386	2 875	2 166	3 117	5 904	1 027	16 475
Bauproduktion (Mio M)		4 635	5 683	7 383	5 711	10 642	3 385	37 438
Gebaute Wohnungen (1 000)		10,4	14,9	14,9	14,2	22,4	15,5	92,3
Gewerbeanmeldungen	1.1. bis							
Insgesamt (1 000)	30.9.1990	21	35	34	37	52	18	197
Anteile (in vH)		*10,9*	*17,6*	*17,1*	*18,6*	*26,5*	*9,3*	*100*
Einzelhandelsumsatz	1989							
Insgesamt (Mio M)		15 801	20 180	22 152	20 478	37 976	14 323	130 910
davon (Anteile in vH):								
Nahrungs- und Genußmittel		49,6	48,1	47,8	47,0	47,1	43,6	47,3
Industriewaren		50,4	51,9	52,2	53,0	52,9	56,4	52,7
Pro Kopf der Bevölkerung (M)		7 995	7 576	7 397	7 548	7 627	11 130	7 879
Wohnungswesen	1989							
Wohnungsbestand, insgesamt (1 000)		754,7	1 081,9	1 239,6	1 097,4	2 197,6	631,3	7 002,5
Anteile (in vH)		*10,8*	*15,4*	*17,7*	*15,7*	*31,4*	*9,0*	*100*
Wohnfläche je Einwohner (m^2)		24,6	27,0	27,3	27,9	27,8	30,2	27,4
Nach der Eigentumsform (Anteile in vH):								
Volkseigentum		*47,1*	*40,6*	*38,5*	*32,2*	*40,4*	*59,4*	*41,3*
Genossenschaftliches Eigentum		*19,7*	*16,6*	*19,3*	*15,3*	*17,7*	*16,8*	*17,6*
Privat- und sonstiges Eigentum		*33,2*	*42,8*	*42,2*	*52,5*	*41,9*	*23,8*	*41,2*
Landwirtschaft	1989							
Nutzfläche (1 000 Hektar)		1 509	1 421	1 298	882	1 053	9	6 171

[1] Summe der neuen Bundesländer und Berlin (Ost) = 100; für „Insgesamt": Gewicht der einzelnen Bereiche an den gesamten Beschäftigten/der gesamten industriellen Warenproduktion.
[2] Nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der DDR (Ausgabe 1985).

Tabelle II

Bevölkerung im Beitrittsgebiet

1 000

Stand am Ende des Zeitraums	Einwohner (Wohnbevölkerung)			Natürliche Bevölkerungsbilanz			Wanderungen [1]		
	Insgesamt [2]	davon		Lebend-geborene	Gestorbene	Saldo [2] [3]	Zuzüge	Wegzüge	Saldo [2] [4]
		Männer	Frauen						
1960	17 188	7 745	9 443	293	234	+59	.	.	.
1970	17 068[a]	7 865[a]	9 203[a]	237	241	− 4	13	27	− 13
1971	17 054	7 873	9 181	235	235	− 0	15	29	− 14
1972	17 012	7 867	9 145	200	234	−34	18	27	− 9
1973	16 951	7 851	9 100	180	232	−52	21	30	− 8
1974	16 891	7 835	9 056	179	229	−50	19	29	− 11
1975	16 820	7 817	9 003	182	240	−59	25	36	− 11
1976	16 767	7 806	8 961	195	234	−38	23	37	− 14
1977	16 758	7 817	8 941	223	226	− 3	25	32	− 7
1978	16 751	7 831	8 920	232	232	− 0	30	36	− 6
1979	16 740	7 839	8 901	235	233	+ 3	28	42	− 13
1980	16 740	7 857	8 883	245	238	+ 7	32	40	− 8
1981	16 706[a]	7 849[a]	8 857[a]	238	232	+ 5	32	46	− 14
1982	16 706	7 865	8 841	240	228	+12	21	36	− 15
1983	16 709	7 883	8 826	234	223	+11	22	33	− 11
1984	16 671	7 877	8 794	228	221	+ 7	25	74	− 48
1985	16 655	7 889	8 766	228	225	+ 2	31	57	− 26
1986	16 640	7 904	8 736	222	224	− 1	36	55	− 19
1987	16 661	7 935	8 726	226	214	+12	54	52	+ 2
1988	16 675	7 973	8 702	216	213	+ 3	74	78	− 3
1989	16 434	7 873	8 560	199	206	− 7	53	297	−244
1989 1. Vj.	16 659	7 970	8 690	51	52	− 1	14	28	− 14
2. Vj.	16 630	7 960	8 669	102	103	− 1	25	68	− 43
3. Vj.	16 587	7 943	8 644	153	152	+ 1	38	127	− 89
4. Vj.	16 434	7 873	8 560	199	206	− 7	53	297	−244
1990 1. Vj.	16 297	7 800	8 497	47	55	− 8	16	144	−128
2. Vj.	16 247	7 777	8 470	94	105	−11	31	207	−176
3. Vj.	16 157	7 724	8 433	138	150	−12	40	304	−264

[1] Über die Staatsgrenzen.
[2] Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3] Lebendgeborene (+) abzüglich der Gestorbenen (−).
[4] Zuzüge (+) abzüglich der Wegzüge (−).
[a] Ergebnisse der Volkszählungen vom 1. Januar 1971 bzw. 31. Dezember 1981.

Tabelle III

Erwerbstätigkeit im Beitrittsgebiet

1 000 Personen

Zeitraum	Berufstätige [1] [2]		Lehrlinge insgesamt	Berufstätige nach Wirtschaftsbereichen [1] [2]						
	insgesamt	darunter weibliche		Industrie	Bauwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	Handel	Sonstige prod. Zweige (einschl. prod. Handwerk)	Nichtproduzierende Bereiche [3]
1960	7 686	3 456	307	2 768	470	1 304	554	890	510	1 191
1970	7 769	3 750	449	2 855	538	997	581	858	585	1 355
1971	7 795	3 798	455	2 867	536	974	582	847	602	1 387
1972	7 811	3 824	455	2 969	542	936	589	848	518	1 410
1973	7 844	3 854	463	3 005	544	918	595	838	502	1 442
1974	7 903	3 903	453	3 023	551	903	598	844	506	1 478
1975	7 948	3 946	454	3 033	557	895	601	846	503	1 514
1976	8 018	3 999	465	3 071	566	878	605	848	502	1 548
1977	8 058	4 033	493	3 083	572	874	609	844	503	1 574
1978	8 118	4 066	503	3 101	577	877	611	841	510	1 600
1979	8 184	4 102	500	3 121	580	876	611	846	518	1 633
1980	8 225	4 106	492	3 128	583	878	613	850	521	1 652
1981	8 296	4 127	467	3 157	584	884	614	850	524	1 682
1982	8 368	4 149	445	3 177	585	889	620	853	527	1 716
1983	8 445	4 176	426	3 198	583	901	625	856	534	1 749
1984	8 499	4 196	417	3 219	583	914	627	861	521	1 773
1985	8 539	4 209	398	3 236	578	922	630	869	514	1 790
1986	8 548	4 200	391	3 222	574	927	627	878	515	1 805
1987	8 571	4 200	387	3 215	569	929	633	881	518	1 827
1988	8 594	4 204	385	3 216	567	928	636	883	522	1 842
1989	8 547	4 178	339	3 187	560	923	639	877	518	1 843
1989 1. Vj. [4]	.	.	.	3 199	463	.	621	783	.	.
2. Vj. [4]	.	.	.	3 212	459	.	620	784	.	.
3. Vj. [4]	.	.	.	3 208	464	.	621	784	.	.
4. Vj. [4]	.	.	.	3 153	454	.	615	783	.	.
1990 1. Vj. [4]	.	.	.	3 087	439	.	613	760	.	.
2. Vj. [4]	.	.	.	2 961	371	.	580	722	.	.
3. Vj. [4]	.	.	.	2 690	359	.	554	652	.	.

[1] Jahresangaben: aus der jährlichen Beschäftigtenerhebung zum 30. September.
[2] Ohne Lehrlinge.
[3] Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Vermittlungs-, Werbe-, Beratungs- und andere Büros, Geld- und Kreditwesen; Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen; staatliche Verwaltung. Beschäftigte in ausgewählten staatlichen Institutionen (u. a. Polizei, Armee, Zollverwaltung), in Parteien und in gesellschaftlichen Organisationen sind nicht enthalten.
[4] Vierteljahreswerte: Durchschnittszahlen für Arbeiter und Angestellte in volkseigenen (bzw. ehemaligen volkseigenen) Betrieben ohne Genossenschaften und Handwerk, Vergleich mit den Jahreszahlen deshalb nur eingeschränkt möglich.

Tabelle IV

Warenproduktion im Beitrittsgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Volkswirtschaft[1]	Industrie[1][2]							Bauindustrie[2]	Nachrichtlich: Gebaute Wohnungen
		insgesamt	darunter							
			Chemische Industrie	Maschinen und Fahrzeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik/ Gerätebau	Leichtindustrie	Textilindustrie	Lebensmittelindustrie		Anzahl
	Volumenmäßiger Index									
1980	84,0	84,0	88,4	82,3	66,4	88,0	90,7	90,8	.	111 933
1981	87,6	87,5	90,0	87,2	73,4	90,1	93,1	92,8	.	120 545
1982	88,5	88,5	89,9	88,7	76,2	90,2	93,3	91,5	.	117 375
1983	91,9	91,9	92,4	91,7	82,9	94,1	94,8	94,5	.	118 592
1984	96,0	96,0	95,0	94,9	90,4	86,9	98,4	97,3	.	117 470
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	115 722
1986	103,0	103,0	102,2	104,5	107,2	103,2	103,4	102,6	102,0	116 545
1987	106,0	106,0	103,7	107,9	118,6	106,5	106,5	103,1	103,8	109 754
1988	109,4	109,2	107,2	112,5	129,3	111,7	109,1	103,9	106,3	104 666
1989	111,9	111,8	109,3	115,8	138,6	113,4	111,7	104,7	106,5	92 347
	Arbeitstäglicher Index									
1989 1.Vj.	112,2	112,7	111,3	119,7	139,7	115,8	113,1	101,4	110,5	20 329
2.Vj.	113,4	113,3	110,1	120,6	141,8	116,3	114,6	106,9	106,9	25 241
3.Vj.	109,4	109,6	109,3	115,7	141,4	113,5	110,3	101,4	109,3	26 995
4.Vj.	110,9	110,7	108,3	110,6	135,4	110,0	111,4	110,5	99,3	19 782
1990 1.Vj.	106,9	107,6	102,1	111,3	134,7	111,8	109,2	98,3	95,0	12 972
2.Vj.	102,2	102,6	95,1	120,8	137,8	98,8	95,4	89,4	106,9	16 848
3.Vj.	56,7	56,9	57,7	76,3	81,9	52,9	51,3	40,2	...	16 002

[1] Index der industriellen Warenproduktion. Volkswirtschaft: Industrie und Bereiche außerhalb der Industrie.
[2] In volkseigenen Betrieben (ohne Landbaukombinate).

Tabelle V

Außenhandel des Beitrittsgebiets

Mrd Mark/DM[1])

effektive Preise

Zeitraum	Ausfuhr				Einfuhr				Saldo insgesamt
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter			
		westliche Industrieländer	Entwicklungsländer	RGW-Länder		westliche Industrieländer	Entwicklungsländer	RGW-Länder	
1980	57,1	13,8	4,1	37,4	63,0	19,2	3,9	37,9	− 5,8
1981	65,9	18,1	4,6	41,5	67,0	19,8	2,6	42,8	− 1,1
1982	75,2	21,8	6,0	45,7	69,9	19,1	3,2	45,8	+ 5,4
1983	84,2	25,1	5,5	51,9	76,2	22,0	3,8	48,4	+ 8,0
1984	90,4	27,2	5,0	56,5	83,5	24,2	4,3	53,0	+ 6,9
1985	148,2	71,3	12,5	60,6	128,3	51,3	9,9	63,2	+19,9
1986	133,1	59,6	10,8	58,8	131,3	54,9	8,7	63,2	+ 1,8
1987	133,5	59,0	10,1	60,5	136,0	64,4	7,0	60,1	− 2,6
1988	135,3	62,5	7,4	61,0	141,7	72,0	5,6	58,9	− 6,4
1989	141,1	68,4	7,4	60,9	144,7	76,8	5,9	57,0	− 3,6
1989 1.Vj.	31,5	14,8	1,7	14,4	28,8	14,5	1,1	12,4	+ 2,7
2.Vj.	36,0	17,3	1,8	15,8	36,8	19,0	1,8	14,6	− 0,8
3.Vj.	35,3	18,1	1,7	14,5	32,9	18,5	1,4	14,0	+ 2,4
4.Vj.	38,3	18,2	2,2	16,2	46,2	24,8	1,6	16,0	− 7,9
1990 1.Vj.	29,0	13,4	1,4	13,4	26,8	14,0	1,0	10,7	+ 2,3
2.Vj.	34,3	16,1	1,8	15,4	32,2	18,3	1,2	11,4	+ 2,1
3.Vj.[2])	9,3	1,1	0,4	7,8	3,0	0,8	0,1	2,0	+ 6,3

[1]) Bis zum Jahre 1984: Valutamark, effektive Preise; ab 1985: Valuta-Gegenwert, effektive Preise.
[2]) Ab 3. Vierteljahr 1990: D-Mark und ohne innerdeutschen Handel; RGW-Länder in der Abgrenzung Staatshandelsländer.

Tabelle VI

Innerdeutscher Warenverkehr [1]

Mio DM

Zeitraum	Lieferungen des Bundesgebietes				Bezüge des Bundesgebietes				Saldo (Lieferungen abzüglich Bezüge) [2]
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter			
		Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgüter Gewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes		Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgüter Gewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	
1970	2 416	1 129	640	199	1 996	490	343	591	+ 420
1971	2 499	1 101	664	232	2 319	711	322	753	+ 180
1972	2 927	1 256	617	390	2 381	665	280	808	+ 547
1973	2 998	1 236	878	369	2 660	895	267	790	+ 339
1974	3 671	1 944	811	416	3 252	1 282	323	961	+ 418
1975	3 922	1 918	912	340	3 342	1 222	340	1 075	+ 579
1976	4 269	1 739	1 251	367	3 877	1 491	421	1 162	+ 392
1977	4 409	1 674	1 335	366	3 961	1 525	452	1 183	+ 448
1978	4 575	1 804	1 430	393	3 900	1 499	428	1 247	+ 675
1979	4 720	1 874	1 246	431	4 589	2 177	472	1 204	+ 131
1980	5 293	1 933	1 402	456	5 580	2 794	641	1 329	− 286
1981	5 575	2 009	1 426	471	6 051	3 181	608	1 343	− 476
1982	6 382	2 754	1 283	523	6 639	3 366	694	1 590	− 257
1983	6 947	3 218	1 271	510	6 878	3 427	755	1 679	+ 69
1984	6 408	3 046	1 037	539	7 744	3 936	878	1 900	−1 336
1985	7 901	3 403	1 486	761	7 636	3 880	883	1 898	+ 265
1986	7 454	2 961	2 116	945	6 844	2 986	1 019	1 952	+ 611
1987	7 367	2 731	2 656	746	6 647	2 912	1 016	1 848	+ 721
1988	7 234	2 663	2 697	816	6 789	3 144	1 010	1 778	+ 445
1989	8 104	3 062	3 083	789	7 205	3 467	1 138	1 768	+ 898
1987 1. Vj.	1 828	764	439	225	1 473	592	227	457	+ 354
2. Vj.	1 716	669	592	185	1 628	685	249	436	+ 87
3. Vj.	1 734	618	692	166	1 725	820	253	463	+ 9
4. Vj.	2 091	680	933	170	1 821	815	287	492	+ 270
1988 1. Vj.	1 571	668	423	201	1 636	728	240	432	− 65
2. Vj.	1 577	621	498	200	1 676	759	253	410	− 98
3. Vj.	1 785	689	657	192	1 670	799	253	446	+ 114
4. Vj.	2 301	684	1 119	223	1 807	858	264	490	+ 495
1989 1. Vj.	1 682	742	503	182	1 708	809	254	435	− 26
2. Vj.	1 947	750	703	212	1 787	873	272	410	+ 160
3. Vj.	1 929	755	721	188	1 810	893	279	451	+ 120
4. Vj.	2 545	815	1 155	206	1 900	892	333	472	+ 644
1990 1. Vj.	2 030	756	582	248	1 765	815	296	437	+ 265
2. Vj.	5 821	1 119	1 492	757	2 162	959	383	505	+3 659
1990 Juli	1 708	292	624	141	453	226	55	94	+1 255
Aug	2 047	357	723	169	726	325	84	141	+1 321

[1] Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost); einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen; Quelle: Statistisches Bundesamt.
[2] Überschuß der Lieferungen (+), der Bezüge (−).

Tabelle VII

Geldvermögen, Geldeinnahmen, Einzelhandelsumsätze im Beitrittsgebiet

Mrd Mark/DM[1])

Zeitraum	Sparguthaben[2])[3])	Bargeldumlauf	Nettogeldeinnahmen	Bruttogeldeinnahmen aus Berufstätigkeit	Einzelhandelsumsätze (effektive Preise)					
					insgesamt	davon				
						Nahrungs- und Genußmittel	Industriewaren			
							zusammen	darunter		
								Stoffe und Konfektion[4])	Technik und Fahrzeuge	Brenn- und Baustoffe, flüssige Kraftstoffe
	der Bevölkerung									
1960	17,5	4,5	57,5	51,7	45,0	24,9	20,0	7,2	(3,4)[a])	(1,9)[a])
1970	52,1	7,4	79,4	69,8	64,1	35,8	28,3	8,8	4,6	2,7
1975	75,3	10,1	101,1	84,3	81,9	42,5	39,4	11,4	7,4	4,2
1980	99,7	12,3	120,9	99,7	100,0	50,2	49,8	13,4	9,5	5,9
1981	103,0	12,3	124,7	103,3	102,5	51,7	50,8	13,3	9,7	6,1
1982	107,6	12,5	128,2	106,8	103,5	52,8	50,8	12,8	9,2	6,6
1983	113,2	13,0	131,1	109,8	104,3	53,6	50,7	12,8	8,7	6,8
1984	118,7	13,4	136,2	115,1	108,7	55,3	53,3	13,3	9,5	7,3
1985	124,6	13,7	141,6	119,0	113,0	56,9	56,1	13,8	10,6	7,5
1986	132,3	14,3	149,5	124,4	117,6	58,5	59,1	14,8	10,9	7,9
1987	141,9	15,0	156,5	129,9	121,9	60,3	61,6	15,5	11,1	8,3
1988	151,6	15,6	162,6	134,9	126,6	61,5	65,2	16,3	12,0	8,6
1989	159,7	17,0	167,5	139,7	130,9	61,9	69,0	16,9	13,5	9,0
1989 1.Vj.	156,9	16,6	42,8	37,8	30,4	14,4	16,0	3,8	3,3	1,9
2.Vj.	156,2	16,6	38,6	32,6	32,3	15,6	16,7	4,0	3,2	2,3
3.Vj.	156,0	16,9	39,2	33,9	32,5	15,6	16,9	4,0	3,2	2,4
4.Vj.	159,7	17,0	46,9	35,3	35,7	16,3	19,5	5,1	3,8	2,4
1990 1.Vj.	162,4	13,6	47,2	40,2	32,5	14,9	17,6	4,3	3,4	2,3
2.Vj.	179,7	.	46,9[b])	38,3[b])	32,1	16,4	15,7	3,5	2,2	3,1
3.Vj.[b])	.	.	.	.	17,9	10,1	7,8	1,7	1,0	1,9

[1]) Ab 1.7.1990 Angaben in D-Mark.
[2]) Stand am Ende des Berichtszeitraums.
[3]) Ohne Versicherungssparen.
[4]) Einschließlich Wirk- und Strickwaren.
[a]) 1964.
[b]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle VIII

Arbeitseinkommen, Stundenlöhne und Arbeitszeit im Beitrittsgebiet

Zeitraum	Insgesamt	Nach Wirtschaftsbereichen [1]					
		Industrie	Bauindustrie	Land- und Forstwirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmeldewesen	Handel
		Monatliches Bruttoarbeitseinkommen — Mark[2]					
1960	558	571	600	475	587	468	487
1970	762	770	833	710	806	653	668
1975	897	895	949	886	990	818	798
1980	1 030	1 039	1 041	1 000	1 127	928	905
1981	1 055	1 066	1 067	1 010	1 153	953	927
1982	1 075	1 087	1 083	1 029	1 175	963	943
1983	1 089	1 099	1 101	1 040	1 189	992	959
1984	1 111	1 121	1 123	1 062	1 208	1 035	984
1985	1 140	1 147	1 158	1 076	1 241	1 075	1 021
1986	1 179	1 187	1 197	1 107	1 290	1 098	1 059
1987	1 243	1 253	1 255	1 156	1 378	1 136	1 104
1988	1 280	1 292	1 287	1 197	1 405	1 185	1 134
1989 [6]	1 311	1 324	1 310	1 242	1 436	1 206	1 168
1990 1. Hj. [6]	1 542	1 551	1 534	1 502	1 698	1 481	1 421
		Monatliches Nettoarbeitseinkommen — Mark[3]					
1975	778	779	825	771	852	687	688
1980	885	900	893	870	958	789	776
1981	912	925	917	878	987	814	794
1982	928	940	930	895	1 010	822	808
1983	939	951	947	906	1 018	850	819
1984	958	970	965	925	1 034	887	837
1985	995	1 005	1 001	936	1 063	922	870
1986	1 018	1 027	1 034	965	1 105	943	904
1987	1 076	1 087	1 087	1 013	1 180	977	951
1988	1 120	1 139	1 117	1 051	1 211	1 022	974
1989 [6]	1 136	1 150	1 135	1 090	1 234	1 040	1 004
1990 1. Hj. [6]	1 357	1 371	1 342	1 322	1 490	1 299	1 233
		Bruttostundenlöhne — Mark [1] [4]					
1985	5,30	5,38	5,24	4,88	5,60	5,13	4,75
1986	5,48	5,57	5,39	5,04	5,84	5,25	4,92
1987	5,71	5,81	5,56	5,18	6,20	5,39	5,05
1988	5,90	6,01	5,73	5,40	6,33	5,60	5,18
1989 [6]	6,10	6,21	5,88	5,64	6,54	5,73	5,37
1990 1. Hj. [6]	.	.	.	.	.	.	.
		Wochenarbeitszeit — Stunden [4] [5]					
1975	.	35,6	36,8	36,3	36,2	35,6	36,3
1980	.	34,2	35,5	35,4	34,2	34,4	34,5
1985	.	34,3	35,7	35,4	34,2	34,5	34,4
1989 [6]	.	34,1	35,6	35,1	33,8	35,0	34,1
1990 1. Hj. [6]	.	34,7	36,0	35,2	33,5	35,8	35,0

[1] Ohne sonstige produzierende und nichtproduzierende Bereiche.
[2] Bruttolöhne bzw. -gehälter sowie Lohn- und Sonderzuschläge, Prämien, Ehegattenzuschläge und staatliches Kindergeld, soziale Zuwendungen, wie Weihnachtszuwendungen und aus betrieblichen Mitteln gezahlte Unterstützungen, im Durchschnitt der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben.
[3] Bruttomonatseinkommen abzüglich Lohnsteuer und einbehaltene Sozialversicherungs-Pflichtanteile.
[4] Je Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben.
[5] Tatsächlich geleistete Arbeitszeit (ohne Überstunden) einschließlich der den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden arbeitsbedingten bezahlten Pausen; nicht dazu zählen der Erholungsurlaub, Krankheitszeiten und Feiertage.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle IX

Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung im Beitrittsgebiet

Einnahmen- und Verwendungspositionen	1970	1980	1988	1989[1]	1970	1980	1988	1989[1]
	Mrd Mark				Anteile in vH[2]			
Gesamteinnahmen (netto)	99,6	158,7	223,9	230,3	*100*	*100*	*100*	*100*
Bruttoarbeitseinkommen	69,8	99,7	134,9	139,7	×	×	×	×
Arbeiter und Angestellte	54,3	85,6	114,6	118,9	×	×	×	×
Genossenschaftsmitglieder	8,0	8,0	11,2	11,5	×	×	×	×
Private Einkommensbezieher	7,5	6,0	9,1	9,3	×	×	×	×
Nettoarbeitseinkommen[3]	59,2	85,9	116,7	120,9	*59,5*	*54,1*	*52,1*	*52,5*
Geldeinnahmen aus gesellschaftlichen Fonds	17,4	29,7	37,3	38,2	*17,5*	*18,7*	*16,7*	*16,6*
Renten	9,7	16,8	18,5	19,0	*9,7*	*10,6*	*8,3*	*8,2*
Krankengeld	1,3	3,8	4,7	4,9	*1,3*	*2,4*	*2,1*	*2,1*
Schwangerschafts- und Wochengeld	1,9	0,7	0,9	0,9	*1,9*	*0,5*	*0,4*	*0,4*
Kindergeld und Geburtenbeihilfen		1,3	3,4	3,4		*0,8*	*1,5*	*1,5*
Stipendien und Ausbildungsbeihilfen	0,5	0,7	1,1	1,0	*0,5*	*0,4*	*0,5*	*0,4*
Sonstige Zahlungen[4]	4,0	6,4	8,8	9,0	*4,1*	*4,0*	*3,9*	*3,9*
Geldeinnahmen aus Banken und Versicherungen	2,8	5,3	8,5	8,4	*2,8*	*3,3*	*3,8*	*3,7*
darunter:								
Zinsen	1,8	3,3	4,8	5,0	*1,8*	*2,1*	*2,1*	*2,2*
Versicherungen	0,3	0,5	0,9	1,0	*0,3*	*0,3*	*0,4*	*0,4*
Bruttogeldeinnahmen insgesamt	90,0	134,7	180,8	186,3	×	×	×	×
abzüglich								
Steuern aus Berufstätigkeit	6,2	8,4	12,3	12,9	×	×	×	×
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4,4	5,3	5,9	5,9	×	×	×	×
Nettogeldeinnahmen insgesamt	79,4	120,9	162,6	167,5	*79,7*	*76,2*	*72,6*	*72,7*
Indirekte Einnahmen d. h.								
Unentgeltlich gewährte Leistungen des Staatshaushalts und der Betriebe:	17,7	36,1	59,8	61,3	*17,8*	*22,7*	*26,7*	*26,6*
aus dem Gesundheits- und Sozialwesen	4,8	10,6	16,5	16,8	*4,8*	*6,7*	*7,4*	*7,3*
aus dem Bildungswesen	5,7	8,8	13,0	13,6	*5,7*	*5,5*	*5,8*	*5,9*
Kultur, Sport, Erholung	1,0	2,2	4,5	4,5	*1,0*	*1,4*	*2,0*	*1,9*
aus dem Wohnungswesen	2,4	7,0	16,0	16,4	*2,4*	*4,4*	*7,2*	*7,1*
aus Betrieben und Organisationen	3,9	7,3	9,4	9,8	*3,9*	*4,6*	*4,2*	*4,3*
aus Krediterlaß junger Eheleute	—	0,2	0,3	0,2	*0,0*	*0,1*	*0,1*	*0,1*
Naturaleinnahmen aus Berufstätigkeit	2,5	1,7	1,6	1,6	*2,5*	*1,1*	*0,7*	*0,7*
Verwendung	99,6	158,7	223,9	230,3	*100*	*100*	*100*	*100*
Bezahlter Verbrauch an Waren und Leistungen	71,9	112,3	142,8	148,0	*72,2*	*70,8*	*63,8*	*64,3*
Warenkäufe	63,2	97,9	123,7	128,1	*63,5*	*61,7*	*55,2*	*55,6*
Dienstleistungen	7,4	10,8	13,9	14,4	*7,5*	*6,8*	*6,2*	*6,3*
Strom, Gas, Wasser	1,1	1,5	2,0	2,0	*1,1*	*0,9*	*0,9*	*0,9*
Tourismus einschließlich Kauf von Reisedevisen	0,2	2,1	3,2	3,6	*0,2*	*1,3*	*1,4*	*1,5*
Sonstige Steuern und Beiträge[5]	2,8	5,5	8,3	8,7	*2,8*	*3,5*	*3,7*	*3,8*
Ersparnisse	4,6	3,1	11,5	10,8	*4,6*	*2,0*	*5,1*	*4,7*
Unentgeltlicher Verbrauch	20,2	37,8	61,4	62,8	*20,3*	*23,8*	*27,4*	*27,3*

[1] Vorläufige Ergebnisse.
[2] Anteile an den Gesamteinnahmen (netto) bzw. an der Verwendung.
[3] Bruttoarbeitseinkommen abzüglich Steuern aus Berufstätigkeit und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.
[4] Unterstützungen für Mütter und kinderreiche Familien, Entschädigungen aus dem Staatshaushalt, Zuwendungen für Diabetiker, Konsumrückvergütung u. ä.
[5] Kraftfahrzeugsteuern, Gemeindesteuer, Versicherungen, Beiträge, Spenden, Lotterieausgaben u. a.

Tabelle X

Ausgewählte Preisindizes für das Beitrittsgebiet

1980 = 100

	1975	1985	1986	1987	1988	1989
Index der Abgabepreise (IAP) industrieller Erzeugnisse						
Insgesamt	84,0	125,7	127,7	127,8	127,1	124,1
davon Abgabepreise für:						
Energie, Brennstoffe, Erdöl, Erdgas und Kohlewertstoffe	60,8	147,1	148,6	148,6	147,8	125,8
Metallurgie, Gießereien u. Schmieden	70,9	175,3	170,2	170,2	166,9	159,2
Metallverarbeitung	92,1	107,7	106,8	106,5	105,9	105,2
Chemie (ohne Erdöl, Erdgas und Kohlewertstoffe)	74,0	129,4	128,6	128,5	127,8	127,3
Baumaterialien, Glas und Feinkeramik, Holzverarbeitung, Zellstoff, Papier und Pappe, Polygraphie, Möbel	83,6	139,9	142,3	142,3	142,3	142,4
Textilien, Leder-, Schuh- und Rauchwaren	86,1	107,8	108,4	108,3	108,2	108,1
Lebensmittel	99,2	110,6	125,2	126,3	126,3	126,2
Futtermittel, Kulturwaren, Wasser, Schwarz- und NE-Metallschrott	95,4	163,7	166,0	165,7	165,7	164,8
Wohnungsbaupreise in effektiven Preisen (Mark) je ...						
Wohnung	29 923	67 145	70 018	71 597	74 145	77 691
m^2 Wohnfläche	550	1 242	1 264	1 286	1 307	1 369
m^3 umbauten Raum	120	266	273	279	286	296
Preisindex für die Lebenshaltung [1]						
Insgesamt	.	107,1	106,9	107,4	109,8	112,3
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	.	101,9	100,5	100,9	102,0	103,5
Bekleidung, Schuhe	.	119,2	121,8	123,4	128,8	132,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	.	100,5	100,6	100,7	100,5	100,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	.	107,3	110,4	111,7	115,4	121,2
Güter für:						
– die Gesundheits- und Körperpflege	.	117,0	120,9	120,9	123,6	125,7
– Verkehr und Nachrichtenübermittlung	.	113,5	109,8	108,8	110,1	115,3
– Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	.	106,4	105,1	105,6	109,6	110,1
– die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	.	106,4	105,3	106,7	109,7	112,4

[1]) 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen, 1980 = 100, Wägungsschema 1989.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 272

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 274

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 275

IV. Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten“ 276

V. Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler 306

VI. Methodische Erläuterungen 309

VII. Statistischer Anhang 317

Sachregister 429

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichend Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich

hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz Ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnung;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftssteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Jahresgutachten 1989/90: „Weichenstellungen für die neunziger Jahre" (am 20. November 1989)

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart—Mainz erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 7 in 7408 Kusterdingen (Telefon: 0 70 71/3 30 46), die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76, die, als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, noch als Bundestags-Drucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, 5300 Bonn, bezogen werden.

IV.

Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten

Sondergutachten vom 20. Januar 1990

Vorwort

Der Sachverständigenrat legt hiermit gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Sondergutachten vor. Es trägt den Titel:

„Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten"

In unserem Jahresgutachten 1989/90 mußten die wirtschaftspolitischen Probleme, die sich mit dem Umbruch in der Deutschen Demokratischen Republik verbinden, ausgeklammert werden. Das Sondergutachten greift die Frage auf, wie und unter welchen Voraussetzungen die Bundesrepublik den wirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR unterstützen kann. Die Formen und das Ausmaß der Unterstützung hängen entscheidend vom wirtschaftspolitischen Kurs ab, den die politische Führung in der DDR einschlagen wird. Noch sind die Weichen dort nicht gestellt. Das Gutachten behandelt daher die Frage, an welchem Muster eine Reform, die schnellen und bleibenden Erfolg bringt, auszurichten ist und was hierfür in den wichtigsten Bereichen zu tun ist. Es gibt nur ein Erfolgsmuster für die Wirtschaftsreform: die offene marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Absicherung.

Was die Bundesrepublik zum Gelingen des schwierigen Reformprozesses beisteuern kann und soll, ist nicht allein aus der nationalen Perspektive zu entscheiden. Es muß vielmehr zugleich geeignet sein, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aller Länder in Europa zu fördern.

Das Sondergutachten behandelt nicht die wirtschaftlichen Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Entscheidungen in der DDR und der neuen Zusammenarbeit auf die Bundesrepublik. Das ist dem Jahresgutachten 1990/91 vorbehalten.

Wiesbaden, den 20. Januar 1990

Herbert Hax **Otmar Issing** **Rüdiger Pohl** **Dieter Pohmer** **Hans K. Schneider**

Inhalt

Seite

Vorwort ... 276

I. Ablösung der Planwirtschaft durch Marktwirtschaft: Voraussetzung für den Erfolg ... 278

II. Zur wirtschaftlichen Lage in der DDR ... 280

III. Notwendige Reformen in der DDR ... 283
1. Reform der Preisbildung ... 284
2. Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit ... 285
3. Reform des Geld- und Kreditwesens ... 287
4. Reform der Finanzverfassung ... 289

IV. Anforderungen an den Reformprozeß: grundlegend, rasch, gleichzeitig ... 290

V. Der Beitrag der Bundesrepublik zur Wirtschaftsreform in der DDR ... 292
1. Mobilisierung privaten Kapitals ... 292
2. Humanitäre und soziale Hilfen ... 292
3. Finanzhilfen ... 293

VI. Die Wirtschaftsreform in der DDR als Element einer gesamteuropäischen Ordnung ... 296

VII. Wirtschaftsreform und politische Einheit ... 296

Anhang ... 297

1. Wirtschaftliche Strukturdaten für die DDR und die Bundesrepublik im Vergleich ... 298
2. Synopse der Reformelemente ... 303
3. Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für die DDR ... 304

I. Ablösung der Planwirtschaft durch Marktwirtschaft: Voraussetzung für den Erfolg

1. Die Aufgabe dieses Sondergutachtens ist es zu klären, welchen Reformkurs die DDR einschlagen muß, damit Unterstützung aus der Bundesrepublik — und aus anderen westlichen Ländern — mobilisiert und wirksam gemacht werden kann; Ansätze für eine solche Unterstützung werden erörtert. Dabei ist von der Grundüberlegung auszugehen, daß der wirtschaftliche Gesundungsprozeß in der DDR selbst in Gang gesetzt und vorangetrieben werden muß. Das gebieten ökonomische Vernunft und Erfahrung, das gebietet auch das Selbstwertgefühl der Bürger des anderen deutschen Staates. Denn die Leistungsschwäche der DDR-Wirtschaft geht auf systembedingte Mängel zurück, die sich nur durch politische Entscheidungen in der DDR selbst ausräumen lassen. Überdies zählte der Erfolg eines Reformwerks im Urteil der Bürger dort nur halb, wenn sie ihn überwiegend der Hilfe von außen zurechnen müßten.

2. Wenn auch die Entscheidung über die Art und das Ausmaß der wirtschaftlichen Reformen — und insoweit über das Tempo der konstitutionellen Besserung der DDR-Wirtschaft — in der DDR getroffen wird, kann gleichwohl das wirtschaftliche Engagement der Bundesrepublik hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten. Das ist dann der Fall, wenn die dort bestehenden Barrieren für eine intensive unternehmerische und wirtschaftspolitische Kooperation mit der Bundesrepublik und den anderen westlichen Ländern beseitigt werden. Dadurch eröffnet sich der DDR die Chance, knappe Schlüsselfaktoren für ihre wirtschaftliche Erneuerung zu nutzen und dadurch deren Tempo beträchtlich zu beschleunigen. Zu diesen Schlüsselfaktoren gehören insbesondere Kapital, moderne Technologie, Managementmethoden und Marktkenntnisse, aber auch wirtschaftspolitisches Erfahrungswissen.

3. Der Beitrag der Bundesrepublik zum Gelingen des wirtschaftlichen Reformwerks ist von ihrer Hilfe aus humanitären Gründen zu unterscheiden. Die Bundesrepublik kann den Bürgern in der DDR helfen, wo deren eigene Möglichkeiten derzeit nicht ausreichen. Dazu gehört insbesondere die Bereitstellung von Mitteln, die es den DDR-Bürgern ermöglichen, ihre wiedergewonnene Reisefreiheit auch tatsächlich zu nutzen. Angesichts der Konkurrenz hochprioritärer Verwendungen um die öffentlichen Mittel, die von der Bundesrepublik für die DDR bereitgestellt werden können, wird die bundesdeutsche Reisehilfe für DDR-Bürger jedoch nach Umfang und Dauer eng begrenzt bleiben müssen.

Auch ein Beitrag zum Umweltschutz in der DDR kann geleistet werden, bevor die Wirtschaftsreform Gestalt angenommen hat. Der Umweltschutz in der DDR liegt im argen, und die beträchtliche Schädigung der Ökosysteme geht nicht allein zu Lasten der ansässigen Bevölkerung und Wirtschaft, sondern sie wird teilweise auch in andere Länder übertragen. Es liegt im eigenen Interesse der DDR, hier schnell für Abhilfe zu sorgen, und damit wird zugleich den Forderungen der Anrainerländer entsprochen. Die Größe der Aufgabe und deren Dringlichkeit übersteigen jedoch bei weitem die technologischen und finanziellen Möglichkeiten der DDR in der nächsten Zeit. Deshalb läßt sich eine begrenzte technologische und finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik vertreten. Diese darf jedoch nur für wenige Jahre gewährt werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Wirtschaftsreform in der DDR dem Umweltschutz zu geringe Aufmerksamkeit widmet. Grundsätzlich muß der Umweltschutz in der DDR wie in anderen Ländern nach dem Verursacherprinzip gestaltet werden: Wer die Umwelt in Anspruch nimmt, muß für daraus folgende Schäden selbst aufkommen. Bei hinreichenden Sanktionen liegt es im Interesse des (potentiellen) Verursachers, Schädigungen der Ökosysteme möglichst zu vermeiden oder zumindest möglichst klein zu halten.

4. Die Wirtschaftsreform steht vor der Aufgabe, den beträchtlichen Rückstand der DDR-Wirtschaft hinsichtlich Produktivität und Einkommen, Reichhaltigkeit und Qualität der Güterversorgung schnell zu verringern und dann den Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Entwicklung der fortgeschrittenen Industrieländer zu halten. Der Rückstand besteht im Vergleich zur Bundesrepublik, nicht zu den anderen RGW-Ländern; gemessen an diesen, geht es den Menschen in der DDR gut, doch ist das nicht der im Urteil der DDR-Bürger relevante Vergleich. Die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik sind für sie — spätestens nach dem Fortfall der Beschränkungen der Übersiedlung — zum Maßstab geworden: für die im Erwerbsalter stehenden Menschen bei der Wahl ihres Arbeitsorts und meistens zugleich auch Wohnorts und für die Rentenempfänger bei ihrer Entscheidung, ob sie in der DDR wohnen bleiben wollen.

Von diesen Entscheidungen her leitet sich auch das — neben dem Kapitalzufluß — maßgebliche Kriterium für die Beurteilung des Erfolgs der einzuleitenden Reformmaßnahmen ab: die Stärke des Übersiedlerstroms. Wenn es nicht gelingt, durch überzeugende Reformperspektiven schon bald Vertrauen in den Erfolg des Reformwerks zu vermitteln, wird die Abwanderung anhalten und werden die Produktivkräfte in der DDR weiter geschwächt. Der Rückstand zur Wirtschaft der Bundesrepublik würde nicht kleiner, sondern größer.

5. Den Rückstand aufholen: Das kann nur gelingen, wenn die DDR ihre Wirtschaftsreform nach dem Erfolgsrezept der westlichen Industrieländer angeht. Das erfordert die Schaffung der Voraussetzungen, unter denen eine offene marktwirtschaftliche Ordnung entstehen kann. Mit der Öffnung nach innen wird den Menschen die Möglichkeit geboten, sich ihren Neigungen und Befähigungen entsprechend wirtschaft-

lich zu betätigen; das erweitert den persönlichen Freiheitsraum und erschließt dadurch die Quellen des wirtschaftlichen Wohlstands. Mit der Öffnung nach außen, zu den internationalen Märkten hin, gliedert sich die DDR in die produktivitäts- und wohlfahrtssteigernde internationale Arbeitsteilung ein. Mit dem Übergang auf die Selbststeuerung der Märkte wird bewirkt, daß die Engpässe und andere Koordinationsmängel der Planwirtschaft verschwinden: Dafür sorgen die Reaktionen von Nachfragern und Anbietern auf die Preissignale, die auf jedem einzelnen Markt und für die Gesamtheit der Märkte Marktstörungen überwinden. Dreh- und Angelpunkt der marktwirtschaftlichen Ordnung ist der Wettbewerb. Er ist die Triebfeder der wirtschaftlichen Leistung, er ist zugleich die wirksamste Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Eine Marktwirtschaft bringt größeren Wohlstand hervor als die Planwirtschaft, sie verfügt über die größeren Möglichkeiten für den sozialen Ausgleich und den Schutz vor wirtschaftlicher Not.

6. Der Abschied von der Planwirtschaft, die konsequente Hinwendung zur Marktwirtschaft muß gewollt sein und dann auch vollzogen werden. Die Bundesrepublik kann der DDR nicht vorschreiben, welchen Weg sie für ihre Wirtschaftsreform gehen soll. Indifferenz gegenüber dem, was im anderen Teil Deutschlands unternommen oder unterlassen wird, wäre aber erst recht nicht angebracht. Was die Bundesrepublik zur schnellen wirtschaftlichen Erneuerung der DDR-Wirtschaft beitragen kann, hängt entscheidend von dem ab, was in der DDR getan wird. Deshalb ist es unverzichtbar, wenn aus der Sicht der Bundesrepublik mit Nachdruck betont wird, welche Bedingungen die DDR selbst schaffen muß, um die Reform zum Erfolg zu führen.

Ein umfassendes Reformprogramm zeichnet sich noch nicht ab. Über den Reformweg besteht in der DDR noch weithin Unklarheit und teilweise auch Uneinsichtigkeit. Die in der DDR gebrauchte Leitbildvorstellung „Sozialistische Marktwirtschaft" und die Ablehnung einer nicht staatlicher Lenkung überantworteten Wirtschaft als „Rückfall in die frühe Phase des Kapitalismus" lassen vermuten, daß in den sich politisch artikulierenden Kreisen eher ein durch Marktelemente ergänzter Staatsdirigismus angestrebt wird als die konsequente Ablösung der Kommandowirtschaft durch marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen. Wenn es zu einer lediglich partiellen Korrektur der Planwirtschaft durch einzelne marktwirtschaftliche Elemente kommen sollte, müßte das in der Bundesrepublik hingenommen werden; die schlimme Folge wäre aber, daß das private Kapital aus der Bundesrepublik und anderen Industrieländern ausbliebe. Es wäre dann auch verfehlt, wenn die Bundesrepublik versuchen würde, den mit Gewißheit zu prognostizierenden Mißerfolg einer solchen halbherzigen Reform durch vermehrte öffentliche Finanzhilfen auszugleichen und dadurch zu bemänteln. Das ginge zu Lasten des Reformwillens in der DDR und stellte eine nicht zu rechtfertigende Belastung des Steuerzahlers in der Bundesrepublik dar.

Es gibt keine überzeugende Alternative zur marktwirtschaftlichen Ordnung. Die sozialistische Planwirtschaft ist es nicht; sie ist es in keiner konkreten Ausformung gewesen, und sie kann es durch keine systemimmanente Reform werden. Entscheidend sind hierfür zwei Systemmängel: ihre Unfähigkeit, Millionen von Einzelplänen effizient zu koordinieren, und ihr Unvermögen, wirtschaftliche Leistungsbereitschaft und Innovation zu stimulieren. Einen erfolgversprechenden „Dritten Weg" zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft gibt es nicht. Würde man die Verbindlichkeit der zentralen Planung für die Einzelplanungen aufheben und ihr lediglich eine Orientierungsfunktion zuweisen, so entstünden zwangsläufig Märkte, und die Zentralplanung würde wirkungslos; behielte man die verbindliche Planung bei, so könnte die marktwirtschaftliche Organisation allenfalls ein Randdasein führen, sie könnte aber weder ihre überlegene Koordinationsleistung entfalten noch starke Leistungsanreize auslösen.

7. Will die DDR westliches Kapital anziehen, um die wirtschaftliche Erneuerung voranzubringen, muß sie einen ordnungspolitischen Kurs einschlagen, der den Rückzug des Staates aus der unternehmerischen Aktivität beinhaltet. Das bedeutet nicht die Überführung der DDR in eine „staatsfreie" Wirtschaft; diese gibt es auch in den westlichen Industrieländern nicht. Es geht vielmehr darum, die Felder zu benennen, auf denen der Staat zu handeln hat — zum Beispiel soziale Sicherung und Infrastruktur —, und sie von jenen abzugrenzen, wo sich private unternehmerische Aktivität entfalten soll.

Für geraume Zeit kann es hingenommen werden oder — wegen noch fehlender privater Eigentümer — sogar erforderlich sein, daß der Staat in manchen Bereichen unternehmerisch tätig bleibt. Es ist jedenfalls wahrscheinlich, daß private Unternehmer und Auslandskapital sich zunächst auf Tätigkeitsfelder konzentrieren, wo sie bei vergleichsweise geringem Kapitaleinsatz eine schnelle Amortisation erwarten.

8. Je weiter die DDR ihre Wirtschaft nach außen öffnet, um so schneller wird ihre Reform vorankommen. Das gilt auch für ausländische Kapitalbeteiligungen in der DDR. Die — auch in der Bundesrepublik — geäußerte Befürchtung, die Beteiligung von Gebietsfremden führe zu einem „Ausverkauf", ist unhaltbar. Für den Kauf von Grundstücken, Gebäuden und bestehenden Betrieben muß der Erwerber einen vom bisherigen Eigentümer akzeptierten Preis entrichten; diese Mittel verbleiben in der DDR und können dort wieder zur Finanzierung von Investitionen verwandt werden, und außerdem bringen sie die für den Import von Investitionsgütern dringend benötigten Devisen; die Vermögensposition der DDR bleibt also ungeschmälert, ihre Devisenposition und ihre Investitionskraft werden verbessert. Die Befürchtung eines „Ausverkaufs" wäre nur dann begründet, wenn der Verkäufer in der DDR bei dieser Transaktion übervorteilt würde. Beim Verkauf von Anteilen an Unternehmen oder von Immobilien zu vergleichsweise niedrigen Preisen stünde der niedrige Marktwert nicht für einen „Ausverkauf". Er spiegelte lediglich die Erwartung ihres zunächst, in der Anfangsphase der Reform, nur geringen Ertragswertes und der hoch einzuschätzenden Risiken wider.

Selbst wenn der Eindruck bestehen sollte, daß der Wechselkurs der Mark in der Anfangsphase unrealistisch niedrig und der Marktpreis für DDR-Anlagen besonders günstig ist, bliebe es doch nicht dabei; denn niedrige Preise locken Nachfrage hervor, und diese treibt die Marktwerte hoch. Im übrigen ist es keineswegs ausgemacht, daß die Preise von DDR-Anlagen fürs erste niedrig sein werden. Es gibt nämlich immer Investoren, die, wenn sie langfristig günstige Chancen wittern, sich früh und vergleichsweise stark engagieren, und je zahlreicher sie sind, desto höher notieren die Anlagenwerte. Es liegt also an der DDR, durch schnelle und überzeugende Reformmaßnahmen ein Klima zu bereiten, in dem solche Investoren sich in großer Anzahl engagieren.

Bei Konsumgütern wäre die Befürchtung eines „Ausverkaufs" allein bei unrealistisch niedrigen, weil subventionierten, Verkaufspreisen begründet, das heißt, wenn die Preisbildungsreform ausbliebe; diese steht jedoch im vordersten Rang der schnell anzugehenden Reformmaßnahmen.

Den „Ausverkauf" der DDR verhindern: Das ist ein Schlagwort, mit dem sich für die Bevölkerung der DDR die unliebsame Erfahrung des Kaufs hochsubventionierter Konsumgüter durch Ausländer verbindet. Dieses Schlagworts bedienen sich die Gegner grundlegender Reformen, um Befürchtungen zu wekken, die wirtschaftliche Öffnung werde die DDR der Ausbeutung und Verarmung ausliefern. Das genaue Gegenteil ist richtig. Die DDR kommt bei der Erneuerung ihrer Wirtschaft dann am schnellsten voran, wenn sie möglichst viele ausländische Käufer findet, für ihre Exportgüter, als Touristen, aber auch für Beteiligungen, Finanzpapiere und andere Vermögenswerte.

9. Es ist entscheidend wichtig, daß in der DDR bestehende Unklarheiten über die Funktionsweise und die Funktionsbedingungen eines marktwirtschaftlichen Systems schnell abgebaut werden. Dieses schiere Unwissen ist die Folge der von der Staatsmacht jahrzehntelang betriebenen Monopolisierung einer die Wirtschaftsordnung dominierenden Ideologie, die eine offene Auseinandersetzung über Wirtschaftssysteme nicht zuließ, auch nicht an den Hochschulen. Das Verstehen der Marktwirtschaft und ihrer Funktionsbedingungen ist auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche interne Überwindung der im alten System etablierten Widerstände gegen eine marktwirtschaftliche Ordnung.

10. Die Übergangsphase wird sehr schwierig sein. Es gibt nirgendwo in der Welt abschließende Erfahrungen mit einem Wechsel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln, und es ist auch nicht möglich, alle sich hiermit verbindenden Probleme im voraus zu benennen und für sie Lösungen vorzudenken. Mit auftretenden Schwierigkeiten muß daher gerechnet werden. Wenn die Ausrichtung von Reformmaßnahmen Erfolg verheißt und es bei ihrer Umsetzung zu Friktionen kommt, die in der DDR aus eigener Kraft nicht schnell behoben werden können, darf die Bundesrepublik ihre flankierende Unterstützung nicht versagen.

Das ganze Reformwerk wird in Frage gestellt, wenn in der DDR nicht schon bald durch Taten Zuversicht geschaffen wird. Zum einen geht es darum, bei den DDR-Bürgern die Erwartung zu begründen, daß es sich für sie lohnt, in der DDR zu bleiben und an der wirtschaftlichen Erneuerung aktiv mitzuwirken; zum anderen geht es darum, bei den bundesdeutschen und ausländischen Investoren die Bereitschaft zu schaffen, das Kapitalengagement in der DDR zu wagen. Zu den vertrauenstiftenden Maßnahmen gehören fundamentale Änderungen der DDR-Verfassung wie die Einführung der Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und eine Neugestaltung der Eigentumsordnung, die Privateigentum an den Produktionsmitteln auch in bisher durch die Verfassung gesperrten Bereichen wieder zuläßt. Diese dürfen nicht vertagt werden. Zu den schon bald möglichen und notwendigen ersten Reformmaßnahmen gehört auch der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Unternehmen. Das ist zwar nur ein schmales Segment und bei weitem nicht das Wichtigste aus dem Programm für den Übergang zur Marktwirtschaft — aber es kann beispielhaft wirken: als ein sichtbares Zeichen für den Neubeginn.

II. Zur wirtschaftlichen Lage in der DDR

11. Die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR bietet den dort lebenden Menschen derzeit keine den Bürgern in der Bundesrepublik gleichwertigen Lebensbedingungen und — bliebe alles beim Alten — keine attraktiven Zukunftsaussichten. Eine Analyse der wirtschaftlichen Ursachen des Rückstandes stößt an Grenzen, weil die hierfür erforderlichen Daten nicht oder nicht in der gebotenen Zuverlässigkeit verfügbar sind. Das in den offiziellen Statistiken der DDR bisher gezeigte Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre ist sehr positiv. Danach ist das produzierte Nationaleinkommen, das in etwa dem hiesigen Nettosozialprodukt (ohne den tertiären Sektor) entspricht, in den letzten zehn Jahren jahresdurchschnittlich um mehr als 4 vH gestiegen, die Beschäftigung hat sich jährlich um 0,4 vH erhöht, und die Geldeinnahmen der Bevölkerung haben pro Jahr um 3,6 vH zugenommen, das Preisniveau war stabil und der Staatshaushalt ausgeglichen (Anhang 1). Wie skeptisch diesen Angaben zu begegnen ist, zeigt beispielsweise das Eingeständnis des früheren Finanzministers vor der Volkskammer im November 1989, daß die Staatsverschuldung tatsächlich auf 130 Mrd Mark aufgelaufen sei.

Vergleiche mit der Bundesrepublik lassen sich nur bedingt anstellen, da die Abgrenzungen in der DDR-Statistik zum Teil erheblich von denen in der Statistik der Bundesrepublik abweichen. Immerhin vermitteln die verfügbaren Daten doch grobe Anhaltspunkte dafür, welche Bereiche der DDR-Wirtschaft besonders in Rückstand geraten sind. Wichtiger noch ist, daß die statistisch belegbaren Fehlentwicklungen unter dem bisherigen Wirtschaftssystem zeigen, in welche Richtung Rahmenbedingungen geändert werden müssen.

12. Zwar kann die DDR zurecht darauf verweisen, daß die Versorgungslage der Bevölkerung weitaus besser ist als in anderen Ostblockstaaten. Aber gegenüber der Bundesrepublik und anderen westlichen Industrienationen ist ein erheblicher Rückstand im materiellen Lebensstandard zu verzeichnen, der nun, da die Grenzen offen sind, für die Menschen deutlich nachvollziehbar wird.

Das Wohlstandsgefälle, das sich in den letzten vier Jahrzehnten zwischen beiden deutschen Staaten herausgebildet hat, ist nicht allein an dem Volumen der Güterproduktion zu messen, das für die Konsumtion zur Verfügung steht. Läßt man solche Güter außer Betracht, die gegen konvertierbare Devisen importiert werden müssen, ist die mengenmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Genußmitteln im ganzen nicht wesentlich geringer als in der Bundesrepublik. Dagegen ist die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Konsumgütern erheblich schlechter als in der Bundesrepublik. Das amtliche statistische Material erlaubt einen Vergleich der Ausstattungsgrade in der DDR und in der Bundesrepublik nur für eine eng begrenzte Zahl von Gütergruppen. Dieser Vergleich zeigt, daß in der DDR vor allem bei Personenkraftwagen, Telefonapparaten und Farbfernsehgeräten der Ausstattungsgrad niedriger ist als in der Bundesrepublik. In der Statistik der DDR fehlen jedoch vor allem nähere Angaben zur Versorgung mit Produkten der modernen Unterhaltungselektronik. Gerade in diesen Bereichen scheinen erhebliche Versorgungsmängel zu bestehen, wie der Kaufansturm der DDR-Bevölkerung nach Öffnung der Grenzen zeigt.

Wichtiger noch ist es, daß die Verbraucher an der Produktvielfalt und an der Qualität des Güterangebots zum Teil erhebliche Abstriche hinnehmen müssen. Bei so wichtigen Gütern wie Wohnungen oder Personenkraftwagen blieb die DDR um Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte, hinter den Qualitätsstandards westlicher Industrienationen zurück. Einige Zahlen für die Versorgung mit Wohnraum können das exemplarisch belegen. Nach Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stammten 1981 mehr als 40 vH aller Wohnungen noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, rund zwei Drittel waren älter als 50 Jahre. Der Altbaubestand ist in erheblichem Maße vom Verfall bedroht. Im Jahre 1988 waren fast 30 vH aller Wohnungen nicht mit einer Innentoilette ausgestattet, rund 20 vH besaßen kein Bad. Die schlechte Qualität des Wohnungsbestandes ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Bautätigkeit zugunsten von Ausrüstungsinvestitionen, die unmittelbar zur Erhöhung der Produktion führen, lange Zeit vernachlässigt wurde. Bei privatem Wohneigentum reichen die Mieteinnahmen nicht einmal für die laufende Instandhaltung aus. Der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamten Investitionen liegt seit Jahrzehnten deutlich (um 15 bis 20 Prozentpunkte) unter dem entsprechenden Wert in der Bundesrepublik.

13. In weiten Teilen der DDR ist die Lebensqualität durch Umweltbelastungen außerordentlich stark beeinträchtigt. Obwohl es eine umfangreiche Gesetzgebung und seit 1972 auch ein Verfassungsgebot für den Umweltschutz gibt, sind umweltpolitische Belange in der zentralen Wirtschaftsplanung faktisch nur völlig unzureichend zur Geltung gekommen. Luft, Wasser und Boden sind in erheblichem Maße durch Schadstoffe belastet. Ein besonders gravierendes Problem ist die Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd. Der Ausstoß dürfte pro Kopf der Bevölkerung mehr als fünfmal so hoch sein wie in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 50 vH des SO_2-Ausstoßes entstehen in den Ballungsgebieten um Halle/Leipzig und Dresden, weitere 25 vH im Braunkohlerevier um Cottbus. In diesen Regionen ist die Luftverschmutzung so schlimm, daß sie für die Menschen eine akute Gesundheitsgefährdung darstellt. Über hohe Schornsteine werden die Schadstoffemissionen aber auch in andere Teile der DDR und in die Anrainerstaaten transportiert.

Zur extrem hohen Belastung der Luft mit Schadstoffen tragen sowohl Energieerzeugung als auch Energieverwendung bei. Die Energiegewinnung der DDR beruht zum weitaus größten Teil auf stark schwefelhaltiger Braunkohle, und die Kraftwerke, die sie verheizen, haben einen geringen Wirkungsgrad, einen hohen Eigenverbrauch und unzureichende Filteranlagen. Im Anwendungsbereich schlagen sich stromintensive und veraltete Industrieanlagen, ein unzureichend wärmeisolierter Wohnungsbestand und fehlende Energiesparanreize durch stark subventionierte Stromtarife in hohen spezifischen Verbrauchszahlen nieder.

Zu den hohen SO_2-Konzentrationen in der Luft kommen zahlreiche weitere Umweltbelastungen hinzu. Die Verfeuerung von Braunkohle und veraltete industrielle Produktionsmethoden führen auch zu einer hohen Luftbelastung durch Stäube. Überholte Produktionstechnologien, insbesondere in der Chemischen Industrie, und die Folgen einer intensiven Landwirtschaft verursachen zudem hohe direkte Schadstoffeinleitungen in die Gewässer. Die Situation wird durch eine unzureichende Versorgung mit Kläranlagen verschärft; nur 58 vH der Bevölkerung leben in Wohnungen, die an eine Kläranlage angeschlossen sind. Ein Großteil der DDR-Gewässer wird als ökologisch tot eingestuft.

14. Das Produktionsergebnis ist im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Ressourceneinsatz vergleichsweise niedrig. Nach einschlägigen Untersuchungen lag die Arbeitsproduktivität in der Industrie — dem Kernbereich der DDR-Wirtschaft, dem in der Wirtschaftsplanung stets eine bevorzugte Stellung eingeräumt wurde — noch vor wenigen Jahren mindestens um die Hälfte unter dem Niveau in der Bundesrepublik. Daran dürfte sich bis heute wenig geändert haben. Auch im Verhältnis zum Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Energie ist das Produktionsvolumen in der DDR wesentlich geringer als in der Bundesrepublik. Das niedrige Produktivitätsniveau engt die Produktionsmöglichkeiten und den Verteilungsspielraum der Volkswirtschaft ein.

15. Der wirtschaftliche Rückstand der DDR gegenüber westlichen Industrieländern hat seine Ursache letztlich in der systemimmanenten Unfähigkeit der zentralen Planwirtschaft, komplexe und verwobene

Wirtschaftsaktivitäten aufeinander abzustimmen und ökonomische Anreizmechanismen zur Geltung kommen zu lassen:

- Es mangelt an einem effizienten Koordinierungsmechanismus für individuelle Wirtschaftsaktivitäten. Güterpreise und Gütermengen werden durch die staatliche Planung vorgegeben und Abweichungen der Preise von den Produktionskosten durch Subventionen auf der einen sowie produktgebundene Abgaben auf der anderen Seite hervorgerufen. Wieviel von welchen Produkten produziert wird, richtet sich also nicht nach den Präferenzen der Verbraucher und nach den Produktionskosten. Darüber hinaus stehen Angebot und Nachfrage auch bei den gegebenen Preisen oft nicht miteinander in Einklang, für manche Produkte bilden sich Warteschlangen der Nachfrager, bei anderen gibt es überschüssige Produktionsmengen. Besonders hohe Subventionen werden für Grundnahrungsmittel und das Wohnen geleistet. Dagegen liegen vor allem bei den Gütern des gehobenen Bedarfs die Endverbrauchspreise weit über den Produktionskosten.

- Die Koordinationsmängel der zentralen Planung zeigen sich auch darin, daß die Industrieproduktion immer wieder durch Engpässe in der Versorgung mit Energie, Rohstoffen und anderen Vorprodukten behindert wurde. Um solche Lieferengpässe zu vermeiden, haben die Kombinate teilweise selbst die Herstellung von Vorprodukten aufgenommen; auch Investitionsgüter werden in größerem Umfang von den Nutzern selbst hergestellt. Das Bestreben der Kombinate, einen hohen Selbstversorgungsgrad zu erreichen, hat einer Realisierung von Kosteneinsparungsmöglichkeiten und Produktivitätsreserven entgegengestanden. Produktivitätsvorteile einer stärkeren Spezialisierung der Unternehmen und Unternehmensteile sind daher teilweise ungenutzt geblieben.

- Da die Unternehmen in der DDR weder untereinander noch gegenüber ausländischen Anbietern im Wettbewerb stehen, sind sie nicht gezwungen, mit den gegebenen Ressourcen möglichst effizient zu wirtschaften. Fehlender Wettbewerb ist wohl auch die Hauptursache dafür, daß die Innovationstätigkeit, die für hochindustrialisierte Volkswirtschaften in einer zunehmend arbeitsteiligen Weltwirtschaft immer wichtiger wird, zurückgeblieben ist.

- Das Wirtschaftssystem der DDR behindert die Entfaltung von wirtschaftlicher Eigeninitiative, und es schwächt die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken, auf die es gerade bei Verfahrensinnovationen und Produktinnovationen ankommt. Erfolgreiche Unternehmen können nur in sehr beschränktem Umfang über die Verwendung ihrer Erträge entscheiden; es kann sogar ein negativer Anreiz zur Erzielung guter Betriebsergebnisse vorliegen, wenn ihretwegen erhöhte Produktionsanforderungen zu erwarten sind. Auch für die Arbeitnehmer gibt es nur unzureichende Anreize, mehr zu leisten, als es festgelegten Vorgaben entspricht. Da die Produktionsmittel größtenteils in staatlicher Hand sind, besteht kein unmittelbares Eigeninteresse an ihrer optimalen Verwendung. Die Tatsache, daß das staatlich geplante Güterangebot den Konsumpräferenzen der Bevölkerung nur unvollkommen entspricht, mindert einen wichtigen Anreiz für zusätzlichen Einkommenserwerb. Schließlich besteht aufgrund einer geringen Lohnspreizung zwischen einfachen und gehobenen Tätigkeiten kein hinreichend großer Spielraum, das individuelle Einkommen durch den beruflichen Aufstieg zu verbessern und dafür besondere Anstrengungen auf sich zu nehmen.

16. Die Ursachen für die geringe Wachstumsdynamik und den Produktivitätsrückstand der DDR-Wirtschaft zeigen sich auch in Umfang und Struktur des Kapitalstocks. Die Investitionsentscheidungen sind in der DDR in staatlicher Hand. In den sechziger und siebziger Jahren hat die staatliche Investitionspolitik — amtlichen Angaben zufolge — durchaus hohe Investitionssteigerungen bewirken können. Im Verhältnis dazu blieb der Produktionszuwachs allerdings gering, die Produktivität der Investitionen war wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik. Die erste Hälfte der achtziger Jahre war durch eine schwache, teilweise auch rückläufige Investitionstätigkeit geprägt. Ziel der restriktiven Investitionspolitik dieser Jahre war es, den Export zu forcieren und damit die Devisenprobleme zu mildern, die sich aus der internationalen Verschuldungskrise und dem Ölpreisschock auch für die DDR ergaben. Die staatliche Investitionspolitik hat stets den industriellen Teil der Wirtschaft bevorzugt. Während die Bereiche Dienstleistungen und Staat nicht einmal ein Viertel aller Investitionen umfassen dürften, liegt der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes bei schätzungsweise 60 vH und ist damit wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Schätzungen zufolge wird je Arbeitsplatz im Produzierenden Bereich nicht wesentlich weniger Kapital eingesetzt als in der Bundesrepublik.

Wenn die durchschnittliche Produktivität eines Arbeitsplatzes dennoch auch in der Industrie so gering blieb, so liegt dies — von den bereits erwähnten Aspekten abgesehen — zum einen daran, daß der Kapitalstock veraltet ist und somit weniger moderne Technologien und weniger effiziente Produktionsverfahren zum Einsatz kommen. Zum anderen ist der Strukturwandel, der sich in den letzten Jahrzehnten in Industrieländern mit dezentralen und autonomen Investitionsentscheidungen der Unternehmen vollzogen hat, in der DDR weitgehend ausgeblieben: Die staatliche Investitionspolitik der DDR hat vielfach gerade solche Wirtschaftsbereiche gefördert, die in westlichen Industrieländern aufgrund des weltwirtschaftlichen Strukturwandels zurückgedrängt wurden. So entfällt innerhalb des Warenproduzierenden Gewerbes der DDR auf die Grundstoffproduktion ein sehr viel höherer Anteil aller Investitionen als in der Bundesrepublik, während in den Investitionsgüterindustrien und in den verbrauchsnahen Bereichen wesentlich weniger investiert wird. Das Bestreben der staatlichen Investitionspolitik, auch unter Inkaufnahme von volkswirtschaftlichen Kosten einen hohen Selbstversorgungsgrad der Wirtschaft zu erreichen, zeigt sich besonders deutlich an dem Beispiel der Metallerzeugung und -bearbeitung. Während die

Bruttoanlageinvestitionen in diesem Wirtschaftsbereich in der Bundesrepublik von 1972 bis 1983 real um rund 60 vH gesunken sind, haben sie sich in der DDR um das Vierfache erhöht. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs an allen Investitionen im Warenproduzierenden Gewerbe lag 1983 in der Bundesrepublik bei 3,0 vH, in der DDR bei 11,7 vH.

17. Die politischen Prioritäten der DDR haben sich in ihren Außenhandelsbeziehungen deutlich niedergeschlagen. Um nicht von Importen aus westlichen Industrieländern abhängig zu werden, wurden auch solche Produktionen aufrechterhalten, die bei einer vollen Integration in die Weltmärkte nicht konkurrenzfähig gewesen wären. Dazu gehören große Teile der Grundstoffindustrie, aber auch des Fahrzeug- und Maschinenbaus. Indem die zentrale Wirtschaftsplanung Preissignale von den Weltmärkten nicht oder nur unzureichend auf die Binnenpreise durchwirken ließ, wurden Arbeitskräfte und Ausrüstungsgüter in weniger produktiven Wirtschaftsbereichen gebunden. Das ging zu Lasten der Entwicklung neuer, technologieintensiver Produkte und Produktionsverfahren.

Der Handel mit den RGW-Staaten hat eine dominierende Bedeutung für die Außenhandelsbeziehungen der DDR; auf ihn entfallen zwei Drittel des gesamten Außenhandels. Die Außenwirtschaftspolitik hat der Sicherung der Rohstoffversorgung stets eine hohe Priorität eingeräumt, ein Drittel der Importe entfallen auf Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle (Anhang 1). Langfristige Investitions- und Handelsabkommen — insbesondere mit der UdSSR — dienen diesem Ziel. Im Gegenzug liefert die DDR neben veredelten Grundstoffen vor allem Produkte des Maschinen- und Fahrzeugbaus, auf deren Produktion sich die DDR im Rahmen der Spezialisierung innerhalb der RGW-Staaten konzentriert hat. Problematisch an dieser außenwirtschaftlichen Verflechtung ist nicht allein das Übergewicht des RGW-Handels an sich, sondern auch die Tatsache, daß die Spezialisierung nicht im Wettbewerb erprobt, sondern politisch festgelegt wurde.

18. Will man die kurzfristigen und mittelfristigen Entwicklungschancen der DDR-Wirtschaft beurteilen, so ist der Blick auch auf die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu richten. Wirtschaftliche Produktivkräfte können sich nicht entfalten, wo es an der Infrastruktur mangelt, die zum einzelwirtschaftlichen Produktionsapparat komplementär ist. Die Infrastruktur ist aber auch als Standortfaktor für die Investitionsentscheidungen international tätiger Unternehmen und somit für die Höhe des Kapitalzuflusses aus dem Ausland bedeutsam. In zwei besonders wichtigen Bereichen der Infrastruktur hat sich in der DDR ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut:

- Die Infrastruktur für den Güterverkehr ist auf die Eisenbahn ausgerichtet: Gut 70 vH aller Transportleistungen werden auf der Schiene erbracht. Der Straßengüterverkehr ist — unter anderem als Folge eines unzureichenden Straßennetzes — von untergeordneter Bedeutung. Im Schienengüterverkehr kommt es zum Teil zu sehr langen Wartezeiten. Nur ein Viertel des Schienennetzes ist elektrifiziert und nur etwa ein Drittel ist mehrgleisig ausgebaut. Aufgrund der hohen Beanspruchung des Schienennetzes und verhältnismäßig geringer Ausgaben für seine Erneuerung und Modernisierung entstehen hohe Reparaturkosten.
- Das Telekommunikationsnetz der DDR ist weitmaschig und die Netzkapazität ist gering; zum Teil werden Gespräche noch handvermittelt. Im Geschäftsverkehr dürfte daneben die schlechte Ausstattung mit modernen Endgeräten ein zusätzliches Problem sein. Die Zahl der Telexanschlüsse ist vergleichsweise niedrig. Über den Bestand an Teletexgeräten und Telefaxgeräten werden keine Angaben gemacht; es ist aber zu vermuten, daß solche Geräte kaum vorhanden sind.

19. Die politische Führung der DDR hat bereits erste Schritte zur Liberalisierung der Wirtschaft unternommen. Diese Reformmaßnahmen bleiben jedoch noch weit hinter dem zurück, was zur Freisetzung von wirtschaftlichen Wachstumskräften notwendig wäre.

Die derzeit diskutierten Reformvorschläge lassen noch nicht klar erkennen, ob die politische Führung in der DDR tatsächlich eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien vornehmen wird. Es besteht die Gefahr, daß eine intensivere Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen an restriktiven Reglementierungen scheitert. So enthält der kürzlich vorgelegte Entwurf einer Verordnung zum Schutz von deutsch-deutschen Gemeinschaftsunternehmen Bestimmungen, die westliche Investoren eher abschrecken dürften. Hierzu gehören beispielsweise Vorschriften wie die, daß westdeutsche Beteiligungen grundsätzlich auf 49 vH begrenzt bleiben sollen oder daß staatlichen Organen wichtige Genehmigungsrechte und Einwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

III. Notwendige Reformen in der DDR

20. Das wirtschaftliche Entwicklungspotential der DDR kann nur zur Entfaltung kommen, wenn die dafür geeigneten Rahmenbedingungen geschaffen werden; dies setzt eine konsequente ordnungspolitische Neuorientierung zur Marktwirtschaft voraus. Es bedarf zum einen klarer Vorstellungen über das für die Umgestaltung maßgebliche ordnungspolitische Leitbild; zum anderen müssen konkrete Schritte bedacht werden, die das bestehende planwirtschaftliche System in die neue Ordnung überleiten. Vordringlich sind Reformen der Preisbildung, der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit, des Geld- und Währungssystems sowie der öffentlichen Finanzen. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, wie die Rahmenbedingungen in diesen Bereichen letztendlich aussehen sollen; dies ist unerläßliche Voraussetzung einer glaubwürdigen Reformpolitik, durch die allein bei der Bevölkerung der DDR, aber auch in der Bundesrepublik und im Ausland, Vertrauen auf eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden kann. Es bleiben die vielfältigen und schwierigen Probleme des Übergangs zu bewältigen, die hier nicht im Detail behandelt werden können. Sie sind zum Teil noch gar nicht abzusehen

und werden erst im Vollzug der Reform deutlich werden. Klarheit in den wirtschaftspolitischen Reformzielen ist auch nötig, damit die Probleme des Übergangs zu einer neuen Wirtschaftsordnung bewältigt werden können. Ohne das klare Leitbild einer neuen Wirtschaftsordnung, das sich auf die breite Zustimmung in der Gesellschaft stützen kann, fehlte es an der Zielorientierung, die es erst erlaubt, die vielen Einzelschritte einer Wirtschaftsreform aufeinander abzustimmen.

Eine Synopse der wichtigsten Reformelemente enthält Anhang 2.

1. Reform der Preisbildung

21. Bei marktwirtschaftlicher Steuerung orientieren sich die Investitions- und Produktionsentscheidungen selbständiger Unternehmen an Preisen, die im Wettbewerb auf Märkten zustande kommen. Die Preise dienen der Koordination der dezentralen Entscheidungen in den Unternehmen; dies setzt voraus, daß sich in ihnen die Knappheitsverhältnisse und die bei effizienter Produktion entstehenden Kosten widerspiegeln. Die Preisbildung im Wettbewerb schafft zugleich den Anreiz zum sparsamen Einsatz der vorhandenen Ressourcen und bestraft die Anbieter, die sich darum zu wenig bemühen. Die Preise, die aus der bislang in der DDR praktizierten zentralen Wirtschaftsplanung hervorgehen, sind nicht zur Steuerung dezentraler Entscheidungen bestimmt und dafür auch ungeeignet. Abgesehen davon, daß eine zentrale Planungsinstanz mit der Bestimmung dazu geeigneter Preise überfordert wäre, werden bisher in der DDR mit der Preissetzung — gemäß dem Grundsatz der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" — bewußt andere Ziele verfolgt. Preise für Güter des Grundbedarfs (Preise für Nahrungsmittel und Textilien, Wohnungsmieten, öffentliche Verkehrstarife) werden durch Subventionen niedrig gehalten. Bei anderen Gütern hingegen liegt der Preis infolge produktgebundener Abgaben an den Staat erheblich über den Kosten.

Schon im bislang praktizierten System der zentralen Wirtschaftsplanung haben diese Preisverzerrungen schwerwiegende Folgen. Zu niedrig angesetzte Preise verleiten zum einen zum verschwenderischen Umgang mit den betreffenden Gütern. Zum anderen haben sie zur Folge, daß die Nachfrage zum jeweiligen Preis vielfach nicht gedeckt werden kann, so daß andere Zuteilungsmechanismen (Warteschlangen, Privilegien, persönliche Beziehungen) an die Stelle der Rationierung über den Preis treten. Im Wohnungsbereich führt die Festschreibung der Mieten auf extrem niedrigem Niveau dazu, daß die Mittel für Pflege, Instandhaltung und Erneuerung fehlen; für private Hausbesitzer gibt es keinen Anreiz, den Bestand an Mietwohnungen durch Investitionen zu erhalten und zu modernisieren. Aus sozialpolitischer Sicht ist die Subventionierung der Güter des Grundbedarfs weitgehend verfehlt, weil die niedrigeren Preise allen Konsumenten zugute kommen, auch denjenigen, die keiner Unterstützung bedürfen.

22. Die Reform darf sich nicht auf eine Entzerrung der gegenwärtigen Preisstruktur beschränken. Vielmehr kommt es darauf an, einen geeigneten Mechanismus zur Bestimmung von Preisen einzuführen. Die einzige bekannte und bewährte Lösung dieses Problems liegt darin, die Preisbildung dem Wettbewerb auf den Märkten zu überlassen. Voraussetzung hierfür ist, daß es Anbietern und Nachfragern freigestellt bleibt, zu welchen Preisen und sonstigen Konditionen sie kontrahieren wollen. Ebenso wichtig ist es aber auch, daß die Anbieter hierbei im Wettbewerb miteinander stehen und dadurch daran gehindert werden, ihre Position zur Erzielung von Monopolgewinnen auszunutzen.

Für den Übergang von einer zentralen Planwirtschaft zu einem durch Preise gesteuerten System dezentraler Unternehmensentscheidungen genügt es deswegen nicht, die Preise freizugeben. Die Herstellung von Wettbewerbsmärkten erfordert eine Änderung der Unternehmensstruktur, in der bisher marktbeherrschende Kombinate dominieren, vor allem aber freien Marktzugang für bestehende Unternehmen ebenso wie für neugegründete. Wettbewerb kann schon kurzfristig dadurch geschaffen werden, daß die DDR ihre Märkte für Importgüter öffnet. Bei allen international handelbaren Gütern kann deswegen den anbietenden Unternehmen die Preisstellung freigegeben werden, auch wenn innerhalb der DDR zunächst nur wenig Wettbewerb besteht. Wenn ein Unternehmen seine Position zur Erzielung von Monopolpreisen ausnutzt, wird dies an dem Abweichen von den Weltmarktpreisen erkennbar. Dieses Verhalten kann wirksam durch die Zulassung von Importen sanktioniert werden. Auf diese Weise kann monopolistisches Verhalten wirksamer in Schranken gehalten werden als durch staatliche Preisvorgaben oder Preiskontrollen.

23. Grobe Verzerrungen der Preisstruktur, die zu gravierenden Fehllenkungen führen, entstehen durch die Subventionierung der Preise von Gütern des Grundbedarfs. Nur durch Abbau dieser Subventionen kann erreicht werden, daß der Anreiz zur Verschwendung entfällt; es ist zugleich ein notwendiger Schritt dahin, daß die Güter zu den für sie geltenden Preisen auch tatsächlich von jedermann in gewünschtem Umfang erworben werden können. Es entfällt das Problem des unerwünschten Erwerbs subventionierter Güter durch Gebietsfremde.

Es wäre wünschenswert, mit dem Abbau der Subventionen zugleich die produktgebundenen Abgaben zu senken, die andere Güter erheblich verteuern. Da diese Abgaben wesentlich zur Staatsfinanzierung beitragen, setzt dies allerdings eine grundsätzliche Neuordnung der Besteuerung voraus. Immerhin eröffnet der Wegfall des Finanzbedarfs für Subventionen einen gewissen Spielraum, der auch für die Senkung von Abgaben genutzt werden kann.

Der Wegfall der Subventionen und damit die Verteuerung bei den Gütern des Grundbedarfs wird von den Bürgern als Härte empfunden werden und damit die Akzeptanz des Übergangs zur Marktwirtschaft erschweren. Ein Ausgleich kann durch Anhebung der Löhne und Renten geschaffen werden. Die Bevölkerungsgruppen, die über wenig Kaufkraft verfügen, werden jedoch durch die Erhöhung der Preise im Bereich der Grundbedürfnisse stark belastet. Die Preisreform bedarf deshalb einer sozialen Flankierung. Für

die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen muß ein Ausgleich durch Transferzahlungen geschaffen werden. Hierbei sind ungebundene Transfers, das heißt allgemeine Leistungen zur Sicherung eines Mindestlebensstandards, zweckgebundenen Beihilfen vorzuziehen. Transferzahlungen sind sozialpolitisch sinnvoller als die bisher praktizierte Subventionierung, weil die Höhe der Leistungen sich an der Bedürftigkeit orientiert.

24. Im Zusammenhang mit der Preisreform ist eine Reform der Löhne unumgänglich. Wie bei der Preisreform kommt es auch bei der Lohnreform darauf an, einen neuen, von zentraler Planung unabhängigen Mechanismus der Lohnfindung zu entwickeln. Für die in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern übliche Form der Aushandlung von Löhnen zwischen autonomen Tarifpartnern fehlen in der DDR noch die Voraussetzungen; es gibt weder Arbeitgeberverbände noch unabhängige Gewerkschaften. Die gegenwärtig durch die zentrale Planung festgesetzten Löhne dürfen mehr Freiheit in der Lohnbildung nicht entgegenstehen. Das kann erreicht werden, wenn die administrativ bestimmten Löhne nur noch Mindestlöhne sind, die durch Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen überschritten werden können; höhere Löhne können dann in individuellen Arbeitsverträgen vereinbart werden, ebenso aber auch in Kollektivvereinbarungen zwischen den Unternehmen und Vertretungen der in ihnen tätigen Arbeitnehmer. Dadurch wird es den Unternehmen ermöglicht, die Löhne stärker nach Leistungsfähigkeit und Qualifikation der Arbeitnehmer zu differenzieren. Dies ist wichtig, weil nur auf diese Weise der Tendenz zur Abwanderung besonders qualifizierter Arbeitskräfte entgegengewirkt werden kann.

Die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft realisierten Produktivitätsfortschritte eröffnen für die Zukunft erhebliche Spielräume für Lohnerhöhungen. Da die Arbeitnehmer stets die Möglichkeit der Abwanderung in die Bundesrepublik haben, stehen die Unternehmen in der DDR unter starkem Druck, erzielte Produktivitätsfortschritte unmittelbar in Lohnerhöhungen weiterzugeben.

2. Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit

25. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von der zentralen Planung auf die Unternehmen hat weitreichende Konsequenzen. Die an die Unternehmensleitungen zu stellenden Anforderungen ändern sich von Grund auf. Über Produktionsprogramme, Produktionsverfahren, Beschaffungs-, Absatz- und Preispolitik und die Investitionen muß in eigener Verantwortung entschieden werden. Wenn Wettbewerb hergestellt ist, müssen die Unternehmen sich auf den Märkten gegen konkurrierende Anbieter behaupten. Dadurch kommt dem Gewinn für die Unternehmenspolitik eine neue Bedeutung zu. Für autonome Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen ist die Gewinnerzielung von zentraler Bedeutung für die Sicherung ihres Bestandes. Zwar hat auch im derzeit noch praktizierten System der zentralen Planung der Gewinn eine gewisse Bedeutung im System der Kennziffern, die der Leistungskontrolle dienen; dieser Gewinn beruht aber im wesentlichen auf den Mengen- und Preisvorgaben der zentralen Planung. Ein Verfehlen des Gewinnziels stellt hier die Existenz des Unternehmens nicht in Frage. Dies ändert sich grundlegend, wenn die Unternehmen auf sich selbst gestellt sind und sich im Wettbewerb behaupten müssen.

Autonome Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, über ihren Personalbestand zu disponieren; dies schließt das Recht ein, durch Entlassungen den Personalbestand zu vermindern. Nur dann sind die Unternehmen in der Lage, sich ständig veränderten Marktbedingungen anzupassen, unrentable Bereiche und Teilbetriebe zu schließen, neue Produktionsverfahren einzuführen und die für das Überleben im Wettbewerb unumgänglichen Kostensenkungen zu erreichen.

Einer unmittelbaren Betätigung der Unternehmen auf Außenhandelsmärkten steht heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das staatliche Außenhandelsmonopol entgegen. Dieses Monopol muß fallen, da es die Unternehmen daran hindert, die Chancen selbständig zu nutzen, die sich auf Bezugs- und Absatzmärkten jenseits der Grenzen erschließen lassen. Die erheblichen Chancen, die insbesondere durch den innerdeutschen Handel und den damit verbundenen indirekten Zugang zum EG-Binnenmarkt eröffnet werden, lassen sich nur durch Unternehmen nutzen, die unmittelbar auf den Märkten tätig sind und den dort gestellten Anforderungen aufgrund eigener Erfahrung und Beurteilung gerecht werden können.

Zur Autonomie der Unternehmen gehört auch, daß sie sich aus bestimmten Bereichen zurückziehen können. Der Rückzug kann freiwillig geschehen, indem die Unternehmensleitung die Stillegung von Teilbetrieben oder des ganzen Unternehmens beschließt. Das Ausscheiden aus dem Markt kann aber auch durch ein Insolvenzverfahren erzwungen werden, wenn am Vorliegen bestimmter Insolvenzgründe wie Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung erkennbar wird, daß das Unternehmen nicht in der Lage ist, sich auf dem Markt zu behaupten.

26. Zur Gewährleistung des Wettbewerbs ist es unerläßlich, daß der Marktzugang für private Unternehmensgründungen geöffnet wird und jederzeit offen bleibt. Private Investoren sind aber nur bereit, Kapital für Unternehmensgründungen einzusetzen, wenn ihnen dafür Eigentumsrechte eingeräumt werden. Dazu gehört, daß sie Einfluß auf die Entscheidungen im Unternehmen haben, daß sie über den Unternehmensgewinn verfügen können, daß sie die Möglichkeit haben, Unternehmen aufzulösen und ihr Kapital daraus zurückzuziehen, schließlich auch, daß sie das Unternehmen insgesamt oder Anteile daran veräußern können. Durch gesicherte Eigentumsrechte in diesem Sinne wird zum einen für unternehmerisch befähigte Bürger der DDR die Möglichkeit eröffnet und ein Anreiz erzeugt, sich mit eigenen Mitteln selbständig zu machen, Unternehmen zu gründen und sie zu führen. Zum anderen muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß Investoren sich durch Kapitaleinlagen an Unternehmen beteiligen, ohne selbst die Gründungsinitiative zu tragen und unmittelbar in der

Unternehmensleitung mitzuwirken. Auch diese Form der Beteiligung an Unternehmen ist als Kapitalanlage nur dann attraktiv, wenn die Eigentumsrechte gewährleistet sind. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann es gelingen, privates Kapital sowohl von Bürgern der DDR als auch von Gebietsfremden für die Finanzierung von Unternehmensinvestitionen zu mobilisieren.

27. Die Unternehmen der DDR werden heute ganz überwiegend in der Rechtsform des volkseigenen Betriebs (VEB) geführt. Die VEB sind aber überwiegend keine selbständigen Unternehmen. Die meisten von ihnen, in der Industrie fast alle, sind in Kombinaten vereint und unterliegen deren Leitung. In den Kombinaten sind die VEB sowohl horizontal als auch vertikal konzentriert. Bei der horizontalen Zusammenfassung in Kombinaten hat es im System der zentralen Planung keine Rolle gespielt, inwieweit dadurch Monopolstellungen entstanden sind. Für die vertikale Zusammenfassung war vielfach der Gesichtspunkt der Autarkie durch Eingliederung von Zulieferbetrieben maßgeblich. Gegen die Beibehaltung der Kombinate in ihrer jetzigen Form spricht vor allem der hohe Grad der horizontalen Konzentration, der mit der Entfaltung des Wettbewerbs auf den Märkten unvereinbar ist. Der hohe Grad der vertikalen Integration dürfte insbesondere dann nicht mehr sinnvoll sein, wenn es funktionierende Märkte gibt, über die die Belieferung mit Vorprodukten gesichert werden kann; in den westlichen Industrieländern ist durchweg eine Tendenz zur Verminderung der Produktionstiefe zu beobachten. Die Zerlegung der Kombinate in kleinere Einheiten ist aus diesen Gründen ein wichtiger Schritt der Unternehmensreform. Die dabei entstehenden Unternehmen sollten grundsätzlich nicht weiter im Staatseigentum verbleiben, sondern privatisiert werden. Der einfachste Weg ist die Umwandlung in Kapitalgesellschaften, deren Anteile dann an Bürger der DDR verkauft werden können.

28. Eine andere Form der Privatisierung, die zur Diskussion steht, ist die Überlassung der Unternehmen an ihre Belegschaften. Dies könnte sinnvoll in der Weise geschehen, daß dem Unternehmen die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft gegeben wird, deren Anteile die Arbeitnehmer erwerben können. Die Arbeitnehmer müssen hierbei uneingeschränkte und nicht an die Zugehörigkeit zum Unternehmen gebundene Eigentumsrechte erhalten, einschließlich des Rechts zur Veräußerung und Vererbung. Dringend abzuraten ist hingegen von der Umwandlung in Produktionsgenossenschaften (nach jugoslawischem Vorbild), bei denen die Mitgliedschaft an die Zugehörigkeit zum Unternehmen als Arbeitnehmer gebunden ist. Hierbei entstehen keine klar abgegrenzten Eigentumsrechte; die Koppelung des Anteilsrechts an die Stellung als Arbeitnehmer führt zu Fehlanreizen:

- Unternehmen mit hohen Gewinnen haben keinen Anreiz zur Einstellung zusätzlichen Personals, soweit der Gewinnanteil des einzelnen Arbeitnehmers dabei sinkt.
- Maßnahmen zur Sicherung des langfristigen Gewinnpotentials, die kurzfristig den Gewinn senken (zum Beispiel Forschung und Entwicklung, Markterschließung, Erhaltung der Anlagen), liegen nicht im Interesse von Arbeitnehmern, die dem Unternehmen nur für begrenzte Zeit angehören.
- Wegen der zeitlichen Begrenzung der Arbeitnehmerstellung ist die Neigung zur Finanzierung von Investitionen aus einbehaltenen Gewinnen gering.

Eine langfristige Orientierung der Unternehmenspolitik in Produktionsgenossenschaften kann nur von außen durch Auflagen staatlicher Planungsbehörden oder staatskontrollierter Banken erzwungen werden. In der Finanzierung bleiben die Unternehmen weitgehend auf Kreditaufnahme angewiesen; da private Banken Kredite nur vergeben, wenn genügend risikotragendes Eigenkapital vorhanden ist, bleiben die Unternehmen abhängig von staatlichen Banken. Ein Wettbewerb zwischen selbständigen Unternehmen kann so nicht zustande kommen.

29. Ein grundlegendes Problem bei jeder Privatisierung ist die Bewertung der Unternehmen und die darauf beruhende Bestimmung der Ausgabepreise für Beteiligungstitel. Vor allem in der Übergangszeit ist schwer abzusehen, ob und wie sich ein Unternehmen auf den entstehenden Wettbewerbsmärkten behaupten wird. Um dem hohen Risiko Rechnung zu tragen, wird man eher niedrige Wertansätze wählen, jedoch ohne damit Beteiligungstitel zu verschenken. Dies spricht eher dafür, nicht nur Belegschaftsmitgliedern, sondern allen Bürgern der DDR die Möglichkeit zum Erwerb von Beteiligungstiteln zu eröffnen, zum einen, um allen die mit niedrigen Ausgabepreisen verbundenen Gewinnchancen zu bieten, zum anderen, um eine angesichts der doch nicht unbeträchtlichen Risiken zu empfehlende Diversifikation der Kapitalanlagen zu ermöglichen.

Solange und soweit Unternehmen im Staatseigentum verbleiben, müssen sie sich den Bedingungen der Marktwirtschaft anpassen. Wo Wettbewerbsmärkte möglich sind, dürfen staatseigene Unternehmen keine Monopolstellung haben. Der Staat darf die Marktposition seiner Unternehmen weder durch Subventionen noch durch Behinderung des Marktzugangs für konkurrierende Unternehmen absichern. Staatseigene Unternehmen müssen gegenüber der Öffentlichkeit ebenso zur Rechnungslegung verpflichtet sein wie private Unternehmen gegenüber ihren Kapitalgebern.

30. Von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR wird sein, ob und in welcher Weise es gelingt, auch Gebietsfremde zu Investitionen im Unternehmensbereich zu veranlassen. Ohne derartige Investitionen ist nicht vorstellbar, daß der außerordentlich hohe Kapitalbedarf zur Modernisierung und zum Ausbau der Unternehmen in der DDR gedeckt werden kann. Darüber hinaus bringen Investitionen von Gebietsfremden in Unternehmen der DDR auch deswegen große Vorteile, weil mit dem Kapital technisches Wissen des modernsten Stands in die Unternehmen eingebracht wird.

Zur Zeit wird in der DDR die Kapitalbeteiligung von Gebietsfremden nur in Form von Joint Ventures in Betracht gezogen. Diese sollen zudem nur unter sehr restriktiven Bedingungen ermöglicht werden. Der er-

ste Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung sieht unter anderem eine Genehmigungspflicht, eine Begrenzung auf 49 v. H. für den Kapitalanteil des Gebietsfremden sowie die Regelung vor, daß bei einer AG der Vorstandsvorsitzende, bei einer GmbH mindestens einer der Geschäftsführer Bürger der DDR mit Wohnsitz in der DDR sein muß. Ein Gewinntransfer ins Ausland soll nur zulässig sein, soweit dafür Devisen erwirtschaftet werden; Ausnahmen von dieser Regel bedürfen besonderer Genehmigung. Die Regelung liegt noch nicht in endgültiger Fassung vor; es ist damit zu rechnen, daß die vorgesehenen Restriktionen noch gelockert werden. Das zögerliche Vorgehen macht deutlich, wie sehr noch die Einsicht dafür fehlt, welche Bedingungen geschaffen werden müssen, damit die DDR als Standort für Investitionen attraktiv wird.

Gegenwärtig ist die Frage einer befriedigenden Regelung für Joint Ventures ein Prüfstein für die Bereitschaft der DDR, geeignete Bedingungen für den Zufluß von Kapital zu schaffen. Auf längere Sicht darf es jedoch nicht bei der Zulassung von Joint Ventures bleiben, die als Beteiligungsform westlichen Kapitals für die DDR nur von begrenztem Nutzen sind. Sie dienen der Finanzierung, außerdem der Kooperation zum Zweck des Transfers technischen Wissens; sie haben stets nur punktuelle Wirksamkeit. Die in der DDR bestehende Unternehmensstruktur lassen sie unverändert; eine Belebung des Wettbewerbs wird nicht erreicht. Für westliche Unternehmen, die sich an Joint Ventures beteiligen, mag die Teilhabe an Monopolmärkten vielfach durchaus attraktiv sein. Zugleich werden damit aber konkurrierende Unternehmen von den betreffenden Märkten ausgeschlossen, so daß der Transfer technischen Wissens auf den Bereich der am Joint Ventures Beteiligten beschränkt bleibt.

Wesentlich wirksamere Impulse können erreicht werden, wenn Gebietsfremde nicht nur in dieser beschränkten Form, sondern generell und ohne Begrenzung auf eine bestimmte Quote durch Beteiligung oder Gründung von Tochtergesellschaften in der DDR tätig werden können. Hierdurch kann ein erheblich größeres Potential an Kapital und transferierbarem technischen Wissen für die DDR erschlossen werden als mit Hilfe von Joint Ventures. Darüber hinaus wird der Wettbewerb auf den Märkten forciert.

31. Die Verselbständigung der Unternehmen macht Änderungen im System der sozialen Sicherung erforderlich. Autonome Unternehmen, die sich im Wettbewerb auf Märkten behaupten müssen, können nicht zur Aufnahme von Arbeitskräften gezwungen werden; ebenso kann ihnen nicht verwehrt werden, Arbeitskräfte freizusetzen, wenn dies aus wirtschaftlichen Gründen geboten erscheint. Deshalb ist es unvermeidlich, daß Arbeitslosigkeit entstehen kann. Zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer muß deswegen eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werden. Da das bisherige System der DDR Arbeitslose nicht kennt, gibt es auch keine Arbeitslosenversicherung.

Die vielfach geäußerte Vorstellung, die DDR sei der Bundesrepublik Deutschland zwar wirtschaftlich unterlegen, nicht jedoch hinsichtlich der sozialen Leistungen, ist für weite Bereiche der Sozialpolitik, insbesondere für Alters- und Krankenversorgung, unzutreffend. Richtig ist, daß in der DDR die Sicherheit des Arbeitsplatzes (allerdings nicht eines bestimmten) gewährleistet ist; dies ist im marktwirtschaftlichen System nicht möglich. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitslosigkeit nicht ein Absinken in Armut und Elend bedeutet. Ein ausgebautes System der sozialen Sicherung kann auch in der DDR verhindern, daß das Risiko des Arbeitsplatzverlustes zum existentiellen Risiko wird.

Wenn der einzelne Arbeitsplatz unsicherer wird, bedeutet dies nicht, daß der Arbeitnehmer in erheblichem Maße dem Risiko dauerhafter Arbeitslosigkeit ausgesetzt wird. Die Neuorientierung zur Marktwirtschaft ermöglicht einen Wachstumsprozeß, in dem sich ständig neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen; hierbei wird sich sehr bald die Knappheit von Arbeitskräften bemerkbar machen. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet der Wegfall der Arbeitsplatzsicherheit, daß er in die Lage kommen kann, einen neuen Arbeitsplatz suchen zu müssen, und sich dann veränderten Anforderungen anpassen muß. Dies mag als Belastung empfunden werden. Man darf aber nicht verkennen, daß die heute bestehende Sicherheit des Arbeitsplatzes teuer erkauft wird. Der Zwang zur Beschäftigung überflüssiger Arbeitskräfte ist eine wesentliche Ursache der geringen Arbeitsproduktivität und damit des wirtschaftlichen Rückstandes in der DDR. Wachstum und höhere Produktivität eröffnen nicht nur neue Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch den Spielraum für Lohnerhöhungen, durch die die Arbeitnehmer am steigenden Wohlstand partizipieren.

3. Reform des Geld- und Kreditwesens

32. Ohne die Herstellung eines funktionsfähigen Geld- und Kreditwesens sind alle Reformbemühungen zum Scheitern verurteilt. Wie in den anderen sozialistischen Volkswirtschaften mit zentraler Planung ist auch das bisherige monetäre System der DDR durch folgende Charakteristika geprägt:

- Das Geld- und Kreditwesen ist integraler Bestandteil der zentralen Wirtschaftsplanung; wird diese beseitigt, müssen die monetäre Steuerung und das Kreditsystem auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden.
- Im Laufe der Jahre hat sich ein Geldüberhang aufgebaut.
- Die Währung der DDR ist eine reine Binnenwährung; über differenzierte Verrechnungskurse besteht eine kaum überschaubare Vielzahl von Wechselkursen.

Die grundlegenden Ziele der Reform des Geld- und Kreditwesens lassen sich kurz wie folgt umreißen:

- Herstellung stabiler Währungsverhältnisse durch eine unabhängige Notenbank;
- Aufbau eines zweistufigen Bankensystems und monetärer Märkte zur Allokation des Kapitals;

— Konvertibilität der Währung bei einheitlichem Wechselkurs.

33. In der für Volkswirtschaften, in denen der Staat im Rahmen der zentralen Wirtschaftsplanung die Preise festlegt, typischen Weise ist auch in der DDR ein Kaufkraftüberhang dadurch entstanden, daß die Geldbestände stärker zugenommen haben als das Güterangebot. Wegen der fixierten Preise liegt eine zurückgestaute Inflation vor; diese äußert sich in einem Geldüberhang und in Warteschlangen auf den Gütermärkten, das heißt in einem Zwangssparen der Bevölkerung. Der Tatbestand des Geldüberhangs ist unstreitig, unsicher ist jedoch das Urteil über sein Ausmaß. Einhelligkeit besteht wiederum in der Auffassung, der Kaufkraftüberhang müsse abgebaut werden, umstritten ist die Methode, mit der dies geschehen soll.

34. Häufig wird gefordert, am Anfang einer grundlegenden Änderung des Wirtschaftssystems der DDR habe eine Währungsreform zu stehen. Der Vorteil einer Umstellung der Währung über den Zwangsumtausch „altes" gegen „neues" Geld läge in der Chance, das Problem des Geldüberhangs in kürzester Zeit aus der Welt zu schaffen und die Währungsverhältnisse auf eine neue Basis zu stellen. Zu bedenken ist schließlich auch, daß ein Geldschnitt als ein Akt zu verstehen ist, der den Vermögensverlust der Geldbesitzer eindeutig mit der Mißwirtschaft der Vergangenheit in Verbindung bringt.

Anders als in anderen sozialistischen Ländern mag man jedoch bezweifeln, ob der Geldüberhang in der DDR ein solches Ausmaß erreicht hat, daß der Währungsschnitt die beste Methode der Reform darstellt. Für sinnvoller halten wir ein Vorgehen, das aus einer Kombination folgender Elemente besteht:

— Der Kaufkraftüberhang könnte im wesentlichen dadurch abgebaut werden, daß der Staat über die Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen sowie den Verkauf von Boden- und Wohnungseigentum reale Vermögenswerte an die Bevölkerung abgibt und den Verkaufserlös stillegt, das heißt das eingenommene Geld vernichtet. Dieses Vorgehen hätte nicht zuletzt den großen Vorzug, daß es die Eigentumsreform und die Reform des Geldwesens miteinander verbindet und damit auf doppelte Weise die Bedingungen für einen erfolgreichen Neuanfang verbessert.

— Der Staat könnte den Sparern Anleihen mit einer entsprechend attraktiven Verzinsung anbieten; es sollte möglichst bald ein Sekundärmarkt geschaffen werden, auf dem Anleger die Möglichkeit haben, solche Papiere zu verkaufen und zu kaufen.

— Die aus der Abwicklung des Devisenfonds eingenommenen Markbeträge werden stillgelegt.

— Die dringend erforderliche Preisreform und der damit verbundene Abbau der Subventionen führen nicht nur zu einer Veränderung der Preisstruktur, sondern auch zu einem Anstieg des Preisniveaus. Die laufenden Einkommen wären (einmalig) nominell weitgehend anzupassen, um den Kaufkraftverlust auszugleichen, die Geldbestände würden jedoch insoweit real an Wert verlieren.

Wenn es zu panikartigen Abhebungen kommen sollte, wäre als ultima ratio zu erwägen, die freie Verfügung über einen Teil der Sparguthaben vorübergehend zu beschränken.

35. Das Geld- und Bankensystem der DDR ist integraler Bestandteil der zentralen Wirtschaftsplanung. Die Staatsbank als Notenbank der DDR nimmt sämtliche Bankfunktionen wahr, das heißt neben der Planung des Geldumlaufs und der Kreditvergabe auch weitreichende Kontrollbefugnisse sowie die Organisation des Zahlungsverkehrs.

Wird die zentrale Wirtschaftsplanung durch den Steuerungsmechanismus des Marktes abgelöst, muß der Status der Notenbank grundlegend geändert werden. Die Aufgaben im Rahmen der Planung der Wirtschaft entfallen, die Kreditvergabe an Unternehmen und Staat ist nicht länger Sache der Notenbank. Um sie von direkter politischer Einflußnahme bei der Wahrnehmung ihrer neuen Aufgabe, nämlich die Stabilität der Kaufkraft des Geldes zu sichern, möglichst freizuhalten, soll sie zweckmäßigerweise als von Weisungen der Regierung unabhängige Institution eingerichtet werden, die nicht mehr zur Finanzierung des Staatshaushaltes herangezogen werden kann. Zur Steuerung des Geldumlaufs sind ihr die entsprechenden Instrumente an die Hand zu geben.

Das Geschäftsbankenwesen, für das es in der DDR mit den Genossenschaftskassen und Sparkassen eine gewisse Grundlage gibt, ist institutionell vollständig von der Notenbank zu trennen; es ist also ein zweistufiges Bankensystem zu etablieren. Über die Refinanzierung bei der Notenbank unterliegen dann die Kreditinstitute der geldpolitischen Steuerung. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, im Wettbewerb eigenverantwortlich nach den Kriterien von Liquidität und Rentabilität Einlagen von Unternehmen und Haushalten zu sammeln und Kredite zu gewähren. Erst im Zusammenhang mit dem Entstehen eines Geschäftsbankenwesens und monetärer Märkte bieten sich im übrigen auch Ansatzmöglichkeiten für den Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums.

36. Eine effiziente Kapitalbildung, bei der die Ersparnisse über den Zins in rentable Verwendungen gelenkt werden, setzt einen funktionsfähigen Kapitalmarkt voraus. Dafür fehlt in der DDR bisher jede Grundlage, eine Reform ist daher außerordentlich schwierig, aber um so dringender geboten.

Unternehmen müssen die Möglichkeit erhalten, sich am Kapitalmarkt über die Ausgabe von Aktien und Emission von Schuldtiteln die für Investitionen benötigten Mittel zu verschaffen. Mit der Beseitigung der zentralen Wirtschaftsplanung muß sich die Finanzierung der Unternehmen über die Finanzmärkte nach dem Kriterium der Rentabilität vollziehen. Ein funktionsfähiger Kapitalmarkt ist schließlich die institutionelle Voraussetzung dafür, daß sich Anleger von früher erworbenen Beteiligungspapieren und Schuldtiteln jederzeit trennen können.

37. Joint ventures und andere Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen werden nicht annähernd ausreichen, um den riesigen Kapitalbedarf der DDR zu decken; dazu bedarf es des Zuflusses von Auslandskapital in Form von Bankkrediten, Emissionen

auf den internationalen Kapitalmärkten und in der DDR selbst.

Als Kapitalnachfrager konkurriert die DDR nicht nur mit anderen Ländern des bisherigen sozialistischen Lagers auf dem Welt-Kapitalmarkt. Die Aufgabe, das Vertrauen ausländischer Anleger zu gewinnen, ist außerordentlich schwierig, doch gibt es zur Finanzierung des so dringend erforderlichen Aufholprozesses auch durch privates Auslandskapital letztlich keine aussichtsreiche Alternative. Mit einer überzeugenden Wirtschaftsreform, die die Herstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes einschließt, könnte die DDR die Voraussetzungen für einen hohen Kapitalzufluß aus dem Ausland in angemessener Zeit schaffen.

38. Eng verknüpft mit der Geldreform im Innern ist die Aufgabe der Neugestaltung der Währungspolitik nach außen. Dabei gilt es, zwei Probleme zu lösen, nämlich das des Wechselkurses und das der Konvertibilität. Das setzt voraus, daß der Geldüberhang beseitigt ist.

Die Vorgänge nach der Öffnung der Grenze haben Befürchtungen wach werden lassen, ein freier Kurs der Mark könne ins Bodenlose fallen. Solche Befürchtungen sind in dem Maße unbegründet, in dem Erwerber der Währung der DDR damit etwas anfangen, das heißt kaufen können. Hier ist an den Kauf von Gütern, aber auch von Vermögenswerten zu denken. Kurzfristig könnte insbesondere der Reiseverkehr aus dem Westen zu einer starken Erhöhung der Nachfrage nach Mark führen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, daß die Mark von Touristen frei verwendet werden kann.

39. Ein „richtiger" Wechselkurs läßt sich nicht genau berechnen, schon gar nicht bei derart verzerrten Preisrelationen, wie sie in der DDR herrschen. Würde man den Wechselkurs freigeben, um die Marktverhältnisse zu ermitteln, ließen sich wegen der hohen Unsicherheit über die weitere Entwicklung große Wechselkursschwankungen nicht ausschließen. Dies wäre insofern besonders problematisch, als die DDR parallel zur Umgestaltung ihres Währungssystems ihr Preisbildungssystem reformieren muß. Bei den international handelbaren Gütern bieten deren Weltmarktpreise den einzig sicheren Anhaltspunkt für die Etablierung richtiger Preisrelationen. Gerade in der Übergangszeit, in der die Kombinate beziehungsweise Großbetriebe noch über eine dominierende Marktstellung im Inland verfügen, setzt im übrigen die Konkurrenz in Form von Importen eine entscheidende Barriere für Preiserhöhungen.

Die Transformation von Weltmarktpreisen in Preise, die auf dem Binnenmarkt gelten beziehungsweise dort zur Orientierung dienen, würde durch starke Wechselkursschwankungen erheblich erschwert. Wir halten es daher für zweckmäßig, von einem festen Wechselkurs auszugehen und diesen als Fixpunkt zu verwenden, an dem sich Änderungen der Mark-Preise, die Löhne eingeschlossen, orientieren können.

Mit der Bindung an die D-Mark über einen festen Kurs erhielte die Notenbank der DDR einen wichtigen Anhaltspunkt für die Aufgabe, den Geldumlauf so zu steuern, daß die Geldwertstabilität tendenziell gesichert ist.

40. Bliebe die strikte Devisenbewirtschaftung gewahrt, würden vor allem Güterexporte und Güterimporte weiter von planwirtschaftlichen Erwägungen und nicht von den Marktverhältnissen bestimmt, kann der feste Wechselkurs die ihm zugedachten Funktionen nicht erfüllen. Voraussetzung dafür ist mit anderen Worten die Herstellung der Konvertibilität der Mark. Vollständig wird dies kurzfristig nicht gelingen, doch sollte das Ziel von Anfang an nicht in allzu weite Ferne gerückt werden.

Dies gilt um so mehr, als freier Reiseverkehr mit einer umfassenden Devisenkontrolle faktisch unvereinbar ist. Ausländischen Anlegern und Investoren muß die freie Transferierbarkeit von Kapital und Erträgen zugesichert werden, soll der nötige Kapitalzustrom überhaupt zustande kommen. Das staatliche Devisenmonopol muß beseitigt werden, Betriebe müssen über ihre Devisenerlöse verfügen können.

Konvertibilitätsbeschränkungen müßte es vorübergehend wohl für Kapitalexporte aus der DDR geben. Auf Dauer kann die Konvertibilität um so leichter immer weiter ausgedehnt werden, je knapper die Notenbank den Geldumlauf im Innern hält und je schneller in der DDR Produktivität und Produktion gesteigert werden können.

4. Reform der Finanzverfassung

41. Mit dem Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System stellt sich für die DDR die Aufgabe, eine dieser Wirtschaftsform angemessene Finanzverfassung zu entwickeln. Diese Regelungen zu entwerfen oder gar vorzugeben, ist nicht unsere Aufgabe. Es lassen sich aber einige Mindestanforderungen formulieren, die erfüllt sein müssen, wenn die Reformen nicht behindert werden sollen.

Auf private Initiative und Leistungsbereitschaft kommt es an. Das Steuersystem muß dem Rechnung tragen. Mit einer Lohnfindung unter Marktbedingungen und einer Ausbreitung unternehmerischer Tätigkeit wird sich eine erhebliche Spreizung der Einkommensskala ergeben. Deshalb kommt einer Einkommensteuer, deren Belastungen sich an der individuellen Leistungsfähigkeit orientieren, künftig auch in der DDR wieder eine größere Bedeutung zu. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß ein sehr stark nivellierender Steuertarif die Leistungsanreize mindert, und zwar sowohl bei Unternehmern als auch bei Arbeitnehmern. Weiter sind auch Unstimmigkeiten des bisherigen Steuersystems zu beheben, die sich aus unterschiedlichen Tarifen für Arbeitnehmereinkommen und andere Einkunftsarten ergeben und die vor allem die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit diskriminieren.

Bei der Verbrauchsbesteuerung sollte darauf geachtet werden, daß es nicht erneut zu steuerlich bedingten starken Verzerrungen der Preisstruktur kommt. Das ließe sich durch die Einführung einer allgemeinen Verbrauchsteuer erreichen. In diesem Zusammenhang könnten in einem gewissen Umfang ermäßigte

Steuersätze auf lebensnotwendige Güter eingeführt werden.

Das Steuersystem ist so zu gestalten, daß die DDR beim internationalen Wettbewerb um anlagesuchendes Kapital nicht ins Hintertreffen gerät. Wenn sich die Unternehmensbesteuerung nicht als Bremse für Direktinvestitionen erweisen soll, muß sie sich sowohl bei den Vorschriften zur Ermittlung der Bemessungsgrundlagen, insbesondere der Gewinne, als auch bei der Tarifgestaltung an westlichen Mustern orientieren. Außerdem gilt es, dafür zu sorgen, daß private Unternehmen in steuerlicher Hinsicht nicht schlechter gestellt werden als staatliche Betriebe.

42. Schließlich sind Regelungen für die Kreditfinanzierung des Staatshaushaltes zu formulieren. Insbesondere muß die Finanzierung von Defiziten des Staates durch die Notenbank ausgeschlossen werden, damit eine stabilitätsorientierte Geldversorgung der Wirtschaft nicht durch die Finanzpolitik konterkariert werden kann. Die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte muß über den Kapitalmarkt erfolgen. Für diese marktmäßige Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand sollten Grenzen gesetzt werden. Eine solche Regelung könnte einer schnell anwachsenden Staatsverschuldung mit entsprechenden Zinsverpflichtungen entgegenwirken, die ihrerseits die Finanzierung dringend erforderlicher Infrastrukturinvestitionen in Frage stellen könnten. Es muß vermieden werden, daß die privaten Investitionen durch einen starken Auftrieb der Zinssätze behindert werden, mit dem bei einer hohen Kreditaufnahme des Staates zu rechnen ist.

IV. Anforderungen an den Reformprozeß: grundlegend, rasch, gleichzeitig

43. Ein Erfolg des wirtschaftlichen Reformprozesses in der DDR ist nur zu erwarten, wenn das Wirtschaftssystem grundlegend umgestaltet wird, wenn die notwendige Reform rasch eingeleitet und zügig durchgeführt wird und wenn die erforderlichen Reformschritte gleichzeitig realisiert werden.

Die grundlegende Reform ist notwendig, weil die bisherige Wirtschaftsordnung an ihren fundamentalen Konstruktionsmängeln gescheitert ist. Nicht eine graduelle Modifikation einzelner Prinzipien des Wirtschaftens hilft weiter, die Wirtschaftsordnung muß auf ein neues Fundament gestellt werden. Das Prinzip des Wettbewerbs, eine von staatlichen Eingriffen weitgehend befreite unternehmerische Aktivität und die Freizügigkeit des Wirtschaftsverkehrs im Inland wie mit dem Ausland bilden den Kern einer erfolgversprechenden neuen Wirtschaftsordnung in der DDR.

Dies zu realisieren, wird nicht einfach sein. Politische Traditionen und ideologische Prinzipien, Rücksichtnahme der DDR auf die Partnerstaaten des RGW, über 40 Jahre gewachsene Strukturen, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat, schaffen ein Beharrungspotential für die alte Ordnung. Widerstand gegen grundlegende Reformen wird insbesondere von denen ausgehen, die dem alten System ihre Stellung und ihren Einfluß verdanken. Aber auch manche Befürchtungen in der Bevölkerung über ungewisse Konsequenzen der neuen Wirtschaftsordnung könnten den Reformprozeß behindern. Die retardierenden Kräfte werden sich noch verstärken, wenn die Erfolge des Reformprozesses nicht schnell genug sichtbar werden oder gar Rückschläge eintreten.

Hier zeichnen sich Risiken ab. Die Gefahr ist gegeben, daß der Reformprozeß auf halbem Wege stecken bleibt, statt konsequent weitergeführt zu werden. Solche Risiken werden westliche Investoren in ihrem Kalkül berücksichtigen; die Bereitschaft zu Engagements in der DDR wird dadurch vorerst gedämpft bleiben. Das Vertrauen der Investoren wie auch der eigenen Bevölkerung in den Reformprozeß muß die DDR erst noch gewinnen. Ohne einen klaren, von weiten Kreisen der Bevölkerung getragenen und durch konkrete Reformschritte unterlegten Konsens über eine neue, eine marktwirtschaftliche Ordnung wird sich dieses Vertrauen nicht gewinnen lassen.

44. Für die Akzeptanz des Reformprozesses in der DDR ist das Tempo, mit dem sich die Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft vollzieht, wichtig. Die Mängel im Güterangebot, der Rückstand in der Arbeitsproduktivität und in der Wettbewerbsfähigkeit, die Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur und deren Verfall sind eindeutig der alten Wirtschaftsordnung anzulasten. Läuft der Reformprozeß zu langsam ab und stellen sich Reformerfolge daraufhin zu langsam ein, werden die dann verbleibenden Mängel sowie unvermeidbare Härten des Übergangsprozesses in der Sicht der Bevölkerung mehr und mehr der neu entstehenden Wirtschaftsordnung zugerechnet werden. Die neue Ordnung verliert ihre Strahlkraft, der Reformprozeß gerät in Mißkredit.

Solche Entwicklungen, die zu einer um sich greifenden Enttäuschung über die wirtschaftliche Neuorientierung in der DDR und dann zu verstärkten Abwanderungsbewegungen führen können, lassen sich nur vermeiden, wenn die Reform zügig vollzogen wird. Wenn auch Umstellungsprobleme bei der Neuordnung nicht zu vermeiden sind, müssen durch den raschen Vollzug der Reform doch Perspektiven für die baldige Überwindung der Schwierigkeiten geschaffen werden.

45. Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, daß die Elemente einer neuen Wirtschaftsordnung nicht isoliert voneinander gesehen werden dürfen. Nur im Verbund miteinander versprechen sie Erfolg.

Eine Unternehmensreform zielte ins Leere, wenn sie nicht zugleich von einer Preisreform begleitet würde, die es den Unternehmen ermöglicht und sie zwingt, knappheitsgerechte Preise zu kalkulieren. Eine Preisreform bliebe Stückwerk, wenn nicht zugleich für mehr Wettbewerb gesorgt würde und wenn nicht inflationäre Geldausweitung durch eine entsprechende Reform der Geldverfassung und des öffentlichen Finanzsystems unterbunden würde. Eine neue Geldverfassung setzt die Schaffung eines Kapitalmarktes voraus, damit die Geldschaffung und die Kapitalalloka-

tion voneinander getrennt werden können. Der Kapitalmarkt ist wiederum eine Voraussetzung für die Unternehmensreform, weil handelbare Eigentumstitel an Unternehmen geschaffen und zugleich marktwirtschaftliche Finanzierungsquellen für unternehmerische Investitionen erschlossen werden müssen.

Ein gradualistisches Vorgehen, welches, ausgehend von der bisherigen Wirtschaftsordnung, allmählich und unverbunden einzelne Reformelemente zu realisieren versucht, führt nicht zum Erfolg. Ein einzelnes Reformelement kann ohne den Bezug auf andere nicht nur nicht wirksam werden, sondern im schlimmsten Fall kann es — in den unpassenden ordnungspolitischen Rahmen gestellt — neue Fehlentwicklungen auslösen.

46. Ideal wäre es, wenn die einzelnen Reformen gleichzeitig vollzogen würden; dies ist jedoch nicht möglich. Nicht alles kann auf einmal bewältigt werden; mancher Reformschritt benötigt eine geraume Zeit, für die Vorbereitung, für die Durchführung und für das Wirksamwerden. Erforderlich ist daher zweierlei. Von Anfang an klar erkennbar muß die Reformkonzeption als System sein, in dem sich die einzelnen Maßnahmen in ihren Bezügen zueinander als stimmiges Ganzes zusammenfügen. Darüber hinaus wird ein Fahrplan benötigt, der Prioritäten für die Reform setzt und eine zweckmäßige Folge von Reformschritten entwickelt. Dies ist zu leisten, ohne daß die DDR dabei auf überzeugende praktische Vorbilder für eine erfolgreiche schrittweise Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln zurückgreifen könnte. Einige Grundsätze können immerhin genannt werden.

Erstens muß vordringlich der rechtlich-institutionelle Rahmen geschaffen werden, der die neue Wirtschaftsordnung prägen soll und innerhalb dessen sich die notwendigen Reformschritte vollziehen müssen. Hierzu zählen insbesondere die Eigentumsreform, die Gewährleistung der Gewerbefreiheit, die Schaffung eines Unternehmensrechtes einschließlich eines Insolvenzrechtes und eines Wettbewerbsrechtes, die Notenbankreform, die Schaffung eines adäquaten Steuersystems und die Entwicklung eines Systems der sozialen Sicherung.

Zweitens muß die Reform in den verschiedenen Teilbereichen (Unternehmensreform, Preisreform, Reform des Außenhandels, des Geldwesens einschließlich des Kapitalmarktes, der Finanzverfassung, der sozialen Sicherung) gleichzeitig begonnen und parallel weitergeführt werden. Ein Reformfahrplan, der die einzelnen Teilbereiche zeitlich hintereinanderreiht, würde kaum zum Ziel führen, weil er Zusammenhängendes auseinanderreißt.

Drittens muß innerhalb der einzelnen Teilbereiche der Reform mit denjenigen Schritten begonnen werden, die vergleichsweise leicht zu realisieren sind. Schwerer zu realisierende Schritte müssen trotzdem eingeleitet werden, auch wenn ihre Umsetzung erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein wird. Bei der Unternehmensreform lassen sich die Zulassung von privaten Unternehmensgründungen und die auch mehrheitliche Unternehmensbeteiligung von Gebietsfremden schnell verwirklichen. Ebenso notwendig, wenn auch nicht unmittelbar realisierbar sind die Entmonopolisierung der Wirtschaft durch Entflechtung der Kombinate und der Rückzug des Staates aus der unternehmerischen Aktivität. Bei der Preisreform sind schnell zu verwirklichen: erste Schritte zur Entzerrung der Preise durch Abbau der Subventionen und die Ausrichtung der Preise international handelbarer Güter an Preisrelationen am Weltmarkt. Eine schnelle Preisfreigabe in den Monopolbereichen ist hingegen nicht angezeigt. Hier werden Querbeziehungen sichtbar. Je schneller in den Monopolbereichen — durch Entmonopolisierung oder durch Öffnung für den internationalen Wettbewerb — Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, desto eher kann auch hier die Preisbildung freigegeben werden.

Viertens: Wenn auch die einzelnen Reformelemente ineinandergreifen, gibt es doch unterschiedliche Grade der Verflechtung. Die Elemente, die auf andere Reformbereiche in besonderem Maße ausstrahlen, müssen vorrangig verwirklicht werden. Hierzu zählen wir insbesondere die Verlagerung der Entscheidungskompetenz vom Staat auf die Unternehmen und die Schaffung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes.

47. Eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Reform in der DDR stellt die Abwanderung von Bürgern dar. Das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird auch nach der Einleitung einer beherzten Reform zunächst groß bleiben. Die daraus entstehenden Wanderungsbewegungen bedrohen den Reformprozeß selbst; denn Abwanderungen bedeuten einen empfindlichen Verlust des Produktionsfaktors Arbeit. Zwar mag sich globaler Arbeitskräftemangel vorübergehend noch in dem Maße mildern lassen, wie im Zuge der Wirtschaftsreform die Arbeitsproduktivität in der DDR gesteigert werden kann; und dies ist ja ein vordringliches Ziel der Reform. Doch treten bereits heute strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt auf, weil sich Abwanderungen auf bestimmte Regionen und auf bestimmte Qualifikationen konzentrieren. Darüber hinaus hat sich der Altersaufbau der Bevölkerung, der für das Funktionieren der Sozialversicherungssysteme besonders wichtig ist, bereits jetzt drastisch verschlechtert.

Trotzdem darf die Reisefreiheit für die Menschen nicht in Frage gestellt werden, auch dann nicht, wenn sich Abwanderungstendenzen fortsetzen. Wir teilen nicht die Auffassung, daß die Abwanderungen erst dann zu einem Ende kommen werden, wenn die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in der DDR mit denen in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar geworden sind. Abwanderungen wird am wirksamsten dadurch entgegengewirkt, daß die Reisefreiheit und die Freiheit zur Übersiedlung dauerhaft gesichert bleiben und daß zugleich ein konsequenter wirtschaftlicher Reformprozeß vollzogen wird, der die Erwartung einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in der DDR rechtfertigt.

V. Der Beitrag der Bundesrepublik zur Wirtschaftsreform in der DDR

1. Mobilisierung privaten Kapitals

48. Die Unterstützung des wirtschaftlichen Reformprozesses muß vorrangig durch Engagement der privaten Investoren und der Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland wie aus anderen westlichen Ländern erfolgen. Bleibt privates Kapital aus, wäre dies als Beleg dafür zu werten, daß sich die Investoren unter den von der DDR geschaffenen Bedingungen keine Ertragschancen ausrechnen oder die Risiken ihres Engagements, gemessen an den erwarteten Renditen, als zu hoch einschätzen. Es wäre in dieser Situation der falsche Weg, an die Stelle des ausbleibenden privaten Kapitals nun um so mehr öffentliche Mittel zu setzen; die für die Zurückhaltung des privaten Engagements verantwortlichen Mängel würden es zugleich verhindern, daß Kapital aus öffentlichen Kassen in der DDR effizient verwendet werden kann. Um es noch einmal zu betonen: Die Attraktivität für privates Kapital kann die DDR nur selbst durch eine adäquate Ausgestaltung ihrer Wirtschaftsordnung schaffen.

Vorsicht ist anzuraten, wenn die öffentliche Hand in der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Mobilisierung privaten Kapitals leisten soll; denn sie würde in aller Regel nur solche Kapitalanlagen in der DDR subventionieren müssen, die — bei den gegebenen Rahmenbedingungen — keine zu ihrem Risiko passenden Ertragschancen bieten. Die Gefahr wäre groß, daß es durch die Subventionierung zur Fehlallokation von Kapital kommt; zudem blieben Mitnahmeeffekte nicht aus, die öffentliche Mittel nicht zuletzt auch einer effizienten Hilfe für die DDR entziehen würden.

Investoren müssen bei Anlagen in der DDR auf absehbare Zeit Risiken eingehen, die sich nach Art und Umfang von denen unterscheiden, die mit Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland oder im westlichen Ausland verbunden wären. Die Risiken wurzeln in der Unsicherheit über den Fortgang des Reformprozesses und die dabei auftretenden Verwerfungen sowie etwaige Rückschläge; sie konzentrieren sich auf die Frage, wie schnell Erfolge eintreten werden. Da die neuartigen und wohl eher größeren Risiken in der Regel nicht durch entsprechend höhere Ertragserwartungen ausgeglichen werden, besteht hier eine Barriere für einen breiten Kapitaltransfer privater Anleger in die DDR.

Der Staat kann durch seine Förderung solche spezifisch politischen Risiken tragbar machen. Hierfür wird keine besondere „DDR-Förderung" benötigt. Der Bund könnte vielmehr auf die bereits vorhandenen Formen der Risikoabsicherung zurückgreifen und diese auf Anlagen und Kapitalengagements in der DDR ausdehnen.

2. Humanitäre und soziale Hilfen

49. Die Nachfrage der DDR-Bevölkerung nach Devisen — um damit Reisen in den Westen zu finanzieren und westliche Waren zu kaufen — kann von der DDR wegen ihrer engbegrenzten Devisenreserven nur in geringem Umfange befriedigt werden. Solange eine volle Konvertibilität der Mark der DDR nicht möglich ist, läßt es sich als eine Maßnahme der humanitären und sozialen Hilfe rechtfertigen, wenn die Bundesrepublik finanziell dazu beiträgt, daß die DDR-Bürger ihre nach Jahrzehnten wiedergewonnene Reisefreiheit nutzen können.

Der neu geschaffene Devisenfonds stellt einen geeigneten Rahmen für diese soziale Flankierung des Reformprozesses dar. Die Ausstattung mit rund 3 Mrd DM entspricht einem Betrag von 200 DM, den jeder DDR-Bürger im Tausch gegen Mark zum Kurs von 1 : 1 und 1 : 5 für jeweils 100 DM erhalten kann. Die Finanzierung übernimmt zu drei Vierteln die Bundesrepublik zu einem Viertel die DDR.

Das dem Devisenfonds aus dem Umtausch von D-Mark zufließende Volumen an Mark sollte im Gegensatz zu den bisherigen Vereinbarungen grundsätzlich nicht zur Finanzierung staatlicher Projekte in der DDR eingesetzt, sondern dem Geldumlauf entzogen werden. Auf diese Weise ließe sich das Problem des Geldüberhangs in der DDR verringern.

Einer sozialen Flankierung des wirtschaftlichen Reformprozesses durch Devisenhilfen des Bundes sind enge Grenzen gesetzt. Schon ein bescheidener Pro-Kopf-Betrag von jährlich nur 200 DM summiert sich zu Beträgen in Milliardenhöhe. Ginge man deutlich darüber hinaus, käme die sozial begründete Devisenhilfe alsbald in Konflikt zu der Unterstützung, die die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik beim Ausbau der Infrastruktur leisten können. Hier sind Abwägungen nötig, und sie sollten grundsätzlich zugunsten der investiven Ausgaben mit ihrer nachhaltigen Wirkung auf die Erneuerung der DDR-Wirtschaft ausfallen.

Soweit an weitergehende humanitäre Unterstützung gedacht wird, sollte sie über die Aufstockung des Devisenfonds geleistet werden. Diese zusätzlichen Mittel könnten der DDR-Bevölkerung zu einem variablen Umtauschkurs bereitgestellt werden.

Der Devisenfonds muß zeitlich begrenzt bleiben. Die Subventionierung von Konsumgüterkäufen der DDR kann nur eine Hilfe in der ersten Phase sein, in der die Reformen sich noch nicht breit auswirken können. Ohnehin wird der Fonds entbehrlich, sobald die Mark der DDR stark genug geworden ist, um voll konvertibel zu werden. Dies muß das schnell anzustrebende Ziel bleiben. Überdies wird nach ein bis zwei Jahren die Vorlaufphase für Projektauswahl und Projektplanung der ersten öffentlichen Investitionsvorhaben, an denen sich die Bundesrepublik finanziell beteiligen soll, abgeschlossen sein. Dann kommen auf die Bundesrepublik steigende Belastungen aus Finanzierungshilfen für Infrastrukturinvestitionen zu, die — wenn die Devisenhilfen aus dem Reisefonds beibehalten blieben — nicht in vollem Umfange finanzierbar wären.

50. Bürger der DDR können bestimmte soziale Leistungen der Bundesrepublik in Anspruch nehmen. Teilweise ist das erst möglich, wenn sie in die Bundes-

republik übersiedeln (so zum Beispiel bei der Rente oder beim Eingliederungsgeld). Teilweise stehen diese Leistungen auch Bürgern der DDR zu, die nur in die Bundesrepublik pendeln oder reisen (zum Beispiel Leistungen im Krankheitsfall). Welche Auswirkungen hiervon auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik ausgehen werden, ist derzeit nicht annähernd abzuschätzen. Hierzu wäre es nötig zu prognostizieren, wie sich etwa die Anzahl und die demographische Struktur der Übersiedler, die Pendlerströme und der Reiseverkehr bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Leistungen der Krankenversicherung künftig entwickeln werden. Verläßliche Annahmen hierzu gibt es nicht.

In der Öffentlichkeit wird aufgrund der Befürchtung, daß die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen durch Bürger der DDR und durch Übersiedler eine hohe Belastung der sozialen Sicherungssysteme verursachen könnte, eine Beschränkung ihrer Leistungsansprüche gefordert. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine solche Schlußfolgerung politisch und rechtlich haltbar ist oder es zu einer nicht gewünschten und nicht zulässigen Diskriminierung kommen würde. Aus ökonomischer Sicht ist zu beachten, daß solche Beschränkungen der Leistungsansprüche keineswegs immer die angestrebten Ergebnisse haben und daß sie nicht einmal durchweg gut begründbar sind.

51. Die Ansprüche von ehemaligen Bürgern der DDR an die sozialen Sicherungssysteme deutlich einzuschränken, würde die Probleme häufig nur verlagern. Übersiedlern würde die Eingliederung in die Bundesrepublik erschwert. Belastungen würden innerhalb der sozialen Sicherungssysteme zum Teil nur umverteilt, etwa von der Rentenversicherung zur Sozialhilfe. Wollte man Sozialleistungen strikt an den ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik binden, um Inanspruchnahmen durch Bürger in der DDR zu verhindern, würde dies dadurch unterlaufen werden, daß DDR-Bürger ihren Wohnsitz zum Schein in die Bundesrepublik verlagern. Auch die Beteiligung der DDR an den Kosten der Sozialleistungen für ihre ehemaligen Bürger, beispielsweise an den Rentenzahlungen, wäre derzeit nur eine Scheinlösung. Die DDR müßte hierfür Devisen aufwenden, über die sie nicht verfügt oder die sie für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Reformprozesses dringend benötigt. Am Ende müßte hier doch die Bundesrepublik einspringen.

Hinter der Forderung, Sozialleistungsansprüche für ehemalige DDR-Bürger zu begrenzen, steht gelegentlich die Vorstellung, damit könnten Anreize zur Übersiedlung in die Bundesrepublik abgebaut werden. Der Einfluß der Sozialleistungen auf den Zustrom arbeitsfähiger Übersiedler sollte allerdings nicht überschätzt werden, wie auch die Vorstellung, daß dieser Zustrom mit eingeschränkten Sozialleistungen gebremst werden könnte, wenig realistisch ist. Das primäre ökonomische Motiv der Übersiedler besteht darin, eine Beschäftigung in der Bundesrepublik aufzunehmen; denn am hohen Lebensstandard in der Bundesrepublik kann man vor allem so und nicht als Sozialleistungsempfänger teilhaben.

Überhaupt trifft nicht immer die Annahme zu, daß durch die Übersiedlung von DDR-Bürgern eine zusätzliche Belastung der Systeme der sozialen Sicherung eintreten muß. Dies gilt insbesondere bei der Rentenversicherung nicht. Unter den Übersiedlern sind nicht nur Menschen im Rentenalter, sondern hauptsächlich Menschen im Erwerbsalter; die Rentenversicherung gewinnt zugleich Leistungsempfänger und Beitragszahler hinzu. Da die Rentenleistungen nicht durch Auflösung eines Kapitalstocks, sondern im Umlageverfahren finanziert werden, entstehen durch den Übersiedlerstrom insoweit derzeit keine oder keine gravierenden Finanzierungsprobleme. Dies wäre allenfalls dann zu erwarten, und würde dann neue Überlegungen notwendig machen, wenn die Erwerbsquote bei den Übersiedlern signifikant unter der in der Bundesrepublik läge, was aber derzeit nicht der Fall ist.

Man darf diese Hinweise nicht dahingehend mißverstehen, als sei ein weiterer Zustrom von erwerbsfähigen Übersiedlern wünschenswert. Dies ist er nicht, und letztlich besteht der Sinn der Wirtschaftsreform in der DDR ja gerade darin, dort Lebensverhältnisse zu schaffen, die die Menschen zum Bleiben bewegen. Nur ist dafür die rigide Verweigerung von Sozialleistungen an die (ehemaligen) Bürger der DDR kein geeigneter Weg. Es soll hier auch nicht ausgeschlossen werden, daß im Einzelfall — etwa bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Krankenversicherung durch zugereiste DDR-Bürger — mißbräuchliche Nutzung vorkommt. Dem entgegenzuwirken, ist notwendig. Das erfordert pragmatische Lösungen im Einzelfall, aber keine generelle drastische Leistungseinschränkung gegenüber Menschen, die aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt sind, die hierher reisen oder hier als Arbeitnehmer einpendeln.

3. Finanzhilfen

52. Die Bundesrepublik hat sich bereit erklärt, die Reformen in der DDR mit staatlichen Finanzhilfen zu unterstützen. Sie sind komplementär zum privaten Kapitaltransfer, auf den es vor allem ankommt. Richtig eingesetzt können sie den Reformprozeß beschleunigen und so die Gesundung der DDR-Wirtschaft vorantreiben.

Da die staatlichen Hilfen begrenzt bleiben müssen, sind konkrete Vorstelllungen über

- den Umfang,
- die Verwendung sowie
- die Vergabe

der öffentlichen Mittel zu entwickeln.

Die Reformen werden nicht schon dadurch abgesichert, daß möglichst umfangreiche Zahlungen von der Bundesrepublik an die DDR geleistet werden. Sofern diese dazu dienen, die Mängel auszugleichen, die sich aus einer nur halbherzigen Reform des Wirtschaftssystems ergeben, gefährden sie sogar den Reformprozeß. Es kommt also entscheidend auf den effizienten Einsatz dieser Leistungen in der DDR an. Daher ist es notwendig, auch in der Bundesrepublik Kriterien für

das Ausmaß und die Art der Förderung mit öffentlichen Mitteln auszuarbeiten und mit der DDR intensiv über die Verwendung der Hilfen und die Abwicklung der Projekte zu verhandeln.

53. In welchem Umfange öffentliche Mittel für die Unterstützung der Reformen in der DDR bereitgestellt werden sollen, muß von Bund und Ländern grundsätzlich politisch entschieden werden. Dabei ist es notwendig, die neuen Belastungen in die Ausgabenplanung der Finanzpolitik einzufügen.

Hilfen für die DDR wurden bislang insbesondere vom Bund und von mehreren Bundesländern beschlossen oder angekündigt. Einen Überblick über die bereits beschlossenen und derzeit geplanten Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik enthält Anhang 3. Um eine größtmögliche Wirkung dieser Leistungen sicherzustellen, ist es notwendig, sie zu koordinieren und sie nicht, wie bisher, unabhängig voneinander auf den Weg zu bringen.

Eine Abstimmung über Förderungskriterien und Finanzierungsbedingungen erscheint auch über das Gebiet der Bundesrepublik hinaus, namentlich für die EG-Länder, wünschenswert. Einerseits dürfte es angesichts der Reformwelle in Osteuropa nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaftsförderung auf die DDR zu beschränken. Andererseits haben auch andere Staaten und die Europäischen Gemeinschaften eine Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der (vormals) sozialistischen Länder angekündigt.

54. Bei der Konkretisierung eines Finanzierungsrahmens für die Bundesrepublik sind kurzfristige und mittel- oder auch längerfristige Erwägungen zu unterscheiden. Größere Projekte werden, weil sie einer besonders sorgfältigen Auswahl und Vorbereitung bedürfen, nicht schnell ausgabenwirksam werden. Fürs erste können daher die Leistungen der Bundesrepublik vornehmlich durch eine Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben finanziert werden. Die notwendige Umwidmung der Haushaltsansätze wird dadurch erleichtert, daß sich die Standortbedingungen für die Unternehmen in Berlin und in den Zonenrandgebieten durch die Ereignisse in der DDR verbessern, so daß die entsprechenden Förderungsprogramme schrittweise abgebaut werden können. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die veränderten Verhältnisse Infrastrukturinvestitionen (zum Beispiel Straßenbau) im Grenzbereich notwendig machen, die ebenfalls Haushaltsmittel binden.

Aber auch über den Kreis der durch die Veränderung der Verhältnisse obsolet werdenden Ausgaben hinaus, müssen alle Ansätze der öffentlichen Haushalte daraufhin geprüft werden, ob sie angesichts der neuen Aufgaben, die der Bundesrepublik durch die Reformen in der DDR zuwachsen, noch so dringlich erscheinen, daß sie nicht zugunsten der Hilfen für die DDR gekürzt oder ganz gestrichen werden können.

55. Schon jetzt muß aber außerdem Klarheit darüber gewonnen werden, in welchem Umfang bereits Verpflichtungsermächtigungen für die Unterstützung der DDR-Wirtschaftsreform in die öffentlichen Haushalte einzustellen sind.

Wenn in der DDR die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen staatliche Hilfen aus der Bundesrepublik in größerem Umfang sinnvoll erscheinen, ist es nicht wahrscheinlich, daß das Ausgabevolumen, das sich aus heutiger Sicht durch Einsparungen in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik finanzieren läßt, ausreicht, um die Entwicklung in der DDR in einem angemessenen Umfang zu fördern. Noch ist allerdings offen, ob die politische Führung in der DDR schon bald die Voraussetzungen schaffen wird, um in größerem Umfange privates Kapital in der DDR und von außen anzuziehen. Bleibt das private Engagement zu gering, dann sind auch die zu ihnen komplementären staatlichen Aktivitäten wenig hilfreich.

Es besteht derzeit keine Veranlassung, den finanzpolitischen Kurs in der Bundesrepublik zu korrigieren. Insbesondere sollte an der anvisierten Unternehmensteuerreform, grundsätzlich aber auch an der Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung festgehalten werden. Beides ist deshalb geboten, weil es dazu dient, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in der Bundesrepublik zu stärken. Bei einem kräftigen Wirtschaftswachstum bestehen gute Aussichten dafür, daß das Steueraufkommen auch bei der von uns im Jahresgutachten 1989/90 (Ziffern 330 ff.) zur Diskussion gestellten Abschaffung einiger Abgaben und der weiteren Senkung von Steuertarifen stärker zunimmt, als es sich heute absehen läßt.

Wenn die Reformanstrengungen in der DDR eine günstige Perspektive verheißen und die eigenen Kräfte der DDR übersteigen, wird die Bundesrepublik besonders gefordert sein, den Erfolg der Reformen flankierend abzusichern. Um die Unterstützung rasch auszuweiten, kann es dann angezeigt erscheinen, die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik vorübergehend zu erhöhen. Ob dann später eventuell die Erhöhung von Steuertarifen in Betracht zu ziehen ist, läßt sich heute noch nicht überblicken.

56. Die Wirkung der Hilfen wird erhöht, wenn bei allen geförderten Projekten eine Eigenbeteiligung der DDR gefordert wird. Zum einen ist dann das Finanzvolumen für einen bestimmten Zweck insgesamt größer. Zum andern ist die beste Voraussetzung für eine effiziente Verwendung, wenn das Interesse an der Aktivität durch eigenes Finanzierungsengagement der DDR bekundet werden muß.

Die Reichweite der Haushaltsmittel von Gebietskörperschaften kann schließlich dadurch vergrößert werden, daß der Staat es Dritten ermöglicht, der DDR für bestimmte Verwendungen Kredite zu besonders günstigen Konditionen einzuräumen. Das kann beim ERP-Sondervermögen oder bei Projektträgern, etwa der Kreditanstalt für Wiederaufbau, durch Umwidmung der Mittel und/oder Erhöhung der Kapitalbereitstellung geschehen. Es ist auch daran zu denken, daß der Bund für Kredite, die die öffentliche Hand der DDR am Markt in der Bundesrepublik aufnimmt,

Bürgschaften übernimmt oder Zinszuschüsse gewährt.

57. Am leichtesten ist die Mittelbereitstellung in den Fällen zu begründen, in denen die wirtschaftlichen Aktivitäten der DDR auch im besonderen Interesse der Bundesrepublik liegen. Das gilt namentlich für bestimmte Umweltschutzinvestitionen in der DDR. Ganz unproblematisch sind die Hilfen aber selbst auf diesem Gebiet nicht; denn im zwischenstaatlichen Bereich sollte — nicht anders als im innerstaatlichen — prinzipiell das Verursacherprinzip gelten.

Wenn die Reformen in der DDR erfolgreich sind, werden sich die geleisteten Hilfen auch für die Bundesrepublik selbst positiv auswirken; denn eine Erholung der DDR-Wirtschaft eröffnet Wachstumschancen für die westdeutsche Wirtschaft. Impulse werden die Unternehmen in der Bundesrepublik vor allem aus dem erheblichen Nachholbedarf in der DDR bei der Kapitalbildung und im Konsum, aber auch durch die Verbesserung der Infrastruktur im grenznahen Bereich sowie aus einer Intensivierung der Arbeitsteilung empfangen.

58. In den Förderungskatalogen der öffentlichen Hände für die DDR sollten die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (einschließlich großer Teile der Umwelt) die höchste Priorität erhalten. Unter den zahlreichen Möglichkeiten, die sich auf diesem Felde zur Hilfe bieten, sollten die Vorhaben ausgewählt werden, von denen anzunehmen ist, daß ohne deren Realisierung private Investitionen nicht in Gang kommen. Weil ohne diese unternehmerische Initiative mit einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der DDR nicht zu rechnen ist, rechtfertigt sich der Vorrang einer staatlichen Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen als eine Art der Hilfe zur Selbsthilfe.

Im zweiten Rang bei der Förderung der Reformen in der DDR mit öffentlichen Mitteln hat die Unterstützung im humanitären Bereich zu stehen. Hier ist vor allem an die Verbesserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für freizügiges Reisen in Deutschland zu denken.

Auf den letzten Platz der Prioritätenliste gehört die öffentliche Förderung privater Investitionen. Es geht hier vorzugsweise um die Anregung von Initiativen mittelständischer Unternehmen, wie sie im Rahmen der Programme des ERP-Sondervermögens und der Kreditanstalt für Wiederaufbau auch für Unternehmen in der Bundesrepublik vorgesehen ist.

59. Damit die Finanzhilfen an die öffentlichen Haushalte der DDR effizient verwendet werden, müssen folgende Grundsätze beachtet werden:

- Die öffentlichen Körperschaften in der Bundesrepublik beteiligen sich nur an der Finanzierung konkreter Projekte, stellen also grundsätzlich keine Mittel zur freien Verfügung der DDR bereit. Durch die Projektbindung soll zum einen eine Konzentration der Hilfen auf ausgewählte Bereiche erreicht und einem Versickern der Leistungen entgegengewirkt werden. Zum anderen erfordert die Projektbindung eine klare Prioritätensetzung, da die Beträge, die zur Förderung der Reformen in der DDR aufgebracht werden können, weit hinter deren Finanzbedarf zurückbleiben müssen.

- Es werden keine Aktivitäten mitfinanziert, die der privaten Initiative überlassen bleiben müssen. Die staatliche Förderung sollte sich deshalb auf die Verbesserung der Infrastruktur und des Umweltschutzes konzentrieren.

- Die Bundesrepublik beschränkt ihre Unterstützung jeweils auf eine Teilfinanzierung; die DDR leistet einen eigenen Finanzierungsbeitrag. Die Hilfen werden nicht auf Dauer geleistet, sondern zeitlich begrenzt. Damit soll einerseits das Interesse der DDR an einer sinnvollen Auswahl der Projekte erhöht, andererseits einer Subventionsmentalität entgegengewirkt werden.

- Aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR werden gemeinsame Kommissionen gebildet, die die Projekte auswählen und ihre Abwicklung begleiten.

60. Es gibt Vorschläge, die Deutsche Bundesbank in die Unterstützung für die DDR einzubeziehen, sei es, daß die Bundesbank zu bestimmten Kursen Mark der DDR aufkauft, sei es, daß Bundesbankgewinne für Projekte und Ausgabenprogramme in der DDR mobilisiert werden.

Diese Vorschläge sind verfehlt. Der Austausch zwischen D-Mark und Mark der DDR ist kein währungspolitischer Vorgang, der in den Zuständigkeitsbereich der Deutschen Bundesbank fiele. Die Mark der DDR ist eine reine Binnenwährung und nur sehr eingeschränkt konvertibel. Die Errichtung eines Devisenfonds belegt ja gerade, daß nach Auffassung der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR ein freier Austausch der beiden Währungen zu marktgerechten Konditionen vorerst nicht möglich oder zumindest nicht wünschenswert ist. Wenn die Regierungen im Rahmen des Fonds eine Tauschmöglichkeit von Mark in D-Mark einräumen, so geschieht das aus den erwähnten humanitären Gründen und muß vom Bund aus seinem Haushalt finanziert werden.

Der Vorschlag, Bundesbankgewinne zur Finanzierung bestimmter Projekte in der DDR, etwa im Umweltschutz, heranzuziehen, kann nicht gutgeheißen werden. Wenn es der politische Wille ist, gemeinsam mit der DDR Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen, so muß das auf der Seite der Bundesrepublik — wie andere Aufgaben auch — aus Haushaltsmitteln finanziert werden. Vollends in die Irre geht der Vorschlag, Mittel der Bundesbank durch eine neue, höhere Bewertung der Gold- und Devisenbestände zu mobilisieren. Die dadurch in Umlauf gebrachten buchmäßig zugewonnenen Mittel stellten eine inflationäre Geldschöpfung dar.

Hilfe der Bundesbank für den wirtschaftlichen Reformprozeß in der DDR kann vor allem im administrativen Bereich liegen: beim Aufbau eines Kreditbankensystems, bei der Schaffung eines Kapitalmarktes, bei der Entwicklung von monetären Steuerungsin-

strumenten und bei der Errichtung von Institutionen der Bankenaufsicht.

VI. Die Wirtschaftsreform in der DDR als Element einer gesamteuropäischen Ordnung

61. Die Mitwirkung der Bundesrepublik an der Wirtschaftsreform in der DDR darf nicht als eine bilaterale Aufgabe aufgefaßt werden. Die Bundesrepublik ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaften und hat von daher bestimmte Verpflichtungen zu erfüllen. Die DDR gehört ebenso wie die osteuropäischen Länder, die vor einer Reform ihrer wirtschaftlichen und politischen Ordnung stehen, zum RGW. Die umfassende Aufgabe, zu der die Bundesrepublik das ihre beizutragen hat, ist der Brückenschlag zwischen West und Ost durch die Schaffung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung in Gesamteuropa, in der sich eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten entwickeln wird. Das Vorhaben „Binnenmarkt 92" muß durch die Vision „Gesamteuropa" ergänzt werden: Bis dahin müssen die in der DDR und den osteuropäischen Ländern jetzt anlaufenden Wirtschaftsreformen ihre erste, kritische Phase durchlaufen haben, und ihr Erfolg muß sich abzeichnen.

62. Das Engagement der Bundesrepublik darf nicht zu Lasten ihres Einsatzes für das Gelingen der westeuropäischen Wirtschaftsintegration gehen. Auch nachdem die osteuropäischen Staaten wirtschaftliche Reformprozesse eingeleitet haben, bleibt der europäische Binnenmarkt eine entscheidende Voraussetzung für die intensivere Arbeitsteilung in Europa und damit für die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Eine erfolgreiche westeuropäische Wirtschaftsintegration liegt auch im Interesse der DDR und der osteuropäischen Länder. Eine prosperierende westeuropäische Wirtschaft bietet für sie gewaltige Absatzmöglichkeiten. Eine wirtschaftlich starke Gemeinschaft ist am ehesten in der Lage und bereit, den Reformprozeß in diesen Ländern wirksam zu unterstützen und dadurch voranzubringen. Und umgekehrt nutzt das Gelingen der Wirtschaftsreformen in der DDR und den osteuropäischen Ländern auf lange Sicht auch den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

63. Wenn das Zusammenwachsen der europäischen Volkswirtschaften gelingen soll, müssen die Märkte in Ost und West offen sein. Die Bundesrepublik sollte ihren Einfluß in den Entscheidungsgremien der Europäischen Gemeinschaften dafür einsetzen, daß protektionistische Bestrebungen nicht Raum gewinnen, damit der Weg zu einer künftigen gesamteuropäischen Wirtschaftsordnung nicht verbaut wird.

Aus heutiger Sicht läßt sich schwer abschätzen, welche Beschränkungen sich aus der Einbindung der DDR in den RGW ergeben werden. Man sollte hier nicht pessimistisch sein. Auch im RGW ist ein Umbruch im Gange; eine Reihe von Mitgliedsländern strebt eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Westen an. Eine solche Öffnung liegt letztlich auch im Interesse der Sowjetunion als der dominanten Macht im RGW.

VII. Wirtschaftsreformen und politische Einheit

64. Das Gutachten geht vom gegenwärtigen politischen Status aus. So lange die politische Autonomie der beiden deutschen Staaten besteht, das Ziel der deutschen Einheit aber gewollt ist, sollten alle Möglichkeiten der politischen Kooperation mit Blick auf dieses Ziel intensiv genutzt werden. Wichtig ist es vor allem, in geeigneten Institutionen den Übergang zur Einheit von Staats- und Wirtschaftsraum vorzubereiten.

In einem wiedervereinigten Deutschland erhielte die Aufgabe, den wirtschaftlichen Rückstand im Gebiet der heutigen DDR abzubauen, einen völlig anderen Charakter: Sie wird zu einer Aufgabe der wirtschaftlichen Integration der beiden Staaten zu einem Gesamtstaat. Ihre Lösung wird entscheidend erleichtert, weil für beide Gebietsteile dann dieselbe Wirtschaftsverfassung gültig ist. Die heute aus der Verschiedenartigkeit der beiden Wirtschaftsverfassungen sich ergebenden Beschränkungen des Zustromes von Kapital, technologischem Wissen und anderen Schlüsselfaktoren fallen fort.

Anhang

Seite

1. Wirtschaftliche Strukturdaten für die DDR und die Bundesrepublik im Vergleich 298

2. Synopse der Reformelemente 303

3. Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für die DDR 304

Anhang 1

Wirtschaftliche Strukturdaten für die DDR und die Bundesrepublik im Vergleich*)

Position	Maß-einheit	DDR*)		Bundesrepublik	
		1970	1988	1970	1988
Bevölkerung					
Insgesamt[1]	1 000	17 068[a]	16 675	61 001	61 715
davon:					
— Männer	vH	*46,1[a]*	*47,8*	*47,7*	*48,0[b]*
— Frauen	vH	*53,9[a]*	*52,2*	*52,3*	*52,0[b]*
Altersstruktur: bis 15 Jahre	vH	*23,3*	*19,5*	*23,2*	*14,6[b]*
15 bis 65 Jahren	vH	*61,1*	*67,4*	*63,6*	*70,1[b]*
65 und älter	vH	*15,6*	*13,3*	*13,3*	*15,3[b]*
Bevölkerungsdichte	je km²	158	154	244	248
Beschäftigung					
Berufstätige bzw. Erwerbspersonen[2]					
Insgesamt	1 000	7 769	8 594	26 817	29 681
davon: (Anteile in vH)					
— Männer	vH	*51,7*	*51,1*	*64,1*	*60,3*
— Frauen	vH	*48,3*	*48,9*	*35,9*	*39,7*
Erwerbsquoten[3]					
Insgesamt	vH	*45,5*	*51,5*	*44,0*	*48,1*
davon:					
— Männer	vH	*51,1*	*55,1*	*59,1*	*60,7*
— Frauen	vH	*40,7*	*48,3*	*30,2*	*37,0*
Berufstätige bzw. Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen[4]					
Insgesamt	1 000	7 769	8 594	26 560	26 079
davon (Anteile in vH):					
— Land- und Forstwirtschaft	vH	*12,8*	*10,8*	*8,5*	*4,9*
— Produzierendes Gewerbe[5]	vH	*42,0[c]*	*40,5[c]*	*40,2*	*33,6*
— Baugewerbe	vH	*6,9*	*6,6*	*8,7*	*6,6*
— Sonstige Wirtschaftsbereiche[6]	vH	*38,3*	*42,1*	*42,6*	*55,0*
Sozialprodukt/Produktivität[7][8]					
Produziertes Nationaleinkommen in Preisen von 1985					
— Insgesamt	Mrd M	121,6	268,4	.	.
— Je Einwohner	M	7 126	16 105	.	.
Nettoprodukt der produzierenden Wirtschaftsbereiche in Preisen von 1985[8]					
— Insgesamt	Mrd M	130,6	278,4	.	.
— Je Berufstätigen	M	16 811	32 397	.	.
— Nach Wirtschaftsbereichen (Anteile in vH):					
Land- und Forstwirtschaft	vH	*17,3*	*9,8*	.	.
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	vH	*56,4*	*64,9*	.	.
Baugewerbe	vH	*7,6*	*7,4*	.	.
Sonstige Wirtschaftsbereiche[6]	vH	*18,7*	*17,8*	.	.

Fußnoten siehe Seite 302.

noch Anhang 1

Position	Maß-einheit	DDR *)		Bundesrepublik	
		1970	1988	1970	1988
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980					
— Insgesamt	Mrd DM	.	.	1 134,0	1 701,8
— Je Einwohner	DM	.	.	18 590	27 575
Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft in Preisen von 1980					
— Insgesamt	Mrd DM	.	.	1 080,6	1 645,2
— Je Erwerbstätigen	DM	.	.	40 683	63 086
— Nach Wirtschaftsbereichen (Anteile in vH):					
Land- und Forstwirtschaft	vH	.	.	*2,6*	*2,2*
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	vH	.	.	*40,1*	*34,2*
Baugewerbe	vH	.	.	*8,3*	*5,7*
Sonstige Wirtschaftsbereiche[6])	vH	.	.	*49,0*	*58,0*
Bruttoinvestitionen (in Preisen von 1985 bzw. von 1980)	Mrd M/ Mrd DM				
— Insgesamt	Mrd DM	43,7	77,0	316,3	365,6
— Anlageinvestitionen	Mrd M/ Mrd DM	41,1	72,6	291,9	352,2
davon (Anteile in vH):					
— Ausrüstungen	vH	*51,8*	*60,7*	*34,9*	*43,8*
— Bauten	vH	*48,2*	*39,3*	*65,1*	*56,2*
Primärenergieverbrauch der Volkswirtschaft					
— Insgesamt	Petajoule	3 017	3 751	9 870	11 425
— Je Einwohner	t SKE	6,03	7,68	5,52	6,32
— Nach Energieträger (Anteile in vH)					
darunter: — Braunkohle	vH	*75,9*	*71,7*[d])	*9,1*	*8,1*
— Steinkohle	vH	*10,6*	*4,2*[d])	*28,8*	*19,2*
— Mineralöle	vH	*12,6*	*8,7*[d])	*53,1*	*42,0*
— Naturgase	vH	*0,6*	*10,8*[d])	*5,5*	*16,2*
— Kernenergie	vH	*0,2*	*4,0*[d])	*0,6*	*12,0*
Einkommen, Geldvermögen und Versorgung der Privaten Haushalte					
Durchschnittliches monatliches Bruttoarbeitseinkommen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen[9])					
— Industrie bzw. Verarbeitendes Gewerbe	M/DM	770	1 292	1 175	3 657
— Baugewerbe	M/DM	833	1 287	1 118	2 958
— Land- und Forstwirtschaft	M/DM	710	1 197	864	2 597
— Handel	M/DM	668	1 134	950	2 893
— Verkehr und Nachrichtenübermittlung	M/DM	806	1 405	1 283	3 311
Nettogeldeinnahmen bzw. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[10])	Mrd M/ Mrd DM				
— Insgesamt	Mrd DM	79,4	162,6	432,3	1 343,1
— Je Einwohner und Monat	M/DM	388	813	591	1 814
Private Ersparnis je Einwohner und Monat	M/DM	23[e])	57[e])	87[f])	252[f])
Sparquote[11])	vH	*6,0*	*7,0*	*14,7*	*13,9*

Fußnoten siehe Seite 302.

noch Anhang 1

Position	Maß-einheit	DDR*)		Bundesrepublik	
		1970	1988	1970	1988
Bargeldumlauf und Geldvermögen der Privaten Haushalte					
Bargeldumlauf	Mrd M/				
— Insgesamt	Mrd DM	7,4	15,6	36,9[g])	142,6[g])
— Je Einwohner	M/DM	434	937	605	2 311
Sparguthaben bei Kreditinstituten	Mrd M/				
— Insgesamt	Mrd DM	52,1	151,6	193,2[h])	714,6[h])
— Je Einwohner	M/DM	3 055	9 091	3 167[h])	11 579[h])
Geldvermögen[12])	Mrd M/				
— Insgesamt	Mrd DM	65,6	183,8	494,3	2 514,7
— Je Einwohner	M/DM	3 842	11 022	8 103	40 747
Ausstattungsgrad der Haushalte mit Gebrauchsgütern[13])					
Personenkraftwagen	vH	*16*	*52*	*51*	*97*
Fernsehempfänger	vH	*69*	*96*	*93*	*98*
darunter: Farbfernsehempfänger	vH	*0*	*52*	*4*	*94*
Telefon	vH	*6[i])*	*9[i])*	*20*	*98*
Kühlschränke	vH	*56*	*99*	*94*	*82[i])*
Gefrierschränke	vH	*1*	*43*	*19*	*77*
Waschmaschine	vH	*54*	*99*	*38*	*99*
Wohnungsversorgung					
Wohnungsbestand	1 000	6 057[k])	7 002	20 807	26 279,5[m])
Wohnfläche je Einwohner	m^2	20,6[k])	27,0	23,8	35,5
Ausstattungsmerkmal des Wohnungsbestandes					
— Bad/Dusche	vH	*39[k])*	*79*	*72[l])*	*96[m])*
— Innen-WC	vH	*39[k])*	*72*	*79[l])*	*98[m])*
Staatshaushalt (einschl. Sozialversicherung) bzw. Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)[4])					
Einnahmen	Mrd M/				
— Insgesamt	Mrd DM	70,6	269,7	265,48	945,57
— Je Einwohner	M/DM	4 137	16 174	4 352	15 322
Ausgaben	Mrd M/				
— Insgesamt	Mrd DM	70,0	269,5	264,13	990,77
— Je Einwohner	M/DM	4 098	16 160	4 330	16 054
darunter für:					
Maßnahmen zur Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung					
— Insgesamt (1971/1988)	Mrd M	8,5	49,8	.	.
darunter für: Lebensmittel	Mrd M	5,5	31,9	.	.
Industriewaren	Mrd M	0,8	11,9	.	.
Verkehrsleistungen	Mrd M	1,7	5,0	.	.
Außenhandel (Waren)					
Ausfuhr	Mrd VM[14])/				
— Insgesamt	Mrd DM	19,2	90,2	125,3	567,7
davon: in sozialistische Länder bzw. Staatshandelsländer	vH	*73,9*	*69,5*	*4,3*	*4,4*
in die übrigen Länder	vH	*26,1*	*30,5*	*95,7*	*95,6*

Fußnoten siehe Seite 302.

noch Anhang 1

Position	Maß-einheit	DDR*)		Bundesrepublik	
		1970	1988	1970	1988
Einfuhr					
— Insgesamt	Mrd VM[14])/ Mrd DM	20,4	87,2	109,6	439,6
davon: aus sozialistischen Ländern bzw. Staatshandelsländern	vH	*69,4*	*68,7*	*4,0*	*4,7*
aus den übrigen Ländern	vH	*30,6*	*31,3*	*96,0*	*95,3*
Innerdeutscher Handel					
Lieferungen	Mrd DM	.	.	2,4	7,2
Bezüge	Mrd DM	.	.	2,0	6,8
Warenstruktur der Ausfuhr/Einfuhr (Anteile in vH)					
Nach Erzeugnishauptgruppen[15])					
davon:					
Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel	vH	*51,7/34,2*	*47,6/37,0*	. .	. .
Brennstoffe, mineral. Rohstoffe, Metalle	vH	*10,1/27,6*	*15,1/33,5*	. .	. .
Andere Rohstoffe	vH	*7,4/28,1*	*7,0/14,1*	. .	. .
Industrielle Konsumgüter	vH	*20,2/ 4,5*	*16,4/ 5,7*	. .	. .
Chemische Erzeugnisse, Düngemittel etc.	vH	*10,6/ 5,6*	*13,9/ 9,7*	. .	. .
Nach Warengruppen[16])					
davon:					
Güter der Ernährungswirtschaft	vH	. .	. .	*3,5/19,1*	*5,1/12,1*
Rohstoffe und Halbwaren	vH	. .	. .	*10,2/29,6*	*6,9/18,3*
Vorerzeugnisse	vH	. .	. .	*18,4/15,5*	*17,1/15,1*
Enderzeugnisse	vH	. .	. .	*67,4/34,4*	*70,6/52,7*
darunter:					
— Maschinen	vH	. .	. .	*21,0/ 7,8*	*17,6/ 9,7*
— Kraftfahrzeuge	vH	. .	. .	*14,4/ 4,4*	*18,0/ 7,9*
— elektrotechnische Erzeugnisse	vH	. .	. .	*9,6/ 5,2*	*10,5/ 9,3*
Preise					
Index der Lebenshaltung					
Insgesamt	1970 = 100	100	99,5	100	197,7
darunter: Nahrungs- und Genußmittel[17])	1970 = 100	100	102,0	100	178,1
Mieten und Pachten[18])	1970 = 100	100	98,9	100	218,2
Strom, Gas und Wasser[19])	1970 = 100	100	100,0	100	222,3
Ausgewählte Einzelhandelsverkaufspreise, Gebühren und Tarife (in M/DM)					
— Kartoffeln	5 kg	0,85	0,85	2,58	4,94
— Roggenmischbrot	kg	0,52	0,52	1,30	3,17
— Rindfleisch zum Schmoren	kg	9,80	9,80	10,04	17,19
— Frischmilch	1 l	0,72	0,68	0,74	1,20
— Butter	1 kg	9,60	9,60	7,50	8,60
— Filterzigaretten	Stück	0,16	0,16	0,09	0,21
— Bohnenkaffee	kg	70,00	70,00	16,84	17,86
— Kinderhalbschuhe	1 Paar	16,30	18,50	24,10	60,60
— Damenstrumpfhosen	1 Stück	17,60	14,00	4,20	5,23
— Waschmaschinen (Vollautomat)	1 Stück	1 450,00	2 300,00	829,00	981,00

Fußnoten siehe Seite 302

noch Anhang 1

Position	Maß-einheit	DDR *)		Bundesrepublik	
		1970	1988	1970	1988
— Kühlschrank, 125 l bzw. 160 l	1 Stück	1 250,00	1 425,00	293,00	559,00
— Gefrierschrank, 90 l bzw. 300 l	1 Stück	.	2 090,00	.	1 023,00
— Fernsehempfänger, Color	1 Stück	.	4 900,00	.	1 539,00
— Braunkohlenbriketts	50 kg	3,53	3,51	6,92	20,55
— Eisenbahnfahrt, 2. Klasse	km	0,08	0,08	0,085	0,21
— Straßenbahnfahrt	1 Fahrt	0,20	0,20	0,66	2,07
— Briefsendung	20 g	0,20	0,20	0,30	0,80
— Strom (Haushaltstarif)	1 kWh	0,08	0,08	0,18	0,42
— Stadtgas (Haushaltstarif)	1 m^3	0,16	0,16	0,41	0,34
— Monatsmiete Neubau 2 Zimmer bzw. 3 Zimmer, Küche, Bad, Zentralheizung	1	.	75,00	285,00	411,00

*) Für die DDR: Nachweis ausschließlich auf Basis der offiziellen Statistiken, über deren Aussagefähigkeit keine zuverlässigen Angaben gemacht werden können.

1) Bevölkerungsstand jeweils am Jahresende.

2) DDR: Ohne Lehrlinge (Stand 30. September). Bundesrepublik: Erwerbstätige und Arbeitslose (Mikrozensusergebnisse).

3) Berufstätige bzw. Erwerbspersonen in vH der Bevölkerung.

4) Bundesrepublik: Nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

5) Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau.

6) Bundesrepublik: Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und Private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. DDR: Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Handel, sonstige produzierende Bereiche, nichtproduzierende Bereiche.

7) Die DDR folgt bei ihrer Sozialproduktsberechnung im Gegensatz zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik nicht dem SNA-Konzept sondern — wie auch die anderen RGW-Länder — dem Konzept des „Material Product System" (MPS), das bedeutet: Der große Bereich der Dienstleistungen (laut Definition unproduktive Leistungen/nichtproduzierender Bereich) bleibt außer Betracht und die in diesem Bereich erzielten Umsätze und Einkommen werden nicht als Produktion sondern als Umverteilung der Einkommen angesehen, die in der „materiellen Sphäre" entstehen. Wenn man vom Bruttosozialprodukt — berechnet nach dem SNA-Konzept — die Abschreibungen und die Beiträge der Dienstleistungsbereiche, das heißt die der nichtproduzierenden Wirtschaftsbereiche abzieht, entspricht die Größe etwa dem „Nationaleinkommen" nach MPS-Konzept. Generell ist jedoch zu bemerken, daß auch bei solchen fiktiven Absetzungen zwischenstaatliche Vergleiche nur sehr eingeschränkt möglich sind.

8) Für die DDR also ohne große Teile des Dienstleistungsbereichs.

9) Für die DDR: Vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte; Land- und Forstwirtschaft: Landwirtschaft; Handel: Sozialistischer Konsumgüterhandel; nur Verkehr, ohne Nachrichtenübermittlung. Für die Bundesrepublik: Bruttolohn- und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer.

10) DDR: Bruttoarbeitseinkommen, Renten und sonstige Unterstützungen, abzüglich Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Bundesrepublik: Masseneinkommen (Nettolöhne und -gehälter, Sozialrenten, Übertragungen vom Staat und Beamtenpensionen netto abzüglich Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat) zuzüglich der Vermögenseinkünfte aller privaten Haushalte sowie der Privatentnahmen der Selbständigen, abzüglich Einkommensübertragungen an das Ausland.

11) Ersparnis in vH der Nettogeldeinnahmen bzw. des verfügbaren Einkommens.

12) Bargeldhaltung, Geldanlage bei Banken und Versicherungen, Geldanlage in Wertpapieren.

13) DDR: Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende Konsumgüter vorhanden sind, bezogen auf 100 Haushalte; Bundesrepublik: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen.

14) Die „Valutamark" (VM) ist eine fiktive, zu statistischen Zwecken verwendete Rechengröße, eine Kaufkraftrelation zur DM besteht nicht. Nach dem (fiktiven) Goldgehalt entspricht 1 Rubel 4,67 Valutamark (Ende März 1988 betrug nach der Notierung der sowjetischen Staatsbank 1 DM = 0,3561 Rubel).

15) Für die DDR entsprechend der einheitlichen Warennomenklatur des Außenhandels der RGW-Länder.

16) Für die Bundesrepublik in der Gliederung nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik.

17) Für die Bundesrepublik: Ernährung.

18) Für die Bundesrepublik: Wohnung.

19) Für die Bundesrepublik: Heizung und Beleuchtung.

a) Ergebnis am Stichtag der Volkszählung.

b) Ergebnis der Volkszählung am 25. Mai 1987.

c) Industrie, Handwerk und sonstige produzierende Zweige (ohne Bau).

d) 1985.

e) Veränderung des Bargeldumlaufs, der Sparguthaben sowie der Guthaben in sparwirksamen Personenversicherungen.

f) Einschließlich der Ansprüche gegenüber betrieblichen Pensionsfonds.

g) Für die Bundesrepublik Bargeldumlauf insgesamt, ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und Münzen.

h) Spareinlagen inländischer Privatpersonen (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

i) Je 100 Einwohner 1970 und 1984.

j) Nur Kühlschränke; Kühl- und Gefrierkombinationen 1988: 24 vH.

k) 1971: Ergebnis am Stichtag der Zählung.

l) Gebäude- und Wohnungszählung, Oktober 1968.

m) Gebäude- und Wohnungszählung, Mai 1987.

Anhang 2

Synopse der Reformelemente

Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Betätigung	Preisbildung	Reform des Geld- und Kreditwesens	Reform der Finanzverfassung
— Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf die Unternehmen über Preise und Produktionsmengen Betriebsschließungen Personalbestand Investitionsprojekte Außenhandel — Gewerbefreiheit, private Unternehmensgründungen — Wettbewerbsrecht — Gesicherte Eigentumsrechte — Unternehmensgründungen durch Gebietsfremde — Beteiligungsformen für Unternehmen — Zerlegung der Kombinate — Privatisierung von Staatsbetrieben — Insolvenzrecht — Soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit	— Ablösung der Preissetzung der zentralen Wirtschaftsplanung durch Marktpreisbildung — Abbau der Preissubventionen und der produktgebundenen Abgaben — Soziale Flankierung der Preisreform — Lohnreform Bisherige Löhne als Mindestlöhne Individuelle Arbeitsverträge Kollektivvereinbarungen	— Abbau des Geldüberhangs Verkauf von Vermögenswerten (Unternehmensbeteiligungen, Wohnungseigentum) an die Bevölkerung Preisniveaueffekt der Preisreform Devisenfonds und Ausgabe von Staatsschuldpapieren Ausgabe von Staatsschuldtiteln — Notenbankreform Unabhängigkeit Stabilitätsverpflichtung Instrumentarium für die Steuerung des Geldumlaufs — Zweistufiges Bankensystem — Kapitalmarkt/Kreditmarkt Markt für Beteiligungstitel und Rentenpapiere Eigenverantwortliche Kreditvergabe der Geschäftsbanken — Wechselkurs Fester Wechselkurs zur D-Mark — Konvertibilität Ausländerkonvertibilität sofort Freier Transfer für ausländische Investoren Vorübergehende Konvertibilitätsbeschränkungen für privaten Kapitalexport	— Unterstützung der Preisreform durch Abbau von Subventionen und produktgebundenen Abgaben — Reform des Steuersystems Unternehmensbesteuerung Einkommensbesteuerung Verbrauchsbesteuerung — Begrenzung für die Kreditaufnahme des Staates

Anhang 3

Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für die DDR

1. Beschlossene Maßnahmen

Kooperationsabkommen

Abschluß eines Kooperationsabkommens zur Förderung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit.

Bildung von gemeinsamen Fachkommissionen

Neubildung von Fachgruppen in folgenden Bereichen:
- wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit (Gemeinsame Wirtschaftskommission)
- Normen, Patente und gewerblicher Rechtsschutz
- Energie
- Tourismus
- ungeklärte Vermögensfragen
- Postwesen und Telekommunikation
- Verkehrswegeplanung
- Städtebau
- regionale Zusammenarbeit
- kulturelle Zusammenarbeit
- Rechtshilfe
- Rundfunk, Fernsehen, Presse
- Umweltschutz
- Kernenergienutzung

Die meisten Arbeitsgruppen haben im Januar 1990 ihre Gespräche aufgenommen. Bereits bestehende Kommissionen (Gesundheitswesen, Verkehr und Transitverkehr, Wissenschaft und Technik) bleiben erhalten.

Errichtung eines Devisenfonds

Seit dem 1. Januar 1990 können DDR-Bürger einmal jährlich 200 DM (Kinder unter 14 Jahre: 100 DM) im Austausch gegen DDR-Mark erwerben. Der Umtauschkurs wird auf 1 : 1 für die ersten 100 DM (Kinder: 50 DM) und 1 : 5 für den restlichen Betrag festgelegt. Die erforderlichen DM-Beträge werden von der Bundesrepublik (2,15 Mrd DM) und der DDR (0,75 Mrd DM) bereitgestellt. Das Begrüßungsgeld wird gestrichen.
Die Gegenmittel des Fonds sollen durch die Bundesregierung und die Regierung der DDR gemeinsam zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen in der DDR verwendet werden.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Die Bundesbank gibt bekannt, daß sie Anträgen auf die Eröffnung von Repräsentanzen westdeutscher Banken und Firmen in der DDR grundsätzlich zustimmen werde.

Finanzhilfen, Bürgschaften

Bund

- Aufstockung des ERP-Sondervermögens aus Mitteln des Bundeshaushalts um 2 Mrd DM zur Förderung von Investitionen in der DDR. Mit ergänzenden Kreditaufnahmen können damit insgesamt bis zu 6 Mrd DM an zinsgünstigen Krediten bereitgestellt werden. Gefördert werden Existenzgründungen in der DDR, Investitionen in den Umweltschutz, in die Modernisierung von Anlagen sowie im Bereich des Tourismus.
- Erhöhung des Bürgschaftsrahmens der Treuarbeit für Lieferungen in die DDR um 1,5 Mrd DM auf 6 Mrd DM.
- Berücksichtigung von Zulieferungen von DDR-Firmen bei Exporten westdeutscher Unternehmen in Höhe von 30 vH in Hermes-Bürgschaften.
- Sonstige Hilfen: medizinische und technische Soforthilfe; Förderung von Beratungseinrichtungen, Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung von Unternehmern aus der DDR, Förderung von Technologietransfers, Tourismusförderung.

Länder

- Hessen beschließt ein „Aktionsprogramm Hessen-Thüringen". Damit werden in den nächsten 5 Jahren insgesamt 250 Mio DM für Verbesserungen im Gesundheitswesen, im Umweltschutz und in der Denkmalpflege sowie für den Ausbau der Verkehrswege in Thüringen bereitgestellt.

Verkehrswesen

In den Jahren 1990 und 1991 wird bei der Abrechnung der gegenseitig erbrachten Leistungen im Eisenbahnpersonenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR der Betrag des Minussaldos der Deutschen Reichsbahn, der 35 Mio VE pro Jahr übersteigt, zu 75 vH von der Deutschen Bundesbahn übernommen.
Im Rahmen der Soforthilfe der Bundesländer werden im Zonenrandgebiet Verkehrswege zu den neu eingerichteten Grenzübergangsstellen angelegt bzw. ausgebaut.
Für den Bau einer Schnellbahnverbindung Berlin–Hannover (Nordtrasse) sollen in den nächsten Jahren Mittel bereitgestellt werden.

Umweltschutz

Bereitstellung von 300 Mio DM in den nächsten 5 Jahren für bereits vereinbarte Pilotprojekte im Umweltschutz (6 Projekte).

Außenhandel

Verzicht auf noch bestehende Kontingente im innerdeutschen Handel (Textilien, Holz- und Porzellanwaren).

Post- und Fernmeldewesen

Die Postpauschale wird um 100 Mio DM auf 300 Mio DM erhöht; die Mittel sind zum Ausbau der Post- und Fernmeldeinfrastruktur der DDR zu verwenden.
Die Deutsche Bundespost stellt der Deutschen Post analoge Ortsvermittlungseinrichtungen zur Verbesserung der Anschlußsituation in Schwerpunktortsnetzen der DDR sowie weitere technische Einrichtungen zur Verfügung.

2. Angekündigte und geplante Maßnahmen

Verkehrswesen

- Elektrifizierung der DDR-Reichsbahnstrecken
- Ausbau der Autobahnstrecken Hof–Plauen, Herleshausen–Eisenach

Soziale Leistungen

Beratungen über eine Anpassung des Gesundheitsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR (Regelung der gegenseitigen Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen; Frage von Ausgleichszahlungen).

Umweltschutz

- Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung weiterer Pilotprojekte im Umweltschutz
- Aufstockung der Mittel für die Werra-Entsalzung
- Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Städtebau

Zusammenarbeit im Städtebau und in der Wohnungswirtschaft: Stadt- und Dorferneuerung; Sanierung der vorhandenen Bausubstanz; hierzu sollen Mittel aus dem Devisenfonds verwendet werden.

Fernmeldewesen

- Verhandlungen über eine Modernisierung des DDR-Telefonnetzes
- Bereitstellung zusätzlicher Fernsprechleitungen als Teilverbesserung des gegenseitigen Fernsprechverkehrs. Ausbau des Fernmeldetransitverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin.

Finanzhilfen der Länder

- Niedersachsen: In den nächsten 5 Jahren sollen etwa 300 Mio DM für die Verbesserung der Infrastruktur in der DDR bereitgestellt werden. Nochmals 300 Mio DM sollen als Kreditrahmen für westliche Investitionen in der DDR zur Verfügung gestellt werden, sobald private Investitionen in der DDR möglich sind.
  Die Landesregierung beschließt ein Kooperationsberatungsprogramm.
- Nordrhein-Westfalen: Bereitstellung von 20 Mio DM im Wege der Direkthilfe; Einrichtung eines Bürgschaftsrahmens in Höhe von 1 Mrd DM.
- Hessen: Bildung eines Bürgschaftsrahmens von 500 Mio DM für die Zusammenarbeit hessischer Firmen mit kleinen und mittleren Betrieben in Thüringen und in Polen.
- Rheinland-Pfalz: Bereitstellung von 50 Mio DM in den nächsten 3 Jahren.
- Sämtliche Bundesländer stellen Überlegungen an, wie von ihrer Seite aus der DDR geholfen werden kann; im allgemeinen handelt es sich dabei um Maßnahmen der Soforthilfe (medizinische Leistungen u. ä.) sowie Beratung bei geplanten Kooperationen zwischen Unternehmen.

EG-Hilfsmaßnahmen

- Gründung einer „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" in Trägerschaft der EG; Kreditvolumen 10 Mrd ECU
- Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen.

V.

Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler

Zur Frage einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Mit Besorgnis verfolgt der Sachverständigenrat die jüngsten Überlegungen, die auf die baldige Einführung einer Währungsunion mit der DDR hindrängen. Den Kabinettsbeschluß vom 7. Februar nehmen wir zum Anlaß, um Ihnen auf diesem Wege unsere Vorbehalte gegen eine rasche währungspolitische Integration zu übermitteln.

Zur Diskussion steht eine Währungsunion, mit der die Mark der Deutschen Notenbank durch die D-Mark ersetzt wird. Mit der Währungsunion verzichtet die DDR vollständig auf die Souveränität in der Geld- und Währungspolitik.

1. Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel, um dem Strom von Übersiedlern Einhalt zu gebieten. Zweifellos bedarf es eines deutlichen Zeichens, das den Bewohnern der DDR Hoffnung auf eine nicht nur schnelle, sondern auch nachhaltige Besserung ihrer Lebensverhältnisse verheißt und sie veranlaßt, in ihrer Heimat zu bleiben. Dieses Zeichen sehen wir in der überzeugenden Ankündigung einer umfassenden Wirtschaftsreform, die ohne Verzug in Gang gesetzt wird; wir verweisen hierzu auf die Ausführungen in unserem Sondergutachten. Die Erklärung des Bundeskabinetts, in der ausdrücklich auf die Verbindung von Währungsunion und Wirtschaftsreform hingewiesen wird, könnte den Weg dazu ebnen; dabei kommt es jedoch entscheidend auf die Abfolge der einzelnen Schritte an. Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen:

   — Es kann nicht Sinn einer Währungsunion sein, die durch die jahrzehntelange Mißwirtschaft in der DDR aufgeblähten Geldbestände nunmehr im Zuge der Umwandlung in D-Mark in ihrer Kaufkraft aufzuwerten. Statt auf diese Weise Lasten des alten Wirtschaftssystems abzutragen, sollten verfügbare Mittel besser in die Neugestaltung der Wirtschaft investiert werden. In unserem Sondergutachten haben wir dafür plädiert, die Lösung für den Abbau des Geldüberhanges in erster Linie über den Verkauf von Sachwerten aus dem Staatsbesitz der DDR an die Sparer zu suchen, um deren Vermögenseinbuße so gering wie möglich zu halten.

   — Es ist wohl unvermeidlich, daß die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwekken muß, mit der Währungsunion sei auch der Anschluß an den Lebensstandard der Bundesrepublik hergestellt. Davon kann jedoch keine Rede sein; das Einkommen ist an die Produktivität gebunden, die bisher weit hinter der in der Bundesrepublik zurückbleibt. Die Erwartung, daß die Produktivität und mit ihr Löhne wie Renten bald erheblich steigen werden, ist wohlbegründet; allerdings müssen die Voraussetzungen dafür im realwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden. Die Währungsunion kann dies nicht leisten.

   — Die einheitliche Währung wird den Abstand der Einkommen schlagartig verdeutlichen, Forderungen nach einer Korrektur werden nicht auf sich warten lassen und schwerlich abzuweisen sein. Die Nominallöhne werden dann über die Zunahme der Produktivität hinaus ansteigen. Dies geht zu Lasten des Produktionsstandorts DDR, und der dringend erforderliche Kapitalzustrom aus dem Westen bleibt aus.

     Der Druck auf die Bundesrepublik würde anwachsen, den Abstand der Einkommen (Löhne und Renten) durch einen „Finanzausgleich" zugunsten der DDR zu verringern. Riesige Belastungen kämen auf die öffentlichen Haushalte zu. Es wären nicht nur erhebliche Steuererhöhungen unvermeidlich, es würden vielmehr auch öffentliche Mittel in Transfers für konsumtive Verwendungen gebunden, die bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur fehlen müßten. Dies kann nicht im Interesse der Menschen in der DDR liegen, deren Chance in einem Anstieg der eigenen Leistungsfähigkeit liegt. Private und öffentliche Investitionen — und nicht erhöhter Konsum — sind dafür die Voraussetzung. Transfers könnten sogar die Bereitschaft untergraben, sich selbst anzustrengen.

— Das Argument, eine Währungsunion sei die Voraussetzung, um das Engagement privater Investitionen in der DDR in Gang zu setzen, steht auf schwachen Füßen. Stabile Währungsverhältnisse lassen sich in der DDR auch auf andere Weise herstellen. Eine rasche Zunahme der Investitionen setzt Reformen im realwirtschaftlichen Bereich voraus. Solange die Preisstruktur in der DDR verzerrt ist und die Bedingungen für Investitionen unklar bleiben, bewirkt eine Währungsunion eher das Gegenteil; die Standortqualität der DDR verschlechtert sich im Verhältnis zu Regionen in der Bundesrepublik.

Es kann nicht ausbleiben, daß die Hoffnungen enttäuscht werden, die an die Währungsunion geknüpft werden — und die mit dieser auch bewußt gefördert werden sollen. Greift die Ernüchterung aber um sich, wird der Strom der Übersiedler erst recht anschwellen.

2. Mit einer raschen Währungsunion werden Anpassungsprozesse in Gang gesetzt, die die Produktion und die Beschäftigung in der DDR beeinträchtigen können. Das Produktangebot in der DDR entspricht hinsichtlich Quantität und Qualität vielfach nicht den Wünschen der Menschen. Die Konsumenten, die mit der D-Mark eine konvertible Währung erhalten, werden verstärkt Nachfrage nach Konsumgütern in der Bundesrepublik oder im westlichen Ausland ausüben. Es fließt Kaufkraft aus der DDR-Wirtschaft ab. Die Unternehmen der DDR werden schlagartig einer internationalen Konkurrenz ausgeliefert, der sie gegenwärtig nicht gewachsen sind. Die Erträge der DDR-Unternehmen schrumpfen. Da sie ihre Produkte noch schwerer veräußern können, werden Produktion und Produktivität der Unternehmen sinken. Dies bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Einkommen und die Beschäftigung, diese werden ebenfalls schrumpfen. Dem kurzfristigen Vorteil, daß die Menschen mit der Einführung der D-Mark in der DDR Zugang zu westlichen Märkten erhalten, wird alsbald der Rückschlag folgen, daß mit der tatsächlichen Verwendung dieser Einkommen für Käufe im Westen die eigene Einkommensbasis geschmälert wird. Abwanderungsbewegungen kommen wieder stärker in Gang.

   Diese Effekte wären nur zu vermeiden, wenn die Unternehmen der DDR bereits an Konkurrenzfähigkeit gewonnen hätten. Die Mindestvoraussetzung dafür ist eine Unternehmensreform, die die Unternehmen in die Lage setzt, auf die Anforderungen des Marktes flexibel zu reagieren. Eine weitere dringliche Voraussetzung ist die Gewerbefreiheit, die es neuen Unternehmen ermöglicht, an die Märkte zu drängen und den Konsumwünschen der Menschen Rechnung zu tragen.

3. Mit einer der Preisreform voraneilenden Währungsunion würde es zu erhöhten Ineffizienzen im Güteraustausch der DDR kommen. Die derzeitigen Preisverzerrungen sind dadurch bedingt, daß die Preise der Güter in der DDR aufgrund vielfältiger staatlicher Eingriffe nicht in Einklang mit den Produktionskosten stehen. Mit der Währungsunion würden sich die Handelsströme an den verzerrten Marktpreisrelationen ausrichten. Noch häufiger als bisher würden DDR-Unternehmen Produkte ausführen, die im Vergleich zum Ausland teuer produziert und nur durch Subventionen konkurrenzfähig gemacht werden. Wo in der DDR auf Produkten hohe Abgaben lasten, wird es zu Importen kommen, auch wenn die Produkte von den Kosten her in der DDR vergleichweise billig produziert werden könnten. Derartige Exporte und Importe gegen das Kostengefälle, die nur aufgrund der verzerrten Preisrelationen entstehen, bedeuten, daß die DDR im Außenhandel nicht Vorteile erzielt, sondern Nachteile erleidet.

   Diese Fehlentwicklungen können nur durch eine schnelle Preisreform in der DDR vermieden werden. Die Preise müssen an die volkswirtschaftlichen Kosten angepaßt werden, und es müssen Preismechanismen eingeführt werden, die neuerliche Preisverzerrungen wirksam verhindern.

4. Wir verkennen keineswegs die Bedeutung der Währungspolitik im wirtschaftlichen Integrationsprozeß der beiden deutschen Staaten. Im Gegenteil, wir haben uns in unserem Sondergutachten dafür ausgesprochen, die Konvertibilität in weiten Bereichen möglichst rasch zu verwirklichen und die volle Konvertibilität als Ziel nicht in allzu weite Ferne zu rücken. Die Maßnahmen der Währungspolitik müssen jedoch im Kontext mit der grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems der DDR stehen. Ein Vorpreschen in der Währungspolitik halten wir für einen ungeeigneten Weg. Es könnte zudem — da es Illusionen auf Gesundung ohne eigene wirtschaftspolitische Anstrengungen weckt — die Bereitschaft zu Reformen in der DDR zumindest vorübergehend schwächen.

5. Die Währungsunion müßte keineswegs am Ende des wirtschaftlichen Integrationsprozesses der beiden deutschen Staaten stehen. Sobald das Problem des Geldüberhanges gelöst, die Reform der Preisbildung gut vorangekommen und die Preisstruktur an die Bedingungen des Weltmarktes angepaßt, das Banken- und Kreditsystem auf die Bedingungen der Marktwirtschaft ausgerichtet und die übrigen Reformvorhaben auf den Weg gebracht sind, kann man auch in der Währungspolitik mutiger sein, zumal die Notenbank der DDR dann Zeit gehabt hat, sich an die Bedingungen eines festen Wechselkurses zur D-Mark und zunehmender Konvertibilität anzupassen. Über die dann notwendigen Maßnahmen mag man frühzeitig verhandeln, sie schon in absehbarer Zeit zu ergreifen erscheint uns als ein Weg, der nicht zum gewünschten Erfolg führen kann.

Die Abwanderungen aus der DDR lassen sich nur dadurch verhindern, daß die Menschen eine glaubwürdige Perspektive für eine baldige und nachhaltige Verbesserung ihres Lebensstandards erhalten. Die Grundvoraussetzung dafür besteht in der fundamentalen Transformation des Wirtschaftssystems der DDR in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Die einzelnen Elemente einer solchen Reform haben wir in unserem Sondergutachten

dargestellt. Nichts ist bisher in der DDR geschehen, was als sichtbares Zeichen eines wirklichen Neubeginns gewertet werden könnte. Halbherzige Maßnahmen wie das Joint-Venture-Gesetz belegen, daß die gegenwärtige Führung in der DDR sich noch nicht wirklich zu einer marktwirtschaftlichen Umgestaltung der Wirtschaft durchgerungen hat. Es überrascht bei dieser Entwicklung nicht, daß sich der Strom der Abwanderungen fortgesetzt hat.

Was an Reformschritten in der DDR bislang unterblieben ist, kann nicht durch eine Währungsunion ausgeglichen werden. Eine Währungsunion, die sich nicht im Gleichschritt mit dem grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems in der DDR vollzieht, verursacht lediglich Kosten, ohne die wirtschaftlichen Aussichten für die Menschen auf eine tragfähige bessere Basis zu stellen. Der Übersiedlerstrom läßt sich dadurch nicht dauerhaft eindämmen. Priorität muß daher die Wirtschaftsreform in der DDR haben, nicht aber die Währungsunion.

In der Bundesrepublik wird diskutiert, ob das Aufnahmeverfahren für Übersiedler eingestellt und Finanzleistungen reduziert werden sollen. Auf diesem Wege soll Zuwanderungen entgegengewirkt werden. Wir halten das für den gänzlich falschen Weg. Die Diskussion solcher Maßnahmen wird die Ausreisewilligen in der DDR, die bislang noch mit der Ausreise zögern, erst recht zur baldigen Übersiedlung bewegen. Nicht weniger, sondern mehr Übersiedler sind zu erwarten. Würde man den Menschen in der DDR im Gegenteil versichern, daß sie auch in Zukunft mit Hilfen in der Bundesrepublik rechnen können, wird dies viele bewegen, vorerst in der DDR zu bleiben und die weitere Entwicklung dort abzuwarten. Wird die Zeit für Reformen wirklich genutzt, werden sich dann viele entscheiden, doch in der DDR zu bleiben.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

Ihr

Prof. Dr. Hans K. Schneider
Vorsitzender des Sachverständigenrates

VI.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:
   - t Zeitindex (Jahre)
   - K_t durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
   - Y_t reales Bruttoinlandsprodukt
   - Y_t^* gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
   - P_t^* Produktionspotential des Sektors Unternehmen
   - k_t empirisch gemessene Kapitalproduktivität
   - $\hat{k}_t$ trendmäßige Kapitalproduktivität
   - k_t^* trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
   - λ_t Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel bis zu demjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt.

   Als Stützbereich wurden bisher die Jahre 1975 bis 1982 verwendet. Die potentiellen Kapitalproduktivitäten wurden dadurch ermittelt, daß die im ersten Schritt für die Jahre bis 1975 errechneten Werte mit der Abnahmerate dieses Trends bis in die Gegenwart fortgeschrieben wurden.

6. Das bisher angewandte Verfahren wird in diesem Jahr leicht modifiziert, um dem technischen Fortschritt, der eine tendenzielle Verringerung der Abnahmerate der Kapitalproduktivität bewirkt, Rechnung zu tragen (Ziffern 144 ff.). Für die Jahre 1975 bis 1982 wird die Trendfunktion wie bisher auf der Basis des Stützbereichs 1975 bis 1982 geschätzt, und die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden wie oben erläutert fortgeschrieben.

   Für die Jahre ab 1983 wird die trendmäßige Abnahmerate auf der Basis eines aktuelleren Stützzeitraums geschätzt. Da nach 1982 kein vollständiger Konjunkturzyklus mit zwei konjunkturellen Tiefpunkten vorliegt, wird hilfsweise der Zeitraum 1979 bis 1990 verwendet; Beginn und Ende des Stützzeitraums sind jeweils durch eine hohe Auslastung der Sachkapazitäten gekennzeichnet, wenngleich die seit 1983 anhaltende Aufwärtsentwicklung unserer Schätzung nach 1990 noch nicht endet.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten ab 1983 werden nun, entsprechend dem bisherigen Vorgehen, dadurch ermittelt, daß der für 1982 errechnete Wert unter Verwendung der neuen Abnahmerate des Trends der Kapitalproduktivität fortgeschrieben wird.

7. Ein Vergleich der Schätzungen nach dem alten und dem neuen Verfahren bestätigt die Vermutung, daß die Abnahmerate der Kapitalproduktivität im Trend sinkt: Betrug die Abnahmerate zwischen 1963 und 1975 noch 1,7 vH sowie zwischen 1975

Tabelle

Produktionspotential und Auslastungsgrad

Jahr	Produktionspotential[1]				Auslastungsgrad des Produktionspotentials[2]	
	alte Rechnung[3]		neue Rechnung		alte Rechnung	neue Rechnung
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	vH	
1970	1 132,8	+ 4,6	1 132,8	+ 4,6	100	100
1971	1 184,3	+ 4,5	1 184,3	+ 4,5	98,4	98,4
1972	1 235,8	+ 4,4	1 235,8	+ 4,4	98,3	98,3
1973	1 283,8	+ 3,9	1 283,8	+ 3,9	99,1	99,1
1974	1 319,3	+ 2,8	1 319,3	+ 2,8	96,6	96,6
1975	1 346,1	+ 2,0	1 346,1	+ 2,0	93,2	93,2
1976	1 377,3	+ 2,3	1 377,3	+ 2,3	96,0	96,0
1977	1 409,1	+ 2,3	1 409,1	+ 2,3	96,6	96,6
1978	1 445,1	+ 2,6	1 445,1	+ 2,6	96,9	96,9
1979	1 481,4	+ 2,5	1 481,4	+ 2,5	98,5	98,5
1980	1 519,4	+ 2,6	1 519,4	+ 2,6	97,3	97,3
1981	1 551,8	+ 2,1	1 551,8	+ 2,1	95,5	95,5
1982	1 579,8	+ 1,8	1 579,8	+ 1,8	93,2	93,2
1983	1 601,8	+ 1,4	1 604,4	+ 1,6	93,3	93,1
1984	1 629,1	+ 1,7	1 634,4	+ 1,9	94,3	94,0
1985	1 648,7	+ 1,2	1 656,7	+ 1,4	95,0	94,6
1986	1 680,8	+ 1,9	1 691,7	+ 2,1	95,4	94,8
1987	1 712,1	+ 1,9	1 726,0	+ 2,0	95,2	94,5
1988[4]	1 746,9	+ 2,0	1 763,8	+ 2,2	96,8	95,8
1989[4]	1 781,2	+ 2,0	1 801,3	+ 2,1	98,0	96,9
1990[5]	1 828,4	+ 2,7	1 852,1	+ 2,8	99,5	98,2

[1]) In Preisen von 1980.
[2]) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.
[3]) Zur Methode siehe JG 1989/90 Anhang IV, Abschnitt A.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Eigene Schätzung.

und 1982 1,3 vH, so sind es nun auf der Grundlage des Stützzeitraums 1979 bis 1990 nur noch 1,1 vH.

Die geringere Abnahmerate der Kapitalproduktivität bewirkt für die Jahre ab 1983 ein um 0,1 Prozentpunkte bis 0,2 Prozentpunkte schnelleres Wachstum des Produktionspotentials als bisher geschätzt (Tabelle). Gleichzeitig liegt der Auslastungsgrad des Produktionspotentials im Jahre 1990 nach der neuen Schätzung um rund 1,3 Prozentpunkte niedriger als nach der alten. Der Unterschied in der Höhe des Auslastungsgrades ist augenfälliger als beim Potentialwachstum, da sich beim Auslastungsgrad die Wirkungen der geringeren Abnahmerate der Kapitalproduktivität über die Jahre kumulieren.

8. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) 1990 um 9½ vH und 1991 um 6 vH zunehmen.

   — Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

9. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1985 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen im privaten Sektor erlauben. Sie ist definiert als das Verhältnis der Gewinne des Unternehmens-

sektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Gewinn-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme, in Arbeitgeberbeiträge und in kalkulatorische Unternehmerlöhne, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\ GER = 1 - \frac{BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S) + V}{BIP + V}$$

$$(2)\ KR = \frac{BIP - (BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Arbeitgeberbeiträge
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T−S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
BIP + V	Erlöse
KR	Kapitalrendite
BIP	Bruttoinlandsprodukt
K	Kapitalbestand

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation. Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen, Geldvermögen) in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Warenproduzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Das im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanziellen Sektor) vorhandene Geldvermögen wird zur Gänze als betriebsnotwendig erachtet. Diese Annahme mag strittig sein. Wir haben uns von folgender Überlegung leiten lassen: Jede Schätzung der Erträge von Finanzanlagen außerhalb des Unternehmenssektors wäre willkürlich und erforderte zugleich eine ebenso willkürliche Korrektur bei den Erlösen. Da Korrekturen beim Geldvermögen und bei den Erlösen in die gleiche Richtung gehen würden, es aber als offen gelten muß, ob dadurch per saldo die Gewinn-Erlös-Relation erhöht oder gesenkt würde, wird von einer Korrektur abgesehen.

   Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

$$(3)\quad AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t ,$$

die Arbeitseinkommensquote als

$$(4)\quad AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

$$(5)\quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Aus dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(6)\quad LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

$$(7)\quad AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1980, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(8)\quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{Liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980
RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{liv} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246 ff.)
P^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung
AK^n	Abschreibungen in jeweiligen Preisen

BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (8) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(9)\quad AEQ_t = \underbrace{\frac{BLGS_t}{A_t} \cdot \left(1 + \frac{AGB_t}{BLGS_t}\right)}_{F_1} \cdot \underbrace{\frac{BSP_t^r}{E_t}}_{F_3} \cdot \underbrace{\frac{RSP_t}{BSP_t^r}}_{F_4} \cdot \underbrace{P_t^{Liv}}_{F_5} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{AK_t^n}{BSP_t^n}\right)}_{F_6} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{T_t - S_t}{BSP_t^n - AK_t^n}\right)}_{F_7}$$

F_2

Dabei bedeuten:

- F_1 Lohnfaktor
- F_2 Sozialbeitragsfaktor
- F_3 Produktivitätsfaktor
- F_4 Terms of trade — Faktor
- F_5 Deflator
- F_6 Abschreibungsfaktor
- F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(10)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(11)\quad v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z	bereinigte Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
BR	Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute)
KF	Korrekturfaktor
MRS_I	Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
MRS_A	Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Wir differenzieren zusätzlich nach den Größenklassen der Einlagen,

das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzänderung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau=t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (nicht aber die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

$$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS}_{I_t}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS}_I$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunkturneutral bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

   — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau, konjunkturneutral wäre:

$$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

Das konjunkturneutrale Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t−1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate angesetzt.

— Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

$$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigemessen wird.

$H_t > G_t$: kontraktiv

$H_t = G_t$: konjunkturneutral

$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t : Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t > D_t^n$: expansiv
$D_t = D_t^n$: konjunkturneutral
$D_t < D_t^n$: kontraktiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t : Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n : konjunkturneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

VII.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .. Seite 319

Tabellenteil ..... Seite 323

A. Internationale Tabellen ..... Tabellen 1* bis 17*

B. Tabellen für Westdeutschland ..... Tabellen 18* bis 79*

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	323
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	324
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	325
4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	326
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	327
6* Zinsen in wichtigen Industrieländern	328
7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	329
8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	330
9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	331
10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	332
11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	334
12* Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	335
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	336
14* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	338
15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	340
16* Internationale Energiepreise	341
17* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	342
18* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	344
19* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	345
20* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	346
21* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	348
22* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	350
23* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	352
24* Verteilung des Volkseinkommens	353
25* Verwendung des Volkseinkommens	354
26* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	355
27* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	356
28* Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	357
29* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	358
30* Verwendung des Sozialprodukts	360
31* Bruttoinvestitionen	362
32* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	364

	Seite
33* Einnahmen und Ausgaben des Staates	366
34* Subventionen des Staates	370
35* Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	371
36* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	372
37* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	374
38* Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	376
39* Kassenmäßige Steuereinnahmen	378
40* Verschuldung der öffentlichen Haushalte	379
41* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	380
42* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	382
43* Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	384
44* Emission und Erwerb von Wertpapieren	385
45* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	386
46* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	387
47* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	390
48* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	393
49* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	394
50* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	396
51* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	397
52* Baugenehmigungen	398
53* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	399
54* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	401
55* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	402
56* Einzelhandelsumsatz	403
57* Zahlungsbilanz	404
58* Kapitalverkehr mit dem Ausland	406
59* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	408
60* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	409
61* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	410
62* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	411
63* Warenausfuhr nach Ländergruppen	412
64* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	413
65* Index der Grundstoffpreise	414
66* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	415
67* Index der Ausfuhrpreise	416
68* Index der Einfuhrpreise	417
69* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	418
70* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	419
71* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (von Arbeitern und Angestellten) nach Haupt-/Untergruppen	420
72* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	421
73* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	422
74* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	423
75* Löhne und Gehälter	424
76* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	425
77* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	426
78* Energieverbrauch nach Bereichen	427
79* Entwicklung im Mineralölbereich	428

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt ge-

flossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in

den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1980) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Enstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge

= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

= Nettolohn- und -gehaltssumme

im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	48 967	11 486	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	49 156	11 639	7 087	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	49 936	11 966	7 175	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	50 439	12 127	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	50 840	12 295	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	51 227	12 456	7 322	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	51 664	12 598	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	52 042	12 730	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	52 376	12 878	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	52 771	13 039	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	53 124	13 194	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	53 499	13 329	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	53 882	13 439	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	54 390	13 545	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	54 764	13 666	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 070	13 774	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 266	13 856	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	55 446	13 942	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	55 602	14 038	7 549	6 351	115 880	225 056
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	55 657	14 150	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	55 774	14 247	7 564	6 429	117 650	230 138
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	55 995	14 313	7 571	6 467	118 450	232 520
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 228	14 367	7 552	6 482	119 260	234 799
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	56 344	14 424	7 553	6 505	120 020	237 001
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	56 498	14 491	7 558	6 533	120 750	239 279
1986	61 066	9 862	55 394	56 763	56 576	14 572	7 566	6 573	121 490	241 625
1987	61 077 [a]	9 870	55 630	56 930	56 664	14 665	7 576	6 619	122 090	243 934
1988 [1]	61 449	9 884	55 884	57 065	56 763	14 765	7 595	6 672	120 613	246 324
1989 [1]	61 832	9 938	56 160	57 202	56 846	14 850	7 618	6 723	123 116	248 777
					Erwerbstätige					
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	3 244	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	3 209	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	3 191	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	3 187	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 782	19 431	4 487	3 167	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 688	24 934	19 096	4 519	3 136	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 505	3 081	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 732	24 436	19 295	4 552	3 043	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 477	19 112	4 621	3 040	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 604	20 328	24 381	19 218	4 679	3 051	3 143	50 940	78 678
1971	26 272	3 630	20 440	24 165	19 176	4 700	3 086	3 199	51 210	79 367
1972	26 345	3 622	20 571	24 139	18 850	4 673	3 108	3 243	51 260	82 153
1973	26 649	3 656	20 863	24 715	19 006	4 670	3 160	3 277	52 590	85 064
1974	26 302	3 714	21 059	24 800	19 392	4 672	3 190	3 273	52 370	86 794
1975	25 585	3 663	20 864	24 720	19 491	4 640	2 943	3 117	52 230	85 846
1976	25 442	3 641	21 016	24 508	19 612	4 654	2 947	3 024	52 710	88 752
1977	25 475	3 627	21 188	24 538	19 791	4 701	2 988	3 036	53 420	92 017
1978	25 689	3 628	21 263	24 696	19 863	4 757	3 015	3 067	54 080	96 048
1979	26 120	3 660	21 305	25 079	20 057	4 821	3 051	3 100	54 790	98 824
1980	26 528	3 657	21 334	25 004	20 313	4 970	3 070	3 170	55 360	99 303
1981	26 498	3 585	21 203	24 010	20 361	5 072	3 091	3 211	55 810	100 397
1982	26 193	3 537	21 240	23 584	20 297	5 010	3 189	3 190	56 380	99 526
1983	25 809	3 502	21 168	23 304	20 350	4 950	3 159	3 149	57 330	100 834
1984	25 869	3 497	20 981	23 909	20 418	4 980	3 235	3 142	57 660	105 005
1985	26 062	3 517	20 921	24 210	20 508	5 076	3 235	3 367	58 070	107 150
1986	26 431	3 541	20 955	24 239	20 614	5 155	3 279	3 398	58 530	109 597
1987	26 627	3 558	21 018	24 755	20 584	5 773	3 297	3 438	59 110	112 440
1988 [1]	26 839	3 610	21 179	25 600	20 938	5 934	3 311	3 478	60 110	114 968
1989 [1]	27 210	3 657	21 438	26 449	20 833	6 065	3 357	3 518	61 280	117 342

[1]) Vorläufige Ergebnisse. — [a]) Ergebnis der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987; gilt gleichzeitig als Jahresdurchschnitt.

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Beschäftigte Arbeitnehmer									
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	.	23 700	55 179
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	.	24 780	55 229
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	.	.	25 930	56 524
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	.	.	26 720	57 952
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	.	.	27 630	59 496
1965	21 289	2 816	14 470	23 080	12 145	3 676	.	.	28 760	61 418
1966	21 284	2 838	14 719	23 253	11 997	3 722	.	.	29 940	63 627
1967	20 565	2 823	14 892	22 808	12 244	3 718	.	.	30 710	66 149
1968	20 706	2 823	15 005	22 650	12 378	3 775	2 186	.	31 480	67 798
1969	21 267	2 897	15 496	22 624	12 568	3 865	2 150	.	31 990	69 706
1970	21 747	2 925	15 941	22 479	12 811	3 933	2 160	.	33 060	70 645
1971	22 105	2 972	16 201	22 139	12 959	3 972	2 195	.	34 120	71 286
1972	22 311	2 981	16 478	22 137	12 955	3 942	2 244	.	34 650	74 010
1973	22 711	3 028	16 879	22 679	13 191	3 958	2 271	.	36 150	76 847
1974	22 509	3 094	17 166	22 804	13 555	3 972	2 409	.	36 370	78 460
1975	21 942	3 048	17 060	22 723	13 735	4 033	2 368	.	36 460	77 551
1976	21 980	3 034	17 274	22 557	13 888	4 064	2 380	.	37 120	80 519
1977	22 153	3 023	17 497	22 631	14 125	4 130	2 420	.	37 690	83 481
1978	22 431	3 021	17 610	22 789	14 107	4 175	2 470	.	37 990	87 205
1979	22 940	3 050	17 686	23 173	14 338	4 229	2 524	.	38 760	89 674
1980	23 366	3 051	17 752	22 991	14 499	4 362	2 545	.	39 710	89 950
1981	23 372	2 976	17 663	21 891	14 495	4 433	2 575	.	40 370	91 007
1982	23 107	2 924	17 752	21 414	14 472	4 388	2 677	.	40 980	89 967
1983	22 755	2 879	17 737	21 067	14 360	4 362	2 654	.	42 080	91 075
1984	22 827	2 867	17 605	21 238	14 255	4 386	2 740	.	42 650	95 120
1985	23 028	2 883	17 578	21 423	14 418	4 488	2 751	.	43 130	97 406
1986	23 381	2 901	17 649	21 387	14 460	4 571	2 795	.	43 790	99 847
1987	23 611	2 911	17 733	21 584	14 457	5 075	2 809	.	44 280	102 403
1988 [1]	23 834	2 955	17 915	22 272	14 782	5 235	2 822	.	45 380	104 642
1989 [1]	24 226	2 993	18 203	22 745	14 765	5 350	2 862	.	46 790	106 735
	Arbeitslose									
1960	271	114	239	326	1 215	30	82	1,2	723	3 851
1961	181	89	185	287	1 108	22	64	0,6	648	4 714
1962	155	71	209	406	969	23	65	0,6	589	3 912
1963	186	59	233	496	807	25	71	0,8	587	4 070
1964	169	50	189	349	904	22	66	0,3	547	3 786
1965	147	55	316	299	1 110	27	66	0,3	582	3 366
1966	161	62	326	281	1 193	37	61	0,3	639	2 878
1967	459	85	436	503	1 105	78	65	0,3	628	2 976
1968	323	103	554	542	1 172	72	71	0,3	593	2 817
1969	179	85	484	518	1 160	53	67	0,2	576	2 831
1970	149	71	530	555	1 111	46	58	0,1	593	4 093
1971	185	71	585	696	1 110	62	52	0,1	639	5 016
1972	246	87	611	778	1 296	108	49	0,1	733	4 882
1973	273	92	593	557	1 303	110	41	0,1	671	4 365
1974	582	105	632	528	1 110	135	41	0,2	736	5 156
1975	1 074	177	901	838	1 226	195	55	10	998	7 928
1976	1 060	229	997	1 265	1 420	278	55	21	1 078	7 406
1977	1 030	264	1 134	1 359	1 537	271	51	12	1 099	6 992
1978	993	282	1 201	1 343	1 561	273	59	10	1 238	6 202
1979	876	294	1 361	1 235	1 686	281	57	10	1 167	6 138
1980	889	322	1 467	1 513	1 684	325	53	6	1 140	7 637
1981	1 272	392	1 750	2 395	1 896	480	69	6	1 259	8 273
1982	1 833	457	1 923	2 770	2 052	655	105	13	1 359	10 678
1983	2 258	505	1 974	2 984	2 264	801	127	26	1 561	10 717
1984	2 266	512	2 323	3 030	2 304	822	130	32	1 608	8 539
1985	2 304	478	2 442	3 179	2 327	761	139	27	1 563	8 312
1986	2 228	442	2 489	3 229	2 611	711	152	23	1 668	8 237
1987	2 229	435	2 532	2 905	2 832	685	164	22	1 732	7 425
1988 [1]	2 242	398	2 410	2 341	2 885	432	158	20	1 553	6 701
1989 [1]	2 038	364	2 312	1 743	2 865	391	149	15	1 418	6 528

[1] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: OECD

Tabelle 3 *

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]) [2])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,71	563,95	300,66	25,89	24,73	44,42	162,89	37,37	16,00	511,8
1961	331,71	600,21	327,99	27,43	27,50	46,90	180,73	42,04	19,31	530,0
1962	360,78	642,67	366,23	28,81	30,90	50,49	192,13	46,62	21,90	570,1
1963	382,37	691,09	410,56	30,59	35,39	54,78	207,08	51,27	25,05	602,0
1964	420,18	773,38	455,44	33,44	38,74	64,45	226,73	56,83	29,45	644,4
1965	459,17	842,13	490,26	36,03	41,68	71,99	246,49	60,86	32,77	699,3
1966	488,23	905,03	530,75	38,37	45,17	78,38	268,53	65,36	38,07	766,3
1967	494,35	969,69	573,30	40,40	49,75	85,99	285,59	70,35	44,63	810,4
1968	533,28	1 037,50	623,12	43,81	53,93	95,35	306,83	75,12	52,83	885,9
1969	596,95	1 151,31	710,52	47,16	59,53	107,99	335,00	81,40	62,07	957,1
1970	675,30	1 280,92	793,52	51,77	67,00	121,18	375,89	90,67	73,19	1 008,2
1971	750,56	1 402,40	884,19	57,74	72,99	136,53	419,62	103,00	80,59	1 093,4
1972	823,74	1 568,51	987,95	64,63	79,81	154,26	479,54	116,71	92,40	1 201,6
1973	917,27	1 782,34	1 129,83	74,19	96,74	176,04	543,46	130,06	112,52	1 343,1
1974	984,58	2 090,88	1 302,98	83,76	122,19	199,78	618,56	141,10	134,00	1 453,3
1975	1 026,90	2 313,14	1 467,88	105,72	138,63	219,96	656,12	140,16	148,17	1 580,9
1976	1 121,72	2 632,77	1 700,55	124,98	174,87	251,93	724,75	141,96	166,42	1 761,7
1977	1 197,82	2 846,81	1 917,80	145,70	214,43	274,93	796,19	145,78	185,51	1 965,1
1978	1 285,32	3 057,62	2 182,59	168,12	253,41	297,01	842,33	151,68	204,45	2 219,1
1979	1 392,30	3 263,74	2 481,09	197,83	309,59	315,96	918,54	158,54	221,81	2 464,4
1980	1 478,94	3 526,15	2 808,29	231,27	387,73	336,74	994,70	170,32	240,07	2 684,4
1981	1 540,93	3 662,01	3 164,80	254,29	464,01	352,85	1 055,97	184,74	256,81	3 000,5
1982	1 597,92	3 981,96	3 626,02	278,41	545,20	368,86	1 133,54	196,00	269,69	3 114,8
1983	1 674,84	4 221,04	4 006,49	303,63	633,32	381,02	1 201,23	203,86	280,57	3 355,9
1984	1 755,84	4 540,48	4 361,91	324,44	727,15	400,25	1 276,78	213,23	298,44	3 724,8
1985	1 830,49	4 854,67	4 700,14	355,32	812,63	418,18	1 348,43	227,94	317,17	3 974,1
1986	1 931,42	5 117,04	5 069,00	381,02	896,26	428,61	1 415,97	243,33	331,25	4 197,2
1987	2 003,75	5 321,78	5 320,80	418,60	979,56	431,22	1 473,90	254,68	345,48	4 486,7
1988 [3])	2 110,68	5 656,04	5 692,70	466,29	1 082,93	451,23	1 564,68	268,76	367,39	4 840,2
1989	2 235,58	6 116,83	6 102,00	509,40	1 187,99	474,20	1 673,43	286,57	391,34	5 163,2
	in Preisen von 1980									
1960	728,94	1 571,47	1 180,24	144,79	153,67	154,27	449,04	93,59	56,41	1 417,8
1961	762,72	1 650,87	1 245,23	148,54	166,28	154,72	472,90	101,18	63,15	1 454,3
1962	798,82	1 738,98	1 328,32	150,44	176,60	165,31	484,24	106,02	68,75	1 530,6
1963	820,95	1 814,94	1 399,34	156,41	186,51	171,30	503,99	111,20	74,54	1 593,1
1964	875,69	1 941,69	1 490,63	164,78	191,72	185,48	534,42	117,04	83,17	1 677,6
1965	923,70	2 013,54	1 561,78	169,22	197,99	195,22	550,52	120,77	88,05	1 774,9
1966	950,87	2 074,92	1 643,24	172,14	209,84	200,56	578,80	123,74	97,44	1 879,3
1967	949,74	2 157,09	1 720,31	176,08	224,90	211,16	595,22	127,52	108,26	1 932,9
1968	1 002,54	2 248,81	1 793,57	183,23	239,62	224,70	619,69	132,24	122,15	2 012,5
1969	1 077,35	2 396,69	1 918,91	187,02	254,24	239,15	653,55	139,65	137,42	2 062,5
1970	1 132,82	2 548,80	2 028,90	191,32	267,74	252,77	695,59	148,53	152,21	2 056,4
1971	1 165,60	2 643,35	2 125,95	195,09	272,14	263,44	731,15	154,88	158,87	2 112,2
1972	1 214,70	2 785,13	2 220,15	201,96	279,48	272,16	776,55	160,24	172,43	2 215,7
1973	1 271,65	2 951,44	2 340,92	216,46	299,35	284,92	814,50	165,30	186,04	2 324,5
1974	1 275,10	3 074,42	2 413,72	212,81	315,60	296,22	846,62	167,25	183,40	2 308,8
1975	1 254,83	3 031,37	2 407,00	211,17	307,23	295,95	843,55	156,02	188,31	2 285,0
1976	1 322,74	3 203,66	2 509,15	217,03	327,44	311,10	882,15	154,71	197,34	2 394,7
1977	1 361,79	3 222,19	2 589,88	221,96	338,50	318,31	922,21	158,36	207,87	2 504,0
1978	1 400,90	3 314,09	2 676,64	230,03	350,96	326,13	922,75	159,30	218,66	2 634,1
1979	1 459,04	3 385,67	2 763,41	236,50	371,97	333,86	966,50	163,18	230,22	2 688,6
1980	1 478,94	3 526,15	2 808,29	231,27	387,73	336,74	994,70	170,33	240,07	2 684,4
1981	1 481,39	3 493,44	2 841,33	228,22	391,45	334,37	991,83	172,78	248,89	2 737,5
1982	1 471,83	3 545,31	2 913,66	232,29	392,72	329,66	1 002,44	171,18	256,56	2 669,9
1983	1 493,92	3 559,36	2 933,90	240,44	397,14	334,29	1 022,42	172,90	264,88	2 769,7
1984	1 535,99	3 632,34	2 972,46	245,79	409,11	344,85	1 036,32	175,96	278,32	2 963,7
1985	1 566,48	3 663,94	3 028,38	254,70	419,85	353,94	1 061,84	182,49	291,76	3 070,3
1986	1 603,21	3 729,65	3 104,09	263,87	430,53	361,14	1 074,25	187,72	299,22	3 160,7
1987	1 630,18	3 803,82	3 172,38	276,10	443,60	365,18	1 095,51	191,53	313,11	3 274,4
1988 [3])	1 690,49	3 966,49	3 292,93	288,84	462,24	375,37	1 137,83	197,27	331,10	3 418,9
1989	1 745,66	4 133,06	3 411,47	295,20	477,03	390,65	1 183,12	203,33	347,38	3 503,8

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12 * auf Seite 335. — [2]) Für Japan: Bruttosozialprodukt. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4 *

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	Volkseinkommen									
1960	239,82	449,95	231,16	20,87	19,89	37,08	123,12	31,06	12,92	417,49
1961	261,06	475,14	252,77	22,06	22,08	38,78	136,17	34,81	15,60	430,89
1962	282,39	509,13	283,23	23,08	24,88	41,64	144,16	38,71	17,54	464,73
1963	298,07	546,10	316,11	24,51	28,44	45,06	155,01	42,59	20,25	491,50
1964	327,83	612,73	349,59	26,61	31,03	53,40	168,90	47,08	23,47	528,19
1965	359,42	669,93	377,40	28,65	33,47	59,54	182,89	50,49	26,16	575,27
1966	380,61	711,73	408,29	30,20	36,47	64,34	198,39	54,11	30,49	631,48
1967	381,39	759,41	443,35	31,60	40,04	70,56	210,95	58,35	36,11	666,81
1968	417,67	815,66	489,71	33,93	43,73	77,95	224,92	62,21	42,63	727,01
1969	462,09	908,09	556,24	36,36	48,48	89,40	246,86	67,07	50,10	784,30
1970	530,00	1 008,11	618,13	39,85	54,26	99,37	276,87	74,29	59,31	815,43
1971	586,95	1 108,84	687,63	44,30	59,25	110,88	307,66	84,75	64,75	878,76
1972	643,98	1 254,38	764,42	50,23	65,27	125,24	348,75	95,61	74,60	972,62
1973	720,26	1 439,55	876,09	58,31	79,16	144,29	393,06	107,27	91,80	1 093,47
1974	771,94	1 682,05	1 004,88	65,34	99,13	164,56	453,08	117,48	109,31	1 168,21
1975	801,07	1 867,14	1 126,66	82,97	113,89	179,74	486,15	117,48	121,18	1 253,66
1976	877,67	2 130,38	1 295,14	96,74	142,81	206,72	543,50	119,44	137,28	1 403,51
1977	936,95	2 290,54	1 471,33	112,30	173,99	223,96	593,01	121,78	151,49	1 573,14
1978	1 003,96	2 459,11	1 665,92	128,46	207,28	241,04	631,96	126,66	167,50	1 782,94
1979	1 083,62	2 630,29	1 876,99	148,89	256,69	256,87	690,00	132,96	180,43	1 974,60
1980	1 142,34	2 852,01	2 105,16	171,99	320,04	272,23	745,83	142,71	195,13	2 125,17
1981	1 183,08	2 947,48	2 377,42	186,13	381,22	284,33	785,15	154,70	206,07	2 362,60
1982	1 224,34	3 189,61	2 708,54	204,12	445,96	298,30	842,07	164,86	215,97	2 437,46
1983	1 280,68	3 363,71	2 991,95	224,76	514,76	307,91	890,30	171,65	224,11	2 632,29
1984	1 343,87	3 644,01	3 255,36	240,01	592,57	323,68	938,43	179,68	236,82	2 948,91
1985	1 406,22	3 903,35	3 510,67	264,28	661,81	338,12	994,17	191,92	250,10	3 158,15
1986 [2])	1 495,68	4 137,84	3 792,91	279,68	730,74	343,80	1 051,31	204,90	260,81	3 332,87
1987 [2])	1 640,72	4 287,38	3 963,53	307,68	793,49	345,31	1 096,13	214,25	268,37	3 573,53
1988 [2])	1 726,09	4 570,35	4 209,88	340,14	867,11	361,78	1 167,75	225,61	284,22	3 874,06
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	143,16	256,27	133,77	15,21	9,92	20,59	73,49	19,35	6,45	296,92
1961	161,64	269,10	149,61	16,44	11,02	22,61	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	295,66	169,09	17,35	12,83	24,85	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,24	192,66	18,24	15,60	27,72	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	366,70	215,12	19,78	17,46	33,08	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,09	231,94	21,36	18,43	37,48	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	444,69	250,13	22,90	19,71	42,16	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	475,84	269,97	23,85	21,80	46,01	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	505,63	301,80	25,52	23,70	50,74	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	560,60	345,18	27,30	26,12	58,79	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	629,04	391,44	30,63	30,54	67,17	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	407,77	717,16	441,49	33,57	35,01	77,08	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	449,12	821,62	493,52	37,95	39,06	86,28	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	509,87	946,27	566,40	43,98	47,05	99,95	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	562,05	1 141,21	678,95	52,50	58,69	116,20	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	585,93	1 309,93	801,76	68,63	70,85	131,17	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	630,02	1 511,25	932,94	78,20	86,92	145,89	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	674,70	1 640,96	1 061,18	86,78	106,32	159,54	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	720,24	1 760,78	1 203,11	99,05	123,16	172,77	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	776,39	1 881,46	1 363,25	116,07	149,61	185,92	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	842,84	2 062,10	1 575,78	137,80	184,06	197,84	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	881,20	2 138,10	1 792,60	149,76	224,03	201,53	589,01	114,12	141,14	1 817,19
1982	900,37	2 264,28	2 054,56	158,84	260,86	207,48	616,85	122,70	149,06	1 918,00
1983	917,57	2 364,91	2 259,28	169,83	300,16	209,64	642,44	128,16	156,86	2 032,31
1984	950,49	2 513,54	2 425,77	180,42	334,99	210,00	676,33	133,43	165,31	2 224,42
1985	987,18	2 639,21	2 582,45	195,18	374,05	216,77	717,09	141,53	172,99	2 379,65
1986 [2])	1 037,21	2 779,87	2 702,54	210,19	403,48	225,24	761,17	150,46	181,34	2 523,88
1987 [2])	1 079,05	2 843,75	2 808,64	226,34	443,01	231,94	792,65	158,16	188,69	2 703,71
1988 [2])	1 121,60	2 937,00	2 944,44	250,08	489,48	238,52	821,86	167,33	200,17	2 922,44

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12 * auf Seite 335. — [2]) Vorläufige Ergebnisse. Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)[1]									
1960	50,4	47,3	48,2	66,2	39,7	54,4	42,8	64,5	29,3	79,7
1961	52,1	49,2	50,8	67,0	42,8	54,2	45,0	66,2	32,4	81,8
1962	54,5	51,0	53,9	67,3	45,6	56,8	46,6	66,8	34,8	84,9
1963	56,0	52,9	55,8	69,8	48,9	58,0	48,7	69,0	37,4	87,0
1964	59,7	55,8	58,4	72,6	50,5	61,6	51,8	71,5	41,2	89,5
1965	62,7	57,7	60,7	73,8	53,4	64,2	53,6	74,3	42,9	92,4
1966	64,8	59,2	63,4	74,6	57,6	65,5	57,0	76,4	46,6	95,4
1967	66,9	61,8	66,1	77,5	61,0	69,2	59,6	78,3	50,7	96,1
1968	70,5	64,5	69,1	81,1	65,1	72,9	62,9	80,7	56,3	98,1
1969	74,7	67,5	72,7	82,6	69,7	76,4	66,4	83,9	62,9	97,9
1970	77,6	73,3	75,8	84,8	73,0	79,7	70,4	88,0	68,9	96,7
1971	79,6	75,5	79,0	87,3	74,3	82,7	73,1	90,1	71,5	98,4
1972	82,7	79,7	82,0	90,5	77,7	86,0	77,1	92,0	77,6	99,8
1973	85,6	83,7	85,2	94,7	82,5	90,0	79,6	93,9	81,6	101,1
1974	87,0	85,9	87,1	92,8	85,3	93,6	81,9	95,1	80,8	98,4
1975	88,0	85,8	87,6	92,4	82,6	94,1	88,5	93,2	83,1	98,5
1976	93,3	91,3	90,7	95,7	87,5	98,7	92,4	95,2	86,3	99,8
1977	95,9	92,1	92,9	97,8	89,6	99,9	95,3	97,1	89,7	100,7
1978	97,8	94,7	95,6	100,7	92,6	101,2	94,5	96,7	93,2	101,5
1979	100,2	95,9	98,5	102,0	97,2	102,2	97,8	98,0	96,9	100,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,3	101,1	101,8	102,8	100,7	97,3	99,0	100,1	102,8	100,9
1982	100,8	104,0	104,2	106,5	101,4	97,1	97,0	99,9	104,9	99,2
1983	103,8	105,4	105,3	111,5	102,2	99,7	99,9	102,2	106,5	101,6
1984	106,5	107,7	107,6	111,1	105,0	102,2	98,9	104,2	111,3	104,4
1985	107,8	108,0	110,0	113,7	107,3	102,9	101,3	100,9	115,9	106,0
1986	108,8	109,2	112,5	117,7	109,4	103,4	101,1	102,8	117,9	106,7
1987 [2]	109,8	110,9	114,7	120,6	112,9	.	102,6	103,7	122,1	107,7
1988	113,0	114,0	118,1	122,0	115,7	.	106,1	105,6	127,0	110,0
1989	115,1	117,2	120,9	120,7	120,0	.	108,8	107,6	130,7	110,5
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[3]									
1960	19,8	14,9	11,7	11,6	6,7	13,8	.	21,7	8,3	29,4
1961	22,0	15,3	12,9	12,3	7,2	14,8	.	23,4	9,4	30,3
1962	24,0	16,5	14,3	12,9	8,2	15,8	.	25,2	10,7	31,7
1963	25,5	17,8	15,8	13,5	9,7	17,3	.	27,7	12,1	32,6
1964	27,7	19,5	17,0	14,5	11,0	20,1	.	30,4	13,7	34,1
1965	30,3	21,3	18,1	15,4	12,0	22,5	.	33,2	15,4	35,6
1966	32,7	23,2	19,1	16,4	12,9	25,0	.	35,5	17,1	38,1
1967	33,7	24,9	20,4	17,4	14,0	27,3	.	38,3	19,1	39,3
1968	36,0	26,5	22,7	18,8	15,1	29,6	31,4	40,7	21,7	42,3
1969	39,4	28,6	25,1	20,1	16,4	33,5	34,9	43,1	25,2	45,4
1970	45,8	31,8	27,7	22,7	18,8	37,7	38,0	47,8	29,4	47,9
1971	51,1	35,7	30,7	25,3	21,3	42,8	43,2	54,6	33,8	50,6
1972	55,8	40,8	33,7	28,6	23,8	48,3	48,0	61,2	38,7	53,7
1973	62,2	46,2	37,8	32,4	28,1	55,7	55,5	69,1	46,5	57,9
1974	69,2	54,6	44,6	38,4	34,1	64,5	61,0	76,9	58,6	62,2
1975	74,0	63,6	52,9	50,4	40,6	71,7	69,6	82,7	68,1	67,1
1976	79,5	73,7	60,8	57,8	49,3	79,1	76,3	85,8	75,5	72,1
1977	84,4	80,3	68,3	64,0	59,3	85,2	83,2	87,5	83,1	77,3
1978	89,0	86,2	77,0	72,5	68,8	91,2	89,2	91,1	89,0	83,6
1979	93,8	91,3	86,8	83,6	82,2	96,9	93,2	94,9	94,3	91,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,5	106,3	114,3	114,1	121,7	100,2	106,7	107,7	106,5	109,1
1982	108,0	114,6	130,4	123,8	142,0	104,3	107,5	116,5	110,8	116,5
1983	111,8	121,5	143,5	134,5	164,7	106,0	112,9	123,3	113,5	121,9
1984	115,4	129,7	155,2	141,7	185,1	105,6	115,1	128,6	118,0	127,8
1985	118,8	135,4	165,5	152,0	204,4	106,5	121,6	127,3	122,1	133,5
1986	123,0	141,8	172,5	164,0	219,8	108,6	127,0	134,1	126,1	138,1
1987 [2]	126,7	144,5	178,4	175,0	241,4	.	131,6	139,4	129,8	144,3
1988	130,5	147,1	185,2	187,3	260,8	.	135,8	145,7	134,3	152,6

[1] Für Japan: Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen. — [2] Vorläufige Ergebnisse. — [3] Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quellen für Grundzahlen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Kurzfristige Zinssätze[3]									
1970	9,41	7,87	8,93	6,97	.	7,96	6,49	5,36	5,91	6,39
1971	7,15	5,09	6,29	5,53	5,76	5,26	6,63	3,23	5,40	4,33
1972	5,61	3,86	5,51	5,63	5,18	2,96	6,66	1,83	4,36	4,07
1973	12,14	6,15	9,13	9,53	6,93	6,89	6,75	4,02	5,15	7,03
1974	9,90	10,20	13,02	11,34	14,57	10,35	6,95	5,98	6,83	7,83
1975	4,96	7,00	7,92	10,16	10,64	5,27	7,57	3,47	6,33	5,78
1976	4,25	9,76	8,69	11,20	15,68	6,88	7,94	1,20	5,68	4,97
1977	4,37	7,08	9,22	7,54	14,04	4,57	7,96	2,11	6,28	5,27
1978	3,70	7,14	8,16	8,58	11,50	6,54	7,87	0,62	5,12	7,19
1979	6,69	10,75	9,48	13,11	11,86	9,47	7,50	1,30	5,85	10,07
1980	9,54	14,09	12,21	15,01	17,15	10,70	8,00	5,03	10,68	11,43
1981	12,11	15,24	15,26	13,04	19,31	11,60	9,16	8,20	7,41	14,03
1982	8,88	14,10	14,62	11,40	19,89	8,36	10,10	4,40	6,84	10,61
1983	5,78	10,56	12,47	9,58	18,31	5,62	8,95	3,31	6,50	8,61
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	17,26	6,09	8,02	3,77	6,32	9,52
1985	5,44	9,59	9,94	11,64	15,26	6,34	7,87	4,36	6,48	7,48
1986	4,64	8,11	7,70	10,30	13,41	5,61	7,37	3,63	4,97	5,98
1987	4,03	7,10	8,27	9,22	11,33	5,31	6,47	3,22	3,87	5,78
1988	4,33	6,72	7,94	9,92	10,82	4,76	6,03	2,58	3,96	6,67
1989	7,12	8,68	9,40	13,31	12,61	7,34	6,97	6,44	4,73	8,11
1990 1. Vj.	8,36	10,39	11,02	14,51	12,94	8,85	8,12	8,74	6,20	7,76
2. Vj.	8,30	9,92	9,97	14,47	12,31	8,41	8,34	8,42	6,77	7,75
3. Vj.	8,39	9,19	10,20	14,28	...	8,39	...	8,03	7,19	7,48
	Langfristige Zinssätze[4]									
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	6,94	4,03	4,21	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	6,67	4,02	4,27	8,98
1989	7,03	8,64	9,16	9,58	11,61	7,21	7,14	5,20	5,05	8,59
1990 1. Vj.	8,50	10,27	10,36	10,82	12,37	8,68	8,43	6,40	6,97	8,60
2. Vj.	8,93	9,91	10,07	11,42	11,83	8,94	8,80	6,39	7,00	8,81
3. Vj.	8,93	10,05	10,62	11,25	11,55	8,97	...	6,40	8,10	8,91

[1] Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Ab 1986 bis 2. Vj. 1990 Fibor (Frankfurt interbank offered rate) nach 360/360 Tage berechneter Satz. Ab 3. Vj. 1990 Fibor nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.
[3] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.
[4] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	171,84	390,55	179,61	17,11	14,79	25,97	97,12	23,28	9,40	330,7
1961	188,33	407,76	196,66	18,01	16,17	27,98	106,15	25,57	11,03	341,1
1962	204,79	428,83	219,72	19,10	18,25	30,47	114,50	28,53	12,65	361,9
1963	216,79	464,60	248,19	20,35	21,35	33,84	124,02	30,99	14,77	381,7
1964	233,50	496,86	271,14	21,73	23,14	38,27	133,05	33,82	17,03	409,3
1965	257,62	540,91	289,24	23,15	24,75	42,77	145,84	36,39	19,24	440,7
1966	275,06	579,71	312,82	24,51	27,30	46,52	155,66	39,23	22,14	477,3
1967	282,63	611,51	338,68	25,76	30,24	50,51	167,36	42,15	25,41	503,6
1968	300,74	662,74	369,60	27,75	32,26	55,21	178,37	44,91	28,97	552,5
1969	330,90	718,47	419,61	29,47	35,39	63,18	189,70	48,67	33,30	597,9
1970	368,85	769,01	459,58	32,11	39,99	70,82	205,29	53,33	38,33	640,0
1971	409,44	847,72	511,13	36,01	43,66	78,94	230,00	59,75	43,23	691,6
1972	452,10	947,78	570,30	40,75	47,95	88,45	259,81	67,78	49,90	757,6
1973	495,36	1 083,90	645,01	46,43	58,48	99,83	291,78	75,95	60,31	837,2
1974	533,74	1 255,90	749,59	53,49	73,64	113,39	330,61	83,14	72,91	916,5
1975	585,33	1 421,15	862,26	65,86	85,97	128,95	368,26	86,04	84,76	1 012,8
1976	632,51	1 612,07	993,54	76,56	106,38	147,99	410,18	88,90	95,78	1 129,3
1977	683,16	1 769,38	1 117,09	87,53	129,21	164,31	456,75	92,65	107,08	1 257,2
1978	728,90	1 890,04	1 264,00	100,85	150,85	179,17	468,82	95,28	117,92	1 403,5
1979	785,02	2 057,27	1 442,02	119,52	185,05	192,43	511,71	100,72	130,08	1 566,8
1980	840,78	2 224,92	1 653,31	139,02	236,60	205,78	552,53	108,04	141,32	1 732,6
1981	887,85	2 396,20	1 907,22	154,70	284,03	213,23	596,49	115,69	149,39	1 915,1
1982	918,05	2 622,20	2 200,82	169,82	335,45	221,83	640,20	122,06	159,61	2 050,7
1983	964,16	2 762,71	2 435,55	185,90	387,83	229,86	694,84	127,34	167,81	2 234,5
1984	1 003,57	2 961,40	2 651,31	198,90	443,97	236,75	733,18	133,61	175,98	2 430,5
1985	1 038,34	3 199,16	2 871,10	217,02	499,59	247,72	775,52	140,56	184,76	2 629,0
1986	1 068,61	3 300,35	3 062,50	239,47	551,84	256,15	803,16	144,93	191,50	2 797,4
1987 [2])	1 110,30	3 447,04	3 245,00	264,00	604,35	263,18	835,05	150,21	199,29	3 009,4
1988 [2])	1 154,28	3 587,78	3 437,00	295,97	660,14	268,28	874,77	157,02	209,37	3 238,2
1989 [2])	1 211,30	3 832,00	3 665,00	324,48	725,80	280,60	926,93	165,56	220,32	3 450,1
	in Preisen von 1980									
1960	370,62	1 053,81	696,95	87,79	83,98	79,86	255,84	56,21	37,02	870,5
1961	392,71	1 071,88	738,39	89,74	90,26	79,76	268,94	60,04	40,87	888,0
1962	414,25	1 115,42	790,54	91,77	96,70	89,17	277,90	63,87	43,96	925,9
1963	425,84	1 165,48	845,06	96,00	105,67	95,45	293,27	66,96	47,82	960,0
1964	448,22	1 196,78	892,65	98,93	109,17	101,08	303,32	70,12	52,99	1 013,9
1965	479,02	1 246,87	928,43	100,44	112,73	108,64	317,40	72,54	56,03	1 070,9
1966	493,66	1 281,72	973,31	102,22	120,81	112,10	330,98	74,72	61,65	1 125,0
1967	498,87	1 319,09	1 022,89	104,73	129,72	118,19	342,30	76,91	68,06	1 158,6
1968	522,51	1 390,89	1 063,58	107,65	136,43	125,98	355,79	80,00	73,86	1 217,7
1969	564,14	1 463,71	1 127,76	108,31	145,43	135,93	365,31	84,33	81,51	1 261,7
1970	606,81	1 528,28	1 175,84	111,48	156,49	145,98	378,40	88,88	87,55	1 292,3
1971	638,14	1 600,45	1 233,89	115,07	161,90	150,80	403,83	93,11	92,56	1 332,8
1972	666,60	1 699,20	1 294,74	122,28	167,22	156,08	428,38	98,18	101,19	1 404,8
1973	686,98	1 831,24	1 363,70	128,35	179,00	162,32	451,39	100,94	110,48	1 463,4
1974	691,49	1 880,89	1 380,18	126,47	185,63	168,33	464,90	100,53	110,17	1 449,9
1975	713,88	1 892,11	1 419,47	125,94	185,98	173,88	480,00	97,80	115,03	1 482,7
1976	740,35	1 985,93	1 488,64	126,47	195,34	183,10	501,80	98,97	119,05	1 562,4
1977	771,83	2 034,05	1 529,42	125,98	201,76	191,52	529,15	101,94	124,10	1 631,6
1978	801,45	2 084,52	1 585,88	133,10	208,06	199,81	521,34	104,13	130,83	1 698,5
1979	830,41	2 184,42	1 633,75	138,90	222,86	205,76	544,31	105,30	139,27	1 736,1
1980	840,78	2 224,92	1 653,31	139,02	236,60	205,78	552,53	108,04	141,26	1 732,6
1981	836,38	2 204,26	1 687,23	139,10	240,37	200,61	554,29	108,57	143,07	1 753,2
1982	825,23	2 235,87	1 745,53	140,43	242,84	198,26	560,99	108,53	148,97	1 776,2
1983	839,60	2 200,96	1 761,58	146,45	243,93	199,99	588,93	110,34	153,78	1 858,7
1984	852,29	2 226,13	1 780,45	149,10	249,53	201,99	588,48	112,06	157,99	1 948,2
1985	863,98	2 270,82	1 823,16	154,67	257,60	206,93	602,51	113,67	162,27	2 039,6
1986	893,39	2 332,26	1 894,30	163,47	269,30	212,51	611,97	116,87	167,29	2 118,9
1987 [2])	922,60	2 399,72	1 945,40	173,15	280,77	219,10	630,55	119,29	174,40	2 179,0
1988 [2])	947,48	2 456,94	2 007,70	185,21	292,28	221,64	649,17	121,89	183,38	2 257,6
1989 [2])	963,85	2 545,41	2 071,90	192,30	303,38	229,20	670,67	124,08	189,81	2 301,1

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 335. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	40,45	71,96	42,77	4,24	3,07	5,61	21,12	3,36	1,28	100,6
1961	45,78	73,28	47,16	4,57	3,40	6,16	22,78	4,12	1,48	108,4
1962	52,83	80,84	53,20	4,90	3,93	6,90	24,68	4,78	1,75	118,1
1963	59,39	91,74	60,33	5,16	4,76	7,91	27,49	5,47	2,07	123,8
1964	62,10	98,90	66,16	5,48	5,31	9,41	30,18	6,02	2,35	130,0
1965	69,65	110,19	70,42	6,01	6,01	10,48	32,93	6,48	2,69	138,6
1966	75,45	121,18	75,42	6,54	6,40	11,68	36,68	6,91	3,05	158,6
1967	80,05	133,37	81,28	7,23	6,84	13,13	41,57	7,34	3,41	179,7
1968	82,73	144,02	92,16	7,68	7,68	14,22	45,25	7,91	3,93	197,7
1969	93,12	159,76	103,75	8,02	8,02	16,22	50,49	8,68	4,56	207,3
1970	106,47	175,30	116,64	9,04	9,04	18,66	55,22	9,64	5,46	218,2
1971	126,82	204,98	131,93	10,31	10,31	21,85	61,98	11,39	6,42	232,4
1972	141,13	232,44	146,80	11,75	11,75	24,43	70,10	12,88	7,54	250,0
1973	163,16	264,32	167,69	13,40	13,40	27,42	81,91	14,82	9,34	266,5
1974	190,21	314,32	200,23	16,72	16,72	32,45	97,44	16,63	12,24	299,1
1975	210,01	388,40	243,44	23,12	23,12	38,25	113,05	17,92	14,89	335,0
1976	221,73	441,00	287,76	27,04	23,96	43,47	127,79	18,94	16,42	356,9
1977	234,96	489,05	329,53	29,47	30,07	47,85	138,74	19,15	18,24	387,3
1978	252,86	543,96	383,68	33,40	36,48	52,61	154,14	19,77	19,75	425,2
1979	273,34	588,13	436,65	38,88	45,72	57,17	165,96	20,80	21,49	467,8
1980	297,79	643,59	509,27	49,02	58,03	60,26	178,70	21,98	23,56	530,3
1981	318,16	696,62	595,03	55,45	75,31	62,75	195,24	23,88	25,58	588,1
1982	326,19	734,18	701,30	60,44	88,80	65,12	214,30	25,94	26,80	641,7
1983	336,21	756,93	782,13	65,87	105,14	66,58	226,89	27,77	28,00	675,0
1984	350,23	792,36	854,30	69,86	119,99	66,39	237,76	28,93	29,45	735,8
1985	365,66	849,14	910,32	73,88	135,49	67,66	255,00	30,88	30,69	820,7
1986 [2])	382,72	877,90	959,50	79,53	148,36	68,55	270,66	32,33	32,42	872,2
1987 [2])	397,51	893,80	1 002,00	85,33	166,65	70,45	280,44	33,03	33,02	921,4
1988 [2])	412,65	898,04	1 056,00	91,76	186,94	70,93	289,07	35,04	34,28	962,5
1989 [2])	418,96	936,87	1 117,00	99,45	202,49	71,60	302,97	37,12	36,27	921,4
	in Preisen von 1980									
1960	137,53	249,28	244,49	31,29	28,75	34,06	91,98	10,04	8,36	345,0
1961	145,93	253,79	256,22	32,40	30,08	35,03	93,64	11,75	8,85	365,0
1962	159,72	275,96	268,31	33,39	31,25	36,19	95,86	12,72	9,62	384,1
1963	169,43	307,41	277,38	33,99	32,53	37,90	99,68	13,82	10,42	393,0
1964	172,51	320,30	288,91	34,53	33,64	38,56	104,60	14,19	10,76	402,4
1965	180,96	338,77	298,20	35,44	34,87	39,15	105,36	14,85	11,17	416,2
1966	186,71	353,96	306,29	36,38	36,25	39,83	110,23	15,13	11,81	455,2
1967	193,53	374,55	319,32	38,44	37,89	40,78	114,64	15,37	12,27	492,4
1968	194,43	387,90	337,23	38,59	39,83	41,68	118,25	15,96	13,06	510,7
1969	203,02	411,64	351,13	37,88	41,00	43,55	120,89	16,72	13,83	505,3
1970	211,92	425,06	365,82	38,51	42,35	46,18	124,89	17,55	14,82	489,4
1971	222,76	450,10	380,23	39,65	44,79	48,20	128,99	18,57	15,59	484,1
1972	232,13	476,74	393,63	41,32	47,05	48,58	134,29	19,14	16,46	487,7
1973	243,65	502,18	406,92	43,11	48,25	48,97	138,30	19,74	17,36	483,1
1974	253,39	521,16	411,88	43,92	49,48	50,05	146,18	20,16	17,89	489,9
1975	262,81	545,57	429,93	46,37	50,70	52,10	152,00	20,31	19,09	496,5
1976	266,78	567,47	447,80	46,94	51,87	54,24	158,47	20,92	19,99	495,9
1977	270,43	582,74	458,46	46,17	53,30	56,08	163,63	21,01	20,86	503,5
1978	280,81	616,97	482,14	47,23	55,17	58,26	169,03	21,44	21,96	516,3
1979	290,32	633,60	496,70	48,25	56,83	59,92	174,06	21,78	22,92	520,6
1980	297,79	643,59	509,27	49,02	58,03	60,26	178,70	21,98	23,56	530,3
1981	303,29	645,41	525,25	49,16	59,57	61,46	182,67	22,54	24,69	538,2
1982	300,74	635,11	545,05	49,56	61,29	61,86	186,87	22,79	25,17	548,4
1983	301,44	633,99	556,46	50,54	63,06	62,63	191,01	23,67	25,92	554,7
1984	308,82	634,63	563,02	51,03	64,65	62,26	191,42	23,96	26,63	579,2
1985	315,31	651,23	575,86	51,02	66,92	63,09	195,14	24,74	27,10	624,9
1986 [2])	323,40	660,04	585,86	52,02	68,89	64,34	198,38	25,65	28,68	650,9
1987 [2])	328,42	668,52	602,30	52,55	71,44	65,63	199,17	26,12	28,52	685,8
1988 [2])	335,92	663,87	619,70	52,79	73,44	65,57	200,51	26,96	29,15	667,0
1989 [2])	332,87	666,46	629,65	53,27	73,81	65,95	202,52	27,71	29,76	682,1

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 335. — [2]) Vorläufige Ergebnisse. Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	73,58	107,85	62,71	4,23	6,45	10,72	40,66	9,27	4,64	75,1
1961	83,46	121,73	72,25	4,75	7,38	11,65	47,35	11,51	6,17	74,7
1962	92,88	134,60	81,31	4,90	8,44	12,36	49,57	13,44	7,07	81,5
1963	97,71	141,90	94,36	5,14	9,81	13,03	53,91	15,39	7,93	87,3
1964	111,70	170,54	108,43	6,12	9,94	16,45	59,92	17,45	9,36	94,2
1965	119,90	185,32	118,74	6,63	9,28	18,11	67,40	17,47	9,78	106,2
1966	124,17	204,42	130,75	7,06	9,80	20,58	74,76	17,91	11,56	114,4
1967	114,18	218,64	142,00	7,71	11,20	22,67	76,03	18,33	14,29	115,4
1968	119,39	218,85	151,21	8,51	12,65	25,63	78,86	19,20	17,57	129,1
1969	138,90	241,14	173,15	8,83	14,46	26,54	83,95	21,00	21,44	143,4
1970	172,05	287,07	192,94	9,74	16,53	31,36	97,18	24,96	26,04	145,7
1971	196,11	305,57	218,27	10,89	17,48	34,64	116,90	30,13	27,64	164,7
1972	209,17	328,35	244,45	11,94	18,47	36,40	144,91	34,64	31,52	191,5
1973	219,26	374,21	285,19	14,73	24,06	40,66	154,97	38,21	40,94	219,2
1974	212,71	467,87	336,12	17,50	31,66	43,85	175,72	38,89	46,70	225,4
1975	209,41	511,93	354,31	21,04	34,57	46,32	174,92	33,66	48,14	225,2
1976	225,65	568,52	407,24	24,50	41,78	48,97	188,71	29,23	51,95	261,7
1977	242,43	603,17	439,35	27,04	50,32	57,89	212,91	30,24	55,98	322,8
1978	265,96	646,92	488,44	31,06	57,66	63,30	215,57	32,49	62,15	388,2
1979	303,42	661,47	555,07	36,93	70,77	66,49	231,94	34,59	70,17	441,9
1980	335,80	728,37	645,75	41,56	94,06	70,79	255,46	40,50	75,82	445,3
1981	335,24	644,11	700,53	41,30	110,68	67,58	267,94	44,56	78,94	491,5
1982	326,89	671,35	774,28	44,82	121,73	67,17	262,88	45,30	79,99	471,8
1983	343,82	667,35	809,60	48,62	134,59	69,46	269,55	47,50	79,22	509,4
1984	354,63	707,93	840,36	54,96	153,36	74,31	282,92	49,80	83,18	597,1
1985	360,80	739,56	905,30	60,34	168,23	80,25	304,41	54,20	87,83	631,8
1986	377,39	780,68	977,00	64,32	176,76	86,18	323,18	59,00	91,22	652,5
1987 2)	389,97	828,69	1 046,00	73,45	193,61	86,69	340,79	64,37	99,27	671,2
1988	415,98	981,02	1 164,40	88,55	216,63	96,67	369,12	71,48	111,40	720,8
1989	458,41	1 080,00	1 267,70	98,47	240,24	103,55	397,14	79,54	124,76	742,9
	in Preisen von 1980									
1960	189,87	333,55	237,90	24,18	48,36	36,55	101,93	21,71	12,48	218,0
1961	202,52	372,48	263,76	26,54	53,96	38,75	114,76	25,13	15,40	217,2
1962	210,54	395,77	286,15	26,72	59,23	40,07	117,90	27,69	17,57	235,0
1963	213,46	400,07	311,31	27,10	64,01	40,52	121,96	29,72	19,67	250,6
1964	237,78	455,34	343,91	31,58	60,29	48,28	133,65	32,14	22,76	267,6
1965	248,89	473,74	367,95	33,21	55,22	50,85	140,31	31,35	23,81	294,9
1966	251,92	506,48	394,64	34,06	57,61	54,93	152,83	31,09	27,16	305,1
1967	234,54	520,72	418,44	37,04	64,37	59,58	153,14	31,14	32,07	298,1
1968	242,97	512,93	441,57	39,36	71,32	66,23	157,32	32,11	38,64	319,8
1969	266,84	541,58	482,04	39,13	76,84	64,74	165,06	34,05	45,93	332,2
1970	291,91	589,42	504,32	40,12	79,18	69,62	180,96	36,96	53,67	322,0
1971	309,61	577,81	540,91	40,86	76,63	70,68	205,92	40,66	56,09	344,8
1972	317,88	594,43	573,49	40,77	77,63	69,06	230,90	42,77	61,71	382,8
1973	316,81	635,97	622,06	43,43	84,43	71,95	231,71	44,13	69,51	414,8
1974	286,43	683,00	630,05	42,38	86,15	69,07	240,90	42,12	62,91	386,5
1975	271,27	670,44	589,41	41,54	79,83	66,06	228,98	36,54	62,15	341,7
1976	280,99	695,81	608,65	42,23	79,87	64,62	237,71	32,80	63,80	372,1
1977	291,05	696,64	597,59	41,48	81,34	70,92	249,82	33,26	66,34	424,6
1978	304,69	714,92	610,10	42,73	81,86	72,71	239,65	35,11	72,00	466,0
1979	326,72	696,64	629,25	43,92	86,53	71,46	248,06	36,88	75,80	483,3
1980	335,80	728,37	645,75	41,56	94,06	70,79	255,46	40,50	75,82	445,3
1981	319,69	612,22	633,56	37,58	91,09	63,42	251,94	41,59	78,21	450,0
1982	302,88	599,85	624,87	39,62	86,37	60,84	231,37	40,53	78,84	407,0
1983	312,44	572,81	602,59	41,61	85,57	62,10	230,04	42,19	78,63	440,3
1984	314,90	583,21	586,93	45,17	89,38	65,45	234,90	43,94	82,49	514,2
1985	315,08	586,95	605,90	46,95	90,65	69,89	246,65	46,26	87,15	541,7
1986	325,40	612,61	633,20	47,92	92,07	75,03	255,10	49,91	92,39	547,0
1987 2)	332,40	644,68	659,00	52,07	97,38	75,53	262,37	53,62	102,01	557,4
1988	349,35	747,70	715,80	59,21	103,95	82,85	277,58	57,34	114,83	588,4
1989	374,29	854,60	755,90	61,79	109,28	86,65	290,44	60,33	127,43	597,9

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 335. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]) [2])	Vereinigte Staaten [2])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	60,68	185,30	43,58	5,16	3,22	21,18	39,51	10,96	1,77	29,9
1961	63,20	202,30	45,97	5,39	3,67	21,32	43,28	12,07	1,86	31,1
1962	66,26	218,70	47,32	5,53	4,08	22,62	47,71	13,22	2,15	33,1
1963	72,03	238,80	52,07	5,88	4,49	24,59	51,90	14,41	2,35	35,7
1964	79,86	278,00	57,95	6,20	5,18	28,04	56,21	15,94	2,89	40,5
1965	87,19	306,00	65,30	6,61	6,21	30,85	61,90	17,49	3,56	42,9
1966	98,42	327,50	71,01	7,17	6,92	32,69	67,26	19,21	4,17	46,6
1967	106,41	352,20	75,88	7,39	7,50	34,84	71,52	20,50	4,47	49,5
1968	120,21	401,60	82,65	8,98	8,57	39,08	78,80	23,17	5,53	54,8
1969	137,34	482,70	100,23	10,09	9,84	45,90	95,02	26,63	6,82	60,4
1970	152,93	561,90	125,43	11,51	11,04	54,30	116,75	29,71	8,27	68,9
1971	169,75	608,80	145,21	12,92	12,36	62,02	128,64	32,06	9,90	72,4
1972	185,13	683,00	165,14	13,62	14,11	69,40	146,44	35,77	10,38	81,4
1973	217,06	846,40	198,57	17,07	16,83	83,41	165,89	40,23	12,13	114,1
1974	278,98	1 116,40	269,64	22,88	24,64	107,78	204,21	45,91	19,45	151,5
1975	271,23	1 065,20	279,80	26,86	28,47	109,72	209,03	44,03	20,25	161,3
1976	309,03	1 265,90	332,95	35,09	38,56	128,47	236,29	47,70	23,84	177,7
1977	325,83	1 473,60	392,89	43,30	49,84	130,74	256,94	53,45	25,56	191,6
1978	344,70	1 540,00	445,46	47,48	59,39	133,34	280,76	53,23	24,11	227,5
1979	377,42	1 797,60	526,94	54,90	75,15	155,06	327,69	56,02	27,90	291,2
1980	422,30	2 026,40	604,42	62,80	84,95	176,81	366,24	62,58	35,72	351,0
1981	482,11	2 286,20	714,28	67,62	108,34	204,62	404,51	69,10	41,81	382,8
1982	517,54	2 640,00	790,35	72,89	125,13	212,60	431,24	69,55	44,48	361,9
1983	524,83	2 923,60	900,66	80,27	140,02	219,77	449,69	71,76	43,49	352,5
1984	590,78	3 336,60	1 053,33	90,10	165,20	248,56	497,65	80,55	50,02	383,5
1985	647,48	3 479,10	1 123,90	102,49	185,02	265,54	549,13	89,02	52,08	370,9
1986	638,23	3 366,90	1 074,10	98,56	181,96	232,52	522,97	89,12	43,43	396,5
1987	639,33	3 476,20	1 103,20	107,56	191,84	226,41	527,19	90,53	43,82	449,6
1988 [3])	687,86	3 868,00	1 221,90	108,59	211,11	246,07	590,32	97,62	47,61	552,0
1989	787,11	4 275,00	1 428,60	123,40	248,00	275,60	669,30	109,92	57,11	626,2
	in Preisen von 1980									
1960	120,89	453,65	130,28	24,75	16,82	47,81	81,84	20,90	3,22	88,8
1961	124,88	494,10	136,95	25,55	19,30	48,94	86,46	22,57	3,39	90,9
1962	129,65	528,78	139,37	25,96	21,30	51,99	94,95	23,97	3,95	96,5
1963	139,16	567,88	149,21	27,22	22,68	55,10	101,73	25,22	4,22	103,5
1964	150,08	632,22	160,04	28,13	25,13	61,33	107,33	26,84	5,08	116,2
1965	159,33	679,99	177,60	29,32	30,15	65,96	114,34	28,96	6,27	119,1
1966	175,03	705,23	188,86	30,86	33,52	69,41	121,46	30,36	7,33	124,9
1967	188,62	753,77	204,47	31,03	35,92	74,01	126,77	31,40	7,84	129,6
1968	212,69	858,18	227,33	34,92	40,91	83,47	137,01	34,53	9,66	140,5
1969	233,39	983,77	263,91	38,35	45,72	95,94	160,36	39,11	11,75	148,9
1970	248,43	1 082,40	306,96	40,37	48,38	107,32	187,93	41,78	13,84	160,9
1971	264,56	1 151,10	335,34	43,17	51,77	118,75	199,97	43,44	16,11	161,7
1972	281,97	1 265,90	375,67	43,65	56,67	130,57	220,26	46,20	17,00	176,2
1973	310,55	1 447,80	416,08	48,85	58,90	146,37	232,24	49,73	18,20	218,7
1974	347,98	1 545,80	452,90	52,43	62,36	150,16	257,10	50,07	22,42	242,9
1975	324,64	1 407,60	445,25	50,93	63,51	145,45	250,94	46,87	22,58	234,4
1976	356,67	1 571,90	481,66	55,57	69,97	159,82	278,70	51,21	26,00	247,7
1977	368,49	1 771,60	517,14	59,40	78,10	156,99	290,49	56,14	28,78	254,2
1978	383,71	1 831,50	547,67	60,51	85,43	162,17	311,79	58,15	28,57	282,1
1979	400,99	1 961,40	588,52	62,78	92,89	174,18	348,14	59,57	30,36	322,0
1980	422,30	2 026,40	604,42	62,80	84,95	176,81	366,24	62,58	35,72	351,0
1981	456,73	2 089,45	626,64	62,33	90,20	179,54	384,10	65,59	41,29	354,4
1982	471,45	2 134,27	616,07	62,85	90,17	179,51	394,47	63,72	42,78	326,6
1983	469,01	2 202,34	638,80	64,13	92,55	185,82	407,05	64,40	44,56	314,2
1984	511,11	2 327,57	683,48	68,33	98,62	199,56	431,83	68,48	52,35	335,6
1985	545,74	2 358,82	696,51	72,36	102,24	210,31	461,60	74,17	55,29	331,4
1986	545,93	2 485,74	689,00	75,72	104,75	216,43	449,09	74,45	52,40	358,4
1987	551,07	2 661,82	707,90	80,05	108,12	225,27	459,85	75,70	54,45	407,8
1988 [3])	582,28	2 880,75	766,60	80,24	113,85	242,67	500,43	79,65	59,12	482,6
1989	649,15	3 111,20	850,80	83,71	125,00	257,20	556,08	83,96	68,30	535,5

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 335. — [2]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]) [2])	Vereinigte Staaten [2])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	52,75	191,40	37,36	5,55	3,35	20,39	40,76	11,06	1,71	24,0
1961	56,07	208,90	40,01	5,51	3,73	21,28	42,82	13,33	2,20	23,9
1962	61,96	220,70	43,87	5,61	4,30	22,45	45,09	14,89	2,15	26,2
1963	66,42	247,60	50,60	6,03	5,35	24,99	49,83	16,05	2,61	27,5
1964	73,96	282,90	58,75	6,82	5,19	29,39	56,19	17,80	3,04	29,6
1965	86,86	304,70	60,94	6,97	5,33	31,35	63,32	18,01	3,20	33,2
1966	91,00	336,80	69,51	7,26	6,19	33,80	71,09	19,16	3,67	39,1
1967	89,07	351,00	74,27	7,85	7,08	35,63	73,77	20,13	4,47	42,1
1968	100,47	400,40	82,92	9,38	7,54	39,12	79,58	21,98	5,09	49,3
1969	119,76	473,60	103,96	9,93	9,13	46,14	91,01	25,61	5,99	54,7
1970	138,80	532,80	121,24	11,10	10,98	56,41	113,07	31,25	7,49	60,5
1971	154,82	580,80	135,61	12,16	11,85	62,43	125,66	33,65	7,81	66,1
1972	167,23	632,70	154,88	13,74	13,52	65,15	143,71	36,82	8,24	78,2
1973	188,44	811,20	188,73	18,95	18,79	77,76	163,89	41,67	12,08	97,3
1974	235,04	1 109,20	282,71	27,15	29,71	102,31	206,30	48,65	20,69	135,2
1975	241,18	1 061,10	262,25	28,80	28,56	102,34	204,81	40,03	20,35	130,3
1976	279,92	1 260,90	345,44	36,64	40,59	119,93	247,34	43,01	22,66	158,9
1977	296,68	1 498,80	390,53	42,38	47,54	127,40	278,40	49,69	22,61	189,7
1978	307,22	1 570,40	416,41	45,37	53,72	133,23	280,43	49,53	24,48	223,4
1979	366,10	1 865,50	512,12	54,35	71,73	156,69	331,59	56,83	29,63	272,5
1980	425,27	2 124,70	638,79	57,79	95,42	178,62	385,66	68,59	37,93	318,9
1981	466,86	2 356,90	744,75	60,70	117,33	192,24	418,47	70,92	40,31	348,9
1982	480,07	2 693,90	859,54	68,06	131,02	196,83	412,44	68,66	42,36	335,6
1983	486,82	2 863,70	907,39	77,87	135,51	205,21	433,93	71,85	38,16	358,7
1984	535,91	3 276,90	1 024,97	93,02	167,24	227,75	495,72	81,16	41,31	442,4
1985	567,28	3 379,00	1 092,60	99,17	188,31	245,50	546,81	88,07	40,16	448,9
1986	523,25	3 187,00	1 021,80	101,57	168,26	213,01	509,80	86,38	28,90	493,8
1987	525,90	3 335,30	1 095,00	112,34	185,40	213,21	519,83	88,42	30,75	564,3
1988 [3])	565,70	3 707,90	1 218,00	125,43	207,90	227,80	583,62	96,81	36,89	626,1
1989	643,66	4 128,00	1 406,30	142,15	227,00	255,85	660,62	111,07	48,68	672,3
					in Preisen von 1980					
1960	104,11	501,93	140,36	26,92	21,60	46,87	87,69	18,97	5,84	98,4
1961	113,14	534,13	150,10	26,73	24,57	49,87	90,12	22,74	7,39	99,2
1962	124,56	559,48	160,17	27,29	28,24	53,09	94,31	25,12	7,35	109,9
1963	130,39	603,73	182,73	28,43	34,60	58,30	103,33	26,34	8,77	112,0
1964	142,59	667,51	210,35	31,41	32,47	66,96	114,56	28,62	10,02	118,0
1965	162,60	712,59	215,09	31,68	33,12	71,06	126,61	28,63	10,58	129,4
1966	166,92	767,64	237,80	32,46	37,77	76,07	139,90	29,64	11,84	146,1
1967	165,36	795,06	257,50	34,69	42,86	80,89	143,98	30,84	14,44	154,2
1968	185,40	901,64	290,71	37,33	45,38	91,43	154,27	33,41	16,24	178,0
1969	215,79	1 033,77	347,47	38,56	54,14	104,35	168,92	37,73	18,54	192,0
1970	249,47	1 106,90	369,24	40,43	62,81	119,67	195,77	42,97	22,67	200,1
1971	274,37	1 165,40	392,60	42,57	64,63	126,99	208,08	45,64	23,94	210,3
1972	289,88	1 263,30	444,58	46,76	70,54	133,07	233,35	48,97	26,31	234,9
1973	302,29	1 507,90	507,92	52,11	77,12	147,71	255,64	52,15	32,69	263,0
1974	309,09	1 621,10	517,68	52,65	78,20	146,46	273,30	51,63	34,73	257,8
1975	307,10	1 462,00	467,53	49,15	68,41	140,51	260,59	43,71	31,33	231,3
1976	339,39	1 622,90	549,03	51,53	77,59	154,73	305,98	49,41	32,96	274,1
1977	351,60	1 872,20	549,65	52,32	79,06	159,20	324,85	53,98	34,02	304,6
1978	371,06	1 941,20	566,03	54,55	82,96	169,21	325,16	59,89	35,75	326,0
1979	409,94	2 118,30	623,29	59,79	92,52	179,41	363,13	63,99	40,54	339,3
1980	425,27	2 124,70	638,79	57,79	95,42	178,62	385,66	68,59	38,05	318,9
1981	420,09	2 067,03	625,54	56,27	91,67	168,16	382,73	67,71	40,00	329,8
1982	419,70	2 086,32	641,70	59,01	91,04	169,97	369,96	65,94	40,68	322,4
1983	422,09	2 063,63	624,55	62,86	89,46	176,58	390,45	68,85	38,60	353,6
1984	444,52	2 187,73	641,27	69,01	99,60	185,38	429,12	73,76	42,88	437,8
1985	461,11	2 209,37	670,44	70,75	104,28	197,54	455,63	77,50	42,85	452,8
1986	477,34	2 372,18	717,26	75,54	109,49	204,69	450,31	82,97	44,06	506,1
1987	500,06	2 593,64	772,48	81,30	121,11	217,23	471,35	87,53	47,89	547,8
1988 [3])	530,05	2 808,04	838,90	91,51	130,51	232,56	518,48	92,26	57,80	586,5
1989	576,53	3 060,76	908,60	97,98	153,80	245,05	568,70	97,18	70,17	621,9

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 335. — [2]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern

Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Salden der Handelsbilanz [1]									
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	− 0,73	+ 0,65	− 0,60	− 0,47	− 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	− 0,30	+ 0,33	− 0,71	− 0,59	− 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	− 1,64	− 0,02	− 0,58	− 0,47	− 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	− 1,70	+ 1,05	− 0,34	− 0,45	− 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	− 0,83	− 0,50	+ 0,54	− 0,42	− 0,34	− 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,55	+ 0,33	− 0,03	− 0,38	− 0,91	− 0,68	− 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+ 0,38	+ 1,10	+ 0,51	+ 0,12	− 0,62	− 0,93	− 1,01	+ 7,79	− 2,26
1972	+ 8,49	+ 0,89	+ 1,27	− 1,85	+ 0,05	+ 0,44	− 1,13	− 1,09	+ 8,97	− 6,42
1973	+15,43	+ 0,98	+ 0,50	− 6,29	− 3,98	+ 1,00	− 1,55	− 1,47	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+ 0,30	− 4,40	−12,24	− 8,49	+ 0,59	− 1,30	− 1,79	+ 1,44	− 5,51
1975	+17,69	− 0,42	+ 1,45	− 7,21	− 1,17	+ 0,90	− 1,95	+ 0,32	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	− 0,76	− 4,67	− 7,11	− 4,24	+ 1,34	− 2,56	+ 0,57	+ 9,89	− 9,49
1977	+19,59	− 2,36	− 2,84	− 4,05	− 0,14	− 0,25	− 3,81	+ 0,19	+17,31	− 31,10
1978	+24,85	− 2,47	+ 0,75	− 3,06	+ 2,90	− 1,47	− 3,28	+ 0,65	+24,60	− 33,94
1979	+17,06	− 4,13	− 2,10	− 7,08	− 0,95	− 1,41	− 4,26	− 1,68	+ 1,84	− 27,54
1980	+10,15	− 5,00	−13,03	+ 3,15	−16,92	− 1,41	− 6,28	− 4,96	+ 2,13	− 25,48
1981	+17,43	− 4,06	−10,12	+ 6,53	−11,66	+ 3,81	− 4,51	− 2,48	+19,97	− 27,98
1982	+26,10	− 2,89	−15,54	+ 3,33	− 8,84	+ 4,59	− 3,27	− 1,31	+18,08	− 36,45
1983	+22,34	− 1,22	− 8,21	− 2,29	− 2,45	+ 4,16	− 3,46	− 2,26	+31,45	− 67,08
1984	+23,10	− 0,84	− 4,11	− 6,88	− 5,84	+ 5,62	− 3,42	− 2,30	+44,26	−112,52
1985	+28,77	− 0,19	− 5,36	− 4,02	− 6,25	+ 5,46	− 3,32	− 1,97	+55,99	−122,15
1986	+56,14	+ 1,15	− 2,76	−13,73	+ 4,21	+ 7,32	− 3,92	− 1,99	+92,83	−145,06
1987	+70,18	+ 0,78	− 9,24	−17,87	− 0,06	+ 5,13	− 4,86	− 3,10	+96,39	−159,50
1988	+79,60	+ 1,87	− 8,50	−37,00	− 1,15	+ 8,47	− 4,90	− 3,21	+95,01	−127,00
1989	+77,00	+ 0,80	−10,10	−39,00	− 1,97	+ 7,94	− 5,34	− 4,10	+76,91	−114,90
	Salden der Leistungsbilanz									
1965	− 1,56	+ 0,40	+ 0,35	− 0,08	+ 2,21	+ 0,05	− 0,04	− 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	− 0,26	+ 0,36	+ 2,12	− 0,21	− 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	− 0,74	+ 1,60	− 0,08	− 0,12	+ 0,24	− 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	− 0,86	− 0,58	+ 2,63	+ 0,07	− 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	− 1,48	+ 1,21	+ 2,34	+ 0,06	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,96	+ 0,77	− 0,59	− 0,08	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,72	+ 1,58	− 0,24	− 0,09	+ 0,08	+ 5,80	− 1,43
1972	+ 1,20	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,49	+ 2,00	+ 1,19	− 0,16	+ 0,22	+ 6,62	− 5,80
1973	+ 5,02	+ 1,33	+ 1,48	− 2,45	− 2,53	+ 2,42	− 0,29	+ 0,28	− 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+ 0,76	− 3,91	− 7,48	− 8,02	+ 2,30	− 0,20	+ 0,19	− 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,33	+ 0,16	+ 2,67	− 3,33	− 0,58	+ 2,11	− 0,23	+ 2,57	− 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,71	+ 0,39	− 3,42	− 1,69	− 2,82	+ 2,65	− 1,10	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,01	− 0,55	− 0,43	− 0,26	+ 2,46	+ 0,65	− 2,18	+ 3,48	+10,92	− 14,51
1978	+ 8,90	− 0,84	+ 7,00	+ 1,80	+ 6,20	− 1,59	− 0,69	+ 4,41	+16,54	− 15,44
1979	− 5,41	− 3,05	+ 5,19	− 1,16	+ 5,90	− 2,22	− 1,11	+ 2,42	− 8,75	− 1,00
1980	−13,82	− 4,94	− 4,17	+ 6,50	− 9,97	− 2,77	− 1,65	− 0,55	−10,75	+ 1,37
1981	− 3,55	− 4,19	− 4,74	+13,34	− 9,06	+ 2,85	− 1,35	+ 2,80	+ 4,77	+ 8,95
1982	+ 5,11	− 2,41	−12,06	+ 8,04	− 6,23	+ 4,02	+ 0,71	+ 4,05	+ 6,85	− 7,08
1983	+ 5,30	− 0,43	− 4,69	+ 5,75	+ 1,53	+ 3,97	+ 0,23	+ 3,85	+20,80	− 39,58
1984	+ 9,81	− 0,05	− 0,83	+ 2,60	− 2,46	+ 5,12	− 0,20	+ 4,37	+35,01	− 98,36
1985	+16,42	+ 0,69	− 0,35	+ 4,06	− 3,72	+ 5,12	− 0,12	+ 5,04	+49,17	−122,39
1986	+39,20	+ 3,11	+ 2,34	− 0,06	+ 2,55	+ 4,54	+ 0,24	+ 6,87	+85,85	−152,99
1987	+45,17	+ 2,73	− 4,44	− 6,25	− 1,49	+ 2,88	− 0,22	+ 7,55	+87,02	−159,55
1988	+50,30	+ 3,52	− 3,50	−26,10	− 5,97	+ 5,30	− 0,31	+ 9,00	+79,63	−128,90
1989	+55,40	+ 3,30	− 3,80	−31,30	−10,50	+ 7,70	+ 0,01	+ 7,50	+57,15	−110,00

[1] Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)
Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	17,979	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	14,586	1,728	151,46	1,182
1989	2,070	43,381	7,024	0,6733	1 510,47	2,335	14,569	1,800	151,94	1,102

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2]	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3]	Mailand/ Rom[4]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989	88,648	4,772	2,665	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1986 1. Vj.	88,613	4,888	3,031	27,155	1,534	3,379	1,592	1,4684
2. Vj.	88,778	4,900	3,038	27,043	1,499	3,386	1,572	1,4585
3. Vj.	88,677	4,838	2,840	26,584	1,419	3,107	1,542	1,4524
4. Vj.	88,490	4,812	2,723	26,500	1,354	2,869	1,491	1,4440
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820
4. Vj.	88,866	4,787	2,664	25,960	1,239	2,988	1,493	1,3655
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474
4. Vj.	88,657	4,771	2,675	25,925	1,207	3,177	1,526	1,3478
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879
4. Vj.	88,593	4,761	2,649	25,712	1,158	2,873	1,563	1,3570
1990 1. Vj.	88,732	4,792	2,654	25,946	1,134	2,802	1,550	1,3480
2. Vj.	88,870	4,849	2,681	26,246	1,134	2,811	1,599	1,3617
3. Vj.	88,746	4,862	2,683	26,205	1,133	2,966	1,615	1,3539

[1] Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2] Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3] Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042	1989
1,6708	2,3472	32,043	32,563	31,670	1,2511	14,232	118,773	1986 1. Vj.
1,6238	2,2464	30,411	31,441	31,211	1,3228	14,233	120,404	2. Vj.
1,5060	2,0856	28,234	30,763	29,929	1,3386	14,217	123,667	3. Vj.
1,4500	2,0076	26,876	30,528	29,018	1,2514	14,210	120,576	4. Vj.
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.
1,3016	1,7055	26,339	29,623	27,856	1,2575	14,208	121,679	4. Vj.
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.
1,4727	1,7756	26,852	29,286	28,878	1,4177	14,219	118,687	4. Vj.
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.
1,5510	1,8128	26,464	29,380	28,372	1,2669	14,203	112,822	4. Vj.
1.4298	1,6908	25,878	29,482	27,525	1,1438	14,206	112,340	1990 1. Vj.
1,4332	1,6780	25,861	29,734	27,569	1,0808	14,213	116,312	2. Vj.
1,3812	1,5934	25,894	29,823	27,325	1,0987	14,214	119,262	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Verbraucherpreise [1]					
1960	37,1	26,0	17,0	13,2	9,8	26,4	30,1	36,0	21,1	27,5
1961	39,9	26,2	17,4	13,6	10,0	26,9	31,2	36,6	22,3	27,8
1962	41,1	26,6	18,3	14,2	10,5	27,5	32,6	38,2	23,8	28,1
1963	42,4	27,2	19,2	14,5	11,2	28,4	33,5	39,5	25,6	28,5
1964	43,3	28,3	19,8	15,0	11,9	30,0	34,8	40,7	26,6	28,8
1965	44,7	29,5	20,4	15,7	12,4	31,8	36,5	42,1	28,3	29,3
1966	46,3	30,7	20,9	16,3	12,7	33,6	37,3	44,1	29,7	30,2
1967	47,1	31,6	21,5	16,7	12,8	34,8	38,8	45,9	31,0	31,0
1968	47,8	32,4	22,5	17,5	13,0	36,1	39,8	47,0	32,6	32,3
1969	48,8	33,7	23,8	18,4	13,4	38,7	41,1	48,2	34,3	34,1
1970	50,4	35,0	25,3	19,6	14,0	40,2	42,9	49,9	36,9	36,1
1971	53,1	36,5	26,6	21,4	14,7	43,2	44,9	53,2	39,3	37,6
1972	56,0	38,5	28,3	23,0	15,6	46,6	47,7	56,7	41,2	38,9
1973	59,9	41,2	30,4	25,1	17,2	50,3	51,3	61,7	46,0	41,3
1974	64,1	46,4	34,5	29,1	20,5	55,1	56,2	67,7	56,7	45,8
1975	67,9	52,3	38,6	36,1	24,0	60,9	60,9	72,3	63,3	50,0
1976	70,8	57,1	42,3	42,1	28,0	66,3	65,4	73,5	69,3	52,9
1977	73,4	61,1	46,3	48,8	33,2	70,6	69,0	74,4	74,9	56,3
1978	75,4	63,9	50,5	52,8	37,2	73,4	71,5	75,2	78,1	60,6
1979	78,5	66,7	55,9	59,9	42,7	76,5	74,1	77,9	81,0	67,5
1980	82,8	71,2	63,3	70,7	51,8	81,5	78,8	81,1	87,2	76,6
1981	88,0	76,6	71,8	79,1	61,9	87,0	84,2	86,3	91,6	84,5
1982	92,6	83,3	80,3	85,9	72,1	92,1	88,8	91,2	94,1	89,7
1983	95,7	89,7	88,0	89,8	82,7	94,7	91,7	93,9	95,8	92,6
1984	98,0	95,4	94,6	94,3	91,6	97,8	96,9	96,7	98,0	96,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,3	102,5	103,4	105,9	100,1	101,7	100,8	100,6	101,9
1987	100,1	102,9	105,9	107,7	110,9	99,4	103,1	102,2	100,7	105,7
1988	101,4	104,1	108,8	113,0	116,5	100,1	105,1	104,1	101,4	109,9
1989	104,2	107,3	112,6	121,8	123,8	101,2	107,8	107,4	103,7	115,2
1990 1. Hj.	106,4	109,8	115,3	130,2	129,9	102,8	110,2	111,8	105,9	119,6
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1] [2]					
1960	43,8	37,5	21,5	14,9	10,7	37,7	38,4	51,8	42,8	30,7
1961	44,3	37,5	22,2	15,3	10,8	37,7	39,2	51,8	43,2	30,6
1962	44,7	37,8	22,3	15,7	11,1	37,7	41,3	53,6	42,5	30,7
1963	45,0	38,7	22,9	15,8	11,6	38,6	40,6	55,7	43,3	30,6
1964	45,5	40,5	23,7	16,3	12,0	40,9	42,8	56,4	43,3	30,7
1965	46,6	41,0	23,9	16,9	12,2	42,3	43,9	56,8	43,7	31,3
1966	47,4	41,9	24,6	17,4	12,5	44,6	44,7	57,8	44,7	32,3
1967	46,9	41,5	24,3	17,6	12,3	44,6	45,8	58,0	45,5	32,4
1968	46,6	41,5	23,9	18,3	12,3	45,6	46,2	58,0	45,9	33,2
1969	47,5	43,6	26,5	19,0	12,8	44,6	47,4	59,7	46,9	34,5
1970	49,8	45,7	28,5	20,2	13,7	46,5	49,6	62,2	48,6	35,7
1971	51,9	45,4	29,1	22,1	14,3	59,3	52,2	63,6	48,2	36,9
1972	53,3	47,3	30,4	23,2	14,8	62,3	54,2	65,8	48,6	38,6
1973	56,8	53,1	34,9	24,9	17,4	66,6	54,9	72,9	56,3	43,6
1974	64,4	62,0	45,1	30,8	24,4	73,0	63,2	84,7	74,0	51,8
1975	67,4	62,8	42,5	37,9	26,5	63,9	67,2	82,7	76,2	56,6
1976	69,9	67,2	45,6	44,0	32,6	68,9	71,2	82,2	80,1	59,3
1977	71,9	68,8	48,2	52,0	38,3	73,0	73,3	82,4	81,6	62,9
1978	72,7	67,5	50,3	57,1	41,5	73,9	74,0	79,6	79,5	67,8
1979	76,2	71,8	57,0	63,3	47,9	75,9	77,1	82,6	85,3	76,3
1980	81,9	65,6	62,0	72,2	57,5	82,1	83,8	86,9	100,5	87,1
1981	88,3	74,8	68,8	79,1	67,6	88,1	90,5	91,9	101,9	95,0
1982	93,5	84,9	76,4	85,2	76,9	93,1	93,4	94,3	103,7	96,9
1983	94,9	90,6	84,9	89,8	84,4	94,3	94,0	94,7	101,4	98,1
1984	97,6	97,5	96,1	95,0	93,2	98,4	97,5	97,8	101,1	100,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	88,5	97,2	104,3	99,1	99,3	94,7	96,1	90,9	97,1
1987	95,1	84,1	97,7	108,3	101,7	96,1	92,8	94,1	87,5	99,7
1988	96,3	85,5	102,9	113,2	106,5	96,7	92,6	96,2	86,6	103,7
1989	99,3	91,1	108,4	119,0	113,3	100,0	94,2	100,4	88,8	108,8
1990 1. Hj.	100,5	...	...	124,4	118,1	...	96,6	101,8	90,3	110,9

[1] Bundesrepublik Deutschland: Nationale Veröffentlichungen.

[2] Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[1]									
1970	50,1	37	25,1	18,0	12,4	39	56,8	62	59,4	34,0
1971	52,1	36	26,5	19,1	13,1	40	58,7	64	60,6	35,1
1972	53,6	36	26,8	20,2	13,4	40	59,6	67	59,8	36,3
1973	56,3	40	29,5	22,8	15,9	43	63,0	69	63,5	42,2
1974	65,6	50	37,2	29,0	22,6	55	73,4	78	85,2	53,9
1975	71,0	52	39,2	35,6	25,1	57	76,2	80	87,2	60,3
1976	69,4	54	42,8	42,6	30,6	61	76,2	80	86,7	62,3
1977	71,1	55	47,0	50,4	36,5	63	78,5	81	86,9	64,5
1978	71,8	55	49,4	55,2	39,1	61	78,5	78	82,1	69,0
1979	75,6	62	54,2	61,2	45,8	67	81,8	81	89,6	78,5
1980	82,8	69	60,1	69,9	55,3	76	85,9	89	99,8	89,1
1981	88,0	75	67,9	76,1	68,1	88	91,1	92	102,8	97,3
1982	91,8	86	77,5	81,5	78,6	92	95,2	95	108,2	98,4
1983	93,0	91	85,4	88,0	84,4	91	94,9	97	100,9	99,4
1984	96,3	98	95,2	94,9	92,5	98	98,3	102	100,8	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,7	90	94,7	90,5	95,3	85	97,7	101	84,6	101,0
1987	94,2	85	94,1	94,3	96,4	77	95,3	100	79,5	102,7
1988	94,5	...	97,2	94,7	101,2	77	95,9	101	77,5	109,9
1989	99,3	...	...	101,3	107,6	83	...	108	82,2	112,8
	Durchschnittswerte der Einfuhr[1]									
1970	41,7	32	23,6	17,7	9,1	37	51,0	66	37,3	26,0
1971	42,3	32	24,4	18,6	9,6	38	53,3	67	38,0	27,4
1972	42,5	32	24,7	19,4	9,9	38	53,5	68	34,9	29,3
1973	45,6	34	26,5	24,7	12,8	41	55,5	73	38,5	34,8
1974	58,6	45	38,9	35,7	22,0	55	66,1	87	67,4	51,6
1975	60,3	47	38,2	40,6	23,2	57	68,6	83	72,8	56,2
1976	61,7	50	42,2	49,6	29,3	61	70,1	79	74,6	58,0
1977	63,8	51	47,1	57,3	34,0	63	72,7	84	72,3	62,7
1978	62,0	52	47,6	58,9	35,7	61	72,6	75	59,3	67,7
1979	69,0	57	52,4	62,8	42,5	69	76,6	79	77,2	80,7
1980	80,7	66	62,1	69,3	54,8	79	84,8	96	107,3	101,3
1981	91,8	75	73,6	74,8	70,9	91	93,6	93	107,8	106,8
1982	92,4	86	82,4	80,3	79,8	93	93,9	92	112,5	105,1
1983	92,1	92	88,7	88,0	83,6	94	92,8	93	102,1	100,8
1984	97,5	100	98,0	95,5	93,1	99	96,3	97	99,5	102,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,0	83	84,7	95,7	82,3	83	91,8	91	60,3	96,6
1987	78,9	78	83,6	98,2	81,2	78	87,8	87	55,7	103,6
1988	79,4	...	86,0	97,5	84,4	77	87,8	91	52,7	108,6
1989	85,6	...	...	102,6	90,9	85	...	99	58,6	119,4
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[1][3]									
1970	38,4	22,8	13,5	14,6	8,0	33	28,4	37,9	24,0	35,2
1971	42,6	25,6	15,2	16,2	9,0	37	32,3	41,5	27,6	37,5
1972	46,4	29,2	17,0	18,3	9,8	41	36,0	45,1	31,9	40,1
1973	51,2	34,0	19,2	20,8	12,0	47	40,7	49,2	37,9	42,9
1974	56,5	41,1	22,9	24,5	14,5	55	47,1	54,2	47,4	46,3
1975	61,0	49,4	27,6	31,0	18,5	62	53,4	58,2	55,9	50,6
1976	64,8	54,9	32,1	35,8	22,4	67	58,2	59,1	62,9	54,7
1977	69,4	59,9	36,7	39,4	28,5	72	63,2	70,8	68,8	59,5
1978	73,1	64,1	41,9	45,2	33,2	76	66,8	72,7	73,6	64,7
1979	77,4	69,0	48,3	52,1	39,6	80	70,7	75,2	77,8	70,2
1980	82,5	75,4	56,1	61,9	48,3	83	76,3	79,2	82,3	76,3
1981	87,0	83,0	64,1	70,3	59,9	86	80,9	84,2	86,5	83,8
1982	91,1	88,2	77,1	78,2	70,4	92	85,9	90,3	90,8	89,2
1983	94,1	92,0	86,9	85,2	81,0	94,2	89,8	93,8	93,7	92,6
1984	96,3	96,5	94,3	90,0	90,0	95,3	94,3	96,3	96,9	96,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,5	102,8	104,3	108,3	104,8	101,6	104,5	103,6	102,8	102,1
1987	107,6	104,8	107,6	117,1	111,6	103,0	107,7	106,5	105,0	103,9
1988	112,0	105,6	111,0	126,8	118,4	104,3	111,8	110,4	108,9	106,7
1989	116,5	111,6	115,3	138,3	125,6	105,7	116,7	114,8	113,0	109,8
1990 1. Hj.	120,0	...	118,6	...	...	107,8	...	...	116,5	112,5
	Anteil am Warenhandel[4] der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1984 bis 1989	×	*7,0*	*11,8*	*8,1*	*8,5*	*10,0*	*4,6*	*5,0*	*3,4*	*8,3*

[3] Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Vereinigtes Königreich, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

[4] Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 15 *

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	48,1	47,3	41,9	63,7	37,9	35	36,5	52	15,8	40,4
1961	51,1	50,2	44,2	63,7	42,0	37	38,0	55	18,9	40,7
1962	53,2	53,0	46,9	64,3	46,0	39	39,0	58	20,5	44,1
1963	55,0	57,2	52,3	67,1	50,1	41	40,8	61	22,8	46,7
1964	59,3	60,7	55,4	72,4	50,6	45	44,0	63	26,4	49,8
1965	63,0	62,2	56,4	74,8	53,0	47	45,9	66	27,4	54,8
1966	63,2	63,5	59,6	75,8	59,1	50	48,0	68	31,1	59,6
1967	61,6	64,5	61,2	75,9	63,7	52	48,4	70	37,1	60,9
1968	67,4	68,1	63,1	80,2	67,5	58	52,0	74	42,8	64,3
1969	76,3	74,8	70,2	83,0	69,9	65	57,9	80	49,6	67,3
1970	80,8	77,0	74,1	83,3	74,5	71	62,9	87	56,5	65,0
1971	81,5	78,3	78,9	82,9	74,1	75	66,6	89	57,9	65,9
1972	84,5	84,3	83,2	84,4	77,7	79	72,0	91	62,1	72,3
1973	89,8	89,4	88,8	92,0	85,3	84	74,7	96	71,4	78,2
1974	88,3	93,0	91,1	90,2	88,6	89	78,8	97	68,6	77,0
1975	82,8	83,9	84,5	85,3	80,8	84	73,8	85	61,0	70,3
1976	88,5	90,4	91,9	88,2	90,2	91	78,7	85	67,8	76,7
1977	90,8	90,8	93,2	92,7	90,2	91	81,7	90	70,6	82,8
1978	92,5	93,0	95,4	95,4	92,0	92	83,4	90	75,1	87,5
1979	97,2	97,2	99,7	99,1	98,1	95	89,8	92	80,6	90,8
1980	97,2	96,0	101,9	92,5	103,2	95	92,2	97	84,4	89,1
1981	95,4	93,4	100,9	89,5	100,9	93	90,7	96	85,2	90,8
1982	92,3	93,4	100,1	91,0	97,8	89	90,0	93	85,5	86,7
1983	92,9	95,2	99,5	94,7	95,5	91	90,9	92	88,3	89,9
1984	95,7	97,5	99,8	94,9	98,7	95	95,7	95	96,5	98,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,0	100,8	100,9	102,3	104,1	100	101,1	104	99,8	100,9
1987	102,4	103,0	102,8	105,7	106,8	101	102,1	105	103,3	105,9
1988	106,1	108,9	107,6	109,7	114,2	101	106,6	112	112,8	111,7
1989	111,3	112,7	112,1	110,2	118,7	106	112,9	114	119,7	114,5
1987 1. Vj.	101	101,3	101,0	103,8	106,1	104	100,4	103	100,6	103,2
2. Vj.	103	103,7	102,8	104,9	107,9	100	102,4	103	100,8	105,1
3. Vj.	102	102,8	103,2	106,7	107,4	99	101,7	106	104,1	106,9
4. Vj.	104	104,0	104,3	107,5	109,1	101	103,5	108	107,6	108,4
1988 1. Vj.	104	106,9	106,1	108,3	112,5	98	103,8	110	110,6	109,8
2. Vj.	105	108,1	106,5	109,6	112,0	100	106,2	109	111,4	110,9
3. Vj.	107	110,1	108,8	110,4	114,7	103	108,0	112	113,6	112,5
4. Vj.	108	111,5	108,9	110,2	117,2	103	108,3	115	115,7	113,3
1989 1. Vj.	109	112,4	110,3	110,0	115,9	102	109,9	119	118,8	114,1
2. Vj.	110	110,7	112,2	109,5	115,3	107	111,9	114	119,5	114,9
3. Vj.	113	113,8	113,0	110,5	118,4	106	113,1	112	119,7	114,5
4. Vj.	113	114,3	113,0	110,6	120,9	110	116,4	110	120,5	114,5
1990 1. Vj.	115	120,7	112,1	110,3	118,2	104	120,7	127	121,5	114,7
2. Vj.	115	...	...	113,0	116,7	108	121,4	...	124,0	115,9

[1] Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.
[2] Ohne die Bereiche Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden.

Quelle: OECD

Tabelle 16*

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder[1)2)]		Spotpreise (Rotterdam)[1)]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis[3)]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh[4)]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl[5)]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle[6)]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,2	40,0	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	64,9	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	64,01	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	93,9	105,6	70,9
1982	33,84	64,09	32,86	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	29,73	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	28,74	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,63	27,60	273,12	240,15	151,37	100	100	100	100
1986	14,93	45,70	14,42	171,11	142,38	73,51	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	18,38	186,19	156,38	98,55	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,09	15,01	176,22	134,73	68,47	34,1	33,6	64,9	34,6
1989	17,46	48,45	18,25	208,20	162,11	87,56	42,0	42,8	69,3	35,5
1984 1. Vj.	29,22	49,27	29,75	275,28	251,75	173,73	96,6	97,4	91,5	84,8
2. Vj.	29,35	48,03	29,60	278,43	242,56	182,13	96,4	93,7	92,8	91,6
3. Vj.	28,84	46,23	28,14	266,03	229,64	176,13	101,4	95,5	96,0	96,7
4. Vj.	28,56	47,47	27,43	252,51	228,12	181,80	105,3	99,9	99,0	95,3
1985 1. Vj.	27,98	47,58	27,78	246,14	240,53	180,07	111,2	111,1	102,3	98,1
2. Vj.	27,75	49,46	27,02	290,00	223,15	144,96	105,6	97,6	102,4	102,6
3. Vj.	26,88	48,38	27,26	278,30	237,89	139,78	95,5	95,9	99,3	104,6
4. Vj.	27,61	48,82	28,42	277,23	261,06	141,38	87,8	95,4	96,1	94,7
1986 1. Vj.	21,91	49,19	17,54	185,12	195,72	103,93	67,5	65,5	89,6	87,7
2. Vj.	13,10	46,99	12,78	176,85	138,30	56,38	40,9	44,4	86,6	79,4
3. Vj.	11,46	44,17	12,56	168,64	112,69	60,83	31,4	33,7	81,4	66,4
4. Vj.	13,57	43,04	14,88	152,88	121,97	73,10	34,0	34,9	77,7	51,4
1987 1. Vj.	17,03	40,96	18,46	179,03	151,84	95,79	39,3	39,8	72,8	40,1
2. Vj.	18,07	41,50	18,53	201,25	151,63	107,63	41,0	38,9	68,9	40,4
3. Vj.	18,62	40,03	19,11	187,25	161,50	103,88	43,5	42,1	68,2	40,6
4. Vj.	18,01	41,86	17,97	177,63	160,77	87,79	40,2	39,3	67,3	38,8
1988 1. Vj.	16,14	41,97	15,83	166,11	138,11	70,42	34,6	33,3	64,4	38,1
2. Vj.	15,81	43,21	16,21	188,92	144,21	75,93	34,6	34,8	64,4	35,1
3. Vj.	14,50	44,17	14,39	174,27	126,54	66,22	35,5	33,8	64,9	32,7
4. Vj.	13,09	46,84	13,72	175,03	130,68	61,51	31,8	32,6	65,8	32,5
1989 1. Vj.	16,20	45,64	17,52	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	49,37	18,88	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	17,10	49,12	17,41	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9
4. Vj.	18,26	49,54	19,21	193,64	194,53	99,88	42,9	49,4	69,9	39,5
1990 1. Vj.	19,45	49,66	19,67	216,97	174,06	86,93	42,1	42,5	70,8	43,4
2. Vj.	15,84	...	15,90	218,18	153,81	67,66	35,5	36,9	71,1	44,2
3. Vj.	...	...	26,48	340,91	231,01	105,04	43,0	49,6	70,3	40,3

[1)] Importpreise der Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur (IEA) und Spotpreise (Rotterdam); Quelle: IEA. — [2)] Durchschnittspreise, cif. — [3)] Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken. — [4)] Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Brent (38°). — [5)] Mit einem Schwefelgehalt von 3 %. — [6)] Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Tabelle 17*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich
1989

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	87,5	0,48	5,2	40,6	35,2	15,5	0,0	9,1	– 79,0	– 4,3
Belgien	45,9	0,51	4,6	20,2	41,8	17,6	20,2	0,9	71,9	98,5
Dänemark	17,7	0,29	3,4	31,2	51,0	8,3	0,0	4,8	54,7	48,4
Bundesrepublik Deutschland	268,4	0,38	4,4	27,5	40,2	17,5	12,4	2,3	52,4	95,4
Frankreich	212,5	0,36	3,8	9,7	41,1	11,6	32,2	7,3	52,8	97,8
Griechenland	21,9	0,61	2,2	36,7	57,8	0,6	0,0	4,8	58,1	97,3
Vereinigtes Königreich	210,3	0,40	3,7	30,2	39,0	21,9	7,6	0,7	– 10,6	– 49,6
Irland	9,9	0,47	2,8	23,9	41,5	18,3	0,0	15,9	67,1	93,0
Italien	156,9	0,33	2,7	8,8	59,3	23,5	0,0	6,7	78,6	95,5
Japan	417,1	0,27	3,4	17,6	56,8	9,7	10,2	6,0	82,4	100,0
Kanada	250,2	0,62	9,5	9,6	33,0	21,8	7,1	28,8	– 23,8	– 25,9
Luxemburg	3,6	0,89	10,2	33,3	43,1	9,8	0,0	6,3	91,3	92,9
Neuseeland	15,3	0,67	4,5	6,4	31,7	25,2	0,0	38,7	11,2	39,6
Niederlande	64,3	0,46	4,3	12,6	36,5	48,5	1,4	0,3	15,5	84,0
Norwegen	30,7	0,46	7,3	3,4	30,5	9,3	0,0	66,8	–262,5	–583,5
Österreich	29,4	0,40	3,9	12,6	36,7	16,2	0,0	36,0	53,8	85,7
Portugal	16,9	0,69	1,6	14,0	70,2	0,0	0,0	15,6	73,3	101,1
Schweden	54,3	0,49	6,5	4,4	28,4	0,8	27,1	38,2	31,1	88,2
Schweiz	27,0	0,26	4,0	1,3	45,7	6,2	19,0	27,4	49,1	97,7
Spanien	90,6	0,46	2,3	22,1	53,9	4,9	13,8	5,7	61,5	101,4
Türkei	52,6	0,81	1,0	31,0	41,3	5,1	0,0	23,7	46,3	88,5
Vereinigte Staaten	1 952,2	0,43	7,8	23,5	40,5	22,5	6,4	7,1	15,4	40,1
Insgesamt[5]	4 035,1	0,40	4,9	20,9	42,5	19,0	8,6	9,1	24,9	53,1

[1] 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[2] Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3] Anteil der Netto-Importe 1988 am Primärenergieverbrauch 1988 in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports 1988 am Primärenergieverbrauch 1988 in vH.
[4] Netto-Importe von Mineralöl 1988 im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl 1988 in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports 1988 am Primärenergieverbrauch 1988 von Mineralöl in vH.
[5] Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur und Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für Westdeutschland

Tabelle 18*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[1]	Erwerbstätige[2] insgesamt	Erwerbstätige[2] darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	Erwerbstätige[2] darunter beschäftigte Arbeitnehmer darunter Ausländer[3]	Offene Stellen[4]	Arbeitslose[4]	Arbeitslosenquote[5]
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 957	*44,0*	26 772	22 605	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 672	27 121	*44,0*	26 875	22 841	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	27 433	*44,3*	27 160	23 222	2 498	572	273	*1,2*
1974	62 054	27 411	*44,2*	26 829	23 036	2 381	315	582	*2,5*
1975	61 829	27 184	*44,0*	26 110	22 467	2 061	236	1 074	*4,6*
1976	61 531	27 034	*43,9*	25 974	22 512	1 925	235	1 060	*4,5*
1977	61 400	27 038	*44,0*	26 008	22 686	1 872	231	1 030	*4,3*
1978	61 326	27 212	*44,4*	26 219	22 961	1 857	246	993	*4,1*
1979	61 359	27 528	*44,9*	26 652	23 472	1 924	304	876	*3,6*
1980	61 566	27 948	*45,4*	27 059	23 897	2 018	308	889	*3,6*
1981	61 682	28 305	*45,9*	27 033	23 907	1 912	208	1 272	*5,1*
1982	61 638	28 558	*46,3*	26 725	23 639	1 787	105	1 833	*7,2*
1983	61 423	28 605	*46,6*	26 347	23 293	1 694	76	2 258	*8,8*
1984	61 175	28 659	*46,8*	26 393	23 351	1 609 [a]	88	2 266	*8,8*
1985	61 024	28 897	*47,4*	26 593	23 559	1 568	110	2 304	*8,9*
1986	61 066	29 188	*47,8*	26 960	23 910	1 570	154	2 228	*8,5*
1987	61 077 [b]	29 386	*48,1*	27 157	24 141	1 577	171	2 229	*8,5*
1988 [7]	61 449	29 611	*48,2*	27 369	24 364	1 610	189	2 242	*8,4*
1989 [7]	...	29 779	...	27 741	24 757	1 678	251	2 038	*7,6*
1987 1. Hj.	61 077	29 275	*47,9*	26 963	23 940	1 562	169	2 312	*8,8*
2. Hj.	61 175	29 497	*48,2*	27 351	24 342	1 592	172	2 146	*8,1*
1988 1. Hj.	61 319	29 519	*48,1*	27 168	24 170	1 584	182	2 351	*8,9*
2. Hj.	61 580	29 702	*48,2*	27 570	24 558	1 636	196	2 132	*8,0*
1989 1. Hj. [7]	61 832	29 661	*48,0*	27 519	24 537	1 647	225	2 142	*8,0*
2. Hj.	...	29 896	...	27 963	24 977	1 709	278	1 933	*7,2*
1990 1. Hj.	...	30 147	...	28 143	25 182	...	312	2 004	*7,4*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3] Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose).
[6] Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland.
[7] Vorläufige Ergebnisse.
[a] Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.
[b] Ergebnis der Volks- und Arbeitsstättenzählung vom Mai 1987; gilt gleichzeitig als Jahresdurchschnitt.

Tabelle 19*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[4]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 668	2 128	12 951	550	10 051	2 350	4 769	3 039	3 113	668
1972	26 774	2 034	12 753	531	9 862	2 360	4 872	3 132	3 264	719
1973	27 066	1 946	12 808	514	9 926	2 368	4 950	3 233	3 373	756
1974	26 738	1 845	12 399	508	9 690	2 201	4 918	3 341	3 483	752
1975	26 020	1 749	11 624	503	9 097	2 024	4 872	3 424	3 583	768
1976	25 882	1 617	11 405	497	8 892	2 016	4 887	3 528	3 644	801
1977	25 919	1 534	11 421	497	8 927	1 997	4 878	3 579	3 678	829
1978	26 130	1 493	11 409	490	8 906	2 013	4 912	3 692	3 764	860
1979	26 568	1 410	11 580	486	9 011	2 083	4 981	3 840	3 863	894
1980	26 980	1 403	11 721	493	9 094	2 134	5 032	3 970	3 929	925
1981	26 951	1 368	11 528	500	8 930	2 098	5 033	4 080	3 991	951
1982	26 630	1 322	11 177	502	8 669	2 006	4 978	4 151	4 025	977
1983	26 251	1 280	10 842	502	8 379	1 961	4 899	4 180	4 054	996
1984	26 293	1 239	10 791	496	8 341	1 954	4 907	4 264	4 066	1 026
1985	26 489	1 196	10 800	492	8 445	1 863	4 919	4 391	4 118	1 065
1986	26 856	1 177	10 912	492	8 580	1 840	4 956	4 518	4 182	1 111
1987	27 050	1 125	10 889	490	8 585	1 814	5 012	4 654	4 226	1 144
1988[5]	27 264	1 078	10 863	483	8 569	1 811	5 083	4 820	4 247	1 173
1989[5]	27 635	1 013	10 996	472	8 696	1 828	5 165	4 983	4 273	1 205
	Beschäftigte Arbeitnehmer[4]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 501	284	12 224	549	9 540	2 135	3 935	2 277	3 113	668
1972	22 740	275	12 040	530	9 364	2 146	4 066	2 376	3 264	719
1973	23 128	267	12 114	513	9 444	2 157	4 147	2 471	3 373	756
1974	22 945	259	11 727	507	9 226	1 994	4 140	2 584	3 483	752
1975	22 377	252	10 983	502	8 657	1 824	4 115	2 676	3 583	768
1976	22 420	243	10 783	496	8 475	1 812	4 150	2 799	3 644	801
1977	22 597	248	10 817	496	8 526	1 795	4 169	2 856	3 678	829
1978	22 872	252	10 824	489	8 520	1 815	4 212	2 960	3 764	860
1979	23 388	254	11 000	485	8 627	1 888	4 281	3 096	3 863	894
1980	23 818	254	11 150	492	8 717	1 941	4 336	3 224	3 929	925
1981	23 825	250	10 967	499	8 562	1 906	4 347	3 319	3 991	951
1982	23 544	250	10 624	501	8 310	1 813	4 294	3 374	4 025	977
1983	23 197	249	10 301	501	8 024	1 776	4 207	3 390	4 054	996
1984	23 251	251	10 254	495	7 988	1 771	4 205	3 449	4 066	1 026
1985	23 455	248	10 270	491	8 097	1 682	4 209	3 545	4 118	1 065
1986	23 806	243	10 387	491	8 235	1 661	4 245	3 638	4 182	1 111
1987	24 034	233	10 378	489	8 254	1 635	4 295	3 758	4 226	1 144
1988[5]	24 259	230	10 350	482	8 239	1 629	4 362	3 897	4 247	1 173
1989[5]	24 651	229	10 470	471	8 356	1 643	4 439	4 035	4 273	1 205

Tabelle 20 *

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Wohnbevölkerung [1]					
Europa	3 811 161	3 763 838	3 824 329	3 644 090	3 846 512	4 103 108
Belgien	18 357	18 852	19 235	17 353	17 854	18 697
Dänemark	12 851	13 381	13 622	12 072	12 519	13 429
Frankreich	72 372	74 850	76 686	68 883	71 773	77 602
Griechenland	287 099	280 614	278 506	256 396	274 793	293 649
Vereinigtes Königreich	87 341	88 089	89 984	80 669	83 010	85 748
Irland	6 039	6 332	6 985	7 210	8 360	8 872
Italien	545 111	531 338	537 067	499 562	508 656	519 548
Luxemburg	4 705	4 891	4 977	4 446	4 542	4 764
Niederlande	108 642	108 419	108 976	95 690	96 881	101 238
Portugal	82 991	77 046	78 198	69 327	71 068	74 890
Spanien	158 843	152 781	150 493	128 777	126 402	126 963
EG-Länder	1 384 351	1 356 593	1 364 729	1 240 385	1 275 858	1 325 400
Jugoslawien	600 314	591 001	591 196	551 614	579 073	610 499
Österreich	172 133	172 534	174 563	150 037	155 132	171 093
Polen	95 868	104 755	116 883	120 550	171 514	220 443
Schweiz	29 589	29 923	30 503	25 905	26 703	29 573
Tschechoslowakei	27 668	28 167	29 126	25 731	27 869	31 695
Türkei	1 425 798	1 401 932	1 434 255	1 453 708	1 523 678	1 612 623
Ungarn	21 093	21 355	23 080	21 837	26 568	31 627
Übriges Europa	54 347	57 578	59 994	54 323	60 117	70 155
Afrika	124 481	133 456	145 083	126 435	136 749	163 579
Ägypten	8 458	8 333	8 632	7 491	8 091	8 640
Marokko	45 137	48 132	51 963	47 310	52 069	61 848
Übriges Afrika	70 886	76 991	84 488	71 634	76 589	93 091
Amerika	122 270	127 046	131 192	113 593	120 680	132 233
Kanada	7 943	8 210	8 428	7 182	7 413	8 021
Vereinigte Staaten	81 763	85 655	88 233	75 625	79 604	85 707
Übriges Amerika	32 564	33 181	34 531	30 786	33 663	38 505
Asien	247 288	295 459	348 035	302 966	330 184	386 444
Indien	22 404	24 315	28 326	21 420	21 352	23 896
Iran	38 432	51 351	73 023	65 647	73 032	81 331
Israel	8 170	8 243	8 382	7 043	7 384	7 793
Japan	16 560	17 551	18 367	16 636	18 090	20 094
Jordanien	11 428	11 103	11 138	9 425	9 749	10 384
Pakistan	14 266	16 193	18 118	15 518	17 137	19 690
Übriges Asien	136 028	166 703	190 681	167 277	183 440	223 256
Australien und Ozeanien	6 209	6 308	6 358	5 360	5 653	6 164
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	52 239	52 835	57 682	48 088	49 327	54 354
Insgesamt	4 363 648	4 378 942	4 512 679	4 240 532	4 489 105	4 845 882

[1] 1984 Stand 30. September, ab 1985 Stand 31. Dezember.

Tabelle 20 *

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1984	1985	1986	1987	1988	1989	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte [2]			
1 458 808	1 448 505	1 451 935	1 443 022	1 467 034	1 520 488	Europa
8 704	7 927	7 327	6 879	6 778	6 813	Belgien
3 125	2 804	2 581	2 407	2 421	2 639	Dänemark
43 623	41 285	40 346	38 639	38 581	41 331	Frankreich
98 041	102 936	101 592	100 913	98 759	101 652	Griechenland
30 237	30 554	31 401	32 899	35 047	36 528	Vereinigtes Königreich
1 476	1 430	1 408	1 493	1 707	1 956	Irland
214 078	202 392	193 390	181 696	178 035	178 933	Italien
1 214	1 108	997	969	995	983	Luxemburg
34 381	31 013	28 578	26 349	25 843	26 019	Niederlande
39 651	35 425	35 124	35 802	37 196	38 894	Portugal
67 376	67 407	65 936	64 046	63 088	61 555	Spanien
541 906	524 281	508 680	492 092	488 450	497 303	EG-Länder
288 766	293 483	294 807	292 054	295 549	300 934	Jugoslawien
80 596	80 644	81 478	83 306	86 021	88 701	Österreich
10 985	12 959	14 830	16 786	20 286	25 383	Polen
7 552	7 459	7 631	7 793	7 999	8 245	Schweiz
9 114	9 653	10 042	10 315	10 971	11 586	Tschechoslowakei
499 947	499 322	513 077	518 423	533 766	561 806	Türkei
6 372	6 567	6 828	7 168	7 806	8 781	Ungarn
13 570	14 137	14 562	15 085	16 186	17 749	Übriges Europa
32 129	33 038	34 093	35 279	37 521	40 438	Afrika
1 809	1 816	1 850	1 901	2 035	2 142	Ägypten
13 824	14 567	14 780	15 199	15 896	16 681	Marokko
16 496	16 655	17 463	18 179	19 590	21 615	Übriges Afrika
25 614	26 571	28 071	30 018	32 691	34 798	Amerika
1 930	1 915	1 925	2 014	2 110	2 187	Kanada
17 324	18 193	19 367	20 911	22 880	24 092	Vereinigte Staaten
6 360	6 463	6 779	7 093	7 701	8 519	Übriges Amerika
52 247	53 496	56 171	59 914	67 025	73 921	Asien
6 827	6 654	6 668	6 854	7 249	7 480	Indien
4 279	4 456	4 820	5 507	6 686	8 192	Iran
1 777	1 721	1 731	1 723	1 769	1 858	Israel
3 018	3 159	3 435	3 589	3 476	3 479	Japan
2 277	2 241	2 232	2 238	2 340	2 381	Jordanien
4 018	3 815	3 871	3 876	4 412	4 731	Pakistan
30 051	31 450	33 414	36 127	41 093	45 800	Übriges Asien
1 852	1 831	1 893	1 933	2 084	2 244	Australien und Ozeanien
21 991	20 457	19 384	18 693	17 767	17 410	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 592 641	1 583 898	1 591 547	1 588 859	1 624 122	1 689 299	Insgesamt

[2] Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen[4]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983	1 631,00	32,22	685,06	62,69	524,93	97,44	254,86	430,44	195,79	32,63
1984	1 707,46	34,65	710,55	65,35	547,24	97,96	268,56	459,41	200,07	34,22
1985	1 781,67	32,24	745,52	67,95	583,54	94,03	275,08	484,96	207,46	36,41
1986	1 880,06	33,66	787,98	67,61	621,02	99,35	286,57	514,69	217,39	39,77
1987	1 941,78	30,46	796,86	69,17	626,77	100,92	298,20	547,92	226,18	42,16
1988	2 045,85	33,11	831,60	69,58	655,56	106,46	311,85	592,80	232,43	44,06
1989 [5]	2 164,14	36,11	883,25	72,22	695,03	116,00	329,33	630,23	239,12	46,10
1990 1. Hj.	1 114,72	9,10	465,66	36,85	366,19	62,62	168,20	331,59	117,33	22,84
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,3*	*3,4*	*38,7*	*8,2*	*16,2*	*18,3*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,1*	*3,3*	*37,6*	*8,2*	*16,4*	*19,1*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,8*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*16,0*	*19,4*	*11,0*	*1,7*
1974	*100*	*2,7*	*47,7*	*3,5*	*37,2*	*7,0*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,8*
1975	*100*	*2,9*	*45,7*	*3,8*	*35,5*	*6,3*	*15,8*	*21,4*	*12,3*	*1,9*
1976	*100*	*2,9*	*46,0*	*3,9*	*35,8*	*6,3*	*16,0*	*21,3*	*11,9*	*1,9*
1977	*100*	*2,7*	*45,6*	*3,7*	*35,7*	*6,3*	*16,0*	*21,8*	*11,9*	*1,9*
1978	*100*	*2,6*	*45,2*	*3,6*	*35,3*	*6,3*	*16,1*	*22,3*	*11,9*	*1,9*
1979	*100*	*2,3*	*45,3*	*3,6*	*35,1*	*6,6*	*16,0*	*22,6*	*11,9*	*1,8*
1980	*100*	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*
1981	*100*	*2,1*	*43,1*	*3,6*	*32,9*	*6,6*	*15,9*	*24,6*	*12,3*	*1,9*
1982	*100*	*2,3*	*42,2*	*3,8*	*32,3*	*6,1*	*15,7*	*25,6*	*12,2*	*2,0*
1983	*100*	*2,0*	*42,0*	*3,8*	*32,2*	*6,0*	*15,6*	*26,4*	*12,0*	*2,0*
1984	*100*	*2,0*	*41,6*	*3,8*	*32,0*	*5,7*	*15,7*	*26,9*	*11,7*	*2,0*
1985	*100*	*1,8*	*41,8*	*3,8*	*32,8*	*5,3*	*15,4*	*27,2*	*11,6*	*2,0*
1986	*100*	*1,8*	*41,9*	*3,6*	*33,0*	*5,3*	*15,2*	*27,4*	*11,6*	*2,1*
1987	*100*	*1,6*	*41,0*	*3,6*	*32,3*	*5,2*	*15,4*	*28,2*	*11,6*	*2,2*
1988	*100*	*1,6*	*40,6*	*3,4*	*32,0*	*5,2*	*15,2*	*29,0*	*11,4*	*2,2*
1989 [5]	*100*	*1,7*	*40,8*	*3,3*	*32,1*	*5,4*	*15,2*	*29,1*	*11,0*	*2,1*
1990 1. Hj.	*100*	*0,8*	*41,8*	*3,3*	*32,9*	*5,6*	*15,1*	*29,7*	*10,5*	*2,0*

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. —

Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]	Zeitraum
Mrd DM in Preisen von 1980										
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
958,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 444,06	32,84	609,43	48,54	469,36	91,53	231,43	362,35	178,64	29,37	1983
1 486,31	35,69	621,58	47,99	482,17	91,42	240,98	377,07	180,59	30,40	1984
1 521,54	33,80	634,16	47,49	498,45	88,22	245,76	392,92	183,25	31,65	1985
1 559,65	36,68	636,78	48,53	498,53	89,72	252,70	414,59	185,77	33,13	1986
1 582,48	33,89	624,88	53,54	484,16	87,18	261,48	440,07	188,10	34,06	1987
1 642,05	36,24	642,95	54,39	498,37	90,19	271,02	466,49	190,31	35,04	1988
1 697,10	35,93	671,58	55,60	521,56	94,42	280,60	482,01	190,94	36,04	1989 } 5)
862,03	8,83	346,61	28,59	269,91	48,11	141,89	249,63	96,43	18,64	1990 1. Hj.
Anteil in vH										
100	*3,6*	*46,8*	*4,7*	*32,7*	*9,3*	*15,2*	*19,8*	*11,7*	*2,9*	1960
100	*3,2*	*47,1*	*4,5*	*33,2*	*9,4*	*15,3*	*19,9*	*11,9*	*2,7*	1961
100	*3,2*	*47,1*	*4,4*	*33,3*	*9,3*	*15,4*	*19,8*	*12,0*	*2,5*	1962
100	*3,2*	*46,7*	*4,4*	*33,0*	*9,3*	*15,4*	*20,0*	*12,2*	*2,5*	1963
100	*3,0*	*47,8*	*4,2*	*33,7*	*9,8*	*15,3*	*19,8*	*11,8*	*2,3*	1964
100	*2,7*	*48,1*	*3,9*	*34,5*	*9,7*	*15,4*	*19,9*	*11,7*	*2,2*	1965
100	*2,7*	*47,7*	*3,9*	*34,1*	*9,8*	*15,3*	*20,1*	*12,0*	*2,1*	1966
100	*3,0*	*46,4*	*3,7*	*33,4*	*9,3*	*15,2*	*20,9*	*12,3*	*2,2*	1967
100	*3,0*	*47,2*	*3,6*	*34,8*	*8,8*	*15,2*	*20,6*	*11,9*	*2,1*	1968
100	*2,7*	*48,1*	*3,6*	*36,2*	*8,3*	*15,5*	*20,2*	*11,5*	*2,0*	1969
100	*2,6*	*48,3*	*3,7*	*36,3*	*8,3*	*15,6*	*19,9*	*11,6*	*1,9*	1970
100	*2,5*	*47,9*	*3,6*	*35,7*	*8,6*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,9*	1971
100	*2,4*	*47,6*	*3,5*	*35,4*	*8,7*	*15,5*	*20,8*	*11,8*	*1,9*	1972
100	*2,4*	*47,8*	*3,6*	*35,8*	*8,4*	*15,4*	*20,7*	*11,8*	*1,9*	1973
100	*2,5*	*46,8*	*3,7*	*35,4*	*7,7*	*15,4*	*21,2*	*12,3*	*1,9*	1974
100	*2,4*	*45,2*	*3,6*	*34,3*	*7,3*	*15,4*	*22,1*	*12,9*	*2,0*	1975
100	*2,3*	*46,0*	*3,7*	*35,1*	*7,2*	*15,5*	*22,0*	*12,3*	*1,9*	1976
100	*2,3*	*45,5*	*3,6*	*34,7*	*7,2*	*15,8*	*22,4*	*12,1*	*1,9*	1977
100	*2,3*	*44,9*	*3,6*	*34,3*	*7,0*	*15,9*	*22,9*	*12,1*	*1,9*	1978
100	*2,1*	*45,0*	*3,6*	*34,4*	*7,0*	*15,9*	*23,1*	*12,0*	*1,9*	1979
100	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*	1980
100	*2,1*	*43,3*	*3,4*	*33,3*	*6,6*	*16,1*	*24,2*	*12,3*	*1,9*	1981
100	*2,5*	*42,3*	*3,4*	*32,6*	*6,3*	*15,9*	*24,7*	*12,5*	*2,0*	1982
100	*2,3*	*42,2*	*3,4*	*32,5*	*6,3*	*16,0*	*25,1*	*12,4*	*2,0*	1983
100	*2,4*	*41,8*	*3,2*	*32,4*	*6,2*	*16,2*	*25,4*	*12,2*	*2,0*	1984
100	*2,2*	*41,7*	*3,1*	*32,8*	*5,8*	*16,2*	*25,8*	*12,0*	*2,1*	1985
100	*2,4*	*40,8*	*3,1*	*32,0*	*5,8*	*16,2*	*26,6*	*11,9*	*2,1*	1986
100	*2,1*	*39,5*	*3,4*	*30,6*	*5,5*	*16,5*	*27,8*	*11,9*	*2,2*	1987
100	*2,2*	*39,2*	*3,3*	*30,4*	*5,5*	*16,5*	*28,4*	*11,6*	*2,1*	1988
100	*2,1*	*39,6*	*3,3*	*30,7*	*5,6*	*16,5*	*28,4*	*11,3*	*2,1*	1989 } 5)
100	*1,0*	*40,2*	*3,3*	*31,3*	*5,6*	*16,5*	*29,0*	*11,2*	*2,2*	1990 1. Hj.

[4]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer. —
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1]	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2]	Einfuhrabgaben[3]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[5]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	− 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	− 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	− 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	− 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	− 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	− 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	− 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+ 1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+ 1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+ 1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+ 1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+ 2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+ 4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+ 1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+ 6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+ 4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+ 6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+ 4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	− 0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983	1 549,28	109,35	16,21	1 674,84	+ 5,56	1 680,40	211,43	1 468,97	214,51	31,78	1 286,24
1984	1 623,39	115,97	16,48	1 755,84	+14,06	1 769,90	221,98	1 547,92	226,20	36,21	1 357,93
1985	1 697,43	116,64	16,42	1 830,49	+13,81	1 844,30	231,79	1 612,51	230,29	37,81	1 420,03
1986	1 796,37	118,04	17,01	1 931,42	+13,78	1 945,20	240,75	1 704,45	236,33	41,34	1 509,46
1987	1 859,51	125,25	18,99	2 003,75	+11,85	2 015,60	249,45	1 766,15	245,64	44,78	1 565,29
1988 } [6]	1 960,77	130,20	19,71	2 110,68	+12,52	2 123,20	260,41	1 862,79	257,22	47,67	1 653,24
1989 } [6]	2 074,95	137,52	23,11	2 235,58	+25,72	2 261,30	276,74	1 984,56	278,16	45,41	1 751,81
1985 1. Hj.	805,36	57,77	7,77	870,90	+ 6,10	877,00	115,00	762,00	109,82	16,50	668,68
2. Hj.	892,07	58,87	8,65	959,59	+ 7,71	967,30	116,79	850,51	120,47	21,31	751,35
1986 1. Hj.	853,49	58,02	8,05	919,56	+ 5,24	924,80	119,21	805,59	112,01	17,62	711,20
2. Hj.	942,88	60,02	8,96	1 011,86	+ 8,54	1 020,40	121,54	898,86	124,32	23,72	798,26
1987 1. Hj.	886,74	61,72	8,66	957,12	+ 4,08	961,20	123,68	837,52	116,41	19,89	741,00
2. Hj.	972,77	63,53	10,33	1 046,63	+ 7,77	1 054,40	125,77	928,63	129,23	24,89	824,29
1988 1. Hj.	933,67	64,36	9,50	1 007,53	+ 4,37	1 011,90	128,62	883,28	123,22	22,06	782,12
2. Hj.	1 027,10	65,84	10,21	1 103,15	+ 8,15	1 111,30	131,79	979,51	134,00	25,61	871,12
1989 1. Hj. } [6]	993,70	67,89	10,95	1 072,54	+12,26	1 084,80	136,52	948,28	132,45	20,57	836,40
2. Hj.	1 081,25	69,63	12,16	1 163,04	+13,46	1 176,50	140,22	1 036,28	145,71	24,84	915,41
1990 1. Hj.	1 068,02	71,10	11,35	1 150,47	+11,63	1 162,10	145,78	1 016,32	139,06	20,83	898,09

[1] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2] Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 22*

Inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
				In Preisen von 1980				
679,26	45,24	4,44	728,94	+ 2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+ 0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+ 0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+ 0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+ 0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	− 1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	− 0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	− 0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+ 1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+ 2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+ 1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+ 2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+ 2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+ 2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+ 1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+ 3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+ 5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+ 1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+ 7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+ 4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+ 6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+ 3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	− 0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 384,91	94,42	14,59	1 493,92	+ 4,98	1 498,90	190,81	1 308,09	1983
1 425,75	95,23	15,01	1 535,99	+12,11	1 548,10	196,08	1 352,02	1984
1 458,16	92,64	15,68	1 566,48	+11,62	1 578,10	201,13	1 376,97	1985
1 492,39	93,87	16,95	1 603,21	+11,49	1 614,70	205,90	1 408,80	1986
1 511,75	99,05	19,38	1 630,18	+ 9,62	1 639,80	211,22	1 428,58	1987
1 568,22	102,12	20,15	1 690,49	+10,01	1 700,50	217,19	1 483,31	1988 } 6)
1 620,59	103,98	21,09	1 745,66	+20,34	1 766,00	224,55	1 541,45	1989 } 6)
704,02	46,20	7,60	757,82	+ 5,18	763,00	99,94	663,06	1985 1. Hj.
754,14	46,44	8,08	808,66	+ 6,44	815,10	101,19	713,91	2. Hj.
722,23	46,39	8,08	776,70	+ 4,40	781,10	102,32	678,78	1986 1. Hj.
770,16	47,48	8,87	826,51	+ 7,09	833,60	103,58	730,02	2. Hj.
729,19	49,20	8,99	787,38	+ 3,32	790,70	104,88	685,82	1987 1. Hj.
782,56	49,85	10,39	842,80	+ 6,30	849,10	106,34	742,76	2. Hj.
757,60	50,98	9,83	818,41	+ 3,49	821,90	107,77	714,13	1988 1. Hj.
810,62	51,14	10,32	872,08	+ 6,52	878,60	109,42	769,18	2. Hj.
788,58	51,82	10,24	850,64	+ 9,76	860,40	111,28	749,12	1989 1. Hj. } 6)
832,01	52,16	10,85	895,02	+10,58	905,60	113,27	792,33	2. Hj.
821,89	52,95	10,16	885,00	+ 9,00	894,00	115,46	778,54	1990 1. Hj.

[3]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

[4]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

[5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23 *

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Sozialprodukts
Mrd DM

Vierteljahr [1]	Brutto-inlandsprodukt [2]	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungsunternehmen [5]	Staat, private Haushalte [6]	Nachrichtlich
		bereinigt [3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
	In jeweiligen Preisen								
1985 1. Vj.	428,81	395,23	416,28	3,27	172,53	65,94	118,15	56,39	21,05
2. Vj.	442,09	410,13	431,21	3,22	183,76	67,81	119,76	56,66	21,08
3. Vj.	465,58	433,78	454,85	16,07	188,55	68,86	123,23	58,14	21,07
4. Vj.	494,01	458,29	479,33	9,68	200,68	72,47	123,82	72,68	21,04
1986 1. Vj.	447,11	413,43	434,42	3,26	181,18	67,43	123,78	58,77	20,99
2. Vj.	472,45	440,06	461,03	3,63	198,72	71,94	126,50	60,24	20,97
3. Vj.	489,81	457,10	478,02	16,66	197,32	71,10	131,28	61,66	20,92
4. Vj.	522,05	485,78	506,59	10,11	210,76	76,10	133,13	76,49	20,81
1987 1. Vj.	468,95	432,77	453,40	2,90	188,05	69,90	132,24	60,31	20,63
2. Vj.	488,17	453,97	474,38	3,65	198,19	73,47	135,04	64,03	20,41
3. Vj.	504,96	470,19	490,66	15,01	197,29	74,67	139,41	64,28	20,47
4. Vj.	541,67	502,58	523,34	8,90	213,33	80,16	141,23	79,72	20,76
1988 1. Vj.	495,95	458,44	479,43	2,65	197,61	73,92	142,26	62,99	20,99
2. Vj.	511,58	475,23	496,35	3,73	206,16	76,44	145,24	64,78	21,12
3. Vj.	532,12	495,92	517,26	16,17	205,69	77,93	151,10	66,37	21,34
4. Vj.	571,03	531,18	552,81	10,56	222,14	83,56	154,20	82,35	21,63
1989 1. Vj.	526,48	486,33	508,22	3,58	209,15	77,85	152,04	65,60	21,89
2. Vj.	546,06	507,37	529,46	4,48	222,93	81,96	153,85	66,24	22,09
3. Vj.	560,49	522,09	544,49	16,61	216,92	81,68	160,80	68,48	22,40
4. Vj.	602,55	559,16	581,97	11,44	234,25	87,84	163,54	84,90	22,81
1990 1. Vj.	567,23	525,46	548,66	4,14	228,90	82,63	163,71	69,28	23,20
2. Vj.	583,24	542,56	566,06	4,96	236,76	85,57	167,88	70,89	23,50
	In Preisen von 1980								
1985 1. Vj.	374,45	346,71	362,53	3,47	150,29	58,46	96,74	53,57	15,82
2. Vj.	383,37	357,31	373,10	3,37	157,73	60,54	97,73	53,73	15,79
3. Vj.	399,89	373,57	389,50	17,48	158,10	61,30	98,87	53,75	15,93
4. Vj.	408,77	380,57	396,41	9,48	168,04	65,46	99,58	53,85	15,84
1986 1. Vj.	379,25	351,50	368,06	3,41	149,10	59,12	101,90	54,53	16,56
2. Vj.	397,45	370,73	387,60	4,25	161,80	63,88	102,98	54,69	16,87
3. Vj.	407,89	380,60	397,65	17,67	158,21	62,34	104,64	54,79	17,05
4. Vj.	418,62	389,56	406,34	11,35	167,67	67,36	105,07	54,89	16,78
1987 1. Vj.	386,61	356,53	374,10	2,94	146,69	61,06	107,95	55,46	17,57
2. Vj.	400,77	372,66	390,28	3,91	156,47	64,72	109,68	55,50	17,62
3. Vj.	414,52	385,58	403,47	17,15	154,68	64,96	111,08	55,60	17,89
4. Vj.	428,28	396,98	414,63	9,89	167,04	70,74	111,36	55,60	17,65
1988 1. Vj.	404,73	373,64	391,95	2,60	154,24	64,56	114,20	56,35	18,31
2. Vj.	413,68	383,96	402,27	3,90	159,84	66,57	115,68	56,28	18,31
3. Vj.	428,99	399,09	417,79	18,48	158,29	66,97	117,68	56,37	18,70
4. Vj.	443,09	411,53	430,04	11,26	170,58	72,92	118,93	56,35	18,51
1989 1. Vj.	419,35	387,35	406,24	3,09	161,10	66,62	118,58	56,85	18,89
2. Vj.	431,29	401,23	420,41	3,87	169,90	70,07	119,84	56,73	19,18
3. Vj.	439,93	409,67	428,95	17,41	163,72	69,18	121,91	56,73	19,28
4. Vj.	455,09	422,34	441,50	11,56	176,86	74,73	121,68	56,67	19,16
1990 1. Vj.	439,44	407,22	427,20	3,97	172,14	69,66	123,90	57,53	19,98
2. Vj.	445,56	414,67	434,83	4,86	174,47	72,23	125,73	57,54	20,16

[1] Ab 1988 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 24*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen					Nachrichtlich
				insgesamt		der privaten Haushalte[4]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne[5]	des Staates[6]	Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen[7]
		brutto[1]	netto[2]	brutto	netto[3]				
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07	86,67
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50	88,48
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42	92,13
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61	93,65
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64	103,65
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59	109,96
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30	110,45
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59	110,71
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07	126,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10	132,79
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21	140,90
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93	147,97
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25	158,73
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63	166,12
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	− 1,39	160,90
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	197,52	23,18	− 4,33	158,88
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,61	32,07	− 6,82	194,15
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,75	32,99	− 9,44	204,77
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	252,66	44,75	− 8,81	227,02
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	267,50	51,55	− 8,98	248,04
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	270,25	45,74	−11,80	234,20
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	268,40	50,61	−14,71	222,61
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	286,22	48,61	−13,83	232,11
1983	1 286,24	920,91	513,41	365,33	305,30	321,60	63,09	−19,36	277,21
1984	1 357,93	954,00	523,41	403,93	340,05	352,02	72,62	−20,71	307,14
1985	1 420,03	991,00	536,11	429,03	357,22	374,56	75,00	−20,53	329,40
1986	1 509,46	1 041,35	564,68	468,11	394,83	421,19	70,22	−23,30	376,02
1987	1 565,29	1 083,44	580,52	481,85	412,71	437,79	74,80	−30,74	396,24
1988 [8]	1 653,24	1 126,04	605,42	527,20	451,45	475,38	92,06	−40,24	440,97
1989 [8]	1 751,81	1 176,64	627,45	575,17	485,78		604,72	−29,55	. . .
1985 1. Hj.	668,68	465,04	254,28	203,64	169,74		216,22	−12,58	
2. Hj.	751,35	525,96	281,83	225,39	187,48		233,34	− 7,95	
1986 1. Hj.	711,20	488,45	267,60	222,75	186,92		234,74	−11,99	
2. Hj.	798,26	552,90	297,08	245,36	207,91		256,67	−11,31	
1987 1. Hj.	741,00	509,25	275,98	231,75	200,33		247,03	−15,28	
2. Hj.	824,29	574,19	304,54	250,10	212,38		265,56	−15,46	
1988 1. Hj. [8]	782,12	530,26	288,14	251,86	217,06		274,92	−23,06	
2. Hj. [8]	871,12	595,78	317,28	275,34	234,39		292,52	−17,18	
1989 1. Hj. [8]	836,40	554,69	297,99	281,71	239,43		294,36	−12,65	
2. Hj. [8]	915,41	621,95	329,46	293,46	246,35		310,36	−16,90	
1990 1. Hj. [8]	898,09	594,44	330,06	303,65	264,47		316,68	−13,03	

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [3]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [5]) Vor der Umverteilung. — [6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [7]) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie ohne die Einkommen aus Wohnungsvermietung) zuzüglich der Ausschüttungen an die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit von der übrigen Welt abzüglich der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten. — [8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des Volkseinkommens

Mrd DM

Jahr	Volkseinkommen[1]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[2]	Davon							
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[3]			Außenbeitrag[4]		
						zusammen	davon		zusammen	davon Saldo der	
							Unternehmen[5]	Staat		Waren und Dienstleistungen	Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	7,64	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	7,44	−0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	4,58	−0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	5,88	−0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	6,48	−0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	1,30	−0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	8,25	−0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	17,99	−0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	19,32	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	16,73	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	13,73	0,40
1971	588,19	86,08	674,27	409,44	126,82	123,08	92,96	30,12	14,93	13,69	1,24
1972	645,34	94,40	739,74	452,10	141,13	128,61	98,93	29,68	17,90	16,54	1,36
1973	721,89	102,42	824,31	495,36	163,16	137,17	106,69	30,48	28,62	26,99	1.63
1974	772,96	106,18	879,14	533,74	190,21	111,25	76,34	34,91	43,94	42,92	1,02
1975	803,57	109,89	913,46	585,33	210,01	88,07	53,44	34,63	30,05	27,55	2,50
1976	882,15	119,79	1 001,94	632,51	221,73	118,59	85,29	33,30	29,11	24,63	4,48
1977	938,33	127,91	1 066,24	683,16	234,96	118,97	86,40	32,57	29,15	27,77	1,38
1978	1 010,24	137,89	1 148,13	728,90	252,86	128,89	93,57	35,32	37,48	31,20	6,28
1979	1 087,92	152,04	1 239,96	785,02	273,34	170,28	130,81	39,47	11,32	7,02	4,30
1980	1 148,60	162,86	1 311,46	840,78	297,79	175,86	131,76	44,10	−2,97	−9,23	6,26
1981	1 187,25	169,21	1 356,46	887,85	318,16	135,20	95,66	39,54	15,25	11,08	4,17
1982	1 223,52	172,47	1 395,99	918,05	326,19	114,28	80,29	33,99	37,47	38,29	−0,82
1983	1 286,24	182,73	1 468,97	964,16	336,21	130,59	100,77	29,82	38,01	32,45	5,56
1984	1 357,93	189,99	1 547,92	1 003,57	350,23	139,25	110,09	29,16	54,87	40,81	14,06
1985	1 420,03	192,48	1 612,51	1 038,34	365,66	128,31	98,79	29,52	80,20	66,39	13,81
1986	1 509,46	194,99	1 704,45	1 068,61	382,72	138,14	104,87	33,27	114,98	101,20	13,78
1987	1 565,29	200,86	1 766,15	1 110,30	397,51	144,91	111,10	33,81	113,43	101,58	11,85
1988[6]	1 653,24	209,55	1 862,79	1 154,28	412,65	173,70	139,69	34,01	122,16	109,64	12,52
1989[6]	1 751,81	232,75	1 984,56	1 211,30	418,96	210,85	174,00	36,85	143,45	117,73	25,72

[1] Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[2] Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[3] Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[4] Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Produktivität[2]		Lohnstückkosten[3]
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	
1960	4 332	23,2	6 148	21,3	5 178	25,4	27 968	51,0	39,5
1961	4 641	24,9	6 775	23,5	5 661	27,8	28 862	52,7	42,2
1962	4 963	26,6	7 395	25,6	6 146	30,1	30 124	55,0	44,1
1963	5 189	27,8	7 850	27,2	6 493	31,9	30 885	56,3	45,6
1964	5 645	30,3	8 556	29,6	7 036	34,5	32 916	60,0	46,3
1965	6 115	32,8	9 336	32,3	7 736	37,9	34 524	63,0	48,3
1966	6 421	34,4	10 014	34,7	8 191	40,2	35 649	65,0	50,4
1967	6 422	34,4	10 349	35,8	8 428	41,3	36 806	67,1	50,4
1968	7 027	37,7	10 988	38,0	8 830	43,3	38 820	70,8	51,0
1969	7 707	41,3	12 003	41,6	9 495	46,6	41 077	74,9	52,8
1970	8 745	46,9	13 841	47,9	10 726	52,6	42 651	77,8	58,9
1971	9 598	51,4	15 404	53,3	11 733	57,6	43 708	79,7	64,2
1972	10 464	56,1	16 667	57,7	12 725	62,4	45 369	82,8	67,4
1973	11 648	62,4	18 457	63,9	13 638	66,9	46 983	85,7	72,7
1974	12 456	66,8	20 385	70,6	14 864	72,9	47 689	87,0	79,6
1975	12 997	69,7	21 626	74,9	15 819	77,6	48 226	88,0	84,1
1976	14 337	76,8	23 017	79,7	16 425	80,6	51 107	93,2	85,2
1977	15 282	81,9	24 506	84,9	17 302	84,9	52 540	95,8	88,0
1978	16 473	88,3	25 789	89,3	18 395	90,2	53 613	97,8	91,0
1979	17 730	95,0	27 137	94,0	19 431	95,3	54 917	100,2	93,6
1980	18 656	100	28 880	100	20 387	100	54 816	100	100
1981	19 248	103,2	30 092	104,2	21 157	103,8	54 966	100,3	104,2
1982	19 850	106,4	31 084	107,6	21 610	106,0	55 270	100,8	107,2
1983	20 941	112,2	32 016	110,9	22 041	108,1	56 909	103,8	107,7
1984	22 197	119,0	32 951	114,1	22 415	109,9	58 418	106,6	108,4
1985	23 270	124,7	33 889	117,3	22 756	111,6	59 137	107,9	110,2
1986	24 719	132,5	35 063	121,4	23 617	115,8	59 697	108,9	113,1
1987	25 628	137,4	36 106	125,0	24 047	118,0	60 265	109,9	115,4
1988 [4]	26 904	144,2	37 189	128,8	24 849	121,9	62 004	113,1	115,5
1989 [4]	...	...	38 300	132,6	25 344	124,3	63 168	115,2	116,6
1984 1. Hj.	10 525	112,8	15 645	108,3	10 752	105,5	28 613	104,4	105,1
2. Hj.	11 674	125,2	17 291	119,7	11 655	114,3	29 795	108,7	111,5
1985 1. Hj.	10 958	117,5	16 059	111,2	10 904	107,0	28 875	105,4	107,1
2. Hj.	12 311	132,0	17 812	123,3	11 843	116,2	30 250	110,4	113,2
1986 1. Hj.	11 655	124,9	16 626	115,1	11 315	111,0	29 203	106,5	109,6
2. Hj.	13 062	140,0	18 418	127,5	12 292	120,6	30 482	111,2	116,3
1987 1. Hj.	12 132	130,1	17 104	118,4	11 528	113,1	29 319	107,0	112,5
2. Hj.	13 474	144,4	18 986	131,5	12 511	122,7	30 935	112,9	118,1
1988 1. Hj.	12 755	136,7	17 640	122,2	11 921	117,0	30 243	110,3	112,4
2. Hj.	14 146	151,6	19 535	135,3	12 920	126,7	31 750	115,8	118,4
1989 1. Hj. [4]	13 527	145,0	18 199	126,0	12 145	119,1	31 034	113,2	112,9
2. Hj.	...	...	20 084	139,1	13 191	129,4	32 126	117,2	120,1
1990 1. Hj.	...	...	19 034	131,8	13 107	128,6	31 545	115,1	116,0

[1] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[3] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen[1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2])	Dienstleistungsunternehmen[3])	Staat	Private Haushalte[4])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983	917,57	8,02	438,85	28,92	343,52	66,41	152,39	105,21	183,59	29,51
1984	950,49	8,51	454,41	29,37	356,74	68,30	158,24	111,14	187,23	30,96
1985	987,18	8,71	469,83	30,44	376,01	63,38	163,34	118,15	194,11	33,04
1986	1 037,21	8,87	491,29	31,27	394,72	65,30	169,78	127,46	203,54	36,27
1987	1 079,05	8,77	509,12	32,38	411,39	65,35	176,73	134,16	211,74	38,53
1988 } 5)	1 121,60	8,90	526,93	32,95	425,08	68,90	185,03	143,11	217,33	40,30
1989 } 5)	1 172,04	9,06	552,17	33,23	446,23	72,71	194,15	151,35	223,18	42,13
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*3,1*	*41,6*	*9,2*	*16,5*	*8,7*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,1*	*3,0*	*40,5*	*9,6*	*16,8*	*8,8*	*17,7*	*2,7*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,4*	*9,2*	*16,9*	*8,9*	*18,2*	*2,7*
1974	*100*	*0,8*	*51,2*	*3,0*	*39,8*	*8,3*	*16,8*	*9,3*	*19,2*	*2,8*
1975	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,2*	*38,8*	*7,7*	*16,8*	*9,8*	*20,0*	*3,0*
1976	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,7*	*10,0*	*19,6*	*2,9*
1977	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,5*	*7,3*	*16,7*	*10,1*	*19,5*	*2,9*
1978	*100*	*0,8*	*49,8*	*3,1*	*39,4*	*7,3*	*16,8*	*10,2*	*19,5*	*2,9*
1979	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,5*	*16,6*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1980	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,1*	*39,0*	*7,6*	*16,7*	*10,5*	*19,3*	*2,9*
1981	*100*	*0,8*	*49,0*	*3,1*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*10,8*	*19,6*	*3,0*
1982	*100*	*0,8*	*48,4*	*3,2*	*38,0*	*7,3*	*16,7*	*11,2*	*19,8*	*3,1*
1983	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,2*	*37,4*	*7,2*	*16,6*	*11,5*	*20,0*	*3,2*
1984	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,6*	*11,7*	*19,7*	*3,3*
1985	*100*	*0,9*	*47,6*	*3,1*	*38,1*	*6,4*	*16,5*	*12,0*	*19,7*	*3,3*
1986	*100*	*0,9*	*47,4*	*3,0*	*38,1*	*6,3*	*16,4*	*12,3*	*19,6*	*3,5*
1987	*100*	*0,8*	*47,2*	*3,0*	*38,1*	*6,1*	*16,4*	*12,4*	*19,6*	*3,6*
1988 } 5)	*100*	*0,8*	*47,0*	*2,9*	*37,9*	*6,1*	*16,5*	*12,8*	*19,4*	*3,6*
1989 } 5)	*100*	*0,8*	*47,1*	*2,8*	*38,1*	*6,2*	*16,6*	*12,9*	*19,0*	*3,6*

[1]) Inlandskonzept.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität[4] (DM)									
1960	26 062	6 976	25 901	43 722	23 522	30 409	22 137	57 982	38 518	26 191
1961	26 869	6 628	26 621	45 055	24 276	31 175	23 035	59 913	38 555	26 781
1962	27 988	7 421	27 606	47 980	25 365	31 158	24 179	61 053	38 722	27 819
1963	28 696	8 047	28 158	51 459	26 049	30 408	24 706	61 354	38 899	28 132
1964	30 538	8 268	30 532	53 089	28 338	33 367	26 415	63 510	38 594	28 685
1965	32 000	8 202	32 018	52 977	30 049	34 580	28 121	65 600	39 087	29 538
1966	33 071	8 892	33 115	55 828	30 936	36 162	28 773	66 800	39 908	30 156
1967	34 163	10 197	34 234	56 942	32 056	37 479	29 269	68 198	39 996	30 441
1968	36 090	11 308	36 685	62 815	35 158	36 770	31 115	69 440	40 838	31 014
1969	38 166	11 587	38 950	68 108	37 756	37 254	33 912	72 140	41 256	31 615
1970	39 549	12 657	40 227	73 230	38 804	38 594	35 386	73 437	41 971	32 326
1971	40 438	13 224	41 023	72 182	39 453	40 447	36 278	74 166	41 918	32 380
1972	41 937	13 441	43 214	76 102	41 519	42 898	36 784	76 989	41 936	31 113
1973	43 539	15 113	45 344	84 922	43 879	42 897	37 790	77 795	42 481	30 542
1974	44 326	16 667	46 122	90 138	44 634	42 517	38 184	77 456	43 052	31 582
1975	44 650	16 678	46 720	85 030	45 328	43 454	37 939	77 386	43 090	31 432
1976	47 324	17 767	51 036	93 159	49 929	45 536	40 252	78 880	42 862	30 462
1977	48 640	19 831	51 988	94 668	50 758	46 860	42 294	81 839	42 999	29 710
1978	49 599	20 998	52 942	97 571	51 808	47 099	43 601	83 334	43 316	29 419
1979	50 879	21 248	54 626	104 444	53 579	47 532	44 840	84 503	43 546	29 295
1980	50 740	21 646	53 940	101 826	53 094	46 481	44 843	84 401	43 876	29 405
1981	50 942	22 332	53 709	98 480	53 250	44 995	45 651	84 566	44 192	29 064
1982	51 290	27 239	53 857	95 080	53 541	44 905	45 579	84 787	44 117	29 284
1983	52 756	25 656	56 210	96 693	56 016	46 675	47 240	86 687	44 065	29 488
1984	54 225	28 805	57 602	96 754	57 807	46 786	49 109	88 431	44 415	29 630
1985	55 048	28 261	58 719	96 524	59 023	47 354	49 961	89 483	44 500	29 718
1986	55 570	31 164	58 356	98 638	58 104	48 761	50 989	91 764	44 421	29 820
1987	55 887	30 124	57 386	109 265	56 396	48 060	52 171	94 557	44 510	29 773
1988 } [5]	57 520	33 618	59 187	112 609	58 160	49 801	53 319	96 782	44 810	29 872
1989 } [5]	58 643	35 469	61 075	117 797	59 977	51 652	54 327	96 731	44 685	29 909
	Lohnstückkosten[6] (1980 = 100)									
1960	39,2	62,3	39,3	41,1	42,0	30,5	40,4	33,8	26,8	26,2
1961	41,9	71,5	42,3	44,0	44,7	34,1	42,0	36,8	28,9	28,1
1962	43,9	72,4	44,8	45,1	47,2	37,2	43,6	40,0	29,8	29,5
1963	45,4	71,4	46,1	44,9	48,3	39,5	46,6	42,5	31,6	31,0
1964	46,2	75,0	46,2	44,4	48,1	41,1	47,6	43,6	33,5	32,6
1965	48,3	82,6	48,1	49,7	49,7	42,3	49,4	45,3	36,4	35,4
1966	50,3	82,2	49,8	49,4	51,6	43,7	52,4	47,3	38,7	37,8
1967	50,3	73,5	49,3	50,5	51,1	42,4	53,8	49,1	39,9	38,7
1968	50,8	68,5	49,6	48,5	50,8	44,9	53,4	50,3	41,2	40,3
1969	52,6	72,2	51,0	49,2	51,9	47,4	53,5	52,5	45,3	44,1
1970	58,8	75,0	58,2	53,7	59,0	56,2	58,6	59,0	50,2	47,9
1971	64,3	79,4	62,9	61,3	63,4	61,0	64,9	64,7	57,5	54,7
1972	67,5	81,6	65,8	63,5	66,0	65,7	69,5	66,7	61,6	59,5
1973	72,6	78,8	69,9	65,0	69,9	71,2	75,9	72,7	68,5	66,9
1974	79,2	80,0	76,3	71,1	76,6	77,4	82,3	80,1	76,1	74,2
1975	84,1	86,3	81,5	83,8	81,6	79,9	87,0	84,7	80,3	79,8
1976	85,1	91,0	82,0	81,8	82,2	81,3	87,2	87,6	83,8	83,6
1977	88,0	87,6	85,9	86,2	86,7	81,7	88,2	89,9	88,3	88,7
1978	91,0	88,2	89,8	88,9	90,5	86,4	90,7	91,7	91,3	91,5
1979	93,6	95,4	92,5	91,1	92,8	91,4	92,6	94,7	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,1	102,3	105,3	108,4	104,8	106,6	102,3	104,5	104,0	104,4
1982	106,9	88,9	109,4	114,9	108,2	112,9	105,8	108,1	106,3	107,6
1983	107,5	99,6	108,8	114,6	107,7	112,2	105,8	109,9	108,9	111,1
1984	108,1	93,4	110,4	117,7	108,8	115,4	105,7	111,8	109,9	112,6
1985	109,6	98,6	111,8	123,3	110,8	111,4	107,2	114,3	112,3	115,4
1986	112,4	92,9	116,3	123,9	116,2	112,9	108,2	117,2	116,1	121,0
1987	115,2	99,1	122,7	116,3	124,5	116,5	108,8	115,9	119,3	125,1
1988 } [5]	115,3	91,3	123,4	116,5	125,0	118,9	109,8	116,5	121,0	127,2
1989 } [5]	116,3	88,5	123,9	115,0	125,4	120,0	111,1	119,0	123,9	129,3

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [4] Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). — [5] Vorläufige Ergebnisse.

[6] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

Tabelle 29*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3]	Geleistete[4]	Verfügbares Einkommen insgesamt[2]
	insgesamt[2]	Erwerbseinkommen			Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		Bruttoeinkommen aus							
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit[2]					
		zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme						
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	348,20	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	380,70	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	428,60	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	469,60	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,48	587,20	485,87	160,41	43,87	6,76	219,11	326,44	677,39
1976	863,52	631,29	518,15	186,81	45,42	6,62	236,93	367,18	726,65
1977	921,83	676,03	555,95	197,03	48,77	7,05	251,83	395,15	771,46
1978	981,95	721,64	592,13	210,63	49,68	7,65	265,80	415,50	824,60
1979	1 054,98	777,85	636,97	219,31	57,82	9,63	284,05	444,77	884,63
1980	1 128,51	844,41	690,15	210,39	73,71	13,85	303,57	484,70	933,53
1981	1 168,82	882,95	719,40	197,13	88,74	17,47	329,48	511,05	969,78
1982	1 208,18	902,52	734,79	206,65	99,01	19,44	348,25	530,71	1 006,28
1983	1 260,55	920,91	745,76	246,22	93,42	18,04	355,00	545,36	1 052,15
1984	1 323,97	954,00	769,45	266,80	103,17	17,95	362,98	574,96	1 094,04
1985	1 383,90	991,00	798,38	284,56	108,34	18,34	374,86	605,92	1 134,50
1986	1 480,76	1 041,35	838,35	331,05	108,36	18,22	391,24	633,51	1 220,27
1987	1 539,44	1 083,44	871,63	347,92	108,08	18,21	412,31	665,88	1 267,66
1988 } 6)	1 619,99	1 126,04	906,08	382,62	111,33	18,57	432,44	692,54	1 341,32
1989 }	...	1 176,64	948,20	...	126,21	21,10	453,71	739,62	...
1985 1. Hj.	672,08	465,04	374,50	207,04		9,13	186,69	283,84	565,80
2. Hj.	748,93	525,96	423,88	222,97		9,21	188,17	322,08	605,81
1986 1. Hj.	699,99	488,45	393,21	211,54		9,11	193,29	296,93	587,24
2. Hj.	778,16	552,90	445,14	225,26		9,11	197,95	336,58	630,42
1987 1. Hj.	728,61	509,25	409,47	219,36		9,06	203,47	311,55	611,47
2. Hj.	812,91	574,19	462,16	238,72		9,15	208,84	354,33	658,27
1988 1. Hj. }	757,69	530,26	426,35	227,43		9,10	213,42	324,98	637,03
2. Hj. }	844,73	595,78	479,73	248,95		9,47	219,02	367,56	686,72
1989 1. Hj. } 6)	803,02	554,69	446,55	248,33		10,10	222,53	347,72	667,73
2. Hj. }	887,82	621,95	501,65	265,87		11,00	231,18	391,90	716,10
1990 1. Hj. }	858,59	594,44	479,32	264,15		12,15	234,45	360,90	719,99

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29*

verwendung der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote[5]) (vH)	Vermögensübertragungen: Empfangene	Vermögensübertragungen: Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	− 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	− 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	92,06	−11,86	103,92	*15,1*	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	94,14	− 2,95	97,09	*13,3*	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	88,30	− 6,40	94,70	*12,2*	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	95,70	− 4,08	99,78	*12,0*	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	99,61	−13,43	113,04	*12,6*	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	92,75	−30,49	123,24	*12,8*	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	81,93	−55,91	137,84	*13,4*	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	88,23	−46,15	134,38	*12,8*	19,76	37,52	116,62	1982
964,16	87,99	−29,43	117,42	*10,9*	22,26	39,12	100,56	1983
1 003,57	90,47	−38,56	129,03	*11,4*	23,03	41,55	110,51	1984
1 038,34	96,16	−37,11	133,27	*11,4*	22,16	42,04	113,39	1985
1 068,61	151,66	+ 2,61	149,05	*12,2*	21,62	43,78	126,89	1986
1 110,30	157,36	− 2,08	159,44	*12,6*	20,10	47,07	132,47	1987
1 154,28	187,04	17,57	169,47	*12,8*	21,04	47,44	143,07	1988
1 211,30	. . .	. . .	172,53	12,5	21,16	45,02	148,67	1989 [6])
498,17	.	.	67,63	*12,0*	10,79	20,74	57,68	1985 1. Hj.
540,17	.	.	65,64	*10,8*	11,37	21,30	55,71	2. Hj.
515,42	.	.	71,82	*12,2*	10,54	21,32	61,04	1986 1. Hj.
553,19	.	.	77,23	*12,3*	11,08	22,46	65,85	2. Hj.
531,12	.	.	80,35	*13,1*	9,92	23,29	66,98	1987 1. Hj.
579,18	.	.	79,09	*12,0*	10,18	23,78	65,49	2. Hj.
554,18	.	.	82,85	*13,0*	10,37	23,77	69,45	1988 1. Hj.
600,10	.	.	86,62	*12,6*	10,67	23,67	73,62	2. Hj.
583,36	.	.	84,37	*12,6*	10,41	22,59	72,19	1989 1. Hj. [6])
627,94	.	.	88,16	*12,3*	10,75	22,43	76,48	2. Hj.
621,35	.	.	98,64	13,7	9,54	22,98	85,20	1990 1. Hj.

[4]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[5]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Verwendung des

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]
				zusammen	Ausrüstungen	Bauten				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+ 14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+ 17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+ 28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+ 43,94
1975	1 029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	− 5,40	271,23	241,18	+ 30,05
1976	1 126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+ 29,11
1977	1 199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+ 29,15
1978	1 291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+ 37,48
1979	1 396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+ 11,32
1980	1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97
1981	1 545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	−11,40	482,11	466,86	+ 15,25
1982	1 597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	−11,50	517,54	480,07	+ 37,47
1983	1 680,40	964,16	336,21	343,82	135,60	208,22	− 1,80	524,83	486,82	+ 38,01
1984	1 769,90	1 003,57	350,23	354,63	137,58	217,05	+ 6,60	590,78	535,91	+ 54,87
1985	1 844,30	1 038,34	365,66	360,80	153,85	206,95	− 0,70	647,48	567,28	+ 80,20
1986	1 945,20	1 068,61	382,72	377,39	161,38	216,01	+ 1,50	638,23	523,25	+114,98
1987	2 015,60	1 110,30	397,51	389,97	170,49	219,48	+ 4,39	639,33	525,90	+113,43
1988	2 123,20	1 154,28	412,65	415,98	184,88	231,10	+18,13	687,86	565,70	+122,16
1989 [3]	2 261,30	1 211,30	418,96	458,41	207,62	250,79	+29,18	787,11	643,66	+143,45
1990 1. Hj.	1 162,10	621,35	205,47	239,84	106,68	133,16	+19,16	415,42	339,14	+ 76,28
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,7*	*13,3*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+ 3,0*	*20,0*	*17,4*	*+ 2,6*
1961	*100*	*56,8*	*13,8*	*25,2*	*9,5*	*15,7*	*+ 2,0*	*19,1*	*16,9*	*+ 2,2*
1962	*100*	*56,8*	*14,7*	*25,8*	*9,7*	*16,1*	*+ 1,6*	*18,4*	*17,2*	*+ 1,2*
1963	*100*	*56,7*	*15,5*	*25,6*	*9,3*	*16,2*	*+ 0,7*	*18,9*	*17,4*	*+ 1,5*
1964	*100*	*55,6*	*14,8*	*26,6*	*9,3*	*17,3*	*+ 1,5*	*19,0*	*17,6*	*+ 1,4*
1965	*100*	*56,2*	*15,2*	*26,2*	*9,5*	*16,7*	*+ 2,3*	*19,0*	*19,0*	*+ 0,1*
1966	*100*	*56,4*	*15,5*	*25,5*	*9,0*	*16,5*	*+ 1,1*	*20,2*	*18,7*	*+ 1,5*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*− 0,1*	*21,6*	*18,0*	*+ 3,5*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+ 2,1*	*22,5*	*18,8*	*+ 3,7*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,2*	*9,0*	*14,3*	*+ 2,9*	*23,0*	*20,0*	*+ 2,9*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,7*	*15,7*	*+ 2,1*	*22,6*	*20,5*	*+ 2,1*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,1*	*9,7*	*16,4*	*+ 0,6*	*22,6*	*20,6*	*+ 2,0*
1972	*100*	*54,8*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,5*	*+ 0,6*	*22,4*	*20,3*	*+ 2,2*
1973	*100*	*53,9*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+ 1,4*	*23,6*	*20,5*	*+ 3,1*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,3*	*14,2*	*+ 0,5*	*28,3*	*23,8*	*+ 4,5*
1975	*100*	*56,9*	*20,4*	*20,3*	*7,6*	*12,8*	*− 0,5*	*26,3*	*23,4*	*+ 2,9*
1976	*100*	*56,2*	*19,7*	*20,0*	*7,6*	*12,4*	*+ 1,5*	*27,4*	*24,9*	*+ 2,6*
1977	*100*	*57,0*	*19,6*	*20,2*	*7,9*	*12,3*	*+ 0,8*	*27,2*	*24,7*	*+ 2,4*
1978	*100*	*56,4*	*19,6*	*20,6*	*8,2*	*12,4*	*+ 0,5*	*26,7*	*23,8*	*+ 2,9*
1979	*100*	*56,2*	*19,6*	*21,7*	*8,5*	*13,2*	*+ 1,7*	*27,0*	*26,2*	*+ 0,8*
1980	*100*	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+ 0,9*	*28,4*	*28,6*	*− 0,2*
1981	*100*	*57,5*	*20,6*	*21,7*	*8,3*	*13,4*	*− 0,7*	*31,2*	*30,2*	*+ 1,0*
1982	*100*	*57,5*	*20,4*	*20,5*	*7,8*	*12,6*	*− 0,7*	*32,4*	*30,1*	*+ 2,3*
1983	*100*	*57,4*	*20,0*	*20,5*	*8,1*	*12,4*	*− 0,1*	*31,2*	*29,0*	*+ 2,3*
1984	*100*	*56,7*	*19,8*	*20,0*	*7,8*	*12,3*	*+ 0,4*	*33,4*	*30,3*	*+ 3,1*
1985	*100*	*56,3*	*19,8*	*19,6*	*8,3*	*11,2*	*− 0,0*	*35,1*	*30,8*	*+ 4,3*
1986	*100*	*54,9*	*19,7*	*19,4*	*8,3*	*11,1*	*+ 0,1*	*32,8*	*26,9*	*+ 5,9*
1987	*100*	*55,1*	*19,7*	*19,3*	*8,5*	*10,9*	*+ 0,2*	*31,7*	*26,1*	*+ 5,6*
1988	*100*	*54,4*	*19,4*	*19,6*	*8,7*	*10,9*	*+ 0,9*	*32,4*	*26,6*	*+ 5,8*
1989 [3]	*100*	*53,6*	*18,5*	*20,3*	*9,2*	*11,1*	*+ 1,3*	*34,8*	*28,5*	*+ 6,3*
1990 1. Hj.	*100*	*53,5*	*17,7*	*20,6*	*9,2*	*11,5*	*+ 1,6*	*35,7*	*29,2*	*+ 6,6*

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 30*

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]	Zeitraum
				Mrd DM in Preisen von 1980						
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	− 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	− 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1 004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1 079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1 134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	− 1,04	1970
1 168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	− 9,81	1971
1 217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	− 7,91	1972
1 274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1 276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1 258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	− 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1 328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1 363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1 407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1 463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	− 8,95	1979
1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97	1980
1 485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	−10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1 471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	− 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1 498,90	839,60	301,44	312,44	119,90	192,54	− 1,50	469,01	422,09	+46,92	1983
1 548,10	852,29	308,82	314,90	119,36	195,54	+ 5,50	511,11	444,52	+66,59	1984
1 578,10	863,98	315,31	315,08	130,53	184,55	− 0,90	545,74	461,11	+84,63	1985
1 614,70	893,39	323,40	325,40	135,85	189,55	+ 3,92	545,93	477,34	+68,59	1986
1 639,80	922,60	328,42	332,40	143,40	189,00	+ 5,37	551,07	500,06	+51,01	1987
1 700,50	947,48	335,92	349,35	154,20	195,15	+15,52	582,28	530,05	+52,23	1988
1 766,00	963,85	332,87	374,29	169,22	205,07	+22,37	649,15	576,53	+72,62	1989 } 3)
894,00	484,60	165,44	190,06	86,19	103,87	+18,06	342,30	306,46	+35,84	1990 1. Hj.
				Anteil in vH						
100	*50,7*	*18,8*	*25,9*	*7,3*	*18,6*	+ *2,3*	*16,5*	*14,2*	+ *2,3*	1960
100	*51,4*	*19,1*	*26,5*	*7,8*	*18,7*	+ *1,4*	*16,4*	*14,8*	+ *1,5*	1961
100	*51,8*	*20,0*	*26,3*	*8,0*	*18,3*	+ *1,3*	*16,2*	*15,6*	+ *0,6*	1962
100	*51,8*	*20,6*	*26,0*	*7,8*	*18,1*	+ *0,5*	*16,9*	*15,9*	+ *1,1*	1963
100	*51,2*	*19,7*	*27,2*	*7,9*	*19,2*	+ *1,1*	*17,1*	*16,3*	+ *0,9*	1964
100	*51,9*	*19,6*	*27,0*	*8,1*	*18,9*	+ *1,9*	*17,3*	*17,6*	− *0,4*	1965
100	*52,0*	*19,7*	*26,5*	*7,7*	*18,8*	+ *1,0*	*18,4*	*17,6*	+ *0,9*	1966
100	*52,5*	*20,4*	*24,7*	*7,1*	*17,6*	− *0,1*	*19,9*	*17,4*	+ *2,4*	1967
100	*52,0*	*19,4*	*24,2*	*7,2*	*17,0*	+ *1,7*	*21,2*	*18,5*	+ *2,7*	1968
100	*52,3*	*18,8*	*24,7*	*8,1*	*16,6*	+ *2,6*	*21,6*	*20,0*	+ *1,6*	1969
100	*53,5*	*18,7*	*25,7*	*9,0*	*16,7*	+ *2,2*	*21,9*	*22,0*	− *0,1*	1970
100	*54,6*	*19,1*	*26,5*	*9,1*	*17,4*	+ *0,6*	*22,7*	*23,5*	− *0,8*	1971
100	*54,8*	*19,1*	*26,1*	*8,6*	*17,6*	+ *0,7*	*23,2*	*23,8*	− *0,6*	1972
100	*53,9*	*19,1*	*24,9*	*8,1*	*16,7*	+ *1,4*	*24,4*	*23,7*	+ *0,6*	1973
100	*54,2*	*19,9*	*22,4*	*7,2*	*15,2*	+ *0,5*	*27,3*	*24,2*	+ *3,0*	1974
100	*56,7*	*20,9*	*21,6*	*7,3*	*14,3*	− *0,6*	*25,8*	*24,4*	+ *1,4*	1975
100	*55,7*	*20,1*	*21,2*	*7,3*	*13,8*	+ *1,7*	*26,9*	*25,6*	+ *1,3*	1976
100	*56,6*	*19,8*	*21,3*	*7,7*	*13,7*	+ *1,0*	*27,0*	*25,8*	+ *1,2*	1977
100	*56,9*	*19,9*	*21,6*	*8,0*	*13,6*	+ *0,6*	*27,3*	*26,4*	+ *0,9*	1978
100	*56,7*	*19,8*	*22,3*	*8,5*	*13,8*	+ *1,7*	*27,4*	*28,0*	− *0,6*	1979
100	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	+ *0,9*	*28,4*	*28,6*	− *0,2*	1980
100	*56,3*	*20,4*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	− *0,7*	*30,8*	*28,3*	+ *2,5*	1981
100	*56,1*	*20,4*	*20,6*	*7,7*	*12,9*	− *0,7*	*32,0*	*28,5*	+ *3,5*	1982
100	*56,0*	*20,1*	*20,8*	*8,0*	*12,8*	− *0,1*	*31,3*	*28,2*	+ *3,1*	1983
100	*55,1*	*19,9*	*20,3*	*7,7*	*12,6*	+ *0,4*	*33,0*	*28,7*	+ *4,3*	1984
100	*54,7*	*20,0*	*20,0*	*8,3*	*11,7*	− *0,1*	*34,6*	*29,2*	+ *5,4*	1985
100	*55,3*	*20,0*	*20,2*	*8,4*	*11,7*	+ *0,2*	*33,8*	*29,6*	+ *4,2*	1986
100	*56,3*	*20,0*	*20,3*	*8,7*	*11,5*	+ *0,3*	*33,6*	*30,5*	+ *3,1*	1987
100	*55,7*	*19,8*	*20,5*	*9,1*	*11,5*	+ *0,9*	*34,2*	*31,2*	+ *3,1*	1988
100	*54,6*	*18,8*	*21,2*	*9,6*	*11,6*	+ *1,3*	*36,8*	*32,6*	+ *4,1*	1989 } 3)
100	*54,2*	*18,5*	*21,3*	*9,6*	*11,6*	+ *2,0*	*38,3*	*34,3*	+ *4,0*	1990 1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31 *

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen [1]			Bauten [2]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [3]	Staat	zusammen	Unternehmen [3] zusammen	Unternehmen [3] darunter Wohnbauten	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	−11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	−11,50
1983	342,02	135,60	130,94	4,66	208,22	171,11	106,79	37,11	− 1,80
1984	361,23	137,58	132,47	5,11	217,05	180,42	112,43	36,63	+ 6,60
1985	360,10	153,85	147,90	5,95	206,95	170,29	102,55	36,66	− 0,70
1986	378,89	161,38	154,84	6,54	216,01	175,68	103,07	40,33	+ 1,50
1987	394,36	170,49	163,40	7,09	219,48	178,57	103,69	40,91	+ 4,39
1988 [4]	434,11	184,88	177,87	7,01	231,10	189,25	109,53	41,85	+18,13
1989 [4]	487,59	207,62	199,71	7,91	250,79	206,16	119,11	44,63	+29,18
1983 1. Hj.	162,51	60,35	58,63	1,72	95,86	79,29	49,42	16,57	+ 6,30
2. Hj.	179,51	75,25	72,31	2,94	112,36	91,82	57,37	20,54	− 8,10
1984 1. Hj.	178,73	58,88	56,97	1,91	102,25	86,18	54,27	16,07	+17,60
2. Hj.	182,50	78,70	75,50	3,20	114,80	94,24	58,16	20,56	−11,00
1985 1. Hj.	176,03	68,62	66,38	2,24	93,51	78,03	47,55	15,48	+13,90
2. Hj.	184,07	85,23	81,52	3,71	113,44	92,26	55,00	21,18	−14,60
1986 1. Hj.	181,55	74,28	72,00	2,28	96,48	79,53	46,86	16,95	+10,79
2. Hj.	197,34	87,10	82,84	4,26	119,53	96,15	56,21	23,38	− 9,29
1987 1. Hj.	190,81	77,48	74,94	2,54	97,12	80,16	46,69	16,96	+16,21
2. Hj.	203,55	93,01	88,46	4,55	122,36	98,41	57,00	23,95	−11,82
1988 1. Hj.	209,14	83,29	80,75	2,54	107,40	88,59	51,39	18,81	+18,45
2. Hj.	224,97	101,59	97,12	4,47	123,70	100,66	58,14	23,04	− 0,32
1989 1. Hj. [4]	232,99	93,43	90,77	2,66	119,27	98,53	57,15	20,74	+20,29
2. Hj.	254,60	114,19	108,94	5,25	131,52	107,63	61,96	23,89	+ 8,89
1990 1. Hj.	259,00	106,68	103,61	3,07	133,16	111,01	65,25	22,15	+19,16

[1] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

[2] Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

Tabelle 31 *

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen [1]			Bauten [2]				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen [3]	Staat	zusammen	Unternehmen [3] zusammen	darunter Wohnbauten	Staat		
				in Preisen von 1980					
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	− 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	− 7,50	1975
303,79	97,32	93,19	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	−10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	− 9,60	1982
310,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	− 1,50	1983
320,40	119,36	114,92	4,44	195,54	161,07	98,41	34,47	+ 5,50	1984
314,18	130,53	125,50	5,03	184,55	150,37	88,53	34,18	− 0,90	1985
329,32	135,85	130,38	5,47	189,55	152,66	87,59	36,89	+ 3,92	1986
337,77	143,40	137,58	5,82	189,00	152,20	86,26	36,80	+ 5,37	1987
364,87	154,20	148,56	5,64	195,15	158,08	89,29	37,07	+15,52	1988 [4]
396,66	169,22	163,05	6,17	205,07	166,64	93,86	38,43	+22,37	1989 [4]
149,71	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 6,70	1983 1. Hj.
161,23	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	− 8,20	2. Hj.
160,07	51,43	49,77	1,66	92,34	77,21	47,71	15,13	+16,30	1984 1. Hj.
160,33	67,93	65,15	2,78	103,20	83,86	50,70	19,34	−10,80	2. Hj.
154,79	58,31	56,43	1,88	83,48	69,04	41,14	14,44	+13,00	1985 1. Hj.
159,39	72,22	69,07	3,15	101,07	81,33	47,39	19,74	−13,90	2. Hj.
159,46	62,60	60,70	1,90	84,85	69,33	39,96	15,52	+12,01	1986 1. Hj.
169,86	73,25	69,68	3,57	104,70	83,33	47,63	21,37	− 8,09	2. Hj.
165,44	65,20	63,11	2,09	83,75	68,49	38,96	15,26	+16,49	1987 1. Hj.
172,33	78,20	74,47	3,73	105,25	83,71	47,30	21,54	−11,12	2. Hj.
178,73	69,73	67,68	2,05	91,17	74,46	42,16	16,71	+17,83	1988 1. Hj.
186,14	84,47	80,88	3,59	103,98	83,62	47,13	20,36	− 2,31	2. Hj.
192,24	76,27	74,19	2,08	98,26	80,27	45,45	17,99	+17,71	1989 1. Hj. [4]
204,42	92,95	88,86	4,09	106,81	86,37	48,41	20,44	+ 4,66	2. Hj.
208,12	86,19	83,86	2,33	103,87	85,66	49,13	18,21	+18,06	1990 1. Hj.

[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche [1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe [2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungsunternehmen [4]	Wohnungsvermietung [5]	Staat [6]
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984	143,00	7,82	66,54	13,62	49,21	3,71	26,14	36,07		6,43
1985	159,67	7,92	76,01	13,70	58,60	3,71	29,34	38,99		7,41
1986	167,83	7,90	80,56	13,63	62,74	4,19	30,24	41,08		8,05
1987	177,68	7,79	84,78	13,92	66,45	4,41	30,48	45,94		8,69
1988 [7]	192,99	8,15	86,60	13,21	68,71	4,68	34,10	55,40		8,74
1989 [7]	217,12	9,09	...	...	...	...	...	...		9,71
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983	208,22	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,44	99,77	39,52
1984	217,05	1,97	20,26	9,81	9,66	0,79	19,81	31,65	104,19	39,17
1985	206,95	1,95	20,23	9,58	10,04	0,61	20,31	30,87	94,79	38,80
1986	216,01	1,82	23,05	10,22	12,29	0,54	22,80	31,13	94,72	42,49
1987	219,48	1,77	23,34	9,35	13,40	0,59	24,44	31,48	95,28	43,17
1988 [7]	231,10	1,77	23,93	10,05	13,25	0,63	25,33	35,42	100,04	44,61
1989 [7]	250,79	1,86	...	...	...	...	...	...	108,91	47,57

[1] Einschließlich selbsterstellter Anlagen. — [2] Einschließlich produzierendes Handwerk. — [3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [4] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 32*

DM

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983
124,03	6,54	57,41	11,79	42,44	3,18	22,85	31,68		5,55	1984
135,41	6,47	63,76	11,58	49,06	3,12	25,26	33,69		6,23	1985
141,11	6,38	66,60	11,37	51,80	3,43	25,76	35,66		6,71	1986
149,12	6,25	69,50	11,51	54,44	3,55	25,98	40,28		7,11	1987
160,52	6,45	70,06	10,76	55,60	3,70	28,68	48,33		7,00	1988 } [7]
176,43	7,05	...	...	...	...	...	...		7,54	1989 } [7]
				Neue Bauten						
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,40	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,66	9,38	8,52	0,76	17,39	26,69	90,12	37,81	1983
195,54	1,78	19,09	9,60	8,79	0,70	18,73	28,03	91,14	36,77	1984
184,55	1,74	18,84	9,25	9,06	0,53	19,04	27,07	81,75	36,11	1985
189,55	1,60	20,95	9,66	10,83	0,46	20,94	26,85	80,39	38,82	1986
189,00	1,53	20,83	8,75	11,58	0,50	22,05	26,64	79,17	38,78	1987
195,15	1,52	20,93	9,19	11,21	0,53	22,36	29,44	81,45	39,45	1988 } [7]
205,07	1,52	...	...	...	...	...	...	85,71	40,86	1989 } [7]

[5] Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. —
[7] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33 *

Einnahmen und Aus

Ins

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
							Einkommensübertragungen		
								davon	
	ins-gesamt	Steuern	Sozial-beiträge	sonstige Ein-nahmen [2]	ins-gesamt	Staats-ver-brauch [3]	zu-sammen	private Haus-halte [4]	Unter-nehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983	774,13	414,87	290,36	68,90	816,44	336,21	357,19	295,04	62,15
1984	815,25	439,22	304,59	71,44	848,97	350,23	370,11	298,98	71,13
1985	854,53	459,93	320,09	74,51	875,45	365,66	378,86	306,00	72,86
1986	886,97	473,37	337,40	76,20	912,29	382,72	394,07	317,64	76,43
1987	911,94	491,58	350,49	69,87	949,94	397,51	414,60	333,62	80,98
1988 [10]	945,89	512,66	366,63	66,60	991,15	412,65	438,03	348,75	89,28
1989 [10]	1 021,01	560,00	383,44	77,57	1 015,55	418,96	451,33	362,31	89,02
1985 1. Hj.	402,78	215,56	150,86	36,36	417,69	168,38	187,73	153,20	34,53
2. Hj.	451,75	244,37	169,23	38,15	457,76	197,28	191,13	152,80	38,33
1986 1. Hj.	422,18	222,60	158,90	40,68	434,26	176,80	193,33	157,64	35,69
2. Hj.	464,79	250,77	178,50	35,52	478,03	205,92	200,74	160,00	40,74
1987 1. Hj.	432,17	228,29	165,26	38,62	452,56	183,71	203,85	165,27	38,58
2. Hj.	479,77	263,29	185,23	31,25	497,38	213,80	210,75	168,35	42,40
1988 1. Hj.	446,44	239,83	173,74	32,87	471,08	190,01	213,92	172,97	40,95
2. Hj.	499,45	272,83	192,89	33,73	520,07	222,64	224,11	175,78	48,33
1989 1. Hj. [10]	486,54	263,64	181,42	41,48	483,70	194,42	220,20	179,02	41,18
2. Hj.	534,47	296,36	202,02	36,09	531,85	224,54	231,13	183,29	47,84
1990 1. Hj.	500,84	263,78	193,70	43,36	507,66	205,47	229,21	187,70	41,51

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[2] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

[3] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 33*

gaben des Staates[1])

gesamt[1])

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen[5])	Brutto-investitionen	Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo[6])	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[7])	Staatsquote[8])	Abgabenquote[9])	Zeitraum
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	303,9	*32,8*	*33,3*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	335,2	*33,8*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,4	*35,2*	*35,0*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	398,2	*35,3*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	429,8	*35,6*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	466,9	*36,5*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,3	*36,1*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,7	*36,7*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,8	*38,0*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,0	*38,9*	*37,4*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	*39,1*	*36,5*	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	762,7	*39,9*	*37,5*	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	837,9	*40,7*	*38,0*	1972
10,17	35,13	18,74	+11,03	918,90	925,6	*41,8*	*40,3*	1973
12,15	40,13	21,62	−12,78	985,60	1 018,5	*43,7*	*40,9*	1974
14,18	40,33	22,68	−57,61	1 029,40	1 101,1	*46,2*	*40,9*	1975
17,45	39,49	27,85	−38,13	1 126,20	1 167,9	*46,8*	*42,1*	1976
20,41	39,34	30,10	−28,88	1 199,20	1 240,0	*47,0*	*43,2*	1977
21,53	42,78	28,02	−31,44	1 291,60	1 325,1	*46,8*	*42,4*	1978
24,10	47,81	30,85	−35,63	1 396,60	1 413,2	*47,4*	*42,2*	1979
28,55	53,59	33,29	−42,97	1 485,20	1 519,4	*47,5*	*42,4*	1980
35,47	50,02	31,22	−56,65	1 545,10	1 613,9	*47,5*	*42,4*	1981
44,03	45,26	31,33	−52,48	1 597,10	1 715,7	*46,4*	*42,5*	1982
50,09	41,77	31,18	−42,31	1 680,40	1 798,5	*45,4*	*42,0*	1983
52,72	41,74	34,17	−33,72	1 769,90	1 868,1	*45,4*	*42,0*	1984
55,27	42,61	33,05	−20,92	1 844,30	1 936,7	*45,2*	*42,3*	1985
57,18	46,87	31,45	−25,32	1 945,20	2 038,4	*44,8*	*41,7*	1986
57,78	48,00	32,05	−38,00	2 015,60	2 121,2	*44,8*	*41,8*	1987
59,86	48,86	31,75	−45,26	2 123,20	2 203,0	*45,0*	*41,4*	1988 } 10)
60,39	52,54	32,33	+ 5,46	2 261,30	2 305,7	*44,0*	*41,7*	1989 }
30,17	17,72	13,69	−14,91	877,00				1985 1. Hj.
25,10	24,89	19,36	− 6,01	967,30				2. Hj.
32,36	19,23	12,54	−12,08	924,80				1986 1. Hj.
24,82	27,64	18,91	−13,24	1 020,40				2. Hj.
32,12	19,50	13,38	−20,39	961,20				1987 1. Hj.
25,66	28,50	18,67	−17,61	1 054,40				2. Hj.
32,36	21,35	13,44	−24,64	1 011,90				1988 1. Hj. }
27,50	27,51	18,31	−20,62	1 111,30				2. Hj.
32,09	23,40	13,59	+ 2,84	1 084,80				1989 1. Hj. } 10)
28,30	29,14	18,74	+ 2,62	1 176,50				2. Hj.
32,83	25,22	14,93	− 6,82	1 162,10				1990 1. Hj. }

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Überschuß: +, Defizit: −.
[7]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[10]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

Einnahmen und

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[2]	insgesamt	Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[5]
						zusammen[3]	darunter		
							private Haushalte[4]	Unternehmen und übrige Welt	
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,10	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983	496,54	414,87	81,67	538,79	232,25	186,14	87,22	58,31	50,08
1984	523,92	439,22	84,70	557,37	238,73	193,09	87,79	64,99	52,70
1985	548,97	459,93	89,04	574,98	248,07	199,15	89,76	67,40	55,25
1986	566,20	473,37	92,83	600,75	258,79	209,16	95,60	71,53	57,16
1987	578,88	491,58	87,30	623,53	268,12	220,27	100,42	75,72	57,75
1988 } [11]	597,25	512,66	84,59	644,06	272,75	233,94	102,57	83,74	59,83
1989 } [11]	655,74	560,00	95,74	666,60	282,61	241,43	106,73	83,45	60,36

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3] Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 33*

Ausgaben des Staates[1])
und Sozialversicherung
DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen[6])	Finanzierungssaldo[7])	insgesamt[8])	Sozialbeiträge[9])	insgesamt[10])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo[7])	Zeitraum
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971
33,45	17,42	−12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972
34,61	18,61	− 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+13,41	1973
39,36	21,42	−16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974
39,67	22,54	−55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	− 2,31	1975
38,81	27,30	−38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976
38,63	29,18	−25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	− 3,61	1977
42,21	26,89	−29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	− 1,66	1978
47,15	29,88	−35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979
52,77	32,28	−46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980
48,89	30,29	−62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981
44,05	30,32	−60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982
40,48	29,84	−42,25	318,37	270,17	318,43	210,96	103,96	− 0,06	1983
40,57	32,28	−33,45	331,78	283,75	332,05	214,86	111,50	− 0,27	1984
41,26	31,25	−26,01	348,13	298,21	343,04	219,71	117,59	+ 5,09	1985
45,77	29,87	−34,55	364,18	314,45	354,95	225,78	123,93	+ 9,23	1986
47,04	30,35	−44,65	378,74	326,99	372,09	237,19	129,39	+ 6,65	1987
47,77	29,77	−46,81	397,79	342,40	396,24	250,40	139,90	+ 1,55	1988 } 11)
51,42	30,78	−10,86	418,08	358,54	401,76	260,05	136,35	+16,32	1989 }

[7]) Überschuß: +, Defizit: −.
[8]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[9]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[10]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.
[11]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34 *

Subventionen des Staates [1])

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Warenproduzierendes Gewerbe [2])	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht [3])
		zusammen	darunter: Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter: „Kohlepfennig"	darunter: Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter: Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,61	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,49
1978	29,67	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,02
1979	31,12	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,48
1980	30,53	9,13	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,37
1981	29,13	7,37	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,63
1982	29,42	7,73	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,19
1983	31,78	9,51	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,69
1984	36,21	11,95	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,66
1985	37,81	12,99	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,66
1986	41,34	14,99	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,65
1987	44,78	15,50	10,34	8,29	4,68	3,38	0,16	7,11	5,02	3,21	6,77
1988 [4])	47,67	17,54	11,51	8,06	4,31	3,47	0,48	7,49	5,27	2,65	7,52
1989 [4])	45,41	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen [5])

Jahr	Insgesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer [6]) (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,61	2,46	1,72	3,70	1,29	2,14
1972	15,78	2,88	0,91	2,33	1,90	6,18	1,58	2,40
1973	18,65	2,78	1,34	2,75	2,68	7,60	1,50	2,43
1974	18,86	2,24	1,40	3,08	2,53	7,69	1,92	2,52
1975	20,39	3,01	1,52	3,49	2,76	7,45	2,16	3,23
1976	22,13	3,17	2,17	3,97	3,25	7,18	2,39	3,35
1977	24,61	2,53	2,85	4,28	4,69	7,48	2,78	3,01
1978	29,67	2,50	3,72	5,08	6,28	9,10	2,99	2,97
1979	31,12	2,23	5,38	5,40	6,08	8,75	3,28	2,82
1980	30,53	1,81	5,02	5,95	6,39	7,62	3,74	3,04
1981	29,13	1,45	4,23	6,16	5,05	8,18	4,06	2,99
1982	29,42	1,74	3,84	6,50	4,80	8,48	4,06	3,66
1983	31,78	1,30	3,69	7,33	6,56	8,47	4,43	3,48
1984	36,21	3,10	4,66	8,38	7,14	8,29	4,64	5,49
1985	37,81	4,35	4,49	8,41	7,14	8,05	5,37	6,81
1986	41,34	5,09	6,07	8,29	8,45	7,83	5,61	6,90
1987	44,78	4,88	9,33	8,90	8,13	7,62	5,92	6,46
1988 [4])	47,67	5,82	9,49	9,04	9,91	8,18	5,23	6,91
1989 [4])	45,41	...	...	...	...	...	...	6,04

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen".

[2]) Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung.

[3]) Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse. Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen.

[4]) Vorläufige Ergebnisse.

[5]) Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet.

[6]) Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz), für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Tabelle 35*

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[2]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[3])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für				
						die Haushaltsführung	die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr[4]) und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit[5])	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[6])
	In jeweiligen Preisen									
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983	935,14	227,52	84,21	140,56	54,49	88,54	44,97	144,24	92,95	57,66
1984	975,48	232,15	86,57	150,09	59,74	91,20	47,46	149,52	95,81	62,94
1985	1 011,98	234,88	89,46	159,34	64,34	92,17	49,31	156,32	98,98	67,18
1986	1 037,44	238,47	92,86	166,24	55,90	95,64	51,01	162,78	103,93	70,61
1987	1 075,30	243,10	96,80	173,34	51,02	101,04	53,69	173,58	108,73	74,00
1988 } 7)	1 116,76	252,02	98,50	181,79	47,27	107,28	57,80	179,20	114,15	78,75
1989 } 7)	1 176,42	264,96	100,99	192,24	49,69	113,18	58,85	193,42	118,26	84,83
	In Preisen von 1980									
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983	815,84	199,45	74,74	122,26	44,10	77,99	38,21	124,34	84,54	50,21
1984	831,10	200,56	75,02	125,74	46,70	78,81	39,56	125,97	85,37	53,37
1985	844,52	201,31	75,73	129,33	48,76	78,37	40,37	128,59	86,94	55,12
1986	870,50	203,14	77,23	132,28	49,96	80,35	40,98	139,33	90,53	56,70
1987	897,05	208,23	79,44	135,33	48,90	83,90	42,60	146,77	93,81	58,07
1988 } 7)	921,29	215,66	79,86	138,46	46,17	88,03	45,16	150,20	98,04	59,71
1989 } 7)	941,47	221,84	80,80	142,03	44,13	91,42	43,99	154,42	100,32	62,52

[1]) Im Inland, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [3]) Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [4]) Einschließlich Kraftstoffe. — [5]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [6]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	In jeweiligen Preisen									
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+10,10	82,09	71,65	+10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	− 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	−12,20	91,69	79,43	+12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	− 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+16,50	95,22	97,97	− 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	− 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	− 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+10,30	103,28	108,92	− 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	−15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+13,20	109,99	111,38	− 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	− 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	− 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	−25,30	134,94	117,96	+16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	− 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	−27,50	134,48	116,17	+18,31
1983 1. Vj.	394,30	228,17	77,41	67,91	27,66	40,25	+ 8,90	128,01	116,10	+11,91
2. Vj.	409,70	236,23	77,76	88,30	32,69	55,61	− 2,60	129,14	119,13	+10,01
3. Vj.	421,00	237,26	80,91	89,53	32,04	57,49	+12,20	126,17	125,07	+ 1,10
4. Vj.	455,40	262,50	100,13	98,08	43,21	54,87	−20,30	141,51	126,52	+14,99
1984 1. Vj.	422,30	238,80	79,74	73,05	28,93	44,12	+19,40	142,78	131,47	+11,31
2. Vj.	424,80	247,03	81,89	88,08	29,95	58,13	− 1,80	140,99	131,39	+ 9,60
3. Vj.	444,90	247,11	83,11	92,63	34,21	58,42	+14,90	144,52	137,37	+ 7,15
4. Vj.	477,90	270,63	105,49	100,87	44,49	56,38	−25,90	162,49	135,68	+26,81
1985 1. Vj.	430,40	243,27	83,17	70,01	32,37	37,64	+18,80	158,29	143,14	+15,15
2. Vj.[3]	446,60	254,90	85,21	92,12	36,25	55,87	− 4,90	160,78	141,51	+19,27
3. Vj.	468,90	258,60	87,72	95,22	36,40	58,82	+11,10	162,03	145,77	+16,26
4. Vj.	498,40	281,57	109,56	103,45	48,83	54,62	−25,70	166,38	136,86	+29,52
1986 1. Vj.	449,20	250,29	86,40	72,17	34,03	38,14	+15,49	156,68	131,83	+24,85
2. Vj.	475,60	265,13	90,40	98,59	40,25	58,34	− 4,70	161,44	135,26	+26,18
3. Vj.	494,00	265,71	92,78	98,43	37,59	60,84	+10,27	155,94	129,13	+26,81
4. Vj.	526,40	287,48	113,14	108,20	49,51	58,69	−19,56	164,17	127,03	+37,14
1987 1. Vj.	471,00	256,11	89,44	73,96	36,24	37,72	+22,60	153,55	124,66	+28,89
2. Vj.	490,20	275,01	94,27	100,64	41,24	59,40	− 6,39	156,62	129,95	+26,67
3. Vj.	508,60	276,67	95,97	103,31	40,58	62,73	+10,54	157,09	134,98	+22,11
4. Vj.	545,80	302,51	117,83	112,06	52,43	59,63	−22,36	172,07	136,31	+35,76
1988 1. Vj.	496,70	271,64	93,26	84,75	39,02	45,73	+17,45	163,61	134,01	+29,60
2. Vj.	515,20	282,54	96,75	105,94	44,27	61,67	+ 1,00	168,20	139,23	+28,97
3. Vj.	536,10	288,00	99,47	107,26	43,91	63,35	+16,62	170,42	145,67	+24,75
4. Vj.	575,20	312,10	123,17	118,03	57,68	60,35	−16,94	185,63	146,79	+38,84
1989 1. Vj. [4]	532,40	284,68	96,14	95,39	42,64	52,75	+17,71	188,96	150,48	+38,48
2. Vj.	552,40	298,68	98,28	117,31	50,79	66,52	+ 2,58	200,76	165,21	+35,55
3. Vj.	566,90	299,89	101,33	115,65	48,98	66,67	+17,86	192,95	160,78	+32,17
4. Vj.	609,60	328,05	123,21	130,06	65,21	64,85	− 8,97	204,44	167,19	+37,25
1990 1. Vj.	571,80	303,77	101,35	109,19	49,86	59,33	+17,01	209,00	168,52	+40,48
2. Vj.	590,30	317,58	104,12	130,65	56,82	73,83	+ 2,15	206,42	170,62	+35,80

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 36*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]	Zeitraum
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
					In Preisen von 1980					
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978 1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	− 2,40	95,34	91,55	+ 3,79	2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	− 1,39	3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	−12,50	100,92	96,23	+ 4,69	4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979 1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	− 0,90	98,42	102,38	− 3,96	2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	− 7,06	3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	−11,40	104,96	104,25	+ 0,71	4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980 1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31	2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	− 5,92	3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	−15,80	106,73	104,16	+ 2,57	4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981 1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	− 4,50	109,26	102,35	+ 6,91	2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18	3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	−25,60	125,56	103,63	+21,93	4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982 1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	− 2,50	116,74	105,02	+11,72	2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22	3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	−25,70	121,27	100,07	+21,20	4. Vj.
359,40	200,50	73,64	62,48	24,84	37,64	+ 8,40	115,95	101,57	+14,38	1983 1. Vj.
370,40	206,57	74,00	80,53	28,87	51,66	− 1,70	116,14	105,14	+11,00	2. Vj.
376,00	205,55	73,68	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,34	108,01	+ 4,33	3. Vj.
393,10	226,98	80,12	88,19	37,88	50,31	−19,40	124,58	107,37	+17,21	4. Vj.
375,80	203,67	74,37	65,26	25,29	39,97	+17,50	125,04	110,04	+15,00	1984 1. Vj.
375,60	209,65	75,96	78,51	26,14	52,37	− 1,20	122,47	109,79	+12,68	2. Vj.
391,20	209,73	75,53	82,21	29,67	52,54	+12,90	124,87	114,04	+10,83	3. Vj.
405,50	229,24	82,96	88,92	38,26	50,66	−23,70	138,73	110,65	+28,08	4. Vj.
375,80	202,92	75,47	61,05	27,62	33,43	+16,80	134,39	114,83	+19,56	1985 1. Vj.
387,20	211,31	77,01	80,74	30,69	50,05	− 3,80	135,02	113,08	+21,94	2. Vj.[3]
402,70	214,87	77,80	83,33	30,79	52,54	+ 9,60	136,05	118,95	+17,10	3. Vj.
412,40	234,88	85,03	89,96	41,43	48,53	−23,50	140,28	114,25	+26,03	4. Vj.
381,00	208,24	77,12	62,21	28,77	33,44	+13,39	133,03	112,99	+20,04	1986 1. Vj.
400,10	221,71	79,54	85,24	33,83	51,41	− 1,38	137,90	122,91	+14,99	2. Vj.
411,40	221,88	80,44	85,06	31,61	53,45	+11,21	133,76	120,95	+12,81	3. Vj.
422,20	241,56	86,30	92,89	41,64	51,25	−19,30	141,24	120,49	+20,75	4. Vj.
388,30	213,47	79,11	62,99	30,58	32,41	+19,95	132,95	120,17	+12,78	1987 1. Vj.
402,40	227,85	80,28	85,96	34,62	51,34	− 3,46	135,63	123,86	+11,77	2. Vj.
417,50	229,38	81,24	88,24	34,14	54,10	+10,35	135,13	126,84	+ 8,29	3. Vj.
431,60	251,90	87,79	95,21	44,06	51,15	−21,47	147,36	129,19	+18,17	4. Vj.
405,30	224,72	80,67	71,60	32,76	38,84	+15,55	140,65	127,89	+12,76	1988 1. Vj.
416,60	231,09	82,13	89,30	36,97	52,33	+ 2,28	143,11	131,31	+11,80	2. Vj.
432,20	235,41	82,84	90,02	36,54	53,48	+14,87	143,54	134,48	+ 9,06	3. Vj.
446,40	256,26	90,28	98,43	47,93	50,50	−17,18	154,98	136,37	+18,61	4. Vj.
424,10	228,47	80,90	78,67	35,02	43,65	+14,76	158,01	136,71	+21,30	1989 1. Vj.
436,30	236,16	81,94	95,86	41,25	54,61	+ 2,95	165,18	145,79	+19,39	2. Vj.
445,00	238,03	82,33	94,17	39,79	54,38	+15,04	158,21	142,78	+15,43	3. Vj.
460,60	261,19	87,70	105,59	53,16	52,43	−10,38	167,75	151,25	+16,50	4. Vj.
443,00	238,10	82,33	87,42	40,59	46,83	+14,65	173,38	152,88	+20,50	1990 1. Vj.
451,00	246,50	83,11	102,64	45,60	57,04	+ 3,41	168,92	153,58	+15,34	2. Vj.

[4]

[3]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	−55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	−46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,59	50,18	565,07	436,91	.	−39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	−42,30	41,60
1987	650,05	209,14	179,23	58,45	54,18	599,43	468,30	.	−50,58	48,81
1988	...	...	...	...	...	...	...	.	...	...
1989	...	...	...	...	...	...	...	.	...	...
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	−22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	−23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	−27,88	27,46
1988	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1989	...	...	...	...	...	...	...	.	...	...

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1988 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1988 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1989 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1988 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder[2])									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64
1984	234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	−18,23	19,38
1985	243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	−17,14	17,18
1986	254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	−17,70	16,75
1987	263,24	112,32	26,91	19,82	11,27	244,00	173,21	26,13	−19,23	18,75
1988	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1989	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
	Gemeinden und Gemeindeverbände[3])									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68
1984	154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23
1985	162,94	51,37	26,34	8,00	32,22	163,63	56,26	32,41	+ 0,70	1,10
1986	172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	− 1,72	1,79
1987	178,14	57,54	30,24	7,52	35,23	175,79	59,84	35,66	− 2,35	3,32
1988	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1989	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 38*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
	Gesamtausgaben[2]											
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 218	15 138	42 750	97 176	35 380	20 569	58 070	63 586	6 423	13 891	5 609	22 772
1987	392 166	15 822	43 024	99 658	37 275	21 276	61 090	66 807	6 724	14 328	5 964	23 800
1988	402 386	16 305	43 853	102 071	38 614	21 389	63 247	68 574	6 895	14 170	6 223	24 714
1989	426 275	17 233	46 690	108 472	41 540	22 520	65 340	73 626	7 278	14 629	6 570	26 191
	darunter: Investitionsausgaben											
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	66 226	2 447	7 322	14 746	6 025	3 532	10 768	14 649	870	1 644	547	3 676
1987	67 380	2 575	6 319	13 882	6 267	3 596	12 169	15 578	920	1 577	702	3 795
1988	68 202	2 575	6 229	13 924	6 590	3 556	12 300	15 858	960	1 307	902	4 001
1989	74 485	2 741	7 018	16 188	6 814	3 798	12 556	17 483	1 118	1 563	1 000	4 206
	darunter: Personalausgaben											
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 575	6 511	18 756	40 988	15 047	8 693	24 619	26 778	2 816	6 451	2 514	9 402
1987	169 753	6 849	19 634	42 699	15 771	9 045	25 742	28 188	2 940	6 565	2 591	9 729
1988	174 188	7 039	20 086	43 593	16 218	9 202	26 679	28 995	3 005	6 749	2 641	9 980
1989	176 808	7 142	20 476	44 597	16 602	9 396	27 278	29 810	3 056	6 496	2 670	9 285

[1]) Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1988 Rechnungsergebnisse; ab 1989 Kassenbestände, teilweise geschätzt.

Tabelle 38*

und kommunalen Haushalte nach Ländern [1])

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6'820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 332	1 244	3 341	8 802	2 504	1 807	3 237	2 957	773	1 146	801	719	1986
27 320	1 268	3 346	8 835	2 466	1 828	3 088	2 985	794	1 196	793	721	1987
27 884	1 317	3 529	9 059	2 498	1 820	3 095	2 969	829	1 217	843	705	1988
29 921	1 359	3 902	9 298	2 561	1 837	3 285	3 013	983	1 252	1 433	998	1989
					Gesamteinnahmen [2])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
358 786	14 056	39 361	89 567	34 022	19 009	57 634	62 425	5 676	12 863	4 784	22 536	1986
370 077	14 493	39 509	92 914	35 422	19 600	58 736	65 376	5 967	12 988	5 325	23 348	1987
386 691	15 263	42 194	97 160	37 230	20 569	60 978	67 702	6 208	13 555	5 447	24 055	1988
420 989	16 491	45 626	106 994	40 972	22 439	65 410	74 326	6 545	14 765	5 966	25 267	1989
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 208	8 147	22 635	62 123	22 673	11 681	37 705	40 119	3 226	8 649	2 608	5 642	1986
232 549	8 304	23 541	63 953	23 517	12 383	38 532	41 856	3 368	8 631	2 692	5 770	1987
243 237	8 825	24 718	67 423	24 464	13 323	40 032	43 574	3 504	8 874	2 774	5 726	1988
263 908	9 405	26 565	73 978	26 797	14 431	43 183	47 044	3 754	9 664	2 963	6 124	1989

[2]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 39*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz[2]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer[3]
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955 [4]	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 047
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 199	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 436	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 096	167 504	33 189	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 179	34 465
1989	535 525	181 832	36 799	34 181	131 479	32 965	15 509	5 775	9 167	36 706
1988 1. Vj.	113 686	37 592	8 084	7 210	31 711	4 097	2 111	1 364	2 015	8 427
2. Vj.	114 971	37 911	6 569	7 159	29 994	6 618	3 510	1 337	2 312	8 672
3. Vj.	122 166	42 439	8 285	6 875	29 359	6 855	3 882	1 364	2 078	8 514
4. Vj.	137 273	49 562	10 251	8 759	32 222	9 462	5 052	1 489	1 764	8 852
1989 1. Vj.	124 325	40 471	8 746	8 050	34 019	4 781	2 342	1 450	2 230	8 738
2. Vj.	127 127	41 839	7 316	7 999	31 507	8 186	3 661	1 374	2 644	9 018
3. Vj.	133 755	45 744	9 532	8 791	30 968	8 299	3 894	1 400	2 279	9 493
4. Vj.	150 312	53 778	11 205	9 341	34 986	11 699	5 612	1 551	2 014	9 458
1990 1. Vj.	127 087	39 931	9 748	8 120	35 307	5 428	2 413	1 479	2 363	9 459
2. Vj.	126 167	39 634	8 037	6 763	33 574	8 448	3 908	1 500	2 395	9 206
3. Vj.[5]	...	43 606	7 946	8 158	37 263	8 932	4 179	1 595	1 849	...

[1] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[4] Ohne Saarland.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 40*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken: Sozialversicherungen[7])[9])	Darlehen von Nichtbanken: sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627,	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 820	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 309	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 820	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	35 495	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	37 675	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	39 858	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	42 696	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	51 295	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	55 517	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	54 244	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	56 512	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	58 071	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	61 641	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	67 242	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392[a])	6 222
1974	192 383	77 529	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	113 680	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	133 262	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	153 921	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	180 647	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	205 523	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 351
1987	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 042
1988	903 015	475 169	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 045
1989	928 837	490 541	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 208
1989 Mär	909 642	483 697	299 823	119 800	334 330	471 166	7 016	21 092
Jun	909 044	483 002	299 795	119 800	340 560	467 510	6 926	20 527
Sep	909 867	483 738	298 986	120 500	341 797	466 356	6 965	19 711
Dez	928 837	490 541	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 208
1990 Mär	933 109	495 473	308 949	121 400	360 835	468 791	6 446	18 248
Jun	944 657	502 508	313 142	121 800	375 687	466 218	6 410	17 732

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa), ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden (einschließlich Zweckverbände).
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich den bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
[a]) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum [1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [5]	Finanzielle Sektoren zusammen [2] [6]	Sektoren insgesamt [2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen [2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [3]	Sozialversicherung [4]	zusammen [2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1965	34,44	29,26	19,73	9,53	12,46	3,71	79,87	5,38	2,04	87,29
1966	33,91	28,94	17,38	11,56	14,79	3,42	81,06	– 1,77	2,42	81,70
1967	31,93	31,47	18,10	13,37	10,63	– 1,00	73,03	–11,77	1,90	63,16
1968	38,64	35,00	21,08	13,92	14,32	– 0,32	87,64	–13,05	2,24	76,84
1969	45,46	31,18	21,05	10,13	26,36	1,14	104,14	– 9,26	3,12	98,00
1970	54,67	34,55	23,13	11,42	22,88	6,49	118,59	– 4,74	4,37	118,22
1971	60,01	33,04	16,59	16,45	21,51	7,44	122,00	– 2,69	3,77	123,08
1972	69,61	31,39	16,87	14,52	16,50	8,81	126,31	– 3,69	6,01	128,61
1973	72,29	27,93	17,13	10,80	27,71	13,79	141,72	–12,41	7,86	137,17
1974	83,24	20,58	3,32	17,26	17,18	4,76	125,76	–26,60	12,09	111,25
1975	96,29	14,22	1,24	12,98	–21,17	– 1,82	87,52	–10,68	11,23	88,07
1976	87,07	34,26	21,45	12,81	– 6,14	1,30	116,49	– 8,21	10,31	118,59
1977	83,34	28,99	19,93	9,06	6,75	– 3,14	115,94	– 8,10	11,14	118,97
1978	85,98	41,73	40,28	1,45	5,22	– 1,35	131,58	–16,83	14,14	128,89
1979	98,27	38,20	39,50	– 1,30	3,18	0,64	140,29	12,10	17,90	170,28
1980	108,14	18,70	15,03	3,67	– 3,26	4,46	128,04	27,28	20,54	175,86
1981	122,73	– 4,76	– 9,75	4,99	–24,14	7,07	100,90	11,25	23,05	135,20
1982	115,70	4,97	– 6,49	11,46	–27,12	8,66	102,21	– 8,41	20,48	114,28
1983	100,33	32,14	28,62	3,52	–13,29	0,80	119,98	–11,71	22,32	130,59
1984	109,92	34,76	26,11	8,65	– 4,99	0,43	140,12	–23,45	22,58	139,25
1985	113,48	31,70	21,26	10,44	2,68	5,92	153,78	–44,66	19,19	128,31
1986	126,92	70,77	49,82	20,95	– 1,83	9,78	205,64	–82,86	15,36	138,14
1987	131,65	75,88	52,57	23,31	–11,22	7,03	203,34	–79,81	21,38	144,91
1988	141,46	101,18	72,09	29,09	–13,30	2,04	231,38	–85,93	28,25	173,70
1989	146,87	100,47	76,10	24,37	25,49	16,82	289,65	–101,94	23,14	210,85
1990 1. Hj.	84,08	69,98	52,42	17,56	6,23	3,86	164,15	–53,67	2,74	113,22
	II. Nettoinvestitionen [7] (Sachvermögensbildung)									
1965	–	68,03	41,36	26,67	17,71	0,20	85,94	–	1,36	87,29
1966	–	61,99	33,65	28,34	17,91	0,27	80,17	–	1,54	81,70
1967	–	46,22	18,89	27,33	15,21	0,26	61,69	–	1,47	63,16
1968	–	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	–	1,67	76,84
1969	–	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	–	2,07	98,00
1970	–	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	–	2,25	118,22
1971	–	90,45	50,61	39,84	29,87	0,25	120,57	–	2,51	123,08
1972	–	95,97	47,15	48,82	29,40	0,28	125,65	–	2,96	128,61
1973	–	103,56	51,53	52,03	30,10	0,38	134,04	–	3,13	137,17
1974	–	72,65	29,58	43,07	34,30	0,61	107,56	–	3,69	111,25
1975	–	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	–	3,70	88,07
1976	–	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	–	3,80	118,59
1977	–	83,12	40,08	43,04	32,10	0,47	115,69	–	3,30	118,97
1978	–	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	–	2,59	128,89
1979	–	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	–	2,13	170,28
1980	–	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	–	3,41	175,86
1981	–	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,71	–	3,49	135,20
1982	–	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	–	4,34	114,28
1983	–	95,18	35,22	59,96	28,96	0,86	125,00	–	5,59	130,59
1984	–	105,03	42,47	62,56	28,46	0,70	134,19	–	5,06	139,25
1985	–	94,28	43,82	50,46	28,69	0,83	123,80	–	4,51	128,31
1986	–	100,68	51,98	48,70	32,72	0,55	133,95	–	4,19	138,14
1987	–	107,55	60,82	46,73	33,43	0,38	141,36	–	3,55	144,91
1988	–	136,20	86,28	49,92	33,52	0,49	170,21	–	3,49	173,70
1989	–	169,61	113,73	55,88	36,35	0,50	206,46	–	4,39	210,85
1990 1. Hj.	–	94,47	62,95	31,52	16,70	0,21	111,38	–	1,84	113,22
	III. Geldvermögensbildung									
1965	36,28	11,56	12,06	– 0,04	4,38	3,54	54,26	9,10	47,88	111,23
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	5,61	3,19	50,45	6,69	46,26	103,41
1967	33,75	18,72	18,95	0,28	11,38	– 1,12	61,11	2,89	60,05	124,05
1968	42,10	17,83	17,50	0,62	8,41	– 0,61	68,44	11,51	78,61	158,57
1969	50,66	19,12	19,80	– 0,32	6,90	0,86	78,14	10,82	81,59	170,57
1970	59,12	22,59	23,37	– 0,56	4,18	6,30	91,80	32,02	102,15	225,97
1971	67,33	30,20	30,42	0,11	7,28	7,26	110,04	20,47	112,32	242,83
1972	80,18	36,64	36,55	0,64	4,35	8,60	127,82	19,81	138,26	285,89
1973	77,74	25,46	25,22	0,75	17,47	13,28	130,01	25,13	132,43	287,57
1974	83,76	33,69	34,43	– 0,36	8,01	4,18	128,12	16,41	117,38	261,89
1975	104,07	31,14	31,46	– 0,14	14,81	0,20	143,03	27,57	168,09	338,69
1976	101,84	45,79	45,31	0,55	3,86	0,79	157,32	88,34	157,96	353,61
1977	98,65	38,74	37,58	1,00	11,13	– 3,58	146,97	29,88	166,94	343,79
1978	104,60	50,81	49,04	1,50	15,20	– 1,60	170,65	42,45	225,59	438,69
1979	118,97	44,48	42,31	1,80	7,23	0,22	171,52	41,81	187,11	400,45

[1] Ab 1985 vorläufige Ergebnisse. — [2] Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3] Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4] Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5] Einschließlich DDR.

noch Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1980	120,80	44,71	42,42	2,00	8,62	4,06	178,74	63,32	190,10	432,16
1981	130,31	55,21	52,99	2,00	12,46	6,37	204,52	55,86	210,46	470,83
1982	125,17	47,43	44,92	2,20	7,60	7,70	188,15	29,77	200,55	418,47
1983	112,84	66,74	63,67	2,80	13,47	– 0,01	192,80	26,21	202,90	421,91
1984	120,40	63,40	63,02	1,20	14,21	– 0,42	198,02	58,17	203,10	459,28
1985	126,26	58,72	62,76	– 1,40	16,69	5,17	207,56	73,18	221,11	501,86
1986	136,90	63,76	59,08	0,84	9,84	9,28	220,65	89,28	239,55	549,48
1987	143,23	53,31	58,19	– 2,55	9,07	6,59	212,92	46,63	234,63	494,18
1988	154,43	78,02	79,99	– 0,50	12,50	1,51	246,79	40,64	207,65	495,08
1989	167,68	113,19	108,15	1,30	24,38	16,37	321,89	142,37	319,49	783,75
1990 1. Hj.	96,99	55,06	53,94	0,00	9,20	3,73	165,47	40,81	128,85	335,12
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1965	1,84	50,32	33,69	17,10	9,63	0,03	60,33	3,71	47,19	111,23
1966	0,68	41,58	25,03	17,11	8,73	0,04	49,57	8,47	45,37	103,41
1967	1,82	33,46	19,74	14,24	15,96	0,14	49,77	14,66	59,62	124,05
1968	3,46	39,79	26,02	14,06	12,09	– 0,09	55,97	24,56	78,04	158,57
1969	5,20	62,88	45,56	17,69	1,32	– 0,06	69,94	20,08	80,55	170,57
1970	4,45	75,98	56,15	20,06	9,15	– 0,02	89,18	36,76	100,03	225,97
1971	7,32	87,61	64,45	23,50	15,64	0,07	108,61	23,16	111,06	242,83
1972	10,57	101,22	66,84	34,94	17,25	0,07	127,16	23,52	135,23	285,89
1973	5,45	101,09	59,62	41,98	19,86	– 0,14	122,34	37,54	127,70	287,57
1974	0,52	85,76	60,70	25,45	25,13	0,03	109,92	43,00	108,97	261,89
1975	7,78	66,65	43,89	22,95	70,12	2,51	139,88	38,25	160,56	338,69
1976	14,77	93,02	65,65	27,44	42,83	– 0,04	155,62	46,54	151,44	353,61
1977	15,31	92,86	57,72	34,98	36,48	0,03	146,72	37,97	159,10	343,79
1978	18,62	100,07	52,80	46,99	44,99	0,06	165,36	59,28	214,04	438,69
1979	20,70	134,97	75,80	58,80	43,15	– 0,05	199,39	29,71	171,35	400,45
1980	12,66	154,36	93,46	60,61	55,49	0,09	223,15	36,04	172,97	432,16
1981	7,58	152,14	95,49	56,43	75,37	0,07	235,32	44,61	190,89	470,83
1982	9,47	118,40	72,64	45,46	67,90	– 0,15	195,88	38,18	184,41	418,47
1983	12,51	129,78	70,27	59,24	55,72	0,05	197,83	37,91	186,17	421,91
1984	10,48	133,67	79,37	55,11	47,66	– 0,15	192,08	81,62	185,58	459,28
1985	12,78	121,30	85,32	38,62	42,70	0,08	177,58	117,84	206,43	501,86
1986	9,98	93,67	61,24	28,59	44,39	0,05	148,96	172,14	228,38	549,48
1987	11,58	84,98	66,44	20,87	53,72	– 0,06	150,94	126,44	216,80	494,18
1988	12,97	113,04	94,18	20,33	59,32	– 0,04	185,62	126,57	182,89	495,08
1989	20,81	182,33	145,78	32,81	35,24	0,05	238,70	244,31	300,74	783,75
1990 1. Hj.	12,91	79,54	64,46	13,86	19,67	0,08	112,70	94,48	127,95	335,12
	V. Finanzierungssaldo[8] (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1965	34,44	– 38,77	–21,63	–17,14	– 5,25	3,51	– 6,07	5,38	0,69	–
1966	33,91	– 33,05	–16,27	–16,78	– 3,12	3,15	0,89	– 1,77	0,88	–
1967	31,93	– 14,75	– 0,79	–13,96	– 4,58	– 1,26	11,34	– 11,77	0,43	–
1968	38,64	– 21,96	– 8,52	–13,44	– 3,68	– 0,52	12,48	– 13,05	0,57	–
1969	45,46	– 43,76	–25,75	–18,01	5,58	0,93	8,22	– 9,26	1,04	–
1970	54,67	– 53,40	–32,78	–20,62	– 4,97	6,32	2,62	– 4,74	2,12	–
1971	60,01	– 57,42	–34,03	–23,39	– 8,36	7,19	1,43	– 2,69	1,26	–
1972	69,61	– 64,58	–30,28	–34,30	–12,90	8,53	0,66	– 3,69	3,04	–
1973	72,29	– 75,63	–34,40	–41,23	– 2,39	13,41	7,68	– 12,41	4,73	–
1974	83,24	– 52,08	–26,27	–25,81	–17,12	4,15	18,19	– 26,60	8,40	–
1975	96,29	– 35,52	–12,43	–23,09	–55,31	– 2,31	3,15	– 10,68	7,53	–
1976	87,07	– 47,23	–20,34	–26,89	–38,97	0,83	1,70	– 8,21	6,51	–
1977	83,34	– 54,12	–20,14	–33,98	–25,35	– 3,61	0,26	– 8,10	7,84	–
1978	85,98	– 49,25	– 3,76	–45,49	–29,79	– 1,66	5,28	– 16,83	11,55	–
1979	98,27	– 90,48	–33,48	–57,00	–35,92	0,27	–27,86	12,10	15,77	–
1980	108,14	–109,65	–51,04	–58,61	–46,87	3,97	–44,41	27,28	17,13	–
1981	122,73	– 96,93	–42,50	–54,43	–62,91	6,30	–30,81	11,25	19,56	–
1982	115,70	– 70,98	–27,72	–43,26	–60,30	7,85	– 7,73	– 8,41	16,14	–
1983	100,33	– 63,04	– 6,60	–56,44	–42,25	– 0,06	– 5,02	– 11,71	16,73	–
1984	109,92	– 70,27	–16,36	–53,91	–33,45	– 0,27	5,93	– 23,45	17,52	–
1985	113,48	– 62,58	–22,56	–40,02	–26,01	5,09	29,98	– 44,66	14,68	–
1986	126,92	– 29,91	– 2,16	–27,75	–34,55	9,23	71,69	– 82,86	11,17	–
1987	131,65	– 31,67	– 8,25	–23,42	–44,65	6,65	61,98	– 79,81	17,83	–
1988	141,46	– 35,02	–14,19	–20,83	–46,82	1,55	61,17	– 85,93	24,76	–
1989	146,87	– 69,14	–37,63	–31,51	–10,86	16,32	83,19	–101,94	18,75	–
1990 1. Hj.	84,08	– 24,49	–10,53	–13,96	–10,47	3,65	52,77	– 53,67	0,90	–

[6]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7]) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8]) Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken in der Bundesrepublik Deutschland					II. Netto-Forderungen an Geschäftspartner außerhalb der Bundesrepublik Deutschland[3]			III. Geld-Nicht-Bundes-bei den
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt[5]	Netto-Forderungen an das Ausland		insgesamt[6]
			zusammen[2]	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte		Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
1960	+ 16,82	−0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	− 1,93	+ 9,27
1961	+ 26,29	+2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	− 0,03	+ 1,52	+ 11,11
1962	+ 24,34	+0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	− 0,90	+ 1,65	+ 13,95
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 15,43
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 17,92
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 16,69
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 15,90
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 14,63
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 20,77
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+ 26,29
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	+ 27,79
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	+ 32,65
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	+ 47,00
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	+ 45,64
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 34,46
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+ 61,34
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 59,12
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 42,92
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	+ 54,80
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	+ 75,77
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 61,68
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 86,01
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+ 46,49
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 67,14
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 69,73
1985	+ 98,14	−2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 74,99
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	+ 69,83
1987	+ 86,95	−2,85	+ 89,80	+ 61,16	+28,65	+53,21	+41,21	+12,00	+ 70,72
1988	+138,21	+0,60	+137,61	+ 96,13	+41,48	− 5,17	−34,63	+29,46	+ 42,84
1989	+135,81	−0,49	+136,30	+129,32	+ 6,98	+36,18	−18,95	+55,03	+110,22
1987 1. Vj.	− 8,63	−2,26	− 6,37	− 2,61	− 3,77	+21,38	+14,22	+ 7,16	+ 23,95
2. Vj.	+ 16,51	−0,42	+ 16,93	+ 14,44	+ 2,49	+14,99	+ 5,79	+ 9,20	+ 12,38
3. Vj.	+ 36,01	−0,25	+ 36,26	+ 25,58	+10,68	− 4,33	− 1,51	− 2,82	+ 14,17
4. Vj.	+ 43,06	+0,07	+ 42,99	+ 23,75	+19,24	+21,17	+22,71	− 1,54	+ 20,23
1988 1. Vj.	+ 12,74	−0,21	+ 12,95	+ 5,65	+ 7,31	− 9,01	− 2,91	− 6,10	+ 10,65
2. Vj.	+ 36,77	+0,11	+ 36,66	+ 27,44	+ 9,22	− 1,55	− 9,93	+ 8,38	+ 9,87
3. Vj.	+ 32,81	+0,27	+ 32,55	+ 18,99	+13,55	− 7,07	−22,37	+15,30	+ 6,81
4. Vj.	+ 55,88	+0,44	+ 55,45	+ 44,05	+11,40	+12,46	+ 0,59	+11,87	+ 15,51
1989 1. Vj.	+ 17,24	+3,31	+ 13,93	+ 11,06	+ 2,87	−27,51	− 9,05	−18,46	+ 10,03
2. Vj.	+ 29,40	−3,65	+ 33,05	+ 34,66	− 1,61	+ 5,10	− 7,95	+13,06	+ 26,58
3. Vj.	+ 28,63	−0,80	+ 29,44	+ 30,30	− 0,86	+14,13	− 2,46	+16,58	+ 24,85
4. Vj.	+ 60,54	+0,65	+ 59,89	+ 53,31	+ 6,59	+44,45	+ 0,51	+43,85	+ 48,76
1990 1. Vj.	+ 38,44	+1,39	+ 37,05	+ 34,83	+ 2,22	− 3,34	+ 1,51	− 4,03	+ 51,23
2. Vj.	+ 30,43	−0,82	+ 31,25	+ 33,13	− 1,89	+19,45	+ 3,56	+14,77	+ 32,84
3. Vj.	+ 38,24	−0,36	+ 38,60	+ 25,09	+13,51	+27,15	+ 2,08	− 1,50	+ 23,14

[1]) Westdeutsche Kreditinstitute einschließlich Deutsche Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen gegenüber Geschäftspartnern außerhalb der Bundesrepublik einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Ab Dezember 1989 einschließlich der Netto-Forderungen der Kreditinstitute der DDR.

Tabelle 42*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

kapitalbildung von banken in der republik Deutschland Kreditinstituten [4])		IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland	V. Sonstige Einflüsse [8])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I + II − III − IV − V)						Zeitraum
					Geldmenge M 2				Spareinlagen von Nichtbanken in der Bundesrepublik Deutschland mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
darunter				insgesamt	zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [9]) in der Bundesrepublik Deutschland	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) in der Bundesrepublik Deutschland			
Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [7])						zusammen	darunter unter 3 Monaten [10])		
+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	− 0,62	+15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+ 5,30	+ 2,97	− 0,35	− 1,08	+12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+ 4,77	+ 4,13	− 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 4,63	+ 4,82	− 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 3,74	+ 5,13	− 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	− 0,07	+11,13	1965
+ 3,22	+ 7,81	− 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	− 0,58	+ 8,46	1966
+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 1,49	+12,07	+ 1,19	+ 0,88	+28,11	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+ 8,68	+20,62	− 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	− 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	− 0,40	+21,40	−21,79	−17,24	+38,82	1975
+11,45	+22,65	−10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+13,65	+14,24	− 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+18,68	+18,11	− 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+14,57	+15,89	− 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+13,77	+11,94	− 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	− 2,16	+39,54	+23,51	− 1,25	1981
+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	− 9,58	− 9,38	+32,20	1983
+26,27	+22,33	− 1,18	− 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+45,39	+23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+37,63	+25,26	− 1,11	+ 3,15	+65,72	+34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+43,13	+19,58	+ 3,52	+ 3,35	+62,57	+35,53	+27,02	+ 8,51	+ 8,27	+27,04	1987
+46,37	− 5,83	− 1,13	+15,25	+76,08	+49,54	+40,81	+ 8,73	+ 9,85	+26,54	1988
+38,69	+ 6,30	+ 3,34	− 7,99	+66,42	+80,88	+24,00	+56,88	+39,67	−14,46	1989
+10,63	+ 5,98	+ 6,43	+ 2,18	−19,81	−25,89	−21,94	− 3,95	− 6,70	+ 6,08	1987 1. Vj.
+ 9,13	+ 4,05	− 3,23	+ 3,56	+18,80	+18,69	+21,92	− 3,23	− 3,56	+ 0,10	2. Vj.
+11,65	− 2,47	+ 2,41	+12,95	+ 2,14	− 1,36	− 1,55	+ 0,20	+ 6,85	+ 3,50	3. Vj.
+11,71	+12,01	− 2,09	−15,34	+61,44	+44,09	+28,59	+15,49	+11,68	+17,36	4. Vj.
+13,43	− 3,45	+ 3,49	+11,04	−21,45	−29,43	−16,27	−13,17	−13,98	+ 7,99	1988 1. Vj.
+10,02	− 2,75	− 4,61	+ 6,18	+23,79	+22,34	+23,70	− 1,37	− 1,71	+ 1,46	2. Vj.
+12,68	− 6,01	+ 4,43	+ 7,80	+ 6,71	+ 5,53	− 4,66	+10,19	+11,12	+ 1,18	3. Vj.
+10,24	+ 6,37	− 4,44	− 9,76	+67,03	+51,11	+38,03	+13,08	+14,42	+15,92	4. Vj.
+10,53	−13,20	− 2,17	+ 5,38	−23,52	−22,24	−24,08	+ 1,83	− 3,75	− 1,27	1989 1. Vj.
+ 8,65	+ 1,79	+ 3,57	− 2,42	+ 6,78	+17,51	+ 8,68	+ 8,83	− 1,11	−10,73	2. Vj.
+ 8,13	+ 1,19	− 0,63	+11,54	+ 7,01	+14,08	− 3,13	+17,21	+14,15	− 7,07	3. Vj.
+11,39	+16,51	+ 2,58	−22,49	+76,14	+71,53	+42,53	+29,01	+30,37	+ 4,61	4. Vj.
+10,49	+ 3,55	− 6,05	+33,12	−43,20	−23,43	−37,79	+14,36	+ 0,42	−19,78	1990 1. Vj.
+ 7,22	+ 5,42	+10,84	− 5,31	+11,52	+25,71	+13,41	+12,30	+ 4,61	−14,19	2. Vj.
+ 5,72	+ 1,15	+ 2,73	+21,46	+18,06	+20,29	+ 4,74	+15,55	+11,69	− 2,23	3. Vj.

[6]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

[7]) Einschließlich Sparbriefe.

[8]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des westdeutschen Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[9]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Westdeutschen Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. Seit Beginn der Währungsunion (1. Juli 1990) geschätzter Bargeldumlauf in der Bundesrepublik Deutschland.

[10]) Ohne vorübergehend zu den westdeutschen Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5]) westdeutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6])	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[3])			Geldmenge M 3[4])				
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter
		Bargeldumlauf[1])	Sichteinlagen von Nichtbanken[2]) in der Bundesrepublik Deutschland		Termineinlagen			Spareinlagen von Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist			Bankreserven[7])
					zusammen	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten					
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	123,95	51,15
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	135,47	59,48
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	141,92	58,87
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	147,34	56,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	153,36	58,87
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	165,10	59,75
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	173,50	62,55
1985	334,10	103,87	230,23	577,10	243,01	158,81	985,46	408,35	16,21	181,02	66,06
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	192,87	66,32
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	209,02	73,03
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	228,52	77,35
1989	450,62	146,92	303,71	776,38	325,76	228,37	1 255,46	479,08	97,57	246,49	80,80
1988 1. Vj.	369,50	127,23	242,27	616,81	247,31	164,87	1 091,60	474,78	62,74	220,99	76,77
2. Vj.	393,48	129,13	264,35	639,42	245,94	163,15	1 115,86	476,44	63,79	224,36	76,21
3. Vj.	389,10	133,21	255,89	645,23	256,13	174,27	1 122,85	477,62	64,06	231,11	77,59
4. Vj.	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	237,61	78,83
1989 1. Vj.	403,19	141,90	261,29	674,10	270,91	184,95	1 166,37	492,27	87,54	244,47	80,49
2. Vj.	412,02	142,93	269,08	691,76	279,74	183,84	1 173,29	481,54	98,17	244,49	79,59
3. Vj.	408,69	142,00	266,69	705,64	296,95	198,00	1 180,11	474,47	95.07	246,81	80,64
4. Vj.	450,62	146,92	303,71	776,38	325,76	228,37	1 255,46	479,08	97,57	250,18	82,50
1990 1. Vj.	412,83	143,02	269,81	752,94	340,12	228,79	1 212,25	459,30	118,45	253,27	85,80
2. Vj.	426,16	143,38	282,77	778,57	352,42	233,40	1 223,68	445,11	118,16	251,44	85,22
3. Vj.	430,51	142,95	287,56	798,47	367,97	245,09	1 239,88	441,41	...	274,16[a])	94,93[a])

[1]) Seit Beginn der Währungsunion (1. Juli 1990) geschätzter Bargeldumlauf in der Bundesrepublik Deutschland; ohne Kassenbestände der westdeutschen Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.

[3]) Geldmenge M 1 plus Termingelder von Nichtbanken in der Bundesrepublik Deutschland mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).

[4]) Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

[5]) Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.

[6]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der westdeutschen Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (zur Methode siehe Anhang VI, Abschnitt C). Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. — Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.

[7]) Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der westdeutschen Kreditinstitute.

[a]) Gesamtbereich der Währungsunion; teilweise geschätzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44*

Emission und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Absatz				Erwerb durch			Absatz	
	inländische Rentenwerte [1]			ausländische Rentenwerte [4]	Inländer		Ausländer [7]	inländische Aktien [8]	ausländische Dividendenwerte [9]
	zusammen	darunter			zusammen [5]	darunter			
		Banken [2]	öffentliche Hand [3]			Nichtbanken [6]			
1960	4 105	3 336	1 156	– 24	2 708	.	1 373	2 793	739
1961	7 815	5 862	1 856	– 1	7 511	.	303	3 296	206
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	639
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	266
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	346
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	8 380	103	3 959	672
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	4 236	– 128	2 713	892
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	– 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	– 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	– 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	– 1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	– 4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	14 786	6 496	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	– 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	– 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 [a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 [a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 020	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 526	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 433	59 079	16 394	15 887
1987	88 190	28 448	59 768	24 761	77 958	34 350	34 993	11 889	4 721
1988	35 100	–11 029	46 228	54 676	87 690	53 834	2 085	7 528	26 794
1989	78 409	52 418	25 649	40 493	96 406	81 986	22 496	19 365	21 005
1988 1. Vj.	16 328	– 1 822	18 195	13 357	27 125	16 811	2 560	1 083	4 329
2. Vj.	3 961	– 2 508	6 513	13 612	19 034	10 566	– 1 461	845	5 339
3. Vj.	11 446	– 1 177	12 616	12 744	26 590	14 866	– 2 400	1 255	5 633
4. Vj.	3 365	– 5 522	8 904	14 963	14 942	11 592	3 386	4 345	11 493
1989 1. Vj.	12 289	4 065	8 092	17 526	37 369	28 571	– 7 554	3 877	7 528
2. Vj.	18 150	11 543	6 500	4 538	14 323	14 704	8 365	3 881	4 295
3. Vj.	14 196	13 065	1 014	14 523	19 050	18 509	9 669	2 617	3 954
4. Vj.	33 774	23 745	10 043	3 906	25 664	20 202	12 015	8 990	5 228
1990 1. Vj.	45 087	38 022	7 086	9 478	65 948	47 270	–11 382	7 653	6 492
2. Vj.	27 487	10 523	16 980	7 159	31 706	34 368	2 940	7 092	4 331
3. Vj. [10]	53 522	31 818	21 724	6 085	58 743	34 888	865	6 264	2 748

[1] Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — [2] Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. — [3] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — [4] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. — [5] In- und ausländische Rentenwerte. — [6] Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — [7] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. — [8] Zu Emissionskursen. — [9] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer. — [10] Einschließlich Schuldverschreibungen von Emittenten in der ehemaligen DDR.

a) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 45*

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums [1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum [2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche [3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoff-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
					industrie						
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1989	278,5	263,5	194,5	274,3	265,0	279,6	238,3	357,3	312,0	216,6	530,0
1989 1. Vj.	251,9	238,8	165,2	252,1	247,8	254,3	205,7	259,1	281,3	199,0	468,7
2. Vj.	264,1	253,6	181,1	265,6	262,7	265,6	226,0	321,5	287,9	205,7	469,1
3. Vj.	297,0	278,8	214,2	288,7	273,7	300,3	248,7	385,9	337,4	230,0	586,5
4. Vj.	300,9	282,7	217,6	291,0	275,6	298,3	272,9	462,9	341,4	231,8	595,7
1990 1. Vj.	344,4	330,0	251,3	339,2	317,9	357,8	278,1	582,8	377,4	264,9	645,0
2. Vj.	349,6	339,8	264,7	345,8	318,2	369,7	295,7	706,7	373,0	259,6	636,9
3. Vj.	327,9	307,5	253,7	309,6	274,6	334,9	294,2	675,5	373,2	250,0	668,7

[1]) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin (West).

[3]) Einschließlich Hypothekenbanken, Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen) und Verkehr.

Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1989	122,4	110,3	128,7	122,5	116,4	111,0	119,6	115,3
1986 1. Vj.	103,2	97,5	105,3	106,1	102,9	99,4	104,0	105,1
2. Vj.	101,5	97,7	103,8	101,1	101,3	101,5	101,7	100,1
3. Vj.	96,0	92,4	96,3	101,2	96,1	97,6	94,1	100,2
4. Vj.	99,9	90,7	103,5	104,0	100,3	97,0	101,1	103,0
1987 1. Vj.	100,9	92,3	102,7	109,4	101,4	100,1	99,9	108,0
2. Vj.	97,2	92,9	98,4	100,8	97,4	100,2	95,3	99,4
3. Vj.	98,9	93,4	99,9	104,9	98,7	100,4	96,5	102,8
4. Vj.	104,7	96,5	108,5	106,5	104,4	103,7	104,8	104,2
1988 1. Vj.	109,8	102,6	110,9	118,5	109,0	110,1	106,4	115,4
2. Vj.	106,6	103,4	108,0	107,9	105,1	109,4	102,9	104,6
3. Vj.	108,6	102,0	111,2	111,4	106,0	106,1	105,7	107,0
4. Vj.	115,9	105,8	121,9	113,6	112,3	108,2	115,5	108,7
1989 1. Vj.	122,5	112,3	126,5	126,8	117,2	113,1	118,4	120,2
2. Vj.	123,8	115,0	129,4	120,4	117,5	115,1	120,0	113,5
3. Vj.	117,8	106,5	123,1	119,9	111,9	107,2	114,1	112,4
4. Vj.	125,4	107,4	135,8	122,9	119,2	108,7	126,0	115,0
1990 1. Vj.	130,2	113,6	136,7	137,2	123,1	116,1	125,6	127,4
2. Vj.	125,1	110,5	133,1	124,2	117,6	112,7	121,0	114,8
3. Vj.	128,6	108,6	137,7	133,6	120,3	110,9	124,5	122,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1989	122,4	110,0	130,1	120,8	115,9	110,0	120,5	113,0
1986 1. Vj.	103,3	96,4	106,4	105,3	102,7	97,6	105,0	104,3
2. Vj.	104,0	99,8	107,9	100,8	103,6	102,8	105,7	99,8
3. Vj.	100,2	96,6	101,4	102,1	100,0	101,1	99,0	101,0
4. Vj.	101,9	92,8	105,8	104,8	101,8	98,1	103,1	103,6
1987 1. Vj.	102,6	91,5	106,2	109,1	102,6	98,0	103,0	107,6
2. Vj.	98,8	94,3	100,5	101,1	98,5	100,3	97,0	99,3
3. Vj.	101,9	95,5	104,1	105,2	101,2	101,3	100,4	102,8
4. Vj.	104,9	95,8	109,3	107,0	103,9	101,3	105,1	104,2
1988 1. Vj.	110,2	99,9	112,8	117,7	108,6	105,9	107,8	114,2
2. Vj.	107,0	103,7	108,7	107,6	104,9	108,8	103,3	103,8
3. Vj.	110,4	103,7	113,8	111,3	107,5	107,2	108,1	106,5
4. Vj.	114,3	104,5	120,4	113,3	110,3	106,0	113,8	107,7
1989 1. Vj.	122,6	110,2	128,8	124,4	116,8	110,4	120,2	117,2
2. Vj.	123,4	113,7	131,2	118,5	116,8	113,1	121,3	110,9
3. Vj.	118,9	108,2	125,0	118,7	112,4	108,2	115,6	110,6
4. Vj.	124,6	107,9	135,3	121,7	117,7	108,2	125,0	113,1
1990 1. Vj.	130,4	113,9	138,3	134,0	122,4	115,0	126,0	123,7
2. Vj.	128,0	113,3	138,1	123,8	119,1	113,8	124,6	113,6
3. Vj.	136,6	113,0	150,3	135,6	126,4	113,7	134,8	123,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 46*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1989	122,4	110,7	126,9	129,1	117,3	112,7	118,5	124,2
1986 1. Vj.	103,1	99,3	104,0	109,1	103,1	102,3	102,7	108,0
2. Vj.	97,4	94,3	98,2	102,1	97,7	99,4	96,3	101,3
3. Vj.	89,0	85,7	89,4	97,8	89,7	92,2	87,4	96,9
4. Vj.	96,6	87,4	100,4	101,2	97,8	95,4	98,5	100,8
1987 1. Vj.	97,8	93,5	98,0	110,4	99,4	103,5	95,7	109,9
2. Vj.	94,5	90,6	95,6	99,9	95,7	100,0	93,1	99,6
3. Vj.	93,9	90,1	94,2	103,6	94,7	99,1	91,3	102,6
4. Vj.	104,3	97,5	107,6	104,8	105,3	107,4	104,4	104,2
1988 1. Vj.	109,2	106,8	108,4	121,5	109,6	116,8	104,5	120,2
2. Vj.	106,0	102,9	107,0	108,8	105,3	110,4	102,5	107,5
3. Vj.	105,7	99,3	107,7	111,7	103,7	104,3	102,6	109,2
4. Vj.	118,4	107,8	124,0	114,7	115,6	111,9	117,8	112,3
1989 1. Vj.	122,3	115,6	123,3	136,3	117,8	117,4	115,9	131,6
2. Vj.	124,3	117,0	127,2	128,0	118,8	118,4	118,3	123,5
3. Vj.	116,1	103,8	120,6	124,7	111,0	105,5	112,3	119,2
4. Vj.	126,8	106,6	136,3	127,5	121,7	109,5	127,4	122,3
1990 1. Vj.	129,7	113,1	134,7	149,2	124,4	117,8	124,9	141,6
2. Vj.	120,4	106,1	126,4	125,8	115,1	111,0	116,3	119,6
3. Vj.	115,7	101,5	120,8	125,9	110,3	106,6	110,3	118,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und Rückrechnung siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 149	281 250	389 359	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 431	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 990
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 480	217 204	177 235
1989	1 704 251	28 508	1 675 743	466 065	784 297	236 101	189 280
1988 1. Vj.	371 072	8 189	362 883	100 467	164 639	55 246	42 531
2. Vj.	385 040	7 197	377 843	105 440	177 682	51 491	43 231
3. Vj.	388 460	7 170	381 289	107 615	174 549	54 519	44 606
4. Vj.	417 094	9 366	407 728	108 302	196 610	55 949	46 867
1989 1. Vj.	402 037	7 320	394 717	112 113	179 251	58 785	44 568
2. Vj.	431 903	6 769	425 135	120 507	199 692	57 332	47 604
3. Vj.	415 153	6 644	408 510	115 621	187 264	58 442	47 181
4. Vj.	455 158	7 776	447 382	117 824	218 090	61 542	49 926
1990 1. Vj.	438 433	7 405	431 028	117 704	202 761	64 153	46 411
2. Vj.	444 711	6 577	438 134	117 799	209 847	60 759	49 729
3. Vj.	448 936	6 393	442 543	118 482	205 443	64 504	54 113

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 162	390 985	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 905	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1989	1 179 063	26 076	1 152 987	326 003	469 625	186 059	171 299
1988 1. Vj.	257 401	7 421	249 979	68 718	98 556	43 939	38 765
2. Vj.	268 114	6 407	261 706	73 352	107 846	41 046	39 463
3. Vj.	272 825	6 463	266 361	75 896	106 632	43 363	40 470
4. Vj.	288 577	8 361	280 216	75 149	117 659	44 857	42 553
1989 1. Vj.	275 957	6 692	269 266	76 778	105 837	46 226	40 424
2. Vj.	297 793	6 107	291 687	83 974	119 462	45 135	43 116
3. Vj.	288 909	6 023	282 886	81 721	112 718	45 798	42 649
4. Vj.	316 403	7 255	309 149	83 530	131 608	48 900	45 110
1990 1. Vj.	302 368	6 852	295 516	82 368	120 921	50 129	42 099
2. Vj.	309 617	6 065	303 553	84 060	126 243	48 038	45 212
3. Vj.	322 736	5 946	316 790	86 677	128 988	51 465	49 660

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 47*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953 [2)]	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 182	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1989	525 188	2 432	522 756	140 062	314 671	50 042	17 980
1988 1. Vj.	113 671	768	112 903	31 749	66 082	11 306	3 766
2. Vj.	116 926	789	116 137	32 088	69 836	10 445	3 767
3. Vj.	115 636	707	114 928	31 719	67 917	11 156	4 137
4. Vj.	128 517	1 005	127 512	33 153	78 951	11 092	4 315
1989 1. Vj.	126 080	628	125 451	35 335	73 413	12 559	4 144
2. Vj.	134 110	662	133 448	36 533	80 229	12 197	4 489
3. Vj.	126 244	620	125 623	33 900	74 547	12 645	4 532
4. Vj.	138 755	521	138 233	34 294	86 482	12 642	4 816
1990 1. Vj.	136 065	553	135 512	35 336	81 841	14 024	4 312
2. Vj.	135 094	513	134 581	33 740	83 603	12 722	4 517
3. Vj.	126 200	448	125 752	31 805	76 454	13 039	4 454

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
	1985 = 100									
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,3	102,2	95,9	102,4	99,4	104,4	102,2	101,5	101,9	105,0
1987	102,6	102,3	91,6	102,6	99,3	104,8	103,2	100,3	100,4	106,6
1988	106,3	106,1	87,4	106,8	105,6	108,4	106,2	102,3	104,6	107,5
1989	111,7	111,5	85,9	112,4	108,9	116,2	110,5	105,4	111,9	111,4
1990 1. Vj.	114,0	114,1	87,8	115,0	109,9	119,3	116,9	104,1	110,5	120,7
2. Vj.	115,3	115,4	82,4	116,5	110,9	121,6	114,1	109,8	115,4	116,0
3. Vj.	114,9	115,0	82,7	116,1	110,6	117,4	115,4	126,0	115,0	111,1

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff., 12/1983, S. 931 ff., 3/1988, S. 182 ff.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 49*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [2]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1989	7 213	4 885	183	144	7 030	4 740
1988 1. Vj.	6 994	4 734	198	157	6 797	4 577
2. Vj.	7 005	4 743	195	155	6 810	4 589
3. Vj.	7 084	4 807	193	152	6 891	4 655
4. Vj.	7 069	4 785	190	150	6 879	4 635
1989 1. Vj.	7 121	4 817	187	147	6 935	4 670
2. Vj.	7 161	4 848	184	145	6 977	4 703
3. Vj.	7 279	4 939	183	144	7 096	4 795
4. Vj.	7 291	4 934	180	141	7 112	4 793
1990 1. Vj.	7 315	4 952	176	138	7 139	4 814
2. Vj.	7 359	4 986	174	136	7 185	4 850
3. Vj.	7 479	5 079	173	135	7 306	4 944

[1] Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

im Verarbeitenden Gewerbe[1]) Tabelle 49*

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 350	862	3 878	2 570	1 348	1 011	455	298	1989
1 323	843	3 736	2 471	1 304	980	435	283	1988 1. Vj.
1 334	854	3 737	2 472	1 304	980	435	283	2. Vj.
1 349	865	3 779	2 506	1 313	987	450	297	3. Vj.
1 343	859	3 778	2 501	1 311	983	446	293	4. Vj.
1 331	848	3 823	2 530	1 336	1 003	444	290	1989 1. Vj.
1 343	859	3 846	2 548	1 340	1 005	447	292	2. Vj.
1 363	873	3 913	2 598	1 356	1 018	463	306	3. Vj.
1 361	867	3 928	2 603	1 359	1 018	464	305	4. Vj.
1 352	860	3 955	2 625	1 373	1 029	459	300	1990 1. Vj.
1 361	868	3 981	2 643	1 379	1 035	464	304	2. Vj.
1 377	880	4 045	2 689	1 394	1 047	490	328	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 50*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1989	7 860	199	7 661	1 423	4 085	1 622	531
1988 1. Vj.	1 984	59	1 925	359	1 022	415	129
2. Vj.	1 919	51	1 867	358	987	395	127
3. Vj.	1 873	51	1 822	353	949	386	133
4. Vj.	1 955	53	1 902	358	1 009	402	134
1989 1. Vj.	1 976	54	1 922	353	1 028	412	129
2. Vj.	1 980	48	1 933	362	1 032	408	131
3. Vj.	1 911	49	1 862	352	984	391	135
4. Vj.	1 993	49	1 944	356	1 041	411	137
1990 1. Vj.	2 035	51	1 984	358	1 070	423	133
2. Vj.	1 982	46	1 936	355	1 041	407	133
3. Vj.	1 955	47	1 908	353	1 013	397	144

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 51 *

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
				1985 = 100			
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,3	98,8	101,3	100,9	101,0	102,4	102,8
1987	103,1	99,1	103,3	103,3	102,7	104,6	103,9
1988	107,6	101,3	107,9	110,7	106,7	107,2	106,9
1989	112,5	106,6	112,7	114,8	112,3	110,9	111,7
1990 1. Vj.	111,3	109,5	111,4	113,9	110,3	112,2	108,4
2. Vj.	114,9	110,0	115,1	117,1	114,8	111,5	116,2
3. Vj.	115,7	109,6	115,9	118,1	112,7	114,9	127,3

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff., 5/1981, S. 315ff., 12/1983, S. 931ff. und 3/1988, S. 182ff.

Tabelle 52*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[1]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[2]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652		94 456	9 694	6 216		3 478
1953	245 968	163 649		82 319	11 370	7 860		3 510
1954 [5]	282 134	185 592		96 542	13 375	9 062		4 313
1955	309 971	195 519		114 452	15 488	10 063		5 425
1956	304 197	180 297		123 900	16 130	10 061		6 069
1957	286 391	174 078		112 313	16 404	10 459		5 945
1958	311 254	193 297		117 957	19 208	12 386		6 821
1959	343 689	210 904		132 785	22 136	14 321		7 815
1960	392 427	234 427		158 000	27 491	17 253		10 238
1961	422 657	248 582		174 075	31 685	19 851		11 834
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1989	320 196	145 705	156 271	18 320	100 316	55 068	34 168	10 321
1989 1. Vj.	63 091	29 858	29 583	3 646	20 461	11 202	7 027	2 232
2. Vj.	84 311	40 124	39 712	4 474	26 014	15 114	8 406	2 494
3. Vj.	86 660	38 447	43 001	5 217	26 524	14 536	9 264	2 724
4. Vj.	86 233	37 276	43 975	4 983	26 647	14 216	9 558	2 872
1990 1. Vj.	83 762	41 530	38 158	4 075	26 995	16 081	8 481	2 433
2. Vj.	93 942	50 086	39 063	4 790	31 540	19 668	8 968	2 903

[1] Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2] Alle Baumaßnahmen.
[3] Unternehmen und private Haushalte.
[4] Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 53*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1989	132,2	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,8	130,9	125,8
1983 1. Vj.	94,9	115,7	160,6	96,2	74,2	65,9	61,7	68,3	68,2
2. Vj.	120,3	135,9	179,8	113,0	103,2	98,7	108,9	93,1	99,7
3. Vj.	118,9	129,9	158,9	112,1	114,6	103,7	111,5	99,5	91,2
4. Vj.	98,1	109,0	141,9	88,9	91,5	83,0	76,9	86,4	79,2
1984 1. Vj.	92,7	105,5	140,8	85,4	83,2	74,8	66,2	79,4	75,9
2. Vj.	112,4	115,5	147,7	94,0	102,2	108,0	117,7	102,9	104,0
3. Vj.	112,0	110,0	119,5	99,6	114,9	114,8	123,8	110,0	109,1
4. Vj.	90,0	93,6	107,5	86,0	84,1	85,1	75,6	90,2	83,9
1985 1. Vj.	79,5	81,2	86,2	83,7	66,6	77,0	63,1	84,4	81,8
2. Vj.	114,1	112,4	113,5	112,7	109,5	116,6	127,8	110,7	110,7
3. Vj.	115,3	114,9	109,9	113,6	126,8	115,9	126,4	110,3	113,9
4. Vj.	91,1	91,5	90,4	90,0	97,0	90,5	82,6	94,6	93,7
1986 1. Vj.	85,7	86,2	84,5	90,4	80,1	85,1	64,3	96,2	88,5
2. Vj.	125,3	120,5	113,2	130,6	111,7	131,9	132,4	131,6	129,0
3. Vj.	129,4	127,9	99,1	144,3	146,0	131,5	135,0	129,6	127,6
4. Vj.	95,9	95,5	83,1	104,8	98,6	96,5	84,9	102,8	96,7
1987 1. Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2. Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3. Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4. Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1. Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2. Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3. Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4. Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1. Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2. Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3. Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0
4. Vj.	128,4	136,9	122,7	162,9	106,3	116,6	103,7	123,5	121,0
1990 1. Vj.	139,3	152,5	136,6	186,1	107,8	121,0	104,3	130,0	124,7
2. Vj.	161,8	163,4	149,2	193,9	122,9	159,5	167,9	155,0	160,4
3. Vj.	158,5	164,9	147,4	194,9	131,1	149,5	151,9	148,3	140,1

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 53*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1989	122,5	125,0	107,0	135,5	119,0	112,6	122,4
1983 1. Vj.	97,4	118,7	164,9	91,5	67,8	63,5	70,1
2. Vj.	122,6	138,0	182,8	111,5	101,2	112,0	95,4
3. Vj.	120,6	131,0	160,4	113,7	106,2	114,6	101,7
4. Vj.	99,5	109,8	143,1	90,2	85,1	79,0	88,4
1984 1. Vj.	93,7	106,0	141,5	85,0	76,5	67,9	81,1
2. Vj.	112,9	115,0	147,1	96,1	109,9	120,0	104,4
3. Vj.	112,4	109,5	118,9	104,0	116,3	125,7	111,3
4. Vj.	90,5	93,6	107,3	85,5	86,2	76,7	91,3
1985 1. Vj.	79,9	81,5	86,3	78,7	77,7	63,7	85,2
2. Vj.	114,5	112,7	113,8	112,1	117,0	128,2	111,0
3. Vj.	115,1	114,6	109,9	117,4	115,6	126,1	110,0
4. Vj.	90,6	91,2	90,2	91,8	89,7	82,0	93,9
1986 1. Vj.	84,9	85,6	84,1	86,6	83,8	63,3	94,9
2. Vj.	123,1	118,7	111,8	122,8	129,3	129,7	129,1
3. Vj.	126,7	125,3	97,6	141,7	128,7	132,1	126,8
4. Vj.	93,9	93,5	81,6	100,4	94,4	83,0	100,5
1987 1. Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2. Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3. Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4. Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1. Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2. Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3. Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4. Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1. Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2. Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3. Vj.	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4
4. Vj.	117,4	124,2	111,6	131,5	107,9	96,3	114,1
1990 1. Vj.	124,6	135,3	121,7	143,4	109,6	94,8	117,5
2. Vj.	141,3	141,4	129,3	148,6	141,2	148,9	137,0
3. Vj. [1])	136,6	140,7	126,1	149,3	130,8	133,3	129,5

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 54*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1989	119,3	131,9	99,7	172,4	116,0	103,7	105,8	102,8	120,4
1983 Mär	114,7	139,5	171,9	124,1	112,1	83,7	88,4	81,8	90,9
Jun	121,0	146,4	180,7	133,4	111,4	89,5	100,1	85,1	93,9
Sep	115,7	139,9	172,2	127,7	107,0	85,6	90,0	83,7	89,6
Dez	110,6	133,2	165,2	120,7	101,4	82,3	76,2	84,8	89,7
1984 Mär	116,0	134,9	171,0	117,5	104,7	92,5	93,7	91,9	94,5
Jun	113,7	124,0	150,3	111,5	101,2	100,9	107,6	98,1	100,4
Sep	106,7	113,3	127,3	105,2	103,8	98,5	105,6	95,6	96,9
Dez	91,4	95,4	105,3	88,7	90,4	86,4	79,5	89,2	88,7
1985 Mär	101,2	101,6	108,7	98,3	95,5	100,5	97,9	101,6	100,1
Jun	106,1	105,5	107,0	107,8	99,0	106,9	110,7	105,3	102,8
Sep	101,4	102,2	98,9	102,1	107,8	100,4	106,2	98,0	100,2
Dez	91,3	90,7	85,3	91,8	97,6	92,2	85,2	95,0	96,9
1986 Mär	103,7	101,3	96,3	103,7	105,3	106,6	103,2	108,1	109,9
Jun	111,9	108,4	100,9	114,0	111,2	116,2	115,5	116,6	119,7
Sep	111,1	112,3	88,7	131,5	118,6	109,7	108,0	110,4	112,5
Dez	95,9	99,7	73,9	119,3	109,0	91,2	80,7	95,5	96,9
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9
Sep	123,1	135,0	100,8	175,1	123,1	108,4	113,0	106,5	123,8
Dez	117,6	131,8	104,4	168,3	114,7	100,0	97,0	101,2	120,5
1990 Mär	133,5	149,0	121,8	193,5	117,8	114,3	116,7	113,3	134,5
Jun	144,5	161,3	130,8	210,5	127,7	123,6	138,5	117,4	140,3

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 55*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum	Umsatz[2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte[3])	Geleistete Arbeitsstunden[4])	Nettoproduktionsindex[5])
	Mio DM				1 000	Mio	1985 = 100[6])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954 [7])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,4
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	106,0
1988	115 723	36 023	37 890	41 810	996	1 290	110,5
1989	124 531	38 827	42 453	43 252	999	1 313	117,9
1989 1. Vj.	22 180	7 115	7 899	7 165	958	278	97,5
2. Vj.	30 145	9 547	10 044	10 554	1 002	353	124,0
3. Vj.	33 707	10 211	11 532	11 965	1 021	352	128,8
4. Vj.	38 499	11 954	12 977	13 568	1 015	331	121,1
1990 1. Vj.	24 736	8 154	9 010	7 572	980	290	103,3
2. Vj.	33 560	11 028	11 356	11 176	1 016	349	129,1

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff. — [2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [5]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. — [6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977 Basis 1980 = 100. — [7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 56*

Einzelhandelsumsatz

1986 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen [1]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen [2]	Fahrzeugen [3]
	in jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988	108,3	106,1	103,1	118,3	109,3	112,5	112,2	109,6	114,8
1989 [4]	113,5	111,6	104,7	127,0	113,0	118,8	114,0	125,4	125,0
1989 1. Vj. [4]	104,7	103,6	94,9	116,0	103,4	108,0	106,8	114,8	120,0
2. Vj. [4]	111,9	111,4	98,0	121,8	94,8	103,2	114,2	135,9	143,3
3. Vj. [4]	108,0	109,5	96,0	118,1	102,1	113,8	112,3	127,7	115,2
4. Vj. [4]	129,6	122,0	129,7	152,2	151,9	150,3	122,6	123,2	121,7
1990 1. Vj. [4]	113,2	112,6	99,5	125,3	113,3	115,6	115,6	122,2	132,1
2. Vj. [4]	120,5	121,2	105,6	130,2	107,8	110,3	119,9	128,5	150,8
3. Vj. [4]	123,3	121,9	108,0	128,8	120,4	123,9	119,1	141,7	149,0
	in Preisen von 1980								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	104,9	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	103,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,5	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,5	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,5	98,5	97,9	97,5	95,4	99,9	97,8	99,8	90,1
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	103,7	102,8	101,6	107,3	106,3	102,5	104,3	100,2	105,9
1988	107,2	107,0	100,7	115,3	112,4	108,8	109,2	112,9	108,5
1989 [4]	109,6	109,9	100,9	121,6	116,6	113,4	109,4	117,0	115,4
1989 1. Vj. [4]	101,7	103,4	92,1	111,9	106,6	103,7	102,9	109,8	110,7
2. Vj. [4]	107,2	109,4	94,5	117,0	97,5	98,9	109,2	123,7	131,9
3. Vj. [4]	104,5	107,3	92,6	113,0	105,1	108,1	107,4	119,9	106,3
4. Vj. [4]	125,1	119,4	124,4	144,6	157,4	143,0	118,3	114,5	112,6
1990 1. Vj. [4]	107,8	108,6	95,3	118,4	117,2	110,4	110,8	113,5	120,4
2. Vj. [4]	113,9	115,0	100,7	122,4	111,1	104,3	114,2	120,4	136,9
3. Vj. [4]	116,3	116,6	102,7	120,5	124,5	115,6	114,0	126,6	134,7

[1] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [2] In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [3] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen. — [4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 57*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz[1]	Ergänzungen zum Warenverkehr[2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz[3]		Übertragungsbilanz[5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr[4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt[7]
1950	− 323	− 3 012	− 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 485	− 149	− 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 726	+ 706	− 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	—
1953	+ 4 148	+ 2 516	− 121	+ 2 204	+ 13	− 451	—
1954	+ 4 015	+ 2 698	− 169	+ 1 960	+ 180	− 474	—
1955	+ 2 676	+ 1 245	− 249	+ 2 514	+ 282	− 834	—
1956	+ 4 986	+ 2 897	− 306	+ 3 616	+ 486	− 1 221	—
1957	+ 6 538	+ 4 083	− 281	+ 4 618	+ 498	− 1 882	—
1958	+ 6 628	+ 4 954	− 417	+ 4 091	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	− 580	+ 3 322	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	− 187	+ 4 064	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	− 451	+ 2 299	− 1 439	− 4 430	− 65
1962	− 686	+ 3 477	− 576	+ 1 623	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	− 565	+ 1 584	− 2 138	− 5 095	− 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	− 900	+ 1 716	− 2 154	− 5 311	− 144
1965	− 5 036	+ 1 203	− 442	+ 580	− 2 766	− 6 377	− 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	− 701	+ 750	− 3 403	− 6 295	− 233
1967	+ 11 428	+ 16 862	− 452	+ 1 440	− 3 034	− 6 422	− 430
1968	+ 13 187	+ 18 372	− 702	+ 2 829	− 3 106	− 7 312	−1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	− 422	+ 2 423	− 3 888	− 8 750	−1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	−1 601	+ 474	− 5 377	− 9 759	− 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	− 2 380	− 7 278	−10 311	− 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	− 240	− 4 146	− 8 693	−12 056	−1 173
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	− 6 415	−11 308	−13 720	−1 929
1974	+ 27 286	+ 50 846	− 406	− 7 999	−12 393	−15 155	−1 741
1975	+ 10 647	+ 37 276	−1 004	− 8 325	−14 248	−17 300	−3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	− 638	− 6 349	−14 035	−18 157	−3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	− 435	−11 045	−15 923	−17 642	−3 695
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	− 5 898	−17 761	−18 193	−2 283
1979	− 9 925	+ 22 429	− 544	−11 305	−20 138	−20 506	−4 103
1980	− 25 125	+ 8 947	− 489	−10 118	−22 539	−23 466	−4 099
1981	− 8 026	+ 27 720	− 183	−10 745	−23 417	−24 817	−6 412
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	−13 720	−24 427	−25 928	−7 510
1983	+ 13 540	+ 42 089	+3 270	− 6 614	−23 168	−25 205	−6 017
1984	+ 27 940	+ 53 966	−1 052	+ 4 748	−23 118	−29 723	−7 272
1985	+ 48 327	+ 73 353	−1 337	+ 5 402	−23 732	−29 091	−8 343
1986	+ 85 793	+112 619	−1 468	+ 1 698	−25 365	−27 056	−8 236
1987	+ 82 097	+117 735	−1 752	− 4 976	−27 857	−28 911	−10 391
1988	+ 88 336	+128 045	+ 587	− 8 433	−28 918	−31 863	−13 014
1989	+104 057	+134 576	−3 007	+ 7 119	−29 082	−34 631	−13 367
1989 1. Vj.	+ 30 870	+ 35 777	− 593	+ 2 895	− 5 367	− 7 209	− 1 788
2. Vj.	+ 27 166	+ 34 321	−1 025	+ 2 023	− 7 240	− 8 154	− 3 532
3. Vj.	+ 21 299	+ 34 224	− 572	− 2 540	−11 136	− 9 814	− 3 901
4. Vj.	+ 24 721	+ 30 253	− 818	+ 4 741	− 5 339	− 9 455	− 4 147
1990 1. Vj.	+ 28 762	+ 36 865	− 518	+ 1 016	− 5 845	− 8 601	− 2 746
2. Vj.	+ 18 019	+ 27 861	− 141	+ 957	− 7 869	−10 657	− 3 516
3. Vj.[11]	+ 13 421	+ 25 393	− 302	− 2 483	−12 008	− 9 187	− 976

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reiseländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5] Eigene Leistungen: —.
[6] Kapitalexport: —.
[7] Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien und Italien: Gemäß Beschluß des Rates der EG vom 29. April 1976 werden ab 17. Mai 1976 die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren Großbritanniens und Italiens aus anderen EG-Ländern über den ausführenden — und nicht, wie sonst üblich, über den einführenden — Mitgliedstaat ausbezahlt.

Tabelle 57*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[6]) insgesamt	Kapitalbilanz[6]) langfristiger Kapitalverkehr	Kapitalbilanz[6]) kurzfristiger Kapitalverkehr	Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[8])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[9])	Devisenbilanz[10])	Zeitraum
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
− 18 679	−23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	−14 361	1969
+ 16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+10 986	1971
+ 10 321	+15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+15 195	1972
+ 10 725	+12 950	− 2 224	+ 2 300	−10 279	+16 149	1973
− 28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
− 12 560	−18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	−12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	−25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	−14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
− 18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
− 37 491	−19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
− 54 564	−12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
− 82 551	+33 416	−115 967	+ 2 722	− 3 150	+ 2 814	1986
− 38 910	−23 095	− 15 815	− 1 968	− 9 303	+31 916	1987
−127 135	−86 870	− 40 265	+ 4 123	+ 2 158	−32 519	1988
−128 219	−22 743	−105 476	+ 5 165	− 2 564	−21 560	1989
− 38 432	−32 583	− 5 849	− 1 504	+ 262	− 8 803	1989 1. Vj.
− 32 225	+ 485	− 32 710	− 2 885	− 455	− 8 398	2. Vj.
− 24 081	− 5 561	− 18 520	+ 300	− 1 198	− 3 680	3. Vj.
− 33 481	+14 916	− 48 397	+ 9 254	− 1 173	− 678	4. Vj.
− 35 543	−34 748	− 795	+ 8 299	− 167	+ 1 351	1990 1. Vj.
− 22 614	−14 184	− 8 430	+ 8 181	− 206	+ 3 380	2. Vj.
−17 002	−21 925	+ 4 923	+ 5 110	+ 133	+ 1 661	3. Vj.[11])

[8]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[9]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[10]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

[11]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 58*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2]							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]	sonstige Anlagen[6]	zusammen[7]	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+ 3 285	− 1 010
1968	−11 201	−13 503	− 2 185	−11 305	− 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	−23 040	−24 444	− 3 142	−21 292	− 10	+ 1 404	+ 1 989	− 465
1970	− 934	−10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 555	− 350	+12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+15 551	− 959	− 5 760	+ 4 948	− 147	+16 510	+ 6 054	+10 706
1973	+12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+15 852	+ 5 465	+10 414
1974	− 6 282	−11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 282	+ 5 609	− 289
1975	−18 231	−24 116	− 5 353	−18 155	− 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	− 780	−19 397	− 6 576	−12 576	− 244	+18 618	+ 3 324	+15 377
1977	−12 611	−22 338	− 5 551	−16 525	− 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	−23 521	− 7 835	−15 321	− 365	+20 716	+ 3 202	+17 546
1979	+12 200	−20 316	− 9 108	−10 788	− 419	+32 516	+ 3 180	+29 344
1980	+ 5 807	−28 101	− 8 542	−18 772	− 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	−26 874	−10 129	−15 672	−1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	−14 156	−28 328	− 7 329	−20 048	− 951	+14 172	+ 1 831	+12 291
1983	− 6 979	−36 492	− 9 397	−25 074	−2 022	+29 513	+ 4 369	+25 148
1984	−19 827	−45 044	−13 482	−29 988	−1 573	+25 216	+ 1 521	+23 664
1985	−12 865	−61 704	−15 131	−44 601	−1 972	+48 839	+ 1 626	+47 223
1986	+33 416	−55 438	−21 885	−31 600	−1 953	+88 854	+ 2 473	+86 386
1987	−23 095	−62 546	−17 399	−43 441	−1 706	+39 452	+ 3 270	+36 093
1988	−86 870	−97 909	−20 973	−75 317	−1 619	+11 039	+ 2 249	+ 8 807
1989	−22 743	−92 193	−26 486	−63 639	−2 068	+69 449	+11 039	+58 430
1989 1. Vj.	−32 583	−31 760	− 5 218	−25 984	− 559	− 823	+ 2 900	− 3 707
2. Vj.	+ 485	−15 740	− 5 517	− 9 748	− 474	+16 225	+ 1 437	+14 788
3. Vj.	− 5 561	−25 538	− 6 066	−18 941	− 530	+19 977	+ 1 775	+18 203
4. Vj.	+14 916	−19 155	− 9 684	− 8 965	− 507	+34 070	+ 4 927	+29 145
1990 1. Vj.	−34 748	−37 686	− 9 769	−27 265	− 652	+ 2 938	+ 266	+ 2 764
2. Vj.	−14 184	−21 569	− 7 020	−13 847	− 702	+ 7 385	+ 3 300	+ 3 987
3. Vj.[9]	−21 925	−28 992	− 7 512	−20 847	− 634	+ 7 067	+ 353	+ 6 719

[1] Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2] Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3] Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4] Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5] Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6] Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 58*

mit dem Ausland [1])

export: −)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					Zeitraum
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	
	zusammen	Kredit-institute	Unternehmen und Privat-personen		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	−1 006	1960
− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
− 1 186	− 1 177	+ 684	− 1 861	− 9	1963
− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	− 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	− 574	+ 580	+ 337	1966
− 8 918	− 8 557	− 4 823	− 3 734	− 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	− 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	− 193	+1 458	1971
− 5 231	− 5 924	− 420	− 5 504	+ 694	1972
− 2 224	− 1 851	− 5 149	+ 3 298	− 373	1973
− 22 490	− 22 158	− 9 733	−12 425	− 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	− 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
− 294	− 741	+ 6 731	− 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	− 4 408	+3 352	1978
− 2 762	− 3 653	+ 4 093	− 7 746	+ 890	1979
− 6 211	− 6 653	− 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
− 2 630	− 4 474	−10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	− 313	1982
− 11 456	− 7 143	+ 1 777	− 8 920	−4 313	1983
− 17 663	− 16 034	+ 53	−16 087	−1 630	1984
− 41 699	− 41 831	−27 697	−14 134	+ 131	1985
−115 967	−115 703	−59 026	−56 677	− 264	1986
− 15 815	− 17 192	− 6 143	−11 049	+1 377	1987
− 40 265	− 42 013	−20 026	−21 987	+1 748	1988
−105 476	−101 147	−56 661	−44 486	−4 328	1989
− 5 849	− 3 588	+19 356	−22 944	−2 261	1989 1. Vj.
− 32 710	− 31 858	−15 505	−16 353	− 852	2. Vj.
− 18 520	− 17 197	−18 295	+ 1 098	−1 323	3. Vj.
− 48 397	− 48 505	−42 217	− 6 288	+ 108	4. Vj.
− 795	+ 2 687	+20 981	−18 294	−3 482	1990 1. Vj.
− 8 430	− 7 386	− 8 812	+ 1 426	−1 044	2. Vj.
+ 4 923	+ 5 909	+ 5 785	+ 124	− 985	3. Vj. [9])

[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

[9]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen der DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 59*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950 [3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [3]	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953 [3]	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954 [3]	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955 [3]	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956 [3]	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957 [3]	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958 [3]	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959 [3]	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,3
1989	641 041	506 465	534 413	477 813	120,0	106,0	113,2
1988 1. Vj.	128 147	102 956	114 470	106 326	111,9	96,8	115,6
2. Vj.	141 199	107 160	124 542	109 273	113,4	98,1	115,6
3. Vj.	138 854	107 175	119 900	107 764	115,8	99,5	116,4
4. Vj.	159 453	122 319	135 353	122 019	117,8	100,2	117,6
1989 1. Vj.	155 924	120 147	131 225	114 614	118,8	104,8	113,4
2. Vj.	165 243	130 922	138 115	121 465	119,6	107,8	110,9
3. Vj.	154 340	120 116	127 508	113 389	121,0	105,9	114,3
4. Vj.	165 533	135 280	137 566	128 346	120,3	105,4	114,1
1990 1. Vj.	168 879	132 014	142 609	127 085	118,4	103,9	114,0
2. Vj.	158 735	130 874	133 521	129 084	118,9	101,4	117,3
3. Vj.	151 899	132 760	127 723	129 204	118,9	102,8	115,7

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989	641 041	7 056	27 106	869	3 934	157 210	358 011	78 139	133 949	108 495
1990 1. Vj.	168 879	1 749	6 582	396	949	40 077	95 802	21 074	35 849	29 749
2. Vj.	158 735	1 426	6 484	270	833	37 262	90 427	19 369	33 081	27 107
3. Vj.	151 899	1 685	6 625	154	744	35 546	85 271	19 936	32 211	26 074
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989	506 465	30 734	30 227	1 084	27 921	138 804	181 892	83 114	58 436	96 254
1990 1. Vj.	132 014	7 664	7 488	293	7 851	34 017	48 593	23 338	15 781	26 370
2. Vj.	130 874	8 101	7 729	325	6 353	34 772	49 534	21 239	15 647	25 241
3. Vj.	132 760	6 782	8 169	340	7 321	33 850	49 996	23 504	15 984	29 171

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 61*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1989	641 041	32 040	606 990	7 476	36 284	563 230	108 314	454 916
1989 1. Vj.	155 924	7 614	147 889	1 850	9 344	136 694	26 692	110 002
2. Vj.	165 243	8 189	156 584	2 012	9 778	144 794	28 659	116 135
3. Vj.	154 340	8 133	145 663	1 741	8 528	135 393	26 231	109 162
4. Vj.	165 533	8 104	156 854	1 872	8 634	146 348	26 731	119 617
1990 1. Vj.	168 879	7 806	160 529	1 898	8 970	149 661	27 569	122 092
2. Vj.	158 735	7 409	150 774	1 804	8 314	140 657	26 397	114 259
3. Vj.	151 899	7 857	143 500	1 628	7 926	133 946	24 634	109 312

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 62*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1989	506 465	56 140	442 009	32 110	63 125	346 774	75 963	270 811
1989 1. Vj.	120 147	13 679	104 493	7 347	15 190	81 956	18 482	63 474
2. Vj.	130 922	15 053	113 708	8 344	15 997	89 368	20 123	69 245
3. Vj.	120 116	12 852	105 259	7 756	15 606	81 898	17 912	63 986
4. Vj.	135 280	14 556	118 548	8 663	16 332	93 553	19 446	74 107
1990 1. Vj.	132 014	14 022	116 181	8 020	15 430	92 731	19 740	72 991
2. Vj.	130 874	14 633	114 371	7 255	14 918	92 199	20 097	72 102
3. Vj.	132 760	14 075	116 660	8 001	14 542	94 117	19 138	74 979

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 63*

Warenausfuhr nach Ländergruppen
Bestimmungsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954 [7]	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	25 892	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	22 994	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	24 723	73 661	45 678	53 945	15 463
1989	641 041	352 668	117 872	29 306	78 421	46 624	61 761	16 402
1989 1. Vj.	155 924	87 268	28 063	6 700	18 816	11 305	14 875	3 933
2. Vj.	165 243	92 125	30 537	7 375	19 603	11 731	15 353	4 066
3. Vj.	154 340	82 738	28 374	7 114	19 972	11 685	15 862	4 198
4. Vj.	165 533	90 536	30 899	8 118	20 031	11 903	15 671	4 205
1990 1. Vj.	168 879	91 857	30 648	7 319	21 310	12 596	17 503	4 540
2. Vj.	158 735	87 200	30 470	6 561	18 998	11 511	15 283	4 227
3. Vj.	151 899	81 395	28 591	6 557	19 073	11 686	16 050	4 666

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und in die „Nicht ermittelten Länder". — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Ohne Staatshandelsländer. — [4] Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 64*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Ursprungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	21 157	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	19 471	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	20 461	66 706	29 095	54 751	10 826
1989	506 465	258 660	79 357	25 143	80 694	38 265	62 285	12 360
1989 1. Vj.	120 147	61 433	18 942	5 827	19 075	9 317	14 817	2 895
2. Vj.	130 922	67 516	20 200	6 126	21 440	10 326	15 546	3 123
3. Vj.	120 116	59 974	18 839	6 252	18 903	8 560	16 051	3 012
4. Vj.	135 280	69 737	21 376	6 938	21 277	10 062	15 871	3 330
1990 1. Vj.	132 014	67 962	21 109	6 777	19 854	9 481	16 256	3 383
2. Vj.	130 874	67 945	20 745	6 821	20 477	9 910	14 819	2 729
3. Vj.	132 760	67 960	21 295	7 383	19 275	8 488	16 780	3 394

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren der Polargebiete und der „Nicht ermittelten Länder". — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Ohne Staatshandelsländer. — [4] Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 65*

Index der Grundstoffpreise[1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[2])	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe[2])						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter					Verarbeitende Gewerbe[4])	Baugewerbe[4])
				Erdöl und Mineralölerzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug[3])	Chemische Erzeugnisse		
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,3	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1985	122,1	108,8	124,1	134,9	148,8	119,5	104,4	122,0	119,1	117,7
1986	104,7	101,1	105,2	68,6	139,4	110,0	81,6	111,3	96,8	116,7
1987	99,7	93,8	100,6	63,9	124,8	100,7	78,8	106,9	91,6	115,4
1988	102,2	95,6	103,2	56,4	122,9	109,7	101,0	110,2	95,3	117,9
1989	107,7	99,4	109,0	65,6	124,1	117,6	113,6	113,8	101,9	121,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0
4. Vj.	117,9	105,8	119,6	122,3	147,9	117,8	92,1	121,3	113,1	117,7
1986 1. Vj.	112,5	105,8	113,4	97,5	146,1	115,9	86,9	117,9	106,3	117,7
2. Vj.	105,6	102,0	106,1	66,6	143,9	112,2	84,0	112,3	97,3	117,2
3. Vj.	101,3	99,9	101,5	53,6	139,0	108,2	79,2	108,4	92,3	116,3
4. Vj.	99,5	96,6	99,9	56,6	128,4	103,8	76,1	106,5	91,0	115,4
1987 1. Vj.	98,8	94,0	99,6	63,4	122,7	100,8	72,2	106,0	90,6	115,0
2. Vj.	99,2	94,0	100,0	63,6	124,5	99,4	75,2	107,0	91,0	115,4
3. Vj.	100,5	93,3	101,6	65,8	126,7	100,2	81,7	107,6	92,3	115,6
4. Vj.	100,4	93,9	101,4	62,6	125,3	102,3	86,2	107,2	92,5	115,6
1988 1. Vj.	100,0	94,1	100,8	57,2	125,3	102,6	88,6	107,8	92,1	116,0
2. Vj.	101,3	94,3	102,4	57,2	123,6	107,3	97,2	108,7	94,0	117,1
3. Vj.	103,4	96,7	104,4	57,1	121,9	113,4	104,6	111,1	97,1	118,7
4. Vj.	104,2	97,3	105,2	54,1	120,6	115,5	113,6	113,0	98,1	119,7
1989 1. Vj.	107,0	98,7	108,3	61,8	121,8	117,6	119,7	115,3	101,6	120,6
2. Vj.	108,4	99,6	109,8	67,4	123,1	118,9	116,6	115,6	103,3	121,6
3. Vj.	108,0	100,6	109,2	65,4	124,8	118,4	112,6	112,9	102,2	122,1
4. Vj.	107,4	98,7	108,7	67,7	126,8	115,3	105,5	111,5	100,4	122,0
1990 1. Vj.	105,5	95,6	107,0	66,8	127,8	110,9	93,8	111,2	97,6	122,8
2. Vj.	104,6	96,2	105,9	57,8	128,5	111,5	96,5	110,9	96,2	124,1
3. Vj.	105,8	93,6	107,7	71,1	124,7	109,7	96,9	110,6	97,7	125,0

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 66*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz) [1]

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse [2]	Elektrischer Strom [3], Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [4]	Verbrauchsgüter [4] [5]
						produzierendes Gewerbe				
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,1	45,3	48,1	50,2	58,7	43,7	46,1
1969	47,5	24,1	36,1	50,1	46,0	49,7	51,2	59,3	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,7	48,0	53,6	53,1	60,6	49,6	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	56,9	55,2	62,8	53,5	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,8	33,7	41,8	60,0	53,5	61,0	61,4	70,8	58,0	56,0
1974	64,4	43,1	45,0	68,0	66,0	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,6	68,6	66,1
1976	69,9	57,4	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,5	75,8	85,4	77,0	71,3
1979	76,2	63,5	61,9	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,4	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,3	81,8	89,6	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,9	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,5	99,3	94,9	94,8
1984	97,6	98,1	96,5	97,9	97,2	97,6	97,5	100,8	97,3	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1988	96,3	97,0	82,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5
1989	99,3	98,6	84,4	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1
1985 1. Vj.	99,6	100,0	98,7	99,8	100,7	99,0	99,2	100,4	98,9	99,8
2. Vj.	100,2	100,3	99,4	100,3	101,0	100,1	100,0	100,3	100,0	100,4
3. Vj.	100,2	100,2	100,9	100,1	99,7	100,3	100,4	99,8	100,4	99,8
4. Vj.	100,0	99,5	101,1	99,8	98,6	100,6	100,4	99,5	100,7	99,9
1986 1. Vj.	99,3	99,6	101,0	98,9	94,4	101,3	100,8	99,5	101,6	97,0
2. Vj.	98,0	97,7	98,7	97,8	89,7	101,9	101,0	99,6	102,4	94,8
3. Vj.	97,2	96,2	97,4	97,1	86,8	102,5	101,1	98,9	103,0	93,7
4. Vj.	95,5	96,2	88,5	96,8	85,6	102,7	101,1	98,3	103,4	93,6
1987 1. Vj.	95,0	96,5	84,9	96,9	85,8	103,2	101,3	97,3	104,1	94,7
2. Vj.	94,7	96,3	81,7	97,1	86,1	103,7	101,8	96,8	104,8	95,1
3. Vj.	95,1	97,2	82,8	97,4	86,6	104,0	102,1	96,3	105,3	95,4
4. Vj.	95,4	97,4	83,6	97,6	86,7	104,2	102,5	96,6	105,5	95,2
1988 1. Vj.	95,4	97,0	83,7	97,7	86,0	104,8	102,8	96,8	106,2	94,6
2. Vj.	96,0	96,7	83,5	98,5	87,2	105,3	103,5	97,5	106,8	95,6
3. Vj.	96,5	97,1	82,6	99,2	88,3	105,6	104,2	98,5	107,2	95,9
4. Vj.	97,0	97,3	81,4	100,0	90,0	106,1	104,7	98,9	107,8	96,0
1989 1. Vj.	98,4	97,3	83,5	101,3	92,8	107,0	105,5	99,3	108,8	98,7
2. Vj.	99,2	97,5	83,3	102,4	94,3	107,8	106,4	100,1	109,6	100,9
3. Vj.	99,4	99,4	84,2	102,4	93,2	108,1	106,9	100,9	110,0	100,2
4. Vj.	100,0	100,1	86,7	102,6	93,3	108,4	107,3	101,1	110,5	100,8
1990 1. Vj.	100,1	100,2	86,8	102,7	92,2	109,4	108,0	100,5	111,5	101,2
2. Vj.	100,8	99,8	88,8	103,1	91,6	110,5	108,7	100,7	112,7	101,3
3. Vj.	101,2	100,1	87,6	103,9	93,2	111,1	109,4	100,7	113,4	103,7

[1] Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2] Ohne Erdgas. — [3] Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4] Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5] Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 67*

Index der Ausfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	45,3	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,0	44,8	35,7	47,2	41,9	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,6
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,4	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	47,9	55,3	47,6	42,5	37,4	49,0	44,6	50,8
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,1	51,7
1970	51,5	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,1	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,2	61,3	53,9	49,0	38,1	55,6	55,1	56,9
1973	57,7	68,3	57,2	51,4	44,7	58,9	57,8	59,9
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,8	67,5
1975	70,1	75,5	69,9	68,7	62,0	70,7	68,2	71,7
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,4	75,0	75,3	77,0
1978	75,3	81,1	75,0	71,8	61,4	76,5	77,4	78,9
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,7	92,4	91,4	93,0	92,4	91,8	94,5
1983	94,1	97,6	93,9	90,2	92,9	94,2	94,4	96,1
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1989	102,1	94,3	102,6	86,9	83,4	104,6	108,7	103,1
1986 1. Vj.	99,2	96,1	99,4	94,2	90,3	100,2	101,6	99,9
2. Vj.	98,6	94,2	98,9	91,6	83,8	100,3	102,7	99,9
3. Vj.	97,8	91,4	98,2	88,6	79,5	100,0	102,8	100,2
4. Vj.	97,2	90,7	97,6	87,0	76,9	99,6	102,7	99,8
1987 1. Vj.	96,9	89,3	97,3	84,8	74,9	99,5	103,4	100,4
2. Vj.	97,1	88,5	97,6	83,4	75,7	99,8	103,9	100,7
3. Vj.	97,5	87,8	98,0	83,0	76,6	100,2	104,4	101,5
4. Vj.	97,6	89,0	98,0	83,1	76,3	100,2	104,5	101,2
1988 1. Vj.	97,9	88,9	98,5	82,7	76,1	100,7	105,1	101,2
2. Vj.	99,0	90,2	99,5	82,6	78,7	101,6	105,8	101,8
3. Vj.	100,0	93,6	100,4	83,9	81,1	102,4	106,4	102,3
4. Vj.	100,5	93,4	100,9	84,1	81,3	102,9	106,8	102,3
1989 1. Vj.	101,7	94,1	102,1	86,2	83,9	104,0	107,7	103,0
2. Vj.	102,5	95,0	102,9	86,4	84,2	104,9	108,9	103,7
3. Vj.	102,4	94,9	102,8	87,2	83,2	104,9	109,2	103,2
4. Vj.	102,0	93,3	102,5	87,6	82,3	104,5	109,1	102,3
1990 1. Vj.	101,8	91,2	102,4	87,1	80,4	104,6	109,6	102,3
2. Vj.	102,1	90,4	102,8	85,3	80,0	105,1	110,7	102,8
3. Vj.	102,4	89,8	103,6	82,8	79,8	105,5	111,3	103,6

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 68*

Index der Einfuhrpreise [1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [2])	Rohstoffe [2])	Halbwaren [2])	Fertigwaren [2])	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	40,1	57,5	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,6	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,5	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,5	39,9	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,4	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	39,9	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,4	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,1	52,5
1974	61,4	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,3
1975	60,3	75,9	58,0	43,4	45,5	72,1	71,9	62,5
1976	64,0	82,2	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,5	80,9	59,8	41,6	45,9	76,0	77,2	67,2
1979	69,8	81,8	68,1	50,4	63,2	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,6	85,6
1981	91,3	91,0	91,4	97,4	90,0	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,1	93,5	97,0	93,1	93,1	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,2	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,7	97,7	97,2	97,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1989	84,4	85,2	84,2	54,9	65,4	98,0	98,1	90,1
1986 1. Vj.	90,6	97,3	89,6	72,3	78,0	97,9	97,8	92,5
2. Vj.	85,1	92,1	84,1	52,7	68,0	97,5	97,5	89,3
3. Vj.	81,4	87,6	80,5	44,7	60,8	96,2	97,0	87,3
4. Vj.	80,2	85,9	79,3	46,2	57,6	95,0	96,0	86,9
1987 1. Vj.	79,4	84,5	78,6	48,8	55,8	94,0	95,1	87,4
2. Vj.	79,7	83,0	79,2	50,2	57,1	94,1	95,4	87,7
3. Vj.	80,3	80,7	80,2	52,7	59,1	94,5	95,6	88,2
4. Vj.	79,7	82,0	79,3	49,8	57,6	94,2	95,0	87,4
1988 1. Vj.	79,4	84,6	78,6	46,2	56,4	94,4	95,2	86,5
2. Vj.	80,2	83,9	79,6	47,2	58,5	95,0	95,4	87,1
3. Vj.	81,6	85,1	81,1	49,1	59,9	96,4	96,6	87,5
4. Vj.	81,7	84,8	81,3	46,3	60,8	97,0	97,0	87,4
1989 1. Vj.	84,2	87,7	83,7	52,6	64,6	98,0	98,0	89,0
2. Vj.	85,5	87,1	85,2	57,2	66,8	98,5	98,3	90,4
3. Vj.	84,2	82,7	84,4	55,4	65,2	98,2	98,4	90,3
4. Vj.	83,5	83,1	83,5	54,4	65,0	97,2	97,7	90,7
1990 1. Vj.	82,4	84,6	82,0	52,8	61,8	96,3	96,8	89,7
2. Vj.	81,2	82,4	81,0	48,3	59,9	96,4	97,0	88,9
3. Vj.	82,1	80,0	82,4	52,6	63,7	96,3	96,8	91,4

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 69

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1]

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2]	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960 [3]	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1985	114,5	115,0	116,8	116,5	114,3	102,6	120,9	141,6
1986	116,2	116,8	118,9	118,9	115,9	104,8	123,4	147,6
1987	118,6	119,2	121,5	121,5	118,1	105,8	126,5	153,7
1988	121,2	121,9	124,5	124,1	120,5	107,0	130,0	155,8
1989	125,5	126,3	129,0	128,4	124,8	109,2	134,4	154,2
1986 Feb	115,2	115,8	117,8	117,6	114,9	104,2	122,2	148,0
Mai	116,1	116,6	118,6	118,5	115,7	104,8	123,0	143,9
Aug	116,7	117,3	119,3	119,5	116,3	105,0	123,9	144,7
Nov	116,9	117,5	119,7	119,9	116,6	105,0	124,3	155,7
1987 Feb	117,4	118,0	120,3	120,3	116,9	105,0	124,9	156,2
Mai	118,5	119,2	121,4	121,4	118,1	105,9	126,2	150,4
Aug	119,1	119,8	122,1	122,1	118,6	106,2	127,4	153,8
Nov	119,2	119,9	122,3	122,3	118,6	106,2	127,6	160,1
1988 Feb	119,7	120,4	122,9	122,6	119,0	106,4	128,3	151,0
Mai	120,9	121,7	124,2	123,6	120,2	107,0	129,5	156,3
Aug	121,7	122,5	125,0	124,7	121,0	107,2	130,7	160,4
Nov	122,3	123,1	125,8	125,3	121,6	107,3	131,3	164,7
1989 Feb	123,4	124,2	127,0	126,2	122,7	107,8	132,3	155,4
Mai	125,2	126,0	128,7	127,9	124,4	108,9	133,8	155,2
Aug	126,3	127,1	129,7	129,2	125,6	109,7	135,3	157,7
Nov	127,1	127,9	130,6	130,2	126,6	110,4	136,0	161,1
1990 Feb	129,7	130,4	133,0	132,6	129,6	112,8	138,2	141,1
Mai	133,0	133,6	135,9	135,7	133,0	115,9	140,7	...
Aug	134,7	135,3	137,6	137,7	134,7	117,1	142,7	...

[1] Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2] Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3] Ohne Berlin.

Tabelle 70*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3])	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	195,7	178,9	178,0	204,8	290,2	167,6	204,7	188,2	202,4	210,2
1986	195,3	178,6	182,5	208,6	263,9	167,7	209,0	191,4	206,7	203,4
1987	195,5	178,2	179,6	211,9	237,3	170,5	211,7	194,6	210,5	204,4
1988	197,6	178,4	179,7	216,9	231,1	171,7	214,4	198,7	216,1	207,0
1989	203,3	182,0	185,0	223,9	240,1	174,0	217,3	206,3	221,2	217,5
1989 1. Vj.	201,6	180,1	184,1	221,4	236,2	173,8	216,2	205,4	219,3	215,3
2. Vj.	203,6	182,6	184,6	223,2	238,2	173,9	217,0	205,9	220,5	220,4
3. Vj.	203,5	181,9	185,3	224,6	239,7	173,6	217,5	206,5	222,2	217,3
4. Vj.	204,7	183,6	185,8	226,1	246,3	174,7	218,3	207,4	223,0	216,9
1990 1. Vj.	206,9	187,1	187,7	228,3	247,0	176,9	218,9	209,5	225,6	218,7
2. Vj.	208,1	189,1	188,9	230,4	245,2	176,9	219,8	210,6	226,8	219,4
3. Vj.	209,2	188,1	189,4	232,4	249,5	176,6	220,6	209,9	228,3	223,3

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 71*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
4-Personen-Haushalte [2])
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	Bekleidung, Schuhe [4])	Wohnungsmieten	Energie [5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte [6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	73,9	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,8	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,1	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,7	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,8	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,0	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989	103,9	104,5	102,3	106,1	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1986 1. Vj.	100,4	100,3	100,6	101,6	101,2	97,0	100,8	100,9	97,1	101,1	104,1
2. Vj.	100,1	99,6	101,3	101,9	101,6	92,6	101,0	101,1	94,7	101,0	104,2
3. Vj.	99,6	99,4	100,5	102,2	102,1	88,7	101,2	101,3	94,3	100,6	104,5
4. Vj.	99,2	99,0	99,7	102,6	102,3	84,2	101,5	101,5	93,6	101,0	104,8
1987 1. Vj.	99,7	99,5	100,3	102,9	102,8	82,4	101,8	102,0	94,6	101,8	105,9
2. Vj.	100,0	99,8	100,7	103,2	103,2	80,6	102,1	102,3	95,8	101,7	106,5
3. Vj.	100,0	100,0	99,7	103,5	103,7	81,2	102,3	102,5	95,8	101,4	107,5
4. Vj.	99,9	100,3	99,0	103,9	104,0	80,6	102,5	102,7	95,8	101,7	108,2
1988 1. Vj.	100,4	100,6	99,8	104,2	104,6	79,4	102,8	102,8	95,6	102,9	109,8
2. Vj.	101,0	101,1	100,5	104,6	105,2	79,3	103,1	103,1	96,8	102,9	109,9
3. Vj.	101,1	101,6	99,8	104,8	106,3	78,9	103,3	103,3	97,3	102,5	111,1
4. Vj.	101,5	102,0	100,1	105,2	107,4	78,3	103,6	103,7	97,2	102,9	111,5
1989 1. Vj.	103,0	103,6	101,3	105,6	108,1	80,8	104,0	108,3	100,5	103,9	113,6
2. Vj.	104,0	104,6	102,5	106,0	109,0	81,5	104,5	108,7	103,4	103,9	114,0
3. Vj.	104,0	104,6	102,3	106,2	109,7	82,0	105,0	109,0	101,8	103,8	114,4
4. Vj.	104,6	105,2	103,1	106,6	110,4	84,4	105,4	109,5	101,9	104,5	114,3
1990 1. Vj.	105,7	106,1	104,8	106,9	111,5	84,6	106,0	110,0	102,8	106,2	115,6
2. Vj.	106,4	106,5	105,8	107,3	112,5	84,0	106,7	110,4	103,1	106,0	116,4
3. Vj.	106,9	107,5	105,5	107,7	113,5	85,5	107,2	110,9	105,4	105,9	116,3

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich andere Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 72*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
Alle privaten Haushalte
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl.	ohne						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])										
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,3	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,7	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,8	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,4	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,1	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,1	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,4	75,5	84,5	75,4
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,2	80,1
1981	88,0	87,4	89,7	88,8	84,4	87,0	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	91,0
1983	95,7	95,0	97,7	95,5	93,4	93,2	96,8	96,9	95,1	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989	104,2	104,7	102,6	106,0	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1986 1. Vj.	100,4	100,4	100,7	101,5	101,1	95,6	100,8	101,1	98,1	101,2	103,3
2. Vj.	100,1	99,7	101,5	101,8	101,6	90,4	101,0	101,3	96,3	101,1	103,5
3. Vj.	99,6	99,4	100,6	102,0	102,0	85,9	101,2	101,5	95,9	100,4	103,7
4. Vj.	99,3	99,1	99,7	102,4	102,3	82,0	101,5	101,9	95,4	100,9	103,9
1987 1. Vj.	99,8	99,6	100,5	102,8	102,8	81,2	101,8	102,7	96,4	101,9	104,9
2. Vj.	100,2	100,0	101,0	103,1	103,2	79,6	102,1	103,1	97,5	101,7	105,4
3. Vj.	100,2	100,2	99,9	103,3	103,6	80,5	102,3	103,3	97,7	101,1	106,3
4. Vj.	100,2	100,6	99,0	103,7	103,9	79,9	102,6	103,5	97,8	101,6	107,2
1988 1. Vj.	100,8	101,1	100,0	104,1	104,5	78,4	102,9	103,8	97,8	103,0	109,3
2. Vj.	101,3	101,5	100,8	104,4	105,1	78,4	103,1	104,3	98,9	102,9	109,6
3. Vj.	101,5	101,9	100,0	104,6	106,0	78,0	103,3	104,8	99,3	102,2	110,4
4. Vj.	101,8	102,2	100,3	105,0	106,9	77,4	103,7	105,8	99,4	102,8	110,8
1989 1. Vj.	103,3	103,8	101,7	105,5	107,7	80,6	104,1	108,0	102,1	103,8	112,4
2. Vj.	104,3	104,7	102,8	105,9	108,5	81,3	104,7	108,5	104,4	103,7	113,0
3. Vj.	104,3	104,8	102,5	106,0	109,2	81,7	105,2	108,7	103,2	103,4	113,5
4. Vj.	104,9	105,4	103,2	106,5	109,9	84,4	105,7	109,1	103,4	104,2	113,6
1990 1. Vj.	106,1	106,4	105,0	106,7	111,0	84,2	106,3	109,7	104,5	106,4	115,2
2. Vj.	106,7	106,8	106,1	107,1	112,0	83,1	107,0	110,1	104,7	106,0	115,9
3. Vj.	107,1	107,5	105,6	107,5	113,1	85,2	107,6	110,4	106,5	105,7	115,2

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983.
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich andere Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 73*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte[6])				
1962	41,1	49,6	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,8	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,3	52,3	34,8	36,2	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,7	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	56,0	39,6	40,0	47,9	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,3	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,5	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,8	56,0	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,4	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,1	59,3	53,2	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,9	56,4	53,6	55,2	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,8	59,7	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,1	71,5	62,5	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,6	65,7	67,2	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,9	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	74,0	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,5	74,2	74,8	74,1	75,9	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,7	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,1	83,8	87,1	88,6	88,0	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,8	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,7	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,1	97,8	97,8	98,1	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1989	104,2	101,3	108,7	109,9	99,9	103,9	101,2	109,3	109,8	100,0
1986 1. Vj.	100,4	100,2	101,1	101,9	99,4	100,4	100,2	101,2	102,1	99,4
2. Vj.	100,1	101,1	101,6	102,2	98,0	100,1	100,9	101,6	102,4	98,1
3. Vj.	99,6	99,2	102,0	102,5	97,0	99,6	99,4	102,1	102,6	97,3
4. Vj.	99,3	97,8	102,3	102,8	96,3	99,2	98,2	102,4	102,9	96,5
1987 1. Vj.	99,8	99,2	102,8	103,5	96,7	99,7	99,2	102,8	103,7	96,7
2. Vj.	100,2	100,6	103,2	103,9	96,6	100,0	100,3	103,3	104,2	96,6
3. Vj.	100,2	98,9	103,6	104,5	96,6	100,0	99,1	103,7	104,7	96,5
4. Vj.	100,2	97,7	103,9	105,1	96,6	99,9	98,1	104,0	105,1	96,5
1988 1. Vj.	100,8	99,3	104,5	106,3	96,6	100,4	99,3	104,6	106,2	96,4
2. Vj.	101,3	100,2	105,1	106,8	96,9	101,0	100,0	105,2	106,7	96,8
3. Vj.	101,5	98,5	106,0	107,5	96,9	101,1	98,7	106,2	107,5	96,9
4. Vj.	101,8	98,2	106,9	108,0	97,2	101,5	98,6	107,3	107,8	97,2
1989 1. Vj.	103,3	100,1	107,6	109,1	99,1	103,0	100,1	108,1	109,1	99,3
2. Vj.	104,3	101,9	108,4	109,8	100,0	104,0	101,6	109,0	109,7	100,3
3. Vj.	104,3	101,1	109,1	110,2	99,8	104,0	101,0	109,7	110,1	99,9
4. Vj.	104,9	101,9	109,8	110,6	100,5	104,6	102,0	110,4	110,4	100,5
1990 1. Vj.	106,1	104,5	110,9	112,1	101,2	105,7	104,1	111,5	111,7	101,2
2. Vj.	106,7	105,9	112,0	112,7	101,1	106,4	105,3	112,5	112,4	101,3
3. Vj.	107,1	104,8	113,1	112,7	102,1	106,9	104,6	113,5	112,7	102,4

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) und Garagenmieten.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege, u. a. m.
[6]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 74*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr[1]	Letzte Verwendung von Gütern[2]	Ausfuhr[1]	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt[3]	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983	112,1	115,3	112,8	111,9	113,1	114,8	111,5	110,0	113,1	108,1
1984	114,3	120,6	115,7	115,6	115,8	117,7	113,4	112,6	115,3	111,0
1985	116,9	123,0	118,3	118,6	118,1	120,2	116,0	114,5	117,9	112,1
1986	120,5	109,6	118,0	116,9	118,4	119,6	118,3	116,0	118,8	114,0
1987	122,9	105,2	118,8	116,0	119,7	120,3	121,0	117,3	118,9	116,1
1988 } [4]	124,9	106,7	120,5	118,1	121,4	121,8	122,8	119,1	119,9	118,4
1989 } [4]	128,0	111,6	124,0	121,3	125,1	125,7	125,9	122,5	122,7	122,3
1985 1. Vj.	114,5	124,7	116,9	117,8	116,6	119,9	110,2	114,7	117,2	112,6
2. Vj.	115,3	125,1	117,6	119,1	117,0	120,6	110,6	114,1	118,1	111,6
3. Vj.	116,4	122,5	117,8	119,1	117,4	120,4	112,8	114,3	118,2	112,0
4. Vj.	120,9	119,8	120,6	118,6	121,4	119,9	128,8	115,0	117,9	112,5
1986 1. Vj.	117,9	116,7	117,6	117,8	117,6	120,2	112,0	116,0	118,3	114,1
2. Vj.	118,9	110,0	116,8	117,1	116,7	119,6	113,7	115,7	119,0	113,5
3. Vj.	120,1	106,8	117,1	116,6	117,2	119,8	115,3	115,7	118,9	113,8
4. Vj.	124,7	105,4	120,4	116,2	121,9	119,0	131,1	116,5	118,9	114,5
1987 1. Vj.	121,3	103,7	117,1	115,5	117,7	120,0	113,1	117,4	118,5	116,4
2. Vj.	121,8	104,9	117,8	115,5	118,7	120,7	117,4	117,1	119,1	115,7
3. Vj.	121,8	106,4	118,2	116,3	118,9	120,6	118,1	117,1	118,9	116,0
4. Vj.	126,5	105,5	121,6	116,8	123,4	120,1	134,2	117,7	119,0	116,6
1988 1. Vj.	122,6	104,8	118,3	116,3	119,0	120,9	115,6	118,4	119,1	117,7
2. Vj.	123,7	106,0	119,4	117,5	120,1	122,3	117,8	118,6	119,7	117,8
3. Vj.	124,0	108,3	120,3	118,7	120,8	122,3	120,1	119,2	120,2	118,5
4. Vj.	128,9	107,6	123,9	119,8	125,4	121,8	136,4	119,9	120,3	119,5
1989 1. Vj.	125,5	110,1	121,8	119,6	122,6	124,6	118,8	121,3	121,8	120,8
2. Vj. [4]	126,6	113,3	123,3	121,5	124,0	126,5	119,9	122,4	123,1	121,8
3. Vj.	127,4	112,6	123,8	122,0	124,5	126,0	123,1	122,8	123,1	122,6
4. Vj.	132,3	110,5	127,0	121,9	128,9	125,6	140,5	123,2	122,7	123,7
1990 1. Vj.	129,1	110,2	124,2	120,5	125,8	127,6	123,1	124,9	122,8	126,7
2. Vj.	130,9	111,1	125,9	122,2	127,3	128,8	125,3	127,3	124,6	129,4

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — [2] Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — [3] Einschließlich Vorratsveränderung. — [4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 75*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter[3]	
		verdienste[2]			löhne[3]					
		Industrie[4]		Industrie[4] und Handel[5]	Produzierendes Gewerbe[6]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[6]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[6]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	21,3	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	23,5	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	25,6	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	27,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	29,6	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	32,3	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	34,7	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	35,8	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	38,0	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	41,6	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	47,9	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	53,3	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	57,7	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	63,9	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	70,6	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	74,9	61,0	61,3	60,0	60,8	61,4	61,8	62,3	62,4	63,9
1976	79,7	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	84,9	69,4	71,3	68,3	68,9	69,3	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	89,3	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	94,0	77,4	80,2	76,6	76,6	77,1	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	100	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	104,2	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	107,6	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	110,9	94,1	93,7	93,3	93,1	93,6	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	114,1	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	117,3	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	121,4	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	125,0	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	128,8	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1989	132,6	116,5	114,8	114,7	116,1	115,8	112,9	112,7	113,2	112,6
1987 Jan	114,1	105,6	103,3	105,2	105,8	106,1	105,2	105,2	105,0	105,5
Apr	122,7	107,2	106,1	106,3	108,2	108,1	107,6	107,2	107,4	107,2
Jul	123,1	108,4	107,7	108,2	108,8	108,7	108,1	107,8	108,1	107,8
Okt	139,8	109,0	108,6	108,7	109,1	109,0	108,4	108,1	108,3	107,9
1988 Jan	118,6	109,5	107,5	109,0	109,3	109,1	108,6	108,2	108,5	108,0
Apr	125,7	112,0	110,2	110,5	112,4	112,0	110,4	110,1	110,5	110,2
Jul	126,7	113,1	112,1	111,8	112,9	112,6	110,9	110,7	111,1	110,6
Okt	143,8	113,5	113,1	112,3	113,1	112,8	111,0	110,8	111,3	110,8
1989 Jan	123,0	113,6	110,8	112,7	113,5	113,3	111,2	111,1	111,5	111,3
Apr	129,1	116,2	115,0	114,4	116,3	116,0	113,2	112,9	113,4	112,7
Jul	130,3	117,8	116,4	115,4	117,0	116,7	113,5	113,3	113,9	113,1
Okt	147,8	118,3	116,8	116,2	117,4	117,1	113,6	113,5	114,1	113,2
1990 Jan	128,0	118,9	115,2	116,9	118,6	118,5	114,2	114,5	115,0	115,0
Apr	135,6	121,1	118,3	118,2	120,2	120,4	115,8	116,1	116,0	115,8
Jul	...	124,7	121,8	120,9	123,5	123,0	118,7	118,4	118,7	117,7

[7]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

[1]) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept; 1980 = 100.
[2]) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3]) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[5]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6]) Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Tabelle 76*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112
1989	11 219	4 489	2 150	952	1 945	1 412	156	2	113

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 77*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184
1989	7 223	3 431	1 145	184	2 094	660	1 630	1 320	182

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 78*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule [1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor [2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245
1989	11 219	3 218	778	7 223	2 284	1 593	304	387	1 989	2 950

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 79*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	*0,73*	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	*0,84*	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	*0,82*	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	*0,87*	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	*0,92*	281	15,9	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	*0,92*	381	15,9	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	*1,05*	572	16,3	401	16,2	516	41,0
1963	2,88	41 210	4 357	*1,14*	744	17,1	455	16,5	563	49,7
1964	3,13	47 213	4 914	*1,17*	838	16,3	522	14,8	636	40,9
1965	3,43	53 993	4 994	*1,09*	1 011	15,5	577	14,2	692	40,8
1966	3,76	60 408	5 584	*1,15*	1 134	14,9	610	15,1	762	39,2
1967	3,93	62 882	6 566	*1,33*	1 196	16,1	604	15,5	783	42,0
1968	4,16	70 134	7 855	*1,47*	1 366	17,2	633	14,7	838	44,9
1969	4,36	78 263	7 914	*1,32*	1 641	16,1	677	14,8	903	41,5
1970	4,63	86 429	8 583	*1,27*	1 853	17,1	733	16,3	993	40,7
1971	4,67	88 816	11 168	*1,49*	1 962	18,8	742	21,4	1 080	42,9
1972	4,74	93 332	10 621	*1,29*	2 064	17,4	792	17,6	1 136	45,0
1973	4,81	98 780	15 009	*1,63*	2 217	28,8	799	18,8	1 181	50,6
1974	4,33	88 939	32 226	*3,27*	1 926	37,5	687	37,5	1 129	60,8
1975	4,23	85 785	28 988	*2,82*	1 907	36,1	622	37,3	1 216	60,4
1976	4,34	93 303	35 264	*3,13*	2 087	39,7	630	40,5	1 281	64,6
1977	4,17	92 541	34 442	*2,87*	2 007	39,7	592	41,7	1 361	62,8
1978	4,25	97 168	31 800	*2,46*	2 131	38,8	595	38,4	1 436	64,2
1979	4,15	98 796	47 791	*3,42*	2 121	69,2	586	49,3	1 485	70,9
1980	3,68	88 409	62 879	*4,23*	1 748	79,3	535	66,3	1 506	83,7
1981	3,31	79 586	70 808	*4,58*	1 546	92,9	440	91,9	1 448	100,0
1982	3,18	75 960	68 094	*4,26*	1 403	98,2	378	86,9	1 475	98,0
1983	3,11	75 623	63 373	*3,77*	1 398	90,2	334	87,8	1 506	97,2
1984	3,01	75 701	68 543	*3,87*	1 425	95,5	311	104,7	1 550	97,5
1985	2,98	76 544	70 084	*3,80*	1 536	100	261	100	1 546	100
1986	3,06	80 421	33 623	*1,73*	1 678	54,6	281	45,7	1 630	75,9
1987	2,94	78 344	29 910	*1,48*	1 544	46,8	227	43,6	1 689	72,0
1988	2,84	78 000	25 382	*1,20*	1 442	40,3	216	34,0	1 752	70,1
1989	2,57	. . .	29 927	*1,32*	1 145	54,1	184	44,0	1 778	82,3

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik 64
— in Europa 460f., 473, 478ff.

Angebotsbedingungen 313

Anti-Dumping-Verfahren 474

Arbeitseinkommensquote 124, Anhang VI.B.

Arbeitsförderungsgesetz 187
— Kurzarbeiterregelung in Ostdeutschland 99f.

Arbeitslosenversicherung 239

Arbeitslosigkeit 96ff., 168ff.
— Dauer der Arbeitslosigkeit 171, 175, 185
— international 1, 11, 18
— Langzeitarbeitslosigkeit 178f.
— Struktur der Arbeitslosigkeit 177
— voraussichtliche Entwicklung 286

Arbeitsmarkt 159ff., 314
— Arbeitsangebot 161, 182
— in Ostdeutschland 98, 310

Arbeitsmarktpolitik 187f.

Arbeitsproduktivität 145

Arbeitsteilung, internationale 4

Arbeitsvolumen 145

Arbeitszeitverkürzung 190

Ausbildungsplätze 167

Ausfuhr 149ff.
— Ostdeutschlands 92
— voraussichtliche Entwicklung 280ff.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 146ff., Anhang VI.A.

Außenbeitrag 154

Außenwert der D-Mark 149, 217

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 314

Aussiedler 165, 173ff.

Austauschverhältnis
— s. Terms of Trade

Bauwirtschaft 81, 90ff., 135ff., 305

Beschäftigung 160, 162f., 166, 170
— in der Bauwirtschaft 139
— in Ostdeutschland 97
— voraussichtliche Entwicklung 285

Binnenmarkt, europäischer 130, 253, 299, 460, 462ff.

Börsenkrise 214

Brady-Initiative 5

Bruttoinlandsprodukt
— voraussichtliche Entwicklung 284

Clearing-Stelle 215

Defizit
— der Gebietskörperschaften 230, 235, 349, 383
— des amerikanischen Budgets 260

Deutsche Terminbörse 215

Devisenmarkt
— s. Wechselkurse

Einfuhr 153f.
— voraussichtliche Entwicklung 279

Einfuhrpreise
— s. Preise

Einkommen, verfügbares 125
— voraussichtliche Entwicklung 277

Einkommensteuer 230f., 348, 379
— s. a. öffentliche Finanzen

Entwicklungsländer 1, 5, 44, 255

Euroeinlagen 193f.

Euromärkte 193f.

Europäische Gemeinschaft 299, 460ff.
— Agrarpolitik 64

Europäischer Binnenmarkt
— s. Binnenmarkt, europäischer

Europäisches Währungssystem 26, 31, 217, 259

Eurosklerose 2, 462

Finanzausgleich 432ff.
— Ausgleichszahlungen 448ff., 458
— Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern 445, 457
— Haushaltsautonomie der Länder 438ff., 453ff.
— Spill-over Effekte 448ff., 458

Finanzmärkte, Internationalisierung der 198

Finanzpolitik 218ff., 311f., 319, 323ff., 347ff.
— international 32ff., 260

Fonds Deutsche Einheit 223, 229, 371ff.

Frankreich 6ff.

GATT 5, 65ff., 257, 460, 471ff.

Geldmarktsteuerung 201, 210

Geldmenge 192ff.

Geldmengenziel 142, 206, 321, 396ff.

Geldnachfrage, Stabilität der 199, 203, 394

Geldpolitik 191ff., 311, 321, 384ff.
— Beurteilung 192ff., 207ff.
— in der Währungsunion 203ff.
— international 29ff., 259

Geldwertstabilität 314, 384ff.

Gewinn-Erlös-Relation 133, Anhang VI.B.

Großbritannien 13ff., 251ff.

Handelsbeschränkungen 5, 473ff.

Handelsbilanz 154

Handelspolitik 471ff.

Harmonisierung
— Verbrauchsteuern 463f., 466

Industriepolitik 468

Inflation
— s. Preisentwicklung

Infrastruktur
— in Ostdeutschland 305

Innerdeutscher Handel 79

Investitionen 80, 131ff.
— Bauinvestitionen 135ff.
— Infrastruktur 117ff.
— öffentliche 226f.
— voraussichtliche Entwicklung 93f., 262ff.

Italien 6ff.

Japan 26ff., 51, 267

Kalkulatorischer Unternehmerlohn Anhang VI.B.

Kanada 13ff., 252

Kapazitätsauslastung
— in der Bauwirtschaft 136
— s. a. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalproduktivität 146f.

Kapitalrendite Anhang VI.B.

Kapitalverkehr 216
— Liberalisierung 31, 488

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Welt 6ff., 251ff.
— in Westdeutschland 123ff.
— voraussichtliche 261ff.

Konjunkturneutraler Haushalt Anhang VI.D.

Krankenversicherung 240

Kündigungsschutz 98, 101, 418

Kurzarbeit
— s. Arbeitsförderungsgesetz

Leistungsbilanz 1, 27f., 154

Löhne
— Differenzierung 409ff., 419f., 429
— in Ostdeutschland 308
— Lohnstückkosten 158, 189, 404, 425

— Reallöhne 416, 419

— Tariflöhne 100, 189, 423

Lohnpolitik 289, 311, 319, 389, 403 ff., 422 ff.

— s. a. Tarifpolitik

Lohn-Preis-Spirale 26, 429

Lohnsteuer 230 f.

Mieten 4, 17, 90, 140

Öffentliche Finanzen

— Ausgaben 106, 221 ff.

— Ausgabeneinsparungen, -umschichtungen 347, 359 ff., 382

— Defizitfinanzierung 219, 235, 347, 350 ff.

— Haushaltsdefizit 108 f., 220, 235, 349, 383, 386

— konjunktureller Impuls 220, 236 f., 356

— konjunkturneutraler Haushalt Anhang VI.D.

— Konsolidierung 218 f., 381 ff.

— Privatisierung 347, 374 ff., 382

— Staatsverbrauch 129

— Steuereinnahmen 107, 230 ff.

— Steuererhöhungen 347, 377 ff., 382

— Subventionen 361 ff.

— voraussichtliche Entwicklung 273 ff.

Ölpreisentwicklung 3, 22 ff., 78, 155, 250, 258, 311, 317, 319

Ölpreisschock 38 ff.

Ölversorgung 3, 38 ff.

Ostdeutschland 86 ff., 505 ff.

— Arbeitsmarkt 594 ff.

— Energiewirtschaft 567 ff.

— Erneuerung der Wirtschaftsstruktur 505 ff.

— Infrastruktur 586 ff.

— Investitionsförderung 551 ff.

— Investitionshemmnisse 544 ff.

— Landwirtschaft 557 ff.

— Neugründungen 538 ff.

— Privatisierung 514 ff.

— Qualifikationsgesellschaften 600

— Reprivatisierung 542 ff.

— Sanierung 514 ff.

— Stillegungen 529 ff.

— Umweltpolitik 579 ff.

— Wohnungswirtschaft 574 ff.

Osteuropa 4, 44 ff., 466

Ost-West-Handel 51 ff.

Preisentwicklung

— Einfuhrpreise 81, 155

— Erzeugerpreise 81, 155

— in Ostdeutschland 102 ff.

— international 22 ff.

— Verbraucherpreise 156 f.

— voraussichtliche Entwicklung 291 ff.

Produktion 144

— in Ostdeutschland 88 ff.

Produktionspotential 156 ff., 192, 203, Anhang VI.A.

Produktivität

— s. Arbeitsproduktivität bzw. Kapitalproduktivität

Prognose 242 ff.

— Annahmen 249 f.

Protektionismus

— s. Handelsbeschränkungen

Quellensteuer 216

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 53

Realignment 217

Realwert des Sozialprodukts Anhang VI.B.

Regionalpolitik 469

Rentenversicherung 241

Rohstoffpreise 24, 155, 258

Selbstbeschränkungsabkommen 474

Sozialprodukt 313

Sozialversicherung 238 ff., 369, 383

Spanien 6 ff., 19 ff., 252

Sparkassenkrise 37

Stabilisierungspolitik 320 ff., 385 ff.

Standortbedingungen
— in Ostdeutschland 306, 308

Steueraufkommen 230ff.

Steuerharmonisierung 464

Steuerquote 230, 377

Strukturwandel 306
— in Ostdeutschland 86ff.

Subventionen
— in Europa 467f.
— s. a. Öffentliche Finanzen

Tarifpolitik 322, 402ff.
— in Ostdeutschland 100f.
— mehrjährige Tarifverträge 413, 421, 426

Telekommunikation
— in Ostdeutschland 117, 120

Terminbörse 215

Terms of Trade (Austauschverhältnis)
— voraussichtliche Entwicklung 289

Treuhandanstalt 300, 514ff.

Übersiedler 165, 173ff.

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 199

Umsatzsteuer 233, 378

Umweltschutz 315
— Umweltabgaben 335
— Umweltbelastung 110ff.
— Umweltpolitik 335

Unternehmenssteuerreform 380

Uruguay-Runde
— s. GATT

Verbrauch, Privater 124ff.

Vereinigte Staaten 13ff., 35ff., 251ff.

Verkehrspolitik 118, 121, 465

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 245ff.

Vorausschätzung
— s. Prognose

Wachstum 309, 313

Währungspolitik 484

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion 86, 202ff., 294, 392f., Anhang V
— s. a. Wirtschafts- und Währungsunion

Währungsunion, Europäische 460f., 484ff.

Wechselkurse
— Entwicklung 217
— Wechselkurserwartungen 325

Welthandel 1, 5, 257
— s. a. Handelsbeschränkungen

Weltkonjunktur
— s. konjunkturelle Entwicklung

Wirtschafts- und Währungsunion 460f., 484ff.

Wohlstandsgefälle in Europa 469

Wohnungsbau 135, 141ff.

Zahlungsbilanz
— s. Leistungsbilanz, Kapitalverkehr

Zentralbank
— europäische 485ff.

Zentralbankgeldmenge 196ff., 209, Anhang VI.C.

Zinsausgaben des Staates 219, 228, 354

Zinsdifferenzen, internationale 31, 259

Zinsentwicklung 210ff., 325, 399

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333